



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 119

Christian Jansen

Einheit, Macht und Freiheit

Die Paulskirchenlinke und die deutsche Politik
in der nachrevolutionären Epoche

1849–1867

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert
die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien.



2. unveränderte Auflage 2005

Copyright © 2000 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2005
ISBN 3-7700-5267-6

VORWORT

Am Anfang stehe der Dank. Diese Studie wurde im Wintersemester 1997/98 an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum als Habilitationsschrift im Fach »Neuere und Neueste Geschichte« angenommen. Für ihre unbürokratische und entgegenkommende Behandlung im Habilitationsverfahren fühle ich mich der ganzen Fakultät verpflichtet, besonders dem damaligen Dekan Eberhard Isenmann sowie den Gutachtern Hans Mommsen, Lucian Hölscher und Gustav Schmidt. Hans Mommsen war es auch, der mit einer Assistentenstelle die materiellen Voraussetzungen für diese letzte Stufe meiner akademischen Ausbildung schuf und sie durch seine jahrelange kritische und zugleich freundschaftliche Begleitung maßgeblich gefördert hat. In der entscheidenden Phase der Entstehung der Habilitationsschrift hat mir die DFG die Arbeit durch ein Stipendium wesentlich erleichtert. Dafür möchte ich mich ebenso bedanken wie bei der »Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« für die Buchpublikation, bei ihrem Generalsekretär, Dr. Martin Schumacher, für die vorzügliche verlegerische Betreuung, sowie bei der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung, die dieser Studie 1998 ihren Preis zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten über den Liberalismus zuerkannt hat.

Das Bochumer »Habil-Kränzl«, dem Matthias Frese, Thomas Mergel, Maria Osietzki, Susanne Rouette, Thomas Sokoll, Willibald Steinmetz und Benjamin Ziemann angehören, hat als ein Ort der Geselligkeit und der Kritik unter Gleichen diese Studie vom Anfang bis zum Ende begleitet und durch die Diskussion der Konzeption und mancher Kapitel mitgeprägt. Von ihnen danke ich besonders Thomas Mergel, der nicht nur im alltäglichen Zusammenleben ein immer ansprechbarer Ratgeber und Kritiker war. Er hat außerdem ebenso wie Meike Baader, Andreas Biefang, Christian Gotthardt und Hans Mommsen das ganze Manuskript gelesen und durch Korrekturen verbessert. Ihrer aller Verdienste um diese Studie und darum, daß die Arbeit an ihr keine Pflichtübung war, sondern Spaß gemacht hat, weiß ich dankbar zu schätzen. Last but not least, möchte ich Melanie Große-Bley (Bochum), David Bruder, Bettina Klauser, Carmen Partes und Oliver Trevisiol (alle Konstanz) danken, die mir beim Korrekturlesen und Registermachen wesentlich geholfen haben.

Widmen möchte ich das Buch dem Andenken an meinen Vater Hans Jochen Jansen (1928–1981). Er hat mein Interesse an der modernen Geschichte geweckt und es bis zu seinem frühen Tod durch Diskussionen und Anregungen immer wieder nachhaltig gefördert.

Konstanz, am 22. April 1999

Christian Jansen



Mitglieder der Linken des ersten Deutschen Reichstags in Frankfurt a. M. (Lithographie von Wilhelm Völker, 1849)

Abgebildet sind am Tisch (v.l.n.r.) die prominentesten Vertreter: Wilhelm Löwe (1), Julius Föbel (2), Friedrich Wilhelm Schlöffel (3), Lorenz Brentano (4, mit dem Kopf in der 2. Reihe), Carl Vogt (5), Ludwig Simon (6), Robert Blum, da bereits hingerichtet, mit Ehrenkranz (7), Arnold Ruge (8), Franz Zitz (9) und Jakob Bernhard Eisenstück (10);

in der 2. Reihe: Georg Friedrich Kolb (11), Franz Jakob Wigard (12), August Rühl (13), Adam v. Itzstein (14), Wilhelm Zimmermann (15), Franz Raveaux (16), Joseph Peter (17), Franz Schuselka (18), Albert Schott (19); letzte Reihe: Adolf Schoder (20), Wilhelm Adolf v. Trützschler (21), Carl Giskra (22), Jakob Venedey (23), Karl Nauwerck (24), Christian Schüler (25), Johann Georg August Wirth (26), Jodocus Temme (27), Wilhelm Michael Schaffrath (28), Hugo Wesendonck (29), Adolf Rösler (30), Karl Hagen (31), Carl Alexander Spatz (32), Gottlob Tafel (33) und Heinrich Simon (34).

INHALT

Vorwort	5
Einleitung	
Die Opposition in der Deutschen Nationalversammlung als Gegenelite	13
 <i>Erster Teil</i>	
Lebensweg und Selbstverständnis der Paulskirchenlinken nach 1849	
 Erstes Kapitel	
Politisches, regionales und soziales Profil der Opposition in der Deutschen Nationalversammlung	35
1. Die »Paulskirchenlinke«	35
2. Hochburgen der Linken bei den Nationalversammlungswahlen .	39
3. Generations- und Schichtzugehörigkeit der oppositionellen Abgeordneten	45
 Zweites Kapitel	
Politische Verfolgung der Paulskirchenlinken seit der Niederschlagung der Revolution	55
 Drittes Kapitel	
Exil. Chancen und Probleme der Abgeordneten in ihren europäischen Zufluchtstaaten	74
 Viertes Kapitel	
Persönlich-politische Netzwerke als Zusammenhalt	91
1. Freundschaften und Feindschaften.	91
2. Reisen als Mittel politischer Kommunikation	101

Fünftes Kapitel

Materielle Basis und soziale Lage der ehemaligen Abgeordneten . . .	108
1. Solidaritätsaktionen	108
2. Die wichtigsten beruflichen Tätigkeitsbereiche	117

Sechstes Kapitel

Publizistische Arbeit unter den Bedingungen der Reaktion: zwischen politischer Intervention und Gelderwerb	131
1. Politischer Journalismus	133
2. Tätigkeit im Dienste der Regierungen	138
3. Der Berufspolitiker als Leitbild	145

Siebtes Kapitel

Selbstverständnis und Selbstinszenierung der Paulskirchenlinken als politische Gegenelite	149
1. Erfolg und Niederlage der Revolution	150
2. Stolz und Führungsanspruch als unbeugsame Streiter	155

Zweiter Teil

Zwischen Hoffnung auf eine zweite Revolution
und politischer Neuorientierung

Das allmähliche Ende der Revolution	167
---	-----

Achstes Kapitel

Politische Radikalisierung in der Emigration	172
1. Publizistische Verarbeitung der Revolution	172
2. Auf der Suche nach revolutionären Perspektiven	185

Neuntes Kapitel

Abwehrkämpfe in den Staaten des Deutschen Bundes 1849 bis 1851 .	197
1. Politikboykott oder Nutzung der Parlamente unter den Bedin- gungen der Reaktion?	198

2. Die Verfassungskonflikte in Sachsen, Hessen-Darmstadt, Württemberg und Bayern	203
3. Die Deutsche Union	222
4. Exkurs: Männer der Linken an der Regierung	229

Zehntes Kapitel

Neue Konstellationen in der deutschen Politik	234
1. Deutschlandpolitische Perspektiven in der Übergangsphase zwischen Revolution und Reaktion	234
2. Die politischen Hauptströmungen in der Paulskirchenlinken nach dem Scheitern der Revolution	242

Dritter Teil

Die Entwicklung neuer Strategien aus der Ohnmacht heraus

Elftes Kapitel

Die Neuorientierung der politischen Linken seit 1853	255
1. Realismus und Realpolitik	256
2. Politische Annäherung der Fraktionen	265
3. Der Krimkrieg als Impuls für die Wiederbelebung liberaler Deutschlandpolitik	270
4. Trias oder Einheitsstaat?	282

Zwölftes Kapitel

Vorbild Italien? Die oppositionellen Paulskirchenabgeordneten als Meinungsführer im deutschlandpolitischen Richtungsstreit von 1859/60	288
1. Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen österreichische Großmachtinteressen	289
2. Solidarität mit Österreich oder preußischer Annexionskrieg in Deutschland?	299

Vierter Teil

Wege zur Einheit im Schatten der Reaktion

1858–1860: Systemwechsel in den wichtigsten deutschen Staaten . . . 319

Dreizehntes Kapitel

Politische Reorganisation 323

1. Die Repolitisierung der preußischen Linken 325

2. Die Nationalisierung der politischen Kultur 332

3. Die Militarisierung der politischen Kultur 347

Vierzehntes Kapitel

Aufbruch in Österreich 358

1. Die Rückkehr der österreichischen Liberalen auf die politische
Bühne 360

2. Großösterreicher gegen demokratische Föderalisten 363

Fünfzehntes Kapitel

Die Pyrrhussiege der Liberalen in Preußen und ihre Auswirkungen
auf die nationalpolitische Konstellation 377

1. Erfolg und Euphorie durch die Gründung der Fortschrittspartei . 377

2. Pattsituation und Zweifel am »deutschen Beruf« Preußens 384

3. Das neue Deutschland: mit oder ohne Österreich? 387

4. Der erste Abgeordnetentag – kleindeutsch, nicht großpreußisch . 398

5. Deutschlandpolitische Tendenzen in der Linken im Herbst 1862 . 404

Fünfter Teil

Das Ende der föderalistischen Optionen

Sechzehntes Kapitel

Das Mißlingen der Bundesreform 413

1. Fröbels Reformvorschläge 414

2. Die Zuspitzung des deutsch-polnischen Gegensatzes 424
3. Fürsten- und Abgeordnetentag von 1863: das Ende des supra-nationalen Föderalismus 431

Siebzehntes Kapitel

- Die Schleswig-Holstein-Frage als Prüfstein
für eine Deutschlandpolitik gegen die Großmächte 444
1. Einigkeit durch äußere Bedrohung und Krieg 445
2. Die fehlgeschlagene Konstituierung des Dritten Deutschland . . . 464

Achtzehntes Kapitel

- Die Spaltung der Einigungsbewegung 1864/65 472
1. Der demokratische Föderalismus auf dem Weg zur »Partei« . . . 472
2. Die drei Kulturen des Liberalismus 478
3. Exkurs: Die Paulskirchenlinke in den Arbeiterorganisationen . . . 493

Sechster Teil

Machtorientierte Lösungen

Neunzehntes Kapitel

- 1865 – das Jahr der Weichenstellungen 505
1. Der österreichische Verfassungskonflikt 506
2. Einheit durch Freiheit oder Freiheit durch Einheit? 510
3. Das Scheitern einer großpreußisch-demokratischen Politik 520

Zwanzigstes Kapitel

- Die Entscheidung zwischen Österreich und Preußen 530
1. In Erwartung des »Bruderkrieges« 531
2. Der preußisch-deutsche Krieg als Zäsur für die bürgerliche Linke 545

Einundzwanzigstes Kapitel	
Die Epochenwende von 1866/67	565
1. Auf dem Wege zur Nationalliberalen Partei	565
2. Um die Gründung des Norddeutschen Bundes	574
3. Verfassungskompromiß im Zeichen des Burgfriedens	585
Zusammenfassung	597
Anhang	619
Verzeichnis der Abkürzungen	629
Quellen und Literatur	632
A. Ungedruckte Quellen	632
B. Gedruckte Quellen und Literatur	636
1. Zeitgenössische Publikationen, Editionen, Bibliographien	636
2. Sekundärliteratur	655
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	669
Register	672

Die Opposition in der Deutschen Nationalversammlung als Gegenelite

Für die deutsche Geschichte bilden das Scheitern der Revolutionen von 1848/49 und die Auflösung des Deutschen Bundes durch Preußen im Jahre 1866 mit der anschließenden Gründung eines großpreussischen Bundesstaates politische und mentalitätsgeschichtliche Weichenstellungen, deren Auswirkungen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein reichen. Hier wird eine Geschichte der bürgerlichen politischen Opposition im Deutschen Bund zwischen den beiden Epochenscheiden von 1848/49 und 1866/67 vorgelegt. In ihrem Mittelpunkt steht ein Teil der ersten demokratisch legitimierten politischen Elite in der deutschen Geschichte. Gegenstand der Untersuchung sind die politischen Aktivitäten der linksliberalen und demokratischen Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung in der nachrevolutionären Epoche. Dabei konzentriert sich die Darstellung auf die beiden politischen Felder, die für den Liberalismus der nachrevolutionären Epoche zentral waren: auf die Frage der Nationalstaatsgründung und auf den Parteibildungsprozeß.

Eine Hauptschwäche der älteren Literatur zur »Reichsgründungszeit«, von der schon diese weit verbreitete Epochenbezeichnung zeugt, besteht darin, die Geschichte der vielschichtigen Transformationsprozesse seit 1849 von ihrem Ende her zu konzeptualisieren, so als sei die in mehrfacher Hinsicht kontingente Entwicklung hin zum Bismarck-Reich notwendig oder mindestens aus zeitgenössischer Sicht wahrscheinlich gewesen. Diese Studie hingegen beginnt bei der Initialzündung für die Nationalstaatsgründung und die spezifische liberale Parteibildung in »Deutschland«, also mit den Revolutionen von 1848/49, und sie berücksichtigt die demokratischen und linksliberalen Paulskirchenabgeordneten aus dem *ganzen* Deutschen Bund, projiziert also nicht die Grenzen des großpreussischen Nationalstaates auf die Zeit vor 1871 zurück.

Die folgende Untersuchung nimmt ihren Ausgang bei den Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung und untersucht die Gründe, aus denen sich die »Paulskirchenlinke«¹ am Ende der nachrevolutionären Epoche in höchst unterschiedlichen politischen Lagern wiederfand: von den Sozialdemokraten über verschiedene demokratische und föderalistische Parteien bis hin zu den Nationalliberalen. Statt die Geschichte des Liberalismus in der nachrevolutionären Epoche teleologisch auf die Bismarcksche Reichs-

¹ Zur genauen Definition der »Paulskirchenlinken« vgl. Kap. I.1.

gründung hin zu schreiben und die Richtungsentscheidungen, die einen Teil der bürgerlichen Linken diese Form der Nationalstaatsbildung unterstützen ließ, als notwendig zu überhöhen oder sie als »Versagen« zu verdammen, werden die Transformations- und Diffusionsprozesse innerhalb der bürgerlichen Linken von 1848 detailliert nachgezeichnet und vor dem Hintergrund der zeitgenössischen politischen Diskussion analysiert.

Die linksliberalen und demokratischen Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung sind als Untersuchungsgegenstand vor allem interessant, weil sie als demokratisch legitimierte Repräsentanten der bürgerlichen Linken im Deutschen Bund aufgefaßt werden können. Sie bilden einen hinreichend komplexen, aber zugleich noch überschaubaren Mikrokosmos, in dem sich in der Transformationsperiode der 1850er und 1860er Jahre typische Diskussionen, politische Entscheidungen und Fraktionierungen beobachten lassen. Als »bürgerliche Linke« werden diejenigen politischen Kräfte des Bürgertums und Kleinbürgertums gefaßt, die die Revolution von 1848/49 aktiv mittrugen. Die bürgerliche Linke besteht im wesentlichen aus zwei Strömungen: aus *Linksliberalen* und aus *Demokraten*.² Die bürgerliche Linke ist zu unterscheiden von der proletarischen (unterbürgerlichen) Linken, die 1848/49 zum ersten Mal für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar wurde und sich dann in den 1860er Jahren als eigenständige, dezidiert antibürgerliche politische Kraft konstituierte.

Im Vormärz bestand die Opposition zum Absolutismus aus zwei vielfach miteinander kooperierenden, aber doch in ihren politischen Grundwerten deutlich verschiedenen Richtungen: *Liberalismus* und *Demokratie*. Die Unterschiede können hier nur soweit skizziert werden, wie es zur Definition der im folgenden benutzten politischen Kategorien notwendig ist: Die Liberalen waren stärker elitär, die Demokraten stärker basisorientiert; liberale

² Der Begriff »bürgerliche Linke« wird verwendet, einerseits weil er relativ formal ist und die Heterogenität des behandelten politischen Spektrums nicht verwischt. Wenn von einer der beiden Teilgruppen die Rede ist, wird diese mit den präziseren Begriffen »Linksliberale« und »Demokraten« (bzw. auch »radikale« bzw. »moderate« Linke) bezeichnet. Andererseits wurde der Begriff »Linke« auch von den Zeitgenossen häufig verwendet, um die Opposition in der Paulskirche von den gemäßigten Mehrheitsfraktionen der politischen Mitte abzugrenzen. Dies geschah im gesamten Untersuchungszeitraum und durch Personen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Vgl. Bayerisches Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten an König Maximilian II. 1. 9. 1849, in: D. DRASCEK, 1993, S. 231; A. ROESLER, 1849; C. A. FETZER, Beiträge, 1851, S. 355; DERS., Reform, 1862, S. 797; Sächs. LT 18. 2. 1850, S. 592 f.; C. VOGT, Untersuchungen, 1850, Teil I, S. 123, u. Teil VI, S. 24; L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 134; J. VENEDEY, Stellung, 1859; L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 209 u. ö.; H. WESENDONCK, 1898, S. 5.

Die Repressivorgane der deutschen Staaten unterschieden auf der Linken meist zwischen der »Umsturzpartei«, worunter revolutionäre Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten verstanden wurden, also im wesentlichen die außerparlamentarische Linke von 1848/49, und der »Democratie«, worunter gemäßigte Demokraten und Linksliberale, also die parlamentarische Linke, gefaßt wurden (z. B. BLHA 13704).

Abgeordnete sahen sich vor allem als ihrem Gewissen gegenüber verantwortlich an, demokratische eher als Volksvertreter. Das liberale Verfassungsverständnis war konstitutionalistisch, das heißt: es sah eine strikte Gewaltenteilung vor, akzeptierte die monarchischen Prerogative und strebte eine vom Parlament unabhängige Regierung an. In dem starken Wert, den die Liberalen neben der verfassungsmäßigen Garantie der bürgerlichen Freiheiten auf die Souveränität von Staat und Regierung legten, lagen Berührungspunkte und Kompromißchancen, die bei Bedarf ein Zusammengehen mit dem legitimistischen Konservativismus ermöglichten. Das demokratische Verfassungsverständnis hingegen ging von der Idee der Volkssouveränität aus und strebte deshalb die parlamentarische Regierungsbildung an. Der linke Flügel des Liberalismus stand in diesen Fragen ebenso wie in seiner Sensibilität gegenüber der sozialen Frage und der Bereitschaft zu einer staatlichen Sozialpolitik den Demokraten nahe. Deswegen wird der Linksliberalismus – zusammen mit den Demokraten – als bürgerliche Linke bezeichnet und ist Gegenstand der folgenden Untersuchung, während der größere Teil der Liberalen als *gemäßigt* oder *konstitutionell* bezeichnet und der politischen Mitte zugerechnet wird.

1848/49 wollten die *Konstitutionellen* (bzw. *gemäßigten Liberalen*) die Veränderungen, die auch sie für notwendig hielten, mit den Monarchen vereinbaren und lehnten das allgemeine Wahlrecht ab. Die gemäßigten Liberalen bestimmten die Politik der zu Beginn der Revolution in den meisten deutschen Staaten eingesetzten »Märzministerien« wie auch der provisorischen Reichsregierung. Sie versuchten von Anfang an, die revolutionäre Dynamik einzudämmen und in die Bahnen konstitutioneller Reformpolitik zu leiten. In der Paulskirche bildeten die Gemäßigten oder Konstitutionellen das sog. rechte Centrum, dessen mit Abstand größte Fraktion das Casino³ war und zu dem außerdem die Fraktionen Augsburger Hof und Landsberg gehörten. Diese drei Fraktionen bildeten seit der Septemberkrise eine Regierungskoalition und schlossen sich Mitte Februar 1849 unter dem Namen Weidenbusch sogar zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammen.⁴ Zu ihr zählten die prominenten Liberalen, wie Friedrich Daniel Bassermann, Christoph Dahlmann, Johann Gustav Droysen, die Brüder Max und Heinrich v. Gagern, Rudolf Haym, Karl Welcker oder Anton v. Schmerling, auf die sich die historischen Darstellungen und Editionen konzentriert haben.

Dem *Linksliberalismus* ist in der Paulskirche das sog. linke Centrum mit den Fraktionen Württemberger Hof und Westendhall zuzurechnen.

³ Alle Fraktionen der Paulskirche werden nach ihren Versammlungslökalen benannt.

⁴ Eine anschauliche Schilderung der Casino-Fraktion und ihrer führenden Männer lieferte der Abgeordnete H. WESENDONCK, 1898, S. 7f. Vgl. zur Unterscheidung der liberalen Strömungen: H. FENSKE, 1989; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, 1988, S. 27ff.; L. GALL, *Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«*, 1975; T. OFFERMANN, 1979, S. 26ff.

Anfangs schwankten die Linksliberalen in der Deutschen Nationalversammlung zwischen Liberalen und Demokraten. Sie waren jedoch von vorneherein stärker als die gemäßigten Liberalen bereit, die veränderten Legitimationsbedingungen, die sich aus der Entstehung eines politischen Massenmarktes ergaben, zu akzeptieren. Nach einem Klärungsprozeß im Sommer 1848, in dessen Verlauf viele Abgeordnete den linksliberalen Württemberger Hof verließen und sich einer der gemäßigten Fraktionen anschlossen, gehörten die Linksliberalen dann zur Opposition in der Paulskirche. Die Politik der provisorischen Reichsregierung hielten sie für zu vorsichtig und zu unentschieden. Insbesondere lehnten sie das vom gemäßigten Liberalismus vertretene Vereinbarungsprinzip ab und beharrten auf der Souveränität der Nationalversammlung in allen Verfassungsfragen.

Die *Demokraten* schließlich bildeten in der Paulskirche die Fraktionen Donnersberg und Deutscher Hof. Sie vertraten das Offenburger Programm von 1847, insbesondere das allgemeine Männerwahlrecht und das Prinzip der Volkssouveränität. Als Volksvertretung hatte das Parlament für sie das Recht der Regierungsbildung und sollte über uneingeschränkte legislative Kompetenzen verfügen. Die Demokraten lehnten in der Regel die Monarchie ab und strebten einen republikanischen Nationalstaat an.

Mehr als drei Viertel der Abgeordneten in der Deutschen Nationalversammlung sind den liberalen demokratischen Strömungen zuzurechnen. Der Rest bildete die rechte, legitimistische Opposition aus gemäßigt konservativen Adligen, Katholiken und Partikularisten, die die Liberalisierung des Deutschen Bundes und erst recht die Gründung eines deutschen Nationalstaates ablehnten. Sie schlossen sich zu den Fraktionen Café Milani und Pariser Hof zusammen. Die Liberalen wiederum waren zu etwa zwei Dritteln Gemäßigte. Eine knappe Mehrheit in der Nationalversammlung wollte also mit den deutschen Fürsten einen Verfassungskompromiß für den Deutschen Bund aushandeln und suchte keine Konfrontation.

Linksliberale und Demokraten stellten bei der Eröffnung des Parlaments etwa 200 Abgeordnete. In den folgenden Monaten vergrößerte sich die Paulskirchenlinke durch Nachwahlen auf 215 Abgeordnete, also ein gutes Drittel der 589 Mitglieder der Nationalversammlung. Weitaus radikalere Positionen als die parlamentarische Opposition vertrat die außerparlamentarische Linke, die auch die Demokraten in der Nationalversammlung nicht selten des Verrats beschuldigte, weil sie im Parlament zu konstruktiv mitarbeiten und Kompromisse mit den Konstitutionellen suchen würden. Umgekehrt distanzierte sich die Paulskirchenlinke häufig vom Radikalismus der außerparlamentarischen »Umsturzpartei«. ⁵

⁵ Vgl. z. B. die Polemiken von Marx und Engels (etwa: DIES., 1852); umgekehrt: C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 40f.; L. BRENTANO, Erklärung, 1849.

Für die folgende Untersuchung sind nur diejenigen Mitglieder der Paulskirchenlinken interessant, die sich über die Niederlage von 1849 hinaus mit überregional relevanten Fragen der deutschen Politik beschäftigt haben. Die wichtigsten Debatten drehten sich darum, welche territorialen Grenzen, welche staatliche Struktur und welche innere Verfassung »Deutschland« haben sollte und auf welchem Wege diese Ziele erreicht werden sollten. Die Quellenlage erlaubt es, die Positionen und Interventionen von rund fünfzig Abgeordneten zu diesen Hauptfragen der nationalen Politik nachzuzeichnen. Einige von ihnen standen auch nach 1849 im Zentrum öffentlicher Debatten, des parlamentarischen und außerparlamentarischen politischen Lebens. Dies gilt besonders für Arnold Ruge und Julius Fröbel – zwei der bedeutendsten politischen Intellektuellen der 1850er und 1860er Jahre, aber auch für eine Reihe führender Politiker wie Ludwig Bamberger, Johann Nepomuk Berger, Karl Biedermann, Carl August Fetzer, Carl Giskra, Johann Jacoby, Wilhelm Löwe, Carl Mayer, Gottlob Tafel, Franz Wigard oder Heinrich Wuttke sowie schließlich für eine Reihe überregional einflußreicher Publizisten, etwa Moritz Hartmann, Adolph Kolatschek, Georg Friedrich Kolb, Ignatz Kuranda, Emil Adolph Roßmäßler, Wilhelm Schulz-Bodmer, Franz Schuselka, Ludwig Simon, Jakob Venedey, Friedrich Theodor Vischer oder Carl Vogt. Einige der Genannten waren bereits Gegenstand biographischer Untersuchungen. Kaum einer von ihnen ist jedoch in Arbeiten zur Geschichte des Liberalismus seiner Bedeutung entsprechend gewürdigt worden. Da Linksliberale und bürgerliche Demokraten von den unterschiedlichen Hauptströmungen der deutschen Historiographie in den letzten 150 Jahren gleichermaßen geringgeschätzt wurden, tauchen die Repräsentanten der Opposition in der Frankfurter Nationalversammlung auch in den neueren Standardwerken zur deutschen Geschichte zwischen 1849 und 1871 häufig gar nicht, mit verstümmelten Namen oder in falschen Zusammenhängen auf.⁶

Im folgenden wird diese Teilgruppe innerhalb der ersten gesamtdeutschen und demokratisch legitimierten politischen Elite, deren politische Initiativen Alternativen zum Bismarckschen Weg der Nationalstaatsgründung deutlich werden lassen und deren Vorstellungen teilweise sehr aktuell erscheinen, als Handlungs- und Diskussionszusammenhang rekonstruiert. Damit soll auch ein Beitrag geleistet werden zur Wiederentdeckung einer

⁶ Vgl. etwa W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993, S. 139: Venedy statt Venedey, S. 147: Eckhardt statt Eckardt, S. 447: Friedrich Jacobi statt Johann Jacoby; H.-U. WEHLER, Bd. II, 1987, S. 717: Wilhelm statt Oscar v. Wydenbruck; L. GALL, Liberalismus als regierende Partei, S. 200, 349, 363 und 381: Eckhardt statt Eckardt. Es ist kaum vorstellbar, daß in denselben Standardwerken die Namen von führenden Vertretern der Arbeiterbewegung trotz ihres in den 1850er/60er Jahren noch marginalen Einflusses so häufig falsch geschrieben würden! Zum kleindeutschen Bias von Wehlers „Gesellschaftsgeschichte“ vgl. John Breuilly, Auf dem Weg zur deutschen Gesellschaft? in: GG 24 (1998), S. 136–68.

Traditionslinie, die durch den auf Preußen und das spätere Reich verengten Blickwinkel der Historiographie weitgehend unbekannt ist.⁷

Um politische Bewegungen im Deutschen Bund zu untersuchen, sind grundsätzlich verschiedene Vorgehensweisen denkbar: In jüngerer Zeit wurde meist zum Instrument der Regional- oder Lokalstudie – gelegentlich auch in komparativer Perspektive – gegriffen. Auf dieser Ebene lassen sich, entsprechende Quellen vorausgesetzt, in nuce politische und Mentalitätsentwicklungen, die Entstehung und Veränderung von Sozialmilieus usw. beschreiben. Der biographische Ansatz geht noch stärker ins Einzelne. Der Preis für die Möglichkeit präziser Erfassung zeittypischer Einstellungen oder Deutungsmuster besteht allerdings in der Schwierigkeit, im Individuellen auch das Exemplarische aufzuzeigen und allgemeine Zusammenhänge nicht aus dem Blick zu verlieren.

Daß die Geschichte politischer Ideen und Ideologien eine personenbezogene Vorgehensweise erfordert, scheint unstrittig; für den Untersuchungszeitraum gilt dies jedoch ebenso für die Politische Geschichte.⁸ Sie ist insbesondere in den von der Unterdrückung aller Organisationsversuche gekennzeichneten 1850er Jahren nur personenzentriert möglich, weil Par-

⁷ Vgl. die Statistik zur Unterrepräsentation in ADB und NDB bei H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 14. Im 1997 erschienenen biographischen Lexikon »Demokratische Wege«, das 420 Personen aus dem deutschen Sprachraum würdigt, sind immerhin dreizehn Männer verzeichnet, die zur Paulskirchenlinken gehörten: Bamberger, Biedermann, Blum, Brentano, Fröbel, Jacoby, Riesser, Ruge, Schulz-Bodmer, L. Simon, Venedey, Wolff und W. Zimmermann. Wenn man auch über jede Personen-Auswahl streiten kann, so fehlen unter ihnen sicherlich Löwe, Vogt und die Österreicher Berger und Giskra. Vgl. außerdem S. FREITAG, 1998, mit Porträts von Bamberger, Fröbel, Riesser, Ruge, Uhland und Venedey, über den Birgit Bublies-Godau derzeit eine biographische Dissertation schreibt. Auch Biographien zu einigen anderen der genannten Personen sind Forschungsdesiderate. Dies gilt für Johann Nepomuk Berger, der zusammen mit seinem Parlamentskollegen Giskra (vgl. D. HAINZT, 1963; R. CHARMATZ, Giskra, 1949) als erster Paulskirchendemokrat 1867 im liberalen österreichischen »Bürgerministerium« Minister wurde (vgl. P. M. JUDSON, 1996), für den letzten Präsidenten der Nationalversammlung und – nach der Abspaltung der Nationalliberalen – Vorsitzenden der Fortschrittspartei Wilhelm Löwe, für den langjährigen Kopf der demokratisch-antipreußischen württembergischen Volkspartei und Chef der Parteizeitung »Der Beobachter« Carl Mayer (vgl. M. RUSTIGE, o.J.; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974; G. RUNGE, 1970) oder auch für Carl Vogt (trotz W. VOGT, 1896; E. HIRSCHMANN, 1925; J. JUNG, 1915; W. BRÖCKER, 1973; J.-C. PONT et al., 1998). – Einige andere Biographien wären zumindest von regionalhistorischer Bedeutung; etwa zu Theodor Paur (von dem es einen bisher unbenutzten Nachlaß gibt), Hermann Joseph, Wilhelm Michael Schaffrath, Christian Schüler, Carl August Fetzner, Ignatz Kuranda, Franz Schuselka oder den Vettern Max und Heinrich Simon, die sich ebenso für eine Doppelbiographie anbieten würden wie die beiden Gründer und langjährigen (1830–64) Herausgeber der demokratischen Stuttgarter Tageszeitung »Der Beobachter« Friedrich Rödinger und Gottlob Tafel.

⁸ Vgl. hierzu für den Liberalismus vor 1848 D. LANGEWIESCHE, Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 97 ff. (Beiträge von I. Cervelli und W. Kaschuba).

teien und Organisationen im modernen Sinne nicht existierten, sondern lediglich von persönlichen Beziehungen geprägte Kommunikations- und Aktionsnetze mit wenigen Akteuren.⁹ Andreas Biefangs Studie über die wichtigsten politischen Organisationen des deutschen Nationalismus hat gezeigt, daß auch in den 1860er Jahren die politische »Bewegung« von einer kleinen Zahl grobenteils faktisch hauptamtlicher Aktivisten gesteuert wurde. Die Beschränkung auf eine bestimmte, klar abgrenzbare Personengruppe entspringt hier also nicht einem kollektivbiographischen Interesse. Sie ist vielmehr wegen der politischen Strukturen in der nachrevolutionären Epoche methodisch und forschungspragmatisch geboten. Nur die Betrachtung eines Mikrokosmos bietet die Chance, die Komplexität politischer Wege und Handlungsalternativen sowie die politische Differenzierung in einer Zeit ohne formelle politische Organisationen auszuleuchten. Die Paulskirchenlinke, deren Mitglieder durch Generationszugehörigkeit und politische Erfahrungen (darunter vor allem ihre Tätigkeit in der Deutschen Nationalversammlung, die Veit Valentin eine »Hochschule für Politik« genannt hat) verbunden waren, bildet einen solchen politikgeschichtlichen Mikrokosmos. Nur anhand beispielhaft verdichteter Episoden oder Kontroversen können Veränderungen des politischen Klimas oder das Zustandekommen von Richtungsentscheidungen in der noch nicht formell organisierten Opposition analysiert werden.¹⁰

Daß für dieses Unterfangen die Paulskirchenlinke ausgewählt wurde, hat drei Hauptgründe: erstens den pragmatischen, daß sie relativ einfach abzugrenzen ist; zweitens, daß sie wegen ihrer demokratischen Wahl als Repräsentanten der bürgerlichen Linken angesehen werden können; sowie drittens die heuristische Annahme, daß sie auch noch nach ihrer Niederlage so informierte und sensible Beobachter, Analytiker und Teilnehmer am politischen Geschehen waren, daß aus ihrer öffentlichen und internen Kommunikation und ihren politischen Aktivitäten ein aussagekräftiges Bild der politischen Debatten, Weichenstellungen und Initiativen der deutschen bürgerlichen Linken entsteht. Darin liegt zugleich der Versuch, einem Trend in der historischen Forschung entgegenzutreten, die immer mehr ins Detail geht, immer genauer das Lokale, Berufsgruppenspezifische oder Individuelle untersucht und dabei die zentrale politische Entscheidungsebene aus dem Blick verliert. Die Beschäftigung mit den politischen Diskussionen und Ent-

⁹ Eine Untersuchung des Gegenstandes anhand von Zeitschriften oder Zeitungen müßte rein ideengeschichtlich bleiben, würde also die Dimension des politischen Handelns ausblenden. Es ist zudem besonders für die 1850er Jahre schwierig, eine überzeugende Zeitungs- oder Zeitschriftenauswahl zu treffen. Darüber hinaus entfiel wegen der Anonymität der meisten Meinungsartikel und der Vielzahl der Autoren die Möglichkeit der Hintergrundanalyse aufgrund von Briefen und anderen nichtpublizierten Quellen.

¹⁰ V. VALENTIN, 1977, Bd. II, S. 13. Sogar explizit strukturgeschichtliche Arbeiten tendieren häufig zur Überhöhung »charismatischer« Führerfiguren. Vgl. etwa die Bewertung Bismarcks in den neuesten Überblicksdarstellungen: W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993; H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 264 ff. und 849 ff.; vgl. auch Bd. II, 1987, S. 771.

scheidungen innerhalb der Paulskirchenlinken dient also als Sonde, um die großen politischen Debatten und Richtungsentscheidungen der bisher als ganze kaum erforschten nachrevolutionären Transformationsperiode¹¹ besser zu verstehen. In ganz Zentraleuropa, im Deutschen Bund, in Österreich und Italien, wurden die tiefgreifenden, in ihrer Summe revolutionären Veränderungen, die durch die Ereignisse des Jahres 1848 ausgelöst worden waren, erst 1867/70 durch einen relativ (bis zum Ersten Weltkrieg) stabilen inneren und äußeren Zustand (der Verfassungsstrukturen wie auch der Staatsgrenzen) abgeschlossen. Die Epoche zwischen 1848 und 1867/70 ist somit als ganze als eine Umbruchphase der (zentral-)europäischen Geschichte zu betrachten.

Bis 1848 existierte keine gesamtdeutsche politische Elite. Die liberalen Nationalversammlungsabgeordneten übernahmen diese Funktion. Aus ihrer demokratischen Legitimation und der Tatsache, daß erstmals im ganzen Deutschen Bund zur selben Zeit gewählt worden war, folgte, daß sie sich in doppeltem Sinne als von der »deutschen Nation« beauftragt ansehen konnten: von allen sozialen Schichten und von allen Teilen »Deutschlands«. Bernhard Mann hat sie die »deuschesten Deutschen« genannt, weil sie entscheidend dazu beitrugen, daß der Prozeß der inneren Nationsbildung seit 1848/49 unaufhaltsam erschien.¹² Die hier untersuchten Politiker gehörten jedoch zur Opposition in der Paulskirche und saßen deshalb weder in der (allerdings nur kurzlebigen und schwachen) provisorischen Reichsexekutive noch, von Ausnahmen abgesehen, in den liberalen Länderministerien. Die

¹¹ Wolfram Siemann hat zu Recht die 1850er Jahre das am wenigsten erforschte Jahrzehnt in der modernen deutschen Geschichte genannt. Die Geschichte des Liberalismus in diesem Jahrzehnt behandeln eingehend nur: A. LEES, 1974; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974. Erst jüngst hat S. GOLTERMANN, 1998, S. 26, festgestellt: »Die Entwicklung von Nationalismus und Liberalismus zwischen 1849 und 1870 ist nach wie vor eine erstaunliche Forschungslücke.« Erst seit 1989 wird diese folgenreiche Umbruchperiode von einzelnen Autoren als eigenständige Epoche der Politischen Geschichte mit potentiell offenem Ausgang begriffen – als »The Age of the ›Bürgertum‹« bzw. als »Gesellschaft im Aufbruch« (J. SHEEHAN, *German History*, 1989; W. SIEMANN, *Gesellschaft*, 1990). Auch H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 449, nennt die nachrevolutionäre »eine der wichtigsten Epochen der deutschen Geschichte«. Für Österreich vgl. S. P. SCHEICHL/E. BRIX, 1999, S. 115 (L. Höbelt). Aus literatur- und kunstwissenschaftlicher Perspektive bezeichnet Sigrid Weigel den »Nachmärz« als »Laboratorium der Moderne« (in: dies./Thomas Koebner (Hrsg.): *Nachmärz. Der Ursprung der Moderne in einer nachrevolutionären Konstellation*, Opladen 1996, S. 9 ff.).

¹² B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 321. Daß die Parlamentsabgeordneten und besonders Mitglieder verfassungsgebender Versammlungen eine politische Elite bilden, hat die soziologische Forschung vielfach gezeigt. Ohne die gesellschaftlichen Strukturen proportional zu repräsentieren, spiegeln die parlamentarischen Konfliktstrukturen gesellschaftliche Bruch- und Spannungslinien (»cleavages«) wider. Dies dürfte für die Paulskirche auch deshalb in einem für das 19. Jahrhundert außergewöhnlichem Maße gelten, da ihre Abgeordneten überwiegend nach allgemeinem, gleichem Männerwahlrecht bestimmt worden waren (vgl. H. BEST, 1990, S. 28 f., mit Verweisen auf die einschlägige soziologische Literatur).

Paulskirchenlinke war also an den wichtigen politischen Weichenstellungen der Epoche zwischen 1849 und 1867 nur in geringem Maße als administrativ oder diplomatisch handelnde Elite, sondern als oppositionelle Gegenelite beteiligt. Ihre Instrumente waren die Publizistik, die Palette parlamentarischer Interventionsmöglichkeiten und das Wirken in politischen Organisationen, die sich, soweit es die deutschen Staaten zuließen, auch bereits überregional zusammenschlossen, sowie seit 1862 in den bundesweiten Abgeordnetenversammlungen, die die Funktionen der fehlenden Nationalvertretung symbolisch übernahmen.

Mit der Sicht auf die Paulskirchenlinke als Gegenelite wird der irrigen Auffassung entgegengetreten, der Liberalismus habe sich seit 1849 aus der Politik zurückgezogen. Er wurde vielmehr während der Reaktionsära gewaltsam aus allen politischen Machtpositionen herausgedrängt. Dies galt bereits für die gemäßigt liberalen Märzminister und erst recht für die politische Linke, die in vielen Staaten an der Wahrnehmung ihrer Abgeordnetenmandate gehindert, kriminalisiert, ins Exil getrieben und fast aller Publikationsmöglichkeiten beraubt wurde. Daneben wandten sich vor allem jüngere und weniger exponierte Achtundvierziger nach der Niederschlagung der Revolution jedoch auch vielfach der Kommunalpolitik zu und gelangten dort teilweise bereits in der Reaktionsperiode auf einflußreiche Posten. Diese vielfach unterschätzte, aber politisch erfolgreiche Strategie, auf die Verdrängung der politischen Linken aus ihren Machtpositionen in den deutschen Staaten und auf das Verbot politischer Betätigung auf nationaler Ebene zu reagieren, bleibt auch hier außer Betracht, da Männer vom linken Flügel der Deutschen Nationalversammlung diesen Weg nicht einschlugen. Er stellte für sie keine politische Überlebensperspektive dar, da sie zu exponiert waren, um für wichtige kommunale Ämter in Frage zu kommen, die einer Bestätigung durch die Reaktionsregierungen bedurften.

Es gehört zu den verbreiteten Vorurteilen über die bürgerliche Linke, daß sie prinzipiell machtfern gewesen sei und deshalb kaum Einfluß auf die politische Entwicklung gehabt habe. Tatsächlich wurde sie jedoch seit 1849 systematisch von der Macht ferngehalten. Der dominante politische und historische Diskurs – hierin noch tief in der borussischen Geschichtsschreibung wurzelnd – belegt die Paulskirchenlinke mit Charakterisierungen, die ihr Weltfremdheit zuschreiben. Obwohl nach der großpreußisch-militärischen Staatsgründung sowohl die politischen Verhältnisse im Deutschen Reich als auch die europäische Machtbalance bis 1945 instabiler waren als zuvor, sind die demokratischen und föderalistischen Gegenpositionen bisher nie im Zusammenhang dargestellt worden. Die Gegner der großpreußisch-militärischen Nationalstaatsgründung bezogen die europäische Machtkonstellation stärker in ihre Überlegungen ein als die Befürworter der Bismarckschen Lösung; sie waren weniger ungeduldig, hatten einen eher langfristigen Zeithorizont und setzten vor diesem Hintergrund auf die Liberalisierung der Einzelstaaten und eine allmähliche Reform des Deutschen Bundes. Das bedeutet jedoch keineswegs, daß sie weniger realistisch oder

politisch naiver, weniger machtorientiert oder gar weniger nationalistisch gewesen wären als die Unterstützer Bismarcks.

Die bürgerliche Linke insgesamt sah nämlich neben »Einheit« und »Freiheit« bereits in der Paulskirche »Macht« als ein gleichrangiges politisches Ziel an, das ihr Handeln und ihre politischen Optionen bestimmte. Sie tat dies in einem doppelten Sinne: als Erringung von Macht in »Deutschland« und als Erringung von Macht für »Deutschland«. Gerade die bürgerliche Linke wollte in der Revolution, in der Paulskirche und ebenso nach deren Scheitern durch die Gründung eines Nationalstaates die deutsche Macht vergrößern, der Nation »Weltgeltung« verschaffen.¹³ Die beiden anderen Schlüsselbegriffe in den liberalen Debatten der 1850er und 1860er Jahren – »Einheit« und »Freiheit« – hatten einen ähnlichen Doppelsinn. Diese Vielschichtigkeit, ihre Fähigkeit, vielfältige Inhalte zu transportieren, selbst wenn sie letztlich miteinander unvereinbar waren, machte aus diesen Begriffen politische Schlüsselbegriffe. Die emphatische Forderung nach »Einheit« (»Einigkeit«) war immer auch als ein Appell an die eigenen Genossen gerichtet, daß ohne Einigkeit der liberalen »Partei« die nationale Einheit nicht erreicht und daß sie ohne die Einheit des »Volkes«, also die Einigkeit aller »Deutschen« nicht auf Dauer erhalten werden könne.¹⁴ Wegen der Staatsfixierung der deutschen Linken wurde dabei die Vereinheitlichung der inneren, regionalen, kulturellen und konfessionellen, Gegensätze vom Staat erwartet, der schon allein deshalb mit der dazu erforderlichen Macht ausgestattet sein mußte. »Freiheit« transportierte neben den Forderungen nach Rechtsstaatlichkeit und Liberalisierung des Wirtschaftslebens immer auch die nach Handlungsfreiheit und Entfaltungsmöglichkeiten für den künftigen Nationalstaat, der eben dafür mächtig sein mußte. »Freie Selbstbestimmung der Individuen wie der Nation« – so definierte der letzte Präsident der Nationalversammlung, Wilhelm Löwe, seinem Freund und ehemaligen Fraktionsgenossen Johann Jacoby gegenüber sein politisches Hauptziel.¹⁵ Den Hintergrund dieser Verdoppelung der Freiheitsforderung bildete die im 19. Jahrhundert allgegenwärtige Sicht auf die Nationen als Individualitäten, deren Eigenschaften und Verhaltensweisen denen von Personen nachempfunden wurden.

Die Sicht auf die Paulskirchenlinke als Gegenelite soll auch den Blick öffnen für die Linke als politisch *agierende* Strömung in den 1850er und 1860er Jahren. Dies richtet sich gegen die verbreitete Vorstellung, die zukunftsweisenden Ideen in der nachrevolutionären Epoche seien vornehmlich aus den Reihen der gemäßigten Liberalen gekommen, während sich die

¹³ Vgl. G. WOLLSTEIN, »Großdeutschland«, 1977; DERS., Oktoberdebatte, 1996; W. J. Mommsen, 1848. Die Befunde von M. MAYER, 1994, lassen darauf schließen, daß zumindest im politisch avancierten badischen Liberalismus sich das Machtparadigma bereits im Vormärz als gleichrangig neben den Freiheitsforderungen durchgesetzt hatte. Vgl. auch J. SHEEHAN, German Liberalism, 1989, S. 43.

¹⁴ Vgl. hierzu auch S. GOLTERMAN, 1998, S. 63 ff.

¹⁵ Löwe an Jacoby 11. 12. 1861 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 179).

gescheiterten Radikalen von der politischen Bühne zurückgezogen hätten. Die Paulskirchenlinke war nicht eine Ansammlung idealistischer, weltfremder Dogmatiker oder Träumer, sondern von ihr gingen folgenreiche, neue politische Ideen und Weichenstellungen aus: vom allgemeinen Wahlrecht und der Idee der Realpolitik bis zur Emotionalisierung und Militarisierung des deutschen Nationalismus. Es besteht eine weitaus größere Kontinuität von der Revolution zur Reichsgründung, als lange angenommen wurde: »Am Anfang« war nicht »Bismarck«¹⁶, sondern – will man solche mythologischen Formeln überhaupt verwenden – 1848! Bismarck war nur der erste regierende preußische Politiker, der (nicht zuletzt von Napoleon III.!) lernte, mit dem in der Revolution entstandenen liberal-nationalistischen Instrumentarium zu spielen. Die Revolutionen von 1848/49 bedeuteten für den Deutschen Bund nicht nur einen zunächst in seinen politischen Zielen gescheiterten Umbruch, sondern markieren zugleich den Beginn einer der wichtigsten Transformationsepochen in der deutschen Geschichte. Trotz und teilweise gerade wegen ihres Scheiterns, das die Akteure von 1848/49 für Teile der Öffentlichkeit mythisch überhöhte, gewann die Idee der nationalstaatlichen Einigung eine Eigendynamik, ohne die die Bismarcksche Reichsgründung nicht denkbar ist.

Rund 90 Politiker aus der Paulskirchenlinken errangen nach 1849 Mandate in den einzelstaatlichen Parlamenten, die sie teilweise über Jahrzehnte hielten (vgl. Tab. 13 im Anhang); zwanzig von ihnen wurden in den Deutschen Reichstag, zehn in den österreichischen Reichsrat gewählt. Da von den insgesamt 261 Abgeordneten der Linken in der Deutschen Nationalversammlung¹⁷ in den 1850er/1860er Jahren nur noch 150–160 im Bundesgebiet lebten, belegt die Zahl von rund 90, die trotz vielfältiger Restriktionen gegen Politiker der Linken in die Landtage der deutschen Staaten gewählt wurden, die fortdauernde politische Aktivität und Popularität der achtundvierziger Linken nach der Niederlage der Revolution.¹⁸ Auch andere Indizien sprechen dafür, daß trotz Verfolgung und Emigration und entgegen der Annahme eines Rückzuges der Achtundvierziger ins Privatleben oder in wirtschaftliche Aktivitäten von einem hohen Maß an personeller Kontinuität in der liberalen und demokratischen Opposition zwischen Re-

¹⁶ Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. II, München 1992, S. 11.

¹⁷ Zur Abgrenzung siehe Kap. I; eine Liste im Anhang (Tab. 15).

¹⁸ Eine unbestimmte Zahl der im Bundesgebiet Lebenden war etwa nicht wählbar, da ihnen bei Verurteilungen die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen worden waren (vgl. etwa K. MEINEL, 1928, S. 268 ff.). Carl Mayer erhielt bis zur Rückkehr aus dem Exil (1863) aus seinem Wahlkreis immer wieder Briefe mit guten Wünschen, Fragen nach seinen politischen Ansichten usw. Vgl. etwa Hochberger an Mayer 26. 5. 1850 (mit 50 Unterschriften) und 29. 12. 1860 (mit 13 Unterschriften) (BA 90 Ma 3/7). Auch in ihren Exilländern errangen einige linke Paulskirchenabgeordnete Mandate in Staats- und Landesparlamenten: Lorenz Brentano war 1877–79 Abgeordneter im US-Congress sowie 1862–72 und 1876–91 in der Illinois State Legislature, dazwischen 1872–76 US-Konsul in Dresden; Hans Reimer Claussen 1869–73 Mitglied des State Senate von Iowa und Carl Vogt 1856–61 und 1870–71 Eidgenössischer Ständerat, 1878–81 Schweizer Nationalrat.

volution und Reichsgründung auszugehen ist.¹⁹ Eine Ursache hierfür war die Sterilität des politischen Lebens in der Reaktionsepoche, die die Nachwuchsrekrutierung und damit einen Generationswechsel vor allem in der oppositionellen Elite erheblich erschwerte. Die in den 1850er Jahren herrschende bürokratisch-gegenrevolutionäre Elite konnte die Stelle der aus dem öffentlichen Leben verdrängten Achtundvierziger nie einnehmen. Erst in den seit Ende der 1850er Jahre neu entstehenden politischen Vereinen wie auch in den Kammern der Einzelstaaten rückte allmählich eine jüngere Generation von Politikern ins Rampenlicht. In den bundesweiten Zusammenschlüssen wie den Abgeordnetentagen, dem Nationalverein und dem Reformverein, aber auch in den einzelstaatlichen liberalen Parteien bildeten jedoch die Paulskirchenabgeordneten weiterhin eine hochgeachtete und einflußreiche Gruppe. In den Mitgliederverzeichnissen der Abgeordnetentage bezeichneten sie sich in der Regel als »ehemaliges Parlamentsmitglied« (ohne weitere Spezifikation), während die anwesenden Landtagsabgeordneten »Mitglied des Landtags von ...« schrieben. Die Paulskirche war also auch nach mehr als 15 Jahren immer noch »das Parlament«. Das Ausmaß der Kontinuität in der oppositionellen politischen Elite zwischen Revolution und Reichsgründung war wie alles im Deutschen Bund regional sehr verschieden. Besonders stark dominierten Männer aus der Paulskirchenlinken den Liberalismus der 1860er Jahre in Sachsen, der Pfalz und Württemberg.²⁰

Der Nimbus und das fortdauernde Ansehen der Paulskirchenabgeordneten im liberalen und demokratischen Spektrum resultierten aus ihrer im

¹⁹ Der einzigen, systematisch vorgehenden Arbeit zur politischen Kultur der 1850er Jahre (A. LEES, 1974) zufolge kamen von den 66 Personen, die am wichtigsten für die politische Diskussion im Deutschen Bund waren, zehn aus der Paulskirchenlinken – trotz der hohen Zahl Emigrierter. Von den 76 Personen, die A. BIEFANG (Politisches Bürgertum, 1994) zur nationalen Funktionseleite zählt, hatten 22, also fast 30 %, in der Paulskirche oder im Vorparlament gesessen. Weitere 13, also ein knappes Fünftel, waren in den Jahren 1848/49 Landtagsabgeordnete gewesen, insgesamt waren rund 70 % der nationalen Funktionseleite zur Zeit der Reichsgründung 1848/49 in herausragenden Funktionen engagiert gewesen. Als im Dezember 1863 die Schleswig-Holstein-Solidarität koordiniert werden sollte und Repräsentanten aus allen Teilen des Bundesgebiets zu einer Tagung nach Nürnberg geladen wurden, waren unter den 30 Eingeladenen acht Mitglieder der Paulskirchenlinken: die Österreicher Berger und Groß, die Sachsen Joseph, Schaffrath und Wuttke, die Bayern Kolb und Umscheiden und der Württemberger Fetzer (Fetzer an Bennigsen, November 1863, BA 90 Be 5). 1862 und 1866 gab es Versuche, die verbliebenen Paulskirchenabgeordneten zur Beschleunigung des deutschen Einigungsprozesses als Vorparlament zusammenzurufen. Vgl. Kap. XIII, XVI und XX. Von allen Paulskirchenabgeordneten wurden 93 (17 % der noch Lebenden) 1867–71 in die gesamtstaatlichen Parlamente des Reichs oder Österreichs gewählt – eine höhere personelle Kontinuität, als sie trotz des geringeren zeitlichen Abstandes zwischen dem Reichstag der Weimarer Republik und dem Bundestag nach 1949 bestanden hat (H. BEST, 1990, S. 456).

²⁰ Zur sächsischen Nationalbewegung: AAZ 8. 3. und 16. 10. 1862. In Baden war die Verfolgung der dort besonders radikalen achtundvierziger Linken (und infolgedessen die Auswanderung) so massiv, daß kein linker badischer Paulskirchenabgeordneter jemals wieder in Deutschland politisch aktiv wurde. Vgl. R. WEBER, 1962, S. 145 f.

doppelten Sinne umfassenden Legitimationsbasis, die sowohl vertikal als auch horizontal die gesamte »deutsche Nation« einschloß. Die Achtundvierziger betrachteten sich selbst als eine politische Funktionselite und verwiesen zur Begründung häufig auf ihre Erfahrungen in der Revolution und in der Nationalversammlung, aber auch auf die Opfer, die sie für ihr Engagement gebracht hatten. Da in der Linken bis in die 1860er Jahre hinein kaum ein Generationswechsel stattfand, kennzeichnete die Veteranen aus der Paulskirche jedoch auch der Hochmut derjenigen, die davon überzeugt sind, einmal viel bewegt zu haben und deshalb auch weiterhin den Weg zur Lösung der anstehenden Probleme weisen zu können. Sie sahen die nachgewachsene Generation als weniger konsequent, opferbereit und politisch begabt an als die eigene. So schrieb Carl August Fetzer 1865 an seinen früheren Fraktionsgenossen Jakob Venedey in einem Geburtstagsbrief: »Hätte Deutschland ein Hunderttausend Republikaner, wie wir, dann wäre es für die Republik reif und ließe sich dies, wenigstens so lang das Geschlecht derselben nicht ausgestorben wäre, nicht mehr nehmen.«²¹ Stärker als die jüngere Politikergeneration hielten sie, die in noch jungen Jahren ihre größten politischen Erfolge und vielfach auch den Höhepunkt ihres Einflusses erreicht hatten, an den *Ideen von 1848* fest, an dem Glauben, die Erlangung von Freiheit, Macht und Einheit »Deutschlands« bedinge sich wechselseitig.

Hinzu kam, daß viele ehemalige demokratische und linksliberale Paulskirchenabgeordnete davon ausgingen, daß ihr Mandat fortbestehe, da die Nationalversammlung sich nie formell aufgelöst, sondern nur vertagt hatte und sie – anders als die Rechte und die gemäßigten Liberalen – ihre Mandate nicht niedergelegt hatten. Wilhelm Löwe, der Präsident des Stuttgarter Rumpfparlaments, bezeichnete sich etwa 1858 als Vorsteher einer nach wie vor »zu Recht bestehenden Versammlung«. Heinrich Wuttke verwies immer wieder auf ein historisches Vorbild für die Forderung nach Wiedereinberufung der Paulskirchenabgeordneten: das »lange Parlament« im England des 17. Jahrhunderts sei erst nach zwanzig Jahren reinstalliert worden. Jakob Venedey argumentierte 1864 gegen politische Führungsansprüche der jüngeren, in den Landtagen sitzenden Politikergeneration, das Nationalparlament sei »nur durch Gewalt verhindert, seine Pflicht zu thun. So vollberechtigter derzeitiger Vertreter der Nation wie die Mitglieder des Frankfurter Parlaments ist sicher kein derzeitiges Mitglied irgend einer Kammer!« Der Demokrat Emil Adolph Roßmäßler lehnte eine Kandidatur für den Reichstag kategorisch ab, da sein Mandat nicht erloschen sei und man »nicht

²¹ Fetzer an Venedey 23. 5. 1865 (BA 90 Ve 1). Zusammengehörigkeits- und Elitebewußtsein auch Fetzer an Venedey o. D. [1857] und 19. 1. 1858; Venedey an Fetzer 13. 12. 1863 (ebd.); M. Simon an seine Frau 13. 3. 1867 (BA FSg. 1/174); Disposition T. Paur für eine Rede über den ersten Abgeordnetentag, 1862 (AkadW/23), in der er neben den ehemaligen Paulskirchenabgeordneten sogar die »Söhne bereits verstorbener Mitglieder der deutschen Nationalversammlung« gesondert begrüßte.

zur gleichen Zeit Mitglied dieser constituirenden deutschen Nationalversammlung und eines preußisch-kleindeutschen Reichstags« sein könne. Aus demselben Grund weigerte sich Franz Wigard 1867 zunächst, sein Reichstagsmandat anzunehmen.²² Der politische Nimbus der Paulskirchenlinken basierte auf ihrer, bis 1867 unanfechtbaren Sonderstellung als von der gesamten Nation demokratisch legitimierte Elite. Hieraus leitete sich auch ihr spezifisches Sendungsbewußtsein als »Volksmänner« ab.

Wenn sich diese Studie der Politischen Geschichte – also der Geschichte der innen- und außenpolitischen Entscheidungen, Handlungsalternativen und Diskussionen – zuordnet, so kann es sich nicht um die Rückkehr zur klassischen Politikgeschichtsschreibung handeln, die sich mit den »großen Männern«, den Kabinetten oder als politische Ideengeschichte mit einzelnen kanonisierten Texten und ihren Autoren beschäftigte. Schon durch die Wahl ihres Gegenstandes – Politiker, die zwar für ihre Zeit von großer Bedeutung waren und hohes Prestige genossen, ihre Vorstellungen aber größtenteils nicht durchsetzen konnten – steht diese Studie für eine Erweiterung der Perspektiven politikgeschichtlicher Forschung. Bei der Untersuchung des politischen Engagements und des politischen Einflusses der Paulskirchenlinken geht es auch um die Überwindung der nationalgeschichtlich-teleologischen Linearität, die sich mit der »Verwissenschaftlichung« der Geschichtsschreibung im 19. Jahrhundert durchsetzte und die Überblicksdarstellungen bis heute stark prägt. Hat sie in ihrer Orientierung auf den Nationalstaat als einzig mögliches Ergebnis der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts die Abläufe homogenisiert, so muß eine postnationalistische und freiheitlich orientierte Geschichtsschreibung multiperspektivisch sein und die Brüche und Alternativen bewußt machen, die zuvor »immer wieder im Namen der Nation unterdrückt worden sind«. ²³

²² BLHA 11377, Bl. 20; Fetzer an Venedey 29. 12. 1863 und 27. 9. 1865 (BA 90 Ve 1/16); J. VENEDY, Grundübel, 1864 S. 28; E. A. ROSSMÄSSLER, Ablehnung, 1867; F. WIGARD, VossZ 31. 1. 1867 (zit. nach K. E. POLLMANN, 1985, S. 125); H. WUTTKE, Stand, 1850, S. 3 und 63 ff.; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849, S. 7; Sächs. LT 18. 2. 1850, S. 593 f. (Mammen); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. 1, 1855, S. 125; R. FUCHS, 1970, S. 115 f.; H.-W. HERRMANN, 1993, S. 172: Culmann bezeichnete sich nach 1863 als »Mitglied der National-Versammlung in Frankfurt«.

²³ Konrad H. Jarusch, Normalisierung oder Re-Nationalisierung? Zur Umdeutung der deutschen Vergangenheit, in: GG 21 (1995), S. 583 f. Was in der Sozialismusforschung – etwa zur Novemberrevolution – bereits seit langem an der Tagesordnung ist, nämlich sich mit »verschütteten Alternativen« zur realen historischen Entwicklung und »zum Scheitern verurteilten Bewegungen« zu befassen, wurde in den letzten Jahren auch in einigen Studien zum Bürgertum aufgegriffen. Siehe etwa P. NOLTE, 1994, insb. S. 11 und 24; Rudolf Boch, Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Bürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857, Göttingen 1991. Vgl. auch Gianna Pomata, Partikular- und Universalgeschichte, in: L'Homme Z.F.G. 2 (1991), S. 5–44.

Dies muß sich auf die Vorgehensweise auswirken: Erstens dürfen die einzelnen politischen Akteure nicht isoliert betrachtet werden. Sie müssen biographisch in die soziale Umwelt eingebettet werden, der sie entstammten und in der sie sich bewegten, in ihre Freundschafts-, Beziehungs- und Kommunikationsnetze. Ihre soziale und materielle Lage darf nicht außer acht gelassen werden. Ihr politisches Denken muß in Bezug zum Zeitgeist gesetzt werden, d.h.: es muß gefragt werden, was im jeweiligen Untersuchungszeitraum denkbar war, welche Alternativen sich den Zeitgenossen darboten.

Zweitens sind nicht allein die Personen in der ersten Reihe interessant, nicht nur ›Bismarck‹ und ›Bebel‹, sondern gerade auch diejenigen, die in der zweiten Reihe stehen, die Mit- und Zuarbeiter, die häufig in stärkerem Maße den Zeitgeist repräsentieren als die großen Ausnahmereisnerungen. Hans Rosenberg hat in Abgrenzung vom traditionellen Individualismus der deutschen Ideengeschichte bereits in den Zwanziger Jahren für eine Typisierung plädiert, die er kollektive politische Ideengeschichte genannt hat. Parallel zur Entstehung von Karl Mannheims Wissenssoziologie bemerkte er, »daß schriftstellerisch aktive Intellektuelle zweiten und dritten Ranges, die geistiges Gold in Silber und Kupfer zu verwandeln und unter ein breites Publikum zu bringen wußten, historisch nicht weniger beachtenswert als die eminenten Köpfe sind.«²⁴ Allerdings darf Politikgeschichte nicht bei den politischen Ideen und Ideologien stehenbleiben, sondern muß sich zugleich dafür interessieren, wie diese in politisches Handeln umgesetzt wurden. Sie muß dabei sogar besonderes Augenmerk auf die Eigendynamik politischen Handelns richten, also auch auf dessen nicht intendierte Effekte, durch die die Resultate politischen Handelns häufig stark von den Ideen abweichen, die es leiten. Also bedarf es nicht allein einer kollektiven politischen Ideengeschichte, wie sie Rosenberg gefordert hat, sondern ebenso einer kollektiven Politikgeschichte. Dies gilt auch für eine Zeit, in der Parteien, Verbände und politische Milieus erst rudimentär existierten.

Drittens gehören zu den wichtigsten Quellen, wenn man politische Prozesse rekonstruieren möchte und sich für politische Mentalitäten oder die Begriffe, in denen in einer vergangenen Epoche politisch diskutiert wurde, interessiert, die Tagespresse, Zeitschriften und andere Gebrauchstexte. Solange immer wieder dieselben, durch Editionen kanonisierten Höhenkammtexte zu Rate gezogen werden und sie nicht mit mittelmäßigen, schnell fabrizierten Texten, wie sie vorzugsweise in der Presse zu finden sind, konfrontiert werden, sind Aussagen über kollektive Mentalitäten und das politische Klima einer Epoche kaum möglich.

Zusammenfassend läßt sich postulieren: Eine moderne Politische Geschichte sollte die Instrumentarien und methodologischen Erkenntnisse, die die Sozial- und neuere Kulturgeschichte für den Mikrobereich des Lokalen, Individuellen und Alltäglichen entwickelt und erprobt hat, wieder auf

²⁴ H. ROSENBERG, Politische Denkströmungen, 1972, S. 10f.

die großen politischen Entscheidungen und Prozesse sowie auf die Führungseliten anwenden.²⁵

Die großen politischen Themen der Moderne sind die von der amerikanischen und französischen Revolution aufgeworfenen Fragen der Durchsetzung von Freiheit und Gerechtigkeit. Sie stehen im Mittelpunkt der fundamentalen politischen Prozesse der Moderne – Nationsbildung, Individualisierung und politische Emanzipation immer breiterer Bevölkerungsschichten sowie infolgedessen Differenzierung des Parteienspektrums – und der aus diesen Prozessen resultierenden Konflikte.

Die zentralen Themen der Epoche seit 1849, die im Mikrokosmos der Paulskirchenlinken studiert werden sollen, sind:

1. die innere Nationsbildung – also die Abkehr des liberalen Bürgertums sowohl vom einzelstaatlichen Patriotismus als auch von aufklärerisch-universalistischen Vorstellungen und die Entstehung eines integralen, die einzelnen Sozialmilieus und gewachsenen einzelstaatlichen Regionen transzendierenden, gesamtdeutschen, häufig ethnisch definierten Nationalismus;²⁶

2. die Entstehung politischer Parteien – wobei hier nur diejenigen im liberalen Spektrum interessieren;

3. die Militarisierung des liberalen Bürgertums, also die Abkehr von den kosmopolitisch-pazifistischen Ideen, wie sie im »Völkerfrühling« des Jahres 1848 blühten, und die Entwicklung des liberalen Citoyen zum chauvinistischen Untertan. Die Forschungsperspektive muß gerade mit Blick auf die bürgerliche Linke darin bestehen, »Partizipationsverheißung und Gewaltbereitschaft als die zwei Gesichter der modernen Nation zu sehen« – also sich von der Vorstellung eines Umschlags von einem guten in einen bösen Nationalismus zu verabschieden.²⁷

4. wird neuerdings in Abkehr von älteren Paradigmen zwar kaum noch die fehlgeschlagene »bürgerliche Revolution« als Beginn eines »deutschen Sonderwegs« angesehen, aber, wie Helga Grebing vorsichtiger sagt, die »deutsche Eigenproblematik auf dem Weg in die Moderne« aus den spezifischen Umständen der Nationalstaatsbildung abgeleitet. Es wäre also an-

²⁵ Vgl. hierzu: Olivia Hochstrasser, *Mikrohistorie und Gesellschaftsgeschichte: Thesen zu einem immer noch aktuellen Thema*, in: *WerkstattGeschichte* 11/1995, S. 48–54. Oder – um mit dem Philosophielehrer Max Webers zu sprechen: »Der Gegensatz von politischer und Kulturgeschichte ist schief und hat mit den Fragen der historischen Methode überhaupt nichts zu thun« (Heinrich Rickert, *Die Grenzen naturwissenschaftlicher Begriffsbildung*, Tübingen 1902, S. 585).

²⁶ Vgl. zur Nationsbildung nach 1849: D. LANGEWIESCHE, *Reich, Nation und Staat*, 1992, S. 366; DERS., *Deutschland und Österreich*, 1991; H. MOMMSEN, *Nation und Nationalismus*, 1986.

²⁷ D. LANGEWIESCHE, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat*, 1995, S. 192 (Zitat), 195 u. ö. (dort weiterführende Literaturhinweise); DERS., *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, 1988, insb. S. 9f. Für das alte Paradigma: O. DANN, 1996; H. A. WINKLER, *Vom linken zum rechten Nationalismus*, 1978 (hierzu kritisch bereits: B. VOGEL, 1992); S. SCHMIDT, *Thesen*, 1966, S. 10; sehr holzschnittartig: K. EDER, 1991, S. 316 ff.

hand der Geschichte des Liberalismus zu überprüfen, inwiefern zwischen 1849 und der Reichsgründung Chancen zu einer stärker am Westen orientierten Entwicklung vertan worden sind.²⁸

Die Entscheidung, den säkularen Umbruch in der deutschen bürgerlichen Politik zwischen Revolution und Reichsgründung anhand der Linken in der Deutschen Nationalversammlung zu untersuchen, beeinflußt, wie jede heuristische Festlegung, zugleich das Ergebnis. Die Beschäftigung mit rund fünfzig Angehörigen der politischen Elite kann einerseits selbst in einer Epoche, in der aktive, über das Wählen hinausgehende politische Partizipation auf einen kleinen Personenkreis beschränkt war, nur zu exemplarischen Befunden führen, zumal wenn es um einen Zeitraum von rund zwanzig Jahren geht und die wesentlichen Territorien des heterogenen Deutschen Bundes berücksichtigt werden sollen. Andererseits bietet die Beschränkung auf eine klar abgegrenzte Gruppe die Möglichkeit, die untersuchten Personen eingehend zu erforschen, ihre Nachlässe einzubeziehen, zumal diese bisher kaum benutzt wurden. So geraten auch die Wechselwirkungen zwischen Biographie, Mentalität, Sozialcharakter und politischen Entscheidungen sowie mögliche Differenzen zwischen öffentlich und privat geäußerten Ansichten und damit Fragen der Strategie und Taktik in den Blick. Die Studie liefert somit auch eine Innensicht der liberalen und demokratischen Opposition zwischen Revolution und Reichsgründung aus der Perspektive eines Teils der damaligen politischen Elite. Außerdem ermöglicht es der personenbezogene Ansatz, Quellengattungen systematisch auszuwerten, die wegen des hohen Arbeitsaufwandes in der historischen Forschung häufig vernachlässigt werden, etwa die Tagespresse und Parlamentsprotokolle. Gerade für eine Zeit strenger Pressezensur spricht für eine personenbezogene Vorgehensweise auch, daß es nur mit Hilfe von Briefen und anderen Selbstzeugnissen vielfach möglich war, anonym, unter Kürzeln oder Siglen erschienene Zeitungsartikel ihren Autoren erstmals zuzuordnen.

Allerdings birgt die Entscheidung für die achtundvierziger Linke als Untersuchungsgegenstand die Gefahr, die Initiativen des gemäßigten Liberalismus unterzubewerten. Diese ist jedoch geringer, als es zunächst erscheinen mag, da gerade in der nachrevolutionären Epoche die Grenzen zwischen den verschiedenen Richtungen in der bürgerlichen Politik sehr durchlässig waren. So ist die Paulskirchenlinke zum Zeitpunkt ihres Entstehens in der Deutschen Nationalversammlung relativ klar gegen die regierungsloyale politische Mitte abzugrenzen. In der Folgezeit jedoch fand ein Diffusionsprozeß statt, der ein zentraler Gegenstand der Untersuchung ist und an dessen Ende Teile der Paulskirchenlinken sich in sehr unterschiedlichen politischen Organisationen und ebenso unterschiedlich einflußreichen gesellschaftlichen Stellungen finden. Anhand der Paulskirchenopposition läßt sich also nicht allein eine Geschichte der nachrevolutionären Linken, son-

²⁸ Vgl. H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 480ff.

dern eine exemplarische Geschichte des Nations- und liberalen Parteibildungsprozesses der 1850er und 1860er Jahre schreiben.

Die Epoche zwischen der Niederlage der Revolution und der Gründung des Deutschen Reichs ist vor allem als Umbruchphase interessant, wie sich exemplarisch am Schicksal der Paulskirchenlinken ablesen läßt. 1867 finden sich ihre Mitglieder in einem breiten politischen Spektrum wieder: von den Nationalliberalen bis zum bürgerlichen Flügel der Sozialdemokratie, von den liberalen Großösterreichern bis zu den süddeutschen Partikularisten. Sie hatten auch sehr unterschiedliche politische Positionen erreicht. Manche waren Minister oder Berater führender Politiker geworden, andere Journalisten oder einfache Landtagsabgeordnete. Es wird also in der folgenden Untersuchung eine politische Diffusion beschrieben und nicht behauptet, daß die Paulskirchenlinke ebenso wie die Achtundvierziger insgesamt in den 1850er/1860er Jahren noch eine bestimmte politische Richtung bildeten oder für eine spezifische Denkweise standen. Zwar gab es Gemeinsamkeiten, die aus der Erfahrung von 1848/49 und ihrer führenden Rolle in der Revolution resultierten. So hat sich keiner von ihnen je öffentlich davon distanziert, zur Opposition in der Nationalversammlung gehört zu haben. Vielmehr behaupteten sie in der Regel die Kontinuität der eigenen politischen Überzeugungen von 1848 bis zum jeweiligen Standort zwanzig Jahre später. Solche Gemeinsamkeiten innerhalb der ehemaligen Nationalversammlungsoptionen lagen jedoch vornehmlich auf einer mental-habituellen Ebene. Die Erfahrung der Revolution und der Paulskirche sowie die anschließende politische Verfolgung schufen mentale Dispositionen und ein spezifisches Kommunikations- und Beziehungsnetz, ließen aber gleichwohl sehr unterschiedliche politische Optionen zu. Zwischen Exilierten und im Bundesgebiet Gebliebenen bzw. dorthin Zurückgekehrten, aber auch innerhalb beider Gruppen führte die Verarbeitung der Niederlage zu gegensätzlichen Richtungsentscheidungen.

Am Beispiel der Paulskirchenlinken wird der Übergangsprozeß vom gewissermaßen heroischen Zeitalter des Bürgertums und des Liberalismus in eine Epoche pragmatischeren politischen Handelns und der Anpassung utopischer Idealvorstellungen an die realen Bedingungen dargestellt. Der Umschlag ist zu verorten in der Revolution von 1848/49 und im Scheitern der hochfliegenden Erwartungen, die sowohl die liberale Öffentlichkeit als auch die Abgeordneten selbst auf die Verfassungsarbeit und die Staatsbildung in der Paulskirche gerichtet hatten. Die schnellen und leichten Erfolge von 1848 hatten solche Erwartungen hochschießen und viele Protagonisten die fortbestehende Macht der alten Gewalten unterschätzen lassen. Die Ernüchterung über die Schwierigkeit, die Ideen des Vormärz in eine Verfassung und dann vor allem in reale Macht umzusetzen, führten zu einem fundamentalen politischen Umdenken in der bürgerlichen Linken. Der Anspruch, nun stärker die Realitäten zu berücksichtigen, war allgemein – und keineswegs ein Privileg der gemäßigten Liberalen. In Verbindung mit

dem, durch die Fundamentalpolitisierung von 1848/49 in breite Bevölkerungsschichten vordringenden Nationalismus setzte sich außerdem fast allgemein die Überzeugung durch, daß der deutsche Weg zu Freiheit und Einheit ein eigenständiger sein müsse, daß die westeuropäischen Entwicklungsmodelle für die Deutschen ungeeignet seien.²⁹ Die Anpassung der liberalen und demokratischen Utopien des Vormärzes an die Realitäten im Deutschen Bund nach 1849 führte zu einer Umgruppierung der politischen Parteien innerhalb des Liberalismus.³⁰ Die neuen Konzeptionen und politischen Ideen waren trotz des andauernden Fortschrittsoptimismus deutlich gebrochener, skeptischer, bisweilen auch zynischer als die der heroischen und idealistischen Phase vor 1848.

Die Geschichte des Liberalismus, die anhand der Paulskirchenlinken erzählt werden kann, hat einen melancholischen Grundton, ist sie doch neben einigen dauerhaften Erfolgen vornehmlich eine Geschichte des Scheiterns. Nach und nach paßte die bürgerliche Linke von 1848/49 ihre ursprünglichen Vorstellungen, die womöglich zu nachhaltigeren Lösungen für die deutschen Fragen hätten beitragen können, aber unzeitgemäß waren, den gegebenen Möglichkeiten an, oder kehrte nach vergeblichen Versuchen, den Gang der deutschen Politik mitzubestimmen, wieder in die Fundamentalopposition zurück. Das mehrfache Scheitern ihrer freiheitlichen und föderalistischen Vorstellungen machte diejenigen, die am Gesamtpaket der Ideen von 1848 festhielten, zu Außenseitern. Doch gerade dadurch gewannen sie häufig den »scharfen Blick, den eine Grenzexistenz verleiht«³¹, hatten sie eine kritischere und analytischere Sicht auf ihre Zeit und deren Probleme.

Hinter der Beschäftigung mit den aus der Nationalversammlungsopposition hervorgegangenen Politikern steht die Annahme, ihre Wiederentdeckung könne das Bewußtsein schärfen für die Mühen, aber auch die Risiken der Realpolitik und die Schwierigkeiten, neben den nationalistisch-machtpolitischen auch die bürgerlich-freiheitlichen Ideen von 1848 durchzusetzen. Die Beschäftigung mit der Paulskirchenlinken kann darüber hinaus, da viele ihrer im 19. Jahrhundert unzeitgemäßen Ziele immer noch aktuell erscheinen, eine Reihe innovativer politischer Köpfe aus der Vergessenheit zurückholen, um sie in den schmalen liberal-demokratischen Traditionsbestand der Deutschen zu integrieren.

Die Studie gliedert sich in sechs Teile. Der erste skizziert die kollektive Biographie der Paulskirchenlinken nach der Niederschlagung der Revolution, bevor in den folgenden Teilen die politische Geschichte der deutschen

²⁹ Vgl. C. JANSEN, *Bild der französischen Revolution*, 1998.

³⁰ Es kommt eben nicht zum Zerfall der achtundvierziger Bewegung in ihre vormärzlichen Bestandteile, wie etwa A. LEES, 1974, S. 185 f., annimmt. Vgl. hingegen T. OFFERMANN, 1979, S. 29.

³¹ H.-U. WEHLER, *Bd. III*, 1995, S. 331.

bürgerlichen Linken aus der Perspektive der Gegenelite von 1848/49 geschrieben wird. Dabei werden im zweiten Teil die Jahre des Übergangs von der Revolution zur Reaktion (1849–1851) behandelt; am Ende steht eine Typologie der Strömungen, die die Politik der folgenden fünfzehn Jahre bestimmten. Der dritte Teil schildert die Neuorientierung der Linken nach dem Eingeständnis ihrer Niederlage unter dem Paradigma des Realismus. Im vierten Teil stehen die politische Reorganisation und die Wahlerfolge der Jahre 1858 bis 1861 im Mittelpunkt, die jedoch schon bald im preußischen Verfassungskonflikt die andauernde Schwäche der Opposition und zunehmende innere Gegensätze zeigen. Der fünfte und sechste Teil schildern dann das Scheitern der verschiedenen, von der bürgerlichen Linken verfolgten Wege zur nationalen Einigung »Deutschlands«, bis sich schließlich die großpreußisch-militärische Strategie Bismarcks durchsetzte. Erst nachdem ihre eigenständigen Vorstellungen über den Weg zu Einheit, Macht und Freiheit an den politischen Realitäten zerschellt oder von den maßgeblichen Staatsmännern verhindert worden waren, war ein nennenswerter Teil der bürgerlichen Linken bereit, Bismarcks kurzfristig erfolgversprechende Vorgehensweise zu unterstützen.

Am Ende der Geschichte der bürgerlichen Linken in der nachrevolutionären Epoche ist das Verschwinden des demokratisch-republikanischen Radikalismus als eigenständige und einflußreiche politische Strömung zu konstatieren, die er bis in die 1860er Jahre hinein vor allem in den kleinräumigen Territorialstrukturen Südwest- und Mitteldeutschlands gewesen ist. Diese Marginalisierung einer in den westeuropäischen Staaten weiterhin wichtigen Gruppierung, die nicht ohne Folgen für die weitere Entwicklung im Deutschen Reich blieb, soll jedoch nicht als Versagen abqualifiziert werden. Vielmehr soll im einzelnen gezeigt werden, an welchen politischen Konstellationen die bürgerliche Linke scheiterte und welche politischen Realitäten sie zu einer Umorientierung veranlaßten.

Erster Teil

**Lebensweg und Selbstverständnis
der Paulskirchenlinken
nach 1849**



Deputirte der deutschen Nationalversammlung (Fraction der Linken) 1848 u. 49 (Kreidelithographie von Schwabe)

Die Bildlegende lautet: [letzte Reihe:] 1. Ludw. Simon aus Trier 2. Spatz 3. Hagen
 [vorletzte Reihe:] 4. Dr. J. G. A. Wirth 5. Kolb 6. Wigard 7. Schaffrath 8. Venedey
 9. Schlöffel 10. [Gottlob] Tafel
 [3. Reihe:] 11. Raveaux 12. Ruge 13. [Christian] Schüler aus Jena 14. Schoder 15. Peter
 16. Wesendonck 17. Röhle [= Rühl] aus Hanau 18. Zimmermann aus Stuttgart
 19. Roesler aus Oels
 [2. Reihe:] 20. Eisenstuck 21. Nauwerck 22. Giskra 23. Schuselka 24. Temme 25. Joh.
 Jacobi[y] 26. [Heinrich] Simon aus Breslau 27. Trützschler 28. A. Schott
 [1. Reihe:] 29. R. Blume [= Blum] 30. J. Fröbel 31. Brentano 32. Löwe aus Calbe
 33. Zitz 34. C. Vogt 35. v. Itzstein

Politisches, regionales und soziales Profil der Opposition in der Deutschen Nationalversammlung

1. Die »Paulskirchenlinke«

Eine exakte Definition der Begriffe »Paulskirchenlinke« bzw. »linke Opposition in der Deutschen Nationalversammlung« und entsprechend eine unangreifbare Abgrenzung des dazu zählenden Personenkreises ist nicht möglich. Die erste deutsche Nationalversammlung war durch eine breite und äußerst heterogene politische Mitte gekennzeichnet, in der es zu immer neuen Umgruppierungen und Fraktionswechseln kam. Neben dem formalen Kriterium der Gegnerschaft zur provisorischen Reichsregierung war die wichtigste Klammer, die die Linke politisch-programmatisch einte, ihr Beharren auf der aus dem Prinzip der Volkssouveränität abgeleiteten alleinigen Verfassungshoheit der Nationalversammlung. Daraus ergab sich die Ablehnung des vom gemäßigten Liberalismus verfochtenen Grundsatzes, Volksvertretung und Fürsten müßten die künftige deutsche Verfassung auf dem Kompromißwege miteinander *vereinbaren*. Daß die über ihre Opposition gegen die Reichsregierung und das Vereinbarungsprinzip definierte Paulskirchenlinke kein willkürliches Konstrukt darstellt, sondern daß es sich um ein politisches Lager mit gemeinsamen Überzeugungen, parlamentarischen Initiativen und vor allem auch gemeinsamer Organisation handelte, zeigte sich im November 1848. Nach den Siegen der Reaktion in Wien und Berlin schloß sich die aus Linkliberalen und Demokraten bestehende Linke im Centralmärzverein zusammen, um die Errungenschaften der Revolution und die nationale Einigung mit den Mitteln einer demokratischen Massenpartei durchzusetzen.

Damit gab es, als sich die politische Konfrontation sowohl in der Nationalversammlung als auch zwischen dieser und den erstarkenden alten Mächten zuspitzte, innerhalb des Liberalismus zwei relativ geschlossene Lager: das des erbkaiserialichen, gemäßigten Konstitutionalismus, das sich zur Weidenbuschfraktion zusammenschloß, und das der Linken im Centralmärzverein, dem die gesamten Fraktionen Donnersberg, Deutscher Hof und Westendhall, aber auch 16 Angehörige des Württemberger Hofes, vier fraktionslose Abgeordnete und ein Mitglied der Casino-Fraktion beitraten. Dieselben politischen Lager standen sich auch über die Spaltung der Frankfurter Nationalversammlung hinaus im weiteren Verlauf der Revolution gegenüber. Große Teile der Linken setzten ihre politische Arbeit im Rumpfparlament in Stuttgart fort; viele von ihnen gingen im Sommer 1849 ins Exil.

Viele Kleindeutsch-Gemäßigte hingegen kamen Ende Juni 1849 in Gotha zusammen und akzeptierten die Verfassung, die von dem von Preußen dominierten Dreikönigsbündnis als Gegenentwurf zur Frankfurter Reichsverfassung ausgearbeitet worden war und u. a. das Dreiklassenwahlrecht vorsah. Dies wurde von der Linken als Verrat angesehen, weil die meisten Teilnehmer an der Gothaer Nachversammlung nicht einmal ein Vierteljahr zuvor, nach dem Zustandekommen des Verfassungskompromisses, noch feierlich erklärt hatten, daß sie »für irgend wesentliche Abänderungen [der Frankfurter Reichsverfassung] oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite diese etwa verlangt werden sollten, nicht stimmen würden«. ¹ Hinfort hießen die kleindeutsch-gemäßigten Liberalen bei der Linken und der ihr nahestehenden Presse abfällig »Gothaer« – eine Bezeichnung, die den Vorwurf des Opportunismus und des Zurückweichens vor den Mächtigen enthielt. ² Jedoch hatten immerhin 23 Mitglieder der linksliberalen Fraktionen Württemberger Hof und Westendhall an der Gothaer Versammlung teilgenommen. Die Linke stellte damit gut ein Siebtel der 150 Teilnehmer; sechzehn von ihnen sprachen sich in der Abschlusserklärung sogar für den von Preußen oktroyierten Verfassungsentwurf aus, nach dessen Bestimmungen später das Erfurter Parlament gewählt wurde. ³

Diese Überschneidungen zwischen den gemäßigten Liberalen und der Linken verweisen auf die Schwierigkeiten, die entstehen, will man sämtliche Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung eindeutig einer Richtung zuordnen. Die Probleme sind auch überlieferungsbedingt: so sind etwa die Akten des Centralmärzvereins im Mai 1849 aus Sicherheitsgründen verbrannt worden. Man ist also auf nicht überprüfbare Zeitungsberichte und die zeitgenössischen Aufstellungen des Abgeordneten Johann Gottfried Eisenmann ⁴ angewiesen, um zu erfahren, welche Abgeordneten Mitglieder

¹ G. HILDEBRANDT, *Opposition*, 1981, S. XXXIX; Erklärung von 81 erb-kaiserlichen Abgeordneten unter H. v. Gagern vom 27. 3. 1849, zit. nach V. VALENTIN, Bd. II, 1977, S. 372.

² Vgl. B. EISENSTUCK, *Reichskommissariat*, 1851, S. 271; W. SCHULZ-BODMER, *Deutschlands gegenwärtige politische Lage*, 1849, S. 8; H. WUTTKE, *Gegen Herrn K. R.*, 1849, S. 2783; L. SIMON, *Das allgemeine Stimmrecht*, 1851, S. 173; DERS., *Aus dem Exil*, Bd. I, S. 124. Rechtfertigung des Verhaltens: G. RIESSER, 1868, S. 69 ff. [1861]; K. BIEDERMANN, *Aufsätze und Reden*, 1892, S. 83 [1850] und 132 [1869]. Siehe auch L. PARISIUS, *Deutschlands politische Parteien*, 1878, S. 13 f.

³ Siehe Kap. IX.2.

⁴ Johann Gottfried Eisenmann: *Die Parteyen der teutschen Reichsversammlung, ihre Programme, Statuten und Mitgliederverzeichnisse*, Erlangen 1848. Diese Publikation bildet die Hauptgrundlage aller Fraktionszuordnungen, auch der hier zugrundeliegenden von H. BEST/W. WEEGE, 1996. Vgl. auch B. MANN, *Württemberg*, 1975, S. 393 ff. Der dort abgedruckte Bericht des württembergischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Zentralgewalt vom 1. 11. 1849 stimmt mit H. BEST/W. WEEGE, 1996, überein, bis auf E. Zimmermann, der dem Deutschen Hof, sonst – so auch hier – dem Donnersberg zugeordnet wird.

des Märzvereins waren. Ähnliches gilt für die meisten Fraktionen.⁵ Ein weiteres Problem bei der Zuordnung stellt die unterschiedliche Dauer der Parlamentszugehörigkeit dar. Manche Abgeordnete traten bald wieder aus, andere rückten nach, wieder andere waren häufig von Frankfurt abwesend – etwa weil sie zugleich Landtagsabgeordnete waren. So nahmen viele gar nicht teil an wichtigen Entscheidungen im Rahmen der Fraktionsbildung oder an polarisierenden Abstimmungen, die eine Zuordnung zur Linken oder zur politischen Mitte erlauben. Ein drittes Problem lag bis vor kurzem in der großen Zahl der Fraktionslosen, die ein Drittel aller Abgeordneten ausmachen.⁶ In der Regel ist nicht entscheidbar, ob die Fraktionsunabhängigkeit bewußt gewählt, Folge lückenhafter Überlieferung oder zu kurzer Parlamentszugehörigkeit ist. Dank der Auswertung der namentlichen Abstimmungen mit Hilfe der statistischen Diskriminanzanalyse durch Best und Weege ist nunmehr eine Zuordnung der fraktionslosen Abgeordneten zu einer der vier Abstimmungsgruppen »Rechte, Rechtes Zentrum, Linkes Zentrum, Linke« möglich, die in etwa der hier vorgenommenen Unterscheidung in legitimistische Opposition, gemäßigter Liberalismus, Linksliberalismus und demokratischer Radikalismus entspricht.⁷ Weiterhin liegen fundamentale Probleme für die Zuordnung zu einem der politischen Lager im Individualismus der meisten Abgeordneten sowie im embryonalen Entwicklungsstand des Parteiensystems. Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einer Fraktion bedeutete keineswegs zwingend Übereinstimmung in allen wichtigen Fragen. Und schließlich können die jeder Zuordnung zugrundeliegenden Kategorien nie trennscharf sein.

Trotz dieser zahlreichen Probleme wurde für die folgenden Überlegungen zum sozialen und regionalen Profil der Nationalversammlungslinken aufgrund der Vorarbeiten von Best und Weege sowie eigener Recherchen eine Liste von 261 der insgesamt 809 Abgeordneten erstellt, die im folgenden als Paulskirchenlinke bezeichnet werden (siehe Tab. 15 im Anhang). Zu ihr werden alle gezählt, die den überlieferten Quellen zufolge Mitglieder der Fraktionen Donnersberg, Deutscher Hof⁸ und Westendhall sowie des Centralmährvereins gewesen sind,⁹ außerdem alle Fraktionslosen, die aufgrund der Diskriminanzanalysen von Best und Weege mit der Linken gestimmt

⁵ Überliefert sind aus der Paulskirchenlinken nur »Protokolle des Vereins Westendhall« (BA FSg. 5/6), so daß die Zuordnung hier sehr zuverlässig vorgenommen werden kann.

⁶ Das in Teilen der Literatur übliche Verfahren, Prozentangaben auf der Basis der Gesamtzahl aller Fraktionsmitglieder zu berechnen – Fraktionslose also als nicht existent zu behandeln, muß zu erheblichen Verzerrungen führen. Exemplarisch für die unbrauchbaren Prozentangaben in der älteren Literatur: H.-U. WEHLER, Bd. II, 1987, S. 727 und 741. Vollkommen unbrauchbar sind die Aufstellungen bei J. SHEEHAN, *Ausklang*, 1994, S. 614f.

⁷ H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 27.

⁸ Einschließlich der insgesamt 16 Mitglieder der Abspaltung Nürnberger Hof. Knappe Skizzen der Fraktionsprogramme ebd., S. 400ff.

⁹ Bei Fraktionswechslern wurde jeweils die letzte Zugehörigkeit gewertet, da der Gegenstand der Untersuchung das politische Engagement nach 1849 ist.

haben. Für die besonders heterogene und durch Austritte ständig schrumpfende Fraktion Württemberger Hof¹⁰ sowie für diejenigen Fraktionslosen, die nach Best und Weege »mit dem linken Zentrum« gestimmt haben, wurde die Zuordnung zur Linken davon abhängig gemacht, ob mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllt war: Erwähnung in der Aufzählung der Mitglieder der Linken im Bericht des sächsischen Abgeordneten Carl Theodor Dietsch an seine Wähler vom 9. 6. 1848, Unterzeichnung der Erklärung der Fraktionen Donnersberg, Deutscher Hof und Westendhall »An das deutsche Volk« anlässlich der Erschießung Robert Blums vom 16. 11. 1848, des Offenen Briefes der Linken und des linken Zentrums an das preußische Volk vom 18. 11. 1848¹¹ oder Mitgliedschaft im Stuttgarter Rumpfparlament. Aufgrund dieser Kriterien, die für eine Identifikation mit den politischen Zielen der Nationalversammlungsopposition sprechen, wurden weitere 21 Abgeordnete der »Paulskirchenlinken« zugerechnet.¹²

¹⁰ Etwa zwei Drittel der ursprünglich rund 100-köpfigen Fraktion Württemberger Hof (WH) verließ diese nach und nach. In einigen Darstellungen wird der Württemberger Hof zur parlamentarischen Mittelpartei gerechnet. Daß jedoch erhebliche Teile des Württemberger Hofes zur Linken im Sinne der oben gegebenen Definition (Souveränität der Nationalversammlung und Opposition zur provisorischen Reichsregierung) zählten, zeigte die Abstimmung vom 26. 6. 1848 über Aufgaben und Kompetenzen der Reichsregierung, die zugleich zur ersten größeren Abspaltung vom Württemberger Hof führte: Der WH-Abgeordnete Schoder hatte in dieser Frage einen Kompromiß der gesamten Linken – vom Donnersberg bis zum Württemberger Hof – ausgehandelt, nach dem die Regierung »die Beschlüsse der Nationalversammlung zu verkündigen und zu vollziehen« habe. Der entsprechende Antrag der linken Fraktionen scheiterte nach der Sesssion des rechten WH-Flügels, der nun die Fraktion Augsburgsberger Hof bildete, knapp (M. BOTZENHART, 1977, S. 174 ff.; falsch hingegen F. EYCK, 1968, S. 192). Damit war die Opposition der Linken zur Reichsregierung vorprogrammiert. Zur Heterogenität des WH vgl. auch H. BEST, 1990, S. 325 ff.

¹¹ Diese Dokumente und ihre Unterzeichner in: G. HILDEBRANDT, *Opposition*, 1981, S. 26, 189 f. und 192 f. Zwei weitere, von vielen Abgeordneten der Linken unterzeichnete Aufrufe – die Verwahrung gegen die Kritik der Parlamentsmehrheit am Steuerverweigerungsbeschluß der preußischen Nationalversammlung (23. 11. 1848; ebd., S. 191 ff.) und eine Aufstellung der »demokratischen Partei« über ihre Mitglieder (30. 11. 1848; ebd., S. 216 f.) bestätigen die vorgenommene Abgrenzung der Linken.

¹² Es handelt sich um folgende WH-Abgeordnete: C. Becker, Böcking, Cnyrim, Cropp, Dham, Drechsler, G. Groß, Grumbrecht, Johannes, Kierulff, Leue, v. Scherpenzeel-Heusch, W. A. Schmidt, Stremayr, Weißenborn, Wuttke und Ziegert, sowie folgende Fraktionslose, die nach H. BEST/W. WEEGE, 1996, mit dem linken Centrum stimmten: Gottschalk, L. Jordan, Kuranda und Metzler.

Außerdem wurde der Johann Friedrich Hohlfeld, dessen Abstimmungsverhalten Best/Weege nicht klassifiziert haben, zur Linken gerechnet, da er sich führend am sächsischen Aufstand beteiligte. Ludwig Bamberger, der als Ersatzmann für den am 1. 3. 1849 zurückgetretenen Franz Zitz in Mainz gewählt worden war, sein Mandat angenommen (BA FSg. 1/292, Schreiben vom 4. 6. 1849), aber nicht mehr angetreten hat (L. BAMBERGER, *Erinnerungen*, 1899, S. 177 f., 193 und 512), wurde nicht in die folgenden Überlegungen zur Parlamentslinken einbezogen (M. SCHWARZ, 1965, S. 45, zählte ihn noch zu den Abgeordneten). Er wird aber wegen seines rein zufälligen Nicht-Eintritts ins Rumpfparlament im weiteren Verlauf dieser Studie berücksichtigt. Auch in der Paulskirchenlinken

2. Hochburgen der Linken bei den Nationalversammlungswahlen

Wie läßt sich nun die so definierte Linke in der Deutschen Nationalversammlung in biographischer und soziologischer Hinsicht näher charakterisieren? Wo läßt sie sich sozial und regional verorten? Wo lagen ihre Hochburgen, auf welche Wählerschichten und sozialen Bewegungen könnte sie sich gestützt haben? Tabelle 1 stellt die Wahlerfolge der linken Parlamentsopposition für die einzelnen Staaten des Deutschen Bundes zusammen. Für die beiden Großmächte Österreich und Preußen werden auch die Ergebnisse in den Kronländern bzw. Provinzen aufgeführt, ebenso für Bayern der vom Gesamtergebnis deutlich abweichende Wahlausgang in der linksrheinischen Pfalz. Bei der Aufstellung wird unterschieden zwischen Wahlkreisen und Abgeordneten, da ein Wahlkreis während des Bestehens der Nationalversammlung von bis zu vier Abgeordneten vertreten worden ist. Neben der Gesamtzahl der Abgeordneten und der Mandate des jeweiligen Territoriums werden die Zahl sowohl der Abgeordneten der Linken als auch der von ihnen gehaltenen Mandate genannt sowie ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Abgeordneten bzw. Mandate. Wo diese Zahlen während der Dauer der Frankfurter Parlamentsverhandlungen schwankten, sind jeweils der höchste und der niedrigste Wert in zeitlicher Abfolge angegeben.

Zunächst zeigt die Tabelle die außerordentliche Heterogenität des Wahlergebnisses und die starke Regionalität der politischen Kulturen im Deutschen Bund. Die Anteile der Linken an den Mandaten wie an der Gesamtzahl der Abgeordneten, die insgesamt bei 32 % lagen, differierten in den verschiedenen Territorien sehr stark: In manchen Staaten errang die Linke sämtliche Mandate, in anderen keines. Ansonsten bestätigt die Untersuchung mit genaueren und verlässlicheren Zahlen, als sie die bisherige Forschungsliteratur enthält, daß die Königreiche Sachsen¹ und Württemberg, die Großherzogtümer Baden und Hessen, die bayrische Pfalz, die hessischen und sächsischen Kleinstaaten außer Coburg-Gotha sowie die österreichischen Länder Schlesien und Böhmen 1848 die Hochburgen der Linken gewesen sind. Auch wenn man die Einzelergebnisse nicht mit generalisierenden Thesen vollständig erklären kann, lassen sich doch einige gemeinsame regionale Besonderheiten dieser Hochburgen benennen. Es handelte sich um die bis 1815 zu Frankreich gehörenden Territorien sowie um Staaten mit einer freiheitlichen politischen und Verfassungstradition, also die Länder des Konstitutionalismus, in denen bürgerliche und politische Rechte bereits im Vormärz in relativ hohem Maße garantiert waren, wie Baden,

wurde er zu den Ex-Parlamentariern gezählt. Vgl. das Einladungsschreiben von Christmann, Heldmann, Kolb, Reinhard, Roßmäßler und G. Tafel an die früheren Abgeordneten zur Bildung eines neuen »Vorparlaments« vom Juli 1862, das auch an Bamberger gerichtet war (L. BAMBERGER, *Erinnerungen*, 1899, S. 511 f.).

¹ Vgl. auch T. TONNDORF, 1994, S. 776 f.

Württemberg, Sachsen, Hessen-Darmstadt, Frankfurt, Waldeck, die sächsischen Kleinstaaten (außer Coburg-Gotha, das erst 1852 eine Verfassung erhielt). Dieser Befund wird vom Wahlergebnis in der preußischen Rheinprovinz bestätigt, wo von vierzehn Abgeordneten der Linken zwölf aus den linksrheinischen Gebieten kamen.

Tabelle 1: Erfolge der Linken bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung nach Staaten und Regionen

Staaten	Wahlkreise		Abgeordnete	
	insgesamt	von der Linken gehalten (%)	insgesamt	Linke (%)
Österreich	132	38-44 (29-33)	186	54 (29)
davon: Niederösterreich	22	6-7 (27/32)	33	11 (33)
Oberösterreich	19	2 (11)	24	2 (8)
Steiermark	15	4-5 (27/33)	26	5 (19)
Tirol/Vorarlberg	17	4 (24)	24	6 (25)
Kärnten/Krain	9	3 (33)	14	3 (21)
Böhmen	22	10-11 (45/50)	27	14 (52)
Mähren	18	5-7 (28-39)	24	7 (29)
Schlesien	7	4-5 (57/71)	9	6 (67)
Küstenland	3	-	5	-
Preußen	200	39-48 (20-24)	280	55 (20)
davon: Ostpreußen	30	1-2 (3/7)	46	2 (4)
Brandenburg	27	6-8 (22-30)	35	8 (23)
Pommern	15	1 (7)	19	1 (5)
Schlesien	38	13-15 (34-39)	55	19 (35)
Posen	12	1-2 (8/17)	18	2 (11)
Sachsen	23	5-6 (22/26)	27	6 (22)
Westfalen	20	2-3 (10/15)	29	3 (10)
Rheinprovinz	35	10-11 (29/31)	51	14 (27)
Bayern	71	22 (31)	91	24 (26)
davon: Pfalz	10	10 (100)	13	13 (100)
rechtsrh. Bayern	61	9-11 (15-18)	78	11 (14)
Hannover/Oldenburg	31	10-11 (32-35)	41	11 (27)
Königr. Hannover	26	8-9 (31/35)	36	9 (25)
Oldenburg	5	2 (40)	5	2 (40)
Württemberg	30	18-20 (60-67)	42	26 (62)
Königreich Württemberg	28	17-19 (61-68)	38	22 (58)
Hohenzollern	2	2 (100)	4	4 (100)
Sachsen/Thüringen	38	28 (74)	59	44 (75)
Königreich Sachsen	24	21-20 (88/83)	36	30 (83)
Sachsen-Weimar	4	3 (75)	5	4 (80)
Sachsen-Meiningen	2	1-2 (50/100)	4	3 (75)
Sachsen-Altenburg	2	0-1 (0/50)	4	1 (25)
Sachsen-Coburg-Gotha	2	-	2	-
Fürstentümer Reuß	2	1-2 (50/100)	5	4 (80)

Staaten	Wahlkreise		Abgeordnete	
	insgesamt	von der Linken gehalten (%)	insgesamt	Linke (%)
Fürstentümer Schwarzburg	2	2-1 (100/50)	3	2 (67)
Baden	19	14 (74)	21	16 (76)
Hessen	32	20 (63)	36	22 (61)
Großherzogtum	12	9 (75)	14	10 (71)
Kurhessen	11	6-5 (45/55)	13	6 (46)
Nassau	6	3 (50)	6	3 (50)
Homburg, Frankfurt, Waldeck	3	3 (100)	3	3 (100)
Mecklenburg-Schwerin	7	3-4 (43/57)	9	4 (44)
Holstein/Lauenburg	7	3 (43)	8	3 (38)
Limburg	2	1 (50)	2	1 (50)
Liechtenstein	1	1-0 (100/0)	2	1 (50)

Staaten ohne Abgeordnete, die sich der Linken zuordneten:

Schleswig	5	-	6	-
Braunschweig	4	-	5	-
Hansestädte	3	-	7	-
Anhaltinische Staaten	3	-	5	-
Luxemburg	1	-	4	-
Lippe	1	-	1	-
Schaumburg-Lippe	1	-	1	-

N 589 199-215 (34-37) 809 261 (32)

Außerdem handelte es sich bei den Hochburgen der parlamentarischen Linken um bereits relativ stark industrialisierte Territorien sowie um Gebiete, in denen der Katholizismus und vor allem die Stellung des Klerus und der Kirche schwach, religiöser Dissens hingegen verbreitet war. Diese Faktoren zeichneten auch die beiden österreichischen Länder Böhmen und Schlesien aus, die neben den beiden Hauptstadtregionen Berlin und Wien die einzigen Hochburgen der Linken auf dem Gebiet der beiden deutschen Großmächte waren. Die Linke in der Deutschen Nationalversammlung vertrat also ganz überwiegend Wahlkreise, die im »Dritten Deutschland«² lagen. In Böhmen und dem österreichischen Schlesien kam es 1848 zu einer starken Nationalitätenpolarisierung. Auf deutscher Seite wurde diese von der bürgerlichen Linken getragen. Bei den nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen führte sie überwiegend zum Boykott der Wahlen bzw. des Parlaments. Auch in den linksrheinischen Gebieten dürfte die nationalpolitische Konfrontation der 1840er Jahre wegen des deutsch-französischen Streits um die Rheingrenze die Wahl nationaldemokratischer Volksvertreter gefördert haben, die sich der Linken anschlossen. Hingegen wurden in den beiden anderen, von Nationalitätenkonflikten gezeichneten Regionen – Schleswig und Posen – kei-

² So werden die Klein- und Mittelstaaten zusammenfassend bezeichnet.

ne bzw. nur sehr wenige Kandidaten der Linken gewählt. Die Wahlergebnisse lassen sich also nicht monokausal erklären. Mehrere der genannten Faktoren mußten zusammenkommen, damit in einer Region überdurchschnittlich viele Politiker gewählt wurden, die sich der Linken zurechneten.

Als von der revolutionären Dynamik wenig erfaßt erweisen sich hingegen das rechtsrheinische Bayern, die Kernlande der Großmächte Österreich und Preußen, die norddeutschen Kleinstaaten und große Teile des Königreichs Hannover. Vier der neun von Abgeordneten der Linken gehaltenen Wahlkreise lagen auch hier in den zu Beginn des Jahrhunderts ebenso wie Oldenburg zu Frankreich gehörenden Gebieten. Zusammenfassend läßt sich also, ohne die Situation in jedem einzelnen Wahlkreis beurteilen zu können, sagen, daß in der Regel das Zusammentreffen von zwei oder mehr der vier genannten Faktoren (freiheitliche Traditionen, relative Industrialisierung, Schwäche der katholischen Kirche und nationalistisch aufgeladene Stimmung) zur Wahl eines Abgeordneten führte, der sich der Paulskirchenlinken anschloß.

Tabelle 2: Religiöses Bekenntnis der Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung im Vergleich zur Bevölkerung im Deutschen Bund³

Bekenntnis	Linke		Mitte und Rechte		Paulskirche		Deutscher Bund
	insg.	%	insg.	%	insg.	%	%
katholisch	97	38,0	240	45,5	337	43,1	52,2
protestantisch	145	57,3	282	53,4	427	54,6	46,8
deutskatholisch/ freireligiös	7 (6/1)	2,7	4	0,8	11	1,4	0,0
mosaisch	5	2,0	2	0,4	7	0,9	1,0
N	254	100,0	528	100,0	782	100,0	100,0
keine Angaben/ religionslos	7 (6/1)		20		27		

Die These, daß ein Faktor, der die Wahl eines Linken in die deutsche Nationalversammlung bedingte, die relative Schwäche der katholischen Kirche gewesen ist, wird durch das religiöse Bekenntnis der Abgeordneten bestätigt. Der Katholikenanteil lag in der Linken noch einmal fünf Prozentpunkte unter dem in der Nationalversammlung insgesamt (43,1%), der bereits fast zehn Punkte unter dem Katholikenanteil im Deutschen Bund lag. Doppelt so viele wie in der gesamten Versammlung und dreimal so viele wie in den Fraktionen der Mitte und der Rechten gehörten in der Linken keiner der beiden großen christlichen Konfessionen an. Die politischen Eliten und insbesondere ihr oppositioneller Flügel waren in Deutschland insgesamt eher protestantisch als katholisch, und der Anteil religiöser Dissidenten war in diesen Gruppen immer deutlich größer als in der Gesamtbevölkerung. Dies galt in besonderem Maße für die Paulskirchenlinke, deren Hoch-

³ Die Zahlen für die Gesamtheit der Paulskirchenabgeordneten und für den Deutschen Bund nach H. BEST, 1990, S. 156f.

burgen ohnehin mit denen des Dissenses übereinstimmten und vielfach in Regionen lagen, in denen die katholische Kirche nur schwach verankert war.

Tabelle 3: Die Fraktionen der Linken nach Herkunftsstaaten und -regionen

Staat	Do		DH ⁴		Wh		WH ⁵		bkF ⁶		v.d. Abg.d. Staates	
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
Österreich	10	19	12	22	10	19	8	15	14	26	54	29
dav. Schlesien	1	17	4	67	–	–	1	17	6	67		
Böhmen	2	14	1	7	2	14	4	29	5	38	14	52
Niederösterreich	3	27	2	18	4	36	1	9	1	9	11	33
Preußen	14	25	14	25	14	25	9	16	4	7	55	20
dav. Schlesien	6	32	7	37	3	16	–	–	3	16	19	35
Rheinprovinz	3	21	3	21	3	21	4	29	1	7	14	27
Bayern	6	25	6	25	7	29	3	13	2	8	24	26
dav. Pfalz	5	38	6	46	1	8	–	–	1	8	13	100
übriges Bayern	1	9	–	–	6	55	3	27	1	9	11	14
Hann.u.Oldenb.	–	–	2	18	5	45	4	36	–	–	11	27
Württemberg/Hohenzoll.	3	12	9	35	8	31	–	–	6	23	26	62
Sachsen/Thüringen	11	25	21	48	2	5	5	11	5	11	44	75
dav. Königr. Sachsen	8	27	16	53	1	3	1	3	4	13	30	83
Baden	11	69	3	19	–	–	–	–	2	13	16	76
Hessen	6	27	4	18	9	41	2	9	1	5	22	61
dav. Großherzogtum	5	50	3	30	2	20	–	–	–	–	10	71
Sonstige	–	–	3	33	3	33	3	33	–	–	9	
Summe	61	23	74	28	58	22	34	13	34	13	261	
von allen Abg.		7,5		9,1		7,2		4,2		4,0		32,1
N = 809												

Tabelle 3 schlüsselt die Oppositionsfraktionen regional auf. Wiederum ist die Verteilung sehr unterschiedlich. Die Hochburg der linksradikalen Fraktion Donnersberg, die sich Ende Mai 1848 vom demokratischen Deutschen Hof abgespalten hatte, war Baden, wo ihr 69 % aller Abgeordneten angehörten. Entsprechend zählte kein badischer Parlamentarier zu den Linksliberalen (Westendhall und Württemberger Hof), denen jedoch 35 % der gesamten linken Opposition zuzurechnen sind. Überdurchschnittlich hoch war der Anteil der Linksradikalen auch unter den Abgeordneten aus dem Großherzogtum Hessen (50 %), aus der Pfalz (38 %) und der preußischen

⁴ Einschließlich Nürnberger Hof (16 Abgeordnete).

⁵ Nur die zur Linken gerechneten Abgeordneten.

⁶ Nur die zur Linken gerechneten Abgeordneten. Einschließlich des Abgeordneten Eisenmann, der (nach H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 72) als Mitglied der Casino-Fraktion dem Centralmärzverein beitrug und gleich in den Vorstand gewählt wurde. BOTZENHART, 1977, S. 401, zufolge war er fraktionslos. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet die Fraktionszugehörigkeit desjenigen Abgeordneten unklar ist, dessen Buch die modernen Autoren primär ihre Informationen über Fraktionszugehörigkeiten in der Paulskirche verdanken!

Provinz Schlesien (32 %), während von den hannoverschen und oldenburgischen Parlamentariern sich keiner dem Donnersberg anschloß. Auch die Abgeordneten aus früh industrialisierten Regionen wie Württemberg, der Rheinprovinz, Brandenburg und manchen Kleinstaaten entschieden sich nur sehr selten für die Fraktion Donnersberg. Die extreme Linke in der Deutschen Nationalversammlung hatte ihre Basis also keineswegs im entstehenden Industrieproletariat, sondern vornehmlich in radikalen kleinbürgerlichen Schichten im ländlichen Raum, vor allem in den Randgebieten des Deutschen Bundes. Die Mitglieder der Linken aus den weniger peripher gelegenen und stärker industrialisierten Regionen wie Württemberg, dem Königreich Sachsen und Mähren schlossen sich vorwiegend der demokratischen Hauptströmung, dem Deutschen Hof, an. Dasselbe galt für die Pfälzer und die Demokraten aus dem österreichischen Herzogtum Schlesien. Nimmt man die beiden demokratischen Fraktionen (Donnersberg und Deutscher Hof) zusammen, so erreichten sie die höchsten Anteile innerhalb der parlamentarischen Linken in folgenden Regionen: Großherzogtum Baden (88 %), Pfalz (84 %), Herzogtum Schlesien (84 %), Königreich Sachsen (80 %), Großherzogtum Hessen (70 %) und Provinz Schlesien (69 %). Am gemäßigtsten war die Linke aus Hannover, Oldenburg, dem rechtsrheinischen Bayern, der Rheinprovinz, Brandenburg und Kurhessen. Generell läßt sich sagen, daß die Linke in ihren Hochburgen auch besonders radikal war. War ihr Anteil in einer Region hingegen eher gering, so schlossen sich die Abgeordneten eher linksliberalen Fraktionen an.

Die bürgerlich-respektable, linksliberale Fraktion Westendhall, die man die »Linke im Frack« genannt hat, war vor allem für hannoversche, oldenburgische, brandenburgische und bayrische Abgeordnete attraktiv, also für Männer aus Regionen, in denen die Linke nicht dominierte und Respektabilität wichtig war, um schwankende Wähler nicht an den gemäßigten Liberalismus zu verlieren. Zwischen 55 % und 46 % der Mitgliedern der Paulskirchenlinken aus diesen Regionen schlossen sich der Fraktion Westendhall an, die insgesamt nur 22 % der Oppositionsabgeordneten an sich binden konnte. Die Linksliberalen in der Fraktion Württemberger Hof kamen überdurchschnittlich häufig aus den Kleinstaaten und dem Königreich Hannover, hingegen fast nie aus den Hochburgen der Linken und der Revolution. Die gemäßigte Linke stützte sich vorwiegend auf eher ländliche Gebiete mit 1848 geringer politischer Konfrontation. Die fraktionsungebundene Linke stammte vorwiegend aus Österreich (besonders aus Böhmen) und aus Württemberg – ein Indiz für die Unangepaßtheit der oppositionellen Abgeordneten aus jenen Regionen und ihre geringe Integration in die liberale Einigungsbewegung, die sich in den jeweiligen politischen Konflikten und im regionalen Parteienspektrum bis zum Ende des Jahrhunderts spiegelten.

3. Generations- und Schichtzugehörigkeit der oppositionellen Abgeordneten

Auch wenn revolutionäre Umbrüche in der Regel mit einem Generationswechsel verbunden sind, dürfte es in Europa kaum je ein jüngeres Nationalparlament als die Paulskirche gegeben haben. Die Abgeordneten der Linken waren mit 40 Jahren beim Eintritt in die Nationalversammlung im Durchschnitt noch einmal fünf Jahre jünger als ihre Kollegen in den anderen politischen Lagern. Besonders deutlich machen dies die in Tabelle 4 angegebenen Anteile linker Abgeordneter an den Alterskohorten: Schlossen sich zwei Drittel der unter 30-jährigen der Linken an, so entschieden sich fast 80 % derjenigen, die 45 Jahre und älter waren, für die gemäßigt liberalen Fraktionen oder die rechte Opposition. Die größte Kohorte innerhalb der Linken war 35–39 Jahre alt. Mehr als die Hälfte der Paulskirchenlinken hatte das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet. Je jünger die Abgeordneten waren, desto stärker tendierten sie also nach links. Die Entscheidung eines Wahlkreises für einen linken Abgeordneten war in der Regel zugleich ein Votum gegen die etablierten politisch-parlamentarischen Eliten der Einzelstaaten. Die Linke verkörperte den jugendlichen Schwung und Überschwang der Märztage. Wie sehr ein Gefühl der Jugendlichkeit die Selbstwahrnehmung der Paulskirchenlinken bestimmte, verdeutlicht etwa die Tatsache, daß ein 55-jähriger von seinen Fraktionsgenossen den Spitznamen »Papa Freudentheil« erhielt.¹ Diese Anekdote um den linksliberalen Abgeordneten Gottlieb Wilhelm Freudentheil aus Stade deutet darauf hin, daß auch der Umkehrschluß gilt: in den von der Revolution kaum erfaßten Regionen wurden vornehmlich die alten Kämpen der vormärzlichen Opposition gewählt.

¹ Freudentheil an Venedey, Dezember 1864 (BA 90 Ve 1/18). Vgl. H. BEST, 1990, S. 210ff. Die Abgeordneten der französischen Nationalversammlung des Jahres 1848 waren im Schnitt fünf Jahre älter als ihre deutschen Kollegen. Vgl. zur Jugendlichkeit revolutionärer Eliten Robert D. Putnam: *The Comparative Study of Political Elites*, Englewood Cliffs, N.J. 1976, S. 195 ff.

Tabelle 4: Alter der Abgeordneten² (Stichtag 1. 5. 1848)

Alter/Jahrgänge	Linke		Mitte und Rechte		Paulskirche insgesamt		Linke in Kohorte
	N	%	N	%	N	%	Zeilen-%
bis 30 (1818–1825)	32	12,5	17	3,2	49	6,2	65
30–34 (1813–1818)	42	16,3	49	9,2	91	11,5	46
35–39 (1808–1813)	64	24,9	105	19,7	169	21,4	38
40–44 (1803–1808)	51	19,8	120	22,5	171	21,6	30
45–49 (1798–1803)	35	13,6	122	12,9	157	19,9	22
50–54 (1793–1798)	16	6,2	52	9,8	68	8,6	24
55–59 (1788–1793)	9	3,5	38	7,1	47	5,9	19
ab 60 (1775–1788)	8	3,1	30	5,6	38	4,8	21
Summe	257	100,0	533	100,0	790	100,0	32
Durchschnittsalter	40 Jahre		45 Jahre		43 Jahre		
keine Angaben	4		15		19		

Drei Fünftel der Paulskirchenlinken gehörten den Geburtsjahrgängen 1803 bis 1818 an, waren zum Zeitpunkt ihrer Wahl und ihres Eintritts in die Nationalversammlung zwischen 30 und 45 Jahre alt, also nach 1830 politisch sozialisiert worden. Eine große Gruppe, vor allem unter den Köpfen der späteren Parlamentsopposition kannte sich bereits aus dem Vormärz, insbesondere von den jährlichen Treffen auf Gut Hallgarten. Diese Versammlungen, zu denen der Besitzer des Weingutes, der ebenfalls später zur Paulskirchenlinken gehörende badische Demokrat Johann Adam v. Itzstein in den Jahren 1839 bis 1846 einlud, sollten der systematischen Rekrutierung liberaler und demokratischer Nachwuchspolitiker dienen. Neben den Führern der badischen Parlamentsopposition (Welcker, Mathy, Brentano und Itzstein selbst) wurden jüngere radikale Kammerabgeordnete, vornehmlich aus Südwestdeutschland und Sachsen, zu den konspirativen, von der Polizei mißtrauisch beobachteten Treffen eingeladen, um ihre Oppositionsarbeit vor allem im Hinblick auf die erstrebte nationale Einigung zu diskutieren und zu koordinieren. Gerade für die Konstituierung der ersten, informellen vorparlamentarischen Gremien der Revolutionszeit hatte der Hallgarten-Kreis eine kaum zu überschätzende Bedeutung: Fast alle Mitglieder gehörten dem Vorparlament an, wodurch ihre Chancen, in die Nationalversammlung gewählt zu werden, überdurchschnittlich hoch waren. Von der späteren Paulskirchenlinken nahmen an Treffen des Hallgarten-Kreises mindestens teil: die Sachsen Robert Blum, Julius Dieskau, Wilhelm Michael Schaffrath, Otto v. Watzdorf und Oscar v. Wydenbrugk, die Badener Itzstein, Lorenz Brentano und Joseph Peter, der Pfälzer Georg Friedrich Kolb, der Frankfurter Friedrich Jucho, der Marburger Nationalökonom Bruno Hildebrand, der Ostpreuße Johann Jacoby und die Schlesier Oskar Graf Reichenbach und Heinrich Simon. In enger personeller Verbindung

² Werte für die Gesamtheit der Paulskirchenabgeordneten nach H. BEST, 1990, S. 214 und 218.

mit dem Hallgarten-Kreis stand der seit Ende der dreißiger Jahre in Leipzig zusammenkommende Kreis radikaler Abgeordneter um Robert Blum, dem von der späteren Nationalversammlungslinken Franz August Mammen, Dieskau, Schaffrath und Hermann Joseph sowie vermutlich Otto Leonhard Heubner und Adolph Hensel angehörten. Die meisten sächsischen Demokraten kannten sich außerdem aus der Turnerbewegung. In Wien trafen sich im Café Geisinger seit den frühen 1840ern neben diversen Literaten regelmäßig die späteren Paulskirchendemokraten Johann Nepomuk Berger, Moritz Hartmann und Joseph Rank.³ Die Kristallisationskerne der Achtundvierziger im Vormärz sind noch weitgehend unerforscht: Neben der politischen Sozialisation in manchen Studentenverbindungen und in den Seminaren einzelner politischer Professoren liegen in den informellen Abgeordnetentreffen die Wurzeln für das politische Selbstbewußtsein und Zusammengehörigkeitsgefühl, für die Freundschaftsnetze und persönlichen Vertrauensverhältnisse, die für oppositionelle Politik vor allem unter repressiven Bedingungen wie im Vormärz und seit 1849 eine notwendige Voraussetzung darstellt.

Tabelle 5: Bildungsabschlüsse der Abgeordneten⁴

Bildungsabschluß	Linke		Mitte und Rechte		Abgeordnete insgesamt	
	N	%	N	%	N	%
kein Studium	29	11,2	75	13,7	104	12,9
Juristen	141	54,4	380	69,3	521	64,5
nur Studium	98	37,8				
Promotion	43	16,6				
sonstige Akademiker	89	34,4	93	17,0	182	22,6
nur Studium	40	15,4				
Promotion	49	18,9				
N	259	100,0	548	100,0	807	100,0
keine Angaben	2	—	—	—	2	—

³ Wichtige, nicht zur Paulskirchenlinken zählende Mitglieder des Hallgarten-Kreises waren Friedrich Hecker, der württembergische Märzminister Friedrich Römer, der spätere Herausgeber der »Demokratischen Studien« Ludwig Walesrode (Königsberg) sowie die späteren Casino-Abgeordneten Friedrich Bassermann, Carl Mathy, Carl Theodor Welcker (alle Baden), Heinrich v. Gagern (Hessen-Darmstadt), August Hergenhausen (Nassau) und Carl Wippermann (Kurhessen). Vgl. S. SCHMIDT, Hallgarten-Kreis, 1964; LPG III, S. 81 ff.; E. SILBERNER, Jacoby, 1976, S. 154, 168 und 171; G. F. KOLB, Lebenserinnerungen, 1976, S. 216; H. BLUM, Robert Blum, 1878, S. 95, 105 und 136; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 326 ff.; F. BAUER, 1991, S. 134 f.; Organisationsregister in: H. BEST/W. WEEGE, 1996 (unvollständig); G. KINKEL, 1875; F. v. LÖHER, 1876, S. 312 f.; DEMOKRATISCHE WEGE, 1997, S. 103 (Brentano). Zu den oppositionellen Organisationen, informellen Honoratiorenzirkeln und Freundeskreisen in Leipzig A. NEEMANN, 1999, S. 10 ff.; zur sächsischen Turnerbewegung K. MEINEL, 1928, S. 124 ff.

⁴ Zahlen für die Gesamtheit der Paulskirchenabgeordneten nach H. BEST, 1990, S. 147.

Innerhalb der Linken waren Akademiker und besonders Juristen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt ebenso exorbitant überrepräsentiert wie in der Nationalversammlung insgesamt: Fast 90 % der Abgeordneten hatten die Universität besucht, während zur gleichen Zeit im Deutschen Bund etwa 0,4 % jedes Geburtsjahrgangs studierten.⁵ Jedoch verteilten sich die Akademiker in der Linken etwas gleichmäßiger über die Fakultäten als in den übrigen Fraktionen. Hatten insgesamt fast zwei Drittel der Abgeordneten Jura studiert und in den Fraktionen der Mitte und der Rechten 70 %, so war dies auf der Linken »nur« bei gut der Hälfte der Fall. Ein gutes Drittel der Oppositionellen war promoviert, und immerhin siebzehn dieser Abgeordneten mit ihrem niedrigen Durchschnittsalter waren Hochschullehrer, weitere sechs waren außer Dienst gestellte, meist aus politischen Gründen suspendierte Universitätsprofessoren. Damit war die Bildungselite in der Opposition noch stärker überrepräsentiert als in der Nationalversammlung insgesamt.⁶

Die beiden Faktoren, die sich aus den Tabellen 4 und 5 als Charakteristikum der Paulskirchenlinken ergeben: relative Jugend und ein sehr hoher Bildungsgrad hatten auch Auswirkungen auf ihre Berufstätigkeit. In Anlehnung an das von Heinrich Best in seiner Studie über die deutsche und die französische Nationalversammlung entwickelte Modell wurden zur Analyse der sozialen Stellung der Paulskirchenabgeordneten und ihrer Väter neun Berufsfelder definiert.⁷ Damit soll anhand der relativ leicht zu bearbeitenden Berufsangaben, die für alle Abgeordneten und in den meisten Fällen auch für deren Väter vorliegen, die Gegenelite der Nationalversammlungsopposition zusätzlich zur regionalen Herkunft, Religions- und Generationenzugehörigkeit gesellschaftlich verortet werden. Ein grundsätzliches methodisches Problem ist dabei, daß eine solche Analyse auf eigenen, mit vertretbarem Aufwand nicht überprüfbareren Angaben der Abgeordneten basiert. Dieses Problem läßt sich allein mit der optimistischen Annahme aus dem Weg räumen, daß sich die Verzerrungen, die aus dieser Selbsteinordnung in die gesellschaftliche Schichtung resultieren, bei einer hinreichend großen und heterogenen Gruppe gegenseitig nivellieren mögen, so daß selbst bei im Einzelfall irreführenden Angaben generelle Aussagen möglich

⁵ H. v. LAER, 1977, S. 329.

⁶ Nach unterschiedlichen Zählungen gehörten 49 bzw. 52 Hochschullehrer dem Parlament an (BOTZENHART, 1977, S. 161); somit schlossen sich rund 45 % von ihnen der Linken an, zu der insgesamt nur ein knappes Drittel der Abgeordneten gehörte. Die Rede vom »Professorenparlament« ist in der neueren Forschungsliteratur ersetzt worden durch die Bezeichnung als »Juristenparlament« (z. B. H.-U. WEHLER, Bd. II, 1987, S. 740). Bedenkt man allerdings die geringe Zahl der Hochschullehrer insgesamt in Deutschland, so saßen nach Berechnungen von Matthias Hoffmann (Die Frankfurter Nationalversammlung als »Professorenparlament«. Staatsexamensarbeit Bochum 1994, S. 28 f.) knapp 6 % aller ordentlichen Professoren im Deutschen Bund in der Paulskirche. Keine andere Berufsgruppe war dort in einem vergleichbaren Ausmaß vertreten, und nie wieder saß in einer repräsentativen Versammlung ein so großer Teil der deutschen Professorenschaft.

⁷ H. BEST, 1990, S. 49 ff.

wären. Weitere massive Probleme liegen in der Kategorisierung und in der Zuordnung der von den Abgeordneten angegebenen Berufe zu den einzelnen Feldern. Das erste Problem kann dadurch minimiert werden, daß die eigenen Zuordnungen anhand vergleichbarer Überlegungen anderer Wissenschaftler für dieselbe Zeit kontrolliert werden.⁸ Das zweite Problem kann durch die Offenlegung der vorgenommenen Zuordnungen (vgl. S. 627f.) mindestens diskussionsfähig und kritisierbar gemacht werden. Bei der Komplexität der vorgefundenen Berufsangaben (einige Abgeordnete gaben zwei oder mehr Berufe an, die in verschiedene Kategorien fallen) sind zahlreiche Einzelentscheidungen notwendig, die – soweit möglich – aufgrund von Hintergrundinformationen getroffen wurden. Die Tendenz der Ergebnisse wiederum ist abhängig von den gewählten Kategorien und den getroffenen Zuordnungen.

Das von Best übernommene Konzept der Berufsfelder ist dem Untersuchungsgegenstand insofern angepaßt, als es extrem asymmetrisch ist: sämtliche unter- und kleinbürgerliche Schichten werden in einer Kategorie zusammengefaßt, da die Nationalversammlungsabgeordneten zu fast 99 % aus den privilegierten Schichten des Bürgertums und des Adels⁹ kamen. Der für den Untersuchungsgegenstand zentrale Bereich des Staatsdienstes wird in drei funktional unterschiedliche Felder unterteilt: *Lehrberufe* (bei Best: »Bildung«), *Justiz und Verwaltung*¹⁰ und *Offiziere*. Der *Klerus* beider Konfessionen bildet ein eigenes Berufsfeld, das in Deutschland sehr staatsnah konfiguriert und in dem eine ähnliche Mentalität wie bei Staatsdienern zu erwarten ist.

Ein weiterer Großbereich, aus dem sich zahlreiche Angehörige der deutschen politischen Elite rekrutierten, ist der der akademisch gebildeten Freiberufler. Hier werden mit den Feldern *Freie Berufe* und *Marginalisierte Intelligenz* diejenigen, die innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft etabliert waren, von denjenigen unterschieden, die einen solchen Status (noch) nicht erreicht hatten und innerhalb der Parlamentsopposition, zumal angesichts

⁸ Der seinerzeit von Best im Rahmen eines DFG-Projektes erstellte Datensatz zu den Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung wurde von ihm dem Zentrum für Historische Sozialforschung an der Universität Köln zur Archivierung übergeben. Ich danke Prof. Best und dem Datenarchiv für die Überlassung einer Datei, aus der die Zuordnung der Berufsangaben der Paulskirchenabgeordneten zu Bests zehn Berufsfeldern hervorgeht. Außerdem wurde eine im Rahmen der Bielefelder Bürgertumsforschung entstandene Berufsklassifikation benutzt (P. Lundgreen u. a., *Bildungschancen und soziale Mobilität in der städtischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts*. Göttingen 1988, S. 319–365).

⁹ Der *Adel* war in der Paulskirchenlinken nur schwach vertreten; er läßt sich mit den vorhandenen Daten kaum gegen das Bürgertum abgrenzen.

¹⁰ H. BEST, 1990, trennt Justiz und Verwaltung. Dies erscheint wenig sinnvoll, da beide Bereiche in den meisten deutschen Staaten des Vormärzes nicht klar voneinander getrennt waren. In vielen Fällen, in denen Abgeordnete mehrere Berufsangaben machten, fallen diese in beide Bereiche. Durch die Zusammenfassung von Justiz und Verwaltung konnten außerdem eine Reihe von offensichtlichen Zuordnungsfehlern, die Best bei der Codierung seines Materials unterlaufen sind, neutralisiert werden.

deren geringen Durchschnittsalters eine hervorragende Rolle spielten.¹¹ An diesem Punkt wurde Bests Klassifikation der Berufsfelder abgewandelt. Die hier als *Marginalisierte Intelligenz* bezeichneten Akademiker, die sich in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen (z. B. unbezahlter Vorbereitungsdienst auf Beamtenstellen ohne die Garantie der Übernahme auf eine Planstelle) befanden, bzw. als Beruf »Publizist«, »Schriftsteller«, »Redakteur«, »Privatgelehrter« u. ä. angaben und von denen nicht wenige aus politischen Gründen suspendierte Beamte waren, faßt Best mit den Ärzten und anderen Freiberuflern unter dem Rubrum »Publizistik« zusammen.¹² Beide Teilgruppen wurden hier wieder getrennt, da sie innerhalb des Bildungsbürgertums sehr unterschiedlich situiert waren: einerseits die in den lokalen Bürgergesellschaften etablierten und respektierten Anwälte, Notare, Ärzte oder Apotheker; andererseits meist jüngere, in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehende Akademiker, die sich normalerweise in einem Durchgangsstadium zu bürgerlicher Respektabilität befanden, aber auch ältere, aus den unterschiedlichsten Gründen zu Außenseitern gewordene Intellektuelle. Beide, hier *Marginalisierte Intelligenz* genannte Gruppen verband, daß bei ihnen ein hoher Bildungsabschluß¹³ in krassem Mißverhältnis zu ihrer aktuellen materiellen Lage stand. Diese Gemeinsamkeit unterschied sie zugleich von den *Freien Berufen*.¹⁴ Eine weitere Abweichung von Bests Klassifikationsschema besteht darin, daß seine Kategorie »Advokatur« aufgelöst und die Anwälte und Notare je nach Staatsangehörigkeit den Kategorien *Justiz und Verwaltung* bzw. *Freie Berufen* zugeordnet wurden. Dies spiegelt den sehr unterschiedlichen Status der Anwälte und Notare wider: in Preußen, Österreich, Bayern, Sachsen und einigen kleineren Staaten waren sie Justizbeamte, in den Hannover, Württemberg, Baden, Braunschweig, Mecklenburg, den Hansestädten usw. gab es die freie Advokatur.¹⁵

¹¹ Ganz falsch W. J. MOMMSEN, *Die ungewollte Revolution*, 1998, S. 177: In der Paulskirche habe »gerade jene freischwebende Intelligenz« gefehlt, »die man im Auge hat, wenn man von Intellektuellen spricht«.

¹² Das Berufsfeld *Marginalisierte Intelligenz* versucht einen gerade für die Paulskirchenlinke wesentlichen Typus von Berufen zu erfassen. Die Kategorisierung lehnt sich an Überlegungen an, die Best später in seinem Buch (S. 360f. und 374ff.), allerdings nicht im Kontext der Berufsfelderklassifikation, sondern im Rahmen der Überprüfung seines interessentheoretischen Modells durch Multiple Klassifikationsanalyse angestellt hat. Seine Kategorie »marginale Intelligenz« ist allerdings enger definiert, als es hier geschieht, und umfaßt für die gesamte Deutsche Nationalversammlung nur 41 Fälle. Daneben bildet Best dort eine Kategorie »nichtbesoldete Beamte« (68 Fälle), in die ebenfalls einige der hier zur *Marginalisierten Intelligenz* Gezählten fallen. Welche Abgeordneten Best zur »marginalen Intelligenz«, welche er zu den »nichtbesoldeten Beamten« gezählt hat und ob sich beide Kategorien überschneiden, geht weder aus seinem Buch, noch aus den mir zur Verfügung gestellten Unterlagen hervor. Um die Differenz zwischen Bests und meiner Definition nicht zu verwischen, wurde hier ein eigener Begriff geprägt.

¹³ Nur zwei (6 %) hatten nicht studiert, zwölf (33 %) waren promoviert, sechs (17 %) Privatdozenten oder suspendierte Hochschullehrer.

¹⁴ Es ist die Gruppe, die W. H. RIEHL, 1851, S. 299ff. und 331ff., anschaulich als »Geistesproletarier« beschrieben hat.

Tabelle 6: Berufszugehörigkeit der Abgeordneten

Berufsfeld(er)	Linke		Mitte und Rechte		Paulskirche insgesamt	
	N	%	N	%	N	%
Klerus	8	3,1	30	5,5	38	4,7
Justiz und Verwaltung	104	39,8	280	51,2	384	47,5
Lehrberufe	35	13,4	93	17,0	128	15,8
Freie Berufe	29	11,1	27	4,9	56	6,9
Marginalisierte Intelligenz	36	13,8	16	2,9	52	6,4
Akademische Berufe insg.	212	81,2	446	81,4	658	81,4
Offiziere	–	–	19	3,5	19	2,4
Gutsbesitzer	17	6,5	36	6,6	53	6,6
Wirtschaftsbürgertum	25	9,6	43	7,9	68	8,4
Bürgertum und Adel insg.	254	97,3	544	99,5	798	98,8
davon im Staatsdienst	139	53,3	392	71,7	531	65,7
Unterbürgerliche Schichten	7	2,7	3	0,5	10	1,2
Summe	261	100,0	547	100,0	808	100,0
k.A.	–	–	1	–	1	–

Außerhalb der in der Paulskirche dominierenden akademischen Berufe werden wie bei Best drei Berufsfelder unterschieden: *Offiziere* (bei Best: »Militär«) – ein Bereich, der allerdings in der Linken nicht vertreten war; *Gutsbesitzer* – die ländliche, meist adlige Oberschicht – sowie *Wirtschaftsbürgertum*¹⁶ (bei Best zu eng als »Unternehmen« bezeichnet). Abweichend von Best wurden die *Rentiers* (in der Linken nur ein Fall, der zugleich Kaufmann als Beruf angab; in der gesamten Paulskirche zehn Fälle) nicht unter *Gutsbesitz* rubriziert, sondern dem *Wirtschaftsbürgertum* zugerechnet.

Obwohl der Anteil der Abgeordneten, die unter- und kleinbürgerlichen Schichten angehörten, auf der Linken fünfmal so hoch wie in den übrigen Fraktionen war, gehörten 97,3 % der Abgeordneten dem Bürgertum (91,6 %) und dem Adel (5,7 %)¹⁷ an. Die wesentlichsten Unterschiede zwischen der Linken und den übrigen Fraktionen ergeben sich bei den außerhalb des Staatsdienstes tätigen Akademikern: ihr Anteil ist auf der Linken

¹⁵ H.-U. WEHLER, Bd. II, 1987, S. 226f.; Hermann Sacher (Hrsg.), Staatslexikon, Bd. IV, Freiburg 1931, Sp. 588f.

¹⁶ In der Gretchenfrage aller Berufskategorisierungen, der Zuordnung der Kaufleute macht es sich H. BEST, 1990, S. 59, zu einfach, wenn er behauptet, die Kaufleute in der Paulskirche seien sämtlich »Großkaufleute« gewesen. Dieser Begriff taucht zumindest unter den Berufsbezeichnungen innerhalb der Linken nicht auf.

¹⁷ Zum Adel gehörten auf der Linken die Abgeordneten: v. Dieskau, v. Gladis, v. Gold, v. Itzstein, v. Mayfeld, v. Mylius, a. Prato, v. Reden, v. Reichenbach, v. Scherpenzeel-Heusch, v. Stremayr, v. Trützschler, zu Waldburg-Zeil, v. Watzdorf und v. Wydenbrugk. Moriz Mohl hatte seinen Adelstitel 1848 niedergelegt (H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 242). Vgl. J. WESTERMAYER, 1998.

deutlich höher. In den Feldern *Marginalisierte Intelligenz* und *Freie Berufe* arbeiteten aus der Linken 25 %, aber nur 8 % der Abgeordneten der Mitte und der Rechten und 13 % der Parlamentarier insgesamt. Dafür lag der Anteil der akademisch gebildeten Staatsdiener, also der in den Berufsfeldern *Justiz und Verwaltung* und *Lehrberufe* Tätigen, in der Linken mit 53 % aller Abgeordneten erheblich niedriger als in den übrigen Fraktionen und in der Nationalversammlung insgesamt, wo er sich auf 68 % bzw. 63 % belief. Diese Differenz ergab sich weniger im Bildungsbereich als vor allem in den administrativen Funktionsebenen (*Justiz und Verwaltung*). Dies ist teilweise damit zu erklären, daß die oppositionellen Abgeordneten vergleichsweise jung waren und der Zugang zu den administrativen Funktionsebenen in den deutschen Staaten erst nach einer langen Ausbildung und Vorbereitungszeit möglich war; unter den 26 Abgeordneten der Linken, die im Justizdienst arbeiteten, waren neun Assessoren, also noch ohne feste Anstellung. Hinzu kamen die politischen Restriktionen für den Zugang zu Positionen im Staatsdienst sowie die Notwendigkeit, zur Ausübung des Mandats vom Dienstherrn beurlaubt zu werden. Dies dürfte bei Vertretern radikaler politischer Inhalte, so sie überhaupt im Staatsdienst standen, seltener der Fall gewesen sein als bei den gemäßigten Liberalen oder gar den Angehörigen der rechten und legitimistischen Opposition. Dieselben Faktoren können erklären, warum der traditionell staatsnahe Klerus in der Linken schwach vertreten war.

Wie in der Paulskirche insgesamt, so waren in der Linken leichter abkömmliche Berufsgruppen aus den Bereichen *Freie Berufe* und *Marginalisierte Intelligenz* deutlich überrepräsentiert, die unter- und kleinbürgerlichen Schichten sowie das *Wirtschaftsbürgertum* unterrepräsentiert. Die der *Marginalisierten Intelligenz* zuzurechnenden Abgeordneten schlossen sich überwiegend (zu 70 %) der Linken an. Es handelte sich bei dieser Gruppe um besonders radikale und junge Abgeordnete. 64 % gehörten den demokratischen Fraktionen Donnersberg und Deutscher Hof an; ihr Durchschnittsalter betrug nur 37 Jahre. 40 % waren unter 35, als sie gewählt wurden, sie waren in den Zentren des Radikalismus direkt von der Straße – meist ohne über parlamentarische Erfahrungen zu verfügen¹⁸ – in die Paulskirche entsandt worden. Dabei ist die *Marginalisierte Intelligenz* nicht dadurch gekennzeichnet, daß sie über ein geringes Einkommen verfügte, also zum Kleinbürgertum gehört hätte. Die meisten aus jener Gruppe konnten vielmehr mit einem für ein Leben nach damaligen bürgerlichen Maßstäben ausreichenden Einkommen rechnen. Spezifisch für sie war vielmehr, daß sie sich im Zweifelsfall eher für ihre Überzeugungen und damit für eine Außenseiterrolle als für eine bürgerliche Karriere entschieden. Zu dieser Gruppe gehörten die meisten der gefeierten und überzeugungstreuen Prominenz innerhalb der Paulskirchenlinken wie Robert Blum, Johann Gottfried Eisen-

¹⁸ Nur drei (7 %) der eher untypischen älteren Abgeordneten aus diesem Berufsfeld (C. Kapp, H. Simon und L. Uhland) verfügten über parlamentarische Erfahrung.

mann, Julius Fröbel, Moritz Hartmann, Franz Hedrich, Johann Georg Kapp, Hermann Kudlich, Moriz Mohl, Carl Nauwerck, Arnold Ruge, Wilhelm Schulz-Bodmer, Franz Schuselka, Heinrich Simon, Ludwig Uhland, Jakob Venedey oder Wilhelm Wolff. Die meisten dieser Prominenten und die Hälfte der gesamten Berufsgruppe mußten nach der Niederschlagung der Revolution emigrieren. In mancher Hinsicht waren sie darauf besser als andere vorbereitet: Sie waren als Angehörige der akademischen Intelligenz relativ mobil, hatten häufig noch keine Familie, waren an bescheidene Einkommen gewöhnt und teilweise gerade erst aus dem Exil zurückgekehrt, wodurch sie über Kontakte im Ausland und über Sprachkenntnisse verfügten.

Tabelle 7: Berufszugehörigkeit der Abgeordneten und ihrer Väter (Spaltenprozente)¹⁹

Berufsfeld(er)	Abgeordnete			Väter		
	Linke	Mitte u. Rechte	Paulskirche insg.	Linke	Mitte u. Rechte	Paulskirche insg.
Klerus	3,4	5,5	4,7	7,3	6,1	6,5
Justiz und Verwaltung	39,8	51,2	47,5	29,2	31,8	30,9
Lehrberufe	13,4	17,0	15,8	4,3	8,9	7,3
Freie Berufe	11,1	4,9	6,9	5,6	3,5	4,2
Marginalisierte Intelligenz	13,8	2,9	6,4	1,7	3,0	2,6
Akademische Berufe insg.	81,2	81,4	81,4	48,1	53,4	51,4
Offiziere	0,0	3,5	2,4	2,1	4,5	3,7
Gutsbesitzer	6,5	6,6	6,6	4,7	15,1	11,5
Wirtschaftsbürgertum	9,6	7,9	8,4	12,4	15,0	14,1
Bürgertum und Adel insg.	97,3	99,5	98,8	67,4	88,0	80,7
davon im Staatsdienst	53,3	71,7	65,7	35,6	45,2	41,9
Unterbürgerliche	2,7	0,5	1,2	32,6	12,0	19,3
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	261	547	808	233	440	673
keine Angaben	–	1	1	28	108	136

Als letztes Kriterium zur Situierung der Opposition in der Paulskirche im gesellschaftlich-politischen Feld soll die soziale Herkunft – gemessen durch die Berufszugehörigkeit des Vaters – betrachtet werden (Tab. 7). Dabei fällt vor allem ins Auge, daß in einer Zeit ohnehin starker gesellschaftlicher Mobilität die Linke in noch weitaus stärkerem Maße von sozialen Aufsteigern geprägt war als die Abgeordneten insgesamt. War insgesamt etwa jeder fünfte, in den Fraktionen der Mitte und Rechten nur jeder achte aus unterbürgerlichen Schichten ins Bürgertum aufgestiegen, so galt dies auf der Linken für jeden dritten. Waren insgesamt rund 40 % im gleichen Berufsfeld

¹⁹ Die Zahlen für die Gesamtheit der Paulskirchenabgeordneten nach H. BEST, 1990, S. 59.

tätig wie ihre Väter, so innerhalb der Linken nur 16 %. Darüber hinaus stammten die oppositionellen Abgeordneten seltener aus den staatstragenden Oberschichten (*Justiz und Verwaltung, Offiziere und Gutsbesitzer*) als die übrigen Parlamentarier. Insofern steckt in dem alten DDR-Begriff zur Charakterisierung des Radikalismus (»kleinbürgerliche Demokraten«) ein wahrer Kern – allerdings weniger hinsichtlich der Berufszugehörigkeit der Radikalen selbst als vielmehr hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft und damit ihrer politisch-biographischen Verankerung. Der soziale Aufstieg, den die Nationalversammlungsabgeordneten geschafft hatten, verlief vor allem über eine akademische Qualifikation in das Bildungsbürgertum hinein. Diese allgemeine Tendenz war in der Linken besonders ausgeprägt.

Best kam zu dem Befund, daß die regionale Herkunft die entscheidende Variable gewesen sei, die die politische Haltung der Abgeordneten in der Paulskirche bestimmt habe. Die Berufszugehörigkeit könne die Links-Rechts-Orientierung nur partiell erklären, Herkunft und Bildungsgang seien hierfür fast ohne Bedeutung.²⁰ Dies entspricht dem Befund, daß der Anteil der Linken und ihre Verteilung auf die einzelnen Fraktionen regional sehr stark differierte. Die regionalen Wahlergebnisse fielen weitaus stärker auseinander als Alter, Bildungshintergrund, soziale Herkunft oder Berufs- oder Religionszugehörigkeit der Linken im Vergleich zu den übrigen Fraktionen. Über alle politischen Gegensätze hinweg, die allerdings in den Augen der Zeitgenossen auch weniger scharf waren als in späteren Parlamenten²¹, bildeten die Paulskirchenabgeordneten eine sozial und religiös relativ homogene bildungsbürgerliche Elite.

Gleichwohl bleibt – nicht so sehr als Erklärung für die Entscheidung der untersuchten Parlamentarier für die Linke als vielmehr im Hinblick auf ihren weiteren Lebensweg und ihre späteren politischen Optionen – festzuhalten: Die Abgeordneten der Linken waren jünger und – teils deshalb, teils wegen ihrer politischen Radikalität – trotz vorzüglicher Ausbildung relativ wenig in die alten Eliten eingebunden. Sie waren in deutlich höherem Maße soziale Aufsteiger als die übrigen Abgeordneten, und ihre führenden Köpfe gehörten vornehmlich den als *Marginalisierte Intelligenz* zusammengefaßten Berufsgruppen an.

²⁰ H. BEST, 1990, S. 464 ff.

²¹ H. WESENDONCK, 1898, S. 16 und passim.

Politische Verfolgung der Paulskirchenlinken seit der Niederschlagung der Revolution

Wohl alle linksliberalen und demokratischen Paulskirchenabgeordneten und auch viele gemäßigte Liberale wurden während oder nach der Niederschlagung der Revolution politisch verfolgt. Die dabei von staatlicher Seite eingesetzten Mittel und Sanktionen waren äußerst unterschiedlich. Neben der juristischen Verfolgung, die von strafrechtlichen über zivilrechtliche bis zu dienstrechtlichen Maßnahmen reichte und in den heute verfügbaren Quellen den stärksten Niederschlag gefunden hat, stand eine breite Palette sonstiger polizeilicher Schikanen. Sie umfaßten Haussuchungen, Beschlagnahmen und die Überwachung nicht nur der Abgeordneten, sondern auch ihrer Familien, Verwandten und Freunde. In Tabelle 8 werden alle bekannten straf- und dienstrechtlichen Maßnahmen aufgezählt, von denen nachweislich 136 der 261 Abgeordneten der Linken betroffen waren.¹ Weitere Pressionen dürften wegen der für eine Reihe von Abgeordneten mangelhaften Überlieferung in Vergessenheit geraten sein. Hinzu kommt, daß einige disziplinarischer oder dienstrechtlicher Verfolgung entgangen sind, indem sie von sich aus auf ihr Amt verzichteten.² Die Angaben in der Tabelle sind

¹ Basierend auf A. RÖSLER, 1849; C. NAUWERCK, Schicksale, 1850; Beobachter 16.9.1851; NAMENSVERZEICHNIS, 1857. Bei dem letztgenannten Titel handelt es sich um eine eindrucksvolle Liste von fast 300 Abgeordneten der deutschen und preußischen Nationalversammlung, des österreichischen Reichstags (nur für die Bundesgebiete) sowie der sächsischen Kammern, die 1849–57 verfolgt wurden. Ergänzend: H. BEST/W. WEEGE, 1996. Zu Einzelfällen: Bayr. LT 6. 10. 1849, S. 98 ff.; 26. 10. 1849, S. 291 ff.; L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 244 f.; BP, folder 5; D. DRASCEK, 1993, S. 217 ff. (über alle bayrischen Rumpfparlamentarier) und 233; L. HÖBELT, 1993, S. 111 f. (Giskra); Heldmann an Streit 10. 11. 1859 (BA 61 Na 2); Luy an C. Vogt 31. 10. 1850 über erfolglose Versuche, Hildebrand nach Gießen zu berufen (BPU 2192); E. SILBERNER, 1976, S. 248 ff.; FDH-Akte Kolatschek; E. KRAUTKRÄMER, 1959, S. 158 ff.; Makowiczka an Mittermaier 5. 7. 1851 (Heid.Hs. 2746); M. RUSTIGE, o. J., S. 6; C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 296; J. WESTERMAYER, 1998, S. 83 ff.; E. A. ROSSMÄSSLER, Mein Leben, 1874, S. 135 und 214; B. BURGEMEISTER, 1858, S. 33 f.; J. TEMME, Archiv, 1856, S. 224 f. (F. Schmidt); Beobachter 6. 7. 1851 (F. Tafel); R. FUCHS, 1970, S. 112 ff.; F. BAUER, 1991, S. 149 f. (kurhessische Abgeordnete); BLHA 11000, Bl. 1 (Kolatschek); 11949, Bl. 31 und 39 (Nauwerck); 14379, Bl. 1 ff. (E. Zimmermann); Bernd Wunder, Die badische Beamtenschaft zwischen Rheinbund und Reichsgründung (1806–1871), Stuttgart 1998, S. 583 f. (Christ, Damm, Hagen, Itzstein und Peter); E. DÜHR, 1998, S. 151 (L. Simon) und 166 (C. Becker); K. MEINEL, 1928, S. 216 ff.

² So trat Paur 1850 aus dem Schuldienst aus, Rheinwald legte »freiwillig« seine Professur nieder (H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 257 bzw. 278 f.); Roßmäßler wurde »auf eigenen

aufgrund der Überlieferungslage nicht einheitlich. Insbesondere wurde das Vermögen von zum Tode oder langjähriger Haft Verurteilten in der Regel beschlagnahmt, ebenso wie die Betroffenen mit dieser Strafe zugleich ihre bürgerlichen Ehrenrechte, also auch die Wählbarkeit in Parlamente und die Fähigkeit zur Bekleidung von Ämtern im Staatsdienst, verloren. Die nähere Beschäftigung mit der politisch motivierten Repression zeigt, daß die Verfolgung sich gegen die Abgeordneten als Protagonisten der Revolution richtete und nur selten spätere politische Aktivitäten sanktionierte. Es ist jedoch auch in solchen Fällen davon auszugehen, daß die Tatsache, daß die Beschuldigten führend an der Revolution beteiligt waren, bei Verfolgung und Strafzumessung eine erhebliche Rolle spielten.³

Tabelle 8: Politische Verfolgung der Paulskirchenlinken seit 1849

Name	Staat/Provinz	Verfolgungsmaßnahme(n)
Archer	Steiermark	Amtsenthbung
Bamberger	Ghzt. Hessen	in Abwesenheit diverse Haftstrafen, außerdem in Zweibrücken zum Tode verurteilt
Bauernschmid	Oberösterr.	kriegsrechtliche Untersuchung, Amtsenthebung
C. Becker	Pr/Rheinprov	zehnjährige Beförderungssperre wegen Mißachtung des Rückrufs
Berkmann	Pfalz	12 Monate U-Haft, 1850 Einstellung des Verfahrens, Amtsenthebung
Bernbach	Rheinland	1849–50 Untersuchungshaft, Freispruch, Entlassung aus dem Militärstand, Verfolgung im Kommunistenprozeß, Amtsenthebung
Biedermann	Sachsen	4 Monate Festung, Amtsenthebung wegen Pressedelikts
Blum	Sachsen	9. 11. 1848 hingerichtet
G. Blumröder	Franken	1849 4 Monate Untersuchungshaft, Suspendierung
Boczek	Mähren	Suspendierung
Bogen	Ghzt. Hessen	Untersuchungshaft, 1850 Freispruch, 1853 emigriert
Brentano	Baden	in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Beschlagnahme des Vermögens, 1869 amnestiert, 1872 begnadigt
Christ	Baden	Amtsenthbung; Anklage wurde jedoch nicht erhoben
Claussen	Holstein	Landesverweisung
Culmann	Pfalz	in Abwesenheit zum Tode verurteilt, 1864 amnestiert

Antrag« endgültig aus dem Universitätsdienst entlassen (E. A. ROSSMÄSSLER, *Mein Leben*, 1874, S. 135). Geringfügige Repressivmaßnahmen wurden in die Tabelle nicht aufgenommen. Z. B. wurde Haßler 1852 aus politischen Gründen bei der Besetzung der Rektoratsstelle an seiner Schule übergangen (G. SCHENK, 1996, S. 369).

³ Von den in Tab. 8 genannten Verfolgungen stehen nur die gegen Biedermann, Fehrenbach, Freese, Kuranda, Johann Meyer, Mölling, Nägele, Wedekind und Zachariä sowie die weitere Verfolgung einiger Abgeordneter, die wegen der Revolution bereits abgeurteilt oder freigesprochen waren (z. B. Jacoby, Roßmässler), in keinem unmittelbaren Zusammenhang zur Revolution. Im einzigen dieser Fälle, der genauer untersucht ist, der Verurteilung Biedermanns wegen »Beleidigung fremder Mächte« als presserechtlich Verantwortlicher für einen in den »Deutschen Annalen« abgedruckten Artikel Rochaus, ist ein Zusammenhang zur Revolution jedoch unverkennbar: J. MÜLLER, *Karl Biedermann*, 1972, S. 219ff.

Name	Staat/Provinz	Verfolgungsmaßnahme(n)
Damm	Baden	15 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit, Beschlagnahme des Vermögens, 1863 amnestiert
Demel	Ö/Schlesien	Strafverfahren, Verbot der Übernahme öffentlicher Ämter, später begnadigt, aber Polizeiaufsicht
Dietsch	Sachsen	strafrechtliche Verfolgung, Suspendierung
C. Engel	Holstein	unklar, jedenfalls 1851 Ausschluß von der Amnestie
Erbe	Sa-Altenburg	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
Fallmerayer	Oberbayern	steckbriefliche Verfolgung, amnestiert, Amtsenthebung
Fehrenbach	Baden	Ausweisung, 1852 zu 3 Monaten Haft verurteilt
Fetzer	Württemberg	1851 Strafverfahren wegen Ungehorsam, Freispruch
Förster	Kurhessen	in Abwesenheit 2 Jahre Festung
Freese	Pommern	1856 Suspendierung
Gerlach	Ostpreußen	Suspendierung, noch 1872 Pfarrstelle verweigert
Giskra	Mähren	strafrechtliche Verfolgung, 1849/50 Exil
Goltz	Pr/Schlesien	Amtsenthebung, Entlassung aus dem Militärstand
Gritzner	Kärnten	in Abwesenheit zu Zuchthausstrafe verurteilt
Günther	Sachsen	Strafverfahren, Ausweisung
Hagen	Baden	Amtsenthebung, Untersuchungsverfahren
Haggenmüller	By/Schwaben	1849 6 Monate Untersuchungshaft; amnestiert
Hartmann	Böhmen	1850 Hochverratsverfahren, 1867 amnestiert
Hedrich	Böhmen	Verhaftung, Internierung, 1852 Verbannung, Flucht nach Thüringen, 1854 Ausweisung
Hehner	Nassau	1851 Degradierung, 1854 Entlassung
Helbig	Sachsen	Strafverfahren
Heldmann	Ghzt. Hessen	5 Monate Untersuchungshaft, 1850 Freispruch
A. Hensel	Sachsen	1849/50 4 Monate Untersuchungshaft, Verurteilung zu 12 Jahren Haft
E. Heubner	Sachsen	Suspendierung, 1853 Amtsenthebung, Verlust der Wählbarkeit
O. Heubner	Sachsen	Verurteilung zum Tode, in lebenslängliche Haft umgewandelt, 1859 begnadigt
Hildebrand	Kurhessen	in Abwesenheit 2 Jahre Festung wegen Hochverrats
Hönniger	Schw-Rudol.	Hausarrest, 1851 1 Jahr Gefängnis, Amtsenthebung, 1857 Gefängnis wegen Pressedelikts
Hoffbauer	Sachsen	Untersuchungshaft, Flucht in die Schweiz, dann USA; in Abwesenheit zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt
Hohlfeld	Sachsen	Strafverfahren in Abwesenheit
Itzstein	Baden	Strafverfahren, Freispruch
Jacoby	Brandenburg	Okt.-Dez. 1849 Untersuchungshaft, Freispruch; 1865 6 Monate Haft wegen Majestätsbeleidigung; 1870 5 Wochen Internierung
Joseph	Sachsen	strafrechtliche Verfolgung, Verlust der Wählbarkeit
Jucho	Frankfurt	1852-54 diverse Geldstrafen
Junghanns	Baden	in Abwesenheit 9 Jahre Zuchthaus, Beschlagnahme des Vermögens
Kolatschek	Ö/Schlesien	Zuchthausstrafe in Abwesenheit, 1857 amnestiert
Kolb	Pfalz	1849/50 ca. 6 Monate U-Haft, 1853 Flucht, in Abwesenheit 6 Monate Gefängnis wegen Pressedelikts
Kudlich	Ö/Schlesien	1852-53 16 Monate Untersuchungshaft wegen Zugehörigkeit zum Rumpfparlament, Freispruch, dann Hausarrest

Name	Staat/Provinz	Verfolgungsmaßnahme(n)
Kuranda	Böhmen	1851–53 Verbannung aus Wien
Levysohn	Pr/Schlesien	1849/50 9 Monate Untersuchungshaft, Freispruch, wegen Pressevergehen verurteilt
Löwe	Pr/Sachsen	zunächst Freispruch, in 2. Instanz lebenslänglich in Abwesenheit, 1861 amnestiert
Makowiczka	Böhmen	Amtsenthörung, Verbot seiner Zeitung
Martiny	Ostpreußen	1849–51 Untersuchungshaft, Freispruch, Strafversetzung
C. Mayer	Württemberg	20 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit, 1862 verjährt
T. Mayer	By/Schwaben	1849–50 U-Haft, Suspendierung bis 1857
v. Mayfeld	Oberösterreich	1849–? Haft
J. Meyer	Pr/Schlesien	1853 Amtsenthebung wegen politischer Äußerungen
Minkus	Pr/Schlesien	Strafverfahren
Mölling	Oldenburg	1858 Amtsenthebung wegen republikan. Einstellung, Emigration
M. Mohl	Württemberg	1851 Strafverfahren wegen Ungehorsam, Freispruch
Mohr	Ghz Hessen	8 Monate Untersuchungshaft, 1850 Freispruch
Nägele	Württemberg	1853 Wahl zum Bürgermeister von Regierung verweigert
Nauwerck	Brandenburg	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
Pattai	Steiermark	mehrfache Verweigerung der Anwaltszulassung
Peter	Baden	in Abwesenheit zu 20 Jahre Zuchthaus verurteilt, Beschlagnahme des Vermögens, 1862 amnestiert
Pfahler	Württemberg	Strafverfahren, Freispruch
Prato	Tirol	1849 kurzzeitig Haft, Amtsenthebung
v. Rappard	Brandenburg	15 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit, 1858 amnestiert
Raus	Mähren	1849–? Haft
Raveaux	Rheinland	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
v. Reden	Hannover	Suspendierung
Rée	Baden	Hochverratsverfahren, 1850 Freispruch
Reichard	Pfalz	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
Reichenbach	Pr/Schlesien	Verhaftung, Hochverratsverfahren, Freilassung, Flucht, 10 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit, später amnestiert
Reinhard	Meckl-Schw.	Amtsenthörung, Ausweisung, 8 Monate Gefängnis wegen Pressevergehens
Reinstein	Pr/Sachsen	in Abwesenheit lebenslänglich
Reitter	Böhmen	Verbannung aus Österreich
F. Richter	Baden	15 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit
Ritter	Pfalz	Strafverfahren, Aug. 1849 eingestellt
Rödinger	Württemberg	1851 Strafverfahren wegen Ungehorsam, Freispruch
Rösler	Pr/Schlesien	1849/50 3 Monate Untersuchungshaft, Flucht, 8 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit
Roßmäßler	Sachsen	Hochverratsprozeß, Freispruch, Amtsenthebung, 1851 und 1853 Haftstrafen wegen politischer Äußerungen
Ruge	Pr/Schlesien	steckbriefliche Verfolgung wegen Hochverrats
Sachs	Baden	lebenslänglich in Abwesenheit, Beschlagnahme seines Vermögens
Schaffrath	Sachsen	Strafverfahren, U-Haft, Flucht, Freispruch
Scharre	Sachsen	Amtsenthörung
Schlöffel	Pr/Schlesien	in Abwesenheit zu 9 Jahren Zuchthaus (Baden) und zum Tode (Pfalz) verurteilt, 1866 amnestiert

Name	Staat/Provinz	Verfolgungsmaßnahme(n)
F. Schmidt	Pr/Schlesien	in Abwesenheit Freispruch (Liegnitz), 2. Instanz (Berlin): 10 Jahre Zuchthaus, außerdem in Zweibrücken zum Tode verurteilt
J. Schmidt	Sachsen	1849/50 Haft, Flucht, 15 Jahre in Abwesenheit
Schmitt	Pfalz	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
Schoder	Württemberg	Strafversetzung, Strafverfahren, Freispruch
C. Schüler	Sa-Weimar	1851 Urlaubsverweigerung für Landtagsmandat
F. Schüler	Pfalz	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
Schütz	Ghzt. Hessen	6 Jahre Zuchthaus in Abwesenheit, außerdem in Zweibrücken zum Tode verurteilt, Beschlagnahme des Vermögens
Schulz-Bodmer	Ghzt. Hessen	Hochverratsverfahren, Flucht
Schuselka	Niederösterr.	Ausweisung aus Berlin, 1851–54 Internierung
J. Schwarzenberg	Kurhessen	1849-? Festungshaft
P. Schwarzenberg	Kurhessen	in Abwesenheit 2 Jahre Festung
H. Simon	Pr/Sachsen	lebenslänglich in Abwesenheit
L. Simon	Rheinland	in Abwesenheit zum Tode verurteilt; außerdem wegen Desertion: 1 000 T. und bis zu drei Jahren Festung
Spatz	Pfalz	1853 Suspendierung wegen Kontakts zu Exilanten
Spißler	Hohenzollern	Suspendierung
Stöcker	Franken	Untersuchungsverfahren, wegen Amnestie eingestellt
Stremayr	Steiermark	Strafversetzung
F. Tafel	Pfalz	Amtsenthebung als katholischer Pfarrer, Exkommunikation
G. Tafel	Württemberg	1851 Strafverfahren wegen Ungehorsam, Freispruch
Temme	Rheinland	8 Monate Untersuchungshaft, Freispruch, Amtsenthebung, Verurteilung wegen Pressedelikten
Thieme	Reuß	Hochverratsverfahren
Thüssing	Westfalen	in Straf- und Disziplinarverfahren freigesprochen
Titus	Franken	Untersuchungsverfahren, wegen Amnestie eingestellt, 1850 erneut 3 Monate Untersuchungshaft
Trampusch	Ö/Schlesien	zu 3 Jahren Haft verurteilt, Nov. 1851 begnadigt
Trützschler	Sachsen	14. 8. 1849 hingerichtet
Tzschucke	Sachsen	1849 5 Jahre Zuchthaus, 1851 begnadigt
Uhland	Württemberg	wegen Aussageverweigerung im Verfahren gegen die kurhessischen Rumpfpapientarier 5 fl. Geldstrafe
Umscheiden	Pfalz	in Abwesenheit zum Tode verurteilt, vor 1859 amnestiert
Venedey	He-Homburg	Ausweisung aus Berlin, später aus Breslau
Vischer	Württemberg	Geldstrafe wegen Aussageverweigerung wie Uhland
Vogt	Ghzt. Hessen	Strafverfahren in Abwesenheit, Amtsenthebung
Waldburg-Zeil	Württemberg	5 Monate Kriegsgefängenschaft und 200 fl. wegen eines Wahlauftritts, 1850–51 Festungshaft
v. Watzdorf	Sachsen	Aberkennung des Kammerherrn-Titels
Wedekind	Hannover	1859 Suspendierung wegen Verfassungskonflikts
J. Werner	Baden	in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1862 amnestiert
Wesendonck	Rheinland	in Abwesenheit zum Tode verurteilt
Wiesner	Niederösterr.	strafrechtliche Verfolgung, 1867 amnestiert
Wigard	Sachsen	Hochverratsprozeß, Freispruch, Amtsenthebung
Wöhler	Meckl-Schw.	Verurteilung zu Haft, Freispruch in 2. Instanz
Würth	Hohenzollern	steckbriefliche Verfolgung

Name	Staat/Provinz	Verfolgungsmaßnahme(n)
Zachariä	Hannover	1854 Wahl zum Prorektor vom König verweigert
Zell	Rheinland	Disziplinarverfahren, zweimal freigesprochen
Zimmer	Böhmen	Auslieferung durch Preußen, Verurteilung zum Tode, begnadigt zu Haft, 1857 freigelassen
E. Zimmermann	Brandenburg	Verurteilung zu 12 Jahren Festung, Flucht, 1858 amnestiert
W. Zimmermann	Württemberg	Amtsenthörung, Vortrags- und Publikationsverbote
Zitz	Ghzt. Hessen	in Abwesenheit zum Tode verurteilt, Beschlagnahme des Vermögens, 1868 amnestiert

Die Aufstellung zeigt, daß das Ausmaß der Verfolgung und die Härte der verhängten Strafen ganz erheblich variierten. In immerhin 18 Fällen (7 % aller Abgeordneten der Linken) wurde die Todesstrafe verhängt, allerdings nur in zwei Fällen – jeweils unter Bedingungen des Kriegsrechts – vollstreckt.⁴ Nur in zwei weiteren Fällen erfolgte die Verurteilung zum Tode in Anwesenheit des Angeklagten, die dann aber in lebenslange Haft umgewandelt wurde. Dieser Befund läßt den Schluß zu, daß die mit der Aburteilung der ehemaligen Nationalversammlungsabgeordneten befaßten Schwurgerichte häufig nicht die harten Strafen verhängen wollten, die die Staatsanwälte und Regierungen verlangten, die sich in vielen Fällen in die Verfahren einmischten. So kamen sie dem Verlangen nach abschreckender Härte offenbar vornehmlich in denjenigen Fällen nach, in denen sie den Angeklagten am wenigsten zu schaden schien. Am unteren Ende der Strafenskala stehen die Verurteilungen der württembergischen Abgeordneten Ludwig Uhland und Friedrich Theodor Vischer zu rein symbolischen Geldstrafen in Höhe von 5 fl. (ca. 3 T⁵) wegen Aussageverweigerung im Prozeß gegen ihre kurhessischen Rumpfparlamentskollegen.⁶ Das Strafmaß hing nicht nur von der erhobenen Beschuldigung ab, sondern auch von dem Staat bzw. der Provinz, in der das Verfahren stattfand, sowie vom Gericht und dessen Zusammensetzung. Dabei kam es insbesondere in Preußen zu massiven Rechtsbeugungen. Versuche, der Verfolgung argumentativ den juristischen Boden zu entziehen, wie sie Ludwig Simon in seinem Buch »Ein Wort des Rechts für alle Reichsverfassungs-Kämpfer, an die deutschen Geschworenen« (1849) und, mit vermutlich ähnlichen Argumenten, die Verteidiger in den einzelnen Prozessen unternahmen, hatten in den ersten Jahren der Reaktion nur geringen Erfolg.

Am häufigsten wurde den Abgeordneten Hoch- und/oder Landesverrat vorgeworfen, den sie begangen haben sollten, indem sie nach dem Rückruf durch »ihre« Regierungen an den Stuttgarter Sitzungen des Rumpf-

⁴ Gegen die Standgerichte in Baden protestierte Ludwig Uhland mit einem Artikel im »Beobachter« (18. 10. 1849); auch der konstitutionelle Abgeordnete Karl Mittermaier intervenierte in der AAZ vom 9. und 14. 10. 1849.

⁵ Zu Umrechnungen zwischen den im Text erwähnten Währungen vgl. Tab. 14 im Anhang.

⁶ Vgl. L. UHLAND, 1916, S. 42 ff.

parlaments teilnahmen. Da eine solche Abberufung mit dem durch demokratische Wahl erworbenen Mandat schwerlich zu vereinbaren war, hatten insbesondere die Abgeordneten der Linken derartige Aufforderungen ignoriert. Die Sanktionierung dieses »Delikts« durch die nachmärzliche Gerichtsbarkeit variierte zwischen Verurteilung zum Tode und Nichtverfolgung. In Preußen wurden diejenigen Abgeordneten, die ins Ausland geflüchtet waren, in Abwesenheit zum Tode⁷ oder zu hohen Haftstrafen⁸ verurteilt. Der emigrierte letzte Parlamentspräsident, Wilhelm Löwe, erhielt lebenslängliche Haft. Hingegen wurden Johann Jacoby, Friedrich Wilhelm Levysohn und Jodokus Temme, die sich den Behörden gestellt hatten, von den Schwurgerichtshöfen in Königsberg, Glogau bzw. Münster freigesprochen. Oskar Graf Reichenbach und der Spandauer Bürgermeister Eduard Zimmermann wiederum, die sich nicht freiwillig gestellt hatten, sondern verhaftet worden waren, erhielten von den Schwurgerichtskammern in Breslau und Brandenburg zehn bzw. zwölf Jahre Haft zugezählt. Im Falle des Grafen Reichenbach – bei Adligen und Offizieren waren die preußischen Behörden besonders hart – wurden mehrere Grundsätze der Rechtsprechung eklatant verletzt: Nachdem das zuständige Gericht in Oppeln Reichenbach freigesprochen hatte, mußte auf Befehl des Geheimen Preußischen Obertribunals das Breslauer Schwurgericht erneut dieselben Vorwürfe behandeln. Nachdem dieses sich zunächst für unzuständig erklärt hatte, erzwang das Obertribunal schließlich nach mehreren Hin- und Herweisungen des Prozesses die Verurteilung im siebten Anlauf. Sowohl Zimmermann als auch Graf Reichenbach konnten allerdings mit Hilfe von Justizbeamten fliehen.⁹

Aus Protest gegen die harte Verfolgung der Rumpfparlamentarier durch die preußische Polizei und Justiz weigerte sich Ludwig Uhland im Dezember 1853, die Aufnahme in den Orden »Pour le mérite« zu akzeptieren, in den er als Nachfolger Ludwig Tiecks gewählt worden war. Dem greisen Alexander v. Humboldt gegenüber begründete er dies ausdrücklich politisch: er würde mit seinen »literarischen und politischen Grundsätzen, die ich nicht zur Schau trage, aber auch niemals verleugnet habe, in unlösbaren Widerspruch gerathen«, wenn er dem von Friedrich II. gestifteten und von Friedrich Wilhelm IV. erneuerten Orden beitreten werde, »während Solche,

⁷ Nauwerck, Raveaux, Ludwig Simon, Wesendonck.

⁸ Hoffbauer, v. Rappard, Reinstein, Rösler, Friedrich Schmidt und Heinrich Simon.

⁹ Dieser Absatz basiert auf diversen zeitgenössischen Zusammenstellungen: J. TEMME, Archiv, 1856, S. 202 ff. (enthält u. a. Urteil des sächsischen Oberappellationsgerichts; Verurteilung Löwes) und 224 ff. (teilweise in VossZ 26. 6. 1856 nachgedruckt); NAMENSVERZEICHNIS, 1857; J. JACOBY, Heinrich Simon, 1861, S. 362 ff.; H. NATHAN, 1915, S. 86 ff.; BLHA 14379, Bl. 1 (E. Zimmermann); H. BEST/W. WEEGE, 1996. Vgl. auch L. SIMON, Aus dem Exil, 1855, Bd. I, S. 79 ff.; insb. zu Rösler: V. VALENTIN, 1977, Bd. II, S. 508 f. Unter den preußischen Rumpfparlamentariern wurden nach den vorliegenden Unterlagen nur Welter und Wolff, die allerdings beide außer Landes gegangen waren, nicht von der Justiz belangt.

mit denen ich in Vielem und Wichtigem zusammengegangen bin [...], dem Verluste der Heimat, Freiheit und bürgerlicher Ehre, selbst dem Todesurteil verfallen sind.« Seinem Freund Auerbach gegenüber formulierte Uhland seine Ablehnung unverblümt: »Ich kann keinen Orden annehmen von einem Fürsten, der meinen Freund Jacoby auf die Anklagebank setzte, so daß er zum Tode verurteilt werde, während er doch nur dasselbe gethan hatte, was ich auch gethan habe.« Mit fast wörtlich derselben Begründung lehnte Uhland im selben Monat die Annahme des vom bayrischen König neu gestifteten Ordens für Wissenschaft und Kunst ab.¹⁰

Zur Verurteilung von Rumpfparlamentariern, denen keine Beteiligung an den Aufständen der Verfassungskampagne und keine anderen Straftaten vorgeworfen wurden, kam es außer in Preußen nur in den als besonders reaktionär verschrieenen Staaten Kurhessen und Schwarzburg-Rudolstadt. Die kurhessischen Abgeordneten Johann Adam Förster, Bruno Hildebrand und Philipp Schwarzenberg, hatten sich rechtzeitig außer Landes begeben. Sie wurden in Abwesenheit zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, Friedrich Hönniger in Schwarzburg-Rudolstadt zu einem Jahr Gefängnis. Im Königreich Sachsen entschied das Oberappellationsgericht, in Bayern das Parlament (unter Zustimmung der Regierung!) bereits Anfang Dezember 1849, daß die eingeleiteten Verfahren einzustellen bzw. die ehemaligen Rumpfparlamentarier, die in der ersten Instanz bereits straflos ausgegangen waren, zu amnestieren seien.¹¹ Im Großherzogtum Hessen wie in Mecklenburg-Schwerin sprachen die obersten Gerichte die Abgeordneten frei. In den übrigen Staaten des Deutschen Bundes, insbesondere auch in Österreich, wurde die Teilnahme an den Stuttgarter Sitzungen der Nationalversammlung nicht verfolgt. Zwar wurden die württembergischen Rumpfparlamentarier wegen »Ungehorsams gegen die Regierung« belangt, von den Gerichten jedoch freigesprochen. In ähnlicher Weise wie die Urteile wegen Hochverrats klafften diejenigen wegen der Beteiligung am Pfälzer und badischen Aufstand im Rahmen der Reichsverfassungskampagne auseinander. Wie Tabelle 8 ausweist, kam es in mehreren Fällen zu Doppelverurteilungen in verschiedenen Staaten wegen derselben Delikte. Die Tabellen 8 und 9 zeigen, daß auch in Staaten, in denen die Abgeordnetentätigkeit selbst nicht kriminalisiert wurde, die meisten Rumpfparlamentarier und insgesamt ein erheblicher Teil der Linken auf subtilere und rechtsförmigere, aber gleichwohl einschneidende Weise verfolgt wurde.

Die politische Verfolgung der Nationalversammlungsabgeordneten bestand in vielen Fällen nicht nur aus Kriminalisierung, dem Verlust von Äm-

¹⁰ UHLAND, 1916, S. 72 ff. (beeindruckend Alexander v. Humboldts verständnislose Reaktion auf Uhlands »catonische« Ablehnung).

¹¹ Bayr. LT I. 12. 1849, S. 341 und 372. Hier kann nur auf die Verfolgung der parlamentarischen Tätigkeit selbst eingegangen werden, zumal Männer der Paulskirchenlinken nur in Ausnahmefällen Strafen wegen der Beteiligung an den Aufständen der Verfassungskampagne absitzen mußten. Vgl. für eine dieser Ausnahmen, das Mitglied der provisorischen Sächsischen Regierung Otto Leonhard Heubner: K. MEINEL, 1928, S. 232 ff.

tern und bürgerlichen Ehrenrechten, sondern bedeutete auch finanziellen Ruin, in den häufig auch Angehörige der Emigranten hineingezogen wurden. In mehreren zivilrechtlichen Verfahren machten mindestens in Preußen und Baden die Behörden die wegen der Beteiligung an Aufständen Verurteilten gesamtschuldnerisch für die entstandenen Kosten und Schäden haftbar. So versuchte 1851 das Oberamt Durlach, von den Abgeordneten Damm, Junghanns und anderen Revolutionären 196648 fl (ca. 112000 T) zuzüglich 5 % Zinsen einzutreiben. Waren die Verfolgten flüchtig, so hielt sich der badische Fiskus an ihre Angehörigen und kam so auch gegenüber Emigranten zum Zuge. Wenn die Zahlungsverpflichtung grundsätzlich anerkannt wurde, zeigte sich der badische Staat allerdings durchaus kompromißbereit und verzichtete auf einen Teil der exorbitanten Forderungen. So schloß er mit der Frau und der Schwägerin des in den USA lebenden Lorenz Brentano, also des ehemaligen Chefs der provisorischen Regierung, bereits Anfang 1852 einen Vergleich. Die Schwägerin trat Brentanos Haus, das er ihr noch Ende Mai 1849 überschrieben hatte, an den Staat zur Abgeltung der »wegen seiner Theilnahme an der Revolution von 1849« geltend gemachten »namhaften Entschädigungsansprüche« ab. Baden gab dafür das beschlagnahmte Vermögen von Brentanos ebenfalls emigrierter Ehefrau frei und ließ Klagen gegen sie und ihre Schwester fallen. Im letzten Paragraphen des Vergleichs stellte der »Großherzogliche Fiskus« ausdrücklich fest, daß mit dieser Regelung Ansprüche »gegen die übrigen Theilnehmer am Aufstande nicht tangiert« seien.¹²

Insofern war es untertrieben, wenn August Reinstein den »isolierte[n] Ruhm Preußens, daß es die Mitglieder des deutschen Parlaments als solche verfolgt«, anprangerte und sich bitter beklagte, er sei »bloß durch den Wiener Kongreß«, der seine Heimatstadt Naumburg von Sachsen an Preußen übertrug, »zum politischen Verbrecher geworden«, während »meine Freunde in Sachsen«, die »ganz dasselbe getan wie ich«, es nie nötig hatten, »ein Asyl zu suchen« und »ruhig zu Hause« säßen.¹³ Auch in Sachsen und anderen Zentren der Revolution wurden die Protagonisten von 1848/49, soweit man ihrer habhaft werden konnte, hart verfolgt.

Aus der Perspektive des Exils erschien der Umstand, »zu Hause« leben zu dürfen, als Zeichen dafür, nicht existentiell behelligt worden zu sein. Davon konnte jedoch nicht generell die Rede sein. Der Bauernkriegshistoriker Wilhelm Zimmermann, der in Württemberg wegen seines Verbleibs im Parlament bis zu dessen Ende »nur« seine Professur verlor, stand als Vater von vier kleinen Kindern in der Heimat ebenso vor dem Nichts und war auf die

¹² NAMENSVERZEICHNIS, 1857, Nr. 44, 112 und 159; Vergleichsvertrag vom 4. 1. 1852 (BP, folder 5). Der Mannheimer Paulskirchenabgeordnete Sachs wurde erst 1858 mit einer Schadenersatzforderung des Großherzogtums konfrontiert: Fetzner an Jucho 12. 7. 1858 (SUBF Ms.Ff. FS.Jucho/A.2., Mappe 64); zu Preußen vgl. den Fall L. Simons, in dem der Fiskus Hand auf dessen Erbe legte, so daß seine Eltern ihr Haus verkaufen mußten (E. DÜHR, 1998, S. 151).

¹³ Reinstein an seinen Bruder 21. 10. 1858 (BA FSg. 1/18).

Solidarität von Gesinnungsgenossen ebenso angewiesen wie viele Emigranten. Männer, die an der als ungerecht empfundenen Bestrafung zerbrachen und politisch resignierten wie Zimmermann, gab es also ebenso unter den Daheimgebliebenen wie im Exil. Hinzu kam, daß die politische Stimmung in der Bevölkerung radikal umgeschlagen war. Emil Adolf Roßmäßler, der im Mai 1848 vom Universitätsstädtchen Tharandt »im langen Wagen- und Reiterzug auf den Bahnhof Dresden« begleitet worden war, fühlte sich nach der Rückkehr aus Frankfurt wie ein Ausgestoßener. Niemand habe ihn auf der Straße begrüßt, »am wenigsten seine Kollegen und früheren Genossen«. Ähnliche Erfahrungen machte der von keinerlei politischer Repression betroffene Historiker Heinrich Wuttke in Leipzig. Er sei »an der Universität wie überhaupt im öffentlichen Treiben zurückgedrängt, was bei einem Achtundvierziger natürlich ist«, schrieb er noch 1858 an seinen Parlamentskollegen Theodor Paur, dem seinerseits 1851 eine von der Breslauer Fakultät bereits genehmigte Habilitation vom Ministerium verweigert wurde. Selbst im wohl liberalsten Staat des Deutschen Bundes, in Sachsen-Weimar, wo mit Oscar v. Wydenbrugk ein Mitglied des Märzvereins und linksliberaler Paulskirchenabgeordneter bis 1854 Kultusminister blieb, waren die Achtundvierziger nur mehr geduldet und unter ihren Mitbürgern weitgehend isoliert: »Meine früheren Verbindungen hat das Jahr 1848 zerstört, namentlich gleicht sich das Verhältnis zu meinen Kollegen nie wieder aus, was meine Stellung im Collegium sehr unangenehm macht«, schilderte der demokratische Oberappellationsgerichtsrat Christian Schüler 1853 seine Situation. Ausgleich suchte er in der Gartenarbeit: »Seitdem es uns mißglückt ist, das deutsche Staatsleben zu veredeln, beschäftige ich mich mit der Veredelung von Apfel- und Birnbäumchen, von Pfirsichen und Apriosen.«¹⁴

Wenn sich die im Bundesgebiet gebliebenen Abgeordneten der Linken meist bis 1858 aus der Politik zurückzogen, so geschah dies nicht, weil sie Philister geworden waren, sondern um weiteren Nachstellungen zu entgehen. Viele von ihnen wurden nach der Niederschlagung der Revolution aufgrund der polizeilichen Verfolgung und des Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung, sozial ausgegrenzt, büßten ihren Honoratiorenstatus und damit die Basis wirksamen politischen Engagements ein. Außerdem begrenzte die polizeiliche Verfolgung ihren Handlungsspielraum stark – etwa durch Einschränkungen ihrer Freizügigkeit, wie sie für Johann Jacoby dokumentiert sind.¹⁵

Nimmt man den Anteil der Verfolgten und der Emigranten an sämtlichen oppositionellen Abgeordneten einer Region als Indikator für Ausmaß und

¹⁴ F. WINTERHAGER, 1986, S. 47 ff.; E. A. ROSSMÄSSLER, *Mein Leben*, 1874, S. 136 ff.; Wuttke an Paur 16. 7. 1858 und 17. 2. 1861 (AkadW/151); H. WUTTKE, *Heinrich Wuttke*, 1868, S. 145; C. Schüler an Venedey 12. 10. 1853 (BA 90 Ve 1/48); Paur an Venedey 30. 1. 1853 (ebd./39).

¹⁵ J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 32 f. und 35. Vgl. auch Fallmerayer an Venedey 1. 1. 1853 (BA 90 Ve 1/14).

Hartnäckigkeit der Verfolgung durch die entsprechende Regierung, so ergibt sich folgendes Bild: Am seltensten wurden die norddeutschen, die österreichischen Parlamentarier sowie diejenigen aus den preußischen Westprovinzen verfolgt.¹⁶ Am härtesten waren die Vertreter aus den Zentren der Aufstände des Jahres 1849, Baden, Pfalz, Hessen und Sachsen, betroffen. Drei Viertel der pfälzischen und badischen Parlamentarier wurden politisch verfolgt, rund zwei Drittel derjenigen aus Hessen und dem Königreich Sachsen. Bemerkenswert ist, daß die Verfolgungsintensität in Österreich unter der in Preußen lag und in beiden als reaktionär verschrieenen Großmächten geringer war als im frühkonstitutionellen Bayern.

Tabelle 9: Das Ausmaß der politischen Verfolgung nach Herkunftsstaaten

Herkunftsstaat	Verfolgte aus der Linken		Emigranten aus der Linken	
	N	%	N	%
Österreich	22	42	16	30
davon: Oberösterreich	2	100	—	0
Schlesien	4	67	1	17
Steiermark	3	60	3	60
Mähren	3	43	3	43
Böhmen	5	36	5	36
Niederösterreich	2	18	3	28
Preußen	27	49	24	44
davon: Ostpreußen	2	100	1	50
Sachsen	5	83	4	67
Brandenburg	4	50	5	63
Schlesien	9	47	9	47
Rheinprovinz	6	43	5	36
Bayern	16	67	14	58
davon: Pfalz	10	77	11	85
rechtsrh. Bayern	6	55	3	27
Hannover und Oldenburg	4	36	1	9
Württemberg (m. Hohenzollern)	14	54	3	13
Sachsen/Thüringen	22	51 ¹⁷	12	29 ¹⁸
davon: Königreich Sachsen	18	62	9	31
Baden	12	75	11	69

¹⁶ Bemerkenswert ist demgegenüber die Verfolgung sämtlicher ostpreußischer und oberösterreichischer Abgeordneter, wegen der geringen Gesamtzahl (jeweils 2) allerdings wenig interpretationsfähig.

¹⁷ Die Prozentuierungsbasis liegt um 1 unter der in Tab. 3 genannten Zahl, da der Abgeordnete Wirth am 26. 7. 1848 verstorben ist. Ebenso in der folgenden Zeile.

¹⁸ Die Prozentuierungsbasis liegt um 2 unter der in Tab. 3 genannten Zahl, da der Abgeordnete Wirth am 26. 7. 1848 verstorben und der Abgeordnete Blum im Oktober 1848 hingerichtet worden ist. Ebenso in der folgenden Zeile.

¹⁹ Die Prozentuierungsbasis in den letzten beiden Spalten liegt um 1 unter der in Tab. 3 genannten Zahl, da der Abgeordnete Brunck im Oktober 1848 verstorben ist.

Herkunftsstaat	Verfolgte aus der Linken		Emigranten aus der Linken	
	N	%	N	%
Hessen (mit Frankfurt)	15	71	8	38 ¹⁹
Holstein	2	67	1	33
Mecklenburg-Schwerin	2	50	1	25
Summe	136	52	91	35

Tabelle 10: Politisch verfolgte Abgeordnete nach letzter Fraktionszugehörigkeit

	Do		DH		Wh		WH		bkF		Summe	
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
Fraktionsmitglieder	61		74		58		34 ²⁰		34 ²⁰		261	
Politisch Verfolgte	46		47		24		7		12		136	
v. allen Verfolgten		34		35		18		5		9		100
von der Fraktion ²⁰		75		64		41		21		35		52

Auch das Merkmal »politische Verfolgung« spricht für die dieser Studie zugrundegelegte, weite Definition der »Linken«, denn immerhin sieben Abgeordnete, die zuletzt dem Württemberger Hof angehörten und in Fortschreibung zeitgenössischer Abgrenzungen häufig nicht zur Linken gezählt werden, sowie zwölf Fraktionslose waren von der nachmärzlichen Repression betroffen (siehe Tab. 10). Im Blick der staatlichen Repressionsorgane bildete also die gesamte Gruppe, die hier »Paulskirchenlinke« genannt wird, das Spektrum der polizeilich verfolgten Gegner. Gleichwohl nahm der Anteil der von Strafmaßnahmen Betroffenen je nach Fraktionszugehörigkeit von links zur Mitte hin deutlich ab. Die politische Verfolgung schloß Personen wie Friedrich Siegmund Jucho und Karl Biedermann ein, die von den Zeitgenossen vielfach als »Gothaer« des Opportunismus bezichtigt wurden, auch wenn sie nicht derart existentiell betroffen waren wie radikale Abgeordnete.

Von den 99 Mitgliedern der Linken im Stuttgarter Rumpfparlament blieben ausweislich der vorhandenen Quellen nur zwölf unbehelligt und konnten nach Hause zurückkehren: die Württemberger Friedrich Federer, Christian Frisch, August Klett und Albert Schott,²¹ die Österreicher Eduard Melly und Franz Stark, der Badener Dominikus Kuenzer, der jedoch 1849 für einige Monate in die Schweiz emigrierte, der bereits im Juli 1850 verstorbene Hanauer Bürgermeister August Rühl, der Pfälzer Gustav Gulden, der Sachse Carl Ludwig Langbein, der Thüringer Ferdinand Schröder und Friedrich Schulz aus Limburg.²² Von Reinsteins Einschätzung bleibt also

²⁰ Nur die zur Paulskirchenlinken gezählten Abgeordneten (vgl. Kap. 1).

²¹ Warum sie anders als die übrigen württembergischen Rumpfparlamentarier nicht wegen »Ungehorsams gegen die Regierung« verfolgt wurden, ist nicht ersichtlich.

²² Bei den fünf emigrierten Abgeordneten, über deren Verfolgung nichts bekannt ist (Christmann, Eisenstuck, J. Schneider, Welter und Wolff), kann davon ausgegangen werden, daß sie nicht ohne Grund außer Landes gingen, zumal wenigstens Christmann,

richtig, daß nur Preußen, Kurhessen und Mecklenburg Rumpfparlamentarier als solche verfolgte. Die Quoten der Verfolgung wie auch die Anteile der emigrierten Abgeordneten waren jedoch in Sachsen, Baden und der Pfalz höher als in Preußen.

War das quantitative Ausmaß der Verfolgung der Paulskirchenopposition in Preußen – vor allem wegen des relativ geringen Anteils radikaler Abgeordneter – durchschnittlich, so überstieg doch die Konsequenz der Verfolgung, die Mißachtung rechtlicher Prinzipien und auch die symbolische Aufladung der Bestrafung unter der Regierung Manteuffel die Praxis in den übrigen Staaten. Gut überliefert ist der Fall des sehr populären Trierer Abgeordneten Ludwig Simon. Dieser »Leitstern der Frankfurter Linken«, wie er in einer Zeitschrift des »Gartenlaube«-Verlegers Keil genannt wurde²³, wurde nach der Niederschlagung der Revolution nicht nur steckbrieflich wegen Hochverrats gesucht, sondern listigerweise auch als Reserveoffizier zu einer militärischen Übung einberufen. Als er nicht erschien, wurde er am 28. Februar 1850 von einem Kriegsgericht wegen Desertion zu einer Geldstrafe von 1 000 T (dem Jahreseinkommen eines wohlhabenden Bürgers) sowie bis zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Ein knappes Jahr später verurteilte ihn der Assisenhof in Trier in einem Schnellverfahren ohne Geschworene und Verteidiger in Abwesenheit zum Tode. Der für die Rheinprovinz zuständige Henker, der eigens mit zwei Gehilfen aus Köln anreiste, vollstreckte das Urteil am 16. Januar 1851 symbolisch auf dem Trierer Marktplatz, indem er an einen hölzernen Pfahl unter Trommelschlagen Namen, Stand und Wohnort Simons anheftete. »Eine große Menge Menschen sieht diesem Schauspiel zu, sich freuend, ihren Freund in Sicherheit zu wissen«, schrieb die radikale »Trier'sche Zeitung«, die am Tag zuvor einen Brief Simons gedruckt hatte, in dem dieser zur Solidarität mit seinen noch in Trier lebenden Eltern aufgerufen hatte.²⁴ Zwar wurden auch die in der Pfalz verhängten Todesurteile gegen Abwesende vom Scharfrichter öffentlich ausgehängt. Aber bei ihnen handelte es sich einerseits um Urteile, die in einem ordentlichen Gerichtsverfahren durch zwei Instanzen gefällt worden waren, andererseits um die Aburteilung einer veritablen Revolution und die Pazifizierung einer aufständischen und abtrünnigen Provinz. Nichts davon traf in Trier zu. Die vom Zweibrücker Assisenhof Verurteilten wurden darüber hinaus später amnestiert, Simon hingegen auch in der sog. Neuen Ära als »Deserteur« von den Amnestien vom 12. Januar und 18. Oktober 1861 an-

Eisenstück und Wolff exponierte Linke waren. Zu Wolff: *Männer der Revolution*, 1970, S. 39 ff.

²³ Der Leuchthurm 5 (1855), S. 624; vgl. zu L. Simons Popularität auch: WESENDONCK, *Erinnerungen*, S. 16 und 18; C. JANSEN, *Demokrat*, 1999, sowie die in der folgenden Fußnote angegebenen Stellen.

²⁴ Trier'sche Zeitung 15.–17. 1. 1851; L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 58 f.; L. Simon an C. Mayer 29. 1. und 27. 4. 1851 mit einem pathetischen Solidaritätsgedicht, das anlässlich der Hinrichtung in effigie in Trier verbreitet worden sein soll (NL Näf); L. SIMON, *Meine Desertion*, 1863, S. 3 f.

läßlich der Thronbesteigung und Krönung Wilhelms I. ausgeschlossen. Er durfte nur noch einmal in seine Heimat zurückkehren – als ihm 1863 zur Beerdigung seiner Mutter für drei Tage freies Geleit gewährt wurde.²⁵

Unerbittlich verfolgten die preußischen Regierungen der Manteuffel- wie der »Neuen« Ära auch Jodokus Temme, der als einer der höchsten Richter des Landes sowohl in der preußischen als auch in der deutschen Nationalversammlung zur radikalen Linken gehört hatte. Als Temme trotz eines Verfahrens wegen Hochverrats nach der Sprengung des Stuttgarter Parlaments nach Münster zurückkehrte, wurde er verhaftet, nach neun Monaten Untersuchungshaft jedoch in zwei spektakulären Prozessen freigesprochen. In einer Lex Temme änderte das nach dem Dreiklassenwahlrecht bestimmte Abgeordnetenhaus – die Demokraten und die meisten Linksliberalen hatten die Wahlen boykottiert – die Disziplinarordnung, die zudem rückwirkend angewandt wurde. So verlor Temme als der höchste preußische Beamte, der sich auf die Seite der Demokratie geschlagen hatte, im Februar 1851 seine Stellung wie auch seinen Pensionsanspruch aus 33-jähriger Tätigkeit im preußischen Staatsdienst. Wie zum Hohn bot ihm Friedrich Wilhelm IV. um Temmes Frau Julie willen, »die er achte und bedaure«, eine Anwaltszulassung an – falls Temme darum bitte. Da ihm diese Huld als mit seinem Ehrgefühl unvereinbare Demütigung erschien, mußte Temme sich den Rest seines Lebens mit der typischen Beschäftigung der Achtundvierziger nach der Niederschlagung der Revolution, als freier Journalist und Schriftsteller, sein Geld verdienen. Auch in der »Neuen Ära«, die sich auch darin als nur halber Bruch mit der Reaktionsperiode erwies, erfüllte sich seine Hoffnung nicht, man werde ihm mindestens seine »sauer verdiente Pension von 1000 Talern« jährlich gewähren. Wie sehr es bei dieser Verfolgung nicht allein um die Person des unbotmäßigen Staatsdieners, sondern darüber hinaus um den symbolischen Ausschluß der Paulskirchenlinken aus der nachrevolutionären Gesellschaft ging, zeigte 1851 im vergleichsweise liberalen Württemberg die Beschlagnahme eines lithographierten Porträts Temmes mit der Unterschrift »Ein Opfer preußischer Willkür«. Die Verfolgung selbst der Bilder der Paulskirchenlinken war kein Einzelfall. In Sachsen beschlagnahmte die Polizei bei Kurzwarenhändlern Medaillen mit einem Brustbild Adam v. Itzsteins und der Aufschrift »Vertreter der Volksrechte«.²⁶

Eher zur skurrilen Seite symbolischer Politik gehören die Versuche des 1850 wiedererstandenen Bundestages, in den Besitz der von den Abgeord-

²⁵ Ebd. (Schreiben des preußischen Justizministers v. Bernuth an L. Simon); BVZ 5.6.1861; Bamberger an Kinkel 14.3.1867 (ULB S 2660); H.-G. BÖSE, 1950, S. 256ff.; V. VALENTIN, 1977, Bd. II, S. 540.

²⁶ J. TEMME, Prozesse, 1851; DERS., Erinnerungen, 1996, insb. S. 235–259 über das Disziplinarverfahren mit zahlreichen Insidereinblicken in das Funktionieren der Justiz und ihre politische Beeinflussung in der Reaktionsära; Temme an Mittermaier 14.7.1859 (Heid.Hs. 2746); Beschlagnahmeverfügungen von Stadtdirektor und Stadtpolizeiamt Stuttgart, dokumentiert in: Beobachter 24.10.1851; BLHA, Wochenbericht aus Dresden vom 18.8.1852, zit. nach: W. SIEMANN, Kontrolle, 1988, S. 305.

neten unterzeichneten Originalausfertigung der Reichsverfassung zu gelangen. Mit steigenden Geldstrafen wurde der frühere Frankfurter Abgeordnete Jucho unter Druck gesetzt, bei dem man das symbolisch bedeutsame Dokument vermutete, der es aber längst durch seinen Freund Eduard Souchay, einen Urgroßonkel Max Webers, nach Manchester hatte bringen lassen. Die Pressionen gipfelten in einer Vorladung Juchos vor das »peinliche Verhöramt« wegen Ermittlungen aufgrund von Artikel 170 der Halsgerichtsordnung Karls V., demzufolge »derjenige, welcher anvertrautes Gut veruntreue, einem Diebe gleichzuachten« war. Die Subsumtion unter vormoderne Rechtsbestimmungen wirft zwar ein bezeichnendes Licht auf das Selbstverständnis des Bundestags in der nachrevolutionären Epoche, brachte jedoch das Original der Reichsverfassung nicht zurück. Es blieb un auffindbar, bis Jucho es – sehr zur Empörung der großdeutschen und föderalistischen Linken – im März 1870 dem Präsidenten des Norddeutschen Reichstags, dem früheren Casino-Abgeordneten Eduard Simson mit der Bemerkung überreichte, damit »am besten für die mir übertragene sichere Aufbewahrung [zu sorgen], wenn ich sie dem hohen Reichstage des Norddeutschen Bundes übergebe, welcher, wenn auch nicht der Rechtsnachfolger der deutschen Nationalversammlung, doch unzweifelhaft der gesetzliche Vertreter des weitaus größten Teils des deutschen Volkes ist«. ²⁷

Die vom Berliner Polizeipräsidium koordinierte und in jährlichen »Polizeikonferenzen deutscher Staaten« abgestimmte Arbeit der politischen Polizei garantierte eine angesichts des geringen Personals erstaunlich effiziente Überwachung des als umstürzlerisch angesehenen Spektrums. Die Dossiers, die in Berlin über frühere Paulskirchenabgeordnete, die Organisationen, in denen sie mitarbeiteten, ihre wichtigsten Publikationen und die Zeitschriften und Zeitungen, für die sie schrieben, angelegt wurden, geben relativ detailliert und – wie sich bei der Überprüfung anhand der internen Kommunikation der Achtundvierziger zeigt – häufig zutreffend Aufschluß über deren Aktivitäten und Pläne. Um an solche Informationen zu gelangen, wertete die politische Polizei die oppositionelle Presse bis zu kleinen Exilblättern sowie die Korrespondenz vor allem der prominenten Emigranten aus. ²⁸ Darüber hinaus setzte sie Spitzel ein, die auch vor dem Diebstahl von

²⁷ Aufzeichnungen Juchos vom 16. 12. 1851, Jucho an Simson 10. 3. 1870, Main-Zeitung 23. 3. 1870 (alles BA FSg. 1/130); Fetzer an Jucho 9. 11. 1853 (BA FSg. 1/87); FfZ 26. 3. 1870; BLHA 11377, Bl. 20f. Vgl. unten, in der Zusammenfassung.

²⁸ Temme (an Mittermaier 10. 5. 1857, Heid.Hs. 2746) schätzte, daß »von meinen Briefen, sowohl die ich schreibe, als die an mich gerichtet sind, wahrscheinlich mehr als die Hälfte verloren« gehe und gab den deutschen und schweizerischen Staatsanwälten mit ihrer Postüberwachung die Schuld daran. Weitere Belege für das Mißtrauen gegen die Post, der man brisante Informationen nicht anvertraute: Ruge an Bamberger 31. 10. 1866 (BA 90 Ba 3/117); Bamberger an Hartmann 31. 3. 1860 (SLB Wien). Man sandte Brisantes an Deckadressen (C. Vogt an Eduard Zeller 23. 4. 1855, UBT Md 747/798) oder gab solche Briefe Bekannten mit (vgl. etwa: Bamberger an Hartmann 31. 3. 1860 und 20. 3. 1861, SLB Wien; Bamberger an Jacoby 9. 7. 1860, in: J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 110). Zur Ar-

Briefen und anderen Unterlagen nicht zurückschreckten, und überwachten die Angehörigen von »in politischer Beziehung besonders markirte[n] Persönlichkeit[en]«. ²⁹

Insbesondere die Ehefrauen der emigrierten Abgeordneten, die sich im Gegensatz zu ihren Männern weiterhin im Bundesgebiet bewegen konnten, erscheinen in den Überwachungsakten als Schlüsselfiguren polizeilicher Verschwörungstheorien. Über die Frau und Schwiegermutter von Adolph Kolatschek, die ihn im Sommer 1858 auf einer von der Polizei überwachten Reise zur Vorbereitung der Zeitschrift »Stimmen der Zeit« begleiteten, hieß es: »Auf wenig in die Augen fallende Weise [wird] durch diese Frauen eine rege Verbindung unter unseren Gegnern unterhalten.« Eveline Löwe, geb. Baare, die Frau des letzten Parlamentspräsidenten, war laut Polizeibericht aus Minden »unter dem Namen ›die deutsche Präsidentin‹ am hiesigen Orte bekannt. [...] Bei ihrer entschieden demokratischen Gesinnung, verbunden mit einem excentrischen Wesen, hat ihr Verhalten in letzter Zeit den Verdacht einer unlauteren Treibung [...] hervorgerufen.« Sie wurde mit Haus-suchungen überzogen und schließlich aus ihrer Heimatstadt Minden ausgewiesen, woraufhin der Mindener Polizeipräsident nach Berlin meldete, seine Stadt sei »endlich von der unheilvollen Nähe der Frau Dr. Löwe [...] befreit.« ³⁰

Tatsächlich führte diese Überwachung der Ehefrauen dazu, daß es gelegentlich zu aufschlußreichen Beschlagnahmen kam. So wurde bei Agnes Nietzsche, der Frau von Arnold Ruge, im Sommer 1852 ein Koffer mit »Effecten, Briefen, Manuskripten und Büchern« Ruges gefunden. Ein weiterer Verwandter eines prominenten Paulskirchenlinken, der Güterinspektor Louis Baare, wurde verdächtigt, bei dem Schmuggel geholfen zu haben. Baare war der Schwager des letzten Parlamentspräsidenten Wilhelm Löwe, welcher zu jener Zeit mit Ruge in London im »Centralkomitee der europäischen Demokratie« zusammenarbeitete und galt selbst als »eifriger Anhänger der Umsturzpartei.« ³¹ Jenseits der wenigen Fälle, in denen Angehörige

beit der politischen Polizei: W. SIEMANN, Gesellschaft, 1990, S. 44 ff.; DOKUMENTE, 1993, passim; H.-J. RUIEPER, 1977, S. 332 f.

²⁹ BLHA 11000, Bl. 21 (Mitteilung des österreichischen Polizeiministeriums).

³⁰ Es ist in der Regel nicht möglich, aus den benutzten Akten und den einschlägigen biographischen Hilfsmitteln die Vornamen der Frauen festzustellen. BLHA 11000, Bl. 9r, und 5 ff. (Überwachung der Reise Kolatscheks); 11377, Bl. 4 ff. (Verfolgung von Eveline Löwe); ähnl. 14379, Bl. 24 f. (über Eduard Zimmermanns Frau).

³¹ BLHA 12528, Bl. 175 ff. Vgl. Wilhelm Bacmeister: Louis Baare. Ein westfälischer Wirtschaftsführer aus der Bismarckzeit, Essen 1937; H.-U. WEHLER, Bd. II, 1987, S. 560 ff. Später baute Baare als Direktor des »Bochumer Vereins« die dortige Stahlindustrie auf. Wilhelm Löwe blieb ihm zeitlebens eng verbunden – zuletzt als Bochumer Reichstagsabgeordneter und Lobbyist der Stahlindustrie. Als Löwe Anstalten machte, nach Deutschland zurückzukehren, beauftragte der Berliner Polizeipräsident v. Zedlitz-Neukirch am 11. 8. 1858 den Bochumer Landrat, »bei dem Generaldirektor Louis Baare und anderen ihm nahestehenden Personen in vorsichtiger Weise gefälligst vertrauliche Erkundungen über die Pläne und Absichten Löwes sowie über seine etwaigen Verbindun-

der Männer vom linken Flügel der Deutschen Nationalversammlung bei subversiver Betätigung gefaßt wurden, führte die Überwachung des familiären Umfeldes »politisch besonders markierter« Personen zur Stigmatisierung zahlreicher politisch in keiner Weise hervorgetretener Bürger.³² Erst recht bedeuteten für die Ex-Abgeordneten selbst die Einstellung des Verfahrens, ein Freispruch oder auch eine Amnestierung keineswegs das Ende der Überwachung und Verfolgung durch die politische Polizei.³³

Erst seit 1862/63, also nicht in der »Neuen Ära«, in der nur drei emigrierte Abgeordnete (1858 Eduard Zimmermann und Conrad v. Rappard, 1861 Wilhelm Löwe) amnestiert worden waren,³⁴ ließ die Verfolgung der Acht- und vierziger deutlich nach. 1862/63 wurden die wegen des badischen Aufstandes verurteilten Carl Damm, Carl Mayer, Joseph Peter und Maximilian Werner begnadigt. Der badische »Diktator« Lorenz Brentano mußte hingegen bis 1872 warten. Seine Begnadigung erfolgte erst auf Intervention der US-Administration, die ihn zum Konsul in Dresden ernennen wollte. Im Juli 1863 durfte Ludwig Bamberger nach Vermittlung der preußischen bei der hessisch-darmstädtischen Regierung erstmals wieder das Gebiet des Deutschen Bundes betreten, ohne eine Verhaftung befürchten zu müssen, 1864 auch der Pfälzer August Culmann. 1866 wurden die Preußen Oscar Graf Reichenbach und Friedrich Wilhelm Schlöffel amnestiert, 1867 die letzten beiden Österreicher (Moritz Hartmann und Adolf Wiesner) und 1868 schließlich Franz Zitz. Die Beilegung dieser Fälle resultierte in der Regel aus komplizierten Einzelverhandlungen. Je höher ihre Position während der Revolution gewesen war und je prominenter sie deshalb waren,

gen und Beziehungen mit hervorragenden Parteigenossen einzuziehen«. Außerdem wollte er wissen, »ob der p. Löwe von seiner ersten Frau, der Eveline geb. Baare, einer Schwester des Generaldirektors Baare[,] rechtskräftig geschieden ist resp. wieweit der [...] Fall einer Bigamie bei dem Dr. Löwe vorliegt.« Sei es, daß der Landrat nicht in den Privatangelegenheiten eines der einflußreichsten Bürger seines Kreises schnüffeln wollte oder daß er nichts Meldenswertes herausgefunden hatte, jedenfalls mußte Zedlitz ihn zweimal mahnen, bis am 29. 1. 1859 die Rückmeldung kam, Löwe sei »von seiner ersten Frau wirklich geschieden« und stehe nicht mehr in enger Verbindung zu Baare (BLHA 11377, Bl. 22 ff.).

³² Vgl. R. FUCHS, 1970, S. 117: Überwachung von Marie Wigard; A. an R. Ruge 12. 2. 1851 (in: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 121); BLHA 14379: Überwachung von Eduard Zimmermann »und dessen Ehefrau sowie dessen Bruder«; 13702, Bl. 47 ff.: Überwachung von Karl Temme, einem Sohn des früheren Abgeordneten, der »muthmaßlich dessen politische Meinung« teile, »wenn auch gegen den jungen Mann bis jetzt derart nichts vorliegen mag«. Außerdem die Schilderungen J. TEMMES (Erinnerungen, 1996, S. 269 f.) über Schikanen gegen seine Frau und seinen Schwiegersohn.

³³ Vgl. BLHA 9811, Bl. 27 ff. (Fröbel); 11000, Bl. 5 ff. (Kolatschek); 12818, Bl. 2 ff. (Schaf-frath); 13915, 9. 6. 1852 ff. (Venedey); B. BURGEMEISTER, 1958, S. 33 f.; E. KRAUTKRÄMER, 1959, S. 161 ff.

³⁴ Hildebrand wurde noch im März 1861 steckbrieflich gesucht (Hildebrand an Venedey 21. 3. 1861, BA 90 Ve 1/26), nach Ruge im selben Jahr in Sachsen mit einer großen Polizeiaktion gefahndet (Ruge an Kinkel 9. 5. 1861, in: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 207 f.).

desto mehr war Unbarmherzigkeit eine Prestigeangelegenheit für die deutschen Regierungen. Eine generelle Amnestie für die ehemaligen Volksvertreter hat es nirgends gegeben (Bayern amnestierte nur die rechtsrheinischen Abgeordneten). Viele Emigranten profitierten allerdings von der deutschen Vielstaatigkeit: Trotz aller Erfolge bei der Koordination der Polizeien ließen sich doch immer wieder die Unterschiede und Gegensätze zwischen den deutschen Staaten ausnutzen, so daß die Überwachungsmöglichkeiten begrenzt waren. Jeder Staat verfolgte die eigenen Bürger am schärfsten und versuchte vor allem, die im eigenen Land ergangenen Urteile zu vollstrecken. So konnte Moritz Hartmann – getrieben von Sehnsucht und Abenteuerlust – unter falschem Namen bereits im August 1855 im württembergischen Wildbad kuren und bekam von der Kölner Polizei unter der Hand die Zusicherung, unbehelligt im Rheinland leben zu können, und Arnold Ruge konnte, als ihn Sachsen noch scharf verfolgte, bereits unbehelligt nach Preußen reisen.³⁵

Tabelle 11: Emigrierte Abgeordnete nach Fraktionen

	Do		DH		Wh		WH		bkF		Summe
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	
Fraktionsmitglieder	61		74		58		34 ³⁶		34 ³⁶		261
– Emigranten	43		25		13		4		6		91
Anteil ³⁶		70		33		22		11		18	35
in der Emigration gestorben	22		9		6		–		2		39

39 oppositionelle Nationalversammlungsabgeordnete starben im Exil – die meisten von ihnen vor der Lockerung der Verfolgung 1862/63, manche, die zwar nach Deutschland reisten, aber nicht auf Dauer bleiben mochten (wie Graf Reichenbach, Ruge oder Carl Vogt), aber auch bis in die 1870er Jahre hinein einige, die nicht zurückkehren durften (wie die Preußen Ludwig Simon oder Hugo Wesendonck). Die meisten (14) der in der Fremde Gestorbenen stammten aus Preußen, das in der politischen Verfolgung federführend gewesen war und von dessen demokratischen und linksliberalen Abgeordneten immerhin ein Viertel nie zurückkehrte. Dieser Anteil lag nur im Großherzogtum Hessen (40%) und in der Pfalz (31%) höher – es handelte sich allerdings jeweils nur um vier Abgeordnete, hingegen in Österreich mit 9% (5 Abgeordnete³⁷), aber auch in den Zentren der revolutionären Aufstände wie Sachsen (5 Abgeordnete oder 17%), und Baden (3 Abgeordnete oder 18%) deutlich niedriger. Sieht man vom Königreich Hannover ab, wo die Linke 1848/49 sehr schwach gewesen war, so konnten unter den größeren deutschen Staaten nur in Württemberg die oppositionel-

³⁵ Ebd.; A. an R. Ruge 15. 6. 1865 (ebd., S. 251); M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 70ff.

³⁶ Nur die zur Paulskirchenlinken gezählten Abgeordneten (vgl. Kap. 1).

³⁷ Darunter der amnestierte Wiesner, der auf der Rückreise aus den USA starb.

len Nationalversammlungsabgeordneten vollzählig im Lande bleiben bzw. dorthin zurückkehren.

Mußten von der gesamten linken Opposition nach 1849 immerhin 30 % emigrieren, so korreliert der Anteil für die einzelnen Fraktionen mit deren Radikalität: 70 % der Donnersberg-Abgeordneten³⁸ mußten nach 1849 das Land verlassen, jedoch nur ein Drittel derjenigen, die zuletzt dem »Deutschen Hof« angehört hatten, und 22 % der Mitglieder von »Westendhall«. Gleichfalls proportional zur Radikalität der Fraktionen, denen sie in der Nationalversammlung angehört hatten, ist die Zahl derjenigen, die überhaupt nicht mehr nach Deutschland zurückkehren konnten oder wollten. Dies traf immerhin für 37 % der »Donnersberg«-Abgeordneten zu. Biedermanns bittere Bemerkungen über die Erbarmungslosigkeit und Systematik der Repression gegen die politische Linke seit 1849, die den Vormärz und die Zeit der Karlsbader Beschlüsse in den Schatten stelle, dürfte der Wahrnehmung der meisten seiner Genossen entsprochen haben: »Das Unrecht hat jede Scham verloren.«³⁹

³⁸ Damit noch deutlich mehr, als G. HILDEBRANDT (*Opposition*, 1981, S. XXXIX) vermutet hat.

³⁹ K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, Bd. I, S. 344. Biedermann verweist auf den »sonst so milde[n] Dahlmann«, der diese harte Bewertung teile.

Exil
Chancen und Probleme der Abgeordneten
in ihren europäischen Zufluchtstaaten

Im Juli 1849, als das Scheitern der Reichsverfassungskampagne und der Aufstände in Südwestdeutschland offenbar wurde, gingen die meisten Rumpfparlamentarier in die Schweiz. Zuvor waren sie in kleineren Gruppen durch die Aufstandsgebiete geirrt – teils in der Erwartung, die nur vertagte Nationalversammlung werde sich zu weiteren Sitzungen zusammenfinden, teils aus Angst, nach Hause zurückzukehren.¹ Zur selben Zeit oder wenig später folgten – z. T. auf abenteuerlichen Wegen² – diejenigen früheren Abgeordneten, die in der Pfälzer oder badischen Revolution führende Positionen übernommen und deshalb aus dem Parlament ausgeschieden waren oder, wie Bamberger, ihr Mandat nicht mehr wahrgenommen hatten. Eine Liste, die um die Jahreswende 1849/50 für den Versand der letzten Parlamentsprotokolle zusammengestellt wurde, nennt 45 Abgeordnete der Linken, die sich in der Schweiz befanden³; 18 weitere hielten sich nachweislich ebenfalls dort auf.⁴

Insgesamt flohen mehr als 11 000 deutsche Revolutionäre in die Schweiz; hinzu kamen Franzosen, Italiener, Ungarn und Russen. Für das kleine Land – die einzige Republik im damaligen Europa mit rund zwei Millionen Einwohnern – entstanden hohe Kosten, die zusammen mit den Pressionen des

¹ Vgl. Beobachter 27.6.1849, Beil., S. 4; L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 3 ff.; H. v. GREYERZ, 1936, S. 184 f.

² Vgl. etwa H. Simon an Paur [21. 3.]1850 (AkadW/136).

³ Brentano, Christmann, Culmann, Damm, Erbe, Fallmerayer, Fröbel, Gulden, Hagenmüller, Hartmann, Hoffbauer, v. Itzstein, Jacoby, Junghanns, Kolatschek, Levysohn, Löwe, Martiny, Minkus, Nauwerck, Pattai, Peter, Rank, Raus, Raveaux, Reichard, Reinstein, F. Richter, Rösler, Sachs, Schlöffel, F. Schmidt, Schmitt, Jos. Schneider, F. Schüler, W. Schulz-Bodmer, H. Simon, L. Simon, Spatz, Titus, Vogt, M. Werner, Wesendonck, Wiesner und Würth. Außerdem nennt die Liste (BA FSg. 1/116) den fraktionslosen Abgeordneten J. Wolf, der nach BEST/WEEGE, 1996 mit der Rechten stimmte.

⁴ Eisenstuck, Günther, Helbig, Hildebrand, Hohlfeld, Joseph, C. Mayer, v. Rappard, Schlutter, P. Schwarzenberg, Umscheiden und Zitz (alle: H. BEST/W. WEEGE, 1996), L. BAMBERGER (Erinnerungen, 1899, S. 197 ff.), Eisenmann (Sachs an C. Mayer 10. 8. 1849; BA 90 Ma 3/13), Graf Reichenbach, Schaffrath (K. KRANKE, 1983), Thieme (OBER- UND UNTERHAUS, 1850, S. 605) und Wolff (MÄNNER DER REVOLUTION, 1970, S. 76). Später kamen Temme (1852) und Kolb (1853). Die Aufenthalte von Hedrich, P. Kaiser, A. Schmidt und Venedey in der Schweiz sind nicht als politisches Exil anzusehen.

Nachbarlandes Frankreich, Preußens und der anderen europäischen Mächte dazu führten, daß die Schweizer Kantone nur einer kleinen Minderheit unter den Flüchtlingen einen längeren Aufenthalt gestatteten: 1852 befanden sich offiziell nur noch 192 deutsche Emigranten dort. Allerdings dürfte von einer erheblichen Dunkelziffer derjenigen auszugehen sein, die ohne legalen Status im Lande untergetaucht waren. Außerdem schlüpfen wohl einige Emigranten in die unauffälligere Rolle von fahrenden Handwerkern oder Wanderarbeitern, so daß sie bei den Behörden nicht als politische Flüchtlinge firmierten. Ein großer Teil der deutschen Emigranten war jedoch entweder unter Zwang ins Bundesgebiet zurückgeschickt worden oder ›freiwillig‹ dorthin zurückgekehrt; mehrere Tausend Flüchtlinge hatten sich jedoch auch auf Kosten der Schweizer Regierung an die französische Küste bringen lassen, um nach Großbritannien, nach Amerika oder Australien auszuwandern.⁵

Im kontinentaleuropäischen Verständnis seit dem Vormärz war das politische Asyl eine einseitig vom Aufnahmeland gewährte Gnade, auf die keinerlei moralischer oder gar rechtlicher Anspruch geltend gemacht werden konnte. Es war auf einzelne, ›rein politische‹ Freiheitskämpfer zugeschnitten. Da die Revolution von 1848/49 ein gesamteuropäisches Phänomen und eine politische Massenbewegung war, überstieg die Anzahl der Flüchtlinge bei weitem die Aufnahmemöglichkeiten in den klassischen Zufluchtländern Frankreich, Belgien und Schweiz. Hinzu kam, daß Frankreich zunächst eine zurückhaltende und seit dem Putsch Napoleons eine restriktive Flüchtlingspolitik verfolgte. Außerdem griffen die Revolutionäre von 1848/49, indem sie die klassischen politischen Forderungen des Liberalismus hinter sich ließen und sozialrevolutionäre aufstellten, teilweise die Grundlage der Aufnahmebereitschaft an. Insofern, so faßt Reiter in seiner grundlegenden Studie zusammen, war »die Situation der Revolutionsteilnehmer als Asylsuchende desperat. Nur eine kleine Minderheit fand unter strikten Auflagen politisches Asyl in kontinentaleuropäischen Ländern. Allein die Möglichkeit der freien Einwanderung in England und in den Vereinigten Staaten verhinderte [...] eine Katastrophe für die Flüchtlinge.«

Die Mitglieder der Paulskirchenlinken, als prominente, gut legitimierte und vergleichsweise gemäßigte Flüchtlingsgruppe mit einflußreichen Fürsprechern, hatten überdurchschnittlich gute Chancen, zu der Minderheit zu gehören, die in Kontinentaleuropa bleiben konnte. Zwar verließen auch

⁵ Vgl. zum Gesamtzusammenhang: H. REITER, 1992, S. 200ff., 216ff., 240 (Zitat im nächsten Absatz) und 245ff.; V. VALENTIN, Bd. II, 1977, S. 543f.; F. BÜRKI, 1932, S. 59ff. Zeitgenössische Perspektive: C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 32ff.; DERS., Blicke, 1850, S. 76ff. (verständnisvoll), sowie W. NÄF, Abrechnung, 1936, S. 216f.; L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 105ff. (kritisch); BLHA 12801, Bl. 309rff. (zusammenfassendes Dossier des Polizeiraths Caspar vom 21. 3. 1862); zu Frankreich: Ruge an Busse-
sius 19. 6. 1850 (BLHA 12528, Bl. 136r); Raveaux an Jacoby 28. 11. 1850 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 28f.); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 87f.; F. RAVEAUX, 1851; Entwurf eines Rundschreibens an deutsche Demokraten (Näf, Mat. 40).

von ihnen etwa zwei Drittel die Schweiz bis Ende 1850 wieder, die meisten wohl »freiwillig«, um einer Ausweisung zuvorzukommen. Daß sie von den Massenausweisungen des Jahres 1850 betroffen waren, ist nur von den als besonders radikal geltenden Anführern der badischen und Pfälzer Revolution Lorenz Brentano, Joseph Peter, Ernst Ludwig Reichard und Friedrich Wilhelm Schlöffel bekannt.

Mit welcher Härte und Willkür die Behörden vorgingen, um die Flüchtlinge wieder loszuwerden, und welchen Neid diejenigen auf sich zogen, die bleiben durften, zeigt ein Brief Wilhelm Löwes aus Zürich, der Stadt mit den meisten deutschen Emigranten: »Die ganze Flüchtlingswelt ist höchlich erstaunt, daß ich überhaupt eine [Toleranzbewilligung] erhalten habe, da die Ausweisungen aus dem Kanton sonst hier in einer raffiniert quälerischen Weise vor sich gehen. Die Rothen« – also die revolutionäre Linke unter den Flüchtlingen – »werden ohne Zweifel der Überzeugung sein, daß ich sie nur erhalten habe, weil ich, wenn nicht ein ganzer doch sicherlich ein halber Verräther sei. In der That sind hier die Ausweisungen nach dem Princip vorgenommen u[nd] zwar bewußt und consequent, daß alle Flüchtlinge, die hier Arbeit u[nd] Beschäftigung zumal aber eine auf Erwerb gegründete selbständige Existenz sich verschafft haben, fortgeschafft sind. Mir sind darüber unglaubliche Züge von Härte mitgetheilt« worden. Diese Darstellung wird von Vogt bestätigt, demzufolge die Ausgewiesenen das Land innerhalb von fünf bis zehn Tagen zu verlassen hatten. Löwe, der noch über Mittel aus der Parlamentskasse verfügte und deshalb im Gegensatz zur überwiegenden Mehrzahl der Flüchtlinge nicht auf Erwerb angewiesen war, schloß mit den Worten: »Nun, wenn das Nichtsthun ein Amulett gegen alle bösen Zumuthungen der Polizei hier ist, so werde ich in ungestörter Sicherheit hier verweilen können.«⁶ Löwes Fatalismus bewahrte ihn nicht vor der nächsten Ausweisungswelle. Er wurde 1852, wie Franz Wiesner und Wilhelm Wolff bereits 1851, des Landes verwiesen.

Rund zwanzig Mitglieder der Nationalversammlungsopposition erhielten in der Schweiz die von allen Flüchtlingen ersehnte Toleranzbewilligung. Jakob Bernhard Eisenstuck, Franz Junghanns, Franz Raveaux und Friedrich Jacob Schütz fanden Zuflucht in Belgien. Schütz wurde, obwohl er bereits von 1836 bis 1848 dort gelebt hatte und sich wegen seiner Beteiligung am Frankfurter Septemberaufstand im Herbst 1848 erneut dort aufgehalten hatte, im August 1851 nach einer Reise nach London, wo er Kontakte mit dem Europäischen Demokratischen Zentralkomitee hielt, wegen seiner andauernden revolutionären Betätigung die Wiedereinreise verweigert.⁷ Die Pfäl-

⁶ Löwe an C. Mayer 12. 12. 1850 (NL Näf); C. VOGT, *Blicke*, 1850, S. 82 f.; DERS., *Aufgabe der Opposition*, 1849, S. 34 ff.; H. v. GREYERZ, 1936, S. 187 ff. Vgl. auch Reinstein an seinen Bruder 20. 3. 1850 (BA FSg. 1/18); H. Simon an Venedey 12. 1. 1850 (BA 90 Ve 1/49).

⁷ Löwe an C. Mayer 7. 4. 1851 (NL Näf); M. KÖHLER, 1998. Raveaux's Aufenthaltsbewilligung mußte alle 8 Tage erneuert werden. Diese ständige Unsicherheit dürfte zum

zer Rudolf Christmann, August Culmann⁸ und Friedrich Schüler, sowie Moritz Hartmann, Adolph Kolatschek, Ludwig Bamberger (nach Aufenthalt in Großbritannien und Belgien) und Ludwig Simon (1855) gingen nach Frankreich.

Großbritannien stellte als einziges Land in Europa Asylsuchenden keine rechtlichen Hindernisse in den Weg. Von Mitte der 1820er Jahre bis 1905 bestand völlige Einwanderungs- und Niederlassungsfreiheit. Gleichwohl blieb die Zahl der dort lebenden deutschen Revolutionsflüchtlinge im Vergleich zu denen aus anderen europäischen Staaten relativ gering. Im März 1852 sollen es knapp 2000 gewesen sein, davon 1150 »Deutsche«, 150 Österreicher und 40 Preußen. Allerdings bestand keine Meldepflicht, so daß diese Behördenschätzungen recht spekulativ erscheinen. Die begrenzte Attraktivität Großbritanniens als Fluchtland beruhte nicht auf der schwierigeren Erreichbarkeit, denn die Schweiz und Frankreich stellten problemlos Pässe für Großbritannien aus. Wichtiger waren neben Sprachproblemen die sehr ausgeprägten kulturellen Differenzen zwischen Mitteleuropa und den britischen Inseln sowie politische Ressentiments gegen das von den Konstitutionellen im Vormärz wie auch in der Paulskirche glorifizierte Land.⁹ Die Folgerungen, die Moritz Hartmann aus einer Großbritannienreise im Anschluß an seine Flucht aus Deutschland zog, veranschaulichen die große Distanz der meisten deutschen Radikalen zur englischen Gesellschaft und politischen Kultur: »Man kann hier nur negativ lernen, denn trotz der Größe, der ungeheuren Macht, die dem Fremden hier bei jedem Schritte in die Augen fällt – ich möchte mein Vaterland nicht zu einem England machen.« Größe und Macht Britanniens würden aus Borniertheit »in politischer, sozialer und religiöser Beziehung« resultieren. Es dominiere »der Fachmensch mit Augenklappen[,] der nicht nach rechts, nicht nach links sieht [...]. – Die ganze Nation besteht aus Schichten, die wie Aluvianen [Ablagerungen] auf einander liegen und drücken. Nur der Druck verbindet sie. [...] Auch mit den vielgepriesenen »Reformen zur rechten Zeit«, die die Revolution überflüssig machen, ist es nicht so arg – sie sind am Ende doch nur der Fortschritt der Gefangenen mit den Ketten an den Füßen, welche historisches Recht, *Religion*, Heuchelei etc. heißen.« Hartmann verstieg sich zu einem Resumee, das am Ende aller revolutionären und reformerischen

frühen Tode des Tuberkulosekranken im September 1851 beigetragen haben. Vgl. H. v. GREYERZ, 1936, S. 180ff.; L. BAMBERGER, *Erinnerungen*, 1899, S. 235ff.

⁸ Zu Culmanns Exil: H.-W. HERRMANN, 1993, S. 163–70.

⁹ H. REITER, 1992, S. 258ff., 274 und 286. Zeitgenössisch: A. Ruge, *Vertraulicher Brief an die Verbecher in Deutschland*, Mai 1851 (BLHA 12528, Bl. 17); Raveaux an Jacoby 28. 11. 1850 (in: J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 29); H. Simon an Venedey 22. 1. 1852 (BA 90 Ve 1/49); H. Simon an C. Mayer 4. 2. 1858, nach einer zweimonatigen Englandreise: »Wie hoch steigt immer wieder die Liebesgluth zu Deutschland auf, wenn man einen tiefen Blick in diese fremden Staats- u. Gesellschaftszustände thut. In letzterer Beziehung steht Engl. im deutschen Mittelalter« (NL Näf). Vgl. auch R. ASHTON, 1986, S. 147f.; M. BOTZENHART, 1977, S. 73ff.

Hoffnungen für Deutschland und auf dem Höhepunkt der Reaktion das ganze Ausmaß der Distanz zu Großbritannien verdeutlicht und zugleich ein Indiz für den tief wurzelnden, emotionalen Nationalismus der deutschen Revolutionäre von 1848/49 ist, der ihnen allgemein das Leben im Exil sauer werden ließ: Die Deutschen seien »im Grunde freier als alle Völker der Erde! Trotz [...] 34 Fürsten und Österreich und Preußen!«¹⁰

Zu dieser ausgeprägten Vaterlandsliebe kam hinzu, daß die Flüchtlinge in Großbritannien, anders als in der Schweiz, zumindest in den ersten Jahren ihres Aufenthalts keine staatliche Unterstützung erhielten. So lebten die meisten in großem Elend.¹¹ Von den früheren Nationalversammlungsmitgliedern blieben nur fünf längere Zeit in Großbritannien: Arnold Ruge (mit zunächst großen Anpassungsschwierigkeiten), Wilhelm Sachs, Friedrich Ernst Schlutter, Eduard Zimmermann sowie Wilhelm Wolff, der für seinen wohlhabenden Fraktionskollegen Graf Reichenbach arbeitete, nach dessen Auswanderung in die USA fast verhungert wäre und schließlich Sekretär von Karl Marx wurde, dessen Parteigänger er bereits in der Paulskirche gewesen war. Ludwig Bamberger, Carl Damm, Wilhelm Löwe, Oscar Graf Reichenbach und Hugo Wesendonck nutzten das Land lediglich als Durchgangsstation zur Emigration nach Holland, Australien bzw. in die USA.¹²

In der Schweiz lebten anfangs die meisten deutschen Emigranten in Bern.¹³ Nachdem die von der linksliberalen Radikalen Partei dominierte Kantonsregierung nicht zuletzt wegen ihrer liberalen Flüchtlingspolitik Mitte 1850 von einer konservativen abgelöst worden, zogen gerade die politisch engagierten und deshalb nun stärker gefährdeten Emigranten nach Zürich. Für die Paulskirchenabgeordneten bildete in Bern das Haus von Carl Vogts Eltern Wilhelm und Luise, die eine Schwester der im Vormärz als Burschenschaftler verfolgten Follen-Brüder war, den Anlauf- und Mittelpunkt. Es gab dort seit den 1830er Jahren ein berühmt gewordenes »Flüchtlingszimmer«, das ständig belegt war.¹⁴ In Bern lebten neben Bam-

¹⁰ Hartmann an Varnhagen 18.4.1850 (BJ Sg. Varnhagen/82; in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 38 ff.; vgl. ebd., S. 36). Es ist bezeichnend, daß Hegelianer wie Ruge, Wolff oder Marx und Engels, für die der historische Fortschritt sich in revolutionären qualitativen Sprüngen vollzog, dies anders sahen.

¹¹ H. REITER, 1992, S. 261 und 272 f.

¹² R. ASHTON, 1986, insb. S. 139 ff. zu Ruge sowie S. 119, 179 und 204 zu v. Reichenbach; Artikelserie „Deutschland in der Verbannung“ (BVZ 23.–28.6.1857); Einzelschicksale: J. FRÖBEL, Lebenslauf, 1890/91; Löwe an C. Mayer 25.4.1856 (NL Näf). Hier kann nur knapp auf die Situation in den beide wichtigsten europäischen Exilländern eingegangen werden, zumal die Emigranten nur insofern interessieren, als sie politisch auf Deutschland zurückgewirkt haben. Zum Exil in den USA neuerdings Sabine Freitag: Friedrich Hecker (1811–1881). Biographie eines Republikaners, Ort? 1998, sowie; C. L. BRANCAFORTE, 1989; H. REITER, 1992, S. 287 ff.

¹³ Sehr anschaulich zur Situation in Bern 1849/50: F. BÜRKE, 1932.

¹⁴ Schilderungen des Vogtschen Hauses in der Herrengasse und der Familie: L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 41 ff.; W. VOGT, 1896, S. 78 ff.; W. NÄF, Abrechnung, 1936, S. 195 f.; W. BRÖKER, 1973, S. 173 ff.

berger, Löwe, Vogt und Ludwig Simon, die bald wieder weggingen, August Reinstein und Carl Mayer¹⁵, der 1852 nach Neuchatel zog; 1853 kam Conrad v. Rappard nach Bern, 1855 wurde Karl Hagen an die dortige Universität berufen, 1856 auch Bruno Hildebrand.

Seit dem Regierungswechsel von 1850 im Kanton Bern lebte dann die größte Gruppe der in die Schweiz geflohenen Paulskirchenlinken in Zürich.¹⁶ 1851 wurde Adolf Schmidt als Historiker an die dortige Universität berufen, in den folgenden beiden Jahren kamen – durch die Protektion ihres Parlamentskollegen Hildebrand – die mittlerweile aus Deutschland vertriebenen Jodokus Temme (Strafrecht) und Georg Friedrich Kolb (als historischer Privatgelehrter) hinzu. Heinrich Simon kommentierte, die Stadt werde »immer mehr zum Sammelplatz [...] aller Leute, die die Stickluft in Deutschland nicht mehr aushalten«.¹⁷ 1855 erhielt auch Friedrich Theodor Vischer einen Ruf nach Zürich. Fast alle Professoren an der zu jener Zeit zu einer Volluniversität ausgebauten Hochschule stammten aus Deutschland. Zürich profitierte dabei von dem Umstand, daß die deutschen Achtundvierziger sehr gering besoldete, teilweise gar unbezahlte Berufungen annahmen, um auf diese Weise Zuflucht in der Schweiz zu finden. Es lehrten dort neben Schmidt, Hildebrand (Staatswissenschaften) und Vischer (Ästhetik und Deutsche Literatur), die zur Paulskirchenlinken gehörten, auch die Juristen Theodor Mommsen, Eduard Ossenbrüggen und Julius Hillebrand, der Chemiker und führende Materialist Jakob Moleschott sowie weitere aus Deutschland emigrierte Achtundvierziger.¹⁸ So war Zürich

¹⁵ Auch Mayers Haus in Wabern bei Bern, das er zusammen mit Reinstein (und später Rappard) bewohnte, war ein Zufluchtsort für viele Flüchtlinge. Vgl. die liebevolle Schilderung L. SIMONS (Aus dem Exil, 1855, Bd. I, S. 130ff., und Bd. II, S. 239ff.), der dort seine Krankheit auskurierte; ebenso L. Simon an C. Mayer 22. 1. und 22. 3. 1853; P. Simon an C. Mayer 29. 3. 1853; Löwe an C. Mayer 25. 4. 1856 (alles NL Näf).

¹⁶ Es handelte sich um Helbig, Hildebrand, Hoffbauer (bis zu seiner Emigration in die USA), Kolatschek (seit April 1850), Nauwerck, v. Rappard, Schulz-Bodmer, Heinrich Simon und zunächst auch Wolff. Auch Culmann wollte 1856 nach Zürich ziehen, weil dort »so viele Freunde und Bekannte« lebten, realisierte den Plan dann aber doch nicht (H.-W. HERRMANN, 1993, S. 168).

¹⁷ H. Simon an C. Mayer 3. 11. 1853 (NL Näf). Zu Helbig: T. TONNDORF, 1994, S. 785.

¹⁸ BLHA 13915, Bl. 18ff.; F. J. BAUER, 1991, S. 151 ff. Einen anschaulichen Eindruck vom Zürcher Flüchtlingsleben vermittelt Temmes Roman »Ein Amnestierter« (z. B. in ISZ 9. 7. 1962 ff. abgedruckt).

1853–55 lebte auch Venedey in Zürich (allerdings nicht als politischer Flüchtling) und habilitierte sich dort im Fach Geschichte. Nachdem er keine feste Stelle bekommen konnte, kehrte er enttäuscht nach Deutschland zurück. Seinen gescheiterten Hoffnungen entsprechend äußerte Venedey sich so kritisch wie sonst keiner seiner früheren Parlamentskollegen über die Schweiz: »Es herrscht ein großes Philistertum u. nebenbei ein arger Deutschenhaß. Der practische, sehr tüchtige Schweizer fühlt sich unbehaglich dem »unpractischen« Deutschen gegenüber, der ihn in jeglicher Culturbeziehung, Gesellschaft, Literatur, Kunst, Wissenschaft, Sprache, Gesundheit, Anstand, Geistesgegenwart weit überbietet« (an Gutzkow 21. 10. 1854, SUBF NL Gutzkow A21). Über die Zustände an der Universität schrieb Venedey: »Es giebt hier fast so viel Lehrer als Studenten, der Pandecten-Professor Momsen hat 7 Zuhörer[,] und ich habe bis jetzt 2, – wofür ich aber

in den 1850er Jahren das von der preußischen Polizei aufmerksam observierte¹⁹ Zentrum der politischen Emigration, in dem vor allem bei Heinrich Simon, Carl Nauwerck und Adolph Kolatschek die Kommunikationsfäden zusammenliefen. Auch andere politische Koordinatoren der bürgerlichen Linken wie Ludwig Simon, der sich seiner Ausweisung aus der Schweiz durch häufige Ortswechsel und die Benutzung falscher Pässe entzog,²⁰ bis er 1855 nach Paris ging, und der 1852 ausgewiesene Löwe hielten sich immer wieder dort auf.²¹

Neben Zürich entstand seit der Berufung Carl Vogts als Professor für Geologie an die Universität Genf im Jahre 1852 auch dort ein regelmäßiger Treffpunkt für die Paulskirchen-Emigration. Wegen Vogts polarisierender politischer Interventionen beschränkte sich der Zirkel allerdings bald auf die radikale, österreichfeindliche Fraktion, zu der Ludwig Simon und Bamberger, die seit 1855 in Paris lebten, sowie Moritz Hartmann, Carl Mayer, Carl Nauwerck sowie Arnold Ruge (London) und Johann Jacoby (Königsberg) gehörten. Auch die Pfälzer Philipp Umbscheiden und Rudolph Christmann standen in engem Kontakt mit Vogt und Hartmann und besuchten sie in den fünfziger Jahren mehrfach in Genf und Paris.

Für die Paulskirchenlinke war Zürich in den 1850er Jahren der wichtigste Knoten- und Treffpunkt. Während hier im Umfeld der Universität die parlamentarisch-demokratischen und linksliberalen Emigranten lebten bzw. hinreisten und während von Zürich wichtige Impulse für die politische Umorientierung in der deutschen Linken seit Mitte der 1850er Jahre ausgingen, waren Genf und noch stärker London die Zentren der revolutionären, anti-parlamentarischen, sozialistischen und kommunistischen Emigration. Nur

nicht lesen werde« (an Paur 9. 5. 1854, AkadW/145). 1856 startete Venedey mit massiver Protektion durch seinen Paulskirchengenossen Hildebrand einen weiteren erfolglosen Versuch, diesmal in Bern, an einer Schweizer Universität unterzukommen (Hildebrand an Venedey 13. 7. 1856, BA 90 Ve 1/26).

¹⁹ Vgl. DOKUMENTE, 1993, S. 219ff., 287ff. und 316ff. (insb. S. 325f.); BLHA 12800 betr. die politischen Zustände in der Schweiz 1848–55; auch 11949 (Nauwerck) u. a. Personal-dossiers.

²⁰ BLHA 12843, Bl. 15f. Die Erkenntnisse stimmen überein mit anderen Schilderungen: L. Simon an Hartmann 2. 12. 1854 (SLB Wien). Auch C. Vogt benutzte falsche Pässe (W. NÄF, Revolution, 1932, S. 193).

²¹ Wie weit die übrigen, in der Schweiz lebenden Mitglieder der Paulskirchenlinken in die Zürcher Kommunikationsnetze einbezogen waren, ist unerforscht. Der hohenzollernsche Abgeordnete Otto Würth – er konnte nicht zurück, nachdem sein Heimatstaat 1849 an Preußen gefallen war – lebte in Rorschach; der Liechtensteiner Abgeordnete Peter Kaiser arbeitete seit 1850 als Vizerektor an der Kantonsschule in Chur; Friedrich Schmidt und Friedrich Wilhelm Schöffel lebten bis zu ihrer Emigration in die USA in Aarau, der Pfälzer Philipp Umbscheiden mindestens bis 1850 in Liestal bei Basel. Die Aufenthaltsorte der übrigen, längere Zeit in der Schweiz lebenden früheren oppositionellen Nationalversammlungsabgeordneten Johann Georg Günther, Adolf Wiesner – beide wurden 1851 bzw. 1852 ausgewiesen – Hermann Joseph und Maximilian Werner sind unbekannt. Sie dürften aber in einer der beiden Hauptstädte der Emigration (Zürich und Bern) gelebt haben. Alle Angaben nach H. BEST/W. WEEGE, 1996.

in den ersten Jahren nach 1849 und im Zusammenhang mit dem Europäischen Demokratischen Zentralkomitee hatten ehemalige Paulskirchenabgeordnete Kontakt zum revolutionären Internationalismus der Londoner und Genfer Radikalen. Je mehr sie sich jedoch von einer revolutionären Machteroberungsstrategie ab- und einer wie auch immer gearteten »Realpolitik« zuwandten, desto mehr mußten sie mit scharfer Kritik seitens der revolutionären Emigration rechnen.²²

Die Masse der deutschen Flüchtlinge, die aus ganzen Truppenteilen der ehemaligen Revolutionsarmeen bestand, war unter der Leitung ihrer militärischen Führer in Kasernen interniert. 1850 versuchte die Schweizer Regierung sogar, ein Internierungsgebot für Flüchtlinge durchzusetzen, das deren Freizügigkeit stark einschränkte. Solche Regelungen betrafen jedoch nie die ehemaligen Abgeordneten und wurden, als die Ausweisungen die Zahl der Flüchtlinge drastisch reduzierten, stillschweigend wieder fallengelassen. Die internierten Flüchtlinge waren in der Regel nicht in der Lage, sich aus eigenen Mitteln oder eigener Arbeit zu versorgen, obwohl sie zur Selbsthilfe und zum Gelderwerb Schuster-, Schneider-, Buchbinder- und andere Werkstätten einrichteten. Manche fanden Arbeit bei einheimischen Handwerkern oder Gelegenheitsbeschäftigungen. Die meisten jedoch waren auf die Gemeinschaftsverpflegung angewiesen, für die die Eidgenossenschaft den kargen Tagessatz von 45 Rappen zur Verfügung stellte, sowie auf Geld- und Sachspenden aus Deutschland und von Schweizer Sympathisanten. Allein in Bern brachten letztere während des Herbstes 1849, als das Flüchtlingselement am größten war, mehr als 5 000 SFr (ca. 2 000 T) auf. Der Kanton finanzierte die Unterbringung, Verpflegung und Wiederausreise der Flüchtlinge darüber hinaus mit 60 000 SFr (24 000 T). Durch die gemeinschaftliche Unterbringung war die Masse der Flüchtlinge auch dem Zugriff der Behörden ausgeliefert, während materiell besser gestellte und deshalb mobilere und unabhängigere Flüchtlinge – wie die früheren Abgeordneten – sich deren Nachstellungen eher entziehen konnten. Reinsten zufolge war die Wahrscheinlichkeit, ausgewiesen zu werden, umso geringer, je weiter man sich von den großen Städten entfernte.²³

²² Vgl. unten die Auseinandersetzungen um das »Ober- und Unterhaus der Flüchtlinge« und Kap. VIII; DOKUMENTE, 1993, S. 291 f.; sowie die anonyme Broschüre »Der flüchtige Reichsregent Carl Vogt mit seinem Anhang und die deutsche Monatsschrift von Adolph Kolatschek« (Neustadt a. d. H. 1850) aus dem Umfeld des später zur Internationalen Arbeiter-Association gestoßenen Philipp Becker (Genf), als deren Autor Vogt Theodor L. Greiner ansah (BPU BR 367/27). Auch die MEW sind voll von Invektiven gegen die als allzu gemäßigt kritisierte Paulskirchenlinke.

²³ F. BÜRKI, 1932, S. 60; L. SIMON (Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 85 ff.) gibt einen Tagessatz von nur 35 Rp./Kopf an; C. VOGT, Blicke, 1850, S. 77. Aus einem wohl nicht publizierten Artikel für den »Beobachter« von der Jahreswende 1849/50 (BAP 90 Ma 3/26, Bl. 78) geht hervor, daß sich die Paulskirchenabgeordneten ihrer privilegierten Situation durchaus bewußt waren; ders. an C. Vogt 9. 3. 1851 (Nachschrift zu einem Brief Pfau; BPU 2191); Werkstätten; H. REITER, 1992, S. 228; Tagessatz; W. NÄR, Abrechnung, 1936,

Mit dem Flüchtlingsalltag kamen die früheren Parlamentsmitglieder in der Schweiz nur selten in Berührung, und wenn dies der Fall war, so befanden sie sich immer in der Rolle des politischen Führers, des geachteten, aber auch beneideten »Volksmannes«. Diese Stellung war ein Produkt wechselseitiger Rollenzuweisungen. Sie wird exemplarisch spürbar in den Vorträgen, die Carl Mayer und andere Ex-Abgeordnete wie Wilhelm Löwe (über Nationalökonomie), Ludwig Simon (über das politische Tagesgeschehen), Carl Vogt (über Naturgeschichte) und Adolf Wiesner (über englische Revolutionsgeschichte), vor etwa 400 auf dem Dachboden des Berner »Kornhauses« internierten badischen Flüchtlingen hielten. In einer Vortragsreihe über deutsche Nationalgeschichte, deren Manuskript erhalten geblieben ist, stellte Mayer einleitend Gemeinsamkeiten zwischen sich und seinen Zuhörern her, indem er sie in einer für Emigranten typischen Formel zu Vertretern eines »anderen« und besseren Deutschlands erklärte. Nach der Niederlage und im Elend des Exils wurden dem Engagement in der Revolution, das häufig der Abenteuerlust und wenig reflektiertem Haß auf die bestehenden Verhältnisse und die Obrigkeiten entsponnen war, rationale und politische Motive untergeschoben. Neben der Aufwertung der eigenen Motivation erschienen Appelle an den Nationalstolz und chiliastische Utopien besonders geeignet, um die sinkende Moral der besiegten Revolutionäre aufrechtzuerhalten: »Der Kreis, der hier versammelt ist, besteht aus Männern, die Alles für das Vaterland geopfert haben. [...] Der glühende Wunsch, es endlich frei, einig und groß zu sehen, hat uns aus dem Behagen des Friedens, aus sicherem Beruf und von bürgerlicher Thätigkeit weg auf die Rednerbühnen des Volkes, in das Gewühl der Versammlungen und auf das Schlachtfeld getrieben. [...] Es ist nirgends ein Kreis von deutschen Männern, der mit größerem Selbstbewußtsein und besserem Gewissen in die Vergangenheit zurückblicken darf. Und nun seydt ihr hier, verfolgt, verbannt, im Elend, und was für edle Menschen das Härteste ist, lebend von der Gastfreundschaft eines Nachbarvolkes, dem wir zur Last sind.« Schlimmer als das eigene Leid sei jedoch das Schicksal des Vaterlandes: »Dieß einige, große Deutschland, das seinen Rang unter den Völkern einnimmt, das weit und breit das Füllhorn seiner Freiheit und seiner Bildung über die Nationen des Erdkreises ausgießt, das ist jetzt nirgends unter dem Himmel. Nicht wir allein, auch die, welche drüben [...] zurückgeblieben sind, sind verbannt aus dieser Heimath und entbehren dieses hohen herrlichen Vaterlandes. Aber dennoch lebt es, dieses freie große Deutschland [...]. Die Zeit wird kommen, wo eine große deutsche Bundesrepublik in der Mitte Europas auferstehen wird und in unerlebtem Glanze alle Völker der Erde überstrahlen wird. [...] Unsere Vergangenheit ist der prophetische Spiegel[,] der uns unsere Zukunft weist. [...] Gehet mit mir die Geschichte durch[,] und ihr werdet Euch überzeugen, daß

S. 216; Reinstein an seinen Bruder 3. 3. 1852 (BA FSg. 1/18); DOKUMENTE, 1993, S. 318 f. (Internierungsgebot); anschaulich zum Flüchtlingsalltag: H. J. A. KÖRNER, 1866, S. 238 ff., 247 f. und 253 ff.

die große Zukunft für uns noch kommen muß und kommen wird. Denn das[,] was da war, ist die Saat für das, was kommen muß.«²⁴

Mayers Auffassungen zeugen in ihrer Mischung pietistischer und hegelianischer Versatzstücke mit nationalrevolutionärem Sendungsbewußtsein von seiner Herkunft und Ausbildung in der württembergischen Bildungselite des Vormärzes.²⁵ Mit seiner säkularisierten Heilsgewißheit versuchte er, der Rolle desjenigen gerecht zu werden, der dem Publikum die Zukunft ausdeutet und die Sinnhaftigkeit des aktuellen Leidens und der bereits gebrachten Opfer erklärt. Die Einnahme dieser prophetischen Rolle – Mayer soll ein charismatischer Volksredner gewesen sein – erwarteten seine Zuhörer ebenso von ihm wie er von sich selbst. In Mayers Vortrag wurden der Verlust bürgerlicher Sekurität und die verzweifelten Zukunftsaussichten der Flüchtlinge durch Nationalismus und die Beschwörung deutscher kultureller Überlegenheit kompensiert.

Selbst bei den vergleichsweise privilegierten Parlamentariern reichten solche geschichtsteologische Versicherungen nicht, die deprimierende Realität des Flüchtlingsalltags angesichts sinkender Hoffnungen auf eine zweite Revolution²⁶, angesichts drohender bzw. sich bereits massenhaft vollziehender Ausweisungen und angesichts der daraus resultierenden Zukunftsängste zu übertünchen. Besonders wenn Schicksalsschläge wie Krankheiten oder der Tod von Verwandten, die man nicht mehr hatte besuchen dürfen, hinzukamen, waren die Briefe und andere Texte der Paulskirchen-Emigranten geprägt vom Leiden an Isolation und Heimweh.²⁷ Zahlreiche Briefe und Berichte wie Ludwig Simons weit verbreitetes Buch »Aus dem Exil« (1855) zeigen, wie hart die Vertreibung viele Achtundvierziger traf. Viele verfielen in Bitterkeit und Depressionen. Daß August Reinstein 44-jährig starb, wurde von seinen Genossen ebenso wie der Tod des 41-jährigen Franz Raveaux auf Enttäuschung, Entwurzelung und Perspektivlosigkeit zurückgeführt. Marie Gärtner, eine Cousine Heinrich Simons, wies in einer Unverblümtheit, zu

²⁴ W. NÄF, Abrechnung, 1936, S. 209; C. Mayer, Vorträge vor deutschen Flüchtlingen im Kornhaus zu Bern. Oktober 1849 (DLA A:Mayer d.J. 32532), an C. Mayer d. Ä. 31. 10. 1849 (ebd. 53 686d); H. J. A. KÖRNER, 1866, S. 262; Löwe an Reh 21. 10. 1849 (BA FSg. 1/155); F. BÜRKI, 1932, S. 61 f. Vgl. zum Verhältnis der Revolutionsführer zu »der Masse« auch L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 89.

²⁵ Vgl. M. RUSTIG, o. J., S. 1 ff. Mayers Großmutter hatte in ihrem Elternhaus mit Goethe, Schiller, Schubart, Lavater, Jung-Stilling usw. verkehrt, sein Vater war ein im damaligen Schwaben anerkannter Dichter und Oppositioneller und mit Uhland befreundet, der den jungen Mayer nicht erst in der gemeinsamen Parlamentszeit unter seine Fittiche nahm. Mayer hatte in Tübingen, u. a. bei seinem späteren Parlamentskollegen Vischer studiert.

²⁶ Zur Revolutionshoffnung 1849/50: L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 87 f.; sowie Kap. VIII.

²⁷ Bamberger an Hartmann, Juli 1860. Ähnl. Hartmann an Bamberger 21. 3. 1851, 18. 3. 1866; M.-L. WEBER, 1987, S. 88; Nauwerck an Hartmann 28. 11. 1866 (alles SLB Wien); L. Simon an C. Mayer 22. 10. 1850; Löwe an C. Mayer 16. 1. 1857 (beides NL Näf); Raveaux an Jacoby 28. 11. 1850 (in: J. JACOBY, Briefwechsel, Bd. II, 1978, S. 28 f.); E. THURNHER, 1987, S. 19; C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 313.

der die persönlich Betroffenen nicht fähig waren, auf den Preis hin, den viele für ihr politisches Engagement zahlten: »Der arme Reinstein hat entsetzlich unter der Revolution gelitten. Sein Asyl war wirklich zuletzt nur sein Zimmer, sein Garten, die Erinnerung, hier u. da ein lieber Verkehr mit den gleich ihm verbannten Freunden u. seine eisernen Grundsätze, seine in sich abgeschlossene Natur.« Ludwig Simon interpretierte das Magenleiden, dem er im Herbst 1850 beinahe erlegen wäre und von dem er nie mehr ganz genas, als psychosomatische Erkrankung und sah darin Parallelen zum Mißerfolg der Revolution, nämlich eine »Revolution der Materie« gegen die »Dictatur« der »Seele über den Körper«. Mayer nannte Simons Krankheit »so eine Exilkrankheit«, wie sie auch andere, etwa Löwe, durchzumachen hätten.²⁸

Der rechtliche Status der in der Schweiz längerfristig geduldeten Flüchtlinge war bestimmt durch die Toleranzbewilligung, die in der Regel jährlich erneuert werden mußte. Daß die Paulskirchenlinke unter denjenigen deutschen Flüchtlingen, die in der Schweiz bleiben durften, so überproportional vertreten war, hing auch damit zusammen, daß sie im Gegensatz zu den Durchschnittsflüchtlingen aus dem »Reichsvermögen«, also den Etats der Reichsregentschaft und der Nationalversammlung, und darüber hinaus aus Spenden über gewisse finanzielle Mittel verfügte. Denn für eine Duldung mußte eine erhebliche Kaution von 800–2000 SFr (etwa 300–750 T), also ein mittleres Jahreseinkommen, hinterlegt werden.²⁹

Seit sich Hoffnungen auf eine unmittelbar bevorstehende zweite Revolution als Illusion erwiesen hatten, bemühten sich viele Achtundvierziger um ein Schweizer Bürgerrecht, das insbesondere die Voraussetzung für den offiziellen Betrieb eines eigenen Gewerbes war. Eine ungeklärte Staatsangehörigkeit zog außerdem neben der Unsicherheit über die Verlängerung der Aufenthaltsberechtigung allerlei Unannehmlichkeiten mit Behörden nach sich. Insbesondere Eheschließungen und Auslandsreisen gestalteten sich äußerst kompliziert.³⁰ Eine große Hürde auf dem Weg zum Schweizer

²⁸ Gärtner an C. Mayer 14.9.1860; L. Simon an C. Mayer 22.3.1853, S. 6; Nauwerck an C. Mayer 4.10.1851 über Exilkrankheiten Kudlichs und Raveaux's (alles: NL Näf); L. SIMON, Aus dem Exil, 1855, Bd. I, S. 143 ff., Bd. II, S. 3 f. und 7 ff. (Zitat); C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 316; C. Vogt an C. Mayer 6.8.1851 (in: W. NÄF, Revolution, 1932, S. 207). Auch Culmann litt seit 1849 an einer Magenkrankheit, die sich erst 1856 besserte: H.-W. HERRMANN, 1993, S. 167 f.

²⁹ Löwe an C. Mayer 14.4.1851 (NL Näf): Löwe stellte seine Kaution mithilfe von zwei Pfandbriefen im Wert von 1100 fl, also etwa 630 T bzw. 1650 SFr; L. SIMON (Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 6) gibt eine Kautionshöhe von 800–1600 fl an, Reinstein 800 SFr (an seinen Bruder 17.12.1850, BA FSg. 1/18); Nauwerck an Dulon 20.3.1851 (BLHA 11949); aus Mayers Brief an die Berner Kantonsregierung vom 16.3.1851 (BA 90 Ma 3/26) geht hervor, daß Ausweisungen unter bestimmten Umständen durch eine Erhöhung der Kaution abgewendet werden konnten. Vgl. H. REITER, 1992, S. 233.

³⁰ L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. II, 1855, S. 4 ff.; L. Simon an Bamberger 21.1.1870 (BA 90 Ba 3/181); L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 261 und 263 f. Zu Hildebrands Entlassung aus der kurhessischen Untertanenschaft: F. J. BAUER, 1991, S. 150. H. Simon wies

Bürgerrecht stellte die Bestimmung dar, daß man eine förmliche Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit vorlegen mußte. Nachdem die Erfurter Bezirksregierung einigen Flüchtlingen die preußische Staatsbürgerschaft aberkannt hatte, weil sie einer gerichtlichen Vorladung nicht gefolgt waren, und diese daraufhin Schweizer Bürgerrecht bekommen konnten, versuchten die Emigranten auf unterschiedliche Weise, die Entlassung aus ihrer deutschen Staatsbürgerschaft zu provozieren. Heinrich Simon etwa lancierte unter falschem Namen einen Artikel in ein reaktionäres preußisches Blatt, in dem gefordert wurde, man dürfe Hochverräter nicht »mit dem Ehrentitel ›preußischer Staatsbürger‹ im Auslande herumlaufen lassen«. ³¹ Außer Vogt, dem »Bevorzugten unter allen Schicksalsgenossen«, der bereits seit 1846 Schweizer Bürger war, erhielten mindestens Heinrich Simon (1852), Otto Würth (vor 1855) und Moritz Hartmann (1861) Schweizer Bürgerrecht. ³²

Die unterschiedliche materielle und rechtliche Lage, aber auch die allgemeine Enttäuschung der Revolutionäre über ihre Führer, die sie zunächst in Deutschland nicht zum erhofften Sieg geleitet hatten und deren Prophezeiungen einer baldigen zweiten Revolution gleichfalls nicht eintrafen, führten in den Zentren der Emigration zu erheblichen Spannungen zwischen den »Parlamentern« und dem Gros der Flüchtlinge. »Sie kamen nicht von der Masse, diese war vielmehr das Publikum, welches man uns abwendig zu machen suchte«, schrieb Ludwig Simon – einer der angegriffenen »Parlamenten«, sondern von weniger prominenten Revolutionären, die den ehemaligen Mitgliedern der Nationalversammlung die Führungsrolle streitig machen wollten. Es ging bei diesen Konflikten um alltägliche Privilegien und Ungerechtigkeiten, vor allem jedoch um die Frage, wer für die Niederlage der Revolution verantwortlich und ob Verrat im Spiel gewesen sei. Die Massenausweisungen aus der Schweiz verstärkten die Spannungen und das Mißtrauen gegen die Ex-Abgeordneten, die relativ selten abgeschoben wurden. Die unterschiedliche materielle Lage und die Spannungen traten unter den deutschen Flüchtlingen vor allem in den Berner und Zürcher Wirtshäusern zutage. Sie spiegelten sich bereits in der Wahl der Versammlungslokale, und reichten bis zu handgreiflichen Auseinandersetzungen. In Bern 1849/50 war das Versammlungslokal derjenigen Flüchtlinge, die noch über etwas Geld verfügten, privat untergekommen oder in ihrem Quartier »Urlaub« bekamen, der »Bärenleist«, die Kneipe der Demokraten in der Schweizer

C. Mayer am 4. 2. 1858 darauf hin, daß im Kanton Genf das Bürgerrecht für 2000 SFr (knapp 800 T) »mit geringen Schwierigkeiten« zu erwerben sei (NL Näf).

³¹ Reinstein an seinen Bruder 4. 6. 1852 (BA FSg. 1/18). Reinstein selbst versuchte, die Entlassung zu bekommen, indem er seinen Bruder bat, für ihn einen Heimatschein (eine Bestätigung seines Bürgerrechts in Preußen) zu verlangen und darauf durch alle Instanzen zu klagen. Vgl. J. D. H. TEMME, *Erinnerungen*, 1996, S. 273.

³² W. NÄF, *Abrechnung*, 1936, S. 195 (Zitat); J. JACOBY, *Heinrich Simon*, 1865, S. 316f.; Hartmann an Bamberger 3. 2. 1861 (SLB Wien). Würths Einbürgerung läßt sich daraus schließen, daß L. SIMON (*Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 11) berichtet, Würth arbeite als Rechtskonsulent, wofür das Bürgerrecht erforderlich war.

Bundeshauptstadt mit Lesekabinett, Gesellschaftsräumen und Spielzimmern. Der Wirt – ein entschiedener Linker, dessen Tochter später Carl Vogt heiratete – stellte den deutschen Flüchtlingen einen eigenen Raum zur Verfügung, bot einen billigen Mittagstisch an und führte, was von einiger Bedeutung war, für vorübergehend Zahlungsunfähige »die Kreide«.

Ein Zeitgenosse schilderte Ende 1850 in der Zeitschrift »Der Leuchthurm« dem deutschen Publikum das allabendliche Treiben im »Bärenleist«. In einem Hinterstübchen versammelten sich an einer langen Tafel »sehr vergnügt aussehende Menschen, deren lange Bärte, Hecker- und Blumhüte und sonstiges Äußeres deutsche Republikaner in ihnen erkennen ließ«. Es handelte sich um die Anführer und das Fußvolk des außerparlamentarischen Radikalismus. Genannt werden der badische Radikale Josef Fickler oder der Sozialdemokrat Stefan Born, die angeblich darüber schimpften, daß Paulskirchendemokraten wie Lorenz Brentano, Nikolaus Titus oder Carl Vogt die Revolution abgewiegelt hätten. In dem Artikel werden außerdem Franz Zitz und Ludwig Bamberger des Verrats am Pfälzer Aufstand bezichtigt und geschildert, wie der preußische Nationalversammlungsabgeordnete Karl d'Ester und Fickler Carl Vogt des »Wortbruchs« beschuldigt und ihm gedroht hätten: »Ihr seid auch einer von den Sch...ßkerls, die an den Schnappgalgen wandern, wenn wir wieder einmal nach Deutschland kommen.« Das einzige frühere Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, das zu dieser Versammlung von Emigranten aus der außerparlamentarischen Bewegung gehört habe, sei der junge reußische Abgeordnete Friedrich August Thieme (ein Freund Borns und Sympathisant der »Arbeiterverbrüderung«) gewesen.

Nachdem der anonyme Autor diese Runde mit großer Sympathie beschrieben hatte, wandte er sich der parlamentarischen Linken zu, die das »Oberhaus der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz« bilde, während die Mitglieder der außerparlamentarischen Linken als »Unterhaus« bezeichnet würden. Vogt galt als die führende Persönlichkeit im »Oberhaus«, dem in anderen Polemiken auch als »das Vogt'sche Parlament in Bern« bezeichneten Nebenraum derselben Gastwirtschaft: An Vogts Tisch saß, der Schilderung aus dem »Leuchthurm« von 1850 zufolge, »ein schöner Mann mit [...] gebogener Nase, die den Israeliten verkündet,« – der in seiner Jugend zum Katholizismus konvertierte Moritz Hartmann. »Sein Vis-à-vis« ist »sein intimer unzertrennlicher Freund« Ludwig Simon. Neben Vogt ließ der Chronist Wilhelm Löwe sitzen, bei dem er wiederum »eine gebogene Nase, die den Israeliten andeutet«, ausmachte (Löwe war – trotz seines Namens – Protestant). Weiter werden in der Schilderung August Reinstein, der »nur selten und bei außerordentlichen Gelegenheiten« komme und die österreichischen Paulskirchenabgeordneten Adolf Wiesner, bei dem wiederum – trotz Konversion – sein Judentum betont wird, und Hermann Kudlich genannt.

Der Autor bestimmte mit seiner Schilderung in einer vielgelesenen Zeitschrift des »Gartenlaube«-Verlegers Keil, die die Authentizität des Augen-

zeugen ausstrahlte und eine der frühesten über das Leben der Achtundvierziger in der Schweiz war, das Bild der politischen Spaltung unter den Emigranten bis in die Polizeidossiers hinein, die den Artikel in ihre Akten über sämtliche erwähnten Politiker aufnahm. Die Sympathien des Reporters galten eindeutig dem revolutionären »Unterhaus«, während er der Paulskirchenlinken als dem »Oberhaus« Abgehobenheit, materielles Wohlleben und Verrat vorwarf. Dies garnierte der Autor mit antisemitischen Ressentiments, die die gescheiterten und emigrierten Abgeordneten weiter desavouieren sollten.³³ Im April 1852 stellte ein Informant der Polizei fest, daß die Flüchtlingsszene in Bern, die sich wegen der Ausweisungen personell verändert hatte, immer noch gespalten sei und sich in denselben Lokalitäten treffe.³⁴

Das Exil erscheint in den Schilderungen der Paulskirchenabgeordneten jedoch nicht nur als verlorene Zeit des Leidens. Die Emigrationssituation bot denjenigen, die sich wie die früheren Abgeordneten mindestens zeitweise an ruhige und abgelegene Plätze zurückziehen konnten, auch die Möglichkeit der Einkehr und kritische Reflexion. Moritz Hartmann fand für diese Erfahrung die poetische Formulierung, das Exil habe ihn »wieder auf den Isolirschemel des eignen »dunklen Ichs« [ge]setzt, wo ich mir (leider) wieder so ganz und gar angehöre.«³⁵ Schon allein die Tatsache, daß die ehemaligen Parlamentarier wegen ihrer Prominenz einerseits relativ privilegiert

³³ L. SIMON, Aus dem Exil, 1855, Bd. I, S. 89f. und 68f.; OBER- UND UNTERHAUS, 1850; F. BÜRKI, 1932, S. 64 und 75ff., demzufolge die Gastwirtschaft auch »Michelei« hieß; A. KOLATSCHKE, Die Juchheisten, 1860, S. 29; L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 209ff. (auch zu Löwes »jüdischer« Physiognomie). Es ist fraglich, ob der Paulskirchenabgeordnete Hermann Kudlich in Bern war oder ob der Anonymus ihn mit seinem Bruder, dem österreichischen Reichstagsabgeordneten Hans Kudlich, der in Bern bei Vogts wohnte und zusammen mit Carl Vogts Schwester Luise in die USA ausgewanderte, verwechselt hat (vgl. L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 46; W. VOGT, 1896, S. 78ff.). Empörte Reaktion auf den Artikel: L. Simon an C. Mayer 26. 9. 1850 (NL Näf).

C. Mayer machte sich umgekehrt in einer Skizze für »Die Flüchtlinge. Ein Lustspiel« über den Verbalradikalismus der »Unterhändler« lustig (BA 90 Ma 3/26, 80): »1. Akt. Der »Löwe« in Bern. Es werden Reden gehalten. Es ist Verdacht da, daß eine Aristocratie der Democratie sich ausbilde. Jeder war ein Held. Guggenheim leidet an 5 Wunden u. hat nicht eine. Alle verträsten sich auf das »Nächstmal«. Es wird viel guillotiniert werden. 2. Act. In Frankfurt ist eine Revolution ausgebrochen, Rothschild, Bethmann etc. sind gehängt, das Militär ist überall übergegangen. [...] Das ist das »Nächstmal«. Die Flüchtlinge aber protestieren gegen diese Revolution, weil sie nicht social, nicht roth ist, nicht von ihnen ausging. Sie halten Reden. Sie streiten, ob eine Proclamation an das Volk mit »deutsche Bürger« oder »deutsche Menschen« beginnen soll. [...] 3. Act. Der Vorhang geht auf. 8 Tage später. [...] Sie streiten noch immer, ob »Bürger«, ob »Menschen« gesetzt werden soll. [...] – da kommen eine Nachricht über die andere. Es sey draußen schon alles wieder aus. Gegenseitige Vorwürfe. Allgemeine Hölzerei. Ein Polizeidiener erscheint, Alles geht durch.«

³⁴ BLHA 12800, Bl. 140ff. (April 1852).

³⁵ Hartmann an Varnhagen 18. 4. 1850 (BJ Sg. Varnhagen/82; in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 38). Rückzug aus der Hektik des Flüchtlingsschaos auch bei Löwe an Reh 21. 10. 1849 (BA F5g. 1/155); L. SIMON, Aus dem Exil, 1855, Bd. I, S. 46ff.; J. JACOBY,

war, andererseits aber auch nicht damit rechnen konnte, bald in die Heimat zurückkehren zu dürfen, führte dazu, daß sich nicht wenige von ihnen mit der Exilsituation abfanden. Ihre relativ gute Ausbildung, ihre Weltoffenheit und die Tradition des intellektuellen Exils im 19. Jahrhundert, die von Leitfiguren der jüngeren Radikalen wie Börne und Heine verkörpert wurde, aber auch eigene Exilerfahrungen im Vormärz erleichterten häufig die Eingewöhnung in der Fremde. Auch wenn der Begriff der neuen oder zweiten Heimat von den im kontinentaleuropäischen Exil Lebenden im Gegensatz zu den nach Amerika Emigrierten nie benutzt wurde, schilderten sie doch gelegentlich auch Zufriedenheit und Behaglichkeit in der Fremde.

Als 1867 auch für Bamberger und seine Frau die Möglichkeit bestand, nach Deutschland zurückzukehren, riet Hartmann, der bereits seit 1861 in Württemberg lebte, seinen Freunden ab: »Nirgends in Deutschland findet Ihr, was Ihr jetzt schon in Paris habt und nirgends würdet Ihr Euch so heimisch fühlen. Ihr würdet überall großer Kleinlichkeit begegnen und der Freiheit entbehren, die nur Paris giebt, und die Mannigfaltigkeit des Lebens, die Euch mehr[,] als Ihr glaubt, Bedürfnis geworden. Es giebt für Euch nur Paris oder eine komplette Einsamkeit.« Berlin sei keine Alternative, meinte Hartmann: »Mache Dir keine Illusionen! Mögest du noch so sehr für die Macht Preußens sein, die Erbärmlichkeit und Kleinlichkeit der junkerlichen Reaktion [...] würde Dich bald abstoßen.« Bamberger solle sich für Ferienreisen nach Deutschland »ein kleines Häuschen« kaufen. Allgemein aber gelte: »Für ein kinderloses, gebildetes Paar, das außerdem Geld hat, ist Paris noch immer die schönste und beste Stadt Deutschlands.«³⁶ Hartmann, der hier als Weltbürger gegen den Nationalisten Bamberger argumentierte, hatte sich jedoch selbst, rund zehn Jahre zuvor, bei seinem ersten Besuch seit 1849 überschwänglich über das deutsche Wetter, die deutsche Landschaft und die Früchte des Landes geäußert. Die Emigration konnte zur Weitung des Blicks über provinzielle oder nationalistische Engstirnigkeit hinaus führen. Aber dies empfanden eher die Zurückgekehrten als die, die sich weiterhin mit Gewalt von der Heimat ferngehalten fühlten. Bei ihnen herrschte die Sehnsucht zurückzukehren vor.³⁷

Im Alltag der emigrierten Paulskirchenabgeordneten nahm, solange sie mit ihrer Rückkehr nach Deutschland rechnen konnten, das Lesen möglichst mehrerer heimischer und internationaler Zeitungen »bis in's kleinste Detail« (L. Simon) einen zentralen Platz ein, um über alle Neuig-

Heinrich Simon, 1865, S. 296f.; BA FSg. 1/220, Bl. 963 (Schaffrath); H. W. HERRMANN, 1993, S. 168.

³⁶ Hartmann an Bamberger 14. 3. 1867 (SLB Wien; in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 157f.); vgl. Löwe an C. Mayer 25. 4. 1856 (NL Näf).

³⁷ Vgl. Hartmann an Bamberger 5. 10. 1858 und 5. 7. 1867 (SLB Wien; in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 85f. und 158ff.); M. Gärtner an C. Mayer 14. 9. 1860; Nauwerck an dens. 5. 2. 1862 (beides NL Näf). Ähnl. schwärmerisch wie Hartmann bei der Rückkehr auf »deutschen« Boden (in Liechtenstein!): H. Simon an Venedey 24. 5. 1858 (BA 90 Ve 1/49).

keiten in der Heimat informiert zu sein und dort sofort wieder aktiv ins politische Geschehen eingreifen zu können. Löwe stilisierte eine Stellung der Emigranten zwischen den Kulturen des Heimat- und des Gastlandes zum Prinzip: »Meine ganze Aufgabe ist, mich so vollständig zu unterrichten über hiesige Dinge, um ein Urteil zu haben, und dabei so vollständig als möglich mit der Entwicklung in Europa und Deutschland mitzuleben, um mich immer warm und frisch zu erhalten. Denn alle diejenigen, die das Letztere versäumen, werden hier außerordentlich schnell trocken und alt, werden hier missmuthig, ohne den rechten Grund zu wissen, und werfen sich dann entweder erst recht in den Gelderwerb [...], oder verkümmern körperlich und geistig in griesgrämiger Stimmung. Die [...] Schillersche Sentenz: Ans Vaterland, ans theure, schließe dich an [...] ist für mich zu einer wirklich practischen Lebensweisheit geworden, zu einer Lebensregel für die Gesundheit wie gesunde Wohnung, gute Nahrungsmittel usw.«³⁸ Bamberger, der sich ebenso verhalten hatte, konnte bei seiner ersten Rückkehr, nach achtzehn Jahren im Exil befriedigt feststellen, »daß man heutzutage die Dinge aus der Ferne etwa ebenso genau weiß wie aus der Nähe [...]. Man hat nur den Vortheil in der Ferne, daß man von der persönlichen Befangenheit [...] freibleibt und auf menschlich anständige Weise mit Andersdenkenden verfahren kann.«³⁹

Ob man über die deutsche Politik auf dem Laufenden blieb, hing in hohem Maße vom Zufluchtsland ab. Ruge klagte über seine Isolation vom deutschen Bücher- und Zeitschriftenmarkt, aufgrund derer er über neue Entwicklungen selten orientiert sei, und lieferte damit ein weiteres Indiz für die kulturelle Distanz zwischen Großbritannien und dem Kontinent. Bamberger hingegen schätzte an Paris »den ungeheuren Resonanzboden[,] den Alles, was hier erscheint, unter den Füßen hat«. Seine Entscheidung, nach Deutschland zurückzukehren, war demnach eine Entscheidung, »unmittelbar ins politische resp. parlamentarische Leben einzutreten«. Als Publizist erschien ihm Deutschland wenig attraktiv. Es sei sehr fraglich, »ob es sich lohnt, in der Mainzer, oder Rheinischen oder Elberfelder Zeitung von 500 Menschen, worunter 50 verständig, gelesen zu werden. So geht es mit Brochuren, so geht es mit Büchern.«⁴⁰ Für den Publizisten konnte das Exil ein sehr einflußreicher Ort sein; ein Politiker mußte sich nach Deutschland begeben, um gewählt werden und mitgestalten zu können.

Wegen ihres ausgeprägten Ehrgefühls und ihres Nationalismus ertrugen es die meisten Emigranten aus der Paulskirchenlinken nur schwer, auf die Gnade einer fremden Regierung angewiesen zu sein. Solange sie sich im Exil

³⁸ Löwe an C. Mayer 25. 4. 1856 (NL Näf). Ähnl. z. B. L. Simon an C. Mayer 26. 9. 1850 (NL Näf); L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 56.

³⁹ Bamberger an Hartmann 1. 6. 1867 (SLB Wien).

⁴⁰ Ruge an Bamberger 14. 4. 1866 (BA 90 Ba 3/177); Bamberger an Hartmann 23. 3. 1867 (SLB Wien). Vgl. auch Bamberger an Ruge 6. 10. 1866 (in: A. RUGE, *Briefwechsel*, 1886, S. 279).

befanden, haftete ihnen außerdem der Makel der Niederlage an. Ihr Drang, möglichst bald in die Heimat zurückzukehren, wurde nicht zuletzt vom Stachel der Niederlage und dem Bedürfnis wachgehalten, die eigene politische Begabung erneut und dann wirksamer unter Beweis zu stellen. Alle Emigranten hofften nach dem Scheitern der Revolution auf eine zweite Chance, Deutschland einig, frei und mächtig zu machen.

Persönlich-politische Netzwerke als Zusammenhalt

1. Freundschaften und Feindschaften

Einerseits wurde die Deutsche Nationalversammlung wegen ihrer angeblich zu ausgiebigen Debatten und mangelnder Entschiedenheit für das Scheitern der Revolution mitverantwortlich gemacht. Andererseits wurden insbesondere Demokraten aus Angst bzw. infolge eines veränderten Zeitgeistes aus dem politischen Leben ausgegrenzt. Die Mitglieder der Paulskirchenlinken befanden sich damit – in der Emigration fast ebenso wie im Bundesgebiet – in einer Lage, die von der des »tollen Jahres« 1848/49 denkbar verschieden war. Während der Revolution hatten sie einen meist unerwarteten und deshalb umso intensiver empfundenen Höhepunkt an gesellschaftlicher und politischer Anerkennung erlebt, waren überall gefeiert und nach ihrer Meinung gefragt worden. In den 1850er Jahren hingegen standen den populären Führern von Linksliberalismus und Demokratie zur Verbreitung ihrer Ansichten nur mehr sehr begrenzt wirksame Medien und Foren zur Verfügung. Diese plötzliche Außenseiterrolle warf sie auf ihresgleichen zurück, zumal die politische Linke in der Situation gegenseitigen Aufrechnens der Schuld an der Niederlage in einander bekämpfende abgeschlossene Zirkel zerfiel. Nur innerhalb dieser Zirkel mit häufig sektenhaften Zügen konnte der Einzelne auf Solidarität und gegenseitige Hilfe rechnen. So lobte Ludwig Simon den Zusammenhalt innerhalb der Paulskirchenlinken: »Das kleine Parlamentshäufchen hält treu und brav zusammen. Möchten die Herren Communisten und Parlamentshasser wenigstens unter sich ebenso befreundet sein, als diese viel verläumdeten »Parlamentler!« Zahlreiche Briefe und andere Quellen belegen die gegenseitige Unterstützung.¹

¹ L. Simon an C. Mayer 22. 3. 1853 (NL Näf). Vgl. zu den Ressentiments gegen die »Parlamentler« Kap. III und A. KÖRNER, 1966, S. 238 ff.; K. MARX, 1860, S. 414. Beispiele für Zusammenhalt, gegenseitige Unterstützung und Nachrichtenaustausch, auf die im folgenden nicht eingegangen wird: Roesler an C. Vogt 13. 8. 1849 (G. Tafel kümmerte sich um Roeslers Familie); Raveaux an C. Vogt 21. 2. 1850 (beides: BPU 2191); H. Simon und v. Rappard an Paur 21. 3. 1850 (AkadW/136); Löwe an C. Mayer 7. 4. 1851 und 25. 4. 1856, C. Vogt an C. Mayer 12. 9. 1862 (alles NL Näf); Kolatschek an C. Vogt 24. 6. 1853 (BPU 2192); Fetzer an Jucho 9. 11. 1853 (BA FSg. 1/116); ders. an Venedey 29. 6. 1865 (Ba 90 Ve 1/16); H. Simon an Venedey 22. 1. 1852, 16. 8. 1852, 5. 5. 1853, 25. 9. 1855, 6. 12. 1855 und 27. 7. 1858 (BA 90 Ve 1/49); Riesser an Venedey 13. 6. 1855 (ebd./40); C. Vogt an Hartmann 26. 5. 1856; Hartmann an Bamberger [6. 1. 1866 = 45397]; Bamberger an Hartmann 21. 5. 1860 (alles SLB Wien); Reinsteiner an C. Mayer 12. 8. 1851 (BA 90 Ma 3/13); Ruge an C. Mayer 9. 3. 1865 und 30. 3. 1867 (ebd.);

Die Entwurzelung aus der gewohnten Umgebung schuf Raum und Bereitschaft zu Experimenten mit gemeinschaftlichen Formen des Zusammenlebens. Carl Mayer und seine Familie bildeten eine Hausgemeinschaft mit August Reinstein; Heinrich Simon und Conrad v. Rappard lebten lange zusammen und galten als »unzertrennlich«; Ludwig Simon führte eine Wohn- und Arbeitsgemeinschaft mit Moritz Hartmann. Noch Jahre später schilderte er das Zusammenleben in liebevollen Worten, die die Trauer über das Ende dieser Lebensphase voller Ungebundenheit und Experimentierfreude spüren lassen: »[...] wie ich dich morgens an den bloßen Beinen aus deinem behaglichen Bette heraus-[,] dazu köstlichen Kaffee zuschleppte, den ich uns bereitet hatte, u[nd] worauf die duftige Cigarre mit dolce far niente auf dem Sopha folgte – u[nd] dann beiderseits rechtschaffene Arbeit.«² Durch das politische Engagement der Parlamentarier und ihre Vertreibung aus Deutschland zerbrachen aber auch viele Freundschaften und Ehen. Die entstandenen Lücken wurden aus dem neuen, durch Revolution und Parlamentsarbeit geschaffenen Umfeld der politischen Genossen gefüllt. Zwischen Emigrantenfamilien entstanden neue Verbindungen und zahlreiche lebenslange Freundschaften. Als Moritz Hartmann im Juni 1860 Bertha, die Tochter des Hanauer Demokraten und Flüchtlings Achilles Rödiger, heiratete, war nicht nur die ganze Genfer Emigrantenszene anwesend, sondern seine Trauzeugen repräsentierten gewissermaßen die mitteleuropäischen Revolutionen von 1848/49 und in den Augen der deutschen Polizei die gefährliche Genfer Zelle der »Umsturzpartei«. Es handelte sich um Ludwig Simon, Carl Vogt, den Führer der Genfer Radikalen James Fazy und den ungarndeutschen General Georg Klapka – den Befehlshaber der Festung Komorn, die als letzte Bastion der europäischen Revolution erst am 5. Oktober 1849 gefallen war.³

Löwe an Uhland 9.9.1861 (Treffen mit diesem und G. Tafel) (DLA A:Uhland 47327); C. Vogt an Löwe 29.1.1868 (StabiO); Kudlich an C. Vogt 30.5.1872 (BPU 2190); C. Mayer an M. Tafel (DLA A:Mayer d. J. 21751–52); G. KINKEL, 1875; BP, folder 5: Schaffrath war 1875 Brentanos Anwalt, als dieser als US-Consul in Dresden lebte.

² L. Simon an Hartmann 2.12.1854 (Zitat); 27.3.1853 (beides SLB Wien); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 123f. H. Simon berichtete Paup am [21.3.]1850, daß er in der Schweiz »mit meinen geliebten Freunden zusammenlebe« (AkadW/136); ähnl. Löwe an Reh 21.10.1849 (BA FSg. 1/155). Ein weiteres Projekt gemeinsamen Wohnens, von dem nicht klar ist, ob es realisiert worden ist, schilderte C. Vogt (an ??, o.D.; BA FSg. 1/233/1). Ähnl. Liebesbekundungen: H. Simon an Venedey 16.8.1852 (BA 90 Ve 1/49); Hildebrand an Venedey 13.7.1856 (ebd./26).

³ Bamberger-Hartmann-Briefwechsel 16.4.–26.6.1860 (SLB Wien); J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 244; BLHA 12801, Bl. 315; NZ 29.6.1860; Vgl. Georg Klapka: Aus meinem Erinnerungen. Wien 1887; H. FRIEDJUNG, Österreich, Bd. I, 1918, S. 219f. und 225. Weitere Emigrantenhochzeiten: J. FRÖBEL, Lebenslauf, Bd. I, 1890, S. 586ff.; L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. II, 1855, S. 157ff.; OBER- UND UNTERHAUS, 1850, S. 609. Mayer machte Uhland zum Paten seines im Exil geborenen ersten Sohnes (L. UHLAND, Bd. IV, 1916, S. 8); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 47f.; M.-L. WEBER, 1987, S. 88. Die Familien Löwe und v. Rappard waren verschwägert, ebenso die württembergische Demokra-

Viele Abgeordnete der Paulskirchenopposition lebten mit außergewöhnlichen Frauen zusammen, die ihnen das Überleben in Verfolgung und Emigration wesentlich erleichterten. So leiteten Georg Friedrich Kolbs Frau und Tochter im Herbst/Winter 1849/50 die »Speyrer Zeitung«, während er in Haft saß. Über Eduard Zimmermanns Frau urteilte die politische Polizei 1852 ebenso wie über Eveline Löwe, sie seien »fast noch radikaler« als ihre Männer. Jakob Venedey war seit 1854 mit der Demokratin und Frauenrechtlerin Henriette Obermüller liiert; Marie Wigard leitete 1849 bis 1852 den Dresdner demokratischen Frauenverein; über seine zweite Frau Louise Trendelenburg, die er im Exil kennengelernt hatte, schrieb Löwe, sie sei ihm die wichtigste Stütze, sie nehme an seinem »ganzen inneren Leben und Arbeiten vollen Teil« und sei selbst erwerbstätig. Es scheint unter den radikalen Paulskirchenabgeordneten wie insgesamt unter den Achtundvierzигern bereits häufig gleichberechtigte »Gefährtenehen« gegeben zu haben, deren stabilisierende Auswirkung auf die emotionale und materielle Ökonomie der verfolgten Politiker nicht unterschätzt werden sollte. Auch der Beitrag der genannten und vieler anderer, in der Überlieferung nicht mehr auffindbarer Frauen zu den politischen Initiativen und Publikationen der hier behandelten Männer darf nicht gering veranschlagt werden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist er jedoch von diesen selbst wie auch von der Forschung systematisch verschleiert worden. In den Polizeidossiers war es jedenfalls fast ein Topos, bei politisch engagierten Paaren die Männer als eher harmlose, professorenhafte Schöngeister darzustellen, die erst durch ihre Frauen wirklich radikal und gefährlich geworden seien.⁴

tenelite Mayer-Rödinger-Tafel; Fanny Lewald und Max Simon waren mit Heinrich Simon verwandt.

Auf den engen Zusammenhalt der Parlamentslinken über große Entfernungen und viele Jahre hinweg verwies auch die von Rappard vorgeschlagene Grabinschrift für den im September 1860 verstorbenen Reinstein: »Wir, seine Mitgenossen in der deutschen Nationalversammlung und im Exil, Zeugen seiner hohen Mannestugend und seiner begeisterten Liebe von Freiheit und Vaterland[,] widmen ihm dieses Denkmal. Carl Vogt, Genf/Carl Mayer, Neuenburg/Wilhelm Loewe, New York/Hartmann, Genf/Graf Reichenbach, New York/Ludwig Simon, Paris«. Außerdem wollte v. Rappard noch in Zürich Hildebrand und Nauwerck sowie den in Florenz lebenden Philipp Schwarzenberg zur Mitunterzeichnung werben (Rappard an C. Mayer 21. 9. 1860; BA 90 Ma 3/13).

⁴ E. KRAUTKRÄMER, 1959, S. 161; BLHA 14379, Bl. 24 f. (Zimmermann); Heinrich Raab, Die »revolutionären Umtriebe« der Familie Obermüller von Karlsruhe während der Zeit von 1832 bis 1849, in: Badische Heimat 73 (1993), S. 481–89; S. FREITAG, 1998, S. 237–248; B. BUBLIES-GODAU, 1998; R. FUCHS, 1970, S. 115 und 117 f.; S. PALETSCHEK, 1990, S. 172 f.; Löwe an C. Mayer 25. 4. 1856 (NL Näf); zu Löwe/Trendelenburg: L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 160 und Bd. II, 1855, S. 159; Reinstein an seinen Bruder 20. 3. 1856 (BA FSg. 1/18). Zu Agnes Ruge, die durch die Mitarbeit in der gemeinsam betriebenen Daguerreotypie-Anstalt zeitweise wesentlich zum Familienunterhalt beitrug: R. ASHTON, 1986. Auch Wuttkes Frau Emma war, wie ihre Autobiographie zeigt, sehr emanzipiert und teilte die politische Bestrebungen ihres Mannes. Vgl. Emma Wuttke-Biller, Sammlungen zur Geschichte der Familie Wuttke-Biller (Sächs. LB). Bamberger meinte in seinen Erinnerungen (S. 407), seine Frau – Anna Belmont – habe es

In Zürich und Bern, den Zentren nicht nur der Emigranten von 1849/50, sondern auch der des Vormärz und allgemein der Deutschen in der Schweiz, gab es ein reges politisches und geselliges Vereinsleben, in dem die früheren Paulskirchenabgeordneten führende Positionen übernahmen. In Zürich war der Berliner Abgeordnete Carl Nauwerck, ein habilitierter Historiker, der nun ein Zigarrengeschäft betrieb, der organisatorische Mittelpunkt der Szene. Er führte ein genaues Verzeichnis der Namen und Adressen der deutschen Flüchtlinge; über ihn als Präsidenten des »Deutschen Hilfsvereins« liefen Unterstützungszahlungen an mittellose und kranke Flüchtlinge. In den 1860er Jahren leitete er die Zürcher Ortsgruppe des Deutschen Nationalvereins. 1867 schilderte er seine häuslichen und politischen Verhältnisse: »In meinem Hause, das ich als alter Teutone ›Zur Eiche‹ getauft habe, befindet sich eine Cigarren- und Tabakhandlung, ferner 3–4 fremde Zöglinge, die die hiesigen Schulen besuchen, mitunter auch bei mir Privatunterricht haben, sodann die Apotheke meines Ältesten, der Arzt ist und noch bei mir wohnt. Außerdem giebt der deutsche Hilfsverein und die Volksbank stetsfort zu thun.« Nauwercks Selbstbeschreibung veranschaulicht nicht nur die unermüdliche, stets politisch organisierende Aktivität derjenigen, die den Zusammenhalt der Emigranten und deren Kontakte nach Hause aufrechterhielten, sondern auch die nach 20 Jahren immer noch schwierige materielle Lage, die eine große Vielseitigkeit erforderte. Außerdem ist die Allgegenwart nationalistischer Symbole für die demokratische Linke im Exil charakteristisch.⁵

Die spezifischen Bedingungen der Emigration, also eingeschränkte Kontakte zur direkten Umgebung, Orientierung auf die Herkunftsstaaten, heftige Reaktionen auf Nachrichten von dort sowie permanente politische Wechselbäder zwischen revolutionärer Naherwartung und Resignation, erzeugten großen Kommunikationsbedarf. In wenigen formellen und zahlreichen privaten Treffen, im publizistischen, häufig aber auch direkten Austausch mit Genossen, die im Bundesgebiet geblieben waren oder in anderen Ländern lebten, wurden politische Debatten geführt und entstanden teilweise die Initiativen, die Gegenstand dieser Studie sind.

Am 16./17. Oktober 1849 fand auf dem Gut des Schweizer Nationalrates Karlen im Ort Thierachern, fünf Kilometer westlich von Thun eine Konferenz der leitenden Männer des Rumpfparlaments und der Reichsregentschaft statt. Dort lebten seit ihrer Flucht der Nestor des badischen Radikalismus, Johann Adam v. Itzstein, der Reichsregent Franz Raveaux sowie

intellektuell »mit jedem gelehrten Blaustrumpf aufnehmen können«. Vgl. zum Topos von den radikalen Frauen: DOKUMENTE, 1993, S. 93 f. (Johanna Kinkel) und 220 f. (Emma Herwegh); E. BAUER, 1989, S. 370 und 386. Vgl. auch Kap. V.

⁵ Nauwerck an Venedey 7. 12. 1867 (BA 90 Ve 1/37). Vgl. auch das Dossier des Polizeiraths Caspar vom 21. 3. 1862 (BLHA 12801, Bl. 309rff.); DOKUMENTE, 1993, S. 319 f.; J. D. TEMME, Erinnerungen, 1883, S. 272 ff. (sehr anekdotisch). Zu Nauwerck: BLHA 11949.

zeitweise Wilhelm Löwe und Ludwig Simon einem Bonmot von Raveaux zufolge »zwischen Thun und Nichtsthun«. Den Anlaß für das Oktobertreffen bildete die Rechenschaftspflicht der Reichsregentschaft (vertreten durch Raveaux und Carl Vogt) über die ihr anvertrauten Gelder. Auf der Tagesordnung standen außerdem Beratungen über die materielle Absicherung der Abgeordneten, deren Diäten in reduziertem Umfang weitergezahlt werden sollten, um sicherzustellen, daß sie beim erwarteten Ausbruch der zweiten Revolution sofort mit vollem Einsatz zur Verfügung standen. Die wenigen Berichte vom Treffen in Thierachern vermitteln den Eindruck eines »äußerst frohe[n] belebte[n] Zirkel[s]«, der optimistisch die politischen Aktivitäten für die kurze Zeit bis zur zweiten Revolution plante.⁶ Am Sonntag, vor den eigentlichen Beratungen, saßen die Teilnehmer (neben den beiden Reichsregenten: Itzstein, Jacoby, Löwe, Carl Mayer, August Reinstein, Wilhelm Sachs, Ludwig Simon und Adolf Wiesner) »alle vergnügt um die Abendtafel«. Diese Personen bildeten zusammen mit Heinrich Simon, der von Löwe umgehend über die Besprechung informiert wurde, Bamberger, der in Rotterdam saß, sich aber weigerte, in die Schweiz zu ziehen, und Nauwerck die auch durch enge persönliche Freundschaften verbundene Führung der Demokraten in der Emigration. Sie stimmte personell im wesentlichen mit der Runde überein, die als »Oberhaus« der Flüchtlinge in Bern beschrieben worden ist und die der zur Zürcher Paulskirchenemigration zählende Adolph Kolatschek später »das Vogt'sche Parlament« genannt hat.

In den Jahren 1850 und 1851 haben in der Schweiz noch zwei solche, quasioffizielle Treffen der Paulskirchenlinken mit anderen Köpfen der Opposition im Deutschen Bund, wahrscheinlich in größerem Kreis als in Thierachern, stattgefunden, über deren Teilnehmer und Tagesordnung aber wenig bekannt ist. In der ersten Jahreshälfte 1850 trafen sich führende demokratische Politiker, wozu aus Deutschland der frühere Hanauer Oberbürgermeister und Donnersberg-Abgeordnete August Rühl anreiste, und Anfang Juli 1851 kamen im Kanton Zürich »mehrere Mitglieder des Rumpfparlaments und ihre gleichgesinnten Freunden aus Deutschland« zusammen. Über dieses zweite Treffen liegt ein Polizeibericht vor, in dem es heißt: »Eine hervortretende Rolle« hätten die Abgeordneten Carl Mayer, Hermann Kudlich, Wilhelm Löwe und Adolph Kolatschek gespielt, der damals mit der »Deutschen Monatsschrift« die wichtigste demokratische Zeitschrift herausgab. Als Schlüsselfiguren außerhalb der Paulskirchenlinken wurden der Verleger Blums und Ruges, Otto Wigand aus Leipzig, »als Berichterstatter der norddeutschen Zustände und Aussichten für die Zukunft«, sowie August Becher genannt. Er war Mitglied der Reichsregent-

⁶ Löwe an H. Simon September 1849 (zit. nach E. SILBERNER, 1976, S. 246f.); Reinstein an seinen Bruder 7. 10. 1849 (BA FSg. 1/18); C. Vogt, o. D. (BA FSg. 1/233); A. KOLATSCHEK, Die Juchheisten, 1860, S. 29. Vgl. auch H. Simon an Venedey 12. 8. 1849 (BA 90 Ve 1/49); J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 150.

schaft gewesen und lebte, nachdem er in einem aufsehenerregenden Prozeß freigesprochen worden war, wieder in Württemberg. Über die Tagesordnung dieses wohl größten Treffens der Paulskirchenlinken und ihrer Verbindungsleute im Bundesgebiet heißt es in dem Polizeibericht lediglich: »Insgeheim wurden Besprechungen über die Mittel abgehalten[,] um für die constitutionell gesinnten und die rothen Demokraten einen gemeinschaftlichen Weg anzubahnen.« Eine solche Einigung eines möglichst breiten Spektrums innerhalb des Liberalismus war auch das Ziel von Kolatscheks »Monatsschrift«, die allerdings unmittelbar nach der Zürcher Konferenz der verschärften Pressepolitik des Deutschen Bundes zum Opfer fiel. Der Polizeiberichtersteller kam am Ende zu der angesichts der Verfolgung der Achtundvierziger zynischen Bewertung des Treffens: »Zum Handeln fehlt es da an Muth und Hingebung.«⁷ Die wenigen, rudimentären Berichte lassen jedenfalls darauf schließen, daß nach der Niederschlagung der Revolution die Suche nach Möglichkeiten der Kooperation mit den gemäßigten Liberalen fortgesetzt wurde, die mit dem Verfassungskompromiß der Paulskirche begonnen hatte und die weitere Politik der bürgerlichen Linken in den 1850er Jahren bestimmte. Diese kooperative Haltung der Linken führte am Ende des Jahrzehnts zur Gründung von Organisationen, die das gesamte liberale Spektrum umfaßten und deren einflußreichste der Deutsche Nationalverein und die Fortschrittsparteien in verschiedenen deutschen Staaten waren.

Die Emigrantenszene in Zürich war – im Vergleich zur Berner von 1849/50 und zu den unitarisch-republikanischen Zirkeln um die führenden Paulskirchendemokraten – gemäßigter, österreichfreundlicher und stärker föderalistisch. Sie stand nicht nur geographisch, sondern auch politisch dem Linksliberalismus süddeutscher Prägung nahe, der sich nach 1849 als erster von der revolutionären Naherwartung löste und auch nach der Okroyierung neuer Wahlgesetze in den Parlamenten blieb. Während in den meisten norddeutschen Staaten die Linke den Forderungen der emigrierten demokratischen Führung nach Wahlboykott folgte, versuchten die württembergischen Linksliberalen mit ihrer flexibleren Strategie, wenigstens einige Errungenschaften der Revolution zu bewahren.⁸ Im Sommer 1850 war der »Schanzenberg«, eine Brauerei und Gartenwirtschaft an der Winterthurer Straße, der regelmäßige Treffpunkt der in Zürich lebenden Paulskirchenabgeordneten. Dort verbrachten Reinstein, Nauwerck, Kolatschek, Friedrich Wilhelm Hoffbauer, Wilhelm Schulz-Bodmer, dessen zweite Frau aus der berühmten Zürcher Familie Bodmer stammte, Georg Her-

⁷ H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 287f.; BLHA 12800, Bl. 36arf. Ein weiteres größeres Treffen von Ex-Paulskirchenlinken fand im März 1854 anlässlich des Besuchs des Pfälzers Carl Alexander Spatz, der zuvor wegen unerlaubter Kontakte zu Emigranten seine Anwaltszulassung verloren hatte, in Zürich bei Heinrich Simon statt, als dieser eine größere »Parlamentsgesellschaft« veranstaltete, über die leider nichts Näheres bekannt ist (H. Simon an Venedey 27. 3. 1854, BA 90 Ve 1/49).

⁸ Vgl. Kap. IX.

wegh und Heinrich Bernhard Oppenheim »zum mindesten die Abende« gemeinsam. In die unmittelbare Nähe dieser Wirtschaft, in das Bodmersche Haus, in dem einst Klopstock, Wieland und Goethe gewohnt hatten, zog 1851 Heinrich Simon und machte es zu einem neuen Mittelpunkt der Emigranten und ihrer politischen Diskussionen. Als Ludwig Simon im Sommer 1851 auf einer Rundreise vorbeikam, die neben der Zerstreuung auch dem politischen Austausch und der Pflege der alten Kontakte galt, hatte sich der Zürcher Kreis der oppositionellen Nationalversammlungsmitglieder durch den Zuzug von Bruno Hildebrand, Jodokus Temme und Georg Friedrich Kolb vergrößert.⁹

Bereits in der Revolution waren die Demokraten in der Deutschen Nationalversammlung immer wieder seitens des außerparlamentarischen Radikalismus unter Druck gesetzt worden, da sie nicht entschieden genug vorgehen würden. Diese Kritik nahmen im Exil die sozialistischen und kommunistischen Zirkel vor allem in Genf und London wieder auf und spitzten sie teilweise noch zu. Gleichzeitig zeigten sich jedoch auch zunehmend Risse innerhalb der parlamentarischen Linken, da manchen die von der demokratischen Führungsgruppe in der Emigration vertretenen unitarisch-republikanischen Zielvorstellungen zu radikal und den spezifischen deutschen Verhältnissen zu wenig angemessen erschienen. Die unitarisch-republikanische Führungsgruppe um Bamberger und Ludwig Simon in Paris, Vogt und Hartmann in Genf und Ruge in Brighton bestimmte jedoch in den 1850er Jahren weitgehend den politischen Diskurs in der Emigration und die wichtigsten Zeitschriften der 1850er Jahre: die »Deutsche Monatschrift«, »Das Jahrhundert« und schließlich, Anfang der 1860er, die »Demokratischen Studien«.¹⁰

In Zürich kristallisierte sich allmählich ein Gegenpol zu den unitarisch-republikanischen, vom Hegelianismus geprägten demokratischen Intellektuellen um Bamberger, Vogt und Ruge heraus. Die neue Strömung innerhalb der Paulskirchenlinken, die als demokratisch-föderalistisch bezeichnet werden kann¹¹, plädierte ähnlich wie die württembergische parlamentarische Opposition, an deren Spitze ebenfalls ehemalige Mitglieder der Nationalversammlungsoption standen, für eine flexible Strategie. Obwohl die

⁹ A. Reinstein, Aufzeichnungen der Schweizer Reise, Bl. 168 (BA FSg. 1/18); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. II, 1855, S. 316f.; C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 297f.; J. JACOBY, Heinrich Simon, ²1865, S. 313; BLHA 12801, Bl. 312f.

¹⁰ Vgl. Kap. VIII, XI und XIII.

¹¹ Zu ihr zählten Temme, Kolb, Schulz-Bodmer, Hildebrand, Nauwerck und Wilhelm Adolph Schmidt. Vgl. Temme an Mittermaier 30.6.1859 (Heid.Hs. 2746); BLHA 12800, Bl. 140 (über eine Versammlung von »zehn Hauptdemokraten« bei Mayer und Reinstein am 29.2.1852), 13914, 1.8.1859; C. Vogt an Hartmann 14.1.1860 (SLB Wien); E. KRAUTKRÄMER, 1959, S. 166f.; C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 298: Der Zürcher Nationalverein, der unter der Leitung von Nauwerck stand, sprach sich gar im Gegensatz zum ganzen kleindeutschen Lager 1862 für die Annahme der österreichischen Bundesreformvorschläge aus! Zum Agentenvorwurf gegen Vogt u. a. siehe Kap. VI.2, zur italienischen Frage Kap. XII, zur Bundesreformediskussion Kap. XVI.

vor allem in Zürich und Württemberg einflußreichen demokratischen Föderalisten in mancher Hinsicht gemäßigter waren als die unitarisch-republikanische Richtung, wäre es irreführend, beide Lager mit den aus der Paulskirche vertrauten Epitheta »linksliberal« und »demokratisch« zu charakterisieren. Die Gegensätze, die zunächst latent blieben und eine enge Kooperation und regelmäßige Kontakte in der Emigration keineswegs ausschlossen, lagen auf einer anderen Ebene als in der Paulskirche: War die unitarisch-republikanische Richtung, die sich in den 1850er Jahren auch häufig in Carl Mayers gastfreiem Haus zunächst in Wabern bei Bern und später im (noch zu Preußen gehörenden) Neuenburg traf, strikt antiösterreichisch, so war die demokratisch-föderalistische Richtung strikt anti-französisch. Bezeichnenderweise traf sie sich Ende der 1850er/Anfang der 1860er Jahre in Zürich in einem Café, das nach dem als Napoleon-Attentäter hingerichteten italienischen Republikaner Felice Orsini benannt war.¹² Österreich wurde von der unitarischen Richtung als anationaler, multi-ethnischer Staat und Hort der Reaktion abgelehnt, Frankreich von der eher föderalistischen als monolithischer Einheitsstaat. Während sich die unitarisch-republikanische Richtung explizit auf die Ideen von 1789 bezog, war sie jedoch zugleich stärker autoritär-putschistisch orientiert, also keineswegs »demokratischer« als die Föderalisten. Sie glaubte, daß nur mit charismatischen Führern wie Cavour in Italien die nationale Einigung zu erreichen sei und setzte neben den Ideen von 1789 auf das zu jener Zeit von Napoleon III. propagierte Selbstbestimmungsrecht der Völker. Julius Fröbel bezeichnete sie deshalb als »imperialistische Demokraten« oder »kaiserlich-französisch-kleindeutsche Patrioten«, womit er ihnen zudem unterstellte, von Napoleon bezahlt zu sein.¹³ Öffentlich ausgetragen wurde der seit den frühen 1850er Jahren latente Konflikt zwischen beiden Richtungen erst 1859, als der politische Druck im Deutschen Bund nachließ und als mit der Frage, ob die deutsche Linke die italienische Einigung unterstützen sollte, wieder ein echter nationalpolitischer Konflikt auf der Tagesordnung stand.

Solange Druck von außen auf sie ausgeübt wurde, hielten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der Paulskirchenlinken, anders als die Konflikte zwischen ihr und den sozialistischen und kommunistischen Gruppen, in den Grenzen freundschaftlicher Debatten.¹⁴ Die regionalen Gegensätze, vor allem die Unterschiede zwischen dem späteren Gebiet des Norddeut-

¹² DOKUMENTE, 1993, S. 317ff. In einem Polizeibericht von 1858 wird den deutschen Emigranten in Zürich eine »abgöttische Verehrung des Märtyrers Orsini« nachgesagt.

¹³ J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 247.

¹⁴ Massivere Konflikte unter den Emigranten versuchte man, durch eine eigene Ehrengerichtsbarkeit zu schlichten, in der Paulskirchenabgeordnete offenbar häufig die Rolle des unabhängigen und allgemein anerkannten Richters zugesprochen wurde. C. VOGT (Mein Prozeß, 1859, S. 191ff.) berichtete von einem solchen Verfahren in der Pariser Wohnung Kolatscheks im Jahre 1852, in dem es um den Vorwurf der Agententätigkeit gegen einen Mitarbeiter der Deutschen Monatsschrift (S. Engländer) und einen weiteren

schen Bundes und Süddeutschland, die im Gegensatz »großdeutsch«– »kleindeutsch« ihren zugespitztesten Ausdruck fanden und sich auch in Bests statistischen Untersuchungen des Abstimmungsverhaltens in der Nationalversammlung als die signifikantesten erwiesen haben, brachen jedoch in solchen internen Konflikten immer wieder auf. Dies galt sowohl für den Dauerstreit, ob die Linke in der Frankfurter oder in der Berliner Nationalversammlung richtiger taktiert habe, als auch für eine freundschaftliche Rauferei unter Donnersberg-Abgeordneten nach einer gemeinsamen Sylvesterfeier am Neujahrmorgen 1850: Der Wiener Wiesner hatte, so berichtete August Reinstein, die Preußen Ludwig Simon, Wilhelm Caspary, Carl Nauwerck und Reinstein selbst mit Schneebällen »angegriffen«. »In den Süddeutschen, die sich von jeher mehr zu Österreich hingeneigt haben, in Vogt und Mayer, fand er Beistand, aber in seinem schwarzgelben Großstaatenbewußtsein verschmähte er ihn [...]; von allen Seiten als Zielscheibe der vortrefflichsten Schneebälle angesehen, war er bald von Kopf bis zu den Füßen mit Spuren bedeckt, und seine Toga, in die er sich gleich Cäsar zu hüllen suchte, war eine Beute seines eigenen Landsmannes Moritz Hartmann.«¹⁵

Als einerseits der äußere Druck auf die Emigranten nachließ, andererseits die Hoffnung auf baldige Rückkehr schwand, verhärteten sich die latent vorhandenen Gegensätze sowohl zwischen den Emigranten und ihren im Deutschen Bund tätigen Genossen als auch unter den Emigranten. Reinstein etwa äußerte sich zunehmend kritisch über seine in Preußen gebliebenen Gesinnungsfreunde Twesten und Lipke. 1856 meinte er abfällig, sie seien »politisch heruntergekommen[,] sehr bescheiden in ihren Hoffnungen, und wenn ich rückwärts schließen darf, in ihren Wünschen. Von der Möglichkeit einer künftigen republikanischen Vereinigung Deutschlands wollten sie nichts hören [...]. Manteuffel hätte ihr Opponieren gegen mich mit Vergnügen hören können. [...] Sie, durch die Verhältnisse daheim successive heruntergestimmt, merken es nicht, daß sie anders geworden, während es mir, wenn ich sie alle Jahre oder zwei Jahre einmal sehe, vorkommt, als ob sie in Sprüngen bergab gingen.« Die inneren Gegensätze wurden zunehmend schärfer wahrgenommen als die Gemeinsamkeiten in der Opposition gegen die deutschen Regierungen und andere politische Gegner. Carl Vogt – obwohl selbst in kleinliche Polemiken mit Venedey und anderen Ex-Genossen verwickelt, aber auch Opfer sektiererischer Verketterungen – monierte bei seinen Gesinnungsgenossen zu Recht das Fehlen »jener Ironie, die über

österreichischen Emigranten (Häfner) ging. Ein weiteres Verfahren wird geschildert in: StdZ, Beilage zu Nr. 39/1861, S. 9f.

¹⁵ H. BEST, 1990, S. 441 ff.; Reinstein an seinen Bruder 28. I. 1850 (BA FSg. 1/18). G. KINKEL, 1875 und W. NEHER, 1933, S. 216f., beschreiben den Nord-Süd-Gegensatz als Gesamt tendenz im Exil; L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 95 ff. (Konkurrenz der Frankfurter und Berliner Nationalversammlung).

dem eigenen Wollen, dem selbstgesteckten Ziele steht und sich selbst mit Heiterkeit und Humor kritisiert.«¹⁶

Erklärbar ist diese Tendenz einerseits aus der Verhärtung mancher Protagonisten durch lebenslanges Opponieren, Isolierung und politische Erfolglosigkeit, andererseits mit dem allgemeinen Differenzierungs- und Parteibildungsprozeß der Umbruchzeit zwischen 1849 und 1867. Die von Anfang an vorhandenen Risse, die der Zusammenschluß der gesamten politischen Linken im Märzverein nur übertüncht hatte, führten im Laufe der folgenden zwanzig Jahre zu zahlreichen politischen und persönlichen Brüchen. Viele linksliberale Abgeordnete¹⁷ hatten bereits im Mai 1849 die Verlegung des Parlaments von Frankfurt nach Stuttgart ebensowenig mitgemacht wie die Linksradikalen, die des Redens im Parlament überdrüssig waren und nun auf die außerparlamentarische Durchsetzung der Revolution setzten.¹⁸ Später gab es tiefe Risse zwischen den ins Exil Gegangenen und den im Lande Gebliebenen. Jene warfen diesen übermäßige Anpassung vor; umgekehrt konstatierten die im Lande Gebliebenen bei den Emigranten Dogmatismus, Überradikalität und Verständnislosigkeit für die Situation im Deutschen Bund der 1850er Jahre. Venedey fragte rhetorisch, »ob es würdiger war, in Deutschland, der siegreichen Reaction gegenüber, die Geschlagenen zu neuem Kampfe aufzufordern, oder von jenseits der Grenze aus sicherem Rückhalte die tapfere Rolle zu spielen«. Selbst bei Jacoby, der nicht zur gemäßigten Linken gehörte und immer in intensivem Kontakt mit den Emigranten blieb, schwang in der Begründung für seine Rückkehr nach Deutschland, wo er sich einem Hochverratsverfahren stellte, der Vorwurf mangelnder Pflichterfüllung gegen diejenigen mit, die diesen Mut nicht aufbrachten. Umgekehrt witterte das von Karl Heinzen in den USA publizierte Emigranten-Blatt »Pionier« sofort Verrat, wenn Emigranten amnestiert wurden und zurückkehrten.¹⁹

Die Bewertung der politischen Ereignisse des Jahres 1859 – die Einigung Italiens auf Kosten Österreichs und mithilfe des napoleonischen Frankreichs – machte dann den tiefen Bruch zwischen Österreichfreunden und Österreichfeinden für die Öffentlichkeit sichtbar. Ehemalige Fraktions-

¹⁶ Reinstein an seinen Bruder 16. 10. 1856 (BA FSg. 1/18). Ähnl. dogmatisch: L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 97; W. NÄF, Abrechnung, 1936, S. 214; Vischer an Hölder 14. 8. 1863 (Württ. LB fol. 880/V, 121) über »den frechen, schmierigen Vogt«. Vgl. auch W. NEHER, 1933, S. 215 f.; BLHA 13914, Bl. 25 f.

¹⁷ Etwa Ahrens, Freese, Grumbrecht, Jucho, Kierulff, Riesser, v. Wydenbrugk oder Wuttke. Wuttke vertrat dabei zusammen mit dem katholisch-konservativen Großdeutschen v. Buß die Auffassung, die gewählten Abgeordneten müßten unbedingt in Frankfurt ausharren und bildeten ihr eigenes winziges Rumpfparlament (J. MÜLLER, Das politische Wirken, 1960, S. 67 f.). Für die Mehrheit der Gegner des Umzugs nach Stuttgart: L. UHLAND, Bd. III, 1914, S. 418 f.

¹⁸ Etwa Berger, Brentano, Damm, Heisterbergk, Otto Heubner, Junghanns, Mareck, Martiny, Reichard, Schlöffel oder Trützschler.

¹⁹ J. VENEDÉY, Pro domo, 1860, S. 14; J. JACOBY, Briefwechsel, 1974, S. 589 f. Vgl. O. v. WYDENBRUGK, Umbildung, 1861, S. 15; Pionier, 6. 9. 1857 (in: BLHA 11000).

genossen wie die wenig später in österreichische Dienste tretenden Föderalisten Julius Fröbel und Adolph Kolatschek, aber auch Moriz Mohl, Oscar v. Wydenbrug und Heinrich Wuttke einerseits und die unitarisch-republikanische Führungsgruppe um Carl Vogt und Ludwig Bamberger andererseits standen nun auf verschiedenen Seiten und warfen sich wechselseitig vor, ihre Gesinnung verkauft zu haben; zwischen ihnen war auch in Zukunft keine Verständigung mehr möglich.

2. Reisen als Mittel politischer Kommunikation

Reisen waren im Bürgertum des 19. Jahrhunderts äußerst beliebt. Wer immer es sich finanziell leisten konnte und beruflich vorübergehend abkömmlich war, unternahm im Sommer Bäder- oder Besuchsreisen. Es lag deshalb nahe, daß politisch engagierte Bürger – besonders wenn sie nicht öffentlich agieren konnten – ihre Reisen auch zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau ihrer subversiven Kontakte nutzten und ihre Reiseziele entsprechend auswählten. Auch für die Aufrechterhaltung der Kommunikation innerhalb der Paulskirchenlinken spielten Urlaubs-, aber auch beruflich bedingte Reisen eine kaum zu überschätzende Rolle. Anders als Briefe waren direkte Kontakte durch die politische Polizei faktisch nicht zu überwachen und auch kaum zu unterbinden – vor allem wenn sie außerhalb des Bundesgebietes stattfanden. Auf diese Weise wurde auch der Austausch zwischen dem Exil und der bürgerlichen Linken in den deutschen Staaten aufrechterhalten. Die Polizeiakten sind voll von Indizien und Spekulationen, wie bestimmte Informationen, aber auch politische Texte in Europa zwischen Schlüsselpersonen aus der Opposition kursierten. Besonders viele Verdächtigungen richteten sich gegen die prominenten Führer der demokratischen Linken, Arnold Ruge, Johann Jacoby und Carl Vogt. Man vermutete in Kaufleuten und anderen beruflich Reisenden deren Zwischenträger. Besonders alarmiert war die Polizei immer, wenn die »in politischer Beziehung besonders markierte[n] Persönlichkeit[en]« selbst auf Reisen gingen. Die Polizeiführungen schwankten, ob sie solche Reisen durch Verweigerung von Pässen, Aufenthaltsverbote und andere Schikanen ver- oder zumindest behindern oder ob sie sie nur überwachen sollten, um so noch unbekanntere Verbindungen innerhalb der Opposition aufspüren zu können.

Wie durch sommerliche Rundreisen die vielfältigen Verbindungen zwischen den ehemaligen Nationalversammlungsmitgliedern aufrechterhalten oder intensiviert wurden, läßt sich besonders gut am Beispiel Ludwig Simon veranschaulichen. Von Juli bis September 1850 wanderten er, Wilhelm Löwe und Simons Jugendfreund Wilhelm Caspary, der der Linken in der preußischen Nationalversammlung angehört hatte, durch die Schweizer Urkantone. Sie besuchten und trafen dabei Heinrich Simon, Conrad v. Rappard, Carl Vogt, Carl Mayer, August Reinstein und Friedrich Rödinger aus Stuttgart,

der seinen Urlaub in der Schweiz verbrachte, um mit den emigrierten Genossen in Kontakt zu bleiben. Im folgenden Sommer traf Simon sich wieder mit Rödinger, wanderte mit Adolf Wiesner im Jura und besuchte in Zürich Heinrich Simon, v. Rappard, Mayer und Louise Trendelenburg, die Lebensgefährtin des inzwischen ausgewiesenen Wilhelm Löwe. Reinstein fuhr in denselben Wochen mit seinem aus Deutschland angereisten Bruder ebenfalls zu den Zürchern, zu Otto Würth nach Rorschach und weiter zum Rigi, wo Löwe, Kolatschek und v. Rappard Urlaub machten. Wenig später kamen wiederum Heinrich Simon und v. Rappard zu Ludwig Simon nach Lausanne. 1853 unternahm dieser erneut eine politische Besuchsreise. Gemeinsam mit Vogt traf er sich mit Rödinger, dem Kontaktmann nach Württemberg, und suchte dann neben den Zürchern Würth in Rorschach sowie Mayer und Reinstein in Wabern auf. Dort war er mit seinem früheren Trierer Mitstreiter, dem »Advocat und Parlamentsgenossen« Friedrich Zell, verabredet, der »mir manches Interessante über die geliebte Heimath« mitteilte, und wanderte mit ihm ins Berner Oberland, um dort erneut Vogt zu treffen. Simon gab in seinem vielgelesenen Buch »Aus dem Exil« detailliert an, welche wichtigen Informationen er den Treffen mit Zell und anderen verdankte. Dies dürfte nicht zuletzt in der Absicht geschehen sein, daß die preußischen Behörden erführen, wie gut der Kontakt zwischen Exil und Bundesgebiet funktionierte.¹

Die intensiven Kontakte zwischen der Paulskirchenemigration und ihren Gesinnungsgenossen in der Heimat schildert auch ein Brief Heinrich Simons an Carl Mayer aus dem Sommer 1853: »In den letzten sechs Wochen habe ich Deutsche in Hülle und Fülle gesehen; fast drei Wochen habe ich täglich aus D[eu]tschland] Besuch gehabt, aber an einzelnen Tagen deren zwei, auch drei. Noch nie sind so viele deutsche Reisende in der Schweiz gewesen. Die Mittheilungen waren aus den verschiedensten Gegenden von D[eu]tschland], im Allgemeinen unerfreulich darin übereinstimmend, daß zwar allgemein ein besseres Erkennen eintrete, dies aber innig verbunden sey mit [...] Abscheu vor den erkannten Folgen einer Revolution. Kirch-

¹ L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. I, 1855, S. 154 ff. und 230 ff., Bd. II, 1855, S. 113 ff., 122 ff., 138, 156 ff., 165 f., 290 ff. und 315 ff.; Reinstein an C. Mayer 12. 8. 1851 (BA 90 Ma 3/13). Vgl. auch Nauwerck an C. Mayer 11. 12. 1861 (NL Näf). 1855, 1857 und 1858 war Hartmann in Wildbad im Schwarzwald – inkognito, aber in Absprache mit den württembergischen Behörden. 1858 kam es dort zu politischen Gesprächen mit ehemaligen Parlamentskollegen, Fanny Lewald, Adolf Stahr, dem Großherzog von Sachsen-Weimar u. a. (O. WITTNER, Bd. II, 1907, S. 199 f., 209 ff. und 250; M. HARTMANN, *Briefe*, 1921, S. 70 ff. und 78 f.). Moritz Hartmann berichtete Bamberger allein im Sommer 1860 von Besuchen der früheren Parlamentskollegen Carl Freese, Max Simon und Carl Mayer. Im folgenden Sommer reiste der württembergische Ex-Abgeordnete Gottlob Tafel in die Schweiz und besuchte Vogt in Genf, Hagen und Rappard in Bern, wo er auch den aus den USA zurückgekehrten Löwe traf, sowie in Zürich Nauwerck und Temme. Nach seiner Rückkehr berichtete er umgehend Jacoby. Vgl. Hartmann an Bamberger 30. 9. 1860 (SLB Wien); G. Tafel an Jacoby 22. 8. 1861, in: J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 159.

mann² [...] ging so weit zu behaupten, daß diese Generation keine 2te Re-
v[olution] mache.« Die Paulskirchenlinke war im Exil also keineswegs poli-
tisch isoliert. Unerfreuliche Erkenntnisse wurden allerdings eher verdrängt.
So reagierte Heinrich Simon auf die ernüchternden Informationen über die
geringen Aussichten auf eine zweite Revolution mit der Hoffnung, daß der
»Zufall [...] oder das, was wir Blinden Zufall nennen«, leicht zu einer uner-
warteten Veränderung der Situation führen könne.³

Die politische Polizei versuchte, die Reisen deutscher Liberaler zu Pauls-
kirchenemigranten möglichst genau zu überwachen. Sie war sich aufgrund
ihrer Ermittlungen beispielsweise sicher, daß der sächsische Ex-Abgeord-
nete Schaffrath seine Urlaubsreise im Sommer 1855 nach Norddeutschland
und auf die britische Insel Helgoland »zu politischen Zusammenkünften«
genutzt habe. Große Aufmerksamkeit widmeten die Behörden den im
Bürgertum des 19. Jahrhunderts so beliebten Bäderreisen, wenn sie von be-
kannten Oppositionellen unternommen wurden. Auf der 4. Polizeikon-
ferenz deutscher Staaten im Juni 1852 wurde deshalb die besonders intensive
Überwachung der deutschen Badeorte vereinbart. Als der in London leben-
de Eduard Zimmermann und seine Frau 1853 und 1854 in belgische Bäder
reisten, notierte die Polizei, daß zur selben Zeit »überhaupt sehr viele An-
hänger der [demokratischen] Parthei gerade ihre Reisetour [...] genommen
haben, weshalb die Vermuthung nicht zu ferne liegt, daß ihren Reisen nach
dort Partheizwecke zu Grunde liegen«.⁴

Daß die politische Polizei den Reisen nicht zu Unrecht konspirative Hin-
tergründe unterstellte, zeigt eine sechsmonatige Bäder- und Urlaubsreise
Johann Jacobys im Sommer 1856, die ihn in einige Zentren der politischen
Opposition und in Kurorte führte. Zunächst besuchte er Berlin, was ihm
zum ersten Mal seit 1849 polizeilich gestattet wurde und wo er diverse poli-
tische Freunde traf. Weiter ging es über Eisenach (mit dem obligatorischen
Besuch der restaurierten Wartburg) und Frankfurt nach Schlangenbad in
Nassau. Der dortige Kurarzt war ein alter Bekannter Jacobys aus dem Hall-
garten-Kreis. Zur Nachkur und zu politischen Gesprächen begab sich Jaco-
by ins nahegelegene Bad Schwalbach und anschließend in die Schweiz, wo
er sich länger in Zürich bei seinem Freund Heinrich Simon aufhielt und dort
u. a. seine emigrierten Parlamentskollegen Kolb, v. Rappard, Reinstein,
Temme und Albert Schott, der aus Württemberg zu Besuch war und brief-
lich an Uhland weiterberichtete, aber auch die Schriftsteller Fanny Lewald

² Julius Hermann v. Kirchmann, einer der Führer der Linken in der preußischen National-
versammlung, war seit 1848 Vizepräsident des Oberlandesgerichts Ratibor, 1850 wegen
der Ablehnung der Anklage gegen Oscar Graf Reichenbach (vgl. Kap. II) zeitweilig sus-
pendiert, 1855 mit Gehalt beurlaubt. 1867 wurde er wegen seiner politischen Aktivitäten
ohne Pension entlassen. Seine Verfolgung weist viele Parallelen zu der Temmes auf (vgl.
J. D. TEMME, *Erinnerungen*, 1883, insb. S. 336).

³ H. Simon an C. Mayer 7.9.1853 (NL Näf).

⁴ BLHA 12919, 15.9. und 15.11.1855 (Schaffrath); 14379, Bl. 26 ff. (Zimmermann). Vgl.
L. BAMBERGER, *Herr von Bismarck*, 1868, S. 47 f.

und Adolf Stahr traf, die wiederum in intensivem Kontakt mit weiteren Köpfen der Paulskirchenlinken wie Fröbel, Hartmann und Vogt standen. Auf der Rückreise war Jacoby noch einmal 14 Tage in Berlin, wo er mit wichtigen Vertretern der preußischen Linken wie Benedikt Waldeck, Franz Ziegler, dem Redakteur der Berliner »Volkszeitung« Aaron Bernstein und Varnhagen van Ense zusammenkam. Letzterer notierte in seinem Tagebuch, Jacoby sei sehr zufrieden, da er »überall [...] Siegesgewißheit der Freiheits- und Volkssache« gefunden habe. Dieser Optimismus, der den Polizeibehörden nicht entgangen war, führte dazu, daß der preußische Innenminister v. Westphalen Jacoby anschließend wieder schärfer überwachen ließ. Die Polizeitaktik zur Kontrolle der prominentesten preußischen Demokraten wechselte damit erneut von teilnehmender Beobachtung zu offener Repression, ohne dadurch jedoch erfolgreicher zu werden. 1857 und 1860 unternahm Jacoby erneut Bäderreisen nach Schlangenbad.⁵ Erst 1862 war er nachweislich wieder in der Schweiz und traf sich mit den Emigranten. Anlaß war eine Gedenkfeier für den im August 1860 beim Baden ertrunkenen Heinrich Simon, die zu dem größten Treffen der Paulskirchen-Opposition seit 1849 geriet, bei dem zahlreiche Kontakte wiederbelebt wurden und das spürbare Auswirkungen auf die politische Bewegung im Deutschen Bund hatte.

Die Kontakte der führenden Oppositionellen in den Bundesstaaten zu den Emigranten waren vielfältig. Reinstein bekam regelmäßig Besuch von den preußischen Linkliberalen Twesten und Lipke, die in den 1860er Jahren zu den Köpfen der Fortschrittspartei zählten; die Zürcher Gruppe früherer Parlamentsmitglieder lud im Sommer 1859 »berühmte Vaterlandsfreunde« wie den konstitutionellen Paulskirchenabgeordneten Carl Mittermaier zu einer Serie von Diskussionen ein, um »die gegenwärtige schwierige und gefährvolle Lage unseres deutschen Vaterlandes und [...] die zu ergreifenden Mittel« zu besprechen.⁶ Anfang der 1860er Jahre erwarb Conrad v. Rappard in Interlaken das Hotel »Zum Jungfraublick« und baute es mithilfe einer dafür gegründeten Aktiengesellschaft zusammen mit seinem Schwager Wilhelm Löwe aus. Damit entstand ein neuer und beliebter Treffpunkt für die

⁵ BLHA 10877, Bl. 47f., und 13835, Bl. 234ff. (Jacoby); Jacoby an seine Schwestern 27.6.1856 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 39ff., vgl. auch ebd., S. 44ff.); L. UHLAND, Briefwechsel, Bd. IV, 1916, S. 177; H. Simon an Venedey 15.9.1856 (BA 90 Ve 1/49); J. JACOBY, Heinrich Simon,² 1865, S. 313; E. SILBERNER, 1976, S. 265ff. (Varnhagen-Zitat: ebd., S. 272); DOKUMENTE, 1993, S. 61 (Polizeikonferenz 1852). Als Löwe im Sommer 1858 aus den USA zu Besuch in der Schweiz war, traf er Bamberger, v. Rappard und Vogt: Bamberger an Hartmann 3.6.1858 (SLB Wien); Löwe an C. Mayer 25.4.1856 (NL Näf); BLHA 11377, Bl. 21. In der AAZ vom 10.9.1860 empfahl Heinrich Wuttke Schwalbach als Kur- und Urlaubsort; im selben Jahr ließ Bamberger seine Mutter einen Brief an Jacoby überbringen, da beide in Schlangenbad zur Kur weilten, um einen Besuch Jacobys ohne Wissen der Polizei zu arrangieren (Bamberger an Jacoby 9.7.1860, J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 110). Vgl. zu den Gesprächen von Jacoby, Rodbertus, Gervinus u. a. im Jahre 1856 Kap. XI.2; zum Hallgarten-Kreis Kap. 1.3.

⁶ Temme an Mittermaier 30.6.1859 (Heid.Hs. 2746).

Paulskirchenlinke, an dem sich Urlaubsreise und politische Kontakte optimal verbinden ließen. Hier traf sich insbesondere der Zirkel um Vogt und Bamberger.⁷ Die Gruppe stand in engem Austausch mit Ruge, Jacoby und dem führenden preußischen Liberalen Victor v. Unruh. Bamberger nannte diese Zusammenkünfte politischer Freunde in entspannter Atmosphäre, bei denen es oft »tumultuarisch« zugegangen sei, »confluxus canaillorum amicalis«, einen Freundschaftsauflauf der Kanaille. Sie fanden auch gelegentlich bei Bamberger in Paris oder bei Vogt in Genf und am 1. Juni 1865, erstmals wieder auf deutschem Gebiet, in Bonn statt.⁸

Im Jahr 1862, in dem der preußische Verfassungskonflikt eskalierte und Bismarck zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, kam es zu einer zuvor nicht dagewesenen Häufung von Treffen, in deren Mittelpunkt die führenden Oppositionellen aus der Deutschen Nationalversammlung standen. Sie fanden im Kontext einer allgemeinen Mobilisierung und fortschreitender Organisierung des deutschen Liberalismus statt. Die bürgerliche Linke setzte in diesem Zusammenhang nach der zurückhaltenden Taktik in den ersten Jahren nach dem Ende der Reaktionsära nun wieder stärker auf Konfrontation, um die Liberalisierung der deutschen Staaten und ihren politischen Zusammenschluß voranzutreiben. Aufgrund der aktuellen Entwicklung, die sie baldige Entscheidungen in den deutschen Fragen erwarten ließ, entstand in informellen Diskussionszirkeln der Paulskirchenlinken die Idee, es müsse wie im März 1848 ein Vorparlament berufen werden, das die Initiative für die Berufung einer neuen Nationalversammlung ergreifen sollte, um das Werk von 1848/49 zu vollenden. Und zwar sollten sich die noch lebenden Mitglieder des Stuttgarter Rumpfparlaments als die politisch am besten legitimierten Politiker als Vorparlament konstituieren. Solche Überlegungen führten bei einem Treffen mehrerer Parlamentarier anlässlich des Frankfurter Schützenfestes Mitte Juli 1862 zu dem Beschluß, alle ehemaligen Abgeordneten des Rumpfparlaments für Anfang Oktober nach Frankfurt einzuladen, wo ein Beschluß über die Berufung eines Vorparlaments und die Modalitäten seiner Zusammensetzung gefaßt werden sollte.⁹

Vor dem Frankfurter Oktobertreffen sahen sich die Köpfe der Parlamentsopposition jedoch am 4./5. Oktober 1862 in der Schweiz in Murg am Walensee, wo ein Denkmal für Heinrich Simon eingeweiht wurde. Die Gemeinde Murg, in der Simon, der ein erfolgreicher Unternehmer geworden war, ein Kupferbergwerk betrieben hatte, hatte dafür einen schönen Aussichtspunkt zur Verfügung gestellt, Johann Jacoby unter den deutschen

⁷ Neben den Hotelbesitzern v. Rappard und Löwe Hartmann, Carl Mayer, Nauwerck, Ludwig Simon und Oppenheim sowie bis zu seinem Tod auch Heinrich Simon. Vgl. BLHA 12801, Bl. 328r.

⁸ Bamberger-Hartmann-Briefwechsel 7. 5. 1861, 25. 6. 1864, 24. 6. 1865, 25. 8. 1865; BLHA 13914, Bl. 25r; Ruge an Freiligrath 9. 7. 1863 (A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 221).

⁹ Roßmäßler an Streit 14. 6. 1862 (BA FSg. 1/228); C. Schüler an Venedey 14. 1. 1864 (BA 90 Ve 1/48). Vgl. dazu im einzelnen Kap. XIII-XV.

Achtundvierzigern das Geld aufgetrieben. Trotz mancher Bedenken gegen die Stilisierung Simons zum Märtyrer der Revolution, die Jacoby in den Jahren 1860/61 in einer breit angelegten Kampagne betrieben hatte, mit der er große Resonanz erzielte, waren viele Köpfe der achtundvierziger Linken erschienen – neben ehemaligen Nationalversammlungsabgeordneten Persönlichkeiten wie Gottfried Keller, Stephan Born, Gustav Adolf Wislicenus usw.

Die ganze Veranstaltung, bei der Moritz Hartmann die Gedenkrede hielt, war von Jacoby inszeniert worden. Ludwig Bamberger nannte ihn in einer Mischung aus Kritik und Verehrung »einen Heiligen des reinen Glaubens«, nämlich »der strengen, intransigenten, radikalen Demokratie des Jahres 1848«. Auch den leicht sektiererischen Gestus der Selbstfeier der Gesinnungstreue, Pflichterfüllung und Opferbereitschaft der Achtundvierziger durch ihre hervorragendsten Vertreter charakterisierte Bamberger rückblickend mit milder Ironie: »Wir thaten uns gütlich im gemeinsamen Bekenntnis unserer ungebeugten Gesinnung, deren Reich vorerst nur noch im Diesseits des Exils lag. Die Schweizer Atmosphäre – es war ein herrlicher Herbsttag und zahlreiche Delegationen Schweizer Vereine und Institutionen waren mit Fahnen angetreten – »diente vortrefflich dazu, die frohgemute Weihestimmung zum Genuß zu steigern«. Unter den rund 400 Offiziellen, die neben zahlreichen Schaulustigen angereist waren, ragten immerhin dreizehn Vertreter der Paulskirchenopposition heraus, die auch alle wichtigen Reden hielten: Neben Bamberger und Jacoby sowie den Festrednern Hartmann, Mayer und Simon waren Carl Nauwerck, Joseph Peter, Friedrich Rödinger, Philipp Schwarzenberg, Gottlob Tafel, Jodokus Temme, Hugo Wesendonck und Otto Würth z. T. von weither gekommen. Einige sahen sich zum ersten Mal seit 1849. Trotz der bereits damals vor allem über die italienische Frage aufgebrochenen politischen Differenzen empfand Mayer die versammelte Paulskirchenlinke immer noch als »Freundesschaar«, die gemeinsam »eine noch kindisch tastende Zeit, der wir an Muth und Aufklärung voraus, mit uns zur Freiheit emporzureißen« habe.¹⁰

¹⁰ C. MAYER, Festfahrt, 1863, insb. S. 301 (Zitat); L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 506ff. (Zitat: S. 508); L. SIMON an Hartmann 14. 6. 1861 (Rappards Vorschlag); Bamberger an Hartmann 20. 3. 1861 (beides SLB Wien); J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 111–139, S. 150f., S. 156f., S. 242ff. (im Fototeil ein Bild des Denkmals); O. WITTNER, Bd. II, 1907, S. 457ff.; Niederrheinische VZ 12. 10. 1862. A. BIEFANG (Politisches Bürgerturn, 1994, S. 251) nennt auch Christmann, Löwe, Mohr, Roßmäßler, Titus und C. Vogt als Teilnehmer an der Denkmalseinweihung. Vogt war definitiv nicht dort (C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 297; C. Vogt an C. Mayer 23. 10. 1862 (NL Näf), wo er übrigens berichtet, Venedey sei nicht gekommen, da Jacoby nicht ihm, sondern Hartmann die Hauptrede übertragen hatte). Vgl. auch H. BLUM, Lebenserinnerungen, Bd. I, 1907, S. 222f.

Beim Festmahl wurde auch der Vorschlag der Konstituierung der Rumpfparlamentarier als neues Vorparlament diskutiert. Mayer wies darauf hin, wie zufällig eine solche Versammlung zusammengesetzt sein würde, nachdem mehr als ein Fünftel der »105 Getreuen des Parlaments, die noch bis Stuttgart aushielten«, gestorben und andere in alle Welt

Seit 1864 hingegen wirkte sich auch im Mikrokosmos der Paulskirchenlinken die allgemeine Parteibildung aus: Nationalliberale standen demokratisch-antipreußischen Volksparteilern bzw. den in der Fortschrittspartei verbliebenen großpreußischen Demokraten und einzelnen Sozialdemokraten gegenüber. Wenn sich Ende der Sechziger Jahre gelegentlich Veteranen des Frankfurter Parlaments als die »Linken in der Paulskirche« zu privat-politischen Treffen und Diskussionen trafen, so nahmen daran vornehmlich die in Opposition zur Bismarckschen Reichsgründung stehenden Politiker teil. Gottlob Tafel berichtete seiner Frau während der Zollparlamentssessionen aus Berlin über solche Treffen und die enge Kooperation dieses Teils der Paulskirchenlinken in der Fraktion und im Plenum des Zollparlaments. In den wenigen Wochen seiner Anwesenheit in Berlin – und fast zwanzig Jahre nach der Niederschlagung der Revolution – schrieb er ihr von politischen und privaten Kontakten mit immerhin acht Genossen aus der Deutschen Nationalversammlung.¹¹ Über ein Abendessen bei Eduard Zimmermann und dessen Frau, an dem außer ihm Carl Freese, Georg Friedrich Kolb, Wilhelm Löwe und Conrad v. Rappard teilnahmen, war Tafel besonders begeistert: »Die Gesellschaft, die sich so recht in die Zeiten von 48 und 49 zurückversetzte [...], war übereinstimmend in allen politischen, die Zukunft betreffenden Fragen und keinerlei Mißton störte den schließlichen Toast auf die Republik!«

zerstreut seien: »Was soll das alte Parlament ohne die alte Revolution? Neue Zeiten haben neue Führer. Wer die Kraft noch fühlt, der werfe sich frisch in die Bewegung des Tages [...]. Es ergehe kein Manifest eines toten Parlaments an eine lebende Nation!« Mayer lobte Vogt, der an die Veranstalter des Frankfurter Oktobertreffens, ihr Legitimitätsargument »ironisch übertrumpfend«, geschrieben hatte, »wie sie als bloße Legislative daran denken könnten, eine Parlamentsversammlung einzuberufen? Dies sei Sache der Exekutive, der Reichsregentschaft. Er als Regent thue ihnen zu wissen, daß sie ruhig zu warten hätten, bis die Regentschaft sie berufe. – O was hat uns, seit wir das Brod der Verbannung aßen, dieser dickste und gesundeste aller Märtyrer schon zu lachen gegeben!« Was Mayer berichtete, enthüllte nebenbei ein überraschend absolutistisches Verfassungsverständnis des »Reichsregenten«, der dem Parlament das Recht bestritt, sich jederzeit zu versammeln – aber vielleicht war auch dies Teil des ironischen Übertrumpfens (C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 317).

¹¹ Es handelte sich um Freese, Kolb, Löwe, Moriz Mohl, v. Rappard, Graf Reichenbach, Venedey und Eduard Zimmermann. Vgl. Gottlob an Marie Tafel 1. und 4. 5., 15., 18. und 19. 6. 1867 (folgendes Zitat) (BA F5g. 1/181). Auch Max Simon berichtet in seinen Briefen aus dem konstituierenden Norddeutschen Reichstag seiner Frau immer wieder erfreut von Treffen mit den Paulskirchengenossen Schaffrath, Wigard, Julius Hoffmann und Freese (der kein Reichstagsabgeordneter war, aber in Berlin lebte), mit denen er gut zusammenarbeite, während er gegen die FP-Vertreter aus dem preußischen Abgeordnetenhaus große Animositäten hegte: M. Simon an seine Frau 1., 8. und 13. 3. 1867, o. D., 2. 4. 1867 (BA F5g. 174).

Materielle Basis und soziale Lage der ehemaligen Abgeordneten

Im Winter 1849/50 schrieb der ehemalige Reichsregent Carl Vogt auf Papier mit dem Briefkopf »Deutsche ReichsRegentschaft/Abtheilung des Auswärtigen« flammende, programmatische Sätze nieder: »Ein neues Proletariat. Ja! Ein neues Proletariat! Ein Proletariat der Hingebung für die heiligsten Interessen des Vaterlandes, ein Proletariat der Freiheit, der Einheit Deutschlands, ein Proletariat der Befreiung aller Völker, die unter dem Druck langjähriger Ketten schmachten! [...] Es ist ein neues Proletariat, das durch den versiegenden Strom der Revolution auf fremdem Strande angeschwemmt worden ist, das jetzt starren Auges auf [das] gegenüberliegende Ufer schaut [...]! Wahrhaftig, es ist ein Proletariat! Es hat keine schuldenfreien Güter, keine von Reichsfinanzen geschwellenen Seckel, keine Stellen und Ämter aus dem Schiffbruche gerettet – es hat alles verloren[,] nur die Ehre nicht!«¹ Diese pathetische Selbstbeschreibung eines führenden, in die Schweiz entkommenen Paulskirchenlinken hatte zwar wenig zu tun mit der materiellen Realität der ehemaligen Nationalversammlungsabgeordneten (und am wenigsten mit der Vogts²), es wirft aber ein charakterisierendes Licht auf das Selbstgefühl dieser Gruppe. Die Selbststilisierung zum revolutionären Subjekt, die verbunden war mit ebenso heftigen Tiraden gegen die politischen Gegner, zeugt vom unmittelbaren, noch in keiner Weise verarbeiteten Bedeutungsverlust der weniger als zwei Jahre zuvor durch die Märzrevolution in Machtpositionen katapultierten jungen, radikalen Führungselite.

1. Solidaritätsaktionen

Die materielle Realität derjenigen emigrierten Paulskirchenabgeordneten, die in der Schweiz lebten, sah wesentlich günstiger aus, als es Vogts Schilderung des »neuen Proletariats« vermuten ließe. Als sich im Frühjahr 1849 das Blatt endgültig gegen die Nationalversammlung wendete, verweigerten die deutschen Regierungen die Auszahlung der Diäten, um damit dem Rückruf der Abgeordneten Nachdruck zu verleihen. Seitdem versuchten Parlamentspräsidium und Reichsregentschaft, Geld aufzubringen, um die-

¹ NL Näf, Mat. 40.

² Insofern sind die Überlegungen von A. WITTKAU-HORGBY, 1998, S. 104, auch kaum zur Erklärung des Vogtschen Materialismus geeignet. Vgl. dazu Abschn. 2 dieses Kapitels.

ses Druckmittel zu neutralisieren. Wie dies genau geschehen ist, ist unerforscht. Jedenfalls kamen aus privaten Spenden, möglicherweise aber auch aus staatlichen Etats, auf die Sympathisanten der Revolution Zugriff hatten, erhebliche Summen zusammen.¹

In allen Zentren der Revolution bildeten die Märzvereine und andere politische Organisationen Vereine zur Sammlung von Unterstützungsgeldern für politisch Verfolgte und Flüchtlinge. Die Organisationsstruktur des »Unterstützungs-Comité[s] der Volkspartei Berlins«, dessen Aktivitäten am besten überliefert sind, sah nach den Erkenntnissen der politischen Polizei aus Haussuchungen und dem Einsatz von Spitzeln folgendermaßen aus: Flächendeckend existierten neun »Kassenvereine«, deren Aufgabe es war, »Geld aus der demokratischen Partei herbeizuschaffen und zu diesem Zwecke Mitglieder anzuwerben, welche sich zu einem monatlichen Beitrag von 2½ Silbergroschen [30 Groschen = 1 T] verpflichten müssen. Es wird ihnen nur gesagt, daß die Beiträge zur Unterstützung reisender und ausgewiesener Demokraten und zweier Frauen, deren Ehegatten als Landwehrmänner nicht nach Baden haben gehen wollen und dieserhalb in der Festung sitzen und ihre Familien nicht ernähren können, eingesammelt werden. Niemand darf eine Quittung oder näheren Ausweis fordern.« Stattdessen erhielten die Mitglieder eine Synopse der Frankfurter Reichsverfassung und der »Drei-Königs-Verfassung« der Erfurter Union. Diese Gegenleistung sollte wohl nicht nur die illegale Spendensammlung als kommerzielle Aktivität tarnen, sondern stellte zugleich eine symbolische Fortsetzung der Reichsverfassungskampagne unter den durch die Niederschlagung der Revolution veränderten Bedingungen dar. Die Berliner Kassenvereine waren konspirativ und hierarchisch unter Verwendung der Organisationsstruktur der »Volkspartei« mit ihren weit mehr als 100 »Bezirksvereinen« so organisiert, daß jeweils die »Vertrauensmänner« der Partei aus mehreren Wohnbezirken den Bezirksverein des Unterstützungs Komitees bildeten. In der Regel dürften dieselben Personen den Bezirksverein der Partei und das Unterstützungs Komitee gebildet haben, und die Parteiarbeit dürfte seit Mitte 1849 vornehmlich aus Geldsammlungen für die Flüchtlinge und Gefangenen bestanden haben. Die Bezirksvereine trafen sich regelmäßig und dele-

¹ L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 137; ISZ 15. 12. 1862, S. 2 (u. ö.). Infolge der Sparsamkeit der Verwalter, oder weil es schwierig war, das Geld, das in London zinsgünstig angelegt war, zur rechten Zeit an die Bedürftigen zu bringen, waren zu Beginn der 1860er Jahre noch erhebliche Summen vorhanden, die als »Guttentag-Fonds« zusammen mit dem seit Ende 1862 auf dem Wege der Selbstbesteuerung entstehenden »Nationalfonds« die finanzielle Basis für den Aufbau der Fortschrittspartei und zur Subventionierung ihrer Presse bildeten und sich auf mehr als 150000 T beliefen. Auch in finanzieller Hinsicht existiert also eine direkte Verbindung von der Paulskirchenlinken zur Fortschrittspartei (BLHA 12193, Bl. 385rf.). Ein weiterer, aus ähnl. Quellen gespeister, »für die Revolution« bestimmter Fonds wurde von Kinkel verwaltet, der sich im Jahre 1866 weigerte, daraus Ruges Propaganda zugunsten Preußens zu mitzufinanzieren (Ruge an Bamberger 21. 9. 1866; BA 90 Ba 3/117).

gierten je eine Person in den Hauptvorstand des Unterstützungs Komitees, in dem mit F. v. Kunowsky, Eduard Waldeck, Julius Behrens und August v. Ladendorf führende Männer der »Volkspartei« saßen. Diese Köpfe des Unterstützungs Komitees, dessen Geschichte hier nur oberflächlich dargestellt werden kann, waren insbesondere nach dem Affiliationsverbot der preußischen »Verordnung gegen den Mißbrauch des Versammlungs- und Vereinigungsrechts« vom 11. März 1850 massiver Verfolgung durch die Polizei ausgesetzt. Teile der Vereinskorrespondenz wurden beschlagnahmt, vermutlich auch Teile des gesammelten Geldes.² Wie in Berlin standen allgemein an der Spitze der Sammelbewegung eher Personen aus der zweiten Reihe der Revolutionäre, die noch nicht selbst Opfer der Repression geworden waren, durch dieses Engagement jedoch häufig ins Visier der Polizei gerieten.

Ausweislich der von der Polizei sichergestellten Unterlagen sowie einiger anderer Zeugnisse ergibt sich das Bild einer in den Hochburgen der politischen Linken gut organisierten, anfangs recht erfolgreichen, dann aber erlahmenden Kampagne, bei der die Paulskirchenabgeordneten häufig die Vertrauensstellung übertragen bekamen, das Geld zu verteilen. Dies geschah hauptsächlich im Exil, aber auch im Bundesgebiet, wenn es um die Unterstützung der Angehörigen von Flüchtlingen und im Lande gebliebenen Gesinnungsgenossen ging. Carl August Fetzer, Adam v. Itzstein, Wilhelm Löwe, Carl Mayer, Carl Nauwerck, Franz Raveaux, Conrad v. Rappard, August Reinstein, Arnold Ruge, Wilhelm Sachs, Ludwig und Max Simon, Gottlob Tafel und Jodokus Temme waren in den Unterstützungskomitees engagiert. Andere, die sich stärker als unabhängige Linke verstanden, etwa Ludwig Uhland, hielten Distanz, da sie eine Organisation, die sich fast nur auf die demokratische »Partei« stützte, als zu sektenhaft empfanden. Aus der Sicht der Spender und Sammler, die die Verwendung der Gelder außerhalb ihres eigenen Bezirks kaum kontrollieren konnten, lag es nahe, prominente und demokratisch legitimierte Personen wie die Ex-Abgeordneten mit der gerechten Verteilung zu betrauen. So wurden etwa Temme in Breslau oder Ludwig Simon, Löwe, Mayer, Nauwerck, Vogt und anderen im Exil jeweils größere Summen zur Verfügung gestellt. Wenigstens im Exil führte dies im Kontext der allgemeinen Verdrossenheit über die Anführer der Revolution zu heftigen Mißtrauensvoten gegen die »sich überall ein-

² BLHA 13831 (Zitat: Bl. 26) und 13832; M. BOTZENHART, 1977, S. 413f. Zur Organisation der »Volkspartei« in Berlin: DM 1850/II, S. 42ff. Weiterführende Angaben zu den Köpfen des Unterstützungs-Comités und ihr Schicksal können über die Personenregister der folgenden Werke erschlossen werden: DOKUMENTE, 1993; J. JACOBY, Briefwechsel, 1978; E. SILBERNER, 1976. Vgl. L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 15. Zum Unterstützungskomitee in Braunschweig, zu dem sich »Bürgerverein«, »Volksverein« und »Humanitätsverein« zusammengeschlossen hatten, vgl. BldZ 10. 11. 1849. Zur Berliner Volkspartei sehr detailliert: DM 1850/IV, S. 30ff.; außerdem R. HACHTMANN, 1997, S. 833ff. u. ö. Parallelen zu den Flüchtlings-Unterstützungskomitees wies der Versuch auf, eine autonome Vertriebsorganisation für die demokratische Presse aufzubauen, als dieser 1850 das Postdebit entzogen wurde (DM 1850/III, S. 410).

nistenden Parlamenter«. Wegen der Weiterzahlung von Diäten vermuteten die am Existenzminimum lebenden Flüchtlinge, daß die Abgeordneten über große Mittel verfügten, die sie nicht in die allgemeinen Unterstützungskassen einbrächten. Ludwig Simon klagte, man habe »von all der Arbeit für die Gesamtheit Nichts als Verdruß, Undank und Verläumdung«.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten scheinen die Spenden seit August 1849, also nach der endgültigen Niederschlagung der europäischen Revolutionen, reichlicher geflossen zu sein. An die Unterstützungsempfänger gingen für Prozeßkosten und den Lebensunterhalt in Einzelfällen erhebliche Summen von bis zu 1 500 T, was fast zwei Jahresverdiensten eines mittleren Beamten und zehn bis fünfzehn Jahresverdiensten von Arbeitern entsprach. In Berlin wurden 1849 bis 1851 mehrere hundert Fälle betreut, so etwa von Mitte August bis Ende Dezember 1849 121 Personen oder Familien, die zusammen regelmäßige Zahlungen in Höhe von 80 T im Monat, einmalige Unterstützungen von knapp 500 und Darlehen in Höhe von 200 T erhielten. In gut vier Monaten wurden also etwa 1 100 T verteilt. Die einzige überlieferte Monatsabrechnung des Gesamtberliner Kassenvereins (für April 1850) weist pro Bezirk ein Spendenaufkommen von 5 bis 8 T aus. Nimmt man die Summe und den Beitragssatz von 2 ½ Groschen, so hatten die Bezirks-Kassenvereine ein Jahr nach der Niederschlagung der Revolution in Berlin jeweils zwischen 60 und 100 zahlende Mitglieder. Selbst unter den Bedingungen scharfer politischer Verfolgung hatte also ein organisierter Kern der »Volkspartei« überlebt. Die überlieferte Monatsabrechnung belegt auch, daß im April 1850 neben der Einziehung der regelmäßigen Mitgliedsbeiträge eine Sondersammlung durchgeführt wurde für die Familien von Landwehrmännern, die in Haft saßen, weil sie sich geweigert hatten, zur Niederschlagung der Revolution nach Baden zu gehen. Die Sondersammlung erbrachte je Bezirk 20 bis 30 T – also etwa das Vierfache der regelmäßigen Beiträge. Über den festen Mitgliederstamm der Unterstützungsvereine hinaus war also offenbar eine größere Zahl von Sympathisanten der »Volkspartei« zu Einzelspenden für besonders spektakuläre Fälle bereit. Außerdem organisierten die Unterstützungskomitees gut besuchte Benefizveranstaltungen, allein für ein Ballfest bei Kroll Anfang März 1850 verkaufte der Berliner Verein 2 000 Karten. Auch prominente Flüchtlinge, die auf keine Unterstützung angewiesen waren, versuchten, Geld beizusteuern: Vogt etwa stellte den Erlös seines Buches »Die Aufgaben der Opposition« der Flüchtlingshilfe zur Verfügung; Schulz-Bodmer stiftete seine Erträge aus »Deutschlands gegenwärtige politische Lage« für die Familie Kinkels.³

³ Zu den beiden letzten Absätzen vgl. F. BÜRKL, 1932, S. 64ff.; Uhland an Fetzer, 26. 11. 1850: Uhland spendete allerdings trotz seiner Kritik (L. UHLAND, Bd. III, 1914, S. 465 f.); L. SIMON, Aus dem Exil, 1855, S. 93 (»Parlamentar«); L. Simon an C. Schüler 26. 4. 1850 (SUBF); L. Simon an C. Mayer 26. 9. 1850 (NL Näf); E. DÜHR, 1998, S. 150 (H.-G. Böse); BLHA 13831 und 13832, passim; 12528, Bl. 115 (Ruge); Berner Zeitung

Trotz dieser relativen Erfolge hatten die emigrierten Achtundvierziger darunter zu leiden, daß ihr Schicksal bald von anderen Problemen in den Hintergrund gedrängt wurde. Ludwig Simon berichtete im September 1850, daß »für Schleswig-Holstein«, wo nach dem Berliner Frieden vom 2. Juli die Befürworter eines Anschlusses an Deutschland von den Dänen verfolgt wurden, »in wenigen Wochen etwa 8 Mal so viel eingegangen [ist], als für die Reichsverfassungskämpfer«. Ein halbes Jahr später berichtete Tafel aus Stuttgart nach dem endgültigen Scheitern der antidänischen Kampagne an die Schweizer Komitees, sie könnten jetzt wieder »mehr für die Flüchtlinge thun, weil die für Schleswig-Holstein herausgeworfenen Gelder nun andere Bestimmung erhalten. Das waren fatale Aderläße[,] die wir[,] ohne das National-Gefühl zu sehr vor den Kopf zu stoßen leider Gottes einigermaßen mitmachen mußten.« Er klagte aber auch über eine »allgemeine Erlahmung« der in der Zeit der Reaktion arg strapazierten Spendenbereitschaft.

In der Schweiz, wo sich zunächst die meisten Flüchtlinge aufhielten und ebenfalls Unterstützungskomitees organisiert wurden, gab es an den Wohnorten der Emigranten Lokalkomitees und in mindestens neun größeren Kantonen (Aargau, Basel, Bern, Freiburg, Genf, Neuenburg, Solothurn, Waadt und Zürich) Regionalorganisationen, die jedoch erst nach langwierigen Querelen, die besonders aus der Konkurrenz zwischen den Zentren Zürich und Bern entstanden waren, unter einem gemeinsamem Dach, dem »Centralkomitee zur Unterstützung sämtlicher Flüchtlinge in der Schweiz«, zusammenarbeiteten.⁴ Die Schweizer Behörden hatten schwere

21. 1. 1850; W. VOGT, 1896, S. 78; M. RUSTIGE, o. J.; M. Simon an Venedey 11. 10. 1849 (BA 90 Ve 1/50); Peter an C. Mayer 1. 4. 1851 (BA 90 Ma 3/12); Sachs an C. Mayer 23. 7. 1850 (ebd./14); Fetzer an C. Mayer 4. 4. 1851 (ebd./26); G. Tafel an C. Mayer 20. 8. 1849, 1. 1. und 15. 2. 1851 (ebd./17); C. Mayer an Becher 16. 5. 1850 (HStAS); Federer an Venedey 10. 2. 1850 (BA 90 Ve 1/14); H. REITTER, 1992, S. 228 f.; weitere Beispiele für Geldsammlungen; C. MAYER, Demokraten, 1850; O. WITTNER, Leben, Bd. II, 1907, S. 8.

In Einzelfällen ist auch gegenseitige Unterstützung im Kreis der Paulskirchenlinken belegt: Sowohl Riesser (an Venedey 9. 10. 1849, Venedey an Riesser 22. 8. 1858, beides: BA 90 Ve 1/40) als auch H. Simon (an Venedey 22. 1. 52, ebd./49) griffen Venedey unter die Arme.

Streit, der nur für die Emigranten belegt ist, aber vermutlich in den deutschen Staaten ebenso an der Tagesordnung war, gab es nicht nur um die Verteilung der gesammelten Gelder, sondern auch um die Verwendungszwecke, vor allem darum, ob die Auswanderung in außereuropäische Territorien unterstützt werden sollte, was von Ex-Abgeordneten wie Ludwig Simon und den pragmatischen Württembergern G. Tafel, Schoder und Rödinger, die sich keine Illusionen über die Chancen einer neuen Revolution machten, befürwortet, von der revolutionären Richtung hingegen als Schwächung ihrer Basis abgelehnt wurde (L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 93 ff.; Beobachter 1851, S. 900). Streit zwischen Carl Vogt und Sachs, wohl um Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung der Komiteegelder: Sachs an C. Mayer 9. 11. 1849 (BA 90 Ma 3/14).

⁴ BLHA 13914, Bl. 10 f. (Zentralkomitee). Das folgende ergibt sich aus: F. BÜRKL, 1932, S. 64 ff.; W. NÄF, Revolution, 1932, S. 200 und 204; Berner Zeitung 1. 12. 1849 und 21. 1. 1850; BVZ 27. 1. 1850, S. 95; H. J. KÖRNER, 1866, S. 259 (Berner Lokalkomitee); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 81 ff.; L. Simon an Berliner Unterstützungs-Comité 13. 2. 1850 (BLHA 13832, Bl. 64 ff.); DOKUMENTE, 1993, S. 34; J. JACOBY, Briefwech-

Bedenken gegen eine solche zentralistische Flüchtlingsorganisation, die zu agitatorischen Zwecken benutzt werden könne. Dem »Centralkomitee« gehörten wohl deshalb zunächst ausschließlich Schweizer Politiker an, obwohl erst durch die Vermittlung Ludwig Simons der Zusammenschluß möglich geworden war. 1850 fungierte Albrecht Weyermann, seit 1851 Carl Vogts Vater Wilhelm als Präsident. Nach und nach rückten Emigranten in das Zentralkomitee nach, wohl weil sowohl das Engagement der Schweizer als auch die Vorbehalte der Behörden gegen die Organisation nachließen. Im August 1851 saßen neben Wilhelm Vogt mit Carl Mayer und August Reinstein zwei Paulskirchendemokraten in dem vierköpfigen Zentralkomitee.

Geldsendungen aus dem Deutschen Bund gingen in der Regel an frühere Abgeordnete der jeweiligen Region, die nun in der Schweiz lebten. Diese stellten die Gelder dann den Kantonalkomitees zur Verfügung, die weitere Spenden von den ihnen unterstehenden Lokalkomitees erhielten. Das Zentralkomitee war für den Ausgleich unter den Kantonalkomitees zuständig, die jeweils ihre Einnahmen und die Zahl der von ihnen betreuten Flüchtlinge melden mußten. Es entschied dann darüber, welche »ärmeren« Komitees von den »reichereren«, also vor allem aus Zürich und Bern, Ausgleichszahlungen zu erhalten hätten. Dieser Ausgleich stieß zunächst auf Widerstände der deutschen Spender, die in der Regel gezielt einzelne, ihnen bekannte Flüchtlinge oder zumindest ihre engeren Landsleute unterstützen wollten. Erst die Bitte des Komitees in einem seiner Rechenschaftsberichte, »wenigstens im Exile den Gedanken der deutschen Einheit festzuhalten«, konnte solche partikularistischen Bedenken überwinden.

Die einzige vorliegende Abrechnung des Berner Komitees – noch aus der Zeit vor der Gründung eines gemeinsamen Daches – weist für den Monat Dezember 1849 Zuwendungen aus Deutschland in Höhe von 7722 SFr aus. Das entspricht knapp 3000 T, also etwa dem monatlichen Existenzminimum⁵ für 250 Flüchtlinge. Diese Summe wurde an acht kantonale Organisationen verteilt, wobei Bern (2421 SFr), Aargau (1119 SFr) und Waadt

sel, 1978, S. 32: Hinweis auf den 7. Rechenschaftsbericht des Schweizer »Centralkomitees zur Unterstützung sämtlicher Flüchtlinge« von März 1852; BLHA 11949, Bl. 50: über Nauwercks Verzeichnis der Flüchtlinge, aus dem der Polizeispitzel, der es offensichtlich einsehen konnte, allerdings nicht schlau geworden ist (*[...] sind diese Summen auf verschiedene Weise charakterisiert durch Zeichen u. Notizen, die unverständlich, solange man den Schlüssel dazu nicht besitzt«); Abrechnung des Cantonalcomité in Morges 22. 2. 1850 (BA 90 Ma 3/26, Bl. 14). G. Tafel an C. Mayer 1. 1., 15. 2., 15. und 28. 4. 1851 (ebd./17); W. Abt an C. Mayer o.D. (ebd./41). Reinstein an C. Mayer 10. 1. 1853 (BA 90 Ma 3/13) ist der letzte, mir bekannt gewordene Hinweis auf die Tätigkeit der Flüchtlingsunterstützungskomitees.

⁵ Das monatliche Existenzminimum (einschl. Wohnung) belief sich für eine Einzelperson ausweislich der benutzten Quellen in der Schweiz auf etwa 25 SFr, in Paris auf etwa 100 ffr, in Nord- und Westdeutschland auf etwa 8 T, in Süddeutschland auf etwa 15 fl, in Großbritannien auf etwa 5 £.

(1046 SFr) die größten Zuweisungen erhielten. Das Zürcher Komitee, das zu diesem Zeitpunkt noch abseits stand, scheint über die größten Mittel verfügt zu haben; und hierin ist wohl auch ein Grund für sein Beharren auf Unabhängigkeit zu sehen. Soweit Abrechnungen gefunden werden konnten, hatte es bis Anfang November 1849 16 522 SFr (knapp 6 500 T) gesammelt und davon etwa ein Drittel an Komitees in anderen Kantonen weitergeleitet. Hinzu kamen in Einzelfällen Wertpapiere, in erheblichem Umfang Sachspenden (hauptsächlich Kleidung) sowie die von Schweizer Solidaritätskomitees gesammelten Beträge, über deren Höhe nur Zahlen für das waadtländische Kantonalkomitee in Morges überliefert sind, das von Ende November 1849 bis Ende Februar 1850 1950 SFr gesammelt, und für das Berner Komitee, das von Juli 1849 bis Februar 1850 7600 SFr aufgetrieben hat. Die Gesamtsumme der in den Jahren 1849/50 in die Schweiz gelangten und dort gesammelten Spenden dürfte sich auf einige zehntausend Franken belaufen. Ludwig Simon gab im April 1850 an, allein durch seine Hände seien 10 000 SFr »Gelder aus Deutschland und America« geflossen. Zwar bedeuteten die zu verteilenden Summen, wenn man sie gleichmäßig verteilte, nur einige Franken pro Person und Monat. Bei gezieltem Einsatz und angesichts eines Verpflegungstagesatzes von 45 Rappen konnten die Spenden vielen gleichwohl spürbare Erleichterung verschaffen. Allerdings reichten sie bei weitem nicht aus, um alle Flüchtlingen über längere Zeit zu versorgen oder ihnen auch nur die Überfahrt nach Amerika zu finanzieren.

Immer wieder ergingen deshalb Aufrufe seitens der Hilfsorganisationen, prominenter Flüchtlinge und Schweizer Politiker, in der Spendenbereitschaft nicht nachzulassen. Meistens waren dies reine Barmherzigkeitsappelle. Im Februar 1850 wies Ludwig Simon jedoch das Berliner Unterstützungs Komitee auch auf die politischen Zusammenhänge hin. Die Spendenbereitschaft demonstriere den Rückhalt der Flüchtlinge in Deutschland und senke die Kosten, die der Schweiz entstanden. Beides verbessere die Handlungsmöglichkeiten der Schweizer Regierung. Die »radikale Partei der Schweiz«, die in der Berner Bundesregierung vertreten war und die Mitglieder des »Centralkomitees« stellte, lege »ein bedeutendes Gewicht darauf, daß die Sympathie Deutschlands für seine Flüchtlinge gerade in dem Augenblicke sich nicht als erloschen oder doch nur als matt erweise, in welchem sie den Noten des Auslandes gegenüber für dieselben in die Schranken zu treten gesonnen ist. Sollten ihre Bestrebungen erfolglos bleiben und die Ausweisungen en masse dennoch bevorstehen, dann wird das Centralkomitee der Unterstützungsmittel doppelt bedürftig sein. In hoher Anerkennung der warmen Theilnahme Berlin's, welches bis jetzt von allen Städten Deutschlands in erster Linie steht, kann ich mir es doch nicht versagen, im Interesse der leidenden Brüder wiederholt zu bitten, daß geschehe, was geschehen kann.« Ganz erfolglos scheinen solche Appelle nicht gewesen zu sein, denn noch im September 1851 verständigte sich die zweite Polizeikonferenz deutscher Staaten auf gemeinsame Maßregeln »gegen die Geldsammlungen [...] zugunsten der Flüchtlinge.«

Über die Solidaritätsarbeit seit 1852 ist sehr wenig bekannt. Nach Ansicht der Berliner politischen Polizei war Nauwerck die zentrale Figur für die Verteilung der Hilfgelder. Er führe die entsprechende Korrespondenz und sei »im Besitz eines sehr genauen, mit peinlicher Sorgfalt geführten Namen- und Wohnortverzeichnisses aller flüchtigen Deutschen«, in dem alle Geldsummen verzeichnet seien, die ihm »aus dem hier bestehenden ›Deutschen Hilfsverein‹ zugeflossen« seien. Der letzte überlieferte Hinweis auf die Tätigkeit der Flüchtlingsunterstützungskomitees datiert vom Januar 1853. Wegen der massenhaften Ausweisungen der 49er Flüchtlinge stellte die Versorgung mittelloser Emigranten in der Schweiz seit Ende 1852 kein Problem mehr dar, das einer ausgeklügelten Organisation bedurfte. Die wenigen, die dauerhaft im Land bleiben wollten, mußten außerdem tunlichst den Eindruck vermeiden, von Unterstützung abhängig zu sein.

Auch in Großbritannien als dem nach der Schweiz wichtigsten europäischen Exilland der Achtundvierziger bestand ein Unterstützungsfonds, der von dem deutschen Börsenmakler Gerstenberg errichtet worden war. Ob es sich hierbei um dieselbe Organisation handelte, in deren Ausschuß der demokratische Paulskirchenabgeordnete Oscar Graf Reichenbach saß und die im September 1851 mit Hilferufen an die deutsche Öffentlichkeit appellierte, ist unklar. Jedenfalls hatte sich die Lage für Flüchtlinge in Großbritannien zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Massenausweisungen aus der Schweiz, aus Frankreich und Piemont so zugespitzt, daß die Möglichkeiten, im Lande selbst die Mittel zu ihrer Versorgung aufzubringen, erschöpft waren. In Württemberg bildete sich ein siebenköpfiges Solidaritätskomitee, in dem mit Friedrich Rödinger, Adolph Schoder und Gottlob Tafel allein drei Mitglieder der Paulskirchenlinken saßen. Sie erklärten großzügige Spenden zu einer »Sache der Nationalehre und der Menschlichkeit«, da »unsre in die Fremde getriebenen Mitbürger nur noch vom Vaterlande aus Linderung der bitteren Noth erwarten können.« Das Geld solle zur Arbeitsbeschaffung und zur Förderung der Auswanderung nach Amerika verwendet werden. »Der Name eines Mannes, wie Oskar Reichenbach ist, bürgt für die den Zwecken der Wohlthätigkeit entsprechende Verwendung der Gaben.« Über den Erfolg dieser Sammlung ist nichts bekannt.⁶

Als Anfang 1851 Jodokus Temme unter skandalösen Umständen seines Amtes als Oberlandesgerichtsdirektor in Münster enthoben und ihm auch die Pension gestrichen wurde, stand er mit seiner großen Familie völlig mittellos da. Aufgrund dieser besonders krassen Einschüchterungs- und Straftaktion gegen den sehr populären Temme begann die größte Solidaritätsaktion für einen einzelnen Angehörigen der Paulskirchenlinken. Binnen zweier Monate wurden in Berlin sowie in West- und Süddeutschland mehr als

⁶ F. BÜRKI, 1932, S. 66; BLHA 11377, Bl. 20r; Beobachter 1851, S. 900; AAZ 21.11.1849, S. 5062. In einem der Polizei in die Hände gefallenen Brief Ruges (BLHA 12528, Bl. 115) – wahrscheinlich aus dem Jahre 1851 – quittiert dieser 15 £, die er vom Unterstützungsverein in Hannover erhalten hat.

2 000 T gesammelt, also immerhin zwei Jahresbeträge der Pension, die er normalerweise erhalten hätte.⁷ Solche Sondersammlungen, nicht nur für Temme, fanden parallel zur laufenden Tätigkeit der Unterstützungskomitees statt. Die Protagonisten der Revolution und insbesondere die Paulskirchenabgeordneten waren also nicht vergessen; Sympathisanten der Revolutionäre brachten auch nach der Niederschlagung der Revolution erhebliche Summen für sie und andere Solidaritätsaktionen, vor allem zugunsten der Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins von Dänemark, auf; die Organisationsstrukturen der »Volkspartei« blieben bis in die 1850er Jahre hinein funktionsfähig. Auf den erhalten gebliebenen Sammel Listen zugunsten einzelner Paulskirchenlinker oder der Flüchtlinge insgesamt fehlen allerdings Beiträge aus zwei Hochburgen der Revolution völlig: aus dem Großherzogtum Baden und dem Königreich Sachsen. Hier war die Repression nach der gescheiterten Reichsverfassungskampagne so massiv und die Linke infolgedessen so eingeschüchtert und paralysiert, daß die Aufrufe verhallten oder die Spender mindestens nicht öffentlich genannt werden konnten.

Die Nationalversammlungsabgeordneten waren unter den Emigranten vergleichsweise privilegiert. So schlugen mehrere von ihnen Unterstützungsangebote aus, die sie nach Zeitungsberichten über das Flüchtlingselend immer wieder erreichten, und verwiesen Spendenbereite stattdessen auf die allgemeinen Unterstützungskassen.⁸ Die relativ gute materielle Lage der in die Schweiz emigrierten Abgeordneten der Linken resultierte nicht zuletzt daraus, daß sie über die »Reichskasse« verfügten, die Restmittel der Reichsregentschaft und des Parlamentspräsidiums. Diese Gelder ermöglichten die Fortzahlung der Abgeordnetendiäten. Es scheint sich dabei um einen Betrag von etwa 30 fl (also etwa 17 T oder 50 SFr) monatlich gehandelt zu haben – also nicht wesentlich mehr als das Existenzminimum. Immerhin waren die ehemaligen Abgeordneten damit der ärgsten materiellen Sorgen

⁷ Die Sammlung wurde fortgesetzt, aber das Ergebnis ist nicht bekannt. J. D. H. TEMME, *Erinnerungen*, 1996, S. 259; *Beobachter* 24. 4. 1851; *NZ* 16. 3. 1851; *BldZ* 26. 3. 1851, in den folgenden Ausgaben Berichte über den Spendeneingang; zur Popularität Temmes: M. HETTINGER, 1994, S. 347 und 353f.: 5000 Menschen erwarteten in Münster am 6. 4. 1850 um 23.30 Uhr das Urteil gegen Temme. Der Freispruch (im Strafprozeß) führte zu Volksfeststimmung.

Solidaritätsaktionen für weitere Angehörige von Abgeordneten der Linken: Venedey (an Behrens 5. 5. 1850; *BLHA* 13832, Bl. 170) bat um Unterstützung der Witwe Robert Blums mit 200 T; Frau Blum erhielt im September 1850 auch Geld aus der »Reichskasse« – also aus dem Restvermögen von Parlament und Regentschaft (Löwe an Vogt 20. 9. 50; *BPU*); Heinrich Simon (an Jacoby 23. 3. 52, in: J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 31f.) regte eine Unterstützung der Witwe Raveaux an, Jucho 1854 eine Sammlung »für den in Not geratenen Wigard und dessen Frau« (Jucho an Venedey 24. 2. 1854, in: *BA* 90 *Ve* 1/28).

⁸ Löwe an Schramm 6. 5. 1850 (*SUBF*); L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. I, 1855, S. 137ff. Noch H. G. BÖSE, 1950, S. 213f. kolportierte die Legende, Simon habe sich »wöchentlich zweimal einen Freitrunke und ein warmes Abendessen erfindeln« müssen (immerhin war er stolzer Besitzer einer Stradivari!). Solche Gerüchte hatten Simon bereits 1850 das Angebot einer jährlichen Rente von 200 fl eingebracht.

ledig und konnten sich auf ihre politischen Aktivitäten konzentrieren. Reinstein schrieb seinem Bruder im Oktober 1849: »Aus der Stuttgarter Diätenkasse [des Rumpfparlaments] habe ich hier 130 fl erhalten und damit trotz meiner schönen Reisen einen Kassenbestand von beinahe 200 fl, also für die nächste Zeit, hoffentlich für den ganzen Winter vollkommen zu leben.« Seine Kosten für Wohnung und warmen Mittagstisch betragen in Bern 40 sfr (11 T). Angesichts der positiven Entwicklung seiner Finanzen leistete Reinstein sich sogar den Luxus, morgens Kaffee zu trinken. Bei bescheidenen Ansprüchen ließ sich also allein von den weitergezahlten Diäten leben. Zumindest an einen kleinen Kreis, zu dem jedenfalls Löwe, Nauwerck, Raveaux, Reinstein, Ludwig Simon, Vogt und Wiesner sowie der ehemalige Reichsregent August Becher gehörten, konnten solche Zahlungen mindestens bis Frühjahr 1851 fortgesetzt werden. Der reiche Heinrich Simon verzichtete auf weitere Zahlungen und wollte sogar »das bis jetzt Erhaltene« zurückzahlen.⁹

2. Die wichtigsten beruflichen Tätigkeitsbereiche

Spätestens als die Fonds der »Reichskasse«, auf die die Schweizer Parlamentsemigranten Zugriff hatten, verbraucht waren, mußten auch sie sich um bezahlte Tätigkeiten bemühen. Sie fanden sie wie insgesamt die im europäischen Exil gebliebenen Ex-Parlamentarier überwiegend in drei Berufsfeldern, auf die im folgenden näher eingegangen wird: als selbständige Unternehmer, im Bildungssektor sowie als freischaffende Journalisten, Publizisten oder Schriftsteller. Mehrere Ex-Abgeordnete versuchten, sich ihrer Ausbildung entsprechend als Anwälte niederzulassen. Sie scheiterten an den restriktiven Zulassungsbestimmungen ihrer Fluchtländer – bis auf Eduard Zimmermann, der sich auf internationales Handelsrecht spezialisierte und in London eine erfolgreiche Kanzlei betrieb.¹

Unter den Mitgliedern der Paulskirchenlinken, die im Exil zu Privatunternehmern wurden, gelang es manchen, vom Boom der 1850er und 1860er Jahre so sehr zu profitieren, daß sie später finanziell unabhängig waren und sich ganz der Politik widmen konnten. Eine derartige Erfolgsgeschichte war der Weg Ludwig Bambergers. Nach der Niederlage der Re-

⁹ C. Mayer an Becher 16. 5. 1850 (HStAS); Raveaux an C. Vogt 18. 7. 1849: Sachs oder G. Tafel hätten noch 2 500 fl aus diesen Beständen; Reinstein an seinen Bruder 7. 10. 1849 (BA FSg. 1/18); Löwe an Reh 21. 10. 1849 (BA FSg. 1/155); beides über den Transfer von Vermögenswerten in die Schweiz; Löwe an Vogt 18. 6. und 30. 8. 1850 (BPU); Löwe an C. Mayer 13. 11. 1850 (NL Näf); G. Tafel an C. Mayer 1. 1. 1851 (BA 90 Ma 3/17). Löwe schrieb an H. Simon am 5. 9. 1849 (zit. nach E. SILBERNER, 1976, S. 247), er und Jacoby erhielten je 59 fl ausbezahlt. Auch hier dürfte es sich um Diäten gehandelt haben.

¹ L. Simon an C. Mayer 22. 10. 1850 (NL Näf); Nachruf E. Zimmermann, Berliner Börsen-Courier 9. 3. 1880 (BLHA 14379, Bl. 47).

volution hatte er sich notgedrungen gegen die akademische Laufbahn und für eine Lehre im Bankhaus Bischoffsheim, das zwei Brüdern seiner Mutter gehörte, entschieden. Nach einem Jahr der Ausbildung in den Filialen in London, Antwerpen und Amsterdam eröffnete er 1851 mit Unterstützung seiner Onkel ein eigenes Bankhaus in Rotterdam. 1853 gab er diese mäßig erfolgreiche Unternehmung in einer Stadt, die vor allem seiner Frau überhaupt nicht behagte, auf, da er als Prokurist in die Pariser Filiale des Bankhauses Bischoffsheim wechseln konnte. In der französischen Hauptstadt lebte Bamberger im Stil eines Bourgeois in einer großen Wohnung an der Place Vendôme. Sein Gehalt von 12 000 ffr (3 240 T) jährlich, mit dem er in Deutschland ein reicher Mann gewesen wäre, erlaubte ihm im teuren Paris nach seinen Vorstellungen und in seiner rückblickenden Darstellung nur ein Leben »auf ordentlich geringe[m] Fuß«, obwohl er dabei »schon zahlreiche gesellige Beziehungen in anständiger Weise« unterhielt, seit 1858 für den Sommer zusätzlich ein kleines Landhaus mieten und mit seiner Frau ausgedehnte Ferienreisen in mondäne Seebäder machen konnte. Seit die Bankchefs 1860 seine Gewinnbeteiligung erhöhten, häufte Bamberger während der Hochkonjunktur in Frankreich ein Vermögen an sehr rentablen Wertpapieren an, das nach eigenen Angaben Ende der sechziger Jahre die enorme Rendite von 93 000 fl (ca. 53 000 T) jährlich abwarf und es ihm ermöglichte, sich 1866 aus dem aktiven Geschäftsleben zurückzuziehen.²

Dieser überwältigende Erfolg kann jedoch keinesfalls als typisch für den Weg derjenigen Abgeordneten angesehen werden, die sich im Exil in der »freien« Wirtschaft betätigten, obwohl auch einige andere in den Boomjahren des westeuropäischen Kapitalismus zu reichen Männern wurden: Heinrich Simon hatte bereits 1853 an Eisenbahnaktien 53 000 SFr (ca. 20 000 T) verdient, er war außerdem als Bergwerksunternehmer (Kupferminen und Schieferabbau) erfolgreich; Conrad v. Rappard verdiente sehr gut mit einem Institut, das mikroskopische Präparate herstellte, als Hotelunternehmer und als Besitzer eines Dampfschiffes auf dem Brienzer See. Auch Ludwig Simon, der sich zunächst als freier Schriftsteller und mithilfe einer monatlichen Zuwendung seines Vaters in Höhe von 20 T durchgeschlagen hatte, reüssierte nach seiner Entscheidung, »Commis zu werden« – nämlich Angestellter in einem Pariser Bankhaus. Auch er konnte sich im Alter von 50 Jahren, nachdem er noch Vater geworden war, zur Ruhe setzen und von den Zinsen seines Vermögens leben.³

² L. BAMBERGER, *Erinnerungen*, 1899, S. 252, 229ff. und 407f.; M.-L. WEBER, 1987, S. 38. Hartmanns zweitem Sohn, der in seinen Vornamen Ludo Moritz die enge Freundschaft der beiden bezeugte, schenkte Bamberger zur Geburt 20 französische Eisenbahnobligationen, die eine jährliche Rendite von immerhin 300 ffr (80 T) abwarfen (Bamberger an Hartmann 14. 3. 1865; SLB Wien).

³ Born an C. Mayer 3. 1. 1853 (NL Näf); J. JACOBY, Heinrich Simon, 1865, S. 313ff.; BLHA 12801, Bl. 328r. (Rappard); 12843, Bl. 12r; L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 307 und 353; H. BEST/W. WEEGE, 1996; L. Simon an C. Mayer 12. 1. 1862 (NL Näf); L. Si-

Weniger erfolgreich waren die Unternehmungen von Carl Nauwerck, Carl Mayer und Arnold Ruge, ein Zigarrenhandel in Zürich, ein Schmuck- und Uhrengeschäft in Neuchâtel bzw. ein Daguerreotypiegeschäft in Brighton. Ruge gab seine unternehmerische Tätigkeit bald wieder auf, da er mit Publizistik und Unterricht mehr verdienen konnte. Nauwerck und Mayer waren auf die Solidarität ihrer Genossen angewiesen, die sie über Jahre hinweg aus der Schweiz, dem Deutschen Bund oder den USA mit Aufträgen versorgten. Mayer nahm die erste Möglichkeit wahr, nach Württemberg zurückzukehren, um die Redaktion der demokratisch-föderalistischen Tageszeitung »Der Beobachter« zu übernehmen und wieder hauptberuflich für die Politik zu leben. 1867 wurde er durch Erbschaften materiell unabhängig.⁴ Auch der vielseitige Carl Vogt, der als Professor wohlhabend war und über erhebliche Einkünfte aus seiner publizistischen Tätigkeit verfügte, versuchte sich in unternehmerischen Spekulationen – blieb hier allerdings ohne Erfolg. 1856 wollte er zusammen mit seinem Paulskirchengenossen v. Rappard im Kanton St. Gallen Braunkohle abbauen, scheiterte aber an der gesetzlichen Vorschrift, daß alle betroffenen Bauern dem Abbau zustimmen mußten – 16 000 SFr waren verloren.⁵ 1858 ging eine im Jahr zuvor von Vogt gegründete Aktiengesellschaft pleite, die Zement produzieren sollte; 1863 bis 1868 investierte Vogt in ein Verfahren seines Freundes, des berühmten Mediziners Pettenkofer, fast 6 500 SFr, also mehr als ein Jahresgehalt, mit dem Ölgemälde chemisch zu restaurieren sein sollten, das aber nie funktionierte.⁶

Der Übergang in selbständige wirtschaftliche Betätigung war demnach ein *typischer* Weg innerhalb der Paulskirchenlinken. Er bedeutete allerdings mitnichten den Verzicht auf politische und publizistische Betätigung oder auf das Engagement für die Ziele der achtundvierziger Revolution.

mon an Bamberger 21. 1. 1870 (BA 90 Ba 3/181). Auch Culmann lebte in den 1850ern im französischen Exil von Finanzspekulationen (H.-W. HERRMANN, 1993, S. 168).

⁴ H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 288 f.; Born an C. Mayer 27. und 31. 7. 1859; Uhren- und Schmuckbestellungen: H. Simon an C. Mayer 18. 7., 9. 9. und 3. 11. 1853, Bamberger an C. Mayer 9. 3., 23. 9. und 22. 10. 1862, 20. 5. und 3. 6. 1863 (alles NL Näf); M. RUSTIGE, o. J., S. 9; Zigarrenlieferungen: Nauwerck an C. Mayer 19. 2. 1858, 10. 9. 1860, 11. 12. 1861, 5./6. 2., 5. 5., 24. 6., 8. 10., 8. 12. 1862 (alles NL Näf); Nauwerck an C. Vogt (BPU 2191). Ruge und Mayer betätigten sich unternehmerisch auf Gebieten, die für die Herausbildung der bürgerlichen Massengesellschaft von einiger Bedeutung waren und so in einer gewissen Kontinuität zu ihrem politischen Engagement standen: die Daguerreotypie stellte das »demokratische Äquivalent zum Ölgemälde oder zur Marmorbüste« dar, die Taschenuhr »das perfekte Emblem von Individualität in einer bürgerlichen Gesellschaft« (J. SHEEHAN, German History, 1989, S. 794 und 799).

⁵ Rappard – Politiker, der er war – entwarf daraufhin ein Berggesetz für St. Gallen, das aber im Kantonsparlament scheiterte.

⁶ Rappard an C. Vogt 9. 10. 1871 (BPU 2191); A. KOLATSCHEK, Die Juchheisten, 1860, S. 37; StabiM, Pettenkoferiana II, 2.

Von den oppositionellen Abgeordneten in der Paulskirche, die vor der Revolution Hochschullehrer gewesen waren, gelang es einigen, auch in ihren Exilländern wieder eine Professur zu erlangen. Das prominenteste Beispiel ist Carl Vogt, der nach einigen Jahren unsteter Beschäftigung, teils als freier wissenschaftlicher und politischer Publizist, teils als Forscher an der meeresbiologischen Station in Nizza, 1852 als ordentlicher Professor der Geologie an die Universität Genf berufen wurde. Sein Anfangsgehalt betrug knapp 3000 SFr (gut 1150 T). Das entsprach annähernd dem, was ein Hochschullehrer auch im Deutschen Bund verdiente. Sein Gehalt stieg, während Vogt zu einem internationalen Star wurde, bis 1872 auf 6000 SFr (2300 T). Daneben hatte der außerordentlich geschäftstüchtige Vogt hohe Nebeneinkünfte: Als er im Herbst 1861 den Prinzen Jerome Napoleon auf einer Nordlandreise begleitete, handelte er dafür ein Honorar von 30000 fl (gut 17000 T) aus; im November 1866 verdiente er allein mit Vorträgen in 14 Tagen mehr als 1100 T. Auch seine Einkünfte als wissenschaftlicher Publizist waren erheblich, da er als international renommierter, populär schreibender Autor Spitzenhonorare verlangen konnte. Statt wie die meisten seiner früheren Fraktionskollegen Redaktionen suchen zu müssen, die seine Artikel druckten, war er bereits 1858 in der Lage, den in Biel erscheinenden »Schweizer Handels-Courier« zu kaufen, um ihn mit einem Redakteur seines Vertrauens, dem Darmstädter Achtundvierziger Ernst Schüler, zu seinem politischen Organ zu machen. Seine Freunde engagierte er als Korrespondenten oder Kommentatoren, so berichtete Moritz Hartmann im Handels-Courier zum Beispiel über die italienische Einigung. Vogt betrieb auch einen kleinen Verlag, in dem neben seinen eigenen Publikationen auch Bücher seiner Genossen aus der Paulskirche erschienen.⁷

⁷ Vogt, der heute nicht einmal mehr in Konversationslexika steht, war einer der führenden Naturwissenschaftler des 19. Jahrhunderts. Der heute weitaus bekanntere Ernst Haeckel – wie Vogt ein Materialist – schrieb an Vogts Sohn am 8. 8. 1896: »Wie ich als Lehrer und Schriftsteller hinter Carl Vogt zurückstehe, und mit seinem glänzenden Talent nicht concurriren kann, so ist mir auch kein gleicher Erfolg beschieden gewesen« (BPU 2189). Gehalt: W. VOGT, 1896, S. 85 und 207f. Vogt verlangte 1872 eine Gehaltserhöhung auf 8000 SFr, die er, als die Regierung zögerte, demonstrativ auf 12000 SFr erhöhte. Als während dieser Verhandlungen ein Ruf nach Wien mit einem Gehaltsangebot von umgerechnet 16000 SFr eintraf, mußte die Regierung Vogts Forderung akzeptieren, die dem stolzen Gehalt von 4600 T entsprach. Islandreise: BLHA 12801, Bl. 287; Vortragshonorare: Vogt an Bamberger 18. 9. und 9. 12. 1866 (BA 90 Ba 3/210). C. Vogt berichtete u. a. an C. Mayer (20. 3. 1853; NL Näf) über den großen Erfolg seiner Bücher. Handels-Courier: an Bamberger 3. 5. 1859 (BA 90 Ba 3/210); an Hartmann 14. 1. 1860 (SLB Wien). Selbst seinen Freunden, etwa Moritz Hartmann als Redakteur der Frauenzeitschrift »Freya« gegenüber, bestand er auf Sonderkonditionen: Er verlangte pro Beitrag 50 T – mit dem Hinweis, die »Gartenlaube« zahle ihm das doppelte, während 30–40 fl (entspricht 17–23 T) pro Bogen (!) das übliche Honorar »Freya« waren (an Hartmann 9. 11. 1863 und 19. 12. 1865). Vogts Gehalt in Gießen hatte 1848 1200 fl (knapp 700 T) betragen (L. Simon an C. Mayer 26. 9. 1850; NL Näf).

Keiner der übrigen, nach 1849 als Hochschullehrer tätigen Abgeordneten konnte an Ansehen wie finanziell Vogt, der trotz seines materiellen Erfolges von ihnen allen der radikalste blieb, auch nur annähernd das Wasser reichen. Die meisten mußten wie die Mehrheit der Professoren im 19. Jahrhundert schlechte Besoldung durch hohes Sozialprestige zu kompensieren versuchen. Franz Makowiczka, der aufgrund seines Engagements für eine großdeutsche Lösung seine Professur an der Universität Krakau verloren hatte und 1851 gezwungen worden war, die Schriftleitung der »Deutschen Zeitung aus Böhmen« abzugeben, war überglücklich, als er 1852 auf einen Lehrstuhl für Staatswissenschaften in Erlangen berufen wurde. In Prag hatte er von publizistischen Gelegenheitstätigkeiten leben müssen und im ganzen Kaiserstaat keine Chance auf eine Universitätsstelle mehr gehabt. Sein Jahresgehalt in Erlangen lag mit nur 1 200 fl (knapp 700 T) nicht wesentlich über der Pension von 900 fl, die der bayrische Staat dem wegen seines Ausstehens im Rumpfparlament suspendierten Philipp Fallmerayer belassen hatte. Die Tatsache, daß Bayern fast zur selben Zeit einen in Österreich gemäßregelten Radikalen berief und einen bayrischen suspendierte, verdeutlicht die Willkür, mit der die deutschen Staaten die Revolutionäre verfolgten. Fallmerayer hatte dank einer Kapitalrente von 600 fl und seiner Pension ein so gutes Auskommen, daß er einen Ruf der Universität Zürich ablehnte, da die dortige Professur nur mit 1 400 SFr (also ca. 950 fl oder 540 T) dotiert war.

Ebenso niedrig und damit deutlich unter dem, was er in Marburg bekommen hatte, lag in den frühen 1850er Jahren an der Zürcher Universität das Gehalt von Bruno Hildebrand. Bei seinem Wechsel nach Bern konnte er jedoch eine erhebliche Steigerung auf 3 500, bald sogar 4 000 SFr (1 350 bzw. 1 550 T) durchsetzen. Der bewegliche und ökonomisch versierte Hildebrand verstand es außerdem, sein Salär erheblich aufzubessern, indem er mit Schweizer Eisenbahnaktien spekulierte und dabei allein 1852 70 000 SFr (knapp 27 000 T) verdiente. Allerdings mußte er 1861, als sich eine andere, von ihm empfohlene Schweizer Eisenbahnpekulation als unrentabel erwies, fast fluchtartig das Land verlassen. Der von der preußischen Justiz so erbarmungslos verfolgte Jodokus Temme lehrte seit 1852 als ordentlicher Professor für Straf- und Strafprozeßrecht ebenfalls an der Universität Zürich. Zehn Jahre lang tat er dies ohne jede Bezahlung, bis er 1862 – mit 64 Jahren – ein Gehalt von 2 400 SFr erhielt. Den Lebensunterhalt für sich und seine Familie verdiente er bis dahin durch belletristische Arbeiten. Temme hat ein umfangreiches, künstlerisch wenig bedeutendes Romanwerk hinterlassen. Zwischen 2 500 und 3 500 SFr (1 000–1 400 T) lagen die Gehälter bei den anderen Schweizer Professoren aus dem Kreis der Paulskirchenopposition, nämlich Adolf Schmidt und Friedrich Theodor Vischer an der Universität Zürich sowie Karl Hagen an der Universität Bern. Kitty Bodmer, die Ehefrau von Wilhelm Schulz, betrieb in Zürich eine Privatschule für Mädchen, in der ihr Mann wohl auch gelegentlich unterrichtete. In erster

Linie war er jedoch als Publizist tätig, der vornehmlich von den Einkünften seiner Frau in »bescheidenem Wohlstand« lebte.⁸

Der großdeutsche Linksliberale Heinrich Ahrens hatte keine Chance, in der Reaktionszeit an eine Universität im preußischen Einflußbereich berufen zu werden. So zwang ihn politische Verfolgung, den umgekehrten Weg wie Makowiczka einzuschlagen: 1850 ging er als Ordinarius für Philosophie nach Graz, seit 1860 lehrte er dann Praktische Philosophie und Staatswissenschaften an der Universität Leipzig. Emil Adolph Roßmäßler, der an der sächsischen Forstakademie in Tharandt Zoologie gelehrt hatte, erhielt nach seiner Suspendierung weniger als die Hälfte seines bisherigen Einkommens als Pension. Er ging in seine Heimatstadt Leipzig zurück und lebte fortan als »Volkslehrer«, als politischer und naturwissenschaftlicher Wanderprediger.

Schlimmer als bei Roßmäßler endete das Disziplinarverfahren bei Karl Biedermann, der seit 1838 als außerordentlicher Professor für Philosophie mit einem Jahresgehalt von 500 T an der Universität Leipzig lehrte. Er wurde als presserechtlich Verantwortlicher für einen anonymen, kritischen Aufsatz über Napoleon, den Ludwig August v. Rochau geschrieben hatte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem er davon einen Monat hatte absitzen müssen, entließ ihn das Ministerium gegen das Votum der Universität und ohne Pensionsanspruch. Aufgrund eines Gnadengesuchs wurde sein Gehalt noch bis Mitte 1856 weiterbezahlt. Biedermann versuchte vergeblich, an einer anderen deutschen Universität unterzukommen. Das einzige Angebot kam von der im vergleichsweise liberal gebliebenen Sachsen-Weimar gelegenen Universität Jena, die aber kein Gehalt zahlen konnte. Schließlich übernahm Biedermann im Oktober 1855 die Redaktion der halboffiziellen Weimarer Zeitung und wechselte damit – immerhin mit einer festen Anstellung – in das Berufsfeld, in dem sich nach dem Verlust ihrer bürgerlichen Existenz die meisten Abgeordneten der Linken betätigten. Als 1859 das Jenaer historische Ordinariat wegen Droysens Berufung nach Berlin vakant war, bemühten sich sowohl Biedermann, der der Redakteurstätigkeit »herzlich müde« war, als auch sein Parlamentskollege Jakob Venedey, der sich bereits in Zürich und Bern vergeblich um Professuren beworben hatte, um die Nachfolge, hatten aber beide aus politischen Gründen keine Chance. Noch Ende 1861, als Bruno Hildebrand auf einen neu geschaffenen Lehrstuhl für Nationalökonomie in Jena berufen werden sollte, hatten seine Fürsprecher Vorbehalte gegen den Achtundvierziger zu

⁸ Makowiczka an Mittermaier 9. 11. 1851 (Heid.Hs. 2746); H. FRIEDJUNG, Österreich, Bd. I, 1918, S. 283 und 460; E. THURNHER, 1987, S. 21 und 43; Temme an Ullmann 6. 5. 1874 (SLB Dortmund); Temme an Mittermaier 11. 1. und 4. 7. 1854 (Heid.Hs. 2746); Temme an Kollmanns 15. 11. 1853 und 23. 2. 1858 (StA Bielefeld); anderen Angaben zufolge (FfZ 19. 11. 1881) war die Professur bereits seit 1860 geringfügig besoldet; zu Hildebrand: Born an C. Mayer 3. 1. 1853 (NI Naf); SHC 29. 3. 1861; F. J. BAUER, 1991, S. 155 ff.; zu Schulz-Bodmer: W. GRAB, 1979, S. 332; allgemein: H. BEST/W. WEEGE, 1996.

überwinden. Der Linksliberale Biedermann wurde immerhin 1865 in seine Professur wiedereingesetzt – eine späte Wiedergutmachung, mit der Demokraten nicht rechnen konnten.⁹ Biedermanns Fakultätskollege, der Historiker Heinrich Wuttke, kam ungeschoren durch die sächsische Reaktionsära ebenso wie Heinrich Zachariä als Göttinger Juraprofessor durch die hannoversche. Von den über 1850 hinaus im Amt gebliebenen Gymnasiallehrern wurde Carl Freese in Stargard (Pommern) 1856 als Freigeist vorzeitig pensioniert, der Nassauer Friedrich Schulz durchlief eine makellose Schulkarriere.¹⁰

Rückblickend gesehen lebten sie alle auch in der Reaktionsära, trotz mancher, ihrem politischen Engagement geschuldeter Einschränkungen, in materiellen Verhältnissen, die ihnen ein Leben nach bürgerlichen Vorstellungen ermöglichten. Ein Problem war jedoch die Altersversorgung von Menschen ohne normale bürgerliche Berufsbiographie. Für Biedermann bedeutete es jedenfalls eine spürbare Erleichterung, als ihm der Kaiser 1888 einen Ehrensold von 3 000 M (1 000 T) jährlich wegen seiner Verdienste um die deutsche Eingung gewährte. Auch der biographische Einschnitt und die Stigmatisierung, die Gefängnisaufenthaltebedeuteten, wie sie Biedermann und Roßmäßler zu durchleiden hatten, dürfen nicht unterschätzt werden. Die Nonchalance, mit der Roßmäßler in seiner Autobiographie darüber berichtet hat, resultiert aus seiner nach der Suspendierung und aus politischer Überzeugung vollzogenen Wendung gegen alle Bürgerlichkeit. So entschied er sich auch für die in bürgerlichen Kreisen allenfalls belächelte Tätigkeit eines »Volkslehrers«, der die unterbürgerlichen Bevölkerungsschichten agitierte. Aber selbst er litt nie die materielle Not, die das Leben des ehemaligen Oberlandesgerichtsassessors Reinstein, statt der ihm 1848 offenstehenden glanzvollen Karriere, im Exil bestimmte: Reinstein arbeitete in den verschiedensten schlecht bezahlten Stellungen, zunächst als Lehrer, später als Porzellanmaler in Carl Mayers Uhrengeschäft.¹¹

Etwa 50, meist weniger prominente Mitglieder der Paulskirchenlinken konnten nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament weitgehend unbel-

⁹ Ebd.; E. A. ROSSMÄSSLER, *Mein Leben*, 1874, S. 135; F. J. BAUER, 1991, S. 165 f.; K. BIEDERMANN, *Wort in eigener Sache*, 1854; J. MÜLLER, *Karl Biedermann*, 1972, S. 221 ff. und 265 (teilweise in schwer erträglichem süffisanten Ton; hingegen hatte S. SCHMIDT (Thesen, 1966, S. 8) noch anerkennen können, daß »beim sächsischen Staatsstreich von 1850 gemäßigte Liberale wie Theodor Mommsen und Karl Biedermann unterschiedenen Widerstand« geleistet haben); die »Zeitung für Norddeutschland« (3. 1. 1855) verglich Biedermann mit den Göttinger Sieben. Bei dem inkriminierten Artikel handelte es sich um [Ludwig August v. Rochau:] *Deutschland und das französische Kaisertum*, in: K. BIEDERMANN, *Deutsche Annalen*, 1853, S. 1–10; C. Schüler an Venedey 12. 12. 1859 (BA 90 Ve 1/48); R. J. BAZILLION, 1989, S. 313.

¹⁰ H. BEST/ W. WEEGE, 1996; H. WUTTKE, *Stand*, 1850, S. 65 f.; J. MÜLLER, *Das politische Wirken*, 1960, verliert trotz seines dogmatischen historischen Materialismus kein Wort über die materielle Lage Wuttkes.

¹¹ H. BLUM, *Lebenserinnerungen*, Bd. II, 1908, S. 97 ff. (Ehrensold Biedermann); Reinstein an seinen Bruder 19. 11. 1852 (BA FSg. 1/18).

ligt in ihre Stellungen als Rechtsanwälte, Notare oder Ärzte zurückkehren. Von denjenigen, die für die weitere Darstellung relevant sind, sind dies bei den Rechtsanwälten und Notaren die Württemberger Carl August Fetzer, Johann Friedrich Nagel, Friedrich Rödinger und Gottlob Tafel, Johann Käferlein und Nikolaus Titus aus Bayern, die Hannoveraner Günther Nicol und August Grumbrecht, der 1855 Bürgermeister (und 1857 Oberbürgermeister) in Harburg wurde, Friedrich Siegmund Jucho in Frankfurt und Theodor Ludwig Reh in Darmstadt, der Sachse Wilhelm Michael Schaffrath und der Lauenburger Riesser – also keine Untertanen der Großmächte Preußen und Österreich, und keiner aus den von der Repression am härtesten betroffenen südwestdeutschen Regionen Baden und Pfalz. Über ihre materielle Lage ist sehr wenig bekannt. Friedrich Rödinger etwa hat es mit seiner Anwaltspraxis in Stuttgart zu einigem Wohlstand gebracht: Bei seinem Tod vererbte er seinem Gesinnungsgenossen Carl Mayer so viel, daß dieser künftig materiell unabhängig war und seine Redakteursstelle aufgeben konnte. Aus Wilhelm Michael Schaffraths Briefen hingegen klingt die permanente Gehetztheit eines Anwalts, der, um seine vielköpfige Familie zu ernähren, so viel arbeiten mußte, daß er kaum zu politischer Tätigkeit kam, der er sich viel lieber widmen wollte. Von den drei Ärzten Christoph Heldmann (Selters/Neu-Isenburg), Johann Jacoby (Königsberg) und Franz Wigard (Dresden) hatte der letzte erst nach dem revolutionsbedingten Verlust seiner Beamtenstellung als Landtagsstenograph und Leiter des Stenographischen Institut das Studium begonnen.¹² Für alle diese Freiberufler dürfte dasselbe gelten wie für die im Bildungssektor Tätigen: Sie konnten nach damaligen Maßstäben ein bürgerliches Leben führen, wenn sie sich durch die polizeiliche Überwachung, gelegentliche Haussuchungen und Strafverfahren vor allem wegen politischer Publikationen nicht aus der Ruhe bringen ließen.

Die meisten Abgeordneten der Nationalversammlungsoption, die über 1849 hinaus politisch engagiert blieben, wandten sich journalistischer oder publizistischer Tätigkeit zu. Manche taten dies neben ihrem Brotberuf, um ihre politischen Anliegen zu vertreten. Für die Mehrzahl war das Schreiben jedoch zugleich Broterwerb. Diese Entscheidung für eine freie journalistische, publizistische und häufig auch belletristische Tätigkeit entsprang jedoch keineswegs in allen Fällen allein dem Ausschluß aus anderen Berufen. In vielen Fällen kamen ein starker Hang zur Unabhängigkeit und ein tiefsitzender Widerspruchsgeist hinzu, der sie häufig bereits vor der Revolution in das unsichere Berufsfeld der »Marginalisierten Intelligenz« geführt hatte. Einige, etwa Arnold Ruge, fanden sich 1849 in derselben Situation wieder, aus der sie 1848 in die Heimat zurückgekehrt waren. Denjenigen, die sich bewußt gegen die herrschende Gesellschaftsordnung und für eine Außen-

¹² M. RUSTIGE, o.J.; Schaffrath an Wuttke, z.B. 24.9.1862 (StA Dresden, NL Wuttke/8); R. FUCHS, 1977, S. 116ff.

seiterrolle entschieden hatten und sich dann nicht selten zum Typus des aufrechten Rebellen in einer opportunistischen Umgebung stilisierten, dürfte es im allgemeinen leichter gefallen sein, sich mit einem Leben am Rande der bürgerlichen Gesellschaft mit unregelmäßigen und unsicheren Einkünften aus publizistischer Tätigkeit abzufinden als denjenigen, die durch ihr politisches Engagement aus bürgerlicher Sicherheit oder beginnenden Karrieren herauskatapultiert wurden. Für beide Gruppen gilt jedoch, daß ihre politischen Publikationen immer auch unter dem Aspekt gelesen werden müssen, daß sie für den Gelderwerb und damit unter dem Gebot der Zeitökonomie geschrieben worden sind, also nicht notwendigerweise allein innere Überzeugungen widerspiegeln.¹³

Daß man es auch als Publizist zu bürgerlichem Wohlstand und gar zu mäßigem Reichtum bringen konnte, zeigen die Beispiele Arnold Ruges und Moritz Hartmanns. Ruge ging nach einem Jahr in London 1850 nach Brighton, wo er mit seiner Familie von Vorträgen, Unterricht, Übersetzungen, belletristischer und publizistischer Tätigkeit lebte. In den ersten Jahren des Exils scheint es ihm sogar noch gelungen zu sein, Einnahmen aus seiner Leipziger Verlagsbuchhandlung über einen Kasseler Buchhändler nach England zu transferieren. Durch diverse Haussuchungen und schließlich Konzessionsentzug für den angeblichen Strohmann wurde diese Geldquelle, die nach Ansicht der Polizei »Ruge seine Hauptexistenzmittel« verschafft hatte, 1854 verschüttet. 1857 bezifferte Ruge das Einkommen aus seiner publizistischen und lehrenden »Tagelöhnerie« auf 500 £ pro Jahr, was außerhalb von London ein bescheidenes bürgerliches Leben ermöglichte. »Aber es ist eine reelle Verbannung aus der Civilisation, und um der in England anzugehören, muß man ganz andere Summen kommandiren«, fügte Ruge hinzu. Das Leben in London, die Teilnahme an kulturellen und gesellschaftlichen Ereignissen, der Kauf von Büchern, das Halten von Zeitschriften und Zeitungen im größeren Stil, kurz: das, was für Ruge »Civilisation«, also politische Bürgerlichkeit ausmachte, war mit seinen Einkünften nicht möglich. Ruge konnte immerhin soviel sparen, daß er 1867 ein Haus kaufte. Zeit- lebens beanspruchte er Schadensersatz für »den Verlust meiner Zeitung, meiner Druckerei und meiner Buchhandlung« aufgrund politischer Verfolgung. Seine Forderung gegen den preußischen Staat belief sich auf 120 000 M (40 000 T) für erlittene Verluste vor und nach 1848. Allein an den »Hallischen Jahrbüchern« habe er bis 1843 1200 T jährlich verdient. Diese Forderung sah er auch durch eine Sammlung, die ihm 20 000 M einbrachte, und den »Ehrensold« in Höhe von 1000 M jährlich, den ihm Bismarck 1871 gewährte, nicht als abgegolten an.¹⁴

¹³ Zu reinen Gelegenheitstexten vgl. etwa W. NEHER, 1933, S. 217. Ein Meister in der Wiederverwendung älterer Texte, die zu neuen colligiert wurden, war Venedey. Vgl. etwa J. VENEDEY, Polenfrage, 1863; DERS., Rettung, 1864.

¹⁴ Ruge an Rösing 25. 3. 1854, an Walesrode 14. 8. 1861, an R. Ruge 28. 6. 1866, an Bucher 22. 5. 1870 (A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 139, 211, 278 und 349 ff.); an C. Vogt

Moritz Hartmann, der damals noch keine Familie zu ernähren hatte, führte in den frühen 1850ern das Vagabundenleben eines Reiseschriftstellers, der seine Feuilletons und Korrespondenzen von Fall zu Fall an Zeitungen verkaufte und gelegentlich Zusammenstellungen solcher Texte als Buch publizierte. Er ließ sich von Gönnerinnen und Mäzenen auf ihre Besitzungen einladen oder als Hauslehrer beschäftigen. Hartmann, der ein blinder Erzähler und Plauderer gewesen sein muß, scheint auf diese Weise gut ausgekommen zu sein, worum ihn sein Freund Ludwig Pfau, der mit ihm das bohémehafte Leben teilte, beneidete: »Moritz Hartmann hat vornehme Bekannte und frißt sich durch.« 1854/55 ging Hartmann für die Kölnische Zeitung als Korrespondent an die Kriegsschauplätze am Unterlauf der Donau und am Schwarzen Meer.

Nachdem er sich durch seine Berichte und Feuilletons einen Namen gemacht hatte, ging es in den folgenden Jahren für Hartmann finanziell bergauf. Auch seine literarischen Werke verkauften sich besser. 1859 berichtete er aus Italien für Vogts Handels-Courier, die Kölnische Zeitung und andere Blätter über das Risorgimento. Seit 1860 häufen sich in seinen Briefen die Mitteilungen über finanzielle Erfolge: seine Reputation als Feuilletonist und Korrespondent stieg, mehrere internationale Zeitungen versicherten sich seiner Tätigkeit und bezahlten ihn gut, wobei Hartmann für seine Abnehmer, die in New York, Paris, Köln, Wien und anderswo saßen, durchaus dieselben Themen, teilweise sogar dieselben Texte mehrfach verwenden konnte. Im Oktober 1860 forderte ihn der Genfer Staatsrat auf, einen Zyklus öffentlicher Vorlesungen über deutsche Literatur an der Universität zu halten, der mit 1 500 SFr (knapp 600 T) vergütet wurde. Wegen des großen Publikumserfolgs konnte er ihn in den nächsten Jahren wiederholen. Im Oktober schrieb er seinem Freund Ludwig Bamberger: »Ende des Jahres werde ich ein sehr reicher Mann sein«, und ließ diesen mit seinen Ersparnissen spekulieren. Im Herbst 1863 ging Hartmann nach Stuttgart, um Redakteur der Frauenillustrierten »Freya« zu werden. Neben seinem Gehalt und einer Gewinnbeteiligung an der Zeitschrift, deren Auflage unter Hartmanns Ägide deutlich anstieg, kassierte er 1 200 fl (750 T) jährlich für wöchentliche Feuilletons, die er für die »Ostdeutsche Post« seines früheren Parlamentskollegen Kuranda schrieb. Außerdem erhielt er fürstliche 2 000 T im Jahr dafür, daß er einen halbwüchsigen Sohn des Kölner Bankiers Oppenheim (Hartmann nannte ihn spöttisch »O. de Cologne«) bei sich aufnahm. Anfang 1866 veranstaltete ein Verleger die erste Gesamtausgabe von Hartmanns Schriften, was ihm über drei Jahre 7 000 fl (4 000 T) einbrachte.

11.3.1857 (BPU 2191); BLHA 12528, Bl. 104 und 212; Ruge an Keudell 20.9.1866 (GStA Rep. 92 NL R. v. Keudell/11); Ruge an Bismarck 30.11.1866 (A. RUGE, An's Volk, 1869, S. 22f.); Ruge an Bamberger 31.7.1867 (BA 90 Ba 3/177); VossZ 5.4.1878; A. RUGE, Rückschlag, 1859; W. NEHER, 1933, S. 217; ADB 29, S. 597; R. ASHTON, 1986, S. 139ff.; zum Lebensstandard im England der 1850er Jahre: S. COLLINI, 1991, S. 35 ff.

Hartmanns aus so unterschiedlichen Quellen sprudelnder Reichtum war allerdings – wohl wegen seiner Unerfahrenheit und Leichtsinngigkeit in Geschäftsdingen – labiler Natur. 1866 verlor er beim Konkurs seines Verlegers Kraiss viel Geld. Im folgenden Jahr übernahm er zusätzlich zur »Freya« die Redaktion der Wochenausgabe der Augsburger »Allgemeinen Zeitung«, so daß sich seine finanzielle Lage wieder deutlich besserte. 1868 ging Hartmann unter sehr vorteilhaften finanziellen Bedingungen nach Wien – als Feuilletonredakteur der »Neuen Freien Presse«. Wegen seiner fortschreitenden Unterleibserkrankung konnte er diese Tätigkeit allerdings kaum noch ausüben.¹⁵

Stehen Ruge und mehr noch Hartmann gegen das Klischee von der Armut und Ungesicherheit der »Literaten« im 19. Jahrhundert¹⁶, so traf es dennoch für die Mehrheit der auf publizistische Tätigkeit als Gelderwerb Angewiesenen zu. Sie litten unter der Unregelmäßigkeit der Aufträge und den relativ niedrigen Honoraren, die zudem nachträglich zum Quartalsende gezahlt wurden. Die Augsburger Allgemeine, eine der renommiertesten deutschen Zeitungen, die nach Ansicht von Karl Marx »im Ausland als das einzige deutsche Organ von mehr als lokaler Bedeutung« galt, zahlte ihren freien Mitarbeitern in den sechziger Jahren, zwischen 80 und 120 fl pro Bogen (zu 1200 Zeilen). Den Höchstsatz erhielt aus der Paulskirchenlinken nur Fröbel (seit Juni 1864), Bamberger bekam 110 fl, Hartmann 100, Vischer 88 und Wuttke und Wydenbrugk nur den Mindestsatz von 80 fl; Korrespondenten wie Kolatschek wurden pro Brief mit etwa 2 fl (1 T) entlohnt. Zwischen 10 und 16 T pro Oktavbogen (zu 528 bis 768 Zeilen) lagen die Honorare bei den Zeitschriften, die für die Diskussionen der politischen Linken am wichtigsten waren, der »Deutschen Monatsschrift« (1850/51), den »Stimmen der Zeit« (1858–62) und den »Deutschen Jahrbüchern« (1861–64). Damit lag das Zeilenhonorar bei nur etwa 40 % dessen, was die »Augsburgerin« anbot. Bei den gemäßigt liberalen Organen wie den »Grenzboten« oder den »Preußischen Jahrbüchern« lagen sie ebenso niedrig; bei Illustrierten wie der »Freya« und erst recht der Gartenlaube, die allerdings keine politischen Artikel druckten, lagen sie erheblich höher.¹⁷ Häufig ap-

¹⁵ Pfau an C. Mayer 6. 9. 1853 (NL Näf); zu Pfau: Michael Kienzle/Dirk Mende (Bearb.): Ludwig Pfau. Ein schwäbischer Radikaler 1821–1894 (= Marbacher Magazin 67/1994); O. WITTNER, Bd. II, 1907, S. 198, 310ff. u. passim. Hartmanns Vagabundenjahre: Hartmann an Varnhagen 12. 4. 1852 (BJ Slg. Varnhagen 82); an Bamberger ??. 51, 21. 3. 51, 30. 9. und 7. 10. 1860, 16. 2. und 11. 9. 1862, 26. 1., 14. 3. und 29. 8. 1863, 27. 6. 1864, 9. 9. 1864, 8. 2. 1865, 19. 3., 9. 7. und 22. 10. 1866 (SLB Wien).

¹⁶ Auch der in die USA emigrierte Chef der provisorischen badischen Regierung, Lorenz Brentano, brachte es zu erheblichem Wohlstand durch die von ihm seit 1860 geleitete und 1862–67 ihm gehörende »Illinois Staats-Zeitung«, deren Auflage allein in den ersten beiden Jahren seiner Ägide von 6000 (1862) auf 11 400 (1864) stieg. 1867 hatte er so viel verdient, daß er sich ins Privatleben zurückziehen konnte. Vgl. IN MEMORIAM LORENZ BRENTANO, 1891, S. 39; Brentano an Breisacher 6. 3. 1884 (BP, folder 2); ISZ 12. 2. 1864.

¹⁷ K. MARX, 1860, S. 472. Zum Elend des Gelegenheitsjournalisten: Kolatschek an Hartmann 22. 10. 1853, Hartmann an Bamberger 7. 10. 1860 (beides SLB Wien); DLA AAZ-

pellierten kleine, oppositionelle Zeitschriften sogar an ihre Gesinnungsgenossen, daß sie auf ihr Honorar ganz oder teilweise verzichten sollten. »Demokratisch = umsonst, mit Aufopferung« arbeiten, formulierte Hartmann.¹⁸ Dafür entfiel bei den demokratischen Blättern die Selbstzensur, d. h. die inhaltliche Rücksichtnahme auf die potentielle Leserschaft.

Heinrich Wuttke, der über seine Honorareinnahmen akribisch Buch führte, verdiente im Revolutionsjahr an seiner ersten selbständigen politischen Publikation »Deutschlands Einheit, Reform und Reichstag« noch 100 T – also so viel wie als außerordentlicher Universitätsprofessor in zwei Monaten. Die Broschüre »Der Stand der deutschen Verfassungsfrage« mußte er zwei Jahre später auf eigene Kosten drucken lassen. In der Reaktionszeit fand sich kein Verleger für dieses Thema, und auch Wuttke machte damit gut 40 T Verlust. »Pro Patria! Delegierte, Parlament, Reichsverfassung« erschien 1863 bei dem renommierten freisinnigen Leipziger Verleger Otto Wigand, der aber kein Honorar dafür zahlte. Schließlich brachte dem Historiker im selben Jahr sein Buch »Die Völkerschlacht bei Leipzig«, keine politische Publikation im eigentlichen Sinne, sondern eine populärwissenschaftlich-patriotische Erzählung, für die erste Auflage (8 000) 220 T und für das neunte Tausend noch einmal 164 T ein. Ludwig Simon erhielt für »Ein Wort des Rechts für alle Reichsverfassungs-Kämpfer« (1849) trotz des Verkaufs von 2 000 Exemplaren nur 150 fl (85 T). Selbst ein so bekannter Publizist wie Carl Vogt hatte immer wieder Probleme, für seine politischen Broschüren Verleger zu finden, und veröffentlichte sie deshalb lieber im Selbstverlag.¹⁹ Mit politischen Publikationen im eigentlichen Sinne war also außer in der Revolutionskonjunktur des Jahres 1848 kein Geld zu verdienen.

Für wissenschaftliche Bücher lagen die Honorare deutlich höher als für politische Broschüren. Jakob Venedeys Honorare für seine wissenschaftlichen Publikationen schwankten zwischen »ein paar Hundert Gulden« und den 1 000 T, die er pro Band für seine »Geschichte des deutschen Volkes« erhielt; Ruge bekam für ein mehrbändiges philosophisches Werk 100 £ (690 T) pro Band. Wuttke, der jedoch im Gegensatz zu Venedey und Ruge festangestellter Hochschullehrer war, erzielte nur mit einem seiner historischen Werke Einkünfte von mehreren Hundert Talern. Und als sich Venedeys opus magnum schlecht verkaufte, versuchte sein Verleger Franz

Honorarbuch 1. 12. 63–31. 12. 71; auch die Honorare der NZ lagen in dieser Höhe (BA 90 Ve 1/118); Kolatschek an Petzet 27. 12. 1850 (StabiM Petzetiana V); Kolatschek an Bamberger 20. 12. 1857 (BA 90 Ba 3); Walesrode an C. Vogt 12. 12. 1859 (BPU 2192).

¹⁸ Hartmann an Bamberger 16. 12. 1859; ähnl. 16. 4. [1863]: »Walesrode [bezahlt] mir als Demokrat und Freund 67 frcs für eine Novelle, für die ich anderswo 2–250 frcs erhalten hätte. Sie macht nicht reich, die Unterstützung durch den demokratischen Segen« (SLB Wien); L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. I, 1855, S. 141, und Bd. II, 1855, S. 57.

¹⁹ StA Dresden NL Wuttke/20; Wuttke an Paur 2. 9. 1864 (AkadW/151); an Petzet 4. 9. 1874 (StabiM G.C. Petzetiana IX); L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. I, 1855, S. 140f.; C. Vogt an Bamberger 23. 5. 1859 (BA 90 Ba 3/210).

Duncker, ein linksliberaler Gesinnungsgenosse, mit aller Macht, das Honorar auf die Hälfte zu drücken. So war Venedey froh, daß seine Frau ein kleines Vermögen in die Ehe eingebracht hatte, von dem sie 1858 nach der Rückkehr aus der Schweiz eine Fremdenpension in Oberweiler im Schwarzwald einrichtete. Auf diese Einkünfte war die Familie unbedingt angewiesen, bis Venedey 1869 als Berliner Korrespondent der »Neuen Freien Presse« zwei Jahre vor seinem Tod zum ersten Mal in seinem Leben ein regelmäßiges Gehalt bezog.²⁰ Bei Venedey zeigt sich ebenso wie bei Hartmann, daß man in 1850/60er Jahren im Journalismus nur als Redakteur oder einer der wenigen festangestellten Korrespondenten gut verdiente.²¹

Ludwig Simon hatte schon 1855 in »Aus dem Exil« festgestellt, daß mit freiberuflicher Publizistik nur wenig Geld zu verdienen sei und zog daraus im vielzitierten Schlußsatz die Konsequenz »Ich werde Commis«. Aber viele seiner Schicksalskollegen hielten trotz aller Nachteile und Unsicherheiten an einem Leben als freie Journalisten fest. Andere, wie der sächsisch-weimarische Minister Oscar v. Wydenbrugk, gaben sogar, ohne finanziell unabhängig zu sein, aber entnervt von den Anfeindungen politischer Gegner und der Langwierigkeit politischer Reformarbeit – administrative Führungsstellen auf, um künftig freischaffend publizistisch tätig zu sein. Im 19. Jahrhundert gingen erstmals so viele diesen Weg in die unsichere Unabhängigkeit, daß ein neuer Typus, der des freien Journalisten und Publizisten, entstand. Sie versuchten, sich der traditionellen Abhängigkeit der Intellektuellen »vom fürstlichen Mäzen oder öffentlichen Amt zu entwenden und vom Ertrag [ihrer] geistigen Produktion auf Honorarbasis zu leben.«²²

Die Entscheidung so vieler Abgeordneter der Paulskirchenlinken für ein Leben jenseits bürgerlicher Karrieremuster und Sekurität hatte sehr unterschiedliche Ursachen: Auf der einen Seite stand der Ausschluß aus den meisten Berufsfeldern durch die Repressionspolitik der deutschen Staaten oder restriktive Regelungen in den Fluchtländern. Diese äußeren Ursachen sollten allerdings nicht überbewertet werden – dafür gibt es zu viele Gegenbeispiele für bürgerliche Karrieren ehemaliger oppositioneller Nationalversammlungsabgeordneter. Hinzu kamen gravierende innere Gründe: sowohl die jahrelange Gewöhnung an ein Leben im Bereich der »Marginalisierten

²⁰ Ruge an Bamberger 16. 11. 1866 (BA 90 Ba 3/177); Venedey an Cotta 4. 3. 1856 (DLA Cotta Br.); an Gutzkow 13. 1. 1856 und 7. 1. 1861 (SUBF NL Gutzkow A2I); an Paur 9. 5. 1854 (AkadW/145); an Martens 19. 6. 1869 (NL Martens 427); an Hartmann 25. 11. 1869 (SLB Wien); Beobachter 15. 2. 1871. Zu F. Duncker: J. FRÖLICH, 1990, S. 38 ff.

²¹ 700 bis über 1 000 T sowie die üblichen Honorare für die eigenen Beiträge; die meisten Blätter leisteten sich allerdings allenfalls in Berlin festangestellte Korrespondenten (J. REQUATE, 1995, Übersicht 2 und 3).

²² W. SIEMANN, Ideenschmuggel, 1987, S. 79 (Zitat); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. II, 1855, S. 353; H. BLUM, Todtenfeier, 1862, S. 736 (Rede L. Simons). Wydenbrugks materielle Lage ist schwer zu beurteilen. Er bekam jedenfalls nach seinem Rücktritt eine Pension. Sein Brief an Samwer (5. 10. 1866; BA FN 16/II) läßt allerdings darauf schließen, daß seine finanzielle Lage angespannt war.

Intelligenz«, die eine Rückkehr in bürgerliche Berufe mit ihren zahlreichen Zwängen und Regeln unvorstellbar machte, als auch die Überzeugung, unter den Bedingungen der Reaktion bzw. vom Ausland aus nur als Journalist und Publizist weiter für die politischen Ziele der achtundvierziger Linken wirken zu können.²³ Mit Selbstironie faßte Bamberger Hartmann gegenüber die Motive zusammen, warum viele Männer der Linken, selbst wenn sie in anderen Bereichen ihr Geld verdienten, immer wieder als politische Publizisten tätig wurden: »Das Schreiben ist doch das schönste Metier auf der Welt für uns Großmäuler[,] und ich habe gar oft Heimweh nach dem Löschpapier.«²⁴

²³ In dieser Richtung geht auch die These von J. REQUATE, 1995, 23 f., für den politischen Journalismus (er faßt ihn sehr eng und definiert nur Redakteure und festangestellte Korrespondenten als »Journalisten«) im 19. Jahrhundert nur als »integraler Bestandteil der Politik oder genauer der einzelnen politischen Strömungen zu begreifen ist.«

²⁴ Bamberger an Hartmann, 15.6.1853 (SLB Wien).

Publizistische Arbeit unter den Bedingungen der Reaktion:
zwischen politischer Intervention und Gelderwerb

Im Zuge der Reaktionspolitik seit 1849 wurde zwar die 1848 abgeschaffte Zensur nicht wieder eingeführt, aber die während der Revolution herrschende Pressefreiheit dennoch massiv eingeschränkt. Es gab zwar keine Vorzensur mehr, aber in manchen Staaten mußten vor der Auslieferung der Auflage Pflichtexemplare bei den Behörden abgegeben und deren Freigabe abgewartet werden. Außerdem wurden mißliebige Artikel seitens der mit großer Machtvollkommenheit agierenden Polizei im Nachhinein sanktioniert durch Beschlagnahme der gesamten Auflage, den Ausschluß vom Postvertrieb, die Pfändung der für jede Zeitung oder Zeitschrift zu hinterlegenden Kautions- oder schlimmstenfalls den Konzessionsentzug für den Verleger. Dadurch befand sich nicht mehr so sehr der Verfasser im Blickfeld der Verfolgungsorgane, sondern der Verleger oder verantwortliche Redakteur sowie die Hersteller und Vertreiber, deren Gewerbefreiheit empfindlich eingeschränkt wurde. Die Repression wurde u. a. deshalb auf das Gebiet der Gewerbekonzessionen verlagert, weil hier die Verwaltungen autonom handeln konnten und Gerichte kein Mitspracherecht hatten. In allen Verfassungsstaaten war die Pressefreiheit nach 1849 zwar im Prinzip garantiert, aber im Bereich der politischen Presse wurden die Verfassungsgarantien von der Verwaltung einseitig aufgehoben. Wenn die zuständigen Gerichte nach Wochen die Beschlagnahme von Zeitungen aufhoben, hatten diese ihren Sinn und wirtschaftlichen Wert längst verloren. Das Verwaltungshandeln, vor allem das der Polizei, unterlag faktisch keiner rechtlichen Kontrolle. Wo – wie in Österreich – keine Verfassung existierte, war die Situation für politische Zeitschriften und Zeitungen noch schlimmer.

Die Verschiebung der Zensurpraxis verlagerte einerseits den Druck weg von den Autoren auf die gewerblich mit Herstellung und Vertrieb von Presseerzeugnissen Befassten. Dadurch wurden aber andererseits die Autoren zur Selbstzensur gezwungen. Denn jemand, der die materielle Existenz eines Verlegers gefährdete, hatte kaum Aussichten, gedruckt zu werden. Etwas anders lag der Fall, wenn Verleger und Drucker Gesinnungsgenossen des Autors waren. Dieser zahlte jedoch auch dann insofern seinen Preis, als demokratische und linksliberale Verleger in der Regel keine oder für freiberufliche Journalisten zu geringe Honorare zahlten.

1863, also erst relativ spät und offensichtlich erst als Reaktion auf Bismarcks Preßordonnanzen, die die Pressefreiheit weiter einschränken soll-

ten, begannen die Journalisten, sich im Rahmen der allgemeinen bürgerlichen Reorganisierung ein politisches Forum zu schaffen. Seit 1864 fanden Journalistentage statt, die vor allem die Abschaffung aller Zensurbestimmungen forderten. Als Präsident an der Spitze dieser Organisation stand mit Karl Biedermann ein prominenter linksliberaler Paulskirchenabgeordneter, der Chefredakteur der »Weimarer Zeitung« (1855–63), dann der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (1863–79).

Seit Mitte der sechziger Jahre beendete die zunehmende Liberalisierung der Verwaltungspraxis schrittweise und regional unterschiedlich schnell den Zustand der »zensurfreien Presseunfreiheit« (Kohnen) in den Staaten des Deutschen Bundes: Die Regierungen verlegten sich anstelle von Repression auf Propaganda und finanzielle Beeinflussung der Presse oder einzelner Journalisten. 1865 fühlte der in Stuttgart arbeitende Moritz Hartmann sich bereits im europäischen Maßstab gesehen frei, während die Berliner »Volks-Zeitung« in den Jahren 1865 bis 1867 noch mehr als dreizehnmal konfisziert wurde und mit einer Reihe von Presseprozessen konfrontiert war, die zu Verurteilungen von bis zu zwei Monaten Gefängnis führten.¹

Die einzige überregionale demokratische Zeitschrift, die wegen häufiger, die unterschiedliche Verfolgungsintensität ausnutzender Wechsel des Verlages und des Verlagsortes wenigstens zwei Jahre überlebte, war die von Adolf Kolatschek gegründete »Deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben«. Sie hatte nach Angaben ihres Herausgebers »die größte Anzahl von Abonnenten, die je eine Monatsschrift in Deutschland besessen«. 1851 mußte Adolph Kolatschek ebenso aufgeben und ins Exil gehen wie 1852 seine Parlamentskollegen Temme und Kolb, die mit der »Neuen Oderzeitung« und der »Speyrer Zeitung« zwei demokratische Regionalblätter gegen alle Repression weiterbetrieben hatten.² Danach beschränkten sich die öffentlichen Diskussionsmöglichkeiten der demokratischen und liberalen Linken im Wesentlichen auf zwei Tageszeitungen, den

¹ Vgl. zu den vorstehenden Absätzen: W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 67ff.; DERS., »Polizeiverein«, 1983, S. 56ff.; R. KOHNEN, 1995, S. 90ff. und 183ff.; J. REQUATE, 1995, S. 222ff. und 244ff.; G. GRÜNTAL, 1982, S. 198f.; O. WITNER, Bd. II, 1907, S. 310ff.; G. F. KOLB, *Landtage*, 1850, S. 340f. J. FRÖLICH, 1990, Tab. 10; Hartmann an Bamberger 12. 2. [1865]. A. RUGE, *Rückschlag*, 1859, ist eine – vom Herausgeber zensierte – Polemik gegen die Zensur durch Zeitschriftenherausgeber. Auswirkungen der Selbstzensur auf Autoren: C. VOGT, An die Redaktion der *Volks-Zeitung*, 1859; Schikanen gegen demokratische Zeitungen: *Württ. LT, Beil.* 181/1855, insb. S. 659 (Pflichtexemplar), und 293/1855 sowie die Debatte am 7. 5. 1855, S. 964ff.; *BldZ* 2. 4. 1851; *Jh* 1859, S. 421 ff. (eindrucksvolle Dokumentation der preußischen und sächsischen Zensurmaßnahmen, an denen die Zeitschrift – in der sog. Neuen Ära! – scheiterte). Heinrich Wuttke begründete mit seinem Buch »Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung« (Hamburg 1866, Leipzig 3 1875), das vor allem in der Sozialdemokratie breit rezipiert wurde, die Sozialökonomie der deutschen Presse und damit die deutsche wissenschaftliche Zeitungsforschung (vgl. J. MÜLLER, *Das politische Wirken Wuttkes*, 1960, S. 175 ff.).

² *Vgl. Bayr. LT* 11. 2. 1850, S. 408 ff.: Debatte über Kolbs journalistische Tätigkeit.

Stuttgarter »Beobachter« (Auflage 1852/53 bis 1861: 2 000, 1865: 1 100) und die Berliner »Urwähler-Zeitung«, 1854 in »Volks-Zeitung« umbenannt (Aufl. 1852/53 und 1856: 10 000; 1859: 15 000, 1861: 20 000, 1862: 36 000, 1865: 30 000). Die »Volks-Zeitung« zählte im Gegensatz zum vornehmlich regional einflußreichen »Beobachter« zu den großen deutschen Tageszeitungen. Ihre Auflage lag 1852/3 in derselben Größenordnung wie die der »unabhängigen« Augsburger »Allgemeinen Zeitung« (10 400, 1865: 9 000), und der gemäßigt liberalen Blätter »Kölnische Zeitung« (1852/53: 10 000, 1865: 17 000) oder »Nationalzeitung« (1852/53: 12 000, 1865: 10 000). In den sechziger Jahren hatte die »Volks-Zeitung« mit Abstand die höchste Auflage der politischen Tagespresse.³

1. Politischer Journalismus

Die einzige während der 1850er Jahre kontinuierlich erscheinende Zeitschrift, die gelegentlich politische Beiträge aus der Paulskirchenopposition druckte, war das von Robert Prutz herausgegebene und bei Brockhaus in Leipzig verlegte »Deutsche Museum«. Seit der Lockerung der Unterdrückung der Presse und des Vereinswesens Ende der fünfziger Jahre entstand jedoch eine Reihe neuer politischer Zeitschriften. Für die Debatten innerhalb der Paulskirchenlinken waren davon die wichtigsten: das von 1856 bis 1859, als es der politischen Verfolgung zum Opfer fiel, in Hamburg erscheinende »Jahrhundert«, in dem Arnold Ruge, Georg Friedrich Kolb und Carl Nauwerck zu Wort kamen; die von Adolph Kolatschek 1858 gegründeten, österreichfreundlichen »Stimmen der Zeit«; sowie die 1860 bis 1862 in drei Bänden erscheinenden »Demokratischen Studien«, die unter der Redaktion von Ludwig Walesrode von den unitarisch-republikanischen, hauptsächlich im Genfer oder Pariser Exil lebenden Intellektuellen aus der Paulskirchenlinken dominiert wurde: Hier schrieben Moritz Hartmann, Ludwig Bamberger, Arnold Ruge, Ludwig Simon, Carl Vogt, aber auch Ferdinand Lassalle, Friedrich Kapp und Heinrich Bernhard Oppenheim.

³ Auflagenzahlen nach: DEUTSCHER ZEITUNGSKATALOG, 1853–1865. J. FRÖLICH, 1990, Tab. 5, gibt für die »Urwähler-Zeitung« niedrigere Zahlen an. Die Auflagen der gemäßigt liberalen, überregionalen Zeitungen haben langfristig nicht von dem Zeitungsboom der Revolutionszeit profitieren können. Die AAZ mit 10 500 und die Köln. Z mit 9 200 waren 1847 etwa genauso weit verbreitet wie 1852/53. Waren sie damit jedoch 1847 vor dem »Frankfurter Journal« (9 000), dem »Schwäbischen Merkur« (7 500), der »Wiener« (6 200) und der »Leipziger Zeitung« (6 000) die auflagenstärksten deutschen Tageszeitungen gewesen, so hatten sich 1852/53 die in der Revolution entstandenen Blätter »Urwähler-« und »Nationalzeitung« an die Spitze der Auflagenwerte katapultiert (Zahlen für 1847 nach: Kostenvoranschlag für die »Deutsche Zeitung«, in: NL Gervinus, Heid.Hs. 2540). Vgl. H. JORDAN, 1918, S. 48 f. (Zahlen für die sächsische Presse).

Schließlich gehörten zu den von der Paulskirchenlinken bevorzugten Zeitschriften die »Deutschen Jahrbücher für Politik und Literatur«, die Heinrich Bernhard Oppenheim seit 1861 herausgab und die gewissermaßen das theoretische Organ der zur gleichen Zeit entstehenden preußischen Fortschrittspartei waren.

Die Mitglieder der Paulskirchenlinken vertraten durchweg die aufklärerische Auffassung von der Macht der öffentlichen Meinung und damit vom politischen Einfluß und Beruf des Journalisten. In Kolatscheks »Stimmen der Zeit« wurde 1861 die Presse als »Uhr der öffentlichen Meinung« bezeichnet und gefolgert, auch derjenige sei »nicht ohnmächtig, welcher ihre Uhr nach seinem Bedürfnis zu stellen vermag.«¹ Die aus heutiger Sicht geringen Auflagen sind einerseits daran zu messen, daß individuelle Zeitungsabonnements außer bei Publizisten und Politikern selten waren und die meisten Blätter von Institutionen wie politischen Klubs, Vereinen, Lesehallen, Cafés etc. bezogen wurden. Dort nahm die politische Öffentlichkeit, das rasonnierende Publikum, Zeitungen und Zeitschriften zur Kenntnis; dort wurden sie häufig auch vorgelesen und ihre Inhalte diskutiert. Die Zeitschriftenauflagen lagen noch niedriger als die der Zeitungen. Die von Ignatz Kuranda gegründeten, überregional bedeutenden »Grenzböten«, die nach 1849 von Gustav Freytag herausgegeben und von Moritz Busch redigiert wurden, hatten beispielsweise 1865 eine Auflage von nur 1050, die vielzitierten »Preußischen Jahrbücher« Ende 1866 von 900 Exemplaren.² Der Einfluß selbst auflagenschwacher, politisch profilierter Blätter wurde auch dadurch erhöht, daß ihre Kommentare in anderen Blättern nachgedruckt oder ausführlich zitiert wurden.

Seit Mitte der 1850er Jahre rückte eine zunehmende Zahl von Abgeordneten der Nationalversammlungsoption in führende Positionen der politischen Presse auf. Adolph Kolatschek, der von 1849 bis 1851 die »Deutsche Monatsschrift« geleitet hatte, gründete 1858, nach seiner Amnestierung und Rückkehr aus den USA, die »Stimmen der Zeit«, die er 1862 wieder aufgab, um in Wien eine Tageszeitung, den »Botschafter«, aufzulegen, ein »wirkliches Parteiblatt« im Sinne der österreichischen Pläne einer mitteleuropäischen Föderation. Doch schon bald fühlte sich Kolatschek von der Wiener Regierung so sehr gegängelt, daß er die Leitung des »Botschafter« an seinen durchsetzungsfähigeren ehemaligen Parlamentskollegen Julius Fröbel abgab.³ Karl Biedermann schrieb neben seiner Tätigkeit als Redakteur des halboffiziellen Organs der liberalen sächsisch-weimarerischen Regierung häufig Leitartikel für die Leipziger »Deutsche Allgemeine Zeitung« (ca.

¹ StDz 1861/II, S. 8; vgl. auch L. BAMBERGERS Hymnus auf die Tagespresse, die ihm Symbol der »weltbeherrschenden« Gottgleichheit des modernen Menschen war (Schriften, Bd. IV, 1898, S. 73 ff.); hierzu: S. FREYTAG, 1998, S. 178 f.

² H. ROSENBERG, Publizistik, 1935, Nr. 1328; W. BUSSMANN, Treitschke, ²1981, S. 412, zufolge betrug die Auflage der »Grenzböten« in der »besten Zeit« gar nur 700.

³ A. Kolatschek, Lebenslauf (FDH). Zur DMO vgl. Kap. VIII.1. Der »Botschafter« hatte 2000 Abonnenten, seine Auflage ist unbekannt.

2 500 Abonnenten; Auflage unbekannt), deren deutschlandpolitischen Kurs er bestimmte.⁴ Seit 1859 leitete er sie zunächst inoffiziell, da die Besetzung einer politisch wichtigen Position in Sachsen mit einem bekannten Acht- undvierziger zu diesem Zeitpunkt noch nicht durchsetzbar war, seit Herbst 1863 auch offiziell. Er entwickelte die »Deutsche Allgemeine Zeitung« zu dem wichtigsten preußenfreundlich-liberalen Blatt im Dritten Deutschland, das seit 1865 nach einer Absprache mit Bismarck dessen offiziöse Korrespondenzen abdruckte.

Seit Herbst 1859 war Georg Friedrich Kolb politischer Redakteur der »Neuen Frankfurter Zeitung«, Anfang 1861 siedelte er nach Frankfurt über und wurde 1864 zum Verantwortlichen für den gesamten politischen Teil ernannt. Die »Frankfurter Zeitung« wurde unter Kolb neben der Berliner »Volks-Zeitung« zur wichtigsten linksliberalen Tageszeitung. Kolb engagierte als regelmäßige Korrespondenten einige seiner Parlamentskollegen, mit denen er im Zürcher Exil in engem Austausch gestanden hatte, und öffnete das Blatt so systematisch für demokratisch-föderalistischen Positionen. 1866 – nach der Niederlage der antipreußischen Koalition, auf die die »Frankfurter Zeitung« aus einer dezidiert demokratischen Warte gesetzt hatte – trat er zurück und widmete sich fortan als bayrischer Landtagsabgeordneter ausschließlich der parlamentarischen Politik.⁵

Ignatz Kuranda leitete in Wien nach der Rückkehr aus zweijähriger Verbannung seit 1853 wieder die von ihm 1848 gegründete »Ostdeutsche Post« (Auflage: 4 000); Carl Mayer wurde 1863 Chefredakteur und Mitbesitzer des Stuttgarter »Beobachter«, der Tageszeitung der süddeutschen demokratischen Föderalisten; Moritz Hartmann gab seit Anfang 1867 die neu gegründete Wochenausgabe von Cottas (Augsburger) »Allgemeiner Zeitung« heraus und öffnete auch sie in demokratisch-föderalistischer Richtung. Anfang 1866 wollte der Verleger Georg Friedrich Cotta gar Julius Fröbel nach dessen Bruch mit der Wiener Regierung die Redaktion der täglichen Ausgabe dieses sehr einflußreichen Blattes übertragen. Hartmann rechnete es sich als Verdienst an, dies verhindert zu haben. Die Fraktionsgenossen aus dem radikaldemokratischen »Donnersberg« waren mittlerweile tief verfeindet. Der zeitweise mit der österreichischen Regierung zusammenarbeitende

⁴ J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 250f.; K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, Bd. II, S. 202f. und 242f. Biedermann zeichnete seine Leitartikel, von denen die Redaktion ausdrücklich erklärte, daß sie ihre Ansichten ausdrückten, mit dem Kürzel »=«. Eine kleine Auswahl deutschlandpolitisch besonders relevanter Artikel wird im Literaturverzeichnis aufgeführt. Der Versuch, 1860 eine überregionale, dem Nationalverein nahestehende Zeitung unter einem Chefredakteur Biedermann zu gründen, scheiterte. Vgl. Biedermann an M. Duncker (DERS., 1923, S. 211f., 244 und 253); H. JORDAN, 1918, S. 52f.

⁵ Geschichte der Frankfurter Zeitung, 1906, S. 43ff.; Beobachter 21. 3. 1867; E. KRAUTKRÄMER, 1959, S. 167. Die dort angegebenen Daten wurden aufgrund der Briefe Kolbs an Mittermaier (Heid.Hs. 2740) etwas korrigiert.

Fröbel galt bei vielen früheren Mitstreitern als Renegat.⁶ Er gründete nach seinem wenig erfolgreichen Stuttgarter Intermezzo 1867 in München die von Österreich und Bayern subventionierte »Süddeutsche Presse« und verschaffte ihr in den nächsten Jahren hohes Ansehen als meinungsführendes Blatt der Anhänger eines von Preußen unabhängigen Südbundes (Auflage 1868: 3 000).⁷

Viele führende Politiker, die der Opposition in der Deutschen Nationalversammlung angehört hatten, gründeten somit Presseorgane oder übernahmen leitende Funktionen in diesem Bereich, um dadurch für ihre Ziele zu wirken.⁸ Damit korrespondierte eine spezifische Distanz zu parteipolitischer Arbeit. Hinter dieser Strategie, vornehmlich über die öffentliche Meinung und weniger über Organisationen Politik zu machen, stand einerseits ein rational-aufklärerischer Glaube an die Macht des Arguments, aber auch der Propaganda, andererseits die Notwendigkeit, *von der Politik* (und nicht nur *für sie*) leben zu können. Im publizistischen Bereich war diese Chance entschieden eher gegeben als im Bereich politischer Organisationen oder auch in den Parlamenten, wo es noch kaum gut bezahlte Funktionen gab.

Wenn Julius Fröbel sich in seinem Leitartikel in der Nullnummer der »Süddeutschen Presse« ausdrücklich als »Politiker« verstand und das »politische Programm« seines Blattes vorstellte, wenn er meinte, als Herausgeber eines Blattes, »welches ausgedehnte Korrespondenzen unterhält, auch wenn es nur einen Teil derselben zur Veröffentlichung für geeignet ansieht« [!], könne er »seine Ansicht von der Weltlage so gut auf Thatsachen gründen wie mancher Minister«, so sind daran zwei Dinge bemerkenswert: Fröbel sah seine Funktion keineswegs darin, Öffentlichkeit herzustellen, noch alles

⁶ Hartmann an Bamberger 19. 3. 1866 (SLB Wien).

⁷ D. SCHULER, Julius Fröbel, 1985, S. 256: die bayrische Regierung unterstützte die »Süddeutsche Presse« vom 1. 10. 1867 bis 31. 12. 1868 mit 20000 fl.

⁸ Vogt hatte den Bieler »Schweizer Handels-Courier« (1 200 Abonnenten; Auflage unbekannt) erworben, um damit in der Schweiz und auch auf Deutschland ausstrahlend seine politischen Überzeugungen zu vertreten. Vgl. C. Vogt an Bamberger 3. und 23. 5. 1859 (BA 90 Ba 3/210): der SHC habe »über 100 Abonnenten in Deutschland« und gehe außerdem an alle Redaktionen.

Arnold Ruge ließ eine gescheiterte Zeitschriftengründungsinitiative auf die andere folgen (vgl. A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 199, 246f. und 264). Sein ambitioniertestes Projekt war die Wiedergründung seiner nach dem preußischen Staatsstreich verbotenen Berliner Zeitung »Die Reform«. Vgl. A. RUGE, Manifest vom 23. 6. 1866; Ruge an Keudell 20. 9. 1866 (GStA Rep. 92 NL R. v. Keudell); an Bamberger 16. 11. [1866] (BA 90 Ba 3/117); dass. 2. 1. 1867 (SLB Dortmund); A. RUGE, An's Volk, 1869, S. 24 ff. (Prospekt zu einer Zeitung, wie sie »die neue Zeit« braucht, aus dem Herbst 1866). Ansonsten sind folgende Projekte von Bedeutung: »Der Kosmos. Deutsche Zeitung aus London« (1851; BA 90 Ba 3/109); »Deutsche Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst« (Ruge an Michelet, Vogt, Fischer, Häusser, Gervinus, Vischer 8. 3. 1857, u. a. in: A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 177 ff.); »Jahrbuch des Volkes« (1865; BLHA 14629).

Auch in den USA gründeten mehrere Paulskirchenemigranten, etwa Brentano und Löwe, deutschsprachige politische Zeitungen. Vgl. Löwe an C. Mayer 25. 4. 1856 (NL Näf); ISZ.

zu drucken, was ihm zur Kenntnis kam oder gar investigativen Journalismus zu betreiben. Er verstand sein Blatt vielmehr als politisches Instrument, wollte wie ein Minister Fäden ziehen und die Entwicklung in eine bestimmte Richtung lenken. Vor dem Hintergrund dieses Selbstverständnisses war es auch kein Widerspruch zum journalistischen Ethos, daß Fröbels Blatt wie viele andere politische Zeitungen jener Zeit von einer Regierung subventioniert wurde. Zweitens war Fröbels Politikverständnis dennoch relativ staatsfern. Wie sein Mitstreiter im großdeutschen-föderalistischen Reformverein Albert Schäffle es später formuliert hat, ging auch Fröbel davon aus, daß nicht nur Regierung und Parlamente Politik machten, sondern alle »frei am Staatsleben teilnehmenden Individuen, welche [...] zusammen die Trägerschaft der ersten, von den Parteiführern und Publizisten geführten Großmacht, der öffentlichen Meinung ausmachen.« Dieses Politikverständnis, das später von Moritz Hartmanns Sohn Ludo Moritz Hartmann weiterentwickelt wurde und von dem eine direkte Linie zu dem sozialliberalen Staatsverständnis Hermann Hellers in der Weimarer Republik führt, dachte im Gegensatz zu den hegelianisch geprägten Ideologen des Nationalliberalismus wie v. Rochau und v. Treitschke, die die gesellschaftlichen Kräfte primär in die Willenseinheit des Staates integrieren wollten, aus der Perspektive der Gesellschaft und nicht aus der des Staates heraus. Dieses gesellschaftlich orientierte Politikverständnis, das von der föderalistischen Strömung innerhalb der Paulskirchenlinken vertreten wurde, bedeutete eine Chance zur Überwindung des Etatismus in der deutschen politischen Denktradition.⁹

Das journalistische Selbstverständnis als *Politiker* und nicht als »objektiver«, politisch neutraler Nachrichtenübermittler führte in Verbindung mit der Notwendigkeit, von der journalistischen Arbeit leben zu müssen, zu einem geradezu postmodern anmutenden Spiel mit verschiedenen Rollen und Perspektiven. Fröbel war ein Meister der politisch motivierten Verstellung. Er erweckte durch die Verwendung der Personalpronomina »wir«, »uns« und »unser« mal den Eindruck, er sei Österreicher, dann wieder Württemberger oder Bayer. Die Orte, die zu Beginn der Korrespondenzen genannt wurden, entsprachen häufig nicht dem Ort, an dem sich Fröbel gerade befand, erweckten den Eindruck der Nähe zum Geschehen, über das berichtet wurde. Die Redaktionen unterstützten diese Rollen- und Perspektivwechsel dadurch, daß sie die Identität ihrer Korrespondenten durch die Vergabe der Korrespondenzzeichen, die zu Beginn oder am Ende der

⁹ SP 24. 9. 1867; Albert Schäffle, Über den wissenschaftlichen Begriff der Politik, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 53 (1897), S. 581 und 585; Ludo M. Hartmann, Das Wesen der Politik, in: Festschrift Lujo Brentano. München 1916 (beides zit. nach GGf, Bd. IV, 1978, S. 867f.; integrativer Staatsbegriff bei v. Rochau und Treitschke: ebd., S. 865). Dabei kann die Differenz zwischen diesen beiden Strömungen innerhalb der bürgerlichen Linken nicht auf den begrifflichen Gegensatz »Realpolitik«/»Dogmatismus« gebracht werden. Beide Richtungen beanspruchten, »Realpolitik« zu betreiben. Vgl. zu den unterschiedlichen journalistischen Selbstverständnissen in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland: J. REQUATE, 1995.

Artikel standen, verschleierte. Die Augsburger Allgemeine etwa vergab an verschiedene Autoren dasselbe Zeichen und umgekehrt verschiedene Zeichen für denselben Mitarbeiter. Mit der »Süddeutschen Presse« schließlich gelang Fröbel 1867/68 der Coup, eine von der bayrischen und österreichischen Regierung subventionierte Zeitung ins gegnerische Lager zu steuern, seitdem er sich von der Richtigkeit der Bismarckschen Politik überzeugt hatte. Die Subventionen kamen nach dem Richtungswechsel aus Bismarcks Wolfenfonds.¹⁰

Entsprangen die Rollenwechsel bei Fröbel primär seiner politischen Strategie und Taktik, so hatte Hartmann als vielbeschäftigter Korrespondent und Feuilletonist das Problem, für jede der zahlreichen Zeitschriften und Zeitungen, für die er arbeitete, den jeweils richtigen Ton zu finden, weil er mit seinen Texten möglichst viel Geld verdienen wollte. Ob aus politischen oder aus finanziellen Motiven, der Effekt auf Texte und Autorschaft war derselbe: an die Stelle eines rein aufklärerischen Impetus trat die Erkenntnis, daß sich jedes Ereignis aus verschiedenen Perspektiven sehen und beschreiben ließ. Eine Episode aus Hartmanns Korrespondenzzeit in Italien 1859/60 illustriert dies: »Unlängst ist mir eine große Dummheit geschehen. Einen Brief[,] den ich für [Vogts Handels-Courier] geschrieben und darin ich weidlich auf Papst u. Christen schimpfte, steckte ich in das Couvert der Kölnischen, die sehr verstimmt gewesen sein und sich über meine Taktlosigkeit gewundert haben wird.«¹¹

Der chamäleonhaft in Rollen schlüpfende, politische Ziele oder auch nur finanzielle Interessen verfolgende Journalist sah sich, da das Publikum um die Subventionierung zahlreicher politischer Blätter durch die Regierungen wußte, häufig dem Vorwurf der Käuflichkeit ausgesetzt. Dieser Korruptionsvorwurf wurde jedoch in den politischen Auseinandersetzungen der Zeit so inflationär erhoben, daß generell zu überprüfen wäre, wann er nur der Verleumdung eines politischen Gegners diene und wann Meinungsänderungen aufgrund von Bezahlung *nachzuweisen* sind.

2. Tätigkeit im Dienste der Regierungen

Die vielschichtigste und am längsten andauernde Agententätigkeit unter den hier interessierenden Politikern übte Julius Fröbel aus. Er trat 1862 in die Dienste der österreichischen Regierung, um sie publizistisch und als inoffizieller Diplomat bei der Durchsetzung eines supranationalen Modells zur

¹⁰ D. SCHULER, Julius Fröbel, 1985, S. 256f.

¹¹ Vgl. für Fröbel z.B. AAZ 31. 10. 1865, 8. 6. 1866; Hartmann an Bamberger 18. 3. 1860 (SLB Wien), vgl. ebd. 12. 1. 1860. Außer für die Köln. Z und den SHC schrieb Hartmann Korrespondenzen für die BVZ, die FfZ und die »Gartenlaube«.

Reform des Deutschen Bundes zu unterstützen; 1865 wurde sein Vertrag verlängert. Anfang 1866 allerdings trat Fröbel – frustriert über die Konzeptionslosigkeit und Inkonsequenz der Wiener Regierung in die Dienste Württembergs über. Bald kapitulierte er auch dort vor der »Kleinlichkeit« und Wirkungslosigkeit der Kabinettpolitik. Im Herbst 1867 übernahm er dann die Redaktion der »Süddeutschen Presse«, eines offiziösen Organs der bayrischen Regierung, das er, seit 1869 von Bismarck subventioniert, bis 1873 herausgab. Anschließend trat er in den diplomatischen Dienst des Deutschen Reichs ein, das er zu seinem Leidwesen allerdings nur auf den wenig bedeutenden Posten eines Konsuls in Smyrna (1873–76) und Algier (1876–88) vertreten durfte.

Fröbel hat als einziger aus dem hier untersuchten Personenkreis seine Rolle als publizistischer Agent in einer Anfang 1865 für die Wiener Regierung verfaßten und 1866, nach seiner Trennung von dieser, publizierten Denkschrift reflektiert: Da es in der Gegenwart notwendig sei, »mit der öffentlichen Meinung zu regieren«, müsse es offiziöse Zeitungen geben, deren spezifische Aufgabe es sei, »im Geist und Interesse der Regierung in die Diskussion ein[zugreifen«. Dafür müsse der Leiter eines entsprechenden Blattes einerseits mit voller Offenheit in den »Zusammenhang der Ansichten und Absichten der Regierung eingeweiht« werden, andererseits sei jedoch seine Freiheit »die zweite Grundbedingung einer ersprißlichen Wirksamkeit«. Diese Freiheit müsse »bis zur Gestattung einer mäßig oppositionellen Haltung« reichen, weil so die wahren Absichten der Regierung für die Öffentlichkeit und andere Regierungen immer ein wenig unklar bleiben und Richtungswechsel erleichtert würden.¹

Eine solche Mittlerstellung war für die Vollblutpolitiker innerhalb der Paulskirchenlinken reizvoll: Nach dem Scheitern der Revolution und der Beeinflussung der Regierungspolitik durch Parlamente und die öffentliche Meinung, versuchten viele von ihnen den umgekehrten Weg, direkt mit den leitenden Ministern zusammenzuarbeiten, ohne jedoch deren ausführende Organe sein zu wollen. Sie gaben sich der Hoffnung hin, aus halboffiziellen Positionen heraus die Regierungen im Sinne ihrer eigenen politischen Ziele beeinflussen zu können.

So übernahmen mehrere der hier untersuchten Männer Missionen im Regierungsauftrag, die ihnen die Chance zur Verfolgung ihrer politischen Interessen zu bieten schienen: Oscar v. Wydenbrugk, der bis 1854 Minister in Sachsen-Weimar gewesen war, ging Anfang 1864 unbesoldet im Auftrag des schleswig-holsteinischen Thronprätendenten Friedrich v. Augustenburg nach Wien, um dort für dessen nach Wydenbrugks Ansicht »mit dem höchsten nationalen Interesse Deutschlands innig verwebte Rechte zu wir-

¹ D. SCHULER, Julius Fröbel, 1985, S. 229 f. und 252 ff.; J. FRÖBEL, Kleine Politische Schriften, Bd. II, 1866, S. 235 ff. (Ein Memoire über die Bedeutung und Leitung officiöser Blätter). Vgl. O. v. BISMARCK, Bd. III, 1965, S. 684.

ken«. ² Die inzwischen großpreußischen Demokraten Oscar Graf Reichenbach, Ludwig Bamberger und Arnold Ruge waren 1866 ebenso wie der Linksliberale Karl Biedermann von der Alternativlosigkeit der Bismarckschen Politik überzeugt. Sie stellten sich der preußischen Regierung als publizistische Agenten zur Verfügung, weil sie die Chance sahen, daß Bismarck ihre deutschlandpolitischen Hauptziele, den Ausschluß Österreichs aus dem Deutschen Bund und die Einigung unter preußischer Führung, verwirklichte. Selbst der inoffizielle Eintritt in Regierungsdienste bedeutete gerade für diese ehemaligen Radikalen einen großen Schritt und weist auf grundlegende Veränderungen ihrer Bewertung der preußischen Politik hin. Ruge hatte noch 1864 eine Liste derjenigen »Demokraten« veröffentlicht, »die in den Sold der gegenwärtigen Regierung von Preußen«, »der feudalen Presse« oder der Österreicher gewechselt waren, um sie als Verräter an den Ideen von 1848 zu stigmatisieren. Inzwischen jedoch betrieb die Regierung Bismarck in ihren Augen mit der Zerstörung des Deutschen Bundes eine Politik, die den Zielen der achtundvierziger Linken, der Demokratisierung und Verbürgerlichung Deutschland und der Erringung einer Weltmachtstellung durch die nationale Einigung, Vorschub zu leisten schien. Deshalb stellten sie alle Vorbehalte zurück und unterstützten Bismarck. Graf Reichenbach ging Ende Juni als Agent Bismarcks nach Süddeutschland, um die öffentliche Meinung zuungunsten Österreichs zu beeinflussen und möglichst eine Volksbewegung im Rücken der süddeutschen Armee für die Wahl eines deutschen Parlaments zu organisieren. Hauptzielgruppe seiner Diversionsbemühungen war die »roth-österreichische«, von seinem früheren Fraktionsgenossen Kolb »mit einem böartigen Geschick redigiert[e]« »Frankfurter Zeitung«.

² Wydenbrug an Carl Alexander 21. 10. 1862 (BA F5g. 1/16); dass. 5. 12. 1863 (THStA HA A XXVI). Vgl. auch Kap. XVII. 1.

Mit offiziellen diplomatischen Missionen wurden Jakob Schütz und Lorenz Brentano von ihrem neuen Vaterland betraut. Sie gingen von 1869 bis 1872 bzw. von 1872 bis 1876 als US-Konsuln nach Rotterdam bzw. Dresden. Ausweislich ihrer Gesandtschaftsberichte handelte es sich bei diesen Posten jedoch in erster Linie um die Alimentierung zweier Politiker, die sich um die Bindung der deutschstämmigen Amerikaner an die Republikanische Partei verdient gemacht hatten und durch ihre Kenntnis Europas für den diplomatischen Dienst qualifiziert waren, dem damals in den USA noch kaum ausgebildete Kräfte zur Verfügung standen. Politische Ziele scheinen sie bei ihren Aufenthalten in der alten Heimat allenfalls am Rande verfolgt zu haben. Vgl. NA Microfilm Publications T 232, Roll 5; Despatches of U.S. Consuls in Rotterdam 1801–1906, vol. 5; dass. T 383, Roll 2; Despatches of U.S. Consuls in Dresden 1837–1906, vol. 3; F. Lieber an H. Fish 18. 3. 1869; Charles Hale an H. Fish 13. 9. 1872; H. Fish an Präsident Ulysses S. Grant 17. 9. 1872; Rudolph Lexow an H. Fish 28. 4. 1876 (alles LC).

Christoph Stölzl (Die Ära Bach in Böhmen, München 1971, S. 257) berichtet aus den Akten des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs (I.B. 1849/373), daß Giskra (ebenso wie Karl Marx und Freiligrath!) Ende 1849 als Agent für den Bachschen Geheimdienst gearbeitet habe. »Giskra's Unzuverlässigkeit ließ allerdings die Verbindung nach ersten Erfolgen einschlafen«.

Im Gegensatz zu dieser direkten Agententätigkeit legte Ruge, der als einer der angesehensten deutschen Publizisten des 19. Jahrhunderts und als Philosoph einen Nimbus zu verlieren hatte, Wert darauf, daß das von Bismarck geführte preußische Außenministerium ihm versichert habe, »sie würden sich sehr freuen, wenn ich zurückkehren und der neuen Politik »unabhängig« meinen Beistand leihen wollte«. Bamberger, der 1867 für die Pariser »Revue moderne« ein Porträt über »Monsieur de Bismarck« verfaßt hatte, mit dem dieser »sehr zufrieden war«, erhielt seit 1870 Zahlungen aus Bismarcks »Reptilienfonds«. Da er finanziell unabhängig war, ist allerdings davon auszugehen, daß ihn originär politische Motive bestimmten, sich vom preußischen Ministerpräsidenten als Verbindungsmann zur deutschen Presse in die Propaganda für den deutsch-französischen Krieg und die kleindeutsch-autoritäre Reichsgründung einspannen zu lassen.³

Nicht zu belegen ist der am breitesten kolportierte und ehrenrührigste zeitgenössische Agentenvorwurf, nämlich die gegen Wilhelm Löwe, Carl Mayer, Ludwig Simon und vor allem gegen Carl Vogt erhobene Beschuldigung, in Diensten Napoleons III. zu stehen. Die von kommunistischen Emigranten in London in die Welt gesetzten Unterstellungen gegen Vogt schlugen große Wellen. Denn sie wurden in der aufgeheizten Stimmung des Jahres 1859 von den pro-österreichischen Kräften dankbar aufgegriffen, da sie einen der einflußreichsten Publizisten der Gegenseite zu desavouieren versprochen.⁴ In seinen Anfang 1859 geschriebenen »Studien zur gegenwärtigen Lage Europas« hatte Vogt im Sinne des Prinzips der nationalen Einigung und Befreiung dafür plädiert, Italien in dem sich anbahnenden Krieg gegen Österreich zu unterstützen, *obwohl* es mit Napoleon verbündet war, den die österreichfreundliche Publizistik zum Hauptfeind Deutschlands stilisierte. Vogts Buch hatte in der Schweizer Emigration, aber auch im Deutschen Bund, wo es in den meisten Staaten bald verboten wurde, heftige De-

³ J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 281 (allerdings ohne Belege für irgendwelche Zuwendung von seiten Bismarcks); A. an R. Ruge 28.8.1866 (A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 278); A. RUGE, Jahrbuch, 1865, S. 46 (Liste); Ruge an Bamberger 16.11.1866 (Zitat) (BA 90 Ba 3/117), an Keudell 20.9.1866 (GStA Rep. 92 NL R. v. Keudell/11); Reichenbach an Keudell 8. und 14.7.1866 (ebd./10); O. BECKER, 1958, S. 162 (Zitat). Leider sind die Unterlagen nicht vollständig erhalten, so daß sich die interessante Agententätigkeit Graf Reichenbachs im Jahre 1866 nicht exakt rekonstruieren läßt (vgl. L. DEHIO, Beiträge, 1934). L. BAMBERGER, Schriften, Bd. I, 1895, S. 424 ff.; M. L. WEBER, 1987, S. 42 f. Vgl. Beobachter 6.12.1865 ([J. Frese?]: Die Bismärcker) sowie Kap. XX.2.

Biedermann ist nach eigenen Angaben 1860 nicht auf das Angebot eingegangen, eine von der preußischen Regierung subventionierte Zeitung für Süddeutschland (als Konkurrenz zur AAZ) zu gründen. Es handelt sich um das Vorhaben, aus dem schließlich die glücklose »Zeit« entstand. 1861 lehnte er es ebenfalls ab, die offizielle »Preußische (Stern-)Zeitung« zu übernehmen (K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, Bd. II, S. 193 ff.).

⁴ BLHA 11377, Bl. 13 (Löwe, ca. 1852/53); 12843, Bl. 25 (L. Simon, wohl aufgrund von K. MARX, 1860, S. 686); ADB 52, S. 277: die Norddeutsche Allgemeine Zeitung behauptete 1877, C. Mayer habe 1869–70 in französischem Sold gestanden.

batten ausgelöst. Hierbei vertraten die meisten Achtundvierziger die Auffassung, die nationale Solidarität gebiete es, in den italienisch-französisch-österreichischen Krieg auf seiten des deutschen Bundesgliedes Österreich einzugreifen. Deshalb wollte Vogt durch die Gründung einer Wochenzeitung »Die neue Schweiz« die Agitationsbasis für seine nationaldemokratische Position einer Befreiung der Völker Europas und der Zerstörung des multinationalen Kaiserstaates verstärken. Vogt hielt »Österreich für den Krebs der kontinentalen Zustände, für den Hemmschuh jeder freiheitlichen Entwicklung Deutschlands. Wer Österreich schadet, fördert dadurch meiner Überzeugung nach [...] die freiheitliche und einheitliche Entwicklung Deutschlands.« Für ihn war die Zerschlagung Österreichs und damit die deutsche Einigung nur durch einen europäischen Krieg zu erreichen. Im Konflikt um Italien sah er die Chance, daß »Frankreich und Österreich sich in einem blutigen längeren Kriege so abschwächen würden, daß Beiden die Hände gebunden wären«, und dadurch eine kleindeutsche Einigung auf der Basis der Reichsverfassung von 1849 und unter Verzicht auf alle »außerdeutschen Provinzen« möglich würde. Österreich erschien Vogt »für die deutsche Freiheit weit gefährlicher als Frankreich. Der Despotismus des ersteren ist ewig, der des letzteren vorübergehend, und außerdem schützt uns noch gegen ihn das nationale Bewußtsein des deutschen Volkes.« Im Programm für die geplante Wochenzeitung forderte Vogt jedoch auch »vollständige Kriegsbereitschaft gegen etwaige Eroberungsgelüste Frankreichs; Unterhaltung des volkstümlichen Abscheus gegen die kaiserliche Wirtschaft in Frankreich wie gegen die ultramontan-absolutistische Wirtschaft in Österreich«. ⁵

Seit Anfang April versandte Vogt sein Programm für eine nationaldemokratische Wochenzeitung an potentielle Mitarbeiter und Korrespondenten. In der politischen Hektik, die durch den österreichischen Einmarsch in das zum Königreich Sardinien gehörende Piemont am 29. April 1859 sowie durch das darauf folgende Eingreifen Napoleons zugunsten der Italiener ausgelöst worden war, stieß Vogt jedoch trotz seiner eindeutigen Distanz zum napoleonischen Frankreich auf viel Kritik und noch mehr Unverständnis unter den angeschriebenen Gesinnungsgenossen, so daß die Zeitungsgründung nicht zustandekam. Vogts Hinweis, ihm seien »einige Fonds zur Disposition gestellt, zur Honorierung von Artikeln in Zeitungen, Journalen und Broschüren, die ich anständig für die Freunde verwenden will«, sowie sein für eine Zeitung der Linken relativ hohes Zeilenhonorar wurden auch von vielen Gesinnungsgenossen als großangelegte, von Napoleon gesteuerte Bestechungskampagne aufgefaßt. Tatsächlich stammte das Geld von ungarischen Emigranten, die mit Vogts antiösterreichischer Politik konform gingen. ⁶

⁵ C. VOGT, *Mein Prozeß*, 1859 (Zitate: S. V, Anhang, S. 33 und 35 f.); Kritik am napoleonischen Frankreich auch in: DERS., *Studien*, 1859, S. X, 22 f. und 115 ff.

⁶ Bei der Verbreitung der Gerüchte, Vogt wirke als Agent Napoleons, spielte Freiligrath eine entscheidende Rolle, den Vogt als Londoner Korrespondenten für »Die neue

Der Vorwurf, Vogt sei ein Agent Napoleons, wurde zuerst öffentlich Mitte Mai 1859 in einer kurzlebigen Londoner Exil-Zeitschrift geäußert, die den ehemaligen Reichsregenten als »Reichsverräter« brandmarkte. Durch den Londoner Korrespondenten der pro-österreichischen Augsburger »Allgemeinen Zeitung«, den zum Umfeld von Karl Marx gehörenden Wilhelm Liebknecht, gelangte dieser Vorwurf aus dem Sektenblättchen in die deutsche Öffentlichkeit. Die Taktik der Londoner Radikalen um Marx war zu jener Zeit von ihrem Anti-Bonapartismus bestimmt; sie bezweifelten, daß die Italiener zu den »geschichtlichen Völkern« zählten, denen sie das nationale Selbstbestimmungsrecht zugestanden. Auch Vogts Intimfeind Jakob Venedey warf jenem in der »Zeitung für Norddeutschland« in etwas dezentere, aber darum für die breite Öffentlichkeit um so wirkungsvollere Weise finanzielle Abhängigkeit von Napoleon vor. Die Augsburger »Allgemeine Zeitung«, aber auch die Vossische und andere Blätter druckten diesen Artikel begierig nach. Daraufhin verklagte Vogt im August die Augsburger Allgemeine wegen »Ehrkränkung«. Der spektakuläre Prozeß – zum ersten Mal in ihrer mehr als 60-jährigen Geschichte mußte sich die AAZ-Redaktion vor Gericht verantworten – wurde zwar schließlich eingestellt, weil das Gericht sich für nicht zuständig erklärte. Der ehemalige Reichsregent stand aber – vor allem nach der Publikation eines stenographischen Prozeßberichts und der wichtigsten Dokumente – als der moralische Sieger da. Selbst Venedey erkannte an, dieser habe »die Augsburger Allgemeine und auch die ›Londoner Schwefelbände‹ gehörig zerzaußt nach Hause geschickt«.

Nun wandte die preußenfreundliche liberale Presse aufgrund von Vogts Darstellung den gegen ihn erhobenen Vorwurf der Agententätigkeit gegen die Londoner Emigration, wie es Vogt bereits zuvor in Privatbriefen getan hatte: »Die ›Proletarier‹ füllten die Spalten der reaktionären Presse in Deutschland mit ihren Angebereien gegen diejenigen Demokraten, welche ihnen nicht huldigten, sie wurden die Verbündeten der geheimen Polizei in Frankreich und Deutschland«, kommentierte die Berliner »National-Zeitung«. Daraufhin imitierte Marx die so erfolgreiche Vorgehensweise seines Kontrahenten: Er verklagte die »National-Zeitung« und opferte fast ein Jahr seiner Lebensarbeitszeit, um mit der akribischen, äußerst polemischen Broschüre »Herr Vogt« seinen Reputationsverlust in der demokratischen Öffentlichkeit wieder wettzumachen. Im Vergleich zu Vogts flüssig geschriebener, weitgehend dokumentarischer Darstellung, die den Eindruck größtmöglicher Objektivität erweckte, dürfte Marx' Broschüre wenig Wir-

Schweiz« hatte gewinnen wollen. Freiligrath hatte kurz zuvor seine Stellung bei der Londoner Filiale der Bank von Vogts Genfer Freund und Gesinnungsgenossen James Fazy verloren. Möglicherweise um sich durch die Beschuldigung Vogts an Fazy zu rächen, ließ er das Zeitungsprogramm und aufgebauschte Gerüchte über die Summen, mit denen Vogt Demokraten für das Programm der nationalen Befreiung gewinnen wolle, an Karl Marx und Karl Blind gelangen. Vgl. E. BAUER, 1989, S. 490, 497 ff., 543 und 587. Zu den Differenzen zwischen den dialektischen Materialisten um Marx und Engels und den »wissenschaftlichen Materialisten« wie Vogt vgl. auch A. WITTKAU-HORGBY, 1998, S. 16 u. ö.

kung gehabt haben, da sie durch zahlreiche, nur für Insider verständliche Anspielungen und Gehässigkeiten sehr subjektiv wirkte und schwer lesbar war.⁷

Die starke Emotionalisierung dieses Konflikts, die als Folge des hohen Einsatzes und der zahlreichen persönlichen Opfer anzusehen ist, die die Paulskirchenlinke ihrem politischen Engagement gebracht hatte, führte auch zu empfindlichen gegenseitigen Verletzungen. Sie gipfelte im Sommer 1860 in einem von Adolph Kolatschek verfaßten und in einer Werbenummer seiner Zeitschrift »Stimmen der Zeit« in erhöhter Auflage (5 000) verbreiteten Artikel »Die Juchheisten« gegen den unitarisch-republikanischen Nationalismus der Gruppe um Bamberger, Vogt und Ruge. Er endete mit der Unterstellung, daß »jene Clique an der Tafel des Prinzen Napoleon [...] sich schmarotzend mäset« und »Volks- und Landesverrath« begehe. Die Ausbreitung von allerhand Insiderwissen aus gemeinsamer Paulskirchen- und Exilgenossenschaft traf die so Diffamierten tief. Bamberger nannte diese Hartmann gegenüber Tiraden das »Gemeinste, Infamste und Pöbelhafteste, was mir je im Bereich deutscher Polemik (und das will viel sagen) vorgekommen ist. K[olatschek]. hat alles[,] was er aus unsrem intimen Umgang aus alten Briefen persönlich zusammenlesen konnte, entstellt und verdreht, ausgekrant, jeden persönlich behandelt und aufs rohste mit Koth beworfen.« Und Hartmann empörte sich in seiner Antwort, »daß ein Mensch, der mit mir gelebt hat, der uns kennt, bei seiner Phantasie- und Geisteslosigkeit [...] dieser Frechheit, dieser Infamie fähig ist – das ging über meine Vorstellung [...]«. ⁸

Der Agentenvorwurf aus den eigenen Reihen gegen einen der prominentesten Köpfe der Paulskirchenlinken war von grundlegender Bedeutung.

⁷ BLHA 13914, Bl. 17ff.; AAZ 25. und 28. 10. 1859; Reinstein an seinen Bruder 24. 11. 1859 (BA FSg. 1/18); Born an C. Mayer 27. und 31. 7. 1859 (NL Näf); Temme an Kinkel 3. 4. 1859 (ULB S 2663); J. VENEDEY, Stellung, 1859; J. VENEDEY, Pro domo, 1860, S. 4 (Zitat); K. MARX, Herr Vogt, 1860 (Zitat aus NZ vom 22. 1. 1860: S. 615); Vogt an Bamberger 23. 5. 1859 (BA 90 Ba 3/210); L. BAMBERGER, Des Michael Pro Schriftenwechsel, 1860 S. 177; Abt: Carl Vogt und Carl Marx oder die Bürstenheimer (StdZ, Beilage zu 39/1861); A. KOLATSCHEK, Die Juchheisten, 1860, S. 44. Zum Hintergrund: A. WAN-DRUSZKA/P. URBANITSCH, 1989, S. 220f.; L. GALL, Europa 1850–1950, ²1989, S. 39ff. Vgl. auch Kap. XII.

⁸ A. KOLATSCHEK, Die Juchheisten, 1860, S. 44; Bamberger-Hartmann-Briefwechsel 5. und 7. 10. 1860 (SLB Wien, vgl. M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 122f.). Die Absurdität der Vorwürfe gegen Vogt zeigte sich einmal mehr im Frühjahr 1860, als Vogt als Vertreter des Kantons Genf im Ständerat für eine Annexion Nordsavoyens durch die Schweiz plädierte, das sonst Frankreich schutzlos ausgeliefert sei (SHC 7. 4. 1860; P. GUICHONNET, 1958, S. 121). Venedey mußte sich in diesem Streit mangelnde Männlichkeit (»Reichs-thräne«) vorwerfen lassen (C. VOGT, Erklärung, 1859; J. VENEDEY, Pro domo, 1860); Fröbel wurde als »verrückt« bezeichnet (Hartmann-Bamberger-Briefwechsel 18. und 22. 10. 1859; SLB Wien; M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 101). Fortsetzung des Streits zwischen »Stimmen der Zeit« und »Demokratischen Studien«: StdZ 1861/IV, S. 889ff. Zur Vorgeschichte auch Oppenheims polemischer Offener Brief an Kolatschek (SHC 24. 11. 1859).

Einerseits war der Bruch zwischen dem österreichfreundlichen und dem österreichfeindlichen Flügel 1859 unüberbrückbar geworden; er wurde in den folgenden Jahren in weiteren Polemiken vertieft. Andererseits blieb selbst bei engen Freunden Vogts, wie Bamberger und Hartmann, ein Verdacht zurück. Der Zusammenhalt und die politische Einigkeit innerhalb der Paulskirchenlinken wurde schwächer, je größer ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten mit dem Nachlassen der Repression in Deutschland wurden. Seit die Politiker der bürgerlichen Linken nach und nach ihre fundamental-oppositionelle Haltung aufgaben und sich in die Diskussion um realisierbare Lösungen für die deutschen Fragen einschalteten, begann ein heftiger Streit um strategische und taktische Zugeständnisse, der im Agentenvorwurf gipfelte. Die Verhältnisse innerhalb Europas wie auch in der bürgerlichen Linken wurden zusehends unübersichtlicher, auch weil der einmal in die Welt gesetzte Agentenvorwurf auf jede Person und jede Situation anwendbar war. Dadurch, daß die klare Freund-Feind-Unterscheidung – hier Genossen, dort die reaktionären Regierungen – unscharf wurde, wuchs das allgemeine Mißtrauen. Im Vergleich zu der aufgeregten Reaktion von Vogts früheren und aktuellen Gesinnungsgenossen überrascht die nüchterne Bewertung durch die preußische Polizei, die nie ernstlich an seiner politischen Unabhängigkeit zweifelte.⁹

Wenn ehemalige Abgeordnete der Frankfurter Linken im Auftrag von Regierungen tätig wurden, so waren hierfür nicht primär materielle Gründe, sondern politische Motive ausschlaggebend, auch wenn die große Mehrheit in finanziell so prekären Verhältnissen lebte, daß jede Honorierung ihrer politischen Tätigkeit ihnen willkommen war.

3. Der Berufspolitiker als Leitbild

Der klassischen Definition Max Webers zufolge gibt es »zwei Arten, aus der Politik seinen Beruf zu machen. Entweder: Man lebt ›für‹ die Politik, – oder aber: ›von‹ der Politik«. Weber hat auch darauf verwiesen, daß dies keine ausschließende Unterscheidung ist und die meisten Politiker »mindestens ideell, meist aber auch materiell, beides [tun]: wer ›für‹ die Politik lebt, macht im innerlichen Sinne ›sein Leben daraus‹... er genießt entweder den nackten Besitz der Macht, die er ausübt, oder er speist sein inneres Gleichgewicht und Selbstgefühl aus dem Bewußtsein, durch Dienst an einer ›Sache‹ seinem Leben einen Sinn zu verleihen.« Im ökonomischen Sinne lebe »›von‹ der Politik, wer danach *strebt*, daraus eine dauernde Einnahmequelle zu machen, – ›für‹ die Politik der, bei dem dies nicht der Fall ist.« Weber hat darauf verwiesen, daß der Typus des Berufspolitikers keineswegs eine Er-

⁹ BLHA 13914, Bl. 22 ff. (Dossier v. 1. 8. 1859 über die Korruptionsvorwürfe gegen Vogt).

scheinung der Moderne sei, sondern bereits in der frühen Neuzeit aus den Helfern der Fürsten gegen die nebenberuflich politisch tätigen Stände entstand: Berufspolitiker in seinem Sinne waren viele Kleriker, humanistisch gebildete Literaten, der Hofadel, viele universitätsgeschulte Juristen und schließlich Journalisten und politische Publizisten.¹

Dieser Definition zufolge waren die meisten Angehörigen der Paulskirchenlinken, die nach 1849 politisch tätig blieben, »Berufspolitiker«. Sie lebten *für* die Politik, arbeiteten also weiterhin vorrangig an der Durchsetzung ihrer politischen Ziele, und *strebten* danach, *von* der Politik leben zu können. Dies kam gelegentlich auch in ihren Publikationen zum Ausdruck. So kritisierte Julius Fröbel bereits 1860, daß in Deutschland Politik hauptsächlich von »Dilettanten« gemacht werde. Deshalb fand er es positiv, wenn sich jemand »der Politik als Beruf zu widmen sucht«. Eher die Ausnahme bildeten innerhalb der Paulskirchenlinken einerseits die reich gewordenen Privatiers wie Ludwig Bamberger, andererseits diejenigen, die, um unabhängig zu bleiben, an ihren bürgerlichen Berufen festhielten und nur in ihrer Freizeit politisch tätig waren, wie der Arzt Johann Jacoby, der Bankangestellte Ludwig Simon, der Schlossermeister Ferdinand Nägele, die Professoren Friedrich Theodor Vischer oder Carl Vogt. Aus dieser, auf ihre Unabhängigkeit bedachten Gruppe kamen vornehmlich die »gesinnungsethischen« ideologischen Vordenker. Die *für* die Politik lebenden, aber dennoch nur nebenberuflichen Politiker lehnten jede Professionalisierung politischer Tätigkeit, sei es als Berufsrevolutionär oder als Beamter, ab. Sie beklagten die Tendenz zum »Fachpolitiker«, die wegen der zunehmenden zeitlichen Belastung vor allem Selbständigen die Mitwirkung versage. In einer bezeichnenden Kontroverse mit dem als Redakteur der Parteizeitung *von* der Politik lebenden Carl Mayer bestand dessen *für* die Politik lebender württembergischer Paulskirchenkollege Ferdinand Nägele »sowohl im Interesse der Sache, als im Interesse derjenigen, die nicht bloß rein der Politik leben«, darauf, daß er sich »der Partei nur zu solchen Opfern verpflichtet« fühle, »wie sie meine persönlichen Umstände zulassen«.²

Die meisten Politiker der Linken jedoch, die Journalisten und Publizisten, die meisten Parlamentarier wollten *von* der Politik leben, auch wenn sie den Typus des Für-die-Politik-Lebenden moralisch höher bewerteten, wie der Berufspolitiker Wilhelm Löwe, der an Bamberger schrieb: »Wie schön, daß Sie sich in der Zwischenzeit eine anständige, sorgenfreie Unabhängigkeit erarbeitet haben. Sie sind weiser gewesen als ich.« Nicht zufällig standen die früheren Frankfurter Nationalversammlungsabgeordneten an der Spitze der Forderungen nach angemessener Honorierung von Par-

¹ M. WEBER, Politik als Beruf, 1980, S. 513 (Zitat; Hervorhebung durch mich) und 521 ff.

² L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 121; J. FRÖBEL, Kleine Politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 281 und 305; L. BAMBERGER, Schriften, Bd. IV, 1898, S. 290f.; F. NÄGELE, Entgegnung III, 1869; E. SILBERNER, 1976, S. 555. Vgl. auch L. BAMBERGER, Über Rom und Paris, 1866, S. 51.

lamentariern in den 1850er und 1860er Jahren, während sich Bismarck und die konservativen Eliten für das entstehende Reich schwache, unbezahlte Abgeordnete wünschten.³ Vertraten die nebenberuflichen Politiker unter den ehemaligen Oppositionellen in der Nationalversammlung zugleich die stärker ideologischen, »gesinnungsethischen« Positionen, so vertrat die Mehrheit derjenigen, die Politik als Beruf ausübten oder dies zumindest anstrebten, einen eher pragmatischen, erfolgsorientierten Politikbegriff, den Fröbel so formuliert hat: »Nicht um das Rechthaben in der Theorie, sondern um das Rechthaben in der Praxis handelt sich's in der Politik, und Recht behält man nur[,] wenn man siegt«.⁴

Auch wenn der Typus des Berufspolitikers in der politischen Elite vor 1871 noch die Ausnahme war, so galt dies nicht für die ehemaligen Angehörigen der Paulskirchenopposition.⁵ Dies lag nicht zuletzt daran, daß sie durch ihr politisches Engagement aus bürgerlichen Karrieren herausgeworfen worden waren. Aus demselben Grund und wegen ihres unstillen Lebens, zu dem sie infolge politischer Verfolgung gezwungen waren, fielen die Oppositionellen aus der Deutschen Nationalversammlung auch nicht in die Kategorie des Honoratiorenpolitikers, der, Max Weber folgend, in der wissenschaftlichen Literatur als typisch für das 19. Jahrhundert angesehen wird. Nur in Ausnahmefällen lebten sie lang genug an einem Ort, um die von Weber benannten Voraussetzungen für die Stellung eines Honoratiorenpolitikers zu erwerben; nur wenige hielten über mehrere Legislaturperioden den Wahlkreis ihres Wohnortes.⁶ Viele hingegen gehörten zu der politischen

³ Löwe an Bamberger o. D. [Ende 1866] (BA 90 Ba 3/137); C. GISKRA, 1861, S. 27. Vgl. zur Forderung nach der Honorierung von Parlamentariern C. JANSEN, Selbstbewußtes oder gefügiges Parlament? 1999.

⁴ J. FRÖBEL, Parteien, 1866; ähnl. DERS., Überschätzung, 1866.

⁵ Unterhalb der Staatenebene, in der hier nicht behandelten Kommunalpolitik, ist schon seit 1850 eine breite »Etablierung des Berufspolitikertums« zu konstatieren (C. GORTHARDT, 1992, S. 78 f.).

M. HARTMANN (Übersicht 7. 3. 1867) spielte bereits mit Ressentiments gegen Berufspolitiker, als er sich über die Versuche prominenter Liberaler wie seines früheren Freundes und Genossen Wilhelm Löwe mokierte, der zwar eine Arztpraxis führte, aber faktisch Berufspolitiker war, in den Norddeutschen Reichstag zu gelangen, nachdem sie im eigentlichen Wahlgang durchgefallen waren: »Eine Gestalt, die die Signatur der Zeit an sich trägt [...], ist Löwe v. Calbe, zwar nicht an und für sich, aber doch in seiner jetzigen Lage, auf seiner Reise nach einem Wahlort. [...] Der ehemalige Präsident der deutschen Nationalversammlung zieht nicht allein so umher; über die weiten Ebenen Norddeutschlands flackern noch manche andere fortschrittliche Seelen herüber, hinüber, wie Irrlichter, die ihre verlorene Körperlichkeit, eine Abgeordnetenstelle, suchen. Mitleidige Gemüther [...] begreifen nicht, wie man die Redner so vieler Reden und erbgesehene Abgeordnete vor der Thüre des Parlaments sitzen lassen [...] kann.«

⁶ M. WEBER, Wirtschaft und Gesellschaft, 1980, S. 669. In den lokalen Bürgergesellschaften verankerte Honoratioren waren nur wenige aus der Paulskirchenlinken (Paur in Görnitz, M. Simon in Breslau, die Sachsen Schaffrath, O. L. Heubner und Wigard in Dresden oder Wuttke in Leipzig, C. Schüler in Jena und Fetzer, Tafel und Rödinger in Stuttgart oder Nägele in Murrhardt). Vgl. auch J. WESTERMAYER, 1998, S. 326 f. Der Berufspolitiker M. Mohl, der seinem Biographen »als Idealtypus des Abgeordneten im We-

Prominenz, den Parteiintellektuellen, für die die jeweiligen Parteiführungen sichere Wahlkreise unabhängig von ihrer regionalen Herkunft oder einer lokalen Honoratiorenstellung suchen mußten.

berschen Sinne« erscheint, war keineswegs eine solche Ausnahmerecheinung, wie Westermayer annimmt.

Selbstverständnis und Selbstinszenierung der Paulskirchenlinken als politische Gegenelite

Der Erfahrungshintergrund für das politische Engagement der Opposition in der Deutschen Nationalversammlung nach der Niederschlagung der Revolution läßt sich, die bisherigen Kapitel zusammenfassend, durch folgende Hauptkomponenten charakterisieren:

– Ihre gesellschaftliche Lage war in einer Zeit gesamtgesellschaftlichen Umbruchs aufgrund der industriell-politischen Doppelrevolution durch ein besonders hohes Maß an Desintegration gekennzeichnet.¹ Dabei lag nur für die Jüngeren in der Paulskirchenlinken der Bruch mit einem der üblichen bürgerlichen Lebenswege im Revolutionsjahr 1848/49. Von den älteren waren einige erst 1848 aus dem Exil zurückgekehrt. Sie hatten bereits im Vormärz aufgrund ihres politischen Engagements gesicherte Positionen verloren oder waren nie in solche hineingelangt. Politische Verfolgung seit 1849, wie sie für mehr als die Hälfte der Oppositionsabgeordneten nachgewiesen werden konnte, und die Emigration von mehr als einem Drittel von ihnen verstärkten die Außenseiterstellung der aus ihr hervorgegangenen Politiker. Dennoch konnten sie in der Regel einen bürgerlichen Lebenszuschnitt aufrechterhalten. Nur in Ausnahmefällen bedeuteten Verfolgung und Desintegration für die Mitglieder der Nationalversammlungsopposition dauernde materielle Not.

– Die Ausgrenzung der Paulskirchenlinken aus der bürgerlichen Gesellschaft im Deutschen Bund der 1850er Jahre warf sie auf die Gemeinschaft ihrer Genossen zurück. Auch die im europäischen Exil Lebenden blieben in das Kommunikationsnetz der deutschen Opposition durch Publikationen, Korrespondenzen und Besuche integriert. Sie wurden nicht vergessen, anfangs materiell unterstützt und bei ihrer Rückkehr wieder an prominenter Stelle in die politischen Strukturen integriert. Die Paulskirchenlinke blieb auch in der europäischen Emigration politisch und kommunikativ auf den Deutschen Bund orientiert.²

¹ Vgl. H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 165, der diese Feststellung dann allerdings mit »gescheitert« konnotiert. Zur These von der industriell-politischen Doppelrevolution zeitgenössisch bereits Marlo (d. i. Georg Winkelblech), Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie, Bd. 1: Historische Einleitung in die Ökonomie (1850), 2. Aufl., Tübingen 1885, S. 221 ff. und 338–409.

² Wegen der schwierigen Kommunikationsbeziehungen fand im überseeischen Exil eine stärkere Abkoppelung von der politischen Szene im Deutschen Bund statt, auch die Zahl

– Aufgrund ihrer gesellschaftlichen Desintegration und ihrer oppositionellen Grundhaltung wurde Publizistik zum Hauptfeld ihrer politischen Betätigung nach 1849, in dem sie in den 1860er Jahren eine Reihe meinungsführender Positionen innehatten. Sie begriffen den Journalisten oder Publizisten dabei als Politiker, als das in der Gesellschaft verankerte und mit deren Instrumenten agierende Pendant zum Minister oder Regierungsbeamten. Ein Parlamentsmandat bildete eine ideale Ergänzung zur so verstandenen publizistischen Arbeit: Es erhöhte nicht nur den politischen Einfluß, sondern verschaffte auch Zugang zu journalistisch verwertbaren Informationen und Kenntnissen.

– Die weiterhin politisch engagierten Männer der Nationalversammlungslinken lebten nicht nur *für*, sondern, wenn möglich, zugleich *von* der Politik. Die Vorstellung vom ehrenamtlich tätigen Honoratiorenpolitiker spielte als Ideal zwar auch bei ihnen eine Rolle, ging aber an der materiellen Realität der meisten vorbei, die nur weiter für ihre politischen Ziele arbeiten konnten, wenn sich damit zugleich *mindestens* ein Teil ihres Lebensunterhaltes bestreiten ließ.

1. Erfolg und Niederlage der Revolution

Verfolgung und soziale Ausgrenzung verstärkten bei den Mitgliedern der Paulskirchenlinken eine Selbstwahrnehmung, die bereits in der Euphorie ihrer schnellen Erfolge im Jahre 1848 entstanden war. Die Phase, in der das Schicksal des Deutschen Bundes in ihren Händen zu liegen schien, stellte eine ihrer prägenden Erfahrungen dar. Sowohl wegen ihrer exponierten Rolle in der Revolution als auch wegen ihrer deshalb besonders harten Verfolgung fühlten sie sich als eine Elite unter den Achtundvierzigern, die an der Spitze des politischen »Fortschritts« etwas Bedeutendes geleistet habe.¹ Sie fühlten sich daher besonders verpflichtet, an den Werten und Zielen der revolutionären Bewegung, an den *Ideen von 1848* festzuhalten. Ihre Briefe sind voller Reminiszenzen an die gemeinsamen Kämpfe, die sie sowohl untereinander verbanden als auch ihre politische Grunderfahrung darstellten. Sie gedachten der Jahrestage herausragender Ereignisse und glaubten an die in der Erinnerung fortdauernde Wirkungsmacht ihrer gemeinsamen Hoffnungen und Ziele.²

der Rückkehrer lag deshalb deutlich niedriger als bei den innerhalb Europas Gebliebenen.

¹ A. RUGE, Wanderbuch, 1874, S. 174; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849, S. 12; Nauwerck an C. Vogt 3. 10. 1860 (BPU 2191); J. VENEDEY, Gründung, 1864, S. 11 und 14; H. WUTTKE, Zeitschriften, ¹1875, S. 8; Kolatschek an Vischer 9. 2. 1858 (UBT Md 787/530).

² Vgl. Bamberger-Hartmann-Briefwechsel Ostersonntag [1860] (Zitat), 18. 9. 1868 und 26. 2. 1870 (SLB Wien); Venedey an Gutzkow 21. 10. 1854 (SUBF NL Gutzkow A 2 I);

Zwar charakterisierten manche Ex-Abgeordnete rückblickend ihr Verhalten in den Revolutionsjahren als »jugendlicher Inbrunst« entsprungen (Giskra), und viele glaubten nach dem Scheitern des Versuchs, vom Parlament aus Reformen durchzusetzen und eine deutsche Bundesregierung zu etablieren, nicht mehr an politische Veränderungen von unten. Die meisten dachten nach 1849 stärker strategisch und berücksichtigten in höherem Maße die gesamteuropäischen Machtkonstellationen. Dennoch hat sich keiner von ihnen – auch nicht die Nationalliberalen oder die Parteigänger der österreichischen Politik – später von seinen Aktivitäten während der Revolution und insbesondere nicht vom Werk der Paulskirche distanziert. Die Legitimität der Nationalversammlung, die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen um die Lösung der deutschen Fragen und die Illegitimität ihrer Zerschlagung standen für alle ehemaligen Abgeordneten der Linken außer Frage. Die meisten fanden zwar Nostalgiker der Revolution wie Gustav Struve lächerlich, aber behaupteten gleichwohl eine Kontinuität ihrer politischen Bemühungen seit 1848. Dies war allerdings in vielen Fällen nur möglich um den Preis sehr unterschiedlicher Auffassungen darüber, was die Ziele der Revolution gewesen seien. Eine der Konstruktionen, mit der die Behauptung einer bruchlosen politischen Biographie erkaufte wurde, bestand darin, die Bismarcksche Reichsgründung als Fortsetzung der 1848 unvollendeten Revolution »von oben« her anzusehen.³

Daß die Revolution von 1848/49 mit einer eindeutigen Niederlage endete, bekamen gerade prominente Aktivisten wie die Opposition im Frankfurter Parlament zu spüren. Gleichwohl sahen sie den Erfolg der Reaktion als Pyrrhussieg und verwiesen demgegenüber auf die nicht revidierbaren Erfolge ihrer eigenen politischen Bemühungen. Hierzu zählten sie vor allem die Beschleunigung der gesellschaftlichen Mobilisierung, der Politisierung und damit der inneren Nationsbildung, den Umstand, daß Preußen zum Verfassungsstaat geworden war und in allen deutschen Staaten große Fortschritte auf dem Weg zur Rechtsstaatlichkeit erreicht worden waren. Moriz Mohl verwehrte sich etwa in einer Kammerdebatte des Jahres 1855 gegen Behauptungen radikaler Fraktionskollegen, die innenpolitischen Zustände und besonders die Zensur seien in Württemberg schlimmer als vor 1848.⁴ »Das

L. SIMON, An den letzten Präsidenten, 1865; J. VENEDEY, Lüge, 1869. Identifikation mit der Revolution nach fast zwanzig Jahren: M. Simon an seine Frau, 18. und 19. 3. 1867 (BA F5g. 1/174); nach zehn Jahren: H. Simon an Venedey 17. 3. 1858 (BA 90 Ve 1/49). Vgl. Kap. XX.

³ Vgl. C. GISKRA, o.J., S. 9; J. FRÖBEL, Theorie der Politik, Bd. I, 1861, S. 22; K. BIEDERMANN, Fünfzig Jahre, 1892, S. 131 f.; J. VENEDEY, Rettung, 1864, S. 11 f.; F. T. VISCHER, Kritische Gänge, Bd. III, ²1920, S. 462 ff.; DERS., Frisch gewagt, 1863, S. 41; W. Löwe, HdA 18. 5. 1863, S. 1253; HdA 14. 5. 1863, S. 154. Fröbels Distanzierung von seiner Tätigkeit als Demokrat im Jahre 1848 als »überwundene politische Schwärmerei« dürfte als eine taktische anzusehen sein, da sie im Kontext der Bitte um eine Aufenthaltsberechtigung für Sachsen gefallen ist (DOKUMENTE, 1993, S. 309).

⁴ Württ. LT 7. 5. 1855, S. 968 (Mohl). Vgl. auch Beobachter 10. 4. 1851 (Mohl bei Göppinger Versammlung).

ganze deutsche Vaterland, und Preußen insbesondere, genießen den Erfolg des Aufschwunges« von 1848/49, schrieb auch Heinrich Simon zehn Jahre nach der Revolution und verwies auf die Verfassung mit ihren zumindest auf dem Papier stehenden Grundrechten, auf die Einführung von Geschworenengerichten sowie auf die Popularisierung des Gedankens der deutschen Einigung.

Bereits kurz nach der Niederschlagung der Revolution hatte Henrich Simon die Politisierung breiter Bevölkerungsschichten als wichtigsten Erfolg von 1848/49 herausgestellt: »Einen Drang nach politischer und sozialer Gestaltung, wie der heutige, in allen Theilen des policirten Erdkreises, haben wir in der jüngsten Menschengeschichte noch nicht wahrgenommen. [...] Das übrige macht sich von selbst. [...] Ich vergleiche 1851 mit 1841 und finde den Fortschritt unermesslich. Damals das Volk ohne jede politische Idee, heute wahrhaft davon imprägnirt.« Wann »eine zweite Ideeneruption« erfolgen werde, lasse sich nicht vorhersagen, »aber sie kommt, so wahr in der Menschengeschichte eine Idee lebt.« Der nächste »warme Regen« werde »die Saaten« von 1848/49 aufgehen lassen, »und warme Regen kommen nach der Naturordnung regelmäßig wieder«, war Simon zutiefst von der gleichsam naturgesetzlichen Notwendigkeit einer neuen Revolution überzeugt, die an die Erfolge von 1848/49 anknüpfen könne.⁵ Fortschritte auf dem Wege zur Nationsbildung, zur Konstitutionalisierung, zur Rechtsstaatlichkeit und zur ökonomischen Liberalisierung, das Ende der Heiligen Allianz sowie vor allem die Fundamentalpolitisierung als unumkehrbare gesellschaftliche Emanzipation wurden nicht nur von den Abgeordneten, sondern insgesamt von der liberalen Öffentlichkeit als Erfolge der Revolution betrachtet, auch wenn die ehemaligen Abgeordneten den Anteil der Nationalversammlung besonders hervorhoben.⁶

⁵ J. JACOBY, Heinrich Simon, ²1865, S. 348 (H. Simon an eine Freundin [Fanny Lewald?] 18. 11. 1858); ders. an Venedey 23. 9. 1850 und 29. 9. 1851, ähnl. auch 5. 7. 1856 (BA 90 Ve 1/49). A. RUGE (Rückschlag, 1859, S. 865) hob ebenfalls auf die Fundamentalpolitisierung ab, wenn er 1848 als »Ausbruch eines allgemeinen neuen Geistes« und der »Demokratisierung des Geistes« ansah. Insbesondere die Radikalen waren von der Unvermeidlichkeit des baldigen Sieges der Demokratie überzeugt. So schrieb Reinstein an seinen Bruder: »Es erquickt mich, wenn die Reaktion auf die Märzkämpfer mit affektiver Verachtung hinabsehen will, während sie sich vor dem Produkt der Märztage, also vor dem Gesetze beugen muß. Es ist ihr mancher Pfahl ins Fleisch gerannt, und [...] wer so tief verwundet ist, [beschleunigt] nur sein Ende, wenn er die tödliche Waffe aus der Wunde herausreißt« (15. 4. 1853; BA FSg. 1/18).

⁶ T. PAUR, Ursprung, 1864; C. NAUWERCK, Die deutsche Reichsverfassung, 1850, S. 26f.; W. LÖWE, Preußens Beruf, 1862, S. 174; DERS., HdA 7. 9. 1866, S. 262; DERS., Rede am 3. 6. 1867 (BLHA 11377, Bl. 56); W. SCHULZ-BODMER, Nachgelassene Schriften, 1850, S. 215; J. JACOBY, Grundsätze der preußischen Demokratie, 1859, S. 13; G. F. KOLB, Soziale Umgestaltungen, 1857, S. 586ff.; H. WESENDONCK, 1898, S. 20; M. Simon an seine Frau 13. und 15. 3. 1867 (BA FSg. 1/174); Württ. LT 27. 6. 1850 (W. Zimmermann). Vgl. zur öffentlichen Meinung K. BIEDERMANN, Germania, 1851, S. VII (E. M. Arndt), 121 f. und 127 (Rochau); A. LEES, 1974, S. 66ff.

Jenseits relativer Erfolge, der Erinnerung an den Höhepunkt ihres politischen Einflusses und des Glaubens an den langfristigen Sieg der Ideen von 1848 war jedoch auch die erlittene Niederlage zu erklären. Hier gingen die Meinungen innerhalb der Paulskirchenlinken weit auseinander. Vor allem in den 1850er Jahren, also mit geringem Abstand zu den Ereignissen, führten die meisten ihr Scheitern auf mangelnde Entschiedenheit und Konsequenz, insbesondere in den ersten Monaten der Revolution, zurück. »Durch die Unfähigkeit und Schlechtigkeit unserer eigenen Partei sind wir dahin gekommen, wo wir sind«, lautete eine der extremsten Selbstkritiken (aus der Feder Julius Fröbels). Man habe nur die Legislative, nicht jedoch die Exekutive »in das Volk selbst« gelegt (Wilhelm Schulz-Bodmer); man hätte keinen Fürsten an die Spitze der Exekutive wählen dürfen, das Militär übernehmen, die stehenden Heere reduzieren und durch Milizen ersetzen müssen. Moriz Mohl war überzeugt, daß »die deutschen Regierungen, wenigstens die der kleineren und mittleren Staaten, ihre Heere der Nationalversammlung und der Centralgewalt zur Verfügung gestellt hätten«, wenn diese solches nur entschieden verlangt hätte. Einer der intellektuellen Köpfe der Linken, Arnold Ruge, brachte den selbstkritischen Vorwurf mangelnder Entschiedenheit auf die griffige Formel, die Revolutionäre seien »vor den Thronen stehen geblieben« und hätten »den Fürsten die Kasse und die Soldaten« gelassen.

Als Ursache für mangelnde Konsequenz und strategische Fehler wurde die geringe »politische Bildung« der Deutschen angesehen, die sich darin zeige, daß erst in der Revolution in breiten Bevölkerungsschichten politisches Interesse aufkam. Fröbel verwies daneben auf angebliche National-eigenschaften: die Deutschen seien kein revolutionäres, sondern ein reformorientiertes Volk.⁷ Im Vergleich zu dieser breiten Selbstkritik wurde die Schuld eher selten Preußen und Österreich als den Vormächten der Reaktion gegeben, und dies auch nur durch Männer vom gemäßigten Rand der

⁷ J. FRÖBEL, Die Bildung und die Revolution, 1849; ders. an F. Piaget [?] 5. 7. 1849 (BLHA 9811, 17); W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849, S. 5 f.; DERS., Anarchie, 1856, S. 499 f.; Württ. LT 28. 6. 1851, S. 538 (M. Mohl); Ruge/Ausschuß für deutsche Angelegenheiten in London: An die deutschen Bürger und Freunde im Vaterlande o. D. [1851] (BLHA 12528, 219); A. RUGE, Jahrbuch des Volks, 1865, S. 7 f.; DERS., Die Gründung der Demokratie, 1849, S. 6 ff.; ders. an Wigard 6. 10. 1849 (BJ); G. Tafel an C. Mayer 1. 1. und 15. 4. 1851 (BA 90 Ma 3/17); Sachs an C. Mayer 23. 7. 1850 (ebd./14): mangelnde politische Bildung; H. Simon an Venedey 23. 9. 1850 und 5. 5. 1853 (BA 90 Ve 1/49); BldZ 5. 6. 1850; Beobachter 30. 8. 1853; G. RIESSER, Bd. IV, 1868, S. 669 ff.; J. VENEDY, Erfurter Parlament, 1850; C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 308; A. FETZER, Beiträge zu einer Volkspolitik, 1851, S. 344 ff., 353 f. und 27; C. VOGT, Untersuchungen über Thierstaaten, 1850, S. 120 ff.; H. WESSENDONCK, 1898, S. 20; L. BAMBERGER, Über Rom und Paris, 1866, S. 53; DERS., Gesammelte Schriften, Bd. III, 1897, S. 105 u. ö.; H. WUTTKE, Die Parteien, 1865. Vgl. auch C. Mayer, Beschlüsse der 1. republikanischen Volksversammlung 185? (DLA A: Mayer d. J. 32532), Bl. 7. Zur demokratischen Revolutionsanalyse allgemein: A. LEES, 1974, S. 83 ff.

Paulskirchenlinken.⁸ Die Revolutionäre waren so sehr davon überzeugt, Motoren eines unaufhaltsamen politischen Fortschritts zu sein, daß sie Schuld für ihr Scheitern gar nicht primär bei denjenigen suchen konnten, die sich dem »Fortschritt« entgegenstimmten. Das Ziel der Revolution, Deutschland durch Freiheit und Einheit in seine weltgeschichtlich notwendige Machtposition zu bringen, wurde nie in Frage gestellt, nur die eingesetzten strategischen und taktischen Mittel einer strengen Kritik unterzogen.

Mit größerem Abstand zu den Ereignissen wurde immer häufiger der zu große Radikalismus der außerparlamentarischen Bewegung für die Niederlage verantwortlich gemacht und eine Überforderung der Nationalversammlung konstatiert. Dies verkehrte den Topos von der mangelnden Konsequenz der Revolutionäre ins Gegenteil und bedeutete eine Annäherung an Argumente, die bisher aus dem Reihen der gemäßigt liberalen Mehrheitsfraktionen als Kritik an der Linken vorgebracht worden waren. Hatte der demokratische Paulskirchenabgeordnete und revolutionäre badische Regierungschef Lorenz Brentano bereits in seinem Rechenschaftsbericht vom 1. Juli 1849 die Hauptschuld für sein Scheitern dem Radikalismus der Anhänger Struves zugeschrieben, so gestanden nach und nach auch andere Köpfe der Linken wie Karl Hagen, Philipp Fallmerayer und Johann Jacoby ein, daß Selbstüberschätzung, Naivität, »Ungestüm, unpolitische Überstürzung [...], leidenschaftliche Hast« zu Recht an den Demokraten von 1848/49 kritisiert worden seien. Ludwig Bamberger machte einen Mangel an Realismus aus: das angestrebte Deutsche Reich und seine Verfassung seien »auf Säulen unschuldsvoller Fantasie und nicht auf Grundvesten tatsächlicher Zustände gebaut« gewesen. Wilhelm Löwe, einer der klügsten Analytiker, erklärte das Scheitern des deutschen Parlaments damit, daß es überfordert gewesen sei, »sich zuerst eine Macht und damit den Staat zu schaffen, den es dann später durch seine Verfassung zu organisieren hatte«, da ihm »zu solchem Zweck als wirkliche Macht nur der ungeordnete Druck mittelst der öffentlichen Meinung zu Gebote« gestanden habe.⁹

⁸ G. RIESSER, Bd. IV, 1868 [1849], S. 561 f.; F. SCHUSELKA, Interim, 1849, S. 20 und 23.

⁹ J. VENEDEY, Krieg, 1859, S. 17; DERS., Pro domo, 1860, S. 15 f.; DERS., Parlament, 1869: die Ermordung der Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald als »fluchwürdiges Verbrechen«, durch das »die deutsche Freiheit zu Grabe getragen« worden sei; L. BRENTANO, Erklärung, 1851; K. HAGEN, Staatskunde, 1850, S. 1; J. P. FALLMERAYER, 1861, S. 299; J. JACOBY, Schriften, Bd. II, 1872, S. 97; L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 329; W. LÖWE, Preußens Beruf, 1862, S. 183 (ähnl. L. BAMBERGER, Des Michael Pro Schriftenwechsel, 1860, S. 169 f.); F. T. VISCHER, Frisch gewagt, 1863, S. 38 f.; DERS., Kritische Gänge, 1920, S. 79, 83 und 462 f.; J. Fröbel, SP 11.6. 1868; DERS., Deutschland und die Demokratie, 16. 10. 1859; G. RIESSER, Bd. IV, 1868 [1849], S. 557 ff. Vgl. zur rückblickenden Bewertung der Revolution durch die Paulskirchenlinke auch: C. JANSEN/T. MERGEL, 1998, S. 239 ff.

2. Stolz und Führungsanspruch als unbeugsame Streiter

In den absolutistischen oder konstitutionellen politischen Systemen der deutschen Staaten im 19. Jahrhundert stellte der Wechsel aus der politischen Opposition in staatliche Führungspositionen eine seltene Ausnahme dar. Wer sich der radikalen Opposition anschloß, verzichtete bewußt auf eine politische Karriere und nahm eine Außenseiterrolle, berufliche Nachteile, politische Verfolgung, Entwurzelung aus der Tradition und das Risiko der Emigration in Kauf. Dieser Preis für radikales politisches Engagement mußte psychologisch kompensiert werden. So überbetonten die Oppositionellen aus der Paulskirche – ähnlich wie andere Außenseiter – ihre politische Konsequenz und entwickelten ein ausgeprägtes Sendungsbewußtsein als politisch-moralische Elite. Hieraus entstand zunehmend ein Konflikt mit der nachwachsenden politischen Generation, von der sie sich an den Rand gedrängt fühlten und die sich umgekehrt von ihnen nicht ernstgenommen sah. Dieser Konflikt brach 1862 offen auf, als die Teilnahme am Deutschen Abgeordnetentag, dem symbolisch hochkarätigen Parlamentsersatz der Nationalbewegung, nur »derzeitigen« Abgeordneten der Landtage gestattet werden sollte. Viele Achtundvierziger sahen darin den Versuch der jüngeren, in der Reaktionsära sozialisierten Politikergeneration, sich der lästigen Veteranen der Revolution zu entledigen. Insbesondere Jakob Venedey exponierte sich mit diesem Argument und fand bei einer Reihe seiner alten Genossen Zustimmung. Venedey sah die Nationalversammlungslinke auch nach fünfzehn Jahren noch als die einzig legitime Vertreterin eines authentischen liberalen Nationalismus an: Denn nur sie seien »durch das Volk zum ersten deutschen Parlament« gewählt worden und »in allen Krisen der Freiheit und Einheit Deutschlands treu geblieben«.¹ Volkswahl, Anciennität und Standhaftigkeit begründeten in ihren eigenen Augen den fortdauernden Führungsanspruch der Elite von 1848, auch wenn ihn nicht alle so lautstark erhoben wie der in seiner Direktheit immer etwas tölpelhafte Venedey.

Ihr Selbstverständnis als bis 1871 einzige demokratisch legitimierte, gesamtdeutsche politische Elite und die Bedeutung, die dieser Nimbus für ihre öffentliche Stellung hatte, bestimmten auch die öffentliche Selbstdarstellung der zur Paulskirchenlinken gehörenden Politiker. Sie sahen sich als moralische Instanz, die die Ideen der Revolution in einer veränderten politischen Situation hochhalten müsse. Daher sprachen sie viel und gern von den politischen Pflichten, die sie selbst, aber auch die deutschen Parlamente und Regierungen, zu erfüllen hätten. Sie fühlten sich als Vorbilder, als »die Tapferen der alten Garde einer besseren Zeit in Frankfurt« (Venedey), die den »Weg der Arbeit und der Selbstverläugnung« (Bamberger) gehe. Bamberger stellte bei der Einweihung des Heinrich-Simon-Denkmal im Herbst 1862 eine quasi-religiöse Lebensmaxime auf: »Wie zu den Gläubigen der Priester

¹ J. VENEDÉY, Grundübel, 1864, S. 28ff. Vgl. Kap. XVII.1.

spreche: Lebe so, als könnte jede Stunde die deines Todes sein! So spreche zu uns das Vaterland: Handle in jedem Augenblicke so, als ob du lange genug zu leben hättest, um den Tag der Freiheit zu schauen; halte dich so aufrecht, daß du mit freier Stirne und mit reinen Händen hintreten kannst am Tage des großen Sieges, um auf dem Altar zu opfern!« Zwei Eigenschaften würden »den politischen Menschen« ausmachen und seien bei »Verbanneten« besonders ausgeprägt: »die hehre Anschauung vom Vaterlande und das Gefühl der persönlichen Würde.«

Einer der zentralen, immer wieder herausgekehrten Werte, den die Paulskirchenlinke zu verkörpern behauptete, war Überzeugungstreue, egal zu welchem persönlichen Preis. Daß Abgeordnete »wichtige, heilige und schwere Pflichten [...] mit Standhaftigkeit und Treue« zu erfüllen und diesen »selbstverleugnend und furchtlos« ihre »persönlichen Interessen [...] zum Opfer« zu bringen hätten, war keineswegs eine Erfindung der Achtundvierziger. Vielmehr handelte es sich dabei um einen liberalen Topos, den u. a. das Rotteck-Welckersche »Staats-Lexikon« seit dem Vormärz propagiert hat. Sowohl der Idealtypus eines Abgeordneten, den die Staats-Lexika entscheidend mitgeprägt haben, als auch das Selbstbild der Paulskirchenlinken beinhalteten, daß man nur den eigenen Überzeugungen, nicht denen einer »Partei« folgen dürfe. Dieser Subjektivismus führte dazu, daß Personen, die zutiefst davon überzeugt waren, an den Ideen von 1848 festzuhalten, sich in gegensätzlichen politischen Lagern engagierten.²

Carl August Fetzer fand für die Rolle, die sich die Paulskirchenopposition im politischen Leben der 1860er Jahre zuschrieb, ein Bild, das sowohl die unbedingte Selbstverpflichtung in Zeiten von Opportunismus und Reaktion als auch Vereinzelung ausdrückte: Er könne, schrieb er 1865 an Venedey, den alten Freund zu dessen 60. Geburtstag leider nicht besuchen, da seine Anwesenheit im Landtag unbedingt erforderlich sei. Denn dort spiele er die Rolle eines »Zaun[s], über den man, wenn man Diebesgelüste hat, steigen muß und der schon durch sein bloßes Dastehen Manches verhindert.« Aus

² A. KOLATSCHKE, Prospect, 1849, S. 3; Umscheiden, Bayr. LT 2.7.1863, S. 25; Venedey an Fetzer 13.12.1863 (Zitat). Vgl. dass. 29.12.1863 (BA 90 Ve 1/16); J. VENEDEY, Krieg, 1859, S. 4f., 17 und 19; C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 312f. (Zitat); H. BLUM, Todtenfeier, 1862, S. 734. Ähnl. C. Mayer an Becher 8.10.1851 (HStAS); Hess. LT, Beil. 899, S. 5 (Mohr); Löwe, HdA 18.5.1863, S. 1253; Ziegert, HdA 15.2.1865, S. 185; A. RUGE, Wanderbuch, 1874, S. 176; H. WUTTKE, Stand, 1850, S. 86; Beobachter 9.4.1851, S. 334, 10.4.1851, S. 337 (Rödinger und M. Mohl bei der Göppinger Versammlung); STAATSLIXIKON, ¹1835 und ²1856, Art. »Abgeordneter« (Zitat); entsprechend auch Deutsches Staats-Wörterbuch, 1858, Bd. I, S. 7.

Überzeugungstreue, Opferbereitschaft: W. M. SCHAFFRATH, Rechenschaftsbericht, 1850, S. 48; L. BRENTANO, Erklärung, 1851, S. 637; G. F. KOLB, Landtage, 1850, S. 335; C. VOGT, Köhlerglaube, 1855, S. 12; Fröbel an C. Wagner 13.12.1867 (StabiM); DERS., SP 17.11.1867; Vischer an Lang 6.2.1860 (Württ. LB 8° 156/300); DERS., Kritische Gänge, ²1920, S. 461f.; E. A. ROSSMÄSSLER, Erklärung (DAZ 245 und 249/1863), zit. nach B. BURGEMEISTER, 1958, S. 153; L. SIMON, Brief, 1851. Vgl. auch J. VENEDEY, Polenfrage, 1863, S. 23f.

dieser hohen Meinung über die Wirkung des Einzelnen, und sei er auch nur ein Rufer in der Wüste, folgten eine latente Geringschätzung organisierter politischer Interessen und ein staatsferner und staatskritischer Politikbegriff, den Ruge so formuliert hat: »Keine Regierung hat eine positive Macht; sie kann weder denken, noch entdecken, noch erfinden, noch fühlen oder dichten: wo also etwas für die Menschheit geschehe, wo humane Gedanken und edlere Gefühle über ein Volk kommen sollen, da müssen es die Einzelnen thun und in der Stille ihres Kopfes und Herzens die neuen Keime ziehen.«³

Die politische Funktion des unabhängigen Einzelnen hing eng mit dem Topos von der politischen Authentizität und Unverdorbenheit des »Volkes« zusammen, dessen angebliche Vorstellungen somit zu einer Richtschnur politischen Handelns wurden. Biedermann verstand sich daher als »Dollmetsch der patriotischen Stimmungen und Gesinnungen« im Volk, die den abgehobenen Staatsmännern vermittelt werden mußten. Politiker aus der Paulskirchenlinken ergriffen häufig im Namen des »Volkes« den Regierungen, »Staatsmännern« oder Fürsten gegenüber das Wort. Sie gaben damit vor, höhere Werte als die Partikularinteressen von Einzelstaaten, Parteien oder Klassen zu vertreten. Somit stand hinter dem Kult des Einzelnen, der Wahrheiten öffentlich zu vertreten habe, die Überzeugung, eine integrierende Funktion zu übernehmen, da man, anders als die in Organisationen und Institutionen eingebundenen Politiker, das »Ganze« im Auge habe. Auch wegen dieses Rollenverständnisses erschien vielen die Publizistik als das geeignetste politische Betätigungsfeld.⁴

In der Selbstsicht als überzeugungstreue Außenseiter – Ruge rechnete sich zum »Pariastand der Einzelnen« – war Kampf eine zentrale Kategorie. Johann Nepomuk Bergers gereimtes Resumée hätten auch viele seiner Parlamentskollegen als Motto wählen können:

³ Fetzer an Venedey 23. 5. 1865 (BA 90 Ve 1/16); ähnl. M. Mohl bei der Göppinger Versammlung (Beobachter 10. 4. 1851, S. 338); Ruge an Legationsrath B. (BLHA 12528, Bl. 139).

⁴ J. N. BERGER, Nachlaß, 1879, S. 7; Ruge an M. Duncker 26. 5. 1859 (GStA, publ. in: M. DUNCKER, 1923, S. 118f.); K. BIEDERMANN, Savoyer Frage, 1860, S. 8f.; E. A. ROSSMÄSSLER, Mein Leben, 1874; Mammen, Sächs. LT 16. 8. 1864 (zit. nach F. v. MAMMEN, 1935, S. 307); Jacoby, HdA 24. 1. und 12. 6. 1865; E. A. ROSSMÄSSLER, Antrag, 1863; H. WUTTKE, Zeitschriften, ³1875, S. 15; C. GISKRA, o. J., S. 5; E. THURNHER, 1987, S. 46 (J. P. Fallmerayer an Streiter 13. 2. 1850); W. LÖWE, Fichte's politische Bedeutung, 1862, S. 43f.; C. VOGT, Politische Briefe, 1870, S. 7 und 19; Wydenbrug an F. v. Augustenburg 19. 1. 1870 (BA FSg. 1/16); M. Gärtner an C. Mayer, September 1860 (NL Näf); L. BAMBERGER, Vorwort, 1860, S. 3; J. VENEDEY, Demokraten, 1850; DERS., Lüge, 1869. Venedey sah sich mit Vorliebe als Vertreter des »gesunden Menschenverstands«, also wiederum des »Volkes«, auch wenn er damit politisch zwischen alle Fronten geriet: etwa Venedey an Ring, 24. 8. 1870 (SUBF); J. VENEDEY, Arbeiterbewegung, 1869, S. 11f.

»Ein Leben war's des Kampf's
Voll Ringen und Entsagen,
Ein schmerzlich' Wechselspiel
Von Schlagen und Ertragen.«

Aus der Stilisierung zum Einzelkämpfer folgte auch die Vertretung eines männlichen Ehrbegriffs. So betonte Fröbel in seinem Abschiedsbrief an seine Wähler, er gehe nicht aus Feigheit oder Pflichtvergessenheit ins Exil, sondern allein aus der rationalen Abwägung, daß sein Bleiben »zwecklos« sei. »Männliche Entschiedenheit, [...] Verteidigung der einmal eingenommenen Position bis zum letzten Athemzuge – das ist es, was zum Siege verhilft.« So faßte Venedey in einer Abrechnung mit der jüngeren Politikergeneration paradigmatisch zusammen, wie sich viele achtundvierziger Veteranen sahen und warum sie weiterhin eine Führungsrolle beanspruchten: »Die Klügler, die Diplomaten, die Rechnungsträger, die Tüftler, die Springer, die Halben [...] – die gehören vor Allem nicht an die Spitze der Kämpfer [...]. Die deutsche Nation wird etwas nur durch das Beispiel kalten Muthes, stolzer Männlichkeit, ruhiger Charakterfestigkeit in den Vorkämpfern ihrer Sache.« Zu den Normen der Mannhaftigkeit, die die Oppositionellen aus der Nationalversammlung in besonderem Maße zu erfüllen beanspruchten, weil sie in vielen politischen Fragen im Konflikt mit den herrschenden Normen standen, zählten vor allem: die Gleichsetzung von Männlichkeit mit Vernunft, Nüchternheit und Einsicht in die Notwendigkeit, das Verschweigen eigener Abhängigkeit von anderen sowie ein Kult der Konsequenz, die selbst dann positiv bewertet wurde, wenn ihr Preis politisches Scheitern war.⁵

Auch politisch spielte die Bezeichnung bestimmter Verhaltensweisen, aber auch bestimmter positiv aufgefaßter Volkscharakteristika als »männlich« eine große Rolle. So erklärte Karl Biedermann »Männlichkeit«, die er

⁵ J. FRÖBEL, Die Bildung und die Revolution, 1849; ders. an C. v. Bülow 13. 12. 1867 (StabiM); J. VENEDÉY, Grundübel, 1864, S. 21 f.; ähnl. C. MAYER, Osterversammlungen, 1864, S. 310; Ruge an M. Duncker 26. 5. 1859 (GStA, publ. in: M. DUNCKER, 1923, S. 118); Raveaux an C. Mayer 4. 12. 1849 (NL Näf); Reinstein an seinen Bruder 22. 6. 1859 (BA FSg. 1/18); Mammen, Sächs. LT 29. 2. 1864, S. 844; J. Fröbel, SP 3. 9. 1868; C. MAYER, Märzfeier, 1873; DERS., Klatsch, 1874, S. 203: »bei Vischer [blieben] ebenso wie bei Strauß die politischen Mannesorgane in rudimentärer Verkümmern zurück«; Fetzer an Venedey 12. 10. 1860 und 29. 7. 1864 (BA 90 Ve 1/16); H. WUTTKE, Pro Patria, 1863, S. 5; F. NÄGELE, Standpunkt, 1849; C. VOGT, Offener Brief, 1850. Nur wenige Ausnahmen stehen quer zu diesem Männlichkeits- und Ehrbegriff – etwa die zärtlich-weichen Freundesbriefe Ludwig Simons an Hartmann vom 2. 12. 1854 und 1. 3. 1855 (SLB Wien, s. Kap. IV. 1). Vgl. auch C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 305.

Zum Hintergrund U. FREVERT, 1995, S. 203, 207, 229 und 264 ff. Sie zitiert Venedey, Jacoby und Heinrich Simon, der 1828 seinen Freund Bode bei einem Duell erschossen hatte, mit Äußerungen, die sie als konforme Vertreter des zeitgenössischen Begriffs der Männerehre, die im Duell verteidigt werden mußte, ausweisen. Vgl. auch M. HETTINGER, 1994, S. 340. Der Artikel in GGr und Frevert, Ehrenmänner, helfen, wenn es um den Bedeutungsinhalt des bürgerlichen Ehrbegriffes im 19. Jahrhundert jenseits von sozialer Abgrenzung (»Satisfaktionsfähigkeit«) und Liebeshändeln geht, allerdings nicht weiter. Vgl. jedoch M. WEBER, Wirtschaft und Gesellschaft, ⁵1980, S. 535.

mit Patriotismus gleichsetzte, zur entscheidenden Voraussetzung für das Gelingen der deutschen Staatsbildung: »Wehe dem Volke, dem jener höhere Prometheusfunke der Begeisterung, der Männlichkeit, des Patriotismus abhanden kommt, ohne welchen ein Volk keine Nation mehr ist, sondern nur noch eine tote Masse und nicht viel besser, als eine Heerde Vieh!« In dieselbe nationalistische Kerbe schlug auch Venedey, der ein »alles Aechtdeutsche durchwehendes Mannesgefühl« konstatierte. Zur militaristischen Apotheose steigerte sich sein Männlichkeitskult im deutsch-französischen Krieg: »Wer in Deutschland ›Friede! Friede!‹ heult und wimmert, so lange der Franzose ›Krieg! Krieg! auf Leben und Tod!‹ erwidert, der ist – ein Weib oder ein Verräter.«⁶ Solche Tiraden sind häufig ein Indiz für die Verlagerung einer privaten »Gefühlsmisere« in den politischen Bereich und als Kompensation für Ängste zu verstehen, die aus der Erfüllung des Männlichkeitsideals resultierten.⁷

Das von der Paulskirchenlinken mitgetragene Verständnis von »Mannesehre« war trotz mancher aus dem aristokratischen Ehrenkodex stammender Elemente ein spezifisch bürgerlicher Wert, mit dessen vorbildlicher Verkörperung der Anspruch auf politische Führungspositionen legitimiert wurde. In kaum einem Punkt war sich die Paulskirchenlinke nach 1849 so einig wie im Kampf gegen Adelsprivilegien im Militär, im Staatsdienst und in den Parlamenten. Jenseits sonstiger Differenzen strebten Linksliberale und Demokraten eine »bürgerliche Gesellschaft« an. Nur mit Hilfe von »Freiheitsgefühl und Bürgerstolz« sei die »nationale Wiedergeburt« möglich, meinte Ludwig Simon. Bamberger, Ruge und Löwe pflichteten ihm bei: Da die Aristokratie »unnational« sei, könne der Nationalstaat nur ein bürgerlicher sein. Giskra postulierte: Nur ein Stolz sei »menschenwürdig und edel«, nämlich der des »Bürgers und Ehrenmannes«.⁸

Der hohe Stellenwert, den die Wahrung ihrer »Ehre« für ihr Selbstbild, ihren Nimbus in der Öffentlichkeit und damit für die Ungebrochenheit ihrer politisch-persönlichen Identität hatte, zeigte sich auch an der Diskussion um die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Paulskirchenlinke auf

⁶ K. BIEDERMANN, *Savoyer Frage*, 1860, S. 35; DERS., *Frauenbrevier*, 1856, ist eine Fundgrube für Stereotypen zu Männlichkeit und Weiblichkeit im liberalen Diskurs der Jahrhundertmitte (vgl. dazu auch demn. die Dissertation von Páll Björnsson: »Liberalism and the Making of the ›New Man‹. The Case of Gymnasts in Leipzig 1845–1871«); J. VENEDY, *Treitschke*, 1866, S. 36; DERS., *Friedensheulerei*, 1871.

⁷ Dies geschieht exemplarisch anhand von vorzüglichem Quellenmaterial für Vischer bei A. HAUSER, 1987. Es ließe sich – bei Vorhandensein entsprechender Zeugnisse – wohl auch für andere liberale Männer des 19. Jahrhunderts zeigen.

⁸ L. SIMON, *Wort des Rechts*, 1849, S. 43 (Zitat); DERS., *Constitutionalismus*, 1861, S. 7 ff., 23 (Zitat) und 28; L. BAMBERGER, *Über Rom und Paris*, 1866, S. 9 (Zitat) und 35; AAZ-W 27.4.1867 (M. Hartmanns Leitartikel); A. RUGE, *Rückschlag*, 1859, S. 863 und 866; W. LÖWE, *Wahlrede* (VossZ 29.8.1867); B. BURGEMEISTER, 1958, S. 65; C. GISKRA, o.J., S. 24; gegen Adelsprivilegien, S. 29 (Zitat); J. VENEDY, *Südbund*, 1867, S. 13; J. JACOBY, *Schriften*, Bd. II, 1872, S. 195 ff.; A. RUGE, *Politik*, 1868, S. 4; Gegensatz Militärgeist-Bürgertum; Kolb, Bayr. LT 16.7.1870: für bürgerliche Militärverfassung.

eine Amnestie eingehen könne. Schon die Tatsache, daß sie in dieser Beziehung überhaupt Bedingungen stellten, zeigt, daß die emigrierten Abgeordneten sich nicht als Objekte fürstlicher Gnadenerweise, sondern als deren moralisch überlegene Antagonisten fühlten.

Als sich zu Beginn der »Neuen Ära« in Preußen Gerüchte verdichteten, anläßlich seiner Thronbesteigung werde König Wilhelm eine Amnestie für alle Achtundvierziger erlassen, und die liberale Öffentlichkeit derartige Bestrebungen begrüßte, begann Heinrich Simon Verhandlungen mit Rudolf v. Auerswald, dem starken Mann in der neuen, gemäßigt konservativen Regierung. Selbstbewußt erklärte er für die Paulskirchenlinke: »Nur in einer Weise kann und darf die Amnestie erfolgen: unbedingt, ohne jeden Vorbehalt und in versöhnendster (!) Form.« Jede Art der Begnadigung, erst recht eine an Bedingungen wie ein Reue- oder Schuldbekennnis geknüpfte, werde »von allen edlen Männern« als »Demüthigung, ja Entwürdigung« empfunden und in öffentlichen Protesten zurückgewiesen werden. Die apodiktische Form, in der Heinrich Simon als Emigrant und ohne politisches Amt, aber als einer der anerkanntesten Köpfe der Paulskirchenlinken⁹, dem Leiter der preußischen Politik Bedingungen stellte, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Wertesystem und Selbstverständnis der Achtundvierziger. Sie fühlten sich nach wie vor absolut, historisch und juristisch, im Recht und betrachteten, wie Heinrich Simon es formulierte, ihre Niederlage und ihre daraus folgende Kriminalisierung und Verbannung nur »als ein thatsächliches Verhältniß, das von einer Übermacht über mich verhängt worden, [...] welches ich daher sich verändern sehen werde, ohne mich irgend wem zu Danke verpflichtet zu fühlen«. Die preußische Regierung hatte in den Augen der Paulskirchenlinken mit dem Staatsstreich vom November 1848 und der Niederschlagung der Revolution die von ihr selbst im Frühjahr 1848 anerkannten Rechtsprinzipien verletzt und war damit für Ehrenmänner solange keine gleichwertige Verhandlungspartnerin, bis sie öffentlich ihr unrechtmäßiges Vorgehen eingestanden hatte.

Aufgrund ihres Bürgerstolzes und Ehrbegriffes verlangten insbesondere die emigrierten Paulskirchenlinken die Anerkennung der Rechtmäßigkeit ihres Handelns während der Revolution. Das Unrecht lag in ihren Augen auf seiten der Fürsten und deren Helfer, die Versprechen gebrochen und rechtmäßig zustandegekommene Verfassungen und Gesetze aufgehoben hatten. Aus dieser Überzeugung, kein Unrecht getan zu haben, resultierten ihr ungebrochenes Ehrgefühl und ihre Erwartung, daß die andere Seite die Anschuldigungen ohne Gegenleistungen fallen lassen werde und im griechischen Wortsinn »amnestiere«, nämlich vergesse. Deshalb war der von den Regierungen vorgeschlagene Weg, individuell um Begnadigung zu bitten, in ihren Augen unannehmbar. Die einzige Instanz, die die Paulskirchenlinke als Richterin über ihr Verhalten während der Revolution anerkannte, »die

⁹ H. BLUM, *Todtenfeier*, 1862, S. 734: Stilisierung Heinrich Simons zum »Modell der Bürger, die wir erwarten«, durch Hartmann.

Nation«, sah sie eindeutig auf ihrer Seite, da ihnen in den Wahlen von 1848 »Hunderttausende ihr öffentliches Wohl und Wehe anvertraut« hatten. Alle zur Beurteilung der Revolution relevanten Instanzen wählte Heinrich Simon auf der Seite der Linken: die Geschichte, das absolute, übergesetzliche Recht und die Nation.¹⁰

Ähnlich selbstbewußt verlangte Arnold Ruge, die deutschen Staaten müßten, wenn sie die Rückkehr der Achtundvierziger wünschten, nicht nur eine bedingungslose Amnestie erlassen, sondern zugleich einen politischen Zustand schaffen, mit dem »ein Europäer des 19. Jahrhunderts sich zufrieden geben, in dem er wenigstens die Anlage zu einem freien Gemeinwesen und zur Abschaffung der Soldatenwirtschaft und des Polizeistaates findet.« Wer sich so absolut im Recht sah und den Erfolg der Gegenseite aufgrund der Einsicht in die vermeintlichen Gesetze der Geschichte nur als Pyrrhussieg betrachtete, für den wurde es zur Frage der Ehre, einen Gegner, mit dem es keine gemeinsame Basis gab, nicht um Gnade zu bitten. So klagte August Reinstein 1859 bitter, daß es in Preußen Gerüchte gebe, er werde amnestiert. Dies sei für ihn außerordentlich verletzend, weil es bedeute, in der Öffentlichkeit werde angenommen, daß er um Begnadigung eingekommen sei – »und das tut keines der alten Parlamentsmitglieder«. ¹¹ Die Paulskirchenlinke war zutiefst davon überzeugt, die Elite eines anderen, besseren, künftigen Deutschland zu sein. Nur wenn sie ihre »Ehre« entsprechend, also nach den Maßstäben freier, bürgerlicher Männer, bewahrte, konnte sie dem Volk und der Geschichte gegenüber dieser Rolle gerecht werden.

Die bedingungslose Ablehnung jeglicher Gnadenakte war eine spezifische Haltung der Paulskirchenlinken. Sie stieß in der deutschen liberalen Öffentlichkeit auf viel Kritik und Unverständnis. Dort herrschte die Meinung vor, auch die Führer von 1848/49 hätten »Schuld« und »Irrthum« anzuerkennen und würden dafür im Gegenzug amnestiert. In einer einstimmig angenommenen Resolution zur Amnestiefrage sprach etwa die erste Generalversammlung des Nationalvereins von »Fehlern aller Parteien«, die den »blutigen Bürgerkrieg« des Jahres 1849 ausgelöst hätten.¹² Hingegen stand die Paulskirchenlinke auf dem Standpunkt, zwar taktische und strategische Fehler begangen zu haben, aber historisch und politisch absolut im Recht zu

¹⁰ H. Simon an R. v. Auerswald 8. 7. 1860, ähnl. auch bereits an eine Freundin [Fanny Le-wald?] 18. 11. 1858 (J. JACOBY, Heinrich Simon, ²1865, S. 348 und 361 ff.). Vgl. H. Simon an Jacoby 30. 6. 1861 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 151). K. MEINEL, 1928, S. 264 ff.

¹¹ A. RUGE, Amnestie, 1860, S. 24; Reinstein an seinen Bruder 18. 3. 1859 (BA FSg. 1/18). Ähnl. W. Löwe an C. Mayer 16. 1. 1857 (NL Näf); C. MAYER, Notizen, S. 21 (DLA A:Mayer d. J. 32532); W. SCHULZ-BODMER, Schriften, S. 213; Hess. LT, Beil. 280/1851 (Reh); F. T. VISCHER, Kritische Gänge, ²1920, S. 95 ff. und 103; L. SIMON, Constitutiona-lismus, 1861, S. 31. Brentano (ISZ 9. 9. 1862) verwies in einem noch anderen Sinne auf einen Ehrenstandpunkt bei der Rückkehr der Emigranten, der die Distanz der in die USA gegangenen Achtundvierziger zu Deutschland verdeutlicht: Sie würden als »Adop-tivbürger [...] sich des schwärzesten Undanks schuldig machen«.

¹² Robert Prutz' Kommentar zu A. RUGE, Amnestie, 1860: DMU 10/II (1860), S. 21; NV I, 1860, S. 38. Vgl. Der Deutsche Nationalverein, 1993, S. 65.

sein. Bis Mitte der 1860er Jahre herrschte die Meinung vor, jedes Zugeständnis in dieser Frage beflecke ihre »Ehre« und gefährde ihren Nimbus als Volksmänner. So weigerte sich Ludwig Bamberger, seine Mutter vor deren Tod noch einmal zu besuchen, da ihm die hessische Regierung die Einreise nur gestattete, wenn er sich jeder öffentlichen Äußerung enthielt. Carl Mayer fand diese stolze Attitüde »natürlich«. Auch Ludwig Simon verzichtete für immer auf eine Rückkehr, weil sie nur über ein Gnadengesuch möglich gewesen wäre.

Moritz Hartmann brach auf Bitten seiner Familie aus dieser Phalanx des Stolzes aus und bat 1855/56 den österreichischen Kaiser »ohne Reuebekenntniß« um die Erlaubnis, zurückkehren zu dürfen. Seine Mutter wollte ihn unbedingt noch einmal sehen, und Hartmann gab dem Wunsch nach, um sich, wie er formulierte, neben körperlichen Leiden, die er auf seine Heimatlosigkeit zurückführte, nicht »noch einen Krebs in die Seele [zu] setzen, an dem ich gewiß zugrundegehen würde«. Obwohl sein Antrag erfolglos blieb, mußte er sich noch Jahre später aus den Reihen der Parlamentskollegen vorhalten lassen: »Ein Mann bettelt nicht um Gnade.«¹³ Die Härte gegen sich selbst, die den Emigranten ihre Pflichtethik, ihr Streben nach Konsequenz und die Wahrung ihrer männlich-bürgerlichen »Ehre« aus der Paulskirchenlinken abverlangten, führte zu solcher Stigmatisierung abweichenden Verhaltens. Wer sich nicht an die gemeinsamen Normen hielt, konnte unter den Außenseitern, die »Ehre«, Männlichkeitskult, Stolz und Vorbildlichkeit auch als Schutzpanzer gegen die Unbillen eines Verfolgenschicksals brauchten, leicht wiederum zum Außenseiter werden. Waren die Mitglieder der Paulskirchenlinken infolge ihres politischen Engagements in vielfacher Hinsicht Außenseiter, so zeigten sie sich in ihrem sozialen Rollenverständnis und ihrer Selbstinszenierung als normale bürgerliche Männer des 19. Jahrhunderts. Für die meisten von ihnen galt, daß Radikalität und Opposition sich auf spezifische, von ihren politischen Überzeugungen geprägte Bereiche ihrer Lebensführung beschränkten, denen auf anderen Gebieten konventionelle Formen und Vorstellungen gegenüberstanden.

Da ihr Führungsanspruch in der Öffentlichkeit nicht mehr anerkannt wurde, empfanden sich die alten Frankfurter Parlamentarier in den 1860er Jahren, unabhängig davon, welchem politischen Lager sie sich angeschlossen hatten, häufig als Vertreter unzeitgemäß gewordener, von ihnen aber weiterhin für richtig gehaltener Ideen. Sie entwickelten in diesem Zusammenhang einen gewissen Hochmut, der für die Haltung von Protagonisten einflußreicher politischer Bewegungen gegenüber den nachwachsenden Generationen typisch ist. »Bei aller Bescheidenheit«, schrieb Carl Nauwerck 1860 aus Zürich an Carl Vogt, »müssen wir Achtundvierziger uns gestehen, daß wir noch kaum ersetzt sind. Alle mündlichen und schriftlichen Mittheil-

¹³ C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 312 (Bamberger); VZ 5.6.1861 (über L. Simon); Hartmann an Hiller 19.8.1855, an A. Troubetzkoi ??.1856 (M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 70 ff.); A. KOLATSCHEK, Zur Abfertigung, 1860 (Zitat).

lungen, die ich und andere hiesige Freunde aus Deutschland empfangen, stimmen darin überein, daß daheim sehr geringer tüchtiger Nachwuchs zu verspüren ist und daß wir Alten weit weniger vergessen sind, als es mitunter scheint. Die studirte Jugend aus den schlimmsten Reaktionsjahren soll meist unter aller Kritik sein: kein Gedanke über Amt und Brod und Genußleben hinaus.«¹⁴

Der Hochmut gegen die nachgewachsene Politikergeneration ging einher mit einer Empfindlichkeit, wenn die Bedeutung der Achtundvierziger in der Öffentlichkeit in Frage gestellt wurde. Friedrich Rödinger bezeichnete sich in der Debatte im württembergischen Landtag um den Eintritt in den preußisch-deutschen Krieg »als einen Veteranen des Jahres 1848«, aber »weil ich ein Veteran bin, bin ich doch noch lange kein Invalide. [...] Und wenn auch die jüngere Generation von den Grundgedanken des Jahres 1848 in etwas abweicht, so läßt mich dies doch nicht an der Sache verzweifeln, denn mit der rechten Zeit finden sich auch die rechten Leute auf dem rechten Punkt wieder zusammen.« Unbeirrtes Festhalten an den einmal als richtig erkannten Positionen führte häufig zu demonstrativem Rückzug, falls man sich nicht durchsetzte. Rödingers mittlerweile nationalliberaler Parlamentskollege Carl August Fetzer schrieb 1867 an seinen, der jüngeren Politikergeneration angehörenden Parteifreund Hölder kassandrahaft und unter Verweis auf das Gleichnis vom jungen, allzu stürmischen Ikaros, warum er aus dem Landeskomitee der Partei austrete: Das von ihm vertretene Programm bundesstaatlicher Einigung Deutschlands werde »fast nur noch als eine alte, bei der nächsten Gelegenheit zu beseitigende Schrulle« angesehen. Er wolle aber in der Partei »auch nicht, selbst wenn ich es könnte, ein Bleigewicht bilden. [...] Ich [bin] eben ein alter, von tausend Bedenklichkeiten erfüllter und allzuschwer sich von denselben losmachender Pursche geworden und will niemand zumuthen, daß er nicht mit weitausgebreiteten Flügeln der neuen Sonne entgegenfliegt.«¹⁵

Wurde der größere politische Erfolg der nachfolgenden Politikergeneration auch im Allgemeinen durch Stolz auf die eigene Konsequenz und Unbeugsamkeit kompensiert, so klang doch zumindest in privaten Äußerungen und mit zunehmendem Alter auch das resignierte Gefühl durch, einer »übersprungenen Generation« (W. Mommsen) anzugehören. Arnold Ruge reagierte mit solcher Enttäuschung, als ihn nach dem von ihm propagandistisch unterstützten Sieg von 1866 niemand nach Preußen rief, um eine

¹⁴ Nauwerck an C. Vogt 3. 10. 60 (BPU 2191). Vgl. N. TITUS, Nachruf, 1865.

¹⁵ Württ. LT 6. 6. 1866, S. 104; Fetzer an Venedey 8. 4. 1864 (BA 90 Ve 1/16); ders. an Hölder 3. und 8. 4. 1867 (Württ. LB fol. 880/VIII); Jacoby an Berliner Deputation 19./20. 5. 1862 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 224): »besser, daß man mich des Eigensinns als des Wankelmuts zeihet«. Fetzer thematisiert das Grundvertrauen der Paulskirchenlinken untereinander trotz politischer Gegensätze in seinem Brief an Venedey vom 12. 5. 1867 (BA 90 Ve 1/16). Vgl. auch die Nachrufe auf H. Simon von L. Simon (Beobachter 26. 8. 1860) und Hartmann (VZ 28. 8. 1860). Für einen bezeichnenden Generationskonflikt innerhalb der Demokratischen Volkspartei vgl. Beobachter 4. 2. 1869.

beratende Funktion in der Administration oder eine Professur, wenigstens ein Reichstagsmandat zu übernehmen. Und der fast 70-jährige Carl Mayer schrieb 1887 an seinen Freund Carl Vogt, daß es ihn »sehr gerührt« habe, als auf dem Dreikönigstreffen der württembergischen Volkspartei ein junger Delegierter eine Schrift Vogts von 1871 zitiert habe, in der dieser vor der Annexion Elsaß-Lothringens gewarnt hatte: »So geht hie und da noch ein Körnchen von der Saat auf, die wir gesät haben. Aber im Ganzen stimmt es mich doch sehr herab, daß wir so alt geworden sind und wahrscheinlich auch abgehen werden, ohne je gesiegt zu haben.«¹⁶ Die aus ihrem Fortschrittsglauben resultierende Sicherheit, auf der »richtigen« Seite zu stehen und, wenn schon nicht 1848/49, so doch bei der nächsten Revolution siegreich zu sein, hatte die meisten Mitglieder der Paulskirchenlinken zeitlebens politisch aktiv gehalten und hatte psychisch viele Nachteile kompensiert. Nun – am Ende ihres Lebens – festzustellen, daß sie nie siegen würden, erfüllte viele mit Bitterkeit.¹⁷

¹⁶ Ruge an Bamberger 10. 1. 1867 (BA 90 Ba 3/117); vgl. A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 278 ff.; C. Mayer an C. Vogt 17. 1. 1887 (BPU 2190). Ähnlich bereits ders. am Becher 17. 6. 1850 (HStAS); Kolatschek an C. Vogt 24. 6. 1853 (BPU 2192); Fetzer an Venedey, o. D. [1857] (BA 90 Ve 1/16); C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 301; auch N. TITUS stilisierte in seinem Nachruf auf Mohr (1865) das Unterlegensein der Paulskirchenlinken zum Ausweis ihrer Unbeugsamkeit, indem er den catonischen Wahlspruch »*Victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni*« (Die siegreiche Sache war den Göttern wohlgefällig, Cato aber die unterlegene) als Lebensmotto Mohrs anführte. »Übersprungene Generation«: W. MOMMSEN, Stein – Ranke – Bismarck, 1954, S. 291; J. W. BOYER, 1981, S. 24 f., spricht von »missing generation«.

¹⁷ Vgl. auch Bambergers Abrechnung mit einem Jahrzehnt nationalliberaler Reichsgründung (L. BAMBERGER, Schriften, Bd. V, 1897, S. 39 ff.) oder Theodor Mommsens berühmtes politisches Testament (vgl. C. JANSEN, Theodor Mommsen, 1995).

Zweiter Teil

**Zwischen Hoffnung auf eine zweite Revolution
und politischer Neuorientierung**



Märzvereinsversammlung im Gasthaus zum Wolfseck zu Frankfurt a. M. am 6. Mai 1849 (Holzstich 1849)

In der ersten Reihe sind zu erkennen (v.l.n.r.): die bekannte Parlamentarier-Persiflage »Abg. Piepmeyer«, mit deren Zitierung sich der Karikaturist vom Märzverein distanziert, sowie Franz Zitz, Carl Vogt, Emil Adolph Roßmäßler, Johann Adam v. Itzstein, Hugo Wesendonck, Adolf Rösler, dann sitzend Jakob Venedey, weiter rechts sitzend wahrscheinlich August Rühl und Karol Libelt, am rechten Bildrand sicher Ludwig Simon. Im Hintergrund findet sich Julius Fröbel als Versammlungsleiter, am Rednerpult möglicherweise Heinrich Simon und rechts, als überlebensgroßes Porträt der zum Märtyrer der demokratischen Bewegung stilisierte Robert Blum.

Das allmähliche Ende der Revolution

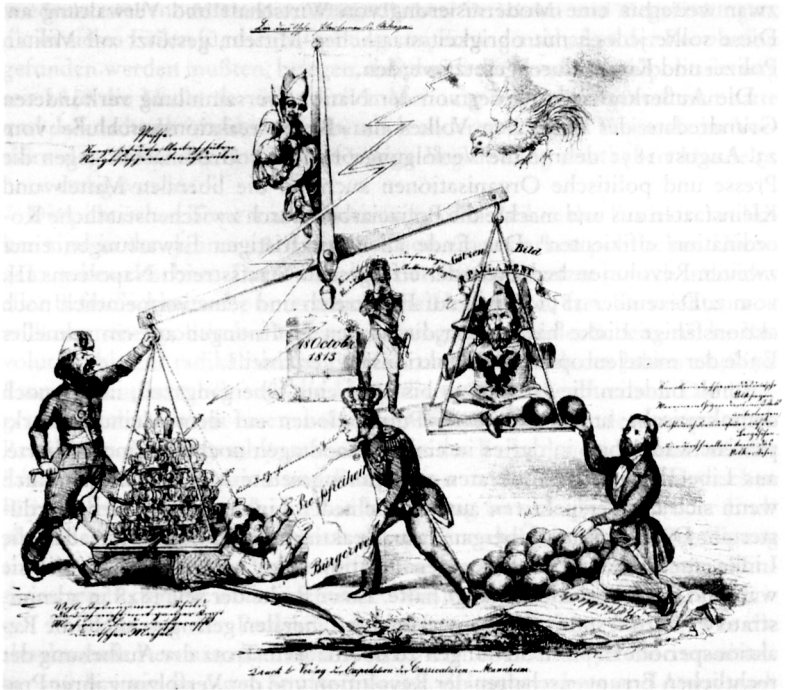
Als am 23. Juli 1849 die Festung Rastatt kapitulierte und die militärische Niederlage der deutschen Revolution besiegelt war, befanden sich die Mitglieder der Paulskirchenlinken entweder bereits im Exil, oder sie waren in ihre Heimatstaaten zurückgekehrt, wo viele von ihnen Landtagsmandate wahrzunehmen hatten oder nach dem Ende ihrer Verpflichtungen in der Nationalversammlung neu übernahmen. Ob, wie und in welchen Zusammenhängen sie sich weiter politisch engagierten und welche Positionen sie dabei bezogen, hing nicht nur von ihrer Zugehörigkeit zu Fraktionen, Parteien und anderen Organisationen, sondern schlicht auch davon ab, ob sie sich im Ausland oder im Bundesgebiet befanden. Die Emigranten waren auf publizistische Interventionen beschränkt. Ihre Genossen im Lande hatten, je nachdem, in welchem Bundesstaat sie sich befanden und wie sehr sie der politischen Verfolgung ausgesetzt waren, vielfältigere Optionen: In einzelnen Fällen konnten sie in leitenden administrativen Positionen weiterarbeiten oder gar noch in der zweiten Jahreshälfte 1849 in solche aufsteigen. Wenn sie wollten, konnten sie ihre parlamentarische Tätigkeit auf einzelstaatlicher Ebene fortsetzen. Denn wenn Mitglieder der Paulskirchenlinken bei den zahlreichen Landtagswahlen der Jahre 1849/50 kandidierten, wurden sie als überregional bekannte Persönlichkeiten in der Regel auch gewählt. Oder sie konnten sich wie die Exilierten auf publizistisch-appellative Politik beschränken.

Die Jahre 1849 bis 1851 lassen sich politisch als eine Zeit des Übergangs charakterisieren. Die Vorstellung, mit dem Ende der Nationalversammlung im Juni oder der Kapitulation von Rastatt im Juli sei »die Revolution« zu Ende gewesen, stimmt jedenfalls mit der Wahrnehmung der Zeitgenossen nicht überein. Einerseits begann die Niederschlagung der Revolution bereits im Herbst 1848 mit der Unterwerfung des Wiener Aufstandes und dem Staatsstreich in Preußen. Spätestens damit gelangten die Mächte der Gegenrevolution wieder in die Offensive. Andererseits wurde das Ende der Aufstände in Südwestdeutschland innerhalb der bürgerlichen Linken recht unterschiedlich bewertet: Die Linksliberalen und selbst ein Teil der Demokraten begrüßten die Kapitulation von Rastatt als Niederlage radikaler Abenteurer und hofften, daß sich dadurch die Rahmenbedingungen für die eigenen, reformerischen Initiativen wieder verbesserten. Die Linksradi-kalen sahen in ihr eine verlorene Schlacht, die aber angesichts der fort-dauernden Aufstände in Schleswig-Holstein, Italien und Ungarn keineswegs das Ende der europäischen Revolutionen bedeuten mußte. Selbst das Scheitern der letzten Aufstände auf dem Territorium der Habsburgermonarchie wurde von den Optimisten auf der Linken ebenso wie von den Hardlinern in den Regierungen keineswegs bereits als Ende der Revolution betrachtet, die nach Ansicht vieler jederzeit wieder aufflammen konnte.

Allerdings ließen verschiedene Ereignisse seit dem Herbst 1849 das unmittelbare Bevorstehen einer zweiten Revolution immer unwahrscheinlicher werden und beraubten auch die gemäßigte Linke ihrer Hoffnung auf fortdauernde Reformchancen und schnelle Fortschritte in Richtung deutscher Einheit: Das österreichisch-preußische Interim vom 30. September 1849 bedeutete den Anfang der schrittweisen Wiederherstellung des am 12. Juli 1848 förmlich aufgelösten und von der Linken für überwunden gehaltenen Deutschen Bundes. Die Staatsstrieche des Jahres 1850, so in Sachsen in den ersten Junitagen, im Großherzogtum Hessen am 7. Oktober und in Württemberg am 6. November stießen ebenso wie bereits der preußische Staatsstreich vom November 1848 auf keinen nennenswerten Widerstand und zeigten die Revolutionsmüdigkeit der Bevölkerung bzw. ihre erfolgreiche Einschüchterung durch die wiedererstarkten Repressivorgane. In der Olmützer Punktation vom 29. November 1850 beugte sich Preußen endgültig Österreichs militärischer Macht. Dies zog nicht nur den Sieg der Reaktion in Kurhessen nach sich, wo die provozierende antirevolutionäre Politik der Regierung Hassenpflug (»Hessenfluch« nannte ihn die Opposition) breiten Widerstand ausgelöst hatte. Sondern Preußen beendete auch sein halbherzige Eintreten für die Aufständischen in Holstein und Teilen Schlesiens, die unter Berufung auf das nationale Selbstbestimmungsrecht eine Trennung von Dänemark anstrebten. Die Olmützer Punktation bedeutete schließlich den Schlußstrich unter Preußens kleindeutsche Einigungspolitik im Rahmen der Deutschen Union, deren Verfassung sich zumindest partiell an den Beschlüssen der Paulskirche orientierte.

Am Widerstand der übrigen europäischen Großmächte wie der meisten deutschen Staaten scheiterte zur selben Zeit das österreichische Gegenprojekt zur Deutschen Union, als ersten Schritt zur Lösung der deutschen Fragen eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden. Das supranationale Konzept des aus Elberfeld stammenden österreichischen Ministers und liberalen Paulskirchenabgeordneten Karl Ludwig v. Bruck stellte eine Alternative zur nationalstaatlichen Politik dar, welche die Linke mehrheitlich befürwortete. Die Westmächte intervenierten gegen die Absicht Österreichs und Preußens, 1851 ihre gesamten Territorien dem Bund zu inkorporieren, was diesen erheblich vergrößert hätte und ein erster Schritt zu einer supranational-föderalen Neuordnung Mitteleuropas hätte sein können. Nicht zuletzt aufgrund des massiven Widerstands der europäischen Mächte wurden also im Deutschen Bund oberflächlich die vorrevolutionären Zustände wiederhergestellt.

Die Aufhebung der Ministerverantwortlichkeit, der Auftrag Kaiser Franz Josephs an seine Minister, die im März 1849 oktroyierte, aber noch nicht in Kraft gesetzte Verfassung auf ihre Praktikabilität zu prüfen, und die Abschaffung des Verfassungseids der Beamten bedeuteten im August/September 1851 für die Habsburgermonarchie das Ende der nachrevolutionären Reformära und leiteten den Übergang zum offen verfassungslosen Regime am 31. Dezember 1851 ein. Ein Teil der führenden Staatsmänner strebte



Die deutsche ParlamentenWaage (Monogramm AS. N., Kreidelithographie, 1848)

Diese Karikatur interpretiert Yasmin Doosry (in »1848: Das Europa der Bilder«. Ausstellungskatalog des Germanischen Nationalmuseums, Nürnberg 1998, Bd. 2, S. 231): »Als Vertreter der russischen Autokratie hält ein Kosake mit Hilfe eines Klerikers eine mit den Szeptern und Kronen der deutschen Fürsten beladene Waagschale fest. Sie begräbt den Deutschen Michel mitsamt seiner zu einer Waffe umgeschmiedeten Sense unter ihrer Last. Neben einem Gedenkstein der Völkerschlacht bei Leipzig steht die fuchsköpfige Verkörperung der Alten Ordnung, die an Kaulbachs Reinecke Fuchs erinnert. Sie bittet den Teufel Samiel: ›[...] hilf in diesen Tagen/das Volk in Ketten schlagen«. Der maskierte Friedrich Wilhelm IV. gibt Michel lächelnd das Versprechen der Pressefreiheit und Bürgerwehr, die dieser jedoch nicht ergreifen kann. Friedrich Hecker versucht, ihn aus seiner desolaten Lage zu befreien: Er schichtet Kanonenkugeln auf die zweite Waagschale mit dem ›Götzenbild«. Mit dem Kopf eines Wolfs, der die alten Eliten vertritt, eines Bischofs und eines blinden und armlosen Revolutionärs verkörpert es das Parlament [in der Paulskirche]. Seine Zweifel, es werde in seiner Zusammensetzung kaum gegen die geballte Kraft der Reaktionäre antreten, äußert Hecker in einem Appell zum bewaffneten Volksaufstand: ›Nur allein durch sie [die Kugeln] wird das deutsche Volk siegen./Wer einem Götzen dient[,] muß stets unterliegen [...]. [...] Mit seinem dichten allegorischen Zeichensystem ist dieses Blatt vorrevolutionären Darstellungskonventionen verhaftet. Das traditionelle Motiv der Waage, [...] verbildlicht [...] das Parlament als Teil eines komplexen, historisch determinierten Gesellschaftssystems.«

zwar weiterhin eine Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung an. Diese sollte jedoch mit obrigkeitstaatlichen Mitteln, gestützt auf Militär, Polizei und Kirche durchgesetzt werden.

Die Außerkraftsetzung der von der Nationalversammlung verkündeten Grundrechte des deutschen Volkes im »Bundesreaktionsbeschuß« vom 23. August 1851 dehnte die Verfolgungspraxis der Großmächte gegen die Presse und politische Organisationen auch auf die liberalen Mittel- und Kleinstaaten aus und machte die Polizeiarbeit durch zwischenstaatliche Koordination effizienter.¹ Das Ende aller kurzfristigen Erwartungen einer zweiten Revolution bedeutete der erfolgreiche Staatsstreich Napoleons III. vom 2. Dezember 1851. Denn auf Frankreich und seine vermeintlich noch aktionsfähige Linke hatten sich die letzten Hoffnungen auf ein schnelles Ende der mitteleuropäischen Reaktionsära gerichtet.²

Somit bildeten die Jahre 1849 bis 1851 eine Übergangszeit, in der noch demokratische und linksliberale Publikationen auf dem Meinungsmarkt präsent waren und in der es in einigen Landtagen noch reformorientierte, aus Liberalen und Demokraten zusammengesetzte Mehrheiten gab, auch wenn sich die Perspektiven aus der Sicht der Linken immer mehr verdüsterten. Der langsame Übergang zur Reaktion deutet darauf hin, daß die Linke nur nach und nach aus den Positionen zu verdrängen war, die sie während der Revolution erlangt hatte. Einer Reihe der seit 1848 in administrative Führungspositionen eingerückten Liberalen gelang es auch, die Reaktionsperiode in ihren Stellungen zu überdauern. Trotz der Aufhebung der rechtlichen Errungenschaften der Revolution und der Verfolgung ihrer Protagonisten konnte die Reaktion keineswegs die vorrevolutionären Zustände

¹ Grundlegend für den Liberalismus in der Übergangszeit 1849–51: J. P. EICHMEIER, 1968. Zum politischen Hintergrund auch: J. SPERBER, ²1995, insb. S. 238; W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 25 ff.; W. D. GRUNER, 1993, S. 135 ff.; M. BOTZENHART, 1977, S. 717 ff.; A. DOERING-MANTEUFFEL, 1989; E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. II, 1990, S. 883 ff.; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus in Deutschland*, 1988, S. 65 ff.; A. BERNSTEIN, 1881, S. 92 ff.; S. P. SCHEICHL/E. BRIX, 1999, insb. S. 77 ff.; P. M. JUDSON, 1996, S. 70 ff.; H. FRIEDJUNG, *Österreich*, Bd. I, ⁴1918, S. 441 ff. (er nennt den ersten, die Übergangsjahre behandelnden Band seines Werkes »Die Jahre der Revolution und der Reform 1848 bis 1851«); L. A. v. ROCHAU, 1972 [1853], S. 179 ff.; Löwe (HdA 23. 5. 1865, 1637) terminierte die »Niederlagen der Prinzipien der Freiheit« auf das Jahr 1850. K. BIEDERMANN, *Verein*, 1866, S. 362 ff., enthält eine eindrucksvolle Zusammenstellung der Reglementierung, der Vereine seit 1850 unterlagen. Zum Ende der badischen Revolution sehr detailliert: L. BRENTANO, *Die letzten Zuckungen*, ca. 1892. Zum Bundestagsbeschuß vom 12. 7. 1848: E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. II, ³1988, S. 632 f.; F. SCHUSELKA, *Interim*, 1849.

² Zu den Hoffnungen auf neue revolutionäre Impulse aus Frankreich s. u. sowie: W. GRAB, 1979, S. 338 (Schulz-Bodmer an Freiligrath 24. 9. 1851); H. REITER, 1992, S. 277. Der 2. Dezember 1851 als negativer Wendepunkt: DMu I. I. 1853, S. 1; A. RUGE, *Nach dem Kriege*, 1856, S. 225; Jh. 1857, S. 753; Jh. 1858, S. 1: die »Katastrophen von 1849 und 1851« als Ende der politischen Hoffnungen; C. VOGT, *Studien*, 1859, S. 28; L. BAMBERGER, *Des Michael Pro Schriftenwechsel*, 1860, S. 194; DSt 1860, S. 291 (Friedrich Kapp); H. NATHAN, 1915, S. 89.

wiederherstellen. Allein die umständlichen Verfahren und Begründungen, die in vielen Fällen für die Aufhebung von Errungenschaften der Revolution gefunden werden mußten, belegen, daß durch die Fundamentalpolitisierung seit 1848 die Macht der öffentlichen Meinung deutlich zugenommen hatte und daß dadurch in einer grundsätzlich anderen Art und Weise als im Vormärz die öffentliche und rechtsförmige Begründung staatlichen Handelns notwendig wurde.

Die politischen Texte und Initiativen aus den Reihen der Paulskirchenlinken sind in den Jahren 1849 bis 1851 von einer starken politischen Divergenz gekennzeichnet. Die Unklarheit der Situation setzte je nach individueller Befindlichkeit sehr unterschiedliche Hoffnungen frei. Sie reichten von vollkommener politischer Neuorientierung aufgrund des Scheiterns der Revolution bis zur radikalisierten Fortführung der Politik des Jahres 1848/49. Etwas vereinfacht läßt sich die Hauptdivergenz so beschreiben: Die Emigranten rechneten mit einem baldigen Wiederaufflammen der europäischen Revolution. In den geschlossenen Zirkeln des Exils, denen die unmittelbare Erfahrung der Repression und Resignation in den Staaten des Deutschen Bundes fehlte, setzte sich die Radikalisierung fort, die bereits in der Endphase des Frankfurter Parlaments mit der Entscheidung für die Beteiligung an den Aufständen der Reichsverfassungskampagne begonnen hatte. Hingegen tendierten die in den deutschen Staaten lebenden und weiterhin tätigen Politiker aus der Paulskirchenlinken zur Mäßigung. Für sie war die abnehmende Resonanz radikaler Ideen in der Bevölkerung ebenso unmittelbar spürbar wie die durch Strafverfolgung, Zeitungsverbote und Angst stark eingeschränkten Artikulationsmöglichkeiten. Die Chancen zur Durchsetzung weiterer Reformen verschlechterten sich rapide, und es konnte seit Herbst 1849 allenfalls darum gehen, einzelne Errungenschaften der Revolution zu retten.

Politische Radikalisierung in der Emigration

Nach einer Phase hektischer Aktivität während der Reichsverfassungskampagne und der anschließenden Bemühungen, den siegreichen Bundestruppen zu entkommen, begann für die Emigranten im Sommer 1849 ein ruhigerer, für viele allzu ereignisarmer Lebensabschnitt. Ihnen blieben vorerst nur publizistische Interventionen in die deutsche Politik. Zugleich erzeugten die plötzliche Ruhe und die völlig veränderte Lage bei vielen Emigranten, aber auch bei manchen im Deutschen Bund Gebliebenen das Bedürfnis nach Reflexion des Revolutionsjahres und einer Rechtfertigung des eigenen Handelns.

1. Publizistische Verarbeitung der Revolution

In einer Reihe von Grundsatztexten legten die Köpfe der Paulskirchenlinken nach dem Ende ihrer Tätigkeit in der Nationalversammlung Rechenschaft ab, analysierten die Lage und bestimmten die nächsten politischen »Aufgaben«.¹ Sie publizierten diese Reflexionen teils selbständig, teils in den wichtigsten politischen Zeitschriften. Das bedeutendste Organ der Linken nach der Niederschlagung der Revolution war die 1850 und 1851 erscheinende »Deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben«. Sie wurde vom österreichischen Donnersberg-Abgeordneten Adolph Kolatschek unter Mitarbeit seiner ehemaligen Fraktionsgenossen Karl Hagen in Heidelberg und Franz Hedrich in Prag redigiert. Die meisten Autoren der »Monatsschrift« befanden sich im Schweizer Exil. Die Herausgabe eines großen programmatischen Werkes über die »gegenwärtigen Aufgaben der Demokratie«, das Kolatschek 1851, nach dem Ende seiner Zeitschrift, zusammen mit Ludwig Simon und Wilhelm Löwe plante, scheiterte

¹ L. BAMBERGER, Lettre, 1850; K. BIEDERMANN, Wiedereinberufung, 1850; DERS., Germania, 1851–52; C. A. FETZER, Beiträge, 1851; K. HAGEN, Staatskunde, 1850; C. NAUWERCK, Reichsverfassung, 1850; DERS., Gegenwart, 1850; G. RIESSER, Bd. IV, 1868; A. RUGE, Gründung, 1849; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849; DERS., Revolution, 1850; F. SCHUSELKA, Interim, 1849; DERS., Das provisorische Österreich, 1850; DERS., Völker-Einigung, 1851; L. SIMON, Kritik, 1850; DERS., Confessionen, 1851; DERS., Stimmrecht, 1851; C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849; H. WUTTKE, Stand, 1850; H. A. ZACHARIÄ, Rechtswidrigkeit, 1850.

nicht nur an der politischen Verfolgung der Demokraten im Deutschen Bund, sondern auch an zunehmenden Differenzen innerhalb der Paulskirchenlinken.

Die »Deutsche Monatsschrift« erschien zunächst bei dem liberalen Stuttgarter Verleger Hoffmann. Da auch Württemberg 1850 zu einer reaktionären Pressepolitik übergang, wechselte Kolatschek zu einem Bremer Verlag, während er selbst in die Schweiz floh, um die Zeitschrift von Zürich aus zu redigieren, wo sich ohnehin seine wichtigsten Autoren aufhielten. Nach dem Bundesreaktionsbeschluß mußte die »Deutsche Monatsschrift« trotz überraschenden wirtschaftlichen Erfolgs das Erscheinen einstellen. Denn Kolatschek ging zu Recht davon aus, daß das kleine, liberale Bremen sich trotz der immer wieder betonten föderalen Struktur des Deutschen Bundes nicht länger der von den Großmächten erzwungenen repressiven Pressepolitik werde entziehen können. Der politische Einfluß der »Deutschen Monatsschrift« war nach Auskunft von Zeitgenossen bedeutend; Auflagenzahlen sind allerdings nicht bekannt. Kolatschek behauptete später, sie habe »die größte Zahl von Abonnenten, die je eine Monatsschrift in Deutschland besessen«, gehabt. Nach dem Ende der Zeitschrift war die Enttäuschung unter den Emigranten groß, da sie damit die letzte Möglichkeit einbüßten, die deutsche Öffentlichkeit direkt zu beeinflussen. Vielfach wurde das Scheitern als persönliches Versagen Kolatscheks gewertet. Alle Versuche, ein Nachfolgeorgan zu gründen, blieben jedoch bis Herbst 1856 erfolglos, so daß man den Hauptgrund für das Ende der Monatsschrift in der Verfolgung der oppositionellen Presse wird sehen müssen.²

Die »Deutsche Monatsschrift« sollte ein gemeinsames Forum für Demokratie und Linksliberalismus bilden. Ein solcher Versuch konnte nur in der Übergangsphase von der Revolution zur Reaktion wenigstens teilweise gelingen, da sich die Linke danach nicht nur geographisch noch stärker zerstreute, sondern in der folgenden Phase der Neuorientierung auch politisch auseinanderentwickelte. Wie weit die Gemeinsamkeiten im Falle einer tatsächlichen zweiten Revolution getragen hätten, steht dahin. Für ein gemeinsames Diskussionsorgan reichten sie in den Jahren 1850/51 jedenfalls aus.

Ein detailliertes politisches Programm hatte die Zeitschrift nicht. Das lag neben der Schwierigkeit, ein solches unmittelbar nach der Niederlage der Revolution aufzustellen und abzustimmen, vornehmlich an der Persönlichkeit des Redakteurs Adolph Kolatschek. Er gehörte einerseits nicht zu den theoretischen Köpfen in der Paulskirchenlinken, sondern war ein Mann der zweiten Reihe und vor allem ein guter Organisator. Andererseits wollte er

² BLHA 11000, Bl. 3 und 15r (Wiener Wochenbericht vom 21. 10. 1851); Kolatschek an Jacoby 15. 12. 1849 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1974, S. 599); Raveaux an C. Vogt 21. 2. 1850 (BPU 2191); L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 123; A. KOLATSCHKE, Die Juchheisten, 1860, S. 29f.; Lebenslauf Kolatschek 23. 12. 1864 (FDH); Reinstein an C. Mayer 12. 8. 1851 (BA 90 Ma 3/13). Vgl. auch J. P. EICHMEIER, 1968, S. 133ff., der allerdings den strömungsübergreifenden Charakter der »Monatsschrift« übersieht.

ausdrücklich »ein Organ für die Gesamtinteressen der deutschen Fortschrittspartei« schaffen. Vor der eigentlichen Entstehung politischer Parteien und zwölf Jahre, bevor dieser Begriff von Preußen ausgehend als Parteiname im engeren Sinne verwendet worden ist, bezeichnete »Fortschrittspartei« im Gegensatz zum engeren Begriff der »Volkspartei«, den nur die Demokraten benutzten, das gesamte liberale, fortschrittsgläubige Lager. Es umfaßte für Kolatschek das ganze Spektrum der Paulskirchenlinken – von radikalen Demokraten bis zu den Linksliberalen, nicht jedoch die außerparlamentarische, revolutionäre Linke.

Der Preis für das Bemühen um ein innerhalb der parlamentarischen Linken strömungsübergreifendes Forum war eine gewisse Formelhaftigkeit in dem programmatischem »Prospect«, den Kolatschek vor der Gründung der Zeitschrift veröffentlichte: »Sie fordert und vertheidigt den stätigen Gang der Reform, durch welche der allgemeine Wille zur Anerkennung und Vollziehung gelangt, aber sie weist die Thatsache der Revolution, wo sie dies ist, nicht zurück, und erkennt sie als eine solche an, die zur Rettung der Nation nothwendig war.« Die »Monatsschrift« sollte also für eine demokratische Reformpolitik auf der Basis der durch die Revolution geschaffenen Tatsachen werben. Einen klaren Trennungsstrich zog Kolatschek lediglich, wie fast die gesamte Paulskirchenlinke, zu »socialistischen und kommunistischen Theoremen«, die bei der notwendigen »Lösung der socialen Frage« nur »beirren« könnten.³

Ein wichtiger Programmpunkt der »Deutschen Monatsschrift«, der sie mit den Grundsatzpublikationen emigrierter Paulskirchenabgeordnete aus jener Zeit verband, war die Betonung des internationalen Zusammenhangs, in dem die Lösung der deutschen Frage stehe. Von der Handschrift des Österreicherers Kolatschek zeugten die großdeutsche Orientierung der Zeitschrift und die Betonung, »daß das deutsche Volk ein Föderativvolk ist«. Auch deutschlandpolitisch wurde die »Monatsschrift« zum Forum der verschiedenen Richtungen innerhalb der Linken: Nicht nur Großdeutsche und Föderalisten veröffentlichten in ihr, sondern auch vehemente Vertreter des kleindeutschen Unitarismus wie Bamberger, Nauwerck oder Vogt.

In der Gretchenfrage der deutschen Politik nach 1849 »Freiheit oder Einheit?« formulierte Kolatscheks politisch-programmatischer »Prospect« folgenden, wiederum formelhaften »Grundsatz«: »Die Einheit nicht ohne die Freiheit, die Freiheit auch ohne die Einheit, die wirkliche Einheit um jeden

³ A. KOLATSCHKEK, Prospect, 1849. Ähnl. Raveaux an C. Mayer 28. 1. 1850 (NL Näf). Die zu große Offenheit gegenüber den gemäßigten Liberalen, die Abgrenzung nach links und ihre parlamentarische Orientierung wurden der »Monatsschrift« von Theodor Ludwig Greiner, einem Mitglied der revolutionären provisorischen Regierung in der Pfalz, in einer anonym erschienenen Broschüre »Der flüchtige Reichsregent Vogt mit seinem Anhang und die deutsche Monatsschrift« (Neustadt a. d. H. 1850) vorgeworfen. Rückblickend berichtete auch H. B. Oppenheim von der »kautschoukartigen Elastizität« von Kolatschaks Ansichten (SHC 24. 11. 1859).

Preis; daher: Grundrechte und Reichswahlgesetz.«⁴ Mit der ausdrücklichen Bezugnahme auf die freiheitlichen und demokratischen Standards der Reichsverfassung als Grundlage jeder Lösung der nationalen Frage wurde eine Mindestbedingung für die Kooperation mit den Konstitutionellen benannt und eine Abgrenzung nach rechts vorgenommen. Sie schloß die »Gothaer« aus, die die Unionsverfassung mit dem Dreiklassenwahlrecht befürworteten. Zugleich aber wurde »die wirkliche Einheit«, worunter wohl die Verwirklichung eines Nationalstaats in den Grenzen des Deutschen Bundes zu verstehen ist, zu einem Ziel stilisiert, das »jeden Preis« wert sei. Damit wurde nicht nur an die Linke appelliert, in ihrem Engagement nicht nachzulassen und für die Lösung der deutschen Fragen weiterhin zu existentiellen Opfern bereit zu sein. Die Formel deutet auch darauf hin, daß die demokratisch-nationalistische Linke schon 1849 bereit war, einen Krieg zur Erreichung der Einheit in Kauf zu nehmen.

Am Ende des ersten Jahrgangs der »Monatsschrift« präziserte Kolatschek deren politische Ziele in einem Brief an Johann Jacoby vom Oktober 1850. Er bat den prominenten preußischen Demokraten um eine Stellungnahme, da er »den neuen Jahrgang der Monatsschrift mit einem Programm eröffnen« wollte, das »die Lage und Aufgabe der Partei für die nächste Zeit« bezeichnen sollte. Kolatschek schlug nun folgende Grundsätze vor: »1. Eine Verständigung mit den Konstitutionellen zu dem Ende, sie von der Gothaer Führung abzuschälen und auf einen gemeinsamen Boden des *Handelns* mit uns zu stellen. 2. Die gleichzeitige [...] Entwicklung unseres Systems, zunächst im Wege der Kritik ihres Systems und zum Zwecke, selbst Terrain in ihrem Lager zu gewinnen. 3. Versöhnung der gesellschaftlichen Klassen im Volke innerhalb der Märzprinzipien. 4. Aufklärung resp. Enttäuschung von unhistorischen Vorurteilen und Gewinnung der konkreten Grundlagen für die eigene Partei. [...] 5. Nachweisung der durchgängigen Impotenz der herrschenden Mächte und Verbreitung dieser Überzeugung zum allgemeinsten Bewußtsein.«⁵

Dies Programm wurde zwar nie veröffentlicht, bestimmte aber gleichwohl die Linie der »Monatsschrift«. Kolatschek schuf ein Diskussionsforum für die gesamte bürgerliche Linke und wurde in dieser Zielsetzung unterstützt von anderen Exponenten der Paulskirchenlinken.⁶ Mit der Zeitschrift sollte zur Wiederbelebung einer politischen Massenbewegung beigetragen werden, durch die die Linke die Initiative zurückgewinnen wollte. Die »Monatsschrift« hielt an sozialharmonischen Ideen fest und wandte sich eindeutig gegen die sozialantagonistischen Vorstellung vom Klassenkampf.⁷

⁴ A. KOLATSCHEK, Prospect, 1849. Ähnl. A. RUGE, Gründung, 1849, S. 20; C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 51.

⁵ Kolatschek an Jacoby 26. 10. 1850 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 26 f.).

⁶ Vgl. etwa L. SIMON, Confessionen, 1851, S. 38; L. Simon an C. Mayer 22. 10. 1850, S. 5 (NL Näf); W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849, S. 7.

⁷ Hierzu programmatisch und teilweise frappierend hellsichtig die Artikelserie »Das allgemeine Stimmrecht und die Arbeiterdictatur« von L. SIMON in der »Monatsschrift«.

Auch Kolatscheks Bezugnahme auf die nicht näher definierten »Märzprinzipien« kann als Abgrenzung von der Radikalisierung der Revolution seit dem Herbst 1848 verstanden werden. Gegen die zunehmenden Erfolge der Reaktion hielt die »Monatsschrift« an einem formalen Rechtsstandpunkt fest: die Reichsverfassung und das demokratische Wahlgesetz waren in der Paulskirche korrekt zustande gekommen, die Wiederbelebung des Deutschen Bundes hingegen ein allein auf Macht und Gewalt gestützter Willkürakt. Die Linke setzte mit der »Monatsschrift« trotz der sich rapide verschlechternden Publikationsbedingungen in Deutschland weiterhin darauf, daß »das Volk« durch Aufklärung über politische Irrtümer und »unhistorische Vorurteile« die selbstverschuldete Unmündigkeit überwinden und zur »Partei« stoßen werde.

In der »Monatsschrift« schrieben sowohl Emigranten als auch im Bundesgebiet lebende Autoren. Auch dies war ein zentraler Bestandteil von Kolatscheks Bemühungen, ein Organ zur Überwindung der Differenzen in der Linken zu schaffen, mit dem durch rationale Diskussion und Aufklärung die Voraussetzungen für gemeinsames politisches Handeln geschaffen würden. Die Emigranten und die in Deutschland lebenden Politiker der Linken bewerteten die Lage jedoch zunehmend unterschiedlich, so daß ein politischer Konsens immer unwahrscheinlicher wurde.

Dabei beharrten die Emigranten strikter auf demokratischen Prinzipien. Ihre Analysen waren aus einer stärker internationalen Perspektive verfaßt und hielten häufiger und länger an dem Glauben fest, die zweite Revolution stehe unmittelbar bevor. Die Parole müsse künftig – so etwa Vogt – nicht mehr »wie im März 1848 ›Einheit mit den Fürsten‹, sondern ›Einheit ohne die Fürsten‹ seyn«. Insofern war den Emigranten jede Zuspitzung der Situation im Bundesgebiet willkommen, da sie glaubten, »das Volk« werde dadurch stärker gegen die Herrschenden eingenommen. Für Carl Mayer, Nauwerck, Reinstein, Ruge, Ludwig Simon oder Schulz-Bodmer, aber auch für Venedey, der sonst selten mit ihnen einer Meinung war, war die repressive Politik der Regierungen ein dialektisches Hauptargument für ihre Zuversicht, daß bessere Zeiten für die Demokratie und eine zweite Revolution nahe bevorständen. Die Reaktion treibe »die Actien der Democratie [...] in die Höhe«, mache den Gegensatz zwischen Herrschenden und Unterdrückten »wieder einfach und simpel« und bringe die »Bourgeoisie auf unsere Seite«. ⁸ Carl Mayer arbeitete bereits Aufrufe und politische Programme

Bereits der zweite Demokratenkongreß Ende Oktober 1848 hatte – M. L. WEBER (1987, S. 85 und S. 93) zufolge – die Spaltung zwischen klassenkämpferischer sozialistischer und sozialharmonisch-staatsorientierter demokratischer Linker zutage gebracht. Auch Löwe hatte in seiner Rede in der Wahlrechtsdebatte der Paulskirche (StB, S. 5218 ff.) dafür geworben, Regelungen zu vermeiden, die den Klassenkampf fördern könnten.

⁸ C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 52; W. SCHULZ-BODMER, Revolution, 1850, S. 355f. und 361; C. NAUWERCK, Gegenwart, 1850, S. 350f.; L. SIMON an C. MAYER 27.4.1851, S. 2; RAVEAUX an HOSPelt 3.12.1849 (BA F5g. 1/254); REINSTEIN an C. MAYER 31.7.1849 (BA 90 Ma 3/13); RUGE an BUSSENIUS 19.6. und 8.11.1850 (BLHA 12528,

für die zweite, republikanische Revolution aus, die Rückschlüsse darauf zulassen, welche Konsequenzen er aus dem gescheiterten Umsturz von 1848/49 gezogen hatte. So sollte gleich die »erste republikanische Volksversammlung 185?« seiner Ansicht nach das Vermögen aller, die »in Folge der Revolution sich aus dem Gebiet der Republik« entfernten, beschlagnahmen und unter staatliche Verwaltung stellen.⁹ Mayers Gedankenspiele waren Ausdruck der Radikalisierung der Emigranten, die in der Übergangsphase die ihrer Ansicht nach nur vorübergehende Niederschlagung der Revolution vornehmlich auf mangelnde Konsequenz zurückführten. Sie wollten deshalb nach der zweiten Revolution härter gegen politische Gegner vorgehen.

Die Emigranten lehnten Verständigungsversuche der Opposition in den deutschen Staaten mit den verbliebenen liberalen Ministern als naive, »gemüthliche Vertrauenspolitik« ab. Da sie vornehmlich auf eine Zuspitzung der Konfrontation setzten und mit jeder Verschärfung der Repression die Chancen für die zweite Revolution steigen sahen, plädierte die emigrierte Paulskirchenlinke für den Boykott aller nicht nach dem allgemeinen gleichen Männerwahlrecht veranstalteten Wahlen und scheute nicht vor Angriffen auf Linksliberale zurück, die sich daran beteiligten. Vogt etwa beschimpfte sie als »Partei der schönredenden Jämmerlinge, als deren Typus Herr Ries[s]er oder Herr Biedermann erscheinen dürften«. ¹⁰ Seiner Ansicht nach bestand »die Aufgabe der Opposition« im Deutschen Bund »einfach in der Zurückweisung eines jeden Vorschlages, welcher von Regierungen gemacht werden könnte, [...] und in dem unabänderlichen Festhalten der Grundrechte, welche von der Nationalversammlung festgestellt wurden. In dem Festhalten dieser Grundsätze darf die Opposition keine Drohung, keine Auflösung der Kammern scheuen; – sie muß *unbekümmert um alle Folgen ihrer Handlungen* fest dabei stehen bleiben und die Regierungen zwingen, entweder nachzugeben oder gegen das Repräsentativsystem selbst mit Gewaltmaßregeln vorzuschreiten. Nur auf diese Weise kann es ihr gelingen, den Geist in dem Volke wachzuhalten und zu stets allgemeinerem Widerstande zu stählen; nur indem die Opposition die Fahne der Einheit unbefleckt für künftige Zeiten erhält, kann sie hoffen, dieselbe auch triumphieren zu sehen. Eine jede Concession [...] schiebt die Erreichung des Zieles auf einige Jahre

Bl. 136r und Bl. 137r); W. SCHULZ-BODMER, G. Büchner, 1850, S. 233; J. VENEDEY, Demokraten, 1850. Ähnl. auch Jacoby an Philipps 16. 2. 1850 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 19).

⁹ C. Mayer, Notizen, in: BA 90 Ma 3/26, Bl. 78, Bl. 80 (»Vertrauenspolitik«); ders., Politische Notizen (1850–52), Bl. 1f., 7 und 12 (DLA A: Mayer d. J. 32532); ders. an Becher 16. 5. 1850 (HStAS).

¹⁰ C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 17f. (Zitat), 40 und 47; DERS., Offener Brief, 1850; L. BAMBERGER, Lettre, 1850; A. REINSTEIN, 1850, S. 285f.; ders. an seinen Bruder 7. 10. 1849 (BA F5g. 1/15); H. Simon an Jacoby 15. 12. 1849 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 598); Löwe an C. Mayer 21. 4. 1851; Raveaux an C. Mayer 12. 5. 1851 (beides NL Näf); C. Mayer, Politische Notizen (1850–52), S. 18 (DLA A: Mayer d. J. 32532); vgl. C. VOGT, Untersuchungen, 1850, S. 23ff.; L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. II, 1855, S. 312f.

hinaus.«¹¹ Diese ebenso schlichte wie fundamentalistische Haltung, die viele Emigranten teilten, ist in ihrer bewußten Weigerung, die Konsequenzen ihres Handelns in ihre Überlegungen einzubeziehen, letztlich unpolitisch. Psychologisch verständlich aus der Enttäuschung und Isolation der Emigranten, die das Ausmaß ihrer Niederlage nicht wahrhaben wollten und konnten, erschöpften sich ihre aus der sicheren Distanz wohlfeilen Ratschläge an die Opposition vor Ort auf Durchhalteappelle und die Aufforderung, weitere Opfer zu bringen, ohne nach den Erfolgsaussichten zu fragen. Der mangelnde Pragmatismus solcher Vorschläge geht schon allein daraus hervor, daß ihre Zentralbegriffe Metaphern des starren Gegenhaltens (»Festhalten«, »stählen«, »fest stehen bleiben«) und der quasireligiösen Überhöhung (»Geist wach-«, »Fahne unbefleckt halten«) waren. Die Demokraten im Exil setzten 1849 bis 1851 auf die fragwürdige Annahme, daß nur eine konsequente Verweigerungshaltung der Opposition zum baldigen Zusammenbruch der Reaktionsregime und zur zweiten Revolution führe.

Diese fundamentaloppositionelle Richtung wandte sich auch gegen Kolatscheks Prinzip der möglichst breiten innerlinken Diskussion in der »Monatsschrift«. Als der Herausgeber Ende Januar 1850 einen Artikel des Linksliberalen Jacob Venedey zur Schleswig-Holstein-Frage annoncierte, kam es zum Eklat. Denn Venedey hatte sich gegen einen Boykott der auf den 31. Januar 1850 angesetzten Wahlen zum Erfurter Unionsparlament ausgesprochen, weshalb die Demokraten ihn nicht mehr zur »Partei« zählten und von der Mitarbeit an der »Monatsschrift« ausschließen wollten. Kolatschek, der den Artikel von Venedey erbeten und bereits angenommen hatte, mußte diesem mitteilen, er erhalte »Reclamationen von allen Seiten u[nd] eventuelle Rücktrittserklärungen für den Fall der Aufnahme. Man hält Ihre Proclamation für Erfurt unvereinbar mit unserer Parteistellung. Was soll ich thun? – Ihr Artikel ist sehr wichtig, gerade im Augenblick, so daß ich entschlossen war[,] ihn dennoch zu publiciren; aber die Dissenserklärungen mehren sich[,] u[nd] *das Unternehmen ist gefährdet*. Ich wage nicht, Ihnen die Anonymität vorzuschlagen, u[nd] kann mich nicht entschließen[,] Sie zu verletzen, indem ich den Aufsatz so spät retournire«. Der Brief verrät die Zwickmühle, in der sich der auf Integration bedachte Kolatschek befand: Unter dem Druck der Demokraten, aber politisch einig mit Venedey, wußte er sich keinen Rat. Die Kritik richtete sich nicht gegen den Inhalt von Venedeys Artikel, sondern allein dagegen, daß jemand, der – noch dazu als »Demokrat« – für die Ausnutzung aller sich noch bietenden Möglichkeiten einschließlich der Bühne eines nach dem Dreiklassenwahlrecht bestimmten

¹¹ C. VOGT, Aufgabe der Opposition, S. 53 (Hervorhebung von mir). Ähnl. H. Simon an Venedey 29.9.1851 (BA 90 Ve 1/49): »Ein bewußter Haß ist Alles, was ich heute vom deutschen Volk verlange [...]. Gleichzeitig noch Liebe, Mäßigung etc. etc. zu verlangen, ist eben utopisch, d.h. mit Unkenntnis der menschlichen Natur und der Art des Fortschritts der Geschichte begründet [...]. Erst hinweg mit dem, was jede Entwicklung teuflisch hemmt, dann Kampf über die Art der Entwicklung [...].« Ähnl. *in* Deutschland: BldZ 4.6.1851.

Parlaments plädierte, weiter in der »Monatsschrift« publizieren konnte. Hierin äußerten sich die sektiererischen Tendenzen unter den Emigranten, die jedes Abweichen vom fundamentaloppositionellen Kurs mit Ausschluß aus der »Partei« sanktionierten. Venedey, der sich als moralischer Sieger über so viel demokratische Kleingeisterei fühlte, antwortete Kolatschek großzügig: »Dumm, dumm, dumm«, summt es mir sehr oft in den Ohren. Selten aber lauter als in diesem Augenblicke. Es ist mir nur um die Sache zu thun, sie mögen daher den Artikel entweder anonym, oder mit einer Redaktionsnote gegen den gotteslästerlichen Hochverräther an der deutschen Democratie abdrucken.« Kolatschek entschied sich für die erstere Möglichkeit; Venedey publizierte bald einen Sonderdruck des Artikels mit seinem Namen.¹²

Eine Provokation für den demokratischen Fundamentalismus, den die meisten emigrierten Paulskirchenlinken 1849/50 vertraten, stellte auch ein fulminant geschriebener Artikel Alexander Herzens im Augustheft 1850 der »Monatsschrift« dar. Er löste eine lange und aufschlußreiche Diskussion aus. Herzen begann mit den Worten: »Europa stirbt. [...] Das Leben ist entflohen [...]. Die Polizei allein erhält und rettet Europa, nur unter ihrem Schutz und Segen bestehen Throne und Altäre fort. Sie ist der Galvanismus, welcher ein krampfhaftes Leben erhält.« Nicht nur dieser Pessimismus rief heftigen Widerspruch aus der Paulskirchenlinken hervor und führte dazu, daß Kolatschek sich in einer Vorbemerkung von Herzens Aufsatz distanzierte. Alle fühlten sich provoziert durch die Konsequenz, die Herzen »verzweifelt« aus der Erkenntnis vom unabwendbaren Tod Europas zog: »Das Schiff kann nicht gerettet werden, uns bleibt die Wahl, mit ihm unterzugehen, oder uns zu retten. Über Bord denn! [...] Der point d'honneur des Seemanns ziemt uns nicht.« Herzen plädierte also für radikalen Individualismus und »Egoismus«. Er war, anders als die demokratische Fundamentalopposition, nicht bereit, um jeden Preis durchzuhalten. Die europäische Revolution war gescheitert, also galt es, sich politisch neu zu orientieren. Die Demokraten waren in Herzens Augen nicht verpflichtet, bis zum Ende auf dem sinkenden Schiff Europa zu bleiben. Der Russe stellte den Wunsch »zu leben« in den Mittelpunkt seiner Argumentation und kam zu der Maxime: »Wenn die Menschen, statt ewig an die Rettung der Welt zu denken, sich selbst retten wollten, wenn sie, statt die Menschheit zu emanzipieren, sich selbst emanzipirten – welches Glück wäre das für das Heil der Welt, für die Emanzipation des Menschen.«

Herzen brach damit gleich mit mehreren Prinzipien der Paulskirchenlinken: mit ihrem Ehrbegriff, mit ihrem Kult des Opfers, der Pflichterfüllung und des Verzichts um politischer Ziele willen sowie mit ihrem Kult des »Volkes« als Richtschnur politischen Handelns. Für Herzen hatte, »die Menge [...] Furcht vor der Freiheit«; sie liebe »die Autorität, der beleidigen-

¹² Kolatschek an Venedey 18. 2. 1850 (Hervorhebung von mir); Venedey an Kolatschek (Konzept) 20. 2. 1850 (BA 90 Ve 1/30); vgl. J. VENEDÉY, *Diplomatie*, 1850. Zur Diskussion um den Wahlboikott s. Kap. IX.1.

de Glanz der Macht blendet sie noch. – Unter dem Wort Gleichheit versteht sie den gleichen Druck für Alle [...]. Sich selbst regieren zu wollen, liegt sehr fern von ihren Gedanken.« Für Herzen war die Revolution nicht nur am Unvermögen der politischen Führer und an den Fürsten, der Bürokratie und dem Militär, sondern auch an beharrenden Kräften in der Gesellschaft gescheitert. Er arbeitete zugleich den tendenziell totalitären Charakter aller Sozialutopien heraus, die postulierten, daß eine aufgeklärte Minderheit die Massen befreien solle. In seinen Augen mußte sich jeder selbst »emanzipieren«; man dürfe die Menschen »nie« zwingen, »selbst nicht zum edelsten Ziel«. Infolgedessen prangerte Herzen an, »alle Philanthropen, Menschenfreunde, Liberalen« würden »den Menschen der Idee, das Volk irgend einer Fahne« opfern. Im Mittelpunkt stünden immer nur »allgemeine Abstraktionen«: »Der Staat, die Idee, die Regierung, das Vaterland, die Menschheit – und niemals der Mensch, das Individuum.« Herzens Philippika richtete sich ebenso gegen den demokratischen Nationalismus wie gegen den Sozialismus, die beide ein Kollektiv über die Individuen stellten. Für Herzen führte nur Individualismus zur Freiheit. Der »Egoismus« sei ebenso »ein natürliches, dem Individuum nothwendiges Element [...] wie der Gesellschaftstrieb«. Herzen rief dazu auf, sich aus der europäischen Politik zu verabschieden. Die einzige politische Hoffnung und die einzige Chance auf Verwirklichung der »große[n] Idee der individuellen Unabhängigkeit« liege in den USA.¹³

Die Männer der Paulskirchenlinken, die gegen Herzen Position bezogen, sahen in seinem Text einen Aufruf zur Entpolitisierung, zum stoischen Sich-Abfinden mit den politischen Gegebenheiten, zum Rückzug in biedermeierliche Idyllen, obwohl davon bei dem Russen nicht die Rede ist.¹⁴ Carl Nauwerck sah Herzens Fundamentalkritik des demokratischen Selbstverständnisses primär als psychologisches Problem »verzweifelnder, schwarzsehender Menschenfreunde«, die »wohl größtentheils eine thatsächliche Widerlegung als ihr höchstes Glück annehmen würden«. Zutiefst davon überzeugt, daß es sich bei der Kontroverse nicht, wie der zum Relativismus neigende Herzen argumentierte, um verschiedene Wertehierarchien, sondern um eine objektive, »thatsächliche« Frage handle, verwies der Historiker Nauwerck auf die »menschheitlichen Entwicklungsgesetze«, aus denen er fortschrittsgläubig die tröstliche Quintessenz destillierte: »Trotz aller Zwischenherrschaft und Einzelsiege des bösen Prinzips hat im großen Ganzen das gute unwandelbar die Oberhand behalten. Es ist Vernunft [...] in der Entwicklung der Menschheit und der Völker.« Die »Spirallinie« des »Fortschritts« in der »Weltgeschichte« zeichnete Nauwerck mit dem Ergebnis nach, daß in einem dialektischen Umschlag auf die Reaktion bald in »einer

¹³ A. HERZEN, *Omnia mea*, 1850, S. 224 ff., 229, 233 ff., 239 und 242 f. (Hervorhebung von mir.)

¹⁴ Vgl. L. Simon an C. Mayer 26.9.1850 (NL Näf), S. 7 ff. Auch A. REINSTEIN, 1850, S. 285 f., befürchtete eine Entpolitisierung der »Partei«.

neuen, gründlichen, entscheidenden Revolution« die Republik und mit ihr die »sociale Demokratie« folgen müsse. »Die arbeitenden Klassen« seien die »Schaaren, deren der Weltgeist für seine jugendlichen Schöpfungen bedarf; »das Volk in Ungarn, Italien und verschiedenen Theilen Deutschlands hat wahrlich nicht vergebens gestritten und gelitten; aus seinem Blute werden die vollen Rosen der Freiheit erblühen«. Europa sei, so formulierte Nauwerck abschließend die fortschritts- und volksgläubige Antithese zu Herzen, »nur oben in der Krone alt, aber unten in der Wurzel jung.«¹⁵

Solch lyrische Eschatologie war zwar durchaus typisch für die formelhafte politischen Auseinandersetzungen am Ende der Revolutionszeit, konnte aber reflektiertere Köpfe in der Paulskirchenlinken wie Ludwig Simon nicht befriedigen. Auch ihm gingen der Werterelativismus Herzens und der propagierte »Rückzug« aus der Alten Welt und ihren kategorischen Imperativen viel zu weit. Es gebe nach wie vor gravierende Unterschiede zwischen den verschiedenen, in Europa herrschenden Regimen. Simons überzeugendste Argumente, die er nur in seinen Briefen vorbrachte, entsprangen unmittelbar der Lage der gescheiterten Revolutionäre: »Wenn die freien Völker, welche uns in dem allgemeinen reactionären Sturze noch Asyl zu gewähren vermochten, sich zur Zeit, statt die Herrschaft der Mehrheiten zu gründen, ebenfalls spintisierend zurückgezogen hätten, [befände] Herr Herzen sich gegenwärtig nicht in der Lage, sich zurückzuziehen. Ich leite in letzter Instanz auch alles vom Individuum ab; aber zu sagen, es gebe zwischen den verschiedenen Formen der Herrschaft kein Mehr oder Minder der Freiheit u[nd] die geringste Unterwerfung des Individuums infolge äusserer Nothwendigkeit mache dasselbe absolut u[nd] auf immer unglücklich – dies ist Wahnsinn oder eine blanke Lüge.«¹⁶ Öffentlich wandte sich Simon vor allem gegen Herzens Wertrelativismus. Simon hielt daran fest, daß in politischen Fragen »richtig« und »falsch« klar unterscheidbar seien. Andernfalls werde jede politische Diskussion und jedes politische Engagement hinfällig: »Wenn Jeder in seiner Position recht hat, warum die seinige dann noch proklamieren?« Er zollte Herzen Respekt für seine »stolze« Haltung; brieflich erkannte er darüber hinaus an, daß »Herzen mit der Verhöhnung der markt-schreierischen Aufopferungsfähigkeit [...] gewiß einen faulen Fleck der Demokratie« getroffen habe. In seiner öffentlichen Auseinandersetzung kehrte aber auch Simon zur demokratischen Formel zurück, »das Volk« und nicht der Einzelne sei das Maß aller Dinge: »Egoismus« sei in seiner »Trennung vom allgemeinen Leben [...] eine Unvollständigkeit und Verkränkelung der menschlichen Natur«.

Die Stilisierung diffuser, häufig vitalistischer Kategorien, z. B. des »allgemeine[n] Leben[s]« oder des »Volkswillen[s]«, zur Richtschnur politi-

¹⁵ C. NAUWERCK, Gegenwart, 1850, S. 345 ff., 351 ff. und 356.

¹⁶ L. Simon an C. Mayer 22.10. und 26.9.1850, vgl. auch 18.1.1850 [= März 1851] (alles NL Näf). Das folgende: L. SIMON, Untergangstum, 1850, S. 329 ff. Vgl. W. SCHULZ-BODMER, G. Büchner, 1850, S. 233.

schen Handelns bildete einen Grundzug der demokratisch-revolutionären Ideologie und entzog jede auf sie gestützte Politik einer rationalen Diskussion. Darauf hatte Herzen zu Recht hingewiesen. Simon bezichtigte Herzen zudem in Anknüpfung an die populäre antiintellektuelle Polemik, die das Scheitern der Revolution auf einen zu großen Einfluß von Professoren zurückführte, eine »professorische Stellung zum Volke« einzunehmen, und grenzte sich und seine Gesinnungsgenossen davon ab: »Wir werden vielmehr unsere Aufgabe darin suchen, das Volk zu verstehen [...]; wir werden nicht eine theoretisch gefundene und theoretisch aufgegriffene Schulformel zu unserm Feldgeschrei machen.« Denn »das ist die große Lehre, die wir aus dem Leiden der drei Jahre gewonnen haben, daß das Volk nicht zum Experimentalstoff für unsere Ideen, sondern unsere Ideen zum Experimentalstoff für das Volk da sind.« Simon zog aus den politischen Erfahrungen seit der Märzrevolution die Konsequenz, die Volksmeinung müsse zur neuen, »demokratischen« Richtschnur des Handelns werden. Damit wollte er sowohl über den abstrakten ideologischen Doktrinarismus vieler Radikaler von 1848 als auch über den Individualismus Herzens hinausgelangen. Gerade in einer Zeit, in der freie öffentliche Diskussionen unterbunden wurden, es keine allgemeinen Wahlen gab und zumal für die von jeder direkten Berührung mit der deutschen Bevölkerung abgeschnittenen Emigranten war diese politische Leitkategorie, an der sich viele Demokraten zu orientieren versuchten, jedoch wenig hilfreich. Sie war für die praktische Politik unter den Bedingungen der Reaktion nicht brauchbar und führte lediglich zu unfruchtbaren Diskussionen darüber, was »das Volk« eigentlich wollte.

Trotz des kommerziellen Erfolges und der über Erwarthen hohen Auflage der »Deutschen Monatsschrift« schätzte Ludwig Simon rückblickend die Möglichkeiten politischer Intervention durch die Zeitschrift eher gering ein: »Ein dauernder Einfluß auf die Entwicklung in der Heimath« habe vom Exil aus nicht ausgeübt werden können. »So wurden die zwei Jahrgänge eine Art Testament; wir hatten mit den Lebenden nichts mehr zu schaffen, wenigstens nicht als Partei.« 1851 wurde das Scheitern der Zeitschrift an der reaktionären Pressepolitik im Deutschen Bund jedoch als schmerzlicher Verlust empfunden. Die Emigranten trauerten noch Jahre später der »Monatsschrift« und damit ihrer wirksamsten Möglichkeit, »das Volk« in Deutschland zu erreichen, nach. Ohne sie fehlte neben den wenigen, auf die Tagespolitik konzentrierten und von der Polizei scharf kontrollierten oppositionellen Zeitungen ein Forum für Grundsatzdebatten. Versuche Nauwercks, in Württemberg wenigstens einen Verleger »für regellos erscheinende fliegende Hefte« zu finden, die er »an Stelle der Monatsschrift hinaussenden« wollte, blieben ohne Erfolg.¹⁷

¹⁷ L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 123 (ähnl. C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 33); Rappard an C. Mayer 12.8.1851 (BA 90 Ma 3/13). Volkskult: C. A. FETZER, Beiträge, 1848; L. SIMON, Kritik, 1850, S. 102; ders. an C. Mayer 22.3.1853; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849, S. 6; Ruge an Bussenius

Auch andere Initiativen der Paulskirchenemigranten zielten in den Jahren 1849 bis 1851 darauf ab, möglichst zensurfreie Medien für demokratische Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen. Eines dieser Vorhaben, das vor allem von Ludwig Simon betrieben wurde, zielte auf eine möglichst populäre Agitation der Soldaten als die ausführenden Organe der Gegenrevolution. Da an diese selbst schwer heranzukommen sei, sah Simon vor allem die Bauern als Zielgruppe an. Nicht nur war ihre Stimmung als mit Abstand größte Bevölkerungsgruppe bereits 1848 entscheidend für den Ausbruch der Volksrevolution gewesen. Der Bauer sei außerdem »Vater und Quartiergeber des Soldaten«, und »aus dem Bauernstand ergänzt sich wesentlich das Heer«. Deshalb müßten »populäre Flugschriften ihm jetzt schon die künftige Lage klarmachen«. Ebenso wie Ruge setzte Simon Anfang der Fünfziger Jahre auf eine Invasion republikanischer Truppen aus Frankreich als Auslöser der zweiten Revolution und wollte für diesen Fall »die bevorstehenden patriotischen Aufrufe der Landesväter im Voraus verhöhnen, und die ökonomische Frage [...] verdeutlichen. [...] Wo möglich mit Zeichnungen, und massenhaft auf's Land geworfen«. Als Vorbild schwebte Simon die im Vormärz populäre Schrift seines Paulskirchenkollegen Wilhelm Schulz-Bodmer »Die wahrhaftige Geschichte vom deutschen Michel und seinen Schwestern« (1845) vor. Die Idee scheint jedoch nicht realisiert worden zu sein.

Ein anderes Vorhaben zur Agitation der deutschen Bevölkerung zielte auf die Bourgeoisie. Hierzu sollte die Londoner Weltausstellung von 1851 genutzt werden. Nicht nur, daß man bei dieser Gelegenheit eine große Zahl deutscher Bürger außerhalb der Reichweite von Zensur und Polizei erreichen konnte, beflügelte die Emigranten, sondern auch der kulturoptimistische Glaube, daß eine »Völkerwanderung«, wie sie anlässlich der Weltausstellung stattfinde, in »letzter Consequenz« zur »Weltverbrüderung« führen müsse, da »der Handel und die Maschine alle nationalen Besonderheiten niederschmettern, die Gedanken aus einem Weltteil in den anderen hinüberführen und jeden Fortschritt schnell allgemein machen«. Eine Gruppe um Wilhelm Löwe, Carl Mayer, Ludwig Simon, Franz Raveaux und Carl Vogt plante eine »regelmäßig erscheinende [...] deutsch-englische Revue, die in Form und Gestalt der jetzigen Monatsschrift ähnlich wäre«. Wie diese sollte die »Revue« einerseits der Verständigung innerhalb der Opposition und damit der Parteibildung dienen und andererseits in der englischen Ausgabe dafür werben, »daß in Deutschland eine freie Entwicklung unter einer constitutionellen Monarchie [...] unmöglich sei, daß vielmehr alle Bedingungen mit Nothwendigkeit auf die demokratische Föderativrepublik hindrängen u[nd] daß es Englands Interesse und Beruf sei, diese Umbildung so viel als möglich zu begünstigen.« Zwar kam es nach der Ausweisung der Flüchtlinge aus der Schweiz und durch Reisen von Gesinnungsgenossen aus dem Bundesgebiet nach London während der Weltausstellung von Mai

15.6.1850 (BLHA 12528, Bl. 136); BldZ 28.8.1850; C. Mayer an Becher 8.10.1851 (HStAS); Schulz-Bodmer an Freiligrath 9.2.1855 (zit. nach W. GRAB, 1979, S. 340).

bis Oktober 1851 zu einer zuvor nicht dagewesenen Massierung deutscher Oppositioneller. Neben zahlreichen informellen Kontakten und einem breiten, unkontrollierten Informationsfluß war das einzig greifbare Ergebnis der verschiedenen Initiativen, die die Weltausstellung zur Förderung der zweiten Revolution im Deutschen Bund nutzen wollten, »Der Kosmos«, eine »Deutsche Zeitung aus London«. Sie wurde im Mai und Juni 1851 vom »Ausschuß für deutsche Angelegenheiten«, dem u. a. Ruge angehörte, herausgegeben. Es kamen jedoch nur drei Ausgaben der anspruchsvollen Revue zustande, die sich »die Durchführung der Revoluzion mit allen ihren sozialen Konsequenzen« auf die Fahnen geschrieben hatte.¹⁸

Unter den emigrierten Abgeordneten kristallisierten sich in den Debatten der Übergangszeit von 1849 bis 1851 zwei unterschiedliche Tendenzen heraus. Einerseits, in Radikalisierung des Gleichheitsgrundsatzes, die »sociale Demokratie«, eine auf dem allgemeinen Wahlrecht und dem Recht auf Arbeit basierende Gesellschaftsordnung, in der die Unterschichten emanzipiert sein sollten. Dieser sozialdemokratischen Richtung sind Arnold Ruge, August Reinstein, Carl Nauwerck, Carl Mayer, Julius Fröbel, Friedrich August Thieme zuzuordnen. Andererseits propagierten Ludwig Simon, Carl Vogt, Moritz Hartmann u. a. in Radikalisierung des Freiheitsgrundsatzes ein libertäres Programm, die »Cultur-anarchie«. Dabei handelte es sich um eine, vom Glauben an die Selbstregulierung von Konflikten und an das Gute im Menschen getragene Utopie der weitgehenden Abschaffung des Staates.

Die theoretischen Debatten über solche Sozialutopien, die in der »Monatsschrift« und selbständigen Publikationen geführt wurden, spiegelten die relativ freischwebende Lage der aus allen sozialen Bindungen herausgerissenen und von allen alltäglichen politischen Fragen in den Zeiten der Reaktion entfernten Emigranten. Sie hatten nur mehr wenige Berührungspunkte mit den politischen Problemen, mit denen sich die Oppositionellen in den Landtagen, die Unterstützungskomitees und andere Aktivisten der »Partei« in den Staaten des Deutschen Bundes auseinandersetzen hatten und wurden deshalb dort auch kaum rezipiert. Wenn die Emigranten die grundsätzlichen Perspektiven weiterentwickelten und die Linke in den Bundesstaaten die allgemeine politische Strategie und die parlamentarische Taktik der neuen Situation anzupassen suchte, so mußte das kein Widerspruch sein, wenn es Kommunikationsmöglichkeiten und die Bereitschaft gab, die unterschiedlichen Ausgangslagen zu akzeptieren. Die Kommunikation war jedoch nach der Unterdrückung der »Deutschen Monatsschrift« und wegen

¹⁸ L. Simon an C. Mayer 18.1.1850 [= März 1851]; Löwe an C. Mayer 13.11.1850, 12.12.1850 und 9.3.1851; Raveaux an C. Mayer 12.5.1851 (alles NL NÄf); C. Vogt an C. Mayer 17.12.1850 (W. NÄf, Revolution, 1932, S. 193); BA 90 Ba 3/109 (Prospekt des »Kosmos«; Haug an Bamberger, der als Korrespondent für Belgien und Holland geworben werden sollte, vom 2.4.1851); J. H. SCHOEPS, 1978, insb. S. 220f. (Zitate aus dem »Kosmos« zur Weltausstellung); K. MARX/F. ENGELS, 1852, S. 307f. und S. 312. Zu den polizeilichen Vorkerkungen zur Weltausstellung: H. J. RUIEPER, 1977, S. 339; W. SIEMANN, Deutschlands Ruhe, 1985, S. 376ff.; A. BERNSTEIN, 1881, S. 54ff.

des Scheiterns aller anderen Versuche, Medien für die Öffentlichkeitsarbeit der Linken zu schaffen, sehr erschwert worden und fast nur noch in Form direkter Kontakte möglich. Was die gegenseitige Wahrnehmung angeht, so lassen die wenigen überlieferten Briefe, die hauptsächlich von den Emigranten stammen, auf eine Verengung der Perspektive auf die je eigenen Probleme schließen – vor allem im Exil.¹⁹

2. Auf der Suche nach revolutionären Perspektiven

Nicht nur einer der prominentesten, sondern auch einer der (verbal)radikalsten Demokraten innerhalb der Paulskirchenlinken war Arnold Ruge. Er war bereits im Vormärz als Herausgeber der junghegelianischen »Hallischen Jahrbücher« und als einer der theoretischen Köpfe der Opposition hervorgetreten. Am Wandel der von ihm verfochtenen Politik ist beispielhaft nachzuvollziehen, wie das Scheitern der parlamentarischen Reformperspektive und der Verlust des direkten Kontakts zur politischen Basis infolge der Emigration zu einer Radikalisierung und zur Abkehr von der parlamentarisch-demokratischen hin zu einer putschistischen Taktik führte.

Nachdem Ruge sich nach seiner Beteiligung am sächsischen Maiaufstand von Leipzig nach Karlsruhe abgesetzt hatte, reiste er mit Karl Blind im Auftrag der badischen Revolutionsregierung, an deren Spitze sein früherer Fraktionsgenosse Lorenz Brentano stand, nach Paris, um dort Unterstützung zu mobilisieren. Als diese Mission nach dem gescheiterten Aufstand Ledru-Rollins vom 13. Juni 1849 aussichtslos geworden war, ging er Mitte Juni über Brüssel nach London, wo er das Ende der deutschen Revolution erlebte. Im September kehrte er inkognito ins Bundesgebiet zurück. Den Herbst verbrachte er in seiner pommerschen Heimat, den Winter in Bremen und wartete auf ein Abflauen der Gegenrevolution. Er verfolgte in dieser Zeit drei politische und persönliche Ziele: Erstens sollten seine Frau und sein Sohn nach Großbritannien übersiedeln. Zweitens wollte Ruge seine Geschäfte so regeln, daß sie auch in seiner Abwesenheit weiterliefen und etwaige Gewinne an ihn gelangten. Deshalb setzte er für seine Leipziger Verlagsbuchhandlung einen Geschäftsführer ein, der bis 1854 deren Erträge

¹⁹ Vgl. BLHA 9811, Bl. 11 (Fröbel); BLHA 12919, Bl. 1 (Thieme); für die Radikalisierung Mayers im Exil: D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 138 und 144. Zu Simons Konzept der »Culturarchie« vgl. kritisch-verständnislos, aber wohlwollend sein Parlamentskollege Fallmerayer (AAZ 8. 2. 1856) und die Simon verteidigende Reaktion eines württembergischen Paulskirchenabgeordneten (Beobachter 20. 2. 1856): Simon habe »nur ein gefährliches Wort für eine ganz einfache Sache gewählt.« Unter Verweis auf L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 56 definierte er »Culturarchie« als »Verhältnisse, wie sie in der Schweiz bestehen.« Simon hatte solche Ideen bereits in der Paulskirche propagiert. Vgl. C. JANSEN, Demokrat, 1999.

nach Großbritannien zu transferieren vermochte. Drittens versuchte er, sich eine neue politische Basis zu verschaffen, indem er sich um ein Landtagsmandat in Sachsen bemühte, das ihm die für politische Tätigkeit unter den Bedingungen der Reaktion nützliche Immunität verschafft hätte.

Das letzte Vorhaben versuchte er zu fördern, indem er die Beziehungen zu einem Genossen aus der Paulskirche, dem Dresdner Demokraten Franz Jacob Wigard, intensivierte.¹ Er plädierte ihm gegenüber für eine Strategie, die auch andere Emigranten wie Carl Vogt und Wilhelm Schulz-Bodmer befürworteten. Sie gingen alle davon aus, daß, »nachdem die deutsche Frage nun definitiv gescheitert ist, [...] die einzelnen Länder um so wichtiger« würden. Politische Fortschritte müßten künftig in den größeren Einzelstaaten erkämpft werden. Bezeichnenderweise knüpfte Ruge zu diesem Zeitpunkt eine Wahlbeteiligung der Demokraten im Gegensatz zu seinen emigrierten Genossen noch nicht an die Bedingung, daß das allgemeine gleiche Männerwahlrecht galt.² Die Einsicht in die Situation vor Ort ließ die mit einem Abgeordnetenmandat verbundenen Agitationsmöglichkeiten und die Immunität wertvoller erscheinen als die Wahrung des demokratischen Prinzips in der Wahlrechtsfrage.

Die Demokraten sollten sich nach Ruges Ansicht vom Oktober 1849 an der Wahl beteiligen, um bereits vor künftigen »Umschwüngen« auf einflußreichen Posten zu sein. »Aus diesem Grunde möchte ich selbst mich wählen lassen, jetzt, nicht um eine Revolution durchzusetzen (was in Frankfurt die Aufgabe war). Sondern wir haben die Volkssouveränität an einem Ort zu vertreten, wo sie sonst wirklich sehr bald gar nicht mehr zu Wort kommen möchte, im Einzelnen aber mehr mit kalter malice, als irgend mit positivem Drang auf Erfolg zu operiren, weniger um selbst etwas zu schaffen[,] als um die Mißgeschöpfe der anderen ins rechte Licht zu stellen. Ich selbst habe wenig Anhalt [Anhang] in Sachsen, es ist aber doch möglich, daß irgendein radikaler Wahlkreis auf mich reflectirt, *wenn Ihr mich empfehlen wollt*. Habt Ihr kein Wahlcomité, so kannst du vielleicht persönlich etwas thun, wenn du meinst, daß Euch meine Unterstützung von Nutzen sein könnte. So viel ist gewiß, daß Sachsen sich aus dem preußischen Schlepptau loszumachen sucht. Wir müssen dies für's Volk benutzen, damit es nicht für Österreich benutzt wird. Ich persönlich hätte noch den Vortheil bei der Wahl, dadurch höchst wahrscheinlich mir die freie Rückkehr nach Sachsen und zu meinem Geschäft in Leipzig, wo ich sehr nöthig bin, zu verschaffen.«

¹ Ruge an Bussenius 15. 6. 1850 (BLHA 12528, Bl. 136); an seine Frau 25. 6. 1849 (A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 108f.); W. NEHER, 1933, S. 212ff. Zum Pariser Aufstand: MEW, Bd. VIII, S. 143ff.; Ruges Gesandtschaft und seine Enttäuschung über den 13. Juni: BLHA 12528, Bl. 140r. Vgl. zu Ruges materieller Lage Kap. V. 2.

² Ruge an Wigard (nicht Otto Wigand, wie W. NEHER, 1933, S. 213, annimmt) 6. 10. 1849 (BJ). Dort auch die folgenden Zitate. Zur Position der Emigranten vgl. C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 39, 45 und 51ff.; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, S. 6, 10 und 12.

Diese Argumentation belegt in mehrfacher Hinsicht eine politische Wandlung des Hegelianers Ruge. Er sah, ähnlich wie Vogt, die Demokraten nach dem Scheitern der Reichsverfassungskampagne vor einer veränderten Situation. Sie konnten vorerst keine neue Ordnung durchsetzen, sondern sich nur auf Opposition und Entlarvung der falschen Politik der Herrschenden beschränken. Ruge ging außerdem vorübergehend nicht von einer Führungsrolle Preußens aus, dessen »historische Sendung« sonst in seinem Denken eine zentrale Rolle spielte. Vielmehr sah er 1849, da Preußen zur Vormacht der Reaktion geworden war, die Initiative auf die Mittelstaaten des Dritten Deutschland übergegangen, in denen noch vergleichsweise große Handlungsspielräume existierten. Als sich Ruges Hoffnungen auf eine gefahrlose Einreise nach Sachsen zerschlugen, vielmehr die Repression sich auf alle Bundesstaaten ausdehnte und ihm bekannt wurde, daß er mit Haftbefehl gesucht wurde, entschloß er sich im ersten Halbjahr 1850, nach England zu emigrieren. »Ich würde nicht noch ein solches Gefängniß aushalten, wie ich es von 1824 bis 1830 erduldet habe«, rechtfertigte er seine Flucht dem Geschäftsführer seiner Leipziger Buchhandlung gegenüber, zumal man sich »damals [...] mit dem Gefängniß [begnügte], jetzt verordnet man seinen politischen Gegnern Ketten und Zuchthaus.«³

In England schloß sich Ruge dem von Giuseppe Mazzini gegründeten »Europäischen Demokratischen Comité für die Solidarität der Parteien ohne Unterschied der Völker« an (kurz »Europäisches Zentralkomitee der Demokratie« genannt), dem auch der Ungar Lajos Kossuth, der Franzose Alexandre Ledru-Rollin, der Pole Albert Darasz und der Rumäne Ion Bratianu angehörten. In der Folgezeit radikalisierte sich Ruges Diktion umso mehr, je unwahrscheinlicher seine Rückkehr in die Heimat wurde. In großsprecherischen Manifesten und Aktivitäten versuchte das Europäische Zentralkomitee, die Revolutionen von London aus wieder anzufachen. Dabei war es nicht einmal in der Lage, die Emigranten hinter seinen Parolen zu versammeln. Gerade die radikalen deutschen Emigranten in England waren besonders zerstritten und zerfielen aufgrund kleinlicher Eifersüchteleien zwischen ihren Anführern in drei Hauptlager: »Rugianer«, »Kinklianer« und »Marxianer«, wie die preußische politische Polizei sie nannte.

Den europäischen Polizeibehörden kam die Bildung des Zentralkomitees gelegen: Indem sie seine Aktivitäten akribisch registrierten und sehr ernst nahmen, vermutlich sogar aufbauschen, konnten sie den Regierungen gegenüber ihre eigene Existenzberechtigung und den Ertrag ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit dokumentieren. In Verbindung mit dem Europäischen Zentralkomitee standen auch eine Reihe von ehemaligen Nationalversammlungsabgeordneten der Linken, namentlich Ludwig Bamberger, Julius Fröbel, Wilhelm Löwe, Carl Nauwerck, Oscar Graf Reichenbach und

³ Ruge an Bussenius 15.6.1850 (BLHA 12528, Bl. 136). Lt. K. MARX/F. ENGELS, 1852, S. 268 u. ö., lebte Ruge im Frühjahr 1850 in Ostende.

Friedrich Jacob Schütz. Als einziger in Deutschland gebliebener Paulskirchenabgeordneter hielt Franz Wigard, ein führender Deutschkatholik, Kontakte zum Londoner Komitee, zu dessen Umfeld auch der charismatische Gründer des nationaldemokratischen Deutschkatholizismus, Johannes Ronge, gehörte. Da es keine zuverlässigen Quellen gibt, läßt sich die Tätigkeit des Europäischen Zentralkomitees nicht im einzelnen nachzeichnen. Die Mitarbeit von Löwe, Reichenbach und Schütz endete spätestens 1853 mit deren Auswanderung in die USA bzw. nach Australien. Möglicherweise ist sogar das Scheitern der Bemühungen des Zentralkomitees ein Grund für ihre Auswanderung gewesen.⁴ Daß sich eine Reihe führender Köpfe der Paulskirchenlinken an der Arbeit des Londoner Komitees beteiligte, zeigt, welche Ratlosigkeit das Scheitern der Revolution und die Entwurzelung aus dem gewohnten sozialen und politischen Umfeld bei den Emigranten ausgelöst hatte. Die radikale Rhetorik des Zentralkomitees erlaubte es den Revolutionären immerhin, ihre politische Identität zu wahren und einstweilen einem grundlegenden Überdenken ihrer Positionen aus dem Weg zu gehen.

Die Haupttätigkeit des Zentralkomitees fiel ins Jahr 1851, also ins letzte Jahr revolutionärer Naherwartung: Die verschiedenen Jahrestage der europäischen Revolutionen von 1848 wurden zum Anlaß für Bankette, große Reden und Resolutionen genommen. Welch feierlich-pseudoreligiösen Kult diese Veranstaltungen um die Revolutionen und ihre Opfer inszenierten, geht beispielsweise daraus hervor, daß Ruge eine von ihnen als »ein hehres Hochamt der Völkerfreiheit« bezeichnete. Auch die Manifeste des Europäischen Zentralkomitees versetzte Mazzini stark mit religiösem Pathos. Das Komitee nannte sich selbst eine »heilige Allianz der Völker gegen eine unheilige Verschwörung ihrer Unterdrücker«. Es behauptete, »Gott, das Gesetz der moralischen Weltordnung, die Sehnsucht der Völker, die Arbeit der Denker, das Gefühl und die Noth der Massen« zusammen würden den »Triumph der Demokratie« herbeiführen. Was einzig fehle, sei »die Organisation«: »Wir haben Secten, keine Kirche, unvollkommene widersprechende Theorien, keine Religion, keinen gemeinsamen Glauben«. Es war keine Übertreibung, wenn Karl Marx und Friedrich Engels als Ziele des Komitees die »Schöpfung einer demokratischen Gesamtkirche« bezeichneten. Seine Mitglieder waren nach eigener Definition die »Vorläufer und Wegbereiter« einer kommenden, demokratischen Welterlösung. Ruge stand dieser Argumentationsweise durchaus distanziert gegenüber, aber in Ermangelung anderer politischer Perspektiven und geschmeichelt, einem Komitee der

⁴ W. NEHER, 1933, S. 216; H. REITER, 1992, S. 274 ff.; Dokumente, S. 92 ff., 105, 145 f. und 268; A. HERZEN, *Erinnerungen*, 1907, S. 178 ff.; K. MARX/F. ENGELS, 1852, S. 268 ff., 289 ff. und 299 ff. (bösaartig, aber aufschlußreich); E. BAUER, 1989, S. 19 ff.; BLHA 8921, Bl. 2r und 4f. (Bamberger und Schütz); 11377, Bl. 3 (Löwe); 11949, Bl. 38 (Nauwerck); 12528, Bl. 135, 140 ff. zur Entstehung und Zusammensetzung des Komitees; 12800, Bl. 85 ff.; 13835, Bl. 97 (Löwe und Reichenbach; vgl. H. NATHAN, 1915, S. 89); BA 90 Ba 3/109 (Bamberger); R. FUCHS, 1970, S. 141; APP 290/510: Aufruf des Zentralkomitees »An die Polnische Nation«. Die Polizeidossiers z. T. in: DOKUMENTE, 1993, etwa S. 137 ff. und 188 ff.

führenden europäischen Revolutionäre anzugehören, heulte er mit den Wölfen.

Politisch erschöpften sich die Aktivitäten des Zentralkomitees in derartiger, chiliastischer Rhetorik. So erklärte eine von Ruge geleitete internationale Versammlung zum Gedenken an die Wiener Märzrevolution »ihre Sympathien mit der gesammten deutschen Revolution, ihren Abscheu vor dem Verrat der deutschen Fürsten und ihre Ueberzeugung, daß die Bildung und der Charakter des deutschen Volkes die Principien der Freiheit und die Gesetze der Demokratie wieder erobern und wahren werde.« Ruge hob in seiner Rede auf die Vorstellung von einer spezifischen deutschen Sendung ab, die für den demokratischen Nationalismus typisch war. Seine Formulierungen verraten das Minderwertigkeitsgefühl, das Nationalrevolutionäre empfanden, die aus einem Land kamen, das ihrer eigenen Geschichtsphilosophie zufolge hinter dem Westen zurückgeblieben war: Viele würden den Deutschen wegen ihrer »langen Unterwürfigkeit die Fähigkeit zur Freiheit« absprechen. Dabei verdanke »die Welt ihren ersten Sieg gegen die gründlichste Sklaverei, die je auf ihr gelastet«, doch den Deutschen. Denn für Ruge war die Reformation »die Mutter der englischen, amerikanischen und französischen Revolution« und deshalb »der deutsche Geist« die »Centralsonne im System der Freiheit«.

Im Anschluß an die Veranstaltung gründeten Ruge, Gustav Struve, Johannes Ronge, Gottfried Kinkel und der Wiener Ernst v. Haug einen »Ausschuß für die deutschen Angelegenheiten«. Dieser verfolgte zwei Ziele: Einerseits sollte er die zerstrittene Emigration auf gemeinsame Ziele einchwören, andererseits im Bundesgebiet für die Idee einer revolutionären Nationalanleihe werben. Die realitätsferne und vom Glauben an den historisch notwendigen Sieg der Revolution geprägte Idee einer solchen Anleihe war von Mazzini ausgegangen. Mit ihr sollten die Vorbereitung der Revolution, zu der vor allem das materielle Überleben der Berufsrevolutionäre im Exil gehörte, finanziert werden sowie erste Maßnahmen zur Sicherung der Macht. Ruge, der das Scheitern der Revolution von 1848/49 u. a. auf fehlende finanzielle Mittel zurückführte, wollte mit den Geldern auch Waffen kaufen. Nach dem Sieg sollte die Revolutionsanleihe in Staatspapiere der neuen Regierungen verwandelt und mit Zinsen zurückgezahlt werden. Bei der Lektüre des Aufrufs zur Zeichnung der Anleihe fällt es schwer zu glauben, daß die Mitglieder des Ausschusses und insbesondere Ruge hinter dem von ihnen vertretenen revolutionären Wunschenken standen, das in dem Satz gipfelte: »Wir sagen zu den unterdrückten Völkern: ›Zeichnet zehn Millionen Franken und wir befreien den Continent!« Der Aufruf, den Ruge ohne Rücksprache mit Kinkel veröffentlichte, führte nicht zu nennenswerten Einzahlungen, aber zu neuen Zerwürfnissen und einer noch tieferen Spaltung der Londoner Emigration. Auch Ruges Parlamentskollege Friedrich Jacob Schütz gehörte dem Komitee für die Nationalanleihe an und nahm an einem in London stattfindenden Garantenkongreß teil. Ludwig Simon in der Schweiz, Wilhelm Löwe und Oscar Graf Reichenbach in Lon-

don waren für die Geldsammlung und die Verwaltung der gezeichneten Beiträge zuständig, zerstritten sich aber, ebenso wie Ruge, bald mit Kinkel.⁵

Ein für den Ultraradikalismus der Paulskirchenemigration in der Zeit revolutionärer Naherwartung charakteristisches Dokument ist auch Ruges Brief an den »Legationsrath B.« – eine revolutionäre Denkschrift, die er im November 1851 an einen Diplomaten der preußischen Botschaft in London richtete. Der gemäßigt liberale Paulskirchenabgeordnete Christian Carl Josias v. Bunsen soll ihn ausweislich einer handschriftlichen Notiz auf dem Manuskript »an den Ministerpräsidenten eingeschickt« haben. Bunsen, der von 1841 bis 1854 preußischer und von Dezember 1848 bis Mai 1849 auch Gesandter der provisorischen Reichsregierung in London war, kommt nicht nur wegen der Adressierung (»Legationsrath B.«) als der Briefempfänger, den Ruge mit »Hochgeehrter Freund« anredete, in Frage. Er hatte seit seiner Tätigkeit in der Nationalversammlung, auf die Ruge im Brief anspielte, viele Kontakte zu Mitgliedern der parlamentarischen Linken aufrechterhalten. Er war einer der liberalsten und gebildetsten Männer im inneren Kreis um Friedrich Wilhelm IV. und verlor seinen diplomatischen Posten während des Krimkrieges wegen seiner Bemühungen um eine Westintegration Preußens. Unklar bliebe allerdings, wie das Manuskript Ruges in die Akten der Polizei geraten ist. In derselben Polizeiakte wie der Brief an den »Legationsrath B.« befinden sich diverse Briefe an Ruge, die ihm ein Spitzel gestohlen und an einen Agenten der preußischen Polizei weitergegeben hat. Möglicherweise gelangte diese so auch an das Manuskript des Briefes an den »Legationsrath B.«.⁶

Der Brief ist gehalten wie ein Teil eines längeren politisch-philosophischen Briefwechsels und beginnt: »Sie fragen: Sie begriffen [...] nicht, wie

⁵ BLHA 12528, Bl. 218ff. (Aufruf), 13835, Bl. 97; BldZ 28./29.8.1850 (Aufruf des Komitees; Zitate), 25.4.1851 (Nationalanleihe); A. RUGE, Rede, 1851; K. MARX/F. ENGELS, 1852, S. 268 (Zitat) und 304ff.; Marx an Engels 30.4.1852, an Weydemeyer 30.4. und 28.5.1852 (über die Nationalanleihe und insb. Schütz; in: MEW, Bd. XXVIII, S. 61 f., 518ff. und 525); M. KÖHLER, 1998; L. Simon: E. DÜHR, 1998, S. 151 (H.-G. Böse); H. REITER, 1992, S. 275 ff.; »heilige Allianz«: BLHA 12528, Bl. 140 und 218r. Distanz Ruges zum religiösen Pathos Mazzinis: A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 118. In seinen privaten Briefen war Ruge skeptischer: vgl. ders. an seine Frau 25.6.1849, an seinen Sohn 12.12.1851 (ebd., S. 108 bzw. S. 121), an Dulon 6.2.1851 (BLHA 12528, Bl. 146). Zu Mazzinis Vorstellung vom Nationalismus als modernen Religionsersatz: L. RIALI, 1994, S. 66f.

⁶ BLHA 12528, Bl. 138ff. (der mit zahlreichen Korrekturen versehene eigenhändige Entwurf des Briefes; dort auch die folgenden Zitate). Ebd., Bl. 156ff.: Briefe, die ein Spitzel bei Ruge gestohlen hat. Vgl. E. BAUER, 1989, S. 89. Zu Bunsen: NDB; Hans-Rudolf Ruppel (Hrsg.), *Universeller Geist und guter Europäer. Christian Carl Josias Bunsen 1791–1860*. Korbach 1991. Weder der Bunsen- noch der Ruge-Forschung ist dieser Brief bisher aufgefallen. Auch Wilhelm Schulz-Bodmer hatte einen positiven Eindruck von Bunsen zurückbehalten: Er bat ihn Ende 1857, ihm sein 1859 erschienenenes Buch »Rettung ...« widmen zu dürfen, was dieser gerne zugestand (vgl. W. SCHULZ-BODMER, *Rettung*, 1859; W. GRAB, 1979, S. 355); Jacoby setzte sich in einem Brief an Moleschott (22.3.1857, J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 53 ff.) ausführlich mit v. Bunsen auseinander.

das Centralcomité der Europäischen Democratie von London aus die Revolution dirigiren wolle«, wo doch keines seiner Mitglieder »ein Mandat, niemand eine Macht« habe. Unter Verweis auf historische Parallelen, die, wie etwa der Vergleich mit Christus, der auch nur »ein unbekannter Privatmann« gewesen sei, ein Licht auf seine Selbsteinschätzung und sein großes Sendungsbewußtsein werfen, erklärte Ruge zunächst die Idee, die dem Zentralkomitee »zu Grund liegt. Es ist dies die Aufhebung des *Nationalbewußtseins* in *Freiheitsbewußtsein*, der *Liebe zum Stamm* in *Liebe zur Democratie*.« Verderblich sei aller »Patriotismus, der nicht Patriotismus für die Republik ist.« Auf die skeptische Frage seines Briefpartners reagierte Ruge mit jenem voluntaristischen Idealismus und Optimismus, der seine Verlautbarungen aus dieser Zeit und die des Zentralkomitees charakterisiert: »Es giebt in der That kein besseres Mandat im Gebiet des Geistes oder der Geschichte der Menschheit als das des richtigen Gedankens.«

Ruge gestand die Schwäche seiner idealistischen Argumentation durchaus ein und setzte alle Hoffnung auf die Franzosen: »Seien Sie mir nicht böse, verehrter Freund, wegen meiner Dialektik. Sie haben immer noch die ganze Armee künftiger Thatsachen [...] auf Ihrer Seite. Wenn die französische republikanische Parthei und Ledru Rollins Politik nicht siegen, so habe ich mich geirrt u[nd] Sie hatten Recht. Wenn die Deutschen mich noch einmal im Stich lassen, noch einmal für einen Vaterlandsverräther erklären« – was ihm nach seinem Plädoyer für die Befreiung Polens in der Paulskirche widerfahren war, »dann habe ich mich geirrt[,] u[nd] Sie hatten Recht. Mit den künftigen Thatsachen können wir beide aber gegenwärtig nichts weiter anfangen, als sie ruhig abzuwarten.« Da Ruge auf den historischen Fortschritt setzte, der die »nächste Revolution« bringen würde, war für ihn die Frage, wie man diese von London aus »dirigiren wolle«, irrelevant: Dies sei »nicht die Absicht des Centralcomités der Europäischen Demokratie. Seine erste Absicht war, im Exil u[nd] vor der nächsten Revolution eine Verständigung der Männer der verschiedenen Revolutionen aus den Jahren 1848 u[nd] 1849 herbeizuführen und diese Verständigung u[nd] Bundesbruderschaft nach der Heimath zu verbreiten.« Darüber hinaus wolle man sich gegenseitig »über die Zustände der Demokratie in allen Ländern« informieren, um künftige Revolutionen »nicht isolirt ausbrechen zu lassen«. Diese internationale Koordinierung sei »der Anfang einer republicanischen Diplomatie« als Gegengewicht zur Kooperation der europäischen Regierungen.

Daß der Gedanke einer europäischen Koordinierung der demokratischen »Partei«, um so einen erfolgreicherer Verlauf künftiger Revolutionen zu ermöglichen, seit 1849 in der Luft lag, zeigen nicht nur die Bestrebungen der Ersten und Zweiten Internationale seit 1864, die dasselbe Ziel verfolgten. Unabhängig von Ruge entwickelte mit Carl Mayer ein weiterer Emigrant aus der Paulskirchenlinken, bereits in den frühen fünfziger Jahren ganz ähnliche Pläne: »Vor Ausbruch der nächsten Revolution« hielt er einen »diplomatischen Congress der Demokratie aller europäischen Länder« für nötig. Dabei sollte der gesamteuropäische Ablauf der Revolutionen koor-

diniert werden. Des weiteren wollte Mayer, daß dort Grenzstreitigkeiten aus dem Weg geräumt würden, indem die Demokraten gemeinsam die »Grenzen der künftigen Republiken« bestimmten. Schließlich sollten die Grundlagen der internationalen Beziehungen, »namentlich in Beziehung auf Handel, Zölle, Schiffahrt, Freizügigkeit und Ansiedlung« festgelegt werden. »Eingeladen zu diesem Congress sind die Deutschen, Franzosen, Italiener, Ungarn, Polen, Dänen, Russen. Erst nach dem Congress wird verhandelt mit den Schweizern [!], Südslawen, Tschechen, Romanen [Rumänen], Türken, Belgiern, Holländern, Spaniern, Schweden. England bleibt ausgeschlossen. Mit der dortigen Demokratie ist noch nichts anzufangen, die gegenwärtige Regierung aber wird benutzt. Präsiert wird der Congress von einem Deutschen. [...] Der Congress muß so lange dauern, bis alle [...] Fragen nicht nur erledigt, sondern wieder und wieder besprochen und vollständiges Gemeingut der Congressmitglieder geworden sind. Der Congress verhandelt geheim. Seine Resultate werden[,] soweit es die Klugheit erlaubt, veröffentlicht.«⁷

Die emigrierten Führer der Paulskirchenlinken waren noch so überwältigt von der Großartigkeit und Leichtigkeit ihrer Erfolge in der deutschen Revolution, daß ihnen das Ausmaß und die Endgültigkeit ihrer Niederlage erst langsam bewußt wurden. Solange das noch nicht der Fall war, schmiedeten sie, wie Mayers Überlegungen zeigen, Pläne, als hätten sie noch Masseneinfluß. Wie bei Ruge findet sich auch bei Mayer die zutiefst nationalstische, von keiner historischen Erfahrung gestützte Erwartung einer deutschen Führungsrolle bei einer künftigen Revolution. Hinter diesem Führungsanspruch und zugleich in einem tiefen inneren Widerspruch zu ihm steht die junghegelianische Vorstellung, die auch in der österreichischen Linken, etwa vom Paulskirchenabgeordneten Franz Schuselka, geteilt wurden, daß die Deutschen als »philosophische« Nation«, gerade weil sie den Nationalstaat nicht erreicht hätten, die »eigentliche ›Menschheitsnation« darstellten und an der Spitze des anbrechenden kosmopolitischen Zeitalters stehen würden.⁸ Bemerkenswert ist an dem von Mayer geplanten Congress auch die auf Hegel zurückgehende klare Hierarchie zwischen bedeutenden Nationen, die gleichberechtigt sein, und den weniger wichtigen, die vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollten. Von den im Bundesgebiet lebenden nationalen Minderheiten zählten danach nur die Polen zu denjenigen europäischen Völkern, die einen Nationalstaat bilden sollten. Insbesondere die Tschechen wurden hingegen als unfähig zur Nationsbildung angesehen. In den überheblichen Vorstellungen vieler Achtundvierziger in

⁷ C. Mayer, Politische Notizen (1850–52), S. 13 (DLA A: Mayer d. J. 32532).

⁸ F. SCHUSELKA, Das provisorische Österreich, 1850, S. 43 f. und 70 ff. Vgl. H. MOMMSEN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 65 f.; sowie ähnl. Positionen bei Engels (MEW, Bd. VI, S. 172) und Rochau (Germania, Jg. 1851, S. 118). Pragmatischer (das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei abzulehnen, weil es Österreich zerstören werde): F. SCHUSELKA, Völker-Einigung, 1851, S. 91.

der Zeit revolutionärer Naherwartung spielten auch Großbritannien und die Schweiz als diejenigen Staaten, die ihnen nach der Niederlage Schutz gewährt hatten, nur die Rolle taktischer Partner, die lediglich für die eigenen politischen Ziele »benutzt« werden sollten.

Ruge warb während seiner Zeit als Funktionär des europäischen demokratischen Zentralkomitees im Sommer 1851 in einem Brief an Varnhagen sogar für einen nationaldemokratischen Putsch in Preußen: »Erfahrene Politiker und Militärs von Nationalgefühl, Charakter und demokratischem Geist« sollten sich darauf vorbereiten, »den Keim des neuen Deutschlands, der in Preußen durch Philosophen und Politiker gepflanzt und gepflegt wurde, mit Heroismus zu retten.« Sie sollten durch »rasche Pronunciamentos« das Volk befreien.⁹

Karl Marx und Friedrich Engels haben aus direkter Nähe, wenn auch mit der polemischen Schärfe politischer Konkurrenten den prahlerischen Gestus und die internen Streitigkeiten des Europäischen Zentralkomitees anschaulich geschildert. Wenn auch nicht jedes Detail ihrer Schilderungen glaubwürdig erscheint, so trifft ihre Einschätzung doch den Kern, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen nur um die zur Farce verkommene Wiederholung der Hahnenkämpfe innerhalb der Linken in den Revolutionen von 1848/49 gehandelt habe. Das demokratische Zentralkomitee scheiterte hauptsächlich an der Unzulänglichkeit und der Selbstüberschätzung seiner Protagonisten, die sich wie alle emigrierten Achtundvierziger Illusionen über die Stärke der Opposition gegen das Regime Friedrich Wilhelms IV. im Militär und den politischen Eliten machten. Statt sich, wie die Revolutionäre hofften, zu verbessern, verschlechterten sich parallel zu den Aktivitäten des Zentralkomitees die Bedingungen für eine zweite Revolution fortwährend, weil sich die europäische Reaktion durchsetzte und mit systematischen polizeilichen und juristischen Verfolgung jede revolutionäre Opposition im Keime erstickte. Dabei waren die Bedingungen in den verschiedenen Staaten durchaus unterschiedlich: Während in Italien unter österreichischer bzw. päpstlicher Herrschaft das Zentralkomitee mit seinen Geldsammlungen und Aufstandsversuchen auf einige Resonanz stieß, blieb diese im Deutschen Bund fast ausschließlich auf die Akten der politischen Polizei beschränkt.¹⁰

Die überwiegende Mehrheit der Paulskirchenemigranten, die in der Schweiz saß, distanzierte sich trotz punktueller Zusammenarbeit mit dem Londoner Komitee bereits sehr früh von der Idee, mittels eines Putsches an die Schalthebel der Macht zu gelangen. Ludwig Simon hatte sich bereits 1850 in einer Fundamentalkritik am Sozialismus Marx/Engelsscher Prägung für den Reformismus entschieden. »Lieber keine Revolution als eine durch

⁹ Ruge an Varnhagen 4. 6. 1851 (BJ Slg. Varnhagen/222). Vgl. außerdem zur ultrarevolutionären Phase: A. RUGE, Vertraulicher Brief, 1851.

¹⁰ K. MARX/F. ENGELS, 1852, S. 274; L. Simon an C. Mayer 18. 1. 1850 [= März 1851] (NL Näf); H. FRIEDJUNG, Österreich, Bd. II, 1918, S. 219 ff.

Täuschung und Lüge erregte«, erteilte er Putschplänen mit anschließender Erziehungsdiktatur eine Absage. Später sprach er sich mehrfach gegen das »professionelle Revolutionieren« aus. Auch der als Reichsregent sehr radikale Raveaux kritisierte bereits Anfang 1850 »die Schreier in London«, die »im Vaterlande die Begriffe über die Gesinnung der deutschen Emigration« verwirrten. Wolle man »in Deutschland« den »Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft« nicht verlieren, so müsse man sich bald »von Phantasten und Abenteuern lossagen«. Ähnlich äußerte sich Jacoby.¹¹

Subversive Aktivitäten aus den Reihen der Paulskirchenlinken in den frühen 1850er Jahren sind kaum bekannt. Das liegt zunächst in der Natur der Sache – derartige Aktionen sind nur dann erfolgreich, wenn sie nicht bekannt werden, so daß sich aus fehlendem Niederschlag in den Quellen nicht auf Nichtexistenz schließen läßt. Gelegentlich berichteten Informanten der politischen Polizei über aus dem Exil eingeschmuggelte und im Bundesgebiet verbreitete Pamphlete. So habe Julius Fröbel bis Anfang 1852 »mehrmals Flugschriften« an Arbeiter in seinem thüringischen Wahlkreis geschickt, »deren Inhalt lediglich darauf berechnet gewesen« sei, »die Einführung der Demokratisch-Socialen Republik anzubahnen und die christliche Religion als nichtig darzustellen«. Ähnliches berichtete die Polizei über Friedrich August Thieme, Fröbels ebenfalls emigrierten Nachfolger als Abgeordneter des Wahlkreises Hirschberg. Ludwig Simon gelang es anlässlich seiner symbolischen Hinrichtung, einen Artikel nach Trier gelangen zu lassen, der als Flugblatt und in der »Trier'schen Zeitung« veröffentlicht wurde. Heinrich Simon versuchte, die preußische Regierung mit fingierten Artikeln in konservativen Blättern zu manipulieren; Ruge reiste 1849/50 inkognito durch Deutschland; auch Ludwig Simon benutzte falsche Pässe. Im sächsischen Neustadt mutmaßte die Polizei, daß eine »aus dem dortigen Turnverein hervorgegangene, theils aus eifrigen Demokraten, theils aus fremden Handwerksburschen bestehende [...] Feuerrettungsschaar«, die vom Paulskirchenabgeordneten Schaffrath geleitet wurde, politischen Zwecken diene. Sie wurde »polizeilich aufgelöst«. Bei all diesen Aktionen bleibt jedoch unklar, welche Wirkung sie hatten, teilweise ist nicht einmal ihr subversiver Charakter zweifelsfrei nachzuweisen.¹²

Dies gilt auch für den gelungensten subversiven Coup der Paulskirchenlinken: die von Heinrich Simon vorgeschlagene und von Ludwig Simon aus-

¹¹ L. SIMON, Stimmrecht, 1851, S. 170 (Zitat) und 288. Kritisch: Raveaux an C. Mayer 28. 1. 1850 (NL Näf); L. Simon an C. Mayer 22. 3. 1853, S. 6 (nach dem Scheitern des vom Zentralkomitee angezettelten Mailänder Aufstands); DERS., Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 121; J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 34.

¹² BLHA 9811, Bl. 11 (Dresdner Wochenbericht 10. 2. 1852); 12919, Bl. 1. Die Aktionen von Ludwig und Heinrich Simon wurden in Kap. II und III, die Ruges in diesem Kap. geschildert; dort auch die Nachweise. Vgl. A. Neemann, 1999, S. 107f., zu einem geheimen, oppositionellen Netzwerk in Dresden, dem die Paulskirchenabgeordneten Schaffrath und Wigard angehörten und das bis in die 1860er Jahre hinein bestand.

geführte Sammlung und Publikation der »Reden und Trinksprüche Friedrich Wilhelms IV.« mit einer Einleitung, die ein Meisterstück politischer Satire ist. Hinter der Sammlung stand – wie hinter so vielen politischen Aktionen der Achtundvierziger – verletztes Ehrgefühl. Ludwig Simon erklärte später, sein Hauptmotiv sei es gewesen, daß »der König sich über das Jahr 1848 und die Demokraten wiederholt in maßloser Überhebung so äußerte, als ob er stets über den Ereignissen erhaben dagestanden habe, – er, der den Hut vor den Leichen der Berliner Straßenkämpfer abgezogen hat!« Die 1855 publizierte Sammlung stellte alle öffentlichen Äußerungen des Königs zusammen, um auf diese Weise auf dem Höhepunkt der Reaktion an die zahlreichen, uneingelösten Versprechungen des Monarchen aus dem Frühjahr und Sommer 1848 zu erinnern. Durch geschickte Überschriften und Zwischenbemerkungen, die Anordnung und Auswahl der Äußerungen sowie durch gezielte Hervorhebungen im Text erschien Friedrich Wilhelm IV. als ein unentschlossener, auf die machtpolitischen Gegebenheiten nur reagierender, in Konflikten überforderter, gegenüber Kränkungen und Unbotmäßigkeiten äußerst empfindlicher, überheblich-großsprecherischer und an der nationalen Einigung »Deutschlands« sowie der Liberalisierung Preußens uninteressierter Monarch. Darüber hinaus gelang es Simon und seinem Leipziger Verleger, zahlreiche Häupter der preußischen Gesellschaft, regierende Fürsten aus anderen deutschen Staaten und angesehene Bürger für eine lange Subskribenten- und Widmungsliste am Anfang des Bandes zu gewinnen.

Politisch subversiv war Simons Zusammenstellung vor allem, weil sie die weitreichenden und wiederholten Reformzusagen von 1848 und einige programmatische Aussagen führender preußischer Demokraten in die streng kontrollierte Öffentlichkeit der Mittfünfziger Jahre hineinschmuggelte. Die Revolution in Berlin erschien im Spiegel der Reden und Proklamationen des Königs aus den Monaten März bis Oktober 1848 als wenig dramatische, gemeinsame, kompromißorientierte Suche nach Lösungen in der Verfassungsgebung und für die nationale Frage. Die liberalen und demokratischen Forderungen wirken legitim, der Monarch scheint seine Zugeständnisse ohne Druck zu machen. Die Wiederveröffentlichung der Reden wirkte damit der Perhorreszierung der Revolution und den vom König seit der Jahreswende 1848/49 geschürten Verschwörungstheorien entgegen, »Fremde« hätten sie verursacht und die Bevölkerung verführt. Zugleich zeigte Simons Edition die politische Unzuverlässigkeit des preußischen Königs.¹³

Aus verständlichen Gründen hofften die Emigranten am stärksten und am längsten auf einen baldigen Umschwung in ihren Heimatländern entweder durch eine zweite europäische Revolution oder durch eine französische Intervention. Solcher Attentismus ist für Emigranten im allgemeinen typisch.

¹³ L. SIMON, *Leben und Wirken*, 1855, insb. S. 66ff., 160f., 337 und 349ff.; A. RUGE, *Ha-bent sua fata libelli*, 1862. Dazu ausführlich: C. JANSEN/T. MERGEL, 1998, S. 225–246.

Besonders an Ruge läßt sich ablesen, daß die Entfernung vom Bundesgebiet die Flucht in Illusionen, Voluntarismus und selbstgerechtes Sektierertum erleichterte und es erlaubte, die Notwendigkeit einer politischen Umorientierung länger zu verdrängen, als dies den im politischen Alltagsgeschäft stehenden Politikern der bürgerlichen Opposition möglich war.

Abwehrkämpfe in den Staaten des Deutschen Bundes
1849 bis 1851

Die politischen Äußerungen und Initiativen derjenigen Mitglieder der Paulskirchenlinken, die in den Staaten des Deutschen Bundes hatten bleiben können oder dorthin zurückgekehrt waren, wirken insgesamt weitaus pragmatischer als die der Emigranten. Sie waren zwar der Repression unmittelbar ausgesetzt, aber konnten auch die verbliebenen oder neu entstehende Freiräume genauer ausloten. So war ihre Wahrnehmung der politischen Veränderungen und Perspektiven häufig präziser. Sie fixierten sich nicht so sehr auf eine baldige zweite Revolution, zumal ihr persönliches Schicksal davon weniger abhing als das der Exilierten, die nur bei einer grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse auf die Möglichkeit zur Rückkehr hoffen konnten, sondern suchten nach Wegen und Strategien, um wenigstens manche Errungenschaften der Jahre 1848/49 zu erhalten, um zu Lösungen für die deutschen Fragen zu gelangen und um besser organisiert in künftige Auseinandersetzungen gehen zu können. Dies galt besonders in den Mittelstaaten, in denen die Paulskirchenlinke ihre Hochburgen gehabt hatte, also den Königreichen Württemberg, Sachsen und Bayern sowie dem Großherzogtum Hessen.¹ In den Verfassungskonflikten, die sich in den Jahren 1849 bis 1851 in den Parlamenten der genannten Staaten abspielten und die im Ablauf und den politischen Konstellationen die Auseinandersetzung im Preußen der 1860er Jahre vorwegnahmen, waren Oppositionsabgeordnete aus der Nationalversammlung führend beteiligt.

Anders war die Situation in Preußen und Österreich, wo außerhalb der Hauptstädte die bürgerliche Linke deutlich schwächer als in den Staaten des Frühkonstitutionalismus gewesen war und außerdem die Repression früher und massiver eingesetzt hatte. Hier spielten Angehörige der Paulskirchenopposition in den frühen 1850er Jahren keine wichtige Rolle. Auch soweit die österreichische Linke nicht direkt von der Verfolgung betroffen war,

¹ Die Entwicklung in Baden, wo die Linke 1848/49 sehr stark gewesen war, läßt sich anhand der ehemaligen Paulskirchenabgeordneten nicht verfolgen. Die 16 ehemaligen badischen Nationalversammlungsabgeordneten der Linken mußten bis auf fünf (Christ, Fehrenbach, Kapp, Metz und Rée) emigrieren. Als einziger saß Rée 1867 bis 1868 noch einmal im Landtag. In Baden als einzigem deutschen Staat kam es infolge der militärischen Intervention zu einer vollständigen Auswechslung der Köpfe der politischen Linken. Zur badischen politischen Entwicklung in den 1850er Jahren: L. GALL, Liberalismus, 1985, S. 49ff. Knapp zu Nordwestdeutschland (Hannover, Braunschweig, Oldenburg und die Hansestädte), wo die Paulskirchenlinke nach 1849 keine politische Rolle spielte: C. GOTTHARDT, 1992, S. 75 ff.

nicht im Ausland oder in den Gefängnissen saß, bestanden für sie keine politischen Partizipationsmöglichkeiten, da die Regierung Schwarzenberg nach der Auflösung des Kremsierer Reichstags, noch bevor dieser eine Verfassung beschließen konnte, faktisch zum Absolutismus zurückkehrte. Von der nach dem Ende des Reichstags oktroyierten liberalen und zentralistischen Verfassung setzte die Regierung nur die repressiven Passagen in Kraft. Zwar wurden von März 1849 bis Anfang 1851 immer wieder Wahlen zu den vorgesehenen Repräsentativkörperschaften auf Landes- und Reichsebene versprochen. Aber bis zum Ende der Reformära am Jahresende 1851 wurden diese Zusagen nicht erfüllt, um den verschiedenen oppositionellen Strömungen keine Plattform zu geben.²

1. Politikboykott oder Nutzung der Parlamente unter den Bedingungen der Reaktion?

Durch die Notverordnung vom 30. Mai 1849, die bis 1918 in Kraft blieb, wurde in Preußen das Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Am 11. Juni 1849 – also noch vor dem Ende des Rumpfparlaments und auf dem Höhepunkt der militärischen Auseinandersetzungen in Südwestdeutschland – beschloß eine Landesversammlung der preußischen Demokraten, die außerhalb des Hohenzollernstaates, nämlich im anhaltinischen Köthen, stattfinden mußte, den Boykott der Wahlen zur Zweiten Kammer. Provinzialversammlungen in allen ostelbischen Landesteilen bestätigten in den folgenden Wochen diesen Beschluß; nur in Ostpreußen trat eine starke Minderheit für die Wahlbeteiligung und eine flexiblere Strategie unter Ausnutzung der parlamentarischen Bühne ein. Als im November 1849 die Wahlen zum Erfurter Unionsparlament ebenfalls nach dem Dreiklassenwahlrecht ausgeschrieben wurden, riefen die demokratischen Organisationen in den Unionsstaaten wiederum zum Boykott auf.¹

Es gab jedoch im linksliberalen und gemäßigt demokratischen Spektrum auch Stimmen, die sich gegen den Wahlboykott aussprachen. Neben den 16 vorwiegend preußischen Abgeordneten, die das »Gothaer Programm« un-

² H. FRIEDJUNG, *Österreich*, Bd. I, 1918, S. 441 ff.; E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, 1988, S. 29 ff.

¹ L. PARISUS, *Deutschland politische Parteien*, 1878, S. 14 f.; J. P. EICHMEIER, 1968, S. 130 ff.; E. R. HUBER, *Dokumente*, Bd. I, 1987, S. 497 ff.; BldZ 29. 11. 1849. In Übereinstimmung mit den Köthener Beschlüssen lehnte Johann Jacoby das Mandat in der preußischen Ersten Kammer ab, das ihm die Stadt Coesfeld im Dezember 1849 nach seinem triumphalen Freispruch vom Vorwurf des Hochverrats übertragen hatte (J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 17). Der Trierer Paulskirchenlinke Friedrich Zell kandidierte trotz mehrerer Angebote nicht für das Erfurter Parlament und wollte auch selbst nicht zur Wahl gehen (Zell an Mittermaier 23. 12. 1849, zit. nach: G. KENTENICH, 1906, S. 214).

terschrieben und damit die Erfurter Unionsverfassung mit dem Dreiklassenwahlrecht als Basis für eine künftige Reformpolitik anerkannten, zählten zu den Gegnern des Wahlboykotts vornehmlich Einzelpersonen, die weniger in die »Partei«-Strukturen integriert waren. Der prominenteste und am weitesten links stehende unter ihnen war Jakob Venedey. Er sprach sich gegen die nicht nur in der Emigration, sondern auch bei den preußischen Demokraten verbreitete Neigung zu revolutionärem Attentismus aus. Denn im Gegensatz zu den meisten Radikalen glaubte er nicht an eine Revolution »in den nächsten zehn Jahren«: »Die *gesunde* Demokratie« dürfe keinesfalls »10, 20 Jahre die Hände in den Schoß legen«. In einem vielbeachteten Zeitungsartikel übte Venedey zwar scharfe Kritik an der »Dreikönigsverfassung« der Deutschen Union und insbesondere am Dreiklassenwahlrecht. Preußen betreibe die Spaltung Deutschlands, um das eigene Territorium zu vergrößern. Auch Österreich wolle aus strukturellen Gründen kein einiges und parlamentarisch regiertes Deutschland. Die Politik beider Großmächte seit Herbst 1848 werde einen »neuen 30jährigen Bürgerkrieg herbeiführen«. Aber im Gegensatz zur Mehrheit der preußischen Demokraten plädierte Venedey für entschiedenen Widerstand *innerhalb* der Institutionen, auch wenn unter dem oktroyierten Wahlrecht und wegen der Repression keine starke demokratische Opposition in den Landtagen zu erwarten war. Mit kämpferischer Rhetorik forderte er einen langen Atem und mehr Aktivität: »Für uns, für die deutsche Demokratie und ihre Zukunft, für das ganze deutsche Volk wird es eine Quelle männlichen Selbstbewußtseyns und ruhigen Vertrauens in die eigene Kraft seyn, gekämpft zu haben bis zum letzten Stand, der uns geboten war, für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes.« Venedey kandidierte sogar 1852 für die Zweite Kammer des preußischen Landtags, wurde jedoch nicht gewählt.²

Am selben Tag, an dem die Köthener Versammlung der preußischen Demokraten den Wahlboykott beschloß, legte der Paulskirchenabgeordnete Carl August Fetzer sein Landtagsmandat nieder, um dagegen zu protestieren, daß die große Mehrheit der württembergischen Kammer »den rechtmäßigen Gewalten des deutschen Volkes den Gehorsam« aufgekündigt habe, indem es die Autorität der Reichsregierung und des in Stuttgart tagenden Rumpfparlaments nicht länger anerkannte. Fetzers Mandatsniederlegung war zwar Ausdruck schärfsten Protests gegen die Politik der gemäßigten Liberalen. Die württembergischen Demokraten machten aus der strategischen Alternative »Wahlboykott oder weitere Teilnahme an der parlamentarischen Politik?« jedoch keine Prinzipienfrage. So ließ sich Fetzer bereits

² J. VENEDEY, *Demokraten*, 1850; DERS., *Pro domo*, 1860, S. 14; ders. an Zabel 12.1.1850 (BA FSg. 1/114); ähnl. F. VISCHER, *Kritische Gänge*, 1920, S. 54 und 60. Schulze-Deletzsch und die ostpreußische Volkspartei opponierten wie Aaron Bernstein, der Redakteur der »Urwähler-Zeitung« (der späteren BVZ), auch anlässlich der Wahlen von 1852 und 1855 erfolglos gegen den fortdauernden Boykott (G. GRÜNTHAL, 1987, S. 102, 193 ff., 330 ff. und 433 ff.). Welche Rolle Jacoby in diesem Zusammenhang gespielt hat, ist nicht bekannt.

wenige Wochen nach seinem demonstrativen Rücktritt in die erste verfassungsrevidierende Landesversammlung wählen. Die flexible Haltung, die normative Macht des Faktischen, wenn auch unter scharfem verbalen Protest, anzuerkennen, bestimmte auch weiterhin die Politik der württembergischen Demokraten: Als die Regierung aus dem Abgeordneteneid die Formel strich, die die Gültigkeit der Frankfurter Reichsverfassung bekräftigte, gaben sie, obwohl sie in der Landesversammlung über die Mehrheit verfügten, wiederum nach. Sie akzeptierten die von der Regierung festgelegte Eidesformel, weil sie die parlamentarische Bühne nicht aufgeben, sondern auch unter erschwerten Bedingungen »die in der Verfassung und den Gesetzen verbürgten Rechte des Volkes zur Geltung bringen« wollten. Obwohl im Zuge des württembergischen Verfassungskonfliktes die nach fast allgemeinem Männerwahlrecht bestimmte Landesversammlung dreimal aufgelöst und schließlich, nach einem Staatsstreich, wieder durch eine Ständeversammlung ersetzt wurde, und trotz energischer Interventionen des emigrierten Parteiführers Carl Mayer griff die württembergische Linke nie zum Mittel des Wahlboykotts.³

Die württembergische »Volkspartei« bediente sich nach dem Staatsstreich des Jahres 1850 bereits demokratischer innerparteilicher Willensbildungsverfahren wie der Wählerversammlung, um zu einer möglichst gut legitimierten Entscheidung zu gelangen. Da nach der verfassungswidrigen Wiedereinführung der Ständeversammlung, die z. T. aus nichtgewählten Abgeordneten bestand, eine relevante Minderheit für Wahlboykott plädierte, wollte die Parteiführung eine breite Diskussion und eine Bestätigung ihrer Strategie durch die Wähler. Letztlich setzte sie sich in der Versammlung, die am 6. April 1851 in Göppingen stattfand, mit dem Argument durch, daß es gerade »in der jetzigen schweren Lage des Vaterlandes für alle, welchen es um die Rechte des Volkes zu thun ist, mehr als je Pflicht« sei, zu wählen und eine Wahl anzunehmen, »so sehr auch das verletzte Rechtsgefühl sich dagegen sträuben« möge, zumal wegen der Androhung von Strafen für Wahlmänner, die die Abstimmung verweigerten, »das Volk« nicht »durch Nichtwählen [...] protestieren« könne. Der Parteivorsitzende Friedrich Rödinger stellte die Überzeugung in den Mittelpunkt seiner Rede, daß die Parlamente die wichtigste Kampfbasis »des Volkes« seien, durch die auch die politische Bildung verbessert werde: »Denn das Rechtsgefühl der Völker wird hauptsächlich durch die öffentlichen Erörterungen seiner Vertreter [...] erhalten. Verwischen dagegen würde sich dieses Rechtsgefühl [...], wenn jene Vertre-

³ Erklärung Fetzers, Beobachter 13.6.1849, S. 587; Erklärung von 34 württembergischen Abgeordneten der »Volkspartei«, darunter die Paulskirchenlinken Fetzer, Mohl, Nägele, Rödinger, Schoder, Tafel und Zimmermann, ebd. 1.12.1849, S. 1187f.; ebd., 27./28.3.1851; C. Mayer an Becher 16.5., 17.6.1850 (HStAS); Fetzer an C. Mayer 4.4.1851 (BA 90 Ma 3/26), G. Tafel an dens. 15.4.1851 (ebd./17), Probst an dens. 21.3.1851 (ebd./12).

tung aufhören würde, oder wenn sie in die Hände von Abgeordneten fiele, welche den Kampf für die Volksrechte scheuen würden.«

Rödinger warb für eine stärker strategisch und weniger prinzipiell begründete Vorgehensweise. Er sprach sich nach dem Bericht des »Beobachters« gegen die Preisgabe der parlamentarischen Bühne aus: »Auf politischem Boden ärndte man nicht, was man in demselben Jahre gesäet habe; hier reife in Jahrzehnten, in Menschenaltern, ja in Jahrhunderten erst die Saat aus den Keimen des Rechtes und der Freiheit, welche ein Volk unablässig durch Ausübung seiner staatsbürgerlichen Befugnisse [...] breitwürfig aussäen müsse.« Im Gegensatz zur revolutionären Naherwartung der Emigranten richteten die in den Bundesstaaten weiterarbeitenden Mitglieder der Paulskirchenlinken ihre politische Basis bereits wieder auf eine langfristige Perspektive aus und rechneten nicht mit unmittelbar durchschlagenden Erfolgen. Rödingers weitere Ausführungen lassen sich als indirekte Kritik an den preußischen Genossen lesen, die protestierend die parlamentarische Bühne aufgegeben hatten. Er wies darauf hin, daß die Hochburgen der Linken in den Verfassungsstaaten des Dritten Deutschland gelegen hatten. Die Abgeordneten aus diesen Staaten mit ihrer parlamentarischen Erfahrung hätten »das Vaterland nicht um die Vortheile jener hoffnungsreichen Zeit gebracht«. Aber die Völker und Abgeordneten der »bis daher absolutistischen Staaten« seien »ihrer Mehrheit nach politisch nicht reif gewesen«. Deshalb habe Deutschland »die Früchte des März 1848 verloren«.

Mit dem Verweis auf den Mangel an politischer Bildung und Kultur in der Bevölkerung der beiden Großmächte bediente Rödinger sich eines Argumentationsmusters, das in den 1850er und 1860er Jahren immer wieder von den demokratischen Föderalisten vorgebracht wurde, die für einen Zusammenschluß des liberalen Dritten Deutschland plädierten, mit dem die beiden Großmächte zunächst nur locker verbunden sein sollten. In der Tat ist die unterschiedliche Reaktion der Linken in Preußen, Österreich und Süddeutschland auf die Staatsstrieche der Jahre 1848 bis 1851 zumindest teilweise mit den unterschiedlichen politischen Kulturen zu erklären, die in Süddeutschland durch längere Erfahrungen mit einer erfolgreichen, von den Kammern ausgehenden Reformpolitik, in Preußen und Österreich hingegen durch eine Anlehnung des Liberalismus an die Bürokratie und Hoffnungen auf Reformen von oben geprägt waren.

Neben Rödinger wandte sich in der Göppinger Versammlung mit Moriz Mohl ein weiterer früherer Paulskirchenabgeordneter gegen den Parlamentsboykott und warb für ein strategisches und nicht rein moralisches Verhältnis zur Frage der Wahlbeteiligung: »Man hat gesagt, wir seien dreimal zur Thüre des Hauses hinausgeworfen worden, wir sollen nicht zum Dachladen wieder hineinsteigen wollen. Meine Herren, die Wahlfrage ist keine des Stolzes; es ist eine der Pflicht.« Es gehe momentan nicht um Fortschritte, sondern um »die Verhinderung des Rückschritts«. Mohl stellte das Programm der »Volkspartei« für den folgenden Landtag vor, indem er die Gesetze aus der Revolutionszeit aufzählte, die sie verteidigen wollte: die

Ablösung der Grundlasten, das Jagdgesetz, die Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit und der Familienfideikomnisse, die Pressefreiheit, das Vereinsrecht sowie die Abschaffung der Todes- und Prügelstrafe.⁴ Diese eindrucksvolle Liste führte noch einmal die Erfolge der Revolution vor Augen und verdeutlichte, daß trotz aller Erfolge der Reaktion noch immer substantielle Errungenschaften der Jahre 1848/49 übrig geblieben waren, die eine liberale Ständeversammlung verteidigen oder deren Abschaffung sie zumindest erschweren und öffentlich delegitimieren konnte.

Die Diskussion in der bürgerlichen Linken über den Wahlboykott als Reaktion auf gegenrevolutionäre Verfassungsbrüche und Wahlrechtsverschlechterungen, die exemplarisch für Preußen und Württemberg geschildert wurde, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Je früher die Gegenrevolution einsetzte, desto empörter waren die Reaktionen der Demokraten und Linksliberalen und desto größer zugleich ihre Hoffnungen auf eine baldige zweite Revolution. Setzte die Reaktion eher spät und weniger heftig ein, so entschied sich die Linke gegen den Parlamentsboykott. Darüber hinaus spielten politische Traditionen eine entscheidende Rolle. Die süddeutsche Linke verfügte bereits über jahrzehntelange Erfahrungen mit parlamentarischer Opposition auch unter reaktionären Rahmenbedingungen. Sie schätzte deshalb die Bedeutung der Kammern als öffentliche Bühne und den Wert immuner Abgeordneter für die liberalen Organisationen höher ein als ihre Gesinnungsgenossen in Preußen.

Zumindest in Württemberg erwartete, wie u. a. die Göppinger Versammlung zeigte, die Mehrheit der Wähler, daß die Abgeordneten auch unter den erschwerten Bedingungen in den Kammern blieben. Entsprechend rechtfertigte auch Gottlob Tafel die Entscheidung der württembergischen Demokraten gegen die scharfe Kritik Carl Mayers: »Wir durften, wenn wir nicht von unseren Leuten gesteinigt werden wollten, der Wahl uns nicht entziehen. In manchen Bezirken hat man sich nicht einmal die Frage[,] ob Wahl oder nicht[,] vorgelegt, in den übrigen Bezirken war man so entschieden – mit nur sehr geringen Ausnahmen [-] für das Wählen, daß wir selbst keine Alternative mehr hatten, u[nd] obgleich der Kelch, den wir jezt im täglichen Conflict [...] austrinken sollen[,] an Bitterkeit alles Bisherige übertrifft, so sind wir doch, wenn wir nicht allen Einfluß auf's Volk verlieren wollen, zu dieser heillosen Geschichte kommandirt u[nd] dürfen nicht desertiren.«⁵

⁴ Beobachter 1., 8., 9. (Rede Rödinger) und 10. 4. 1851 (Rede Mohl); Fetzer an C. Mayer 4. 4. 1851 (BA 90 Ma 3/26), G. Tafel an dens. 15. 4. 1851 (ebd./17). Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 250ff.; H. BRANDT, 1987, S. 163f. Die Ressentiments gegen die parlamentarische Taktik der württembergischen Demokraten blieben noch lange spürbar. Vgl. etwa L. BAMBERGER, *Schriften*, Bd. III, 1895, S. 187.

⁵ G. Tafel an C. Mayer 15. 4. 1851 (BA 90 Ma 3/17). Gegen die Boykottstrategie gerichtete Apelle seiner Wähler, wieder zu kandidieren, erhielt 1851 auch M. Mohl (s. J. WESTERMAYER, 1998, S. 136f.). Vgl. D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 251f.

Wo die Linke sich an den Wahlen beteiligte und noch die Wahlgesetze von 1848 oder 1849 galten, erzielte sie eindrucksvolle Erfolge: Im Großherzogtum Hessen erreichten die Demokraten im November 1849 eine Zweidrittelmehrheit in der Zweiten Kammer, im August 1850 bei allerdings gesunkener Wahlbeteiligung fast 90% der Sitze. Erst ein im Oktober 1850 oktroyiertes Dreiklassenwahlrecht sorgte für eine regierungstreue Majorität. In Sachsen kamen die Demokraten, da sie demonstrativ zahlreiche Kandidaten aufgestellt hatten, die in Haft saßen oder von ihren Ämtern suspendiert und deshalb nicht wählbar waren, nur auf ein Drittel der Sitze. Sie waren damit deutlich stärker als die Rechte, jedoch schwächer als die gemäßigten Liberalen, die über eine knappe absolute Mehrheit verfügten, bis die Regierung am 3. Juni 1850 in einem Staatsstreich die Verfassung und das ständische Wahlrecht von 1831 wiedereinführte. In Württemberg verfügte die »Volkspartei« in den drei verfassungsgebenden Landesversammlungen jeweils über die Zweidrittelmehrheit; auch nach dem Staatsstreich vom November 1850 und Neuwahlen nach ständischen Vorschriften besaß die Regierung in der Kammer trotz mehr als 20 ernannter Abgeordneter keine Mehrheit.⁶

2. Die Verfassungskonflikte in Sachsen, Hessen-Darmstadt, Württemberg und Bayern

In denjenigen Mittelstaaten, in denen die Regierung über das Scheitern der Revolution hinaus an einem Reformkurs festhielt, die Linke nicht zum Mittel des Wahlboykotts griff und es in den Landtagen unter der Führung ehemaliger Paulskirchenabgeordneter eine handlungsfähige Opposition gab, kam es in der Zeit des Übergangs von der Revolution zur Reaktion zu »mit allen gesetzlichen Mitteln geführten, hartnäckigen und erbitterten« Verfassungskonflikten.¹ Ihr Ablauf war überall fast derselbe: die Regierungen, in denen die liberalen Märzminister nach und nach durch Konservative ersetzt wurden, gerieten in unlösbare Konflikte mit den liberalen oder gar demokratischen Kammermehrheiten, deren wichtigste Waffe die Etatverweige-

⁶ M. BOTZENHART, 1977, S. 725 ff.; H. BRANDT, 1987, S. 618 ff. und 630 f.; C. JANSEN/T. MERGEL, 1998, S. 172 ff. (A. Neemann). In all diesen Landtagen wurden Paulskirchenlinke ins Präsidium gewählt: Mohr und Hofmann (Hessen), Joseph und Mammen (Sachsen) bzw. Schoder und Rödinger (Württemberg).

¹ M. BOTZENHART, 1977, S. 726 ff. (Zitat: S. 725); E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 182 ff. Vgl. auch DMO 1850/I, S. 332. Daß die Konflikte »dazu beitrugen, das politische Talent und Engagement einer ganzen Generation des deutschen Bürgertum zu verschleifen« (M. BOTZENHART, 1977, S. 725 f.), ist wohl eine zu negative Formulierung, die die Erfolge der Opposition bei ihren Abwehrkämpfen und die Erfahrungen, die die beteiligten Politiker in ihnen machten, ausblendet.

rung war. Die Landtage wurden daraufhin mehrfach aufgelöst, jedoch jeweils in etwa derselben Zusammensetzung wiedergewählt. Wenn Minister aufgrund von Mißtrauensvoten zurücktraten, wurden sie durch konservativere ersetzt, die die Konfrontation verschärften. Die Ministerien regierten schließlich verfassungswidrig oder auf dem Notverordnungsweg ohne Budget. Am Ende hob die Regierung im Staatsstreich die Verfassung und/oder das Wahlgesetz auf, um entweder ältere ständische Grundgesetze wieder in Kraft zu setzen oder neue zu oktroyieren, die die Partizipationschancen der bürgerlichen Linken deutlich verschlechterten. Auf diese Weise gelang es, bis 1851 in allen Staaten gefügige und regierungstreue Kammern zu installieren. Politisch ging es in diesen Verfassungskonflikten jeweils um die Sicherung der Märzerrungenschaften und der in der Revolutionszeit vollzogenen Reformen sowie um die Wiederherstellung der vormärzlichen Bundesinstitutionen.

In *Sachsen* zog sich der Konflikt zwischen dem nach Vorschriften aus dem November 1848 gewählten Landtag und der Regierung vom Zusammentritt der Kammern im November 1849 bis zum Staatsstreich am 1. Juni 1850 hin. Die vier prominentesten Politiker aus der Paulskirchenlinken, die dabei eine wichtige Rolle spielten, Karl Biedermann, Hermann Joseph, Friedrich Heinrich v. Watzdorf und Franz August Mammen, der zum Vizepräsidenten der Ersten Kammer gewählt wurde², repräsentierten zugleich die drei Strömungen in der sächsischen bürgerlichen Linken: Biedermann zählte zu den Linksliberalen, die die Regierungspolitik stützten, solange diese auf dem Kurs der kleindeutschen, von Preußen dominierten Union lag; Joseph zu den gemäßigten, ebenfalls kleindeutschen Demokraten; Mammen und v. Watzdorf gehörten zur radikalen, preußenfeindlichen Linken. Mit Franz Jacob Wigard wurde ein weiterer Paulskirchendemokrat bei einer Nachwahl im Februar 1850 in die Zweite Kammer gewählt, wo er sich ebenfalls zur radikalen Linken gesellte. Die drei Fraktionen der bürgerlichen Linken verfügten in beiden Kammern über breite Mehrheiten. Daneben gab es konservative Minderheiten, die ihrerseits gespalten waren in eine »gothaische« und eine partikularistische Richtung. Jedoch war auch die sächsische Linke bereits so sehr fragmentiert, daß sie nur selten zu wirkungsvollen politischen Beschlüssen zusammenfand.

Eine der wenigen Fragen, über die sich die Linke einig war, war die Forderung nach Amnestie für die Teilnehmer am Maiaufstand. Die Vertreter der

² Beide Kammern bestanden bis zum Staatsstreich von 1850 vorwiegend aus gewählten Abgeordneten. In der 1. Kammer saßen neben 38 nach einem niedrigen Zensus Gewählten die königlichen Prinzen, ein Vertreter der Universität und je drei der Gymnasial-, Volksschullehrer und Geistlichen (M. BOTZENHART, 1977, S. 230 ff.). Außer Biedermann und Wigard (vgl. R. FUCHS, 1970, S. 121) saßen folgende Abgeordnete aus der Paulskirchenlinken 1849/50 in der 2. Kammer: Dieskau (1849/50), Heisterbergk, Kämmel (beide: nur 1850); Kämmel war ein Parteigänger Biedermanns.

beiden demokratischen Richtungen, Joseph und Mammen, argumentierten hier, ein halbes Jahr nach der Niederschlagung der Revolution, noch aus einer vermeintlichen Position der Stärke heraus: »Die Democratie als Idee [...] kann nicht besiegt werden. [...] Fort und fort kann doch eine Regierung es unmöglich aushalten, mit Verfolgung, mit strenger unerbittlicher Härte gegen die Träger der Gedanken zu verfahren, welche eine große Zeit lang die Billigung und Zustimmung nicht nur unseres Vaterlandes, sondern [...] in ganz Deutschland gefunden hatten; mit Erbitterung und Haß läßt sich nicht auf Dauer herrschen.« Die parlamentarische Linke kam der Regierung in der Amnestiedebatte insofern entgegen, als sie sich vom außerparlamentarischen Radikalismus distanzierte: »Die schlechten Auswüchse der Demokratie« müßten besiegt werden, erklärte etwa Mammen. Dies könne aber nur gelingen, wenn alle Parteien und die Regierungen »den Weg der Versöhnung« einschlugen. Trotz dieses konzilianten Tones war die Regierung jedoch nicht bereit, die vom Landtag geforderte Amnestie zu erlassen.³

In der Deutschlandpolitik spiegelte sich im sächsischen Landtag die allgemeine Spaltung der Linken in der nationalen Frage, die sich bereits in der Paulskirche gezeigt hatte. Zu heftigen Konflikten kam es Anfang 1850 über die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Sachsen der Deutschen Union beitreten solle. Die antipreußischen Demokraten waren grundsätzlich dagegen. Sie hielten am großdeutschen Gedanken fest und forderten die Neuwahl einer Nationalversammlung nach dem Wahlgesetz von 1849. Sie sollte »die durch die Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten des Königs von Preußen nothwendige Revision« der Reichsverfassung vornehmen. Die gemäßigten kleindeutschen Demokraten unter Josephs Führung hielten nichts von radikalen Beschlüssen, die die Kammer nicht durchsetzen konnte, und schlugen deshalb eine Erklärung vor, daß die Frankfurter Grundrechte und »eine frei gewählte Volksvertretung« unabdingbare Voraussetzungen für die deutsche Einigung seien. Die Uneinigkeit der Linken in der Ersten Kammer mündete in eine gegenseitige Blockade, so daß schließlich überhaupt kein Beschluß zustande kam. In der Zweiten Kammer, in der die Linksliberalen die Mehrheit hatten, setzte Biedermann ein Bekenntnis zu einem deutschen Bundesstaat mit direkt gewählter Volksvertretung und parlamentarischer Regierung durch, das Josephs Antrag in der Ersten Kammer ähnelte und dem sich nur die konservative Minderheit verweigerte. Außerdem sprach sich die Zweite Kammer für den Beitritt zur Union aus, falls auch die süddeutschen Staaten teilnähmen, also tatsächlich das gesamte außerösterreichische Bundesgebiet unter preußischer Führung geeint wurde. Die Hauptdifferenzen zwischen den Fraktionen der Linken hingen in den Übergangsjahren davon ab, für wie wahrscheinlich sie eine zweite Re-

³ Sächs. LT 1. Kammer 1849/50, S. 24 f. (Mitgliederliste), S. 120 ff., S. 141 (Zitat Joseph), S. 143 (Zitat Mammen), S. 592 f.; 2. Kammer, S. 42 ff. (Mitgliederliste); R. FUCHS, 1970, S. 121 ff.; M. BOTZENHART, 1977, S. 728 ff. (auch zum folgenden Absatz). Jetzt auch detaillierter: A. NEEMANN, 1999, S. 31 ff.

volution hielten. Die radikalen Demokraten lehnten jede Vereinbarung mit der Regierung ab und beharrten strikt auf der Gültigkeit der Frankfurter Reichsverfassung und auf der Souveränität der Deutschen Nationalversammlung. Deren Werk durfte dieser streng legalistisch auftretenden, aber letztlich revolutionären Richtung zufolge nur von einem Nachfolgeparlament geändert werden. Die gemäßigten, kleindeutschen Demokraten bestanden nicht auf dem Wortlaut der Reichsverfassung, wohl aber auf deren Grundprinzipien. Auch ihre Ziele waren nur durch eine neue Revolution realisierbar. Am stärksten hatten sich die Linksliberalen von solchen Erwartungen gelöst und waren deshalb bereit, auf das Unionsprojekt einzugehen.

Während Biedermann, Joseph u. a. über die Bedingungen nachdachten, unter denen die kleindeutsche Linke sich am Aufbau der Deutschen Union beteiligen könnte, ließen die deutschen Regierungen dieses Einigungsprojekt fallen. Das geschah teilweise unter dem Druck Österreichs, teilweise weil der Kompromiß mit den Liberalen, den das Unionsprojekt darstellte, nach den Erfolgen der Gegenrevolution nicht mehr erforderlich schien. Mit ihrem österreichfreundlichen und auf die Wiederherstellung des alten Bundestages zielenden Kurs stellte sich auch die sächsische Regierung unter Ministerpräsident Friedrich v. Beust zunehmend gegen die Landtagsmehrheit. Auch in verfassungspolitischen Fragen wie der Durchsetzung des parlamentarischen Prinzips oder der Gültigkeit der »Grundrechte der Deutschen«, die Sachsen 1849 offiziell in Kraft gesetzt hatte, ignorierten die Minister immer provozierender das Parlament, das durch die Konfrontation enger zusammenrückte und seine Streitigkeiten zurückstellte.

So nahm die Zweite Kammer einstimmig den Antrag des radikalen Demokraten Franz Jacob Wigard an, der in einer Erklärung des Innenministers Ferdinand Zschinsky, nur diejenigen Grundrechte beibehalten zu wollen, die die Regierung »für heilsam und dem Vaterlande zuträglich« erachtete, einen Gesetzesverstoß sah, für den der Minister unter Anklage zu stellen sei. Mitte Mai 1850 erinnerte die Zweite Kammer schließlich in einer von Biedermann formulierten Adresse den König an die Reformversprechen der Thronrede vom Herbst 1849 und bezweifelte den Willen der Regierung, das damals verkündete Programm umzusetzen. Enttäuscht über die offen reaktionäre Politik des Ministeriums und dessen Abkehr vom Programm der kleindeutschen Einigung befürworteten immer mehr Abgeordnete einen strikten Oppositionskurs. Als der Ministerpräsident im »Deutschen Ausschuß« der Zweiten Kammer kaum verklausuliert die Wiederherstellung des Bundestages ankündigte, schlug Biedermann vor, dagegen mit Steuererweigerung, also dem äußersten Mittel des passiven Widerstands im Konstitutionalismus, zu protestieren. Am nächsten Tag wurde der Landtag, ohne einen Beschluß über Biedermanns Antrag abzuwarten, aufgelöst, in den folgenden Tagen die Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit aufgehoben, die Todesstrafe wieder eingeführt und die Ständeversammlung

aus der Zeit vor der Revolution auf den 1. Juli 1850 einberufen.⁴ Die unter dem Gesetz von 1848 gewählten beiden Kammern des sächsischen Landtags strebten – von den Konservativen bis zu den Demokraten – eine parlamentarische Regierungsweise im Königreich an. Die Minister, die sich gegen jeden Souveränitätsverlust für König und Regierung stemmten, beendeten wegen dieses Grundkonsenses, nicht wegen einzelner Streitfragen die »schleichende Parlamentarisierung« durch den Staatsstreich.⁵

Sechs Mitglieder der Paulskirchenlinken hatten der vorrevolutionären Ständeversammlung angehört, die durch den Regierungsbeschluß wieder auflebte. Fünf von ihnen (Jakob Bernhard Eisenstück, Adolph Hensel, Wilhelm Michael Schaffrath, Julius Schmidt und Carl Hugo Tzschucke) hatten allerdings nach den Vorschriften der Verfassung von 1831 ihre Wählbarkeit verloren, da sie entweder »aus dem Bezirk weggezogen«, also emigriert waren oder wegen ihrer Teilnahme an der Revolution von ihren Ämtern suspendiert worden waren. Tzschucke war sogar bereits wegen Hochverrats verurteilt und saß im Zuchthaus. Joseph, der einzige aus der Paulskirchenlinken, der somit noch ein Mandat in der wiederhergestellten Ständeversammlung hatte, erschien wie viele andere Abgeordnete nicht in Dresden. Sie erkannten die Versammlung nicht an und beantragten mit den unterschiedlichsten Begründungen Urlaub. Obwohl die Regierung diese Form des passiven Widerstands zu brechen versuchte, indem sie den Abgeordneten mit strafrechtlicher oder disziplinarischer Verfolgung drohte und indem sie – ein weiterer Verfassungsbruch! – gleichzeitig mit den ehemaligen Abgeordneten auch deren Stellvertreter einberief⁶, verzögerte sich die Eröffnung der Zweiten Kammer um mehr als drei Wochen. schließlich waren am 23. Juli immerhin 52 der 75 Abgeordneten anwesend. Den weiterhin Fernbleibenden wie Joseph wurde eine letzte Frist gesetzt. Danach sollten sie als ausgeschieden gelten. Joseph verweigerte jegliche Stellungnahme und verlor damit sein Mandat. In einer an Satire grenzenden, umständlich juristisch verklausulierten Erklärung protestierte der Advokat Schaffrath gegen seinen Ausschluß und versuchte, der Öffentlichkeit die Absurdität der Regierungsentscheidung zu verdeutlichen.

⁴ Sächs. LT 1. Kammer, S. 636 ff., 2. Kammer, S. 1500, 1641 (Zitat Zschinsky) und 1719 ff.; K. BIEDERMANN, Fünfzig Jahre, 1892, S. 59 ff.; DERS., Mein Leben, 1886, S. 13 ff.; DERS., Wiedereinberufung, 1850: Protest gegen die Restitution der alten Stände, insb. S. 66 ff.: uneingelöstes Reformprogramm der Regierung, S. 85 ff.: Abdruck der Resolution an den König, die zum Staatsstreich führte; R. FUCHS, 1970, S. 123 ff.; J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 211 ff. Die Angabe bei E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 205, daß Biedermann zu den Leipziger Ordinarien gehört habe, die gegen die Wiedereinberufung der alten Stände protestierten, indem sie sich weigerten, einen Universitätsvertreter zu wählen, ist unrichtig. Biedermann saß als außerordentlicher Professor nicht im Senat.

⁵ A. NEEMANN, 1999, S. 41.

⁶ Hierauf weist – gegen die ältere Literatur – A. Neemann hin. Von den 74 Abgeordneten, die 1848 dem Landtag angehört hatten, waren 40 nicht erschienen, und er »hätte nach konstitutionellen Maßstäben nicht eröffnet werden dürfen« (ebd., S. 43).

Biedermann hingegen, der der Ständeversammlung nicht angehört hatte, protestierte mit einer langen politisch-juristischen Abhandlung »Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachsen, aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik beleuchtet«, die er als Broschüre veröffentlichte, gegen den Staatsstreich. Nachdem er die Verfassungswidrigkeit der Regierungsmaßnahme mit guten Argumenten nachgewiesen und detailliert widerlegt hatte, daß ein rechtfertigender Staatsnotstand bestanden habe, stellte sich Biedermann die für einen deutschen Linksliberalen ungewöhnliche Frage nach dem Widerstandsrecht. Da der Staatsstreich eine »durch und durch revolutionäre« Maßnahme gewesen sei, die weitere Revolutionen erzeugen und moralisch gerechtfertigt erscheinen lassen könne, sei »der Widerstand gegen den Verfassungseingriff der Regierung nicht bloß eine constitutionelle, sondern vor Allem eine conservative Pflicht«. Am wirksamsten erschien Biedermann eine geschlossene Verweigerung der Mitglieder der alten Ständeversammlung, zumal diese ja 1848 die wichtigsten Reformgesetze auf den Weg gebracht hatte. Zum Widerstand gegen ungesetzliches Regierungshandeln seien außerdem »die Behörden« verpflichtet. Jeder Bürger und besonders jeder Staatsbeamte müsse in einer Situation, in der es sich »um Sein oder Nichtsein der ganzen verfassungsmäßigen Ordnung, ja vielleicht um die Rettung des Vaterlands vor neuen Erschütterungen handelt, in die eine verblendete Politik dasselbe zu stürzen droht, [...] mit Allem, was er ist und hat, für Recht und Gesetz einzustehen bereit sein«. Wenn Biedermann auch nicht von jedem Staatsdiener so viel Selbstaufopferung verlangte, so erwartete er doch, daß die Beamten, wie es das Staatsdienergesetz vorsah, ihrem Dienstherrn ihre verfassungsmäßigen Bedenken vortrugen. Die sächsischen Bürger wies Biedermann darauf hin, daß nicht rechtmäßig beschlossene Abgaben nicht zu zahlen seien, riefen also in verklausulierter Form zum Steuerboykott auf.

Biedermann kam zu dem Ergebnis, daß seine Vorschläge kaum dazu geeignet seien, »die Regierung zur Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Weg zu nöthigen«. Dies dürfe aber niemanden davon »abhalten, einen solchen Widerstand überhaupt zu versuchen«, denn er sei »eine Pflicht jedes Einzelnen gegen das Vaterland und die monarchisch-constitutionelle Ordnung«. Außerdem gehe es »hier nicht bloß um das engere Vaterland Sachsen, sondern um das allgemeine deutsche Vaterland, um Tod und Leben der gesetzlichen Freiheit und der vernünftigen Ordnung dort«. Biedermann endete mit dem Rigorismus desjenigen, der von der Rechtmäßigkeit seines Anliegens und dessen langfristig unvermeidlichem Erfolg überzeugt war: »Wenn nur alle Verfassungstreuen fest und mannhaft zusammenstehen, wird [es] gelingen, weil, [...] doch schon die moralische Gewalt einer solchen gemeinsamen Meinungskundgebung heute eine Macht ist, welcher auf die Länge nicht leicht eine Regierung widersteht.« Biedermann machte damit deutlich, daß durch die Fundamentalpolitisierung in der Revolution das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft ein grundsätzlich anderes geworden war.

Nicht allein rechtliche Überzeugungen, auch die Angst vor einer zweiten, möglicherweise unkontrollierbaren Revolution veranlaßten Biedermann zu dieser umfassenden und über die deutsche liberale Tradition hinausgehenden Formulierung eines Widerstandsrechts. Er schloß mit der »zuversichtlich[en]« Hoffnung, daß »unser König« sich durch die »öffentliche Meinung« aus seiner momentanen »Täuschung« über die Politik seiner Regierung herausreißen lassen werde.⁷ Nach seinen klaren Darlegungen über die Unrechtmäßigkeit des sächsischen Staatsstreichs flüchtete Biedermann sich damit in die Vorstellung vom »guten König«, der von der Regierung getäuscht worden sei.⁸ Dieser Rückgriff auf vormoderne, harmonistische Denkmuster resultierte daraus, daß Biedermann keine politische Basis sah, um das von ihm postulierte Widerstandsrecht in wirksame Aktionen gegen den Staatsstreich umzusetzen. Außerdem schreckte er vor den radikalisierenden Folgen tatsächlichen Widerstands zurück, wie er wenig später in Kurhessen geleistet wurde.

In der Dresdner Stadtverordnetenversammlung sprach sich Wigard dagegen aus, für die Dresdner Abgeordneten, die den Eintritt in die wiederbelebte Ständeversammlung abgelehnt hatten, Ersatzmänner zu wählen, da man damit den verfassungswidrig einberufenen Landtag anerkennen würde. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgte ihm jedoch nicht, wie überhaupt der Widerstand gegen den sächsischen Staatsstreich schwach blieb – etwa im Vergleich zu Kurhessen, wo sich die meisten Beamten und das Offizierskorps einige Monate später gegen die Regierung stellten und der Widerstand erst durch eine Intervention des Deutschen Bundes gebrochen werden konnte. Die Ursachen für das geringe Ausmaß des Widerstandes gegen den sächsischen Staatsstreich dürften darin liegen, daß einerseits die Wunden des blutig niedergeschlagenen Maiaufstandes, dem eine harte Repressionswelle folgte, noch zu frisch waren und andererseits die besonders radikale und besonders uneinige sächsische Linke, wie sich im Landtag vor dem Staatsstreich zeigte, kaum zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Lage war. Die Proteste blieben somit auf die unmittelbar beteiligten Politiker beschränkt.

Die sächsische Paulskirchenlinke beteiligte sich seit 1851 – wie ihre Gesinnungsgenossen in Preußen – nicht mehr an den Landtagswahlen: Erst im November 1863 zog mit Mammen wieder ein oppositioneller Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung in die Dresdner Kammer ein – nicht ohne gleich in seiner ersten Rede die Berechtigung der »Renitenz« im Landtag von 1850 zu betonen und sich zu ihren Intentionen zu bekennen. Er habe auch jetzt sein Mandat nur angenommen, weil er es, nachdem die sächsische Linke ihren Politikboykott noch fünf Jahre länger aufrechterhalten

⁷ Protokolle über die Verhandlungen in den Sitzungen der [2. sächsischen] Kammer, 23. und 24. 7. 1850; Sächs. LT, 1. Kammer 22. 7. 1850, 2. Kammer 28. 7. 1850, S. 20 ff.; K. BIEDERMANN, Wiedereinberufung, 1850, insb. S. 78 ff.

⁸ A. NEEMANN, 1999, S. 105, zitiert ähnliche Argumentationen aus Broschüren der demokratischen Opposition.

hatte als die preußische, nunmehr »für notwendig halte, daß man sich nicht länger von dem einzigen Kampfplatze entfernt halte, den die Gewalt uns gelassen hat«. ⁹ Aber auch in Sachsen gab es im demokratischen Lager seit 1850 Stimmen, die für eine Nutzung der parlamentarischen Bühne plädierten. Einer ihrer Wortführer war der Paulskirchenabgeordnete Hermann Joseph, der allerdings nicht so weit ging, für die neu-alte Ständeversammlung zu kandidieren. Dies taten jedoch einige weniger exponierte Demokraten, die im Parlament zwar machtlos blieben, aber dennoch eine gewisse öffentliche Resonanz erhielten.

Sachsen entwickelte sich mithilfe der durch vielfachen Verfassungsbruch wiedererrichteten Ständeversammlung zum »Musterland der Reaction«. Gleichwohl war selbst hier die Rückkehr zu vormärzlichen Verhältnissen nicht möglich und auch von der Regierung Beust nicht beabsichtigt. Vielmehr verfolgte sie eine behutsame verfassungs- und wirtschaftspolitische Modernisierungspolitik. ¹⁰

In *Hessen-Darmstadt* wurde die im Dezember 1849 demokratisch gewählte Zweite Kammer, in der die Linke über eine Zweidrittelmehrheit verfügte, bereits im Januar 1850 wieder aufgelöst. Sie hatte sich dem Reaktionskurs der Regierung widersetzt, gegen die Verhaftung gewählter Landtagsabgeordneter, darunter die zur Paulskirchenlinken zählenden Christian Heldmann und Martin Mohr, gegen die Nicht-Anerkennung der Wahl Carl Vogts durch die staatliche Wahlkommission protestiert und auch Widerstand gegen den Anschluß an die Deutsche Union geleistet. Nach der Ablösung des liberalen leitenden Ministers Jaup, der in der Paulskirche der Casino-Fraktion angehört hatte, durch den österreichfreundlichen Reinhard von Dalwigk wurde der Reaktionskurs und damit der Gegensatz zwischen der Regierung und der im Juni 1850 neugewählten Kammer verschärft. Ihr gehörten mit Johann Bogen, Christian Heldmann und Martin Mohr, der zum Präsidenten gewählt wurde, drei Mitglieder der Paulskirchenopposition an. Bevor die Kammer mit ihrer überwältigenden demokratischen Mehrheit einen Antrag Heldmanns annehmen konnte, der die Fortgeltung der Frankfurter Reichsverfassung unterstrich und die Einberufung eines »neue[n] Reichstag[s] nach dem Wahlgesetz vom 12. April 1849« forderte, damit endlich »der einzig vernünftige, der einzig gesetzliche Weg zur Ordnung der deutschen Angelegenheiten betreten werde, nämlich durch das Volk selbst«, wurde sie erneut aufgelöst.

⁹ Sächs. LT 10. 11. 1863; vgl. F. v. MAMMEN, 1935, S. 289f.

¹⁰ Hierzu detailliert A. NEEMANN, 1999, S. 101 ff. und 161 ff. Vgl. auch R. FUCHS, 1970, S. 133f. Der kurhessische Konflikt wird hier nicht näher behandelt, da an ihm keine Politiker aus der Paulskirchenlinken führend beteiligt waren. Hildebrand gehörte nur dem ersten kurhessischen Konfliktlandtag an, für den zweiten, im August 1850 zusammentretenden, auf dem die Konfrontation bis zur Bundesintervention eskalierte, hat er nicht mehr kandidiert. Vgl. F. J. BAUER, 1991, S. 147 ff.

Das Regime Dalwigk, das budgetlos regierte, da die Kammer die Bewilligung der Steuern verweigerte und kein ordnungsgemäßer Etat zustande kam, dekretierte im Oktober 1850 verfassungswidrig, in Form von Notverordnungen, nicht nur die Verpflichtung zur Fortzahlung der Steuern, sondern auch einschneidende Verfassungsänderungen: Alle Vereine wurden aufgelöst, die Presse reglementiert und ein indirektes, Dreiklassenwahlrecht mit offener Stimmabgabe, einem zwar niedrigen Zensus für das aktive, aber einem hohen Zensus (1000 fl. Jahreseinkommen) für das passive Wahlrecht eingeführt. Trotz dieser reaktionären Regierungspolitik nach preußischem und kurhessischem Vorbild entschied sich die südhessische Linke gegen einen Wahlboykott. Die systematische Behinderung und Einschüchterung durch Vereinsverbote, Unterdrückung der Presse, Dreiklassenwahlrecht und einen hohen Passivzensus konnte nicht verhindern, daß eine Reihe demokratischer Abgeordneter wiedergewählt wurde. Zu ihnen zählten auch die Paulskirchenabgeordneten Bogen und Mohr. Außerdem saßen in der Darmstädter Kammer die linksliberalen Nationalversammlungsmitglieder Gustav Hofmann und Theodor Reh, die das Dreiklassenwahlrecht befürworteten. Andere Paulskirchendemokraten, die Mitglieder der alten Kammer gewesen waren, wie Christian Heldmann, Wilhelm Schulz-Bodmer und Carl Vogt, kandidierten nicht wieder, da sie eine Wahlbeteiligung unter den gegebenen Bedingungen ablehnten. Schulz-Bodmer und Vogt hatten sich ohnehin bereits für das Exil entschieden.¹¹

Im neueröffneten Landtag beanspruchte die Regierung Dalwigk, in ihren Notverordnungen »den Geist der Verfassung über den Buchstaben« gesetzt zu haben, und verteidigte ihr verfassungswidriges Vorgehen mit provozierender Schärfe: Man habe das Wahlgesetz vom 3. September 1849 »vom constitutionellen Körper abgeschnitten, wie man brandige Glieder abschneidet, um das Leben eines Kranken zu retten«. Die neue regierungstreue Kammermehrheit billigte im Nachhinein dieses Vorgehen. Unter den verschärften Bedingungen arbeitete die gesamte Linke in der Opposition eng zusammen. Auch die Demokraten unterstützten einen Antrag des Linksliberalen Reh, der feststellte, daß die Aufhebung der Frankfurter Grundrechte und aller auf ihnen basierenden Landesgesetze durch den Bundesbeschluß vom 23. August 1851 unwirksam sei. Wie in Sachsen überwand die Linke ihre inneren Differenzen im Konflikt mit einem reaktionären Ministerium. Reh kam den Demokraten mit seinem Antrag nicht nur politisch entgegen, sondern verband diesen außerdem mit dem Vorschlag, daß die Kammer bis zur Erledigung desselben sich »jeder weiteren Berathung und Beschlußfassung enthalten« – also zu dem von den Demokraten propagier-

¹¹ Hess. LT Dezember 1849/Januar 1850, insb. 5. 1. 1850, S. 8 ff. und Beil. 93; 19. 9. 1850 und Beil. 71; 8. 4. 1851 sowie Beil. 253 und 254 (nachträgliche Legitimierung des Wahlgesetzes); 9. 12. 1851, S. 12 ff. (zur Wahlverordnung vom 7. 10. 1850), und 18. 12. 1851 S. 18 ff.; zusammenfassend: Heldmann an Streit 10. 11. 1859 (BA 61 Na 2); E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 199 f.; M. BOTZENHART, 1977, S. 726 f.

ten passiven Widerstand übergehen solle. Die hessische Linke sah die Frage, ob der Bundestag ein vom Landtag ordnungsgemäß beschlossenes Gesetz aufheben könne, als eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung an. Denn damit werde in die Souveränität des Landes und die »Gerechsamkeit der Stände« eingegriffen, so daß es fraglich sei, »ob der Sitz in dieser Kammer mit Ehre und Pflicht sich noch vereinigen lasse«.

Die Zusammenarbeit zwischen den Linksliberalen, zu denen einige bekannte »Gothaer« wie Reh gehörten, der im Erfurter Parlament gesessen hatte, und den Demokraten wurde in Hessen Ende 1851 aus unterschiedlichen Gründen möglich: Erstens schweißte die Reaktionspolitik des Ministeriums Dalwigk und seine Unterwerfung unter den neuerstandenen Bundestag die Opposition zusammen. Zweitens hatten führende hessische Demokraten wie Vogt und Schulz-Bodmer bereits unmittelbar nach dem Ende der Reichsverfassungskampagne die Parole ausgegeben, die Freiheit könne nur mehr in den Einzelstaaten verteidigt und langfristig ausgebaut werden. Drittens kehrten auch die einigungsbegeisterten, kleindeutschen Linksliberalen, enttäuscht über Preußen, in den 1850er Jahren zum einzelstaatlichen Patriotismus zurück. Die Desillusionierung ihrer Hoffnungen brachte Reh am 5. Dezember 1851 in einer großen Rede auf die Formel »Warschau, Olmütz, Dresden, Frankfurt«. An diesen Orten habe Preußen »seinen geschichtlichen Beruf« verfehlt – endgültig als es sich, wie vor der Revolution, unter dem Präsidium Österreichs im Frankfurter Bundespalais wieder einfand: »Solange ein deutsches Herz für Recht und Ehre schlägt, solange es eine deutsche Geschichte gibt, wird diese Thaten der Fluch treffen.«

Die Opposition in der hessischen Kammer des Jahres 1851 war sich zwar in der Ablehnung der Reaktionspolitik des Bundestags einig, die in die Souveränität der Einzelstaaten eingriff, nicht jedoch über eine konkrete Abwehrtaktik. Während die Linksliberalen mit einer Resolution protestieren wollten, erklärte Mohr als Kopf der Demokraten, sie würden sich nicht mehr an der Debatte beteiligen: »Das Schweigen der Völker ist die beste Lehre für Fürsten und Regierungen«, so müsse in der aktuellen Konstellation die Devise der »Vertreter des Volkes« lauten. Auch in anderen Fragen beteiligten sich die Demokraten, die sich gegen den Wahlboykott entschieden hatten, nicht mehr an den Debatten und der Entscheidungsfindung im Landtag. Sie verfolgten damit eine Doppelstrategie, die die demokratischen »Prinzipien« und Rechtsvorbehalte wahrte, aber gleichwohl die geringen Einflußmöglichkeiten, die sich aus dem Landtagsmandat ergaben, nutzte. Denn immerhin war die Linke mit ihren 15 bis 20 Stimmen in der Kammer stark genug, um die von der Regierung angestrebte Legalisierung des Verfassungsbruchs vom Oktober 1850 durch ein verfassungsänderndes neues Wahlgesetz, für das eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, zu verhindern.

Eine ähnliche Linie verfolgten die Demokraten unter der Führung von Mohr auch in der Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe, die in diesen Jahren in allen Staaten, die 1849 die Reichsverfassung und die

Grundrechte anerkannt hatten, geführt wurde. Mohr argumentierte, daß die Grundrechte durch ihre Übernahme im Großherzogtum Hessen Bestandteil der Verfassung geworden seien und deshalb nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden könnten, setzte sich aber mit dieser Auffassung nicht durch. Die Demokraten, aber auch Reh lehnten die Todesstrafe, deren Abschaffung »fast die letzte Errungenschaft des Jahres 1848« sei, grundsätzlich ab. Im Gegensatz zu ihnen wollten Linksliberale wie Hofmann sie lediglich auf Mord und Hochverrat begrenzen. Doch auch Hofmann stimmte schließlich gegen den Regierungsentwurf, der die Todesstrafe für eine Vielzahl von Verbrechen wieder einführte, und gegen das Votum sämtlicher Abgeordneter, die zur Paulskirchenlinken zählten, schließlich mit nur 23 gegen 21 Stimmen angenommen wurde.¹²

Im Verlauf der bis 1855 dauernden Wahlperiode liefen die verschiedenen Strömungen innerhalb der Landtagsopposition zusehends auseinander. Angesichts der eigenen Schwäche und der Stabilisierung des Reaktionsregimes entschieden sich die radikalen Demokraten gegen die weitere Mitarbeit im Parlament: Drei Abgeordnete – unter ihnen der Odenwälder Paulskirchendemokrat Johann Bogen – entschlossen sich zur Emigration in die USA. Andere nahmen – in Fortführung ihrer Doppelstrategie – nur noch an wenigen, wichtigen Kammersitzungen teil und boykottierten die parlamentarische Alltagsarbeit, ohne jedoch ihr Mandat niederzulegen. So vertrat Mohr, der als zwangspensionierter Richter und Gutsbesitzer Politik zu seinem Hauptberuf gemacht hatte und an den Debatten regelmäßig teilnahm, oft fast allein die Sache der Demokraten. Linksliberale wie Hofmann und Reh hingegen wurden zunehmend kompromißbereiter. Das zeigte sich bei den Verhandlungen über eine Reform des Wahlgesetzes im April 1855. Die Regierung Dalwigk kam der Kammermehrheit insofern entgegen, als sie auf das Dreiklassenwahlrecht verzichtete. Sie reservierte jedoch sechs der 50 Sitze in der Zweiten Kammer für den grundbesitzenden Adel und hielt an anderen, von der gesamten Linken abgelehnten Bestimmungen des oktroyierten Gesetzes von 1850 fest. Hierzu gehörten vor allem der hohe Passiv-

¹² Hess. LT 22.9.1851, insb. S. 4, 5.12.1851, S. 9f. (Zitate Reh) und 12ff.; 9.12.1851; 10.2.1852, S. 2ff.; 22.3.1852, S. 23f. und 26. Die ganze Empörung der Demokraten über die Reaktionspolitik des Bundestags brachte der Abgeordnete Wittmann (ebd., S. 14) in einem Wort von geradezu alttestamentarischer Wucht zum Ausdruck: »Die reactionäre Sündfluth scheint Alles überströmen zu wollen, und Jener wird in ihr zu Grunde gehen, der sich nicht flüchtet auf die hohe Stelle, auf den Berg, den wir, die Volkspartei, eingenommen haben.« Vgl. C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 45 und 51ff.; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige politische Lage, 1849, S. 6 und 10. Debatten über die Gültigkeit der Grundrechte in anderen Landtagen: Württ. LT 28.6.1851 und 21.10.1851; H. BRANDT, 1987, S. 639ff. und 646. Im März 1853 kam es im württembergischen Landtag zu einer eindrucksvollen Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe, bei der alle Paulskirchenlinken außer Nagel (also Fetzer, Mohl, Rödinger, Tafel und Zimmermann) sich strikt (auch im Fall von Hochverrat) dagegen aussprachen. Eine knappe Mehrheit war jedoch wie in Hessen dafür; die Linke erzielte nur kleinere Erfolge, so blieb etwa die Folter verboten (Württ. LT 10.–15.3.1853).

zensus und die Bestimmung, daß in den Landtag gewählte Beamte vor der Annahme ihrer Mandate die Zustimmung ihres Dienstherrn einholen mußten. Während Mohr und einige andere Abgeordnete das Gesetz grundsätzlich ablehnten, waren Reh, Hofmann und andere Liberale unter Betonung ihrer mittlerweile »conservativen« und staatsreuen Gesinnung bereit, mit der Regierung über Änderungen im Detail zu verhandeln.¹³

Der hessische Verfassungskonflikt zeichnete sich durch eine originelle Doppelstrategie eines Teils der Demokraten aus: Während eine Reihe von Demokraten in der Mitarbeit im Landtag nach der Oktroyierung eines Dreiklassenwahlrechts keinen Sinn mehr sah, nahm die andere Gruppe um Mohr das Mandat und die damit verbundenen Privilegien selektiv wahr. Der größte Erfolg, der mit dieser Strategie erzielt wurde, war, daß die Einführung des Dreiklassenwahlrechts verhindert wurde. Durch ihre regelmäßige Teilnahme an den Debatten blieb die hessische Linke auch in der Reaktionsära in der politischen Öffentlichkeit präsent, und ihre politischen Führer blieben durch die Abgeordnetenimmunität von manchen Auswirkungen der politischen Verfolgung verschont.

Noch am 1. Juli 1849, also zu einem Zeitpunkt, da die Revolution entweder, wie in Preußen oder Sachsen, bereits blutig niedergeschlagen war oder, wie in Baden und der Pfalz, unmittelbar vor ihrer absehbaren Niederlage stand, verabschiedete das württembergische Parlament eine grundlegende Verfassungsreform, die ein Einkammerparlament und das fast allgemeine, gleiche Männerwahlrecht einführte. Daraufhin errangen die Demokraten im August 1849 trotz der Niederschlagung der Revolution in ganz Europa bei einer Wahlbeteiligung von 60 % mehr als 70 % der Sitze in der neugeschaffenen »Landesversammlung«. Sie sollte die Landesverfassung an die von *Württemberg* anerkannte Reichsverfassung anpassen. Als die neue Mehrheit, von ihrem Sieg beflügelt, entschlossen an die Arbeit ging, löste die Regierung die Kammer auf. Sie warf ihr vor, eine utopische Politik zu verfolgen, die zum Eingreifen Preußens und damit »nur zum Verderben des Landes führen« könne. Die Parlamentsmehrheit hingegen stellte in ihrem Aufruf zur Neuwahl der Landesversammlung fest, daß »das Ministerium sich vom Boden des Gesetzes vollständig entfernt« habe. In der zweiten »verfassungsrevidierenden Landesversammlung«, die bei allerdings geringerer Wahlbeteiligung eine ebenso breite demokratische Mehrheit aufwies, ging der Grundsatzkonflikt über die Rechte des Parlaments bzw. der Krone und ihrer Regierung weiter: Die Landesversammlung forderte eine umfassende Amnestie für die Achtundvierziger, lehnte die Verträge zur Wiederherstellung des Deutschen Bundes ab und machte schließlich von ihrem Recht auf Ministeranklage Gebrauch, als der Außenminister jene Verträge trotz der Ablehnung im Landtag unterzeichnete. Zum ersten Mal setzte damit die württembergische Linke das Instrument ein, das von konstitutionel-

¹³ Hess. LT 22.6. und 14.7.1854, S. 2; 14.-16.4. und 12.6.1855; Beil. 861, 862 und 884.

len Theoretikern als Königsweg zur Kontrolle der Regierung durch das Parlament angesehen und in den Verfassungsdiskussionen der Jahre 1848 bis 1850 für die Linke höchste Priorität hatte. Der König löste die Landesversammlung nach diesem spektakulären Schritt erneut auf. Er hielt sich jedoch zunächst noch an die Verfassung, als er den angeklagten Außenminister nicht in das umgebildete Kabinett berief.

Die Pattsituation zwischen dem König, einem von der Linken beherrschten Landesparlament und einem zwischen beiden lavierenden Kabinett nahm in mancher Hinsicht die Konstellation in Preußen im September 1862 vorweg: Wie Wilhelm I. Bismarck, so berief der württembergische König in der Sommerkrise von 1850 als seine »letzte Hoffnung« den hochkonservativen Freiherrn Joseph v. Linden, der wie Otto v. Bismarck über parlamentarische Erfahrungen verfügte und bereit war, ohne Budget zu regieren, da wegen der zweifachen Auflösung des Parlaments kein Haushalt zustande gekommen war. Wie später in Preußen bedeutete die Wahl des Premierministers die Entscheidung für eine weitere Zuspitzung des Konflikts und gegen die Suche nach einem Kompromiß zwischen den verfassungsmäßigen Gewalten. Dennoch war v. Linden zu sehr von der konstitutionalistischen Tradition Württembergs geprägt, zu sehr Vertreter einer »parlamentarisch beschränkten Monarchie«, um je der Kammer gegenüber den rücksichtslosen Stil eines v. Bismarck an den Tag zu legen. Auch in der nun beginnenden offenen Reaktionsphase wurde in Württemberg noch jeder Verfassungsbruch juristisch legitimiert.

Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof gegen den Außenminister zeigte ebenso wie der weitere Ablauf des württembergischen Verfassungskonflikts die Aussichtslosigkeit der von den zur Paulskirchenlinken zählenden Politikern Fetzer, Mohl, Rödinger, Schoder und Tafel maßgeblich bestimmte Taktik, die nicht auf eine revolutionäre Lösung setzte, sondern radikale Reformen auf parlamentarischem Wege mit Hilfe der öffentlichen Meinung durchsetzen wollte. Nachdem die revolutionäre Dynamik der Jahre 1848/49 verloren gegangen war und das preußische Militär die letzten Aufstände niedergeschlagen hatte, machten die einer Parlamentsmehrheit zur Verfügung stehenden Mittel nur noch wenig Eindruck auf die Regierungen. Letztlich war das auch den Politikern der Linken klar. Sie betrieben vornehmlich symbolische Politik; es ging ihnen mehr ums moralische Recht haben als darum, ihre Position auch politisch durchzusetzen. Den veränderten Machtverhältnissen zum Trotz setzte die Linke weiterhin auf moralische Appelle und staatsrechtliche Argumente. So verlangte etwa Schoder in seiner Klagerede im Ministerprozeß die Verwirklichung des parlamentarischen Prinzips, das die »Volkspartei« seit 1848 nicht hatte durchsetzen können, nun vom Staatsgerichtshof, der aus sechs vom König bestimmten und sechs vom Parlament gewählten Richtern zusammengesetzt war. Nach der mit sieben gegen fünf Stimmen denkbar knappen Abweisung der Parlamentsklage im September gestand der von der Landesversammlung zum Richter gewählte Uhland ein, daß es wenig aussichtsreich war, »die politischen

Kämpfe der Gegenwart in den Prozeßweg einzuleiten«. Die Frustration der württembergischen Linken über ihre Erfolglosigkeit einer intransigenten Regierung gegenüber kommt in einem Brief Tafels an den emigrierten Carl Mayer zum Ausdruck, der von Anfang an die parlamentarisch-reformerische Strategie seiner Genossen in der Heimat kritisiert hatte: »Bei uns fällt ein Recht um das Andere, u[nd] zwar in jener duckmäuserischen Weise, daß man nicht aufhebt, sondern in aller Stille den Nerv abschneidet und verkümmert, wo man kann. [...] Dabei geschieht Alles [...] mit jener Nichtachtung der öffentlichen Meinung, die man stets in W[ürttemberg] an den Tag gelegt hat. Den Ärger muß man sich abgewöhnen u[nd] muß sich an den Haß halten, der, so Gott will, auch noch seine Früchte treiben wird.«

Daß jedoch in Württemberg der Abwehrkampf der parlamentarischen Linken nur noch bei der Minderheit der politisch Aktiven auf Zustimmung stieß, zeigte sich, als die Beteiligung an der Wahl zur dritten verfassungsrevidierenden Landesversammlung auf 33 % zurückging. Angesichts der Perspektivlosigkeit sank das öffentliche Interesse an der parlamentarischen Politik. Womöglich hätte die »Volkspartei« nach diesen Erfahrungen zu einer Abkehr von ihrer starren Taktik gefunden und sich vielleicht gar mit der Regierung auf der Basis des überraschend liberalen Entwurfs, den diese vorlegte, auf eine neue Verfassung geeinigt. Jedenfalls begann die zuständige Kommission mit intensiven Beratungen. Der König löste jedoch am 6. November 1850 das Parlament erneut auf, als es die Mittel für den wegen der preußisch-österreichischen Spannungen erwarteten innerdeutschen Krieg verweigerte. Er hob nun auch das demokratische Wahlgesetz auf und setzte die ständische Verfassung von 1819 wieder in Kraft. Die ausbleibenden Proteste in der Bevölkerung bestätigten die Niederlage der württembergischen Linken, die in den folgenden Jahren wieder zu der Rolle der machtlosen, aber argumentativ überlegenen parlamentarischen Opposition zurückkehrte, in die sie seit Jahrzehnten eingeübt war.¹⁴

Nachdem sie, wenn auch durch das ständische Wahlrecht dezimiert, wieder in die Kammer eingezogen waren, verfolgten die württembergischen Demokraten eine Strategie des Protests bei Anerkennung der Fakten. Neunzehn Abgeordnete, darunter aus der Paulskirchenlinken Carl August Fetzer, Moriz Mohl, Friedrich Rödingen, Adolf Schoder und Gottlob Tafel, erklärten gleich in der ersten Sitzung, »daß sie die Berufung der Ständeversammlung nach den Bestimmungen der Verfassungsurkunde von 1819 als eine berechnete nicht anerkennen«. »In Erfüllung der Pflicht, für die Rechte des

¹⁴ Württ. LT, 27.6. und 6. 11. 1850, Beil. 75A/1850, Rechenschaftsbericht des Ausschusses über seine Amtstätigkeit 4.7.–4.10. 1850; G. Tafel an C. Mayer 13.9. 1850, BA 90 Ma 3/17; H. BRANDT, 1987, S. 620ff. (Zitate: S. 627f.); J. WESTERMAYER, 1998, S. 122 ff. und 144 ff.; M. BOTZENHART, 1977, S. 740ff.; Uhland zit. nach ebd., S. 744; Beobachter 20. 1. 1850 (zusammenfassend zum Verfassungskonflikt während der ersten Landesversammlung) und 25. 8. 1850. Studien wie die Brandts und Neemanns über die Landtage der übrigen Mittelstaaten sind ein Forschungsdesiderat.

Volks überall einzustehen«, und »durch den Machtspruch der Regierung außer Stand gesetzt, einen andern Weg zur Wahrung dieser Rechte zu betreten«, würden sie sich jedoch an den Landtagsberatungen beteiligen. 42 gemäßigt liberale Abgeordnete, darunter Johann Friedrich Nagel als weiteres Mitglied der Paulskirchenopposition, protestierten gegen die Teilnahme nicht gewählter Abgeordneter an der Ständeversammlung; auch sie hätten »schwerste Bedenken« gegen den Eintritt nur aus Pflichtgefühl zurückgestellt. Damit hatten sich 61 der 93 Abgeordneten in der württembergischen Ständeversammlung vom Staatsstreich distanziert.

Im weiteren Verlauf der Landtagsverhandlungen prangerten regierungstreue Abgeordnete immer wieder den Widerspruch an, daß die Linke in einer Kammer, die sie nicht als rechtmäßig anerkannte, sitze und abstimme. Im Frühjahr 1852 beantragten sie schließlich, daß die Kammer die neunzehn Demokraten auffordern solle, ihre Erklärung förmlich zurückzunehmen oder ihr Mandat niederzulegen. Diese reagierten mit einer neuen gemeinsamen Erklärung, die geschickt formuliert an der alten Position festhielt und vor allem das liberale Verständnis des freien Abgeordnetenmandats verteidigte: »Wir werden stets so handeln, wie unsere Überzeugung es uns vorschreibt, welche weder durch Beschlüsse der Mehrheit der Kammer noch durch Zumuthungen der Regierung sich bestimmen läßt.«¹⁵

Im weiteren Verlauf der Debatte kam es zu einer scharfen Kontroverse zwischen Justizminister Wilhelm August v. Plessen und den Paulskirchenabgeordneten Mohl, Rödinger, Schoder und Wilhelm Zimmermann, die das autoritär-paternalistische Verhältnis der Reaktionsregierungen zu den Kammern, aber auch das ungebrochene Selbstwertgefühl der Linken verdeutlicht und entsprechende Kontroversen zehn Jahre später in Preußen vorwegnahm. Dem Justizminister war die neue Erklärung der neunzehn Oppositionellen nicht klar genug. Er verlangte weitere Auskunft. Darauf entspann sich der folgende Dialog:

»Schoder: Wir werden dem Hrn. Departmentschef antworten, wenn es Zeit dazu ist.

Plessen: Sie haben *jetzt* zu antworten, meine Herren! Ich bin da, im Namen der Regierung, Sie zu fragen, und Sie müssen auf meine Frage antworten.

Rödinger: Ich erwidere dem Herrn Departmentschef, daß seine Frage [...] nur in der Reihe der eingeschriebenen Redner beantwortet werden wird.

[...]

Schoder: Sie sind überhaupt nicht unser Examinator.

Mohl: Wir sind keine Justizreferendäre, die der Herr Departmentschef hier zu examinieren hat.

Zimmermann: Ich bitte die hohe Kammer, den Herrn Präsidenten zu bitten, er möchte dem Ministertische die Eröffnung machen, daß dies nicht der Ton seyn dürfte, wie man mit der Kammer unterhandelt.«

¹⁵ Württ. LT 7., 9. 5. 1851 und 16. 3. 1852; Beilage 292.

Der bereits 1852, im Alter von nur 35 Jahren verstorbene Schoder, das größte politische Talent unter den württembergischen Demokraten, legte anschließend noch einmal den politischen Standpunkt der Neunzehn dar, die sich der Macht fügten, ohne prinzipielle Rechtspositionen aufzugeben und ohne die parlamentarische Bühne der Reaktion oder dem gemäßigten Liberalismus zu überlassen, aber auch ohne Larmoyanz und Flucht in die Opferrolle. »Ob Sie unsere Auffassung formelles Recht heißen wollen oder nicht, ist uns ganz gleichgültig. [...] Ob das Volk das Recht hatte, wegen der Aufhebung des Gesetzes vom 1. Juli 1849 eine Revolution zu machen, ist eine ganz müßige Frage. Gewiß ist es, daß das Volk nicht in der Lage war, eine solche Revolution zu machen, und eben deshalb auf jenes Wahlgesetz hin, das von der Regierung restaurirt wurde, gewählt hat, nicht um diesen Akt hierdurch als einen rechtmäßigen zu bestätigen, sondern weil es verpflichtet war, für seine Interessen zu sorgen; und daß sich auf diese Weise ein Zustand gebildet hat, der die Macht, also auch in diesem Sinne das Recht für sich hat. Ebendeshalb sind auch die Beschlüsse dieser Verfassung, wenn man sich auf den thatsächlichen Boden [...] stellt, formelles Recht. Der Einzelne hat nicht die Macht, und ebendeshalb auch nicht die Befugniß, sich diesen Beschlüssen zu widersetzen, ohne daß jedoch hieraus eine Verzichtleistung auf den verfassungsmäßigen Rechtszustand geschlossen werden darf.«

Die von der Linken vertretene Rechtsposition war in der Ständeversammlung nicht mehrheitsfähig. Sie sah mit 46 gegen 37 Stimmen die Erklärung der Neunzehn als »unbegründet« und als Widerspruch zur Annahme der Mandate an. Die unterlegene Opposition bestand fast exakt aus denselben Abgeordneten der »Volkspartei«, die einen Tag zuvor trotz »schwerster Pressionen« des Ministers v. Linden gegen die Aufhebung der in Frankfurt beschlossenen Grundrechte gestimmt hatte und zu der alle Mitglieder der Paulskirchenlinken außer Nagel gehörten.¹⁶ Es fragt sich, ob die Kämpfe in der württembergischen Kammer um die Errungenschaften der Revolution von 1848/49 als »parlamentarisches Satyrspiel« (H. Brandt) charakterisiert werden können.¹⁷ Eher scheint die Haltung Schoders eine frühe Form von Realpolitik zu sein und die ebenso spontane wie selbstbewußte Reaktion auf den Minister vom ungebrochenen Kampfeswillen der württembergischen Paulskirchenlinken zu zeugen. Die parlamentarische Linke in Württemberg entwickelte als erste Opposition in den Staaten des Deutschen Bundes ein

¹⁶ Württ. LT, 16. 3. 1852, S. 2810ff. und 2833.

¹⁷ H. BRANDT, 1987, S. 644f.; H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 207, behauptet zu Unrecht, 1852 sei »die aktive Opposition schon erstickt« gewesen. Unter der Führung der ehemaligen Paulskirchenabgeordneten setzte die Linke ihre Nadelstichopposition unter Nutzung der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten fort, etwa mit einem Antrag Fetzers und Rödigers, alle königlichen Verordnungen und ministeriellen Verfügungen jeweils sofort einer parlamentarischen Überprüfung hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Verfassung zu unterziehen (Württ. LT 23. 7. 1852, S. 3121 ff., und Beilage 333).

dialektisches Verständnis des Verhältnisses von Macht und Recht. Hingegen hielten die Emigranten bis in die frühen 1860er Jahre hinein an einem abstrakt-dichotomischen Verständnis fest, nach dem auf der einen Seite sie selbst standen, die sich historisch und politisch im Recht sahen, und auf der anderen die von den Reaktionsregierungen repräsentierte, rein negativ konnotierte Staatsmacht. Die parlamentarische Taktik der württembergischen Linken ist zudem ein Argument gegen die Legende von der politischen Resignation oder dem starren Dogmatismus der Linken nach 1849. Es besteht vielmehr eine Kontinuität der parlamentarischen Verfassungskämpfe von der Paulskirche über die mittelstaatlichen Landtage der 1850er Jahre bis zum preußischen Verfassungskonflikt.

In *Bayern* kam es bereits Anfang 1849 zum Konflikt zwischen dem Ministerium und der radikaler werdenden Kammermehrheit, zu deren Führern die pfälzischen Paulskirchenabgeordneten Georg Friedrich Kolb und Friedrich Schüler bzw. seit Herbst 1849 Franz Tafel gehörten. Nachdem die Kammer in der Grundsatzfrage, ob die in Frankfurt beschlossenen »Grundrechte des deutschen Volkes« automatisch auch in Bayern galten, die Regierung überstimmt hatte, trat das Märzministerium, die ungeschriebenen Gesetze eines parlamentarischen Systems respektierend, zurück. Der König setzte daraufhin ein der Kammermehrheit entschiedener entgegentretendes Ministerium ein, an dessen Spitze mit von der Pfordten ein gemäßigter Konservativer stand; der Landtag wurde daraufhin mehrfach vertagt.

Der Konflikt zwischen Landtagsmehrheit und Ministerium eskalierte über dessen Absicht, die pfälzischen Abgeordneten, zu denen die Führer der Opposition gehörten, von den Verhandlungen auszuschließen, solange sich der Landesteil, den sie repräsentierten, »in Rebellion« befinde, d. h. solange der Pfälzer Aufstand andauerte. Mit der Suspendierung der neunzehn Pfälzer sollte die Opposition ihre Mehrheit im Landtag verlieren. Als der Parlamentspräsident die Pfälzer bereits von der Abstimmung über die Frage ihrer Suspendierung ausschloß, verließ die Opposition das Parlament, das damit beschlußunfähig wurde. Da die Linke sich weigerte, an den Sitzungen teilzunehmen, bis der Ausschluß der Pfälzer vom Tisch sei, Regierung und Parlamentspräsident aber auf dem Ausschluß beharrten, war der Landtag blockiert. Am 9. Juni 1849 wurde er aufgelöst und eine Neuwahl angesetzt.

Durch massive Manipulationen wie die Neueinteilung von Wahlkreisen, die Verlegung der Wahlorte, propagandistischen und persönlichen Druck auf die Wähler, insbesondere im Militär, und Verhaftungen von Kandidaten konnte die Regierung im neuen Landtag eine oppositionelle Mehrheit verhindern. Die Linke scheiterte deshalb mit ihren Initiativen, die auf die Milderung der Repression gegen die Pfälzer und andere Teilnehmer an der Reichsverfassungskampagne abzielten. So verlangte sie vergeblich die Freilassung der gewählten Abgeordneten Kolb und Thomas Mayer, die als Mitglieder des Rumpfparlaments in Haft saßen, oder die Aussetzung der Verfolgung des Abgeordneten und früheren Reichsregenten Friedrich Schüler.

Immerhin waren die unterschiedlichen Strömungen im Landtag so weit konsensfähig, daß sie in der symbolisch aufgeladenen Frage der Amnestie für die Pfälzer Revolutionäre zu einem einstimmigen Beschluß gelangten, der von dem reformwilligen König Maximilian II. sanktioniert wurde, so daß in Bayern das erste Amnestiegesetz nach 1848 zustande kam, von dem allerdings Verbrechen gegen Personen und Eigentumsdelikte ausgeschlossen blieben.

In den folgenden Monaten bis zur Vertagung des Landtags im Juli 1850 versuchte die Linke, an deren Spitze neben den Pfälzer Paulskirchenabgeordneten der Vormärzminister Ludwig v. Oettingen-Wallerstein stand, der sich während der Revolution auf die Seite der Demokraten geschlagen hatte, ihre Ideen durchaus konstruktiv in die bis 1852 fortgesetzte Reformgesetzgebung des Ministeriums von der Pfordten einzubringen. In Bayern kam es nie zu einer derart schroffen Konfrontation zwischen parlamentarischer Opposition und Regierung wie in den übrigen nachrevolutionären Landtagen, so daß hier der Verfassungskonflikt nicht eskalierte. So stimmte die Linke 1850 und 1851 mehrheitlich Reformgesetzen zu, etwa einem neuen Gerichtsverfassungsgesetz oder einem Einkommens- und Kapitalsteuergesetz mit Progression und ohne Steuerbefreiung für den Hochadel. Sie verabschiedete auch rückwirkend die Staatshaushalte für 1845/46 und 1846/47.

Obwohl Kolb zu den wenigen Abgeordneten gehörte, die auch gegen den Haushalt und die Steuergesetze stimmten, und obwohl er sich mehrfach vergeblich um eine Ausweitung der Amnestie bemühte, befand nicht einmal er sich in grundsätzlicher Opposition zur Regierung. Neben ihrer kritischen Mitarbeit an den Reformprojekten der Regierung brachten die Pfälzer Demokraten Kolb und Franz Tafel immer wieder auf ihre Klientel abzielende populistische Anträge ein, die von vornherein zum Scheitern verurteilt waren und etwa auf eine Minderung der Wein- und Aufhebung der Rheinzölle, auf tägliche Postzustellung in allen Gemeinden, auf die Aufhebung der besonders die Armen drückenden Salzsteuer oder auf das Einfrieren des Militäretats zielten. Manchmal errang die bayrische Linke sogar Mehrheiten für solche Initiativen, so etwa Tafel im März 1850 für eine Anhebung der Lehrergehälter und Kolb im April für die Privatisierung nicht profitabler Staatsbetriebe (Berg- und Hüttenwerke) und bei den Etatberatungen für 1849 bis 1851 für die Abschaffung aller bayrischen Gesandtschaften und deren Ersetzung durch Geschäftsträger.¹⁸ Solche Erfolge hatten allerdings

¹⁸ Bayr. LT 17.9.1849, S. 3; 19.9.1849, S. 34 und 45; 25.9.1849, S. 74 ff.; 6.10.1849, S. 95 ff.; 26.10.1849, S. 282 ff.; 26.11.–1.12.1849: Amnestiedebatte; 25.1.1850, S. 264, 275 und 295 ff.; 31.1.1850, S. 327 ff.; 15.2.1850, S. 464 f.; 16.2.1850, S. 485 ff.; 22.2.1850, S. 637; 28.2.1850, S. 25 ff.; 1.3.1850, S. 63 f.; 2.3.1850, S. 79; 8.3.1850, S. 156 und 175; 16.3.1850, S. 268 f. und 285; 10.4.1850, S. 446 und 460; 12.4.1850, S. 481; 29.4.1850, S. 670 f.; 1.5.1850, S. 730; 14./15.5.1850; 28.5.1850, S. 323; 25.6.1850, S. 9 ff.; 2.7.1850, S. 191 f.; 10.7.1850, S. 317 (Zitat Kolb); 12.3.1851, S. 150 f.; G. F. KOLB, Landtage, 1850, S. 337 f., kritisierte den Amnestiebeschluß scharf; DERS., Baiern, 1858, S. 252 ff.; E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 183 ff.; M. SPINDLER, 1978, S. 233 ff. An-

vorwiegend symbolische Bedeutung, da die Regierung an Kammervoten nicht gebunden war.

In Bayern herrschten besondere Bedingungen, die die politischen Konflikte in den 1850er Jahren auf einem mittleren Niveau hielten. Hierzu gehörten erstens der Paternalismus von König und Regierung, der es nie zu dem scharfen Ton der Konfrontationen mit der parlamentarischen Mehrheit wie im Preußen der Bismarckzeit kommen ließ, zweitens das Festhalten an einer gemäßigt liberalen Reformpolitik, drittens die Schwäche des Radikalismus, der im wesentlichen auf einzelne Regionen (Pfalz und Teile Frankens) beschränkt blieb, sowie viertens die Tendenz der bayrischen Linken, politische Konflikte nicht zu Machtproben aufzubauschen, in denen sie nur unterliegen konnte. Aufgrund dieser Faktoren stellte der größte deutsche Mittelstaat nach 1849 einen verfassungspolitischen Sonderfall dar: Die verschiedenen politischen Richtungen sowie Regierung und Landtag blieben stets soweit kommunikations- und kompromißfähig, daß im Laufe der Revolution weder die Verfassung verändert noch nach der Niederschlagung der Revolution das relativ demokratische Wahlrecht revidiert wurde. Eine entsprechende Initiative der Regierung scheiterte 1854/55 am Widerstand des Landtags, so daß das Wahlgesetz von 1848 bis zum Zusammenbruch des Königreichs 1918 in Kraft blieb.

Diese relativ bruchlose Entwicklung ist neben der institutionellen und politischen Schwäche der Opposition auch darauf zurückzuführen, daß die Verfassung sechsjährige Etatperioden sowie eine Regelung vorsah, daß sich die Steuerzahlungspflicht automatisch verlängerte, wenn kein neuer Etat zustandekam. So wurde der Anfang Juli 1856 wegen Differenzen mit der Regierung vertagte Landtag erst im September 1858 wieder versammelt. Die Diskontinuität des Parlaments entschärfte manche Konflikte. Auf diese strukturelle Schwäche der bayrischen parlamentarischen Opposition zielte ein Verfassungsänderungsvorschlag Kolbs vom Oktober 1851, demzufolge die Etatperioden auf ein Jahr verkürzt und entsprechend der Landtag jährlich »wenigstens einmal berufen« werden sollte. Eine solche Initiative hatte allerdings rein propagandistischen Charakter, denn bei den hohen Hürden, die für Verfassungsänderungen zu überwinden waren, gab es keine Chance auf Realisierung solcher Vorschläge, die das Parlament deutlich aufgewertet hätten.¹⁹

träge auf Senkung der Gesandtschaftskosten gehörten zum Repertoire der oppositionellen Nadelstichpolitik in allen Landtagen der 1850er/60er Jahre: vgl. etwa Bayr. LT 29. 4. 1856; Württ. LT 26. 8. 1858; Beobachter 14. 9. 1858.

¹⁹ Bayr. LT 12. 7. 1850, S. 358 ff., Beil. XC/1851. Verfassungsurkunde für Bayern (1818) bei E. R. HUBER, Dokumente, Bd. I, 1978, S. 155 ff. Kolb sah den Hauptgrund für die relativ friedliche Entwicklung in der Schwäche der Opposition: Auch in anderen Ländern wäre ein Staatsstreich ausgeblieben, wenn die Opposition den Ministerien »so weit entgegengekommen wäre, wie es durch den bairischen Landtag geschah« (G. F. KOLB, Baiern, 1858, S. 254).

3. Die Deutsche Union

Nur in den Mittelstaaten mit einer vergleichsweise liberalen Verfassungstradition sah die demokratische Linke die Fortführung ihrer parlamentarischen Tätigkeit als sinnvoll an. Die Kammern sollten den führenden Politikern als Bühne dienen, auf der sie durch Abgeordnetenprivilegien gestärkt und im Mittelpunkt öffentlichen Interesses stehend, für ihre politischen Ziele werben, Errungenschaften der Revolution verteidigen und eventuell gar neue Reformen initiieren konnten.

Einige kleindeutsche, linksliberale Paulskirchenabgeordnete hatten sich aus solchen Erwägungen heraus auch an den Versuchen zur Schaffung einer neuen Nationalvertretung beteiligt. Immerhin folgten 23 von ihnen, die ausschließlich aus den späteren Mitgliedstaaten des Norddeutschen Bundes kamen, zusammen mit rund 125 gemäßigt liberale Paulskirchenabgeordneten der Einladung zu einer Versammlung in Gotha, die Anfang Juni 1849, nach der Veröffentlichung des preußischen Unionsverfassungsentwurfs, von Abgeordneten der Casino- und Augsburgener Hof-Fraktion ausging. Sie richtete sich an alle nichtösterreichischen Mitglieder der gemäßigt liberalen und konservativen, kleindeutsch-erbkaiserlichen Fraktionen (Westendhall, Württemberger Hof, Augsburgener Hof, Landsberg, Casino und die vom Café Milani abgespaltene »Partei Vincke«). Die Versammlung sollte den preußischen Verfassungsentwurf erörtern und die Voraussetzungen für eine Parteigründung der Anhänger der konstitutionellen Monarchie und eines kleindeutschen Nationalstaates unter preußischer Führung schaffen. Diese sollte ein gemäßigtes Gegengewicht zum radikalen Märzverein und zum konservativen Treubund bilden. Auch wenn Demokraten, die sich ohnehin überwiegend im Exil oder in Haft befanden, nicht zur Teilnahme aufgefordert wurden, so waren unter den eingeladenen Linksliberalen doch immerhin 13 Mitglieder des Märzvereins und mit Friedrich Federer und Philipp Schwarzenberg hatten sogar zwei dem Rumpfparlament angehört.

Das Einladungsschreiben vollzog trotz eines einleitenden Bekenntnisses zur Frankfurter Reichsverfassung vor dem Hintergrund der veränderten Machtkonstellationen einen Bruch mit der Paulskirche. Entgegen der feierlichen Erklärung der Nationalversammlung über die Unabänderlichkeit der Kernbestimmungen der Reichsverfassung vom 27. März 1849, der alle Organisatoren zugestimmt hatten, sollte die Gothaer Versammlung nur drei Monate später den preußischen Verfassungsentwurf akzeptieren und für die Wahl zum Erfurter Unionsparlament mobilisieren. Ebenso wie die Gothaer Versammlung ein Gegengewicht zum Anspruch des Stuttgarter Rumpfparlaments bilden sollte, der einzig legitime Nachfolger der Deutschen Nationalversammlung zu sein, so sollte die Gründung einer Partei in der Tradition der Weidenbusch-Fraktion der Paulskirche ein Gegengewicht zu den Wahlboykottaufrufen der Linken bilden. Dennoch beteiligten sich einige Linksliberale an dieser Initiative, um die Möglichkeiten der Zusam-

menarbeit der gesamten politischen Mitte auf der Basis von Konstitutionalismus und kleindeutschem Nationalismus auszuloten. Dieser Versuch scheiterte aus inneren und äußeren Gründen. Er wies in mancher Hinsicht Parallelen zur Gründung der Nationalliberalen Partei zwei Jahrzehnte später auf, die zwar unvergleichlich erfolgreicher war, aus der sich der linke Flügel aber schließlich wiederum verabschiedete, weil er zu geringe Teile seines Programms verwirklichen konnte.

Gleich zu Beginn der Gothaer Versammlung brachen die offenbar in der überregionalen deutschen Politik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unüberbrückbaren Divergenzen zwischen gemäßigten Liberalen und der bürgerlichen Linken auf: Da einigen rheinischen Teilnehmern um Beckerath und Mevissen der von Dahlmann formulierte Programmentwurf zu liberal war und sie einen Gegenvorschlag vorlegten, mußte eine Kommission einen Kompromiß suchen. In sie wurden mit Oscar v. Wydenbrugk und Friedrich Zell auch zwei Linksliberale gewählt, die dafür sorgen sollten, daß die programmatische Erklärung für die anwesenden Vertreter der bürgerlichen Linken akzeptabel wurde. Das so erarbeitete »Gothaer Programm« bekannte sich zwar zur Frankfurter Reichsverfassung, stellte aber wie bereits das Einladungsschreiben fest, daß deren »unbedingte Durchführung [...] zur Unmöglichkeit geworden ist«. In dieser Situation sei es wichtiger, »die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten«, weiterzuverfolgen, als starr festzuhalten »an dem Wege, auf dem [...] man dieses Ziel anstrebte«. Unter den Zwecken der Reichsverfassung, die weiterverfolgt werden sollten, verstanden die »Gothaer« vor allem die deutsche Einigung unter einem preußischen Erbkaiser sowie ein Nationalparlament. Sie waren aber bereit, die Grundrechte und das demokratische Wahlgesetz aufzugeben. Nach dieser indirekten Absage an die von der Nationalversammlung beanspruchte Souveränität war der Weg für die Annahme der von der preußischen Regierung oktroyierten Unionsverfassung frei. »Die anderen deutschen Staaten – abgesehen von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Österreich –« wurden aufgefordert, sich der Deutschen Union möglichst bald anzuschließen. Diskussionen gab es in der Kommission vor allem um das zum preußischen Entwurf gehörende Dreiklassenwahlrecht. Der Kompromiß, daß jeder Bundesstaat selbst über das Wahlrecht zum Volkshaus des Nationalparlaments entscheiden, jedoch falls die Regierungen der Unionsstaaten diesen Vorschlag ablehnten, das Dreiklassenwahlrecht angewandt werden sollte, ging Zell zu weit. Er verweigerte zusammen mit fünf weiteren Frankfurter Abgeordneten der Linken¹ die Zustimmung zum Gothaer Programm. Hingegen setzte Karl Biedermann den Gothaer Beschluß um, indem er im sächsischen Landtag den Antrag stellte, das Unionsparlament in Sachsen demokratisch wählen zu lassen. Er scheiterte allerdings an einer negativen Mehrheit aus Konservativen, die ge-

¹ C. Becker, Freudentheil, Grumbrecht, P. Schwarzenberg und Weißenborn.

gen das allgemeine Wahlrecht, und Demokraten, die gegen die Deutsche Union waren.²

Diejenigen Mitglieder der Linken in der Frankfurter Nationalversammlung, die das Gothaer Programm unterzeichneten, hatten sich von der Sachzwanglogik einfangen lassen, die Joseph v. Radowitz, der als Berater König Friedrich Wilhelms IV. und preußischer Verhandlungsführer maßgeblichen Anteil am Zustandekommen der Union und ihrer Verfassung hatte, immer wieder darlegte: Die Ablehnung des Verfassungsentwurfs werde die Deutsche Union in Frage stellen und damit Österreich in die Hände spielen. Nachgiebigkeit den Regierungen gegenüber sei deshalb »für alle diejenigen eine vaterländische Pflicht, die die Einigung Deutschlands im Ernste wünschen«. Die Unterzeichner des Gothaer Programms sahen nach der Niederschlagung der Revolution und der Auflösung der Deutschen Nationalversammlung keinen Sinn mehr darin, aus Einzelpunkten Prinzipienfragen zu machen, nachdem sie die grundsätzliche Abkehr von der Reichsverfassung und die Unterwerfung unter die Politik des Berliner Kabinetts vollzogen hatten.

Aber so sehr die Liberalen der preußischen Regierung in Gotha entgegenkamen: Sie konnten deren Abwendung vom Projekt der Deutschen Union nicht verhindern. Nach und nach wurde der auch von den »Gothaern« strikt abgelehnte Deutsche Bund wiederhergestellt. In ihrem halbherzigen Widerstand hiergegen und in ihrer unentschlossenen Verfolgung der kleindeutschen Lösung, die auch 1850 nur in einem Krieg gegen Österreich und den Deutschen Bund durchzusetzen gewesen wäre, ließ sich die preußische Regierung von der österreichischen Deutschlandpolitik immer wieder ausmanövrieren. Das Gothaer Programm scheiterte an den außenpolitischen Konstellationen und der fehlenden Kriegsbereitschaft der preußischen Führung. So blieb auch der in Gotha gegründete Vorläufer der Nationalliberalen Partei, die »Deutsche Partei«, trotz aller Anstrengungen ihres Organisators Mathy nur eine Episode.³ Dennoch bildeten die persönlichen Be-

² SÄLT 7. 3. 1850, S. 953 ff. Vgl. A. NEEMANN, 1999, S. 35.

³ Grundlegend zur Gothaer »Partei«, zum Unionsparlament und zur Geschichte des Liberalismus in den Jahren 1849–51: J. P. EICHMEIER, 1968; vgl. außerdem D. BLASIUS, 1992, S. 187ff.; G. WITZMANN, 1917, passim; Radowitz-Zitat: ebd., S. 63. Witzmanns Angabe, daß nur Mitglieder der »Weidenbuschpartei« eingeladen worden seien (ebd., S. 31), trifft nicht zu. Teilnehmer aus den Reihen der Paulskirchenlinken: Backhaus, C. Becker, Biedermann, Böcking, Eckert, Freudentheil, Grumbrecht, Hallbauer, Hausmann, Hofmann, Johannes, Jucho, Kierulff, Mylius, Plaß, Reh, Riesser, P. Schwarzenberg, Weißenborn, Wydenbrugk, Zachariä, Zell und Ziegert. Neben den in der vorigen Fußnote genannten Nicht-Unterzeichnern unterschrieb auch Plaß das Programm nur mit einem das Wahlgesetz betreffenden Vorbehalt (ebd., S. 70f.). Eingeladen waren außerdem folgende Paulskirchenlinke: Anderson, Cnyrim, Federer, Gravenhorst, Leue und Nicol. Als (nicht eingeladen)er Gast nahm der österreichische WH-Abgeordnete Makowiczka an der Versammlung teil (Makowiczka an Mittermaier 5. 7. 1849, Heid.Hs. 2746). Auch sonst ging man mit den Einladungen restriktiv um: Der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar versuchte, durch die Vermittlung seines Ministers v. Wydenbrugk teilzunehmen zu dürfen, und wurde ebenso abgewiesen wie alle Journalisten (G. WITZMANN,

ziehungen und informellen Zusammenhänge der »Gothaer« Strukturen, auf denen Ende der 1850er Jahre der Nationalverein und andere Zusammenschlüsse der liberalen Einigungsbewegung aufbauen konnten.

Wegen der deutschlandpolitischen Konzeptionslosigkeit der Berliner Regierung und ihrer Unterlegenheit gegenüber der auf eine supranationale Lösung der deutschen Frage abzielenden Machtpolitik des Wiener Kabinetts stand das am 31. Januar 1850 gewählte und am 20. März zusammen tretende Erfurter Unionsparlament von vornherein auf verlorenem Posten. Kaum hatte es die von der preußischen Regierung vorgegebene Verfassung akzeptiert, wurde dieser letzte nationale Einigungsversuch der Revolutionsperiode durch dieselbe Regierung, die ihn initiiert hatte, desavouiert. Anders als für die »Gothaer« war für die preußische Regierung die nationale Einigung kein politisches Ziel, sondern nur ein im Kampf mit Österreich um die Vorherrschaft im Deutschen Bund eingesetztes taktisches Mittel. Insofern erwies sich die Ablehnung, auf die die Erfurter Union bei der norddeutschen Linken gestoßen war, als berechtigt. Der Hauptgrund für ihren Boykott der Wahlen zum Unionsparlament lag in ihrer Ablehnung des Dreiklassenwahlrechts. Die Aufrufe der Demokraten wurden vielerorts befolgt: Die Wahlbeteiligung lag nach den vorliegenden Einzelergebnissen zwischen 1 % und 33 % – zusammenfassende Zahlen zur Wahlbeteiligung im Unionsgebiet wurden, wohl um den Erfolg des Boykotts nicht augenfälliger zu machen, nie veröffentlicht.⁴ Unter den gut 200 Abgeordneten aus 26 Mitgliedsstaaten der Deutschen Union, von denen fast die Hälfte aus Preußen kam, hatten sechs der Opposition in der Paulskirche angehört: Julius Hoffmann und Theodor Reh aus dem Großherzogtum Hessen, Adolf Böcking aus der Rheinprovinz, Gabriel Riesser aus Lauenburg, Friedrich Kierulff aus Mecklenburg-Schwerin und Wilhelm Weißenborn aus Sachsen-Weimar, der als einziger von ihnen das Gothaer Programm nicht unterzeichnet hatte. Die regionale Herkunft dieser Linksliberalen entspricht der Verteilung der linksliberalen Hochburgen bei den Wahlen von 1848: Sie lagen im Dritten Deutschland, soweit es sich an der Union beteiligte⁵, und in Preußen in der Rheinprovinz.

1849, S. 41); Gothaer Programm in: E. R. HUBER, Dokumente, Bd. I, 1978, S. 547f. Zur österreichischen Deutschlandpolitik: A. DOERING-MANTEUFFEL, 1989, S. 128ff.; H. FRIEDJUNG, Österreich, Bd. I/2, 1918, S. 1ff.

⁴ BVZ 26./27.1.1850; J. P. EICHMEIER, 1968, S. 218ff. Vgl. allerdings zu der allgemein niedrigen Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen: L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 16. Sie lag 1855 bis 1866 zwischen 16,1 % (1855) bei Boykott der Linken und 34,3 % (1862) auf dem Höhepunkt der Mobilisierung im Verfassungskonflikt. 1849 lag sie bei 31,9 %.

⁵ Kleindeutsche Linksliberale in Süddeutschland sahen sich in den Tagen der Parlamentswahl in den Unionsstaaten vollkommen isoliert und beklagten, keine Möglichkeit zu haben, der sich zunehmend an Österreich anlehrenden Politik ihrer Regierungen etwas entgegenzusetzen. Vischer führte dies auf das erneute Zurückweichen der preußischen Kammer vor den Verfassungsrevisionsforderungen des Königs zurück, die »unsere Bewegung für den Bundesstaat im Lande rein totgeschlagen« habe. »Die moralische Spring-

Von den Reden im Erfurter Parlament geben allein die Gabriel Riessers Auskunft über die verfassungs- und nationalpolitischen Vorstellungen derjenigen aus der Paulskirchenlinken, die konstruktiv am Aufbau der Deutschen Union mitzuarbeiten bereit waren. Riesser war ursprünglich ein gemäßigter Liberaler gewesen, aber aus Empörung über die Unbeweglichkeit der deutschen Fürsten, die das von den Gemäßigten postulierte Vereinbarungsprinzip *ad absurdum* geführt hätten, zum Linksliberalen geworden. Enttäuscht über »die hochmüthige Zurückweisung des von den Gewählten des Volkes dargebotenen Werkes« durch den preußischen König, der dadurch erst »das Vaterland an allen Ecken in Flammen gesetzt« habe, befand er sich zur demokratischen Revolution wie zur absolutistischen Reaktion in gleicher Distanz. Riesser verfügte über eine außergewöhnlich analytische Sicht auf die politischen Verhältnisse. Sie resultierte aus der Gebrochenheit seines Verhältnisses zu seinem Vaterland, dem er einerseits in tiefem Patriotismus verbunden war, dessen bürokratische und christliche Enge ihn als Juden aber andererseits bis 1848 an einer bürgerlichen Karriere gehindert hatte. Er sah sich in der Tradition der preußischen Reformler Stein und Hardenberg und glaubte daran, daß die Errichtung einer »bürgerlichen Gesellschaft« nach britischem oder belgischem Vorbild alle in Deutschland herrschenden Übel überwinden werde. In der preußischen Reformära habe man – so Riesser im Erfurter Parlament gegen Bismarcks Antrag, die parlamentarischen Elemente der Verfassung noch weiter einzuschränken – »die Befreiung nach Außen und die Herstellung eines freien, würdigen, selbständigen Volkslebens im Innern als den Doppelstrahl einer und derselben Sonne betrachtet«. Riesser hielt am achtundvierziger Programm der Erlangung von Einheit, Macht und Freiheit fest. Er bezeichnete sich und seine linksliberalen Mitstreiter in Erfurt als »freisinnig-patriotische Partei« und stellte sich ebenso gegen die »Ultra-Konservativen« à la Bismarck wie gegen die außerhalb des Parlaments agierenden Demokraten.

Insgesamt wirken die Bemühungen derjenigen Abgeordneten des Unionsparlaments, die der Paulskirchenlinken angehört hatten, hilflos. Sie folgten dem vom Gothaer Programm vorgegebenen Kurs und kamen den wiedererstarkten Machthabern so weit wie möglich entgegen, um überhaupt ein konstitutionelles Gebilde über den Einzelstaaten zustandezubringen, das der Anfang eines Nationalstaates sein konnte. Sie wollten damit einige zentrale Errungenschaften von 1848 wie Parlament und Exekutive eines Gesamtstaats und den Grundrechtekatalog in reduziertem Umfang verteidigen und schlimmere Rückschläge verhindern.⁶ Sie standen jedoch wegen der

feder ist zerbrochen. [...] Zuerst wird man es nun mit Österreich versuchen, [...] und später nach traurigen Erfahrungen wird man zu dem Bundesstaate mit Preußen an der Spitze zurückkehren«. Vischer sah deshalb nur eine langfristige Realisierungschance für seine deutschlandpolitischen Ziele (an Jucho 9. 2. 1850; BA F5g. 1/116). Vgl. F. VISCHER, *Kritische Gänge*, 1920, S. 88 ff.; F. SCHLAWE, 1959, S. 227 ff.

⁶ Sten. Bericht Erfurt, 1850, S. 160 f. und 255 ff.; K. BIEDERMANN, *Fünfig Jahre, 1892*, S. 70, 73 f. und 78; C. REULEAUX, 1953, S. 108 ff.; M. BOTZENHART, 1977, S. 768 ff.; G. RIESSER,

fortschreitenden Abkehr der preußischen Regierung vom Programm der kleindeutschen Einigung von Anfang an auf verlorenem Posten.

Die politische Sinnlosigkeit und Vergeblichkeit des Versuchs, Ziele der Paulskirchenlinken und Errungenschaften der Revolution durch die Beteiligung am Erfurter Parlament zu verwirklichen bzw. zu bewahren, war Gegenstand einer bitteren Abrechnung Theodor Rehs mit der preußischen Politik. Nach dem Bundesreaktionsbeschluß vom 23. August 1851 zieht er im hessischen Landtag die Fürsten der Undankbarkeit den Linksliberalen gegenüber, die allein »der republikanischen Partei« im Frühjahr 1848 im Vorparlament und in den Märzregierungen die Stirn geboten hätten. Damals hätten sie die Throne gerettet und »Deutschland vor einer Revolution bewahrt, blutiger wohl, als die Geschichte sie kennt«. Nachdem der Radikalismus besiegt war, fühle sich Preußen an keine der dem Liberalismus gemachten Zusagen mehr gebunden und kehre zu einem reinen Reaktionskurs zurück. »Auch die schwärzeste Phantasie« habe sich nach den vollmundigen Versprechungen des preußischen Königs und seiner Regierungen nicht ausmalen können, daß die von der preußischen Regierung ausgearbeitete und vom Unionsparlament angenommene Verfassung rechtswidrig wieder durch die vormärzliche Bundesverfassung ersetzt werden würde, die doch gerade durch die Erfurter Verfassungsvereinbarung jede Gültigkeit verloren habe. Nur eine neue Nationalversammlung könne nach dieser fatalen Entwicklung eine neue, legitime Verfassung ausarbeiten. Bei allen »Thorheiten und Verbrechen«, die »die Parteien« seit 1848 verschuldet hätten, seien sie doch unschuldig am Scheitern der Reichsverfassung, »an dem Untergang der besten, berechtigtesten Hoffnung der Nation«, der allein von den Fürsten zu verantworten sei.⁷

Damit war der »Gothaer« Reh zurückgekehrt zur gemeinsamen Ausgangsbasis der Paulskirchenlinken, daß die Vereinbarung einer Verfassung an der Unbeweglichkeit der meisten Fürsten und ihrem mangelnden Willen zu tiefgreifenden Reformen und zur Aufgabe von Privilegien und Souveränitätsrechte scheitern mußte. Die Durchsetzung der Reaktion und das Scheitern der Zusammenarbeit von Linksliberalen und gemäßigten Liberalen auf der Basis des Gothaer Programms ermöglichte die erneute Kooperation zwischen Demokraten und Linksliberalen und damit fast des ganzen Spektrums der Paulskirchenlinken. Die Linksliberalen hatten aufgrund der Reformzusagen der preußischen Regierung gehofft, das Liberalisierungs- und Einigungsprojekt der Reichsverfassung auch nach der Sprengung der

Bd. IV, 1868 [1849], insb. S. 562f. und 568ff. Riesser kritisierte übrigens bereits im Erfurter Parlament (STEN. BERICHT ERFURT, 1850, S. 160f.) das Parvenühafte der preußischen politischen Kultur – wie 60 Jahre später auch Max Weber, der über Hermann Baumgarten stark vom Nach-48er-Liberalismus geprägt worden ist. Vgl. auch L. SIMON, Kritik, 1850, S. 100f.; C. NAUWERCK, Erfurter Parlament, 1850, S. 380ff.; sowie Vogts beißenden Spott über die Teilnehmer am Erfurter Parlament: DERS., Untersuchungen, 1850, S. 17f.

⁷ Hess. LT 5.12.1851, S. 5ff. (Zitate: S. 7ff.).

Nationalversammlung, wenn auch in abgeschwächter Form realisieren zu können. Nachdem dies am massiven österreichischen Widerstand und der fehlenden Entschlossenheit der preußischen Regierung gescheitert war, sahen sie ein, daß die Fundamentalopposition der Demokraten gegen die Deutsche Union und das Erfurter Parlament ihre Berechtigung gehabt hatte. Es fehlte der bürgerlichen Linken allerdings vorerst eine Strategie, die die gemeinsamen Positionen unter den Bedingungen der Reaktion in praktische Politik umsetzen konnten.

In der Innen- und Verfassungspolitik stand die Linke je nach politischer Ausrichtung in den Übergangsjahren 1849 bis 1851 vor der Alternative, entweder wenigstens einen Teil der Errungenschaften der Revolution durch eine flexible Taktik zu sichern zu versuchen oder auf neue Gestaltungsmöglichkeiten zu warten, die sich aus einer zweiten Revolution ergeben würden. Dabei tendierten die in Deutschland Gebliebenen, soweit sie ihre Meinung öffentlich äußern konnten, anders als die meisten Emigranten, zu der Auffassung, daß sie die Macht und den Rückhalt der vorrevolutionären Institutionen, aber auch der Traditionen, auf denen sie basierten, unterschätzt hatten und deshalb künftig eine kompromißbereitere Politik zu verfolgen sei.

Insgesamt fällt die politische Bilanz der Parlamentsarbeit der Paulskirchenlinken in der Zeit des Übergangs zur Reaktion negativ aus: Der Deutsche Bund wurde wiederhergestellt, die Grundrechte wurden aufgehoben, das demokratische Wahlrecht abgeschafft, die Partizipationschancen und Freiheiten, die die Länderverfassungen der Jahre 1848/49 boten, stark geschmälert oder zurückgenommen. Allerdings war die nachmärzliche Reaktion keineswegs allumfassend. In unterschiedlichem Ausmaß blieben in den einzelnen Staaten Errungenschaften der Revolution erhalten. Obwohl es sich kaum im einzelnen nachweisen läßt, war diese Abschwächung und Verzögerung der politischen Reaktion auch ein Erfolg der Linken in den einzelstaatlichen Kammern.

Darüber hinaus bot der Opposition die Wahrnehmung ihrer Parlamentsmandate eine Reihe politischer Möglichkeiten. Die Landtage stellten gerade in der Reaktionsära eine durch die Immunität vergleichsweise gut geschützte und von der Öffentlichkeit wahrgenommene Agitationsbasis dar. Die Abgeordnetendiäten bedeuteten immerhin eine partielle Bezahlung politischer Arbeit, die für viele Politiker, sei es wegen des Verlusts einer anderen Position aufgrund der Repression, sei es aus Neigung, zum Hauptberuf wurde. Die jüngere Abgeordnetengeneration, die in der Paulskirche vielfach im Schatten der Prominenz gestanden hatte, rückte wie etwa Carl August Fetzner, Adolf Schoder, Franz Tafel, Georg Friedrich Kolb, Theodor Reh, Franz August Mammen oder Franz Wigard in den einzelstaatlichen Kammern in die erste Reihe vor und konnten sich unter den schwierigen Bedingungen der 1850er Jahre intern und vor den Augen der Öffentlichkeit profilieren. Vor allem in Hessen und Württemberg wurden in den Landtagen flexible

Strategien zur Nutzung der verbliebenen parlamentarischen Partizipationschancen und Wahrung fundamentaler Rechtspositionen entwickelt und eingeübt. In den süddeutschen Staaten, in denen sich die Linke weiterhin in die Parlamente wählen ließ, blieben politische Organisationsstrukturen auch unter den restriktiven Vereinsgesetzen des Deutschen Bundes in den 1850er Jahren erhalten. In Preußen hingegen mußte sich die Linke 1858 nach der Aufgabe ihres Politikboykotts erst einmal an die »Reorganisation [...] der durch neunjährige Untätigkeit völlig aufgelösten demokratischen Partei machen«. Ähnliches galt in Sachsen nach 1863.⁸

Die Kontinuität einer politischen Elite und mindestens der Rudimente eines Vereinswesens der Linken, wie sie in denjenigen Staaten, in denen sie die Wahlen nicht boykottierte, gewahrt wurde, bildete ein organisatorisches Rückgrat und hatte für die Entstehung einer demokratischen politischen Kultur große Bedeutung. Entsprechend hätte die Mitarbeit im preußischen Landtag der 1850er Jahre Chancen für eine tiefere Verankerung der bürgerlichen Linken und der Entwicklung eines stärker taktisch bestimmten Verhältnisses zu den jeweils sich bietenden Partizipationschancen geboten.

4. Exkurs: Männer der Linken an der Regierung

Einzelne linksliberale Paulskirchenabgeordnete bekamen noch nach der Niederschlagung der Revolution Angebote, in führende Positionen innerhalb einzelstaatlicher Regierungen zu wechseln. Ludwig Uhland sollte im Oktober 1849 Nachfolger des Innenministers Duvernoy werden, der den Beitritt Württembergs zum von Preußen initiierten Dreikönigsbündnis befürwortete und deshalb zurücktreten mußte. Uhland – noch tief geprägt vom Scheitern der Paulskirche und dem Ende des Rumpfparlaments, das von demselben Ministerium Römer gesprengt worden war, in das er jetzt eintreten sollte – schrieb dem als Vermittler auftretenden DH-Abgeordneten Christian Frisch: Seine »ganze bisherige Laufbahn« habe in eine andere Richtung tendiert, und man könne sich in die Tätigkeit eines Ministers »nicht erst in vorgerückten Jahren und im schwierigsten Augenblicke« einüben. Insofern könne er »nur aufrichtig sagen: *kein Zoll zu einem Minister*«. Bruno Hildebrand sondierte, als er wegen seines Engagements im kurhessischen Verfassungskonflikt von 1849/50 mit Entlassung von der Universität Marburg rechnen mußte, die Möglichkeit, in eine führende Position im österreichischen Handelsministerium zu wechseln, das die einzige Institu-

⁸ Jacoby an A. Bernstein 16. 11. 1858; ders. an Stahr 16. 11. 1858 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1974, S. 65 f.). G. RIESSER (Bd. IV, 1868, S. 694) wies 1861 darauf hin, daß »die Verwirklichung der Unionsverfassung ein ungeheurer Fortschritt auf dem Wege nationaler Einheit« gewesen wäre.

tion im Deutschen Bund der frühen 1850er Jahre war, in der mit europäischer Perspektive Reformpolitik geplant wurde. Die führenden Köpfe der österreichischen Wirtschaftsreformen, den Rheinländer Karl Ludwig v. Bruck und den Westfalen Gustav Höfken, kannte Hildebrand aus der Nationalversammlung und ihrem volkswirtschaftlichen Ausschuß. Er stand ihnen in dem Bestreben, eine großdeutsche Lösung durch die Annäherung Österreichs an den Zollverein und durch eine Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten, politisch nahe. Nach einem siebentägigen Besuch in der österreichischen Hauptstadt kam er allerdings zu dem Ergebnis, daß dort »kein Boden« für ihn sei. »Es herrscht dort nicht nur keine Achtung, sondern sogar eine Art Wasserscheu vor selbständigen wissenschaftlichen Charakteren. [...] Dabei ist der ganze Boden so unterwühlt und die obere Staatsordnung so wenig fest, daß bei sehr kleinem Windstoß das neue Luftschloß der Gesamtmonarchie zusammenbrechen kann. Im Ministerium des Äußern und des Innern herrscht das absolutistische System der Kamarilla, im Unterrichtsministerium die Ultramontanen und im Handelsministerium unter dem Protestanten und geborenen Preußen Bruck der Fortschritt.« Die Untergangserwartung bezüglich der Habsburgermonarchie verband sich bei Hildebrand mit einer »Art Wasserscheu« vor der praktisch-administrativen Politik, wie sie auch im Falle Uhlands bei der Entscheidung gegen ein hohes Staatsamt ausschlaggebend war.¹

Nur ein linksliberaler Paulskirchenabgeordneter konnte nach 1849 Reformpolitik selbst gestalten. Diese Möglichkeit ergab sich unter den besonderen Bedingungen im Großherzogtum Sachsen-Weimar, in dem die Reaktion erst spät und nur in dem Maße wirksam wurde, wie sie seit dem Bundesbeschluß vom August 1851 für einen Kleinstaat unvermeidbar war. Dieser Linksliberale war Oscar v. Wydenbrugg, der als der am längsten amtierende Märzminister bis Mitte 1854 das sächsisch-weimarische Justiz- und

¹ L. UHLAND, Briefwechsel, Bd. III, 1914, S. 432f.; Hildebrand an Bunsen 6.5.1851 (Heid.Hs. 2741); F. J. BAUER, 1991, S. 145. Ebenfalls für die Vorbereitung einer großdeutschen Lösung durch eine Wirtschaftsgemeinschaft plädierte der sächsische Paulskirchenlinke B. EISENSTÜCK (Einigung, 1850, S. 181f.).

Der WH-Abgeordnete Höfken zählt nach den hier angelegten Kriterien nicht zur Paulskirchenlinken. Der als Abgeordneter der großdeutschen Rechten der Paulskirche angehörende österreichische Handels- und Finanzminister v. Bruck holte ihn 1849 als Ministerialsekretär nach Wien. Höfken stieg bald zum Sektionsrat auf, war Herausgeber der offiziellen handelspolitischen Zeitschrift »Austria« und wechselte später mit seinem Mentor v. Bruck ins Finanzministerium, wo er bis 1868 tätig blieb. Er prägte die liberale österreichische Außenhandels- und entschiedene Infrastrukturpolitik in den 1850er und 1860er Jahren maßgeblich, die, wie in Preußen, zu wirtschaftlichem Aufschwung in der Zeit der politischen Reaktion führte. Vgl. E. ENGEHAUSEN/A. KOHNLE, 1998, S. 69ff. (U. Machoczek); Kurt Koszyk: Gustav Höfken. Ein Lebensbild aus dem 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 71/1978, S. 5–118; Waltraud Haindl: »Wir wollen einen Familientempel bauen.« Marginalien zu Mentalität und Familienleben des Beamten G. Höfken, in: E. Somogyi (Hg.): Verbürgerlichung in Mitteleuropa. Budapest 1991, S. 47–56; F. SCHUSELKA, Das provisorische Österreich, 1850, S. 57f.; J. W. BOYER, 1981, S. 17f.

Kultusdepartement verwaltete. In seinem Wirkungsbereich setzte er eine Reihe grundlegender, Reformen durch.

Zunächst reorganisierte er das Volksschulwesen und trug entscheidend zur Professionalisierung des Lehrerberufes bei. Die Gehälter wurden einheitlich festgelegt und die Lehrer von Küster- und Gemeindediensten befreit. Zugleich bekamen die Geistlichen den Religionsunterricht entzogen. Obwohl v. Wydenbrugk, wie diese Maßnahmen andeuten, prinzipiell die Trennung von Kirche und Staat befürwortete, war er unter den gegebenen Umständen zu Zugeständnissen gezwungen: Die Kirchen behielten Schlüsselpositionen in der Schulaufsicht. Auch eine liberale Kirchengemeindeordnung brachte der Reformminister auf den Weg, der eine Synodalverfassung folgen sollte. Bereits am 17. April 1847 hatte er sich im Landtag mit einer eindrucksvollen Rede für die völlige rechtliche Gleichstellung der Juden eingesetzt und unter Verweis auf die USA das volle Bürgerrecht für alle im Lande Geborenen gefordert. Als Minister brachte er ein Gesetz durch, daß den sächsisch-weimарischen Juden sämtliche Staatsbürgerrechte gewährte.

Wydenbrugk hat nach seinem Rücktritt 1854 die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen als Maxime seiner Politik als Minister bezeichnet. Ihn habe der »Grundgedanke« geleitet, »daß eine Beteiligung des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten des Landes, wenn sie sich auf die Tätigkeit im Landtage und auf die wichtigsten und am schwierigsten zu beurteilenden Angelegenheiten des Landes beschränkte, unvermittelt dasteht, und weil sie [...] keine Wurzeln hat, weder an sich noch für die Belebung der eigenen Tätigkeit und des Gesetzlichkeitssinnes im Volke recht ersprießlich wirken kann.« Dafür sollten die »einfachen lokalen Geschäfte« von der staatlichen auf die Gemeindeebene verlagert werden und diese eine »größere Selbständigkeit« erhalten. Wydenbrugk ging damit einen entscheidenden Schritt über die liberalen Vorstellungen von der Herrschaft einer Kammeroligarchie hinaus und strebte eine allmähliche Demokratisierung der Gesellschaft an. In die Ära Wydenbrugk fällt auch die Abschaffung der Reste der Lehnsherrschaft und Leibeigenschaft in Sachsen-Weimar durch die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit, des Lehnsverbandes und jeglicher Lehnsherrlichkeit sowie die Schaffung eines Strafgesetzbuches und einer Strafprozeßordnung. Nur begrenzten Erfolg hatte er bei der Vereinheitlichung der Rechtsordnungen der sächsisch-thüringischen Kleinstaaten. Gegen den tiefverwurzelten Partikularismus konnte er lediglich ein gemeinsames thüringisches Appellationsgericht mit Sitz in Eisenach und gemeinsame Kreisgerichte für Sachsen-Weimar und die beiden schwarzburgischen Staaten realisieren.

Auch als Minister wurde v. Wydenbrugk von seinen Gesinnungsgenossen »zur gemäßigt demokratischen Partei« gerechnet. In der Zeit der Reaktion sahen sie Sachsen-Weimar dankbar als relative Insel der Ruhe an. Christian Schüler riet seinem Freund Jakob Venedey, sich in Jena anzusiedeln und an der dortigen Universität zu habilitieren. In dem kleinen Fürstentum herr-

sche ein besonderes politisches Klima, da »unser Ministerium bezüglich der Fremdenpolizei und Demokratenjagd vielleicht das liberalste in Deutschland ist, und selbst politische Flüchtlinge und Barrikadenkämpfer in Weimar mit Vorwissen des Ministeriums ganz unangefochten leben«. Trotz seiner Erfolgsbilanz als Minister konnte Wydenbrugk die Rücknahme wesentlicher Märzerrungenschaften nicht verhindern und bekam deswegen bittere Kritik zu hören. Dies galt besonders für die Abschaffung des allgemeinen, gleichen und direkten Landtagswahlrechts, gegen die die sächsisch-weimari-sche Kammeropposition im Februar 1852 mit kollektiver Mandatsniederlegung protestierte. Viele erwarteten, daß auch Wydenbrugk dies zum Anlaß nähme, seinen Rücktritt einzureichen. Rückblickend erscheint sein Verbleiben im Amte durch seine weiteren Reformen durchaus gerechtfertigt. Wydenbrugk selbst sah gewisse »scheinbare Inconsequenzen« seiner politischen Tätigkeit »durch die ungewöhnlichen Zeitereignisse [...] genügend entschuldigt«.

Nachdem v. Wydenbrugk 1854 ein Vorhaben verwirklicht hatte, das ihm besonders am Herzen lag, nämlich die Unterstellung der gesamten Staatseinkünfte unter das Budgetrecht des Landtags, sah er einen ersten »Abschluß der neueren Gesetzgebung«, also der von ihm angestrebten inneren Modernisierung des Großherzogtums als erreicht an. Damit traten für ihn die Deutschlandpolitik und Reformen auf nationaler Ebene in den Vordergrund. Hierbei glaubte er jedoch, eine Belastung für das Ministerium zu sein, dessen Bundesreformpolitik er fortgesetzt zu sehen wünschte. Er war nach der Realisierung seiner innenpolitischen Hauptziele auch nicht mehr bereit, die besonderen Anfeindungen auf sich zu nehmen, die ihn als Mann der Frankfurter Linken trafen. Sein Rücktrittsgesuch begründete er mit den »vielfachen Angriffen und [...] vielen theils auf Böswilligkeit theils auf Unkenntnis beruhenden Schmähungen und Verleumdungen«, denen er immer wieder von reaktionärer Seite ausgesetzt war, und mit »meiner etwas stark prononcierten Stellung von Frankfurt her. Ich wollte mit vielen Andren allen Ernstes [...] eine kräftige Centralgewalt, einen wirklichen staatlichen Verband der verschiedenen Staaten Deutschlands zu einem nach innen und nach außen Achtung gebietenden Ganzen.« Diese Ziele und mehr noch ihre Erfolglosigkeit würden mehr und mehr seine Arbeit belasten. Denn »die Ministerien der deutschen Staaten sind jetzt fast durchgängig mit Männern einer Richtung besetzt, welche sich jenen Frankfurter Bestrebungen entweder feindselig oder gleichgültig gezeigt hat.«

Wydenbrugk begründete seinen Rücktritt also damit, daß er nach den von ihm durchgesetzten innen- und rechtspolitischen Reformen Fortschritten auf dem anderen Pol des liberalen Programms von 1848, nämlich der Verwirklichung der nationalen Einheit zur Steigerung deutscher Macht, nicht länger aufgrund von Ressentiments gegen seine Person im Wege stehen wolle. Er hatte sich 1849 bis 1854 bewußt auf die »innere Landesverwaltung« konzentriert, da er keine Chance für deutschlandpolitische Veränderungen sah. Die Beschränkung auf die Arbeit an der inneren »Freiheit« in einem

Staat war nach dem Scheitern der Deutschen Union angesichts des deutschlandpolitischen Patts und der Reaktionspolitik der Großmächte folgerichtig und entsprach der auch von führenden Demokraten postulierten Konzentration auf die Liberalisierung der Einzelstaaten. Nun hielt er wegen der sich durch den Krimkrieg verändernden europäischen Konstellation Erfolge auf dem Wege zur Einheit für möglich und im Vergleich zur Fortsetzung der inneren Reformen für vordringlich. Im April 1854 nahm der Großherzog den Rücktritt v. Wydenbrugks an, verlieh ihm einen der höchsten Orden und versetzte ihn in den einstweiligen Ruhestand, so daß v. Wydenbrugk zeitlebens in seinen Diensten blieb und sich ihm auch bei seinen späteren politischen Aktivitäten verpflichtet fühlte.²

Nur unter den besonderen Bedingungen, die in einzelnen deutschen Staaten auch in den 1850er Jahren eine Fortsetzung begrenzter Reformtätigkeit erlaubten, wurden Abgeordneten aus der Paulskirchenlinken administrative Führungsstellen angeboten. In manchen Fällen verhinderten eine innerhalb der Linken verbreitete Scheu, unter derart schwierigen Bedingungen von der Opposition in die Regierung zu wechseln, und Skepsis über die Reformspielräume die Wahrnehmung solcher Chancen.

² Rücktrittsschreiben: Wydenbrugk an Carl Alexander Januar 1854; dass. 9.4.1854 (THStA (HA) A XXVI, Bl. 1273; Konzept in: BA FN 16, Mappe 2, Bl. 1 ff.; auszugsweise bei: E. BEHREND-ROSENFELD, 1926, S. 191 ff.); C. JANSEN, Paulskirchenabgeordneter, 1998; F. v. LÖHER, 1876, S. 3138 f.; E. BEHREND-ROSENFELD, 1926, S. 186 ff. (mit Nachweisen für die einzelnen Reformgesetze) und 188 f. (Maximen von 1854); Stenographen-Protokoll des Landtags von Sachsen-Weimar 17.4.1847, S. 519 ff. (Judenemanzipation) und 25.2.1852, S. 458 f. (Austritt der Linken); Wydenbrugk an H. v. Gagern 27.10.1852 (BA FN 7 V/50); Notiz Wydenbrugks über eine Audienz beim Großherzog am 12.4.1854 (BA FN 16, Mappe 2); C. Schüler an Venedey 20.3.1850 (BA 90 Ve 1/48); K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, S. 113 ff. W. REAL, Pfingstversammlung, 1970, S. 193, irrt, wenn er die Änderung des Landtagswahlrechts, die bereits 1852 erfolgte, für den Rücktrittsgrund v. Wydenbrugks hält.

Neue Konstellationen in der deutschen Politik

1. Deutschlandpolitische Perspektiven in der Übergangsphase zwischen Revolution und Reaktion

Die Linke war 1848/49 überwiegend unitarisch gesinnt. In der Paulskirche reichten ihre Vorschläge von der zentralistischen Republik nach französischem Vorbild über Neugliederungsvorschläge, nach denen das Bundesgebiet in eine Reihe von Republiken oder monarchischen Einzelstaaten unterteilt werden sollte, die dann eine Föderation bilden würden, bis hin zur Idee einer kleindeutschen parlamentarischen Monarchie. Jedenfalls gingen die Vorstellungen dahin, daß ein möglichst enger Zusammenschluß die Bedingungen für eine freiheitliche innere Gestaltung verbessern würde. Perspektiven, wie sie die Demokraten Vogt oder Schulz-Bodmer in ihren nachrevolutionären *tours d'horizon* oder Linksliberale wie Reh formulierten, daß die Freiheit in den Einzelstaaten errungen werden und diese sich dann zu einem föderativen Gesamtgebilde zusammenschließen sollte, deuteten bereits auf ein Umdenken und ein Eingeständnis des Scheiterns der 1848/49 verfolgten Strategie. Solange sich die bürgerliche Linke in der Offensive wähnte, hielt sie an der Vorstellung fest, daß die nationale Einigung auch die Freiheitsspielräume im Innern erweitern werde. So hieß es etwa im Juli 1849 im Wahlaufuf der württembergischen »Volkspartei« zur ersten verfassungsrevidierenden Landesversammlung: »Beinahe jede Einigung eines so zerrissenen Landes«, wie es der Deutsche Bund war, sei von Vorteil. Hinter solchen Parolen stand die Vorstellung der Einigung von unten, durch »das Volk«. Denn »die Fürsten können zu einem einheitlichen Deutschland freiwillig sich niemals vereinigen, weil ihre dynastischen Interessen sich wechselseitig ausschließen, die Nation allein kann es.«¹ Die Basis für eine Einigung durch »die Nation« waren für die Linke die Beschlüsse der Nationalversammlung, also vor allem Reichsverfassung und Wahlgesetz. Die große Mehrheit der Linksliberalen und Demokraten, innerhalb wie außerhalb Preußens, sah in der Deutschen Union keine realistische Chance zur

¹ Wahlaufuf der Volkspartei 9. 7. 1849 (Beilage zum »Beobachter«), S. 4 f. Ähnl. F. NÄGELE, Standpunkt, 1849; B. EISENSTUCK, Einigung, 1850, S. 169 ff.; H. NATHAN, 1915, S. 77; Sächs. LT 18. 2. 1850, S. 621 f. (Mammen); DMO 1850/I, S. 210 f.; L. SIMON, Kritik, 1850, S. 88; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige Lage, 1849, S. 11 f.; DERS., Revolution, 1850, S. 362.

Sicherung von Errungenschaften aus der Revolution und zur Konstituierung mindestens eines Rumpfnationalstaats. Ihnen erschien der Preis zu hoch, der im Bruch der feierlichen Schwüre in der Paulskirche bestand, die Reichsverfassung in ihrer Substanz nicht zu verändern. Dies hing neben ihrem politischen Ehrbegriff vor allem mit dem verbreiteten »Kultus der Reichsverfassung«² zusammen, den die Linke seit März 1849 betrieb.

Obwohl die Opposition die Reichsverfassung, die die Kompromißfähigkeit der Deutschen Nationalversammlung unter Beweis gestellt hatte und zugleich deren überragenden Erfolg ausmachte, nur teilweise und gegen große Vorbehalte verabschiedet hatte, hatte sie seitdem ihre gesamte Agitation und politische Arbeit auf die Durchsetzung dieser Verfassung abgestellt. Die Demokraten verhielten sich taktisch geschickt, als sie alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für die Anerkennung der Verfassung aufboten, gegen die ihre Abgeordneten in der Nationalversammlung noch größtenteils gestimmt hatten. Denn erstens war die Reichsverfassung in Verbindung mit dem demokratischen Wahlgesetz eine der liberalsten Verfassungen der Jahrhundertmitte. Zweitens war es, nachdem die Linke bei der Konstituierung der Nationalversammlung auf deren Souveränität in der Verfassungsgebung bestanden hatte, konsequent, nun auf die Durchsetzung ihres Werkes gegen die Regierungen zu beharren, zumal diese mit dem rechtswidrigen Rückruf der Abgeordneten jene Souveränität einmal mehr eklatant mißachtet hatten.

Angesichts der Opfer, zu denen diese Kampagnen geführt hatten, war es für die Paulskirchenlinke nach 1849 riskant, vom Programm der Reichsverfassung Abstriche zu machen, auch wenn dies unter den veränderten Verhältnissen in bestimmten Punkten sinnvoll erschien. So wollten viele Demokraten die erbliche Kaiserwürde des Hauses Hohenzollern so schnell wie möglich wieder streichen. Solche Initiativen wurden jedoch von den strategischen Köpfen der Linken in den 1850er Jahren nicht unterstützt, da die Reichsverfassung als Formel die Möglichkeit bot, alte und neu aufbrechende innere Widersprüche zu überdecken. Das unbedingte Festhalten an der Paulskirchenverfassung machte ein Eingehen auf die von Preußen vorgeschlagene Unionsverfassung indiskutabel – trotz mancher liberaler Komponenten, die sogar über das hinausgingen, was schließlich mit der Reichsverfassung von 1867/71 erreicht wurde. 1849/50 erschien sie jedoch den meisten Demokraten vollkommen inakzeptabel. Für Kolb war die Union Ausdruck der »bekanntesten partikularistischen Zwecke« Preußens; für die württembergischen Demokraten war sie in Anspielung auf die jüngste Schweizer Geschichte ein »Sonderbund«, der Deutschland unwiderruflich zerreißen werde; für Vogt in wohl bewußter Übertreibung »reiner Absolutismus«, schlimmer als im Vormärz.³ Preußens halbherzige Unionspolitik,

² Württembergische Zeitung 3. 2. 1850, zit. nach D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 192.

³ Wahlaufruf der Volkspartei 9. 7. 1849 (Beilage zum »Beobachter«); Wahlprogramm ebd. 20. 1. 1850, S. 67f.; Bayr. LT 17. 9. 1849, S. 16, und 26. 10. 1849, S. 292 ff. (F. Tafel);

seine unzuverlässige, unter dem Druck der übrigen Großmächte wieder zurückgezogene Unterstützung für die Liberalen in Kurhessen und Schleswig-Holstein und schließlich seine Zustimmung zur Wiederherstellung des Deutschen Bundes bestätigten die Skeptiker in der Linken und desavouierten die preußische Politik auch bei gemäßigten Kleindeutschen so sehr, daß die Rede von »Preußens deutschem Beruf« bis zum Beginn der »Neuen Ära« kaum mehr zu hören war.

Die Protagonisten der mittel- und kleinstaatlichen Linken befanden sich in der nationalen Frage in einem Dilemma: Einerseits plädierten sie als Nationalisten, aber auch aus machtpolitischen Gründen für eine baldige Einigung. Im Hintergrund stand dabei die Sorge, daß Deutschland, das »colossale Thier ohne Kopf«, von den übrigen Großmächten überrollt werden könnte. Andererseits fürchteten sie die Vorherrschaft Preußens und Österreichs, die sich seit 1849 erneut als Vorreiter der Reaktion entpuppten, in einem künftigen deutschen Staat. Solche Befürchtungen erschienen besonders berechtigt, wenn Lösungen der deutschen Frage zur Diskussion standen, in die nur eine der deutschen Großmächte einbezogen werden sollte, sei es nun die Deutsche Union oder der geplante österreichisch-bayrische Zollverein. Aus demokratischer Perspektive sprach nicht nur ein historisch begründeter Nationalismus für eine großdeutsche Lösung, die alle zum Deutschen Bund gehörenden Gebiete umfaßte, sondern auch die Hoffnung, daß sich in einem Großdeutschland die antagonistischen Interessen Österreichs und Preußens neutralisieren und so Freiräume für eine vom Dritten Deutschland ausgehende liberale Politik entstehen könnten. War hingegen nur eine der reaktionären Großmächte am künftigen deutschen Staat beteiligt, so war zu erwarten, daß diese alle Reformen verhindern werde. Bei vielen süd- und mitteldeutschen Demokraten kam ein prinzipielles Mißtrauen gegen Preußen hinzu, aus dem heraus etwa der sächsische Parlamentspräsident Franz August Mammen die Union als »Fangeisen für die kleinern Staaten« betrachtete, die nicht der Einheit Deutschlands, sondern allein der »Vergrößerung Preußens« diene. Mammen ging soweit, sich »lieber den alten deutschen Bundestag mit seiner Schmach und Schande« zurückzuwünschen, weil er glaubte, eine möglichst scharfe Reaktion werde am ehesten zur erhofften zweiten Revolution führen.⁴

C. VOGT, Aufgabe der Opposition, 1849, S. 42 ff. und 53; G. F. KOLB, Landtage, 1850, S. 329; Sächs. LT 18. 2. 1850, S. 591 f., 621 und 637 f.; Württ. LT 24. 5. 1850, S. 435: einstimmiger Beschluß, an der Reichsverfassung müsse festgehalten werden; C. NAUWERCK, Reichsverfassung, 1850. Ähnl. Ahrens an Mittermaier 10. 4. 1850 (Heid.Hs. 2746). Als einziger Paulskirchenlinker lehnte der Großdeutsche Wuttke bereits kurz nach dem Ende der Revolution die Reichsverfassung öffentlich als »das mißrathene Werk eines Dahlmann und Beseler«, also wegen ihrer kleindeutschen Ausrichtung, ab. Vgl. H. WUTTKE, Stand, 1850, S. 50.

⁴ Bayr. LT 13. 3. 1851 (Beilage), S. 509 ff., und 16. 5. 1851, S. 456 ff. (Kolb/bayrisch-österreichische Zollunion); Sächs. LT 18. 2. 1850, S. 591 ff.

Nach 1849 waren Demokraten nicht mehr so häufig zugleich Befürworter eines zentralistisch-unitarischen Staatsaufbaus nach französischem Vorbild. Die Enttäuschung über Frankreich und die Exilerfahrungen, aber auch der Wunsch, Österreich zu integrieren, sowie die strategische Umorientierung auf die Reform der Einzelstaaten ließen Politikern aus der Paulskirchenlinken föderale Lösungen der deutschen Frage in günstigerem Licht erscheinen. Auch die Reichsverfassung, deren »Gültigkeit« von der Linken immer wieder betont wurde, ließ ja die Staatsformen der deutschen Länder unberührt und schuf nur auf der Bundesebene gemeinsame Institutionen. Die stärker föderalistische Orientierung führte dazu, daß in den frühen fünfziger Jahren innerhalb der Paulskirchenlinken immer wieder eine »demokratische Föderativrepublik« oder eine »deutsche Bundesrepublik« als politisches Ziel benannt wurde. Daß die Revolution in den Klein- und Mittelstaaten weitaus erfolgreicher war und die Großmächte – vor allem die deutschen, aber auch die übrigen europäischen – die deutsche Einigung verhindert hatten, ließ große Staaten in einem ungünstigem Licht und kleinere positiver erscheinen. Zunehmend interessierte sich die Linke für Föderativstaaten wie die Schweiz oder die USA. Anthropologisch, historisch und geographisch wiesen Autoren, die der Opposition in der Deutschen Nationalversammlung angehört hatten, nach, daß die Deutschen »ein Föderativvolk« seien. »Der Genius Deutschlands will keine Centralisirung und Uniformirung nach französischem Muster«, meinte Schuselka. Man dürfe »sich durch den stereotyp gewordenen Spott über die Zerstückelung Deutschlands nicht irre machen lassen. Diese Zerstückelung geht allerdings zu weit und ist die Ursache vielen Unheiles; aber ist nicht auch Nordamerika in viele Staaten getheilt, und wagt Jemand die Behauptung, Deutschland wäre glücklicher oder freier, wenn es ganz österreichisch oder ganz preußisch wäre? Wenn aber die Wahrheit, daß nicht die kleinen, sondern die großen Staaten unserer Freiheit gefährlich sind, noch eines Beweises bedarf, so liegt er in der Geschichte der Jahre 1848 und 1849.« In den Mittel- und Kleinstaaten liege der »Keim« freiheitlicher Entwicklung.⁵

Die Abkehr vieler Vordenker der Linken vom Unitarismus beruhte auf der bereits im Vormärz gemachten, in der Revolution bestätigten Erfahrung, daß die Einflußmöglichkeiten der gesellschaftlichen Reformkräfte in den Mittel- und Kleinstaaten am größten waren. Diese stärker mittelstaatliche und föderalistische Orientierung in der bürgerlichen Linken verband sich mit älteren Vorstellungen, daß es nur in den Staaten des Dritten Deutschland

⁵ F. SCHUSELKA, *Interim*, 1849, S. 20 und 46 (Zitate); A. KOLATSCHKEK, *Prospect*, 1849, S. 2; K. HAGEN, *Staatskunde*, 1850, S. 170ff. und 180; C. Mayer, *Vorträge vor deutschen Flüchtlingen*, S. 2 (DLA A: Mayer d. J. 32532); Sächs. LT 18. 2. 1850, S. 592f. (Mammen); H. AHRENS, *Staatslehre*, 1850, S. Xff. und 57ff.; L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 34 und 86. Vgl. W. J. MOMMSEN, *Ringeln*, 1993, S. 18, der die von den kleindeutschen-nationalliberalen Historikern vertretene Auffassung übernimmt, vor 1867 habe »die deutsche liberale Bewegung alle ihre Hoffnungen auf einen homogenen [...] Nationalstaat« gesetzt. Dies gilt ebensowenig für die 1850er wie für die 1860er Jahre.

eine soziale und politische Basis für national-demokratische Ideen gebe. Vor allem Abgeordnete aus den Mittelstaaten, aber auch einige Demokraten aus Preußen und Österreich stilisierten nach 1849 das Dritte Deutschland zum Hort des Liberalismus und »volksthümliches [...] Gegengewicht« zu den Großmächten. Sie suchten nach Varianten zur Lösung der deutschen Frage und setzten dabei vor allem auf die Mittelstaaten, die »deutsch und nur deutsch« (Schuselka) seien und in denen die Linke auch nach dem Scheitern der Revolution noch über starke Bastionen verfügte. Aus solchen Überlegungen resultierte sogar bereits der Gedanke einer Überwindung des Nationalstaats in supranationalen, föderalistischen Zusammenschlüssen. So schlug Wilhelm Schulz-Bodmer den Zusammenschluß eines »mitteleuropäischen Staatenkern[es]«, ausgehend von der Schweiz und ihren »nördlichen deutschen Nachbarstaaten«, also Württemberg, Baden sowie eventuell Hessen und Bayern, vor, der »etwa versuchten Uebergriffen« der Großmächte gegen seine freiheitliche Ordnung »einen unverwüsthlichen Damm entgegenzusetzen vermöchte«. ⁶

Eine radikale Position in der nationalen Frage entwickelte Ludwig Bamberger 1850 in einem Artikel für Proudhons Zeitung »La Voix du Peuple«, in dem er nicht nur die Beteiligung am Erfurter Parlament strikt ablehnte, sondern die Rede vom Wunsch der Deutschen nach nationaler Einheit insgesamt entmystifizierte. Was die Propagandisten des Nationalstaats über die westslawischen und andere »kleine Völker« zu sagen pflegten, nämlich daß sie »keine Geschichte« hätten und deshalb auch keinen Nationalstaat beanspruchen könnten, behauptete Bamberger für die Deutschen: »Es gibt keine deutsche Geschichte, insofern als ein Deutschland als politische Einheit in der Geschichte unbekannt ist.« Man suche aber nicht nur in der Vergangenheit vergeblich nach der politischen Idee oder Tatsache der deutschen Einheit, man suche auch in den Herzen vergeblich nach Begeisterung für diese Einheit: »Ich habe vom ersten bis zum letzten Moment in den Reihen der deutschen Revolution gedient und wiederhole: dieser vielgepriesene Kult der deutschen Einheit beherrschte die Herzen des Volkes nicht. Wenn es dieser Parole applaudierte, so geschah dies nur, weil man es indoktriniert hatte.«

Bamberger formulierte eine »politische«, nicht von ethnischer oder kultureller »Nationalität« abgeleitete Vorstellung von deutscher Einheit: »Ich leugne jene Einheit, die Gegenstand eines idealisierenden Kults, einer mystischen Religion, einer romantischen Liebe ist, mit einem Wort: ich leugne sie als Frage der Nationalität. Aber ich bejahe sie als unsere erste revolutionäre Aufgabe, als die Grundbedingung unserer Existenz, mit einem Wort: ich bejahe sie als vordringliche politische und administrative Reform.« »Die Reaktion« habe die Idee der Einheit von Anfang an verfälscht; sie habe »in die

⁶ W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige Lage, 1849, S. 10 und 19 (Zitat); F. SCHUSELKA, Interim, 1849, S. 21 und 46ff. (Zitate). Vgl. G. F. KOLB, Landtage, 1850, S. 329.

Arme der Revolution ein kleines lebloses Monster gedrückt und das natürliche Kind«, nämlich die politische Idee der Einheit, »erwürgt«. Die Gegner der Einigung hätten die rein politische Frage nationalistisch aufgeladen, damit sie sich an den Aporien der mitteleuropäischen Nationalitätenprobleme, der untrennbaren Überschneidung von Sprach- und Kulturräumen, totlaufe. Sie hätten der Bewegung von 1848 das »leblose Monster« ethnisch-kultureller »Nationalität« untergeschoben, um die »natürliche«, rein politische Idee der Nation abzutöten. Bamberger reagierte mit seiner eigenwilligen Interpretation darauf, daß 1848/49 deutlich geworden war, daß die ethnisch-kulturelle Definition der Grenzen »Deutschlands« in unlösbare Interessenkonflikte mit anderen Nationen führte, die ebenfalls ein Selbstbestimmungsrecht in Anspruch nahmen. Deshalb lehnte Bamberger es ab, im Rekurs auf historische, romantische oder biologische Argumente zu versuchen, das gesamte Gebiet des Deutschen Bundes und eventuell darüber hinausgehend Territorien, in denen »Deutsche« lebten, in einen Nationalstaat zu integrieren. Statt dessen plädierte Bamberger dafür, in einem »politischen und administrativen« Akt ein neues Deutschland zu schaffen.

So rational und realistisch sich Bambergers Vorstellungen von der Nationalstaatsgründung gaben, so utopisch waren sie im Jahr 1850 angesichts des Erstarkens der Reaktion und der fehlenden Bereitschaft der Franzosen, die ihnen von Bamberger zuge dachte Geburtshelferrolle für einen auf der politischen Nationsidee basierenden deutschen Staat zu übernehmen. Insofern stellte Bambergers Artikel ein typisches Produkt der Paulskirchenemigration in der Übergangsphase zwischen Revolution und Reaktion dar. Seine Darlegungen zeigen aber auch, daß in den Debatten der Linken über die staatliche Neuordnung des Deutschen Bundes keineswegs allein in der Tradition Fichtes, Arndts und Jahns historisch-nationalistisch argumentiert wurde. Während bei dieser Denkrichtung, für die ein spezifisches »deutsches Volkstum« die Basis des künftigen Nationalstaats bilden sollte, xenophobe Nebentöne allgegenwärtig waren, konkurrierte auf der Linken mit diesem historisch oder ethnisch begründeten Nationalismus eine strikt politische Herleitung für die Notwendigkeit der staatlichen Einigung. In diesem Sinne argumentierten neben Bamberger Julius Fröbel, Carl Vogt, Ludwig Simon und andere Paulskirchendemokraten. Sie attestierten den Nationalbewegungen in Italien, Polen, Böhmen und Ungarn, einen zum Scheitern verurteilten oder in die Reaktion führenden Irrweg zu verfolgen, weil sie die Staatsbildung als eine Frage der Nationalität ansahen. Es handele sich – so Bamberger – dort wie in Deutschland nicht um »die Wiederherstellung nationaler Einheit«, was eine ideologische Mystifikation sei, sondern um »die Herstellung politischer Einheit«. Im Deutschen Bund gehe es darum, »die 34 Souveräne zu verjagen und Deutschland zu einem einzigen Staat zu vereinigen. [...] Sind die Fürsten erst einmal verjagt, ergibt sich der Rest ohne ernsthafte Probleme.« Der Appell an nationalistische Emotionen lenke von den allein wichtigen politischen Fragen ab und liege deshalb allein im Interesse der Reaktion.

Bamberger knüpfte mit dieser rationalistischen Auffassung an die angelsächsisch-aufklärerische Tradition an und stellte sich gegen den religiös-revolutionären Voluntarismus Mazzinis oder Kossuths, mit denen Ruge zur selben Zeit im Londoner Demokratischen Zentralkomitee zusammenarbeitete und für den sich Schulz-Bodmer in der »Monatsschrift« begeisterte. Bamberger forderte: »Vergleichen Sie die gesunde und einfache Logik der Erklärung der Menschenrechte vom 4. Juli 1776 mit der apokalyptischen Sprache piemontesischer, polnischer oder ungarischer Manifeste!« Die 1849/50 mit hohem emotionalem Engagement diskutierte Schleswig-Holstein-Frage war für Bamberger ein gutes Beispiel für die Aussichtslosigkeit des unpolitischen, d. h. nicht revolutionären Nationalismus: Die Kooperation mit den Fürsten und die Hoffnung, mit ihnen zusammen zu einer Lösung zu kommen, habe von einer Niederlage zur nächsten geführt.⁷

Zu einer nur auf den ersten Blick ähnlichen Bewertung der Ursachen für die Niederlage der Nationalbewegung in der Schleswig-Holstein-Frage kam der rheinische Linksliberale Venedey in der »Monatsschrift«. Auch er warf den gemäßigten Liberalen an der Spitze der schleswig-holsteinischen Unabhängigkeitsbewegung wie Dahlmann, Waitz, Beseler und Francke, die in der Paulskirche kleindeutsche Erbkaiserliche gewesen waren, die Kooperation mit den herrschenden Gewalten, insbesondere der preußischen Regierung, vor. Ihr Hauptfehler lag in Venedeys Augen darin, daß sie sich nur auf historische Rechtspositionen bezogen und die Schleswig-Holstein-Frage nicht »aus dem Gesichtspunkt der Nationalität« betrachtet hätten. Venedey rückte also die von Bamberger abgelehnte Kategorie ins Zentrum. Er bezog sich auf die französische Erklärung der Menschenrechte von 1789, in der, anders als in der von Bamberger zitierten amerikanischen von 1776, die Nation eine Basiskategorie ist. Venedey kritisierte, daß die gemäßigten Liberalen die historisch gewachsenen Territorien nicht antasten wollten. Dadurch werde der Partikularismus gefördert und das deutsche Nationalbewußtsein geschwächt. Außerdem erzeuge ihr Beharren auf den historischen Territorialgrenzen nationalitätspolitisch neue Ungerechtigkeiten, da in einem von Dänemark unabhängigen Schleswig-Holstein die Dänen ebenso eine Minderheit wären wie die Deutschen, solange die Herzogtümer zu Dänemark gehörten. Venedey plädierte statt der historischen für eine Grenzziehung auf ethnisch-sprachlicher Grundlage. Er akzeptierte als Konsequenz einer solchen »rationalen« Lösung den Verlust Nordschleswigs (wie auch der von Polen bewohnten Teile der preußischen Provinz Posen) und wurde deswegen von machtorientierten Liberalen angefeindet. Aus der Schwierigkeit, die Grenzen des künftigen deutschen Nationalstaats zu bestimmen, zog Venedey eine grundsätzlich andere Konsequenz als Bamberger. Hatte dieser für eine politische Bestimmung der Nationszugehörigkeit als Staatsangehörigkeit plädiert, so strebte Venedey eine auf der Volkszugehörigkeit basierende

⁷ L. BAMBERGER, Lettre I, 1850, Sp. 3, und II, Sp. 2ff. (eigene Übersetzung aus dem Französischen). Vgl. W. SCHULZ-BODMER, Revolution, 1850.

Grenzziehung an. Sowohl Bamberger als auch Venedey wandten sich nach der gescheiterten Staatsgründung von unten von dem dort vorherrschenden historischen Nationsbegriff ab, der die gewachsenen Territorialgrenzen nicht antasten wollte.

Trotz seines Plädoyers für eine demokratisch fundierte Grenzziehung auf der Basis von Volksabstimmungen handelte sich Venedey mit seiner Argumentation jenen Irrationalismus und jene mystische Aufladung des Volks- und Nationsbegriffes ein, gegen die sich Bamberger gewandt hatte. Die norddeutschen »Volksstämme« gehörten für Venedey »zu dem Edelsten, was deutsche Art je schuf«. Sie hätten »in beispiellosen Schlachten die Blut-taufe ihres Deutschthums erneuert«. Das »Deutschthum« dieser »kerne-gesunden Menschen« wurde folgendermaßen umschrieben: »bei hoher Bil-dung patriarchalische Einfalt, bei schlichter Milde eiserne Ausdauer, bei Schlangenklugheit Taubenunschuld«. Der demokratische, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert zunehmend ethnisch begründete Nationalismus operierte immer wieder mit der auf Herder zurückgehenden Vorstellung vom unterschiedlichen Charakter der verschiedenen Völker. Er ideologisier-te die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas und verband sie mit der hegelianischen Vorstellung von den Germanen als »welthistori-schem« Volk zu einem diffusen Konglomerat von einer historischen Sen-dung der Deutschen zur Befreiung der Menschheit. Daraus wurde zugleich eine Überlegenheit der Deutschen über Romanen und Slawen konstruiert.

Während sich die von Bamberger vertretene Idee der Staatsbürgernation im Liberalismus langfristig nicht durchsetzen konnte, wurde die Idee der Volksnation im Laufe des 19. Jahrhunderts in Deutschland zum herrschen-den Paradigma. Sie entfernte sich während dieses Popularisierungsprozesses zunehmend von ihren demokratischen Ursprüngen, und »Volk« wurde immer häufiger rassistisch-biologisch als Abstammungsgemeinschaft verstan-den.⁸ Die Biologisierung des Volksbegriffes war jedoch bereits in der eth-nisch-sprachlichen Abgrenzung der Nationen angelegt. Nationalität, wie Venedey, über »Volkstum« zu definieren, nur ethnisch homogene Staaten für lebensfähig zu halten und sich vom politischen Begriff der Staatsbürger-nation zu verabschieden, lief darauf hinaus, die unterschiedlichen Völker als Konkurrenten anzusehen, die in denselben Gebieten ethnisch homogene Staaten bilden wollten, so daß ein Überlebenskampf unvermeidlich ers-chien. Aus solchen Denkweisen, die etwa der Historiker Karl Hagen ver-trat, folgte eine Ablehnung universeller politischer Kategorien: Politische Einrichtungen mußten dem »Volkscharakter« und »unseren Lebensbedin-gungen« entsprechen, durften kein »fremdes Gewächs« sein.⁹ Die unter-

⁸ Vgl. zur Begrifflichkeit und zum Hintergrund: H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 951 ff.; R. KOSELLECK/F. GSCHNITZER/K. F. WERNER/B. SCHÖNEMANN, 1992, insb. S. 142 ff., 236 ff., 350, 355 ff. und 374 ff.

⁹ J. VENEDY, *Diplomatie*, 1850, S. 8 ff. und 30 f.; K. HAGEN, *Staatskunde*, 1850, S. 2 f., 356 ff. und 366; F. RAVEAUX, 1851, S. 93 f.; L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 309 f.

schiedlichen politischen Richtungsentscheidungen Bambergers und Venedeys zeigen paradigmatisch den liberalen Grundkonflikt in der deutschen Frage: Sollte die angestrebte Staatsbildung auf politischen oder auf ethnisch-kulturellen Prinzipien basieren?

Je umfassender sich die Reaktion durchsetzte, desto mehr waren die Publikationen der Paulskirchenlinken von einer pessimistischen Sicht auf die deutsche Frage bestimmt, die Schulz-Bodmer 1850 so formulierte: »Deutschland wird kein Bundesstaat sein, am wenigsten einer mit Nationalvertretung«, denn »alle mittleren, alle kleineren Staaten folgen der Politik der Stärke«, also der österreichischen. Nachdem sich Preußen als zu schwach erwiesen habe, um sich gegen die reaktionären Großmächte des Ostens durchzusetzen und »über das in den Verträgen von 1815 ihm beschiedene Maß hinauszuragen«, herrsche wiederum Rußland, ohne dessen Hilfe die Revolution in Ungarn nicht hätte besiegt werden können, über Mitteleuropa. Rußland aber wolle ein schwaches, uneiniges Deutschland und werde deshalb »endlosen Hader und Zwist« schüren. Auch die Minimalerfolge der Revolution waren nach dieser pessimistischen Erwartung nicht zu halten: Deutschland werde Schleswig-Holstein an das von Rußland unterstützte Dänemark verlieren, »keine Flotte haben« und unter einer »reinen, ungeschminkten Militärherrschaft« leiden. Schulz-Bodmer malte dieses schwarze Szenario Ende 1850 noch in der Hoffnung, daß aus der schärfsten Unterdrückung und der vollständigen Enttäuschung der Hoffnungen auf Einheit, Macht und Freiheit bald die zweite Revolution entstehen werde. Solche Hoffnungen wurden jedoch seit 1850 immer seltener in den Briefen und Publikationen der Paulskirchenlinken. Die Emigranten begannen, sich auf einen längeren Aufenthalt im Ausland einzurichten.¹⁰ Nach dem Ende der Revolutionsnaheerwartung auch bei den Emigranten setzte ein grundlegender Umorientierungsprozeß ein, der den Emigranten schwerer fiel als den im Deutschen Bund Lebenden, weil ihnen der direkte Kontakt zu der Entwicklung in Deutschland fehlte und weil sie aufgrund der von ihnen gebrachten Opfer psychologisch besonders zum Festhalten an den Vorstellungen der Revolutionszeit disponiert waren.

2. Die politischen Hauptströmungen in der Paulskirchenlinken nach dem Scheitern der Revolution

Nach dem Ende der europäischen Revolutionsepoche der Jahre 1847 bis 1851 traten allmählich, trotz der Behinderung der politischen Diskussion

Emotionale Aufladung der Schleswig-Holstein-Frage auch bei: Riesser an Francke 25. 12. 1850 (BA FN 6, Mappe 14); J. P. FALLMERAYER, 1861, S. 296; Bayf. LT 1. 5. 1851, S. 382 (Kolb); Hess. LT, Beil. 286/1851 (Reh).

¹⁰ W. SCHULZ-BODMER, Revolution, 1850, S. 362 ff. Vgl. L. Simon an C. Mayer 18. 1. 1850 [= März 1851] (NL Näf).

durch Zensur, Organisationsverbote und die Emigration vieler politischer Führer neue Bruchlinien innerhalb der bürgerlichen Linken zutage, die Ausdruck einer wiederbeginnenden öffentlichen Diskussion und neuer Perspektiven waren. Denn sowohl inhaltlich als auch personell unterschieden sich die entstehenden Strömungen erheblich von denen des Vormärz und der Revolutionszeit, als die wesentlichen Bruchlinien zwischen Linksliberalen und Demokraten sowie zwischen Groß- und Kleindeutschen verliefen. In einer idealtypischen Unterscheidung der politischen Hauptströmungen innerhalb der Paulskirchenlinken sollen diese Differenzen charakterisiert werden, die die Entwicklung der Linken bis zur Reichsgründung prägten.

Die Gegensätze in der nachrevolutionären Epoche, um die sich die Argumente in den politischen Kontroversen gruppieren lassen, haben zwei Dimensionen, die durch die Art der Beantwortung zweier politischer Grundfragen definiert waren: Welchen territorialen Umfang sollte das politische Gebilde haben, das bei der Lösung der deutschen Fragen entstehen würde, und, damit untrennbar verbunden, wie sollte es strukturiert sein? Sowie zweitens: Auf welchem Wege sollte die angestrebte Lösung durchgesetzt werden?¹

Die erste Dimension hatte drei Ausprägungen: eine *großpreussisch²-einheitsstaatliche*, eine *föderalistische* und eine *supranational-staatenbündische*; die zweite zwei, die sich durch die Formeln *Politik von oben* und *Politik von unten* charakterisieren lassen. Diese Ausprägungen der beiden Dimensionen, anhand derer sich die Kontroversen innerhalb der Linken und die Par-

¹ Es hat sich bisher keine einheitliche Terminologie durchgesetzt, zumal die innerliberalen Differenzierungsprozesse während der 1850er Jahre bisher nur relativ oberflächlich untersucht wurden. Am stärksten um eine saubere terminologische Klärung hat sich T. OFFERMANN, 1979, S. 26–34 und 179–185 (sowie in: D. LANGEWIESCHE, Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 109 ff.), bemüht. Im Anschluß an die Jenaer Arbeiten zur »Geschichte der nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland« (vgl. S. SCHMIDT, Der sogenannte »klassische Liberalismus«, 1967) gelangte er zu einer fünfteiligen Rechts-Links-Skalierung und unterscheidet: »konstitutionelle Liberale« (in Preußen: Altliberale, Fraktion Vincke), »parlamentarische bzw. politische Liberale« (in Preußen: Fortschrittspartei, Linkes Zentrum, »Kern« des Nationalvereins), »Linksliberale« (in Preußen: linker Flügel der Fortschrittspartei), »gemäßigte Demokraten« (Festhalten an der Reichsverfassung) und »revolutionäre Demokraten«. A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 47 f., übernimmt Offermanns Modell im Grundsatz, allerdings nicht ohne zahlreiche Kautelen und nicht ohne auf dessen entscheidende Schwäche hinzuweisen, nämlich daß die Frage, ob das künftige Deutschland föderal oder unitarisch strukturiert sein sollte, nicht berücksichtigt wird. Diesem Mangel soll durch das im folgenden vorgeschlagene zweidimensionale Schema abgeholfen werden. Vgl. zu den angegebenen Unterscheidungskriterien D. LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, 1988, S. 27 ff.

² Dies ist ein zeitgenössischer Terminus. Vgl. etwa (als positive Bezeichnung) A. RUGE, Nation, 1866, S. 6; kritisch: H. WUTTKE, Stand, 1866, S. 5; FfZ 20. 4. 1866 (auch in: Beobachter 21. 4. 1866); Fetzer an Hölder 10. 7. 1866 (Württ. LB fol. 880/VII); Wydenbrug an Friedrich v. Augustenburg 26. 2. 1867 (BA FN 16/I). Der Begriff »kleindeutsch« wird im folgenden nur verwendet für diejenigen Vorstellungen, die eine Staatsgründung ohne Österreich, aber auch ohne preußische Dominanz anstreben.

teibildung in den 1850er und 1860er Jahren strukturieren lassen, sind jeweils als Idealtypen zu verstehen. Im Prinzip war jede Ausprägung der ersten mit jeder der zweiten Dimension vereinbar, so daß sich sechs Grundoptionen ergeben.³

Die drei Grundauffassungen hinsichtlich des territorialen Umfangs des künftigen deutschen Staates lassen sich folgendermaßen näher charakterisieren: Die *großpreußische* Richtung wollte einen deutschen Nationalstaat unter preußischer Vorherrschaft und ohne die Territorien des Habsburgerreiches. Er sollte als Erweiterung Preußens durch militärische Annexion oder freiwilligen, durch die liberale Einigungsbewegung bewirkten Anschluß anderer deutscher Staaten zustandekommen. Die Vorstellungen vom Umfang des neuen Staates reichten von der Arrondierung Preußens durch norddeutsche Territorien bis zu einer Vereinigung Preußens mit sämtlichen nichtösterreichischen Territorien des Deutschen Bundes. Eine schrittweise Vergrößerung Preußens schien den meisten der geeignetste Weg, um ihre territorialen Ziele zu erreichen. Was die innere Struktur eines großpreußischen Nationalstaats anging, gab es große Differenzen: Die Vorstellungen reichten von einer parlamentarischen Republik bis zur konstitutionellen Monarchie. Die großpreußischen Strömungen stimmten lediglich in ihrer unitarischen Grundtendenz und damit in ihrer Orientierung am französischen oder britischen Vorbild überein. Alle großpreußischen Modelle liefen auf eine Zerstörung der europäischen Ordnung von 1815 hinaus und waren nur durch einen Krieg zu realisieren, was ihre Befürworter in unterschiedlicher Offenheit zugaben.

Was das Verhältnis zu Österreich anging, so gingen die Meinungen innerhalb der großpreußischen Richtung wiederum erheblich auseinander. Auf der einen Seite standen Verfechter des nationalen Selbstbestimmungsrechts, die die Zerschlagung des Vielvölkerstaats forderten, um danach möglichst die mehrheitlich deutschsprachigen Länder an einen großpreußischen Nationalstaat anzuschließen. Auf der anderen Seite gab es in der großpreußischen Linken auch die Hoffnung, daß sich die Habsburgermonarchie, eventuell nach Verzicht auf die italienischen oder polnischen Gebiete, konsolidieren könnte. Mit einem derart stabilisierten Österreich sollte in Anknüpfung an Heinrich v. Gagerns Vorschlag aus der Paulskirche ein enges Bündnis geschlossen werden. Diese Richtung traf sich mit den Zielen der »schwarz-gelben« oder großösterreichischen Partei, die seit dem Wiederenstehen parlamentarischer Institutionen in der Habsburgermonarchie im Jahre 1861 auf den Plan trat.

Die *föderalistische* Linke setzte auf den allmählichen Zusammenschluß liberaler Einzelstaaten, die ein gemeinsames Nationalparlament und eine gemeinsame Exekutive bilden, ihre Armeen zu einem deutschen Milizheer zusammenschließen, eine gemeinsame Außenpolitik und Diplomatie betrei-

³ Die einzige zeitgenössische Systematik, die analytisch wenig brauchbar ist, stammt von Julius Fröbel (1860): J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 238 ff.

ben sollten. Die Föderalisten orientierten sich an der Schweizer Eidgenossenschaft und den USA, wo ebenfalls Staaten mit unterschiedlicher innerer Verfassung einen gemeinsamen Bundesstaat bildeten. Entsprechend sollten sich in der angestrebten Föderation, der von manchen als engerer Bund innerhalb des weiterbestehenden Deutschen Bundes gedacht war, Republiken und Monarchien verbinden können, ohne daß die inneren Verhältnisse einander angeglichen werden mußten.

Die Föderalisten vertraten am stärksten von allen Richtungen einen modernen, mit ethnischen Kriterium operierenden Nationalismus. Nur »reindeutsche« Staaten sollten sich ihrer Ansicht nach dem deutschen Bundesstaat anschließen; ein Beitritt der nicht mehrheitlich von Deutschen bewohnten Territorien der beiden Großmächte wurde abgelehnt; historisch gewachsene Staaten sollten also aufgelöst und Grenzen nach ethnischen Kriterien neu gezogen werden. Grundsätzlich waren die Föderalisten großdeutsch ausgerichtet, aber ein Beitritt der »reindeutschen« Teile Preußens und Österreichs zu dem von ihnen angestrebten Bundesstaat erschien in absehbarer Zeit wenig wahrscheinlich, da er den Zerfall Österreichs und eine Liberalisierung beider Großmächte voraussetzte.⁴ Im allgemeinen schwebte den Föderalisten ein Staatenbund zwischen Preußen, Österreich und dem deutschen Bundesstaat vor. Die Lösung der deutschen Frage durch schrittweisen, freiwilligen Zusammenschluß sollte den europäischen Krieg vermeiden, der im Falle einer großpreussischen Lösung drohte.

Wer vor der Reichsgründung Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage machte, vermied in der Regel eine geographisch eindeutige Definition dessen, was »deutsche« Territorien seien. Die Föderalisten gingen jedoch im allgemeinen davon aus, daß ein polnischer Nationalstaat entstehen werde, dem die mehrheitlich von Polen bewohnten Teile der preussischen Provinz Posen zufallen würden. Was die zum Deutschen Bund gehörenden Länder der Habsburgermonarchie (also die spätere Republik Österreich, Südtirol, das Trentino, Slowenien und Tschechien) anging, so wurden sie als »deutsch« angesehen, obwohl es dort vielfach auch keine deutschen Bevölkerungsmehrheiten gab. Außerdem wurde die Rückgewinnung »deutscher« Gebiete im Westen – vor allem des Elsasses und Lothringens – gefordert, wobei in diesem Fall, anders als bei Böhmen, Mähren usw., neben historischen Gründen die Deutschsprachigkeit der Bevölkerungsmehrheit als Argument benutzt wurde. Während den Tschechen und Slowenen die Fähigkeit zur Nationalstaatsbildung abgesprochen wurde, war man im Fall des zwischen Dänemark und »Deutschland« strittigen Herzogtums Schleswig zu einer Grenzziehung nach ethnischen Kriterien bereit.⁵

⁴ Vgl. etwa C. MAYER, *Festfahrt*, 1863, S. 320.

⁵ Außerhalb der hier behandelten bürgerlichen Linken gab es auch gemäßigten Liberalismus einen föderalistischen Flügel, der im Nationalverein und später in der Nationalliberalen Partei das Gegengewicht zur großpreussischen Strömung bildete und im Entstehungsprozeß der Norddeutschen Verfassung (und damit der Reichsverfassung von 1871) sehr erfolgreich föderalistische Momente einbrachte.

Die dritte, *supranational-staatenbündische* Richtung zielte auf eine eher lockere Verbindung zwischen den deutschen Staaten. Sie wollte den Deutschen Bund ausbauen, indem die Territorien Preußens und Österreichs, die nicht zum Alten Reich gehört hatten, in ihn aufgenommen würden, was allerdings wie 1815 erneut 1851 am Widerstand der Westmächte gescheitert war.⁶ Angestrebt wurde ein supranationaler, unauflöslicher Bund selbständiger Staaten. Die Vertreter dieser Richtung hielten Nationalismus für eine spezifisch westeuropäische Idee, die den mitteleuropäischen Verhältnissen mit ihrer unentwirrbaren Gemengelage von Sprachen und Kulturen nicht angemessen und insbesondere einer Lösung der deutschen Frage abträglich sei. Die Nationalstaatsidee führe nur zur gegenseitigen Schwächung der mitteleuropäischen Völker in Nationalitätenkonflikten, von der einzig Rußland und Frankreich profitieren würden. Im Mittelpunkt dieser Denkrichtung stand mehr die Einheit der überkommenen »deutschen« Staatenwelt als die Einheit des deutschen Volkes. Darin trafen sie sich mit Vertretern des Legitimus und Partikularismus, was sie in den Augen der nationalistischen Linken diskreditierte. Dem Denken der supranational-staatenbündischen Linken wohnte jedoch die ihrerseits latent nationalistische Vorstellung von einer deutschen Kulturmission im Osten inne, derzufolge der Staatenbund, der durch die Erweiterung des Deutschen Bundes entstehen sollte, mindestens wirtschaftlich-kulturell, de facto aber auch politisch von den Deutschen dominiert werden müsse.

Die andere Dimension, in der nach 1849 grundlegende Differenzen zwischen den ehemaligen Paulskirchenabgeordneten wie in der deutschen Linken insgesamt aufbrachen, betraf grundlegende politisch-strategischer Entscheidungen jenseits der nationalen Frage. Hier sind zwei Optionen idealtypisch zu unterscheiden: einerseits das Plädoyer für eine auf Massenmobilisierung und -organisation, im zeitgenössischen Sprachgebrauch also auf das »Volk« und die »demokratische Partei« setzende *Politik von unten*; und andererseits der Versuch, in die bestehenden Machtzentren einzudringen, um liberale Reformen und die nationale Einigung als *Politik von oben* durchzusetzen.⁷

Für die Vertreter der ersten Richtung, die sich als *demokratisch* bezeichnen läßt, war der politische Hauptakteur »das Volk«, also alle politisch aufgeklärten Bürger; ihre Hauptinstrumente waren: die politische Organisation möglichst zahlreicher Staatsbürger in Vereinen und Parteien, die Teilnahme an Wahlen, die Mitarbeit in Parlamenten, ihre Beeinflussung durch Petitionen, Plebiszite etc. Ihre Politik zielte (in den zeitspezifischen Grenzen) auf eine rechtlich und politisch egalitäre Staatsbürgergesellschaft;

⁶ W. D. GRUNER, 1993, S. 136.

⁷ L. A. ROCHAU, 1972 [1869], S. 209, faßt den im folgenden charakterisierten Gegensatz in die Begriffe »Volkspolitik« und »Staatspolitik«. Sie eignen sich jedoch nicht als analytische Kategorien, da sie der »Volkspolitik« unterstellen, sie sei in politisch naivem Idealismus an den staatlichen Institutionen desinteressiert.

zu ihren zentralen verfassungspolitischen Forderungen gehörten das allgemeine, gleiche (Männer-)Wahlrecht, die Volkssouveränität und damit das parlamentarische Prinzip, also die Wahl der Regierung durch die Abgeordneten; die Demokraten waren in der sozialen Frage aufgeschlossener als die Befürworter einer Politik von oben, obwohl (oder vielleicht sogar: gerade weil) ihr Gesellschaftsbild eher traditional-ständisch gebunden war.

Die Gegenrichtung, die im folgenden *gouvernemental* oder *autoritär-revolutionär* genannt werden soll, war stärker elitär und erziehungsdiktatorisch orientiert. Für sie war nicht das »Volk« als Ganzes, sondern die öffentliche Meinung der gebildeten und wirtschaftlich erfolgreichen Männer des Mittelstands der gesellschaftliche Hauptakteur. Sie plädierten für die Überwindung ständischer Traditionen, die auf dem von ihnen befürworteten Weg zu einer modernen, kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft nur hinderlich seien. Diese sollten jedem den Aufstieg in den bürgerlichen Mittelstand ermöglichen. Auf dem Weg hin zur angestrebten Mittelstandsgesellschaft setzten sie auf paternalistische Führung und bezweifelten deshalb auch die Nützlichkeit des allgemeinen Wahlrechts. Sie setzte nicht auf »die Masse«, sondern ihre Organisationsform waren, wie sich seit 1866 an der Nationalliberalen Partei exemplarisch beobachten läßt, die Komiteepartei oder der Honoratiorenverband einer Parlamentsfraktion.⁸ Ihr Verfassungsideal war nicht parlamentarisch-demokratisch, sondern konstitutionell oder präsidential, jedenfalls sollte ihrer Ansicht nach die Regierung vom Parlament weitgehend unabhängig sein. Diese Richtung bestand zunächst vornehmlich aus ehemaligen Linksliberalen, die 1849/50 auf die Deutsche Union gesetzt hatten. Im Rahmen der demokratischen Selbstkritik wurden die *gouvernementalen* Großpreußen seit 1864 verstärkt durch ehemalige Demokraten, die nun auf Revolution von oben setzten und die insofern »autoritäre Revolutionäre« genannt werden können. Sie näherten sich politischen Strategien des bürokratischen Anstaltsstaates an, da in ihren Augen das frühliberale, von den achtundvierziger Demokraten übernommene Emanzipationskonzept gescheitert war.⁹ Wichtige Vordenker dieser Richtung waren Mitte der 1860er Jahre prominente Köpfe der Paulskirchenlinken wie Arnold Ruge, Carl Vogt oder Ludwig Bamberg.

Die strategische Differenz zwischen der Ausrichtung auf eine eher demokratische oder eine eher *gouvernemental*-autoritäre Vorgehensweise war von zwei anderen Gegensätzen überlagert, ohne jedoch mit ihnen deckungsgleich zu sein und zwar auf der ideologischen Ebene von dem Gegensatz zwischen Rechts- und Machtorientierung, da sich Politik von unten zunächst einmal über die Legislative, über Verfassungs- und Gesetzgebung

⁸ C. GOTTHARDT, 1992, S. 87 ff., bezeichnet deshalb die großpreussische Strömung innerhalb der autoritär-revolutionären Richtung bereits für die Zeit seit 1859 als »Nationalliberale«, was jedoch auf eine Bekräftigung der nationalliberalen Gründungslegende hinausläuft, der großpreussische Flügel der Nationalbewegung seit der »Neuen Ära« sei ein Vorläufer des Nationalliberalismus gewesen.

⁹ Vgl. L. GALL, Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«, 1985, S. 165.

durchzusetzen versucht, während der Ansatz einer Politik von oben stärker auf die Exekutive zielt. Schließlich spielte bei politisch-strategischen Entscheidungen der Gegensatz zwischen einer eher mittelfristigen und einer eher langfristigen zeitlichen Perspektive eine Rolle. Als zunehmend deutlich wurde, wie langwierig die Organisation gesellschaftlicher Gegenmacht und damit eine erfolgreiche Politik von unten war, erwies sich das Plädoyer für Politik von oben immer öfter auch als Ausdruck revolutionärer Ungeduld, also des Wunsches, die Realisierung der Ideen von 1848 noch selbst zu erleben.¹⁰

Gerade diese letzte Ebene verdeutlicht, daß es sich bei der Alternative »demokratische oder gouvernemental-autoritäre Vorgehensweise?« um eine politische Wertentscheidung im eigentlichen Sinne, also auch um den Ausdruck einer Mentalitätsdifferenz handelte und nicht um eine historisch »notwendige« Entscheidung – was die nationalliberale Geschichtsschreibung immer wieder behauptet hat, die in Anlehnung an v. Rochau die »realistische« Machtorientierung überhöht und die »idealistische« Orientierung an demokratischen Verfahren und Rechtlichkeit herabgesetzt hat.

Seit Mitte der Fünfziger Jahre wandten sich zunehmend Linksliberale, aber auch Demokraten von der basisorientierten politischen Ideologie des Vormärz-Radikalismus ab und setzten auf Politik von oben. Dies war Ausdruck eines tiefgreifenden Paradigmawechsels nach dem Scheitern der Revolutionen von 1848/49. Vor dem Hintergrund eines substantialistischen Rechtsbegriffs hatten die Radikalen zur Veränderung der gesellschaftlichen Wirklichkeit immer auf die Kodifizierung von Volks- und Bürgerrechten und später vor allem auf die Durchsetzung des parlamentarischen Prinzips gedrungen. 1848/49 schien diese Strategie mit der Kodifizierung der Frankfurter Reichsverfassung, zahlreicher neuer Landesverfassungen und weiterer durchgreifender Änderungen der Rechtsordnung zunächst erfolgreich zu sein. Letztlich scheiterte sie jedoch einerseits am Problem der politisch-strategischen Steuerung von Massenbewegungen und andererseits an der Stabilität der Machtstrukturen, die durch die Eingriffe der Revolutionslegislativen in die Rechtsordnung nicht durchbrochen worden waren. Diese Erfahrung der Revolutionsjahre hatte ein grundlegendes Umdenken ausgelöst, aus dem eine stärker gouvernemental orientierte Linke entstand, die die bestehende Exekutive in einem erziehungsdiktatorischen Sinne benutzen wollte.

Für die Demokraten stand nach 1849 die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und der »Grundrechte der Deutschen« obenan. Beides waren für sie von der Nationalversammlung beschlossene und ordnungsgemäß verkündete Grundgesetze, die durch rechtswidrige Gewaltakte der Fürsten vorübergehend außer Kraft gesetzt worden waren. Mit solchen Forderungen befanden sich die Befürworter einer Politik von unten von vorneherein in einer fundamentaloppositionellen Haltung, während die mit den Jahren

¹⁰ Vgl. S. KAEHLER, 1952, S. 423.

wachsende, gouvernemental-autoritäre Gegenrichtung zunehmend danach strebte, unter den bestehenden Verhältnissen des Konstitutionalismus oder gar Semiabsolutismus an der Macht zu partizipieren, ohne zuvor auf einer grundlegenden Umgestaltung der Verfassungsstrukturen zu bestehen. Diejenigen, die diesen strategischen Paradigmawechsel in den 1850er oder 1860er Jahren vollzogen, begründeten ihn damit, daß die Niederlagen von 1848/49 bewiesen hätten, daß Politik von unten immer wieder an der Stabilität der bestehenden Machtverhältnisse scheitern müsse. Die Entscheidung für Politik von oben war jedoch zunächst allein eine strategische und bedeutete keineswegs zwangsläufig die Abkehr von radikal reformerischen oder auch revolutionären Zielen. Auch wenn die Veränderung der Strategie nicht ohne Einfluß auf die politischen Ziele blieb, greift es zu kurz, die Befürworter einer Politik von oben innerhalb der bürgerlichen Linken als opportunistisch zu charakterisieren. Zudem war eine Politik, die auf die Gründung eines Nationalstaats zielte, per se revolutionär, da sie einen fundamentalen Bruch mit der europäischen Ordnung von 1815 bedeutete, auf die Entmachtung der Dynastien zielte und den Staat auf eine demokratisch-plebiszitäre statt der bisherigen, legitimistischen Legitimationsbasis stellen wollte.

Die Gegenüberstellung der beiden Idealtypen politisch-strategischer Orientierung darf auch nicht den Blick für die Gemeinsamkeiten verstellen, die das gesamte liberale Spektrum einte: Die bürgerliche Linke der 1850er und 1860er Jahre hielt an den Ideen von 1848 fest, daß die der deutschen Nation angemessene Machtposition in Europa und in der Welt nur durch eine staatliche Einigung und freiheitliche innere Verhältnisse zu erlangen sei. Sie war auch insgesamt kulturoptimistisch und fortschrittsgläubig. Zutiefst vom deutschen Idealismus und insbesondere vom Linkshegelianismus beeinflusst, war man sich einig, daß die Liberalisierung und nationale Einigung Deutschlands ein unvermeidliches Ergebnis der historischen Entwicklung sein werde.¹¹

Von den sechs möglichen Kombinationen der Ausprägungen der beiden Hauptdimensionen waren vier sowohl innerhalb der Paulskirchenlinken als auch in der deutschen Politik der 1850er und 1860er Jahre besonders einflußreich.¹² Hierzu zählen erstens die Kombination aus demokratischer Strategie und dem Plädoyer für einen großpreußischen Staat. Diese Richtung wird im folgenden *großpreußisch-demokratisch* genannt und war vor allem in Preußen vertreten. Die zweite, *demokratisch-föderalistische*¹³

¹¹ Vgl. auch D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus im 19. Jahrhundert*, 1988, S. 115.

¹² Die Kombination aus dem Plädoyer für »Politik von unten« und Eintreten für einen supranationalen Staatenbund (»Vereinigte Staaten von Europa«), die sich als *demokratischer Internationalismus* bezeichnen läßt, taucht in den politischen Konzepten der Paulskirchenlinken ebenso selten auf wie die Kombination aus Machtorientierung und Föderalismus, die auf einzelstaatlichen *Partikularismus* hinauslief.

¹³ Diese Bezeichnung wurde bereits zeitgenössisch gebraucht. Vgl. etwa Beobachter 28. 3. 1866.

Strömung hatte ihre Hochburgen hingegen vornehmlich in Süd- und Mitteldeutschland. Bis Mitte der 1860er Jahre ist die überwiegende Mehrheit der aus der Paulskirchenlinken hervorgegangenen Politiker wie der deutschen bürgerlichen Linken diesen beiden nationaldemokratischen Richtungen zuzuordnen.

Kritik an der basisorientierten demokratischen »Volkspolitik« kam während der 1850er Jahre hauptsächlich aus den linksliberalen Reihen. Erst in den 1860er Jahren sind in größerer Zahl autoritär-revolutionäre Positionen zu verzeichnen. Diejenigen, die für eine gouvernementale Politik und für einen unter preußischer Vorherrschaft stehenden Staat eintraten, beanspruchten, ohne ideologische Scheuklappen und in besonderem Maße realistisch an die politischen Probleme heranzugehen. Sie bezeichneten ihre Vorgehensweise deshalb gern als »Realpolitik«, obwohl auch ihre ideologische Prägung unverkennbar ist. Diese Strömung soll im folgenden *großpreußisch-autoritär* genannt werden. Zu ihr gehörten sowohl gouvernemental orientierte Linksliberale als auch aus den Reihen der Demokraten kommende autoritäre Revolutionäre. Die großpreußisch-autoritäre Strömung erlangte nach den militärischen Erfolgen des von Bismarck regierten Preußen seit 1864 große Bedeutung, als immer mehr großpreußische Demokraten an den Erfolgsaussichten einer Politik von unten zweifelten und die günstige europäische Konstellation Mitte der 1860er Jahre für eine Revolution von oben nutzen wollten.¹⁴

Schließlich spielte die Kombination aus der Entscheidung für eine autoritäre Strategie und der Option für einen supranationalen Staatenbund seit Anfang der 1850er Jahre eine weniger quantitativ bedeutende als wegen ihrer Nähe zur Wiener Regierung einflußreiche Rolle. Die Vertreter dieser Richtung sollen *supranationale Föderalisten* genannt werden. Sie wollten die deutsche Einflußsphäre nach Südosteuropa ausrichten und gegen Freihandel abgrenzen. Die Fernwirkung solcher Ideen reichte bis zu den »Mitteleuropa«-Konzepten Friedrich Naumanns und anderer im Ersten Weltkrieg.¹⁵ Am Rand dieser Fraktion ist der sich in den 1860er Jahren

¹⁴ Julius Fröbel hat diese Richtung 1860 als »imperialistische Demokraten« bezeichnet, um ihnen eine Abhängigkeit von Napoleon zu unterstellen. Vgl. J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 247 f.; ähnl. DERS., Föderativsystem, 1866, S. 4802: »Die Demokratie hat zwei Formen: die föderalistische und die imperialistische«. Später gehörte Fröbel selbst zu den Unterstützern des großpreußischen Reichs.

¹⁵ Es wäre irreführend, diese Richtung »großdeutsch« zu nennen. Sowohl zeitgenössisch als auch in der wissenschaftlichen Literatur wurde ihr dieses Etikett bereits häufig verweigert (etwa: J. VENEDEY, Grundübel, 1864, S. 25; W. MOMMSEN, Julius Fröbel, 1956, S. 514; DERS., Stein-Ranke-Bismarck, 1954, S. 272 ff.; H. ROSENBERG, Publizistik, 1935, S. IVf., der den zu komplizierten Begriff »großdeutsch-mitteleuropäisch« benutzt). Die Großdeutschen in der Paulskirche wollten das gesamte Bundesgebiet in den künftigen deutschen Staat integrieren; die übrigen österreichischen Länder sollten nur durch Personalunion mit den zu »Deutschland« gehörenden verbunden bleiben. Diese Pläne scheiterten im November 1848 an der Haltung der österreichischen Regierung und der kleindeutschen Mehrheit der Nationalversammlung. Nach 1853 vertraten am ehesten die

entwickelnde »großösterreichische« oder »schwarz-gelbe« Liberalismus zu verorten, dem primär am Zusammenhalt der Habsburgermonarchie gelegen war, auch wenn dies zu Lasten der Bindung an das übrige Deutschland ging. Bei den Großösterreichern ist trotz aller antinationalistischen Rhetorik das Streben nach kultureller oder politischer Vorherrschaft der Deutschen über die übrigen Völker des Habsburgerreiches unübersehbar.

Tabelle 12: Politische Richtungen innerhalb der deutschen bürgerlichen Linken seit Mitte der 1850er Jahre (kursiv = Hauptrichtungen)

	demokratische Orientierung; Veränderungen durch Massenmobilisierung und über die Legislative (»Volkspolitik«)	autoritär-gouvernementale Orientierung; Veränderungen mithilfe der vorhandenen Exekutive (»Realpolitik«/ »Revolution von oben«)
Vorherrschaft Preußens, einheitsstaatlich	<i>großpreußische Demokraten</i>	<i>Großpreußisch-Autoritäre (-Gouvernementale)</i>
allmählicher Zusammenschluß, bundesstaatlich	<i>demokratische Föderalisten</i>	Partikularisten
supranational, staatenbündisch, Einschluß Österreichs	kosmopolitische Demokraten; demokratische Internationalisten	<i>supranationale (mittel-europäische) Föderalisten</i> Variante: Großöstreicher (»Schwarz-Gelbe«)

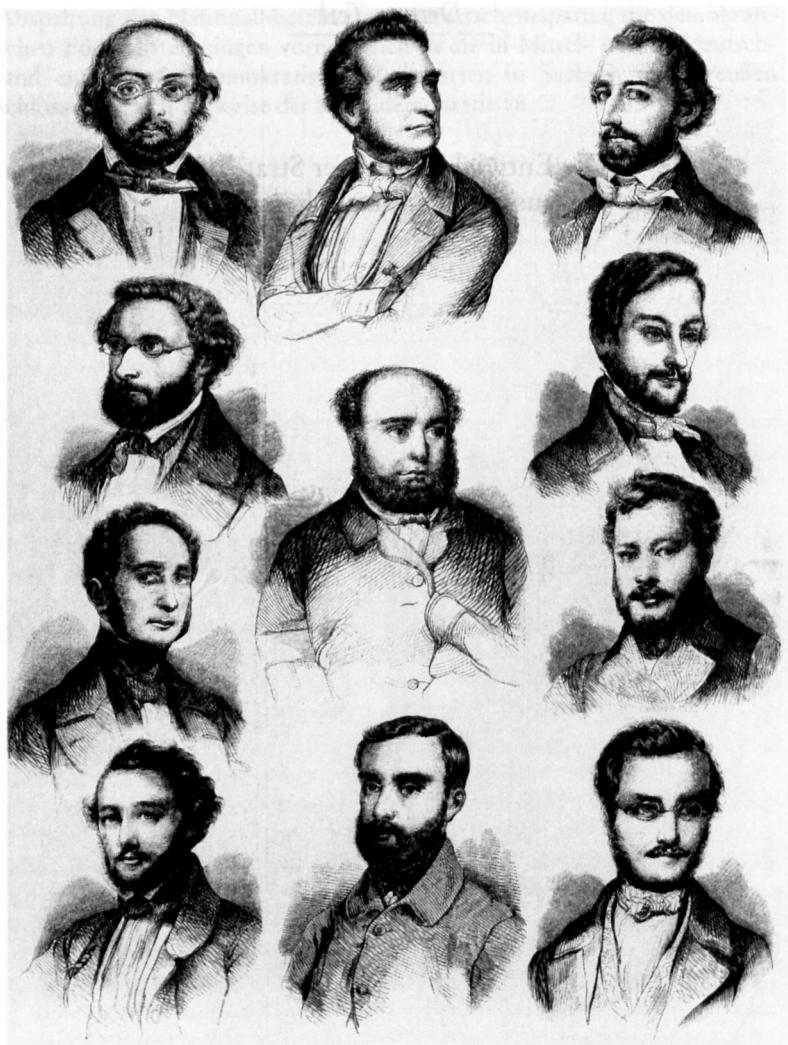
Diesen vier Idealtypen politischer Orientierung innerhalb der deutschen bürgerlichen Linken lassen sich auch den wichtigsten Parteien und Großorganisationen zuordnen: Die supranationalen Föderalisten traten (ebenso wie ein Teil der Partikularisten) dem Reformverein bei, während die übrigen drei Richtungen seit 1858 im Nationalverein und in den Fortschrittsparteien zusammenarbeiteten. Im Rahmen der Differenzierung im liberalen Lager seit 1864 lassen sie sich den drei entstehenden liberalen Parteien zuordnen: Die autoritär-revolutionären Großpreußen fanden sich zusammen mit starken, aus dem gemäßigten Liberalismus kommenden Kräften in der Nationalliberalen Partei wieder, in der sie den 1880 wieder ausscheidenden linken Flügel bildeten; die großpreußischen Demokraten blieben auch nach der

demokratischen Föderalisten die großdeutschen Vorstellungen aus der Paulskirche. Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 193ff.; A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 238.

Abspaltung der Nationalliberalen in der Fortschrittspartei; die demokratischen Föderalisten gingen vornehmlich in die in Mittel- und Süddeutschland entstehende Demokratische Volkspartei; in Sachsen und Preußen schlossen sie sich teilweise der Sozialdemokratie an.

Dritter Teil

**Die Entwicklung neuer Strategien
aus der Ohnmacht heraus**



Das Präsidium der Deutschen Nationalversammlung (Holzstich)

Von oben nach unten, linke Spalte: Carl August Fetzer (Leonberg), Sekretär; Friedrich Sigmund Jucho (Frankfurt/M.), Sekretär; Eduard Simson (Königsberg), Sekretär; August Rühl (Hanau), Sekretär; mittlere Spalte: Heinrich v. Gagern (Zwingenberg), Vorsitzender; Alexander v. Soiron (Adelsheim/Baden), stellv. Vorsitzender; Victor v. Andrian-Werburg (Wiener Neustadt), stellv. Vorsitzender; rechte Spalte: Karl Biedermann (Zwickau), Sekretär; Friedrich Schüler (Lauterecken/Pfalz), Sekretär; Carl Möring (Wien), Sekretär; Maximilian Joseph Ruhwandl (Moosburg/Oberbayern), Sekretär.

Die Neuorientierung der politischen Linken seit 1853

Nach dem Schock des napoleonischen Putsches vom 2. Dezember 1851 und der darin besiegelten Niederlage der Revolution im Nachbarland Frankreich, auf das sich immer wieder die Hoffnungen großer Teile der deutschen Linken richteten, zeigten sich auch Optimisten desillusioniert über die Chancen einer zweiten Revolution im Deutschen Bund. Entsprechend katastrophisch waren die Erwartungen für 1852. Die eigenen Befürchtungen und finstere Drohungen der Regierungen brachten die bürgerliche Linke fast völlig zum Schweigen: Nicht eine politische Publikation, nicht ein Brief mit politisch-konzeptuellem Inhalt ist aus diesem Jahr zu verzeichnen. Im Februar 1852 legten sämtliche Abgeordneten der Linken im sächsisch-weimarischen Landtag ihre Mandate nieder aus Protest gegen die Abschaffung des allgemeinen, gleichen und direkten Landtagswahlrechts, die das Übergreifen der Reaktion auf eine der letzten Inseln des Konstitutionalismus markierte. In der Schweiz eröffnete Carl Mayer, der im Vorjahr noch fest mit einer unmittelbar bevorstehenden neuen Revolution gerechnet hatte, seinen Schmuck- und Uhrenladen in Neuchâtel – ein Indiz für politische Desillusionierung und die Einrichtung auf ein längerfristiges Exil.

Heinrich Simon faßte die Stimmung, die in der Paulskirchenlinken in der Emigration wie im Bundesgebiet vorherrschte, in einem Brief an Johann Jacoby zusammen: Man müsse »diese jetzige Restaurationsperiode für Deutschland als Naturnothwendigkeit in größerem Zusammenhange« auffassen. Sie in der Heimat durchleben zu müssen, sei sicherlich »fabelhaft langweilig, ja ekelhaft«. Der Reaktion im Deutschen Bund stellte Simon die »gesunden staatlichen Verhältnisse« in der Schweiz gegenüber. Angesichts der europaweiten Reaktion bildete die Schweiz neben den USA einen der wenigen positiven politischen Bezugspunkte. Das führte zusammen mit dem persönlichen Kennenlernen des politischen Systems der Eidgenossenschaft zu einer deutlich positiveren Bewertung des Föderalismus und einer Wahrnehmung der Vorzüge kleiner Staaten. In seinem Tagebuch notierte Simon, der ein Großpreuße und Unitarier gewesen war, nun: »Die großen Staaten« seien »das große Unglück der Menschheit [...], weil sie meistens, zusammengewürfelt aus sich widersprechendsten Elementen, nur durch Druck herrschen können, um ihr Auseinanderfallen zu verhüten.« In den Publikationen oppositioneller Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung aus den fünfziger Jahren ist der Verweis auf die Schweiz als politisches Vorbild ein allgegenwärtiger Topos. Erst seit dem Ende der

1850er Jahre wurde die Idealisierung der Schweiz, zumindest beim großpreußischen Flügel, wieder von einer Idealisierung Preußens abgelöst.¹

1. Realismus und »Realpolitik«

Das Scheitern der Revolution, die Wiederbelebung des Deutschen Bundes, die Aufhebung der Grundrechte auch in denjenigen Staaten, die sie zu Landesgesetzen erhoben hatten: all das warf die Machtfrage in einem neuen Sinne auf. Die Entwicklung hatte die Übermacht der staatlichen, auf Militär, Polizei und Justiz gestützten Instanzen über die lediglich auf die öffentliche Meinung gestützten Parlamente gezeigt. Zwar hatten auch die Revolutionäre 1848/49 die Machtfrage gestellt. Sie waren aber überwiegend davon ausgegangen – und ihre Erfahrungen im Frühjahr 1848 schienen dies zu bestätigen, daß die alten Mächte von der historischen Entwicklung überholt seien und, da sie sich auf »falsche« Prinzipien stützten, unter der Wucht der politischen Bewegung und der Kräfte der Modernisierung zusammenbrechen würden. Daß sich die alten Gewalten trotz ihrer tiefen Krise und ihres Zurückweichens im Frühjahr 1848 als stabil erwiesen hatten, daß ihnen insbesondere die Soldaten nicht scharenweise davonliefen und sie dadurch wieder in die Offensive kamen, während die anfangs unaufhaltsam scheinende revolutionäre Bewegung große Schwierigkeiten hatte, die politische Dynamik als gesellschaftliche Gegenmacht zu konsolidieren – diese politische Grunderfahrung der Revolutionszeit veranlaßte viele Revolutionäre zum Umdenken.

Auch wenn Feuerbach bereits 1842 erklärt hatte, der »Geist der Zeit« sei »der des Realismus«, so führten doch erst die politischen Erfahrungen seit 1848 zu einem großen Aufschwung des »realistischen«, an naturwissenschaftlichen Modellen und Paradigmen orientierten Denkens.¹ Die Welt wurde nun als durch Kräfte und Mächte, nicht aber durch Ideen, Personen und ihren Willen bestimmt aufgefaßt. Die Linke glaubte, damit die »wahren« Triebkräfte von Geschichte und Gesellschaft entdeckt zu haben, und polemisierte von dieser neuen Erkenntnis aus gegen den idealistischen »Doktri-

¹ J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 31 (I. Simon-Zitat); C. Mayer an Becher 8. und 26. 10. 1851 (HStAS); BLHA 12800, Bl. 140; DMu 1. 1. 1853, S. 1 f., wo der Autor (wohl Robert Prutz) vorschlägt, daß die deutsche Linke als Konsequenz des napoleonischen Staatsstreichs sich politisch nicht länger an Frankreich orientieren solle (vgl. hierzu C. JANSEN, Bild der französischen Revolution, 1998); H. ROTHFELS, 1948, S. 297. 2. Zitat: H. Simon, Tagebucheintrag vom 5. 9. 1854 (zit. nach J. JACOBY, Heinrich Simon, 1865, S. 318). Zur Schweizbegeisterung auch: Reinstein, Schweizer Reisetagebücher (Abschriften, BA FSg. 1/18), S. 155, 163, 183 u. ö.; A. RUGE, Zur Verständigung, 1857, S. 3 ff.; C. VOGT, Korrespondenz, 8. 1. 1857.

¹ L. A. ROCHAU, 1971 [1853], S. 7. Vgl. auch C. GOSCHLER, 1997.

narismus« der gemäßigten Liberalen. Der Vorwurf des »Doktrinarismus«, der später gegen die bürgerliche Linke gewendet wurde, wurde zeitgenössisch zunächst von dieser gegen ihre konstitutionellen Gegenspieler, inkarniert in den Idealtypen des Paulskirchenprofessors und des Märzministers, erhoben.²

Die naturwissenschaftlich geprägte Weltsicht und der Vorwurf idealistisch-doktrinärer Weltfremdheit der Gemäßigten wurde mit großer Breitenwirkung von Carl Vogt in seinen 1849/50 in der »Deutschen Monatschrift« erschienenen »Untersuchungen über Thierstaaten« verteten. Vogt leitete diese bitterböse Parabel auf die Paulskirche mit der These ein, man könne »aus dem freien Thierleben neuen Muth zu neuen Gedanken schöpfen«. Vogt plädierte für eine radikale Abkehr vom irrationalen »Glauben« des Idealismus und für einen krassen Materialismus, der seinerseits allerdings ebenso sehr auf axiomatischen Grundannahmen, also »Glauben«, basierte. Durch »die Aenderung der materiellen Zustände, die suc[c]essive Verbesserung der Ernährung, die endliche Herbeiführung des Gleichgewichtes in den Gehirnsekretionen durch zweckmäßige Anordnung der Lebensmittel« wollte Vogt einen »anarchischen Zustand« erreichen, »der dem Kurzsichtigen als krause Unordnung, dem Weiterblickenden als Abbild der Harmonie der Sphären erscheinen muß«. So abstrus diese Vorstellungen erscheinen mögen, deren Interpretation zudem wegen der permanenten Vermischung von ernstgemeinter materialistischer Welterklärung und satirisch-polemischen Hintersinn äußerst schwierig ist: Vogt war einer der führenden und vor allem einer der meistgelesenen Naturwissenschaftler seiner Zeit. Sein materialistischer Monismus stieß auf breite Zustimmung nicht nur bei Genossen aus der Paulskirche, sondern drang dank reger Vortragstätigkeit, populärwissenschaftlicher Bücher und Aufsätze, die hohe Auflagen erreichten, und später auch über die vielgelesenen Werke von Ludwig Büchner und Ernst Haeckel in breiteste Bevölkerungsschichten vor.³

Der wegen seiner revolutionären Aktivitäten suspendierte Heidelberger Geschichtsprofessor Karl Hagen nahm, ebenfalls in der »Deutschen Mo-

² Es handelt sich bei dem späteren Vorwurf, der dank der borussischen Tradition bis heute in der Historiographie zu finden ist, also gewissermaßen um eine »Retourkutsche«. Vgl. zum zeitgenössischen Gebrauch C. VOGT, Offener Brief, 1850; C. A. FETZER, Beiträge, 1848, S. 344; W. SCHULZ-BODMER, Deutschlands gegenwärtige Lage, 1849, S. 8; DMO 1850/I, S. 327; G. F. KOLB, Italiener, 1857, S. 537; Hartmann an Bamberger 16. 12. 1859 (SLB Wien).

³ C. VOGT, Untersuchungen, 1850, S. 130; DERS., Köhlerglaube, 1855. Vgl. hierzu neuerdings auch A. WITTKAU-HORGBY, 1998, S. 77–125, die allerdings den satirischen Aspekt von Vogts »Untersuchungen über Thierstaaten« vollkommen außer acht läßt. Ihre Interpretation ist zu eindimensional, um den hintersinnigen und vielschichtigen politischen und wissenschaftlichen Intentionen Vogts gerecht zu werden. Außerdem berücksichtigt sie ausschließlich Vogts Entwicklung bis 1861, nicht jedoch seine späteren, stark von Darwin beeinflussten Theoreme. Wittkau-Horgby lehnt sich in ihren Aussagen über Vogt sehr eng an Frederick Gregory: *Scientific Materialism in Nineteenth Century Germany*, Dordrecht 1977, S. 51 ff., an.

natsschrift«, das neue Paradigma auf, wenn er forderte, die »Fortschritts-partei« müsse, um nach dem nächsten »Umsturz« anders als 1848/49 auch den »Neubau« zu schaffen, »die umfassendste Kenntnis aller der Elemente« erwerben, »welche im Staate von Bedeutung sind, aller der Kräfte, welche sein Leben bedingen«: Unter diesen nehme »die Natur eine der ersten Stellen ein. Und die Demokratie muß sich um so mehr bemühen, in das Wechselverhältniß zwischen Staat und Natur einzudringen, als ihr Ziel ja gerade darin besteht, den Staat und seine gesammten Einrichtungen natürlich zu machen. [...] Darin scheint mir die wahre Staatskunst zu bestehen, aus der Natur des Volkes heraus den Staat mit allen seinen Einrichtungen, gleich wie einen Baum mit seinen Ästen und Blüten sich entwickeln zu lassen, aber darüber zu wachen, daß nur die gesunden Zweige sich entwickeln.« Diese Naturalisierung von Politik, an der sich viele Demokraten beteiligten, führte nicht nur zu irrationalen, essentialistischen und – konsequent zuende gedacht – autoritären Positionen, die sich von demokratischen Legitimation politischen Handelns mehr und mehr entfernten. Sie lief auch auf die xenophobe Ablehnung von Ideen oder Institutionen, die nicht dem deutschen »Volkscharakter« entsprächen, hinaus und nahm bereits vor der Veröffentlichung von Darwins Theorien »sozialdarwinistische« Argumente vorweg.⁴

Bei der neuen, »realistischen« Orientierung handelte es sich um ein massenhaftes Phänomen. Ludwig Simon hatte 1855 den Eindruck, »daß im Buchhandel fast Nichts gut gehe als Naturwissenschaften und Auswanderung, wohl auch noch Werke statistischen, compilerischen oder sonst allgemein practischen Inhaltes. So ist man überall auf das Thatsächliche, Reale, durch sich selbst Sprechende zurückgekehrt. [...] Theoretisierende Beredsamkeit hat seit 1848 eine zu große Rolle gespielt.« In den wissenschaftlichen und besonders in den naturwissenschaftlichen Bereich griff zudem die Zensur kaum ein. Wegen seines auf den ersten Blick »unpolitischen« Charakters fand der Aufschwung naturwissenschaftlichen Denkens auch während der Hochphase der Reaktion breiten Raum in der Presse. Deswegen stieß der Paradigmawechsel zu naturwissenschaftlichen Welt-erklärungsmodellen auf breite Resonanz. Die unterdrückte Opposition und ihre enttäuschten Hoffnungen fanden in den popularisierten naturwissenschaftlichen Theoremen ein Ventil und Anknüpfungspunkte für ihre Fortschrittserwartungen. »Unter der Decke des Materialismus« sammelte sich eine breite geistige Opposition, so analysierte der mit den Achtundvierzigern, jedoch nicht mit dem Materialismus sympathisierende Philosoph Jürgen Bona Meyer 1856, im »Deutschen Museum«, »die nicht unter dieser Decke stecken würde, wenn die gedrückten Bedürfnisse des Geistes nicht diesem Abzugskanale gewaltsam zugeleitet wären. [...] Der Zauber, den

⁴ K. HAGEN, Staatskunde, 1850, S. 1 ff. Ähnl. H. SIMON, Natur, 1851; F. VISCHER, Kritische Gänge, 1920, S. 94; D. SCHULER, Julius Fröbel, 1985, S. 199; W. NÄF, Revolution, 1932, S. 170; J. JUNG, 1915, S. 17f. u. 72 ff. »Sozialdarwinistisches« Denken avant le mot auch bei L. Simon an Hartmann 27. 3. 1853 (SLB Wien).

materialistische Bücher ausüben, floß nicht so häufig aus ihrer Lehre als aus der socialen Opposition, mit der sie sich verband.« Dies zeigte sich besonders im »Materialismusstreit« von 1854, als Carl Vogt in der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« und auf der 31. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte polemisch von Rudolph Wagner angegriffen wurde, einem Exponenten der an den Universitäten vorherrschenden, religiös geprägten Naturwissenschaft, der zudem als politischer Reaktionär bekannt war. Vogts heftige Antipolemik »Köhlerglaube und Wissenschaft« brachte es schnell auf vier Auflagen und löste eine Reihe weiterer Publikationen aus – darunter auch einen Vermittlungsversuch seines Parlamentskollegen Wilhelm Schulz-Bodmer, der die Auffassung vertrat, die »Zänkerei« des »Materialismusstreits« lenke nur von Wichtigerem, nämlich politischen Fragen ab.⁵

Der Paradigmawechsel vom Idealismus zum Materialismus, vom Willen und den Ideen zu den überpersönlichen Mächten und Triebkräften, der auch den Trend zu einer materialistischen, nach strukturellen Triebkräften fragenden Geschichtswissenschaft verstärkte, hatte gravierende Auswirkungen auf das politische Denken. Seit 1850 häuften sich zunächst in Briefen, dann auch in Publikationen und Landtagsreden von Mitgliedern der Paulskirchenlinken die Verweise auf die Notwendigkeit eines Wechsels der politischen Mittel bei angeblicher Konstanz der Ziele. Man müsse sich der Macht der Tatsachen beugen, »die Handlungsweisen der Nothwendigkeit des Augenblicks und den Bedürfnissen des Landes anpassen«; eine »praktische Richtung« solle in der Politik Platz greifen – so und ähnlich hießen die Parolen.

Die Linke, insbesondere im Dritten Deutschland, gab sich kompromißbereit, nicht mehr revolutionär, sondern reformistisch, erhob den Anspruch, historische Traditionen und politische Gegebenheiten stärker zu berücksichtigen. Über den von jeher antirevolutionären Linksliberalismus hinaus erklärten nun auch führende Demokraten ihre Abkehr von der strategischen Orientierung auf eine zweite Revolution und erkannten die gegebenen Tatsachen (vor allem die Wiederherstellung des Deutschen Bundes und die oktroyierten Verfassungen) an, um sie auf legalem Wege zu verändern. Ludwig Simon formulierte den neuen politischen Grundgedanken folgendermaßen: »Als Principienstatthalter sich schmollend und unthätig in die Ecke zu stellen, bis die Weltgeschichte so gütig ist, der bloße Abglanz unseres Einzelbewußtseins zu werden, mag wohl die Sache eines recht braven, nicht aber eines lebendigen Menschen sein, der Bethätigungsdrang in sich verspürt.«⁶

⁵ L. SIMON, *Aus dem Exil*, Bd. II, 1855, S. 311 f. (Buchhandel); K. C. Köhnke, 1986, S. 161 (Meyer-Zitat); C. VOGT, *Köhlerglaube*, 1855, insb. die Vorworte zu den Neuauflagen; W. SCHULZ-BODMER, *Froschmäusekrieg*, 1856; H. DEGEN, 1954, S. 272 ff.; J. JUNG, 1915, S. 72 ff.; O. TASCHENBERG, 1920, S. 52; W. BRÖKER, 1973, S. 31 ff.; W. GRAB, 1979, S. 346 ff.

⁶ Ahrens an Mittermaier 10. 4. 1850 (Heid.Hs. 2746); DERS., *Rechtsphilosophie*, 1852; K. BIEDERMANN, *Fünfzig Jahre*, 1892, S. 80 (Rede im sächsischen Landtag, 1850); Bayr.

Bezeichnenderweise kam der prinzipienfeste Demokrat Simon zu solchen Erkenntnissen nur, wenn er das Dilemma der französischen Linken Napoleon III. gegenüber reflektierte. In deutschen politischen Fragen waren es andere, vor allem die südwestdeutsche Linke nach ihren Niederlagen in den einzelstaatlichen Verfassungskonflikten, die solche Positionen formulierten.

Allgemein läßt sich feststellen: Die politische Risikobereitschaft, die die Voraussetzung für ein grundsätzliches politisches Umdenken war, also die Bereitschaft, dem neuen, naturwissenschaftlichen Paradigma entsprechend politisch zu *experimentieren*, der Reaktion flexibel zu begegnen, ihre Grenzen und die verbleibenden Möglichkeiten liberaler Politik zu testen und neue Strategien zu entwickeln, diese Bereitschaft wurde umso größer, je unübersichtlicher die politischen Perspektiven waren. Für die Emigranten, die, um zurückkehren zu können, auf eine zweite Revolution hofften, und die Radikalen im Bundesgebiet ließ sich die Welt in zwei antagonistische Lager einteilen: dort die Reaktion mit ihren opportunistischen Helfern bei den Konstitutionellen, hier die radikale Opposition, die die politischen Institutionen boykottierte und auf den Ausbruch einer neuen Revolution hoffte. Diese dichotomische Sichtweise war vor allem in Preußen, Österreich und den übrigen Staaten verbreitet, deren Regierungen an der Spitze der Reaktion standen – so in Sachsen, Kurhessen, Mecklenburg. Am unübersichtlichsten und am wenigsten eindeutig waren die Fronten in den süddeutschen Verfassungsstaaten und in den Hansestädten, in denen erhebliche Reste bürgerlicher Freiheit und Öffentlichkeit auch in den 1850er Jahren erhalten blieben, teilweise ein Reformkurs fortgesetzt wurde und die bürgerliche Linke weiterhin im Landtag saß. Hier gab es die avanciertesten strategischen und deutschlandpolitischen Debatten. Hier schrieb der 1833 als Burschenschaftler am Umsturzversuch des »Frankfurter Wachensturms« beteiligte und im Exil zum Frankreichkenner gewordene August Ludwig v. Rochau 1853, beeinflusst von Auguste Comtes 1851 erschienenem »Système de la politique positive«, sein Buch »Grundsätze der Realpolitik«. ⁷ Er faßte darin die Überlegungen, die gleich ihm auch andere Köpfe der Achtundvierziger Linken nach der Niederlage der europäischen Revolutionen angestellt hatten, paradigmatisch zusammen und fand mit »Realpolitik« einen prägnanten Begriff für die strategische Neuorientierung, der sich jedoch erst in den 1860er Jahren durchsetzte. ⁸

LT 17. 5. 1851, S. 481 (Kolb); Hess. LT 5. 12. 1851, S. 16 (Reh), S. 52 und S. 54 (Hofmann); L. BAMBERGER, Lettre, 1850; Sten. Ber. Erfurt, 1850, S. 179 (Kierulff); A. KOLATSCHKE, Prospect, 1849, S. 3; F. RAVEAUX, 1851, S. 92; L. Simon an Hartmann 27. 3. 1853 (SLB Wien).

⁷ In der neueren Forschung wird v. Rochau als Solitär wahrgenommen bzw. in spätere, nationalliberale Kontexte eingeordnet. Seine Verankerung in der Achtundvierziger Linken und der Einfluß des französischen Positivismus auf v. Rochau, werden hingegen nicht beachtet. Anders noch H. ROTHFELS, 1948, S. 298.

⁸ Früheste Fundstellen für den Begriff »Realpolitik«: K. BIEDERMANN, Was uns noth thut, 1859; J. FRÖBEL, Theorie der Politik, 1861, Bd. I, S. 17f.: ein ausdrückliches Lob für v.

Das realpolitische Denken war zunächst jedoch nicht so sehr das »Credo des gemäßigten Liberalismus« (W. J. Mommsen), sondern entstand in der an der Revolution oder an tiefgreifenden Reformen gescheiterten Linken. Da v. Rochau sein Buch anonym publiziert hatte, wurde in der Öffentlichkeit zunächst Ruge als Vordenker der Realpolitik vermutet.⁹ Wenn v. Rochau 1853 die Erkenntnis formulierte: »Die praktische Politik hat es zunächst nur mit der einfachen Tatsache zu tun, daß die Macht allein es ist, welche herrschen kann. Herrschen heißt Macht üben und Macht üben kann nur der, welcher Macht besitzt. Dieser unmittelbare Zusammenhang von Macht und Herrschaft bildet die Grundwahrheit aller Politik«¹⁰, so konnten sich damit Vertreter aller Strömungen innerhalb der Paulskirchenlinke identifizieren. Die machtpolitische Orientierung, die v. Rochaus »Grundzüge der Realpolitik« kennzeichnet, war bereits in der Paulskirche ein Charakteristikum des Nationalismus gewesen, ebenso wie die weitausgreifenden territorialen Vorstellungen vom künftigen deutschen Reich. Die Formel, mit der sie das Deutschland charakterisierten, das ihnen vorschwebte, hieß jenseits sonstiger Differenzen bei den Achtundvierzigern: »einig, frei und mächtig« (Schuselka). »Freiheit und Einheit« bildeten für die bürgerliche Linke zwischen 1848 und 1866 immer die Grundlage von Deutschlands Macht.¹¹ In dieser

Rochaus Schrift und die Betonung des Machtparadigmas; ebd; Bd. II, S. 383 (1861); H. WUTTKE, *Pro Patria*, 1863, S. 25; Fetzer an Venedey 13. 11. 1863 (BA 90 Ve 1/16); J. VENEDY, *Grundübel*, 1864, S. 35 f.; C. MAYER, *Bericht*, 1864, S. 1046. In den Paulskirchenverhandlungen taucht der Begriff nicht auf (G. WOLLSTEIN, »Großdeutschland«, 1977, S. 169). Konjunktur hat der Begriff »Realpolitik« erst seit 1864: nun findet man ihn allorten – von Verhandlungsprotokollen des Nationalvereins (NV VI, S. 10 u. ö.; vgl. Kap. XX) über zahllose Presseartikel bis hin zu O. v. BISMARCKS Erlassen (Werke, Bd. III, 1966, S. 655). Zur Begriffsgeschichte seit 1871 vgl. W. KRAUSHAAR, 1988, S. 113 ff. Für die Zeit vor dem preußisch-dänischen Krieg kann »Realpolitik« also nur eine analytische Kategorie sein.

⁹ W. J. MOMMSEN, *Ringens*, 1993, S. 89; Jh. 1857, S. 153 f. (wahrsch. Otto Meißner): Die »radicale Partei« unter Führung von Ruge strebe, »vor Allem practisch zu sein, »die scharfe Erkenntniß des Thatsächlichen« sei die »Maxime der neu erstandenen freisinnigen Partei«. Ähnl. Kolaczek an Vischer 9. 2. 1858 (UBT Md 787/530).

¹⁰ L. A. v. ROCHAU, 1971, S. 25.

¹¹ Vgl. G. WOLLSTEIN, »Großdeutschland«, 1977. Formel von Schuselka, zit. nach ebd., S. 268. Vgl. außerdem H.-U. WEHLER, Bd. II, 1987, S. 743 u. ö. Diese Formel taucht später immer wieder bei allen Fraktionen der Paulskirchenlinken auf: z. B. Mohl, *Württ. LT* 2. 5. 1859, S. 2733; J. FRÖBEL, *Deutschland und die Demokratie*, 1859, S. 472 f.; W. ZIMMERMANN, 1861, S. 613 f.; T. PAUR, *Wortführer*, 1860, S. 4 und 12; H. SIMON, *Don Quixote*, 1859, S. 12 (ähnl. J. JACOBY, *Heinrich Simon*, 1865, S. 362); *Beobachter* 17. 12. 1861; C. GISKRA, o. J., S. 26; F. NÄGELE, *Versuch*, 1863, S. 57; W. LÖWE, *Fichte's politische Bedeutung*, 1862, S. 31 und 40; C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 9 ff.; C. NAUWERCK, *Wort aus Zürich*, 1866, S. 69; *Freudentheil* an Venedey, Dezember 1864 (BA 90 Ve 1/18); C. Schüler an Venedey 30. 12. 1870 (ebd./48). Denselben Bedeutungsgehalt transportierte die Formel »Einheit, Freiheit und Sicherheit« (C. A. FETZER, *Deutsche Reform*, 1862, S. 797). Der 2. Abgeordnetentag brachte in seiner Resolution 1863 alles zusammen: Er forderte »die Freiheit wie die Einheit, die Sicherheit wie die Macht, die Freiheit und die

Machtorientierung war sich die Linke immer mit den übrigen politischen Richtungen in der Einigungsbewegung einig.

Innenpolitisch war v. Rochaus Paradigma vom »Naturgesetz der Macht« und der Macht als »dynamischem Grundgesetz der Staatsordnung« allerdings ein Zeichen des fundamentalen Umdenkens innerhalb der Linken. Ein wachsender Teil der Paulskirchenopposition fragte sich nicht mehr nur nach der Richtigkeit politischer Ziele und Entscheidungen, sondern auch danach, wie man das »Richtige« durchsetzen könne, interessierte sich also neben dem »Recht haben« zunehmend auch fürs »Recht bekommen«. Außerdem weitete sich seit 1849 ihr Blick durch die Erkenntnis des gesamteuropäischen Ursachenbündels für ihre Niederlage und durch die Emigration bzw. die Kommunikation mit den Emigranten. Die bürgerliche Opposition adaptierte pragmatische politische Denkweisen von westeuropäischen Gesinnungsgenossen und berücksichtigte stärker internationale und außenpolitische Determinanten in ihren Überlegungen zur Lösung der deutschen Fragen.¹²

Der folgenreiche politische Paradigmawechsel der 1850er Jahre ist stärker, als es die historiographische Literatur bisher tat, als Ergebnis der Debatten und der Neuorientierung der politischen Opposition nach ihrer epochalen Niederlage und als Ausweis ihrer Kreativität zu sehen. Die Männer der Linken und insbesondere die ehemaligen Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung verharrten nach 1849 weder in biedermeierlichem Quietismus, noch erschöpften sie sich in wirtschaftlichen Aktivitäten oder liefen dem Zeitgeist hinterher. All das galt in viel höherem Maße für die gemäßigten Liberalen. So kommentierte der konstitutionelle Paulskirchenabgeordnete Johann Gustav Droysen tief pessimistisch den politisch-ideologischen Klimaumschwung, daß eine philosophisch-idealistische Sichtweise durch eine, von naturwissenschaftlichen Paradigmen beeinflusste, stärker historisch-realistische abgelöst wurde. Unter Anspielung auf Carl Vogts häufig zitiertes und skandalisiertes materialistisches Diktum, die Gedanken ständen im selben Verhältnis zum Hirn wie der Urin zur Niere, sah Droysen im Bedeutungsgewinn des naturwissenschaftlichen Denkens, der Industrialisierung und der zunehmenden »Omnipotenz« der Staaten, die die gesellschaftliche Autonomie vernichte, äußerst bedrohliche Tendenzen. Wie viele gemäßigte Liberale und Konservative betrachtete Droysen Frankreich als Vorreiter dieser negativen, »modernen« Entwicklungen und setzte seine ganze Hoffnung auf »Preußen und die evangelische Kirche«. Egalitäre Positionen zur Lösung der »sociale[n] Frage«, wie sie 1848 teilweise in die

Größe unseres deutschen Vaterlandes« (BVZ 20.11.1866). Vgl. Kap. XXI.2 sowie K. Biedermann, DAZ 25.4.1866 (zit. nach DERS., Mein Leben, 1886, S. 265).

¹² Vgl. etwa Fröbel an Bamberger 9.9.1857 (BA 90 Ba 3/61); A. RUGE, Nach dem Kriege, 1857, S. 5; Württ. LT 11.6.1855, S. 1382 (G. Tafel); Löwe an C. Mayer, 16.1.1857, S. 8 (NL Näf). Eine Rolle mag dabei auch, ohne daß dies belegt werden könnte, das Vorbild Napoleons gespielt haben, der revolutionäre, nationalistische und demokratische Phrasologie mit autoritärer Politik von oben verband.

Gesetzgebung eingegangen waren, griff er vehement an und lobte in Anlehnung an die Riehlsche Sozialromantik die Politik der preußischen Regierung, die sich für die »Geschlossenheit des Bauerngutes« und »untheilbare Erbhufe« einsetze. Denn an der heilen bäuerlichen Familie haften »eine Ehre und eine sittliche Macht, deren Segen der herrliche Bauernstand in Schleswig-Holstein bewahrt hat«, und »der Familiensinn, der Wohlstand der ländlichen Bevölkerung« sichere auch »die Nahrhaftigkeit der kleinen Städte und des kleinen Bürgertums«. Mit diesem Plädoyer verband Droysen Hoffnungen auf die von ihm angestrebten politischen Reformen, denn »der gesunde und gesicherte Bauernstand wird die Reaction unmöglich und unnöthig machen«. ¹³ Gegen diesen sozialromantischen und antiwestlichen Konservatismus, wie er unter gemäßigten Liberalen weit verbreitet war, wandte sich die postrevolutionäre Linke mit ihrem Konzept des politischen Realismus, das beanspruchte, keine Utopie mehr zu verfolgen, sondern sich an den gegebenen Tatsachen zu orientieren.

1853 gründete Karl Biedermann die Zeitschrift »Deutsche Annalen«, in der auch v. Rochau schrieb und die wegen ihres politischen Kurses von der sächsischen Regierung scharf verfolgt wurde, so daß nur ein Jahrgang erscheinen konnte. ¹⁴ Gegen den politischen Pessimismus und die Apathie der meisten gemäßigten Liberalen wie auch mancher Demokraten betonten Biedermann und sein vom Paradigma der Realpolitik geprägter Mitarbeiterstamm die positiven Wirkungen der Revolution. Sie verwiesen auf Fortschritte bei der Umsetzung des liberal-demokratischen Programms, auf die Zunahme des Nationalbewußtseins, der Politisierung und des bürgerlichen Gemeinsinns seit 1848. Sie wandten sich gegen pseudohistorische Mystifikationen und Versuche der Wiederbelebung vorrevolutionärer (»ständischer«) Staats- und Gesellschaftsstrukturen und plädierten gegen Sozialisten einerseits *und* Konservative sowie viele gemäßigte Liberale andererseits für ein »allgemeines Staatsbürgerthum«. Biedermann und seine Mitstreiter verteidigten 1853 die 1848/49 erzielten gesellschaftlichen Veränderungen ebenso, wie sie das Scheitern der radikalen Demokratie begrüßten. Sie plädierten für eine Fortsetzung der Reformpolitik, wofür sich auch die der Paulskirchenopposition entstammenden Abgeordneten in den süddeutschen Landtagen stark machten und die v. Wydenbrugk als Minister in Weimar erfolgreich durchführte. Die realpolitische Linke sah sich im Einklang

¹³ Vgl. DOKUMENTE, 1993, S. 83 ff. und insb. 85 (dass.: W. SIEMANN, »Polizeiverein«, 1983, S. 56 ff., insb. 58); J. G. DROYSEN, Politische Schriften, 1933, insb. S. 323 ff., 335 f. und 341 f.; C. VOGT, Physiologische Briefe, 1854, S. 323; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 43; J. SHEEHAN, German History, 1989, S. 861 f. (der den Kulturpessimismus Droysens übersieht). Bis in die Formulierungen nimmt Droysens Gedanken vorweg, wie sie Karl Jaspers 75 Jahre später in »Die geistige Situation der Zeit« (Berlin 1930) formuliert hat und liefert damit Hinweise auf Konstanten im deutschen kulturpessimistischen Antimodernismus.

¹⁴ Vgl. Kap. V. 2. Das folgende aufgrund von K. BIEDERMANN, Deutsche Annalen, 1853, S. 32 ff., 47 und 148 ff.

mit dem unvermeidlichen historischen Fortschritt, befürwortete deshalb eine stärker historische Orientierung der Politik und polemisierte gegen den »idealistischen« Doktrinarismus sowohl der Ständestaats- und Bauernromantik als auch des Sozialismus. Kernpunkte des realpolitischen Programms waren die Abkehr von philosophisch begründeten Utopien, eine stärkere Berücksichtigung der historischen und materiellen Voraussetzungen politischer Verhältnisse sowie eine Beurteilung der jeweiligen Handlungsspielräume aus diesen Bedingungen.

Interpretationen, die dieses Programm als »ersten Schritt« des Liberalismus auf dem Weg zur »bourgeoisen Klassenideologie« ansehen, gehen an den Intentionen wie auch an v. Rochaus Text von 1853 vorbei. Sie projizieren eine spätere Entwicklungsstufe des Liberalismus, nämlich den Nationalliberalismus der späten 1860er Jahre, zu dessen Ideologen v. Rochau dann ebenso wie einige Mitglieder der Paulskirchenlinken gehörte, auf den Paradigmawechsel der frühen 1850er Jahre. Die Forderung nach »Realpolitik« richtete sich unmittelbar nach dem Scheitern der Hoffnungen auf eine zweite Revolution mindestens ebenso sehr gegen die politische Romantik der gemäßigten Liberalen, die die historische Entwicklung ignorierend zu des Absolutismus oder Konstitutionalismus zurückkehren wollten, wie gegen den demokratischen Radikalismus.¹⁵ Das Programm der »Realpolitik« zielte auf die Repolitisierung der Linken und stellte den Versuch dar, sie aus dem lähmenden Pessimismus herauszuführen. Es sollte jenseits der revolutionären Katastrophenhoffnung, die in der Verschlechterung der eigenen Lage stets eine Verbesserung der Chancen der Opposition sah, Handlungsperspektiven aufzeigen. Er setzte dabei, dem neuen gesellschaftstheoretischen und geschichtsphilosophischen Paradigma folgend, auf die materiellen Triebkräfte der Modernisierung und wollte an das politisch-ökonomische Liberalisierungsprogramm der Märzministerien anknüpfen. »Realpolitik« bedeutete

¹⁵ R. KOCH, Einleitung 1975, 1861, S. *5; ähnl. L. GALL, Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«, 1975, S. 334 ff. H.-U. Wehler (Einleitung zu L. A. v. ROCHAU, 1853, S. 13) behauptet, v. Rochau habe ein Zensuswahlrecht verfochten. In dem Kapitel über die verschiedenen Wahlmodi (S. 87 ff.) wägt v. Rochau deren Vor- und Nachteile gegeneinander ab, ohne selbst Position zu beziehen (ähnl. A. RUGE, Nach dem Kriege, 1857, S. 226). Am differenziertesten bewertet J. P. EICHMEIER, 1968, S. 267 ff., Rochaus Buch. Zu den Mystifikationen, die dem Buch eine Bedeutung zuschreiben, die es erst seit Mitte der 1860er Jahre gehabt hat, gehört auch die Behauptung K.-G. FABERS, 1966, S. 17, »der Begriff »Realpolitik« sei, »seitdem August Ludwig von Rochau ihn 1853 geprägt hatte, zum Allgemeingut der Politiker und zur Scheidemünze in der Diskussion politischer Fragen geworden«. Faber verweist als Beleg auf Rosenberg, Publizistik – ein Werk, das die 1850er Jahre gar nicht behandelt. Vgl. L. A. v. ROCHAU, 1853, S. 25 ff., 52, 127 ff. u. ö., sowie F. BAUMGART, 1976, S. 101 f. E. R. HUBER (Verfassungsgeschichte, Bd. II, 1988, S. 386 ff.) betont, daß »Realpolitik« kein konservatives, sondern ein liberales Konzept sei. Über diese Zuordnung hinaus, die ja auch Wehler und Koch, wenn auch mit kritischerer Tendenz als Huber vornehmen, halte ich »Realpolitik« für ein genuines Konzept der nachrevolutionären politischen Linken. Ähnl. jetzt auch H. Best (in: J.-C. PONT, 1998, S. 25).

zwar die Abkehr vom Modell der Volksrevolution nach dem Muster von 1789, aber keine Revision der Ziele »Einheit«, »Macht« und »Freiheit«.

Der Anspruch, »Realpolitik« zu treiben, war von Anfang an latent gouvernemental. Aber in seinem frühesten Stadium war er in allen Fraktionen der bürgerlichen Linken anzutreffen, zumal es Mitte der 1850er Jahre zunächst zu einer breiten, strömungsübergreifenden Kooperation im liberalen Lager kam. Der Gegensatz zwischen der Option für Politik von oben oder Politik von unten brach erst zu Beginn der 1860er Jahre offen auf, als die Handlungsspielräume sich wieder vergrößerten und deshalb die unterschiedlichen strategischen Optionen zu gegensätzlichen politischen Entscheidungen führen konnten.

2. Politische Annäherung der Fraktionen

Vor dem Hintergrund der Abkehr von der Revolution und der intensiveren Auseinandersetzung mit politisch-strategischen Fragen bemühte sich die Linke auch auf parlamentarischer und lokaler Ebene um Kooperation mit denjenigen Konstitutionellen, die ihrerseits gegen die Reaktionspolitik opponierten. Einmal mehr übernahmen die Württemberger dank ihrer von einer langen liberalen Tradition und einer vergleichsweise intakten Öffentlichkeit geprägten politischen Kultur eine Vorreiterrolle. Im Stuttgarter Landtag arbeitete das gesamte liberale Spektrum seit Ende 1854 zusammen. Bereits seit der Aufhebung der Grundrechte im März 1852 war in der württembergischen Öffentlichkeit über die Fruchtlosigkeit der innerliberalen Konfrontation debattiert worden. Jedoch waren die Konstitutionellen zunächst nicht bereit, auf die Versöhnungsangebote der Linken einzugehen. Erst allmählich kam es, von der Kommunalpolitik ausgehend und getragen von der jüngeren demokratischen Politikergeneration, deren prominenteste Köpfe Sigmund Schott, Julius Hölder und Gustav Diezel waren, zur Zusammenarbeit. Das gesamtliberale Bündnis erzielte seinen ersten spektakulären landespolitischen Erfolg bezeichnenderweise in einer Frage von grundlegender Bedeutung für die Kommunalpolitik, als die württembergische Kammer am 21. Februar 1855 eine neue Gemeindeordnung ablehnte, die ein Dreiklassenwahlrecht und massive Eingriffe des Staates in die kommunale Selbstverwaltung intendierte. Die Kommunalpolitik, gerade in den großen Städten, war nicht nur in Württemberg und nicht erst in der nachrevolutionären Epoche der Ort, wo neue Instrumente und Strategien bürgerlicher Politik entstanden.¹

¹ Dennoch wird die Kommunalpolitik in der Forschung meist ausgeblendet – so auch hier aus arbeitsökonomischen Gründen. Dabei wäre eine vergleichende Analyse bürgerlicher Kommunalpolitik in den 1850er Jahren vermutlich lohnend.

Beflügelt durch diesen Erfolg gelangte die parlamentarische Opposition weiter in die Offensive: Die Kammer demütigte das Ministerium geradezu, als es ihm im Mai 1855 jegliche Erhöhung seiner Gehälter verweigerte. Aufgrund einer Initiative Fetzers erklärte die Kammer Anfang August einen Erlaß des leitenden Ministers Linden für verfassungswidrig, der den Kommunen verbieten sollte, sich zu der geplanten Gemeindeordnung in Petitionen zu äußern. Daraufhin kam es zu der in den Verfassungskonflikten der 1850er und 1860er Jahre üblichen Reaktion: Die Kammer wurde am 20. August 1855 aufgelöst. Die fälligen Neuwahlen zeigten, daß die Basis des Liberalismus seit 1851 deutlich schmaler geworden war. Obwohl Konstitutionelle und Demokraten sich wechselseitig unterstützten, und trotz ihrer erfolgreichen Opposition in der Kammer verbuchte die Regierung einen Wahlsieg: Die Opposition, die 1851 getrennt 53 der 70 Wahlmandate erungen hatte, verlor vereint mehr als zehn Wahlkreise an die Konservativ-Regierungstreuen. Prominente Mitglieder der Paulskirchenlinken wie Gottlob Tafel und Ferdinand Nägele oder der ehemalige Reichsregent August Becher verloren ihre Landtagssitze.²

Auch in anderen deutschen Staaten wuchs der politische Optimismus, nahm die Widerstandsbereitschaft gegen die Reaktionsregime zu und näherten sich Gemäßigte und Radikale während der 1850er Jahre politisch einander an.³ Dies gilt etwa für Sachsen, wo ein Thronwechsel zu einer gewissen politischen Öffnung führte. Teile der preußischen Demokratie – darunter die Paulskirchenabgeordneten Venedey und Max Simon, vor allem aber ihre wichtigsten Zeitungen, die »National-Zeitung« und die im Frühjahr 1853 aufgrund politischer Verfolgung als »Volkszeitung« neugegründete »Urwähler-Zeitung« – wandten sich immer häufiger gegen den Wahlboykott.⁴ Die

² D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 266ff.; H. BRANDT, 1987, S. 659f. und 668ff.; J. WESTERMAYER, 1998, S. 229ff.; Beobachter 25. 11. (allgemeiner Wahlaufuf) und 1. 12. 1855 (Wahlaufuf Nägele). Zu den schwierigen Arbeitsbedingungen im Landtag seit 1856 vgl. exemplarisch Fetzer an Venedey 1. 12. 1858 (BA 90 Ve 1/16). Auch die preußische Wahl von 1855 führte – vor allem im liberalen Rheinland – zu einem, allerdings durch massiven Druck der Behörden auf die Wähler geförderten Sieg der konservativ-klerikalen Kräfte. Vgl. GStA Rep. 90a VIII.12; G. GRÜNTAL, 1982, S. 447ff.; J. FRÖLICH, 1990, S. 199.

³ So publizierte der linksliberale und nun in Lüneburg kommunalpolitisch tätige Paulskirchenabgeordnete Grumbrecht in der »Zeitung für Norddeutschland« vom 3. 1. 1855 eine sehr optimistische Korrespondenz, in der er vorschlug, »in den größeren Städten [...] und auf dem Lande Vereine zum Schutze der [...] Verfassung« zu gründen, die er durch das hannoversche Ministerium gefährdet ansah. Er gab auch der Erwartung Ausdruck, daß »der bevorstehende große Krieg« zu einschneidenden politischen Veränderungen führen werde, und endete geradezu aufrührerisch: »Jedenfalls wird Gewalt mäßiger, wenn sie Widerstand findet. Dieser selbst stärkt aber die Kräfte und schon um deswillen sollte man ihn nie aufgeben. Die Fluth der Reaction scheint außerdem so weit gekommen, daß die Ebbe nicht mehr ferne sein kann.« Vgl. zur strömungsübergreifenden Kooperation im norddeutschen Liberalismus C. GOTTHARDT, 1992, S. 83f.

⁴ A. NEEMANN, 1999, S. 181f.; A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 38ff.; G. GRÜNTAL, 1982, S. 330f. und 433f.; J. FRÖLICH, 1990, S. 198ff. Max Simon (an Ve-

führenden Demokraten hielten jedoch an der 1849 beschlossenen fundamentaloppositionellen Strategie fest – wohl vor allem, weil es einen die »Partei«-Basis einbeziehenden Entscheidungsprozeß, wie er in Württemberg möglich war, im Preußen der Reaktionszeit nicht einmal in Ansätzen gab. Wegen des Wahlboykotts und der politischen Verfolgung gab es dort im linksliberalen und demokratischen Spektrum keinerlei Organisationsstrukturen und keine Wähler- oder Wahlmännerversammlungen mehr.

Innerhalb der Paulskirchenlinken kam es zwischen denjenigen, die zur Kooperation mit den Konstitutionellen bereit waren, und denjenigen, die am ideologischen Radikalismus festhielten, zu bezeichnenden Differenzen über die korrekte politische Terminologie. So riet Jacob Venedey Ludwig Simon in einem Leitartikel des Stuttgarter »Beobachter« zur Mäßigung seiner politischen Sprache. Venedey mißfiel der Begriff »Culturarchie«, mit dem Simon das Ziel demokratischer Politik bezeichnete und worunter er eine Selbstregierung des Volkes nach dem parlamentarischen Prinzip, »ausgeübt in Urversammlungen oder durch Volksvertretung«, verstand. Das Wort »Anarchie« gebe, so lautete Venedeys Vorhalt, den Gegnern der Demokratie die Gelegenheit, »das arme, wenig gebildete Volk zu schrecken und zurückzuseuchen«. Mit dem Popanz »Anarchie« habe die Reaktion seit 1849 die Rücknahme der Märzerrungenschaften legitimiert. Venedey riet Simon zu einer taktischeren Wortwahl: das Volk sei noch nicht gebildet genug, um selbst und ungefiltert »ins Sonnenlicht zu schauen«.⁵ Hier wie insgesamt in der Debatte um eine realistischere politische Vorgehensweise zeigte sich, daß es den Vordenkern der Linken nur um eine neue politische Strategie ging, mit der weiterhin die grundlegenden Ziele von 1848 wie auch der Führungsanspruch der Linken, »das Volk« zu seinem eigenen Besten zu erziehen, durchgesetzt werden sollten.

Im Sommer 1856 im Rahmen der oppositionellen Reisediplomatie fanden die ersten überregionalen, gesamtliberalen Koordinierungsgesprächen seit 1849 statt. Der Polizei waren Informationen zugetragen worden, daß die »demokratischen und revolutionären Koryphäen Preußens sich in einem rheinischen Bade« zu Koordinierungsgesprächen mit süddeutschen Genossen und führenden Konstitutionellen treffen wollten. Angeblich wollten sich »Uhland, Gagern, Welcker, Pagenstecher, Bucher, Kerckhoff, Kruse, DuMont, Brüggemann u.A. beteiligen« – also Vertreter sämtlicher liberaler Fraktionen aus Paulskirche und preußischer Nationalversammlung. Als Jacoby im Rahmen seiner Bäderreise im Sommer 1856 den nassauischen Kur-

nedey ?II. 52, BA 90 Ve 1/50) kritisierte die Boykottaktik als unpolitisches »Hand in den Schoß Legen«; NZ 13.9.1855 (auch zit. in: Beobachter 18.9.1855).

⁵ J. VENEDÉY, »Culturarchie«, 1856; vgl. L. SIMON, Aus dem Exil, Bd. I, 1855, S. 56, und Bd. II, S. 215 ff.; C. NAUWERCK, Soziale Frage, 1857, S. 609. Anlaß für Venedeys Artikel war die »vornehm bemitleidende« Rezension von Simons, in der Linken wegen seiner Offenheit umstrittenen Buches »Aus dem Exil« durch den Paulskirchenlinken Philipp Fallmerayer, in der Augsburger Allgemeinen (8.2.1856), gegen die Venedey Simon ansonsten verteidigte.

ort Bad Schwalbach besuchte, war die politische Polizei in Berlin alarmiert und sandte ihren besten Spezialisten für die bürgerliche Linke, den Polizeirat Karl Ernst Heinrich Caspar dorthin. Er konnte bald melden, daß auch Georg Gervinus dort eingetroffen sei, daß beide Politiker »sehr regelmäßig« badeten, daß Gervinus »sehr eifrig – wie es heißt im Schleswig-Holsteinischen Interesse – arbeite[t] und häufig von seinen gothaischen Gesinnungsgenossen Besuche« erhalte und daß auch einer der Gagern-Brüder⁶ sowie Karl Rodbertus in Schwalbach weilten. Caspar fand besonders das Zusammentreffen Jacobys mit Rodbertus »sehr beachtenswert«: Rodbertus sei »ein mit reichen Mitteln versehener Mann, mit in die Tiefe gehenden Verbindungen, namentlich in Italien und Frankreich« und »die versteckte Seele der Umtriebe in Preußen seit 49. Er nimmt aber die Mine an, kein Jacobiner⁷ zu sein und stand daher in schroffem Gegensatz zu Johann Jacoby.« Aus ihrem Zusammentreffen schloß der Polizeiaгент »auf eine Fusion von Elementen, die bisher in Preußen auseinandergehalten sind.« Die versammelten Köpfe der Linken hätten einige »sehr lange Unterredungen gehabt« und erfolglos versucht, als Deputation zum württembergischen König zu gelangen, der in der Nähe seinen Urlaub verbrachte, um – wie Caspar es formulierte – »dem Monarchen, der wieder einmal als der deutscheste gepriesen wird, die Nothwendigkeit einer Vertretung des deutschen Volkes am Bundestag, und einer Intervention in Schleswig-Holstein [zu] unterbreiten«.

König Wilhelm von Württemberg zählte in den 1850er Jahren zu den Hoffnungsträgern liberal-nationaler Bestrebungen, seitdem 1855 ein Brief von 1850 oder 1851 an den österreichischen Ministerpräsidenten v. Schwarzenberg bekannt geworden war, in dem Wilhelm sich für »ein einiges, oberstes Nationalparlament« ausgesprochen hatte, da nur so die Nation »mit der Bundesverfassung auszusöhnen und [...] die Revolution in Deutschland zum Stillstand zu bringen« sei. Die 1856 von der nationalistischen Opposition geplante Deputation wurde aber, den Recherchen der Polizei zufolge, von König Wilhelm abgewiesen. Deshalb seien auch viele in Schwalbach erwartete Politiker ausgeblieben und die geplante größere »Versammlung der Führer der gothaischen Partei [...] aufgegeben oder verschoben« worden.⁸ Die Kontakte zwischen Vertretern unterschiedlicher liberaler Rich-

⁶ »Welcher Gagern dies gewesen[,] konnte nicht festgestellt werden« (BLHA 13835, Bl. 237). Wahrscheinlich war es Heinrich v. Gagern, der in Heidelberg Nachbar von Gervinus war, zumal Max 1856 bereits in Wien lebte.

⁷ Sowohl in der Öffentlichkeit als auch in den Polizeiakten wurde oft in diffamierender Absicht mit der aufgrund der Namensähnlichkeit bestehenden Assoziation zwischen den Anhängern und Freunden Johann Jacobys und den Jakobinern als Inbegriff revolutionären Radikalismus operiert. Der ebenfalls häufig verwendete Ausdruck »Jacobiten« konnte als Anspielung auf den für seine Rekatholisierung bekannten britischen König Jacob II. und seine Jacobiten genannten Anhänger verstanden werden und mußte im protestantischen Preußen ebenfalls negative Assoziationen wecken.

⁸ BLHA 10877, Bl. 47f., und 13835, Bl. 234ff. (Bericht des Polizeirats Caspar) und 244; E. SILBERNER, 1976, S. 265ff.; Brief des Königs: Beobachter 25.7.1855 und 14.4.1866. Vgl. auch Kap. IV. 2.

tungen aus allen Teilen Deutschlands gehörten zur realpolitischen Neuorientierung in der Linken und zum Versuch, die durch die rigiden Vereinsgesetze des Bundes unterbrochene überregionale Koordination der Opposition wieder aufzunehmen. Dies mußte auf der Ebene persönlicher Kontakte beginnen. Eine Basis hierfür boten die das gesamte Bundesgebiet umspannenden und mit der Emigration verbundenen Netzwerke, die in der Paulskirche entstanden waren.

Ob nun die Schwalbacher Gespräche und die zahlreichen weiteren Kontakte, die Jacoby als einer der wichtigsten Köpfe der preußischen Demokratie während seiner Sommerreise 1856 mit Gesinnungsgenossen in Deutschland und der Schweiz hatte, oder andere Umstände maßgebend waren: jedenfalls rückte die preußische Linke seit 1857 von ihrem fundamentaloppositionellen Kurs ab. Die Einsetzung des späteren Kaisers Wilhelm I. als Stellvertreter seines nervenkranken Bruders Friedrich Wilhelm IV. am 23. Oktober 1857, die bereits längere Zeit erwartet worden war, wurde von der Opposition mit Hoffnungen auf eine Entmachtung der hochkonservativ-pietistischen Hofkamarilla und eine Lockerung der Repression verbunden. Im Laufe des Jahres 1858 rangen sich schließlich auch die Exponenten der Londoner und der Zürcher Emigration zu der von den Württembergern bereits 1850 vollzogenen Wende »von der prinzipiellen zur parlamentarischen Opposition« (Langewiesche) durch. In London wurde die Abkehr von der Boykottstrategie von einer Versammlung der Emigranten beschlossen. Sie legte zugleich fest, daß aus ihren Reihen Bucher, falls er zurückkehren dürfe, für das preußische Abgeordnetenhaus kandidieren solle, und sandte Wilhelm Löwe, der sofort nach den ersten Gerüchten über eine bevorstehende Liberalisierung in Preußen im Mai 1858 aus den USA zurückgekehrt war, zu Koordinierungsgesprächen mit Vogt und v. Rappard in die Schweiz. Im Juli reisten zwei Exponenten der liberalen Hauptströmungen in der Freien Stadt Frankfurt, der Demokrat Sigmund Müller, später eine Schlüsselfigur in Nationalverein und Abgeordnetentag, und der linksliberale Paulskirchenabgeordnete Friedrich Siegmund Jucho, zu den Häuptern der großpreußisch-demokratischen Emigration Carl Vogt, Heinrich Simon »und anderen Flüchtlingen« in die Schweiz. Die politische Polizei, die die Gespräche mißtrauisch verfolgte, erblickte auch in ihnen eine Koordinierung zwischen der »gothaischen und demokratischen Partei«.⁹

⁹ BLHA 11377, Bl. 20ff., 12198, Bl. 306, und 13835, Bl. 264. An der »Konferenz« der Londoner Emigrationshäupter sollen außer Löwe u. a. Bucher, Freiligrath und Gerstenberg teilgenommen haben. Der Beschluß sei in Absprache mit Kinkel gefaßt worden. Vgl. Temme an Zabel 21. 6. 1858 (BJ, Slg. Varnhagen 241); L. Simon an Jacoby 30. 6. 1861 (J. JACOBY, Briefe, 1978, S. 151); A. RUGE, Was wir brauchen, 1861, S. 36. Insgesamt reagierte die Paulskirchenlinke skeptisch auf den Regenschaftswechsel in Preußen. Vgl. Reinstein an seinen Bruder 21. 10. und 19. 11. 1858 (BA FSg. 1/18); C. VOGT, Studien, 1859, S. IX und 21; ders. an Hartmann 6. 12. 1859; Bamberger an Hartmann 10. und 29. 12. 1859 (alles: SLB Wien); J. JACOBY, Grundsätze, 1859, S. 7; DERS.,

Seit Mitte der 1850er Jahre begannen auch die Emigranten ihren Dogmatismus und revolutionären Attentismus zu überwinden. Die Bereitschaft der führenden Demokraten, sich wieder am parlamentarischen Leben zu beteiligen, brachte in Preußen taktische Überlegungen auf die Tagesordnung, wie sie in Württemberg und mit Einschränkungen auch in den übrigen Staaten des süddeutschen Konstitutionalismus seit Anfang der 1850er Jahre diskutiert wurden. Nun wurden die verbliebenen und die sich mit der „Neuen Ära“ eröffnenden politischen Möglichkeiten ausgelotet, und auch in Preußen fand eine Annäherung zwischen Teilen der Linken und den gemäßigten Liberalen statt. Die mit der Abkehr von der Boykotttaktik beginnende Repolitisierung der preußischen Linken auf überlokaler Ebene mündete schließlich 1861 in die Gründung der gesamtliberalen Fortschrittspartei und ging damit weit über die von der Auslandsführung mit dem Wiedereintritt ins Abgeordnetenhaus verbundenen Erwartungen hinaus.

3. Der Krimkrieg als Impuls für die Wiederbelebung liberaler Deutschlandpolitik

Bereits vor Beginn der »Neuen Ära« in Preußen, unter den schwierigen Bedingungen der 1850er Jahre, kam es innerhalb der Paulskirchenlinken zu einer Wiederbelebung der deutschlandpolitischen Diskussion. Sie bildete zusammen mit den überregionalen Koordinierungsbemühungen auf privater Ebene, wie den Schwalbacher Gesprächen von 1856, die Grundlage dafür, daß nach der Lockerung der Unterdrückung in Preußen so schnell überregionale Verbände entstehen konnten, die sich der Vollendung des liberal-nationalen Einigungsprojekts der Paulskirche widmeten. Hierzu zählten neben dem »Deutschen Nationalverein«, bei dem die politischen Fäden zusammenliefen, Berufs- und Interessenverbände, die sich vor allem auf wirtschaftspolitischem Gebiet engagierten, wie der Kongreß deutscher Volkswirte oder der Deutsche Handelstag.

Für das Wiederentstehen einer deutschlandpolitischen Diskussion der Linken und die neuen Perspektiven für die nationale Einigung waren neben dem realpolitischen Paradigmawechsel der Krimkrieg und seine Folgen von entscheidender Bedeutung. Dieser erste europäische Krieg seit 1814 begann im Oktober 1853 mit der Kriegserklärung des Osmanischen Reichs an Rußland, das zuvor Vasallenstaaten des Sultans an der Donaumündung besetzt

Briefwechsel, 1978, S. 56ff.; Kolb an Mittermaier 8. 12. 1859 (Heid. Hs. 2746); H. Simon an Paur 5. 12. 1858 (AkadW); L. Simon an Hartmann 10. 1. 1860 (SLB Wien). Uneingeschränkt hoffnungsvoll äußerte sich lediglich K. BIEDERMANN, Regentschaft, 1858; DERS., Programm, 1858; DERS., Heute und vor zehn Jahren, 1859; sowie weitere Kommentare von Biedermann in der DAZ im Herbst und Winter 1858/59; DERS., Demokratie, 1860, S. 357.

hatte, und weitete sich 1854/55 durch das Eingreifen Großbritanniens, Frankreichs und Sardiniens auf seiten der Türken zu einem Konflikt aus, in den alle europäischen Mächte außer den Staaten des Deutschen Bundes verwickelt waren. Der Krimkrieg bedeutete das Ende der »Pentarchie«, also der Herrschaft der fünf europäischen Großmächte, die sich nach den Revolutionen von 1848/49 noch einmal stabilisiert hatte, und schwächte vor allem Rußlands Machtposition entscheidend.¹

Entgegen den russischen Erwartungen neigte Österreich, das formell neutral blieb, eher dem Osmanischen Reich und den Westmächten zu. Damit war der expansive Vorstoß des Zarenreichs zum Scheitern verurteilt. Da jedoch die Mächte Rußland wegen der großen Entfernungen keine militärische Niederlage zufügen konnten, bestätigte der Friede von Paris im Frühjahr 1856 den territorialen status quo ante. Dennoch veränderte der Krimkrieg die europäische Konstellation grundlegend, insbesondere aus der Sicht der deutschen Liberalen, die nach Chancen für eine nationale Einigung suchten: Die Weigerung Österreichs und Preußens, auf die Seite Rußlands zu treten, wobei Preußen immerhin eine wohlwollend neutrale Haltung einnahm, Österreich nicht einmal dieses, bedeutete das Ende der Heiligen Allianz, die aus der Sicht der mitteleuropäischen Linken das Herz der Reaktion bildete und als deren treibende Kraft das autokratische Rußland galt. Die Niederlage Rußlands gegen den Westen und das Zerschlagen der Heiligen Allianz interpretierten die Vordenker der deutschen Opposition voller Hoffnung als vorentscheidende Niederlage von Legitimus und Reaktion. Großpreußische Demokraten wie Heinrich Simon, Ludwig Bamberger oder Arnold Ruge bewerteten den Krimkrieg als epochalen Wendepunkt. Er beendete in der deutschen Linken die Depression, die auf die Niederlage der Revolution von 1848/49 und den Verlust der Hoffnung auf eine baldige zweite Revolution gefolgt war.²

¹ Zum Hintergrund: A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1864; A. WANDRUSZKA/ P. URBANITSCH, 1989, S. 218 ff.; H. FRIEDJUNG, Österreich, Bd. II, S. 229 ff. (Zitat: S. 243); L. GALL, Europa 1850–1950, 1989, S. 36 f.; A. DOERING-MANTEUFFEL, 1989, S. 138 ff.; S. A. KAEHLER, 1952, S. 420, bezeichnete den Krimkrieg als die »politischen Lehrjahre« der Generation von 1848.

Der Krimkrieg führte erstmals einer breiteren Öffentlichkeit die Schrecken eines modernen Stellungskriegs vor Augen. Als Reaktion darauf entstanden in Westeuropa neue pazifistische Organisationen, deren Ideen auch in einem Teil der deutschen bürgerlichen Linken auf Resonanz stießen und für deren Verbreitung sich aus der Paulskirchenlinken besonders Wilhelm Schulz-Bodmer einsetzte. Schulz warb für die Bildung von »Friedensvereinen« nach britischem und amerikanischem Vorbild im Deutschen Bund, die die Forderung nach Liberalisierung der Armeen, nach Abrüstung und Kriegsvermeidung propagieren und sich für internationale Schiedsgerichte zur Konfliktregelung einsetzen sollten (vgl. W. SCHULZ-BODMER, Rettung, 1859; DERS., Entwaffnung, 1859).

² H. Simon an Venedey 25. 9. 1855 (BA 90 Ve 1/49): »[...] ein Wendepunkt in der europäischen Geschichte [...] und ich sehe so rosig, so rosig, sage ich Dir, Venedey. Wir standen am Abgrund [...]«; A. RUGE, Aus dem Kriege, 1867, S. 6; L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 306 f.; K. BIEDERMANN, Mein Leben, Bd. II, 1886, S. 208. Auch in den »Preußischen Jahrbüchern« wurde vor 1871 mehrfach das Jahr 1854/55 als Wendepunkt

Der Sieg des Westens gegen die Vormacht der Reaktion, als der der Ausgang des Krimkriegs wahrgenommen wurde, beseitigte auch die Zweifel an der Gültigkeit des Fortschrittsprinzips, das für das politische Denken der Linken konstitutiv war. Es ist bezeichnend und ein Indiz für die Verbreitung realpolitischen Denkens, daß der Umschwung hin zu einer hoffnungsvollen Stimmung von einem außenpolitischen Ereignis und noch dazu von einem blutigen Krieg ausging und nicht von einer revolutionären Erhebung oder innenpolitischen Reformen in einem deutschen oder mitteleuropäischen Staat. Der Krimkrieg verdeutlichte außerdem, wie schwer in Europa machtpolitisch bedeutsame territoriale Veränderungen durchzusetzen waren. Das mußte erst recht im deutschsprachigen Raum gelten, wo die Interessen aller Mächte tangiert waren. Im Hinblick auf die Frage der deutschen Einigung bestätigte der Ausgang des Krieges die Notwendigkeit eines zugleich machtorientierten und gegenüber konservativen Interessen kompromißbereiten, also realpolitischen Vorgehens.

Daß Preußen von allen Großmächten die wohlwollendste Haltung gegenüber Rußland, dem Aggressor und schärfsten Gegner aller freiheitlichen Bestrebungen, einnahm, trug nach der Auseinandersetzung um die Deutsche Union und dem Verhalten in der kurhessischen und schleswig-holsteinischen Frage zur weiteren Verschlechterung des Preußenbildes der Liberalen bei. Daß hingegen Österreich sich stärker als Preußen von seinem traditionellen Verbündeten Rußland absetzte, war der Beginn einer positiveren Bewertung der Habsburgermonarchie, die nicht mehr nur als Völkergefängnis, sondern als reformierbar betrachtet wurde. Solche Hoffnungen, insbesondere in der Linken Österreichs und Süddeutschlands, bildeten die Grundlage für die Unterstützung, die die österreichische Politik in Teilen der liberalen Öffentlichkeit von 1859 bis 1863, vom italienischen Krieg bis zum Scheitern der Bundesreformbestrebungen, fand. Daß die Friedenskonferenz im Frühjahr 1856 in Paris tagte, symbolisierte die neue Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Damit gewannen auch die »Idées Napoléoniennes«, die ein Selbstbestimmungsrecht der Völker propagierten, politisch an Gewicht und verliehen dem Nationalismus der Völker ohne Nationalstaat zusätzlichen Aufschwung.

Aus der Paulskirchenlinken beschäftigte sich der Österreicher Franz Schuselka am engagiertesten mit dem Krimkrieg. Aufgrund religiöser und politischer Verfolgung durch die beiden deutschen Großmächte war er zu einem Grenzgänger und Vordenker der supranationalen Richtung mit stark demokratischem Einschlag geworden. Als Leiter des Sicherheitsausschusses hat er

der nachrevolutionären Epoche bezeichnet: vgl. etwa Bd. 23, 1869, S. 301; Bd. 25, 1870, S. 46. Die Sicht auf 1858/59, also den Beginn der »Neuen Ära« in Preußen als Wendepunkt ist eine Ex-post-Konstruktion derjenigen Historiographie, die die Geschichte seit 1849 auf die Bismarcksche Reichsgründung zulaufen läßt. Vgl. außerdem S. A. KAEHLER, 1952, S. 438 ff.

zu den Führern des Wiener Aufstandes vom Oktober 1848 gehört und war nach dessen Niederschlagung nach Berlin geflohen, von wo er 1851 aus politischen Gründen nach Österreich abgeschoben wurde, das ihn bis 1854 internierte. Anschließend lebte er in Dresden, bis er 1859 nach Wien zurückkehren konnte, wo er die liberale »Reform« herausgab. Schuselka wollte, daß die Staaten des Deutschen Bundes sowie die Schweiz, Belgien und Holland sich möglichst eng zusammenschlossen, um als europäische Vormacht agieren zu können. Er erhoffte sich davon zugleich eine Liberalisierung Österreichs und dessen Öffnung nach Westen. Schuselka kritisierte 1855 die zögerliche und Rußland gegenüber zu wohlwollende Haltung Preußens, das sich abseits halte, wo sich erstmals die Westmächte, Österreich und die moderne Großmacht der »öffentliche[n] Meinung der ganzen gebildeten Welt« einig seien – eine Situation, die man »ohne optimistische Übertreibung« als »den Beginn einer neuen Culturepoche begrüßen« dürfe. Von dieser neuen Epoche erhoffte Schuselka die Realisierung der liberalen Utopie des friedlichen Wettstreits der europäischen Nationen.³

Schuselka erkannte aber auch die Sackgasse, in die Österreich durch die Mächtekonstellation im Krimkrieg geraten konnte, indem es sich mit den Nationalstaaten des Westens verbündete und mit der einzigen anderen multinationalen Großmacht brach, mit der es durch die Gegnerschaft zum entstehenden slawischen Nationalismus verbunden war. Er sah einen fundamentalen Gegensatz zwischen den arrondierten Nationalstaaten Großbritannien und Frankreich, die weltweite wirtschaftliche und politische Imperien aus Kolonien und Militärstützpunkten aufbauten, und dem politisch und ethnisch zerklüfteten Mitteleuropa, das unter nationalistischen Vorzeichen nicht zu einigen war. Um die spezifischen Interessen der deutschen Staaten zu verfolgen, die nach Schuselkas Ansicht von denen der westeuropäischen Großmächte grundverschieden waren, hielt er es für unabdingbar, daß Österreich und Preußen an einem Strang zogen.⁴

Nachdem sich Österreich auf die Seite des Osmanischen Reichs und des Westens gestellt hatte, warb Schuselka 1855 in einer längeren Abhandlung dafür, daß Preußen dasselbe tue. Innerhalb der preußischen Führung plädierten die gemäßigt konservative »Wochenblatt-Partei« und der Thronfolger für eine Westorientierung, die hochkonservative »Kreuz-Zeitungs-Partei« sowie der König hingegen für Neutralität.⁵ Schuselka vermutete zu Recht, daß die Verfechter der Neutralität nicht zuletzt Österreich schwächen und die Gegensätze zwischen seinen slawischen und den übrigen Völkern schüren wollten. Als Anhänger einer mitteleuropäisch-föderalistischen Lösung war für ihn die auf eine Spaltung Österreichs zielende Neutralitätspolitik der preußischen Regierung vom Standpunkt »allgemeine[n]

³ F. SCHUSELKA, *Preußen, 1855*, S. 1.

⁴ F. SCHUSELKA, *Orient, 1854*.

⁵ Zum Hintergrund: E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, 1988, S. 233 ff.; S. A. KAEHLER, 1952, S. 460 ff.

deutschen Nationalbewußtseins und Vaterlandsgefühls« verwerflich und Ausdruck von preußischem »Particularismus und Separatismus«.

Schuselkas Schrift besaß nur in den liberalen Mittel- und Kleinstaaten die Chance, öffentlich wahrgenommen zu werden, da ihr das Verbot in Preußen und Österreich sicher war. Die in Leipzig verlegte Schrift war entsprechend mit Blick auf die liberale Öffentlichkeit im Dritten Deutschland geschrieben. Sie sollte sich für die von Schuselka favorisierte mitteleuropäische Föderation einsetzen, um die Selbständigkeit ihrer Staaten zu bewahren. Schuselka betonte in diesem Zusammenhang, daß die »reinen Bundesstaaten«, also das Dritte Deutschland jenseits der Großmächte, von Österreich nichts zu fürchten hätten, da es »so groß und so wohl arrondirt« sei, »daß es überhaupt keine Vergrößerung, zumal keine mit deutschen Ländern« brauche: »Für Preußen dagegen wäre verbindende, ausfüllende und abrundende Vergrößerung in der That ein sehr dringendes Bedürfnis, und es könnte dieses nur mit Ländern der reinen Bundesstaaten befriedigen.« Die supranationale, staatenbündische Lösung der deutschen Frage sollte also nicht zuletzt Preußens Expansionsdrang eindämmen und es an der Annexion deutscher Territorien hindern. Umgekehrt wollten diejenigen, die innerhalb der preußischen Staatsführung für Neutralität eintraten (zu ihnen zählte auch Bismarck), nicht zuletzt Österreich aus »Deutschland« verdrängen.⁶

Schuselkas Gegenüberstellung von Österreich, Preußen und »Deutschland« nahm die seit dem Ende des Alten Reichs immer wieder diskutierten Triasideen auf, die auch die übrigen deutschlandpolitischen Debattenbeiträge aus dem Kreis der Paulskirchenlinken in den 1850er Jahren bestimmten – eine kleindeutsche oder gar großpreußische Lösung fand wegen der reaktionären und rußlandfreundlichen Politik Preußens bis 1858 unter ihnen keine öffentlichen Fürsprecher. Schon die Bezeichnung als »reine Bundesstaaten« verdeutlicht, daß für Schuselka das Dritte Deutschland das »wahre« Deutschland war, dessen Politik nicht durch anationale Großmachtinteressen bestimmt wurde.⁷ Angesichts des Vorsprungs an Liberalität, den die meisten Mittel- und Kleinstaaten im Vergleich zu den Großmächten aufwiesen, war deren Bewertung als das »wahre« Deutschland, von dem am ehesten die Wahrung der nationalen Interessen zu erwarten sei, in den fünfziger Jahren in der Paulskirchenlinken verbreitet. Sie übersah allerdings den kleinlichen Partikularismus und die immer wieder deutlich werdende Weigerung der klein- und mittelstaatlichen Herrscher, auf Souveränitätsrechte

⁶ Vgl. ebd., S. 465 f. Kaehler hält es sogar für den ersten Erfolg Bismarcks als »preußischer Realpolitiker«, daß Preußen im Krimkrieg neutral blieb, da es »die ersten Ansätze zur Ablösung Bismarcks von der konservativen Doktrin einer monarchischen Solidarität sichtbar« mache.

⁷ F. SCHUSELKA, Preußen, 1855 insb. S. 26f., 46ff. und 56f. Zur Tradition der Rede vom Dritten Deutschland und der Triasidee seit 1806 vgl. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. I, 1990, S. 62, 671 ff. und 755 f. Auch in den Verhandlungen der Paulskirche waren Triasvorstellungen präsent, ohne daß jedoch der Begriff »Drittes Deutschland« gefallen wäre (vgl. etwa StB, S. 358 ff.).

zu verzichten – also diejenigen Faktoren, die bis 1866 immer wieder eine gemeinsame Politik des Dritten Deutschland verhinderten.

In Württemberg, dem während der 1850er Jahre politisch lebendigsten deutschen Staat⁸, kam es am 1. März 1855 zu einer bedeutsamen Landtagsdebatte anlässlich der Bewilligung der Kosten, die dem Königreich aufgrund der vom Deutschen Bund am 8. Februar beschlossenen vorsorglichen Kriegsbereitschaft entstanden. In der Debatte führten die Zusammenarbeit des gesamten liberalen Spektrums als »nationale Partei« sowie dessen dadurch gestiegenes Gewicht dazu, daß die Außen- und Militärpolitik ausführlich und kritisch diskutiert wurde, die die Regierung und der König eigentlich als ihren ureigenen Bereich betrachten. Mit knapper Mehrheit und mit den Stimmen aller fünf Veteranen der Paulskirchenlinken verabschiedete die Kammer sogar eine Resolution, die die Neutralitätspolitik der Regierung offen kritisierte, da sie geeignet sei, »dem Kriege eine das Vaterland selbst bedrohende Wendung zu geben«. Württemberg möge künftig beim Bund und den deutschen Regierungen gegenüber dafür sorgen, daß »in Verfolgung einer den nationalen Interessen Deutschlands entsprechenden Politik Österreich die allseitigste Unterstützung gewährt werde«. Für weitergehende Vorstellungen der radikalen Opposition, die Kontrolle des Landtags über die Militär- und Außenpolitik dadurch zu erhöhen, daß man der Regierung zunächst nur die Hälfte des verlangten Betrages bewilligte, stimmten neben Carl August Fetzer, Moriz Mohl, Friedrich Rödinger und Gottlob Tafel nur wenige Abgeordnete, während die große Mehrheit akzeptierte, daß Außenpolitik der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen blieb.

Der Krimkrieg, die durch die Kooperation der liberalen Fraktionen verbesserten Möglichkeiten, deutschlandpolitische Forderungen zu vertreten, sowie der aus diesen Veränderungen resultierende politische Optimismus ließen in der Debatte den bis dahin latenten Nationalismus der Landtagsmehrheit deutlich hervortreten. Zugleich wurden unterschiedliche strategische und taktische Vorstellungen innerhalb der Paulskirchenlinken sichtbar, die für entsprechende Differenzen innerhalb des deutschen Liberalismus in der Mitte der 1850er Jahre stehen können. Moriz Mohl trat mit scharf anti-russischen Tönen für einen Schulterschuß mit Österreich und dem Westen ein: Rußland habe 1848/49 die deutsche Einheit verhindert und wolle jetzt einen Krieg zwischen Frankreich und dem Deutschen Bund provozieren. Rußland sei »ein natürlicher Feind der Freiheit und Gesittung der Welt«. Es laste »wie ein fortwährender Alp auf der Brust aller Völker Europas«,

⁸ Wie stark im Vergleich zu Württemberg das preußische Abgeordnetenhaus durch die Wahlbeeinflussung der Regierung und den Wahlboykott der Linken entpolitisiert war, zeigt sich schlaglichtartig daran, daß dort in den drei Parlamentssessionen der Jahre 1853 bis 1856 das Thema Krimkrieg kein einziges Mal auf die Tagesordnung kam. Vgl. G. GRÜNTAL, 1982; HdA, 3. Legislaturperiode, 2. und 3. Session, 4. Legislaturperiode, 1. Session.

und deshalb sei »es für jedes gesittete Volk geboten, sich bei dem ersten Anlaß gegen diesen Druck mit Anstrengung aller Kräfte zu erheben«. Mohl näherte sich damit den zur gleichen Zeit breit publizierten Aufrufen Gustav Diezels an, die einen gemeinsamen Krieg der deutschen Staaten und des Westens gegen Rußland als Weg zur deutschen Einheit propagierten. Auch der 1855 in Zürich lebende Jakob Venedey stand solchen Überlegungen nahe und plädierte für eine Parteinahme für den Westen, in der er zugleich einen ersten Schritt der Linken zur Überwindung des von ihm seit langem beklagten Politikboykotts sah.

Friedrich Rödinger hingegen zeigte sich zwar erfreut, daß die deutsche Frage durch den Krimkrieg endlich wieder öffentlich diskutiert werde. Er stand hinsichtlich seiner antirussischen Ressentiments Mohl nicht nach. Jedoch nahm er Österreich gegenüber eine wesentlich kritischere Haltung ein. Es wolle keinen wirklichen Konflikt mit dem Zarenreich, sonst würde es zur Entlastung des Osmanischen Reichs in Rußland einmarschieren. Rödingers Haltung war vom traditionellen Mißtrauen der Demokraten gegen die Regierungen und das Militär geprägt. Rödinger war überzeugt, daß Bewilligungen des Landtags nicht im Sinne des württembergischen Volkes oder der deutschen Nation, sondern im Sinne der »von jeher in Deutschland offenkundig gewordenen Sympathie der deutschen Regierungen für Rußland« verwendet werden würden, die einer »Gleichheit des Wesens« entspringe. Die deutschen Regierungen stünden »unter dem Protektorat von Rußland« und seien zutiefst von dessen »absolutistischem Geist« geprägt. Eine deutsche Machtpolitik und die Vertretung der »Interessen der Nation« seien mit den gegenwärtigen Regierungen und mit den deutschen Großmächten nicht möglich.⁹ Während Rödinger an der fundamentaloppositionellen Haltung festhielt, die eine deutsche Einigung nur nach einem Systemwechsel für möglich hielt, setzte Mohl realpolitisch auf das Bündnis mit Österreich, das sich von der Heiligen Allianz gelöst und mit dem Westen verbündet hatte. Aus welchen Motiven heraus das napoleonische Frankreich, das neoabsolutistische Österreich oder das an kontinentaleuropäischer Innenpolitik letztlich desinteressierte Großbritannien bereit sein sollten, bei der Durch-

⁹ Württ. LT 1. 3. 1855, insb. S. 710f. (Mohl), 717ff. (Rödinger) und 725f. (Resolution und Abstimmungen); J. VENEDEY, Nichtstun-Politik, 1855; Beobachter 26. 10. 1855: Kommentierung einer antimilitaristischen Äußerung Tafels. Zum Hintergrund der Krimkriegsdebatte: H. BRANDT, 1987, S. 665 ff.

In eine ähnliche, fundamentaloppositionelle Richtung wie Rödinger zielte Reinstein (an seinen Bruder, 16. 4. 1856, BA FSg. 1/18), der analysierte, daß die Westmächte einen »kleinen Frieden« geschlossen hätten, um den Krieg zu beenden, bevor die »Nationalitäts- und Freiheitsfragen« wirklich auf die europäische Tagesordnung gekommen seien und damit »idealere Mächte als [Napoleons] kleines Gaunertalent« in den Krieg eingegriffen hätten. Reinstein forderte insbesondere die Wiederherstellung Polens: »Solange dieser Völkerraub nicht ersetzt, gibt es kein Völkerrecht.« Ebenso J. VENEDEY, Radetzky-Album, 1855. Vgl. zur Rußlandfeindschaft der 1848er Linken: R. HACHTMANN, 1997, S. 657 ff.

setzung der Ziele des deutschen Liberalismus behilflich zu sein, diskutierte Mohl allerdings nicht.

Um die Jahreswende 1856/57 veröffentlichte Arnold Ruge in der Zeitschrift »Das Jahrhundert« eine Artikelserie, die den bezeichnenden Titel trug: »Nach dem Kriege, vor der Entscheidung«. Dieser Schlüsseltext belegt, daß sich die Wende in der politischen Elite vom Pessimismus der Zeit seit dem Ende der Revolutionsnaheerwartung zu einer neuen nationalpolitischen Aufbruchstimmung bereits vor dem Beginn der »Neuen Ära« vollzog. Ruge charakterisierte den Krimkrieg ebenfalls als epochalen Umbruch. Er registrierte das Entstehen einer »Sehnsucht« nach einem »Staatsmann«, »der unser Volk verstehe und den Muth habe, dieser Einsicht zu folgen«. Nachdem Ruge in seiner ultraradikalen Phase sich als Mitglied des Zentralkomitees der europäischen Demokratie, von dem er sich in dem Aufsatz implizit distanzierte¹⁰, noch selbst als ausführendes Organ des Weltgeistes phantasiert hatte, hoffte er nun auf einen Politiker, der dem »Volkgeist« half, den Wunsch nach nationaler Einigung unter preußischer Führung durchzusetzen und den er zehn Jahre später in Bismarck zu erkennen glaubte. Bevor sich der Regenschaftswechsel in Preußen ankündigte, bevor sich also die Liberalisierungshoffnungen auf den künftigen König richten konnten, konstatierte Ruge bereits einen grundsätzlichen Umschwung des politischen Zeitgeistes von Resignation zu neuem Aufbruch in der Deutschlandpolitik: Wenn die »Sehnsucht« nach dem »Staatsmann, der unser Volk versteht« die »Herzen aller Denkenden ergriffen hat, so bildet sie eine neue Lage des Staates, selbst unter den alten Formen; denn viel mehr, als in den Formen, besteht der Staat im Denken und Fühlen seiner Bürger. [...] Wenn wir von Deutschland und von dem Staate, der seinem Begriffe und seiner Geschichte nach Deutschland in seiner Wiedergeburt ist, wenn wir von Preußen sprechen, so ist klar, jene neue Lage des Staates ist eingetreten.« Ruge betonte, daß »nur in sehr bewegten Zeiten die Mehrzahl« sich für »die Aufgabe des Volkes« engagiere. Aber für ihn war der »Volkgeist«, den er auch »den öffentlichen Geist« nannte, weitaus entscheidender für die politische Entwicklung als die staatlichen Institutionen.

Ruge begriff Völker, »Volkgeist« und »Nationalität« nicht ethnisch-sprachlich. Ein spezifischer »Volkgeist« entstand vielmehr durch Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte, Religion und Kultur. So war für Ruge der Unterschied zwischen den österreichischen und den außerösterreichischen Deutschen »viel größer als der Unterschied der Deutschen und Slaven oder der Deutschen und Magyaren in Österreich«. »In der gleichen Erziehung und geistigen Entwicklung« sei die gemeinsame »Nationalität des außerösterreichischen vom Protestantismus beherrschten Deutschlands« begründet. Die großdeutsche Idee erschien ihm infolgedessen als das Hirn-

¹⁰ Ruge unterzog Kossuths Nationalismus einer scharfen Kritik: A. RUGE, Nach dem Kriege, 1857, S. 1.

gespinst eines irgeleiteten ethnisch-kulturellen Nationalismus. Für Ruge und andere achtundvierziger Demokraten, die damit in der Tradition Fichtes und des Deutschen Idealismus standen, gab es einen engen Zusammenhang zwischen der politischen Kultur einer Nation und der Qualität ihres Bildungs- und Erziehungssystems. Auch die Höhe des Lebensstandards, gemessen etwa an der während des 19. Jahrhunderts deutlich ansteigenden Lebenserwartung, wurde von den Demokraten als Voraussetzung für die Nationsbildung und die politische Emanzipation benannt.¹¹ Solche materiellen Bedingungen der politischen Entwicklung, denen infolge der realpolitischen Wende in der Linken größeres Gewicht beigemessen wurde, sprachen gegen die Einbeziehung des ökonomisch und im Bildungswesen wenig entwickelten Österreich in den künftigen deutschen Staat.

Neben derartigen rationalen Komponenten besaß Ruges Theorie irrational-ideologische Züge, unter denen sein Preußenkult der ausgeprägteste war. Wenn er in »Nach dem Kriege, vor der Entscheidung« vom Preußentum die »Wiedergeburt« Deutschlands erwartete, so ist hierbei die genaue Formulierung zu beachten: Preußen sei »seinem Begriff und seiner Geschichte nach Deutschland in seiner Wiedergeburt«. An anderer Stelle schrieb Ruge: »Preußen ist im Keim, was das ganze außerösterreichische Deutschland werden muß. Preußen ist ein Kern, an den sich das andere ansetzen kann, oder umgekehrt, die kleinen Staaten sind dasjenige Deutschland, in welches Preußen aufgehen muß.« Die Widersprüchlichkeit dieser Stelle ist ein Indiz dafür, daß der sonst so apodiktische Philosoph sich 1856/57 hinsichtlich des »weltgeschichtlichen Berufs« Preußens unsicher war. Hatte Ruge noch nach dem Manteuffelschen Putsch und der Besetzung Berlins durch General v. Wrangels Truppen, seinen Frankfurter Genossen Julius Fröbel und Carl Nauwerck sowie der preußischen Führung gegenüber für einen »historischen Kompromiß« (Walter) zwischen dieser und der demokratischen Linken geworben, so war er, seitdem die Regierung Manteuffel seine Vermittlung ignoriert hatte, ihr erbitterter Gegner. Seine Geschichtstheorie verlangte jedoch, daß das protestantische, aufgeklärte und reformorientierte Preußen in der friderizianischen und Stein-Hardenbergschen Tradition die nationale Einigung Deutschlands zustandebrachte und es in seiner bevorstehenden, »weltgeschichtlichen« Epoche anführte. Dieser Widerspruch zwischen Theorie und historischen Tatsachen wurde durch die Formel gelöst, Preußen sei »seinem Begriff und seiner Geschichte nach Deutschland in seiner Wiedergeburt«, was eine Ablehnung des gegenwärtigen Regimes nicht ausschloß. Die zweite zitierte Stelle deutet jedoch darauf hin, daß Ruge in den 1850er Jahren auch die Möglichkeit in Betracht zog, daß die »preußischen« Werte von den »kleinen Staaten« in solchem Maße verkörpert werden könnten, daß aus ihnen der ersehnte Staatsmann hervor-

¹¹ Ebd., 1856, S. 177; 1857, S. 3f. und 28f. Zu Ruges Definition von Nationalität vgl. auch Ruge an Herzen (1854), in: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 147ff. Zu den materiellen Voraussetzungen der Nationsbildung auch: G. F. KOLB, Umgestaltungen, 1857, S. 586.

gehen und sie die Führung bei der deutschen Einigung übernehmen könnten und Preußen in einem so entstehenden Deutschland »aufgehen« werde. Wenn selbst Ruge als führender Theoretiker der großpreussischen Demokratie an der Möglichkeit einer großpreussischen Lösung zweifelte, so mußte sich die Achtung vor dem Preußentum in der Linken auf einem Tiefstand befinden.¹²

Entsprechend schrieb Ruge über Österreich, für das seine Theorie einen eigenständigen, vom restlichen Deutschland unabhängigen Weg vorsah, im Januar 1856 in einem außergewöhnlich wohlwollenden Ton: »Die Wendung gegen Rußland [...] ist das Verlassen der Brücke der heiligen Allianz, der Versuch[,] auf eigenen Füßen zu stehen[,] und der Anfang, die schlummernden Kräfte des eignen Landes zu wecken. Wenn Österreich auf diese Weise sein eignes Inneres erobert, so zivilisirt es sich, indem es seinem Volk die Reichthümer des Landes in die Hände giebt. So mag die gegenwärtige unnatürliche Vereinigung der verschiedenen Völkerschaften Österreichs ihre kräftige wahre Vereinigung in freien Formen vorbereiten.« Nach Ruges Geschichtsteologie hatten alle »historischen« Völker die gleichen Entwicklungsstufen zu durchlaufen. Er sah Österreich durch dessen Haltung im Krimkrieg in eine höhere Stufe der »Zivilisierung« aufgestiegen, da es sich auf die Seite des Westens und des modernen Nationalitätsprinzips gestellt hatte. Dies mußte für Ruge, der die slawischen Völker Österreichs für unfähig zur Nationalstaatsbildung hielt, keineswegs zum Auseinanderbrechen der Habsburgermonarchie führen, wie sie Schuselka befürchtete. Von den österreichischen Territorien sei nur Italien zur Nationalstaatsbildung fähig, da es über die notwendigen Voraussetzungen (»ein aufgelöstes Mittelalter«, »eine freie republikanische Geschichte« und »das Genie seines begabten Stammes«) verfüge.

Ruges Sicht auf die »unglücklichen« Polen, für deren Nationalstaat er 1848 noch vehement eingetreten war, hatte sich verändert: sie hätten »alle Keime zu einer unfreien Entwicklung in sich«; mithin sei ein selbständiges Polen aus europäischer Perspektive nicht wünschenswert. Vielmehr glaubte er nun an die Möglichkeit einer »wahr[e]n Vereinigung« der Völker Österreichs »in freien Formen« in einem multinationalen Staat, auch wenn er befürchtete, daß dieser eine föderative Struktur behalten werde, was aus seiner Sicht ein gravierender Nachteil war (»Die Konföderation erhält die provinziellen Rohheiten; die Staatseinheit zwingt zu ihrer Beseitigung«). Festzuhalten bleibt jedoch, daß Ruge noch 1856/57 an der Möglichkeit einer Nationalstaatsgründung unter preussischer Führung zweifelte, daß er dennoch bei seiner Verwerfung großdeutscher oder föderaler Lösungen blieb und daß er die Habsburgermonarchie für zukunftsfähig hielt, wenn sie nur

¹² A. RUGE, Nach dem Kriege, 1856, S. 177 und 179, 1857, S. 29ff. Zu Ruges Agieren im Dezember 1848: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 20, 32 und 55, sowie die Interpretation durch S. WALTER, 1995, S. 359ff., die leider nicht anhand der Aktenlage unterfüttert worden ist.

konsequent den Weg der Liberalisierung und Modernisierung beschritt. Nicht, daß Ruge so naiv gewesen wäre anzunehmen, daß die neoabsolutistische österreichische Regierung dies aus eigenem Antrieb tun könnte: Er war vielmehr davon überzeugt, daß die historische Entwicklung sie dazu zwingen werde.¹³

Julius Fröbel schließlich, der zweite Intellektuelle von überragender Bedeutung innerhalb der Paulskirchenlinken, sah in einem geradezu prophetischen Kommentar für das »San Francisco Journal« vom 16. Juni 1855 als Folge des Krimkriegs eine neue Weltordnung heraufziehen. Er war damit – vielleicht weil er sich am weitesten vom eigentlichen Geschehen entfernt hatte – der weitsichtigste Analytiker: »Der gegenwärtige Krieg ist der erste geschichtliche Vorgang[,] in welchem sich die Thatsache praktisch darstellt, daß an die Stelle eines politischen Gleichgewichts von Europa ein politisches Gleichgewicht der Welt zu treten beginnt. Die große Politik ist Welt-politik geworden. [...] Amerika und Rußland sind die beiden Pole der politischen Welt geworden, und zwischen ihnen liegt das westliche Europa als Übergang in der Mitte.« Die USA und Rußland repräsentierten für Fröbel die beiden politischen Grundprinzipien Republik und Monarchie, bzw. Freiheit und Autokratie, die miteinander im Kampf lägen. Osteuropa rechnete Fröbel zur politischen Einflußsphäre Rußlands, Großbritannien und Irland zu derjenigen der USA. Dazwischen liege mit Zentraleuropa »der Mittelpunkt, und damit der Kampfplatz der Extreme. Das Centrum, nicht nur des ganzen europäischen Staatensystems[,] sondern überhaupt des ganzen politischen Weltorganismus, ist gegenwärtig Frankreich. Aber es kann keinen Augenblick unklar sein, daß für ein richtiges Gleichgewicht der europäischen Politik [...] der Schwerpunkt zu weit nach Westen liegt [...]. Dieses Gleichgewicht zu rektificiren[,] ist der allgemeine geschichtliche Trieb[,] welcher dem gegenwärtigen Kriege zu Grunde liegt.« Fröbel lobte in diesem Zusammenhang die weitsichtige Politik Napoleons I., der mit dem Verkauf Louisianas an die USA (1812) deren Gewicht erhöht und versucht habe, »im Centrum Europas eine starke Macht zu gründen und ihren Schwerpunkt nach Osten vorzuschieben [...]. Er hat dabei die Krähwinkelei der Nationalitäten nicht geschont und [...] die wahre Gestaltung eines reorganisirten Europas, eine Föderation der verschiedensten Nationalitäten, vorübergehend angedeutet.«

Das multinationale Reich Napoleons I., die Konzentration seiner imperialen Bestrebungen auf Europa und sein Verzicht auf überseeische Kolonisation stellten trotz ihres Scheiterns ein Leitbild für Fröbel dar. Er bewun-

¹³ A. RUGE, Nach dem Kriege, 1857, S. 2 und 6. Dieser Teil von Ruges Artikelserie endet mit dem lateinischen Spruch »Volentem fata ducunt, nolentem trahunt.« Zu Ruges Vorstellung vom historischen Entwicklungsgesetz: ebd., S. 179 und 201 ff. Zu seiner Polenbegeisterung im Jahre 1848: G. WOLLSTEIN, »Großdeutschland«, 1977, S. 123 f., 158 ff. u. ö.

derte den Versuch einer supranationalen, kontinentalen Staatsbildung, wie sie seiner Ansicht nach im beginnenden Zeitalter der Weltpolitik notwendig war, um in einem globalen Gleichgewichtssystem eine wichtige Rolle spielen zu können. Auf dem Wege zu dem von ihm angestrebten supranationalen Staatenbund bestand für Fröbel zunächst die Notwendigkeit das Dritte Deutschland staatlich zu organisieren. Ein aus den Mittel- und Kleinstaaten bestehender Bundesstaat sollte ebenso wie die beiden Großmächte Teil einer gesamteuropäischen Föderation werden: »Nur in einer großen Bundesgenossenschaft der sämtlichen Staaten des westlichen Europas läßt sich eine vollkommene Lösung der europäischen Schwierigkeiten erwarten, eine Bundesgenossenschaft[,] zu der die jetzige Vereinigung der Westmächte vielleicht der Anfang ist.« Anders als in den 1860er Jahren strebte Fröbel 1855, im amerikanischen Exil, noch die Bildung Vereinigter Staaten von Europa an. Als er später in österreichischen Diensten stand, paßte er sein Programm den Gegebenheiten an und strebte – auch ideologisch verengt – nur mehr eine mitteleuropäische Föderation unter deutscher Vorherrschaft an, deren Zentrum in Wien liegen sollte.¹⁴

Seitdem der Sieg der europäischen Reaktion endgültig feststand, fand die politische Umorientierung der Paulskirchenlinken zunächst nicht öffentlich statt. Der Krimkrieg und die durch ihn veränderte europäische Machtkonstellation weckte bei ihren Protagonisten Hoffnungen auf neue Gestaltungsmöglichkeiten in der nationalen Frage. Dazu kamen der Paradigmawechsel zum Realismus sowie die neuen politischen Konstellationen, die sich aus den Versuchen einer Überwindung der Spaltung des Liberalismus ergaben. So traten die Köpfe der Achtundvierziger Linken seit 1855 wieder in größerer Zahl an die Öffentlichkeit. Die Stoßrichtung ging dabei vorwiegend gegen die reaktionären Großmächte, hinter denen Rußland gesehen wurde und von denen Preußen Mitte der 1850er Jahr besonders unbeliebt war. Positive Erwartungen richteten sich in erster Linie auf das Dritte Deutschland und auf föderalistische Lösungsmodelle, sei es im kleinen Maßstab als Zusammenschluß der liberalen Staaten oder supranational auf europäischer Ebene.

¹⁴ Zit. nach J. FRÖBEL, *Kleine politische Schriften*, Bd. I, 1866, S. 50ff. und 251; Fröbels globale Sicht auf Politik auch in: DERS., *Auswanderung*, 1885. Vgl. W. MOMMSEN, *Julius Fröbel*, 1956, S. 512f. Vgl. zu Fröbels deutschlandpolitischen Initiativen nach 1860 Kap. XVI.1.

4. Trias oder Einheitsstaat?

Die neue Einigungsbewegung, die nach der Lockerung der politischen Repression in der »Neuen Ära« zur Gründung des Nationalvereins führte, hatte ihre Anfänge also bereits 1854/55 in der veränderten Mächtekonstellation des Krimkriegs. Die wieder entstehende Partei der Bewegung stand in politischer und noch stärker in personeller Kontinuität zur Revolution von 1848/49. Deren Ziele wurden allerdings von einem wachsenden Teil der Linken mit einer veränderten Strategie, mit einer nicht mehr revolutionären, sondern mit dem Anspruch des Realismus auftretenden Machtorientierung verfolgt. Die beginnende Reorganisation liberal-nationalistischer Politik artikulierte sich etwa in koordinierten nationalpolitischen Anträgen in den Landtagen. Am 4. März 1855 fand hierzu in Ulm unter Vorsitz von Gottlob Tafel eine nicht-öffentliche Versammlung rund 20 bayrischer und württembergischer Politiker überwiegend demokratischer Couleur statt, an der u. a. der ehemalige Reichsregent Becher sowie Gustav Diezel teilnahmen und die hektische diplomatische und polizeiliche Aktivitäten der süddeutschen Regierungen auslöste. Die Teilnehmer vereinbarten, die Spaltung des Liberalismus zu überwinden und sich für die »Einigung Deutschlands unter Einem Oberhaupt« einzusetzen, woraufhin der bayrische Minister von der Pforden in ihnen sofort »radikale Umsturzeute« sah.

Um den in Ulm vereinbarten Zielen näher zu kommen, boten sich angesichts der erst im Juli 1854 verschärften und bundesweit vereinheitlichten Beschränkungen für öffentliche politische Diskussionen und Vereinsgründungen vor allem Initiativen in den Landtagen an, da die Immunität einen gewissen Schutz vor Verfolgung bot. In den beiden Landtagen, die im Sommer 1855 tagten, dem hessisch-darmstädtischen und dem württembergischen, brachte die Linke gleichlautende Anträge ein, für den bayrischen kündigte sie dies an, sobald er wieder zusammentreten werde. In den folgenden Monaten debattierten außerdem der coburg-gothaische, der Weimarer, der badische und der nassauische Landtag die in Ulm konzipierte Resolution. Darin wurde die jeweilige Regierung aufgefordert, »mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fortwährend auf die Neugestaltung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse Deutschlands im Sinne der Einheit und der activen Theilnahme des deutschen Volks an seinen gemeinsamen Angelegenheiten hin[zu]wirken«.

Die unterschiedliche Aufnahme dieser moderat formulierten Forderung, daß ein Nationalstaat mit Volksvertretung an die Stelle des Deutschen Bundes treten sollte, in den verschiedenen Landtagen ist ein Indiz für den jeweiligen Stand der Einigungsbewegung. Als Martin Mohr den Antrag Ende Juli im hessischen Landtag mit einer derart unterwürfigen Antragsbegründung, daß man sich des Eindrucks subtiler Ironie nicht erwehren kann, einbrachte, konnte er nur mehr als Dringlichkeitsantrag behandelt werden, da die Session fast beendet war. Obwohl der gemäßigt liberale Vizepräsident Gustav

Hofmann, der wie Mohr zur Paulskirchenlinken gehörte, dessen Antrag über sonstige politische Differenzen hinweg befürwortete, verneinte die große Mehrheit der Kammer dessen Dringlichkeit und umging damit eine inhaltliche Diskussion der nationalen Frage. Im Gegensatz dazu wurde der Antrag im Stuttgarter Landtag mehrheitlich angenommen. Wie sehr sich das politische Klima in Stuttgart von dem in Darmstadt unterschied, läßt sich allein daran ablesen, daß der konservative Abgeordnete v. Varnbüler, der im württembergischen Landtag als einziger gegen den Antrag sprach, gleich zu Beginn einräumte, er habe »gar nicht die Absicht, für meine Ansicht Stimmen zu gewinnen«. Er sei auch nicht inhaltlich gegen die erhobene Forderung, halte es jedoch für unsinnig, rein symbolische Resolutionen zu verabschieden. Der Antrag wurde schließlich mit den Stimmen der vier noch im Landtag sitzenden Mitglieder der Paulskirchenlinken angenommen.¹ Vielleicht fand die Forderung nach einem Nationalstaat mit Repräsentativverfassung in der Stuttgarter Kammer, wo über die gewählten Abgeordneten hinaus sogar einige der ernannten zustimmten auch deshalb so breite Unterstützung, weil »Der Beobachter« zur selben Zeit den Brief »eines deutschen Regenten« an den österreichischen Ministerpräsidenten v. Schwarzenberg von 1850 oder 1851 veröffentlichte, in dem jener sich für die Schaffung eines »einigen, obersten Nationalparlaments« ausgesprochen hatte.² Daß es sich bei dem Briefschreiber um den württembergischen König handelte, wurde damals nicht enthüllt, dürfte aber im Landtag bekannt gewesen sein. Das Eingeständnis des Monarchen, daß jegliche gesamtdeutsche Exekutive in der nachrevolutionären Epoche der parlamentarischen Legitimation bedurfte, machte eine Zustimmung zu der Resolution auch für konservative Abgeordnete unproblematisch.

Nach diesem ersten Erfolg versuchte der radikale Stuttgarter »Beobachter«, eines der wichtigsten Diskussionsforen der Linken in den fünfziger Jahren, die nationale Frage in der öffentlichen Diskussion zu halten. Nicht nur die Herausgeber des »Beobachters«, Gottlob Tafel und Friedrich Rödinger, sondern auch diverse regelmäßige Mitarbeiter hatten zur Opposition in der Frankfurter Nationalversammlung gehört. Das Blatt publizierte allein 1856/57 rund vierzig, vom Redakteur Hermann Kurz verfaßte deutschlandpolitische Analysen und Kommentare, in denen er mit z. T. originellen Argumenten und Vorschlägen für eine Triaslösung plädierte und stieß damit eine Debatte um ein realistisches deutschlandpolitisches Programm an, in

¹ D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 273 ff.; Hess. LT 30.7.1855 und Beil. 899 (dort auch eine Aufstellung der wichtigsten Repressivgesetze des Bundes); Württ. LT 20.8.1855 und Beil. 300 und 301; die bayrische Kammeropposition brachte die vereinbarte Formel in ihrer Adresse nach der Wiedereröffnung des Landtags am 15.9.1855 unter (G. F. KOLB, Bayern, 1858, S. 259). Zum fortbestehenden Gegensatz innerhalb der hessischen Linken: Hess. LT 25.7.1855. Der Antrag wurde auch in der Tagespresse breit publiziert und diskutiert, vgl. Beobachter 22. und 24.7.1855; H. KURZ, Deutschland, wo und wie? 5.6.1856.

² Beobachter 25.7.1855 und 14.4.1866. Vgl. oben Abschn. 2.

die auch die ehemaligen Paulskirchenabgeordneten Carl August Fetzer und Jakob Venedey eingriffen. Aufgrund der Erfahrung des Krimkrieges plädierte Kurz mit der rein machtpolitischen Begründung für einen deutschen Nationalstaat, daß nur dadurch eine Kräftebalance in Mitteleuropa entstehen werde, die weitere europäische Kriege vermeiden könne. Kurz setzte auf eine Reform des Deutschen Bundes, durch die die drei Teilgebiete »Deutschland, Österreich und Preußen« zu einer »für das große Ganze tauglicheren Form« finden sollten.³

Im Oktober 1857 griff der großpreußische Demokrat Carl August Fetzer in die Diskussion ein und entwickelte Argumente und Vorstellungen, wie sie später auch vom Nationalverein vertreten wurden. Anlässlich einer Rezension von Venedeys »Geschichte des deutschen Volkes« bezog Fetzer gegen die von Kurz propagierte Triaslösung eine stärker unitarische Position: Zwar komme für Deutschland ein Einheitsstaat nach französischem Muster nicht in Frage. Aber »ein Staatenbund [...] kann einem Volke, das sich als ein Ganzes fühlt und dem nicht das Vertrauen auf die eigene Kraft und Lebensfähigkeit abhanden gekommen ist, freilich auf die Dauer noch weniger als ein Einheitsstaat genügen«. Die von Kurz vorgeschlagene Triaslösung könne deshalb »immer nur ein Schritt zum einstigen Ziele der Vereinigung des *ganzen* Deutschlands unter bundesstaatlicher Form sein, da [...] ein solcher[,] wenn auch nur vorübergehender Ausschluß Östreichs und Preußens [...] unvermeidliches Unheil in seinem Gefolge hätte, dies ergibt sich von selbst[,] und daß er nicht geschehen kann ohne [...] das Schwert in der Hand, dieß lehrt ein Blick auf die Karte«. Fetzer knüpfte an die Argumentationsmuster des Jahres 1848/49 an, nationalistische Gefühle und der Wunsch nach größtmöglicher Macht für Deutschland bestimmten seine Überlegungen. Die internationale Konstellation wurde von Fetzer nur unter dem Aspekt der Bedrohung wahrgenommen und nicht als Faktor, der zu einer begrenzten, aber dafür dauerhafteren Lösung veranlassen konnte. Zu Recht betonte er, daß die deutschen Großmächte sich nur durch einen Krieg aus einem entstehenden deutschen Staat würden herausdrängen lassen. Wie später der Nationalverein hielt Fetzer einen Krieg nicht nur für unvermeidlich auf dem Weg zu einer Lösung der deutschen Frage, sondern fand ihn auch keinen zu hohen Preis für die nationale Einheit.⁴

In seiner Kritik arbeitete Fetzer die Schwächen der von Kurz befürworteten Triaslösung heraus, die für einen Einheitsstaat unter preußischer Führung sprachen: Dem Bundesstaat, der aus dem Zusammenschluß des Dritten Deutschland entstünde, würden zwei außerdeutsche Monarchen, nämlich der dänische König für Holstein und Lauenburg und der niederländische für Limburg und Luxemburg angehören, was seine Handlungsfähigkeit einschränken müsse; »Deutschland bliebe [...] ein getheiltes, wenn auch nicht mehr im Verhältnis zum Ausland ein vielfach, so doch wenigstens

³ H. KURZ, Friede, 1856; DERS., Deutschland, wo und wie? 8., 13. und 15.4. 1856.

⁴ C. A. FETZER, Venedey's Geschichte, 3. 10. 1857.

ein dreigetheiltes«. Es sei kaum zu erwarten, daß die deutschen Fürsten zugunsten der Bundesregierung freiwillig auf Souveränitätsrechte verzichteten, und der neue Bundesstaat des Dritten Deutschland werde voraussichtlich eine fast ebenso »complicirte, schwerfällige, mit ihrem Räderwerk nothwendig stets in Unordnung gerathende Maschine« sein wie der Deutsche Bund.

»Das deutsche Volk« verlange hingegen – so Fetzer – »vor Allem das Recht der Persönlichkeit, mit anderen Worten das Recht, als ein selbständiger Organismus in voller Integrität zu existieren und sich ungehemmt von äußeren Einflüssen seiner Natur gemäß frei zu entwickeln. [...] Die Nation will als solche eintreten in die europäische Völkerfamilie. [...] In einem Staatenbund aber, der eben so viele Einzelwillen hat, als er aus Staaten besteht, und nur insoweit einen Gesamtwillen, als diese Einzelwillen zufällig zusammentreffen, kann die Nation unmöglich zu einer Persönlichkeit gelangen [...]. Ebendeshalb erscheint auch ein solcher Staatenbund machtlos nach Außen, weil der Gesamtwille fehlt, welcher die Einzelwillen beherrscht. [...] Die Hoffnung, der sich unser Verfasser [Kurz] hingiebt, daß keiner der drei Theile sich auf das Ausland stützen, sondern derjenige Theil, welcher sich [...] von den beiden andern überstimmt sähe, diesen sich nun gutwillig fügen würde, erscheint uns als ein schöner frommer Wunsch.«⁵ Fetzer führte in seiner Kritik eine Mischung aus immanent logischen Einwänden gegen die Funktionsfähigkeit und Realisierbarkeit des Kurzschen Triasmodells mit integral-nationalistischer Ideologie an. Entsprechend benutzte er die Assoziation »Rheinbund«, die bei Kurz mit vorsichtig-positiven Attributen – nämlich als Indiz für Gemeinsamkeiten unter den Staaten des Dritten Deutschland – angeführt worden war, um dessen Modell als den nationalen Interessen zuwiderlaufend zu desavouieren.

Fetzers Kritik war in ihrer organisch-personalistischen Sicht auf Deutschland ein Indiz dafür, daß mit der Belebung der nationalpolitischen Diskussion in der Linken integrale Vorstellungen an Einfluß gewannen, die die Nationen als »Persönlichkeiten« individualisierten. Die Gleichsetzung von Nationen und Individuen impliziert die Vorstellung, daß ihre klare Abgrenzung gegeneinander möglich und sogar notwendig sei. Die körperlichen Wahrnehmungen »innen« und »außen« wurden dabei mit problematischen politischen Konsequenzen auf das Verhältnis zwischen Staaten und Nationen projiziert.⁶ Fetzers Überlegungen zur deutschen Frage stehen am Anfang der Ausbreitung eines integralen Nationalismus. Er setzte sich in der deutschlandpolitischen Diskussion seit Ende der 1850er Jahre langsam durch gegen supranationale Vorstellungen, wie sie Fröbel und Schuselka vertraten, den politisch fundierten Nationalismus eines Ruge oder Bamberger oder schrittweise Lösungsvorschläge, die die europäischen Konstellationen berücksichtigten, wie sie etwa Kurz in die Diskussion gebracht hatte.

⁵ C. A. FETZER, Zur Bundesreform, 1857.

⁶ Ähnl. bereits J. VENEDEY, Diplomatie, 1850. Vgl. Kap. X.1.

Fetzers konkreter Vorschlag knüpfte direkt an eine bereits 1848 fehlgeschlagene Strategie an: Der »Weg, welcher die Reform der politischen Verfassung Deutschlands« anbahne, sei der, der in dem Brief König Wilhelms von Württemberg an Schwarzenberg angedeutet sei: »Berufung eines aus Abgeordneten des deutschen Volkes gebildeten Parlaments, so lange es noch Zeit ist«. Wie aber dafür ohne eine neue Revolution die Voraussetzungen geschaffen werden sollten, ließ Fetzer offen. Der drohende Unterton des Nachsatzes deutet darauf hin, daß er sich bewußt war, daß die von den Nationaldemokraten angestrebte unitarische Staatsgründung unter preußischer Führung nur nach einem tiefgreifenden Umbruch, sei es durch einen Krieg oder durch eine neue Revolution, zu realisieren war.

Die Debatte im »Beobachter« krankte daran, daß Kurz auf die von Fetzer vorgebrachten rationalen Gegenargumente nicht einging, sondern ihm wiederum nur vorhielt, daß sein Vorschlag, wie 1848 ein Parlament mit der Lösung der deutschen Frage zu betrauen, unrealistisch sei: »Wenn das mit der ganzen Dampfkraft der öffentlichen Meinung daherfahrende Parlament von 1848« sich nicht gegen die Großmächte durchsetzen konnte, wie solle dies dann ein notwendigerweise schwächeres Parlament von 1857 oder 1858 schaffen? Da Österreich und Preußen eine solche neue Nationalversammlung nicht beschicken würden, sei allenfalls die »Abschlagszahlung eines Drittelsparlaments« denkbar und damit auch nur ein »Drittelsdeutschland« – also doch wiederum nur ein Bund der Mittel- und Kleinstaaten. Kurz wies auch noch einmal auf die geringe Zukunftsfähigkeit eines aus nur einer der Großmächte zusammen mit den Mittel- und Kleinstaaten gebildeten Reiches hin, dessen Gründung unweigerlich zu einem europäischen Krieg führen werde.⁷

In seiner Antikritik machte Fetzer konkrete Vorschläge, wie eine Einigung unter preußischer Führung unter den gegebenen Verhältnissen angebahnt werden könne: der Zollverein könnte um eine parlamentarische Versammlung ergänzt werden – eine Idee, die zehn Jahre später Wirklichkeit wurde; »Bevollmächtigte« der einzelstaatlichen Regierungen und Kammern sollten ein »einheitliche[s] deutsche[s] Recht« ausarbeiten; als Vorstufe zu einer Nationalvertretung könnte ein »Parlament mit beschränkter Befugnis« einberufen werden. Abschließend gestand Fetzer zu, daß ein gemeinsames Parlament einzelner deutscher Staaten und eine »nur partielle

⁷ H. KURZ, Deutschland, wo und wie? 14.–17.11.1857. In weiteren Artikelfolgen (H. KURZ, »Rheinbund«, 1857; DERS., »Der schwäbische Bund«, 1857) wandte Kurz die »Rheinbund«-Idee gegen die Diffamierung durch Fetzer und Venedey, der sich ebenfalls an der deutschlandpolitischen Debatte beteiligte (J. VENEDÉY, Rheinbund, 1857), positiv: Ein solches »Westdeutschland«, das der Bundesrepublik von 1949 (ohne Rheinland und Westfalen, dafür mit Sachsen und Thüringen) geähnelte hätte, werde beiden Großmächten wirtschaftlich und kulturell überlegen und für beide ein attraktiver Bündnispartner sein. Zu Venedeys Identität mit dem Kürzel δ : Fetzer an Venedey 17.1.1858 (BA 90 Ve 1/16). Er benutzte dieses Zeichen auch bereits 1855 für seine Kommentare in der Basler »National-Zeitung«.

Einheit«, wie sie sein Kontrahent mit dem schrittweisen, freiwilligen Zusammenschluß deutscher Staaten angeregt hatte, immerhin »ein Fortschritt zur nationalen Einheit« sei.⁸ Die Debatte in Württemberg deutet darauf hin, daß die deutschlandpolitischen Differenzen innerhalb der Linken weniger auf der Ebene der vorgeschlagenen, konkreten politischen Schritte, sondern in den politischen Begründung lagen. Während Fetzer und Venedey einen ethnisch begründeten Nationalismus vertraten, hielt Kurz an der politisch fundierten Idee der Nation fest.

In den Jahren 1856 bis 1858 machte die Neuorientierung, die in Südwestdeutschland begonnen hatte und als Wende von der prinzipiellen zur parlamentarischen Opposition beschrieben werden kann, große Fortschritte. Sie erfaßte nun alle Fraktionen der Linken und alle wichtigen deutschen Staaten. Wenn auch gravierende Gegensätze fortbestanden, so konnte man sich doch auf die Preisgabe des Wahl- und Parlamentsboykotts einigen. Trotz fortdauernder stark differierender politischer Ziele innerhalb des liberalen Spektrums sollten die Chancen, die die Parlamente unter dem Dreiklassenwahlrecht boten, gemeinsam ausgelotet werden. Bis zum Ende der 1850er Jahre war auch die radikale Linke in allen deutschen Staaten außer in Sachsen, wo der Boykott der Kammerwahlen bis Ende 1863 fortgesetzt wurde, und in Österreich, wo erst 1861 wieder Landtagswahlen stattfanden, in die Kammern zurückgekehrt und nutzte sie als Bühne oppositioneller Politik. Das politische Umdenken von Teilen der bürgerlichen Linken, das sich als Wendung zur Realpolitik fassen läßt, die Versuche der politischen Kooperation mit den gemäßigten Liberalen, neue Ideen zur sozialen oder zur deutschen Frage waren nicht das Ergebnis eines Nachlassens der Reaktion, wie es in Preußen seit 1859 und in Österreich seit 1860 festzustellen war. Durch eine allmähliche Neuorientierung und unter Ausnutzung von Institutionen und Strukturen politischer Öffentlichkeit, die aus dem Vormärz oder der Zeit der Revolution überlebt hatten (vor allem die Kammern und die liberale Presse, aber auch personelle Zusammenhänge), gewann die bürgerliche Linke eigenständig und trotz der 1854 erneut verschärften gesetzlichen Vorschriften zunächst auf publizistischer Ebene die Initiative zurück.

Innerhalb der Linken brach damit freilich der strategische Grundkonflikt wieder auf, wie weit die realpolitischen Zugeständnisse gehen durften und wo eine strikte Opposition zu beginnen hatte.

⁸ C. A. FETZER, Zur Bundesreform, 8. und 23. 12. 1857.

Vorbild Italien?

Die oppositionellen Paulskirchenabgeordneten als Meinungsführer
im deutschlandpolitischen Richtungsstreit von 1859/60

Seit dem Krimkrieg war die öffentliche deutschlandpolitische Diskussion unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger Abgeordneter der Paulskirchenlinken wieder aufgenommen worden. Auch die nationalpolitische Koordination zwischen den Kammeroppositionen verschiedener Staaten lief an, in Württemberg war eine Resolution, die die nationale Einigung auf der Basis einer Repräsentativverfassung forderte, im Landtag mit breiter Mehrheit verabschiedet worden. In den Briefen der Oppositionellen war wieder häufiger von politischer Aufbruchstimmung die Rede. Zum ersten Richtungskonflikt über die künftige Deutschlandpolitik der Linken, der von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurde und in allen deutschen Staaten das Bürgertum politisch mobilisierte, so daß die Reorganisation der Linken weiteren Schub erhielt, entwickelte sich die Debatte über die italienische Einigung. In ihr übernahmen Politiker und Publizisten, die der Linken in der Deutschen Nationalversammlung angehört hatten, die Rolle von Meinungsführern.

Zum ersten Mal seit 1849 war eine breite öffentliche Debatte überhaupt möglich, auch wenn weiterhin einige radikale Beiträge von der Zensur betroffen waren. Außerdem standen anders als im Krimkrieg Fragen auf der Tagesordnung, die die deutsche Problematik und ihre zukünftigen Lösungen unmittelbar tangierten: Sollte die deutsche Einigungsbewegung zur Verteidigung der nicht zum Deutschen Bund gehörenden italienischen Territorien des neoabsolutistischen Österreich aufrufen? Gehörten sie zu den vitalen deutschen Interessen, oder sollte die deutsche Einigungsbewegung sich mit der italienischen solidarisieren, die mit sehr ähnlichen Problemen zu kämpfen hatte, da auch in Italien die innere Nationsbildung der Staatsgründung vorausging? Ließ die Unterstützung, die die Italiener durch Napoleon III. erfuhren und die er sich durch die Abtretung der Grafschaft Nizza und Savoyens honorieren ließ, nicht demnächst einen Angriff des expandierenden französischen Imperiums auf das linksrheinische Bundesgebiet befürchten? War gar ein ähnliches Arrangement mit Napoleon denkbar, wie es der König von Sardinien geschlossen hatte, das Preußen Schutz gegen Österreich bei der Gründung eines norddeutschen Einheitsstaates böte und Frankreich dafür die linksrheinischen Territorien überließe? Sollte Preußen sich Sardinien zum Vorbild nehmen und (mit oder ohne französische Unterstützung) Österreich ebenso wie aus Italien »aus Deutschland

herauswerfen«? Sollte es das Engagement der anderen beiden zentraleuropäischen Großmächte im italienischen Krieg zu einer schnellen Lösung der deutschen Frage auf eigene Faust, auf dem Wege militärischer Annexion der norddeutschen Staaten nutzen? Was bedeutete das von Napoleon propagierte Selbstbestimmungsrecht der Völker für das zum Königreich Dänemark gehörende Schleswig-Holstein und was für die zu Preußen und Österreich gehörenden Teile Polens?

Nicht nur was die debattierten politischen Fragen, sondern auch was die wieder- und neuentstehenden politischen Strukturen angeht, wurden 1858 bis 1860 die Konstellationen für die Öffentlichkeit erkennbar, die sowohl die Nationalstaatsbildung als auch die Entstehung neuer politischer Strömungen innerhalb des Liberalismus bis 1866 bestimmten. Weitaus deutlicher als während des Krimkrieges wurden die Bruchlinien innerhalb der Linken in der Diskussion über die Politik der deutschen Staaten während des italienischen Krieges öffentlich sichtbar. Erstmals lassen sich die vier Hauptrichtungen der gouvernemental-autoritären und demokratischen Großpreußen, der demokratischen und supranationalen Föderalisten klar unterscheiden. Der Hauptgegensatz lag in der Frage, ob Österreich gegen Napoleon unterstützt werden sollte. Auf beiden Seiten traten erstmals die Richtungen auf den Plan, die Macht und Einheit über innere Liberalität stellten und sich ausdrücklich von einer demokratische politischen Strategie abwandten, nämlich die gouvernemental-autoritären Strömung im großpreußischen Lager und die auf Wien setzenden supranationalen Föderalisten. Daß es sich hierbei um entscheidende Weichenstellungen und die Paulskirchenlinke existentiell tangierende Debatten handelte, zeigte sich am hohen Grad der Emotionalisierung. Er äußerte sich vor allem in heftigen wechselseitigen Denunziationen, die die Vertreter extremer Auffassungen trafen.

In der Diskussion lassen sich zwei Hauptphasen unterscheiden, in denen jeweils andere inhaltliche Fragen im Mittelpunkt standen: zunächst bis zum österreichischen Einmarsch in sardisches Territorium der Konflikt zwischen nationalem Selbstbestimmungsrecht und den Interessen der historisch gewachsenen Mächte und dann seit Kriegsbeginn die Frage des Eingreifens der deutschen Staaten auf österreichischer Seite oder die Verfolgung einer großpreußischen Deutschlandpolitik, in deren Interesse eine Schwächung Österreichs lag.

1. Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen österreichische Großmachtinteressen

Beim Pariser Friedensschluß nach dem Krimkrieg hatten die europäischen Großmächte 1856 vereinbart, alle künftigen Konflikte auf dem Wege gegenseitiger Vermittlung zu lösen. Als Sardinien-Piemont, gestärkt durch einen

Geheimvertrag mit Napoleon, seit Dezember 1858 einen Krieg um den Besitz der italienischen Länder Österreichs und seine Satellitenstaaten provozierte, hätte diese Abmachung wirksam werden müssen. Solange Hoffnung auf eine friedliche Lösung bestand, also bis österreichische Truppen am 29. April 1859 in Piemont einmarschierten, setzten supranationale und demokratische Föderalisten wie auch ein Teil der großpreußischen Demokraten auf einen europäischen Kongreß, bei dem Großbritannien vermitteln und Österreich gewisse territoriale Zugeständnisse machen sollte.¹

Dagegen hoffte die großpreußisch-gouvernementale Linke, daß der Krieg in Italien den Zerfall der Habsburgermonarchie in Nationalstaaten beschleunigen oder zumindest zum Rückzug Österreichs aus »Deutschland« führen werde. 1859 nahm eine breitere Öffentlichkeit erstmals wahr, daß führende Demokraten aus der Revolutionszeit die preußische Regierung zu einer entschiedeneren Deutschlandpolitik zu bewegen versuchten, ohne einen Systemwechsel oder zumindest die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts zur Voraussetzung für eine nationalpolitische Vorreiterrolle der Hohenzollernmonarchie zu erklären. Im Glauben an die Unaufhaltsamkeit des historischen Fortschritts und an die deutsche Mission Preußens, die nun wieder häufig beschworen wurde, setzten diese meist in der Emigration lebenden Achtundvierziger darauf, daß ein Durchbruch Preußens zur Führung in »Deutschland« und – was ebenso wichtig war – ein Zerfall Österreichs Liberalisierungen nach sich ziehen werde. Auf diesen Automatismus »Freiheit durch Einheit« hatte Ruge bereits 1848, nach dem preußischen Staatsstreich, gesetzt, war aber seinerzeit innerhalb der Paulskirchenlinken auf taube Ohren gestoßen. Nun fand diese autoritär-revolutionäre Strategie größere Zustimmung und rief entsprechend heftigen Widerspruch beim fundamentaloppositionellen Flügel der Demokraten hervor.

Bereits Anfang 1859, also drei Monate vor Kriegsbeginn, hatte Carl Vogt in einem Offenen Brief an den militärischen Führer des ungarischen Aufstands von 1848/49, den ehemaligen österreichischen General Klapka, erklärt, welche Hoffnungen die autoritär-revolutionäre Linke auf einen Krieg um Italien setzte: Die Österreicher müßten vertrieben werden und die Apenninhalbinsel sich unter der »mindestens moralischen Vorherrschaft Frankreichs« zu einem Nationalstaat zusammenschließen. Dahinter stand die alte Hoffnung der Linken auf die »Auflösung des österreichischen Riesenreichs« in Nationalstaaten, die als Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage angesehen wurde.² Der Teil der großpreußisch-gouvernementalen Linken, der sich vornehmlich aus dem Linkliberalismus von 1848/49 rekrutierte und nicht hatte emigrieren müssen, plädierte ebenfalls für eine nationalistische Außenpolitik Preußens, ohne jedoch einen so aggressiven Ton Wien gegenüber anzuschlagen. Ihr Sprachrohr war Karl

¹ Zu dem von Rußland vorgeschlagenen europäischen Kongreß: H. v. SYBEL, Bd. II, 1892, S. 318 f. Vgl. K. BIEDERMANN, *Die Situation*, 25. 3. 1859.

² Zit. nach W. VOGT, 1896, S. 121; P. GUICHONNET, 1958, S. 122.

Biedermann mit seinen regelmäßigen Kommentaren in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«. Auch er wollte die Zwangslage Österreichs für eine Lösung der deutschen Frage unter preußischer Führung nutzen und griff die Gagernsche Idee von 1849 auf, die deutschen Staaten sollten sich ohne Österreich zu einem Bundesstaat zusammenschließen und mit jenem dann ein Militärbündnis schließen. Wenn Preußen in der augenblicklichen Krise eine solche Lösung verlangen und im Gegenzug Österreich Militärhilfe gegen Frankreich anbieten werde, könne ein Nationalstaat ohne Österreich gegründet werden. Anders als die autoritären Revolutionäre waren die großpreußisch-gouvernementalen Linksliberalen klar antinapoleonisch eingestellt.³

Friedrich Rödinger, einer der beiden Herausgeber der radikalen Tageszeitung »Der Beobachter«, bezog hingegen eine österreichfreundliche und zugleich pragmatische Position und setzte auf eine friedliche Lösung. Er schrieb in einer Artikelserie, Österreich habe die unmittelbare Kriegsgefahr durch die geschickte, rasche und »präzise« Art abgewendet, in der es »seine militärischen Hebel eingesetzt«, die liberale öffentliche Meinung in Deutschland für sich mobilisiert und in Italien seit dem Ende des Krimkriegs eine versöhnliche Politik verfolgt habe.⁴ Das Lob Rödingers für die Verbindung der traditionellen Mittel der österreichischen Despotie mit den modernen der Öffentlichkeitsarbeit und des Appells an den deutschen Nationalismus sollte denjenigen Kräften in der Wiener Bürokratie den Rücken stärken, die an der Modernisierung der Monarchie arbeiteten. Sie waren im Handels- und Innenministerium zu lokalisieren, konnten jedoch erst nach der Niederlage Österreichs im italienischen Krieg und auch dann nur vorübergehend die Politik bestimmen. Der demokratische Föderalist Rödinger erinnerte an den 1848 mit der Auflösung des Kremsierer Reichstags »zu früh wieder aufgegebenen Versuch, mittelst der organisirten Theilnahme des Volks am Leben des [österreichischen] Staats [...] die unerschöpflichen und nie versiegenden Quellen der Macht, des Reichthums und des Wohlbefindens zu erschließen«. Zum Beleg dieser modernisierungs- und demokratiegläubigen These verwies Rödinger auf die liberalen Vielvölkerstaaten Schweiz und USA und außerdem auf Preußen, das seit dem Regentschaftswechsel die reine Reaktionspolitik ebenfalls aufgegeben habe und durch eine liberalere Vorgehensweise die unterschiedlichen Regionen und politisch-wirtschaftlichen Interessen zu integrieren versuche. Indem er die eher marginalen liberalen Tendenzen in der Wiener Politik herausstrich, wollte Rödinger einerseits für den österreichischen Standpunkt werben und andererseits jene liberalen Ansätze stärken, die allein den langfristigen Zusammenhalt des Vielvölkerstaates gewährleisten konnten.

³ Vgl. K. BIEDERMANN, Die Situation, 23.–25. 3. 1859; DERS., Wort zur Verständigung, 1859; DERS., Mahnung, 1859; DERS., Zur Situation, 1859.

⁴ Diese Stelle versah der Redakteur des »Beobachters«, Franz Hopf, dem die Analyse seines Herausgebers Österreich gegenüber zu unkritisch war, mit der Fußnote »? Red.«.

Konkret auf Italien eingehend prägte Rödinger in seiner Artikelserie ein Argument, das in den folgenden Monaten von der österreichfreundlichen Seite immer wieder gebraucht wurde: Eine Befreiung vom österreichischen Joch mit Napoleons Hilfe laufe für die Italiener auf einen »bloßen Wechsel der Herrschaft« hinaus, was einen Krieg »mit allen seinen Schrecken« nicht rechtfertigen könne. Unter Verweis auf die öffentliche Meinung, die mehrheitlich eine Intervention des Deutschen Bundes in den Konflikt ablehne, riet er jedoch auch Österreich zur Kompromißbereitschaft. Nur wenn die nationalistischen Bestrebungen anerkannt und zumindest teilweise befriedigt wurden, war für ihn die italienische Frage langfristig lösbar. »Die Nationalitätsbestrebungen Italiens« seien »heute, wo sich in und außerhalb Europas alle Culturvölker zu egoistischen, spröden, von Selbstbewußtsein geleiteten und fortwährend in ihrem bewußten Interesse handelnden, mächtigen Persönlichkeiten« entwickelt hätten, »ein Naturgesetz«. Daß der Nationalismus, wie Rödinger durchaus mit Bedauern feststellte, überall eine schier unaufhaltsame Dynamik entwickelte, war eine durchgängige Erfahrung seit 1848/49; auch die Großmacht Österreich würde sich ihr nicht auf Dauer entgegenstellen können. Mit einer Mischung aus geschichtsteologischen und machtpolitischen Argumenten vertrat Rödinger die dem realistischen Paradigmawechsel folgende Auffassung, die Nationsbildung sei ein »natürlicher Prozeß«. Deshalb sei ein Handeln im Einklang mit den »Naturgesetzen«, mit denen man es in der Politik »so gut als in der Chemie und Physik [...] zu thun« habe, eine sittlich bindende Verpflichtung. Er kam deshalb zu dem Schluß, Österreich habe nurmehr die Möglichkeit, etwas, das ohnehin geschehen werde, »friedlich und ohne zu große Opfer selbst herbei[zu]führen«.

Als Föderalist und Realist griff Rödinger den damals in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschlag des belgischen Königs auf, »unter einem östreichischen Erzherzog ein Vicekönigthum für Oberitalien zu gründen« und die »nationale Reconstruction Italiens« in einem Staatenbund zu fördern. So mußte Österreich zwar die direkte Herrschaft über Italien aufgeben, konnte aber dafür dessen Anlehnung an seinen politischen Gegner Frankreich verhindern. »Durch Allianzverträge mit einem dankbaren Volk« könnten danach die österreichischen imperialen und Handels-Interessen am Mittelmeer besser gesichert werden als durch den bisherigen Repressionskurs.⁵ Daß sich diese Idee in der europäischen Politik von 1859 nicht durchsetzte,

⁵ F. RÖDINGER, *Wetterleuchten*, 1859. Auch K. BIEDERMANN (Wort zur Verständigung, 1859) riet der Wiener Regierung im langfristigen eigenen Interesse zu einer Aussöhnung mit dem Liberalismus. Vorbehaltlos hinter die italienische Einigungsbewegung und gegen Österreich stellten sich – allerdings erst seit Ende 1860 – die württembergischen Paulskirchenlinken Fetzer (an Venedey 12. 10. 1860; BA 90 Ve 1/16) und W. B. ZIMMERMANN (1861, S. 658f.), die damit auf dem Weg von der föderalistischen zur großpreußischen Demokratie waren.

wirft ein Schlaglicht auf die Probleme der österreichfreundlichen Politik: Die Konfliktherde der Habsburgermonarchie waren durch die jahrzehntelange repressive Politik zu sehr aufgeheizt, um pragmatische Kompromisse zuzulassen, zumal wenn andere Mächte Hilfestellungen zu radikal-nationalistische Lösungen boten. Die Wiener Führung konnte sich überdies zu keiner realistischen Bewertung ihrer Lage und zu keiner flexiblen Politik durchringen.

Eines der zentralen, seit dem Krimkrieg in den Vordergrund tretenden Ziele der bürgerlichen Linken und insbesondere der demokratischen Föderalisten war die Ablösung der stehenden Heere durch Volksmilizen. Aus ihrer Kritik am zu großen Einfluß des Militärs auf die bestehenden Staaten resultierte auch die scharfe Gegnerschaft der demokratischen Föderalisten gegen das napoleonische Regime, das sich auf die Armee stützte. In ihm sahen sie den Hauptkriegstreiber in Europa. Stürzte Napoleons Militärregime, so hielten sie eine allmähliche Abrüstung und die Abschaffung der stehenden Heere für möglich, in deren Eigendynamik sie die wichtigste Bedrohung des europäischen Friedens sahen, da »die Qual ihres öden, langweiligen Garnisonsdienstes [...] die unwiderstehliche Begierde nach Kampf und Abenteuer« auslöse. Deshalb schlug Wilhelm Schulz-Bodmer, ein in Vergessenheit geratener Vorläufer des »organisatorischen Pazifismus« aus den Reihen der Paulskirchenlinken, im Vorfeld des italienischen Krieges einen internationalen Wirtschafts- und Finanzboykott gegen Frankreich vor und setzte auf eine Mobilisierung der kriegsunlustigen französischen Öffentlichkeit. Nach der Eindämmung der von Frankreich ausgehenden Kriegsgefahr sollte ein »europäisches Vergleichsgericht« Vorschläge »zur Ordnung der für ganz Europa bedrohlich gewordenen italienischen Staatenverhältnisse machen«. Schulz-Bodmer erweiterte damit die Palette nicht-kriegerischer Formen der Konfliktaustragung um zukunftssträchtige Instrumente, nachdem die europäischen Großmächte selbst bereits 1856 die wechselseitige Vermittlung bindend vereinbart hatten.

Sollte der friedliche Ausgleich allerdings scheitern, so plädierten auch demokratische Föderalisten für eine militärische Lösung – allerdings nicht unter preußischer Führung, sondern unter Beteiligung aller Staaten des Deutschen Bundes und mit antifranzösischer Stoßrichtung. Dann sollten – so wiederum Schulz-Bodmer – »die deutschen Heere in gewaltigen Massen auf den kürzesten Straßen gegen Paris vordringen«. Die scharfe Ablehnung der stehenden Heere durch die demokratischen Föderalisten richtete sich vor allem gegen die innenpolitischen Gefahren, die von den Armeen ausgingen und gegen die Verschwendung von Wirtschaftskraft, die sie bedeuteten. Die demokratischen Föderalisten plädierten zwar generell für friedliche internationale Konfliktlösungen, aber wenn ihnen der Einsatz militärischer Mittel und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verluste zur Erreichung ihrer politischen Ziele nützlich und gerechtfertigt erschienen, schreckten sie keineswegs vor der Befürwortung eines Verteidigungs- oder

nationalen Einigungskrieges zurück.⁶ Ihre Parteinahme für Österreich im Jahr 1859 resultierte primär aus ihrer Gegnerschaft zur bonapartistischen Militärmonarchie, deren weiterer Machtzuwachs ihnen als das größtmögliche Übel für Europa erschien, und hatte stark taktische Züge.

Nach Beginn des österreichischen Einmarschs in Piemont, aber noch ohne Näheres über den Verlauf des Feldzuges zu wissen, debattierte die württembergische Kammer am 2. Mai 1859 die Aufbringung außerordentlicher Mittel für die Armee. Innerhalb der Linken standen dabei auf der einen Seite die Befürworter eines supranationalen, mitteleuropäischen Staatenbundes. Nach ihrer Auffassung sollten die Staaten des Deutschen Bundes an der Seite Österreichs den territorialen Status quo verteidigen und dem von Napoleon und den Italienern vertretenen nationalen Selbstbestimmungsrecht entgegentreten. Auf der anderen Seite standen die demokratischen Föderalisten, die für eine bewaffnete Neutralität Württembergs plädierten. Moriz Mohl als Vertreter der supranationalen Richtung trat dem Nationalismus der demokratischen Föderalisten vornehmlich mit wirtschaftlichen und handelspolitischen Argumenten (dem Zugang des angestrebten mitteleuropäischen Staatenbundes zum Mittelmeer, Italien als Agrarlieferant und Absatzgebiet) entgegen. Er schürte darüber hinaus die Angst vor einem französischen Angriff auf den Rhein, der nur durch einen Kriegseintritt des Deutschen Bundes verhindert werden könne. Eine Resolution der demokratischen Föderalisten, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten mit der Forderung nach inneren Reformen in »Deutschland«, insbesondere der Schaffung eines Nationalparlaments verbanden, wurde außer von Mohl von allen Abgeordneten unterstützt, die zur Paulskirchenlinken zählten, im Plenum aber mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die supranationale Linke um Mohl, die mit den konservativ-gouvernementalen Abgeordneten dagegen stimmte, stand dem nationalistischen Zeitgeist so fern, daß sie es ablehnte, die Unterstützung des Bundesgliedes Österreich im Kampf gegen den italienischen Nationalismus mit Bedingungen zu verbinden, die die Einigung Deutschlands vorantreiben sollten. Sie setzte damit die Integrität der Habsburgermonarchie über die deutsche Einheit.

Um das in der Kammer unterlegene Programm der demokratischen Föderalisten weiter öffentlich zu propagieren, berief Gottlob Tafel nach der Abstimmungsniederlage für den 8. Mai ein Treffen demokratisch-föderalistischer Politiker nach Cannstadt ein. »Unterstützung Österreichs trotz seiner an Deutschland begangenen Sünden«, lautete die dort verabschiedete Formel des demokratischen Föderalismus, die Forderungen nach politischer Liberalisierung und Nationalvertretung einschloß. Die durch den italie-

⁶ W. SCHULZ-BODMER, *Entwaffnung, 1859*, insb. S. 19 ff., 25 ff., 45 und 50; ganz ähnl. G. F. KOLB, *Italien, 1859*, Vorwort; K. BIEDERMANN, *Neue Vermittelungen, 1859*. Schulz-Bodmers Biograph W. GRAB (1979, S. 359 ff.) bewertet dessen Schrift zu eindimensional als »pazifistisch«. Vgl. zum organisatorischen Pazifismus: K. HOLL, 1988.

nischen Konflikt erreichte politische Mobilisierung sollte zur angestrebten Bildung einer nationaldemokratischen Partei genutzt werden.⁷

Die liberal-nationalistische Öffentlichkeit verfolgte mehrheitlich auch in Preußen diesem Kurs. Sie nahm die Bedrohung durch Napoleon ernst und war zur militärischen Unterstützung Österreichs bereit, da nicht die Einigung und Befreiung Italiens das Ziel des französischen Kaisers sei, sondern die Schwächung des Deutschen Bundes, um die Rheingrenze realisieren zu können. Engels behauptete, der Rhein müsse jetzt »am Po« verteidigt werden. Der linksliberale Kölner Paulskirchenabgeordnete Friedrich Leue trat unumwunden für einen Kriegseintritt auf der Seite Österreichs ein, da »Österreich das erste und Deutschland, insbesondere Preußen, das zweite Ziel des Krieges« sei, den Napoleon vorbereite. Preußen müsse »nicht nur den Rhein am Rhein verteidigen, sondern auch für seine ganze Zukunft und Existenz das Schwert führen, wenn es auf Österreichs Seite gegen Frankreich kämpft«. Nach dem Regentschaftswechsel, so hoffte er, werde Preußen wieder zu der »männlichen Politik« finden, die im Krimkrieg von der Linken vermißt worden war. Insbesondere müßten die deutsche Öffentlichkeit und die preußische Regierung Napoleon daran hindern, einen Keil zwischen die »deutschen« Großmächte zu treiben.⁸

Genau diese Trennung Preußens von Österreich war jedoch das Ziel der autoritär-revolutionären Strömung innerhalb der großpreußischen Linken. Sie wurde im Frühjahr 1859 vor allem von Arnold Ruge (im »Jahrhundert«) und Carl Vogt (in einer Furore machenden Schrift »Studien zur gegenwärtigen Lage Europas«) vertreten. Ruge hatte sich bereits in der Paulskirche für die Trennung Italiens von Österreich ausgesprochen und war dafür unter Beteiligung der großdeutschen Linken niedergeschrien und des Landesverrats beschuldigt worden. Er argumentierte 1859 im Grundsatz ebenso wie 1848: Österreich ernte mit dem Verlust seiner italienischen Provinzen nur die Saat seiner reaktionären und »unverantwortlichen Politik«, die vergeblich versuche, sich den unaufhaltsamen Ideen der Freiheit und Selbstbestimmung entgegenzustellen. Trotz »all seiner widrigen Polizeiliebhaberei« bleibe Preußen »die einzige Rettung Deutschlands vor Jesuiten und Reaktionären in der Politik«. Die Großpreußen wandten sich gegen die verbreitete, von der pro-österreichischen Seite geschürte Franzosenfurcht. Ruge bewertete die französische Militärmacht zurückhaltend und prophezeite für den Fall eines Angriffs: »Wir können vom Bonapartismus nicht erobert werden, und wenn er uns angriffe, wäre es nur sein Untergang.« Er

⁷ Württ. LT 2. 5. 1859, S. 2708 ff. und 2734 (Fetzer, Murschel, Nagel und Rödinger stimmten für die Forderung nach nationalen Reformen); M. MOHL, Korrespondenz, 1859; wohlwollende Kommentierung aus großpreußischer Warte: K. BIEDERMANN, Anträge, 1859; Cannstätter Versammlung: W. SIEMANN, »Polizeiverein«, 1983, S. 216 ff. Vgl. für die supranationale Paulskirchenlinke auch Kolatschek an Vischer 28. 4. 1859 (UBT Md 787/530).

⁸ MEW Bd. 13, insb. S. 227 f., 252 f. und 267 f.; F. G. LEUE, Preußen, 1859, insb. S. 25, 27, 31 und 35.

sagte auch voraus, daß Österreich einen Krieg in Italien ohne die Unterstützung des Deutschen Bundes verlieren werde. Deshalb müsse »Deutschland« die günstige internationale Konstellation »zu seiner Befreiung von der österreichischen Tyrannei benutzen«, indem es Österreich nicht nur in Italien alleinlasse, sondern es durch eine entschlossene Deutschlandpolitik weiter schwäche. Andernfalls versäume es »wieder eine große Gelegenheit« und bewaise erneut seine »Unfähigkeit zur Freiheit«, denn: »Deutsche Freiheit heißt Trennung von Österreich.« Gleichwohl strebte ein großer Teil der großpreußischen Linken mittelfristig den Zerfall der Habsburgermonarchie und die Integration der »deutsch-österreichischen« Gebiete in den deutschen Nationalstaat an oder wollte im Fall einer Konsolidierung des Kaiserstaats ein enges Bündnis mit dem österreichischen Gesamtstaat.⁹

Stärker als Ruge, der historisch-moralisch argumentierte, begründete Vogt seine Position nationalistisch und dürfte damit die Stimmung, die im großpreußisch-demokratischen Lager 1859 vorherrschte, exakt getroffen haben. Jedenfalls wurde seine Schrift sehr positiv aufgenommen und als Zeichen für einen Sinneswandel der Demokraten gedeutet. Vogt sah Parallelen im politischen Schicksal der Deutschen und der Italiener und verglich dabei die Rolle Sardinien-Piemonts mit der Preußens. Er prägte damit einen politischen Topos, den seit 1864 Treitschke und andere Propagatoren einer großpreußisch-militärischen Reichsgründung übernahmen.¹⁰

In betont realpolitischer Manier entlarvte Vogt die von den Parteigängern Österreichs beschworene Unverletzlichkeit des status quo und der Verträge von 1815, die jetzt von Frankreich und Italien gebrochen wurden, als My-

⁹ A. RUGE, Deutschland, 1859, S. 212 ff. Die Autorschaft Ruges für diesen anonymen Aufsatz, die bereits Rosenberg vermutet hat, wird, neben inhaltlichen und stilistischen Übereinstimmungen mit seinen sonstigen Publikationen der Zeit, von Adolf Kolatschek bestätigt (an Vischer 28.4.1859, UBT Md 787/530). Zu den Reaktionen auf seine Position vgl. A. RUGE, Rückschlag, 1859, S. 85f. Ähnl. wie Ruge argumentierten: C. VOGT, Studien, 1859, S. 33; Fetzer an Venedey 12.10.1860 (BA 90 Ve 1/16); L. SIMON, Deutschland und seine Großmächte, 1860, S. 208f. Etwas moderater, aber mit ders. Tendenz: Biedermanns Kommentare in der DAZ (zit. in: DERS., Mein Leben, 1886, S. 136 ff.). Zum Engagement von Ruge, Nauwerck u. a. in der Paulskirche für die Befreiung Italiens: StB II, S. 1187; G. WOLLSTEIN »Großdeutschland«, 1977, S. 242; L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 176; G. F. KOLB, Italiener, 1857, S. 537.

¹⁰ C. VOGT, Studien, 1859, insb. S. VIII und 78 ff. Anerkennung von gemäßigten Großpreußen: K. BIEDERMANN, Deutsche Frage, 1859. Es ist nicht richtig, wenn T. SCHIEDER (Italienbild, S. 227f.) behauptet, Treitschke habe 1864 als erster die deutsche und italienische Geschichte parallelisiert. Vgl. dazu bereits Ruge an M. Duncker 26.5.1859 (M. DUNCKER, Briefwechsel, 1923, S. 115); L. SIMON, Deutschland und seine Großmächte, 1860, S. 221; M. HARTMANN, Brief aus Italien, 1860, S. 286; DERS., Briefe, 1921, S. 112; W. M. SCHAFFRATH, Programm, 1859; NV I, S. 23 (G. C. Schüler); G. C. SCHÜLER, Betrachtungen, 1859, S. 18. Moritz Hartmann, der einzige Paulskirchenlinke, der im Winter 1859/60 selbst in Italien war und die Entwicklung beobachtete, zeichnete öffentlich ein weitaus positiveres Bild als in seinen Briefen an Freunde wie Bamberger. Vgl. M. HARTMANN, Brief aus Italien, 1860, S. 244 und 285; ders. an Bamberger 16.11.1859 (publ. in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 110), 16.12.1859 und 12.1.1860 (alles SLB Wien).

thos. Von der Gründung Belgiens über die Annexion der Republik Krakau und die Reorganisation der Schweiz nach dem Sonderbundskrieg bis zur Duldung der in der Wiener Schlußakte »auf ewige Zeit« untersagten Rückkehr eines Napoleoniden auf den französischen Thron sei die europäische Ordnung von 1815 immer wieder den jeweiligen Machtverhältnissen angepaßt worden: »Verträge sind wie Gesetze [...] das Produkt einer gewissen Machtstellung von Parteien oder Staaten, die sich in kurzer Zeit ändern kann.« Wenn die Mächtekonstellation derzeit günstig war für eine großpreußische Einigung, so mußte man, Vogt zufolge, diese Gelegenheit entschlossen nutzen. Die großpreußische Linke betrachtete einen Krieg, dessen Ergebnis die Zerschlagung Österreichs sein mußte, als notwendige Voraussetzung für die Lösung der europäischen Nationalitätenprobleme: Nicht nur die italienische und die deutsche Frage, sondern auch die Bildung eines ungarischen, eines jugoslawischen und eines rumänischen Nationalstaats, die Vogt befürwortete, seien anders nicht vorstellbar.¹¹ »Wir glauben also an den Krieg, und wir sind der Meinung, daß derselbe dem jetzigen Unruhezustande des bewaffneten Friedens und der Kriegserwartung, wo jedes Geschäft gelähmt ist und der Nationalreichtum mehr leidet, als durch offenen Krieg selbst, weit vorzuziehen ist.« Ein Krieg war in den Augen der großpreußischen Demokraten und Machtpolitiker ein angemessener Preis dafür, daß Deutschland durch die nationale Einigung eine »Weltstellung« und Freiheit erringen werde. Die Erlangung von Einheit, Macht und Freiheit war für sie 1859 ebenso wie 1848 für die meisten Liberalen in der Deutschen Nationalversammlung untrennbar miteinander verbunden. Die neue Einigungsbewegung sollte somit die Revolution von 1848 vollenden. Nach der realpolitischen Neuorientierung sollte dies nach Ansicht der großpreußischen Linken nun nicht mehr primär in Konfrontation mit den herrschenden Mächten, sondern unter Ausnutzung von deren Interessengegensätzen geschehen.

Mit Parolen, die die nationalistische Selbstaussgrenzung der Deutschen unter dem Wilhelminismus vorwegnahmen, plädierte Vogt in den »Studien« abschließend für eine Neuordnung Europas nach dem »Nationalitätsprinzip« und erklärte supranationale Lösungen für unvereinbar mit dem Überleben im darwinistisch aufgefaßten Wettkampf der Völker: »Einig, Mann an Mann, Deutscher am Deutschen, fürchten wir eine Welt in Waffen nicht – [...] mit dem Czechen, dem Polen, dem Ungarn, dem Croaten, dem Italiener an der Seite werden wir jedem Feinde unterliegen.«¹² Solche Sätze verstärk-

¹¹ Es ist bezeichnend nicht nur für Vogts Nationalismus, daß er die polnische und die tschechische nationale Frage, deren Lösung zu Lasten »deutscher« Territorien gehen konnte, nicht einmal erwähnte.

¹² C. VOGT, Studien, 1859, S. 33 ff., 109 ff. und 121 ff. Ähnl. A. RUGE, Drei Völker, 1860; G. C. SCHÜLER, Betrachtungen, 1859, S. 10f. Vgl. C. VOGT, Mein Prozeß, 1859, S. VI. Die »Studien« wurden im »Beobachter« bis zu ihrem Verbot in Württemberg abgedruckt (1.–8. 5. 1859); Verfolgung durch die preußische politische Polizei: BLHA 12193, Bl. 43 und 91 f., sowie 13801, Bl. 17. Vogt selbst berichtete (C. VOGT, An die Redaktion der

ten wie Vogts spätere Prophezeiungen, es werde in Europa bald zu einem »furchtbaren Racenkampf« zwischen den »romanischen«, »germanischen« und »slavischen Stämmen« kommen, die auch von anderen Publizisten geschürte Tendenz zur Entpolitisierung und Ethnisierung des Nationsbegriffs.

Unabhängig von dieser durchaus beabsichtigten Wirkung sind die Motive zu sehen, aus denen heraus Vogt so argumentierte. Aus einem Brief an Carl Mayer, einen Genossen aus Parlamentszeiten, der im Exil zum Vertrauten geworden war, geht hervor, daß er parallel zur Absicht, Preußen zur Annexion der Klein- und Mittelstaaten zu animieren, immer noch mit der Möglichkeit einer Revolution rechnete, davon jedoch tunlichst nicht öffentlich sprach. In Vogts rein machtpolitischer, vielen zynisch erscheinender Vorgehensweise spielten die einzelnen Argumente im Vergleich zu seinen eigentlichen Zielen eine untergeordnete Rolle und waren in gewissem Maße austauschbar. Da er radikale Veränderungen anstrebte, ging es ihm – mit welchen Mitteln auch immer – vor allem darum, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen: »Erst wenn der allgemeine Völkersturm so weit entfesselt ist, daß er sich nicht augenblicklich zurückdämmen läßt, erst *dann* fällt er uns zum Nutzen.« Hauptziel müsse es sein, »die Bewegung im Volke« »tiefer« und »revolutionär« werden zu lassen. »Eine Einheit kann nur auf gewaltsame Weise hergestellt werden durch Revolution oder Eroberung. Blasen wir also von jeder Seite, wie wir können. Wenn ich die preußische Eroberung von Deutschland predige, [...] der »Beobachter« die Einigung durch ein Parlament[,] so wird am Ende doch aus dem Schlamassel eine Revolution hervorgehen.« Vogt kam es also in allem, was er in diesen Jahren veröffentlichte, zunächst auf eine Zuspitzung der Widersprüche im Deutschen Bund mit dem Ziel einer Revolution und eines Zusammenbruchs der herrschenden Verhältnisse an, und er sah sich dabei durchaus in einer Linie mit Genossen, die auf den ersten Blick andere politische Ziele verfolgten.¹³

Bereits im Vorfeld des italienischen Krieges wurden in den Publikationen der Oppositionellen aus der Frankfurter Nationalversammlung die Gretchenfragen der deutschen Einigung angesprochen: Konnte ohne einen europäischen Krieg mehr als Kosmetik an der von der Linken abgelehnten Struktur des Deutschen Bundes erreicht werden? Mußte, um einen Krieg zu verhindern, auf absehbare Zeit die Vorherrschaft der reaktionären und antinationalistischen Habsburgermonarchie akzeptiert werden bzw. die Nationalstaatsbildung auf die absehbar geringe Zahl derjenigen Mittel- und

Volks-Zeitung, 1859), die »Studien« seien außer in Preußen und Württemberg in Sachsen, Baden und der Pfalz beschlagnahmt und verboten worden. Ablehnung bei den Genossen in der Schweizer Emigration: C. Vogt an Bamberger 3. 5. 1859 (BA 90 Ba 3/210); ders. an Hartmann 14. 1. 1860 (SLB Wien). Zur Resonanz auch: J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 249 f.; H. ROSENBERG, Publizistik, 1935, Nr. 52, 78 und 83. Das folgende Zitat: C. VOGT, An die Redaktion der Volks-Zeitung, 1859.

¹³ C. Vogt an C. Mayer 21. 5. [1859] (NL Näf). Zu Vogts fortdauernd revolutionären Erwartungen vgl. auch BLHA 13704, Bl. 338.

Kleinstaaten beschränkt bleiben, die freiwillig auf Teile ihrer Souveränität verzichten würden? War die deutsche Einheit die Opfer eines europäischen Krieges wert?

2. Solidarität mit Österreich oder preußischer Annexionskrieg in Deutschland?

Nachdem Österreich das mit Napoleon verbündete Königreich Sardinien-Piemont angegriffen hatte, verschärfte sich für alle an der Debatte beteiligten Strömungen der Entscheidungsdruck. Die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung unter den europäischen Großmächten waren erloschen. Nun stand die Frage im Mittelpunkt, ob Bundestruppen auf österreichischer Seite in den Krieg eingreifen sollten. Dies führte zu einer Umkehr der Fronten, da nun die pro-österreichischen Kräfte für Krieg, nämlich für ein sofortiges Eingreifen des Deutschen Bundes plädierten¹, während die großpreußischen Stimmen für eine bewaffnete Neutralität des übrigen Deutschland eintraten, damit sich zwei Gegner der deutschen Einheit, Österreich und Frankreich, gegenseitig schwächten. In dieser Frage erzielte die österreichfreundliche Richtung einen großen Erfolg. Denn die Gefahr eines Eingreifens des Deutschen Bundes aufgrund des öffentlichen Drucks (die Bundestruppen waren bereits mobilisiert) veranlaßte Napoleon, seinen Geheimvertrag mit Sardinien zu brechen. Er bestimmte seinen Verbündeten, sich mit nur einer der österreichischen Provinzen in Oberitalien, nämlich der Lombardei, zufrieden zu geben.² Österreich behielt hingegen Venetien und kam so trotz seiner militärischen Niederlage relativ glimpflich davon. Daß der Druck der öffentlichen Meinung einen Kriegseintritt des Deutschen Bundes auf seiten Österreichs so wahrscheinlich werden ließ, zeigte, welchen Einfluß die Öffentlichkeit bereits wieder auf die europäische Politik hatte. Es war ein umso überraschenderer Erfolg, da ein Eingreifen nach der Bundesakte nur im Verteidigungsfall vorgesehen war. Österreich hatte sich jedoch durch seine ungeschickte Politik in die Rolle des Aggressors manövrieren lassen, so daß die Bundesakte ein Eingreifen von Bundestruppen nicht zuließ, solange Frankreich nicht Bundesterritorium angriff. Der für Österreich günstige Waffenstillstand von Villafranca im Juli, dem im November der Friede von Zürich folgte, bedeutete für die großpreußischen Richtungen das Ende der Hoffnungen, Preußen werde die italienische Verwicklung Österreichs nutzen, um eine großpreußische Lösung oder zumindest seine Gleichberechtigung im Deutschen Bund durchzusetzen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1859 kreiste die Debatte vornehmlich um die Fol-

¹ Diesen Perspektivenwechsel thematisierte J. VENEDEY, *Krieg, 1859*, S. 4f., als moralisches Problem.

² Zum Hintergrund: L'HUILLIER, 1954, insb. S. 227ff. und 235f.

gerungen, die aus den italienischen Erfahrungen für die deutsche Einigung zu ziehen seien.

Ruge, der bei aller demokratischen Rhetorik immer stark gouvernemental dachte, schrieb im Mai 1859 erneut einen langen, politischen Brief an ein führendes Mitglied der preußischen Administration. Dieses Mal war der Adressat Max Duncker, der ihm wie Carl Christian v. Bunsen als konstitutioneller Paulskirchenabgeordneter von Frankfurt her bekannt war. Im Zuge der Personalrevirements nach dem Regentschaftswechsel war er von seiner Tübinger Geschichtsprüfung ins preußische Staatsministerium berufen worden, um dort als Leiter der »Zentralpreßstelle« die positive wie negative Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Zensur, Subvention und gezielte Versorgung mit Informationen zu übernehmen. Ruge gratulierte ihm zu dieser Berufung und wünschte ihm, daß »die Maschine Sie nicht zu ihrem willenlosen Rade macht«. Er teilte ihm dann mit dem Gestus des Weltweisen »einige Notizen und Gedanken über die Lage« mit, »die ich gern in Berlin beachtet sähe und die Ihnen leicht entgehen könnten«. Bezogen auf den italienischen Krieg wünschte er vor allem, »daß Preußen die Gelegenheit benutze, zunächst die militärische Hegemonie des außerösterreichischen, des eigentlichen Deutschlands und in Folge dessen [...] die Mediatisierung aller Kleinen zu erreichen. Das Ausschließen Österreichs ist der erste Schritt zu unserer Rettung. Er würde [...] *nothwendig* zur Einheit führen. Sogar eine feste Conföderierung, ein außerösterreichischer Bund, wäre eine *Wahrheit*.« Die Politik der absolutistisch regierten Habsburgermonarchie, die im Katholizismus und damit in der Vormoderne verhaftet war, und die Politik des protestantisch-aufgeklärten Preußen, dem die Einigung und damit die Modernisierung Deutschlands oblag, durften nach der von Ruge maßgeblich geprägten Geschichtsphilosophie der großpreußisch-gouvernementalen Linken nie identisch sein. Zogen beide an einem Strang, so war diese Politik eine »Unwahrheit«, die es mit aller Kraft zu bekämpfen galt. Ruge lobte, daß die Italiener »von der Freiheit [...] jetzt gar nichts hören« wollten, »nur von der Nationalunabhängigkeit. [...] Diese exclusiv-nationale und unitarische Stimm macht den Italienern Ehre. Eins kann man jetzt nur erreichen, und dies Eine ist die Grundlage der Zukunft. [...] Das Beiseiteschieben der Freiheit ist also nicht eine Napoleonische Auflage, obgleich sie [...] auch ganz in seinen Kram paßt.« Ruge, der die Italiener als Vorbild für die Deutschen ansah, formulierte hier am italienischen Fall das »realpolitische« Programm der preußenfreundlichen Linken, durch die Einheit zur Freiheit zu gelangen und sich auf das Erreichbare zu konzentrieren.³

³ Ruge an M. Duncker 26. 5. 1859 (GStA Rep. 92 – mit einigen, die Kritik Ruges am preußischen Kammerliberalismus entschärfenden Auslassungen – in: M. DUNCKER, Briefwechsel, 1923, S. 115 ff.). Ähnl. L. SIMON, Deutschland und seine Großmächte, 1860, S. 209. Zu Ruges Versuchen der Zusammenarbeit mit der preußischen Führung 1848 und 1851 vgl. Kap. VIII.2.

Eine gleichfalls antiösterreichisch ausgerichtete Serie von Kommentaren des Großpreußen Heinrich Simon im Berner »Bund«, in der er die italienische Einigung begrüßte, löste eine vielbeachtete öffentliche Kontroverse zwischen drei prominenten Führern der Paulskirchenlinken aus. Zunächst antwortete Jakob Venedey in einem Offenen Brief an Heinrich Simon aus demokratisch-föderalistischer Sicht, worauf dieser wiederum im »Bund« und durch die Veröffentlichung der Kommentare als Broschüre reagierte. Schließlich griff auch Carl Vogt, einer der zu autoritären Methoden neigenden Revolutionäre, mit einer Polemik von ätzender Schärfe ein. Vor allem die unterschiedlichen Meinungen über die Rolle, die Preußen in der aktuellen Konfrontation und hinsichtlich der deutschen Einigung einnehmen sollte, prallten aufeinander. Die überregionale Presse, von der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« über die »Vossische« bis zur demokratischen Berliner »Volkszeitung« und dem Stuttgarter »Beobachter«, hielt die Öffentlichkeit über die Meinungsverschiedenheiten der populären Führer der deutschen Revolution auf dem laufenden.

Heinrich Simon sprach sich in pazifistischer Terminologie gegen einen Kriegseintritt des Deutschen Bundes auf seiten Österreichs aus. Dabei wurde auch bei ihm die Tendenz zur Ethnisierung des Nationalismus deutlich: Deutsche dürften sich nur für ihre »Brüder« opfern und nicht, um fremde Völker »bei dieser Monarchie zu erhalten«. Um den österreichfreundlichen Kräften entgegenzuarbeiten, versuchten Simon und andere Propagandisten einer großpreußischen Lösung vor allem, die Angst vor einem erneuten Angriff Frankreichs unter einem Kaiser Napoleon zu zerstreuen. Wenn dieser unwahrscheinliche Fall eintrete, müsse und werde Preußen in den Krieg eingreifen. »Sofort« allerdings, da Österreich abgelenkt sei, sollte es die Initiative zur Schaffung einer Nationalvertretung ergreifen und sich zur Reichsverfassung von 1849 bekennen, vor allem jedoch »sein eigenes Haus bestellen«, also die Liberalisierung fördern. Denn, »falls Deutschland nicht das Glück einer Föderativ-Republik zu Theil wird« – der ausgeträumte Traum der Demokraten von 1848 –, sei »das protestantische Preußen der alleinige Staat in Deutschland, welcher diesem eine *politisch-große* Zukunft bieten kann«. Preußen werde die nationale Einheit unter seiner Vorherrschaft aber »nicht erreichen, wenn es sich nicht auf das deutsche Volk stützt«. ⁴ Aufgrund ihrer unrealistischen Erwartung, die preußische Regierung könnte eine Nationalvertretung berufen und einen demokratisch fundierten Weg zur deutschen Einheit beschreiten, war die Enttäuschung der großpreußischen Demokraten darüber programmiert, daß die günstige in-

⁴ C. VOGT, Mein Prozeß, 1859, Anhang, S. 33f.; H. SIMON, Don Quixote, 1859, insb. S. 9ff. Ähnl. L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 180; Jacoby an S. Meyerowitz 13.6.1859, ders. an F. Lewald 2.7.1859 (J. JACOBY, Briefwechsel, Bd. II, 1978, S. 94 und 97), beides unter Bezugnahme auf Lassalles Broschüre »Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens« (Berlin 1859); L. SIMON, Deutschland und seine Großmächte, 1860, S. 214f.; K. BIEDERMANN, Vor oder nach dem Krieg, 1859; DERS., Preußen und die Nation, 1859.

ternationale Konstellation von der Berliner Regierung nicht in ihrem Sinne genutzt wurde.

Anders als bei Vogt vor Kriegsbeginn, war bei Heinrich Simon wie in Ruges Brief an Duncker nicht mehr vom »Glauben an den Krieg« die Rede. Denn die großpreußische Linke war seit Kriegsbeginn der Ansicht, daß die Ereignisse ohnehin eine Entwicklung in ihrem Sinne förderten. Schon im Redaktionsprogramm für die Zeitschrift »Die neue Schweiz« hatte auch Vogt im April 1859 nicht mehr (wie noch kurz zuvor in den »Studien«) einen gemeinsamen Krieg von Deutschen und Italienern gegen Österreich gefordert. Er wollte nur noch die Verwicklung der Großmächte Frankreich und Österreich, die Gegner der deutschen Einigung waren, in den italienischen Krieg ausnutzen. Durch öffentlichen Druck und Massenmobilisierung sollte das Preußen der »Neuen Ära« dazu gebracht werden, eine kleindeutsche Lösung gemäß der Reichsverfassung von 1849 zu realisieren. Diese machtpolitischen Gedankenspiele berücksichtigten allerdings weder die Intentionen der preußischen Regierung, die keinerlei Anstalten zu einer innerdeutschen Annexionspolitik machte, noch die öffentliche Meinung, die weitaus österreichfreundlicher war, als die großpreußische Linke erwartet hatte.

Die Argumentation Simons und Vogts stieß vor allem in Nord- und Mitteldeutschland auf positive Resonanz, wie ein »Programm der Freunde der Freiheit in Sachsen« belegt, das unter Beteiligung der demokratischen Paulskirchenabgeordneten Wilhelm Michael Schaffrath und Hermann Joseph, der wenig später zu den Mitgründern des Nationalvereins gehörte, erarbeitet und im Juni veröffentlicht wurde. Es distanzierte sich von pro-österreichischen Kundgebungen der demokratischen Föderalisten in Süddeutschland und im Königreich Hannover und wünschte »den Italienern Freiheit und Einheit gerade so sehr, wie wir selbst diese hohen Güter unserem deutschen Vaterlande [...] ersehnen«. Schaffraths und Josephs Programm lag insgesamt auf einer großpreußisch-demokratischen Linie. Es wandte sich auch gegen das demokratisch-föderalistische Argument, daß Italien nur einen Fremdherrscher gegen einen anderen eintauschen werde. Selbst wenn dies »gegen die Wahrscheinlichkeit« der Fall sein sollte, so werde Italien »mindestens nichts verlieren«, meinten die Nationaldemokraten in Sachsen. Deutschland solle seine eigenen Verhältnisse ordnen, statt sich über die italienischen den Kopf zu zerbrechen.⁵

Auf das latent oder offen großpreußische Programm, durch Neutralität im italienischen Krieg die deutsche Einheit zu fördern, reagierte Venedey mit einem Artikel, der zuerst Ende Mai in der »Zeitung für Norddeutschland« erschien, aber bald von anderen Blättern nachgedruckt wurde. Er versuchte darin, einen Keil zwischen die großpreußisch-gouvernementale Richtung und Demokraten wie Simon zu treiben, mit dem er in der Paulskirche gemeinsam den Weg vom Deutschen Hof in die linksliberale Frakti-

⁵ W. M. SCHAFFRATH, Programm, 1859; H. JOSEPH, Korrespondenz, 1859.

on Westendhall gegangen war. Er warf der preußischen Regierung, da sie Österreich nicht unterstützte, »Sonderbündelei« und damit einen Bruch der nationalen Solidarität vor. Diese, bei demokratischen Föderalisten beliebte Charakterisierung stellte Preußen auf eine Stufe mit der katholisch-reaktionären Partei im Schweizer Sonderbundskrieg von 1847, der den europäischen Revolutionen vorausgegangen war. Venedey führte als Gewährsmänner für seine Einschätzung, Italien werde nur einen Fremdherrscher gegen einen anderen tauschen, geschickt die radikalen Revolutionäre Giuseppe Mazzini und Louis Blanc ins Feld. Er polemisierte als Demokrat dagegen, daß zwei Monarchen (der sardische König und der französische Kaiser) an der Spitze der italienischen Einigung stünden. Für Venedey war Frankreich der Hauptkriegstreiber, der unbedingt eingedämmt werden mußte. Er versah seine Kritik an den großpreußischen Demokraten mit nationalen Phrasen wie der, daß die Deutschen »Einer für Alle und Alle für Einen« eintreten müßten, und dem polemischen Vorwurf, alle, die sich gegen die Kriegsbeteiligung aussprächen, seien zu »Gothaern« geworden. Dieser Vorwurf – eine der beliebtesten Beschimpfungen in den Auseinandersetzungen der Paulskirchenlinken – entbehrte insofern nicht der Pikanterie, da die Radikalen Venedey mit demselben Verdikt belegt hatten, als dieser sich 1850/51 gegen den Wahlboykott aussprach.⁶

In seiner Reaktion nahm Vogt das Annexionsprogramm aus den »Studien« wieder auf und verschärfte die ethnische Aufladung des Nationalismus, indem er Europa einen »furchtbaren Racenkampf« voraussagte. »Für diesen müssen England und Deutschland fest zusammengeschlossen stehen« – und deshalb müsse zunächst einmal Preußen die kleineren deutschen Staaten annektieren. Der Machtpolitiker Vogt bewies ein gutes Gespür für die kommende Entwicklung. Ausgehend von der gemeinsamen Überzeugung aller Kleindeutschen, daß »die Existenz zweier deutscher Großmächte [...] mit einer Einheit Deutschlands unverträglich« sei, skizzierte er, was für eine Politik der preußischen Regierung »auch wirklich zur Einheit führen« werde. Der Reichsregent von 1849 erklärte, wie er sich die Annexion der norddeutschen Klein- und Mittelstaaten durch Preußen vorstellte. Erforderlich sei ein »Herrscher von Preußen, dessen Gesandter am Bundestage die Erklärung abgeben werde: der Deutsche Bund ist aufgelöst, sämtliche deutsche Fürsten sind mediatisiert; ich bin der Herrscher von Deutschland« und »der nöthigenfalls mit Waffengewalt diese Erklärung durchführen und eine freie Repräsentativ-Verfassung für das gesammte Deutschland geben würde«.⁷ Dies war, mehr als sieben Jahre vor dem sehr ähnlichen Vorgehen Bismarcks im Frühjahr 1866, eine hellsichtige Prognose und zeugte von

⁶ J. VENEDEY, Stellung, 1859.

⁷ C. VOGT, An die Redaktion der Volks-Zeitung, 1859; vgl. DERS., Erklärung; DERS., Venedey, 1859; Beobachter 1859, S. 562 f. Ähnl. auch H. SIMON in seiner Reaktion (Don Quixote, 1859, S. 17 ff.).

Vogts realistischer Wahrnehmung der Machtkonstellation im Deutschen Bund.

Ludwig Bamberger griff in die Auseinandersetzung unter Führern der Paulskirchenlinken, was der italienische Krieg für die deutsche Einigung bedeute, mit einer aufsehenerregenden Broschüre ein. Furore machte sie nicht nur, weil sie in »Vogts Verlag« erschien und damit offen an Vogts umstrittene »Studien« anknüpfte, sondern vor allem wegen Bambergers brillanten Stils, der sich angenehm unterscheidet von dem anderer, oft trockener und umständlicher Abhandlungen der Zeit. Schon der Titel »Juchhe, nach Italia« fiel aus dem Rahmen. Bamberger mokierte sich damit über den Enthusiasmus, mit dem viele deutsche Patrioten sich in einen Krieg um Italien stürzen wollten, statt für die deutsche Einheit zu arbeiten. Für ihn hingegen lag der Einsatz von Bundestruppen gegen Italien auf einer Ebene mit dem Verkauf von deutschen Söldnern im 18. Jahrhundert an Großbritannien, das sie gegen die amerikanische Unabhängigkeit kämpfen ließ. Er polemisierte gegen die Publizistik, die in Deutschland für die Unterstützung Österreichs warb. Sie diene nur der »Erhaltung des habsburgischen Soldaten- und Pfaffen-Despotismus« des »böse[n] Prinzips«, mit dem für die großpreußischen Demokraten alles zusammenhing, was sie im Deutschen Bund haßten: »die Zerstückelung, die Dunkelheit, der Jesuitismus, der Rückschritt und die Luderwirtschaft des patriarchalischen Polizeiregiments«. Neben solchen, mit antikatholischen Ingredienzien versehenen Ressentiments brachte Bamberger vor allem ökonomische Argumente gegen eine großdeutsche Lösung vor: Mit der bankrotten und rückständigen Habsburgermonarchie zusammen sei kein wirtschaftlich liberaler, moderner und erfolgreicher Staat zu gründen.⁸

Im Gegenzug substantiierte Venedey den demokratisch-föderalistischen Standpunkt in einer Broschüre »Die deutsche Volkspolitik und der italienische Krieg« vom Juni 1859. Auch die demokratischen Föderalisten erkannten die Berechtigung des Kampfes der Italiener um nationale Selbstbestimmung ausdrücklich an. Unabhängig vom Kampf gegen Napoleon, der nur »um seinetwillen und nicht um Italiens willen« gegen Österreich angetreten sei, müsse das »große Unrecht« kritisiert werden, das die Habsburgermonarchie den Italienern angetan habe. Nach der Nationalstaatsgründung werde Deutschland »als Sieger freiwillig« die italienischen Territorien abtreten, die »es heute sich durch Gewalt nicht entreißen lassen

⁸ L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, insb. S. 166 und 170 (Zitate). Typisch für Bambergers originellen Stil, der viel von seinem publizistischen Erfolg erklärt, war es, daß »Juchhe, nach Italia« in Anklang an Schillers »Kabale und Liebe« (2. Akt. 2. Szene) mit einem sarkastischen Lied begann, das hessische Soldaten angeblich 1775 beim Auszug nach Amerika gesungen hatten. Es war so gut gefälscht, daß es in der Folgezeit verschiedentlich für echt gehalten und in Sammlungen von Soldatenliedern des 18. Jahrhunderts aufgenommen wurde (vgl. ebd., S. 163 f.); Reaktionen: A. KOLATSCHKE, Juchheisten, 1860; J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 248 f.

darf«. ⁹ Damit wurde eine weitere Bruchlinie innerhalb der Linken sichtbar. Im österreichfreundlichen Lager schieden sich immer deutlicher die demokratischen Föderalisten, die deutsche Nationalisten waren und denen es nur um die deutschsprachigen Gebiete der Habsburgermonarchie ging, von denjenigen, die den Vielvölkerstaat erhalten und im Rahmen einer supranationalen Föderation um die übrigen Bundesterritorien und weitere Gebiete vergrößern wollten und die den nationalistischen Zeitgeist in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für einen gefährlichen Irrweg hielten.

Stimuliert durch die öffentliche Resonanz, die die Auseinandersetzung fand, in der sich erstmals seit 1849 wieder große Teile des Publikums für ein politisches Thema interessierten, wurde die Debatte immer hitziger. Dabei sind auch überraschende ideologische Übereinstimmungen festzustellen, etwa zwischen Venedey und seinem Intimfeind Vogt. Beide entpolitisierten den Nationsbegriff. Bei Vogt wurde er ethnisiert, bei Venedey allgemeiner naturalisiert: Nationalismus galt ihm als »gesund«, die Nation wurde als Familie begriffen. Beide benutzten rassistische Argumente (»der Napoleonide hetzt seine afrikanischen Hunde gegen den Österreicher«), wollten durch Krieg zur nationalen Einheit gelangen und befließigten sich einer blutrünstigen Sprache. Venedey, dem Reinstein »altburschenschaftlichen franzosenfresserischen Nationaldünkel« attestierte, rief zu einem neuen antinapoleonischen Krieg auf. Neutralität spiele nur den Feinden der Einheit, Frankreich und Rußland, in die Hände: »Kämpft, blutet, siegt für das einigende Deutschland[,] und ihr werdet das einigende deutsche Parlament von den Schlachtfeldern [...] heimbringen!« Nur die Initiation in einem blutigen Nationalkrieg werde garantieren, daß ein künftiges deutsches Parlament erfolgreicher als die Paulskirche sein und sich den einzelstaatlichen Herrschern gegenüber durchsetzen könne: »Wenn erst das Blut aller deutschen Stämme im bewußten Kampfe für das Eine Deutschland auf den Schlachtfeldern des kommenden Krieges zusammengeflossen, gemeinsam die deutsche Erde getränkt, gemeinsam das deutsche Banner geweiht hat; – dann könnt ihr ruhig ein zweites Parlament berufen, sicher daß der Schwabe und Preuße, der Sachse und Baier, der Österreicher und Holsteiner das im Blut und Schlachtenfeuer gestählte Bewußtsein haben werden, Brüder eines und desselben Volkes zu sein.« ¹⁰

⁹ J. VENEDEY, *Krieg*, 1859, S. 10, 13 und 27ff., sowie bereits: DERS., *Radetzky-Album*, 1855. Vgl. F. T. VISCHER, *Lage*, 1859, S. 3079; Fetzer an Venedey 20. 7. 1859 (BA 90 Ve 1/16). Nurmehr persönliche Polemik und das Begleichen alter Rechnungen mit der Pointe »Es war Karl Vogt stets um den Witz zu thun, nicht um die Sache« stehen im Mittelpunkt von Venedeys weiterer Schrift »Pro domo in pro patria, gegen Karl Vogt« (1860) – eine Reaktion auf C. VOGT, *Erklärung*, 1859. Skeptische Reaktion Fetzers darauf: ders. an Venedey 12. 10. 1860 (BA 90 Ve 1/16); über die Spätfolgen: dass., 8. 4. 1864.

¹⁰ J. VENEDEY, *Krieg*, 1859, insb. S. 11 und 25 (Zitate); Reinstein an seinen Bruder 22. 6. 1859 (BA FSg. 1/18). Venedeys Broschüre nimmt sein Kriegsgeschrei von 1871 (Friedensheulerie), das große Proteste hervorrief, vorweg. Kriegslust auch bei Hartmann (an Lewald

Ein militaristischer Nationalismus und – durch die Blutmetaphorik – die religiöse Überhöhung des Nationalstaats, der durch die Nivellierung der regionalen Unterschiede im gemeinsamen Kriegserlebnis geschaffen werden sollte, waren somit bereits in der deutschen Einigungsbewegung der 1850er Jahre vorzufinden und sind keineswegs Produkte eines späteren, integralen Nationalismus der politischen Rechten.¹¹ Sie gehörte zu den Grundvoraussetzungen – und nicht zu den Folgen! – der Bismarckschen Reichsgründung.¹² Die kämpferische und eindeutige Art und Weise, in der Venedey für einen Nationalkrieg an Österreichs Seite eintrat, die polarisierte und durch die er Gegensätze innerhalb der Linken aufdeckte, wurde von den wenigsten seiner Freunde und Gesinnungsgenossen im demokratisch-föderalistischen Lager gutgeheißen. Ebenso erging es auf großpreußischer Seite Vogt. Carl August Fetzer etwa beschwor seinen Freund Venedey: »Um des Vaterlandes willen, [...] halte Maß! Reiß nicht die Demokratie, die nicht aus Böswilligkeit, sondern aus Gründen der Überzeugung verschiedener Ansicht ist, noch weiter auseinander. Es nützt nur den äußeren Feinden des Vaterlandes.« Fetzer störte dabei nicht der martialische Ton Venedeys, sondern dessen Polemik gegen die großpreußische Richtung. Daß man denselben Standpunkt im italienischen Konflikt wie Venedey auch in einer weniger martialischen Sprache überzeugend vertreten konnte, bewies Friedrich Theodor Vischer in der Augsburger Allgemeinen.¹³

Verschiedene Initiativen, an denen ehemalige Paulskirchenabgeordnete maßgeblich beteiligt waren, versuchten, Kompromißlinien zwischen den beiden wichtigsten Richtungen innerhalb der deutschen Linken, den großpreußischen Demokraten und den demokratischen Föderalisten, zu finden, um zu einer einheitlichen Haltung der Linken in der deutschen Politik zu gelangen. Zwei Resolutionen unter maßgeblicher Beteiligung der Paulskirchenlinken aus Württemberg (unterzeichnet u. a. von Wilhelm Murschel und Albert Schott) und Zürich (verfaßt von Georg Friedrich Kolb, Wilhelm Schulz-Bodmer, Bruno Hildebrand, Carl Nauwerck, Jodokus Temme u. a.) forderten Anfang Juli zwar, Bundestruppen zur Unterstützung Österreichs zu mobilisieren, da ein Krieg gegen Napoleon unvermeidlich sei. Diese soll-

20. 3. 1859, StabiO NL Lewald-Stahr, K. 14). Zeitgenössische Stimmen, die vor der Aufstachelung zum Rassenhaß warnten: L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 173 f.

¹¹ Die Radikalisierung des Nationalismus setzte damit noch früher ein, als es D. KLENKE, Gemeinschaftsideal, 1995, aufgrund von Untersuchungen der Turner und Sängler, bei denen Venedey als Altburschenschaftler und aufgrund der von ihm vertretenen Auffassungen sehr angesehen war, annimmt. Vgl. hingegen etwa W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993, S. 257, für die traditionelle Sichtweise, daß eine »Militarisierung der Denkweisen und politischen Anschauungen« sei »auch im bürgerlichen Lager« erst nach 1871 eingetreten. Dies ist ein Derivat der klassischen These von der Feudalisierung des Bürgertums im Kaiserreich. Die jüngere Forschung zeigt jedoch, daß die Mentalitätsprägungen, die damit erfaßt werden sollten, bereits lange vor 1871 stattfanden.

¹² Vgl. auch J. BREUILLY, ²1994, S. 96 ff.

¹³ F. T. VISCHER, Lage, 1859; Fetzer an Venedey 20. 7. 1859 (BA 90 Ve 1/16). Fetzer verteidigte im selben Brief Vogt gegen die u. a. von Venedey erhobenen Korruptionsvorwürfe.

ten jedoch unter preußischen Oberbefehl gestellt werden. Außerdem sollten wie 1848 eine deutsche Zentralgewalt und ein Nationalparlament geschaffen und in Fortentwicklung des Gagern-Modells aus der Paulskirche eine doppelte, engere bzw. weitere Bundesstruktur für die deutschen und außerdeutschen Territorien der Bundesstaaten aufgebaut werden. Dieser Forderungskatalog lief auf eine Verbindung der Situationsbewertung durch die demokratischen Föderalisten, daß Österreich gegen Napoleon unterstützt werden müsse, mit zentralen Forderungen der Großpreußen hinaus. Diese Kompromißlinie sollte nicht nur die weitere Annäherung der liberalen Fraktionen ermöglichen. Hinter ihr stand zudem ein Machtargument: möglichst kein Territorium der Bundesstaaten sollte preisgegeben werden, von »Freiheit« und Mindeststandards für die Verfassung des künftigen Deutschlands war hingegen auch hier mit keinem Wort die Rede.¹⁴ Die Italiendebatte des Jahres 1859, an der mehrere führende Demokraten beteiligt waren, ist insgesamt ein Beleg für die zunehmende Machtorientierung der Linken.

Die Waffenstillstandsbedingungen von Villafranca wurden sowohl von den großpreußischen Demokraten als auch von den demokratischen Föderalisten mit großer Enttäuschung aufgenommen. Sie reagierten teilweise geradezu mit einem Rückfall in die deutschlandpolitische Depression der frühen fünfziger Jahre. Einmal mehr wurden die wachsenden Differenzen im österreichfreundlichen Lager deutlich: Nur die supranational Orientierten, für die der territoriale Bestand und Großmachtstatus Österreichs im Vordergrund standen, konnten den Waffenstillstandsbedingungen etwas Positives abgewinnen, da Österreich nach seiner katastrophalen Politik im Vorfeld des von Frankreich und Sardinien-Piemont so geschickt provozierten Krieges relativ glimpflich davongekommen war und sie sich sagen konnten, daß dies ihrer Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Bundesgebiet zu verdanken war. Den demokratischen Föderalisten ging es jedoch, obwohl auch sie sich für eine Unterstützung Österreichs eingesetzt hatten, wie der großpreußischen Linken primär um Fortschritte auf dem Weg zur deutschen Einheit. In dieser Beziehung hatten jedoch weder der Waffenstillstand noch der folgende Friedensvertrag positive Folgen. Die Hauptintention der friedenschließenden Mächte war ja, den großen europäischen Krieg zu ver-

¹⁴ Die Zürcher Forderungen lauteten im einzelnen: »1) Beim Eintritt Deutschlands in den jetzigen Krieg, dessen politische und militärische Führung durch Preußen. 2) Einigung der deutschen Gesamtnation durch eine Volksvertretung. 3) Stärkung der Wehrkraft durch Volk und Heer erleichternde allgemeine Landwehrsysteme und durch Ausgestaltung einer gerechten Entschädigungsweise für die Kämpfer im Falle eines Krieges. Herstellung einer deutschen Kriegsflotte. 4) Trennung der deutschen Länder in Verfassung und Verwaltung von außerdeutschen Ländern« (Temme an Mittermaier 14. 7. 1859, Heid. Hs. 2746). Vgl. Jh 1859, S. 308: Zustimmung für den Zürcher Aufruf und Betonung der Distanz Vogts zu Napoleon: »die Demokratie« halte ihn insgesamt für einen »Feind des menschlichen Geschlechts«. Vgl. Temme an Mittermaier 30. 6. 1859 (Heid. Hs. 2746); Beobachter 3. 7. 1859 (württembergische Resolution); Schmidt an K. Duncker 26. 5. 1859 (M. DUNCKER, Briefwechsel, 1923, S. 119).

hindern, den die beiden Hauptrichtungen in der deutschen Linken angestrebt hatten, um Bewegung in die deutsche Frage zu bringen.

Die demokratischen Föderalisten sahen in dem Friedensschluß vor allem einen Sieg Napoleons, der nun, nachdem ihm sogar Österreich dankbar sein mußte und der Interessengegensatz der beiden deutschen Großmächte offenbar geworden war, in der Lage sei, die schon immer von Frankreich erstrebte Rheingrenze zu realisieren. Exemplarisch verdeutlicht dies ein Brief Vischers an Roßmäßler, in dem er »Preußen, das jetzt so lächerlich auf den Sand gesetzt ist und mit dem wir alle so schmachlich blamiert sind«, eine neue totale Niederlage gegen einen Napoleon und »Fremdherrschaft« prophezeite.¹⁵ Die Schuld daran trug aus Sicht der demokratischen Föderalisten die preußische Regierung, die nur partikulare und keine nationalen Interessen verfolgte und deshalb Österreich nicht unterstützt hatte. Hinter dem Werben der demokratischen Föderalisten für eine großdeutsche Lösung stand eine strategische Überlegung, die 1866, mit umgekehrten Vorzeichen den großpreußischen Demokraten schlüssig schien: Durch Vereinigung mit dem übrigen Deutschland sollte Österreich liberalisiert werden. Am »Volk«, d. h. an ihren eigenen Bemühungen, die öffentliche Meinung zum Krieg zu mobilisieren, hatte es ihrer Ansicht nach nicht gelegen, daß 1859 die Einheit noch nicht realisiert worden war. Vischer berichtete Roßmäßler, im Mai sei in Süddeutschland »Alles begeistert, Alles willig« gewesen, »sich der preußischen Führung zu unterwerfen, [...] eine künftige Einigung Deutschlands von einem Nationalkriege [er]hoffend, und jetzt – ein Groll gegen die Preußen, die den unwiederbringlichen Moment versäumten, wie ich ihn nie im Leben gesehen. Preußen ist in Süddeutschland gründlich depopularisirt.«¹⁶

Die Enttäuschung der Föderalisten saß tief, auch wenn sie ihr öffentlich, wie etwa Vischer in seinen Kommentaren für die Augsburger Allgemeine nicht so unumwunden Ausdruck verliehen wie in Briefen an Gesinnungsgenossen. Das lag vor allem daran, daß das Scheitern der Versuche, die Großmächte zu einer gemeinsamen europäischen Politik zu bewegen, letztlich zu der Erkenntnis führen mußte, daß die von den demokratischen Föderalisten im Grunde ihres Herzens angestrebte großdeutsche Einigung wegen des Antagonismus zwischen Österreich und Preußen nicht zu realisieren war. Insofern ist es kein Zufall, daß die Enttäuschung über das Ende des Konflikts um Italien zu einer Verstärkung der öffentlichen Plädoyers für eine Triaslösung führte. Die demokratischen Föderalisten setzten fortan verstärkt auf eine Einigung der Mittel- und Kleinstaaten, die in ihren Augen ohnehin das »wahre« (»reine«) Deutschland repräsentierten, ohne Betei-

¹⁵ Vischer an Roßmäßler 16.7.1859 (DLA A: Vischer 6720). Ebenso noch ders. an Lang 6.2.1860 (Württ. LB 8° 156/300). Enttäuschung im großpreußischen Lager: K. BIEDERMANN, *Waffenstillstand, 1859*; DERS., *Trotz alledem! 1859*.

¹⁶ F. T. VISCHER, *Lage, 1859*, S. 3079; ders. an Roßmäßler 16.7.1859 (DLA A: Vischer 6720).

ligung der Großmächte.¹⁷ Die großpreußische Linke sah sich einerseits bestätigt, daß Österreich die Unterstützung Preußens gar nicht gewollt habe, da es im Gegenzug zu Zugeständnissen in der deutschen Politik gezwungen gewesen wäre: »Österreich und Frankreich haben Frieden gemacht, um Deutschland nicht zur Einheit, Preußen nicht zur Herrschaft über das geeinte Deutschland kommen zu lassen.«¹⁸ Andererseits waren die Großpreußen enttäuscht über die preußische Regierung, die die günstige Gelegenheit nicht genutzt habe. *Beide* Richtungen, Großpreußen wie Föderalisten, reagierten von ihren Prämissen aus realpolitisch, d. h. sie gaben aus Einsicht in die Machtverhältnisse jeweils eine zentrale Position – zumindest vorübergehend – auf: Die demokratischen Föderalisten verzichteten auf die Einigung des »ganzen Deutschland«; die großpreußischen Demokraten begannen, ihren Frieden mit dem preußischen Regime zu machen.

Mit »Deutschland und der Friede von Villafranca« griff im Sommer 1859 auch Julius Fröbel in die öffentliche Debatte über die Italienpolitik und ihre Folgen für die deutsche Einigung ein. Fröbel wurde in den folgenden Jahren zum wichtigsten deutschlandpolitischen Gegenspieler Bismarcks auf österreichischer Seite. In seiner Schrift von 1859 weisen seine fast vorbehaltlose Unterstützung der Habsburgermonarchie und sein autoritärer und antipluralistischer Tonfall darauf hin, daß er sich, anders als die demokratischen Föderalisten, von der Reichsverfassung von 1849 abgewandt hatte und nun konsequent auf eine gouvernementale politische Strategie setzte. Auch Fröbel gestand den Italienern das Recht auf nationale Selbstbestimmung zu, das selbst in der deutsch-österreichischen Linken nicht mehr ernsthaft bestritten wurde. Nur dürfe man es keiner »fremden Macht« erlauben, sich in »deutsche Nationalangelegenheiten« einzumischen – und zu diesen rechnete er auch die Herrschaft »eines deutschen Staates über außerdeutsches Gebiet«. Fröbel forderte, bei solchen Einmischungen von außen alle Differenzen innerhalb des Deutschen Bundes zurückzustellen. Außerdem liege die unbedingte Unterstützung Österreichs »im Interesse der deutschen Nation, im Interesse Europas und [...] im preußischen Interesse«. Mit ihrem Eingreifen hätte die preußische Regierung »in acht Tagen [...] mehr erreichen können, als Preußen seit Friedrich dem Großen erreicht hat. Die deutsche Nation ist der Principien und Doctrinen [...] satt. Was sie verlangt, ist Macht. Und wer ihr Macht gibt, dem wird sie Ehre geben.« Fröbels Argument lautete: Im Gegenzug für die militärische Unterstützung gegen Frankreich und Sardinien hätte Österreich Preußen weitgehende Zugeständnisse bei den Bundeskompetenzen gemacht. In der Tat hatte Österreich Preußen als Gegenleistung für dessen Eingreifen in den italienischen Krieg eine gleichberechtigte Stellung im Deutschen Bund angeboten.¹⁹

¹⁷ F. T. VISCHER, *Gefahr*, 1859, insb. S. 3514; ders. an Lang 6. 2. 1860 (Württ. LB 8° 156/300).

¹⁸ K. BIEDERMANN, *Trotz alledem!* 1859.

¹⁹ O. v. WYDENBRUGK, *Heinrich v. Gagern*, 1862, S. 5238; W. J. MOMMSEN, *Ringen*, 1993, S. 106.

In seiner, aus der Verarbeitung der Niederlage von 1849 resultierenden Machtorientierung, die die bestehenden Staaten und ihre Institutionen zur Erreichung der eigenen politischen Ziele benutzen wollte, stimmte Fröbel mit den autoritären Revolutionären im großpreussischen Lager wie Ruge, Vogt, Bamberger oder v. Rochau vollkommen überein. Ein hegelianisch inspiriertes Machtdenken und die Entscheidung für Politik von oben mußte auf der Linken also nicht notwendigerweise zur Option für die Vorherrschaft Preußens führen. Eine weitere Übereinstimmung bestand darin, daß beide *gouvernemental* oder autoritär ausgerichteten Strömungen sich nicht an der ethnischen Aufladung des Nationsbegriffes beteiligten. Sie bekämpften diese Tendenz allerdings von gegensätzliche Standorten aus: Ruge, Vogt und Bamberger plädierten für einen kompakten, unitarischen Nationalstaat, der möglichst *ausschließlich* deutschsprachige Gebiete und eben deshalb nicht alle deutschsprachigen Gebiete umfassen sollte; Fröbel trat für eine mitteleuropäische Föderation ein, die neben möglichst allen deutschsprachigen Gebieten ein möglichst großes, ökonomisch und militärisch potentes Territorium umfassen und vor allem global politikfähig sein sollte.²⁰

Fröbel bezeichnete es 1859 als eine »kindliche Idee«, Nationalität ethnisch begründen zu wollen, und wies darauf hin, welche Kosten eine entsprechende Neuordnung Europas mit sich bringen mußte. »Das Nationalitätsprinzip [...] ist ein Gift, von welchem das europäische Abendland mit der Auflösung bei lebendigem Leib bedroht wird.« Die preussischen Konstitutionellen, etwa Gustav Freytags und Moritz Buschs Zeitschrift »Die Grenzboten«, polemisierten heftig gegen die anationalen Auffassungen Fröbels. Sie nahmen ihm dies weit mehr übel als seine Sympathien für die Habsburgermonarchie. Für Fröbel jedoch, der seit seinem Exil in den USA in globalen Maßstäben dachte, zählten nicht Nationalstaaten, sondern nur »Reiche«, die ganze »Culturkreise« integrierten. Deshalb plädierte er mit ebenso antirusischer wie antifranzösischer Stoßrichtung für eine staatenbündische Triaslösung, in der die »Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten« wechseln sollte und die einzelnen Staaten vollkommene Souveränität bei der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten hätten. Den ihm vorschwebenden drei deutschen Teilstaaten Österreich, Preußen und einem Bund der Mittel- und Kleinstaaten wies er unterschiedliche Interessensphären zu. In diesen sollten sie dem Ansturm der zentralistischen Nachbarreiche Rußland und Frankreich abwehren, und in diese Regionen sollten sie ökonomisch und territorial expandieren: Österreich in den Donauraum, Preußen rings-

²⁰ J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 201–34, insb. S. 204 f. und 207 (Zitate). J. FRÖBEL (Schleswig-holsteinische Sache, 1866) gehörte zu den wenigen, die den Begriff »Deutschland« in ihrem Oeuvre präzise definiert haben: als das Gebiet des Deutschen Bundes, also politisch und nicht ethnisch und somit ohne Schleswig, Posen und Westpreußen, aber Böhmen und Mähren einschließend. Vgl. auch J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 294 f.; A. RUGE, Freiheit, 1859, insb. S. 484 und 487. Haltung der österreichischen Linken zur italienischen Einheit: C. GISKRA, o. J., S. 10 ff., und RR 7. 5. 1862, der allerdings gegen die Aufgabe Venetiens war.

um die Ostsee und nach Schleswig-Holstein, das Dritte Deutschland in die Gebiete westlich des Rheines.²¹

Erstmals artikulierte sich mit Fröbels aufsehenerregender Schrift eine Linke, die ihren Frieden mit der Habsburgermonarchie gemacht hatte und mit geostrategischen, antislawisch gefärbten Argumenten für eine so vorsichtige Reform des Vielvölkerstaats plädierte, daß dessen Zusammenhalt nicht gefährdet wurde, sondern er vielmehr ökonomisch und politisch solidere Grundlagen erhielt. Zu den aus der Paulskirchenlinken kommenden Protagonisten dieser Richtung gehörten neben Julius Fröbel: Adolf Kolatschek, der seit Herbst 1858 in Wien die einflußreiche liberale Zeitschrift »Stimmen der Zeit« herausgab, Oscar v. Wydenbrugg und Moriz Mohl. In der Habsburgermonarchie selbst – und das war ein Hauptgrund für das Scheitern dieser supranationalen Föderalisten – stießen sie hingegen kaum auf Resonanz. Franz Schuselka war der einzige Österreicher innerhalb der Paulskirchenlinken, der öffentlich die Idee einer mitteleuropäischen Föderation vertrat. 1860/61 wurden beim Übergang der kaiserlichen Regierung zu einem äußerlich konstitutionellen Regime einige Veteranen der Paulskirchenlinken in das neugeschaffene Abgeordnetenhaus des Reichsrats gewählt. Sie verfolgten dort eine großösterreichische Linie. Das heißt: Ihnen lag zwar auch an der Stabilisierung der Habsburgermonarchie; der Zusammenhalt des Deutschen Bundes war ihnen jedoch weitaus weniger wichtig als den supranationalen Föderalisten.

Die großpreußische Seite reagierte unverzüglich auf das Hervortreten einer Fraktion innerhalb der Linken, die ausdrücklich gegen die Zerschlagung des österreichischen Kaisertums war. Bamberger, der mit Fröbel 1848 zu den Köpfen der außerparlamentarischen Demokratenkongresse gehört hatte, griff diesen und zugleich den demokratischen Föderalisten Venedey in einem Offenen Brief frontal an und warf Fröbel ein übermäßiges Eingehen auf die gegebenen Machtverhältnisse, also ein Übermaß an »Realpolitik« vor. Sein philosophischer Verstand sei mit einer »praktisch-ordinären Marotte« durchgebrannt. »Zur Buße für den von uns Andern [...] einer deutschen Republik gewidmeten Cultus muß Du Armer die Mesalliance mit dem bayerischen Madel, der alten Jungfer Trias, eingehen, die seit zehn Jahren vergeblich einen Mann suchte.«²² »Ohne das Grundkapital, das da

²¹ J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 215 f. (Zitat) und 228 ff., vgl. auch S. 251 f. und 296 ff. Fröbels Ablehnung des Nationalitätsprinzips feite ihn auch vor dem sonst weit verbreiteten Volkskult: nicht zufällig spricht er im Gegensatz zu den meisten anderen Liberalen der Zeit häufig im Plural von den »Bevölkerungen« der deutschen Staaten und selten vom deutschen »Volk« (z. B. J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. II, 1866, S. 200). Auseinandersetzung mit Fröbels Argument: L. SIMON, Deutschland und seine Großmächte, 1860, S. 227 f. Zur Polemik der »Grenzboten« vgl. E. PORTNER, 1959, S. 90.

²² L. BAMBERGER, Offener Brief Fröbel, 1859, S. 53; folgende Zitate ebd., S. 54. Möglicherweise war dies zugleich eine bössartige Anspielung auf Fröbels zweite Frau, eine Gräfin Armsperg, die Tochter des ehemaligen bayrischen Gouverneurs in Griechenland. Vgl.

heißt Freiheit, und ohne die doppelte Buchhaltung, die da heißt Volksrepräsentation,« könne es kein »Glück« für »Deutschland« geben. Da die Vergrößerung der deutschen Macht zum gemeinsamen Grundkonsens der Paulskirchenlinken gehörte, konnte das Argument, Österreich garantiere durch die Beherrschung vieler Völker die deutsche Macht nicht allein durch ein Bonmot abgetan werden. Ihm mußte inhaltlich entgegengetreten werden. Bamberger argumentierte historisch und machte Österreich für die Trennung des Elsaß, Lothringens und Belgiens vom Reich verantwortlich. Außerdem verwies er einmal mehr auf die ökonomische, administrative und bildungspolitische Rückständigkeit Österreichs.

Als Napoleon im Frühjahr 1860 seinen im Geheimvertrag von 1858 vereinbarten »Kaufpreis« (Riesser) für die Unterstützung der italienischen Einigung kassierte und die sardischen Provinzen Nizza und Savoyen annektierte, versuchten einige Großpreußen noch einmal, die preußische Regierung durch öffentlichen Druck zu einem innerdeutschen Annexionskrieg zu bewegen. Sie sollte ihrer Meinung nach die erneute Veränderung des territorialen Status quo in Europa zugunsten Frankreichs und die erneut günstige internationale Konstellation nutzen, um die groben strategischen Fehler wiedergutzumachen, die sie 1859 nach Ansicht fast aller Fraktionen der Linken begangen hatte. Der wichtigste Text dieser Phase aus den Reihen der ehemaligen Paulskirchenabgeordneten, in dem zugleich die Argumente gebündelt werden, stammte von Karl Biedermann, der damit seine im Jahr zuvor geäußerte Auffassung zuspitzte. Seine Broschüre war in Absprache mit dem Vorstand des neugegründeten Deutschen Nationalvereins verfaßt worden, wurde auf dessen Kosten gedruckt und u. a. an alle Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses verteilt. Biedermann forderte darin, der Nationalverein solle es sich zur Aufgabe machen, die preußische Regierung durch öffentlichen Druck zu einer großpreußischen Lösung auf der Basis der Reichsverfassung treiben, zumal Biedermann befürchtete, es könnte ein »Arrangement« zwischen dem napoleonischen und dem preußischen Regime dahingehend existieren, daß dieses eine Annexion des linken Rheinflufers durch Frankreich und im Gegenzug jenes die »Arrondierung« Preußens in Norddeutschland dulden werde.²³ Eine solche Teilung Deutschlands am Main war jedoch für die großpreußische Linke des Jahres 1860 noch

auch Bamberger an Hartmann 24. 7. 1858 (SLB Wien) über Kolatscheks »Stimmen der Zeit« (in Anm. 1 zu Kap. XIII zitiert); L. BAMBERGER, *Erinnerungen*, 1899, S. 399 ff.

²³ NV I, S. 49 (Rießler); Biedermann an Bennigsen 18. 2. und 26. 3. 1860, in: H. ONCKEN, *Rudolf v. Bennigsen*, Bd. I, 1910, S. 365 ff. und 378 f.; K. BIEDERMANN, *Fünzig Jahre*, 1892, S. 96 f.; DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 36. Vgl. K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, S. 137 ff.; R. J. BAZILLION, 1989, S. 309 f., der Biedermanns Selbstsicht allerdings zu wenig hinterfragt. Überkritisch hingegen: A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 138 ff. Zur politischen Stimmung in Deutschland nach der Annexion Savoyens: R. BUCHNER, 1965, S. 91 ff.; L'HUILLIER, 1954, S. 268 ff.

vollkommen inakzeptabel, weil sie befürchtete, im Süden werde dann ein neuer von Frankreich abhängiger »Rheinbund« entstehen.

Die Abtretung der Provinz Savoyen, die jenseits aller problematischen, ethnisch-nationalen Zuordnungen ein Stammland des Königreichs Sardinien war, aus dem sich das neue Königreich Italien entwickelt hatte, offenbarte in den Augen Biedermanns, daß es Napoleon nie um die Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts gegangen sei, sondern um eine Vergrößerung des eigenen Territoriums und Einflßbereichs. Dies bedeutete für die großpreußischen Nationalisten im Vergleich zu 1859 eine entscheidende Frontbegradigung. Nun konnte man dem als Gegner der deutschen Macht und Einheit angesehenen Napoleon wieder offen entgegentreten, ohne damit die »sehr berechtigten Bestrebungen des italienischen Volkes zu bekämpfen«.

Die gouvernementale großpreußische Linke war überzeugt, daß nur von einer entschiedenen Außenpolitik Preußens, die einen Krieg in Kauf nahm, wenn nicht gar provozierte, der Impuls zur deutschen Einigung ausgehen konnte. Deshalb lag ihr so viel daran, daß die Regierung diese Chance nicht wiederum, wie im Krimkrieg, als sie durch eine antirussische Politik »moralische Eroberungen« in den deutschen Staaten hätte machen können, und wie im Jahr zuvor verpaßte. Allerdings befürwortete kein Politiker der bürgerlichen Linken eine Eroberungspolitik im Stile Friedrichs II.: Zwar sollte die Einigung von oben ausgehen, aber sie mußte sich im Einklang mit der öffentlichen Meinung befinden. Darum hatte man nach der berühmten Regierungserklärung vom Herbst 1858, die angekündigt hatte, Preußen wolle Deutschland »moralisch« erobern, so große Hoffnungen auf Wilhelm I. gesetzt. Biedermann forderte nun von Preußen die »unlösliche Verschmelzung der eignen Kräfte mit denen des übrigen Deutschland zu einem einigen, kompakten, untrennbaren Ganzen«. Die Widerstände gegen die damit nebulös angesprochene großpreußische Lösung könnten nur durch »einen großen, kühnen Akt auswärtiger Politik« überwunden werden, der »die edelsten Sympathien der Nation unwiderstehlich zu ihm hinreißt und jeden Versuch eines partikularistischen Widerstandes dadurch unmöglich mache«. Nach Ansicht der demokratischen Fraktion innerhalb der großpreußischen Linken sollte Preußen vor allem durch eine vorbildliche Verfassung und Rechtsordnung »moralische Eroberungen« machen, woraufhin ihm die Sympathien aller liberalen und national empfindenden Deutschen von selbst zuflögen, so daß die freiwillige Unterordnung der übrigen Staaten unter die Hohenzollernmonarchie nur noch eine Frage der Zeit wäre. Hingegen sah die gouvernemental-autoritäre Strömung einen klaren Primat der Außenpolitik. Nach ihrer, in der Paulskirchenlinken zunächst vor allem von Ruge, Vogt und Biedermann vertretenen Ansicht konnte nur ein kühner außenpolitischer Schritt, also etwa innerdeutsche Annexionen, die Magnetwirkung auslösen, die dann zur Einigung unter preußischer Vorherrschaft führen werde. Aus dem Primat der Außenpolitik folgte wiederum die Höherbewertung von »Einheit« und »Macht« gegen-

über »Freiheit«. ²⁴ Daß allerdings das Interesse der preußischen Regierung sich nicht auf das liberale Ziel der nationalen Einigung ausrichtete, sondern auf die Festigung der eigenen Großmachtposition – diese einfache Erklärung für das Verpassen der von den Liberalen gesehenen Chancen, wurde zumindest in den öffentlichen Stellungnahmen der großpreußischen Linken nicht in Erwägung gezogen.

Einstweilen befanden sich gouvernemental orientierte Politiker wie Biedermann selbst im Nationalverein in der Minderheit. Die noch junge gesamtdeutsche Organisation, in der in den Anfangsjahren die Demokraten dominierten, verteilte zwar Biedermanns Broschüre, konnte sich jedoch auf ihrer ersten Generalversammlung nur zu einer vorsichtigen Erklärung durchringen. Sie begrüßte die italienische Einigung und forderte ein militärisches Eingreifen nur, wenn die Verteidigung des Bundesgebietes oder die Eindämmung einer weiteren Expansion Frankreichs notwendig werde. Dies war das Äußerste, was den Süddeutschen im Nationalverein zuzumuten war, ging den Großpreußen jedoch nicht weit genug. Gegen die von ihnen geforderte »bedingungslose Sympathie-Erklärung« für Italien hatte sich u. a. Gabriel Riesser ausgesprochen, da sie als Freibrief für die napoleonische Politik aufgefaßt werden müsse. ²⁵

Zu den Ergebnissen der Debatte der Jahre 1859/60 über die italienische Frage und die deutsche Einigung gehörte die Erfahrung, daß die zahlreichen Publikationen mit scharfer Kritik am Verhalten der deutschen Regierungen, anders als 1848, zu keiner breiten politischen Mobilisierung führten. Zwar hatte die pro-österreichische Agitation des Frühjahrs 1859 die Regierungen beeinflußt, aber es kam zu keiner Bewegung jenseits der politischen Eliten. Fetzer konstatierte in Württemberg allgemeine »Zerfahrenheit«. Es fehle vor allem »ein rechter *politischer* Zug, der namentlich auch von der jüngeren Generation Leute auf den Schauplatz riefe«. ²⁶ Eine Hauptursache für das geringe Engagement war die Unübersichtlichkeit der Situation: zuviele Optionen standen zur Diskussion; aus der Niederlage von 1848/49 hatten die unterschiedlichen Fraktionen allzu gegensätzliche Konsequenzen gezogen, die die »Zerfahrenheit« und politische Spaltung vergrößert hatten. So war 1859/60 die bürgerliche Linke in der italienischen Frage nicht in der Lage, einen auch nur formelhaften Minimalkonsens zu finden und politisch zur Mobilisierung zu nutzen.

Zwischen den verschiedenen Fraktionen wurden die Gesprächsfäden durch die Heftigkeit der Auseinandersetzung zunehmend dünner. An die Stelle von Argumenten traten zunehmend öffentliche Verunglimpfung,

²⁴ K. BIEDERMANN, *Savoyer Frage*, 1860, insb. S. 5 ff., 20 ff. und 25 ff. S. GOLTERMANN, 1998, S. 43, zitiert aus dieser Broschüre eine Passage, die sich in ihr zwar nicht finden läßt, aber Biedermanns Position kongenial nachempfiehlt. Vgl. auch A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 138 ff.

²⁵ NV I, S. 41–55 (Riesser: S. 49); DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 44, 54 f. und 67.

²⁶ Fetzer an Venedey 12. 10. 1860 (BA 90 Vc 1/16).

Feindschaft und Kommunikationsverlust. Aber auch innerhalb der einzelnen Richtungen war es nicht leicht, zu einer gemeinsamen Position zu gelangen. Wie schwer dies selbst der am besten organisierten deutschlandpolitischen Fraktion, der großpreußisch-demokratischen, fiel, zeigen die Verhandlungen des Nationalvereins über die italienische Frage.

Neben der zunehmenden liberalen Uneinigkeit und der fehlenden Massenresonanz bestand eine weitere Negativerfahrung des Jahres 1859/60 darin, daß die wichtigen Entscheidungen wie schon 1854/55 an den Mittelstaaten vorbeiliefen, in denen die Liberalen nach dem »Systemwechsel« in Baden und angesichts ihrer Stärke in Württemberg am ehesten auf direkten politischen Einfluß rechnen konnten. Man kann insofern die nationalpolitische Debatte und Mobilisierung von 1859 als Gegenerfahrung zur Revolution von 1848 begreifen. Hatte 1848 die öffentliche Meinung schier unbegrenzten Einfluß gehabt und waren die alten Regime zunächst wie Kartenhäuser zusammengefallen, so erwies sich 1859/60 ebenso wie 1849 bis 1851 die öffentliche Meinung innen- und deutschlandpolitisch als weitgehend machtlos. Die Erfahrung von 1859/60 beschleunigte innerhalb der Linken die realpolitische Wende und verstärkte die Staatsfixierung: Politische Veränderungen waren für eine wachsende Zahl der ehemaligen Revolutionäre, die in Frankfurt auf der Souveränität der Nationalversammlung, also der gesellschaftlichen Kräfte, beharrt hatten, nurmehr von oben, also über die Regierungen zu erreichen.



Abgeordnete der Linken aus der Deutschen und der preussischen Nationalversammlung (Lithographie von C. Koch)

Von rechts oben nach rechts unten: Robert Blum (1), Julius Fröbel (2), Wilhelm Adolf v. Trützschler (3), Gottfried Kinkel (4), Lorenz Brentano (5), Friedrich Hecker (6), Franz Raveaux (7), Philipp Todt (8), Otto Leonhard Heubner (9), Franz Zitz (10), Hugo Wesendonck (11), Carl Vogt (12), Ludwig Simon (13), Ferdinand Freiligrath (14), Szumann (15), Arnold Ruge (16), Wilhelm Caspary (17), Görz-Wriesberg (18), Pax (19), Anton Gladbach (20), Karol Libelt (21), Karl d'Ester (22), Lipski (23), Franz Ziegler (24), Heinrich Simon (25), Conrad (?) Schramm (26), Maetz (27), Dierschke (28), Georg Jung (29), Goswin Krackrügge (30), Julius Brill (31), Pinoff (32), O. Stein (33), Karl Friedrich Moritz Elsner (34), Schulz-Wanzleben (35), Benedikt Waldeck (36), Rudolf Schramm (37), Julius Stein (38), Behnsch (39), Grebel (40), Lisiecki (41), Oscar Graf v. Reichenbach (42), Christian Gottfried Nees van Esenbeck (43), Karl Rodbertus (44), Julius v. Kirchmann (45), Jodocus Temme (46), Viktor v. Unruh (47), Johann Jacoby (48) und Julius Berends (49). Die fehlenden Vornamen konnten nicht in Erfahrung gebracht werden.

Vierter Teil

Wege zur Einheit im Schatten der Reaktion



Köpfe der Paulskirchenlinken (Holzstich, 1848)

Von links oben nach rechts unten: August Rühl, Franz Schuselka, Jakob Venedey, Nikolaus Titus, Martin Mohr, Wilhelm Zimmermann, Franz Zitz, Ludwig Simon, Arnold Ruge, Robert Blum, Carl Vogt, Adolf Rösler, Hugo Wesendonck, Emil Adolph Roßmäßler, Wilhelm Michael Schaffrath, Ludwig (Louis) Hentges, Johann Adam v. Itzstein, Moritz Hartmann.

1858–60: Systemwechsel in den wichtigsten deutschen Staaten

Die Geschichte des Liberalismus im Deutschen Bund in den Jahren 1858 bis 1862 ist vor allem durch die Entstehung und Ausbreitung neuer Organisationen charakterisiert. Die wichtigsten Entwicklungen dieser Zeit waren die Wiederbelebung von Parteistrukturen in Preußen und die Gründung des Deutschen Nationalvereins als erste staatenübergreifende, Massenorganisation von Liberalen und Demokraten seit dem Centralmärzverein von 1848/49. Beides wurde möglich durch die nachlassende Verfolgung der oppositionellen Presse und Vereine und die Abkehr auch der preußischen Linken vom Politikboykott. Daß liberale Parteistrukturen im wichtigsten Bundesstaat Preußen entstanden und daß der Deutsche Bund die über die Einzelstaaten hinausgehende Organisierung der Nationalbewegung tolerierte, ließ die bis 1859 vorwiegend publizistische Einflußnahme der Linken zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor werden, der einen relevanten Teil der Bürger und Wähler hinter seinen Parolen versammelte.

Seit sich infolge der veränderten internationalen Konstellation die Einigungsbewegung in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre wieder stärker artikuliert und auf wachsende Resonanz stieß, wurde deutlich, daß eine rein repressive Politik langfristig an der 1848/49 erreichten Fundamentalpolitisierung scheitern mußte. Die Regierungen gingen Ende der fünfziger Jahre wieder zu einer flexibleren Politik über, die auf die öffentliche Meinung und die politische Legitimation des Regierungshandelns Rücksicht nahm. Durch zufällige Ereignisse wie den Regentschaftswechsel in Preußen begünstigt, gelangten in verschiedenen deutschen Staaten Männer in Regierungsverantwortung, die dem Liberalismus kompromißbereit gegenüberstanden und stärker konstitutionell orientiert waren. Wilhelm I. ersetzte nach Übernahme der preußischen Regentschaft Anfang Oktober 1858 das hochkonservative Ministerium Manteuffel durch ein gemäßigtes unter Karl Anton v. Hohenzollern-Sigmaringen. Bereits einige Jahre zuvor zeichnete sich immer deutlicher eine Legitimationskrise des Reaktionsregimes ab. So hatte der Landtag begonnen, wieder sein Budgetrecht wahrzunehmen und u. a. im März 1857 die Steuervorlagen der Regierung zu Fall gebracht. Da die Regierung Hohenzollern-Sigmaringen, anders als ihre Vorgängerinnen, die anstehenden Abgeordnetenhauswahlen nicht massiv manipulierte und da die preußische Linke ihren Politikboykott aufgegeben hatte, kam es zu einer schweren Niederlage der hochkonservativen Fraktionen, die den Landtag in den 1850er Jahren beherrscht hatten.

Ebenfalls Ende 1858 erzielten die bayrischen Liberalen einen überraschenden Wahlsieg, der den Unmut über eine Regierungspolitik offenbarte, die weit über die im Bürgertum begrüßte Bekämpfung des demokratischen und unterbürgerlichen Radikalismus hinausgegangen war. Anders als in vergleichbaren Fällen in den deutschen Staaten der 1850er Jahre führte dieser oppositionelle Sieg nicht zur baldigen Auflösung des Landtags, son-

dern zum Rücktritt des Ministeriums von der Pfordten. Seit Dezember 1859 kam es in Baden unter dem Einfluß des Abgeordneten Franz v. Roggenbach, der das Vertrauen des Großherzogs genoß, zum »Systemwechsel« hin zu einer quasiparlamentarischen Regierungsweise: Im April 1860 wurden die Führer der liberalen Fraktion im Landtag, Lamey und v. Roggenbach, zu leitenden Ministern ernannt.

Nach der Niederlage im italienischen Krieg, in den die Habsburgermonarchie mit großen Illusionen über ihre militärische Stärke und weitreichenden Kriegszielen wie dem Sturz Napoleons eingetreten war, endete sogar in Österreich die neoabsolutistische Ära. Nach der Entlassung der Reaktionsminister berief der Kaiser einen Erweiterten Reichsrat, der zwar nur die »Travestie einer legislativen Körperschaft« (Robert Kann) war, aber immerhin Vorschläge für den Übergang zum Konstitutionalismus machen sollte. Als Resultat dieser Beratungen oktroyierte der Kaiser im Oktober 1860 eine konservativ-föderale Verfassung. Dieses »Oktoberdiplom« war in jeder Hinsicht eine scheinkonstitutionelle Halbherzigkeit, die weder die Liberalen noch die Nationalitäten befriedigen konnte. Bereits im Dezember 1860 kam es deshalb zu einem erneuten Kurswechsel des Kaisers: Anstelle des konservativ-föderalistischen Grafen Goluchowski ernannte er mit dem ehemaligen österreichischen Paulskirchenabgeordneten Anton v. Schmerling einen Exponenten des deutschliberalen Zentralismus zum Ministerpräsidenten, der 1848 eine führende Rolle in der provisorischen deutschen Reichsregierung gespielt hatte, in der er nacheinander Innen- und Außenminister sowie von September bis Dezember 1848 Ministerpräsident gewesen war. Zwar wurde er bereits Anfang Februar 1861, um die Popularität der Regierung zu erhöhen, als österreichischer Ministerpräsident durch einen Vetter des Kaisers, Erzherzog Rainer, abgelöst; v. Schmerling blieb aber weiterhin der faktische Regierungschef. Er gilt als »Vater« der mit dem »Februarpatent« von 1861 eingeführten ersten Repräsentativverfassung Österreichs und war für die stärker auf die liberale Öffentlichkeit im Deutschen Bund abgestimmte österreichische Deutschlandpolitik verantwortlich, die 1862/63 im wesentlichen von Julius Fröbel konzipiert wurde und auf eine allmähliche liberale Reform des Deutschen Bundes zielte.

Im Frühjahr 1861 wurden in den österreichischen Ländern nach einem restriktiven Zensuswahlrecht mit sehr ungleich großen Wahlkreisen, die den großen Grundbesitz und die Deutschen begünstigten, neue Landtage bestimmt. Diese delegierten Abgeordnete in den neuen Reichsrat, der, mit Budget- und Gesetzesinitiativrecht ausgestattet, das erste gesamtösterreichische Parlament außer dem kurzlebigen Reichstag von 1848 war, auch wenn er von den Nationalitäten der transleithanischen Reichshälfte boykottiert und seine Zuständigkeit durch ein weitgehendes Notverordnungsrecht der Regierung eingeschränkt wurde.¹ Die Ansätze zur Konstitutionalisierung

¹ Zum Hintergrund: J. SHEEHAN, *German History*, 1989, S. 869 ff.; H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 224 ff.; R. BUCHNER, 1965, S. 81; G. GRÜNTAL, 1982, S. 455 ff.; L. GALL, *Libe-*

und der Regierungswechsel vom Dezember 1860 verstärkten in der deutschen Opposition die Sympathien für die Habsburgermonarchie, die sich bereits während des italienischen Krieges 1859 in überraschender Breite gezeigt hatten, so daß bis Ende 1863 wieder eine großdeutsche Strömung in der Linken existierte.

Am Ende der europaweiten Reaktionsära, nach der Niederlage Österreichs in Italien kam es jedoch mit der Teplitzer Punktation vom Juli 1860 – sehr zur Enttäuschung der erstarkenden Einigungsbewegung – auch wiederum, wie in Olmütz 1850, zu einem Arrangement der beiden Großmächte. Preußen garantierte Österreichs Herrschaft über Venetien militärisch, und Österreich sagte Preußen eine Vorabkonsultation in allen Bundesangelegenheiten zu. Anstatt sich, wie es die großpreußische Linke gefordert hatte, entschlossen gegen Österreich zu stellen, hatte sich damit auch die Regierung der »Neuen Ära« mit der Habsburgermonarchie arrangiert. Das Scheitern der auf die Vereinbarung folgenden Bündnisverhandlungen der beiden Großmächte Anfang April 1861 markierte dann den Beginn einer neuen deutschlandpolitischen Phase, in der Preußen und Österreich offen, und nun immer um die Zustimmung der liberalen Öffentlichkeit werbend, um die Vorherrschaft in »Deutschland« stritten.²

Auch innenpolitisch begann Anfang 1861, mit dem Ende des preußischen Interregnums eine neue Phase. Ausgehend von einem programmatischen »Mahnruf« Johann Jacobys an die preußischen Abgeordneten³, der im Dezember 1860 verfaßt und am 12. Januar 1861 – nach dem Tod Friedrich Wilhelms IV. – publiziert wurde, sprachen die Demokraten, die seit der Aufgabe ihrer Boykottaktik die politischen Möglichkeiten ausgelotet hatten, ihre Enttäuschung über die »Neue Ära« offen aus. Sie waren nicht länger bereit, sich der Devise »Nicht drängen!« zu unterwerfen – also die gemäßigt konservative Regierung ohne öffentlichen Druck gewähren zu lassen. In seiner Thronrede vom 14. Januar verschärfte auch Wilhelm I. den Ton in dem zwischen Regierung und liberaler Parlamentsmehrheit schwelenden Konflikt um die Vergrößerung des stehenden Heeres und die Verlängerung des Militärdienstes. Damit ging die kurze Periode zu Ende, in der die preußische Regierung propagandistisch und teilweise auch politisch auf die Liberalen zuing. Nun wurden die Weichen gestellt für den Verfassungskonflikt der Jahre 1862 bis 1866 sowie für die Entstehung der Fortschrittspartei als übergreifende Organisation der politischen Linken.

ralismus als regierende Partei, 1968, S. 110ff.; R. A. KANN, 1990, S. 297ff.; G. FRANZ, 1955, S. 117ff. und 221 ff. Eine vergleichende Analyse der Gründe für das Scheitern der Reaktion in den wichtigsten deutschen Staaten steht aus; in allen Darstellungen fällt die »Neue Ära« gewissermaßen vom Himmel oder wird allein am zufälligen preußischen Regentschaftswechsel festgemacht.

² E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988. S. 404ff.; DERS., Dokumente, Bd. II, 1986, S. 117ff. Eine Reaktion der Paulskirchenlinken auf Teplitz: A. RUGE, Was wir brauchen, 1861, S. 23.

³ J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 132 f.



Friedrich Sigmund Jucho im Sturm der Reaktion (Lithographie von Ernst Schalck, Ende 1849/Anfang 1850)

Im Hintergrund ist Frankfurt/M. zu erkennen, im Vordergrund steht der Abgeordnete der Paulskirchenstadt und Nachlaßverwalter der Nationalversammlung an einem Abgrund, aus dem ein Krebs als Sinnbild der Reaktion gekrochen kommt und in den ein aus Berlin wehender Sturm Jucho hineinzutreiben droht. Aus dessen Tasche lugt ein Blatt mit der Aufschrift Genf – eine der der Reaktion verhaßten Hochburgen des Republikanismus. Den Hintergrund für die Lithographie bildet die Verfolgung Juchos, um die Akten der Nationalversammlung nicht ins Ausland gelangen zu lassen (vgl. S. 68 f.). Die Bildkomposition betont den Widerstand, den der kaum von seinem Schirm geschützte Linksliberale Jucho leistet, während die Demokraten in einer Phrygiermütze fliehen.

Politische Reorganisation

Die Wiederbelebung und Reorganisation der bürgerlichen Linken nach dem Ende des Krimkrieges zeigte sich in zahlreichen, maßgeblich aus den Kreisen der Paulskirchenlinken initiierten Neu- und Umgründungen von Zeitungen und Zeitschriften. Arnold Ruge versuchte seit Anfang 1857 mit viel Energie, seine legendären »Hallischen Jahrbücher für Wissenschaft und Kunst« aus den Jahren 1838 bis 1843 als theoretisches Organ einer großpreußischen, gouvernemental orientierten Linken wiederzugründen. Einem anderen Projekt derselben Fraktion, allerdings mit einer weniger philosophischen und stärker praktisch-politischen Ausrichtung, das sich explizit als »Weckruf« an die durch die Niederschlagung der Revolution »aus dem lebendigen Parteizusammenhang gerissenen Parteigenossen« begriff – also die Strukturen von 1848/49 wiederbeleben wollte, war mehr Erfolg beschieden: Im Sommer 1860 erschien, wenn auch nach langen Verzögerungen, der erste Band der »Demokratischen Studien«, an dessen Stelle Ende 1861 die von Oppenheimer herausgegebenen »Deutschen Jahrbücher« traten, bis sie Ende 1864 der Bismarckschen Repressionspolitik gegen die oppositionelle Presse zum Opfer fielen. Beide lösten »Das Jahrhundert« als wichtigstes Forum der großpreußischen Linken ab und waren theoretische Organe der 1862 entstehenden Fortschrittspartei. In ihnen schrieben Ludwig Bamberger, Arnold Ruge, Wilhelm Löwe, Ludwig Simon, Moritz Hartmann und andere, hauptsächlich noch in der Emigration lebende frühere Paulskirchenoppositionelle.

Auch in Wien übernahm die Paulskirchenlinke zunehmend Positionen, von denen aus sie maßgeblichen Einfluß auf die liberale öffentliche Meinung in Österreich ausübte: Bereits seit Herbst 1853 war Ignatz Kuranda wieder Herausgeber und Chefredakteur der Tageszeitung »Ost-Deutsche Post«, seit 1858 erschienen die von Kolatschek redigierten »Stimmen der Zeit« als Organ des supranationalen Föderalismus. Im Rahmen der Annäherung dieser Strömungen die österreichische Regierung wurde Kolatschek Anfang 1862 mit der Herausgabe der offiziös-liberalen, dem Regierungschef v. Schmerling nahestehenden Tageszeitung »Der Botschafter« betraut. Im März 1862 löste Julius Fröbel ihn in dieser Funktion ab. Seit 1862 erschien ebenfalls in Wien Franz Schuselkas Wochenblatt »Die Reform«.¹

¹ Vgl. Kap. VI.1; A. RUGE, Briefwechsel, Bd. II, 1886, S. 177 ff.; L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 394 ff.; Bamberger (an Hartmann 24. 7. 1858; SLB Wien) charakterisierte die »Stimmen der Zeit« folgendermaßen: »Was er [Kolatschek] von seiner Zeitschrift sagt, klingt nicht reizend. Die praktische Richtung besteht darin, so wenig als möglich

Karl Biedermann, den die Tätigkeit als Chefredakteur der offiziellen »Weimarer Zeitung« politisch nicht ausfüllte, bestimmte durch seine regelmäßigen Leitartikel auch den Kurs der Leipziger »Deutschen Allgemeinen Zeitung«. Das »Frankfurter Handelsblatt« engagierte Georg Friedrich Kolb zunächst als Leitartikler, seit September 1859, als die Zeitung ihre Umgestaltung mit der Umbenennung in »Neue Frankfurter Zeitung« abschloß, als politischen Redakteur. Kolb bekannte sich in einem griffigen Redaktionsprogramm zum demokratischen Föderalismus: »Wir denken uns das Deutschland der kommenden Jahrzehnte etwa wie eine monarchisch geordnete Schweiz: Selbständigkeit und freie Selbstbestimmung der Einzelstaaten in all ihren inneren Verhältnissen; über den Einzelstaaten eine zusammenfassende, starke, auf Volksvertretung gestützte Centralbehörde, der sich nach außen hin und in allen großen nationalen Interessen jeder Sonderwille unterzuordnen hat. In einem so gestalteten Deutschland kann Deutsch-Österreich ein Bundesglied bleiben, sobald es nur seine innere Verfassung mit den nationalen Ideen von Recht und Freiheit in Einklang setzt.« Kolbs Programm, Deutschland zu »einer monarchisch geordneten Schweiz« zu machen, wurde breit rezipiert und wie die Aufgabe der Boykottaktik in Preußen als Zeichen dafür interpretiert, daß sich die emigrierten Demokraten auf die politischen Gegebenheiten im nachmärzlichen Deutschland einlassen würden und zu Abstrichen von ihrer radikalen Programmatik bereit seien. Einen ähnlichen Kurs wie Kolb vertrat die einzige liberale Zeitung der Pfalz, der »Pfälzer Kurier«, die Anfang der 1860er Jahre unter der politischen Leitung des demokratischen Paulskirchenabgeordneten Philipp Umscheiden stand.²

Die Übernahme von wichtigen publizistischen Posten durch Mitglieder der Paulskirchenlinken wurde u. a. möglich, weil die Regierungen im Rahmen der Abkehr von der reinen Reaktionspolitik allmählich die Rückkehr der Emigranten gestatteten. Dadurch wurden die politischen Auseinandersetzungen belebt, aber zugleich die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Opposition verschärft. Die neuen publizistischen Projekte, an denen Männer aus der Paulskirchenlinken führend beteiligt waren, lassen sich den drei Hauptrichtungen in der Frage des territorialen Umfangs und der inneren Struktur eines künftigen Deutschland zuordnen: »Demokratische Studien« und »Deutsche Jahrbücher« waren neben »Volks-« und »Nationalzeitung«, den beiden linken Berliner Tageszeitungen, die die Reaktionsära überlebt hatten, die wichtigsten öffentlichen Foren der großpreußischen Linken.

zu verlangen, & eine Akkomodation an alle herrschenden Coterien in Österr[eich] passiert unter der Flagge der Nationalität.« Vgl. DOKUMENTE, 1993, S. 451. Zur Verfolgung der »Deutschen Jahrbücher« durch das Bismarck-Regime: BLHA 14801; DJ 13/1864, S. 385 ff.

² K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, S. 186 f.; GESCHICHTE, 1906, S. 43 f.; G. F. KOLB, Redaktionsprogramm, 1859; T. SCHIEDER, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 71 f. Noch 1866 zitierte J. FRÖBEL (Eroberung, 1866) Kolbs Formel als »kein übler Gedanke«, nur eben nicht realitätstauglich.

Kolbs und Sonnemanns »Neue Frankfurter Zeitung« war neben dem Stuttgarter »Beobachter« das Hauptblatt der demokratischen Föderalisten, in dem gelegentlich auch demokratische Internationalisten zu Wort kam. Die »Stimmen der Zeit« vertraten die supranational-staatenbündische Richtung. Daneben druckte auch die pluralistische Augsburgs »Allgemeine Zeitung« regelmäßig Meinungsartikel von Mitgliedern der Paulskirchenlinken, vornehmlich von Vertretern antipreußischer Positionen – also von Supranationalen, demokratischen Föderalisten und Partikularisten. Zu den wichtigsten Leitartiklern der Augsburgs »Allgemeinen Zeitung« gehörte seit 1862 der zur supranationalen Richtung zählende Oscar v. Wydenbrugk, der mit jährlich bis zu fünfzig Meinungs- und historisch-politischen Hintergrundartikeln die deutschlandpolitische Linie des Blattes maßgeblich prägte.

1. Die Repolitisierung der preußischen Linken

Am folgenreichsten war der Umschwung am Ende der 1850er Jahre in Preußen, da dort nicht nur die Unterdrückung der Opposition besonders konsequent durchgeführt worden war, sondern diese auch mit besonderer Halsstarrigkeit darauf reagiert hatte. Schließlich fiel Preußen allein wegen seiner Größe für die politische Stimmung und die Kräfteverhältnisse innerhalb des Bundes besonders ins Gewicht. Stellvertretend vertrat Johann Jacoby bei zwei Reden während des Landtagswahlkampfes im November 1858 in Königsberg das neue Programm der »preußischen Demokratie«. Sie gab sich auf ihrer ersten öffentlichen Versammlung in Ostpreußen betont gemäßigt: Jacoby konzidierte im Rückblick auf die Revolution auf seiten der »Demokraten« zuviel »Ungestüm« und »unpolitische Überstürzung im Handeln«. Zudem stellte er ein außerordentlich moderates Wahlprogramm vor, in dem die Demokraten sich zur Monarchie bekannten und auf den Boden der oktroyierten Verfassung von 1850 stellten, nicht ohne jedoch zu betonen, daß es auch diese Verfassung ohne die Revolution von 1848 nicht geben würde.

Aber Jacoby machte auch für jeden, der genau zuhörte, deutlich, daß hinter der Mäßigung vornehmlich taktische Überlegungen standen und die Demokraten den politischen Klimaumschwung primär dazu nutzen wollten, ihre durch den Politikboykott der Jahre 1849 bis 1858 zerstörten organisatorischen Strukturen, »die durch neunjähriges Nichtstun völlig aufgelöste und demoralisierte demokratische Partei«, wiederaufzubauen. Zur selben Zeit wurde auch den Köpfen der sächsischen Linken ihr »Mangel an Organisation« schmerzlich bewußt. »Die personelle Verbindung« zwischen den liberalen Mitgliedern des Landtags und der außerparlamentarischen Opposition war durch den Rückzug der Demokraten aus den Kammern in Sachsen wie in vielen anderen Reaktionsstaaten abgerissen. Jacoby bezog mit seiner Grundsatzrede von 1858 auch in der Strategiediskussion der Linken eindeutig Stellung. Ohne den Begriff »Realpolitik« zu benutzen, grenzte er

sich unmißverständlich von denjenigen ab, die zu mehr als taktischen Zugeständnissen an das Regime bereit waren: Jacoby bezeichnete sich selbst ausdrücklich als »politischen Idealisten«. Und was politischen Realismus anbetraf, so bestritt Jacoby, daß die gemäßigten Liberalen und Konservativen die politische Situation nach der Niederschlagung der Revolution realistisch bewertet hätten, wenn sie »von einem Ministerium Manteuffel das Heil konstitutioneller Freiheit erwartet« bzw. »ein reines Militair- oder Polizei-Regiment auf die Dauer für möglich« gehalten hätten. Da ihre politische Strategie gleichfalls gescheitert sei, hätten sie nun keinen Grund, die Demokraten als Idealpolitiker zu diffamieren. Auch an der Forderung nach »Wiedereinführung« des gleichen Wahlrechts hielten die preußischen Demokraten fest. Sie betonten, daß sie, im Gegensatz zu den Konservativen und den Konstitutionellen, »das Gesamtinteresse des Staats« im Blick hätten, indem sie »den Grundsatz der Gleichberechtigung Aller aufrecht erhalten« würden. Die preußischen Demokraten vertraten also eine egalitäre, im Frühliberalismus wurzelnde Auffassung und lehnten die Verengung des Liberalismus zur bürgerlichen Klassenideologie ab.¹

In zahlreichen Briefen, die Jacoby zur Verbreitung seiner Reden und der dahinterstehenden taktischen Überlegungen um die Jahreswende 1858/59 verschickte, sprach er offener aus, was er dachte. Er wollte der allzu großen Begeisterung über den neuen Regenten und sein Kabinett entgegenwirken, dem »Vertrauensdusel«, der nur ein Zeichen »demokratischer Feigheit« sei, die den Konstitutionellen und dem König die Dinge überlasse, statt sie selbst in die Hand zu nehmen: »Die Freiheit ist kein Gnadengeschenk, es gibt zu ihr keinen »königlichen Weg!« Jacoby ließ nicht von seinen demokratischen Grundsätzen ab, Preußen auf dem Weg der Verfassungs- und Gesetzgebung zu einer parlamentarischen Demokratie zu reformieren. Er blieb auch bei seiner Fundamentalopposition gegen das bestehende politische System: Die augenblickliche »Zurückhaltung« der Demokraten sei »keineswegs ein Verzicht auf ihre gerechten Ansprüche«. Die preußischen (und etwas später auch die sächsischen) Demokraten hatten nur nach der Einsicht in die negativen Folgen des Politikboykotts ihre Taktik geändert und waren auf die Linie der südwestdeutschen Linken eingeschwenkt, die seit 1849 versucht hatte, durch Opposition in den Parlamenten die Bedingungen für radikale Reformen zu verbessern. Einstweilen verzichtete Jacoby wie auch die übrigen prominenten preußischen Achtundvierziger auf eine Kandidatur für das Abgeordnetenhaus. Damit wollten sie einerseits repressive Reaktionen des Staates gegen die sich gerade reorganisierende

¹ J. JACOBY, Grundsätze, 1859, insb. S. 4 f. und 13 f.; DERS., Briefwechsel, 1978, S. 62 und 66; A. NEEMANN, 1999, S. 184. Vgl. L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 26 f. Das unter Mitwirkung der Paulskirchenlinken Paur und M. Simon aufgestellte Wahlprogramm der Breslauer Liberalen vom 12. 10. 1858 setzte ähnl. Schwerpunkte (abgedruckt in: E. ENGELBERG, Widerstreit, 1970, S. 104 f.). Wohlwollende Kommentare hierzu aus linksliberaler Warte: K. BIEDERMANN, Demokratie in Preußen, 1858; DERS., Heute und vor zehn Jahren, 1859.

demokratische »Partei« vermeiden. Andererseits wollten sie, daß sich die gemäßigten Liberalen zunächst aufrieben: »Den Gothaern gehört die Gegenwart. Sehen wir zu, ob diese sich so weise dünkenden Staatsmänner ohne uns mit der Reaktion fertig werden!« Die Stunde der Demokraten komme dann nach dem Abschluß ihrer Reorganisation und bei einer erwarteten Zuspitzung der Situation.² Jacoby zählte zusammen mit Männern wie August Reinstein oder Jodokus Temme zu einer radikalen Minderheit in der großpreußischen Linken, die trotz verbaler und taktischer Zugeständnisse zeitlebens an ihren demokratischen und egalitären Grundsätzen festhielten.

Hingegen ging Arnold Ruge in seinen Konsequenzen aus der Niederlage bereits 1859 einige entscheidende Schritte weiter. 1848 hatte man sich seiner Meinung nach um die Frage der Einheit Deutschlands gedrückt. Für ihn war klar, »daß die wirkliche deutsche Staatseinheit im Sinne unserer Zeit heißt, daß Preußen den Umfang in Deutschland erreicht, der es wesentlich zu Deutschland macht.« Und zwar sei diese Frage nur deshalb »so einfach« zu beantworten, weil Preußen »schon zu einer europäischen Bedeutung erwachsen« sei. Da das vereinte Deutschland – hierin war sich die Paulskirchenlinke ja einig – eine europäische Großmacht sein sollte und da von den deutschen Staaten allein Preußen »europäische Bedeutung« hatte, musste das neue Deutschland aus Preußen entstehen, indem dieses sich durch Annexionen vergrößerte. Die Einigung musste durch »Mediatisierung« der übrigen (nord)deutschen Staaten »in dem zu gründenden Einheitsstaate« erfolgen. Voraussetzung war allerdings die »Entwicklung Preußens zu einer solchen Freiheit [...], daß dieser Staat das Ideal aller Deutschen wird.« Preußen mußte also liberalisiert werden, damit es zum Magneten der deutschen Einigung werden konnte. Die »Neue Ära« schien die geschichtsphilosophisch fundierten Ideen der großpreußischen Linken zu bestätigen. Die Zweifel an der Bereitschaft und der Fähigkeit der preußischen Führung, Deutschland zu einen, waren im Vergleich zu den ersten Jahren nach dem Krimkrieg deutlich seltener geworden. Aber Preußen konnte nach Ansicht der großpreußischen Vordenker – und zwar sowohl des Demokraten Ruge als auch des Linkliberalen Biedermann – nur ohne »die gehässige Polizeilarve« vor dem Gesicht seinen »Beruf« der Einigung Deutschlands erfüllen.³

Ruge und seine Anhänger negierten die faktische Dreiteilung der Linken in der Frage des territorialen Umfangs und der inneren Struktur eines künftigen deutschen Staates, indem sie zu einer simplifizierenden Polarisierung zurückkehrten: es gebe nur eine pro-preußische und eine pro-österrei-

² J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 63, 65 f. und 90. Ein Beispiel für den von Jacoby attackierten »Vertrauensdusel«: K. BIEDERMANN, Vertrauen, 1858.

³ A. RUGE, Nothwendigkeit, 1859, insb. S. 130f. (Zitat). Die Deutschen in Österreich seien »durch den dreißigjährigen Krieg« verloren gegangen; außerdem perhorreszierte Ruge die »Vermischung des protestantischen mit dem katholischen Deutschland« (ebd., S. 131). Vgl. auch ders. an M. DUNCKER 26. 5. 1859 (M. DUNCKER, 1923, S. 115ff.). Ein ausdrückliches Bekenntnis zur Demokratie als Voraussetzung der Einigung in: A. RUGE, Das niedere Volk, 1859, insb. S. 91. Ähnl. K. BIEDERMANN, Regentschaft, 22. 9. 1858.

chische Partei. Jede Differenzierung unter denjenigen, die sich einer großpreußischen Lösung widersetzen, lehnten sie ab: »Die Großdeutschen und die Separatisten, seien sie Republikaner oder Royalisten« – Ruge meinte die vier nicht großpreußischen Strömungen, die hier »Partikularisten«, Supranationale, demokratische Föderalisten und Kosmopoliten genannt werden – »handeln praktisch zusammen. Alles was sie denken und thun, hindert die Vereinigung [...], der eine wissentlich, der andere, ohne es zu wollen.« Deshalb konnte die preußische Linke für Ruge und seine Anhänger auch nicht einfach die demokratischen Strukturen von 1848/49 reorganisieren, sondern mußte unter Verzicht auf diejenigen ehemaligen Mitstreiter, die an der Fundamentalopposition festhielten und um breitere Anhängerschaft zu gewinnen, eine *neue* Partei bilden – und zwar eine »Partei der Staatseinheit mit Preußen« und »der Selbstregierung«. Damit waren in den Augen der gouvernemental orientierten Großpreußen die wichtigsten Alternativen benannt: innenpolitisch zwischen der vorhandenen »Beamtenregierung« und bürgerlicher »Selbstregierung«; in der nationalen Frage zwischen »Einheit mit Preußen« und »Einheit unter Österreich«. ⁴

Auch führende Linksliberale außerhalb Preußens, wie Venedey und Vischer, reagierten äußerst sensibel und gereizt auf die Reorganisation der preußischen Demokratie, die sie als Rückfall in unproduktive und überwunden geglaubte Konfrontationen der Revolutionszeit ansahen. Vischer schimpfte über die »Hornviecher, die ungebesserten Demokraten«, die sich von der napoleonischen Propaganda einfangen ließen. Seine Sympathien galten in Preußen den »Gothaern«, also den vorbehaltlosen Unterstützern der Regierung der »Neuen Ära«. Venedeys Abgrenzung hatte – trotz ihres ironischen Untertons – einen leicht denunziatorischen Zungenschlag, da er sie in einem Offenen Brief an den Berliner Polizeipräsidenten vorbrachte: Nachdem ein Vortrag über die Notwendigkeit eines deutschen Einigungskrieges an der Seite Österreichs gegen Frankreich, den er betont national auf den Jahrestag der Schlacht bei Waterloo gelegt hatte und dessen Einnahmen den Witwen und Waisen preußischer Landwehrmänner zugute kommen sollten, vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden war, schrieb er in seinem Rekurs über seine parteipolitischen Ziele: »Es war vor allem meine Absicht, einer Partei, die sich demokratisch nennt, aber nur keck und gewissenlos ist und den Demokraten überall schadet, [...] offen gegenüberzutreten. Jedenfalls leistet mir die abschlägige Antwort des königlichen Polizeipräsidioms den Dienst, es dieser Partei, die die Waffe der Verläumdung meisterhaft zu führen weiß, zu erschweren, dieselbe gegen mich zu gebrauchen. Das ist dankenswert. Der Mensch denkt, Gott lenkt.« In seiner, dann als Broschüre erschienenen Rede versuchte er systematisch, den deutschtümelnden, von ihm selbst und anderen demokratischen Föderalisten wie sei-

⁴ A. RUGE, Nothwendigkeit, 1859, S. 130f. An dieser Alternative läßt sich auch das Scheitern der »realpolitischen« Linken ablesen, denn Einheit *unter* Preußen, wie seit 1866 realisiert, hatte sie nicht angestrebt.

nem Freund Carl August Fetzer seit Jahren benutzten Begriff »Volkspolitik« als Gegenbegriff zum Fremdwort »Demokratie« einzuführen. Die gemäßigtere und wahrhaft nationale »Volkspolitik« stand in diesem Diskurs gegen eine letztlich undeutsche »Demokratie«, die vom Westen, von den Ideen von 1789 geprägt war und der napoleonischen Propaganda vom Selbstbestimmungsrecht der Völker aufsaß.⁵

Auch die supranationale Strömung hielt »demokratische[n] Radicalismus« neben »dynastische[r] Kurzsichtigkeit« für eine Gefährdung des »Strebens nach Einheit und Macht«. Fröbels Weltbild und Politikverständnis ließen ihn jedoch das Wiedererstarken des Radikalismus nicht als Krisensymptom und Gefahr für die innere politische Einheit der Deutschen begreifen, sondern als Normalisierung der politischen Kultur im Deutschen Bund nach dem Ende der rein repressiven Phase. Zu einem differenzierten Parteienspektrum, das »ein normaler Zustand gebildeter Völker« sei, gehöre auch eine Partei, »die in ihrem Glaubensbekenntniß die Interessen der vorwärts drängenden und emporstrebenden Volksmassen mit radicalen Forderungen abstracter Gerechtigkeit verbindet«. So sehr die »demokratische Partei« sich selbst als Vertreterin eines Prinzips geriere, vertrete sie doch letztlich nur »die Interessen bestimmter Volksklassen«. Sie befinde sich dadurch notwendigerweise »stets in der Offensive gegen das Bestehende«. Fröbel wollte die »demokratische Partei« auf die Vertretung der Klasseninteressen der Unterschichten begrenzen. Diese Zuschreibung bedeutete eine Ausgrenzung aus dem Arkanbereich »hoher« Politik, da die Demokraten nicht die Interessen der Allgemeinheit (der »Nation«) verträten. Sie lief also einerseits auf ihre Marginalisierung als Klassenpartei des Kleinbürgertums hinaus. Andererseits gehörte Fröbel jedoch mit diesem Hinweis auf die Interessengeleitetheit aller Politik nicht zu denjenigen Politikern, die politische Differenzen durch die Rede von der Notwendigkeit innerer Einheit des liberalen Lagers harmonistisch übertünchten. Er sah nicht die Parteibildung an sich als Problem, sondern nur die – angeblich »im deutschen Charakter« liegende – Schroffheit, mit der die Parteien einander bekämpften. Hier plädierte er für höflichere Umgangsformen und mehr angelsächsischen Pragmatismus.⁶

Wenn Fröbel »Radikalismus« mit der Vertretung der Klasseninteressen der Unterschichten gleichsetzte, zeigte das auch, daß die ihm folgenden Befürworter eines supranationalen, mitteleuropäischen Staatenbundes um 1860 nur noch schwerlich zur politischen Linken rechnen lassen, obwohl sie selbst sich nach wie vor zur »Fortschrittspartei« zählten. Fröbel unter-

⁵ Vischer an Lang 6. 2. 1860 (Württ. LB 8° 156/300); Korrespondenz Venedey-Lüdemann (BLHA 13832, Bl. 35 f.), teilweise abgedruckt in: J. VENEDEY, *Krieg*, 1859, S. 3 f.; »Volkspolitik« vs. »Demokratie«: ebd., *passim*.

⁶ J. FRÖBEL, *Deutschland und die Demokratie*, 1859, S. 4721 und 5181 f. Nicht-harmonistisches politisches Denken findet sich außer bei den Supranationalen vornehmlich bei den autoritären Revolutionären. Vgl. etwa L. BAMBERGER, *Vorwort*, 1860, S. 2 f.

schied innerhalb des progressiven Lagers Demokraten, deren Prinzip der »Föderalismus«, und Liberale, deren Prinzip »Centralismus« sei. Nach dieser Definition zählte Fröbel sich und seine Mitstreiter, die aus der Nationalversammlungsopposition kamen, weiterhin zur »Demokratie«. Sie verstanden ihre zeitweilige Unterstützung für die Deutschlandpolitik der Regierung Schmerling nicht als Revision der Ziele von 1848.⁷ Mit denselben realpolitischen Argumenten wie ihre Gegner auf großpreussischer Seite lehnte die supranationale Strömung »Prinzipien« und »schablonenhaftes Denken« in der »practischen Politik« ab, wollte vielmehr auf reformerischem Wege »Principien und Tatsachen vermitteln«. Auch Fröbel plädierte für eine »historische Auffassung der Politik«, wandte sich also wie v. Rochau und die anderen Befürworter der Realpolitik gegen eine abstrakt-philosophische Herangehensweise.

Der immer unversöhnlichere Gegensatz zwischen den beiden gouvernemental orientierten Strömungen innerhalb der Paulskirchenlinken, der auf die Wiener Regierung ausgerichteten supranationalen und der auf Berlin ausgerichteten großpreussischen, entsprang nicht der politischen Theorie und auch nicht dem Grade ihrer Annäherung an den gemäßigten Liberalismus oder an die Regierungen der Großmächte, also nicht einem »Verrat« an den Ideen von 1848. Die Differenz basierte vielmehr auf grundlegenden politischen Wertentscheidungen, also den Prinzipienfragen, die doch nach übereinstimmender Auffassung beider Richtungen zuviel Einfluß auf die Politik hatten. Die einen sahen in der Habsburgermonarchie ökonomischen, politischen und kulturellen Ballast für ein einiges, zentralistisch verfaßtes Deutschland. Die anderen glaubten, daß neben der »Welt-Tetrarchie« der USA, Rußlands, Großbritanniens und Frankreichs, die die alte europäische Pentarchie abgelöst habe, nur ein »Großdeutschland in der weitesten Ausdehnung des Wortes« zur fünften Macht werden könne, das den Deutschen Bund und die übrigen Territorien Österreichs und Preußens umfassen und deshalb notwendigerweise föderal strukturiert sein müsse. Ziel war ein »Staatenbund, durch welchen die in der Idee des deutschen Reichs liegende Gemeinschaft der abendländischen Völker wieder hergestellt wird«. Dadurch wurde Frankreich zum Hauptfeind der Deutschen: Denn zur Wiederherstellung der Gemeinschaft der abendländischen Völker »melden sich zwei Unternehmer – der französische Imperialismus und der deutsche Föderalismus«. Sie seien miteinander »unverträglich«. »Zwischen beiden muß der Kampf um die Herrschaft ausgefochten werden.«⁸ Die supranationale Strömung verband trotz ihrer Ausrichtung auf Wien mit einem

⁷ J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 294 ff.; J. FRÖBEL, Theorie der Politik, Bd. I, 1864, S. 260 f., und II, S. 374 ff.; StZ 1861/II, S. 750. »Radicalismus« war für ihn die gesteigerte Form des Liberalismus.

⁸ J. FRÖBEL, Weltlage, 1860, insb. S. 450 ff. und 458 ff.; vgl. J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. I, 1866, S. 304 ff.; G. RIESSER, Bd. IV, 1868, S. 657, plädierte ebenfalls für ein über das liberale Lager hinausgehendes Bündnis zur Herstellung der deutschen Einheit.

wachsenden Teil der großpreußischen Richtung nicht nur beider betont realpolitische Fixierung auf Politik von oben, sondern auch beider Glaube, daß nur durch einen Krieg die deutsche Frage gelöst werden könne.

In seinem aufschlußreichen fiktiven Briefwechsel zwischen einem »Michael Pro«, der für eine Kooperation mit der preußischen Regierung auf dem Weg zur deutschen Einheit eintritt, und einem »Thomas Contra«, der einen gegenüber der gesamten Nationalbewegung skeptischen Standpunkt einnimmt, interpretierte Bamberger Fröbels »Begeisterung für die auswärtsstrebende Machtentfaltung« als Ablenkung von inneren Mißständen in den deutschen Staaten: »Die inneren Staatsverhältnisse sollen in seliger Ruhe weiterschummern, und wer den Nutzen davon hätte, das braucht nicht lange gesucht zu werden.«⁹ Die supranationalen Föderalisten betrieben in Bambergers Augen das Geschäft der Konservativen. Bamberger selbst orientierte sich seit seinem Wiederauftreten als politischer Publizist immer stärker gouvernemental. Er polemisierte jedoch nicht nur gegen die Befürworter eines supranationalen Staatenbundes, sondern auch gegen die demokratischen Hoffnungen, auf parlamentarischem Wege grundlegende Veränderungen und insbesondere die Lösung der nationalen Frage erreichen zu wollen. Der Glaube an eine Nationalvertretung zur Herstellung von Einheit, Macht und Freiheit sei, so mokierte er sich, ein »Ausfluß des supranaturalistischen Vertrauens in die Macht geistiger Anstalten«. »Die feierliche Erörterung und Verkündigung der Wahrheiten durch die fiktiven Organe der Gesamtheit« ersetze nicht reale Machtmittel. Seit 1848 hätten Staatsstrieche in fast allen europäischen Staaten gezeigt, wie gering die Regierungen die Macht der Parlamente bewerteten. In Anknüpfung an die politischen Konsequenzen, die er aus der Niederlage der Revolution gezogen hatte, und in partieller Übernahme der bei Demokraten von 1848 auf große Resonanz stoßenden Parlamentarismuskritik Lothar Buchers bezweifelte Bamberger einerseits, daß in Parlamenten Konsensbildung möglich sei. Andererseits war für ihn, »so lange der eigentlich gebietende, d. h. gesetzgebende Körper nur eine Zunge, der gehorchende aber, d. h. der ausführende, Zähne und Hörner hat, [...] das Ansehen und die Macht der Parlamente eine reine Erdichtung«. Außer in Großbritannien und den USA seien sie überall »von der Duldung der Armee abhängig«.¹⁰ Bamberger formulierte hier paradigmatisch Zweifel, die unter den Demokraten zunehmend laut wurden, ob eine auf Parlamentsbeschlüsse, Verfassungs- und Gesetzesänderungen zielende Strategie erfolgreich sein könne. Sie zogen aus derartigen Zweifeln die Konsequenz, stärker auf die Beeinflussung der Exekutive zu setzen.

Seit 1858/59 wurde die Linke durch ihre Reorganisation in Preußen und die Entstehung bundesweiter politischer Organisationen, anders als zuvor,

⁹ L. BAMBERGER, Des Michael Pro Schriftenwechsel, 1860, S. 156.

¹⁰ Ebd., S. 164 ff. und 185 ff. Vgl. L. BUCHER, 1855; Löwe an C. Mayer 14. 4. 1857 (NL Näf): Buchers Schrift sei »das Wichtigste, was für demokratische Politiker erschienen ist«; C. STUDDT, 1992, S. 167 ff.

da sie faktisch nur im Dritten Deutschland existiert hatte, wieder zu einem politisch einflußreichen Faktor. Einerseits verstärkte sich dadurch das Gewicht der großpreußischen Ideen erheblich; andererseits brach nun der durch den Paradigmawechsel von der Rechts- zur Machtorientierung sowie von der Parlamentsfixierung zur Orientierung auf die Exekutiven induzierte Richtungskonflikt auf: Für die einen hatten die Niederschlagung der Revolution, der Staatsstreich Napoleons und der darauffolgende Aufstieg Frankreichs zur zentraleuropäischen Vormacht sowie die parlamentarische Oppositionstätigkeit in Süddeutschland während der 1850er Jahre gezeigt, daß der Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht in der öffentlichen Meinung, in Vereinen, in der kommunalen Selbstverwaltung und in Parlamenten nicht ausreichte, um sich unter den bestehenden Verhältnissen durchzusetzen. Für die neue, autoritär-gouvernementale Richtung, die die Regierungspolitik, vor allem in Österreich und Preußen, möglichst direkt beeinflussen wollte, gab es wegen des Gegensatzes der beiden Großmächte, der sich in der italienischen Frage erneut gezeigt hatte, zwei einander ausschließende Optionen: die Kooperation mit der Habsburgermonarchie mit dem Ziel einer mitteleuropäischen Föderation und die Kooperation mit der Hohenzollernmonarchie mit dem Ziel eines zentralistischen Großpreußens. Auf der anderen Seite standen diejenigen, die im Prinzip an der basisorientierten Taktik der Linken im Vormärz und 1848/49 festhielten, durch gesellschaftliche Gegenmacht und die Propagierung vernünftiger Lösungen den Staat von außen zu beeinflussen. Sie versuchten als Konsequenz aus der Niederlage breitere politische Bündnisse zustandezubringen, größere und schlagkräftigere Organisationen zu schaffen und so ihren Einfluß zu erhöhen. Sie setzten nach dem Vorbild der süddeutschen Linken auf eine Demokratisierung der Organisationsstrukturen, auf eine Erweiterung der sozialen Basis der Demokratie und auf eine allmähliche Ausweitung des Handlungsspielraums in den Parlamenten und der Öffentlichkeit unter den gegebenen Verfassungsverhältnissen.¹¹

2. Die Nationalisierung der politischen Kultur

Das Nachlassen der Repression im größten Bundesstaat, das die Reorganisation des Liberalismus und eindrucksvolle Wahlsiege ermöglichte, führte zugleich zu einer nationalistischen Aufladung der politischen Auseinandersetzungen – und zwar aus zwei Richtungen: einerseits entstand eine flächendeckend organisierte Einigungsbewegung im außerösterreichischen Deutschland; andererseits nutzte auch die polnische Minderheit in Preußen das Nachlassen der Verfolgung zur Artikulation ihrer Forderungen nach

¹¹ Vgl. zu dieser Thematik auch: F. NÄGELE, *Frage*, 1861.

kultureller Autonomie und langfristiger Wiederherstellung eines polnischen Staates.

Da die meisten prominenten preußischen Achtundvierziger auf eine Kandidatur verzichteten, zogen 1858 nur zwei Mitglieder der Paulskirchenopposition ins Abgeordnetenhaus ein: mit dem Görlitzer Theodor Paur ein Lokalmatador, der seinen Wahlkreis 20 Jahre lang, über alle Veränderungen des Parteiensystems hinweg hielt, und mit Karol Libelt ein Anführer der Nationalbewegung der polnischen Bevölkerungsmehrheit in der Provinz Posen. Der Hegelschüler hatte 1845 zum Polnischen Zentral-Revolutionsskomitee und nach dem Krakauer Aufstand 1846 zur revolutionären Regierung gehört. Deren Köpfe waren Ende 1847 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden. Während sie noch auf den Erfolg ihrer Berufungen warteten, waren sie am 20. März 1848 von der Revolution befreit und in dieser frühen, kosmopolitischen Phase der Revolution im Triumphzug durch Berlin geführt worden. Anschließend hatte Libelt als Mitglied der geheimen polnischen Nationalregierung die polnisch-russische Sektion des Prager Slawenkongresses sowie bis 1850 die Polnische Liga geleitet. 1848/49 hatte er erst der Deutschen Nationalversammlung, dann dem preußischen Landtag angehört. Mit Libelt zog also 1858 eine Symbolfigur des europäischen Völkerfrühlings von 1848 ins preußische Abgeordnetenhaus ein. Nachdem die Polen in der Ära Manteuffel durch obrigkeitliche Wahlbeeinflussung und Wahlkreisgeometrie nur sechs Mandate erzielt hatten, konnten sie 1858 die ihrem Bevölkerungsanteil ungefähr entsprechende Zahl von 18 Wahlkreisen gewinnen.¹

Gleich zu Beginn ihrer Abgeordnetentätigkeit beantragten Libelt und Genossen im Februar 1859 die Einsetzung einer Kommission, die untersuchen sollte, wie die Rechte gewahrt würden, die der polnischen Minderheit in Preußen auf dem Wiener Kongreß und durch königliche Willenserklärungen garantiert worden waren. In ihrem Antrag monierten die polnischen Abgeordneten insbesondere die »systematische Beeinträchtigung« ihrer Sprache. Die mehrheitlich mit nicht-polnischen Abgeordneten besetzte Kommission kritisierte in ihrem Abschlußbericht zwar einige Maßnahmen der Regierung, kam aber gegen die vier Stimmen ihrer polnischer Mitglieder zu dem Ergebnis, daß es sich nur um Einzelfälle handele. In der Debatte des Abgeordnetenhauses über den Kommissionsbericht stieß Libelt in die weiche Flanke des erstarkenden deutschen Nationalismus. Er setzte die Unterdrückung der polnischen Bevölkerungsmehrheit in der Provinz Posen mit der »Bedrückung der Deutschen Sprache und des Deutschen Elements« im zu Dänemark gehörenden Schleswig-Holstein gleich und griff mit diesem Vergleich ein Argument der demokratischen Föderalisten auf, aus dem sich letztlich die Forderung nach ethnisch begründeten Grenzen in Europa ergab.

¹ H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 220f.; T. KÜHNE, 1994, S. 393; LPG III, S. 258ff. Vgl. R. HACHTMANN, 1997, S. 222 ff.; L. BERNHARD, 1920, S. 77 ff.

Die parlamentarische Auseinandersetzung über die Rechte der polnischen Minderheit in Preußen begann wie alle derartigen Konflikte in Europa auf sprachlich-kultureller und bildungspolitischer Ebene. Ebenso wie die Demokraten hielt sich die polnische Fraktion in ihren Forderungen zunächst zurück. Libelt betonte im Plenum, es gehe ihnen »blos um das Recht einer Sprache« und sie verlangten »nichts weiter« als die Wiederherstellung der Regelungen über den Sprachgebrauch in den Schulen, wie sie in den ersten Jahren der preußischen Herrschaft bis zum Aufstand von 1830 gegolten hatten. Von einem polnischen Staat war nicht die Rede. Aber selbst mit ihren maßvollen Forderungen und trotz des Verweises auf die Parallele zu Schleswig-Holstein hatte die polnische Fraktion keine Chance, in dem von gemäßigten Liberalen dominierten Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für ihre Anliegen zu finden. Lediglich die katholische Fraktion und einzelne Liberale unterstützten sie; im Zeichen der Nationalisierung der politischen Kultur in Preußen war keine gemeinsame Politik von deutsch- und polnischsprachigen Liberalen mehr möglich.² Bemerkenswert schnell reorganisierte sich die polnische Nationalbewegung aus ihren Untergrundstrukturen, die die preußische Polizei offenbar nicht so vollständig hatte zerschlagen können wie die der Demokraten. Auf der für die öffentliche Wahrnehmung politischer Themen wichtigen Bühne des preußischen Abgeordnetenhauses waren sie mit ihren kulturellen Forderungen bereits zu einem Zeitpunkt präsent, als die deutsche Einigungsbewegung noch voll auf mit ihrer Reorganisation beschäftigt war.

Am 15./16. September 1859 wurde in Frankfurt, der Stadt der Paulskirche, der Deutsche Nationalverein gegründet. Für die liberale, bürgerliche Mehrheitskultur, die die politische Öffentlichkeit der 1850er und 1860er Jahre beherrschte, war die Gründung dieser bundesweit agierenden nationalistischen Organisation Ausdruck und zugleich Impulsgeber jener Entwicklung, die sich als Nationalisierung der politischen Kultur bezeichnen läßt, und durch die die Frage der deutschen Einigung zum alles beherrschenden politischen Thema wurde.³ Mindestens sechzehn Oppositionelle aus der Paulskirche waren an der Nationalvereinsgründung aktiv beteiligt: Biedermann, Freudentheil, Grumbrecht, Heldmann, J. Hoffmann, Jacoby, Joseph, L. Müller, Nauwerck, Nicol, Riesser, Schaffrath, C. Schüler, Titus, Venedey und Ziegert. Mindestens dreizehn weitere Mitglieder der Pauls-

² HdA 11. 5. 1859, S. 1059f., Beilagen 37 und 186/1859. Ähnl. ebd., 8. 2. 1861, S. 161 ff. Die Verhandlungen der Kommission im einzelnen: GStA Rep. 169 C 60, 1, vol. 1, Bl. 14 ff. In den Ausschlußberatungen hatte Libelt als polnischer Bildungsbürger auch seine Landsleute scharf kritisiert, da es ihnen mehrheitlich gar nicht um die »Förderung der polnischen Sprache«, also um Philosophie, Wissenschaft und Literatur gehe, sondern sie allein materielle Interessen verfolgten (ebd., Bl. 51 f.).

³ Grundlegend hierzu: A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994 (vgl. meine Rezension in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 508 ff.); S. NA'AMAN, Nationalverein, 1987; für Nordwestdeutschland auch C. GOTTHARDT, 1992, S. 87 ff.

kirchenlinken schlossen sich in den nächsten Jahren dem Nationalverein an.⁴

Außer dem 1862 gegründeten, weniger formell organisierten Abgeordnetentag war der Nationalverein diejenige politische Organisation, der nach 1849 die meisten Mitglieder der Nationalversammlungsopposition beitraten. Dennoch war er hinsichtlich seiner personellen Zusammensetzung und mit seinem pragmatischen Programm insgesamt eine Organisation der jüngeren Politikergeneration, die sich zwar mit prominenten Köpfen der Linken von 1848/49 als Gallionsfiguren schmückte, in der jedoch die organisatorischen Fäden in jüngeren Händen lagen. Die meisten Paulskirchenveteranen hatten ein gebrochenes Verhältnis zu dem so klar auf eine klein-

⁴ Paur leitete die Görlitzer Ortsgruppe (T. PAUR, Vortrag 18.6. und 14.10.1864, 25.4.1866); Wigard organisierte 1861 die Gründungsversammlung des Nationalvereins in Chemnitz (R. FUCHS, Wigard, 1970, S. 148 ff.); Gravenhorst gehörte ihm in Bremen an (Verhandlungen Landesversammlung, S. 13); der Pfälzer Christmann agitierte im Sommer 1862 unter Ex-Parlamentsgenossen für den Verein; Carl Mayer und Vogt traten ihm im Oktober 1862 bei, Roßmäßler etwa um dieselbe Zeit. Nachdem im Februar 1861 nach einer Landesversammlung bereits Frisch, Murschel und G. Tafel zusammen mit rund 150 anderen Württembergern eingetreten waren, rief die württembergische Fortschrittspartei im März 1863 erneut zum Beitritt zum Nationalverein auf, diesmal unterzeichneten auch Fetzer und Nägele (D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 291 und 299; Beobachter 6. 3. 1863). Weitere Nachweise: BLHA 9540, Bl. 159 (Nicol, Riesser, C. Schüler, Venedey, Ziegert); J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 103, 119, 246 (über C. Mayer) und 290f.; Freudentheil an Venedey, Dezember 1864 (BA 90 Ve 1/18); C. Schüler an Venedey 17. 8. 1860 (ebd./48); C. Vogt an C. Mayer 23. 7. und 23. 10. 1862 (NL Näf); C. Mayer an seinen Vater o. D. [Anfang 1863] (DLA A: Mayer d. J. 53 686d); Heldmann an Streit 10. 11. 1859 (BA 61 Na 2); B. BURGEMEISTER, 1958, S. 34; H. BEST/W. WEEGE (Grumbrecht, J. Hoffmann, L. Müller, Nauwerck, Nicol, Riesser, Wigard); G. RIESSER, Bd. IV, 1858, S. 659; K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, S. 135 ff. und 188 f.; Nauwerck an Nagel 4. 3. 1866 (BA FSg. 1/228); Nauwerck an C. Mayer 8. 12. 1862 (NL Näf); H. ONCKEN, Rudolf v. Bennigsen, Bd. I, 1910, S. 471 (Nauwerck) und 651 (Biedermann); E. SILBERNER, 1976, S. 291 ff.; K. MEINEL, 1928, S. 272 (J. L. Heubner); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 73 ff. und 127.

Murschel und A. Schott hatten Ende Juni die sog. Württemberger Erklärung (Beobachter 3. 7. 1859) unterzeichnet. Sie wird in der Literatur zu den regionalen Aktionen im Vorfeld der Nationalvereinsgründung gerechnet (R. LE MANG, 1909, S. 9 f.; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 72). Dies scheint nicht zwingend; deshalb wurde sie hier in den Kontext der Italiendiskussion gestellt (vgl. Kap. XII.2).

Daß Bamberger die Pariser Nationalvereinsgruppe zusammen mit Oppenheim geleitet habe, übernimmt A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 103, von H. ONCKEN, Rudolf v. Bennigsen, Bd. I, 1910, S. 471. Es ist aber nicht belegt. L. BAMBERGER, Für den Nationalverein, 1860 (auch in: DERS., Schriften, Bd. IV, 1896, S. 58 ff.) behauptete im Frühjahr 1860, nicht Mitglied zu sein, obwohl er mit dem Verein sympathisierte. Vgl. S. ZUCKER, 1975, S. 50. Trotz seines Beitrittsaufrufs vom März 1863 war Fetzer angeblich bis 1865 kein Vereinsmitglied geworden (an Venedey 29. 6. 1865; BA 90 Ve 1/16).

Neben Titus (Erklärung) – und den österreichischen Abgeordneten – blieben in prinzipieller Distanz zum Nationalverein mindestens die Paulskirchenlinken Bermbach (A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 251), Kolb (K. STOLL, 1932, S. 30), L. Simon (an C. Mayer 12. 2. 1862; NL Näf) und Vischer (DERS., Kritische Gänge, 1920, S. 191).

deutsche oder gar großpreußische Lösung hinarbeitenden Verein, viele von ihnen traten nach und nach enttäuscht wieder aus. Hinzu kam, daß sie sich häufig weiterhin als Vertreter des *ganzen* deutschen Volkes verstanden und sich deshalb mit parteiähnlichen Organisationen deutlich schwerer taten als mit einem Ersatzparlament wie dem Abgeordnetentag.

Bei der Gründung des Nationalvereins spielten mit Karl Biedermann, Gabriel Riesser und Christian Schüler drei Abgeordnete der Paulskirchenlinken aus nord- und mitteldeutschen Kleinstaaten eine zentrale Rolle. Die Initiative zur Gründung des Nationalvereins ging aus dem »Politikerflügel des Volkswirtekongresses« (Biefang) hervor. Der »Kongreß deutscher Volkswirte« war eine auf Popularisierung nationalökonomischer Erkenntnisse und auf Deregulierung des Wirtschaftslebens im Deutschen Bund gerichtete Vereinigung und die erste bundesweite politische Organisation des Bürgertums seit der Niederschlagung der Revolution. Der Anstoß zur Gründung des Nationalvereins ging von einem Volkswirtekongreß in Berlin und den Feiern der preußischen Kammerliberalen zum zehnten Jahrestag der Verabschiedung der Reichsverfassung aus. Die Gründung knüpfte somit an den Frankfurter Verfassungskompromiß zwischen den Konstitutionellen und Teilen der Linken an. Gegen ältere Ansichten, die die Entstehung und die Struktur des Nationalvereins auf das »direkte Vorbild« der italienischen *società nazionale* zurückführten, sprechen sowohl die näheren Umstände der Vereinsgründung als auch ein Vergleich von Organisationsform und politischer Strategie.⁵ Auch der Name der neuen nationalpolitischen pressure group muß keine Übersetzung aus dem Italienischen sein, gab es doch bereits 1844 in Paris unter Emigranten einen »Deutschen Nationalverein«, dem u. a. Arnold Ruge und Jakob Venedey angehört hatten, und entstand doch 1848 in Prag eine Organisation gleichen Namens, zu deren Mitgliedern u. a. der böhmische Paulskirchenlinke Heinrich Reitter gezählt hatte.⁶ Die Gründung des Nationalvereins und seine Programmatik lehnten sich also an eine Reihe von Vorläufern und Vorbildern aus der Geschichte der deutschen Einheitsbewegung an.

»Treibende Kraft« (Biefang) bei der Vorbereitung der Vereinsgründung war der sächsische Linksliberale Karl Biedermann. In seinen Leitartikeln in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« und in Briefen an Mitstreiter von 1848/49, wie seinen in Hamburg lebenden Fraktionsgenossen Gabriel Riesser, oder an führende Liberale und Demokraten in den fünf deutschen Königreichen plädierte er dafür, an die kleindeutsche Lösung der Reichsverfassung von 1849 und an die Deutsche Union von 1850 anzuknüpfen. Daß Österreich militärischen Beistand in Italien suchte, sollte dazu benutzt werden, »Olmütz« rückgängig zu machen. Die Habsburgermonarchie sollte um

⁵ Ältere Auffassung: W. SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, 1990, S. 197; LPG II, S. 204. Zur Entstehungsgeschichte des Vereins nun A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 66ff. und 81.

⁶ H. BEST/W. WEGE, 1996, S. 278, 288 f. und 342 f.

den Preis der Rückendeckung gegen Napoleon und die Italiener Preußen die militärische und diplomatische Führung in Deutschland überlassen.⁷ Verschiedentlich wurde in den Reaktionen auf Biedermanns Artikel gefordert, daß die Nationalversammlungsabgeordneten gemeinsam zu den aktuellen deutschlandpolitischen Fragen Stellung nehmen sollten. Biedermann machte sich diesen, u. a. von seinem Parlamentskollegen Engel geäußerten Vorschlag in der Form zu eigen, daß sich eine Versammlung liberaler Notabeln, darunter möglichst viele frühere Paulskirchenabgeordnete, als Vorparlament konstituieren solle, um vor allem, falls der Deutsche Bund in den italienischen Krieg hineingezogen werde, für die Nation zu sprechen. Riesser, der zu Biedermanns engsten politischen Mitstreitern gehörte und ihn in dieser Zeit in Weimar besuchte, hielt allerdings nichts von einer solchen Versammlung, solange, wie 1848 bis 1850, unklar sei, wie das Verhältnis eines kleindeutschen Bundes oder Staates zu Österreich gestaltet werden sollte. Ohne einen konsensfähigen Vorschlag in dieser Frage, die Biedermann in seinen Artikeln umgangen hatte, werde eine solche Versammlung als handlungsunfähig dastehen und nur die fortdauernde Spaltung der deutschen Einigungsbewegung dokumentieren.

Biedermann konnte sich mit seiner Idee der Konstituierung einer liberalen Notabelnversammlung als neues Vorparlament aufgrund solcher Einwände nicht durchsetzen. Bevor die von ihm initiierte Diskussion beendet war und während er noch bei Max Duncker sondierte, ob die preußische Regierung auf die Bitte einer solchen Versammlung eingehen werde, die »militärische und politische Leitung Deutschlands in der gegenwärtigen Krise [...] an Preußen« zu übertragen, wurde seinem Plan durch den überraschenden Waffenstillstand in Italien die Basis entzogen. Als die europäische Kriegsgefahr gebannt war, verlor Biedermanns Vorschlag der mit der preußischen Regierung abgestimmten Bildung eines Vorparlaments sein Momentum, das an der Einschätzung hing, es müsse ganz schnell gehandelt werden. So setzte sich die aus Schulze-Delitzsch, Lette, Bennigsen u. a. bestehende Gegenrichtung durch, die in Ruhe und unabhängig vom preußischen Ministerium eine »Partei« aufbauen, also eine größere Personenzahl und nicht allein »Notabeln«, wie Biedermann vorgeschwebt hatte, auf der Grundlage einer Programmdiskussion organisieren wollte. Biedermann erwies sich damit als extremer und sehr früher Vertreter einer autoritären, auf direkte Einwirkung auf die Regierungen setzenden Strategie. Hinter diesen unterschiedlichen Auffassungen über das Vorgehen und die Nähe zur preußischen Regierung wurde einerseits erneut die Bruchlinie innerhalb der großpreußischen Linken sichtbar: Sie verlief zwischen den Linksliberalen, die 1850 die Deutsche Union befürwortet hatten, und den Demokraten, die den Politikboykott mitgetragen hatten. Andererseits war selbst Riesser, ein ebenso gemäßigtter Linker wie Biedermann, gegen eine überstürzte Organisation. Er hielt eine Programmdiskussion ohne Zeitdruck für eine unab-

⁷ K. BIEDERMANN, Situation 25.3.1859; DERS., Ein Wort zur Verständigung, 1859.

dingbare Voraussetzung, wenn man eine dauerhafte nationalpolitische Organisation schaffen wollte. Er sah die Gegensätze innerhalb der liberalen Einigungsbewegung, insbesondere was das Verhältnis zu Österreich betraf, realistischer als Biedermann. So vermochte Riesser Biedermanns idealistischer Vorstellung nicht zu folgen, daß es allein eine Frage des guten Willens sei, daß sich die Liberalen über eine nationale Einigung unter preußischer Führung verständigten, und daß dieser Konsens durch die Bedrohung von außen wie von selbst entstehen werde.⁸

Nach dem Scheitern von Biedermanns Vorparlamentsidee lag die politische Initiative bei den Demokraten. Auf zwei miteinander koordinierten Versammlungen am 17. und 19. Juli 1859 in Eisenach bzw. Hannover wurden inhaltlich übereinstimmende Resolutionen verabschiedet, die Preußen aufforderten, den Deutschen Bundestag »durch eine feste, starke und bleibende Centralregierung Deutschlands« zu ersetzen und »eine deutsche Nationalversammlung« einzuberufen. Obwohl in der Eisenacher Erklärung, die vom Paulskirchendemokraten Christian Schüler formuliert und von seinen sächsischen und fränkischen Parlamentskollegen Hermann Joseph, Wilhelm Michael Schaffrath und Nikolaus Titus mitunterzeichnet worden war, auch von einer Änderung der »fehlerhaften Gesamtverfassung Deutschlands« die Rede war, blieb unklar, ob damit tiefgreifende liberale Reformen oder allein die Herstellung der deutschen Einheit gemeint war. Jedenfalls lag im Vorfeld der Vereinsgründung der Akzent der Erklärungen eindeutig auf der deutschen Macht und Einheit und nicht auf Freiheitsforderungen. Dasselbe gilt für die zweite Eisenacher Erklärung vom 14. August 1859, die zum Gründungsprogramm des Nationalvereins wurde. Die von Schüler für die erste Eisenacher Erklärung formulierten sechs Forderungen wurden von einem einleitenden Passus und einer siebten Forderung eingerahmt, die den Bündnischarakter der neuen Organisation betonten und »alle deutschen Vaterlandsfreunde, mögen sie der demokratischen oder der constitutionellen Partei angehören,« auf Eintracht schworen. Sie wurden aufgefordert, »nationale Unabhängigkeit und Einheit höher [zu] stellen, als die Forderungen der Partei«, also ihre unterschiedlichen Verfassungspläne in den Hintergrund zu schieben, um durch diese Differenzen nicht die Bildung einer gemeinsamen politischen Organisation zu gefährden. Die Forderung nach Einheit, hinter der alle politischen und sozialen Differenzen zurückzustehen hätten, wurde so zur programmatischen Basis des Nationalvereins.⁹

⁸ DERS., *Mein Leben*, 1886, S. 138 ff.; Riesser an Biedermann 15. 4. 1859, Riesser an Nebelthau 22. 7. 1859 (in: G. RIESSER, Bd. I, 1867, S. 595 f. und 599 f.); J. HEYDERHOFF, 1925, S. 28 f. und 37 ff.; M. DUNCKER, 1923, S. 111 f.; J. MÜLLER, *Karl Biedermann*, 1972, S. 238 ff.; A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 69 f. Engels Stellungnahme ergibt sich aus K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, S. 148, in Verbindung mit A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 71 (Anm. 22).

⁹ Erklärungen: DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 434 ff.; R. LE MANG, 1909, S. 8 ff.; Autorschaft Schülers: ders. an Venedey 12. 12. 1859 (BA 90 Ve 1/48). Ähnl. auch C. SCHÜLER, *Betrachtungen*, 1859, S. 21 f.

Die Gründer des Nationalvereins befanden sich mit dieser Prioritätensetzung im Einklang mit dem politischen Zeitgeist. Allenthalben forderten prominente Linke – gerade auch solche, die dem Nationalverein nicht beitraten – zur nationalen Eintracht auf. Die Bewegung, die seit dem Krimkrieg in das europäische Staatensystem gekommen war, und insbesondere die expansive Politik Napoleons wurden als Bedrohungen empfunden, zu deren Abwehr innerer Zwist zurückzustellen sei. Selbst ein so gemäßigter Nationalist wie Ludwig Simon meinte in den »Demokratischen Studien«, man müsse nun »vor allem daran denken, wie in dem erschütterten Staatensystem Europas der Rang und Einfluß deutscher Nation am besten zu wahren sei, und es mag selbst deutschen Republikanern nicht übel anstehen, wenn sie ihren Radikalismus nach innen etwas beschränken, um die Kraft nach außen nicht zu sehr zu beeinträchtigen«. Seitdem die öffentliche Meinung im Krimkrieg die internationale Konstellation als entscheidende Komponente für die Erreichung der deutschen Einheit entdeckt hatte, spielten Machtfaktoren wie die militärische Stärke und der Zusammenhalt der deutschen Staaten nach außen eine so große Rolle, daß die Bedeutung der künftigen inneren Verhältnisse, also die Freiheitsfrage, ihnen gegenüber in den Hintergrund trat. Diese Burgfriedensmentalität führte bei Venedey dazu, daß er »die Parteizerrissenheit des deutschen Volkes« als »fast ein größeres Unglück als seine territoriale Zersplitterung« ansah. Die vorhandenen politischen und sozialen Differenzen wurden damit als nicht vorrangig angesehen und ihre Lösung auf die lange Bank geschoben.¹⁰

Äußerungen der an der Nationalvereinsgründung beteiligten Paulskirchendemokraten machen deutlich, wie schwer ihnen zehn Jahre nach dem »Verrat« der »Gothaer« der Kompromiß und die erneute Kooperation mit ihnen fiel. Zugleich läßt sich der Differenzierungsprozeß studieren, der zur Trennung zwischen großpreußischen und föderalistischen Demokraten führte. Schüler, der Verfasser der Eisenacher Erklärungen, die zum Programm des Vereins wurden, trat diesem zunächst nicht bei. Ihn irritierte, daß sein Programm »von sehr vielen Seiten als ein kleindeutsches angesehen wurde« und daß sich »die spezifischen Preußen und Gothaer der Sache zu sehr zu bemächtigen schienen«.¹¹ Dies blieb der Grundkonflikt im Nationalverein während der ganzen Zeit seines Bestehens: Trat man für eine großpreußische Lösung der deutschen Fragen ein, oder wollte man den Einfluß Preußens und des Preußentums begrenzen, was auf eine föderalistische Lösung unter Auflösung Preußens – etwa nach italienischem Vorbild – hinausgelaufen wäre? Und damit unmittelbar zusammenhängend: Wie eng sollte man sich an die preußische Regierung anlehnen, wie weitgehend sollte man also demokratischen Grundsätze aufgeben?

¹⁰ L. SIMON, Deutschland und seine Großmächte, 1860, S. 214; J. VENEDEY, Erklärung, 1859. Ähnl. A. SCHMIDT, Elsaß, 1859, S. 3 und 84; C. A. FETZER, Fürs Vaterland, 1859, S. 1074f.

¹¹ C. Schüler an Venedey 12. 12. 1859 (BA 90 Ve 1/48).

Schüler legte seine Interpretation des Eisenacher Programms in einer Broschüre dar. Ausgehend von der These, daß die Einheit die bürgerliche Freiheit fördern werde, wog er die Vor- und Nachteile der zwei für ihn denkbaren Formen der Einigung gegeneinander ab: eine »gesammtdeutsche«, stark föderalistische Triaslösung unter Einschluß von ganz Österreich gegen eine »kleindeutsche« mit Preußen an der Spitze. Sein Ergebnis war rein negativ. Er gab selbst zu, er wisse keinen Weg zur Lösung des »Knotens« deutscher Fragen. Bei der »gesammtdeutschen« Lösung lag für Schüler das Problem darin, wer außer der öffentlichen Meinung, die sich – so die Lehre von 1848/49 – nicht »gegen die organisierte und bewaffnete Macht der Großstaaten [...] durchsetzen« könne, an ihrer Realisierung interessiert sei.

Hinter der »kleindeutschen« Variante ständen zwar mit der preußischen Führung und einem Teil der öffentlichen Meinung bedeutende Triebkräfte. Aber bei ihr sah Schüler in bemerkenswerter Deutlichkeit die Folgeprobleme, deretwegen er sie ablehnte: Zwar war es für ihn Hauptzweck der nationalen Einigung, »gegen den äußeren Feind kräftiger auftreten zu können«. Aber daneben sollte sie auch »im Innern ein nach rechtlichen Grundsätzen geordnetes Staatswesen« schaffen. Wenn Preußen im künftigen Deutschland seiner territorialen, ökonomischen und militärischen Übermacht entsprechend dominiere, gerieten die übrigen Staaten in ein »Schutzgenossen«-Verhältnis, die denkbar schlechteste Voraussetzung für freiheitliche innere Verhältnisse. Schüler sah die kommenden Probleme des preußisch-deutschen Dualismus und stellte klare, seines Erachtens allerdings nicht realisierbare (und 1867/71 tatsächlich nicht durchsetzbare) Kriterien für ein freiheitliches Kleindeutschland auf: erstens müsse die »Centralgewalt« mit genügend Macht ausgestattet werden, um sich auch gegen Preußen durchsetzen zu können; zweitens dürfe der Staat kein Fürstenbund sein, sondern müsse ein Staatswesen mit einem einheitlichen, »allgemeinen Deutschen Staatsbürgerrecht« werden; drittens dürfe es nur ein Bundesmilitär geben, dessen Budget allein vom »Deutschen Parlament« festgelegt werden müsse, und viertens neben diesem keinen preußischen Gesamtlandtag, sondern nur Provinziallandtage. Schüler sah bereits 1859 die strukturellen Probleme einer großpreußischen Staatsgründung unter den gegebenen Verhältnissen: Als problematisch empfand er den preußisch-deutschen Dualismus auf exekutiver und legislativer Ebene sowie – bereits vor dem preußischen Verfassungskonflikt – das Budgetrecht für die Militärausgaben. Auch wenn diese nüchterne Analyse wegen ihres negativen Ergebnisses bei Schülers nationalpolitisch engagierten Zeitgenossen auf wenig Zustimmung stieß, so ist doch die Tatsache eines so frühen, klarsichtigen Problemaufrisses bemerkenswert.

Zum Eisenacher Programm selbst betonte Schüler in seiner Broschüre wie in verschiedenen Artikeln, daß die Entscheidung zwischen großpreußischer und föderalistischer Ausrichtung im Verein noch keineswegs gefallen sei. Allerdings werde dies bei weiterer »Absonderung und Zurückhaltung

Süddeutschlands« bald der Fall sein, da dann die Großpreußen weitgehend unter sich bleiben würden. Schüler betonte etwas sophistisch, daß das Vereinsprogramm nichts von einer »Lostrennung Österreichs« erwähne und behauptete, »das Feste und Bleibende in dem Eisenacher Programm« sei allein die »Nothwendigkeit einer festen deutschen Centralgewalt und insbesondere eines allgemeinen deutschen Parlaments«. ¹² Er spielte damit die eindeutige Aufforderung des Programms herunter, daß Preußen die Initiative zur Einigung und zumindest provisorisch die »Centralgewalt« übernehmen sollte, und stellte sich die entscheidende Frage nicht, wie es ohne einen Krieg zum Zerfall Österreichs und zum Anschluß allein der »deutschösterreichischen« Gebiete an den künftigen Nationalstaat kommen sollte. Schüler stand jedoch zugleich – ebenso wie fast alle prominenten Demokraten zu diesem Zeitpunkt – eindeutig hinter dem einzigen unumstrittenen Programmpunkt des Nationalvereins: Auch er sah die Herstellung der Einheit als Voraussetzung für die »freiheitliche Entwicklung im Innern« an. Schüler hatte große Schwierigkeiten, einen Verleger für seine Darlegungen zu finden, die bereits sehr früh die geringe Realisierungswahrscheinlichkeit einer kleindeutsch-freiheitliche Staatsgründung benannt haben. Die öffentliche Meinung des Jahres 1859 bevorzugte positive und handlungsorientierte Szenarien statt tiefschürfender Analysen. Erst der preußische Verfassungskonflikt schuf eine größere Sensibilität für die mit einer großpreußisch-autoritären Lösung verbundenen Gefahren.

Erst im Sommer 1860 trat auch Schüler »nach langem Zögern in den Nationalverein« ein, »um der Generalversammlung beiwohnen zu können«. Als würden die auf der zweiten Eisenacher Versammlung in seinen Programmentwurf aufgenommenen, wohltönenden Worte, daß »politische Partieforderungen der großen gemeinsamen Sache der deutschen Einheit« untergeordnet werden müßten, für ihn nicht gelten, begann er bereits im Vorfeld der Generalversammlung mit der Fraktionsbildung. Er forderte Venedey auf, »eine Partie Gesinnungsgenossen« aus Süddeutschland mitzubringen, um »in der deutschen Verfassungsfrage etwaige Gothaische Anträge hinwegzustimmen«. ¹³ Die tiefsitzenden strategischen und Zielkonflikte innerhalb der Linken bestanden trotz aller Einheitsparolen fort.

Andere Achtundvierziger entschieden sich nach der Frankfurter Gründungsversammlung aus denselben Gründen, die Schülers Distanz zum Vereinsprogramm verursachten, ganz gegen einen Beitritt. Einer von ihnen war der fränkische Paulskirchenlinke Nikolaus Titus, der zum engeren Gründungszirkel zählte. Für ihn stand der Verein der preußischen Regierung zu

¹² C. SCHÜLER, *Betrachtungen*, 1859, insb. S. 43, 56f., 67ff. und 78ff. In der Korrespondenz mit seinem Freund Venedey betonte Schüler resigniert schon beim Erscheinen seiner Broschüre die Aussichtslosigkeit seiner Linie: er habe ja »schon in der Paulskirche [...] damit Fiasco gemacht« (an Venedey 12. 12. 1859; BA 90 Ve 1/48).

¹³ L. SIMON, *Deutschland und seine Großmächte*, 1860, S. 214f. und 218.

freundlich gegenüber, obwohl sich Biedermann mit seinen gouvernemental-autoritären Vorstellungen keineswegs hatte durchsetzen können. Außerdem hielt Titus am revolutionär-republikanischen und großdeutschen Programm in der Tradition von 1848 fest: »Eine Partei, auf deren Fahne nicht die Einheit des ganzen untheilbaren Vaterlandes steht«, war für ihn »eine antinationale«. Venedey trat aus ähnlichen Motiven nicht ein, Ruge und Bamberger hingegen aus genau entgegengesetzten Gründen: der Nationalverein sei den Föderalisten wie auch den Konstitutionellen zu sehr entgegengekommen.¹⁴ Alle Beschwörungen der Notwendigkeit der Eintracht konnten die politische Einheit des Liberalismus nicht herstellen. Wie bereits 1848/49 zwangen die Debatten über konkrete politische Fragen zu der schmerzhaften Erkenntnis, daß eine prästabilisierte Interessenharmonie im nationalistischen Lager ebensowenig wie in der Gesellschaft existierte und Konsens auch bei bestem Willen nicht immer herzustellen war. Nur eine Politik, die die politischen und sozialen Interessengegensätze als notwendige Erscheinung in modernen Gesellschaften anerkannte, entsprach den gesellschaftlichen Bedingungen nach dem Umbruch von 1848/49.

Auf die Gründung des Nationalvereins reagierte auch die supranationale Strömung innerhalb der bürgerlichen Linken. Kolatschek veröffentlichte in den »Stimmen der Zeit« »Ein Programm«, das in verschiedenen liberalen Zeitungen nachgedruckt wurde. Der Text begann mit Klagen darüber, daß der Friede von Villafranca die Fortsetzung einer langen Kette von territorialen Verlusten »Deutschlands« sei, verursacht durch die Uneinigkeit der Deutschen und ihrer Herrscher. Im Namen des »Vaterlandes« plädierte Kolatschek dann für »eine ehrliche Föderation der Geister, gegründet auf die Gemeinsamkeit der Interessen«, und für »Verständigung über allgemeine große Principien, die durch keine particularistischen Gelüste beeinträchtigt werden« dürfe. Kolatschek setzte zur Lösung der deutschen Frage auf eine Reform der bestehenden Bundesinstitutionen und wollte damit dem schwerfälligen und reformunwilligen österreichischen Regime entgegenkommen. Zugleich hoffte er, daß auch für das nicht wesentlich flexiblere

¹⁴ N. TITUS, Erklärung, 1859; A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 207f.; DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 438 (2. Eisenacher Erklärung); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 127ff. Zu Titus' Rolle im Vorfeld der Vereinsgründung: ebd., S. 73. Auch L. SIMON und OPPENHEIM schrieben im August 1860 einen nicht erhalten gebliebenen kritischen Brief an den Nationalverein (vgl. Bamberger an Hartmann und C. Vogt 5.9.1860; SLB Wien). L. BAMBERGER (Für den Nationalverein, 1860) nannte im Februar 1860 hauptsächlich ökonomische Gründe für eine großpreußische Lösung und eine möglichst weitgehende Zentralisierung Deutschlands. Ein Jahr später (20.3.1861) schrieb er ungeschützter an HARTMANN: »O Elend, o Germania! Uebertreibt das preußische Vieh nicht die Vorstellung seiner kühnsten Verächter. Was ließe sich nicht alles sagen, wenn man Zeit hätte. Es ließe sich etwas Juchhe-Artiges sehr artig loslassen. Denn endlich wird es doch wieder einmal Zeit[,] klobig zu werden. O Nationalverein, o Mäßigung, o Loyalität. [...] Es ist meine innige Ueberzeugung, daß Deutschland von seinem Jammer nur durch ein Guillotinen-Zeitalter befreit werden kann, und das werden *wir* nicht erleben« (SLB Wien).

preußische Regime der Weg der Bundesreform eher akzeptabel sei als die radikalen Forderungen des Nationalvereins. Immerhin forderte Kolatscheks Programm die Durchsetzung des Grundrechtskataloges von 1848 und eine nationale Volksvertretung. In der Frage des Wahlrechts, die auch in der Eisenacher Erklärung des Nationalvereins nicht angesprochen wurde, baute es wiederum den Regierungen goldene Brücken: Die Abgeordneten sollten aus den einzelstaatlichen Kammern delegiert oder nach dem jeweils gültigen Wahlrecht bestimmt werden. Das fiel zwar deutlich hinter das Reichswahlgesetz von 1849 zurück. Aber auch der Nationalverein hatte sich nicht auf das allgemeine Wahlrecht festgelegt, und selbst die Frankfurter Nationalversammlung war nach sehr unterschiedlichen Wahlgesetzen bestimmt worden.¹⁵ Schließlich – und hier lag der deutlichste Unterschied zum Nationalverein – forderten die supranationalen Föderalisten keine Bundesregierung, sondern lediglich ein zwischen Österreich und Preußen wechselndes Präsidium in einem von den einzelnen Staaten beschickten Ministerrat, der für »Diplomatie, Heer, Handel und Gerichtswesen« zuständig sein sollte. Die Realisierung dieses Programms (das nicht undemokratischer war als die europäischen Institutionen am Ende des 20. Jahrhunderts!) hätte eine einschneidende und perspektivreiche Reform des Deutschen Bundes bedeutet. Es ging wesentlich weiter als die späteren Bundesreformvorschläge des Reformvereins, der österreichischen Regierung und des sächsischen Ministerpräsidenten Beust.

Demokratisch-föderalistische Blätter wie der »Beobachter« druckten Kolatscheks Programm ohne jede polemische Kommentierung. Dies zeigt ebenso wie der Inhalt des Programms, daß sich die verschiedenen, aus der bürgerlichen Linken von 1848 hervorgegangenen Richtungen in dieser frühen Phase des nachrevolutionären Parteibildungsprozesses noch als Teile *eines* politischen Lagers begriffen. Dabei nahmen die süddeutschen demokratischen Föderalisten eine Mittlerstellung zwischen den Befürwortern eines mitteleuropäischen Staatenbundes und den Großpreußen ein. Bereits

¹⁵ In der Linken bestanden recht unterschiedliche Vorstellungen über das Wahlrecht, die nicht auf die Alternative allgemeines/Zensuswahlrecht zu reduzieren sind. Dies zeigt eine Debatte im preußischen Abgeordnetenhaus (HdA 26. 2. 1859), in der Teile der Linken (z. B. Libelt) sich gegen die geheime Abstimmung aussprachen: sie lasse den »Civil-muth« verkümmern, der den Bürger ausmache und in Preußen unterentwickelt sei (ebd., S. 256 f.). Die bürgerliche Linke profitierte ja in ihren Hochburgen (etwa in Ostpreußen) auch durchaus von der Öffentlichkeit des Wahlaktes. In der Abstimmung (ebd., S. 261 ff.) sprach sich Paur mit der Mehrheit (194 Abgeordnete) für, Libelt mit der Minderheit (102 Abgeordnete), zu der nicht nur die Konservativen, sondern auch einige Liberale zählte, gegen das geheime Wahlrecht aus. Während Libelts Argumentation eng mit dem männlichen Ehrbegriff zusammenhing, stand hinter Paur's Begründung für das geheime Wahlrecht der liberale Anspruch, alle Bürger zu vertreten. Nur die geheime Abstimmung verhindere, daß der Abgeordnete zum Interessenvertreter werde (vgl. HdA 20. 8. 1862, S. 1333). Vgl. zu dem unterschiedlichen Rollenverständnis liberaler und konservativer Abgeordneter im preußischen Landtag C. JANSEN, Selbstbewußtes oder gefügiges Parlament, 1999.

ein Jahr danach zerschnitt Kolatscheks Polemik gegen »Die Juchheisten« die Kommunikationsfäden zwischen den Supranationalen und den Großpreußen, und Anfang 1861 propagierte derselbe Autor gar in der Augsburger Allgemeinen unverblümt das Verbot des Nationalvereins, da er gegen das im Deutschen Bund nach wie vor gültige Affiliationsverbot verstoße.¹⁶ Kolatscheks Programm vom Herbst 1859 ist damit ein wichtiges Dokument für den Prozeß der Auseinanderentwicklung innerhalb der Paulskirchenlinken, da es belegt, daß die österreichfreundliche Richtung noch in der Gründungsphase des Nationalvereins Diskussions- und Kooperationsangebote machte. Den zentralen Streitpunkt *innerhalb* des Nationalvereins bildete im Gründungsjahr die Frage, ob die Reichsverfassung von 1849 zur Grundlage der staatlichen Neugestaltung Deutschlands genommen werden sollte. Für die Frankfurter Verfassung sprachen gewichtige pragmatische Gründe: Sie lag ausformuliert vor, hatte durch ihre Verabschiedung im Parlament und durch die Annahme durch eine Mehrheit der deutschen Staaten einen hohen Nimbus und gehörte zum gemeinsamen Traditionsbestand der bürgerlichen Opposition, die im Nationalverein zusammenarbeiten wollte. Die Mitglieder der Paulskirchenlinken waren als »Väter« der Verfassung für die Aufnahme der Reichsverfassung in die Nationalvereinsprogrammatische naheliegenderweise in besonderem Maße engagiert.

Der hannoversche Minister v. Borries bot im Frühjahr 1860 unfreiwillig den Anlaß für eine erfolgreiche Agitation in dieser Richtung, als er drohte, deutsche Staaten könnten sich zur Verhinderung ihrer Mediatisierung durch eine künftige Zentralgewalt mit »außerdeutschen Staaten« verbünden. Heinrich Simon versuchte daraufhin, die Empörung über den Minister, der das Programm der nationalen Einigung ablehnte, zu nutzen, um den Nationalvereinsausschuß, der mehrheitlich gegen eine programmatische Festlegung auf die Verfassung von 1849 war, öffentlich unter Druck zu setzen. Eine Resolution, die ihm der Ausschuß zur Unterzeichnung zugesandt hatte, nahm Simon zum Anlaß für einen flammenden »Pfungstgruß« in den liberalen Zeitungen. Die Vereinsposition erschien ihm zu defensiv: »In bedeutender Zeit wird es aber neben der Zurückweisung eines frechen Angriffs [...] zur Pflicht, die Fahne hochzuhalten, um die sich alle Vaterlandsfreunde einigen sollen. Sie wurde uns durch die Jahre 1848 und 1849 theuer errungen: *Die deutsche Reichsverfassung!*« Sie sei die »erste Willenserklärung« des deutschen Volkes »seit dem Beginn seiner Geschichte und bis heute seine letzte«. Es könne keine andere »legitime Fahne Deutschlands« geben, »bis das deutsche Volk in seinem zweiten Parlament gesprochen hat; jede andere wirbt unwissentlich oder wissentlich der Sonderbündelei, nicht der Einigung Deutschlands.«

¹⁶ A. KOLATSCHEK, *Das ganze Deutschland*, 1859, insb. S. 945. Verbotsforderung: *DERS.*, *Aufgabe*, 1861. Selbst hier plädierte Kolatschek jedoch für Reformen in Österreich, deren Ausbleiben »fast gewiß zur unheilbaren Schwächung Österreichs führen würde«.

Simons Offener Brief und seine Aufnahme in der Öffentlichkeit führten auch bei den Gegnern einer Festlegung auf die Reichsverfassung in der Nationalvereinsführung zu der Einsicht, daß sich der Verein keinesfalls gegen die Reichsverfassung aussprechen dürfe. Andernfalls würde er seinen demokratischen Flügel verlieren, dessen politisches Selbstverständnis auf dem Kultus der Reichsverfassung gründete. Zugleich drohte jedoch die preußische Regierung, sie werde die Forderung nach Wiederherstellung der Reichsverfassung als Bekenntnis zur Revolution von 1848 auffassen, was die Gefahr eines Vereinsverbots nach sich zog. Nach Besprechungen in Berlin mit Johann Jacoby und Gottlob Tafel als Vertretern des 1849 vom Rumpfparlament gewählten Fünfzehner-Ausschuß »zur Durchführung der Reichsverfassung«, dessen Legitimität damit von der neuen nationalpolitischen Organisation anerkannt wurde, legte der Vereinsausschuß der ersten Generalversammlung am 4. September 1860 eine Resolution zur deutschen Frage vor, die sich zwar positiv auf die Verfassung von 1849 bezog, aber in Erwiderung auf Simons Offenen Brief feststellte, daß der Augenblick, in dem »die Reichsverfassung als Banner aufgestellt werden kann«, noch nicht gekommen sei. Dem Kompromißvorschlag des Ausschusses folgte die Generalversammlung, an der neben einer Reihe konstitutioneller Paulskirchenabgeordneter auch sechs Mitglieder der Frankfurter Linken teilnahmen¹⁷, fast einstimmig. Zu den Folgen dieser vorsichtigen Berufung auf die Reichsverfassung gehörte einerseits, daß die Beziehungen zur preußischen Regierung der »Neuen Ära« vollkommen einschließen und sich einige Mitglieder des rechten Flügels aus der Vereinsarbeit zurückzogen. Andererseits leitete der Beschluß der Generalversammlung die Annäherung der württembergischen Fortschrittspartei an den Verein ein, die Anfang 1861 den Beitritt beschloß, was dessen Basis in Süddeutschland wesentlich verbreiterte.¹⁸

Die Mitglieder der Paulskirchenlinken, die auf der ersten Generalversammlung des Nationalvereins besonders hervortraten, Christian Schüler

¹⁷ Hofmann, Martiny, L. Müller, Nicol, Riesser und C. Schüler.

¹⁸ DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 57 f.; J. JACOBY, Heinrich Simon, 1865, S. 358 f. (ein Originalabdruck in: AkadW 136); NV I, S. 15; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 141 und 148 ff.; J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 111. Biefangs Schluß, dem hier gefolgt wird, daß die dort erwähnte Besprechung der Kompromißsuche in Sachen Reichsverfassung geglückt habe, ist spekulativ und nicht überzeugend belegt. Wahrscheinlich dürfte die Berliner Besprechung mindestens neben den Nationalvereinsangelegenheiten, wenn nicht gar in erster Linie, der Vorbereitung der Geldsammlung für ein Denkmal für den am 16. 8. 1860 ertrunkenen Heinrich Simon (vgl. Kap. IV) geglückt haben, da alle Beteiligten hieran später mitwirkten (vgl. J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 113, 116 u. ö.). Andererseits kann der Kult um Heinrich Simon, den vor allen Jacoby betrieb, auch verstanden werden als Kampagne zur Rehabilitierung der Paulskirchenlinken und der Reichsverfassung, deren Annahme erst durch den Kompromiß zwischen dem Demokraten Simon und dem Konstitutionellen v. Gagern möglich wurde (V. VALENTIN, Bd. II, 1931, S. 371 ff.; T. NIPPERDEY, 1983, S. 659) und für die sich Simon in seiner letzten Publikation noch so vehement eingesetzt hatte. Begeisterung über das Bekenntnis des Vereins zur Reichsverfassung bei C. Mayer (BA 90 Ma 3/29, Bl. 1).

und Gabriel Riesser, machten, obwohl sie verschiedenen Flügeln des Vereins angehörten, beide deutlich, wie wenig sich in der Gründungsphase gouvernemental orientiertes, »realpolitisches« Denken durchgesetzt hatte. Schüler profilierte sich als Nationaldemokrat reinen Wassers und monierte eine zu stark auf die Regierungen ausgerichtete Strategie der Vereinsführung: Das »Recht« des deutschen Volks auf nationale Einheit leite sich »nicht von Äußerungen dieser oder jener Regierung« ab, auf die der Ausschußantrag rekurrierte, sondern »aus dem Gang der Geschichte, aus dem von Ewigkeit in den Sternen geschriebenen Rechte der Nationalität«. Auch für das Zustandekommen der Einheit setzte er »nicht auf den guten Willen der Regierungen«, sondern »auf die wachsende Einsicht, auf die geistige Kraft des deutschen Volks, auf die sittliche Energie desselben, auf seine Begeisterung für seine Einheit. [...] Die öffentliche Meinung kann eine Kraft und Stärke erreichen, daß Nichts ihr widerstehen kann«. Das war der alte, revolutionäre Geist von 1848. Schülers politischer Idealismus äußerte sich auch in der ebenso von anderen Demokraten verwandten Denkfigur, »die Einheitsidee« werde das Volk nur dann begeistern, wenn man sie »in ihrer Reinheit« erhalte. Wer so argumentierte, sprach sich gegen die realpolitische Strategie aus, »durch vormeintlich kluges Nachgeben [...] auf die Regierungen einwirken und sie unseren Wünschen geneigt machen zu können«. Hierzu zählte für Schüler insbesondere jeder Abstrich vom großdeutschen Gedanken, also der politischen Vereinigung aller zum Deutschen Bund gehörenden Territorien.

Riesser vertrat als Ausschußmitglied den Leitantrag, der gegen die Unterdrückung der liberalen und nationalistischen Opposition in Kurhessen und Schleswig-Holstein protestierte. Er distanzierte sich ausdrücklich vom Gedanken an eine neue Revolution, der bei Schüler und vielen anderen Demokraten anklang, griff aber gleichwohl wie diese das realpolitische Paradigma an. Als Vertreter eines gewaltlosen »gesetzlichen Widerstandes« sah er sich in scharfem Gegensatz zu allen, die in der Politik »nur den Maaßstab des Erfolges anlegen«. ¹⁹ Der Nationalverein des Jahres 1860 war also noch keineswegs die gouvernemental orientierte, großpreussische Agitationsagentur, die einige seiner Gründerväter wie Biedermann hatten aufbauen wollen. Er war vielmehr noch stark im idealistischen Glauben an den Sieg der »richtigen« Argumente und an die historische Notwendigkeit der deutschen Einigung befangen. Die Vordenker einer »Revolution von oben« aus der Paulskirchenlinken wie Ruge, Vogt und Bamberger lehnten deshalb den Beitritt 1859/60 noch ab: der Verein war ihnen zu wenig konsequent und zu sehr auf Ausgleich mit den Konstitutionellen bedacht.

Die Vereinsmehrheit hielt zunächst am Paradigma der »Politik von unten« fest. Darauf mußte die Führung Rücksicht nehmen. »Realpolitik« hieß für die großpreussischen und föderalistischen Demokraten, die den Verein beherrschten, sich mit den gegebenen Tatsachen wie die Wiederherstellung

¹⁹ NV I, S. 22 f. und 38 ff. Vgl. auch C. A. FETZER, Fürs Vaterland, 1859, S. 1073.

des Deutschen Bundes, den Staatsstreichen, Verfassungs- und Wahlrechtsoktrois der frühen 1850er Jahre abzufinden. Sie strebten zwar einen Nationalstaat mit preußischer Führung an, knüpften dies aber an klare Bedingungen: Das Preußen an der Spitze Deutschlands mußte ein liberaler Rechtsstaat, die Basis dieses Deutschland mußte die Reichsverfassung sein oder zumindest wesentliche Elemente aus dieser übernehmen. Eine offen antiösterreichische Politik war im Nationalverein noch nicht mehrheitsfähig, da die Nationalbewegung, wie bereits 1859 deutlich geworden war, unerschrocken noch an der großdeutschen Idee festhielt. Deshalb lehnte die Vereinsführung die ihr von Ruge angetragene Widmung seiner Schrift »Die drei Völker und die Legitimität oder Die Italiener, die Ungarn und die Deutschen beim Sturze Österreichs« (1860) ab. Bennigsen und die anderen Männer an der Spitze der organisierten Einigungsbewegung glaubten, daß weder Ruges Forderung nach einer Revolution, die zur Auflösung der Habsburgermonarchie führen sollte und in der Italien und Ungarn die natürlichen Verbündeten des »eigentlichen, außerösterreichischen Deutschland« seien, noch sein Preußenkult und seine Forderung nach Annexion des übrigen Deutschland durch Preußen im Verein mehrheitsfähig waren. Ruge als Vordenker der entstehenden autoritär-revolutionären Linken faßte den Nationalverein als Organisation einer Avantgarde auf, die eine großpreußisch-einheitsstaatliche Lösung der deutschen Fragen *von oben, also für das Volk*, durchsetzen sollte. Die Führung des Nationalvereins hielt dagegen mehrheitlich am Konzept der »Volkspolitik« fest, in der ein neues Nationalparlament die Grundlagen der deutschen Einheit festlegen sollte, zu denen auch die exakte Bestimmung der preußischen Führungsrolle gehörte. Nur für den Fall akuter Kriegsgefahr befürwortete sie eine vorübergehende Delegation der militärischen und diplomatischen Führung an Preußen.²⁰

3. Die Militarisierung der politischen Kultur

Einig waren sich alle Strömungen im Nationalverein, daß die Einheit nur durch einen Krieg zu erlangen sei. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Einschätzung, daß die Revolution an fehlender militärischer Macht gescheitert sei, wurde in einem schärfer werdenden Tonfall die Einigungsbewegung auf diesen Krieg vorbereitet. Nicht nur sprachlich und ideologisch wurde die Nationalbewegung militanter. Die Schützen- und Turnerbewegung führte massenhaft paramilitärische Übungen durch. Diese »Wehrpolitik« des Nationalvereins hatte bei aller Ernsthaftigkeit ihrer Propaganda und

²⁰ H. ONCKEN, Rudolf v. Bennigsen, Bd. I, 1910, S. 471 f.; A. RUGE, Drei Völker, 1860 insb. S. III ff. und 39 f. Preußenkult: »Preußen ist die Sonne im Deutschen System; Östreich ist der dunkle Körper, welcher die Bewegungen der Theile dieses Systems um sein natürliches Centrum stört« (ebd., S. 36).

Durchführung einerseits eine symbolische Funktion: Sie sollte den öffentlichen Reformdruck auf die Regierungen erhöhen, die stehenden Heere durch Volksmilizen zu ergänzen, langfristig sogar zu ersetzen, und vor allem eine breite militärische Grundausbildung für den erwarteten nationalen Einigungskrieg gewährleisten. Andererseits prägte die Militarisierung der politischen Kultur aber auch das männliche Selbstverständnis und die politische Werteskala der Nationalbewegung.

In mehrfacher Hinsicht war die Militarisierung der deutschen Nationalbewegung eine Reaktion auf die Einigung Italiens: Dort hatten Freischaren militärisch ausgebildeter nationalistischer Bürger eine große, in der deutschen Öffentlichkeit jedoch überschätzte Rolle gespielt. Zugleich setzte die Expansion des napoleonischen Frankreich insbesondere nach der Annexion Nizzas und Savoyens Angst vor einer Wiederholung der Situation von 1805/06 frei, die die Einigungsbewegung für ihre Zwecke nutzte. Biefang und Klenke haben in letzter Zeit zu Recht herausgearbeitet, daß, lange bevor Bismarck prägenden Einfluß auf die Entwicklungen im Deutschen Bund bekam, die Militarisierung des deutschen Nationalismus begonnen hat und die strukturellen Voraussetzungen für die massenhafte Verbreitung einer entsprechenden Mentalität geschaffen wurden. Die Kontinuitätslinien dieser Entwicklung reichen mindestens bis 1848 zurück. Im Gegensatz zu Klenke ist zu betonen, daß die nationale Einigungsbewegung ihre Militarisierung zunächst nicht primär durch Unterordnung unter den preußischen Militärstaat erreichen wollte, sondern durch die Selbstorganisation der liberalen Bürger.¹ Zwar trat mit der Militarisierung zwangsläufig die Kategorie »Einheit« – in Form einer disziplinierten Einordnung in militärische Zusammenhänge – weiter gegenüber der Kategorie »Freiheit« in den Vordergrund. Es muß aber zugleich gesehen werden, daß vor dem Hintergrund des allgemein akzeptierten Männlichkeitsideals Wehrhaftigkeit als konstitutiv für den freien Bürger verstanden wurde und daß die Forderung nach Milizen zugleich dem Gleichheitsgedanken verpflichtet war. Denn die bestehenden Rekrutierungsvorschriften beinhalteten in allen deutschen Staaten Regelungen, wonach insbesondere die Söhne der Oberschichten sich dem Militärdienst entziehen konnten. Hingegen bedeutete »Miliz« allgemeine Wehrpflicht, mehr Wehrgerechtigkeit und deshalb zugleich kürzere Dienstzeiten.

Die Bemühungen der Linken um eine Zivilisierung der sozialen Verhältnisse, indem die bürgerliche »Gesellschaft« bestimmenden Einfluß auf den Staat erlangte, und die von ihr zugleich betriebene Militarisierung der politischen Kultur standen in einem Wechselverhältnis. Seit 1849 bekämpfte die Linke die stehenden Heere, weil sie sie für die Niederschlagung der Revolution verantwortlich machte, aber auch weil in ihnen unmenschliche Ver-

¹ Hierzu grundlegend: A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 153 ff.; D. KLENKE, Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal, 1995, S. 402 ff.; DERS., Gemeinschaftsideal und Modernität, 1994, S. GOLTERMANN, 1998.

hältnisse herrschten und sie gesellschaftlicher Kontrolle entzogen waren. Der wichtigste Kritiker des bestehenden Militärsystems und zugleich Befürworter einer allgemeinen Militarisierung der Gesellschaft war innerhalb der Paulskirchenlinken Wilhelm Schulz-Bodmer. In einer 1859 erschienenen Untersuchung mit dem programmatischen Titel »Die Rettung der Gesellschaft aus den Gefahren der Militärherrschaft« kritisierte er vor allem das Schicksal der zwangsrekrutierten Soldaten. Er nannte sie »Staatsleib-eigene« und wies auf den großen volkswirtschaftlichen Schaden hin, der dadurch entstand, daß ein Großteil der arbeitsfähigen jungen Männer drei Jahre lang dem Produktionsprozeß entzogen werde und ein weiterer Teil auswanderte, um dem Militärdienst zu entgehen. Die »Sklaverei« der Soldaten müsse ebenso wie die der Schwarzen in den USA abgeschafft werden; sie sei die Hauptursache des Pauperismus. Schulz sah die stehenden Heere als Zeitbomben, die langfristig die Staaten und Gesellschaften Europas zerstören würden. Alle »freien Nationen«, worunter er die USA, die Schweiz und Großbritannien verstand, hätten die stehenden Heere durch Milizen ersetzt. Damit sparten sie nicht nur erhebliche Kosten ein, sondern würden auch gravierende »moralische und soziale Nachteile«, die Kriminalität unter den Armeeangehörigen, Prostitution etc., sowie politische Gefahren vermeiden, nämlich neben der Putschgefahr vor allem die Gefahr von Revolutionen, die aus der Unzufriedenheit und Unterdrückung der einfachen Soldaten herrühre. Schulz-Bodmer war ein Verehrer des britischen Pazifisten und Freihändlers Richard Cobden und wandte sich gegen einen rein idealistischen Pazifismus. Das Zeitalter des »ewigen Friedens« sei noch weit entfernt; Heere seien deshalb weiterhin erforderlich. Sie sollten bloß humaner, billiger und stärker liberalen Ordnungsvorstellungen angepaßt werden. Deshalb trat Schulz-Bodmer für eine systematische militärische Jugenderziehung ein, die auch für das bürgerliche Leben nützlich sei.² Die Schaffung eines bürgerlichen Staates und die Forderung nach politischer Partizipation bedeuteten für die meisten Politiker der Linken auch die Bereitschaft, selbst die Landesverteidigung zu übernehmen. Dies – und nicht prinzipieller Antimilitarismus – war der Hintergrund der Forderung nach Abschaffung der stehenden Heere.

Insofern war es auch kein Widerspruch zur Forderung nach einem Milizsystem, wenn seit 1854, seitdem Kriege in Europa wieder an der Tagesordnung waren, die deutschen Nationalisten zunehmend bereit waren, für die staatliche Einigung einen Krieg in Kauf zu nehmen. Infolgedessen verschärfte sich auch ihr politischer Ton. Der propagandistische Rekurs Napoleons auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Gerede von den »natürlichen Grenzen« Frankreichs schürten zudem Konfliktherde, die seit langer Zeit erloschen schienen und etwa in den Paulskirchenverhandlungen trotz aller nationalistischen Großmannssucht keine Rolle gespielt hatten.

² W. SCHULZ-BODMER, *Rettung*, 1859, insb. S. 1 ff., 171 ff., 180, 227 ff., 299 und 303 ff.; Rezension in: *Jh* 1859, S. 205 ff.

Ein Beispiel für die langfristig wirkenden Folgen der ethnischen Aufladung des Nationalismus ist die Schrift des in die Schweiz emigrierten preußischen Paulskirchenabgeordneten und Historikers Adolf Schmidt »Elsaß und Lothringen. Nachweis, wie diese Provinzen dem deutschen Reich verloren gingen« (1859).

Schmidt wollte mit dieser Publikation in mehrfacher Hinsicht eine großpreußische Einigung und die Machtorientierung der Nationalbewegung fördern. Erstens sollte seine Schrift während des österreichisch-italienischen Krieges Stimmung gegen die Habsburgermonarchie machen, die mit ihrer »antinationalen«, mehr auf Italien denn auf deutschsprachige Gebiete orientierten Politik für den Verlust des Elsasses und Lothringens verantwortlich sei. Zweitens wollte Schmidt mit seiner dezidiert antifranzösischen und antikatholischen Tendenz in der deutschen Öffentlichkeit den Haß auf das Nachbarland schüren und Begehrlichkeiten wecken, die Territorien zurückzugewinnen. Wie ihre italienischen Gesinnungsgenossen legte die nationalistische Linke mit derartigen Schriften die Grundlage für einen deutschen Irredentismus, dessen Ziele nur durch einen europäischen Krieg befriedigt werden konnten. Frankophobie war in der Linken jedoch keineswegs auf die großpreußische Richtung beschränkt, für die Schmidt steht. Der württembergische Föderalist Moriz Mohl pflegte Frankreich öffentlich als den »Erbfeind« zu bezeichnen. Schmidt wollte schließlich, drittens, am Beispiel des Verlustes von Elsaß und Lothringen seinen Landsleuten klarmachen, daß nur mit »der nationalen Einigkeit des Wollens und der dictatorischen Einheit der That« weitere Gebietsverluste zu verhindern seien. Die dargestellten Vorgänge seien »ein warnendes Denkmal französischer Politik, dessen Inschrift Deutschland gründlich belehrt: wie es durch Mangel an Einheit jederzeit zu kurz kam«. Diese und ähnliche Schriften aus den Reihen der Paulskirchenlinken, in denen über sonstige politische Differenzen hinweg die Forderung nach der Wiedergewinnung des Elsasses und Lothringens gestellt wurde, waren geprägt von einem Kult der Einheit, der die Zurückstellung aller sonstigen Differenzen bis zur Realisierung der nationalen Einigung postulierte.³

³ A. SCHMIDT, Elsaß, 1859, insb. S. 3 ff., 68 ff. und 82 ff.; C. MAYER, Festfahrt, 1863. Ähnl. F. G. LEUE, Preußen, 1859, S. 21 f.; F. T. VISCHER, Kritische Gänge, 1920, S. 163 und 173 ff.; DERS., Frisch gewagt, S. 33 f. Hingegen zeigte J. FRÖBEL (Deutschland und die Demokratie, 1859, S. 212) die Absurdität ethnisch begründeter Gebietsansprüche in Europa u. a. anhand des Elsasses. Österreich hatte Preußen bereits Anfang 1859 für den Fall eines gemeinsamen Krieges gegen Italien und Frankreich die Eroberung des Elsasses und Lothringens angeboten (Die Auswärtige Politik Preußens, Bd. 1, S. 574: Bericht des preußischen Sondergesandten vom 13. 5. 1859). Unklar ist, ob dieses Angebot seinerzeit in die Öffentlichkeit gelangt ist und so die Forderungen nationalistischer Politiker ausgelöst haben könnte. Vgl. R. BUCHNER, 1965, S. 113 ff. und 178; W. LIPGENS, 1964, insb. S. 37 ff.; L. GALL, Frage der Annexion, 1968, insb. S. 267 ff., sowie die weiteren Beiträge einer Kontroverse in der HZ: Rudolf Buchner: Die deutsche patriotische Dichtung vom Kriegsbeginn 1870 und die elsässische Frage, in: HZ 206 (1968), S. 327 ff.; Walter Lipgens, Bismarck und die Frage der Annexion 1870, ebd., S. 585 ff.; Eberhard Kolb, Bismarck und das Aufkommen der Annexionsforderung 1870, in: HZ 207 (1968), S. 318 ff.

Seit 1859⁴ wurde der Verlust Elsaß-Lothringens als Ausdruck fehlender deutscher Macht, für die in besonderem Maße die nationale Habsburgerdynastie verantwortlich sei, im öffentlichen Bewußtsein verankert und geriet damit auf die Tagesordnung der Nationalisten. Die Forderung nach dem Anschluß der französischen Ostgebiete an einen künftigen Nationalstaat kehrte bis 1870 immer wieder.

Die Verschärfung des Tones innerhalb der Einigungsbewegung um 1859 läßt sich auch an einer Serie martialischer Gedichte Carl August Fetzers ablesen. Er begriff seine Worte als Waffen, nannte einen Zyklus »geharischte Sonette« und operierte mit allen Mitteln moderner Kriegspropaganda: bis zum Rassismus reichende Fremdenfeindlichkeit, Verhöhnung materieller und privater Bedürfnisse, Verkleinerung des Einzelnen zum Nichts im Vergleich zur Nation, Kult der Tat und des Todes, Verachtung für Diplomatie und Kompromisse und Verschwörungsphantasien, denenzufolge die anderen europäischen Mächte den Bestand der deutschen Nation bedrohten. Solche Aufrufe konnten nicht von Freiheit und Demokratie handeln. Vielmehr gipfelten sie in der Sehnsucht nach einem entschlossenen Führer (»Ein Jeder, der uns rettet, ist willkommen«), nach einer Rückkehr des »alten Fritz« oder, ähnlich wie in Venedeys Italienschrift, in der Hoffnung auf eine »blutgetaufte« Wiedergeburt des deutschen Volkes.

Nicht die ganze Paulskirchenlinke reagierte auf die Enttäuschung ihrer Einigungsträume des Jahres 1859 mit solcher Aggressivität. Aber eine resignative Sicht auf die Deutschen als permanente Verlierer der europäischen Geschichte breitete sich aus. Nicht nur Fetzer betrachtete »den Deutschen« als »Paria«, auch der wesentlich nüchternere Ludwig Bamberger meinte im Frühjahr 1860: »Wir sind halt die Neger Europas, von Natur bestimmt, die Sanskritplantagen mit unserem Schweiß zu düngen.« Die Deutschen seien nur zu kulturellen Höchstleistungen fähig, nicht jedoch zur Nationsbildung und einer europäischen Machtpolitik. »Wie schade für die schönen neun Millionen Thaler, welche Vin[c]ke da dem Roon gibt. Was könnt man da für gute Cigarren für das Geld rauchen!« kommentierte er deshalb den Beginn der preußischen Heereserweiterung.⁵

In der Militarisierung des deutschen Nationalismus seit 1859 liegt auch eine der Hauptursachen, warum die preußische Heeresreform die Liberalen zur Aufgabe ihrer kompromißbereiten »Nicht drängen«-Politik bewegte und warum sich an dieser Frage ein prinzipieller, von den Liberalen mit unerwarteter Härte geführter Konflikt entzündete. Die Heeresvorlage der

⁴ Bereits R. BUCHNER, 1965, S. 114, hat darauf hingewiesen, daß die Revision der deutschen Westgrenze seit dieser Zeit ein wichtiges Thema der nationalpolitischen Publizistik war. Diese Tatsache wurde aber von der Historiographie im allgemeinen ignoriert.

⁵ C. A. FETZER, Vor dem Sturme, 1859; DERS., Fürs Vaterland, 1859, insb. S. 1077 (»Paria«); ähnl. F. T. VISCHER, Kritische Gänge, 1920, S. 125 und 171; Bamberger an Hartmann, 21. 5. 1860 (SLB Wien); E. A. ROSSMÄSSLER, Aus der Heimath, 1862, S. 366 ff. Vgl. H. v. SYBEL, Bd. II, 1892, S. 387 f., sowie Kap. XII.2 (Venedey).

preußischen Regierung ging nämlich exakt in die den liberalen Vorstellungen entgegengesetzte Richtung: statt Ausbau der Milizkomponente – Abbau der Landwehr; statt mehr Wehrgerechtigkeit – Verlängerung der Dienstzeit und Aufrechterhaltung der ständischen Privilegien, mit denen manche dem Militärdienst entgehen konnten.

Die erste grundlegende Kritik von liberaler Seite an den Heeresreformplänen des Prinzregenten Wilhelm veröffentlichte der emigrierte Paulskirchendemokrat Heinrich Simon im Februar 1860, unmittelbar nach der Einbringung der Gesetzentwürfe über die dreijährige Dienstpflicht und die Bewilligung der 9,5 Mio Thaler, die die Regierung für die Heereserweiterung benötigte. Simon beklagte, daß die liberale Presse, die liberalen Abgeordneten und Organisationen sich zur Militärpolitik des Prinzregenten nicht äußerten. Er führte diese »Apathie« auf die »Nicht drängen!«-Politik der Kammerliberalen zurück, die er wie fast alle Demokraten ablehnte. »Das sogenannte liberale Ministerium wagt nicht zu athmen gegen die Reaktion, giebt sich selbst zu diesem Gesetze her; und die liberalen Zeitungen wagen nicht [,] gegen das Gesetz zu sprechen, um nicht die Minister zu geniren.«⁶

Die anschließende Eskalation des Konflikts resultierte jedoch nicht nur aus der Bedeutung, die die nationalistische Opposition der Militärorganisation beimaß, und der besonderen emotionalen Besetzung des Themas durch den Liberalismus. Erst die »unglaublich halsstarrige Politik« (W. J. Mommsen) König Wilhelms in dieser Frage, die er zu einer seines persönlichen Prestiges machte, trieb die Linke wieder insgesamt in die Opposition und ermöglichte die Bildung der preußischen Fortschrittspartei im Jahre 1861. Anfang 1860 war nicht einmal der Emigrant Heinrich Simon grundsätzlich gegen das Regierungsvorhaben. Er erklärte sich mit den Motiven des Gesetzes, die auf eine Stärkung der preußischen Wehrkraft zielten, einverstanden, kritisierte jedoch die neuen Schulden und Steuererhöhungen, mit denen die Reform finanziert werden sollte, und die Vergrößerung des stehenden Heeres, die aus ihr resultierte. Eine im Kriegsfall schlagkräftigere Armee und höhere Wehrgerechtigkeit seien ohne zusätzliche Kosten und ohne eine Vergrößerung des stehenden Heeres zu erreichen, wenn die Dienstzeit von drei auf zwei Jahre verringert, dafür jedoch entsprechend mehr junge Männer eingezogen würden. Simon führte klassische liberale und demokratische Forderungen ins Feld: größtmögliche Sparsamkeit bei den Staatsausgaben, Ablehnung des Schuldenmachens, Verkürzung der Dienstzeit, in der die Wehrpflichtigen dem Wirtschaftsleben entzogen und der Indoktrinierung und den Schikanen von Berufsoffizieren ausgesetzt seien, mehr Wehr-

⁶ Brief Simons von Mitte Februar 1860 (zit. nach: J. JACOBY, Heinrich Simon, 1865, S. 354ff.). Daß führende Demokraten Anfang 1860 die Geduld mit der »Nicht drängen!«-Politik verloren, zeigte sich zur selben Zeit in einem Eklat, den Theodor Mommsen bei einem öffentlichen Festmahl zu Ehren des Ministeriums provozierte. Vgl. C. JANSEN, Theodor Mommsen, 1995, S. 34.

gerechtigkeit sowie Vergrößerung der Milizkomponente, der Landwehr, die Simon Preußens »einziges, wirklich volksthümliches Institut« nannte.

Die Liberalen im preußischen Abgeordnetenhaus, deren Argumente der angesehene Heinrich Simon vorwegnahm und spürbar beeinflusste, bezogen sich in ihrer Opposition gegen die Heeresreform auf die Zeit der antinapoleonischen Kriege, in denen die Landwehr eingerichtet worden war, deren Offizierskorps teilweise bürgerlicher Herkunft war. Manche Landwehreinheiten hatten sich 1848 auf die Seite der Revolution geschlagen oder zumindest den Einsatz gegen die Revolutionäre verweigert; aus ihren Arsenalen hatten die revolutionären Bürgerwehren ihre Waffen requiriert. Die von den Liberalen abgelehnte Erhöhung der Dienstzeit auf drei Jahre war in der Reaktionsära eingeführt worden, als die Armeeführung nach den Erfahrungen mit der Landwehr von 1848 diese Zeit zu benötigen glaubte, um die Rekruten zu disziplinieren. Die Liberalen setzten den Heeresreformplänen die aus der französischen Revolution kommende Vorstellung eines »Volk[es] in Waffen« (H. Simon) entgegen, das im Konfliktfall schnell mobilisiert werden konnte. Hingegen lehnten sie ein von der Aristokratie geführtes stehendes Heer sowie übertriebenen Drill ab. Die militärische Grundausbildung sei in einem Jahr möglich, wie Simon unter Verweis auf das Schweizer Milizsystem betonte, wenn die von zahlreichen Paulskirchenemigranten gelobte militärische Jugenderziehung auch an Preußens Schulen eingeführt würde. Die allgemeine Stoßrichtung der Liberalen war: Schwächung der Armee als Disziplinierungsinstanz und Instrument des reaktionären Machterhalts, Stärkung der Armee als Machtkomponente in dem erwarteten europäischen Krieg um die deutsche Einheit und Erziehung an der Waffe einsatzbereiter Bürger: »Nur wenn das ganze preußische Volk militärisch durchgebildet ist, wenn es *wirklich* ein Volk in Waffen ist [...], kann Preußen [...] die Hoffnungen, die Deutschland auf Preußen setzt, [...] verwirklichen.«⁷ In dieser Formel waren die beiden Trends in der Politik der Linken um 1860 – Nationalisierung und Militarisierung – miteinander verknüpft.

Ebenso wie Simons Broschüre zur Heeresreform war der »Mahnruf« an die preußischen Volksvertreter, den Johann Jacoby im Dezember 1860 verfaßte, aber erst Mitte Januar 1861, also nach dem Tod Friedrich Wilhelms IV. und der Inthronisierung Wilhelms I., veröffentlichte, Ausdruck der tiefen Enttäuschung bei den Demokraten über die »Neue Ära« sowie Ausdruck ihrer Abkehr von einer behutsamen Oppositionspolitik. Beide Interventionen markieren somit den Übergang zur nächsten Phase der deutschen Poli-

⁷ H. SIMON, *Militärlast*, 1860, insb. S. 4 und 16 (Zitate); Lob der Schweizer Armee z. B. auch bei Reinstein an seinen Brüder (BA FSg. 1/18); W. SCHULZ-BODMER, *Rettung*, 1859; zum politischen Hintergrund: W. SIEMANN, *Vom Staatenbund zum Nationalstaat*, 1995, S. 409 ff.; W. J. MOMMSEN, *Ringens*, 1993, S. 122 ff. Die Forderung nach militärischer Jugendentüchtigung war allgegenwärtig: vgl. etwa Württ. LT 23. 3. 1861 (Antrag Fetzer); *Beobachter* 24. 3. 1864, wo G. F. KOLB in einem Leitartikel, wohl von C. Mayer, mit einer entsprechenden Forderung zit. wird..

tik, die von der Konfrontation im preußischen Verfassungskonflikt und dem engeren organisatorischen Zusammenschluß der bürgerlichen Linken in der Fortschrittspartei bestimmt war. Jacobys »Mahnruf« war auf Anforderung der Chefs der beiden führenden demokratischen Zeitungen Preußens, Bernstein von der »Volks-Zeitung« und Zabel von der »Nationalzeitung«, und in Absprache mit ihnen verfaßt worden. Sie erwarteten ein »monumentales« Dokument der Abkehr von der Tolerierungspolitik der gemäßigt konstitutionellen Regierung gegenüber. »Die demokratische Partei«, erklärte Jacoby also, sei zu dem Ergebnis gelangt, daß Preußen seit dem Regentschaftswechsel »seinem großen geschichtlichen Beruf um keinen Schritt näher gerückt« sei.

Der Aufruf, der ursprünglich als Petition mit den Unterschriften der führenden preußischen Demokraten veröffentlicht werden sollte, dann aber wegen deren Uneinigkeit und wohl auch wegen des Todes des Königs zurückgehalten und eines allzu demonstrativen Charakters entkleidet worden war, malte ein düsteres Bild der inneren und äußeren Lage des Landes: »Im Innern eine Staatsverwaltung, haltlos, ohne festes Prinzip, [...] das Rechtsbewußtsein des Volkes verletzt, Mißtrauen überall, Zerwürfnis und tiefe Verstimmung; – in nächster Nachbarschaft ein großes Reich [Österreich] [...] in innerer Auflösung begriffen; an der Grenze Deutschlands rachesinnend ein übermütiger Feind [Frankreich]: Wenige Monde vielleicht und die Entscheidung naht, wo nur des Volkes einmütiges Handeln, die begeistern-de Vaterlandsliebe zu helfen vermag!« Die Abgeordneten sollten – »soweit dies in ihrer Macht steht – öffentliche Zustände herbeiführen, für deren Verteidigung [...] der Bürger mit freudigem Opfermut in den Kampf geht.« Zwar zählten für Jacoby innere Reformen zu den Voraussetzungen für die nationale Einigung. Aber auch er dachte machtpolitisch und malte mit pathetischer Geste eine unmittelbare, aus Frankreich drohende Kriegsgefahr an die Wand: Preußen müsse entweder »auf jede politische Geltung« verzichten »oder den von der Geschichte ihm vorgezeichneten Beruf erfüllen, entweder sich selbst aufgeben oder Deutschlands Bruderstämme in staatlicher Freiheit einen!«⁸ Auch wenn Jacoby, von den Herausgebern der beiden wichtigsten Zeitungen als Führer der preußischen Demokraten autorisiert, mit seinem »Mahnruf« zur Fundamentalopposition gegen das Regime der »Neuen Ära« aufrief, hielt er an der Ideologie vom »deutschen Beruf« Preußens zur nationalen Einigung fest.

In dasselbe Horn stieß wenige Wochen später auch ein anderer Präzeptor der linkshegelianischen, großpreußischen Demokratie, der in England sitzende Arnold Ruge: In Anknüpfung an eine berühmte Broschüre des

⁸ J. JACOBY, *Mahnruf*, 1861; zur Entstehungsgeschichte: Jacoby an A. Bernstein 22. 12. 1860 und 5. 1. 1861, an H. Rickert 8. 1. 1861, an F. Duncker 12. 1. 1861 (alles in: J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 133 ff.) sowie die Veränderungen gegenüber dem ursprünglichen Text (ebd., 132); E. SILBERNER, 1976, S. 298 f. Dort bleiben die militant-kämpferischen und nationalistischen Formeln des Aufrufs unerwähnt.

führenden preußischen Fortschrittspolitikers Karl Twesten (»Woran uns gelegen ist«) von 1859 und noch vor dessen eigener Fortsetzungspublikation »Was uns noch retten kann«, radikalisierte Ruge im Februar 1861 dessen Forderungen unter dem Titel »Was wir brauchen. Ein Memento mori für das Preußen des Staatsstreichs«. Im Titel prophezeite Ruge dem Reaktionsregime den baldigen Untergang, das seit dem Staatsstreich von 1848 gegen den liberalen Nationalismus herrschte und damit die historische Aufgabe einer preußischen Regierung verfehlte. Es sei »unmöglich«, da es sich im Widerspruch zu den objektiven historischen Tendenzen befinde, die Ruge in seiner extrem teleologischen Geschichtssicht erkannt zu haben meinte. Er stellte deshalb ein unitarisches, demokratisch-rechtsstaatliches Programm für die »nothwendige, die einzig richtige Politik Preußens« auf, die seiner Ansicht nach darin bestehen mußte, »daß Preußen durch politische Freiheit Deutschland vereinigen müsse«. Auch ein Brief an Gottfried Kinkel aus derselben Zeit enthielt Ruges scharfe Kritik am abwartenden Kurs der preußischen Opposition: »Selbst die Volks-Zeitung« mache »den Speichellecker«; die »Demokraten« seien »legitim geworden« und hätten sich mit dem Staatsstreich von 1850 abgefunden.⁹

Nachdem die großpreußische Linke während der »Neuen Ära« vorübergehend auf eine Unterstützung der preußischen Regierung gesetzt hatte, konstatierte sie nun öffentlich deren Reformunwillig- und -unfähigkeit. Sie kehrte zur »Partei politik« und zur Zuspitzung zurück. Jacoby hielt die »Gothaer« mittlerweile für hinreichend gescheitert und öffentlich desavouiert. Sie waren, wie er es 1858 erwartet hatte, nicht »ohne uns mit der Reaktion fertig« geworden. Nun hielten die Demokraten ihre Stunde für gekommen. Im Mai 1861 verließen die linksliberalen und demokratischen Abgeordneten die liberale Fraktion Vincke, im Juni wurde die Fortschrittspartei gegründet, für die bei den Neuwahlen von 1861, 1862 und 1863 Führer der Revolution von 1848/49 wieder ins preußische Parlament einzogen: aus der Paulskirchenlinken 1861 (neben den wiedergewählten Libelt und Paur) Franz Joseph Bresgen, Jacob Philipp Caspers, Friedrich Leue und Karl Friedrich Martiny sowie für das linke Centrum August Hermann Ziegert; 1862 kamen Carl Heinrich Köhler und Max Simon sowie für das linke Centrum Christoph Becker und Adolf Böcking hinzu, 1863 auch noch die prominenteren Johann Jacoby, Wilhelm Löwe und Jodokus Temme, die zunächst, um die Partei vor Verfolgung zu bewahren, nicht kandidiert hatten.

Die großpreußische Linke betrieb in der italienischen Frage ebenso wie in den Anfängen des Nationalvereins eher eine Prinzipien- als eine »Realpolitik«. Sie setzte sich für das nationale Selbstbestimmungsrecht ein und hielt an der kleindeutschen Lösung von 1849 fest. Hingegen favorisierten die de-

⁹ A. RUGE, Was wir brauchen, 1861, insb. S. 26ff. und 56ff. Geschichtsteleologie: »Napoleon ist ein Instrument in der Gewalt der Nothwendigkeit der Verhältnisse [...]. Er thut [...] nicht, was er will, sondern was er muß« (ebd., S. 24); Ruge an Kinkel 9. 5. 1861 (ULB S 2662). Zu Twestens Broschüren: H. ROSENBERG, Publizistik, 1935, Nr. 21 und 515.

mokratischen Föderalisten gerade in der italienischen Frage pragmatische Lösungsvorschläge.¹⁰ 1860, nach dem Zwischenspiel der »Neuen Ära«, kehrte fast die gesamte preußische Linke zurück zur Fundamentalopposition. Anders als in den fünfziger Jahren bezog sie jedoch nun die parlamentarische Arena äußerst erfolgreich in ihren Kampf gegen das preußische Regime ein. Erst die 1858 eingeleitete Abkehr vom Politikboykott verschaffte ihren charismatischen Führern die Bühne, ohne die die erfolgreiche Zuspitzung des Verfassungskonflikts nicht möglich gewesen wäre, die fast zur Abdankung König Wilhelms führte. Bis 1863/64 standen die Zeichen in der preußischen Politik auf Konfrontation. Der Unterschied zwischen »Real-« und »Idealpolitik« spielte dabei keine entscheidende Rolle. Nur der Sturz des preußischen Regimes schien eine realistische Perspektive für die Liberalisierung des Landes zu bieten. Erst die Erfolge der Bismarckschen Diplomatie und des gegen den Widerstand der Liberalen reformierten preußischen Heeres im Krieg von 1864 leiteten in Verbindung mit dem erneuten Scheitern einer auf die Öffentlichkeit und die Mittelstaaten gestützten Politik eine breite Wende zum Pragmatismus, zu gouvernementaler Orientierung bzw. zur Revolution von oben ein. Das Reden von »Realpolitik« bedeutete 1858 bis 1860 nur die Abkehr von der Idee einer Wiederholung der Revolution von 1848/49. Erst viel später – und nach den demokratischen Föderalisten! – ging die großpreußische Linke wirkliche, innerliche Kompromisse mit den Herrschenden ein.

Rückblickend analysierte Ludwig Bamberger, einer der klügsten Köpfe im großpreußischen Lager, daß man 1861 in eine neue Epoche des nationalen »Befreiungsprozesses« eingetreten sei. In jedem solchen Prozeß gelte die erste Phase der Befreiung des Volkes »von sich selbst«, also der inneren Nationsbildung mit der Entstehung eines breiten Bewußtseins über die Notwendigkeit einer Nationalstaatsgründung und der Entstehung entsprechender politischer Organisationen. Diese Phase hätten die Deutschen seit 1848 mit der breiten Politisierung und der Nationalisierung des Zeitgeistes erfolgreich durchlaufen. Nun stünden sie im »zweiten Abschnitt«, der »der Ausscheidung der feindlichen Mächte gewidmet« sei, also dem Ausschluß Österreichs und der nichtdeutschen Mächte Großbritannien, Dänemark und der Niederlande aus dem Deutschen Bund sowie der Durchsetzung gegen Frankreich, falls dieses die Bildung eines deutschen Nationalstaats zu verhindern suchte.¹¹

¹⁰ Reinstein warf in einem Brief an seinen Bruder (22. 6. 1859, BA FSg. 1/18) Venedey explizit vor, er vernachlässige in der Kontroverse mit Heinrich Simon und Vogt um die Italienpolitik »das Prinzip, den Einigungspunkt der Partei«. Er lasse »nach Weiberart [...] Gemütsaffektionen zu Liebe das Prinzip verlottern«.

¹¹ L. BAMBERGER, Über die Grenzen des Humors, 1863, S. 176 ff.; ähnl. W. LÖWE, Fichte's politische Bedeutung, 1862, S. 31; ders., HdA I. 12. 1863, S. 230.

Die von Bamberger unter die aggressive Parole der »Ausscheidung« feindlicher Mächte gestellte Epoche einer erneuten offenen Konkurrenz der deutschen Großmächte um die Vorherrschaft begann Anfang 1861, nach dem Scheitern der Berliner Verhandlungen über eine österreichisch-preußische Defensivallianz und nach dem Übergang Österreichs zu einer Preußen ausschließenden Militärpolitik, die die Bündiskonstellation des Krieges von 1866 schmiedete. Sie unterschied sich in mehrfacher Hinsicht von der Phase offener Konkurrenz zu Beginn der 1850er Jahre: Österreich war nach der überraschenden Niederlage im italienischen Krieg militärisch, wirtschaftlich und finanziell sichtbar angeschlagen, während Preußen durch die Heeresreform des neuen, dynamisch ans Werk gehenden Monarchen eine Phase politischer Stagnation überwunden hatte, aufrüstete und sich auch wirtschaftlich, nach der Überwindung der »Ersten Weltwirtschaftskrise« von 1857 bis 1859, in einem langdauernden Boom befand.

Ein weiterer, mittelfristig gegen Österreich wirkender Faktor bestand darin, daß nach dem Scheitern der europäischen Reaktion beide Großmächte in ihrer Deutschlandpolitik auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung setzten. Das absolutistische Regime in Wien trat mit dem Oktoberdiplom und der Februarverfassung 1860/61 als letzter wichtiger deutscher Staat in die Phase des zumindest auf dem Papier stehenden Konstitutionalismus ein. Im Juli 1861 folgte die Regierung einer Denkschrift Julius Fröbels und ging zu einer aktiven, föderalistischen Deutschlandpolitik über. Bismarck, der im September 1862 preußischer Ministerpräsident wurde, griff ebenfalls im Juli 1861 im Auftrag König Wilhelms die kleindeutschen Bundesreformideen des Nationalvereins und des Außenministers der badischen, quasiparlamentarischen Regierung in seiner berühmten Baden-Badener Denkschrift zur Bundesreform auf. Andere deutsche Staaten folgten wie Sachsen mit dem Beustschen Reformvorschlag vom Herbst 1861. Die Regierungen, an deren Spitze, außer in Baden, konservative und reaktionäre Politiker standen, warben um öffentliche Unterstützung für ihre Pläne. Dies zeigt, wie schnell sie wieder unter den Druck der Einigungsbewegung und der liberal-nationalistischen öffentlichen Meinung geraten waren.¹² Damit war klar: Die neue, deutschlandpolitische Konfrontation der Großmächte würde nicht wie 1850 in Olmütz allein militärisch-diplomatisch entschieden werden. Vielmehr würde die Einigungsbewegung ein gewichtiges Wort mit-sprechen.

¹² Vgl. K. BIEDERMANN, *Nationale Politik*, 1859. Zum Hintergrund: O. v. BISMARCK, Bd. II/2, 1963, S. 384 ff. (Denkschrift); E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, ³1988, S. 406 ff.; H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 94 ff.

Aufbruch in Österreich

1860/61 zeigten in Österreich eine Reihe von Grundgesetzen und Personalentscheidungen den Übergang zu einer Politik vorsichtiger Reformen an: Das Oktoberdiplom von 1860 erweiterte die Kompetenzen der Landtage; der Reichsrat wurde um ein indirekt, aus den Landtagen gewähltes Abgeordnetenhaus erweitert, so daß der Kaiserstaat eine parlamentarische Versammlung auf Reichsebene erhielt. Im Dezember wurde mit v. Schmerling ein Anhänger des Konstitutionalismus zum Ministerpräsidenten ernannt; im gleichen Monat wurden in den zum Deutschen Bund gehörenden Ländern Gemeindewahlen ausgeschrieben. Schließlich erhielt die Habsburgermonarchie durch die kaiserlichen Patente vom 26. Februar 1861 ein verfassungsähnliches Grundgesetz. Gleichzeitig wurde die Verfolgung liberaler und nationalistischer Organisationen erheblich gelockert. Die Landtage und das Abgeordnetenhaus des Reichsrats waren allerdings weiterhin ständisch verfaßt, stellten also keine Volksrepräsentationen dar. Außerdem fehlten ihnen wesentliche Kompetenzen der Legislative im konstitutionellen System. Insofern läßt sich der durch die Reformen vom Oktober 1860 bis zum Februar 1861 erreichte Zustand nur als scheinkonstitutionell charakterisieren, auch wenn er eine substantielle Liberalisierung bedeutete, die Österreich erheblich an westliche Verfassungsverhältnisse annäherte, und auch wenn weitere Schritte hin zu einem vollausgebildeten konstitutionellen System durchaus möglich schienen. Die ungelösten Probleme im Zusammenhang mit der staatsrechtlichen Stellung Ungarns und den Rechten der nichtdeutschen Völker verhinderten jedoch eine solche Entwicklung.¹

Bei den deutschen Liberalen steigerten die Schritte hin zum Verfassungs- und Rechtsstaat sprunghaft die Hoffnungen, daß Österreich doch nicht dem allmählichen Zerfall und sicheren Untergang entgegengehe. Fast alle Köpfe des deutschsprachigen Liberalismus von 1848 waren zur konstruktiven Mitarbeit im Rahmen der Februarverfassung bereit, obwohl diese – ebenso wie die Konstitutionen der meisten übrigen deutschen Staaten – viele Wünsche offenließ. So gab es keinen Grundrechtekatalog, keine Ministerverantwort-

¹ Zum Hintergrund dieses und des folgenden Abschnittes: P. M. JUDSON, 1996, S. 70ff.; G. FRANZ, 1955, S. 221ff.; R. A. KANN, 1990, S. 300f.; P. J. KATZENSTEIN, 1976, S. 66ff.; E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 3ff. und S. 380ff.; J. SHEEHAN, German History, 1989, S. 871ff.; T. NIPPERDEY, 1983, S. 702ff.; E. BERNATZIK, 1911, S. 217–313. Es ist bezeichnend für den kleindeutschen Bias auch der modernen deutschen Geschichtsschreibung, daß sie die österreichische Februarverfassung mit keinem Wort erwähnt. Vgl. H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995; W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993.

lichkeit, und die Rechte des Parlaments waren sowohl in der Gesetzgebung als auch in Budgetfragen durch kaiserliche Prerogative begrenzt. Die deutsch-österreichischen Liberalen waren dennoch bereit, sich auf die gegebenen Bedingungen einzulassen, da sie nur auf dem Wege allmählicher Verfassungs- und Wirtschaftsreformen eine Chance für das Fortbestehen Österreichs als europäische Großmacht und zur Lösung der deutschen Frage wie der innerösterreichischen Nationalitätenegegensätze sahen. Sie setzten dabei fast einhellig auf Initialzündungen von oben. Adolph Kolatschek etwa forderte – noch vor Veröffentlichung der Februarpatente – ein Bündnis der Monarchie mit der »Freiheit«, um einer »nachhaltigen Versöhnung« in Deutschland mit dem Ziel einer großdeutschen Staatsgründung näherzukommen.²

Der Kooperationswillen der österreichischen Liberalen wurde von führenden außerösterreichischen Genossen in Artikeln, Briefen und bei Besuchen bestärkt. In charakteristischem Fortschrittsoptimismus schrieb der sächsische Paulskirchendemokrat Hermann Joseph: Wenn man konstruktiv mitarbeite, falle »das Fehlende schließlich jeder vernünftigen Nation wie eine goldene Frucht von selbst in den Schoß«. Daß der Wandel Österreichs zum Verfassungsstaat neue deutschlandpolitische Perspektiven eröffnete, stand im Mittelpunkt solcher Aufmunterungen: Bereits Anfang März 1861 war »ein bekanntes und einflußreiches Mitglied einer süddeutschen Kammer« – vermutlich einer der württembergischen Paulskirchenabgeordneten – in Wien. Der Abgesandte wollte bei den »ehemaligen Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung«, also Politikern wie Ignatz Kuranda, Franz Schuselka, Johann Nepomuk Berger, Carl Giskra, Adolph Kolatschek usw., die alle in der wiedererstandenen liberalen Bewegung engagiert waren, ergründen, »ob die Deutsch-Österreicher gesonnen wären, an einem deutschen Parlament sich wieder zu beteiligen«. Hoffnungen, daß die Reformen in Österreich die Chancen für eine großdeutsche Lösung verbessern würden, wurden allerdings bald enttäuscht. Kuranda versuchte, euphorische Erwartungen in der außerösterreichischen Nationalbewegung zu dämpfen: Momentan stelle die »Zusammenberufung eines deutschen Parlaments [...] eine Verlegenheit« dar und könne in den »deutsch-slavischen Ländern«, also in den Bundesterritorien Böhmen und Mähren, sogar zu einer gefährlichen nationalen Polarisierung führen. Bereits diese ersten gesamtdeutschen Sondierungsgespräche nach dem Ende der Reaktion in Österreich zeigen die Aporien der großdeutschen Idee: Jedes Setzen auf die deutsch-nationale Karte mußte in den multiethnischen Bundesgebieten, also in den meisten österreichischen Ländern, zu nationalistischen Reaktionen der anderen Völker führen, die eine Integration »Großdeutschlands« erschwerten. Und jede gesamtstaatliche Konsolidierung Österreichs verrin-

² A. KOLATSCHKEK, Aufgabe, 1861.

gerte die Chancen für einen Umbau des Deutschen Bundes zu einem handlungsfähigen Staat.³

1. Die Rückkehr der österreichischen Liberalen auf die politische Bühne

Das wichtigste der als »Februarverfassung« bezeichneten kaiserlichen Patente war das »Grundgesetz über die Reichsvertretung«, in der die Kronländer ihrer Bevölkerungszahl entsprechend vertreten sein sollten. Zugleich wurden neue Wahlordnungen erlassen und Neuwahlen zu den Landtagen ausgeschrieben. An diesen konnte sich nur beteiligen, wer über das ohnehin sehr restriktiv gehandhabte Bürgerrecht hinaus eine hohe Steuerleistung erbrachte. In Wien etwa waren 1861 nur 7400 der gut 500000 Einwohner wahlberechtigt. In den Landgemeinden wurde zudem indirekt nach einem Dreiklassenwahlrecht gewählt, was die Bourgeoisie und damit die deutsche Bevölkerungsgruppe (7,5 von ca. 35 Mio Einwohnern) bevorzugte. Dieses Ungleichgewicht der Stimmen wurde durch eine künstliche Wahlkreisgeometrie weiter verschärft. Die Wahl war im Gegensatz zu den Gemeindevahlen öffentlich und mündlich, und neben einer geringen Zahl nichtgewählter Abgeordneter (Bischöfe, Universitätsrektoren) entfiel jeweils eine feste Zahl von Sitzen auf die unterschiedlichen ständischen »Kurien« (in Niederösterreich z. B. Großgrundbesitz, Städte und Märkte, Gewerbe- und Handelskammern sowie Landgemeinden). Entsprechend waren auch die Reichsratssitze der Königreiche und Länder nach Kurien quotiert, wobei jedoch die Abgeordneten vom ganzen Landtag gewählt wurden, so daß sie auch gegen den Mehrheitswillen ihrer Kurie delegiert werden konnten.¹

Da es in der neoabsolutistischen Ära seit 1849 keine Wahlen gegeben hatte, hatte im liberalen Spektrum keinerlei Elitenergänzung stattgefunden. In Niederösterreich und Mähren, wo die meisten ehemaligen demokratischen und linksliberalen Paulskirchenabgeordneten lebten, die nicht emigriert wa-

³ H. JOSEPH, Zuruf, 1861; I. KURANDA, OP 9. 3. 1861. Das Paradigma für die Reaktionen der nichtdeutschen Bevölkerungen auf Versuche, den gesamten Deutschen Bund enger zu verbinden, stellte der berühmte Absagebrief Palackys an den Fünfziger-Ausschuß von 1848 dar.

¹ E. BERNATZIK, 1911, S. 261, 282 ff. und 294 f.; P. M. JUDSON, 1996, S. 81 f. Vgl. Die Presse. Wien 17. 3. 1861; K. UCAKAR, 1985, S. 116–34; M. SELIGER/K. UCAKAR, 1984, S. 32 ff.; G. KOLMER, 1902, S. 46 ff.; G. FRANZ, 1955, S. 222 f.; R. CHARMATZ, Österreichs innere Geschichte, Bd. I, 1918, S. 50 ff.; R. A. KANN, 1990, S. 580; E. BRUCKMÜLLER, Wiener Bürger, 1992, S. 44 f. und 52 f.; DERS., »Deutsches« Bürgertum, 1990. Bei E. R. HUBER, Dokumente, Bd. II, 1978, fehlt die »Februarverfassung« aufgrund der üblichen borusischen Blickverengung, obwohl sie (ebenso wie die gleichfalls fehlende österreichische Verfassung von 1849) ein zentrales Dokument der deutschen Verfassungsgeschichte zwischen 1849 und 1866 ist. Zu den politischen Problemen, die sich aus dem indirekten Wahlmodus zum Abgeordnetenhaus des Reichsrates ergaben: Die Presse. Wien 13. 3. 1861, Leitartikel.

ren, wurde der liberale Wahlkampf dann auch von führenden Männern des Revolutionsjahres dominiert. Von den liberalen Kandidaten in den zwölf Wiener Wahlkreisen, die sämtlich gewählt wurden, hatten sechs in der Paulskirche gesessen, für die Linke Johann Nepomuk Berger, Ignatz Kuranda und Franz Schuselka und als Konstitutionelle Eugen Megerle v. Mühlfeld, Anton v. Schmerling und Joseph Bauer; außerdem hatten drei, nämlich Franz Xaver v. Pillersdorf, Franz Schuselka und Rudolf Brestel dem Wiener bzw. Kremsierer Reichstag angehört. Wären nicht die seit 1849 wegen politischer Vergehen Verurteilten von der Wahl ausgeschlossen gewesen, so hätte sich auch Kolatschek begründete Hoffnungen auf eine Kandidatur und damit auf die Wahl machen können. Die Mitgliedschaft in der deutschen Nationalversammlung wurde bei der Vorstellung der Kandidaten in der liberalen Presse häufig und mit positiver Bewertung erwähnt.

In Wien bildeten Berger, Kolatschek und Kuranda, zwei konstitutionelle Paulskirchenabgeordnete (v. Mühlfeld und Sommaruga) sowie zwei Abgeordnete des österreichischen Reichstags von 1848/49 den auf einer Versammlung Anfang März gewählten »liberalen Wahlverein für Niederösterreich«. Sein Programm erkannte die Februarverfassung »als die Grundlage unseres Staatslebens und der weiteren notwendigen Entwicklung desselben an«. Für die Weiterentwicklung der Verfassung wurde ein liberal-demokratischer Forderungskatalog aufgestellt, der die Verankerung der wichtigsten Grundrechte aus der österreichischen Verfassung vom 4. März 1849, die Einführung von Schwurgerichten, die Gleichstellung der Konfessionen, die Erweiterung des Wahlrechts sowie die Ministerverantwortlichkeit verlangte. Der Katalog sprach sich zwar – mit derselben Formel, die Schuselka 1848 in der Paulskirche für Großdeutschland geprägt hatte! – für ein »freies, großes und mächtiges Österreich« aus, dessen »Einheit« durch eine liberale Verfassung gewährleistet werden sollte. Jedoch fehlte jede Forderung nach deutscher Einheit. Zwar hatten die Initiatoren der Versammlung sich im Programm auch zum Verhältnis Österreichs zum Deutschen Bund äußern wollen. Aber da sich aus jeder derartigen Formulierung eine Verselbständigung der Länder der ungarischen Krone ableiten ließ und da große Teile des deutsch-österreichischen Liberalismus zentralistisch dachten, hatte man sich auf keine Formulierung einigen können und den Punkt fallen gelassen.²

² Die Presse. Wien 20. und 21. 3. 1861; I. KURANDA, OP 22. 3. 1861 (Kandidaten); Wiener Zeitung 21. 3. 1861, S. 1024, und OP 21. 3. 1861 (Wahlergebnis); OP und Morgen-Post 10. 3. 1861 (Wahlkomitee); G. KOLMER, 1902, S. 62 f.; K. UCAKAR, 1985, S. 127 f.: in Niederösterreich und Mähren hatten Frauen (wenn sie die sonstigen Bedingungen erfüllten) aufgrund der ständischen Wählerdefinition eigene Stimmen (in Schlesien wählten ihre Ehemänner für sie), »in einigen Bezirken Niederösterreichs waren die Stimmen der Frauen ausschlaggebend«. Die niederösterreichischen Deutschliberalen setzten sich nachdrücklich für das Frauenwahlrecht ein.

Programm: A. KOLATSCHKEK, AAZ 13. 3. 1861 (auch in: G. FRANZ, 1955, S. 229 f.); Das Vaterland. Wien 14. 3. 1861, S. 2. Schuselka hatte sich wenige Wochen vor dem Erlaß der »Februarverfassung« für die Wiederherstellung der österreichischen Verfassung von

Um zu verhindern, daß das Landtagsplenum einen mißliebigen Mann in den Reichsrat delegieren konnte, mußten die Liberalen sämtliche Sitze der städtischen Kurie gewinnen. Deshalb bemühten sie sich in Niederösterreich und Mähren um ein möglichst breites Wahlbündnis. Da das liberale Spektrum zu heterogen war, um sich auf ein Programm einigen zu können, verzichtete man schließlich sogar auf die Veröffentlichung inhaltlicher Leitsätze. Nur mit der Drohung, sich andernfalls aufzulösen, konnte das liberale Komitee seine Anhänger auf einer Versammlung von der Richtigkeit dieser taktischen Entscheidung überzeugen. Eines der wichtigsten Argumente, das vom Komitee vorgebracht wurde, war, daß das Ministerium keine Veröffentlichung von Programmen wünsche. In der ersten Phase der Reorganisation oppositioneller Strukturen verfolgte die österreichische Linke also ebenso wie die preußische eine regierungsfreundliche »Nicht-drängen!«-Taktik. Die radikale Presse kritisierte, daß »solche Kleinigkeiten wie politische Grundsätze« über Bord geworfen wurden, nur um einige konservative Persönlichkeiten in das Wahlbündnis zu integrieren, konnte sich mit dieser Kritik jedoch nicht durchsetzen. Die extrem kompromißbereite Haltung der Köpfe der Linken war neben dem Wahlmodus für das Abgeordnetenhaus darauf zurückzuführen, daß der Wahlkampf unter einem von der Regierung erzeugten äußersten Zeitdruck in weniger als drei Wochen absolviert werden mußte. Dies verhinderte, von vorneherein eine breite öffentliche Diskussion und die Entstehung von parteiähnlichen Strukturen.

In ihren Wahlreden betonten die Mitglieder der Paulskirchenlinken ihre seit 1848 eingetretene Mäßigung und gaben sich als großösterreichische Patrioten, wobei Berger, ähnlich wie Jacoby 1858 in Preußen, die Rolle desjenigen übernahm, der, ohne das Gebot der Mäßigung zu verletzen, weitergehende Wünsche der Linken benannte und damit den taktischen Charakter der Zurückhaltung erkennbar machte. Kein einziger liberaler Kandidat verlor jedoch ein Wort über denkbare Modelle eines engeren Zusammenschlusses des Deutschen Bundes; mehrere Redner hingegen sprachen sich ausdrücklich gegen eine Trennung von den Ländern der ungarischen Krone aus.³

1849 ausgesprochen (vgl. H. ROSENBERG, *Publizistik*, 1935, Nr. 314). Das Wahlprogramm des »deutschen Comités für die Wahlen« in Böhmen (OP 13. 3. 1861, S. 2) rückte die Nationalitätenfrage ins Zentrum, stellte aber auch keinerlei großdeutsche Forderungen auf. Hier kandidierte als einziger Paulskirchenlinker Eduard Strache in Komotau. Zum Wahlkampf auch: P. M. JUDSON, 1996, S. 87ff.

³ OP 13. 3. 1861, S. 2; *Das Vaterland*, Wien, 14. 3. 1861, S. 2; I. KURANDA, *Wahlrede*, 1861; F. SCHUSELKA, *Wahlrede*, 14. 3. 1861; J. N. BERGER, *Wahlrede*, 1861. Kritisch (mit latentem Antisemitismus) die Leitartikel in der radikalen Tageszeitung »Wanderer« vom 16. und 21. 3. 1861; S. P. SCHEICHL/E. BRIX, 1999, S. 104f. Schikanen im Wahlkampf: *Die Presse*, Wien 13. 3. 1861, S. 4; *Das Vaterland*, Wien, 14. 3. 1861, S. 2; R. CHARMATZ, *Österreichs innere Geschichte*, Bd. I, 1918, S. 53. Kolatschek mußte aus dem Wahlkomitee zurücktreten, weil die konservative Fraktion keinen »amnestierten Flüchtling« von 1849 duldete.

2. Großösterreicher gegen demokratische Föderalisten

Der Kopf des deutschsprachigen, bürgerlichen Liberalismus in Mähren war Carl Giskra. Er kann als idealtypisches Pendant zu Berger figurieren, mit dem zusammen er in der Paulskirche gesessen hatte und 1867 als Vertreter der deutsch-liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus dem »Bürgerministerium« angehörte. Berger war idealistisch geprägt, geradlinig, aber bisweilen auch starr; Joseph Redlich hielt ihn jedoch für »zweifellos den klügsten politischen Kopf der Verfassungspartei«¹, während Giskra den Typus des modernen Politikers verkörperte: Aufgrund einer großen Rednergabe und eines Hangs zum Populismus sehr beliebt, galt er als umtriebiger Bewegter. Der sächsische und später österreichische Ministerpräsident Beust sah in ihm »die einzige wirkliche staatsmännische Kapazität Österreichs«.²

Giskra war der Vordenker der großösterreichischen Richtung innerhalb des deutschen Liberalismus. Bereits in seiner, auch außerhalb Österreichs breit rezipierten Brünner Wahlrede sagte er sich vom Zusammenschluß »Deutsch-Österreichs« mit dem übrigen Deutschland und vom Modell eines föderalistischen, großdeutschen Bundesstaates los, das er in der Paulskirche noch zusammen mit Berger, Schuselka und anderen Exponenten der österreichischen Linken propagiert hatte: »Ich glaube an ein großes Österreich. [...] Seine Existenz [ist] kein bloßer Zufall. [...] Ich glaube an die Mission von Österreich inmitten von deutschen, slavischen und romanischen Stämmen, die Segnungen der deutschen Kultur den Donaustrand hinabzutragen.« Giskra schwebte eine föderative, multinationale Großmacht Österreich vor, wodurch den »verschiedenen Stämmen«, die alle nicht »groß und stark genug« seien, »um staatlich selbständig sein zu können, [...] die Segnungen eines großen Staates zu Theil werden.« Er bedauerte, daß nach der Niederschlagung der Revolution der »Augenblick, wo der moderne Einheitsstaat in's Werk zu setzen war [...] und es in der Hand der Regierung lag, den Staat in kleine Kreise zu zerlegen und durch das vollste Maaß der bürgerlichen und politischen Freiheit sie wieder zusammenzubinden zu einem befriedigten

¹ Josef Redlich, *Das österreichische Staats- und Reichsproblem*, Bd. II, Leipzig 1926 (zit. nach H. ROSENBERG, *Publizistik*, 1935, S. 246). Vgl. H. POLLAK, 1898, Bd. I, S. 64 u. ö.

² 1867 wurde Giskra zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses im Reichsrat gewählt. Während Berger seinen demokratischen Idealen weitgehend treu blieb und nach kurzer Zeit als Minister wegen einer inhaltlichen Kontroverse zurücktrat, entwickelte sich der extrem karriereorientierte Giskra mehr und mehr zum antidemokratischen Wirtschaftsliberalen. Giskra, der bei seiner politischen Arbeit auch seinen materiellen Vorteil immer zu wahren wußte, mußte schließlich als Minister zurücktreten, als bekannt wurde, daß er von einem Unternehmer ein zusätzliches Gehalt in Höhe von 100000 fl bezog und dies mit der dreisten Bemerkung rechtfertigte, in Österreich seien »Trinkgelder« doch üblich. D. HAINZ, 1963; R. CHARMATZ, *Giskra*, 1949, insb. S. 85 (Beust-Zitat) und S. 93 (»Trinkgelder«); ISZ 30.9.1863; H. POLLAK, 1898, Bd. I, S. 61 ff.; F. SCHÜTZ, 1909, S. 48 ff., 116 ff., 169 ff., 184 ff. und 191 ff.; L. HÖBELT, 1993, S. 108 ff. (abfällig über Giskra und Berger); P. M. JUDSON, 1996, S. 91 ff. u. ö.

Ganzen«, verpaßt worden sei. Giskra vertrat damit ein ähnliches, autoritär-revolutionäres Modell wie Ruge: 1849 hätte eine entschlossene konstitutionelle Regierung die feudal-ständischen Strukturen zerschlagen und in einer Revolution von oben einen bürgerlich-liberalen Staat mit einem hohen Maß an regionaler Autonomie schaffen können. Giskra sah den Kremsierer Verfassungskompromiß, an dem die Vertreter aller österreichischen Nationen mit Ausnahme der Magyaren beteiligt waren, als die verpaßte große Chance zur Lösung der Strukturprobleme der Habsburgermonarchie an. Die Regierung Schwarzenberg hatte den perspektivenreichen Reformansatz jedoch durch die Auflösung des Reichstags im Keime erstickt und statt dessen eine zentralistische Verfassung oktroyiert, die von allen nicht-deutschen Nationen abgelehnt wurde und von der außerdem wegen des Wechsels zum Neoabsolutismus nur die repressiven Teile in Kraft traten.

Nachdem die Gelegenheit zu einem Kompromiß zwischen Föderalisten und Zentralisten in Kremsier wie auch die folgenden konstitutionell-zentralistischen Reformen von oben durch die Minister Bach, Stadion und v. Bruck gescheitert waren, wollte Giskra nun die Nationalitäten »dauerhaft binden durch das Freigeben der nationalen Selbstregierung«. Giskra stellte sich einen zentralistischen Staat unter deutscher Vorherrschaft vor, in dem den übrigen Nationalitäten die Regelung ihrer inneren und kulturellen, den Zentralstaat nicht betreffenden Angelegenheiten selbst überlassen werden sollte, während die kaiserliche Regierung für die Außen-, Militär-, Finanz- und Handelspolitik zuständig sein sollte. Die so reorganisierte Großmacht Österreich sollte in einem engen Bündnisverhältnis zum »andern Deutschland« stehen. Dadurch sollte einerseits die Dominanz der Deutschen im Gesamtstaat gegen das »gegen alles deutsche Wesen blind tobende« Ungarn erhalten, andererseits dem »gemeinschaftlichen Erbfeind im Westen«, also Frankreich, entgegengetreten werden. Giskra sprach sich zwar nicht explizit für einen staatlichen Zusammenschluß des außerösterreichischen Deutschland aus. Aber seine Ausführungen über einen »innigen Verband mit Deutschland« in wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Fragen implizierten, daß sich das übrige Deutschland als Staat konstituieren und dann mit der Habsburgermonarchie einen engen Bund bilden sollte.

Nach diesen grundlegenden Ausführungen zu seinen politischen Zielen gab sich Giskra pragmatisch (»Die Verfassung ist Gesetz«) und legte einen ähnlichen Katalog liberal-demokratischer Grundforderungen vor wie die Niederösterreicher: Demokratisierung des Wahlrechts, Abgeordnetenimmunität, Ministerverantwortlichkeit, Einkammerparlament, Schwurgerichte, Gleichberechtigung der Konfessionen, Abbau des stehenden Heeres sowie Wirtschafts- und Finanzreformen.³ Insgesamt ging Giskra mit den

³ Zeitgenössische Qualifizierungen Giskras zit. nach D. HAINTZ, 1963, S. 72 (vgl. auch ebd., S. 38 ff.; C. GISKRA, o. J., insb. S. 7 ff. und 13; vgl. Der Beobachter 3. 4. 1861. Giskra 1848: StB 20. 10. 1848; vgl. auch G. WOLLSTEIN, »Großdeutschland«, 1977. Giskra als Führer der Großösterreicher im mährischen Landtag: StdZ 1861/III, S. 48 ff.

meisten seiner Forderungen einen Schritt weiter in Richtung auf einen explizit bürgerlichen Liberalismus als die niederösterreichischen Liberalen – etwa in seiner Forderung nach einem Einkammerparlament, also nach Abschaffung des Herrenhauses, oder der nach Trennung von Kirche und Staat, also nach Revision des Konkordats von 1855, das zu den schwersten Hypotheken für die Modernisierung Österreichs gehörte. Wegen der größeren Entfernung von Wien und ohne den Zwang zur Rücksichtnahme auf ein heterogenes, zu Kompromissen gezwungenes Wahlkomitee konnte Giskra, dessen Wähler in der Industriestadt Brünn hauptsächlich dem Wirtschaftsbürgertum angehörten, ein konsequenteres, präziseres und der Modernisierung nach westeuropäischem Vorbild verpflichtetes Programm vertreten als die Niederösterreicher.

Was sich bereits im Wahlkampf sowohl bei den Niederösterreichern als auch bei Giskra abgezeichnet hatte, wurde dann sowohl in den Landtagen als auch im Abgeordnetenhaus des Reichsrates deutlich: Die Deutschliberalen hatten zwar einen Wahlsieg errungen und beherrschten, zusätzlich begünstigt durch den Boykott der Magyaren, Kroaten und Italiener, das Parlament. Aber die Formelkompromisse des Wahlkampfes erwiesen sich als brüchig, und der Liberalismus zerfiel in verschiedene Fraktionen, die allerdings weiterhin über einige politische Gemeinsamkeiten verfügten. Die wichtigsten bestanden darin, daß alle deutschen Liberalen, wenn auch mit unterschiedlichen längerfristigen Zielsetzungen, auf der Februarverfassung aufbauen wollten, die die deutsche Bevölkerungsgruppe privilegierte, und daß sie Nationalitätenfragen eine weitaus geringere Bedeutung beimaßen als die Vertreter der anderen Völker, die sie mit kleinen Zugeständnissen befrieden zu können meinten. Die Deutschliberalen im Reichsrat gaben sich anational, aber hinter diesem Anspruch verbarg sich ein kulturelles Überlegenheitsgefühl der deutschen Minderheit, die allein den Kaiserstaat kulturell voranbringen und modernisieren zu können meinte.

Im Mittelpunkt der durchaus erfolgreichen Arbeit der deutschliberalen Reichsratsmehrheit standen in den 1860er Jahren rechtliche und wirtschaftliche Reformen, die Verankerung der Grund- und Freiheitsrechte in der Verfassung und der Ausbau der Kompetenzen der Landtage und des Abgeordnetenhauses des Reichsrats; nicht jedoch nationale Fragen – weder im Hinblick auf das Verhältnis der österreichischen zu den übrigen Ländern des Deutschen Bundes noch im Hinblick auf die Rechte der nichtdeutschen Nationen des Kaiserstaats. Die deutschen Liberalen in Österreich vertraten einen verfassungspolitischen Rationalismus, der sich anational gab und zur Lösung der manifesten Probleme des Kaiserstaats auf vernunftgeleitete gesetzliche Regelungen setzte. Der Nationalstaat, der für die deutschen Liberalen außerhalb Österreichs und zunehmend auch für die nichtdeutschen Nationalitäten des Kaiserstaats als wichtigster Garant bürgerlicher Freiheit erschien, konnte für die Deutschliberalen im Reichsrat, die den Vielvölkerstaat erhalten wollten, kein Ziel sein. Für Giskra war die Verfassung »das Hauptinstitut der Freiheit«, den wachsenden Nationalismus der Völker

Österreichs hingegen empfanden die Deutschliberalen als Gefahr für ihr Reformprogramm.⁴

Hinter der politischen Ideologie der Deutschliberalen ist einerseits ein in der josephinischen Tradition stehender, aufklärerischer Glaube an Reformen von oben zu erkennen. Andererseits zeugte sie jedoch von Ignoranz gegenüber der rechtlosen Stellung der nichtdeutschen Völker und zielte auf die Erhaltung der deutschen Vorherrschaft. Ideologie und Politik der deutschliberalen Reichsratsmehrheit entsprangen nicht allein dem Bestreben, Österreich zu einem multiethnischen, bürgerlich-liberalen Staat zu entwickeln, sondern ebenso ihrem Bewußtsein, selbst als Parlament mit begrenzten Kompetenzen Organ der staatstragenden Nation in einem Staat mit einer jahrhundertelangen Großmachttradition zu sein. Dieses Bewußtsein unterschied sie sowohl von den übrigen Nationalitäten in der Habsburgermonarchie als auch von den Deutschen außerhalb Österreichs, die machtvolle Nationalstaaten *schaffen* und nicht eine multinationale Großmacht *zusammenhalten* wollten.

In der ersten Session des Reichsrats kam es nur zu einer politisch diffusen Fraktionsbildung, was Ausdruck der nach der langen Reaktionszeit kaum entwickelten parlamentarischen Kultur war. Die meisten Veteranen aus der Paulskirche bekannten sich zum »Programm der Großösterreicher«. Es trug Giskras Handschrift und deckte sich weitgehend mit dessen Brünner Wahlrede. Der Eingangssatz des Fraktionsprogramms gebrauchte einmal mehr die seit der Frankfurter Nationalversammlung geläufige liberal-nationalistische Formel – nur bezog sie sich eben nicht mehr auf »Deutschland«, sondern auf Österreich: »Wir wollen ein einiges und freies, mächtiges Österreich als Großstaat.« Jedem Land sollte »innerhalb der Grenzen« der Februarverfassung, und soweit es dem »Interesse des Gesamtstaates« nicht zuwiderlief, »Autonomie« und »eine seinen Verhältnissen entsprechende Kreis- und Gemeindeverfassung mit möglichster Selbstbestimmung und Selbstvertretung« gewährt werden. Die Grenzen dieser Autonomieversprechen der Großösterreicher zeigten sich darin, daß die Länder sich nicht selbst Verfassungen geben und die Interessen des Gesamtstaates Vorrang vor denen der Länder haben sollten. Gleichwohl boten ihnen die verfassungspolitischen Vorstellungen der Großösterreicher weit mehr Autonomie als in Westeuropa nicht staatstragenden Völkern eingeräumt wurde. Das

⁴ Vgl. RR 11. 5. 1861, S. 74; 15. 5. 1861, S. 115 ff.; 18. 6. 1861, S. 263 ff.; 22. 7. 1861, S. 588; 28. 8. 1861, S. 1056 (Giskra-Zitat); 18., 20., 22., 25. 11., 9. und 18. 12. 1861; Giskra an Pollak (Sommer 1862), zit. bei H. POLLAK, 1898, Bd. I, S. 69; RR 30. 1. 1864, S. 2055; Giskras Ablehnung des »Nationalitätenprinzips«; P. M. JUDSON, 1996, S. 93 ff.; G. KOLMER, 1902, S. 75 ff.; D. HAINZ, 1963, S. 9; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus im 19. Jahrhundert, 1988, S. 148 (H.-H. Brandt); J. W. BOYER, 1981, S. 19 f. u. ö.

Bereits in der Paulskirche hatten Mitglieder der Linken sich dazu bekannt, im Zweifelsfall für Österreich und gegen »Deutschland« zu optieren. Vgl. etwa den mährischen Linken Beidtel (StB, S. 2848 f.): »Die Deutsch-Österreicher werden [...] Deutsche sein, so lange Sie ihnen nicht zumuten werden, keine Österreicher weiter zu sein.«

Programm der Großösterreicher forderte außerdem die allmähliche Verankerung des liberalen Grundrechtekanons im Rahmen eines künftigen »Ausbaus der Verfassung«. Zu den 22 Reichsratsabgeordneten, die sich zu diesem Programm bekannten, gehörten neben Giskra mit Anton Riehl (Niederösterreich) und Carl van der Straß (Mähren) zwei weitere linke sowie vier konstitutionelle Paulskirchenabgeordnete (Kaiser, Megerle v. Mühlfeld, Stieger und Szábel).⁵ Die beiden übrigen, aus der Paulskirchenlinken kommenden Reichsratsabgeordneten, Ignatz Kuranda und Johann Nepomuk Demel, sind der größten Fraktion zuzurechnen, die sich nach ihrem Versammlungslokal »Unionisten« nannte. Auch sie hielt am Zentralismus fest und war an einer Lösung der deutschen Frage desinteressiert. Landtagsabgeordnete, die stärker föderalistische Positionen vertraten, wie Berger und Schuselka in Niederösterreich⁶, wurden nicht in den Reichsrat delegiert, in dem nur eine kleine Minderheit der Deutschliberalen nicht zentralistisch orientiert war.

In den Reichsratsverhandlungen gehörte Giskra zu den wichtigsten Rednern und einflußreichsten Abgeordneten. Auch Kuranda ergriff für die Mehrheitsfraktion der »Unionisten« häufig das Wort, während die übrigen drei früheren Frankfurter Abgeordneten der Linken hinter diesen beiden Fraktionsführern zurückstanden. Gleich in den ersten, recht chaotisch verlaufenden Sitzungswochen – an den Protokollen ist die Unerfahrenheit vieler Abgeordneter wie des Präsidiums (und der Stenographen!) deutlich abzulesen – übernahm Giskra eine führende Rolle als Experte für parlamentarische Usancen. Selbstbewußt und dank seiner Rednergabe wirkungsvoll griff er häufig in die Geschäfte des Präsidiums ein, wenn dieses aufgrund fehlender Routine die Geschäftsordnung und andere parlamentarische Regeln verletzte. Eine Anerkennung seiner Führungsrolle ist auch darin zu sehen, daß er zum Berichterstatter der Kommission ernannt wurde, die 1861 eine Antwort auf die erste Thronrede, die je ein österreichischer Kaiser an ein Parlament gerichtet hatte, erarbeitete.

Giskra operierte in der ersten Session des Reichsrats in dem Bewußtsein, daß Österreich an einem »wichtigen Wendepunkt« seiner Geschichte stehe. Ganz realpolitisch und in Verarbeitung der Erfahrungen von 1848 wollte er die Februarverfassung keinesfalls aufs Spiel setzen, gab sich deshalb betont regierungstreu, arbeitete aber zugleich mit großer Entschiedenheit am Ausbau der Reformen, um einer konstitutionellen Regierungsweise näher-

⁵ OP 14.6.1861 (auch abgedruckt bei: G. FRANZ, 1955, S. 231 f.). Zur Fraktionsbildung: ebd., S. 233 ff.; K. UCAKAR, 1985, S. 130 ff. Die Fraktionen im Reichsrat entziehen sich weitgehend einer Rechts-Links-Zuordnung.

⁶ Die beiden Gesinnungsgenossen waren allerdings auch im Wahlkampf in eine kleinliche, von Berger ausgelöste Streitigkeit über Schuselkas Vermögensverhältnisse geraten, was ihre Reputation nicht steigerte. Dennoch dürfte ihre Ablehnung des Zentralismus entscheidend für ihre Nichtberücksichtigung bei der Reichsratswahl gewesen sein. Vgl. die Art. über Schuselka in: ADB 34, S. 765 (mit anderen Schlußfolgerungen) und C. v. WURZBACH, Bd. 32, 1876, S. 223, 227 und 232 (mit umfangreichen Quellenhinweisen).

zukommen, solange die Zeit dafür günstig war. Deshalb brachten die Liberalen gleich zu Beginn der ersten Session Gesetzentwürfe ein, die die Annullität des Reichsrats, seine Beteiligung an der gesamten Gesetzgebung und die Ministerverantwortlichkeit sicherstellen sollten. Giskra begründete sie jeweils im Plenum. Die aus der Paulskirchenlinken kommenden Reichsratsabgeordneten profilierten sich als Befürworter des Konstitutionalismus und strebten ebensowenig wie ihre Genossen in der preußischen Fortschrittspartei eine parlamentarische Regierungsweise an. Bei dieser Mäßigung dürfte es sich teils um eine taktische oder strategische Zurückhaltung, teils um eine neu gewonnene innere Überzeugung gehandelt haben. Exakt ist dies anhand der vorliegenden Quellen für die einzelnen Abgeordneten nicht zu sagen.

Die Antwort des Reichsrats auf die Thronrede wies wiederum Giskras Handschrift auf. Sie war bemüht, in dem heterogenen Parlament möglichst Einstimmigkeit zu erzielen. Deshalb bezogen sich konkrete Forderungen weniger auf politische als auf wirtschaftliche Fragen wie den Ausgleich des Staatshaushalts, wofür die Rüstungsausgaben gesenkt und die Besteuerung gerechter gehandhabt werden sollte, oder die Errichtung einer unabhängigen Nationalbank. Dadurch sollte vor allem die seit dem italienischen Krieg in eine schwere Krise geratene Währung stabilisiert werden. In der Debatte führten der argumentative Einsatz der deutschen Liberalen, der konziliante Ton des Adreßentwurfs und der Hauptredner sowie die feierliche Betonung der historischen Stunde schließlich tatsächlich zur Einstimmigkeit. Allerdings enthielten sich 48 böhmische, polnische und klerikale Abgeordnete der Stimme, viele andere nahmen an der Abstimmung nicht teil.⁷ Dieser mit hohem, nicht beliebig wiederholbarem Aufwand erzielte Erfolg der deutschen Liberalen warf bereits ein Schlaglicht auf die wegen der ungelösten Nationalitätenkonflikte begrenzte Handlungsfähigkeit des Reichsrats.

Von grundlegender Bedeutung für die politische Zukunft Österreichs war neben der von den Mehrheitsfraktionen vorangetriebenen rechtlichen und wirtschaftlichen Liberalisierung die Frage, in welchem Ausmaß Kompetenzen der Wiener Regierung an die Länder delegiert werden könnten. Insbesondere galt dies im Verhältnis zu den Ländern der ungarischen Krone. Das neoabsolutistische Regime hatte seit 1849 eine strikte Zentralisierungspolitik betrieben und diese vor allem in Ungarn mit repressiven Mitteln durchzusetzen versucht. Sie war damit auf Widerstand der Ungarn und anderer Nationalitäten gestoßen.

⁷ RR 3. 5. 1861, S. 18 f.; 11. 5. 1861, S. 51 ff. und 92 f.; 18. 6. 1861, S. 263 ff. Die liberale Mehrheit setzte daneben eine Reihe weiterer Gesetze durch, die eine Steigerung der Kompetenzen und Arbeitsmöglichkeiten des Reichsrats bedeuteten, so u. a. eine weitgehende Diätenregelung. Vgl. C. JANSEN, *Selbstbewußtes oder gefügiges Parlament?*, 1999. Detailliert zu Giskras parlamentarischen Aktivitäten: D. HAINTZ, 1963, S. 69 ff. Distanzierung der preußischen Fortschrittspartei von der Parlamentarisierungsforderung: Hda 22. 5. 1863, S. 1275 (W. Löwe).

Die Deutschliberalen im Reichsrat sahen ihre Aufgabe nun darin, einen Ausgleich mit den Ungarn und den anderen Völkern zu finden, der jedoch keinesfalls den Zusammenhalt der Monarchie gefährden sollte. Hinter dem Beharren auf der Integrität des Kaiserstaats stand dabei immer die Sorge um den Verlust der deutschen Vormachtstellung. Insofern verteidigte die Reichsratslinke die Februarverfassung, auch wenn sie die Reformen weiter vorantreiben wollte. Gegen die »föderalistische«, auf eine Schwächung der kaiserlichen Regierung zielende Opposition, die hauptsächlich aus Vertretern des polnischen und böhmischen Adels und des Klerus bestand, wies etwa Kuranda darauf hin, daß nirgendwo in Europa Regionen über soviel Autonomie verfügten wie in Österreich unter der Februarverfassung. Er verwahrte sich damit gegen die Unterstellung einer Kontinuität zur neoabsolutistischen Ära. Der Vorwurf des Zentralismus sei »gegenüber der heutigen Verfassung Österreichs nicht am Orte«. Erst recht gelte dies für die deutschliberale Reichsratsmehrheit: »Wir sind Männer, welche die Einheit des Staates und die Mannigfaltigkeit seiner Glieder wünschen.« Die deutschen Abgeordneten distanzieren sich eindeutig von einer Zentralisierung nach westeuropäischem Vorbild; Österreich sei ein historischer Sonderfall, für den es kein Modell gebe; es müsse seinen eigenen Weg jenseits der vorhandenen Staatsformen finden – ein Topos, der aus der gesamten deutschen Staatsbildungsdiskussion wohlbekannt ist.

Die deutschen Liberalen sahen in der Februarverfassung einen Ausgangspunkt für diesen österreichischen Sonderweg, in dem »die administrative Centralisation nur auf das geringste Maß« und »auch die legislative nur auf das wirklich Gemeinschaftliche« beschränkt bleiben sollte (Giskra). Insbesondere Kuranda warf der föderalistischen Opposition immer wieder vor, daß sie im Gegensatz zu den Deutschliberalen kein realisierbares Programm habe. Überall in Europa, auch in föderal verfaßten Staaten, seien zur Zeit »concentrische« Kräfte wirksam. Nur ein gewisser Zusammenhalt könne die österreichische Großmachtstellung sichern. Die meisten deutschen Liberalen trugen jedoch neben diesen imperialen und anationalen Argumenten, mit denen sie den erwachenden Nationalismus der übrigen Völker in Schach halten wollten, ein für diese schwer erträgliches kulturelles Überlegenheits- und Sendungsbewußtsein vor sich her. Giskra behauptete, die deutsche Geschichte sei »die Geschichte der menschlichen Cultur«. Die Vormacht der Deutschen unter der geltenden Verfassung erklärte er allein mit der »Kraft der deutschen Cultur (Zwischenruf: und des deutschen Zwanges!). Sie siegte über die mindere Culturstufe, da können Sie den Deutschen [...] keinen Vorwurf machen.«⁸

Der Kulturimperialismus der deutschen Liberalen im Reichsrat diene der Untermauerung ihres Führungsanspruchs innerhalb der Habsburgermon-

⁸ RR 11. 5. 1861, S. 60f. und 84ff.; 28. 8. 1861, S. 1022 (Kuranda); ebd., S. 71; 18. 6. 1861, S. 272f., und 28. 8. 1861, S. 1061ff. (Giskra). Vgl. auch A. KOLATSCHEK, Octoberdiplom, 1861.

archie. Er signalisierte zur Empörung oder Enttäuschung der großdeutschen Öffentlichkeit außerhalb Österreichs, die entsprechende Äußerungen genau registrierte, keineswegs Interesse an einem engeren Zusammenschluß des Deutschen Bundes. Giskra distanzierte sich in einer Debatte über das Verhältnis zu Ungarn wie bereits in seiner Brünner Wahlrede ausdrücklich von den großdeutschen Positionen, die er in der Paulskirche vertreten hatte. »Wir dachten damals, die Staaten bilden sich völlig neu, der österreichische Staatsverband löse sich, und es schaffe sich ein großes, neues deutsches Reich.« Dieses Reich sei aber »nicht erstanden. Es kann daher auch von einem jener Idee entsprechenden Verhalten bei uns keine Rede mehr sein, und ich versichere Sie [...], daß wir keine staatliche Reconstruierung Deutschlands als eines Staates mit dem Schwerpunkte in Frankfurt wollen, sondern wollen, daß der Großstaat Österreich erhalten werde.« Nach dieser von Bravo-Rufen begleiteten Absage sowohl an eine großdeutsche Staatsbildung als auch an eine föderalistische Bundesreform sprach Giskra sich für eine enge Kooperation »mit dem deutschen Muttervolke« in der Bildungs- und Wirtschaftspolitik aus. Zoll- und Handelsschranken sollten abgebaut, Freizügigkeit für Personen und Waren sowie eine Vereinheitlichung der Maße und Gewichte angestrebt werden. »Aber wir sind der Überzeugung, daß die staatliche Selbständigkeit Österreichs gewahrt bleiben soll und gewahrt werden muß.«⁹

Solche Äußerungen Giskras wurden nicht nur außerhalb Österreichs, sondern auch von Teilen der österreichischen Presse, etwa auf demokratisch-föderalistischer Seite von Schuselka oder Kurandas »Ost-Deutscher Post«, sowie von der supranational-staatenbündischen Linken scharf kritisiert. Fröbel nannte die Großösterreicher »österreichische Gothaer«. Sie würden den Großpreußen direkt in die Hände spielen. In Privatbriefen wurde er noch deutlicher und sprach von der »Partei des österreichischen Großstaatsseparatismus«, die es der Regierung schwer mache, »in der deutschen Sache zu handeln«. Fröbel kritisierte, daß die Großösterreicher eine Lösung der deutschen Frage als nachrangig ansahen, wodurch Chancen für eine triadische Lösung verspielt würden. Auf Interessenidentitäten zwischen Großpreußen und Großösterreichern verweist auch der Tenor des »Zurufs«, den der großpreussische Demokrat Joseph aus Leipzig an die österreichischen Freunde richtete und in dem gleichfalls klare Prioritäten gesetzt wurden: erstens innere Liberalisierung des Kaiserstaats, dann dessen Zusammenschluß zu einem »möglichst compacte[n] Gesamtstaat«, erst an dritter Stelle ein »inniges Bündniß Österreichs mit den deutschen Bruderstaaten«,

⁹ RR 28.8.1861, S. 1054 und 1062 ff. Vgl. auch die Interpellation von Giskra, Kuranda, Riehl, van der Straß u. a., in der der Beitritt Österreichs zum Zollverein gefordert wurde (RR 8.7.1862, S. 3461 f.). Auch F. SCHUSELKA, *Das provisorische Österreich*, 1850, S. 59 f., distanzierte sich von seinen zentralistischen Vorstellungen aus der Zeit der Revolution.

aber kein Wort von einem großdeutschen Bundesstaat.¹⁰ Es zeichnete sich hier bereits die Konstellation ab, die Bismarck zugute kam und aufgrund deren in Österreich 1866 kaum Widerspruch gegen den Ausschluß aus dem Deutschen Bund laut wurde.

Der Gegensatz unter den deutschsprachigen Liberalen in Österreich war dabei – anders als der im übrigen Bundesgebiet – rein politisch geprägt: Sie waren sich einig in der Ablehnung einer ethnischen Definition der Nationalität, die den Zusammenhalt der Habsburgermonarchie in Frage stellte. Ebenso wie Fröbel definierte Giskra Nationalität staatlich-politisch und machte sich im Abgeordnetenhaus über den modernen, rassisch-ethnisch fundierten Nationalismus lustig. Er charakterisierte ihn als »jene sonderbare Anforderung der neuen Zeit [...], daß Staaten sich nach Zungen und nach der Art, wie die Augen geschlitzt und die Nase gebogen sind (Heiterkeit)«, bilden sollten. Für Giskra konnte der moderne, ethnisch begründete Nationsbegriff nur »Chaos« stiften. Mit denselben Beispielen wie Fröbel wies er auf die Unglaubwürdigkeit der westlichen Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hin, solange Großbritannien und Frankreich Irland, das Elsaß und ihre außereuropäischen Kolonien nicht freigäben.¹¹

Im Gegensatz zu Fröbel wollten Großösterreicher wie Giskra der Habsburgermonarchie nicht mit der komplizierten Deutschlandpolitik ein weiteres, kaum lösbares Problem aufbürden. Die Großösterreicher sahen in einer Staatsbildung ohne Deutschösterreich und unter preußischer Vorherrschaft keine Gefahr, da von ihr keine territorialen Verluste drohten. Hingegen gingen Fröbel und die anderen, meist aus Deutschland stammenden oder protestantischen Befürworter eines supranationalen Staatenbundes davon aus, daß die Verbindung mit dem wirtschaftlich potenten und kulturell überlegenen Dritten Deutschland, und anfangs auch die mit Preußen, die Überlebenschancen für den Vielvölkerstaat Österreich erhöhen und insbesondere für die dort lebenden Deutschen vorteilhaft sei. Demokratische Föderalisten wie Berger und Schuselka schließlich sahen für Österreich als zentralistischen Staat keine Zukunft und plädierten deshalb für einen Umbau in einen »Föderativstaat« auf der Basis einer gemeinsamen Verfassung mit einer »Zentralgewalt und Zentralvertretung« in Wien, aber mit einem hohen Maß an Autonomie für die einzelnen Nationen.¹² In ihrem Bemühen um eine realistische Lösung des österreichischen Staatsproblems gingen sie aber nicht so weit wie Vertreter der nichtdeutschen Nationalitäten, die den Zusammenhalt des Kaiserstaats auf eine reine Personalunion reduzieren

¹⁰ J. FRÖBEL, *Kleine politische Schriften*, Bd. II, 1866, S. 73 ff. (1861) und 379 f. (1865); Fröbel an C. Kapp 5. 3. 1862 (BJ); H. JOSEPH, *Zuruf*, 1861; F. SCHUSELKA, *Deutschland*, 1862, S. 1025 f. Vgl. A. KOLATSCHEK, *Deutschland und Österreich*, 1861, S. 567.

¹¹ RR 26. 11. 1862, S. 4772. Vgl. RR 2. 12. 1864, S. 141 (jeweils Giskra).

¹² F. SCHUSELKA, *Das provisorische Österreich*, 1850, S. 38 ff.; J. N. BERGER, *Zur Lösung*, 1861, S. 13 ff. Es ist allerdings Skepsis angebracht, ob die Autonomieversprechen auch die nichtdeutschen Nationalitäten in den zum Deutschen Bund gehörenden Territorien wie Böhmen, Mähren, Tirol und Krain einschlossen.

wollten. Auch die Vorschläge der demokratischen Föderalisten in Österreich liefen auf einen Abschied vom großdeutschen Gedanken hinaus. Im Verhältnis zu »Deutschland« schwebte ihnen eine enge außenpolitische und militärische Kooperation sowie ein Ausbau der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen vor.

Die Abkehr der meisten Deutschliberalen von der großdeutschen Idee der Revolutionszeit, also der Vereinigung des gesamten Bundesgebiets zu einem Staat, läßt sich nicht nur an Äußerungen aus den Reihen der Paulskirchenlinken ablesen. Sie war auch in der öffentlichen Meinung der 1860er Jahre unübersehbar. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen in Österreich war gegen eine Lockerung des österreichischen Staatsverbandes, in dem sie materiell und politisch privilegiert waren. Die Industriellenvereinigung, der ganz überwiegend Deutsche angehörten, sprach sich 1862 trotz deutlich gestiegener Handelsbeziehungen mit den Staaten des Deutschen Bundes gegen einen Beitritt zum Zollverein aus, der ein erster und notwendiger Schritt auf dem Weg zu einer großdeutschen Lösung hätte sein müssen. Presseauswertungen zeigen, daß seit der Revolution von 1848/49 zwar der Anteil von Berichten und Kommentaren zu »deutschen« Themen an der Auslandsberichterstattung bis 1861 stark anstieg. Unter der Februarverfassung ging er jedoch wieder deutlich zurück.¹³ Offenbar stärkten die Hoffnungen auf weitere Reformen sowie das seit 1859 wachsende Mißtrauen gegen Preußen und die Absichten seiner Regierung unter den Deutschen Österreichs die isolationistische Tendenz, sich wirtschaftlich und politisch auf den Kaiserstaat zu beschränken, in dem sie alle Bereiche des bürgerlichen Lebens beherrschten, obwohl sie nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung stellten. Die großdeutsche Lösung von 1848 hatte somit nicht allein aus objektiven Gründen geringe Realisierungschancen. Auch auf die deutsch-österreichische Bevölkerung übte sie eine deutlich sinkende Anziehungskraft aus.

Franz Schuselka, der nicht nur der Paulskirche angehört hatte, sondern auch der politische Führer der deutschen Linken im Kremsierer Reichstag von 1849 gewesen war, faßte im Sommer 1861 seine demokratisch-föderalistischen Vorstellungen in der Broschüre »Österreich und Ungarn« zusammen. Neben scharfer Kritik am halbherzigen Charakter der Februarverfassung und der »Hyperloyalität« der Reichratsmehrheit betonte er, daß jeder engere Zusammenschluß des Deutschen Bundes eine Lockerung des Verbandes mit Ungarn voraussetze. »Gerade die Deutschösterreicher« mußten deshalb nach Ansicht Schuselkas »die aufrichtigsten und entschiedensten Föderalisten sein«. Denn wenn die »Zentralisationsfanatiker« – also die größtösterreichischen Liberalen – ihr Ziel erreichten, drohe ihnen dasselbe Schicksal wie den Deutschen in Schleswig-Holstein, nämlich als Minderheit in einem nichtdeutschen Staat leben zu müssen und sich auf demokratischem Wege nicht durchsetzen zu können. »Jeder Deutschösterreicher von

¹³ P. J. KATZENSTEIN, 1976, S. 72 ff.

Bewußtsein und Ehrgefühl« müsse sich »feierlich und energisch« von Giskra und anderen deutschen Liberalen im Reichsrat distanzieren, da jene die großdeutsche Idee fallen gelassen hätten. Schuselka behauptete trotz des sich verändernden politischen Zeitgeistes ohne jede Einschränkung, »die Deutschösterreicher« wollten keineswegs auf ihre »natürliche und staatsrechtliche Verbindung mit Deutschland verzichten«. Die Februarverfassung sei »zwar nicht dem Wortlaut, aber dem klaren Geist und Zwecke nach eine wirkliche und wahre Föderativverfassung«, auf deren Basis Österreich in einen Bundesstaat umgewandelt werden müsse, der vor allem durch die »Person des Monarchen« zusammengehalten werden sollte. Die einzelnen Länder sollten nach Ansicht Schuselkas – anders als bei den Großösterreichern – ein »höchst mögliches« Maß an Autonomie erhalten, das sie »den Nutzen der Vereinigung« spüren lasse. Wie die supranational-autoritäre Richtung um Fröbel und Kolatschek ging Schuselka davon aus, daß es eine geostrategische Notwendigkeit zur Erhaltung der Habsburgermonarchie als Bundesstaat gab, nämlich ihre Völker vor der Unterdrückung durch Rußland zu schützen. Nur müsse der Vielvölkerstaat auf Recht und Vertrauen und nicht auf der »Gewalt der Waffen« beruhen.

Schuselka forderte die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung von 1848, die von Kaiser Ferdinand sanktioniert worden war, aber heftigen Widerstand der nationalen Minderheiten, insbesondere der Kroaten, hervorgerufen hatte. Darüber hinaus fand er, ohne sich zur Durchführbarkeit seiner Vorschläge zu äußern (»das Wie überlasse ich bescheiden den Berufenen«), daß der Kaiser »direkt und persönlich« eine allgemein akzeptable Föderativverfassung aushandeln sollte. Schuselka machte sich damit Forderungen der Ungarn zu eigen, die die deutschliberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus vehement bekämpfte. Sie hatte sich in einer Adresse, die von Giskra und Kuranda in großen Reden begründet und von allen Veteranen der Paulskirchenlinken im Reichsrat unterstützt wurde, hinter die Regierung gestellt, die den ungarischen Landtag aufgelöst hatte, weil dieser sich weigerte, die Februarverfassung zu akzeptieren.¹⁴

Mit einer Denkschrift »Zur Lösung der österreichischen Verfassungsfrage« versuchte auch Johann Nepomuk Berger, die Schwierigkeiten zu beheben, die sich aus den Mängeln der Februarverfassung und dem Ausgang der Reichsratswahlen ergaben. Ganz im Sinne des realpolitischen Paradigmas wandte er sich wie Schuselka gegen die abstrakte Gegenüberstellung von »Föderalismus« und »Centralismus«. Er vertrat einen Pragmatismus, der sich daran orientierte, was »die Völker Österreichs [...] wollen«. Diese würden sowohl den absolutistischen Zentralismus der Reaktionsära, der wegen der Verhinderung rechtzeitiger Reformen für die Niederlage gegen Italien verantwortlich sei, als auch den konstitutionellen Zentralismus der

¹⁴ F. SCHUSELKA, Österreich und Ungarn, 1861, insb. S. 28, 38 ff. und 57 ff.; DERS., Deutschland, 1862; R. CHARMATZ, Giskra, 1949, S. 82; RR 28.8.1861, S. 955 ff. Vgl. A. KOLATSCHEK, Union, 1861; H. POLLAK, Bd. I, 1898, S. 74 f. Vgl. E. BERNATZIK, 1911, S. 78 ff.

Großösterreicher ablehnen. Ebenso wie Schuselka hatte Berger erkannt, daß eine demokratische Politik für die Habsburgermonarchie, die nicht auf den Zerfall des Vielvölkerstaates zielte, zugleich föderalistisch sein mußte. Damit wurden die demokratischen Programmpunkte der deutschliberalen Reichsratsabgeordneten als unrealisierbare Lippenbekenntnisse entlarvt, denn ihre zentralistischen Vorstellungen konnten in Österreich keinesfalls mit Mehrheiten rechnen

Berger griff in diesem Zusammenhang, ebenso wie Schuselka, seinen früheren Genossen Giskra offen an. Er gestand zu, daß die österreichische Frage schwer zu lösen sei, denn es gebe »keine große europäische Frage, die nicht auch wieder ein Teil der österreichischen Frage« sei, ob es sich nun um die Einigung Italiens und Deutschlands oder um »die Illusionen der Wiederherstellung« Polens oder Böhmens handele. Aber nach der halbherzigen Reform von 1860/61 würden falsche Alternativen diskutiert: »Auf der einen Seite die von den übrigen Nationalitäten Österreichs zurückgewiesene centralistische deutsche Hegemonie der deutschen Reichsratslinken und des Ministeriums, welche, wenn ihre Durchführung gelänge, Österreich außerhalb Deutschland stellte; auf der anderen Seite das unklare Bleibenwollen in Deutschland, dem weder für den Bestand Österreichs noch für die Gestaltung Deutschlands ein scharfes lebensfähiges Programm zu Gebote steht.«¹⁵ Berger suchte also einen politisch gangbaren Weg jenseits von großösterreichischer und großdeutscher Ideologie und versuchte damit, über die stark von Wunschdenken geprägten deutschlandpolitischen Vorschläge Schuselkas hinauszugelangen. Er plädierte für eine an den historisch gewachsenen Traditionen und Machtverhältnissen orientierte Lösung und entwickelte dabei ebenso wie Schuselka ein »dualistisches« Modell, in dem manche Momente des Ausgleichs von 1867 vorweggenommen wurden.

Hingegen hoben die Führer der Reichsratsmehrheit wie Kuranda darauf ab, daß in der neoabsolutistischen Ära »zwischen Österreich und Ungarn ein so inniges Zusammenleben eingetreten ist, daß man sie kaum trennen kann«. Österreich habe zuviel geopfert, um Ungarn mit »russischer Hilfe« von der revolutionären »Dictatur« zu »befreien«, habe zu viele Millionen in die Grundentlastung und die Infrastruktur investiert, um nun die Politik der Zentralisierung wieder aufzugeben. »Wir haben doch für Euch gelitten, wir sind doch für Euch verarmt, wir sind für Euch aus dem Gleichgewicht gekommen, wir haben ja doch wohl das Recht, daß Ihr darauf Rücksicht nehmt.«¹⁶ Berger wandte sich gegen diese larmoyante und selbstgerechte Emotionalisierung des Konflikts und schlug vor, »jenen Dualismus« wiederherstellen, »wie er zwischen der ungarischen und der nicht-ungarischen

¹⁵ J. N. BERGER, Zur Lösung, 1861, insb. S. 4f., 9 (2. Zitat) und 18 (1. Zitat). Ein ähnl. Programm vertrat 1865 auch Kolb in einem Leitartikel der Frankfurter Zeitung (14. 10. 1865).

¹⁶ RR 28. 8. 1861, S. 1020f.; J. N. BERGER, Zur Lösung, 1911, S. 27ff. Vgl. F. v. SOMMARUGA, 1875.

Reichshälfte vor dem Jahre 1848 durch Jahrhunderte bestand«. Für die »nicht-ungarische Reichshälfte« sollte die Februarverfassung gelten, für die andere »die ungarische Verfassung in ihrer letzte legalen Entwicklungsphase vom Jahre 1848«. Mit dieser nachträglichen Anerkennung der Erfolge der ungarischen Revolution von 1848 sollte dem Widerstand gegen die zentralistische Wiener Politik die Grundlage entzogen werden.

1861 stieß dieser zukunftsweisende Vorschlag für die Befriedigung der ungarischen Autonomiebestrebungen jedoch bei der Regierung wie bei den deutschen Liberalen ebensowenig auf fruchtbaren Boden wie Bergers originelle Idee, wie man zu einer allgemein akzeptierten Verfassung gelangen könne. In dieser Frage lehnte er den von Schuselka gemachten Vorschlag, der Kaiser solle vermitteln, als »unpraktisch« ab. Vielmehr solle ein direkt gewählter »Verfassungsrath« dem wiederherzustellenden ungarischen Reichstag und dem Abgeordnetenhaus des Reichsrats Änderungen ihrer Verfassungen vorschlagen und den Entwurf eines übergreifenden »Reichsstatuts« vorlegen. Darüber sollten dann die Parlamente beraten und beschließen. Obwohl Berger die Schwierigkeiten auf dem Weg zur Realisierung seines Vorschlags sah, konnte er doch eine Reihe von Vorzügen für ihn ins Feld führen: Ein solches Vorgehen wahrte die Rechtskontinuität, indem die letzte Entscheidung dem jeweils verfassungsmäßigen Parlament überlassen blieb; jeder Reichsteil konnte über seine eigene Verfassung entscheiden; wegen der direkten Wahl konnte jede relevante Gruppe ihre Vorstellungen in den »Verfassungsrath« einbringen; allein dies konnte Vertrauen bilden. Schließlich sei das Scheitern einer so erarbeiteten Verfassung »zwar ein mißglückter Versuch mehr«, aber da ja Verfassungen existierten, entstehe kein Rechtsvakuum.

Das Ende der Reaktion und die Konstitutionalisierung Österreichs ermöglichten die Fortsetzung der bereits im Vormärz aufgebrochenen und durch die Revolution verstärkten nationalistischen Tendenzen der einzelnen Völker, die für den Zusammenhalt der Monarchie eine bedrohliche Dynamik entwickelten. Die seit jeher und durch die Verfassung erneut privilegierten Deutschen stellten sich einschließlich ihrer liberalen Vertreter im Abgeordnetenhaus des Reichsrats diesen Tendenzen entgegen und griffen dabei mehrheitlich zu grundsätzlich anderen Argumenten als ihre Gesinnungsgenossen außerhalb des Kaiserstaats. Hinter ihrem betont nationalen Großösterreichertum stand allerdings ein ausgeprägtes kulturelles Überlegenheitsgefühl. Durch die Reformen und die Ansätze einer politischen Liberalisierung in Österreich nahm in der deutschen Bevölkerung ebenso wie unter den Politikern das Interesse an einer großdeutschen Lösung ab, da man nun wieder günstige Chancen für einen Erhalt der Habsburgermonarchie und die Privilegien der deutschen Minderheit sah.

In der deutschen Frage entstand in Wien eine Polarität: Die Idee eines supranationalen Staatenbundes aus der Habsburgermonarchie, Preußen und dem übrigen »Deutschland«, der durch eine Bundesreform verwirklicht

werden sollte, stieß vornehmlich im Ministerium auf Zustimmung. Hingegen tendierten die liberalen Reichsratsfraktionen überwiegend zur groß-österreichischen Idee, die die deutsche Frage bis zum Erfolg einer durchgreifenden Liberalisierung und Konsolidierung des Kaiserstaats zurückstellte. Demokratische Föderalisten, die wie Berger und Schuselka dem großdeutschen Gedanken verbunden blieben, gerieten in eine minoritäre Position. Die Vorschläge, die sie zur Lösung der deutschen Frage machten, waren allenfalls langfristig realisierbar. In ihrer Forderung nach Schaffung eines staatsrechtlichen, österreichisch-ungarischen Dualismus, der die ungarische Staatstradition anerkannte und zugleich die Möglichkeit für einen engeren Zusammenschluß des gesamten Deutschen Bundes schaffen sollte, nahmen sie Ideen vorweg, die seit 1867 realisiert wurden und möglicherweise vor dem Krieg von 1866 zu einer nachhaltigen Lösung der deutschen und österreichischen Fragen hätten beitragen können.

Die Pyrrhussiege der Liberalen in Preußen und ihre Auswirkungen auf die nationalpolitische Konstellation

Zur selben Zeit, als sich in Österreich der Reichsrat konstituierte und die deutschliberale Mehrheit ihn zunächst vorsichtig als Hebel für weitere politische Reformen einzusetzen begann, spitzte sich in Preußen der Streit zwischen Parlamentsmehrheit und Regierung zu, ob Entscheidungen über Größe und Struktur der Armee in die Kompetenz des Parlaments fielen. Neben dem verfassungsrechtlich und staatsrechtlich entscheidenden Kompetenzkonflikt ging es im Zusammenhang mit der Vergrößerung der preußischen Armee, die beide Seiten anstrebten, um Fragen, die eng mit den Erfahrungen von 1848/49 und dem liberalen Ziel einer Emanzipation der Gesellschaft vom preußischen Staat zusammenhängen, nämlich um die Abschaffung der milizähnlichen Landwehr und um die Erhöhung der Militärdienstzeit von zwei auf drei Jahre.

1. Erfolg und Euphorie durch die Gründung der Fortschrittspartei

Der zunehmende Unmut der preußischen Linksliberalen und Demokraten über die Regierungspolitik der »Neuen Ära«, dem zur Jahreswende 1860/61 Jacobys »Mahnruf« Ausdruck verliehen hatte, wurde auch im Abgeordnetenhaus und insbesondere in der mit 150 (von 352 Abgeordneten) größten Fraktion spürbar, die nach ihrem Vorsitzenden »Fraktion Vincke« hieß. Nachdem die Fraktionsführung auf verschiedene Versuche hauptsächlich jüngerer ostpreußischer Abgeordneter, einen schärferen Oppositionskurs zu fahren, mit der Arroganz der Etablierten reagiert hatte, traten am 8. Februar 1861 zwölf Abgeordnete aus. Auf der Grundlage eines maßvoll formulierten Programms bildeten sie eine eigene Fraktion, die bis zum Schluß des Landtags Anfang Juni 1861 auf 19 Abgeordnete anwuchs und den Keim der preußischen Fortschrittspartei darstellte. Die neue Fraktion formulierte und veröffentlichte ihre politischen Hauptziele und unterstrich schon dadurch ihre Abkehr vom reinen Honoratiorenzusammenschluß und den Übergang zum modernen, programmatisch festgelegten Parteientypus, dessen Ziele vor einer Wahl präsentiert und dessen Erfolg damit überprüfbar wird. In ihrem Programm bekannte sich die Fortschrittsfraktion zur Monarchie, nahm ansonsten jedoch zentrale liberale Forderungen aus dem Vormärz und der Revolution wieder auf: Ausbau des Rechtsstaats, insbesondere

ein Gesetz, das die Ministerverantwortlichkeit regelte; kommunale Selbstverwaltung; Trennung von Kirche und Staat und damit Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften; Aufrechterhaltung der Landwehr, zweijährigen Militärdienst und einen großpreußischen, konstitutionellen Nationalstaat.¹

Im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen bildete sich in Berlin um die neue Fraktion ein Wahlkomitee, das von Demokraten dominiert war, aber keineswegs die alte demokratische »Volkspartei« wiederbeleben wollte. Die Anfänge der Fortschrittspartei waren ideologisch geprägt durch die Mystifikation von »Einheit«, die den zeitgenössischen politischen Diskurs zunehmend bestimmte und derzufolge die ausgebliebene Nationalstaatsbildung, die fehlende Weltmacht und das Liberalisierungsdefizit maßgeblich auf die »Erbsünde deutscher Uneinigkeit«² zurückzuführen waren. Deshalb sollte die neue Partei die Spaltung zwischen gemäßigten Liberalen, Linksliberalen und Demokraten überwinden. Um die Einigung nicht zu gefährden, wurde die zentrale Forderung der Demokraten, das allgemeine, gleiche (Männer-)Wahlrecht, ausgeklammert und das Programm der Fraktion im Abgeordnetenhaus, versehen mit einer Einleitung und einem abschließenden Aufruf, zum Wahlprogramm gemacht. Die Fortschrittspartei war damit ein Zwitter aus liberalen und demokratischen Forderungen und ebenso aus liberalem Honoratiorenkomitee und moderner Programmpartei. Zu den Erstunterzeichnern ihres ersten Wahlaufrufs vom 6. Juni 1861 gehörte aus den Reihen der Paulskirchenlinken nur Johann Jacoby.³

Die Bezeichnung »Fortschrittspartei«, die sich die neue Partei in ihrem Wahlaufruf vom Juni 1861 erstmals gab, war mindestens seit 1849 gebräuchlich, um in Abgrenzung zur Reaktion, die auch »Rückschrittspartei« genannt wurde, die bürgerliche Opposition zu bezeichnen, die sich für die Liberalisierung und Demokratisierung der deutschen Staaten einsetzte. Von Anfang an steckte in dieser Bezeichnung – ganz im Sinne der ideologischen Mystifikation der »Einheit« – die Vorstellung von der Notwendigkeit möglichst breiter politischer Zusammenarbeit. Der Begriff »Fortschrittspartei« symbolisierte die Idee der Parteifusion von den gemäßigten Liberalen bis zu den Demokraten, wie sie seit dem Wiederbeginn politischer Debatten in den 1850er Jahren diskutiert und etwa in Württemberg schon seit 1855, also lange vor der Parteigründung in Preußen praktiziert worden war. Ein

¹ Grundlegend noch immer: L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 33 ff.; DERS., Hoverbeck, Bd. I, 1897, S. 208 ff.; neuerdings: A. BIEFANG, National-preußisch, 1997, insb. S. 368 ff. Vgl. auch G. FESSER, 1977; LPG I, S. 623 ff. (G. Seeber); T. OFFERMANN, 1979, S. 178 ff. Eine moderne Geschichte der Fortschrittspartei steht aus und ist ein Desiderat ersten Ranges.

² So etwa der Paulskirchenlinke und bayrische Fortschrittspolitiker Käßlerlein (Bayr. LT 15.3.1861, S. 187). Ähnl. A. KOLATSCHKEK, Aufgabe, 1861: Deutschland sei kein Vater-, sondern ein »Haderland«.

³ L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 36 ff. (auch in: J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 146 ff.).

Einigungsprogramm beinhaltete auch das Adjektiv »deutsch«, das dem Parteinamen vorangestellt wurde. Nach Diskussionen hatten die Mitglieder des Berliner Wahlcomités sich gegen die Bezeichnung »preußische Fortschrittspartei« ausgesprochen, um neben dem Programm der gesamtliberalen auch das der nationalen Einheit – und zwar unter preußischer Führung – im Parteinamen zu verankern. Wilhelm Löwe stilisierte 1862 bei der Feier des Nationalvereins zum 100. Geburtstag Fichtes gar Fortschrittsdenken und -glauben zu deutschen Nationaleigenschaften, so daß demnach die beiden Wörter, die den Parteinamen bildeten, geradezu Synonyme waren, die beide auf die Kernidee der Partei, den Nationalismus, verwiesen.⁴

Dem linksliberalen Kölner Paulskirchenabgeordneten Friedrich Leue war das vom Berliner Komitee vorgelegte Programm zu unpräzise. Er legte deshalb im Sommer einen Alternativvorschlag vor, in dem das pathetische Bekenntnis zur Monarchie ebenso fehlte wie der explizite Anspruch auf preußische Führung im künftigen Nationalstaat und in dem die Reformforderungen präzisiert wurden, meistens in der Form, daß jeweils bestimmte Gesetze aus der Reaktionszeit benannt wurden, die abzuschaffen seien. Leues Alternativprogramm sprach auch die Wahlrechtsfrage an und forderte das geheime, wenn auch nicht das gleiche Stimmrecht.

Nachdem die Konservativen mit der Gründung der preußischen Volksvereine im September 1861 auf Massenorganisation gesetzt hatten und durch flächendeckende Propaganda und möglichst weitgehende Mobilisierung ihres Anhangs die Wahlschlappe von 1858 wettzumachen versuchten und nachdem die erfolgreiche Gründung des Nationalvereins zeigte, daß die preußische Regierung bis auf weiteres liberale Organisationen zu dulden bereit war, begann auch die Fortschrittspartei mit dem Aufbau von Parteistrukturen. Dem neugebildeten, 17köpfigen Zentral-Wahlkomitee gehörte neben zahlreichen Abgeordneten der preußischen Nationalversammlung von 1848 aus der Paulskirchenlinken Max Simon an. Der Wahlaufruf, den diese Parteiführung Ende September verabschiedete, ignorierte den Leue-

⁴ Begriff »Fortschrittspartei« in seiner allgemeinen Bedeutung etwa bei: A. KOLATSCHKEK, *Prospekt*, 1849, S. 2. Eisenacher Erklärung des Nationalvereins vom 16.9.1859 (*DEUTSCHER NATIONALVEREIN*, 1995, S. 441); J. FRÖBEL, *Kleine politische Schriften*, Bd. I, 1866, S. 242 f. u. ö. (1859), dort auch der Begriff »Rückschrittspartei«; W. LÖWE, *Fichte's politische Bedeutung*, 1862, S. 33; ähnl. DERS., *Preußens Beruf*, 1862, S. 169; Fetzer an Venedey 28. 10. 1864 (BA 90 Ve 1/16). Noch nach der Parteigründung in Preußen wurde auf dem ersten Abgeordnetentag der Begriff »Fortschrittspartei« selbstverständlich zur Beschreibung des gesamten, auf dem Abgeordnetentag vertretenen Spektrums benutzt (AT I, S. 28). Belege für eine ähnl. Begriffsverwendung bereits vor 1848 sowie allgemein zum begriffs- und ideengeschichtlichen Hintergrund: R. KOSELLECK, *Fortschritt*, 1975, S. 408 und 411. Vgl. G. RIESSER, *Bd. IV*, 1868, S. 682 f.; D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 269 ff.; H. BRANDT, 1987, S. 670; A. BIEFANG, *National-preußisch*, 1997, S. 376. Erst in der Forschungsliteratur über die Fortschrittspartei mutierte die Kleinschreibung beim Adjektiv »deutsche« zur Großschreibung und damit die Parteibezeichnung zum Eigennamen (vgl. als Beispiel für viele T. OFFERMANN, 1979, S. 179 ff.).

schen Programmvorschlag und schrieb den maßvollen Kurs des Juniaufzugs fort. Zwar wurde eine härtere Opposition als in der zu Ende gegangenen Legislaturperiode angekündigt, die Parole »Nicht drängen!« also endgültig verworfen, aber alle konfliktträchtigen Themen wurden nur allgemein und ohne präzise Forderungen angesprochen. Dieses Programm und die weitere Wahlagitation brachten der Partei im November/Dezember 1861 auf Anhieb 89 (von 352) Sitze im Abgeordnetenhaus. Zur Linken gehörten dort neben der Fortschrittsfraktion auch die »stille Fortschrittspartei« – Abgeordnete, die hinter dem Programm standen, sich aber keiner Partei- oder Fraktionsstruktur unterwerfen wollten – und das linke Zentrum. Trotz ihres eindrucksvollen Sieges verfügte die politische Linke im Berliner Abgeordnetenhaus nur über die absolute Mehrheit, wenn sie mit der 23köpfigen polnischen Fraktion zusammenging.

Nicht nur die Chancenlosigkeit der Leueschen Programmansätze zeigt, daß die Parteiführung, und mehr noch die Aktiven vor Ort, in der Gründungsphase der preußischen Fortschrittspartei einer Identifizierung mit dem »Gespenst von 1848« (Wilhelm Löwe) tunlichst aus dem Weg gehen wollten, da dies dem Einigkeitsparadigma zuwidergelaufen wäre und zudem die Wahlchancen zu schmälern drohte. So wurde etwa Jacoby 1861 von Teilen der Parteiführung mit dem Hinweis auf ängstliche »Fortschrittsphilister« unter den Mitgliedern zur Ablehnung einer Kandidatur bewegt.⁵ Die Veteranen aus der Paulskirche waren, anders als im österreichischen Liberalismus, in Preußen zunächst Außenseiter in der Partei, was sich auch in ihrer geringen Repräsentation in den Führungsgremien zeigt. Erst nach der Zuspitzung des Verfassungskonfliktes, die sich in der umgehenden Auflösung des Ende 1861 gewählten Landtags im März 1862 zeigte, und verstärkt nach der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten im September 1862 und der erneuten Auflösung des Abgeordnetenhauses Anfang September 1863 wurden die prominenten achtundvierziger Demokraten von 1848 wie Johann Jacoby, Jodokus Temme und Wilhelm Löwe als Kandidaten aufgestellt und dann auch problemlos gewählt. Erst in dem neuen Konflikt war die Partei teilweise bereit, sich von den harmonisierenden politischen Vorstellungen zu lösen, die die Basis der Illusion von der »Neuen Ära« gewesen waren. Erst seit 1861 setzte sie auf Personen, die seit 1848 Konfrontationen nicht aus dem Wege gingen.⁶ Der Einheitskult war damit

⁵ L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 44 ff.; J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 163 ff., insb. Löwe an Jacoby 1. und 11. 12. 1861, sowie S. 206 ff. Vgl. Hartmann an Bamberger, Weihnachten 1861 (SLB Wien; = M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 132 f.); L. BAMBERGER, Michael, 1860; S. 171; Löwe an E. Lewald 6. 7. 1862 (StabiO NL Lewald-Stahr 17); G. F. KOLB, Aus Deutschland, 1860. Der Linksliberale Venedey, der ebenfalls 1863, aber nicht für die Fortschrittspartei kandidierte, wurde, anders als die Paulskirchendemokraten nicht gewählt. Vgl. Fetzer an Venedey 26. 9. 1863 (BA 90 Ve 1/16).

⁶ Auf ihre Außenseiterrolle reagierten die prominenten Mitglieder der Paulskirchenlinken wie Jacoby und Löwe mit dem aus ihrem Ehrbegriff resultierenden Stolz, der auch ein vormodernes Verständnis der Kandidatenkür deutlich macht: So weigerte sich Jacoby

allerdings keineswegs überwunden, zumal sich auch die Linke dieser ideologischen Mystifikationen immer wieder bediente.

Alle sieben Mitglieder der Paulskirchenopposition im Abgeordnetenhaus (Bresgen, Caspers, Leue, Libelt, Martiny, Paur und Ziegert) stimmten am 6. März 1862 für einen Antrag des Fortschrittsabgeordneten Adolf Hagen, der verlangte, daß die Regierung innerhalb des Militäretats die einzelnen Ausgabenposten spezifiziert und damit eine parlamentarische Kontrolle ermöglichte. Die Annahme dieses Antrags wurde von der Regierung beantwortet mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses nach nur achtwöchiger Tätigkeit, und ohne daß ein Haushalt verabschiedet worden wäre. Wie diese scharfe Reaktion zeigt, wollten König und Regierung die Ausgaben im Arkanbereich monarchischer Prerogative auf keinen Fall en detail offenlegen, zumal dadurch die verdeckte Weiterführung der vom Parlament abgelehnten Heeresreform wesentlich erschwert worden wäre.

Nicht einmal sechs Monate nach den Wahlen standen die Abgeordneten also erneut im Wahlkampf. Die Befürworter des Hagenschen Antrags betonten in einer gemeinsamen Erklärung die Verfassungsmäßigkeit ihres Behagens. Die gemäßigte Regierung der »Neuen Ära« stand nun endgültig zwischen den Fronten: Das Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei, dem u. a. Löwe und Paur angehörten, kündigte für den nächsten Landtag einen verschärften Konfrontationskurs an, der König und seine Berater warfen ihr mangelnde Durchsetzungsfähigkeit vor. Am 14. März beendete Wilhelm I. das Experiment einer politischen Öffnung: Er ersetzte die gemäßigt konservativen Minister und den Ministerpräsidenten wieder durch Vertreter der hochkonservativen Richtung, die bis 1858 die preußische Politik bestimmt hatte.

Die Wahl am 28. April und 6. Mai 1862 brachte eine glänzende Bestätigung für die bürgerliche Linke und eine verheerende Niederlage für die Regierung und die Fraktionen, die die Heeresreform mittrugen: kein Minister wurde zum Abgeordneten gewählt, die konservative und die katholisch-klerikale Fraktion schrumpften (von 14 auf 12 bzw. 54 auf 32 Mandate); hingegen steigerte sich die Fortschrittspartei von 109 (einschließlich der sog. Stillen) auf 141, das linke Zentrum, begünstigt durch das Zerfallen der früheren Fraktion Vincke, gar von 52 auf 101 Sitze. Die bürgerliche Linke verfügte im Landtag von 1862/63, dem sog. Konfliktlandtag, also über eine solide absolute Mehrheit der 352 Sitze, zu der nunmehr zwölf Männer der

Ende 1861 – wie von seinen Genossen in der Parteilinken (v. Unruh, Löwe etc.) gefordert – um ein Mandat zu *kämpfen*: »Soll ich mich etwa durch zierliche Rede um die Gunst der vielköpfigen Wahlmannschaft bewerben? Soll ich wie ein Student [...] mich aus dem Verruf herauspauken? Dazu *darf* und *werde* ich mich nicht verstehen!« (an Löwe 8. 12. 1861, in: J. JACOBY, Briefwechsel, 1878, S. 177). Vor diesem Hintergrund ist auch die Ablehnung der nur mit knapper Mehrheit erfolgten Wahl im 2. Berliner Wahlkreis im Mai 1862 zu sehen. Erst die fast einstimmige Wahl im selben Wahlkreis im Oktober 1863 entsprach dem, was Jacoby aufgrund seines lebenslangen politischen Engagements erwarten zu müssen glaubte. Vgl. E. SILBERNER, 1976, S. 300ff.

Paulskirchenopposition zählten. Neben den sieben Wiedergewählten handelte es sich um Christoph Becker, Adolph Böcking, Carl Heinrich Köhler, Friedrich Wilhelm Löwe und Max Simon.⁷

Die Wahlerfolge gaben dem Fortschrittsglauben der großpreußischen Liberalen mächtigen Auftrieb. Ihre Presse war Ende 1861/Anfang 1862 voll von optimistischen Analysen, zu denen die Paulskirchenlinke einige wichtige Stücke beisteuerte. Die politische Entwicklung fügte sich in ihre junghegelianische Geschichtsteleologie: Das preußische »Volk« schien seinen »deutschen Beruf«, nämlich die nationale Einigung unter liberalen Vorzeichen, zu erkennen. Ihr Glaube an die Macht der öffentlichen Meinung ließ die bürgerliche Opposition davon ausgehen, daß sich die neue hochkonservative Regierung nicht lange gegen die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten werde halten können. Mit einem Regimewechsel, wie er ja bereits in Baden erfolgt war, wurde spätestens nach der demnächst erwarteten Abdankung des 65-jährigen Königs zugunsten seines liberalen Sohnes Friedrich gerechnet. Unter einer liberalen preußischen Regierung schien die großpreußische Einigung nur mehr eine Frage der Zeit.

Hatten Anfang 1861 die radikalen Vordenker Jacoby und Ruge das Ende der Schonung für die Regierung der »Neuen Ära« gefordert, die nur Ankündigungen mache, aber nicht »die einzig richtige Politik Preußens« praktiziere, nämlich »durch politische Freiheit« Deutschland zu vereinigen, so schien nun der Durchbruch unmittelbar bevorzustehen. Die großen Erfolge von Fortschrittspartei und Nationalverein, die der elitäre Ruge allerdings zynisch kommentierte (»erst wenn auch die Dummheit für eine Sache Partei nimmt, hat sie gewonnen«), steigerten die Erwartungen. Löwe stufte das preußische Wahlergebnis von 1861 im theoretischen Organ der Partei als »großen Schritt für die Lösung der deutschen Frage« ein, den er für bedeutender als die Revolution von 1848/49 hielt. Denn »zum ersten Male« sei »das preußische Volk als solches bestimmt in die deutsche Bewegung eingetreten«. Wie Ruge, Jacoby, Bamberger und die anderen großpreußischen Demokraten glaubte Löwe nicht an die Möglichkeit einer »freiwilligen Einigung deutscher Fürsten«. Es blieb also nur der Anschluß an eine der Großmächte. Für Preußen sprach dabei, daß es von allen deutschen Staaten »noch am meisten dem Charakter der in der Reformation wiedergeborenen deutschen Nation entsprach« und daß es seit dem Westfälischen Frieden »in stetig fortschreitender Bedeutung« zur europäischen Großmacht aufgestiegen sei. Die Rede von der »historischen Mission« Preußens richtete sich bei den Großpreußen immer »gegen das Habsburgerthum, gegen die Kleinstaaterei«, die für den Machtverlust des Alten Reichs verantwortlich gemacht

⁷ Hda 6. 3. 1862, insb. S. 299 f., und 11. 3. 1862; »Erklärung [der Fortschrittspartei zu ihrem Abstimmungsverhalten]« (11. 3. 1862), in: AkadW 21, Bl. 15 ff.; L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 56 ff.; E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte Bd. III, 1988, S. 295, nennt für die Katholisch-Klerikalen nur 28 Mandate.

wurden.⁸ Das großpreußische Sendungsbewußtsein wurde dadurch noch verstärkt, daß die Liberalen und Demokraten im Abgeordnetenhaus trotz vielfältiger Pressionen der Regierung widerstanden und in dieser Haltung von den Wählern bestätigt wurden. Während das preußische Abgeordnetenhaus in den frühen 1860er Jahren seine heroische Zeit durchlief, ist in der öffentlichen Wahrnehmung (mit Fernwirkung in die Historiographie hinein) ein Bedeutungsverlust des in den 1850er Jahren tonangebenden süddeutschen Liberalismus zu verzeichnen. Seit es wieder eine gesamtdeutsche Öffentlichkeit gab und seit die preußische Opposition wieder politisch wahrnehmbar war, bußten die süddeutschen Landtage und die dortigen Oppositionsführer ihre exponierte Position als Sprecher der bürgerlichen Linken weitgehend ein.⁹

Zur weiteren Mobilisierung für die Ziele der großpreußisch-demokratischen Linken schien besonders nützlich die Erinnerung an Fichte als den Begründer eines deutschen Nationalismus, der die Erfüllung seiner Wünsche von Preußen erwartete. Löwe war der Initiator einer Serie von Feiern in zahlreichen Städten, die der Nationalverein zu Fichtes 100. Geburtstag veranstaltete und deren größte mit mehr als 3 000 Besuchern am 19. Mai 1862 in Berlin stattfand. Aber auch andere Mitglieder der Paulskirchenlinken wie der Göttinger Staatsrechtler Ahrens beteiligten sich mit politischen Reden an dem Fichte-Reigen. Standen die alljährlichen Schiller-Feiern, die ihren Höhepunkt 1859 erreicht hatten, als Schillers 100. Geburtstag mit der großdeutschen Agitation für eine Unterstützung Österreichs in Italien zusammenfiel, für die Ziele des eher mittelstaatlichen demokratischen Föderalismus (zu den wichtigsten Propagatoren dieses Schillerkults zählte der linksliberale Paulskirchenabgeordnete Heinrich Wuttke aus Leipzig), so bildeten die Fichte-Feiern von 1862 den großpreußischen Gegenpol. Löwe grenzte in seiner großen Berliner Fichterede dessen »neuen Begriff der Nationalität« positiv ab von dem rückwärtsgewandten Kult der deutschen Einheit im Alten Reich, wie ihn die Romantik betrieben habe, und von einem kosmopolitischen, anationalen Freiheitskult. Für Löwe mußte Nationalismus die Einheits- mit der Freiheitsforderung integrieren, indem sich die Nation so, wie es ihr »durch ihren Charakter und ihre Geschichte zugewiesen« sei, »thätig« beteilige an den großen Aufgaben der Menschheit. Im Sinne Hegels und Fichtes sollte die deutsche Einigung ein »Reich der Freiheit und Gerechtigkeit« bringen, wie es »nur von Deutschen gegründet werden« könne. Damit werde ein neues, von den Deutschen geprägtes welthistorisches Zeitalter beginnen. Wie Ruge und die übrigen großpreußi-

⁸ A. RUGE, Was wir brauchen (vgl. Kap. XIII.3), 1861 S. 33 (Zitat); W. LÖWE, Preußens Beruf, 1862, insb. S. 169, 173 und 176f. (Zitate); F. SCHÜTZ, 1867 (Zitat). Vgl. rückblickend auch die Mißtrauensadresse des Abgeordnetenhauses gegen die Regierung Bismarck vom Mai 1863 (HdA 1863/Beilage Nr. 125): »Noch vor einem Jahr [...] schien unser erhabenes Königshaus berufen, die höchsten Aufgaben der Nation zu verwirklichen.« Ähnl. auch Löwe, HdA 22.5.1863, S. 1275.

⁹ Vgl. J. WESTERMAYER, 1998, S. 173.

schen Demokraten stellte Löwe die mit den Wahlsiegen der Fortschrittspartei eingeleitete Ära eines liberalen Preußens in die Tradition von 1808 bis 1813 und von 1848. Auch die Paulskirche habe das »Fichtesche Programm erfüllen« wollen, weshalb die Verfassung von 1849 nach wie vor den Weg zur deutschen Einigung vorzeichne.¹⁰

2. Pattsituation und Zweifel am »deutschen Beruf« Preußens

Die überwältigenden Wahlerfolge der Linken in den Jahren 1861/62 in Preußen erwiesen sich jedoch bald als Pyrrhussiege. Nach Art. 62 der Verfassung übten in Preußen wie in Österreich beide Häuser des Landtags und der König *gemeinsam* ebenso das Gesetzgebungs- wie das Budgetrecht aus. Die preußischen Liberalen standen damit wie ihre Kollegen in Sachsen und Süddeutschland zu Beginn der 1850er Jahre vor dem Dilemma aller Landtage in einem zwar konstitutionellen, aber nicht parlamentarischen System: Da sie nicht allein über die Gesetzgebungskompetenz verfügten, beschränkten sich ihre Möglichkeiten letztlich auf symbolische Politik. Sie konnten nur versuchen, den Monarchen mit Hilfe der Öffentlichkeit (oder mit guten Argumenten) unter Druck zu setzen. Da in Preußen die Ministerverantwortlichkeit zwar in den Artikeln 44 und 61 der Verfassung festgeschrieben war, die Regierung aber das Inkrafttreten eines mehrfach von der Parlamentsmehrheit eingebrachten Ausführungsgesetzes verhinderte, blieb nicht einmal das von anderen deutschen Verfassungen gewährte, allerdings, wie sich 1850 in Württemberg gezeigt hatte, wenig wirksame Mittel der Ministeranklage.¹ Es blieb der Opposition im Konstitutionalismus meist nichts als eine frustrierende Nadelstichpolitik, es sei denn, der Monarch war freiwillig zur Kooperation mit der Parlamentsmehrheit bereit – wie seit 1860 im Ausnahmeland Baden. Fehlte diese Bereitschaft, so blieben all der mit der Erringung und Ausübung eines Mandats verbundene Mut und Zeitaufwand ohne greifbaren Erfolg.

Die Abgeordneten aus der Paulskirchenlinken und andere Führer der Fortschrittspartei ergriffen immer wieder Initiativen zum Ausbau des Rechtsstaats oder zur Ausweitung der parlamentarischen Kompetenzen. Im Rahmen der Adreßdebatte von 1862 brachte etwa Max Simon die Wahlbeeinflussungen durch die Regierung im Wahlkampf von 1861 zur Sprache.

¹⁰ Antrag Löwes an den Nationalverein vom 3. 5. 1862 (BA FSg. 1/262); W. LÖWE, Fichte's politische Bedeutung, 1862, insb. S. 32, 35 f. und 45; H. AHRENS, Fichte's politische Lehre, 1862; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 255 f.; DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 180 und Schutzzumschlag! Vgl. zu den Schiller-Feiern R. Noltenius: Dichterfeiern in Deutschland. Rezeptionsgeschichte als Sozialgeschichte am Beispiel der Schiller- und Freiligrath-Feiern, München 1984.

¹ E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 57f., 64 ff. und 99 f. Zur Ministeranklage in Württemberg 1850 vgl. Kap. IX.2.

Oder er erinnerte die Regierung zusammen mit Theodor Paur an das Versprechen Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1808, die Militärjustiz für außerdienstliche Vergehen der Soldaten und Offiziere als eine rechtsstaatlichem Gleichheitsverständnis widersprechende »Sonderung« abzuschaffen, um so die »Kluft [...] zwischen Militair und Civil« zu verringern, die »seit dem Jahre 1848 in bedauerlicher Weise zugenommen hat«. Solche Vorschläge wurden immer von breiten Mehrheiten unterstützt, verliefen aber angesichts der Verfassungsbestimmungen und Machtverhältnisse folgenlos im Sande.²

Resigniert stellte Paur im Juli 1862 fest, »daß Gesetz-Entwürfe unsererseits, auch wenn sie von der Majorität des Hauses angenommen sind, doch noch zerschellen an einer doppelten eisernen Phalanx [Herrenhaus und König], also wirkungslos sind und bleiben, wenigstens in der Gegenwart«. Gerade die Abgeordneten der Fortschrittspartei mußten unter der scheinbar unauf löslichen gegenseitigen Blockade leiden, hatten sie doch in Parteienamen und -programm ihren Wählern rasche Fortschritte in der Liberalisierung Preußens und auf dem Weg zur deutschen Einheit versprochen. Darüber hinaus waren sie tief geprägt von dem Glauben an die Macht der öffentlichen Meinung und der Wahlergebnisse, die sie als Artikulation des »Willens des Volkes« begriffen, und hatten auch in dieser Hinsicht im Wahlkampf Optimismus verbreitet. Die Nichteinlösung von Erwartungen und die Erkenntnis ihrer Ohnmacht trotz breitester parlamentarischer Mehrheit deprimierte die Politiker der bürgerlichen Linken und konnte nur negative Auswirkungen haben: entweder eine weitere Radikalisierung, die den parlamentarischen Weg als untauglich verwarf und auf eine neue Revolution hinauslief, die auch die radikalsten Parlamentsabgeordneten keinesfalls anstrebten, oder eine Rückkehr zum gouvernementalen Kurs der Abgeordneten in der »Neuen Ära«.

Löwe beschrieb dieses Dilemma so: »Die Abgeordneten selbst sind gedrückt und niedergeschlagen, weil sie fühlen, daß sie dem unausgesprochenen Auftrage ihrer Wähler nicht entsprechen können.«³ Wenn der preußischen Linken nicht bald ein Durchbruch im Verfassungskonflikt gelang, drohte sie die von ihr beanspruchte und ihr weitgehend zugestandene Führungsrolle innerhalb der Nationalbewegung sowie den Nimbus, den ihr die glänzenden Wahlsiege verliehen hatten, wieder zu verlieren. Und dies in einer ereignisreichen Zeit, in der mit dem Frankfurter Schützenfest eine neue Qualität der nationalpolitischen Mobilisierung erreicht und der erste Abgeordnetentag als Ersatz für eine Nationalvertretung vorbereitet wurde. Die Zwangslage der Liberalen, auf schnelle, greifbare Erfolge angewiesen zu

² HdA 4.7.1862, S. 456ff. und 488f. (M. Simon); ebd. 15.7.1862, S. 614ff. (M. Simon) und 620ff. (Paur) sowie Drucksache 77/1862 (Abschaffung der Militärjustiz).

³ HdA 15.7.1862, S. 620ff.; Löwe an E. Lewald, 6.7.1862 (StabiO NL Lewald-Stahr 17); L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 57ff. (Programm und Aufruf zu den Wahlen vom Mai 1862); C. Vogt an Mayer 23.7.1862 (NL Näf).

sein, hatte Bismarck klar erkannt. Seine Taktik nach der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes zielte auf die Verschärfung und konsequente Ausnutzung dieser Situation, in der die Liberalen nur verlieren konnten.⁴

Die Mischung aus politischem Optimismus und taktischer Ausweglosigkeit im Sommer 1862 erklärt auch die Halsstarrigkeit, mit der die Parlamentsmehrheit den Konflikt eskalieren ließ. Sie hatte sich in ein fundamentaloppositionelles Mißtrauen eingeeigelt. Löwe stellte bei den Fraktionskollegen »Abstumpfung, ja Verwirrung« fest. Sie unterstellten der Regierungsseite nur die schlechtesten Absichten und waren nicht mehr in der Lage, Kompromißangebote unbefangen zu prüfen. Selbst die hochkonservative Regierung Hohenlohe-Ingelfingen sah keine Möglichkeit, ohne verfassungsmäßig verabschiedetes Budget weiterzuarbeiten, und versuchte deshalb ebenso wie einige linksliberale Abgeordnete, Verständigungsmöglichkeiten zwischen König und Parlament auszuloten. Sie scheiterte jedoch an den verhärteten Fronten, so daß am 23. September 1862 der Militäretat endgültig durchfiel. Der König wollte eher abdanken als einen Kompromiß mit dem Parlament suchen, zu dem ihm seine Regierung weiterhin riet. Die Übernahme der Regentschaft durch den als liberal geltenden Kronprinzen Friedrich und damit ein konsequent konstitutionelles Regime und weitere Reformen schienen greifbar nahe. Statt dessen wurde der als Politiker der äußersten feudalistischen Rechten bekannte Otto v. Bismarck zum Präsidenten des Staatministeriums ernannt, nachdem er sich im Gegensatz zu den konservativen Vorgängern bereit erklärt hatte, auch über eine längere Zeit ohne Budget zu regieren.

Nicht nur ausgemachte Freunde oder gar Propagandisten des neuen, scheinkonstitutionellen Österreich wie Fröbel oder v. Wydenbrugg sahen angesichts der Entwicklung in Preußen im Jahr 1862 in Wien die im Vergleich zu Berlin entschlosseneren Reformkräfte am Werk, denen eher eine für die liberale Bewegung akzeptable Lösung der deutschen Fragen zuzutrauen war als dem preußischen »Junker- und Militärregime«. Sogar großpreußische Strategen sahen deutschlandpolitisch ihre Felle davonschwimmen, falls die preußische Regierung nicht im Verfassungskonflikt einlenkte.⁵

⁴ Bismarck charakterisierte die Situation und eine mögliche Taktik dem Abgeordnetenhaus gegenüber vor seinem Regierungseintritt folgendermaßen (an Bernstorff 15.7. 1862, in: O. v. BISMARCK, Bd. II, 1963, S. 445): »Je länger die Kammer sitzt und redet, desto günstiger stellt sich die Sache in der öffentlichen Meinung für die Krone [...]. Es fehlt der Kammer an Elementen, welche sie vor Langweiligkeit bewahren. Verlängert man die Situation zur rechten Zeit durch eine Vertagung von 30 Tagen und läßt die Kreisrichter etwas von den Kosten ihrer Stellvertretung hören, so kommen die Herren vielleicht verständiger wieder.«

⁵ E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 296ff.; H. v. SYBEL, Bd. II, 1892, S. 450ff. Zum liberalen Image Österreichs: J. FRÖBEL, Der Botschafter 3. 3. 1862; Wuttke an Paur, 15. 2. 1861 (AkadW 151); H. WUTTKE, Pro Patria, 1863, S. 53f.; F. VISCHER, Frisch gewagt, 1863 S. 8, 18 und 22f.; A. RUGE, Der asiatische Geist, 1861, S. 82f.; v. Sybel an Baumgarten 11. 6. 1862 (in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 96); Kuranda (lt. Beobachter 6. 9. 1862, S. 830); O. v. WYDENBRUGK, Weimar, 1862, S. 4806; C. MAYER, Stoßseufzer,

3. Das neue Deutschland: mit oder ohne Österreich?

Als in Berlin mit der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten eine entscheidende Weichenstellung auf dem Weg zur großpreußisch-militärischen Form der deutschen Einigung erfolgte, vollzogen auch diejenigen, die die Nationalstaatsgründung von unten, also über die Parlamente und die öffentliche Meinung, verwirklichen wollten, einen entscheidenden organisatorischen Schritt. Am 28./29. September 1862 trat in Weimar ein »Congress deutscher Abgeordneter« zusammen. Um auch ohne Nationalparlament den »Willen des Volkes« der Bundesversammlung gegenüber artikulieren zu können, waren seit 1859 größere Abgeordnetenversammlungen u. a. von Karl Biedermann vorgeschlagen worden. Doch erst nach der erfolgreichen Reorganisation der Einigungsbewegung im Nationalverein und den Fortschrittsparteien kristallisierten sich 1862 verschiedene konkrete Initiativen heraus.¹ Zur Diskussion standen ein Vorparlament, zu dem sich die noch lebenden und erreichbaren Abgeordneten des Rumpfparlaments konstituieren sollten, oder eine Versammlung der liberalen Abgeordneten aus allen deutschen Landtagen.

Im Nationalverein, wo man auf die Bildung einer Nationalpartei setzte, gab es zunächst Widerstand gegen die Entstehung einer weiteren Honoratiorenorganisation. Seit der Verein durch die Reformen in Österreich und den preußischen Verfassungskonflikt mit seinen kleindeutschen Vorstellungen in die Defensive geriet, erkannte die Vereinsführung jedoch in regelmäßigen Abgeordnetenversammlungen die Chance, eine repräsentative Vorfeldorganisation zu bilden und Streitfragen zu klären. Da die Nationalvereinsführung davon ausging, daß sie auf den Abgeordnetentagen für ihre politische Linie Unterstützung finden würde, hoffte sie, durch sie politische Kräfte an sich zu binden, die bislang vor einem Beitritt zurückgeschreckt waren. Dabei hatte sie vor allem die demokratischen Föderalisten Süddeutschlands im Auge.

Eine mehrheitlich von süddeutschen Nationalvereinsmitgliedern besuchte Versammlung an Pfingsten 1862 in Frankfurt setzte ein Vorbereitungs-komitee für einen gesamtdeutschen Abgeordnetentag ein. Der starke Mann in diesem Gremium war der gemäßigte badische Liberale Johann Kaspar Bluntschli. Das größte Problem, das im Vorfeld des ersten Abgeordnetentags zu lösen war, betraf die Frage, ob deutsch-österreichische Abgeordnete

1863; DERS., An den deutschen Nationalverein (25.3.1863; BA 90 Ma 3/29), S. 11 f.; C. VOGT, Andeutungen, 1864, S. 49; RR 29.11.1864, Bl. 64 (Giskra); O. WITTNER, 1906/07, S. 557 ff.

¹ Zu Biedermann vgl. Kap. XIII.2. Die Bezeichnung Biedermanns als »geistigen Vater« der Abgeordnetentage (J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 246) erscheint übertrieben. Zur Vorgeschichte des ersten Abgeordnetentages allgemein wie auch zu Biedermanns Anteil: A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 221 ff.; dadurch teilweise überholt: W. REAL, Pfingstversammlung, 1970, S. 168 ff.

eingeladen werden sollten und gegebenenfalls auch kommen würden. Insbesondere die süddeutsche Presse und die demokratischen Föderalisten bewerteten die Pfingstversammlung als einseitige, großpreußische Initiative und unterstellten, daß der Abgeordnetentag vor allem dazu dienen sollte, die Österreicher endgültig aus »Deutschland« auszuschließen. Die Pfingstversammlung hatte festgelegt, daß alle »gegenwärtigen und gewesenen Mitglieder deutscher Volksvertretungen« an der Abgeordnetenversammlung teilnehmen könnten, wenn sie die »Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschland« anstrebten. Den meisten Großpreußen war diese Formulierung zu weich. Sie fürchteten nach der Konstitutionalisierung Österreichs die Teilnahme großösterreichisch orientierter Abgeordneter und eine wachsende politische Attraktivität des Kaiserstaats und seiner Bundesreforminitiativen. Wenn der Abgeordnetentag an der großdeutschen Idee festhielt, die Initiative der österreichischen Regierung begrüßte, die ja durch die Bundesreform die Nationalstaatsgründung konterkarieren wollte, bewirkte er das Gegenteil dessen, was der Nationalvereinsführung vorschwebte.²

Bluntschli legte in seinem offenen Einladungsbrief an »die Deutschösterreicher« das Teilnahmekriterium restriktiv aus: »Prinzipiell ausgeschlossen« seien »die, welche im eigenen Land liberal, aber in deutschen Angelegenheiten bloß partikularistisch gesinnt sind«. Die Österreicher, bei denen Fröbel im Hintergrund die Fäden zog, werteten dies als unzulässige politische Bevormundung und verlangten Verhandlungen in einer paritätisch besetzten Kommission aus »Großdeutschen« und »Kleindeutschen«, ohne jedoch selbst mit deren Zustandekommen zu rechnen. »Wird dies nicht angenommen, wie vorauszusetzen, so ist von keiner weiteren Beteiligung [am Abgeordnetentag] die Rede«, schrieb Fröbel, der sich im Juni noch für die möglichst zahlreiche Teilnahme der »Großdeutschen« ausgesprochen hatte, an Rodbertus. Fröbel bereitete jedoch parallel zu dem Geplänkel mit dem Nationalverein schon eine eigenständige »großdeutsche« Parteigründung vor – den Reformverein.³

Die Pfingstversammlung war von der jüngeren Politikergeneration initiiert und bestimmt worden, die wie Hermann Baumgarten, Rudolf v. Bennigsen, Karl Brater, Gustav Freytag, Hugo Fries, Julius Hölder, Leopold v. Hoverbeck oder Sigmund Schott 1848/49 noch nicht in der ersten Reihe gestanden hatten und sich in einer gewissen Konkurrenz zu den Achtund-

² Zur öffentlichen Meinung exemplarisch L. Seegers Korrespondenzen in der ISZ (7. und 14. 7. 1862); W. REAL, Pfingstversammlung, 1970, S. 186 ff.; F. VISCHER, Kritische Gänge, 1920, S. 187 ff. (vom Herausgeber zu Unrecht auf 1863 datiert). Teilnahmekriterien: Satzungen des deutschen Abgeordneten-Tags (Württ. LB fol. 880/V).

³ Fröbel an C. Kapp 5. 3. 1862 (BJ), an Rodbertus 23. 6., 22., 28. 7. und 29. 8. 1862 (IN: H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 197, 202 ff. und 208); Bluntschli an v. Sybel 15. 8. 1862 (in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 109 ff.); A. BIEFANG, Politisches Bürgerturn, 1994, S. 232 ff.; W. REAL, Pfingstversammlung, 1970, S. 193 ff. Grundlegend und in ihrer politischen Unverblümtheit vorbildlich immer noch die einleitende Analyse bei H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970.

vierziger-Veteranen befanden. Sie hatten kein Mitglied der Paulskirchenlinken eingeladen, so daß diese befürchteten, an der geplanten Abgeordnetenversammlung und den aus dieser erwachsenden politischen Entwicklungen nicht hinreichend beteiligt zu werden. Als Reaktion entstand die Idee, daß die noch lebenden Mitglieder des Stuttgarter Rumpfparlaments als die politisch am besten legitimierten Repräsentanten des deutschen »Volkes« sich als Vorparlament konstituierten und auf die Berufung einer neuen Nationalversammlung hinarbeiteten, die das Werk von 1848/49 vollenden sollte.⁴

Während des deutschen Schützenfestes, das vom 10. bis 13. Juli 1862 in Frankfurt stattfand, kam es zu einem eher zufälligen und informellen Treffen von Mitgliedern der Paulskirchenlinken. Wegen der vereinbarten und erfolgreich praktizierten Vertraulichkeit sind Teilnehmerliste und Diskussion der Zusammenkunft, deren »Bedeutung [...] für die Geschichte der deutschen Demokratie nicht hoch genug veranschlagt werden« kann (Biefang), nicht genau zu rekonstruieren. An dem Frankfurter Treffen der Paulskirchenlinken haben jedenfalls Rudolf Christmann, Christian Heldmann, Georg Friedrich Kolb, Wilhelm Löwe, Carl Mayer, Ernst Ludwig Reinhard, Emil Adolph Roßmäßler und Gottlob Tafel teilgenommen sowie wohl auch der in Frankfurt lebende österreichische Abgeordnete Heinrich Reitter. Auf der Tagesordnung stand vor allem die Frage, ob es sinnvoll sei, daß sich die Rumpfparlamentarier als Vorparlament konstituierten und, auch gegen die Regierungen, bundesweite Wahlen ausschrieben. Hierfür plädierten die Norddeutschen – wohl im Überschwang der erfolgreichen politischen Mobilisierung im preußischen Verfassungskonflikt, während die süddeutschen Rumpfparlamentarier diese revolutionäre Strategie angesichts der »allgemein herrschenden Stimmung als völlig unausführbar« ablehnten. Ein weiteres Treffen wurde für die Zeit nach der nächsten Generalversammlung des Nationalvereins vereinbart, auf dem die Paulskirchenlinke auch ihr Verhältnis zu der neuen, immer einflußreicheren Organisation klären wollte, das sie von einem Bekenntnis des Vereins zur Reichsverfassung von 1849 abhängig machte.⁵

Für jenes nächste Treffen verfaßten sechs der beim Schützenfest versammelten Rumpfparlamentarier noch im gleichen Monat eine Einladung, deren Entstehungsgeschichte auf komplizierte Abstimmungsprobleme und interne Differenzen schließen läßt. Dafür spricht etwa der vorsichtige erste

⁴ A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 228 ff.; W. REAL, *Pfingstversammlung*, 1970; v. Sybel an Baumgarten 11. 6. 1862, Baumgarten an v. Sybel 15. 6. 1862 (beides in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 95 ff.); Roßmäßler an Streit 14. 6. 1862 (BA F5g. 1/228); C. Schüler an Venedey 14. 1. 1864 (BA 90 Ve 1/48).

⁵ A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 249 f.; C. Vogt an C. Mayer 23. 7. 1862, Nauwerck an dens. 23. 8. 1862 (alles NL Näf); DAZ 25. 9. 1862 (Zitat). Auch Vogt hatte zunächst vorgehabt, zum Schützenfest nach Frankfurt zu fahren (»Ich möchte wieder einmal eine ächt teutsche Röde vom blonden Venedey« – Vogt's Intimfeind seit Paulskirchenzeiten – »hören«), war aber dann ebensowenig hingefahren wie Hartmann. Vgl. C. Vogt an C. Mayer 18. 6. 1862 (NL Näf).

Satz der Einladung, in dem es über den geplanten Abgeordnetentag heißt: »Angesichts des stattfindenden Versuchs, eine Versammlung zu bilden, welche ein ›Vorparlament‹ sein soll, nur unter Vermeidung des Namens; angesichts der gesammten Lage des Vaterlandes tritt an die noch im rechtlichen Besitz ihres Mandats stehenden Parlamentsmitglieder die Aufforderung heran, sich zunächst zu einer einfachen Privatbesprechung zu vereinen.« Als die einzigen, »noch im rechtlichen Besitz ihres Mandats stehenden Parlamentsmitglieder« sahen die Verfasser diejenigen Paulskirchenabgeordneten an, die ihre Mandate nicht niedergelegt hatten, also die Mitglieder des Stuttgarter Rumpfparlaments, die bis an dessen Ende ausgehalten hatten. Das von Roßmässler verfaßte Einladungsschreiben betonte im Gegensatz zum Tenor der Pfindgtdiskussion die alleinige Legitimation der Rumpfparlamentarier in Fragen der deutschen Einigung: »Noch sind wir die Einzigen, welche ein Mandat von der deutschen Nation unmittelbar erhalten haben. Nicht nur ist dieses Mandat formell noch nicht erloschen, nicht nur besitzen wir sonach ein besonderes äußeres *Recht*, uns mit den Angelegenheiten des Vaterlandes zu befassen – sondern es ist auch nach allem, was vorangegangen und namentlich nach einem besonderen Parlamentsbeschluß⁶ unsere spezielle *Pflicht*, alle politischen Wandlungen der Zeit sorgsam im Auge zu behalten.«⁷

Dieser Aufruf war bereits im Juli, unmittelbar nach dem Frankfurter Treffen der Paulskirchenlinken verfaßt, aber erst im September versandt worden. Sowohl die Verzögerung der Versendung als auch die Unterzeichnung durch nur einen Teil der beim Schützenfest Versammelten läßt darauf schließen, daß ein Teil der Nationalsammlungsopposition die eingeschlagene Konfrontationstaktik gegen die Initiatoren des Abgeordnetentags nicht gutieß, die einen Rückfall vor die realpolitische Wende und eine Abkehr von der kooperativen Strategie der Linken bedeutete. Zu denjenigen, die eine Rekonstituierung des Rumpfparlaments ablehnten, gehörten insbesondere die später bedeutendsten Politiker, die an dem Treffen beim Frankfurter Schützenfest teilgenommen hatten, nämlich Wilhelm Löwe und Carl Mayer. Ein relevanter Teil der Paulskirchenlinken hatte jedoch die demokratische Legitimation der Nationalversammlung immer für den wichtigsten Anknüpfungspunkt bei der Fortsetzung des nationalen Einigungsprozesses gehalten und deshalb an der revolutionären Strategie von 1848/49, also am Bruch mit den bestehenden politischen Systemen festgehalten. Als die über-

⁶ Vom 30. 4. 1849 (StB, S. 6354).

⁷ E. ROSSMÄSSLER, Mein Leben, 1862, S. 363 f. Das von Christmann, Heldmann, Kolb, Reinhard, Gottlob Tafel und Roßmässler unterzeichnete Einladungsschreiben ist mit geringen Fehlern abgedruckt in: L. BAMBERGER, Erinnerungen, 1899, S. 511 f., auszugsweise in: MNN 21. 9. 1862, S. 3614. Ein Exemplar liegt im Nachlaß H. Beckers (UB Köln, U 53 12). Abschließend heißt es dort, man müsse gegen »die neuerlich verlautbarte Absicht Schmerlings, mit Beschaffung einer Nationalvertretung ›unmittelbar an Frankfurt anknüpfen zu wollen‹, auftreten. Vgl. Nauwerck an C. Mayer 23. 8. 1862 (NL Näf); C. MAYER, Festfahrt, 1863, S. 296.

wältigenden Wahlerfolge der Fortschrittspartei in den frühen 1860er Jahren und ihre »Realpolitik« wiederum nicht zur Eroberung einflußreicher Machtpositionen führten, erhielt diese fundamentaloppositionelle Strömung in den Jahren 1862 bis 1864 neuen Zulauf. Ausdruck dieser wachsenden Unterstützung für eine demokratisch-revolutionäre Vorgehensweise waren die Initiativen für eine Rekonstituierung des Rumpfparlaments.

Roßmäßler sandte dem Geschäftsführer des Nationalvereins für den Versand der Einladung zu dem für den Oktober geplanten Treffen der Rumpfparlamentarier einen Verteiler, auf dem die politisch wichtigsten Mitglieder der Frankfurter Linken aus der Sicht des Jahres 1862 standen.⁸ Sie sollten die Einladung an weitere Ex-Abgeordnete, mit denen sie in Kontakt standen, weiterleiten. Außer dem im Weimarer Exil lebenden Rank stand kein Österreicher auf Roßmäßlers Verteiler. Endete die Diskussion auf dem Pfingsttreffen mit dem von der Mehrheit rein taktisch gemeinten Angebot zur Teilnahme der Deutschösterreicher am Abgeordnetentag, so legten auch die Initiatoren des Treffens der Rumpfparlamentarier keinen Wert auf österreichische Beiligung. Dabei hatten vierzehn Deutschösterreicher bis zum Ende in Stuttgart ausgeharrt, von denen die meisten noch politisch aktiv waren und mindestens Demel, Giskra und Kolatschek im wiedererstandenen österreichischen Liberalismus Einfluß hatten. Von den maßgeblichen Männern der Linken außerhalb Österreichs wurde 1862 eine großdeutsche Lösung offenbar nicht für realisierbar gehalten. Eine Bemerkung Roßmäßlers in seinem Einladungsschreiben deutet zudem darauf hin, daß das geplante Treffen auch dazu dienen sollte, die moralische Autorität der Rumpfparlamentarier gegen die auf Fröbel zurückgehende, österreichische Bundesreforminitiative in die Waagschale zu werfen. Fröbels Plan wurde in der Linken vor allem deshalb abgelehnt, weil die darin versprochene Nationalvertretung nur indirekt, nämlich aus den Kammern der Einzelstaaten, gewählt werden sollte.

Im September kam es am Rande des in Wien stattfindenden Deutschen Juristentags zu einer »Privatbesprechung« zwischen Mitgliedern des Vorbereitungsausschusses für den Abgeordnetentag und österreichischen Parlamentariern, um über deren Teilnahme zu verhandeln. Von den 18, die sich in Wien trafen, hatten fünf zur Opposition in der Frankfurter Nationalversammlung gehört: auf österreichischer Seite Johann Nepomuk Berger, Gustav Groß, Ignatz Kuranda und Franz Schuselka sowie auf »deutscher« Seite der Sachse Hermann Joseph. Außerdem nahmen die gemäßigten österreichischen Paulskirchenabgeordneten Ignatz Kaiser und Eugen Megerle v. Mühlfeld teil. Auch der preußische Abgeordnete und Paulskirchendemokrat

⁸ Es sind dies neben den sechs Initiatoren die auch im Mittelpunkt dieser Studie stehenden Männer: Engel, Förster (er lebte allerdings seit 1851 in den USA), Hagen, Haggenmüller, Hildebrand, Hönniger, Jacoby, Löwe, Mölling, Mohr, Nauwerck, Rank, v. Rappard, Reinhard, Christian Schüler, Ludwig Simon, Temme, Vischer und Vogt (Roßmäßler an Streit 14. 6. 1862; BA FSg. 1/228).

Friedrich Martiny befand sich während des Juristentages in Wien, nahm aber offenbar nicht an der Besprechung zur Vorbereitung des Abgeordnetentages teil, konferierte jedoch mit Fröbel, dem Mann im Hintergrund.⁹

Bluntschli erklärte gleich zu Beginn, es gebe nur zwei realistische Wege zur deutschen Einheit, nämlich das Ausscheiden Österreichs und den Eintritt »Deutschösterreichs« in den künftigen Bundesstaat unter Zurücklassung seiner außerdeutschen Länder. In seiner Reaktion kehrte Kuranda den Spieß um: Bevor Bedingungen an Österreich gestellt würden, solle erst einmal geklärt werden, unter welchen Bedingungen »das preußische Volk, das preußische Heer, das preußische Parlament« sich einer deutschen Zentralgewalt unterwerfen würden. Da die Nationalvereinsführung wisse, daß Preußen keinesfalls seine Souveränität aufgeben werde, sondern selbst die Zentralgewalt übernehmen wolle, die dann allerdings »nicht eine allgemein deutsche, sondern eine spezifisch preußische wird«, wolle sie das Problem lösen, indem sie Österreich von der Einigung ausschließe. Nach dieser treffenden Analyse erklärte Kuranda, die Österreicher verlangten »bloß Gleichberechtigung«; in einen deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung könnten sie sich allerdings nicht integrieren. Der demokratische Föderalist Berger war sich mit dem Großösterreicher Kuranda einig, daß Preußen in seinem Partikularismus und seiner fehlenden Bereitschaft zur Einordnung in ein künftiges Deutschland Österreich grundsätzlich gleiche. Er plädierte – als Konsequenz aus dem Scheitern der Revolution und der Nationalversammlung – dafür, nun den Weg allmählicher Bundesreform durch die Regierungen auszuprobieren, und dieser könne nicht ohne Österreich gegangen werden, solange es Bundesglied sei.

Einzig Schuselka kam von österreichischer Seite den Vorstellungen Bluntschlis und des Vorbereitungsausschusses entgegen. Er erklärte, »von einem Eintritt Gesamtösterreichs« in den künftigen Nationalstaat könne »keine Rede sein«. Er deutete die Möglichkeit einer Sezession der österreichischen Bundesterritorien aus dem Kaiserstaat an und distanzierte sich klar von den Großösterreichern, wenn er betonte: »Es gibt in Österreich eine Anzahl von wahrhaft Liberalen«, die »sich allen Bestrebungen zur freiheitlichen Neugestaltung Deutschland anschließen« würden, »mögen sie auch noch so weit gehen«. Die Großösterreicher Kaiser und Kuranda widersprachen Schuselka sofort: Es gebe »unter den Österreichern verschiedene Parteirichtungen, aber sie seien alle einig »in Bezug auf das Festhalten an Deutschland«. Aber die österreichischen Teilnehmer des Treffens dachten in anderen politischen Zeitdimensionen als die Nichtösterreicher. »Wenn erst die Neuconstituierung Deutschlands zur Reife herangediehen« sei, werde sich alles Weitere finden – »selbst die Centralisten im Reichsrathe« würden dann »gerne die

⁹ Beobachter 6./7.9.1862 (auch für die folgenden drei Abschnitte); ergänzend: [Bluntschli?] »Die politische Besprechung in Wien«, Süddeutsche Zeitung 6.9.1862, sowie Bluntschlis Rechenschaftsbericht: AT I, S. 3 ff.; Fröbel an Rodbertus 18.9.1862 (H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 210). Zur Bundesreform vgl. Kap. XVI.

Hand bieten« zur Revision der zentralistischen Februarverfassung. Im Vergleich zu den Äußerungen der Deutschliberalen im Vorjahr waren großdeutsche Ideen bei den Koordinationsgesprächen im Vorfeld des ersten Abgeordnetentags hörbar vertreten. Dahinter stand das taktische Interesse, aus einer so wichtigen deutschlandpolitischen Organisation nicht ausgeschlossen zu bleiben. Darüber hinaus hatte sich durch den preußischen Verfassungskonflikt und das Patt, in dem sich die großpreußische Linke befand, die Situation verändert: 1862/63 war die Stimmung in der politisch interessierten Öffentlichkeit noch einmal äußerst günstig für eine großdeutsche Lösung – etwa auf dem Wege der von Fröbel vorgeschlagenen Bundesreform.

Zwischen den nach Wien gereisten Mitgliedern des Vorbereitungsausschusses traten in den Verhandlungen Differenzen offen zutage. Während der Augsburger Josef Völk die großpreußische Linie vertrat, hielt Bluntschli auch im Fall des Ausscheidens Österreichs eine preußische Spitze keineswegs für zwangsläufig und näherte sich dem Plan einer allmählichen Bundesreform an: Man wolle »die Einzelstaaten und deren Souveränität unberührt lassen« und nur »die negative Einheit des jetzigen Bundes in eine positive verwandeln«. Über die »Intensität« der Einheit sei noch nicht entschieden, sie »könne eine lockerere oder aber eine strammere sein«, je nach dem, ob Österreich beitrete oder nicht. »Unabweislich« seien jedoch »das deutsche Parlament und ein deutsches Ministerium des Äußeren«. Damit hatte Bluntschli elegant zwei Bedingungen benannt, die für die österreichische Regierung auf absehbare Zeit unannehmbar schienen. Im Gegenzug versuchte Berger, die Schwelle abzusenken, indem er das »Postulat eines deutschen Parlaments das einzige practische deutsche Programm« nannte. Er bot damit an, die bestehenden Institutionen des Deutschen Bundes anzuerkennen, wenn die Fürsten im Gegenzug eine gesamtdeutsche Volksvertretung wählen ließen. Dies lag auf der Linie des von Julius Fröbel konzipierten Bundesreformvorschlages – nur mit dem entscheidenden Unterschied, daß die Volksvertretung »keine bloße Delegiertenversammlung« sein, sondern »aus directen Wahlen hervorgehen« und »neben der Bundesversammlung ein gleichberechtigter legislativer Factor« sein sollte. Alles weitere sollte der künftigen Entwicklung und der Kooperationsbereitschaft der deutschen Regierungen überlassen werden. Die anwesenden Großösterreicher widersprachen Bergers Resümee nicht. Die von ihm als gemeinsame Position charakterisierte Vorstellung vom Weg zur deutschen Einheit lief auf eine Bundesreform hinaus, in deren Rahmen eine zunächst mit nur geringen Befugnissen ausgestattete Nationalvertretung geschaffen werden sollte. Bergers Vorschlag entpuppte sich in den nächsten Jahren als die einzig realistische Alternative zu einer großpreußischen Lösung. Demokratische Föderalisten wie Berger hofften, daß aus der Existenz eines Nationalparlaments und weiteren Erfolgen der liberalen und nationalistischen Bewegung in den deutschen Staaten eine Dynamik entstehen werde, die allmählich das Gewicht der Nationalvertretung vergrößern und zum Ausbau der

gemeinsamen Institutionen des reformierten Deutschen Bundes führen werde.

Das Ergebnis der Wiener Besprechungen war in seiner Formelhaftigkeit jedoch noch kein ernstzunehmender Lösungsvorschlag für die deutsche Frage. Denn es gab auf absehbare Zeit keine Chance, die Regierungen der beiden Großmächte wie auch die der meisten Mittelstaaten zu ernsthaften Verhandlungen über eine so weit gehende Bundesreform zu veranlassen. Auch der Verweis auf die USA und die Schweiz als Modelle für Föderationen, deren Mitglieder ihre inneren Angelegenheit weitgehend autonom gestalten konnten, war nicht mehr als eine Formel. Denn die Unterschiede zwischen den Einzelstaaten waren in beiden Fällen weitaus geringer als im Deutschen Bund. Weder hatten jene Föderationen Großmächte zu integrieren noch Staaten, deren Territorien hauptsächlich außerhalb des Bundes lagen. Aber der Wiener Kompromiß bot eine Basis, um auf dem Abgeordnetentag gemeinsam nach Chancen einer großdeutschen Lösung zu suchen. Selbst Fröbel fand: »Das Eis ist gebrochen« und trat vorübergehend wieder für die Teilnahme der »Großdeutschen« am Abgeordnetentag ein.¹⁰

Neben der allgemeinen Kompromißbereitschaft bestand jedoch ein krasser Motivationsunterschied zwischen den Befürwortern einer Bundesreform und denjenigen preußischer Vorherrschaft, der nicht nur bei dieser außergewöhnlich gut dokumentierten Begegnung zutage tritt: Die Großpreußen waren von einer auffälligen Ungeduld geprägt hinsichtlich der Zeitspanne, in der die Einigung realisiert werden müsse. Dies ließ sie auf eine Einigung durch Krieg oder auf eine neue Revolution setzen, während die Befürworter der Bundesreform in längeren Zeitdimensionen dachten, an die »tausend Jahre« gemeinsamer Geschichte erinnerten und darauf hinwiesen, daß sich historisch gewachsene Strukturen nur langsam verändern ließen. Dies hing nicht zuletzt mit ihren Erfahrungen mit der Schwerfälligkeit der österreichischen Politik zusammen: Eine Deutschlandpolitik, die auf rasche Veränderungen setzte, schloß allein dadurch eine Einbeziehung Österreichs faktisch aus.¹¹

¹⁰ Fröbel an Rodbertus 29. 8. 1862 (H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 208), an Wydenbrugg 30. 8. 1862 (BA FN 16, Mappe I). Fröbel bestätigte in einem Kommentar (Der Botschafter 4. 9. 1862) ausdrücklich die Bereitschaft der österreichischen Regierung zur Revision der Februarverfassung. Für die Beteiligung »der großdeutschen Partei« am Abgeordnetentag plädierten auch: Kolatschek an Wuttke 27. 6. 1862 (StA Dresden, NL Wuttke 8); O. v. WYDENBRUGK, Stellung, 1862. Vgl. auch W. REAL, Pfingstversammlung, 1970, S. 196 ff.

¹¹ Vgl. neben den Wiener Verhandlungen: O. v. WYDENBRUGK, Bildung, 1863, S. 386; DERS., Stellung, 1862; DERS., Preußisch-polnische europäische Verwicklung, 1863, S. 1021. Fröbel zufolge basierte in Wien das Mißtrauen Bismarck gegenüber hauptsächlich darauf, daß man in ihm eine »Art von Oberrevolutionär« sah (J. FRÖBEL, Herr v. Bismarck, 1864). »Die Abneigung gegen zu lebhaft Bewegungen der Weltgeschichte gehört traditionell zu den Bedingungen [...] der österreichischen Politik« (DERS., Bestrebungen Österreichs, 1864).

Obwohl bei der Wiener Besprechung unter maßgeblicher Beteiligung vor allem österreichischer Paulskirchenveteranen die Gesprächsfäden zwischen der deutschösterreichischen und der außerösterreichischen Linken wieder geknüpft worden waren und eine Basis für die Teilnahme österreichischer Parlamentarier am Abgeordnetentag gelegt worden war, kam es nicht dazu. Den Achtundvierzigern, die noch selbst in einem gesamtdeutschen Parlament gesessen hatten, gelang es 1862 nicht mehr, ihren großdeutschen Idealismus auf die deutsch-liberale Öffentlichkeit in Österreich und eine relevante Zahl von Abgeordneten zu übertragen. Realpolitiker wie Fröbel hatten das zunehmende Desinteresse der österreichischen Öffentlichkeit und Politiker an der deutschen Frage wahrgenommen und suchten deshalb eine enge Kooperation mit der österreichischen Regierung, mit der selbst unter dem an der Zukunft des Deutschen Bundes noch vergleichsweise interessierten v. Schmerling ein direkt gewähltes gesamtdeutsches Parlament, das alle Teilnehmer der Wiener Besprechung als Minimalbedingung benannt hatten, nicht zu realisieren war. Dennoch war Fröbel vorübergehend für eine Teilnahme am Abgeordnetentag eingetreten, weil er befürchtete, in Weimar könne sich ein Vorparlament konstituieren, ohne daß die »Großdeutschen« teilnahmen. Als sich herausstellte, daß dies nicht die Absicht der Organisatoren war, und ihm klar wurde, daß die proösterreichische Fraktion innerhalb der Linken zu schwach und zu schlecht organisiert war, um auf dem Abgeordnetentag eine für die österreichische Regierung akzeptable Formel durchbringen zu können, setzte Fröbel auf die selbständige Formierung der supranationalen Föderalisten.

Das Gründungstreffen ihrer deutschlandpolitischen Organisation, des späteren Reformvereins, fand am 7./8. September 1862 in Rosenheim statt. An ihm nahmen neben dem Organisator Fröbel aus den Reihen der Paulskirchenlinken v. Wydenbrugk und Wuttke teil. Daß der entstehende Reformverein Schwierigkeiten haben würde, politische Bedeutung zu entwickeln, zeigte sich bereits in der langen Reihe der Absagen politisch bedeutender Persönlichkeiten, vor allem aus den Reihen des katholischen und gemäßigten Liberalismus wie Lothar Bucher, Rudolf Probst, Sigmund Schott, Ludwig Windthorst usw. Sie hielten alle an der großdeutschen Idee des Jahres 1848 fest, konnten sich jedoch nicht für die eng an die Wiener Regierung angelehnte, supranationale Konzeption Fröbels begeistern, der das gesamte Territorium des Kaiserstaats in eine schutzzöllnerische Föderation mitteleuropäischer Staaten integrieren wollte, die unter österreichischer Vorherrschaft stehen sollte. Auf der Rosenheimer Besprechung wurde trotz der skeptischen Reaktion vieler Prominenter, auf deren Beteiligung man gerechnet hatte, die Einberufung einer Honoratiorenversammlung in Konkurrenz zum Abgeordnetentag für Ende Oktober nach Frankfurt beschlossen – als »machtvolle Bekundung des Großdeutchtums«.

Nach der selbständigen Konstituierung der supranationalen »Partei« war endgültig klar, daß der Abgeordnetentag nicht die gesamte deutsche Einigungsbewegung versammeln würde. Daraufhin sandten Berger und der

Reichsratsabgeordnete Karl Rechbauer, der an der Rosenheimer Versammlung teilgenommen hatte, am 20. September einen Absagebrief an Bluntschli. Mit eher formalen, politisch nicht zwingenden Argumenten distanzieren sie sich vom Weimarer Abgeordnetentag. Sie fürchteten, auf der voraussichtlich mehrheitlich großpreußisch orientierten Versammlung zwischen alle Stühle zu geraten. Bei einem Treffen österreichischer Parlamentarier am 18. September hatte sich gezeigt, daß die meisten Großösterreicher gegen eine Teilnahme am Abgeordnetentag waren. Es war absehbar, daß in Weimar der österreichische Vorschlag einer aus den Landtagen delegierten Nationalvertretung im Mittelpunkt der Diskussionen stehen würde. Wären die demokratischen Föderalisten aus Österreich wie Berger oder Schuselka dennoch zum Abgeordnetentag gefahren, so hätten sie dort einerseits wegen der fehlenden Unterstützung im eigenen Land wenig Gewicht gehabt. Auf der anderen Seite bestand kaum eine Chance, dort mit großdeutsch-föderalistischen Vorstellungen nennenswerte Resonanz zu finden, zumal diese in keiner realisierbaren Form vorlagen.¹²

So hatten auf beiden Seiten die Parteistrategen gesiegt: Der Abgeordnetentag fand ohne Österreicher statt und konnte die ihm von der Nationalvereinsführung zugedachte Rolle übernehmen, als Vorfeldorganisation für die Durchsetzung der großpreußischen Lösung zu fungieren, ohne mit Konflikten um die Einbeziehung Österreichs über Gebühr belastet zu werden. Die Großösterreicher hatten eine Frontbegradigung erreicht, indem sie sich aus der aktiven Deutschlandpolitik zurückzogen, die für sie nur einen Nebenschauplatz darstellte. Die supranationalen Föderalisten konnten sich dem Aufbau einer eigenen Organisation zur Unterstützung der Bundesreforminitiative der österreichischen Regierung widmen und liefen nicht Gefahr, daß in einer offenen Debatte auf einer Versammlung, auf der sie in der Minderheit waren, ihre gouvernementale Ausrichtung und ihre zahlenmäßige Schwäche sichtbar wurden. Die Strategen aller drei Richtungen legten mehr Wert auf vorstrukturierte Diskussionen, möglichst ohne die Teilnahme potenter Kritiker, als auf offene Auseinandersetzungen. Für ihre Versammlungen wurde jeweils sehr bewußt der Tagungsort gewählt und die Schlüsselreferate durch die jeweiligen Führungsgremien sorgfältig vorbereitet. Falls die Veranstaltungsregie zu scheitern drohte, scheute man sich nicht, zu Geschäftsordnungstricks zu greifen. Daher hatten die öffentlich-

¹² Berger/Rechbauer an Bluntschli 20. 9. 1862 und Antwortbrief vom 24. 9. (Süddeutsche Zeitung 23. bzw. 25. 9. 1862); Fröbel an Wuttke 28. 7. 1862 (StA Dresden, NL Wuttke/8), an C. Kapp 20. 9. 1862 (BJ), an Rodbertus 18. 9. 1862 (in: H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 209); Probst an Fröbel 4. 10. 1862 (ebd., S. 223 ff.); Berger an M. Mohl 20. 10. 1862 (ebd., S. 228); O. v. WYDENBRUCK, Versammlung; 1862; rückblickend: H. WUTTKE, Parteien; 1865; W. REAL, Bundesreformbestrebungen, 1963, S. 196 ff.; DERS., Reformverein, 1966, S. 202 f.; DERS., Pfingstversammlung, 1970, S. 210 f. A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 233 ff., sieht den Vorgang zu einseitig als Intrige Bluntschlis.

keitswirksamen Veranstaltungen der Einigungsbewegung im allgemeinen einen primär akklamatorischen Charakter.¹³

Einzelne Politiker aus der Paulskirchenlinken wie Venedey oder Schaffrath opponierten gegen die Parteibildung, die sich im Scheitern eines gesamtdeutschen Abgeordnetentages manifestierte. »Wer es gut meint mit Deutschland, der sagt: weder groß- noch kleindeutsch, sondern reindeutsch«, schrieb Venedey. »Zwei Parlamente [!], eins in Weimar, eins in Frankfurt, heißt den Bruder- oder Bürgerkrieg herausfordern. Im Namen des ganzen Deutschlands, soweit die deutsche Zunge klingt, soweit deutsches Blut in deutschen Adern fließt, beschwöre ich jeden Echt-, Wahr- und Reindeutschen, nach Weimar zu gehen, um dort das Kleindeutschtum [...] zu bekämpfen, um dann, wenn die Großdeutschen versuchen sollten, in Frankfurt ein Gegenparlament aufzustellen, auch dort [...] das Vaterland höher zu stellen als den Parteihaß, Parteiavortheile, Parteirücksichten, die nur zum Vortheile der inneren und äußeren Feinde Deutschlands ausschlagen können.« Bezogen auf den Abgeordnetentag hatte Venedey insofern recht, als dieser ein überparteiliches Organ, nämlich der Ersatz für eine Nationalvertretung sein sollte, auch wenn die Organisatoren den Ausdruck Vorparlament möglichst vermieden, um keine Assoziationen an »das Gespenst von 1848« zu wecken. Auf die Frankfurter Zusammenkunft der österreichfreundlichen supranationalen Föderalisten traf seine Kritik jedoch nicht zu, handelte es sich dabei doch erklärtermaßen um eine Parteiversammlung, die den organisatorischen Rückstand, den man gegenüber dem großpreussischen Flügel der Einigungsbewegung seit der Nationalvereinsgründung hatte, verkleinern sollte.

Einerseits war Venedeys Analyse hellsichtig. Tatsächlich lief der Versuch der kurzfristigen, großpreussischen Nationalstaatsgründung mindestens auf einen Krieg unter den Mitgliedern des Deutschen Bundes, letztlich sogar auf einen europäischen Krieg hinaus. Daraus hat die Nationalvereinsführung auch nie einen Hehl gemacht. Andererseits war Venedeys Haltung unpolitisch und voluntaristisch. Er wollte allein durch den moralischen Appell die Einheit herstellen und hing dabei großdeutschen und idealistischen Vorstellungen nach, die sich spätestens 1848 angesichts der aufbrechenden sozialen Gegensätze und der politischen Machtverhältnisse als unreal erwiesen hatten.¹⁴ Venedey unterschied sich in seiner ethnisch-nationalistischen Begründung grundlegend von den Vorstellungen der drei »Parteien« der Großösterreicher, Großpreußen und supranationalen Föderalisten, für die

¹³ Vgl. hierzu Wuttke, AAZ 18. 10. 1863; Rudolf Probst an Fröbel 4. 10. 1862 (in: H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 225) sowie allgemein A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994; DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995.

¹⁴ J. VENEDÉY, Aufruf, 1862. Ähnlich argumentierte Venedey auch auf dem Abgeordnetentag (AT I, S. 15 und 35 ff.). Schaffrath (an Wuttke 18. 9. 1862; StA Dresden, NL Wuttke/8) plädierte ebenfalls dafür, daß zumindest die demokratischen Föderalisten nach Frankfurt und nach Weimar gehen müßten; vgl. A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 246 f. (Distanzierung vom Vorparlament).

es sich bei der Lösung der deutschen Frage um Territorial- und Machtfragen handelte, nämlich darum, die preußische, österreichische bzw. deutsche Einflußsphäre möglichst weit auszudehnen.¹⁵

4. Der erste Abgeordnetentag – kleindeutsch, nicht großpreußisch

Trotz der Querelen, die zum Fernbleiben vieler führten, die sich ursprünglich für die Idee eines gesamtdeutschen liberalen Abgeordnetentags begeistert hatten, zählten zu den ca. 400 Teilnehmern des Weimarer Kongresses am 28. und 29. September 1862 auch vierzehn Oppositionelle aus der Paulskirche.¹ Auffällig ist, daß keiner der hier Versammelten an dem knapp vierzehn Tage später stattfindenden Treffen ehemaliger Rumpfparlamentarier in Frankfurt teilnahm, zu dem sich rund 20 andere Mitglieder der Paulskirchenlinken einfanden. Die namentlich bekannten Teilnehmer in Frankfurt hatten überwiegend der radikalen Linken angehört (Do: 3, DH: 9, Wh: 3); die in Weimar repräsentierten das gesamte Spektrum der bürgerlichen Linken, waren jedoch eher Mitglieder gemäßigter Fraktionen gewesen (Do: 2, DH: 4, Wh: 4, WH: 3, bkF: 1). Dementsprechend waren in Frankfurt vornehmlich 1849er Emigranten versammelt, von denen Carl Vogt und Ludwig Simon allerdings öffentlich ihre Sympathien mit dem Abgeordnetentag und seinen Zielen bekundeten. Löwe wurde trotz seiner Abwesenheit in Weimar in den ständigen Ausschuß des Abgeordnetentages kooptiert. Es handelte sich also trotz mancher Unterschiede zwischen den Teilnehmern beider Treffen nicht um einen prinzipiellen Gegensatz. Daß niemand an beiden Versammlungen der führenden Männer der politischen Linken teilgenommen hatte, dürfte in erster Linie zeitliche und finanzielle Gründe gehabt haben, bedeutete das Reisen doch jeweils einen erheblichen Aufwand.

In Weimar waren eher diejenigen versammelt, die sich nach dem Ende der offenen Repression wieder innerhalb des Bundesgebietes eine reputierliche Stellung erworben hatten und wieder einem Landtag angehörten. Ihre Stellung im bürgerlichen Leben dürfte auch ein wesentlicher Grund dafür gewesen sein, daß sie nicht zweimal innerhalb von vierzehn Tagen zu politischen Treffen abkömmlich waren – zumal in einem Jahr, das ohnehin so voll mit wichtigen politischen Terminen war wie keines seit 1849. Obwohl die Mitgliedschaft im Nationalverein oder die Sympathie mit seinen Bestrebungen die meisten Teilnehmer *beider* Treffen verband, kam es zu keiner Koordination zwischen den stärker vorparlamentarischen Bemühungen in Wei-

¹⁵ Vgl. Fröbel an Rodbertus 13. 10. 1862 (in: H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 214); J. FRÖBEL, Kleine Politische Schriften, Bd. II, 1866, S. 39 ff.

¹ C. Becker, Biedermann, Böcking, Enders, Fetzer, Grumbrecht, J. Hoffmann, Joseph, Jucho, Paur, Schaffrath, C. Schüler, Venedey und Wigard.

mar und den stärker parteipolitischen in Frankfurt.² Auch an der zweiten Generalversammlung des Nationalvereins, die in Coburg just an dem Wochenende zwischen dem Weimarer Kongreß und dem Frankfurter Demokratentreffen stattfand, nahmen nur zwei Mitglieder der Paulskirchenlinken teil.³ Dies weist auf ein für die Paulskirchenlinke spezifisches Selbstverständnis hin: Man sah sich eher als Repräsentanten des ganzen »deutschen Volkes« und als Mahner zur Einigkeit. Generell war die Paulskirchenlinke auf »Partei«-Versammlungen weniger präsent als auf quasiparlamentarischen, die auch auf eine Betonung personeller Kontinuität zur Frankfurter Nationalversammlung besonderen Wert legten.

Im Sommer und Herbst 1862 war also immerhin mindestens ein Drittel der noch im mitteleuropäischen Raum lebenden 150 Oppositionellen aus der Nationalversammlung aktiv im Partei- und Nationalstaatsgründungsprozeß engagiert. Daß es zwischen den unterschiedlichen Veranstaltungen so geringe Überschneidungen gab, verweist nicht nur auf politische Differenzen, sondern hängt mehr noch mit einem allgemeinen Charakteristikum zusammen, das die Politik im 19. von der im 20. Jahrhundert abhebt. Wegen der immer noch geringen Mobilität war die Teilnahme an zentralen politischen Treffen zeit- und kostenaufwendig. Andererseits konnten nur diejenigen in Schlüsselfunktionen aufrücken, die bei solchen Zusammenkünften präsent waren, auf denen wegen der sonst schwerfälligen Kommunikationsmöglichkeiten die gesamte überregionale politische Koordination stattfand. Wer jeweils kam, hing jedoch in hohem Maße davon ab, *wo* solche Treffen stattfanden und mit welchen beruflichen Aktivitäten sie sich verbinden ließen. Bei allen überregionalen Versammlungen der Einigungsbewegung waren jeweils diejenigen, die in der näheren Umgebung wohnten, deutlich überrepräsentiert. Auch so ist es zu erklären, daß die Paulskirchenlinke als über das ganze Bundesgebiet (und durch die Verfolgung weit darüber hinaus verstreute) politische Gegenelite nicht in größerer Zahl an einem Ort zusammentraf. Ihre Kommunikation wie auch die Koordinierung ihrer politischen Aktivitäten mußte wegen ihres Charakters als nationale, verstreut lebende Elite in hohem Maße auf brieflichem Wege erfolgen. Ihre Korrespondenz jedoch ist voll von Absagen an Zusammenkünfte, zu denen man eigentlich gerne gekommen wäre, aber aus beruflichen, familiären, gesundheitlichen Gründen nicht reisen konnte.

Auf dem ersten Abgeordnetentag setzte sich Hermann Joseph, der am Ende auch in den ständigen Ausschuß gewählt wurde, mit einem Antrag

² AT I, S. Vff.; H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 196 (C. Vogt und L. Simon); zum Frankfurter Demokratentreffen vgl. unten sowie Kap. IV. 2. Da die Teilnehmer dieses Treffens nicht alle bekannt sind, könnten sich doch Überschneidungen ergeben (in Frage käme etwa der Frankfurter Jucho, der allerdings bei seiner in den 1860er Jahren prononciert konstitutionellen Haltung nicht unbedingt an der Frankfurter Zusammenkunft teilgenommen haben muß). Die ausgewerteten Briefe weisen jedoch nicht darauf hin.

³ J. Hoffmann, der auch in Weimar gewesen war, und L. Müller (NV III, S. 5 ff.).

durch, demzufolge die Zulassung von Mitgliedern aus Kammern, die aufgrund von Vorschriften gewählt worden waren, die in den frühen 1850er Jahre oktroyiert wurden, keine Anerkennung dieser Oktrois bedeute. Vielmehr sei die »Wiederaufrichtung des Rechtszustandes in jenen Ländern ein allgemeines deutsches Interesse« sei. Nicht zufällig wurde dieser Antrag aus den Reihen der sächsischen Paulskirchenlinken gestellt. Denn sie hielt im Gegensatz zu ihren preußischen Genossen zu diesem Zeitpunkt noch am Parlamentsboykott fest, den sie aus Protest gegen den Staatsstreich vom 3. Juni 1850 begonnen hatte. Angesichts der Zuspitzung im preußischen Verfassungskonflikt, in dem sich die Versammlung ausdrücklich mit der renitenten Parlamentsmehrheit solidarisierte, und der Tatsache, daß man nach der Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten allgemein einen erneuten Staatsstreich auch in Preußen erwartete, war dies eine höchst aktuelle Frage. Entsprechend appellierte Joseph auch an die preußische Regierung, zur Verfassungstreue zurückzukehren, und erinnerte an den »Wahlspruch« »Preußen wird überall das Recht schützen«. Joseph, der als führendes Nationalvereinsmitglied ein Gegner der Bundesreformidee war, fragte den österreichischen Regierungschef v. Schmerling ironisch, ob es nicht an der Zeit sei, »anstatt schwelgender Fülle der Worte« eine »deutsche That in die schwankende Wagschale« zu werfen. Er schlug ihm vor, die mit Österreich in der »Würzburger Koalition« verbündeten deutschen Regierungen aufzufordern, »die geraubten Verfassungen zurückzugeben.«⁴ Um seine Läuterung zum Konstitutionalismus unter Beweis zu stellen, sollte Österreich zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Regime in den Mittelstaaten, insbesondere in Kurhessen und Sachsen, beitragen.

Venedey und Christian Schüler schlugen zum wichtigsten Tagesordnungspunkt, einer Resolution zur »deutschen Reformfrage«, einige Änderungen vor, mit denen sie sich größtenteils im Plenum durchsetzten. Sie zielten vor allem auf eine Präzisierung der Forderung nach einer Nationalvertretung – und damit auf eine eindeutige Ablehnung der nach dem Vorbild des Reichsrates indirekt zu wählenden »Delegiertenversammlung«, die ein wesentlicher Bestandteil des österreichischen Bundesreformvorschlages war. Der Weg zur »bundesstaatlichen Einheit Deutschlands« sei durch die Reichsverfassung von 1849 klar vorgezeichnet. Ein deutsches Parlament müsse »aus freien Volkswahlen hervorgehen«. Die vorgeschlagene Delegiertenversammlung sei »nicht einmal als Abschlagszahlung anzusehen, sondern von den Kammern zurückzuweisen«. Die beiden demokratischen

⁴ AT I, S. 16 ff. und 80 ff. (Solidarisierung mit dem preußischen Abgeordnetenhaus). Die sächsische Linke verwahrte sich auch, als sie sich wieder an Wahlen beteiligte, jeweils zu Beginn der Legislaturperioden ausdrücklich dagegen, daß die Annahme der Mandate für sie die Anerkennung der oktroyierten Verfassung bedeute. Die Verwahrungen wurden häufig von Veteranen aus der Paulskirchenlinken vorgetragen: SÄLT 10. 11. 1863 (Mammen), 29. 9. 1869 (Wigard). Wuttke weigerte sich noch 1873, für den Landtag zu kandidieren, da dieser »auf dem Verfassungsbruch von 1850« beruhe (J. MÜLLER, Das politische Wirken Wuttkes, 1960, S. 180).

Föderalisten wünschten in ihrem vom Abgeordnetentag angenommenen Änderungsantrag ausdrücklich den Zusammenschluß des gesamten Bundesgebietes zu einem Nationalstaat, lehnten jedoch eine Einbeziehung weiterer Länder der Habsburgermonarchie als »unvereinbar mit den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes« kategorisch ab. »Sollten aber der Herstellung einer Deutsch-Österreich umfassenden bundesstaatlichen Einigung für den Anfang unübersteigliche Hindernisse im Wege stehen, so darf dies für die übrigen Staaten kein Abhaltungsgrund sein, mit der Ausführung des nationalen Werkes [...] zu beginnen«, forderten sie in Anknüpfung an Gagners Formel aus der Paulskirche vom engeren und weiteren Bund der deutschen Staaten. Durch diese Präzisierung und Verschärfung der Resolution, die der Vorbereitungsausschuß vorgelegt hatte, erteilte das repräsentative Organ der deutschen Nationalbewegung allen Plänen für eine lockere, staatenbündische, über den historischen Umfang des Deutschen Bundes hinausgehende Föderation eine klare Absage. Die Resolution des Abgeordnetentages bedeutete die Entscheidung für eine kleindeutsche Nationalstaatsgründung in Anlehnung an den Verfassungskompromiß von 1849. Sie hielt den Beitritt der österreichischen Bundesgebiete nur für den Fall einer Auflösung der Habsburgermonarchie offen.

In der wirtschaftspolitischen Debatte gab der linksliberale Paulskirchenabgeordnete und Oberbürgermeister von Harburg August Grumbrecht, den Gefühlen der Mehrheit der Versammelten Ausdruck, wenn er bekannte, er stehe zwar der »Empfindung« nach »noch auf dem großdeutschen Standpunkte«. Aber dualistische und andere Modelle der Einigung mit Österreich seien nicht mehr als »Phantasien«. »Realistisch« betrachtet, werde sich Deutsch-Österreich in absehbarer Zeit weder ökonomisch dem Zollverein noch politisch einem deutschen Bundesstaat anschließen wollen. So stellte sich in Weimar das Parlament der deutschen Einigungsbewegung eindeutig in die Tradition der Paulskirche und ihrer kleindeutschen Verfassung. Sie tat dies, wie schon 1849, ausdrücklich aus realpolitischen Erwägungen. Zwar trugen die meisten die großdeutsche Idee im Herzen, aber sie wurde, wie Grumbrecht betonte, nicht für realisierbar gehalten.

Die sächsischen Paulskirchendemokraten Wigard und Schaffrath hatten auf dem Abgeordnetentag sogar eine ausdrückliche Festlegung auf das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht nach dem Reichswahlgesetz gefordert, waren aber mit diesem Antrag gescheitert, der bei der eine Woche später stattfindenden Generalversammlung des Nationalvereins einstimmig angenommen wurde.⁵ Die von Schüler und Venedey in ihrem Antrag zur deutschen Reformfrage vorgeschlagene Formel »freie Volkswahlen« schloß das

⁵ Ebd., insb. S. 24 f., 58 ff., 79 und 103 f. Ergänzend: AAZ 1. und 2. 10. 1862; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 240 ff. Vgl. NV III, S. 9 f. und 20; Flugblatt VII [des Nationalvereins]: Für die Reichsverfassung, Coburg 1862 (in: DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 477 ff.). Vgl. auch Paur, [Disposition für eine Rede über den ersten Abgeordnetentag, 1862] (AkadW/23), wo er die für ihn wichtigsten Punkte hervorgehoben hat. Zu Grumbrecht auch C. GOTTHARDT, 1992, S. 81 ff. u. ö. Die deutschlandpolitische Linie

preußische Dreiklassenwahlrecht oder andere undemokratische Wahlverfahren nicht aus. Diese Kompromißbereitschaft in der Wahlrechtsfrage läßt darauf schließen, daß die von Venedey und Schüler in die Resolution eingebrachte scharfe Ablehnung der Delegiertenversammlung vornehmlich der strikten Zurückweisung der österreichischen Bundesreformvorschläge dienen sollte. Was war so unannehmbar an der indirekten Wahl der Nationalvertretung, wenn gleichzeitig fast keiner der anwesenden Abgeordneten nach allgemeinem, gleichen und direktem Wahlrecht gewählt worden war? Ein Zusammenhang zum allgegenwärtigen Kultus der Einheit ist unverkennbar. Nur ein aus »Volkswahl« hervorgegangenes Parlament repräsentierte die Nation, an einem aus den Landtagen delegierten haftete der Ruch des Partikularismus.⁶ Es ging der Mehrheit des Abgeordnetentags nicht um ein demokratisches Wahlrecht, sondern um die symbolische Überwindung der Spaltung der Nation in unterschiedliche Staaten durch eine parlamentarische Repräsentation des ganzen deutschen Volkes.

Desgleichen lief die Entscheidung, die Reichsverfassung von 1849 zur Grundlage der Einigung zu machen, auf den Ausschluß Österreichs hinaus, keineswegs jedoch war sie eine Entscheidung für die preußische Vorherrschaft. Da der Verfassungskonflikt in Preußen Ende 1862 weiter eskalierte, wies Wydenbrugg zu Recht darauf hin, daß die Reichsverfassung für Preußen »in noch höherem Grade ungenießbar und unverdaulich« sei als für Österreich. Diejenigen Nationalvereinsmitglieder, hauptsächlich demokratische Föderalisten und nicht aus Preußen, die die kleindeutsche Einigung auf der Basis der Reichsverfassung wünschten, also mit preußischer Spitze, aber ohne politische Dominanz Preußens, befanden sich in einem latenten Konflikt mit denjenigen großpreußischen Demokraten, die ein möglichst großes Stück Deutschlands *unter Preußen* vereinen wollten.⁷ Wenn man den Beschluß des Abgeordnetentages als Einigungsprogramm ernst nimmt, lief er auf das Modell der demokratischen Föderalisten hinaus, daß sich die liberalen deutschen Staaten, zunächst also ein Teil des Dritten Deutschlands, auf dem Boden der Verfassung von 1849 zusammenschließen und weitere Staaten jeweils nach ihrem Übergang zu einer liberalen Verfassung beitreten sollten. Bei dieser Beschlußlage war eine großpreußische Lösung nur nach einem Sieg der Liberalen im Verfassungskonflikt denkbar.

Am 10. Oktober 1862 fand das dritte Treffen »der Linken« innerhalb von nur drei Monaten in Frankfurt statt – die von Christmann, Heldmann, Kolb, Reinhard, Gottlob Tafel und Roßmäßler initiierte Versammlung der Rumpfparlamentsmitglieder. Eine Reihe der Teilnehmer reiste direkt von der Denkmalseinweihung für Heinrich Simon aus der Schweiz an. Nach dem

des AT vertrat der Pfälzer Paulskirchenlinke Umscheiden auch im Juli 1863 in der Adreßdebatte der bayrischen Abgeordnetenkammer: Bayr. LT 2.7.1863, S. 2.

⁶ Vgl. F. SCHUSELKA, *Stimme*, 1863; H. WUTTKE, *Parteien*, 22.1.1865. Solche Vorstellungen haben sich bis zu E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, 1988, S. 410, erhalten.

⁷ O. v. WYDENBRUGK, *Weimar*, 1862, S. 4806; *DERS.*, *Verwicklung*, 4.3.1863.

Abgeordnetentag, und nachdem der Nationalverein in Reaktion auf die österreichischen Bundesreformvorschläge sich die Reichsverfassung von 1849 auf die Fahne geschrieben hatte, was Heinrich Simon ein Jahr zuvor noch vergeblich gefordert hatte, herrschte bei der Frankfurter Zusammenkunft Optimismus. Vogts »Schweizer Handels-Courier« spielte in seinem Bericht auf die bei den verschiedenen Treffen des Jahres 1862 deutlich werdende Generationenkonkurrenz an, wenn er die Stimmung der Revolutionsveteranen kommentierte: Es sei »ein klein wenig Selbstüberschätzung gegenüber den Führern der jetzigen Bewegung und namentlich der Fortschrittspartei in Preußen nicht zu verkennen« gewesen. Rund 20 Rumpfparlamentarier⁸ waren am 10. Oktober in Frankfurt versammelt sowie einige prominente Frankfurter Demokraten. Sie waren sich rasch darüber einig, daß – wie Vogt es ausdrückte – »der Nationalverein stets mehr nach links gedrängt wird und man ihm deshalb beitreten muß«. Nur eine Minderheit der demokratischen Föderalisten, nämlich Adolf Bernbach, Georg Friedrich Kolb und Nikolaus Titus, blieb ablehnend. Insgesamt herrschte eine euphorische Stimmung. Selbst der sonst immer distanzierte und zynische Vogt frohlockte unter Anspielung auf die Ernennung Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten: »Die Sache scheint nun nicht ganz auf schlechten Wegen in Deutschland, und der Hohenzoller richtet sich ganz dazu ein, seine Dynastie aufs Gründlichste zu ruinieren.« Die Idee der Konstituierung eines neuen Vorparlaments aus den Paulskirchenveteranen wurde nicht mehr ernsthaft verfolgt. In Fortsetzung der Debatten bei der Einweihung des Heinrich Simon-Denkmal hatte sich die Auffassung Löwes durchgesetzt, daß »galvanische Belebungsversuche des Parlaments« unsinnig seien und »es nur in den Armen seiner Mutter, der Revolution, wieder zu sich kommen kann«.⁹ Die Idee einer zweiten Revolution war also – trotz aller realpolitischen Rhetorik und Strategie – in der republikanisch-demokratischen Linken auch fünfzehn Jahre nach 1849 noch latent vorhanden.

⁸ Nachweislich waren Bernbach, Christmann, Jacoby, Kolb, Löwe, Mohr, Roßmäßler, Friedrich Schulz, Philipp Schwarzenberg, Temme, Titus und Vogt in Frankfurt – außerdem wohl die übrigen Initiatoren Heldmann, Reinhard und Gottlob Tafel.

⁹ C. Vogt an C. Mayer 23. 10. 1862, Nauwerck an C. Mayer 8. 10. 1862 (Löwe-Zitat; wie dieser argumentierten auch Schwarzenberg und Temme, denen sich der geschäftlich verhinderte Nauwerck anschloß; beides NL Näf); C. VOGT, Schreiben, 1862; N. TITUS, Erklärung, 1859; SHC 17. 10. 1862; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 251; Mainzer Journal 15. 10. 1862; FP 580/11. 11. 1862; Süddeutsche Zeitung 20. 11. 1862; MNN 26. 11. 1862, S. 4690f. Vgl. Kap. IV. 2 und XVI.

5. Deutschlandpolitische Tendenzen in der Linken im Herbst 1862

Wer die österreichischen Reformvorschläge einschließlich der indirekten Wahl, die in der Einigungsbewegung auf so wenig Gegenliebe stieß, als »ersten Schritt zur Schaffung einer Nationalvertretung« ansah und für den einzig realistischen Weg zur Einheit hielt, begab sich am 28. Oktober 1862 nach Frankfurt am Main. Nachdem die Befürworter einer supranationalen Lösung dem Abgeordnetentag bis auf wenige Ausnahmen ferngeblieben waren, kamen zu der Frankfurter Versammlung mehr als doppelt so viele Teilnehmer wie nach Weimar und lieferten einen Beweis für das Organisations-talent Fröbels. Außer ihm waren vier seiner Genossen aus der Paulskirche vertreten: der Badener Joseph Anton Christ, der Württemberger Moriz Mohl, der Nassauer Friedrich Schulz und der mittlerweile am Tegernsee lebende ehemalige sächsisch-weimarische Minister Oscar v. Wydenbrugk. Nicht alle Teilnehmer der Versammlung traten dem dort offiziell aus der Taufe gehobenen Reformverein bei. Mohl etwa lehnte die indirekte Wahl einer Nationalvertretung ab und kritisierte, daß zu viele Adlige, Reaktionäre und Klerikale unter den Versammlungsteilnehmern und Vereinsmitgliedern seien.¹

Aus ähnlichen Gründen waren weitere prominenten Großdeutsche aus der Paulskirchenlinken wie Johann Nepomuk Berger, Heinrich Wuttke, Wilhelm Michael Schaffrath, Heinrich Ahrens oder Friedrich Theodor Vischer der Versammlung von vornherein ferngeblieben. Berger war von der Entwicklung seit den Wiener Verhandlungen Ende August desillusioniert. Besonders hatte ihn der österreichische Regierungschef v. Schmerling enttäuscht, der – wohl auf die Beschlüsse des Abgeordnetentages reagierend – erklärt hatte, er werde an der Februarverfassung festhalten, also weder auf die Forderungen nach einer eigenen Verfassung für Ungarn eingehen noch, wie die deutschliberalen Oppositionellen Berger und Schuselka rieten, den Zentralismus aufgeben. Berger schrieb an Mohl, der die großdeutsch-demokratische Minderheitsposition auf der Frankfurter Versammlung mit Vehemenz vertrat, »die liberalen Österreicher« legten nach wie vor »den Akzent vor allem auf das aus direkten Volkswahlen hervorgehende Parlament«. Solange jedoch die österreichische Regierung am Zentralismus festhalte, »kann kein liberaler und ehrlicher Deutschösterreicher einen praktischen Anteil an

¹ Zitat: Programm des Reformvereins, in: E. R. HUBER, Dokumente Bd. II, 1978, S. 109f. (Original: BA FN 16, Mappe Manuskripte, S. 166); Teilnehmerliste (ebd., S. 147ff.); Beobachter 4. 11. 1862; SHC 7. 11. 1862; H. WUTTKE, Pro Patria, 1863, S. 24f.; Schaffrath an Wuttke 26. 9., 19. und 22. 10. 1862 (StA Dresden, NL Wuttke/8); F. VISCHER, Frisch gewagt, 1863, S. 25ff. Vgl. M. Mohl an Rodbertus 23. 10. 62 (H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 33): Der »reaktionäre Charakter der Frankfurter Versammlung einerseits und der spezifisch nationalvereinliche der Weimarer« ließen ihn »beiden wünschen, daß sie in Vergessenheit kämen«. Grundlegend zum Reformverein: W. REAL, Reformverein, 1966, insb. S. 36ff.

der deutschen Politik nehmen. Er muß es hingehen lassen, daß die Regierung in ihrer Art deutsche Politik treibe. Aber er kann sich nicht dazu hergeben, diese Politik auch nur indirekt zu fördern, dadurch daß er selbst sich an der deutschen Reformbewegung beteiligt«. ²

Die demokratischen Föderalisten in Sachsen, die sich selbst als »großdeutsche Linke« bezeichneten, trafen sich am 12. Oktober, also zwischen der Weimarer und der Frankfurter Versammlung, auf Anregung Wuttkes in Leipzig, um ihr weiteres Vorgehen zu koordinieren. Daß es überhaupt wieder eine relevante großdeutsche Linke gab, war eine Folge der Wende in Österreich seit 1860. Bis dahin war die habsburgische Deutschlandpolitik rein negativ gewesen, und Österreich galt in der gesamten Linken als reaktionär-klerikaler Staat. Die Delegierten aus sieben sächsischen Städten, zu denen Schaffrath und Ahrens gehörten, entschieden, daß nur Wuttke nach Frankfurt fahren solle, um dort eine Resolution zu vertreten, die sich kritisch mit den Zielen des Reformvereins auseinandersetzte. Er sollte den Anwesenden klarmachen, »daß sich das Großdeutschthum vollends allen Halt im Volke nimmt, wenn es [...] freiheits- und volksfeindliche Beschlüsse fassen sollte«. Damit war wiederum die indirekte Wahl der Nationalvertretung gemeint. In der Resolution, die der spätere Sozialdemokrat Heinrich Schrapf entworfen hatte, lautete der brisanteste Punkt, im künftigen Deutschland müßten »alle deutschen Stämme [...] gleichberechtigt« sein. Es sei »demnach so zu gestalten, daß die Hegemonie einer Dynastie, eines Staates oder Stammes ausgeschlossen bleibt«. Die entsprechende Neugestaltung könne nur durch ein nach dem Reichswahlgesetz von 1849 bestimmtes neues Parlament vorgenommen werden. Das war konsequenter, demokratischer Föderalismus, der auf eine Auflösung Preußens in seine Provinzen hinauslief. Allerdings waren solche radikalen Planspiele bereits in der Paulskirche nicht mehrheitsfähig gewesen und erst recht weit entfernt von den politischen Realitäten der 1860er Jahre. Auf dieser deutschlandpolitischen Grundlage wurde im April 1863 auf Initiative der Paulskirchenveteranen Schaffrath, Joseph, Wigard und Mammen die sächsische Fortschrittspartei gegründet, die eine Reform des extrem restriktiven sächsischen Wahlrechts, ein liberales Rechtssystem und wirtschaftliche Freizügigkeit in ihr Programm schrieb. Daß Biedermann, der 1866 ebenso wie Joseph eine Annexion Sachsens durch Preußen befürwortete, sofort nach seiner Rückkehr in die Heimat in den Parteiausschuß kooptiert wurde, zeigt, daß der Föderalismus des Fortschrittsprogramms in der gesamten sächsischen Linken bis 1864 konsensfähig war. Erst im Zuge der militärischen Erfolge Preußens bildete sich eine großpreußisch-unitarische Richtung heraus. Der dezidiert antipreußische Demokrat Wuttke hielt sich als einziger aus der sächsischen Paulskirchenlinken von der Parteigründung fern, da er selbst hinter diesem

² Berger an M. Mohl 20. 10. 1862 (H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 227f.); Wuttke an Lassalle 21. 10. 1862 (F. LASSALLE, Briefe und Schriften, Bd. VI, 1925, S. 55f.).

föderalistischen Programm die bewußte oder unbewußte Absicht vermutete, »das Königreich Sachsen zu einer preußischen Provinz zu machen«.³

In Württemberg berief die Führung der Fortschrittspartei, zu der nach wie vor Fetzer, Murschel, Rödinger und Tafel gehörten, eine Landesversammlung zur Besprechung der deutschen Verfassungsfrage ein. Sie fand am 14. Dezember 1862 in Eßlingen mit 400 Teilnehmern statt. In dem liberalen Königreich war die Entwicklung einer demokratischen Parteiorganisation am weitesten gediehen. Seit Jahren wurden dort wichtige Entscheidungen auf Landesversammlungen zur Diskussion gestellt und abgestimmt. Der Versammlung unter dem Vorsitz des Paulskirchendemokraten Gottlob Tafel lag eine Resolution vor, die sich eng an dieses Abgeordnetentages anlehnte, allerdings darüber hinaus auf der Anwendung des Wahlgesetzes von 1849 bestand.⁴

In ihren Hochburgen Sachsen und Württemberg, wie auch in den überregionalen Zusammenschlüssen Abgeordnetentag und Nationalverein, setzte die bürgerliche Linke Anfang der 1860er Jahre auf anscheinend Bewährtes und in sich Stimmiges. Damit befand sie sich tendenziell im Widerspruch zu den Prinzipien einer machtorientierten Realpolitik. Denn die Chance, ihre Forderungen zu realisieren, war 1862/63 weitaus geringer als 1848/49. Nirgendwo war eine revolutionäre Massenbewegung in Sicht, und die liberalen Tendenzen in vielen deutschen Staaten seit 1858 gingen keineswegs so weit, daß ein Programm, das im Wesentlichen auf der Reichsverfassung von 1849 basierte, im Verein mit den Regierungen durchzusetzen gewesen wäre. Diejenigen, die auf sämtlichen genannten Versammlungen für flexiblere Resolutionen eintraten und den Kult der Reichsverfassung kritisierten, wurden niedergestimmt. Die Wahl- und Organisationserfolge, insbesondere in Preußen, führten eher zu einer Abkehr von dem aus Schwäche geborenen Realismus. Die Einigelung in »richtige«, aber kaum durchsetzbare Positionen war ein Indiz für eine neue Krise, in die die Linke infolge ihrer Entscheidung für einen reformerischen Kurs und für die Rückkehr in die Par-

³ H. WUTTKE, AAZ 16. 10. 1862 und 22. 4. 1863; Schaffrath an Wuttke 18. und 24. 9. 1862, o. D. [1863] (StA Dresden, NL Wuttke/8); Der Fortschrittsverein in Sachsen, in: Die Grenzboten 22. 1 (1863), S. 193–99. Vgl. R. FUCHS, 1970, S. 158 ff. die u. a. die Behauptungen K. BIEDERMANNs (Mein Leben, 1886; S. 209) widerlegt, die sächsische Fortschrittspartei habe nur auf dem Papier existiert und keinerlei Aktivitäten entwickelt. Wuttke fuhr schließlich doch nicht nach Frankfurt (J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 251 ff.); H. WUTTKE, Pro Patria, 1863, S. 5 und 15 f. (Auseinandersetzung mit v. Wydenbrugk über Delegierten- oder Direktwahl); A. NEEMANN, 1999, S. 432 f. Vgl. zur länderübergreifenden Kooperation und Koordination der Fortschrittsparteien A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 272 ff.

⁴ VERHANDLUNGEN LANDESVERSAMMLUNG, 1863, insb. S. 8 (Resolution). Vgl. Beobachter 16. – 18. 12. 1862; A. KOLATSCHEK, Aufgabe, 1861; H. BRANDT, 1987, S. 706 f.; G. RUNGE, 1970, S. 21 f. Auch F. VISCHER (Frisch gewagt!, 1863, S. 17 und 31 ff.) bezeichnete sich 1863 in Abgrenzung vom Reformverein als »großdeutschen Linken«. Laut G. RUNGE (1970, S. 28) ist auch Mayer im Sommer 1863 der württembergischen Fortschrittspartei beigetreten.

lamente geraten war. In Preußen bestätigte sich eine Erfahrung, die sich in den 1850er Jahren in den Mittelstaaten bereits angedeutet hatte: Selbst überwältigende Wahlerfolge zwangen die Regierungen keineswegs, auch nur Teile des liberal-demokratischen Reformprogramms zu realisieren.

Die Befürworter der von Österreich und der Würzburger Koalition getragenen, wesentlich auf Fröbel zurückgehenden Reformvorschläge hielten sich angesichts dieser Abkehr der Großpreußen und der demokratischen Föderalisten von der Realpolitik für die konsequenteren und pragmatischeren Vertreter des Einheitsgedankens. Wydenbrugk stellte aus dieser Sicht National- und Reformverein einander gegenüber: »Es gibt eine Vereinigung, welche über die Schwierigkeiten der Dinge hinwegtäuscht, und sich an dem Wohlklang an und für sich ganz herrlicher Dinge, eines aus allgemeinen Wahlen unmittelbar aufsteigenden Parlaments, einer Centralgewalt, eines deutschen Ministeriums des Auswärtigen labt. Es gibt eine andere Vereinigung, welche die patriotische Wärme, den Blick auf die letzten und höchsten Ziele bewahrt, aber die klare Erkenntniß der Dinge [...] nicht verliert, welche sich klare Rechenschaft von der Natur der Staaten und Menschen [...] gibt.«⁵ Reformverein und Nationalverein beanspruchten, dieselben politischen Maximen des nachmärzlichen Liberalismus zu verfolgen: Einigung Deutschlands auf nichtrevolutionärem Wege bei Anerkennung der historischen Realitäten und gegebenen Machtverhältnisse. Ideologisch betrieben beide Organisationen den Kult der Einheit nach innen und außen. Neben ihrer Sympathie für die eine und ihrer Abneigung gegen die andere Großmacht unterschied sie vor allem darin, in welchem Zeitrahmen sie eine Nationalstaatsgründung für möglich hielten. Die Mitglieder des Nationalvereins dachten kurzfristig und akzeptierten deshalb auch einen Krieg als Preis für eine schnelle Veränderung der komplizierten, in Jahrhunderten gewachsenen und von den übrigen europäischen Großmächten 1815 sanktionierten Strukturen des Deutschen Bundes. Die Anhänger des Reformvereins wollten einen »Bruderkrieg« möglichst vermeiden und dachten darum langfristig⁶: Ihnen schien nur eine schrittweise Bundesreform realistisch, die durch die allmähliche Liberalisierung der Einzelstaaten dann immer weiter vorangetrieben werden mußte.

Die Verfassungsreformen in Österreich sorgten in der liberalen und nationalistischen Öffentlichkeit für ein spürbar positiveres Österreichbild und zugleich für Hoffnungen auf eine aktive Rolle des Landes in der Deutschlandpolitik, obwohl gerade die scheinbare Konsolidierung der Habsburgermonarchie und die Erwartung weiterer Reformen dazu führten, daß die

⁵ O. v. WYDENBRUGK, *Versammlung*, 1862, S. 4409f.; ähnl. DERS., Weimar, 1862; DERS., Heinrich v. Gagern, 1862, S. 5238: die Realisierung der Reichsverfassung (das Programm des Abgeordnetentags) bedeute den »Weg zum Bürgerkrieg«. Vgl. H. WUTTKE, *Pro Patria*, 1863, S. 5 und 25.

⁶ Aufschlußreich in diesem Zusammenhang auch Wydenbrugks Begründung für seine Arbeit im Reformverein: an Carl Alexander 21. 10. 1862 (BA FN 16/11).

großdeutsche Idee in Österreich an Attraktivität einbüßte. Bei solchen Hoffnungen spielte eine gehörige Portion Wunschdenken mit, das von der nach wie vor sehr populären Idee der Vereinigung des gesamten Deutschen Bundes zu einem Nationalstaat genährt wurde. Und bis zu den erfolgreichen Feldzügen Preußens von 1864 und 1866 versprach die militärisch traditionsreiche Habsburgermonarchie in den Augen der Öffentlichkeit ebenso die Erfüllung des verbreiteten Bedürfnisses nach mehr Macht für »Deutschland« wie der aufstrebende Hohenzollernstaat.

Anders als in der zeitgenössischen Wahrnehmung stellt sich die Situation am Ende des Jahres 1862 aus heutiger Sicht dar: Bereits im August/September 1862 wurden wichtige Weichen für die großpreußisch-militärische Form der Reichsgründung gestellt: Die Ratifizierung des preußisch-französischen Handelsvertrages bedeutete die Zurückweisung des von der Wiener Regierung angestrebten Beitritts Österreichs zum Zollverein und schob der wirtschaftlichen Integration des gesamten Bundesgebietes einen Riegel vor.⁷ Die Zollschranken zwischen Österreich und dem übrigen Bundesgebiet blieben bestehen und nur die ökonomischen Verbindungen innerhalb des späteren Reiches wurden gefördert.⁸ König Wilhelm von Preußen dankte nicht ab und verhinderte so die Thronfolge des liberalen, an England orientierten Kronprinzen, unter dem der Verfassungskonflikt mit einem Kompromiß und damit mit Fortschritten in der Parlamentarisierung Preußens hätte enden können. Statt dessen trat mit Bismarck ein Ministerpräsident auf den Plan, der die Konfrontation mit dem Liberalismus bis zur letzten Konsequenz durchzuhalten bereit war und der durch seine auf die Auflösung des Deutschen Bundes zielende Deutschlandpolitik die Verhältnisse in Bewegung brachte.

Auf dem Felde der Parteibildung waren die größten Veränderungen in Österreich zu beobachten, wo die Wiederentstehung politischen Lebens zu einer Abkehr der bürgerlichen Linken vom großdeutschen Gedanken geführt hatte und die Mehrheit der deutschliberalen Abgeordneten sich zu großösterreichischen Vorstellungen bekannte. Das neue, repräsentative Organ der Einigungsbewegung, der Abgeordnetentag, genügte nicht dem Anspruch, den Liberalismus insgesamt zu vertreten. Das Spektrum der Teilnehmer reichte nicht wesentlich über die Basis des Nationalvereins hinaus, teils weil die supranationale Richtung ihm fernblieb, teils weil der vom Na-

⁷ Vgl. H. v. SYBEL, Bd. II, 1892, S. 438ff. Die Paulskirchenlinke im bayrischen Landtag (die Pfälzer Umscheiden, F. Tafel, Kolb und Christmann) versuchte im folgenden Jahr, durch einen vermittelnden Antrag zum preußisch-französischen Handelsvertrag eine weitere wirtschaftliche Desintegration des Deutschen Bundes abzuwenden (Bayr. LT 2. 7. 1863, S. 33). Zum Hintergrund: T. SCHIEDER, *Kleindeutsche Partei*, 1936, S. 31f.

⁸ Aus der Paulskirchenlinken erkannte wohl nur Moriz Mohl diesen langfristigen Zusammenhang und kämpfte vehement dagegen an. Vgl. M. MOHL, *Handelsvertrag, 1862; DERS., Zollverein, 2. 1. 1863; DERS., Zur Lage Deutschlands, 1863; DERS., Zur Einigung, 1863; DERS., Was jetzt? 1864; sowie dessen Korrespondenz »Vom Necker«, in: AAZ 19. 7. 1862, S. 3319.*

tionalverein bestimmte Ausschuß keinen großen Wert auf Vertreter anderer Positionen, etwa Unterstützer der Bundesreform legte. Die Supranationalen hatten auf ihre absehbare Chancenlosigkeit, sich auf dem Abgeordnetentag durchzusetzen, mit der Gründung einer eigenen parteiähnlichen Organisation reagiert, die jedoch im liberalen Spektrum nicht attraktiv wirkte. Der Nationalverein erzielte, um den Preis inhaltlicher Formelkompromisse und einer weitgehenden Abkehr von einer realistischen Politik, große organisatorische Erfolge. 1862/63 hatte er mehr als 21 000 Mitglieder. Hingegen führte das Festhalten des Reformvereins am realpolitischen Anspruch zu einer für die meisten Liberalen inakzeptablen Nähe zur österreichischen Regierung und war neben der Weigerung, sich dem nationalistischen Zeitgeist zu unterwerfen, eine Hauptursache seiner geringen Anziehungskraft.⁹

In mancher Hinsicht ist es bezeichnend für die großpreußisch-autoritäre Richtung, die sich in der Einigungsbewegung allmählich ausbreitete, daß Bamberger seine Einschätzung vom Sommer 1863, man befinde sich nun in der entscheidenden Phase der deutschen »Befreiung«, mit dem Verdikt versah, nun müsse Schluß sein mit »Humor« und »Selbstironie« in der Politik. Sie würden, »wie alle gefährlichen Instrumente, nur in die Hand des Starken und Gewitzigten«, also einer kleinen Minderheit, gehören. Aber mit ihnen dürften nicht »gemeinschaftliche«, »aberwitzige Präntationen« gerechtfertigt werden, »welche von der gesunden Vernunft öffentlich in den Bann gethan sind«. Bambergers Drohungen waren sowohl gegen politische Gegner gerichtet, die sich über den Nationalismus insgesamt mokierten, als auch gegen Gesinnungsgenossen, die seiner Ansicht nach den Ernst der Lage nicht erkannten. Bamberger sprach ausdrücklich »unsere radikale Presse« und den »Kladderadatsch« an.¹⁰ Seine Forderung nach politischer Hygiene in der entscheidenden Phase der Staatsbildung zeugte von der Ersetzung politischer Phantasie durch Geschlossenheit im entstehenden autoritär-revolutionären Flügel der Einigungsbewegung. Die Grundannahme, erfolgreiche Politik sei nur »von oben« her möglich, führte zu einer Verabsolutierung des Einheitsgedankens, der zunehmend vom deutschlandpolitischen Feld auf die innere Struktur der Nationalbewegung übertragen wurde und nicht auf Diskussion und Mehrheitsentscheidungen, sondern auf Geschlossenheit setzte.

Bamberger nahm eine weitere, zeitspezifische Umbewertung vor, wenn er das von ihm für politisch richtig Erachtete als »gesund« bezeichnete und es damit einer eigentlich politischen Diskussion entzog. Es war ebenfalls eine Folge des keinen Widerspruch und keine Ironie duldenden Avantgarde-

⁹ Vgl. hierzu die resignative Resolution des Reformvereins vom 23. 7. 1863, in der Fortschrittspartei und Nationalverein als »übermächtig« bezeichnet werden (BA FN 16/III, Bl. 182 ff.).

¹⁰ L. BAMBERGER, Grenzen des Humors, 1865, S. 177, 179 und 183. Ähnl. Tendenzen auch in A. RUGES Schrift »Was wir brauchen« (Memento, 1861, S. 32).

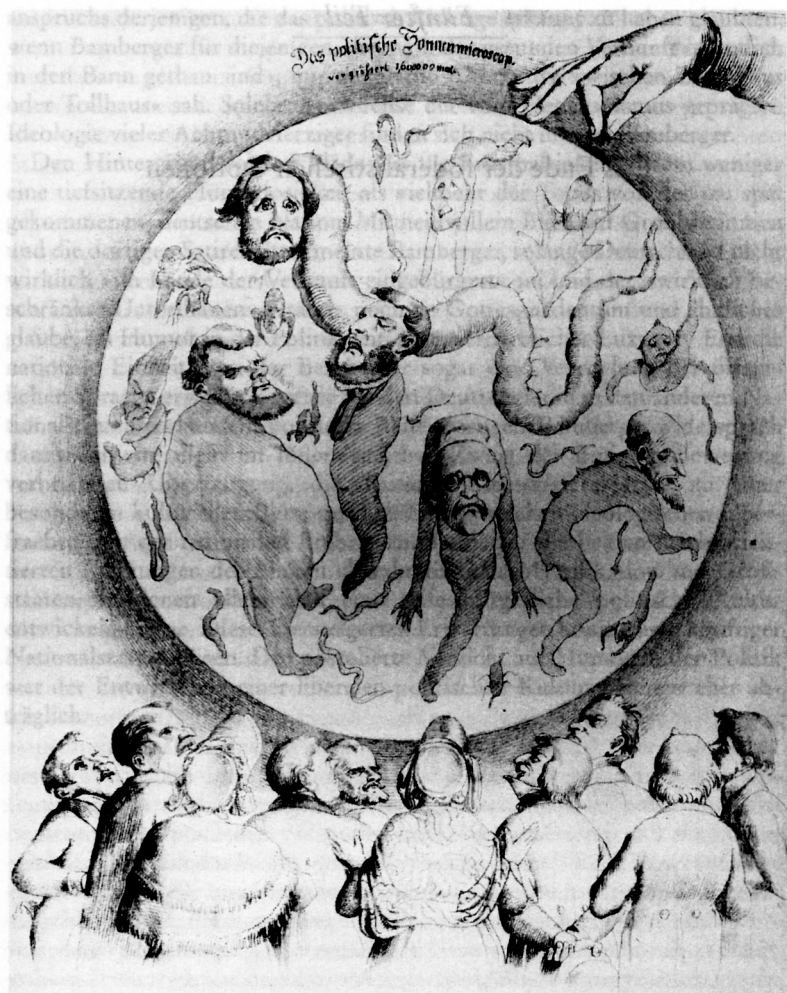
anspruchs derjenigen, die das politisch Richtige erkannt zu haben glaubten, wenn Bamberger für diejenigen, die »von der gesunden Vernunft öffentlich in den Bann gethan sind«, nur noch »die Alternative zwischen Zuchthaus oder Tollhaus« sah. Solche Auswüchse der vom Hegelianismus geprägten Ideologie vieler Achtundvierziger finden sich nicht nur bei Bamberger.

Den Hintergrund solcher Plädoyers für Ernsthaftigkeit bildete weniger eine tiefsitzende Humorlosigkeit als vielmehr der Topos von der »zu spät gekommenen« deutschen Nation. Mit neidvollem Blick auf Großbritannien und die dortigen Satireblätter meinte Bamberger, solange Deutschland nicht wirklich »im Lande der Vernunft eingebürgert« sei und der »wirklich beschränkte Unterthanenverstand« noch an Gottesgnadentum und ähnliches glaube, sei Humor in der Politik »ein ganz verderblicher Luxus«. ¹¹ Erst die nationale Einheit, von der Bamberger sogar eine Veredelung der öffentlichen Sprache erwartete, werde bei den Deutschen die in den anderen Nationalstaaten vorhandene politische Reife erzeugen. Bamberger widersprach damit der vor allem im föderalistischen Zweig der Einigungsbewegung verbreiteten Überzeugung, die deutsche Kleinstaaterei habe zu einer besonderen kulturellen Blüte geführt. Hinter solchen ideologischen Überfrachtungen der nationalen Einheit stand eine für die beiden machtorientierten Richtungen der Linken charakteristische Mystifikation von Großstaaten, in denen allein sich eine reife bürgerliche politische Kultur entwickeln könne. Diese übersteigerten Erwartungen konnte kein künftiger Nationalstaat einlösen. Der postulierte Verzicht auf Humor in der Politik war der Entwicklung einer liberalen politischen Kultur vielmehr eher abträglich.

¹¹ L. BAMBERGER, *Grenzen des Humors*, 1865, S. 186f. Vgl. S. FREITAG, 1998, S. 13.

Fünfter Teil

Das Ende der föderalistischen Optionen



Das politische Sonnenmikroskop (Bleistiftzeichnung von Philipp Veit)

Die Bildunterschrift lautet: »Aufgepaßt[,] meine Damen und Herren! Ein klein wenig Salz, und alle diese Confusionsthierchen verschwinden, sie lösen sich auf, sie werden zu nichts.« Die Karikatur spielt – mit antidemokratischer Tendenz – auf den Zusammenhang zwischen naturwissenschaftlichem Materialismus und politischer Linksorientierung an, den in der Paulskirche besonders Carl Vogt verkörperte, der sich in der oberen Hälfte der Luftblase als Wurm schlängelt. Unter ihm sind weitere prominente demokratische Abgeordnete zu erkennen (v. l. n. r.): Robert Blum, Franz Zitz, Arnold Ruge und Lorenz Brentano, sowie links zwischen den Köpfen von Vogt und Blum der wegen seiner auffälligen Kleidung immer als Kanarienvogel karikierte Adolf Rösler.

Das Mißlingen der Bundesreform

Seit dem Ende des Krimkrieges hatte es seitens der Mittelstaaten Versuche gegeben, gemeinsame Institutionen im Rahmen des Deutschen Bundes zu schaffen, die Deutschland vor allem durch eine Vereinheitlichung der Rechtssysteme enger zusammenschließen sollten. Preußen mit seinem Bundestagsgesandten Bismarck betrieb in den 1850er Jahren eine konsequente Obstruktionspolitik gegen alle Reformen, die auf einen engeren Zusammenschluß hinausgelaufen wären und damit die vor allem im Bürgertum ersehnte Einheit nähergebracht hätten. Bismarcks Politik als Bundestagsgesandter wie später als Ministerpräsident war immer darauf gerichtet, daß möglichst große Teile Deutschlands in Preußen aufgingen, und nicht darauf, daß Preußen in Deutschland aufgehe, wie es König Friedrich Wilhelm IV. im Überschwang des Frühjahrs 1848 vollmundig versprochen hatte. Das hieß für Bismarck: kurzfristig Schwächung und Blockade, langfristig Zerstörung des Deutschen Bundes, der in seinen Augen immer ein Herrschaftsinstrument Österreichs bleiben mußte. Auch Österreich hatte, seitdem das Bruck-Schwarzenbergsche Projekt einer die ganze Habsburgermonarchie und den Deutschen Bund umfassenden Föderation auf den Dresdner Konferenzen im Mai 1851 am Widerstand der Mittelstaaten gescheitert war, keine aktive Deutschlandpolitik mehr betrieben. Die Chance, in den 1850er Jahren den Deutschen Bund mit mehr Inhalt als der Zusammenarbeit der Polizeien zu füllen, wurde verpaßt. Infolge der passiven Deutschlandpolitik der Großmächte nahmen an der vom sächsischen Ministerpräsidenten Beust im November 1859 initiierten »Würzburger Koalition«, die einmal mehr versuchte, zu Rechts-, Münz-, Maß- und Gewichtsvereinheitlichungen sowie zur Einrichtung eines Bundesgerichts für zwischenstaatliche Konflikte zu gelangen, zunächst nur Mittel- und Kleinstaaten teil. Österreich stieß erst dazu, nachdem v. Schmerling im Dezember 1860 zum leitenden Minister ernannt worden war.¹

¹ Zum Hintergrund: O. v. BISMARCK, Denkschrift für den Kronprinzen vom März 1858 (Bd. II/2, 1963, S. 219 ff.); DERS., Denkschrift über die deutsche Frage vom Juli/Okttober 1862 (ebd., S. 384 ff.); W. REAL, Bundesreformbestrebungen, 1963, S. 171 ff.; W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993, S. 90 und 96 f.; W. SIEMANN, Vom Staatenbund zum Nationalstaat, 1995, S. 403 ff.; J. SHEEHAN, German History, 1989, S. 875; H. v. SYBEL, Bd. 2, 1892, S. 444.

1. Fröbels Reformvorschläge

Die Wende in der österreichischen Außenpolitik durch v. Schmerling kam Julius Fröbel entgegen, der sich seit der Niederlage der Revolution von einem großdeutschen Demokraten zum gouvernemental orientierten Befürworter einer supranationalen Lösung der deutschen Frage entwickelt hatte. Wie der neue leitende Minister meinte Fröbel, daß ein »deutscher« Staatenbund unter Einschluß der gesamten Habsburgermonarchie realisierbar sei. Zugleich suchte der von wechselnden politischen und publizistischen Projekten lebende Fröbel nach einer finanziell auskömmlichen Möglichkeit, Politik als Beruf betreiben zu können. Mit seinem guten Gespür für die öffentliche Meinung und den Zeitgeist erkannte er, daß die österreichische Seite dem Nationalverein und seiner wirkungsvollen kleindeutschen Öffentlichkeitsarbeit dringend etwas entgegensetzen mußte. In vielen Publikationen und seiner einflußreichen Kissinger Denkschrift vom Juni 1861, die er mit der Bitte verband, für ihn »eine geheime Abtheilung für deutsche Angelegenheiten« einzurichten, schlug Fröbel der österreichischen Regierung eine umfassende Bundesreforminitiative vor, die er zugleich durch eine politische Honoratiorenorganisation, den im Oktober 1862 gegründeten Reformverein, zu flankieren versprach.¹ Fröbels, von der österreichischen Regierung 1862 aufgegriffener und in den Frankfurter Fürstentag vom August 1863 mündender Vorschlag basierte auf der Ablehnung des Nationalitätsprinzips und dem Wunsch nach Integration des ganzen Bundesgebietes. Er sollte ohne den befürchteten »Bruderkrieg« realisierbar sein und einen Mittel- und Südosteuropa umfassenden Staatenbund als Bollwerk gegen Rußland und die westlichen Ideen von 1789 schaffen. Fröbels Ablehnung des Nationalismus bedeutete keine Wendung gegen den allgemeinen Trend zur Naturalisierung der Politik. Es bedeutete einen lediglich graduellen Unterschied zwischen Fröbel und seinen nationalistischen Ex-Genossen, wenn jener statt in den Kategorien »Volk« und »Nation« in den Kategorien »Rasse« und »Kontinent« dachte. Hinzu kam Fröbels Staatsfixierung, die die Rechte und Wünsche der Einzelnen grundsätzlich der Staatsräson unterwarf.

Fröbels nicht widerspruchsfreie Grundannahmen zu Beginn der 1860er Jahre lassen sich folgendermaßen charakterisieren: Einerseits unterstrich er die Ablehnung einer ethnisch fundierten Staatsbildung: »Die Bewirkung einer Mischung der Racen, und die Überwindung, nöthigenfalls Vernichtung, racenmäßiger Culturformen, ist eine der Hauptaufgaben des Staates überhaupt.« Fröbel definierte die Nationszugehörigkeit des Einzelnen nach westlichem Vorbild einzig danach, wo er geboren war bzw. welchem Staat er

¹ J. FRÖBEL, Lebenslauf, Bd. II, 1891, S. 103. Mit der ihm eigenen Ironie blickte Fröbel auf das Missionarische seiner deutschlandpolitischen Tätigkeit zurück: er habe gebeten, ihm »eine geheime Abteilung für deutsche Angelegenheiten ohne bestimmtes Domizil und gewissermaßen in partibus infidelium« zu übertragen.

sich zugehörig fühlte, und erklärte es deshalb zur Hauptaufgabe von Staaten, innere ethnische oder kulturelle Gegensätze zu nivellieren. Andererseits war für ihn innerhalb des »abendländischen Völkerkreises« ein Kampf zwischen »Romanen« und »Germanen« im Gange und wurde das Abendland insgesamt von den »Slaven« bedroht. In diesen Auseinandersetzungen schien es ihm »des Blutes einiger Millionen Deutscher werth«, daß die »Germanen«, die er für die Hauptkulturträger hielt, sich gegen die »Romanen« durchsetzten und den »slavischen« Ansturm stoppten.

Angesichts dieses Anti-Individualismus, der der Staatsraison und dem »Racenkampf« alles unterordnete, überrascht seine Geringschätzung der »Freiheitsfragen« nicht: »Die Freiheit ist keineswegs an sich schon ein absoluter Zweck, sondern sie muß sich erst im großen Gange der Culturgeschichte als zweckmäßig, sie muß sich in der jetzigen Weltlage als nützlich legitimiren, ehe ihre Ansprüche zu berücksichtigen sind. Nur in sofern Freiheit *Macht* verleiht, kann sie in der jetzigen Weltlage für uns in Betracht kommen.« Wie bei vielen anderen ehemaligen Demokraten bedeutete auch bei Fröbel die realpolitische Wende eine Abkehr vom Universalismus und vom Freiheitspathos. Früher als die autoritär-gouvernementale, machtsstaatlich orientierte Strömung im großpreußischen Liberalismus ordnete er das Streben nach einem freiheitlichen Rechts- und Verfassungsstaat und erst recht das Verlangen nach Demokratie zumindest einstweilen der staatlichen Lösung der deutschen Frage unter. Gleichwohl blieben seine langfristigen Zielvorstellungen universalistisch: »Das große Gesetz der Geschichte« ziele darauf ab, »daß das Menschengeschlecht [...] sich physisch und geistig zu Einer Menschheit verschmelzen muß, und daß dieser Zweck von der Natur erreicht wird, in dem die Rassenmischung überall Quelle der höheren Culturformen und also der größeren geistigen Macht wird.«² Es ist eine Reaktionsweise, die sich in der Paulskirchenlinken jenseits politischer Differenzen in Einzelfragen vielfach beobachten läßt, daß beim Versuch, realisierbare Vorschläge zu machen, die Verwirklichung egalitärer oder universalistischer Maximen in eine ferne Zukunft verschoben wurde, um sich einstweilen von vermeintlich historischen oder »natürlichen« (»organischen«) Prinzipien leiten zu lassen. Diese dienten nicht zuletzt dazu, Kriege und zahllose Opfer auf dem Weg zu einem harmonischen Endzustand zu rechtfertigen.

Vor diesem ideologischen Hintergrund bestimmten folgende Leitlinien Fröbels Bundesreformvorschlag: Der künftige deutsche Staatenbund sollte seinen Gliedern völlige Autonomie in der Innenpolitik lassen. Er sollte je-

² J. FRÖBEL, *Kleine Politische Schriften*, Bd. II, 1866, S. 119 und 55 (1. Zitat); vgl. S. 42 ff.; DERS., *An die Redaction*, 1861 (folgende Zitate); Fröbel an Rechberg 12. 3. 1861 (QdPÖ, Nr. 377); an C. Kapp 15. 6. 1861 (BJ); DERS., *Theorie der Politik*, Bd. II, 1864, S. 209 ff. (europäische Mächtekonstellation). Vgl. zum Hintergrund und allgemein zu Fröbels Aktivitäten 1861/62: H. ROSENBERG, *Honoratiorenpolitiker*, 1970, S. 165 ff.; W. MOMMSEN, *Julius Fröbel*, 1956, S. 513 ff.; D. SCHULER, *Julius Fröbel*, 1985, S. 227 ff.

doch einen einheitlichen Wirtschaftsraum mit einer schutzzöllnerischen Außenhandelspolitik bilden und eine »Centralgewalt« besitzen, die die gemeinsame Außenpolitik bestimmen und insbesondere über Krieg und Frieden entscheiden sollte. Alle Mitgliedsstaaten, auch die beiden Großmächte, sollten auf eine eigene Außenpolitik und Diplomatie verzichten. Als weitere Zentralinstitutionen sollte es ein Bundesgericht, das sowohl für Streitigkeiten zwischen den Bundesstaaten als auch für die Auslegung der Bundes- wie der einzelstaatlichen Verfassungen zuständig sein sollte, und ein Zweikammerparlament geben. In dessen »Fürstenhaus« sollten im Unterschied zum Bundestag die Regenten der Einzelstaaten selbst, also keine Gesandten sitzen. Das »Volkshaus« sollte aus Abgeordneten bestehen, die von den Landtagen der Bundesstaaten delegiert wurden. Fröbels Abkehr vom Prinzip der Volkssouveränität und sein Übergang zu Politik von oben äußerte sich in seiner *Maxime*, »daß das deutsche Parlament durch die Verfassung, nicht aber die Verfassung durch ein Parlament eingesetzt werde«.

Fröbel sah neben seinem Reformvorschlag nur noch zwei weitere realistische Möglichkeiten: eine »Mediatisierung« der übrigen deutschen Staaten durch Preußen im Falle einer kleindeutschen Staatsgründung, also etwa das, was zwischen 1867 und 1871 eintrat, oder die Konstituierung des Dritten Deutschland durch die Staaten der Würzburger Koalition ohne Rücksicht auf die beiden Großmächte, indem sie als »deutsche Eidgenossenschaft« ein gemeinsames Parlament, eine Armee und eine »Bundesregierung« schufen, um mit Österreich und Preußen ein Militärbündnis zu schließen. Für den Fall, daß sein Bundesreformprojekt scheiterte, zog Fröbel die zweite Lösung der ersten entschieden vor.³

Fröbel und die anderen supranationalen Föderalisten aus der Paulskirchenlinken wie Adolph Kolatschek und Oscar v. Wydenbrugk erwarteten im Sommer 1861 eine Abkehr der Wiener Regierung vom Zentralismus und eine Aussöhnung zumindest mit dem magyarischen Adel durch das Zugeständnis einer eigenen Verfassung und eine Lockerung des Verhältnisses zwischen den Teilen der Habsburgermonarchie. Die »Realunion« zwischen Österreich und Ungarn werde auf »die allgemeinsten Machtverhältnisse des Reiches« beschränkt und in eine verfassungsmäßige Form gebracht werden, »welche Österreich volle Freiheit läßt[,] bei Deutschland zu bleiben, seine

³ J. FRÖBEL, *Lebenslauf*, Bd. II, 1891, S. 104–12 (Kissinger Denkschrift); J. FRÖBEL, *Kleine Politische Schriften*, Bd. II, 1866, S. 115 ff. (Zitat). In dieselbe Richtung tendierte 1861/62 auch F. T. VISCHER, *Kritische Gänge*, 1920, S. 163 ff., der ein vehementer Unterstützer des anationalen und großdeutschen Manifestes der Preußen Bucher, Rodbertus und Berg war, die wiederum ihre Aktivitäten eng mit Fröbel abstimmten. Vgl. J. K. ROBERTUS, 1971, S. 835 ff.; H. ROSENBERG, *Honoratiorenpolitiker*, 1970. Reaktionen von großpreußischer Seite: J. JACOBY, *Briefwechsel*, Bd. II, 1978, S. 137.

Ein wichtiger Vorläufer von Fröbels Plänen, mit dem er auch direkten Kontakt (u. a. im Reformverein) hatte, war der linksliberale Paulskirchenabgeordnete Zachariä, der bereits in seinem 1859 publizierten, aber wenig beachteten Bundesreformvorschlag eine Reihe von Fröbels Vorschlägen vorwegnahm. Vgl. H. A. ZACHARIÄ, *Reform*, 1859.

nichtdeutschen Länder dem neuen deutschen Bundesreiche als Nebenländer zubringend,« schrieb Fröbel aus Kissingen während der Abfassung seiner Denkschrift an seinen Frankfurter Parlamentsgenossen Christian Kapp, dem er seine Entwürfe zur Kritik zusandte. Die Ungarn würden »für ehrenvoller halten«, mit »Großdeutschland [...] in Verbindung zu stehen [...] als mit Österreich *allein*; woraus hervorgeht[,] daß das von Deutschland abge sonderte Österreich seine Schwierigkeiten in Ungarn nicht vermindern[,] sondern vermehren würde.« Die staatenbündischen Bundesreformvorschläge waren, anders als die Forderungen von Abgeordnetentag oder Nationalverein nach Inkraftsetzung der Reichsverfassung, nicht vornehmlich propagandistisch gemeint. Sie wurden vielmehr als unmittelbar realisierbar aufgefaßt.

Ein neugeordneter deutscher Staatenbund mit gestärkter Exekutive und Parlament sollte in einem weiteren Bundesverhältnis mit dem Königreich Ungarn stehen, das vermittelt würde durch eine gelockerte Real- oder, wie Kolatschek vorschlug, eine reine Personalunion mit den zum Deutschen Bund gehörenden Ländern Österreichs. Die Stufung zwischen Deutschem und einem weiterem Bund mit Ungarn, der vor allem eine Wirtschafts- und Verteidigungsgemeinschaft sein sollte, bedeutete eine Abkehr vom Bruck-Schwarzenbergischen Modell einer mitteleuropäischen Konföderation unter österreichischer Vorherrschaft. Vor dem Hintergrund ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen waren die supranationalen Föderalisten strikte Gegner des zentralistischen Einheitsstaats, den die meisten westlich orientierten Liberalen und Demokraten anstrebten, und suchten eher das Bündnis mit Partikularisten aller Couleur, denen eine relativ lockere Föderation mit voller innerer Autonomie eher zusagte als eine Mediatisierung, sei es unter österreichischer oder unter preußischer Dominanz.⁴

Die indirekte Wahl der Nationalvertretung, die bei der Einigungsbewegung auf so scharfe Ablehnung stieß, war von Fröbel ursprünglich als Köder für Preußen gedacht gewesen. Fröbel hielt die Berliner Regierung angesichts des Verfassungskonflikts für noch weniger bereit als die Wiener, eine direkt gewählte Nationalvertretung zuzugestehen.⁵ In der Tat hatte selbst der spätere Ministerpräsident Otto v. Bismarck in seiner »Baden-Badener-Denkschrift«, an der er im Juli und Oktober 1861 arbeitete, genau wie Fröbel eine indirekt, von den Landtagen gewählte Volksvertretung vorgeschlagen. Nur dieses Wahlverfahren biete »einige Bürgschaft [...] für die Intelligenz und die konservative Haltung einer solchen Vertretung«. Die Gründung des neuen »Bundesreiches« stellte Fröbel sich 1861 als gleichzeitige »Zusammenkunft einer Volksvertretung am Bundessitze« und einer »Versammlung aller

⁴ Fröbel an C. Kapp 15. 6. 1861 (BJ); A. KOLATSCHEK, Union, 1861.

⁵ »Nach brieflichen Äußerungen[,] die mir zugekommen sind, würde Österreich der Volksvertretung am Bunde keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen und sich selbst für seine Bundesländer rückhaltlos beteiligen. Ich zweifle, daß Preußen von sich dasselbe sagen kann« (Fröbel an C. Kapp 15. 6. 1861; BJ).

deutschen Fürsten« vor. Beide zusammen sollten dann eine Bundesgewalt einsetzen.⁶ Die Konstellation im August 1863, als in Frankfurt gleichzeitig ein Fürsten- und ein Abgeordnetentag versammelt waren, entsprach also bis auf das negative Ergebnis exakt Fröbels Plänen für eine Reichsgründung.

Der US-Bürger Fröbel, der wenige Jahre zuvor noch als Karawanenführer in Mittelamerika mit Indianern und mexikanischen Behörden zu verhandeln hatte, verstand es mit seiner Mischung aus selbstbewußtem, aber höflichem Auftreten, rastlosem Einsatz und eingängigen Vorschlägen, unter Umgehung des üblichen Geschäftsganges »eine Art von grauer Eminenz auf dem glatten Wiener Parkett« (Rosenberg) zu werden. Rückblickend wunderte er sich selbst, daß »zwei österreichische Minister sich von einem unberufenen Fremden [...] die Grundideen und Pläne zu einem großen politischen Unternehmen liefern ließen, bei welchem die Zukunft des Kaiserreiches auf dem Spiel stand«. Fröbels Aufstieg in die große Politik ist jedenfalls ein Beispiel dafür, wie schnell im europäischen Umbruch zwischen 1855 und 1866 »politische Gründer«, wie Rosenberg in Anlehnung an die Wirtschaftsmagnaten der industriellen Revolution den Politikertypus nennt, zu dem er neben Fröbel auch die Paulskirchenlinken Bamberger und Löwe zählte, großen Einfluß erlangen konnten.⁷ Zu den entscheidenden Voraussetzungen für solch kometenhaften Aufstieg zählten die noch immer fast absolutistische innere Struktur der deutschen Staaten und das Fehlen eines politischen Massenmarktes.

In verschiedenen Besprechungen mit der Wiener Regierung, in der vor allem Außenminister Graf Rechberg wenig von der Bundesreform hielt und strikt gegen jede Kooperation mit der deutschen Einigungsbewegung war, wurde das Modell mehrfach in seinen Details verändert. In der Kissinger Denkschrift war noch – wohl um sich bei der österreichischen Regierung einzuschmeicheln – von der illusorischen »Wiederherstellung« des Alten Reichs in modernisierter Form mit einem habsburgischen Erbkaiser die Rede. Die Integration beider Großmächte in den Staatenbund wurde dort nur als Minimallösung angeführt, falls Österreich nicht zur »ultima ratio«, dem zur Reichsgründung unter österreichischer Vorherrschaft notwendigen Krieg mit Preußen greifen wolle. Im September hatte Fröbel die Wiener Regierung, in der vor allem v. Schmerling und der für die Deutschlandpolitik zuständige Ministerialrat Ludwig v. Biegeleben seine Pläne förderten, so weit manipuliert, daß sie seinen Plan in der von ihm eigentlich favorisierten triadischen Form übernahm. Die »Centralgewalt« sollte nun aus drei Fürsten (dem österreichischen Kaiser, dem preußischen König und einem Vertreter des Dritten Deutschland) bestehen, die unter wechselnder Leitung die Bundespolitik bestimmten.

⁶ Ebd.; O. v. BISMARCK, Bd. II/2, 1963, S. 386. Vgl. auch Fröbel an Kapp 22. 11. 1861 (BJ).

⁷ H. ROSENBERG, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 165 f. und S. 168; zu Fröbels abenteuerlicher Biographie sehr lesenswert: J. FRÖBEL, Lebenslauf, Bd. I, 1890; ebd., Bd. II, 1891, S. 171 (Zitat).

Nachdem die Grundzüge der Reform, für die Fröbel im Auftrag der österreichischen Regierung wirken sollte, ausgehandelt waren, erhielt er Anfang 1862 endlich die ersehnte Anstellung. Er sollte publizistisch – vor allem in v. Schmerlings Organ, dem »Botschafter«, den Kolatschek leitete – und darüber hinaus durch die »Organisierung einer disciplinierten großdeutschen Partei und Presse« das Reformprojekt forcieren sowie die Tendenzen zu einer großpreußischen Staatsbildung bekämpfen. Da Kolatschek sich bald aus der Redaktion zurückzog, bestimmte Fröbel die Linie des Blattes und schrieb die meisten Leitartikel. Daneben verfaßte er eine Vielzahl von Kolumnen für die unabhängigere und daher einflußreichere Augsburger Allgemeine und entfaltete eine umfangreiche Reisetätigkeit. Sein Einsatz wurde bereits im Oktober 1862 von der glanzvollen »großdeutschen Versammlung« gekrönt, die ein Programm ganz nach seinen Vorstellungen verabschiedete. Bei der Gründung der »großdeutschen Partei« überließ Fröbel seinen ehemaligen Parlamentskollegen Oscar v. Wydenbrugk und Heinrich v. Gagern die Bühne und hielt sich selbst im Hintergrund. Auch die Mischung im Reformverein aus Aristokratie, Kirchenmännern, süddeutschen und katholischen Liberalen sowie gemäßigten Demokraten entsprach Fröbels Vorstellungen von der sozialen Basis und Bandbreite der »großdeutschen Partei«.⁸

Zur gleichen Zeit, da Fröbel seine Reformdenkschrift fertigstellte, erfuhr die Öffentlichkeit auch vom Vorschlag des sächsischen Ministerpräsidenten Beust, den die Wiener Regierung jedoch trotz hoher inhaltlicher Übereinstimmung mit ihren eigenen Plänen ablehnte – wohl um die Initiative nicht aus der Hand zu geben. Auch bei den Mittelstaaten stieß Beusts Vorschlag auf wenig Gegenliebe. Als Reaktion auf die sächsische Initiative wiederum lancierte der preußische Außenminister v. Bernstorff Ende Dezember eine Neuauflage des Radowitzschen Unionsprojekts, also den Zusammenschluß der außerösterreichischen Staaten zu einem von Preußen dominierten Bundesstaat, der mit Österreich verbündet sein sollte. Anders als 1850, als die Union zumindest teilweise auf Interesse stieß, führte Bernstorffs Vorschlag Anfang 1862 nur zu einem engeren Zusammenschluß der Würzburger Koalition, die ihn in identischen Noten abwies.⁹ Die preußische Regierung verfügte 1862 deutschlandpolitisch sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den übrigen Bundesstaaten über wesentlich weniger Prestige und eine deutlich schwächere Stellung als 1849/50.

⁸ Ebd., S. 142 ff.: Denkschrift über die Leitung einer deutschen Bundesreform vom 27. 11. 1861 und S. 163 ff.: Entwurf einer Revision des Deutschen Bundes vom 1. 12. 1861; QdPÖ Nr. 462, 480 und 500; L. HÖBELT, 1993, S. 235 ff.; Fröbel an C. Kapp 5. 3. 1862 (BJ); A. Kolatschek, Lebenslauf (FDH); ders. an Wuttke 6. 3. 1862 (StA Dresden, NL Wuttke/8). Vgl. A. WANDRUSZKA, 1980, S. 137, sowie rückblickend, selbstkritisch über den Reformverein: J. FRÖBEL, Großdeutschthum, 1866.

⁹ AAZ 13. 12. 1861 (außerordentliche Beilage); E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 409 ff.

Gegen Fröbels extreme Realpolitik, eine Lösung der deutschen Frage mit Hilfe der österreichischen Regierung zu suchen, und gegen die Bundesreformprojekte anderer Staatsmänner formierte sich in der Öffentlichkeit unter maßgeblicher Beteiligung demokratisch-föderalistischer und großpreußisch-demokratischer Politiker aus der Paulskirchenlinken Widerstand, der daran festhielt, daß die deutsche Einigung nur »von unten« her erfolgen könne. Die politische Linie, die 1862 auf dem Abgeordnetentag und im Nationalverein überwältigende Mehrheiten erzielte (Festhalten an der Reichsverfassung, baldige Einberufung einer neuen Nationalversammlung, um die Verfassung eventuell zu ergänzen), wurde hier publizistisch vorbereitet.¹⁰ Diese nationaldemokratische Opposition gegen die Bundesreform erhielt nach der als Kränkung der preußischen »Ehre« empfundenen Zurückweisung des Bernstorffschen Vorschlags starken Zulauf unter großpreußischen Liberalen. Das preußische Abgeordnetenhaus stellte sich einmütig hinter die Regierungsvorschläge, forderte eine großpreußische Lösung der deutschen Frage, in der für Österreich nur ein weiteres Bündnisverhältnis blieb, und verlangte außerdem die Anerkennung Italiens – eines Erzfeindes der Habsburgermonarchie. Gerade mit diesem letzten Schritt bekannte sich das Abgeordnetenhaus demonstrativ zu dem von Österreich abgelehnten und auf die Zerstörung des Vielvölkerstaates zielenden Nationalitätsprinzip.¹¹ Jedoch anders als später Bismarck waren die Regierung der Ministerpräsidenten Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenlohe-Ingelfingen nicht zu einem Bündnis mit der nationalistischen Bewegung bereit, das aus dem Verfassungskonflikt hätte herausführen können.

Die Entwicklung im Nationalverein und der erste Abgeordnetentag zeigten, wie stark der Kult der Reichsverfassung bei den in der Einigungsbewegung Engagierten ausgeprägt war. Die Reichsverfassung bot den kleinsten gemeinsamen Nenner und war vor allem die langfristig wirksamste *Tat* der Frankfurter Abgeordneten. Durch ihre hohe formale Legitimität, die aus der Volkswahl der Nationalversammlung und der Anerkennung der Verfassung durch die Mehrzahl der deutschen Fürsten resultierte, bildete sie für die Opposition nach ihrer realpolitischen Wende einen noch höheren Wert, da sie eine reellere Basis zu bieten schien als die naturrechtlichen oder geschichtsteologischen Herleitungen, mit denen die Linke sonst ihre politischen Forderungen begründete. Solange die von großen Teilen der Linken erhofften kriegerischen Auseinandersetzungen, die den Weg frei machen sollten für eine Neuordnung der Verhältnisse im Deutschen Bund, noch nicht begonnen hatten, war die Reichsverfassung der wichtigste Anknüpfungspunkt für ihre Zukunftspläne.¹²

¹⁰ F. NÄGELE, *Frage*, 1861; L. Simon an Jacoby 11.8.1861 (in: J. JACOBY, *Briefwechsel*, Bd. II, 1978, S. 158).

¹¹ HdA 14.3.1862; Kommissionsbericht: Beil. 66/1862.

¹² 1862/63 kam es anlässlich der 15. Jahrestages der Revolution zu einer Serie von Kundgebungen zur Feier der Reichsverfassung, die hauptsächlich vom Nationalverein organi-

Die antipreußisch-föderalistische Linke sah deshalb ihre Felle davon schwimmen, seit sich der Nationalverein im Herbst 1860 zur Reichsverfassung bekannt hatte und seit klar wurde, daß die Regierungen die parteiähnliche Organisierung des kleindeutschen Flügels der Einigungsbewegung nicht unterbinden wollten, obwohl sie gegen die geltenden Vereinsgesetze verstieß.¹³ Erst die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung in Preußen gab dem Föderalismus neuen Auftrieb. Der Verfassungskonflikt verstärkte Ängste, daß preußische Vorherrschaft Illiberalität bedeutete. Seit klar war, daß die Wiener Regierung mit einem eigenen Vorschlag zur Lösung der deutschen Frage hervortreten würde, intensivierten insbesondere die supranationalen Föderalisten ihre Agitation. Sie hoben darauf ab, daß die Bundesreform von den gegebenen Verhältnissen ausgehe, während der Nationalverein »das theoretische Gebilde eines neuen Staats aufstellt, um darnach die Zustände und den Boden des Vaterlandes selbst zu gestalten und zuzuschneiden«. Das war der seit 1849 gebräuchliche Doktrinarismus- und Utopismusvorwurf gegen den politischen Gegner, der noch dadurch verstärkt wurde, daß etwa v. Wydenbrugg den Abgeordneten-tag, den er mit dem Vorparlament von 1848 verglich, davor warnte, die damaligen Fehler zu wiederholen und die Machtverhältnisse zu ignorieren. »Einen Einheits- oder vollständigen Bundesstaat aus der Theorie heraus schaffen«, könne man aber nur, wenn man »die gegebenen Staaten zuerst auf den Wegen des Krieges oder der Revolution« zerstöre.

Daß die Bundesreform im Gegensatz zur großpreußischen Staatsbildung auf friedlichem Wege zu erreichen sei, war eines der stärksten Argumente der antipreußischen Linken in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalverein. Daneben wurde sie nicht müde zu betonen, daß eine Staatsgründung in Deutschland nur auf den Prinzipien des Föderalismus aufgebaut sein könne und der »westeuropäische« Einheitsstaat dem »deutschen Wesen« fremd sei. In diesem Punkt waren sich demokratisch-föderalistische Linke und supranationale Föderalisten ebenso wie in ihrer großdeutschen Orientierung einig. Während jedoch die demokratischen Föderalisten lieber zunächst auf die Teilnahme Österreichs am Bundesstaat als auf ein direkt gewähltes Parlament verzichten wollten, plädierte die supranationale Richtung mit föderalistischen Argumenten für den indirekten Wahlmodus: Eine Versammlung von Landtagsdelegierten sei potenter als ein »von allen

siert wurden. A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 254f., nennt diesen Veranstaltungsveranstellungen, dessen Höhepunkt das Frankfurter Schützenfest von 1863 war und der im Kontext des »Flirts« des Nationalverein mit den Massen (Na'aman) zu sehen ist, gar eine »zweite Reichsverfassungskampagne«. Vgl. Der Beobachter 24., 31. 3. und 1. 4. 1863: Verfassungsfeier in Stuttgart, die u. a. von G. Tafel und Fetzer organisiert wurde, denen dort als »unsere[n] bewährte[n] alte[n] Vertheidigern der Volksrechte« besonders gedankt wurde. Auch der Kult um Heinrich Simon, der in hohem Maße eine Selbstfeier der Paulskirchenlinken war, war zugleich Kult ihres Werkes, der Reichsverfassung. Vgl. hierzu Kap. IV.

¹³ Vgl. H. WUTTKE, AAZ 3. 12. 1861; O. v. WYDENBRUGK, Wo stehen wir, 1862.

übrigen deutschen Einrichtungen losgelöstes Parlament«. Außerdem operierten sie mit Vorurteilen und schürten Ängste: Eine Vorherrschaft Preußens werde »sittlich noch verderblicher wirken als politisch«. ¹⁴

Zwar verlief die Hauptkonfliktlinie 1862/63 zwischen den Befürwortern einer Einbeziehung Österreichs und ihren Gegnern, also zwischen Unterstützern des Fröbelschen Bundesreformvorschlags und Anhängern der Reichsverfassung und damit letztlich, wie die supranationalen Föderalisten zu Recht immer wieder betonten, zwischen Reform einerseits und Krieg bzw. Revolution andererseits. Zugleich wurde auch eine innere Differenzierung im nationalistischen Lager – also unter den Gegnern der Bundesreform – erkennbar. Zwei Tendenzen können namhaft gemacht werden, die beide realpolitisch argumentierten. Zum einen gab es insbesondere in Norddeutschland eine, in der Paulskirchenlinken durch Gabriel Riesser, der bis 1862 Ausschußmitglied des Nationalvereins war, vertretene Richtung, die nicht wollte, daß die Einigungsbewegung sich programmatisch festlege, da dies ihren taktischen Spielraum und ihre Reaktionsmöglichkeiten auf unvorhergesehene Entwicklungen einschränke. Riesser wies auf den mangelnden Realismus der Nationalbewegung hin, ¹⁵ die gerade 1862/63, als sie sich wegen des preußischen Verfassungskonflikts in der Defensive befand, mangelnde Handlungsmöglichkeiten durch ein Übermaß an Programmatik kompensierte. Als die Dinge seit 1864 durch den preußischen Annexionismus in Bewegung gerieten, führte die Frage, ob an der eigenen Programmatik festzuhalten sei, oder die sich plötzlich bietenden Einigungschancen genutzt werden sollten, zur Spaltung der Nationalbewegung.

In eine ganz andere Richtung wiesen neue Vorschläge aus dem Lager der demokratischen Föderalisten, die weder eine großpreußische noch eine kriegerische Lösung wollten, denen aber die Fröbelschen Reformvorschläge zu wenig demokratisch waren. Der Württemberger Fetzer brachte im Herbst 1862 einen Gedanken ins Spiel, der in der folgenden Zeit eine große Rolle spielte. In einer Artikelserie im »Beobachter« lehnte er den Fröbelschen Reformvorschlag mit denselben Argumenten ab, die sich wenig später beim Abgeordnetentag durchsetzten. Fetzer verband seine Ablehnung mit dem Hinweis, daß die Staatsgründung nicht auf einen Schlag, sondern auch sukzessive erfolgen könne. Wenn einzelne Fürsten und ihre Regierungen damit beginnen würden, ihre Länder auf der Basis der Reichsverfassung zu einem Bundesstaat zusammenzuschließen, werde sich eine Sogwirkung ergeben. Sanguinisch gab sich Fetzer der Hoffnung hin, es »würde sicherlich keine lange Zeit, vielleicht kein Jahr vergehen, ohne daß Deutschland, im Anfang etwa mit Ausnahme der beiden Großmächte und der unter ausländ-

¹⁴ O. v. WYDENBRUGK, Stellung, 1862 (Zitate); DERS., Krisis, 1863, S. 4186; F. SCHUSELKA, Deutschland, 1862, S. 1030; M. MOHL, der die Bundesreform prinzipiell begrüßte, lehnte die konkreten Vorschläge jedoch als zu undemokratisch ab (M. MOHL, Bundesreform, 1862). Vgl. F. SCHUSELKA, Stimme, 1863; C. A. FETZER, Verfassungsfrage, 1863, S. 906.

¹⁵ G. RIESSER, Bd. IV, 1868, S. 668 ff. Vgl. DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 166.

dischen Monarchen stehenden Länder, in seinem Reichsverbande geeinigt wäre«.

Für diese allmähliche Einigung gab es eine Reihe historischer Vorbilder, etwa die Schweiz, die USA oder, als damals aktuellstes Beispiel, Italien, aber auch die Gründung des Zollvereins durch Württemberg und Bayern – und an diese beiden Staaten dachte Fetzer auch als Initiatoren der politischen Einigung. Die Hauptschwäche von Fetzers Vorschlag lag darin, daß seine Realisierung von der Einsicht der Monarchen in die Notwendigkeit einer Überwindung der deutschen Vielstaatigkeit abhing. Die gewünschte Initiative war allenfalls vom bayrischen König Maximilian II. zu erwarten, der jedoch Anfang 1864 plötzlich verstarb, nicht jedoch von dessen an anderen Dingen interessierten Nachfolger Ludwig oder vom altersstarken württembergischen König Wilhelm. Hinter Fetzers Vorschlag stand neben dem volkstümlichen Glauben an den guten König, auf den die Demokraten und Revolutionäre des 19. Jahrhunderts häufig rekurrierten, die ebenso verbreitete Überzeugung, daß nur im Dritten Deutschland das Maß an Nationalbewußtsein vorhanden sei, das nötig wäre, um die Fürsten zur partiellen Aufgabe ihrer Souveränität zu bewegen.¹⁶

Trotz Fröbels Geschick entwickelten sich die Dinge in Wien langsam. Erst am 14. August 1862 wurde ein österreichischer Reformvorschlag im Bundestag eingebracht. Dieses Minimalprogramm, das nur noch die Einrichtung einer Versammlung von Landtagsdelegierten, die an der Bundesgesetzgebung in Rechtsfragen mitwirken sollte, sowie ein Bundesgericht vorsah, konnte Fröbel und die liberalen Anhänger der Bundesreform unmöglich zufriedenstellen. Daß der Ausbau der Bundesexekutive, die gemeinsame Außenpolitik und die Vereinheitlichung des Militärs fallen gelassen worden waren, spiegelte die Schwierigkeiten der Würzburger Koalition, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen. Letztlich zeigte sich darin die Reformunwilligkeit des Dritten Deutschland. Wenn die schwerfällige österreichische Ministerialbürokratie der treibende Faktor sein mußte, damit die Mittelstaaten sich bewegten, dann war kaum mit ihrer allmählichen freiwilligen Vereinigung zu rechnen.

Die inzwischen von Bismarck geleitete Berliner Regierung widersetzte sich selbst diesen kleinen Reformen vehement und drohte, falls Preußen in den Beratungen überstimmt werde, mit Austritt aus dem Bund und mit Krieg. Bei der entscheidenden Abstimmung am 22. Januar 1863 setzte Bismarck dann das erste Mal, in Abkehr von seiner Baden-Badener Denkschrift, auf das Bündnis mit der liberalen und nationalistischen Bewegung: Zur allgemeinen Überraschung ließ er den preußischen Delegierten am Bundestag erklären, nur in einer direkt gewählten Vertretung »könne die

¹⁶ C. A. FETZER, *Deutsche Reform*, 1862, insb. S. 794 und 801 (Zitate). Vgl. F. NÄGELE, *Versuch*, 1863; C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 62 ff.; Bayr. LT 2.7.1863, S. 22 f. (Umscheiden); M. MOHL, *Mahnruf*, 1867, S. 13.

deutsche Nation das berechtigte Organ ihrer Einwirkungen auf die gemeinsamen Angelegenheiten finden«. Im Gegensatz zu den Bundesreformvorschlägen Österreichs und seiner Verbündeten, die allein von den Fürsten beschlossen werden sollten, vertrat die preußische Regierung nun also die Ansicht, daß eine künftige deutsche Verfassung zwischen den Fürsten und einer demokratisch gewählten Nationalvertretung vereinbart werden müsse. Bismarcks Vorschlag ähnelte stark dem, was Johann Nepomuk Berger am Ende der Wiener Besprechungen zwischen Vertretern des österreichischen Liberalismus und den Exponenten der Nationalbewegung als Minimalkonsens zusammengefaßt hatte. Der Coup des preußischen Ministerpräsidenten spaltete die mittelstaatliche Unterstützung für den österreichischen Vorschlag und führte zu einem glänzenden diplomatischen Sieg. Der Bundestag lehnte mit neun gegen die sieben Stimmen der Verbündeten von 1866 die von Österreich vorgeschlagene Delegiertenversammlung ab.¹⁷

2. Die Zuspitzung des deutsch-polnischen Gegensatzes

Als die Bundesreforminitiative nach der Abstimmung vom 22. Januar 1863 schon gescheitert schien, erhielt die österreichische Seite unverhofften Auftrieb durch den just am selben Tag ausgelösten polnischen Aufstand, der nach dem Scheitern einer breiten Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung in einen 15-monatigen Guerillakrieg von rund 20000 Aufständischen gegen eine 300000-köpfige russische Armee überging. Das Ansehen, das die Bismarck-Regierung im liberalen Lager mit ihrer Forderung nach einer direkt gewählten Nationalvertretung verbuchen konnte, verlor sie sofort wieder, weil sie die zarische Regierung gegen die in ganz Europa auf große Sympathien stoßenden Aufständischen unterstützte. Daß Preußen dem russischen Militär eine umfassende Kooperation gegen die Aufständischen zusagte, erschwerte einerseits den Nachschub für die Aufständischen und den Zuzug von Freiwilligen, die sich in ganz Europa meldeten. Andererseits bedeutete das antinationalistische Bündnis mit Rußland das Ende der preußisch-französischen Annäherung, die mit den Verhandlungen über einen Österreich ausschließenden Handelsvertrag begonnen hatte. Damit kehrte die Krimkriegskonstellation zurück: Österreich protestierte im Verein mit den Westmächten gegen die von Preußen unterstützte Niederschlagung des polnischen Aufstands. Bismarck, der erkannte, welchen Schaden dies für seine antiösterreichische Deutschlandpolitik bedeutete, schränkte die vom General v. Alvensleben vereinbarte Kooperation insofern ein, als

¹⁷ O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 56f.; E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 416ff. Vgl. O. v. WYDENBRUCK, Preußen, 1863, insb. S. 457f.

er den Einsatz preußischer Truppen zur Verfolgung geflüchteter Polen verhinderte.¹

Die Abgeordnetenhausfraktion als politische Führung der Polen in Preußen war bereits Anfang 1861 zu einer härteren Linie übergegangen, da sie seit der italienischen Einigung und dem Eintreten Napoleons für das Selbstbestimmungsrecht der Völker verbesserte Chancen für eine polnische Staatsgründung sah: Bisher habe sich die Fraktion einer »Guerilla-Taktik« bedient, hieß es in einem Leitartikel des Parteiorgans, und nur Ungerechtigkeiten der preußischen Verwaltung und die Germanisierungspolitik angeprangert. Nun sei es »Zeit, auf den Grund des Übels loszuschlagen, der alle unsere Drangsale im Keim erfaßt, und [...] den großen Krieg zu beginnen.« Um »dem unerträglichen Zustande der Dinge bei uns einige Abhilfe zu verschaffen«, wollte man zumindest auf die tatsächliche Durchführung der auf dem Wiener Kongreß von allen europäischen Mächten garantierten Rechte der Polen im Großherzogtum Posen bestehen.

Trotz dieser martialischen Ankündigungen und einiger Demonstrationen anlässlich nationaler oder religiöser Gedenktage blieb es in den nächsten Jahren und auch nach dem Ausbruch des Aufstandes im preußischen Polen ruhig. Die Sprache in der Presse wurde etwas schärfer, ebenso die Reden des Paulskirchendemokraten Karol Libelt und seiner Fraktionskollegen im Abgeordnetenhaus. Es kam jedoch selbst im Verfassungskonflikt zu keiner Annäherung zwischen der Fortschrittspartei und den Polen, da sich der deutsche Nationalismus bereits seit 1848 auf einem antagonistischen Kurs befand² und territoriale Kompromisse ablehnte und da die Polen sich aus innenpolitischen Konflikten weitgehend heraushielten. »Wir sind keine Deutschen, wir gehören dem Deutschen Stamme nicht an«, erklärte etwa Libelt den Liberalen in der Adreßdebatte vom Juni 1862. »Wir [können] auch mit Ihnen [...] uns nicht in der Art eins fühlen, wie Sie es von uns verlangen, namentlich nicht [...] in all den Kämpfen, Institutionen und nationalen Interessen, *welche das Volk bilden*, beleben und begeistern.« Libelt begriff den Verfassungskonflikt als Teil der deutschen Nationsbildung und des Weges zum ethnisch homogenen Nationalstaat, den er ebenso wie die nationalistische Mehrheitsströmung unter den deutschen Liberalen als notwendige historische Entwicklungsstufe ansah. Umgekehrt ging das Abgeordnetenhaus regelmäßig mit den meisten Stimmen der bürgerlichen Linken über Anträge der polnischen Fraktion zur Tagesordnung über.³

¹ O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 66ff., 74–98 und 119f.; N. DAVIES, 1982, S. 352ff.; J. K. HOENSCH, ²1990, S. 217ff.; T. NIPPERDEY, 1983, S. 769f.

² Vgl. W. SIEMANN, *Revolution*, 1985, S. 147 (auch zum Begriff des antagonistischen Nationalismus).

³ *Dziennik poznański* Nr. 9/1861 (APP 290/512, Bl. 1; Übersetzung aus dem Polnischen durch die politische Polizei); HdA 4.6.1862, S. 120; ebenso: HdA 5.6.1862, S. 164; K. Libelt u. a., *Aufruf zur Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens* (APP 290/513, Bl. 178); F.-H. GENTZEN, 1958, S. 116ff.; L. BERNHARD, ³1920, S. 81. Wuttke registrierte als ein strikter Gegner territorialer Zugeständnisse an Polen die Verschärfung des natio-

Während des Aufstandes taktierten die polnischen Abgeordneten zurückhaltend. Libelt versicherte als Fraktionsvorsitzender, »daß die Polen im Großherzogthum Posen und ebenso in Westpreußen gegen die Preußische Regierung nichts im Schilde führen«. Er hielt der preußischen Regierung Österreich als Beispiel größerer Liberalität vor. In Galizien würden Solidaritätsaktionen der Einwohner für »ihre Brüder« nicht unterbunden. Diese Zurückhaltung resultierte aus der Befürchtung, daß ein entschlosseneres und nationalistisches Auftreten der polnischen Abgeordneten die liberale Mehrheit zur Unterstützung der Bismarckschen Politik provozieren könnte. Ein Indiz für die geringe Begeisterung in den Reihen der Fortschrittspartei für die Sache der Polen war eine Rede Löwes in der Polendebatte am 31. März 1863. Neben wilden Spekulationen über eine slawische Verschwörung gegen Preußen enthielt er sich einer politischen Bewertung und warf Bismarck lediglich eine falsche Prioritätensetzung vor: Der Ministerpräsident habe sich um wichtigere Dinge zu kümmern, etwa um die deutschen Fragen, insbesondere um Schleswig und Holstein. Das Abgeordnetenhaus forderte in mehreren, fast einstimmigen Entschlüssen unbedingte Neutralität Preußens in dem Konflikt. Bewaffneten Verbänden beider Parteien sei der Grenzübertritt nur bei gleichzeitiger Entwaffnung zu gestatten.⁴

Als der in Baden lebende demokratische Föderalist Jakob Venedey in einer Broschüre, die in Preußen sofort verboten wurde, aussprach, daß ein unabhängiges Polen preußische Territorien zurückzugeben seien, behauptete sein Freund Theodor Paur, der im preußischen Abgeordnetenhaus saß, »die Majorität des Abgeordnetenhauses theilt deinen Standpunkt«. Die fehlende öffentliche Solidarisierung mit den Polen rechtfertigte Paur dann jedoch damit, daß die Fortschrittspartei ein Ministerium, »dem wir alle Lebensluft durch unsere Budget-Verweigerung abzuschneiden suchen«, nicht zu einer aktiveren Polenpolitik veranlassen könne.⁵ Zwar hinderte auch in dieser Frage die Pattsituation des Verfassungskonflikts die preußischen Liberalen an größerem Pragmatismus, aber gleichwohl war die Frage eventu-

nalitätenpolitischen Tones aufmerksam (H. WUTTKE, *Polnische Frage*, 1863; DERS., *Ostpreußen*, 1862). Auch Wigard war gegen territoriale Zugeständnisse an Polen (R. FUCHS, 1970, S. 162). Vgl. auch Wuttkes bis zu den Karpathen ausgreifende Germanisierungsutopien von 1850 (H. WUTTKE, *Stand*, 1850, S. 56 u. ö.).

⁴ HdA 31. 3. 1863, S. 758 f.; Beschluß vom 28. 2., bestätigt am 31. 3. 1863.

⁵ Paur an Venedey 27. 4. 1863 (BA 90 Ve 1/39). Indiz für die Flucht aus der fehlenden Perspektive im Verfassungskonflikt in den Radikalismus ist auch Jacobys Rede am 13. 11. 1863, in der er zu dem Schluß kam: »Die Macht des Abgeordnetenhauses reicht nicht aus, den vereinten Widerstand der Krone und des Herrenhauses zu überwinden.« Daraus könne nur folgen: »Das Volk muß bereit sein, selbst einzustehen für sein gutes Recht«, worunter Jacoby »unbewaffneten gesetzlichen Widerstand« verstand (J. JACOBY, *Rede*, 1863, S. 13 f.). Wegen dieser Rede wurde Jacoby zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt (E. SILBERNER, 1976, S. 333 ff.). Ähnl. auch J. JACOBY, *Schriften*, Bd. II, 1872, S. 216 ff.

eller Gebietsabtretungen im preußischen Liberalismus ein Tabu, an das kein führender Politiker freiwillig rührte.

Denn für den liberalen Nationalismus war die Frage, ob der polnische Staat neu erstehen sollte, ein neuralgisches Thema. Schon im Frankfurter Parlament hatten sich scharfe Gegensätze innerhalb der Linken gezeigt zwischen Polenfreunden (etwa Arnold Ruge und Jakob Venedey) und Slawophoben (etwa Heinrich Wuttke und Carl Giskra). Nach dem Beginn des polnischen Aufstands brach diese Differenz wieder auf: Die Großpreußen waren sich ebenso wie die supranationalen Föderalisten weitgehend einig, daß ein polnischer Nationalstaat nicht wünschenswert sei, da er »deutsche« Territorien beanspruchen werde. Diese Haltung bestimmte auch die Polenpolitik des Nationalvereins, der allerdings vorsichtig taktierte, da eine polenfreundlichere, demokratisch-föderalistische Minderheit gegen die Mehrheitslinie opponierte. Die meisten demokratischen Föderalisten, die für ein Selbstbestimmungsrecht der Völker plädierten, sympathisierten mit den Aufständischen. Auch die supranationalen Föderalisten unterstützten den polnischen Aufstand. Allerdings schwebte ihnen nur eine begrenzte Autonomie für Polen vor – entweder in engem Verband mit dem reformierten Deutschen Bund, für den das vereinte Polen eine ähnliche Satellitenrolle wie Ungarn spielen sollte, oder unter Wiederherstellung der in den Wiener Verträgen 1815 garantierten Autonomie Kongreßpolens innerhalb eines reformierten Zarenreichs.⁶

In zweifacher Hinsicht waren der polnische Aufstand und die Reaktionen, die er innerhalb der Nationalbewegung auslöste, von Bedeutung für die deutsche Politik und besonders für das Scheitern des von Fröbel konzipierten Bundesreformvorschlags. Einerseits wirkte der Aufstand als retardierendes Moment, da er das erste Kooperationsangebot, das Bismarck der Einigungsbewegung im Januar 1863 mit der Forderung nach einer direkt gewählten Nationalvertretung gemacht hatte, neutralisierte und vielmehr die Konfrontation zwischen Bismarck und den Liberalen weiter eskalieren ließ. Andererseits zeigte die Polenbegeisterung der demokratisch-föderalistischen Linken, daß die Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Völker mit einem zunehmenden Kult der Volkskraft und der Volkstümlichkeit einherging. Dieser Volkskult war häufig verbunden mit einem idealistischen Fortschrittsglauben, demzufolge sich das »Richtige«, also die eigenen politischen Maximen, ohnehin durchsetzen werde. Insofern wurde das realpolitische Paradigma zugunsten einer nationaldemokratischen »Volkspolitik« abgelehnt und auch die pragmatischen, auf allmählichen Zusammenschluß zielenden Bundesreformvorschläge als unzureichend verworfen. Bekämpften die Großpreußen die Bundesreform, weil sie Österreich eine führende

⁶ Zur Diskussion in der Paulskirche: G. WOLLSTEIN, »Großdeutschland«, 1977, S. 98 ff.; im Nationalverein: DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 99 f. (Ausschußsitzung vom 18./19. 5. 1861); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 289. Für die supranationalen Föderalisten vgl. M. MOHL, Zur Lage des Vaterlandes, 1863.

Stellung bewahrt hätte, so taten es die ja grundsätzlich großdeutsch orientierten demokratischen Föderalisten, weil es sich dabei um eine Politik handelte, die ihnen eine zu große Nähe zur reaktionären Wiener Regierung aufwies.

Wie die demokratischen Föderalisten den polnischen Aufstand benutzten, um einer basisorientierten »Volkspolitik« Schub zu verleihen und damit zum Scheitern der auf Kooperation mit den Regierungen setzenden Bundesreform beizutragen, zeigt ein fiktiver Dialog, in dem Carl Mayer die Gegensätze innerhalb der Linken thematisierte. Der polenbegeisterte demokratische Föderalist »M.«, hinter dem sich der Autor verbirgt, streitet mit »B.«, einem auf Politik von oben setzenden Skeptiker, der die Ansichten von Mayers Freund und politischem Streitpartner Bamberger vertrat.

»M[ayer]: Ich gestehe Dir, daß [...] mich lange nichts so erquickt hat wie dieser Ausbruch der braven Polen. [...] Seit dem unglücklichen Fiasco Garibaldi's [...] schien] alle Volkskraft in ganz Europa mir wie eingeschrumpft u[nd] aller heilige Volkszorn war wie weggeblasen.

B[amberger]: Du mahnst eben recht an die Geschichte Garibaldi's. Es ist eines so unüberlegt u[nd] hoffnungslos als das andere, sein Zug nach Rom[,] ohne den Feind schlagen zu wollen, wie dieser polnische Aufstand ohne Waffen. [...] Du siehst doch die Sache selbst als hoffnungslos an u[nd] freust dich an ihr, als einer bloßen Demonstration. Ich gestehe Dir, dazu ist mir die Sache zu ernst u[nd] zu blutig. Ich liebe solche Aderlässe à la Mazzini durchaus nicht. Das sind verfluchte Pfuscher u[nd] keine Ärzte, die zu solchen Mitteln rathen.

M[ayer]: Und doch wirst du mir zugeben, daß die Aderlässe [...] den Italienern sehr viel genützt haben u[nd] daß 1859 nimmermehr den Sieg über die Österreicher gesehen hätte, wenn nicht Mazzini die Bewegung unterhalten hätte [...]. So wird auch den Polen diese Erhebung von der Weltgeschichte angerechnet u[nd] gutgeschrieben werden, selbst wenn sie mißglücken sollte. [...] Wer wagt, gewinnt.«⁷

Eine an den gegebenen Machtverhältnissen orientierte Politik tat Mayer als »bloße Berechnung« ab und bezeichnete sie als »fischblütig«. Dies zielte nicht nur gegen Fröbels Bundesreformvorschlag, sondern ebenso gegen diejenigen in der Nationalvereinsführung, die eine großpreußische Lösung in Kooperation mit der Berliner Regierung erreichen wollten. Im selben Tenor waren auch Eingaben gehalten, mit denen Mayer den Nationalverein zu einer klaren Stellungnahme zugunsten der aufständischen Polen bewegen wollte, die »unsere natürlichen Bundesgenossen gegen russische Weltbedrohung« seien. Mayer zielte damit auf die Regierung Bismarck, die über ihre Verfassungsbrüche hinaus nun durch ihre Polenpolitik den territorialen Bestand des Deutschen Bundes aufs Spiel setze, da Frankreich die Unterstützung Rußlands als Vorwand benutzen könnte, Preußen durch die Eroberung

⁷ C. Mayer, Noch ist Polen nicht verloren (Manuskript o.J. [1863]; BA 90 Ma 3/29), S. 22ff., vgl. ebd., S. 1 ff. Bambergers kritische Haltung zu den Polen: an Hartmann 21. 4. 1863 (SLB Wien), ebenso C. Vogt an C. Mayer 15. 3. 1863 (NL Náf).

rung der linksrheinischen Gebiete in einen Zweifrontenkrieg zu verwickeln. Mayer ging es in seiner Eingabe an den Nationalverein, die von Vogt und im Westschweizer Exil von »sämtlichen erreichbaren Freunden gebilligt« worden war, auch um die Verstärkung der Agitation für eine neue Nationalversammlung, die er wie die meisten demokratischen Föderalisten für das Allheilmittel in allen deutschen Fragen hielt. Deutschland brauche eine Nationalvertretung, um seine »Angelegenheiten [...] in die eigene Hand zu bekommen«, so dringend, daß »jeder Tag Aufschub immer gefährlicher wird für die Sicherheit des Vaterlandes«. Die Schaffung einer Nationalvertretung war nach Mayers Auffassung Aufgabe des Nationalvereins. »In diesem Jahr 1863 müssen wir ein deutsches Parlament zusammenbringen, oder wir sind in Gefahr, zugrunde zu gehen.«

Mayers Appelle stießen bei den nüchterner und strategisch denkenden sowie über mehr Hintergrundinformationen verfügenden, teilweise sogar von Bismarck vertraulich über seine Politik in Kenntnis gesetzten Führern des Nationalvereins auf wenig Gegenliebe. Generell war ihnen das Pathos und die Ungeduld der Vereinsmitglieder im Schweizer Exil zuwider. Mayer, Nauwerck, Vogt und Genossen schlugen nämlich vor, der Nationalverein solle bei seiner nächsten Tagung einen Termin für Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung festlegen, der dann am besten »als ein Vorschlag des Volkes in einer Massenpetition an sämtliche Regierungen vorzutragen« sei. Dabei war es für sie kein Hinderungsgrund, daß diese Vorgehensweise nur in wenigen, liberalen Staaten, in denen die Einigungsbewegung wohlorganisiert war, Erfolg haben konnte. Vielmehr setzten sie wie Fetzer auf den allmählichen Aufbau eines demokratisch-föderalistischen Deutschland: »Wenn nur in einigen deutschen Staaten gewählt u[nd] so der Kern einer Nationalversammlung gebildet wird, so wird es dieser schon leichter werden, auch die übrigen zu gewinnen u[nd] so nach u[nd] nach, den umgekehrten Weg von 1849 einschlagend, aus einem vielleicht kleinen Anfange das Parlament zu vervollständigen.« Nach Garibaldi's Vorbild sollte der Nationalverein ihrer Ansicht nach außerdem durch militärische Schulung und Bewaffnung seiner Anhänger die Verteidigung der Rheingrenze gegen Frankreich vorbereiten.

Abgesehen von der Überschätzung der Möglichkeiten des Nationalvereins waren die Vorschläge von Mayer, Vogt u. a. charakteristisch für die Situation der Exilanten, die die Stimmung im Bundesgebiet nicht selbst wahrnehmen konnten und aufgrund der Nachrichten, die sie von den organisatorischen Erfolgen des Nationalvereins und über den preußischen Verfassungskonflikt erhielten, sich eine Situation wie 1848 ausmalten. Vor allem ihr Verlangen, alles auf eine Karte zu setzen, ging jedoch am politischen Zeitgeist des Jahres 1863 vorbei. Der Glaube an stetigen Fortschritt war in der deutschen liberalen und nationalistischen Bewegung viel stärker als der an schnelle und radikale Entscheidungen, wie sie die Aufständischen in Polen suchten und Mayer und Vogt sie ihren Landsleuten schmackhaft machen wollten: »Im schlimmsten Fall ist es ja besser, ehrlich unterzugehen, als der

Enkel Fluch auf sich zu laden [...]. So mögen die Deutschen zeigen, daß der unglücklichen Polen Heldenbeispiel an ihnen nicht ganz verloren ist.«⁸

Auch ein zur selben Zeit veröffentlichter Aufruf Venedeys »An das deutsche Volk« versuchte, die Polenbegeisterung in Deutschland umzumünzen in Engagement für das nationale Selbstbestimmungsrecht, das die Deutschen wie die Polen in Anspruch nehmen sollten. Venedey sah Deutschland in seinem Kampf um Einheit und Selbstbestimmung in doppelter Frontstellung gegen Rußland und Frankreich und war deshalb auch aus strategischen Gründen für die Wiederherstellung Polens: »Ein freies Polen nur weist Rußland von Deutschlands Grenzen zurück.« Deutschland sollte in der Solidarität mit Polen seine eigene Stärke und Kampfbereitschaft zeigen, um Napoleon davon abzuhalten, nach dem Rhein zu greifen. Den dritten Hauptgegner der deutschen Einigung sah Venedey in der »Bismarckschen kopf- und hirnlosen Junkerherrschaft«. Letztlich instrumentalisierte Venedeys Aufruf, der bezeichnenderweise mit der Parole »Hoch Deutschland!« endete, ähnlich wie Mayer und Vogt die Polenbegeisterung und die Empörung über die preußisch-russische Kooperation für einen Appell zur nationalen Einheit und Selbstbefreiung, die für ihn nur durch einen Verteidigungskrieg gegen den erwarteten, ja geradezu erhofften Angriff Napoleons denkbar war.⁹

Der polnische Aufstand wirkte auf die Entscheidung über die Bundesreform als retardierendes Moment. Die Ansätze zu einem Bündnis der großpreußischen Linken mit der preußischen Regierung und zu einer Auflösung der festgefahrenen Fronten im Verfassungskonflikt wurden durch einen neuen fundamentalen Gegensatz zwischen Regierung und bürgerlicher Opposition überlagert, nämlich die Frage einer Kooperation mit dem verhassten russischen Regime. Die österreichische Regierung gewann durch die Wiederkehr der Krimkriegskonstellation Prestige und außenpolitische

⁸ C. Mayer, An den deutschen Nationalverein (zwei Versionen eines Manuskripts vom 25. 3. 1863; BA 90 Ma 3/29), Bl. 10 und 16ff.; an seinen Vater 20. und 31. 3. 1863 (DLA A:Mayer d. J. 53 686d). Ähnl. auch J. VENEDEY, Grundübel, 1864, S. 35 f. Rochau schrieb Mayer postwendend zurück, er sehe nicht ein, warum neben der »ohnmächtigen Versammlung in Berlin«, also dem preußischen Abgeordnetenhaus, »eine unfehlbar noch ohnmächtigere Versammlung in Frankfurt« geschaffen werden solle – »ohnmächtiger schon deshalb, weil sie weder in sich so geeinigt sein noch einen so geeinigten Volkswillen hinter sich haben würde wie das preuß. Abgeordnetenhaus« (6. 4. 1863, BA 90 Ma 3/13).

Neue Nationalversammlung als Allheilmittel: F. RÖDINGER, Württ. LT 29. 12. 1863, S. 538; H. WUTTKE, Pro Patria, 1863, S. 49; J. VENEDEY, Gründung, 1864, S. 11 ff.; DERS., Grundübel, 1864, S. 38; C. Schüler an Venedey 14. 11. 1864 und 24. 9. 1865 (BA 90 Ve 1/48); W. LÖWE, Fichte's politische Bedeutung, 1862, S. 40; F. T. VISCHER, Frisch gewagt, 1863, S. 14 f. Dagegen kritisch: L. BAMBERGER, Des Michael Pro Schriftenwechsel, 1860, S. 164 f. und 186.

⁹ J. VENEDEY, Polenfrage, 1863, insb. S. 7 ff., 13 f., 16 f. und 22 ff.; BLHA 14602; J. VENEDEY, Volk, 1863. Vgl. auch W. LÖWE, HdA 17. 4. 1863, S. 908: Bismarck-Regierung als Regierung »der Russischen Alliance«.

Handlungsfreiheit. Die großpreußische Linke sah sich zum Verharren in der Fundamentalopposition gezwungen, die, wenn nicht das Bismarck-Regime stürzte, nur in eine Revolution, für die alle Voraussetzungen fehlten, oder in eine Niederlage münden konnte. Alle deutschlandpolitischen Fraktionen in der Linken benutzten die Polenfrage vornehmlich zur Agitation für ihre eigenen Ziele. Insbesondere bei denjenigen demokratischen Föderalisten, die gegen Gebietsabtretungen an ein unabhängiges Polen waren, wurden die Grenzen ihres Eintretens für nationale Selbstbestimmung deutlich: Der nationalistische Egoismus war stärker als alle hehren Prinzipien.

3. Fürsten- und Abgeordnetentag von 1863: das Ende des supranationalen Föderalismus

Wegen des erneuten Ansehensverlustes Preußens infolge der Polenkrise gingen die Befürworter einer Bundesreform, denen es zunächst nicht gelungen war, größere Teile des liberalen Lagers auf ihre Seite zu ziehen, davon aus, daß nun die großpreußische Lösung spürbar an Anhang verlieren werde. Kein Liberaler außerhalb Preußens werde sich einem Preußen à la Bismarck unterordnen wollen, in dem die Verfassung verletzt und Freiheit und Recht nicht geachtet wurden. Man fürchtete deshalb eine radikale Obstruktionspolitik Preußens, das »unfähig[,] Deutschland seiner Oberhoheit unterzuordnen, wenigstens jedem Fortschritt sein Veto entgegenzustellen fortfahren wird«. Trat diese Befürchtung ein, so mußte die Bundesreform scheitern.¹ Auch die Wiener Regierung trieb allerdings, u. a. wegen der geringen Resonanz bei den deutsch-österreichischen Liberalen, die Bundesreform keineswegs so entschlossen voran, wie es sich die supranationalen Föderalisten, allen voran Fröbel, gewünscht hätten. Im Februar schrieb dieser einen Brief voller Resignation an Wydenbrugg, in dem er seiner Enttäuschung über die führenden Politiker und den allgemeinen »Stillstand« Luft machte: »Österreich ist noch viel zu receptiv und unselbständig, als daß es ohne eine beständige Anregung von außen sich in der wünschenswerthen Bewegung erhalte.« Auch Bayern verhalte sich zur Bundesreform »matt und geistlos-conservativ«. Man habe in München »aus den schmachvollen Zuständen in Preußen die Hoffnung geschöpft, vielleicht doch den deutschen Bund einstweilen sozusagen beim Alten zu lassen«. Da sich die Habsburgermonarchie konsolidiere, brauche Österreich »Deutschland immer weniger, und die Nothwendigkeit[,] den föderalistischen Geist zu pflegen und das Verhältniß zu den Mittel- und Kleinstaaten in diesem Geiste fortzubilden, wird immer kleiner.«²

¹ O. v. WYDENBRUGK, Landtagswahlen, 1863.

² Fröbel an Wydenbrugg 18. 2. 1863 (BA FN 16, Mappe I).

Zwar war auch in Fröbels Augen die großpreussische Lösung tot. Dafür drohe jetzt aber »die Mainlinie«, also eine langfristige Teilung des Bundes in eine nördliche Hälfte unter preußischem und eine südliche unter österreichischem oder gar französischem Einfluß. Dies bedeutete jedoch in Fröbels geostrategischer Perspektive eine dauernde Schwäche »Deutschlands«, das nicht in der Lage sein werde, sich gegen Frankreich und Rußland zu behaupten und seine weltweiten ökonomischen und politischen Interessen zu vertreten. Falls sich die Großösterreicher mit ihrem Desinteresse an den deutschen Fragen in Wien durchsetzten, rechnete Fröbel mit einem Wiederaufleben eines rheinbund-ähnlichen Gebildes unter französischem Einfluß, während Preußen die norddeutschen Gebiete beherrschen werde. Resigniert stellte er fest, »daß die unvergleichlich günstigen Konstellationen der allgemeinen politischen Lage für die Gestaltung ungenutzt vergehen. Aber unsere innere Diplomatie hat dafür weder den nöthigen Scharfsinn und Combinationsgeist noch Muth und Lust. Sie lebt vom Detail unserer nationalen Zwergwirtschaft«. So seien die deutschen Staatsmänner unfähig, die durch den polnischen Aufstand geschaffene Konstellation zu nutzen, in der Frankreich und England mit Österreich an einem Strang zogen und auch der Bundesreform wohlwollend gegenüberstanden, während Rußland mit seinen Problemen in Polen beschäftigt war. Insbesondere die Wiener Außenpolitiker ließen »aus Feigheit und Unlust die glücklichsten europäischen Konstellationen vergehen, ohne welche in Deutschland nichts wesentliches ausgerichtet werden kann, und diese Gunstbezeugungen des Schicksals lassen nichts zurück als ohnmächtige böse Gelüste statt machtvoller guter Thaten«. Angesichts eines »so geistlosen Betriebs der Politik«, gestand Fröbel, habe er Sehnsucht »nach einem heimlichen Plätzchen auf irgendeiner mir bekannten Insel, wo ein paar Menschen als Einsiedler ihre Tage beschließen können.« Zwar war dieser Brief, kaum geschrieben, Fröbel peinlich, und er trat umgehend dem Eindruck entgegen, er habe resigniert.³ Dennoch zeigt dieses einzigartige Dokument des Mannes, der über die Bundesreformpolitik am besten informiert war, daß nicht allein die Obstruktion Bismarcks zum Scheitern von Bundesreform und Fürstentag führte. Für die österreichische Regierung hatten andere Probleme höhere Priorität, und die Mittelstaaten waren zu gemeinsamer deutschlandpolitischer Aktion unfähig – sowohl 1863 als auch bei der letzten sich bietenden Chance, während der Schleswig-Holstein-Krise von 1864.

Nachdem Fröbel seine Contenance wiedergefunden hatte, fuhr er mit alter Energie fort, an der Bundesreform zu arbeiten. Ein weiterer Brief an v. Wydenbrugk, seinen Vertrauensmann in der Reformvereins-Führung, machte deutlich, welche neuen strategischen Mittel er einzusetzen suchte, und belegt, daß auch die Konzepte Fröbels stets in hohem Maße taktisch motiviert waren. Sie stellten häufig wohlberechnete »Schachzüge« und kei-

³ Dass. 18.2. und 1.3.1863. Vgl. zur europäischen Konstellation W. D. GRUNER, 1993, S. 144f.

ne »Glaubensbekenntnisse« dar. So meinte er im Frühjahr 1863, Österreich müsse »eifersüchtig gemacht« werden, damit es sich wieder um Deutschland wie um eine gute Partie bemühe. »Kleindeutschland, Mainlinie, Trias: das sind die drei Mittel dazu. Das erste ist abgenutzt, das zweite zu gefährlich. Darum sprach ich von der Trias, nicht als von einem Ziele, sondern als von einem Reizmittel, welches zugleich das Gegengift gegen die Mainlinienprojekte enthält. Ich sehe in diesen letzteren wirklich die Hauptgefahr für Deutschland [...]. Das Delegirtenproject, welches selbst nichts als ein Schachzug war, [konnte] nicht hinreichen, den Volksgeist zu entzünden; und entzündet mußte er doch werden, wenn er die Regierungen zum Bundesbeschlusse fortreißen sollte.« Fröbels Hauptsorge galt einer dauerhaften Spaltung des Bundesgebiets, weil dies eine deutsche Weltmachtpolitik ausschloß. Sein Dilemma bestand darin, daß er, um »die Mainlinie« zu verhindern, auf die Zusammenarbeit mit der kaiserlichen Regierung angewiesen war, andererseits aber die dieser abgerungenen Reformschritte zu halbherzig und zu klein waren, um auf breite öffentliche Unterstützung zu stoßen. Deutlich wird bei Fröbel, in v. Wydenbrugks zahlreichen Artikeln und sogar im Programm des Reformvereins, daß die indirekte Wahl zur Nationalvertretung keineswegs das Endziel der supranationalen Föderalisten war. Die Linke im Reformverein hatte keineswegs, wie ihre Gegner in Abgeordnetentag und Nationalverein unterstellten, die Demokratisierung und Parlamentarisierung des Bundes aufgegeben. Sie hielt die indirekte Wahl nur für den ersten, schnell realisierbaren Schritt. Wenn es zur erhofften Bundesreform und zu einer breiten Mobilisierung für dieses Ziel komme, sollten mithilfe dieses politischen Drucks die Partizipationsmöglichkeiten verbessert werden.⁴

Im Glauben an den rationalen politischen Diskurs setzten die supranationalen Föderalisten auf die öffentliche Meinung und auf ein Eintreten der meisten Fürsten für die Reformidee, um »das widerstrebende Preußen« zu ernsthaften Verhandlungen zu bewegen. Selbst zentrale Fragen, wie die Einbeziehung aller österreichischen Territorien in den neuen Bund und die indirekte Wahl der Nationalvertretung, konnten aus ihrer Sicht Gegenstand solcher Verhandlungen sein. Zwar erweckten die Supranationalen immer den Eindruck, über die Absichten der österreichischen Regierung bestens unterrichtet zu sein. Es darf dennoch bezweifelt werden, daß diese zu so weitgehenden Zugeständnissen bereit war, die auf eine grundlegende Revision der Februarverfassung hinausgelaufen wären. Allerdings wäre allein dadurch, daß Preußen ernsthaft auf die Bundesreformvorschläge eingegangen wäre, eine ganz neue Situation entstanden, da damit die Konkurrenz der Groß-

⁴ Fröbel an Wydenbrugk 1. 3. 1863 (BA FN 16, Mappe I); O. v. WYDENBRUGK, Österreich, 1863, S. 2842; F. T. VISCHER, Frisch gewagt, 1863, S. 20f.; J. FRÖBEL, Verfassungskrisis, 1865. Hohenlohe (DENKWÜRDIGKEITEN, Bd. I, 1907, S. 296) berichtete, Fröbel seien die »zu demokratischen Beisätze« von der österreichischen Regierung aus seinem Verfassungsentwurf gestrichen worden.

mächte in institutionelle Bahnen gelenkt worden wäre. Jedenfalls rechneten die Befürworter einer supranationalen Lösung nicht mit der absoluten Verweigerungshaltung, die die Regierung Bismarck gegenüber der Bundesreform an den Tag legte, und auch nicht damit, daß ein Kabinett, das einen Konflikt um die Kompetenzen des Parlaments mit härtesten Bandagen austrug, die Mitwirkung einer allgemein und direkt gewählten Nationalvertretung an der Vereinbarung einer künftigen deutschen Verfassung verlangte.

Während des Frühjahrs 1863 nahm Fröbel das Scheitern seines ersten Anlaufs zur Bundesreform zum Anlaß, die führenden Männer in Wien durch weitere Denkschriften davon zu überzeugen, daß nur ein neuer, umfassender Reformvorschlag die notwendige öffentliche Resonanz erzielen werde. Fröbel wurde zum »geistigen Mentor« (Schuler) des großen Reformprogramms, das die österreichische Regierung im Frühsommer 1863 ausarbeitete und im August den nach Frankfurt zur größten Fürstenversammlung seit dem Wiener Kongreß zusammengerufenen deutschen Monarchen zur Diskussion und Beschlußfassung vorlegte. Der politische Unternehmer Fröbel erreichte mit diesem Reformplan und dem Frankfurter Fürstentag den Höhepunkt seiner politischen Wirksamkeit.

Der Bundeszweck sollte Fröbels zweitem Reformvorschlag zufolge über die äußere und innere Sicherheit hinaus auf alle Bereiche der nationalen Wohlfahrt, sogar auf die Kontrolle über die Gesetzestreue der einzelstaatlichen Regierungen und auf eine Reihe von Gesetzgebungskompetenzen ausgedehnt werden. Der Bund sollte eine handlungsfähige Exekutive in Form eines fünfköpfigen Direktoriums erhalten, in dem Österreich und Preußen je eine Stimme, das Dritte Deutschland durch Bayern und zwei weitere, von den Fürsten gewählte Vertreter hingegen mit drei Stimmen mehrheitsfähig sein sollte. Dem Direktorium sollte die gesamte Außenvertretung des Bundes, die Leitung im Kriegsfall sowie das Recht zur Bundesexekution gegen einzelne Staaten obliegen; internationale Verträge mußten sowohl von einer Abgeordneten- als auch von einer Fürstenversammlung sanktioniert werden. Eine indirekt, in den Landtagen gewählte Nationalvertretung mit Diäten und Gesetzesinitiativrecht, die jedoch nur alle drei Jahre zusammentreten sollte, eine Fürstenversammlung und eine Versammlung von Regierungsgesandten (Bundesrat⁵) als Beratungsgremium für das Direktorium sollten die repräsentativen Gremien des reformierten Bundes sein. Ein Bundesgericht sollte zwischenstaatliche Streitigkeiten regeln und für innerstaatliche Verfassungskonflikte zuständig sein. Auch in allen repräsentativen Gremien sollte das Dritte Deutschland wie im Direktorium über die Mehrheit verfügen (in Bundesrat und Fürstenversammlung recht deutlich mit 15 von 21 Stimmen, in der Nationalvertretung sehr knapp mit 152 von 302 Sitzen).

⁵ Diese Bezeichnung ging aus Fröbels Vorschlag in die späteren deutschen Verfassungen ein und ist das einzige, was langfristig davon blieb. Zuerst ist sie bei H. A. ZACHARIÄ, Reform, 1859 zu finden.

Fröbels Reforminitiative hielt eine mittlere Linie zwischen Bundesakte und Reichsverfassung. Sie bot die Möglichkeit der Integration beider Großmächte, privilegierte das Dritte Deutschland und konnte auf dem Wege eines Bundesbeschlusses ohne Krieg durchgesetzt werden. Als Resultat der Erfahrung vom Januar schlug Fröbel der Wiener Regierung nun vor, den Vorschlag einem Kongreß aller deutschen Fürsten vorzulegen, bevor er förmlich beim Bundestag eingebracht werden sollte. Die Regierung ging darauf ein, verfolgte jedoch eine kontraproduktive Überrumpelungstaktik: der Reformentwurf wurde streng geheimgehalten, den Teilnehmern erst kurz vor dem Fürstentag in Grundzügen und erst in Frankfurt im Wortlaut mitgeteilt. Diese Geheimniskrämerei sollte verhindern, daß die Reform bereits vorher öffentlich zerredet wurde. Zugleich wurde dadurch jedoch die »Entzündung des Volksgesistes«, die Fröbel für unabdingbar hielt, um die Regierungen »zum Bundesbeschlusse fortzureißen«, zumindest sehr erschwert. Denn die öffentliche Diskussion beschränkte sich auf einige bekanntgewordene Grundzüge des Reformvorschlags und auf Spekulationen.⁶

Die Achillesferse aller tiefgreifenden Bundesreformvorschläge war die in Artikel 7 der Wiener Bundesakte und in den Artikeln 13 und 14 der Schlußakte vorgeschriebene Einstimmigkeit der Bundesglieder bei der Einrichtung »bleibender Anstalten [...] zur Erfüllung der [...] Bundeszwecke«. ⁷ Ein Staat, der nicht mitzog – und nicht nur Preußen, sondern auch Baden und einige von Preußen abhängige Kleinstaaten hatten schwerwiegende Bedenken angemeldet –, konnte jede Bundesreform zu Fall bringen. Nur politischer Druck aus der liberalen Öffentlichkeit hätte die widerstrebenden Regierungen zu ernsthaften Verhandlungen bewegen können. Eine Mobilisierung für die Bundesreform war aber 1863 wegen der fehlenden Attraktivität und der Geheimhaltung des österreichischen Projekts nicht erkennbar. Insofern wurde schon von Zeitgenossen vermutet, daß Österreich damit rechnete, daß die Reform an Preußen scheitern werde und letztlich auf die Auflösung des Bundes und eine Neugründung ohne Preußen zielte.⁸

Einer der entschiedensten Befürworter der Fröbelschen Bundesreformvorschläge innerhalb der Paulskirchenlinken war Friedrich Theodor Vischer, der ähnlich wie Heinrich v. Gagern aus Enttäuschung über die Entwicklung in Preußen, das sich nicht aus dem »Joch der Reaktion« habe befreien können, und angesichts der Reformen in Österreich aus dem kleindeutschen ins großdeutsche Lager übergegangen war (1870 kehrte er in jenes zurück). Im Vorfeld des Fürstentags, aber noch ohne von diesem zu wissen, schrieb Vischer eine Broschüre, in der er für die Annahme der österreichi-

⁶ E. R. HUBER, *Dokumente*, Bd. II, ³1978, S. 142 ff. (Reformakte mit Originalformulierungen und den in Frankfurt geänderten Stellen); DERS., *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, ³1988, S. 420f.; D. SCHULER, *Julius Fröbel*, 1985, S. 244 (mit weiteren Nachweisen).

⁷ E. R. HUBER, *Dokumente*, Bd. I, ³1978, S. 87 und 92 f.

⁸ Vgl. etwa H. v. SYBEL, *Bd. II*, ⁴1892, S. 558.

schen Vorschläge warb. Zwar favorisierte er, der wegen seines Engagements von Demokraten und Großpreußen des Opportunismus geziehen wurde, weiterhin einen Bundesstaat mit monarchischer Spitze, an die ein Mitglied der Hohenzollerndynastie zu berufen sei. Wegen der mangelnden Liberalität Preußens und des Widerstands Österreichs und der Mittelstaaten hielt er diese, in der Paulskirche beschlossene Staatsform jedoch für gescheitert. Da er im Gegensatz zu den meisten großpreußischen Demokraten »Eisen und Blut« für unzulässige Mittel zur Durchsetzung der deutschen Einheit hielt, plädierte er für die Bundesreform, um den immer wieder an den Rand innerdeutscher Kriege führenden Großmächtedualismus zu überwinden. Eine pragmatische und machtbewußte Lösung der deutschen Frage schien ihm dringend vonnöten. Denn wie große Teile der liberalen Öffentlichkeit rechnete Vischer damit, daß Napoleon den »preußischen Schergendienst für Rußland« in Polen zum Anlaß für einen Krieg nehmen werde, dem der Bund nur geschlossen gewachsen sei. Preußen hatte nach Vischers Auffassung die Chancen zu einer großpreußischen Lösung verspielt, als es die durch Wilhelm I. angekündigte moralische Eroberung Deutschlands nicht weiter verfolgt und 1859 gezögert hatte, als Österreich im Gegenzug für militärische Unterstützung in Italien einer kleindeutschen Staatsbildung zugestimmt hätte. Die Hauptursache für das Auslassen dieser Möglichkeiten sah Vischer in dem tiefsitzenden Antikatholizismus und den Ressentiments gegen Österreich, nicht nur in den Führungseliten Preußens, sondern ebenso in der liberalen Opposition.⁹

Vischer sprach offen aus, was bei allen Befürwortern der Bundesreform, die in der Regel auf der Basis realpolitischer Erwägungen argumentierten¹⁰, im Hintergrund stand: Die Einheit müsse der Freiheit vorausgehen. Durch die föderale Struktur des neuen Staates wurde die Garantie der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte auf die einzelstaatliche Ebene verlagert. Die Zentralgewalt war nur für den Bereich der nationalen Einheit und Geschlossenheit, nämlich für die Außen- und Verteidigungspolitik, zuständig, nicht für die Freiheitsspielräume der Bürger. Die Auswertung der Publizistik der Paulskirchenlinken ergibt auch hinsichtlich der seit 1865 im großpreußischen Lager populären Parole, daß die nationale Einheit die innere Liberalisierung fördern werde einen überraschenden Befund: Wie andere Charakteristika einer dezidiert pragmatischen Politik war diese Parole in den 1860er Jahren *auch* im demokratisch-föderalistischen Lager verbreitet. Vischer attestierte dem großpreußischen Lager gar, daß es sich seit dem Beginn des Verfassungskonflikts »von der Einheits-Frage auf die Freiheits-Frage

⁹ F. T. VISCHER, Frisch gewagt, 1863, insb. S. III, 1 ff., 19 ff. und 51 ff. Die Broschüre wurde nach dem Fürstentag von Vischer zurückgezogen. Vgl. auch Vischer an Hölder 3. und 14. 8. 1863 (in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 165 f.).

¹⁰ Vgl. AAZ 28. 9. 1862, S. 4474, wo es am Ende eines Artikels, der Nationalverein und Reformverein miteinander vergleicht, über die Anhänger des letzteren heißt: »Auf ihrer Seite steht die Realpolitik!«

geworfen« habe. Er benannte damit die Folgen, die die Pattsituation des Verfassungskonflikts für die Programmatik der großpreußischen Linken hatte. Vischer ging zudem davon aus, daß in künftigen, ernsthaften Verhandlungen über die Bundesreform eine direkt gewählte Volksvertretung durchsetzbar sei. Seiner Ansicht nach konnte durch die Bundesreform sogar »Preußen aus seinem jetzigen Elend« gerettet und somit der Freiheit ein Dienst erwiesen werden.

Noch vor Bekanntwerden der Einladung zum Frankfurter Fürstentag lud der Ausschuß des Abgeordnetentages, dem aus der Paulskirchenlinken Hermann Joseph und Wilhelm Löwe angehörten, für den 21./22. August nach Frankfurt zum zweiten Abgeordnetentag ein. Als Österreich – Fröbels Idee folgend, daß eine gleichzeitige Fürsten- und Abgeordnetenversammlung die beabsichtigte Gründung des »Bundesreichs« am wirkungsvollsten inaugurations könne – die deutschen Fürsten kurz vor den Abgeordnetentag in dieselbe Stadt einlud, sahen manche darin ein Indiz, daß das Reformprojekt soweit revidiert sein könnte, daß es für den Abgeordnetentag akzeptabel würde, der es ein Jahr zuvor noch kategorisch abgelehnt hatte. Nach einem Besuch des dem Nationalverein nahestehenden Herzogs von Coburg in Wien kamen Gerüchte auf, Österreich sei bereit, die Direktwahl der Nationalvertretung zuzugestehen.¹¹ Eine solche Kompromißlösung war von den demokratischen Föderalisten immer für möglich gehalten worden, und auch Bismarck hatte sie ja noch im Januar in der Bundesversammlung vorgeschlagen. Allerdings hätte sie alle großpreußisch-demokratischen Strategien durchkreuzt. Der geschäftsführende Ausschuß erwog daher zunächst, den Abgeordnetentag zu verschieben, um zu verhindern, daß er dem österreichischen Bundesreformvorschlag zustimmen und damit wie das Parlament des Kaisers wirken könnte. Eine solche Instrumentalisierung hätte den Anspruch des Abgeordnetentages, die Nationalstaatsgründung »von unten« zu betreiben ebenso desavouieren müssen wie alle Pläne der Männer an der Spitze von Abgeordnetentag und Nationalverein zum Ausschluß Österreichs. Rechtzeitig vor Beginn ihrer Tagung erfuhren die Köpfe der Einigungsbewegung jedoch durch die badische Regierung, »daß die österreichische Regierung nicht über ihren Schatten gesprungen« (Biefang) war. Damit war die Spaltung der im Abgeordnetentag vereinigten liberalen Nationalisten zunächst abgewendet.¹²

Mitte August 1863 wurde also durch die Tagungen der deutschen Fürsten und Abgeordneten der symbolische Doppelcharakter der Stadt Frankfurt

¹¹ Vgl. O. v. WYDENBRUGK, Österreich, 1863. Hohenlohe (DENKWÜRDIGKEITEN, Bd. I, 1907, S. 296) führte das Scheitern der Bundesreform auf die Streichung der ursprünglich stärkeren demokratischen Elemente zurück.

¹² Blunckeschli an Sybel [Anfang August], Mathy an Freytag 9.8.1863 (in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 165 ff.; H. ONCKEN, Rudolf v. Bennigsen, Bd. I, 1910, S. 597 ff. (Briefe von Tempelty und Freytag an Bennigsen). Allgemein zum 2. AT: A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 280 ff.

der Öffentlichkeit erneut verdeutlicht: einerseits traditionelle Krönungsstadt und seit 1815 Sitz des Deutschen Bundes, andererseits Stadt des ersten deutschen Parlaments. Als der Abgeordnetentag am 21. August zusammentrat, waren von den 35 Mitgliedern der Paulskirchenlinken, die ihm inzwischen beigetreten waren, immerhin 26 anwesend (bei insgesamt 319 Teilnehmern). Von ihnen wurden Löwe und Joseph am Ende der Tagung in den ständigen Ausschuß gewählt, Fetzer wurde später in das 28köpfige Gremium kooptiert. Anders als beim ersten Abgeordnetentag, dem die Preußen weitgehend ferngeblieben waren, waren acht der anwesenden ehemaligen Oppositionellen aus der Nationalversammlung preußische Abgeordnete, davon allein fünf aus der Rheinprovinz, sechs hatten hessische Wahlkreise vertreten (einschl. Frankfurt), fünf sächsische und thüringische, drei württembergische, je einer kam aus Hannover, Mecklenburg und Baden.¹³ Die meisten prominenten Preußen aus der Paulskirchenlinken, die wieder Mandate innehatten wie Johann Jacoby, Jodokus Temme, Friedrich Leue oder Max Simon, waren jedoch dem Abgeordnetentag nicht beigetreten. Ein Grund für ihre Abstinenz könnte gewesen sein, daß sie die Organisation solange für unnützlich hielten, wie sie sich nur auf die öffentliche Meinung stützen konnte. Sie hielten eine Institution in der Tradition des Vorparlaments erst dann für durchsetzungsfähig, wenn eine Massenmobilisierung für ihre Ziele erkennbar war. Nur dann hätte ein Abgeordnetentag die Macht gehabt, die Regierungen zur Wahl einer neuen Nationalversammlung bzw. zu ernsthaften Verhandlungen über die deutsche Einheit zu bewegen. Dennoch waren seit der Auflösung des Rumpfparlaments nie mehr Mitglieder der Paulskirchenlinken an einem Ort versammelt als bei diesem Abgeordnetentag, der zu einer entscheidenden Zäsur in der Geschichte der deutschen Einigung beitrug: zum Scheitern der Bundesreform, das die Weichen für eine kriegerische Lösung der deutschen Frage stellte.

Gleich zu Beginn stellten die demokratischen Föderalisten Jakob Venedey, Carl August Fetzer, Ferdinand Nägele und Gottlob Tafel den Antrag, die Tagung auszusetzen, bis die Fürsten ihre Beratungen abgeschlossen hätten und ein Verfassungsvorschlag vorliege. Sie glaubten also an die Möglichkeit einer Einigung, während der Antrag des Ausschusses die Bundesreforminitiative nur taktisch begrüßte, zugleich aber für Österreich inakzeptable Bedingungen aufstellte. Der Ausschuß forderte die Berufung einer Nationalversammlung nach dem Wahlgesetz von 1849 zur Mitwirkung an der Reform, die Gleichberechtigung Preußens und Österreichs im Direkto-

¹³ C. Becker, Biedermann, Bresgen, Caspers, Cnyrim, Dietzsch, Fetzer, Grumbrecht, Heldmann, Hofmann, J. Hoffmann, Joseph, Jucho, Levysohn, Löwe, Mohr, Nägele, Paur, Reinhard, Roßmäßler, Sachs, Schaffrath, C. Schüler, G. Tafel, Venedey und Zell. Mitglieder waren außerdem: Bermbach, Böcking, Enders, L. Müller, Murschel, Rheinwald, Rödinger und Wigard. Insgesamt hatte der Abgeordnetentag ca. 550 Mitglieder (AT II, S. IIIff.). Ausschußwahl: ebd., S. 84 f. J. VENEDY (Grundübel, 1864, S. 29) nennt noch folgende (in der veröffentlichten Mitgliederliste nicht genannte) Paulskirchenlinken als Mitglieder des Abgeordnetentags: Fehrenbach, Frisch und Hehner.

rium und die Eingliederung von Ostpreußen und vor allem des Großherzogtums Posen in den reformierten Bund. Auch die demokratischen Föderalisten beharrten auf der Mitwirkung der Abgeordneten »im Namen des Volkes« an der Bundesreform, wollten jedoch für die notwendigen Verhandlungen Zeit gewinnen. Daher beantragten sie, den Abgeordnetentag bis zum symbolträchtigen 18. Oktober, dem 50. Jahrestag der Leipziger »Völkerschlacht«, zu vertagen. Um die Fürsten unter Einigungsdruck zu setzen, sollte mit der Vertagung zugleich beschlossen werden, daß der Abgeordnetentag sich als Vorparlament konstituieren und Wahlen zu einer Nationalversammlung vorbereiten solle, falls am 18. Oktober kein Verfassungsentwurf der Fürsten vorliege.

Die geschickte Tagungsregie des Nationalvereinsvorsitzenden Rudolf v. Bennigsen führte dazu, daß die Diskussion über den Ausschußantrag begann, bevor die demokratischen Föderalisten ihren Vertagungsvorschlag begründen konnten. Da ihre Absicht, eine Diskussion der Bundesreformvorschläge zu verhindern, damit durchkreuzt und der Antrag wohl ohnehin chancenlos war, zog Venedey ihn zurück. Nachmittags versuchte erneut eine Gruppe von Paulskirchenveteranen (Venedey, C. Schüler, Fetzer, Roßmäßler, Dietzsch, Mohr und Welcker), die Frage der Bundesreform nicht zu präjudizieren und einen Spielraum für Verhandlungen über ein Ergebnis des Fürstentages offen zuhalten. Anstatt in einer Resolution zahlreiche, voraussichtlich unerfüllbare Bedingungen zu stellen, sollte der Ausschuß beauftragt werden, nach einem »positiven oder negativen Schlusse« des Fürstentags »sofort die erforderlichen Schritte zu thun, um eine außerordentliche Versammlung *aller* Abgeordneten deutscher Nation zu veranlassen«. In der Forderung nach der Einberufung einer Versammlung aller deutschen Abgeordneten steckte eine deutliche Kritik daran, daß die bestehende Dachorganisation vom Nationalverein dominiert wurde und ihre Integrationskraft deshalb begrenzt war. Venedey sprach dies unmißverständlich aus: die Bedeutung der aktuellen Situation sei so groß für die Zukunft der Nation, daß nach dem Ende des Fürstentags »nicht bloß ein Abgeordnetentag, der gewissermaßen eine Partheistellung hat, berufen« werden dürfe, sondern einer, »in dem *alle Partheien Deutschlands vertreten* sind«.

Diese erfolglosen Änderungsanträge werfen Licht auf die politische Konstellation beim zweiten Abgeordnetentag: Einer demokratisch-föderalistischen Minderheit, die außer in der Frage der Mitwirkung einer direkt gewählten Nationalversammlung den Fürsten gegenüber kompromißbereit war und deren Redner hauptsächlich nichtpreußische Mitglieder der Paulskirchenlinken waren, stand eine großpreußische Mehrheit gegenüber, deren Protagonisten der jüngeren Politikergeneration angehörten, später die Bismarcksche Reichsgründungspolitik unterstützten und danach wichtige Mitglieder der nationalliberalen Partei wurden. Wie auch in Österreich war der Enthusiasmus für die großdeutsche Idee in der Generation der Achtundvierziger und vor allem bei denjenigen, die noch in einem gesamtdeutschen Parlament gesessen hatten, deutlich höher als bei der nachwachsenden Genera-

tion. Wilhelm Löwe spielte in den Verhandlungen des Abgeordnetentags eine Mittlerrolle: Er betonte vor allem die Gemeinsamkeit der Ziele über alle strategischen und taktischen Differenzen hinweg; er plädierte geradezu verfassungspatriotisch für das Festhalten an der Reichsverfassung als einziges »formelles Recht« auf seiten der Einigungsbewegung, aber gegen jeden Dogmatismus hinsichtlich der Änderung von Einzelbestimmungen; er erkannte den Vertagungsvorschlag als vernünftig an, riet aber um der Einigkeit willen zur Unterstützung des Ausschußantrages.¹⁴

Durch solche Appelle an ihre taktische Vernunft ließ sich die Opposition auf dem Abgeordnetentag beschwichtigen. Ihre Enttäuschung über dessen Ausgang wird jedoch aus Briefen deutlich. Die Paulskirchenlinke hatte seit Biedermanns und Roßmäßlers Initiativen von 1860 und 1862 die erneute Konstituierung eines Vorparlament gewollt, das die Wahl einer Nationalvertretung durchsetzen sollte. Auf dem zweiten Abgeordnetentag war der demokratisch-föderalistischen Minderheit jedoch schmerzlich bewußt geworden, daß die Regie in den Organisationen der Einigungsbewegung fest in der Hand der Nationalvereinsführung lag und der überparteiliche Anspruch des Abgeordnetentags nur Fassade war. Weder war das gesamte Spektrum der Nationalbewegung vertreten, noch wurden Debatten mit offenem Ausgang geführt. Minderheitspositionen hatten kaum eine Chance, sich durchzusetzen.

Noch im Ton der Reminiszenzen an den »Geist des Befreiungskriegs«, der bei den zahlreichen Feiern zum 50. Jahrestag der »Völkerschlacht« insbesondere von Venedey und Wuttke beschworen wurde, schrieb Fetzer, der immerhin Mitglied der Ständigen Commission des Abgeordnetentages war, an Venedey: »Der sittliche Zorn und [...] der zum Tod entschlossene feste Wille, der Schundwirtschaft in Deutschland um jeden Preis ein Ende zu machen, muß erst wieder in lichten Flammen in der Brust der Deutschen auflodern, wenn uns nachhaltig geholfen werden soll. [...] Zu jenem Zorn und jener Entschlossenheit gelangt man durch Diplomatisiren und Nachlenseitengefallenwollen, durch das sogenannte Realpolitiktreiben, wie man es in fortschrittlichen Kreisen getauft hat, nicht.« Fetzer lehnte das »ewige Finnessenschmieden, [...] die Altklugheit und staatsmännische Eitelkeit« vor allem der führenden preußischen Fortschrittsmänner ab, die »für die Entwicklung [...] und die [...] nothwendige Kräftigung des Charakters [...] unseres Volks schädlich« seien.¹⁵ Nach Ansicht der demokratischen Föde-

¹⁴ AT II, insb. S. 3 ff., 21 f., 36 f., 51 ff. und 60. Der AT beschäftigte sich im weiteren Verlauf seiner Frankfurter Tagung mit der Schleswig-Holstein-Frage. Vgl. hierzu Kap. XVII. Kritik aus supranationaler Warte: O. v. WYDENBRUGK, Inhalt, 1863, S. 3906. Venedey setzte seinen Einsatz für eine friedliche und Österreich möglichst einbeziehende Lösung der deutschen Frage – wiederum erfolglos – auf der 4. Generalversammlung des Nationalvereins in Leipzig am Jahrestag der »Völkerschlacht« fort (NV IV, S. 13 und 33).

¹⁵ Fetzer an Venedey 13. 11. 1863 (BA 90 Ve 1/16). Der Kult um die »Völkerschlacht« verband Volks- und Einheitskult, Militarismus und Franzosenhaß und wurde deshalb vor allem in den Kreisen der demokratischen Föderalisten betrieben. Die organisierte Op-

ralisten sollte durch massenhaften, unbedingten politischen Einsatz eine *Tabula-rasa*-Situation geschaffen werden, in der dann die deutschen Institutionen neu konstruiert werden könnten.

Dieser Radikalismus war insofern kein Widerspruch zur relativ kompromißbereiten Taktik der demokratischen Föderalisten den Fürsten gegenüber, als ihre Kritik an der Nationalvereinsführung und der Abgeordnetenregie sich vor allem auf die politische Strategie bezog. Sie wollten aus ihrer dichotomischen Weltsicht heraus, wie 1848, eine offene und klare Frontstellung zwischen den Monarchen und den Volksvertretern und lehnten jede Geheimdiplomatie ab. Denn sie glaubten, nur eine solche klare Konfrontation könne den öffentlichen Druck mobilisieren, den sie für notwendig hielten, um die Fürsten dazu zu zwingen, in der deutschen Frage einen Kompromiß mit den Volksvertretern auszuhandeln. Weit stärker als die führenden Köpfe der großpreußischen Seite hielten die demokratischen Föderalisten an der Reichsverfassung als Basis der Nationalstaatsgründung fest, die sie durch Massenmobilisierung durchsetzen wollten. Zwischen den demokratischen Föderalisten und den Großpreußen in den Führungsgremien der Einigungsbewegung waren nur noch Formelkompromisse möglich. In der Ablehnung der österreichischen Bundesreformvorschläge waren sie sich einig. Sie waren jedoch nicht mehr in der Lage, ein gemeinsames deutschlandpolitisches Programm zu formulieren. Für die demokratischen Föderalisten war klar, daß der künftige deutsche Staat nicht wieder Fürstenbund sein durfte, sondern unter Beteiligung einer Volksvertretung gegründet werden mußte. Für die Großpreußen hingegen, die zu diesem Zeitpunkt in der organisierten Nationalbewegung die Fäden in der Hand hielten, stand die Führungsrolle Preußens über allen anderen Zielen.¹⁶

Der Frankfurter Fürstentag, zu dem sich auf Einladung des österreichischen Kaisers fast alle deutschen Fürsten vom 16. August bis 1. September 1863 versammelten, war zwar ein glanzvolles Ereignis, und das österreichische Reformprogramm wurde mit geringen Veränderungen verabschiedet. Das Treffen hatte jedoch so gravierende Schönheitsfehler, daß es das Scheitern der Fröbelschen Bundesreform besiegelte: Sechs Fürsten stimmten gegen die Reform, und Preußen war trotz wiederholter Einladung ferngeblieben, da Bismarck alle Register gezogen hatte, um König Wilhelm, der sich den anderen Monarchen gegenüber verpflichtet fühlte, von einer Reise nach Frankfurt abzuhalten. Bismarck hielt in der von ihm formulierten preußischen Stellungnahme zum Reformvorschlag des Fürstentags neben dem Verlangen nach einem regelmäßigen Wechsel des Vorsitzes im Direktorium zwischen Österreich und Preußen und einem Vetorecht für den Fall einer Kriegserklärung an der Forderung nach einer direkt gewählten Nationalver-

position im Nationalverein nannte sich »Freunde vom 18. Oktober« (S. NA'AMAN, 1987, S. 178). Vgl. auch H. WUTTKE, Schlachtfeld, 1861.

¹⁶ Vgl. Fetzers detaillierte Ablehnung des Bundesreformvorschlages (C. A. FETZER, Verfassungsfrage, 1863). Zitat: ebd., S. 878.

tretung fest – obwohl er zur selben Zeit erneut das Abgeordnetenhaus wegen der Ablehnung des Militäretats auflösen ließ. Ebenso wie seine politischen Gegner sah er im »Volk« einen wichtigen Verbündeten für seine Deutschlandpolitik.¹⁷ Die österreichische Regierung lehnte Ende September die preußischen Forderungen ab. Im Oktober scheiterte auch der Versuch Österreichs, die Bundesreform einseitig, ohne die dissentierenden Staaten in Kraft zu setzen, am Widerstand der Mittel- und Kleinstaaten, die ihr in Frankfurt noch zugestimmt hatten. Fröbels Reformprojekt scheiterte nicht allein an Bismarcks Obstruktionspolitik, sondern auch an der überfallartigen, unflexiblen Verhandlungstaktik Österreichs, das zu keinen, über das vorgelegte Programm wesentlich hinausgehenden Zugeständnissen bereit war.¹⁸ Letztlich wollte keine der beiden Großmächte die Entstehung eines föderalen Bundesstaates. Beide strebten eine Lösung unter Ausschluß der jeweils anderen an, und ihre Vorschläge dienten in erster Linie dazu, die liberale Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen, indem sie Einigungswillen demonstrierten und der Gegenseite den schwarzen Peter zuschoben.

Das Scheitern der Fröbelschen Bundesreform bedeutete zugleich das Ende des supranationalen Föderalismus. Zwar bestand der Reformverein noch bis 1866. Aber die Vordenker einer mitteleuropäisch-föderalistischen Staatsgründung unter Einschluß der gesamten Habsburgermonarchie resignierten und orientierten sich politisch neu. In einem Jahresrückblick im »Botschaf-

¹⁷ »Nicht die Regierungen, sondern das deutsche Volk in überwiegendem Teile hat mit ungleiches Interesse. Wir können auf eine Delegation aus den einzelnen ständischen Vertretungen in Deutschland nicht eingehen, weil die Kammern von Österreich, Bayern, Sachsen usw. keineswegs so unabhängige, von spezifischem Partikularismus so freie Elemente liefern würden, wie die Vertreter Preußens. Wir würden den österreichischen Regierungsagenten [...] und den partikular bayerischen und sächsischen Abgeordneten unsere fortgeschrittenen Liberalen [...] gegenüber sehen, die in sehr unabhängiger Weise ihre radikalen Tendenzen selbst mit Preisgebung preußischer Interessen [...] verfolgen würden.« Bismarck sprach sich weiter für einen geringen Aktiv- und implizit für einen hohen Passivzensus und weitere »Qualifikationen der Abgeordneten« (also wohl: keine passives Wahlrecht für Beamte, keine Diäten) und gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht aus, um »eine Nationalvertretung, fähig, große Aufgaben zu fördern und die gemeinsamen deutschen Interessen zu heben« zu erhalten (O. v. BISMARCK, *Immediatbericht zur Bundesreform* 15.9.1863 und Erlaß an Bernstorff-London 8.10.1863, in: DERS., Bd. III, 1966, S. 161 ff. und 170 ff., Zitat: S. 171). Vgl. QdPÖ, Nr. 1171 (Denkschrift Dörnberg, die erwog, was geschehen sollte, falls Preußen sich nicht an der Bundesreform beteiligte). Zum Hintergrund: H. v. SYBEL, Bd. II, 1892, S. 541 ff.; E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, 1988, S. 421 ff.; W. REAL, *Reformverein*, 1966, S. 146 ff.; O. v. WYDENBRUGK, *Analyse*, 1863; DERS., *Preußens Entschlüsse*, 1863; DERS., *Reformgedanken*, 1863.

¹⁸ Fröbel selbst gab 1870, nachdem er seinen Frieden mit dem Preußen Bismarcks gemacht hatte, die Schuld am Scheitern Österreich: »In consequence of Austrian incapacity the Congress of German princes at Frankfurt was reduced from a great political action, which it was intended to be, to the failure of a coup [de] théâtre, for which I was disgusted to have been the regisseur« (an Charles Dana, zit. nach D. SCHULER, *Julius Fröbel*, 1985, S. 244). Vgl., gleichfalls rückblickend: Wydenbrugk an Friedrich v. Augustenburg 23. 5. 1867 (BA FN 16/I).

ter« trauerte Fröbel der verpaßten Chance nach, war sich aber zugleich bewußt, daß seine Initiative endgültig am nationalistischen Zeitgeist, am eingefleischten Partikularismus der deutschen Regierungen und an der Rivalität der Großmächte gescheitert war: »Die Bundesreformakte des Frankfurter Fürstentages war in ihrer Art ein wohldurchdachter Plan. Im August oder September des abgelaufenen Jahres angenommen [...], wäre eine solche Umgestaltung Deutschlands ein welthistorisches Ereignis gewesen. Zu solchen Wendungen menschlicher Geschicke gibt es aber nicht mehr als einen Zeitpunkt, und eine einmal versäumte Gelegenheit kehrt in derselben Weise nicht wieder. [...] Jetzt, nachdem in Österreich die deutschfeindliche [großösterreichische] Partei Zeit erhalten, sich von der Betäubung der Kaiserfahrt zu erholen, – nachdem man Preußen und seinen Parteigängern Zeit gelassen, die Gefahr [...] zu bedenken, in der sich die großpreußisch-klein-deutschen Pläne befunden, – nachdem man den Mittelstaaten Zeit gegeben zu überlegen, ob nicht eine ihnen ungleich günstigere Umgestaltung Deutschlands möglich sei, als die, welche ihnen Österreich vorgeschlagen, – nachdem man dem Auslande die Muße vergönnt, sich alle diese Verhältnisse und ihre Verwendbarkeit für europäische Zwecke klarzumachen und demgemäß die geeigneten Hebel anzusetzen, [...] – jetzt wäre es in der That naiv zu glauben, man könnte an die Reformakte vom August des abgelaufenen Jahres anzuknüpfen. Sie gehört zu den vielen tauben Früchten, welche dieses Jahr getragen.«

Auch die Artikel von Kolatschek und anderen supranationalen Föderalisten nahmen eine zunehmend kritische Haltung zur österreichischen Regierung ein und zweifelten an der Nachhaltigkeit der Liberalisierung der Habsburgermonarchie seit 1860. Man fürchtete gar, »Österreich könnte sich in eine Bismarckei verwandeln«. Der Anlaß hierfür war die erneute preußisch-österreichische Zusammenarbeit seit Ende 1863 in der Schleswig-Holstein-Politik, die in der gesamten Einigungsbewegung für helle Empörung sorgte, aber die Befürworter der Bundesreform besonders enttäuschen mußte, nachdem sie nicht ein Vierteljahr zuvor an der Konkurrenz der beiden Großmächte um die Vorherrschaft im Bund gescheitert waren.¹⁹ Später haben die supranationalen Föderalisten – allen voran ihre Vordenker aus den Reihen der Paulskirchenlinken, Julius Fröbel und Oscar v. Wydenbrugg – als eingefleischte Realpolitiker die Reichsgründung in der Form akzeptiert, in der allein sie sich offenbar verwirklichen ließ.

¹⁹ J. FRÖBEL, [Leitartikel], in: Der Botschafter. Wien, 1. 1. 1864, zit. nach D. SCHULER, Julius Fröbel, 1985, S. 245; J. FRÖBEL, Korrespondenz 5. 10. 1865; A. KOLATSCHEK, AAZ 12. 12. 1863 und 23. 1. 1864 (Zitat); Kolatschek an Wuttke 11. 2. 1864: Fröbel wolle resigniert nach Mexiko gehen (StA Dresden, NL Wuttke/8). Ungewohnt kritisch über die österreichische Deutschlandpolitik auch Wydenbrugg an Carl Alexander 10. 1. 1864 (THStA (HA) A XXVI, Bl. 28 ff.). Offene Kritik an Österreich findet sich bei J. FRÖBEL erst seit Ende 1865 (Deutsche Politik Österreichs, 1865; Eroberung, 1866).

Die Schleswig-Holstein-Frage als Prüfstein für eine Deutschlandpolitik gegen die Großmächte

Der polnische Aufstand hatte Anfang 1863 der österreichischen Seite unverhofften Auftrieb im Kampf der deutschen Großmächte um die Vorherrschaft gegeben. Der Konflikt, der im Herbst 1863 nach dem Tod des dänischen Königs ausbrach, weil die Erbfolge für die zum Deutschen Bund gehörenden Herzogtümer Schleswig und Holstein und das übrige Dänemark unterschiedlich geregelt war, brachte hingegen den entscheidenden Anstoß für die Durchsetzung der großpreussischen Lösung. Die nationalistischen Emotionen, die bereits im März 1863 hochgekocht waren, als durch ein Patent von König Frederik VII. das ethnisch gemischte Herzogtum Schleswig vollständig in den dänischen Staat integriert werden sollte, steigerten sich nun zu einer Massenbewegung. Die Nationalvereinsführung empfand die Zuspitzung des Schleswig-Holstein-Konflikts nach der schweren Krise, in die der Verein durch die Bismarcksche Politik geraten war, als »Glücksfall«. Am 1. Oktober 1863 beschloß der Deutsche Bund, Dänemark militärisch zu zwingen, die faktische Annexion Schlesiws rückgängig zu machen. Nach dem Tod des dänischen Königs machte der liberal gesinnte Herzog Friedrich von Augustenburg Erbansprüche geltend. Damit schien sich die Chance zu bieten, in Schleswig-Holstein, das seit 1848 für die Nationalbewegung ein Symbol der ungelösten deutschen Fragen war, einen konstitutionellen Musterstaat zu begründen, der ein weiterer, liberaler Eckstein für einen föderalistischen Zusammenschluß des Dritten Deutschlands hätte sein können.¹ Für einen neuen schleswig-holsteinischen Mittelstaat unter Friedrich v. Augustenburg engagierten sich Politiker aus unterschiedlichen Fraktionen der Paulskirchenlinken. Als die Schleswig-Holstein-Bewegung an den Machtkonstellationen, aber auch an der fehlenden Koordination der mittelstaatlichen wie der liberal-nationalistischen Politik

¹ Vgl. allgemein zur Schleswig-Holstein-Frage: K. JANSEN/K. SAMWER, 1897; W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993, S. 155 ff.; T. NIPPERDEY, 1983, S. 770 ff.; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 290 (Zitat); E. R. HUBER, Dokumente, Bd. II, 1978, S. 178 ff. (Patent Frederiks VII. vom 30. 3. 1863); zur Schleswig-Holstein-Bewegung vor allem die erschöpfende Studie von J. DAEBEL, 1969, sowie für Sachsen die minutiöse Untersuchung von H. JORDAN, 1918. Einzelne Politiker aus der Paulskirchenlinken wie Biedermann hatten die Schleswig-Holstein-Frage auch vor dem erneuten akuten Ausbruch immer wieder als brennendes, ungelöstes Problem hingestellt – jedoch vor dem Tod König Christians damit keine breite Resonanz erzielt (vgl. Biedermanns unter der Sigle »=« veröffentlichte Leitartikel in der DAZ seit 1858).

scheiterte, schied nach dem Ende der supranationalen Option 1863 in den Jahren 1864/65 auch die demokratisch-föderalistische Idee eines allmählichen Zusammenschlusses liberaler deutscher Staaten aus dem Kreis realistischer Alternativen zur großpreußisch-militärischen Reichsgründung aus.

1. Einigkeit durch äußere Bedrohung und Krieg

Zunächst schien sich in der Schleswig-Holstein-Frage die Konstellation des Verfassungskonflikts zu wiederholen: Eine hilflose liberale Opposition stand der antinationalistischen Politik des Deutschen Bundes und der europäischen Großmächte gegenüber. Preußen und Österreich hatten bereits 1848 und 1851/52 den Zorn aller Nationalisten auf sich gezogen, weil sie sich an den diplomatischen Bemühungen zur Eindämmung der schleswig-holsteinischen Unabhängigkeitsbewegung beteiligt und schließlich mit der militärischen Durchsetzung des Londoner Abkommens von 1851/52 sogar die Herrschaft Dänemarks gegen den Widerstand der deutschsprachigen Bevölkerungsmehrheit reinstalled hatten. Nachdem der Konflikt im März 1863 neu aufgebrochen war, hatte sich Bismarck am 17. April vor dem preußischen Abgeordnetenhaus unmißverständlich zu jenen Londoner Abkommen bekannt, die von der Nationalbewegung als Verrat an den deutschen Machtinteressen angesehen wurden. Am 1. Dezember bekräftigte Bismarck diese Haltung. Aber er verlangte zugleich immer von Dänemark die unbedingte Respektierung des Abkommens, das die Annexion Schlesiens verbot.

Für die Fortschrittsfraktion antwortete am 17. April Wilhelm Löwe auf Bismarck. Er brachte die ganze Enttäuschung über die Deutschlandpolitik desjenigen Staates zum Ausdruck, dem er und andere großpreußische Demokraten immer wieder und zuletzt noch ein Jahr zuvor den »Beruf« zugeschrieben hatten, Deutschland »in Freiheit zu vereinigen«. Löwes resignativer Ton belegt aber auch, daß Bismarcks konsequente Mißachtung der liberalen Parlamentsmehrheit und ihrer Anliegen Wirkung zeigte: Wenn das Ministerium Bismarck nur »irgend eine Antwort ertheilt hätte, die uns garantierte, daß die wichtigen Interessen der Nation wenigstens passiv gewährt würden, wir verlangen ja kein actives Vorgehen, selbst dann, meine Herren, würden wir vorgezogen haben, heute keine Verhandlungen hier eintreten zu lassen.« Löwe und die Abgeordnetenhaus-Mehrheit wollten aus der Zwickmühle heraus, in der sie absehbar immer wieder unterliegen mußten. Sie deuteten hier, gerade auch durch den bittenden Tonfall, an, wie weit sie einer Regierung entgegenzukommen bereit waren, die auf liberale Minimalforderungen soweit eingehen würde, daß die Opposition ihr Gesicht nicht verlor. Wenn die Regierung sich von ihrer »Russischen Politik« des verfassungslosen Regimes, der Alvenslebenschens Konvention, den Londoner Abkommen, kurz von der »reine[n] Cabinetpolitik« lossagte, wollte

das Abgeordnetenhaus ihr freie Hand lassen und auf eine Kontrolle der Außenpolitik im einzelnen verzichten. Einen Monat später betonte Löwe noch einmal die realpolitische Ausrichtung seiner Fraktion, die »rein theoretische Fragen immer sorgfältig vermieden« habe, insbesondere »die Frage: ob Parlamentarismus oder persönliches Regiment des Königs«. Diese kompromißbereiten Äußerungen zeigen, daß die Prioritäten für die Mehrheit der Fortschrittsfraktion bereits im Frühjahr 1863 bei der Herstellung der nationalen Einheit lagen und sie Forderungen nach der weiteren Liberalisierung und Demokratisierung Preußens einstweilen zurückstellen wollte.

Wenn die Regierung Bismarck eine Deutschlandpolitik verfolgen würde, die »ihre Stütze« nicht mehr in Rußland, sondern »im Vaterlande« suchte, so Löwe am 17. April weiter, sei die Fortschrittsfraktion bereit, ihr auch gegen eigene Überzeugungen zu folgen. Bezogen auf den europäischen Krieg, von dem man erwartete, daß ihn Napoleon wegen Polen bald vom Zaun brechen werde, hieß dies für Löwe sogar, »daß wir den Krieg, wie er auch gekommen sein mag, auf uns nehmen und fortführen müssen, selbst wenn er auch als ein ungerechter Krieg begonnen ist, denn wir wissen sehr wohl, daß in der Politik nur nach den Worten des englischen Dichters: my country right, my country wrong, always my country, vorwärts zu kommen ist«. Solange Bismarck jedoch an der antinationalistischen, »russischen Politik« festhalte, werde er nur Verweigerung und Widerstand ernten. Die Fortschrittspartei habe zunächst nur die »Pflicht, Preußen sich selbst wiederzugeben, damit Preußen seinem nationalen Beruf in Deutschland zu folgen vermag.«¹

Ausdruck der angekündigten Fundamentalopposition war vier Wochen danach eine von zahlreichen Fortschrittsabgeordneten, darunter aus der Paulskirchenlinken Wilhelm Löwe, Friedrich Leue, Theodor Paur, Philipp Caspers und Franz Joseph Bresgen, eingebrachte »Mißtrauens-Adresse«. Anlaß war die Erwartung, daß ein baldiger Krieg, den die Abgeordneten ja überwiegend als den Königsweg zur nationalen Einigung ansahen, »unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systems« in das denkbar »schwerste Unheil« führen müsse. Die Adresse rekapitulierte die Vorwürfe der Parlamentsmehrheit gegen die Regierung: ihre permanenten und vorsätzlichen Verfassungsverletzungen, eine verhängnisvolle Isolierung Preußens, da durch die Regierungspolitik »die Achtung und Neigung der Völker verscherzt« werde, sowie ihre Ausrichtung auf Rußland. Die Adresse schloß: »Das Haus der Abgeordneten hat kein Mittel der Verständigung mehr mit einem solchen Ministerium« und müsse jede »Mitwirkung zu der gegenwärtigen Politik der Regierung ablehnen«. »Zwischen den Ratgebern der Krone und dem Lande« bestehe eine »Kluft, welche nicht anders als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch, durch einen Wechsel des Systems

¹ HdA 17.4.1863, S. 907ff.; 22. 5. 1863, S. 1275; ähnl. in der folgenden Legislaturperiode: 1. 12. 1863, S. 208f. und 230f.

ausgefüllt werden wird«. In der Debatte, in der wiederum Löwe eine zentrale Rolle spielte, zeigte sich erneut, daß die Opposition die Geduld verlor und aller Optimismus nach den Wahlsiegen des Vorjahres in Zorn und Resignation umgeschlagen war. Es deprimierte sie, daß ebenso wie 1859 in einer deutschlandpolitischen Entscheidungssituation eine Regierung an der Macht war, die den erwarteten »großen Krieg«, der »die territoriale Eintheilung, die wir jetzt in Deutschland haben«, über den Haufen werfen werde, nicht zur nationalen Einigung unter preußischer Führung nutzen wollte.

Die Differenz zwischen Bismarck und der Abgeordnetenhaus-Mehrheit lag keineswegs darin begründet, daß diese eine Politik durch »Eisen und Blut« abgelehnt hätte. Hierin lag sogar einer der wenigen Berührungspunkte. Löwe wurde nicht müde zu betonen, daß die Fortschrittspartei einen Einigungskrieg keineswegs ablehne: »Die Deutsche Race ist eine kriegslustige Race, nichts ist von dem feigen Geiste in diesem Volke, der den Frieden um jeden Preis will. [...] Deshalb, meine Herren, wenn wir jetzt Frieden verlangen, wenn wir protestiren gegen einen Krieg unter diesem Ministerium [...], dann ist es nicht Feigheit.« Das deutsche Volk werde gerne Krieg führen, aber »nur für die Interessen des Deutschen Volkes, nur für die Herstellung des Deutschen Einheitsstaates. (Bravo!)« Nach langer Debatte wurde die Mißtrauensadresse mit 239:61 Stimmen angenommen. Die zehn ehemaligen Mitglieder der Opposition in der Frankfurter Nationalversammlung, die dem Abgeordnetenhaus angehörten, stimmten mit Ausnahme des abwesenden Karol Libelt zu. In einer weiteren Steigerung des Gegensatzes zwischen König und Regierung einerseits und Parlament andererseits weigerte sich Wilhelm I., die Adresse auch nur entgegenzunehmen, und stellte sich mit einer Botschaft hinter Bismarck. Unter Bruch der entsprechenden Vorschrift der von ihm beschworenen Verfassung ließ der König diese Unterstützungserklärung nicht von der Regierung gegenzeichnen, um so ihren Charakter als persönliche Stellungnahme zu demonstrieren. Am folgenden Tag wurde der unbotmäßige Landtag geschlossen und Anfang September einmal mehr aufgelöst.²

² HdA 1863, Beilage 125; 22. 5. 1863, S. 1275 ff. und 1311 ff. (endgültige Fassung der Adresse und Abstimmungsergebnis); Bismarck an Grabow 23. 5. 1863 (in: DERS., Bd. III, 1966, S. 125); E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 317f., mit der Fehlbewertung, der Mehrheit des Abgeordnetenhauses sei es mit der Resolution um »den Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem« gegangen. Vgl. auch A. BIEFANG, Nationalpreußisch, 1997, S. 379f.

»Blut und Eisen«: HdA 1. 12. 1863, S. 231; 22. 1. 1864, S. 861; 18. 12. 1863, S. 490. Dort sagte Löwe: Bismarck habe die deutsche Frage als eine bezeichnet, »die mit Blut und Eisen gelöst werden muß. Ich sympathisire hier bis zu einem gewissen Grade mit dem Herrn Ministerpräsidenten«. Dessen Deutschlandpolitik löse jedoch seine großen Worte keineswegs ein. Beispiele für die Befürwortung eines Einigungskrieges seitens führender Vertreter der bürgerlichen Linken, besonders aus der Paulskirchenlinken: FP-Programm 6. 6. 1861 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 147f.); Jacoby an Ziegert 3. 7. 1862 (ebd., S. 230); C. MAYER, Immer wieder, 1864. Vgl. auch Kap. XIII. 3.

Im August 1863 stand die Einigungsbewegung ohne klare politische Perspektive und ohne die von den meisten für notwendig erachtete Führung durch eine liberale preußische Regierung am Beginn einer europäischen Krise, die für die deutsche Einigung von entscheidender Bedeutung sein konnte. Infolgedessen herrschte beim zweiten Abgeordnetentag eine deprimierte Stimmung. Dort wurde nicht nur das österreichische Bundesreformprojekt abgelehnt. Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages stand die Schleswig-Holstein-Frage. Die von der Pattsituation im preußischen Verfassungskonflikt ausgehende Lähmung wie auch die Tatsache, daß die beiden Großmächte trotz ihrer sonstigen Uneinigkeit in der Deutschlandpolitik gemeinsam an den Londoner Abkommen festhielten, führte zu einem außergewöhnlich defensiven Beschluß. Der Abgeordnetentag erklärte zwar den Bundesbeschluß vom 9. Juli, der Dänemark mit einer Bundesexekution drohte, falls es die Integration Schlesiws nicht rückgängig mache, für ungenügend. Aber wegen der weitgehenden Einigkeit der Bundesstaaten, unter denen nur das liberale Baden sowie Oldenburg, das eigene Erbansprüche auf Holstein geltend machte, ein schärferes Vorgehen gegen Dänemark verlangten, sah die Nationalbewegung keinen Ansatzpunkt für eine realisierbare Alternative zur Bundespolitik. So flüchtete sich die Abgeordnetenversammlung in Pathos und gab der Hoffnung Ausdruck, »das nationale Selbstgefühl, das die Ohnmacht unserer auswärtigen Politik als einen brennenden Schimpf empfindet«, möge nun auch »in den deutschen Regierungen lebendig« werden und zu einer energischen Militärintervention führen, falls Dänemark den Bundesbeschluß ignorierte.

Weitergehende Vorschläge, wie sie Jakob Venedey und Emil Adolph Roßmäßler machten, wurden auf Betreiben des ständigen Ausschusses mit großer Mehrheit abgelehnt. Venedey sprach den führenden Politikern der Großmächte, also Otto v. Bismarck und Anton v. Schmerling, jede Bereitschaft zu einer nationalistischen Politik in Schleswig und Holstein ab. Dieselben Männer seien seit Anfang der 1850er Jahre für die nachgiebige Politik Dänemark gegenüber verantwortlich und seien dem deutschen Widerstand dort immer wieder in den Rücken gefallen. Venedey plädierte bereits im Sommer 1863 und mit Hinweis auf die Deutschen in den Herzogtümer, die von der Bundesexekution keine Besserung der Lage erwarten würden, für die Strategie, auf die die Führer der Einigungsbewegung erst ab November setzten: für eine »Volkspolitik« ohne oder sogar gegen die Großmächte und den Deutschen Bund: »Wenn heute ein Aufruf in Deutschland erlassen wird: Ihr Turner heraus, 100 000 Mann sind nöthig[,] um die Dänen aus Schleswig-Holstein zu treiben, so würde auch ich eine Flinte nehmen und meine Haut noch einmal mit einsetzen. Aber wer will da eine Hand rühren, so lange diese Herrschaft, die jetzt an der Spitze [des Bundes] steht, uns nach Holstein führen will.« Auch Roßmäßler lehnte die Kabinettspolitik und die Führung der Großmächte in der Schleswig-Holstein-Frage ab: »Die Diplomatie« werde niemals »die Ehre Deutschlands in Schleswig-Holstein makelrein waschen«, dies könne nur »das freie einige Deutschland«. Also müsse

Deutschland erst frei und einig werden, um Schleswig-Holstein zu befreien.³ Während Roßmäßler, der vor allem in der liberalen Arbeiterbewegung (VDAV) engagiert war, im Gegensatz zur Mehrheit in der preußischen Fortschrittfraktion die Prioritäten »Freiheit vor Einheit« und »Einheit durch Freiheit« setzte, war Venedeys Volkspolitik stärker militärisch gedacht. Wie er immer wieder betonte, erwartete er Einheit *und* Freiheit von einer kriegerischen Massenbewegung, von einem Volkskrieg möglichst ohne Steuerung aus Wien, Frankfurt oder Berlin.

Nach dem Ende des Abgeordnetentages von 1863 bemühten sich württembergische Mitglieder der Organisation wie Carl August Fetzer, die Idee zu realisieren, mit der er und andere aus der Paulskirchenlinken (Venedey, C. Schüler) im Plenum nicht durchgedrungen waren: die Einberufung einer allgemeinen, also parteiübergreifenden und gesamtdeutschen Abgeordnetenversammlung. Die Initiatoren sahen eine Überwindung der Partei-gegensätze als notwendig an, um den erwarteten Angriff Napoleons abzuwehren, um die deutsche Einheit zu realisieren und für die Befreiung Schleswig-Holsteins zu mobilisieren. Vom Reformverein, und hier vor allem von Oscar v. Wydenbrugk wurde diese Initiative der demokratisch-föderalistischen Minderheit im Abgeordnetentag dankbar aufgegriffen, da sie einen Ausweg aus der Perspektivlosigkeit der supranationalen Föderalisten zu bieten schien, zumal v. Wydenbrugk die verbale Annäherung des Abgeordnetentags an die Bundesreformideen als Kompromißbereitschaft des Nationalvereins in der deutschen Frage interpretierte. In grandioser Selbstüberschätzung und in Widerlegung der eigenen Forderung nach einem überparteilichen Charakter der anvisierten Abgeordnetenversammlung verlangte Wydenbrugk dann allerdings als Voraussetzung für einen »wirklich nationalen« Abgeordnetentag, daß alle Teilnehmer eine »nationale Bundesreform ohne Hintergedanken anstreben«, die Vorschläge des Fürstentages als »ein großes nationales Gut« anerkennen und die Beteiligung einer »constituierenden Versammlung« an der Bundesreform ablehnen müßten.

Obwohl v. Wydenbrugks Vorschläge an der Kompromißfähigkeit der Reformvereinsführung zweifeln ließen, kam es, ähnlich wie 1862, wiederum im Rahmen des Juristentages, zu strömungsübergreifenden Verhandlungen zwischen Mitgliedern von Abgeordnetentag, Reformverein und österreichischen Abgeordneten, in deren Mittelpunkt Männer aus der Paulskirchenlinken standen. Neben den bereits seit längerem in den gesamtdeutschen liberalen Verständigungsbemühungen engagierten Johann Nepomuk Berger, Wilhelm Michael Schaffrath und Gottlob Tafel nahmen diesmal auch der Führer des neugebildeten »Clubs der Linken« im österreichischen Reichsrat, Carl Giskra, und als preußischer Vertreter der Berliner Eduard Zimmer-

³ AT II, S. 63 (Resolution), 68 ff. (Venedey) und 78 (Roßmäßler); ähnl. später Löwe, Hda I. 6. 1865, S. 1849. Vgl. E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 457f. (Bundesbeschluß). Venedey geriet auf dem Abgeordnetentag in die Rolle des Querulanten. Er widersprach fast allen Ausschußanträgen.

mann teil. Schließlich luden Fetzer und vier weitere führende württembergische Parlamentarier (u. a. Hölder und A. Seeger) im Oktober 1863 unter Zurückweisung von Wydenbrugks Vorschlag Mitglieder des Abgeordnetentages und außerhalb dieses Zusammenschlusses gebliebene Parlamentarier für den 6. Dezember nach Nürnberg ein. Wie bei allen Initiativen, die auf die Konstituierung eines neuen Nationalparlaments abzielten, bildeten Veteranen aus der Paulskirchenlinken den Kern der Eingeladenen. Vor allem in Hochburgen der Linken von 1848/49, wie Sachsen und der Pfalz, galten Philipp Umscheiden, Georg Friedrich Kolb, Hermann Joseph, Wilhelm Michael Schaffrath und Heinrich Wuttke immer noch als die wichtigsten Repräsentanten der Einigungsbewegung, aber ehemalige Nationalversammlungsabgeordnete zählten auch zu den als Repräsentanten Österreichs, Württembergs und der thüringisch-sächsischen Kleinstaaten Eingeladenen.⁴

Zwischen der Einladung und der Versammlung in Nürnberg spitzte sich im November der Schleswig-Holstein-Konflikt dramatisch zu. Zunächst erklärte Napoleon III. die europäische Ordnung des Wiener Kongresses aufgrund der Entwicklungen seit dem Krimkrieg und insbesondere im Jahr 1863 für obsolet. Ein neuer europäischer Kongreß solle deshalb über alle Streitfragen entscheiden. Dann wurde durch den Tod König Frederiks VII. die Erbfolgefrage in Schleswig und Holstein akut. Fast alle Fraktionen in der nationalistischen Bewegung unterstützten die Ansprüche Friedrich v. Augustenburgs und den Widerstand der Notabeln sowie der Ständeversammlungen in den Herzogtümern gegen die Machtübernahme durch den neuen dänischen König. In allen Teilen Deutschlands wurden Schleswig-Holstein-Vereine neugegründet oder die bereits bestehenden Organisationen erhielten großen Zulauf. In der letzten November- und ersten Dezemberwoche fanden überall große Kundgebungen der Solidarität mit den norddeutschen »Brüdern« statt.⁵

Allerdings bereitete das geringe Interesse in Österreich am Schleswig-Holstein-Konflikt den demokratischen Föderalisten vor allem in Süddeutschland Sorgen. Es wurde ebenso wie die geringe Beteiligung der Österreicher an gesamtdeutschen Institutionen wie dem Abgeordnetentag als Desinteresse an der »deutschen Sache allgemein« gewertet. Eine mindestens vorläufige Konstituierung »Deutschlands« ohne Österreich schien Ende 1863 auch den meisten demokratischen Föderalisten unvermeidlich, da die österreichische Öffentlichkeit und Parlamentsmehrheit die Regierungspoli-

⁴ Wydenbrugk an H. v. Gagern 30. 8. 1863 (BA FN 7 V/50); Einladung: BA FN 16/2; Schaffrath an Wuttke 25. 11. 1863 (StA Dresden, NL Wuttke/8). Die Vorgeschichte der Nürnberger Versammlung ist ausführlich geschildert bei: W. REAL, Reformverein, 1966, S. 159 ff. und 175 ff.; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 322 ff.

⁵ Vgl. O. v. WYDENBRUGK, Korrespondenz, AAZ 27. 11. 1863; DERS., Europäische Situation und deutsche Frage, 1863; K. JANSEN/K. SAMWER, 1897, S. 112 ff.; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 310 ff. (detaillierte Analyse des Entscheidungsprozesses im Nationalverein); DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 281 ff.; H. v. SYBEL, Bd. III, 1892, S. 143 ff.

tik unterstützten, die der wirtschaftlichen, finanziellen und konstitutionellen Konsolidierung der Habsburgermonarchie Vorrang vor der Deutschlandpolitik gab. Zwar kritisierten die Liberalen im Wiener Reichsrat wie ihre Genossen in den übrigen deutschen Ländern die Politik der Großmächte scharf und legten die Regierung auf eine Schleswig-Holstein-Politik im Rahmen des Deutschen Bundes fest. Aber der im Reichsrat scharf angegriffene Außenminister Johann Bernhard Graf Rechberg ließ sich ebensowenig wie v. Bismarck von Parlamentsresolutionen beeinflussen. Diese Haltung führte zusammen mit dem schleppenden Fortgang der Reformen zu wachsender Enttäuschung bei der Reichsratsmehrheit und wie in Preußen am Ende der »Neuen Ära« zu wachsender Konfrontation zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit. Aber anders als in den meisten übrigen deutschen Staaten blieb die Schleswig-Holstein-Begeisterung in Österreich beschränkt auf einige großdeutsch orientierte Politiker und Intellektuelle und wurde nie zu einer Massenbewegung.⁶

Im außerösterreichischen Bundesgebiet führte der Schleswig-Holstein-Konflikt zu einer erneuten, vorübergehenden Konvergenz zwischen den unterschiedlichen Strömungen innerhalb des Liberalismus, die sich exemplarisch anhand der Paulskirchenlinken verfolgen läßt. In Leipzig etwa bildete sich nach einer Volksversammlung, auf der Biedermann, ein Befürworter einer großpreußischen Lösung, das Hauptreferat hielt, ein Schleswig-Holstein-Verein. An dessen Spitze trat Biedermann zusammen mit Wuttke, der bereits in der Paulskirche als Großdeutscher hervorgetreten war. Als sich am 3. Januar 1864 19 Schleswig-Holstein-Vereine aus ganz Sachsen zu einem Landesausschuß zusammenschlossen, teilten sich Biedermann und der Dresdner demokratische Föderalist Franz Jakob Wigard den Vorsitz. Diese Vorgänge zeigen nicht nur, daß in Sachsen Führungspositionen in der oppositionellen Bewegung besonders gern mit Veteranen der Nationalversammlungsopposition besetzt wurden, sondern auch eine allgemeine, durch den Schleswig-Holstein-Konflikt gestiftete Kooperation über sonstige politische Differenzen hinweg.⁷ Dabei ist die Tendenz erkennbar,

⁶ ISZ 7.7. 1862 (Europäische Correspondenz von L. Seeger); A. KOLATSCHKE, *Korrespondenz* 23. 1. 1864; C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 52. Vgl. RR 11. 1. 1864, S. 1711 f.: Interpellation von Mühlfeld, Giskra, Berger, Riehl, van der Straß u. a. gegen die Schleswig-Holstein-Politik der Regierung; 28. 1. – 1. 2. 1864: Schleswig-Holstein-Debatte, insb. S. 1956: Schleswig-Holstein-Petition, 1956 ff.: Grundsatzrede Giskras, 1978 ff.: Grundsatzrede Bergers; 29. 11. 1864, S. 64 und 66; 2. 12. 1864, S. 125 (alles Giskra); die deutlich größere Distanz der Liberalen zur Regierung verdeutlicht auch die Adresse vom Dezember 1864 und die Äußerungen der Paulskirchenlinken in der vorhergehenden Debatte; G. KOLMER, 1902, S. 147 ff. Zur Schleswig-Holstein-Bewegung in Österreich: J. DAEBEL, 1969, S. 243 ff.

⁷ J. MÜLLER, *Karl Biedermann*, 1972, S. 256 ff. Weitere Beispiele für die Empörung in der Paulskirchenlinken über die dänische Politik in Schleswig-Holstein: C. A. FETZER, *Für Schleswig-Holstein*, 1863 (ein antidänisches Haßgedicht); Vischer an Hölder 27. 11. 1863 (Württ. LB fol. 88, fol. VI); F. T. VISCHER, *Kritische Gänge*, 1920, S. 246 f. Zur Schleswig-Holstein-Bewegung im November/Dezember 1863 detailliert J. DAEBEL, 1969; H. JOR-

an die Spitze der Schleswig-Holstein-Komitees und in die überregionalen Ausschüsse dieser Bewegung, gerade weil es sich dabei um »partei«-übergreifende, gesamtliberale Organe handelte, die bewährten Kämpen von 1848/49 zu wählen. Auch an der Spitze der Komitees in Jena, Erlangen, Frankfurt, Stuttgart und Zürich standen mit Bruno Hildebrand, Christian Schüler, Franz Makowiczka, Friedrich Siegmund Jucho, Carl August Fetzer und Karl Nauwerck Abgeordnete aus der Paulskirchenlinken, die auch an den Bemühungen um ein bundesweites Koordinationsgremium für die Bewegung führend beteiligt waren.⁸

Der Nationalverein stellte sich mit einem Manifest »An das deutsche Volk«, das wohl Jacoby, der nach der Generalversammlung vom Oktober 1863 in den Ausschuß kooptiert worden war, verfaßt hat, ebenfalls hinter Friedrich v. Augustenburg. Der Verein rief auf, mit dem »Schwert« die »Schmach« zu verhindern, »daß ein deutscher Bruderstamm das Schicksal von Elsaß und Lothringen teile«. »Alle Vaterlandsfreunde« und die Regierungen wurden aufgefordert, »Geld [...] und Mannschaft, Waffen und alle Mittel [...], die zur Unterstützung unserer Brüder in Schleswig-Holstein erforderlich sein werden«, aufzubringen. Der Nationalverein wollte zur Befreiung der Herzogtümer erhebliche, zum Aufbau einer deutschen Flotte gesammelte Mittel zur Verfügung stellen und rief darüber hinaus zu »einer ausdauernden Selbstbesteuerung des Volkes und einer festen Organisation« auf.⁹ Mit seiner so raschen und rückhaltlosen Unterstützung für den Augustenburger Prätendenten versuchte der Nationalverein, die Führung der Bewegung zu übernehmen. Er scheiterte damit allerdings sowohl an der reservierten Reaktion des Fürsten als auch an der Heterogenität der Schleswig-Holstein-Bewegung, die größer war, als es die Vereinsführung wahrhaben wollte. Nachdem es dem Nationalverein nicht gelungen war, sich an die Spitze der Solidaritätsbewegung zu stellen, entschied die Führung, sich einem »überparteilichen« Koordinierungsgremium unterzuordnen.¹⁰ Damit erhielt die Nürnberger Versammlung durch Entwicklungen, die außerhalb

DAN, 1918, S. 99f. Das Personenregister dieser minutiösen Studie belegt die große Bedeutung der Paulskirchenlinken im sächsischen Liberalismus: von den siebzehn Politikern und Publizisten, die dort mehr als fünfmal erwähnt werden, gehörten sieben zur Paulskirchenlinken: Biedermann, Joseph, Mammen, Roßmäßler, Schaffrath, Wigard und Wuttke. Vgl. auch: C. JANSEN, Theodor Mommsen, 1995, S. 39 ff.

⁸ AFC 10. 4. 1864; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 353 f.; BLHA 11949, Bl. 54 (Nauwerck); ders. an Hartmann 4. 1. 1864 (SLB Wien); T. SCHIEDER, Kleindeutsche Partei 1936, S. 50; J. DAEBEL, 1969, S. 190f. und 222; FZ 26. 3. 1870 (Jucho).

⁹ J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 290f. und 295 f.; E. SILBERNER, 1976, S. 323, bestreitet die Autorschaft Jacobys ohne nähere Begründung, nahm den Text aber in seine Briefsammlung auf. Vgl. DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 283 ff. (Ausschußsitzung 22. – 24. 11. 1863) und 502 ff., sowie A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 311 ff.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 317 ff., wo S. NA'AMANS These (Nationalverein, 1987, S. 159 ff.) zurückgewiesen wird, der Nationalverein sei damit vor der revolutionären Konsequenz seines »Flirts mit den Massen« zurückgeschreckt.

der Macht der Organisatoren lagen, eine reelle Erfolgchance und wurde in ihrer Bedeutung schlagartig aufgewertet.

Auf der Zusammenkunft führender Mitglieder von Abgeordnetentag, Reformverein und aus dem österreichischen Reichsrat trat wegen der öffentlichen Erregung über die Ereignisse in Schleswig-Holstein und der Konvergenz der verschiedenen »Parteien« innerhalb der Einigungsbewegung die Bundesreform, für die das Treffen ursprünglich Kompromißchancen ausloten sollte, völlig in den Hintergrund. Unter den rund 30 Teilnehmern waren mit Fetzer und den Pfälzern Christmann, Kolb und Umbscheiden mindestens vier Mitglieder der Paulskirchenopposition; auch Schaffrath hatte sein Kommen fest zugesagt, wird aber in den spärlichen Berichten nicht erwähnt. Wydenbrugk, der in die Vorbereitungen involviert gewesen war, war zwei Tage zuvor von Friedrich v. Augustenburg zum Gesandten der provisorischen schleswig-holsteinischen Regierung in Wien ernannt worden und bereits nach dort unterwegs. Das Hauptergebnis der Nürnberger Gespräche bestand in der Einladung zu einer »Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen«, die sich für die »vollständige Trennung von Dänemark« und die »Erbfolgeberechtigung Friedrichs von Schleswig-Holstein-Augustenburg« aussprechen und über die zur Befreiung der Herzogtümer »erforderlichen gesetzlichen Mittel« beschließen sollte. Damit hatte die beim Abgeordnetentag unterlegene Forderung aus der Paulskirchenlinken nach einer »parteiübergreifenden«, als Parlamentsersatz fungierenden Abgeordnetenversammlung sich im Zuge der gesamtliberalen Konvergenz, die die Schleswig-Holstein-Bewegung ausgelöst hatte, doch noch durchgesetzt.¹¹

Innerhalb der bürgerlichen politischen Opposition war die Überzeugung weit verbreitet, daß angesichts der Schleswig-Holstein-Krise der »Parteihafter« zurückstehen und die Einheit aller Nationalisten gesucht werden müsse. Träger solcher Versuche, eine überparteiliche Organisation und politische Einheit innerhalb der Nationalbewegung zu schaffen, waren häufig Angehörige der Paulskirchenlinken, die den demokratisch legitimierten Einigungsversuch von 1848/49 repräsentierten. So wandte sich kurz vor dem Nürnberger Treffen der Jenaer Christian Schüler in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des regionalen Schleswig-Holstein-Komitees an seinen Leipziger Parlamentskollegen Heinrich Wuttke, um innerhalb der Schleswig-Holstein-Bewegung die Spaltung zwischen großpreußischen und föderalistischen Demokraten zu überwinden: Allenthalben stelle sich in den Komitee-Diskussionen heraus, daß »die verschiedenen durch ganz Deutschland hin sich bildenden Vereine [...] zusammengefaßt und organisiert werden, ja daß von diesem Centralpuncte aus das ganze deutsche Volk organisiert und einheitlich geleitet« werden müsse. Koordinierungsversuche durch Nationalverein oder Reformverein lehnte Schüler ab, »weil beide Vereine nur für Parteien gelten, welche von der anderen Partei nicht für die

¹¹ Beobachter 1863, S. 1150.

Organe der öffentlichen Meinung angesehen werden. Die jetzige nationale Bewegung aber muß alle Parteien gleichmäßig umfassen, die Parteien müssen vor dieser nationalen Sache verschwinden.« Schüler appellierte an Wuttke, der ja einem Komitee vorstand, das aus überparteilicher Kooperation entstanden war, »eine Zusammenkunft von Abgeordneten der größeren deutschen Schleswig-Holstein-Comités« einzuberufen und »die Organisation zu einem National-Ausschuß in die Hand« zu nehmen.¹² Der energische Einsatz, der politische Nimbus und die guten Kontakte der demokratischen Föderalisten aus der Paulskirchenlinken in alle Strömungen der Einigungsbewegung trugen wesentlich dazu bei, daß am 21. Dezember 1863 in Frankfurt das gesamte oppositionelle Spektrum zusammenkam. Wenn auch die deutsch-liberalen Mehrheitsführer im österreichischen Reichsrat fehlten, so handelte es sich doch um die Versammlung deutscher Politiker zwischen 1849 und 1871, zwischen Paulskirche und Reichstag, die am vollständigsten die bürgerlich-liberale Bewegung repräsentierte.

Bei der Nürnberger Vorbereitungsversammlung hatten die anwesenden Mitglieder der Paulskirchenlinken allerdings eine Vorentscheidung nicht verhindern können, die Ausdruck der Konkurrenz zwischen den alternden Achtundvierzigern und der nachwachsenden Politikergeneration war: Nach Frankfurt wurden nämlich nur »sämtliche derzeitige Mitglieder der deutschen Landesvertretungen« eingeladen, was im Unterschied zum Abgeordnetentag knapp zwanzig Paulskirchen-Veteranen, die derzeit kein Landtagsmandat innehatten, ausschloß. Deswegen machte Venedey seinem Freund Fetzer, der die Nürnberger Versammlung initiiert hatte, heftige Vorwürfe. Die »Tapferen der alten Garde einer besseren Zeit« würden an der Teilnahme gehindert. Nach Venedeys Ansicht waren die 1848 nach einem relativ demokratischen Wahlrecht bestimmten Abgeordneten in höherem Maße als »Vertreter der Nation« legitimiert als die aufgrund der oktroyierten Verfassungen gewählten Landtagsabgeordneten. Venedey gehörte zu denjenigen, die immer wieder die realpolitische Wende kritisierten und am Paradigma einer Politik von unten festhielten. Da er außerdem zu Verschwörungstheorien neigte, witterte er die Großpreußen hinter dem Ausschluß. Sie würden versuchen, föderalistische Demokraten möglichst fernzuhalten, »weil das die Einstimmigkeit des gothaischen Dusels stören würde«. Sie würden nicht auf eine umfassende Verfassungs-, Demokratisierungs- und Einigungs-, sondern auf eine Ein-Punkt-Bewegung abzielen: »Der Plan der Häusser & Co., die Euch ins Schlepptau [...] genommen haben, [...] geht nicht auf ein deutsches Parlament, sondern auf einen schleswig-holsteinischen deutschen Centralausschuß hinaus.« Fetzer rechtfertigte die Beschränkung, da sie die Legitimität des Zusammenschlusses über die einer bloßen »Notabelnversammlung« erhebe. Er plädierte allerdings für die Einladung »aller Parlamentsmitglieder, deren Mandat noch unerloschen ist«, was den Rumpfparlamentsabgeordneten, die sich 1849 nur vertagt hat-

¹² C. Schüler an Wuttke 28. 11. 1863 (StA Dresden, NL Wuttke/8).

ten, die Teilnahme ermöglicht hätte, konnte sich damit aber nicht durchsetzen.¹³

Auf der Frankfurter Versammlung am 21. Dezember 1863, an der wegen der Beschränkung auf derzeitige Mandatsträger nur dreizehn¹⁴ unter 490 Teilnehmern zur Paulskirchenlinken zählten, also deutlich weniger, als an den Abgeordnetentagen teilnahmen, überdeckten die zentrifugalen Tendenzen schnell den von den Organisatoren beschworenen Einigungswillen. Das politische Spektrum der Teilnehmer war jedoch deutlich breiter als auf den beiden vorangegangenen Abgeordnetentagen: Der Reformverein war mit einer Reihe prominenter Mitglieder ebenso vertreten wie die föderalistische Linke, zu der auch die fünf Oppositionellen aus der Paulskirche zu rechnen sind, die zuvor keinen Abgeordnetentag besucht hatten (die drei Pfälzer Rudolph Christmann, Georg Friedrich Kolb und Franz Tafel, der Sachse Franz August Mammen und der württembergische Partikularist Moriz Mohl). Auch Carl Mayer, der nicht zu den offiziellen Teilnehmern gehörte, da er kein Landtagsmandat hatte, die Versammlung aber als Journalist besuchte, war Föderalist und entschiedener Gegner jeder großpreußischen Lösung. Zwei großösterreichische Veteranen aus der Paulskirchenlinken, Anton Riehl und Carl von der Straß, unterzeichneten eine Adresse von zehn oppositionellen Reichsratsabgeordneten, in der sie der Frankfurter Tagung ihre »innigen Sympathien für die nationale Sache« und insbesondere ihre Unterstützung in der Schleswig-Holstein-Frage versicherten.

Trotz ihrer quantitativ relativ geringen Präsenz spielte die Paulskirchenlinke auf der Versammlung eine zentrale Rolle. Zunächst verabschiedeten die Landtagsabgeordneten ohne Diskussion und einstimmig eine allgemein gehaltene, vom Vorbereitungscommittee am Vortag ausgehandelte Schleswig-Holstein-Resolution. Sie bestritten darin die Gültigkeit der Londoner Abkommen und verpflichteten sich, »mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln« für die Anerkennung Friedrich v. Augustenburgs und die »Trennung der Herzogtümer von Dänemark« zu kämpfen. Mit sanfter Ironie schrieb Mayer, daß nach der Annahme dieser Erklärung »in hunderten von Augen [...]

¹³ Schaffrath an Wuttke 25. 11. 1863 (StA Dresden, NL Wuttke/8); Wydenbrug an H. v. Gagern 3. 12. 1863 (BA FN 7/V/50); Wydenbrug an Carl Alexander 5. 12. 1863 (THStA (HA) A XXVI, Bl. 1273); Venedey an Fetzer 13. 12[?]. 1863 (Konzept) sowie Fetzer an Venedey 12. 9. 1864 (BA 90 Ve 1/16); J. VENEDEY, Grundübel, 1864, S. 29, benannte siebzehn linke (Bermbach, Biedermann, Cnyrim, Enders, Fehrenbach, Frisch, Hehner, Heldmann, Levysohn, Nägele, Reinhard, Rheinwald, Roßmäßler, C. Schüler, G. Tafel, Venedey und Zell), aber auch prominente konstitutionelle Paulskirchenabgeordnete wie Heinrich v. Gagern oder Welcker, die Mitglieder des Abgeordnetentages waren, aber Ende 1863 keinen Sitz in einem Landtag hatten. C. Schüler versuchte, Venedey von seinen Verschwörungstheorien abzubringen (Brief vom 13. 12. 1863, BA 90 Ve 1/48).

¹⁴ Böcking (Rheinprovinz), Christmann (Pfalz), Fetzer (Württemberg), J. Hoffmann (Sachsen-Meiningen), Hofmann (Hessen), Jucho (Frankfurt), Kolb (Pfalz), Löwe (Westfalen/Berlin), Mammen (Sachsen), Mohl (Württemberg), Mohr (Hessen), Nägele (Württemberg) und F. Tafel (Pfalz).

Thränen der Vaterlandsliebe« funkelten und die Verhandlungen »durch den Sturm der allgemeinen Rührung längere Zeit unterbrochen« waren.¹⁵

Um die politische Handlungseinheit der nationalistischen Opposition herzustellen und zu stärken, beantragten die Paulskirchendemokraten Christmann, Kolb, Mammen und Löwe, daß mit der Koordinierung und Durchführung der gemeinsamen Schleswig-Holstein-Politik ein 36-köpfiger Ausschuß betraut werden sollte. Vor dem Plenum begründete Wilhelm Löwe diesen Vorschlag, der anders als die Schleswig-Holstein-Resolution im Vorbereitungskomitee auf Widerstand gestoßen war. Löwes Rede, die stark mit christlichen Erlösungsmetaphern durchsetzt war, folgte der Argumentationsweise, mit der Venedey noch im August desselben Jahres auf dem Abgeordnetentag in der Minderheit geblieben war. Löwe stellte die egoistische Kabinettpolitik der Großmächte, die die Bundesbeschlüsse und die Volksmeinung ignoriere, in einen krassen Gegensatz zur Interessenlage der Nation. Die einzige Chance für »das Volk«, als dessen Vertreter Löwe die Versammelten ansprach, sein »gutes Recht« durchzusetzen, liege darin, daß sich dessen »mächtige Gegner« nicht einig seien. Der letzte Präsident des Rumpfparlaments schlüpfte hier in die häufig von der Paulskirchenlinken übernommene Rolle des Mahners zur Einigkeit. Sie sei notwendig, um sich gegen die antinationalistische Politik der Großmächte durchzusetzen. Nicht mehr unter der Führung Preußens, sondern autonom sollten die deutschen »Bürger« sich als »Volk« konstituieren. Die Befreiung der Herzogtümer aus dänischer Herrschaft und ihre Konstituierung als liberaler Mittelstaat unter Friedrich v. Augustenburg bedeuteten in Löwes Augen zugleich eine moralische Wiedergutmachung für 1850/51, als die Aufständischen »von deutschen Händen dem Feinde übergeben worden« seien. Die Schaffung eines liberalen Mittelstaates aus Schleswig und Holstein sollte die Probe auf die ausstehende Realisierung der deutschen Einheit sein und, falls sie gelinge, deren symbolische Vorwegnahme. Da von den Großmächten keine solche, den nationalen Interessen entsprechende Politik zu erwarten war, sollte der 36er-Ausschuß sie, möglichst in Kooperation mit den Mittelstaaten, initiieren. Seine Mittel sollten politische Agitation, Selbstbesteuerung und die Aufstellung von Freiwilligenverbänden sein.¹⁶

Auch die Gegenposition zum Vorschlag, einen Koordinierungsausschuß zu bilden, wurde von einem prominenten Paulskirchenlinken vertreten. Die

¹⁵ AT III, S. 3 ff. (Teilnehmerliste), S. 21 (Schleswig-Holstein-Resolution), S. 52 f. (Resolution der Österreicher); C. MAYER, Abgeordnetenversammlung, 1863 (ein sehr anschaulicher Tagungsbericht; Zitat: S. 1198).

¹⁶ AT III, S. 23 ff. Es war ein Topos im nationalistischen Diskurs über Schleswig-Holstein, daß die Deutschlandpolitik der Großmächte über Jahrhunderte zum Verlust »deutscher« Gebiete geführt habe und nur innere Einigkeit »des Volkes« in der Lage sei, diese Entwicklung zu stoppen und im Falle einer Nationalstaatsbildung sogar umzukehren. Vgl. exemplarisch F. T. VISCHER, Frisch gewagt, 1863, S. 44 f.; H. Wuttke, Vortrag vor der Naturforschenden Gesellschaft in Altenburg am 3. März 1864 (StA Dresden, NL Wuttke/24, »15. Kapsel«).

großen Foren der Veteranen von 1848/49 waren in den 1860er Jahren nicht die parteiähnlichen Organisationen wie National- und Reformverein, sondern die als Ersatz für eine Nationalvertretung fungierenden Abgeordnetenversammlungen. Löwes Gegenredner, der württembergische Partikularist Moriz Mohl, argumentierte stärker realpolitisch und wandte sich gegen die Vermischung von Privatmoral und Politik, die Löwe betrieb, wenn er von der »Pflicht der Nation« und ihrer Ehre sprach. Mohl hielt die Organisation bürgerlicher Gegenmacht für den nationalen Befreiungskampf für eine unrealistische Option. Er wollte unbedingt die Aktionseinheit der Nationalbewegung mit *beiden* deutschen Großmächten, wenn sie schon einmal an einem Strang zögen, erhalten. Denn nur sie stellten im europäischen Mächtekonkordanz ernstzunehmende Faktoren dar. Außerdem appellierte Mohl an seine ehemaligen Parlamentsgenossen, ihren Antrag auf die Bildung eines Ausschusses, der so weitgehend in staatliche Kompetenzen eingreifen sollte, fallenzulassen, da die anwesenden Mitglieder des Reformvereins alles ablehnen würden, was auch nur entfernt revolutionär erscheinen konnte. »Alles, was die Einheit dieser Versammlung auch nur im Geringsten zu trüben geeignet wäre«, müsse vermieden werden, meinte Mohl und verwies auf die württembergische Kammer, die unlängst zum ersten Mal einen einstimmigen deutschlandpolitischen Beschluß gefaßt habe. Für Mohl war die durch den Schleswig-Holstein-Konflikt erzielte Einigkeit mehr wert als die Schaffung eines ohne staatlichen Rückhalt nur begrenzt handlungsfähigen Ausschusses. Die gesellschaftliche Gegenmacht der Einigungsbewegung konnte allenfalls zur Geltung kommen, wenn sie geschlossen auftrat.¹⁷ Mohls Bedenken gegen die sanguinischen Erwartungen, die Löwe und die Mehrheit der Frankfurter Versammlung in die Bildung eines Koordinierungsausschusses setzten, erwiesen sich im Laufe des Jahres 1864 als durchaus berechtigt.

Es waren vornehmlich die großpreußischen Demokraten, die die nationale Frage emotionalisierten und Ehrbegriffe ins Spiel brachten, die die Militarisierung und irrationale Aufladung des Nationalismus förderten. Nach einer solchen Agitationsrede des preußischen Fortschrittsabgeordneten Schulze-Delitzsch kam es zu der von der Nationalvereinsführung kalkulierten Reaktion: Die Reformvereinsmitglieder erklärten, der beantragte Ausschuß drohe, permanent »mit der bestehenden Gesetzgebung« zu kollidieren und werde »die Interessen Schleswig-Holsteins [...] weit mehr gefährden als fördern«; daraufhin zogen sie aus der Versammlung aus. Die von Mohl befürchtete Spaltung war eingetreten, weil die Nationalvereinsmitglieder demonstrativ die populistisch-nationalistische Saite angeschlagen hatten. Nachdem Löwe revolutionäre Hintergedanken bei der Schaffung des 36er-Ausschusses ausdrücklich bestritten hatte, wurde die Einrichtung des Leitungsgremiums von den verbliebenen Abgeordneten fast einstimmig beschlossen. Ihrer Beteiligung an der Vorbereitung und den Debatten ent-

¹⁷ AT III, S. 29 ff. Vgl. Württ. LT 10. 12. 1863, S. 365 f. und 393 f.

sprechend wurden in den schließlich 39-köpfigen Ausschuß sieben Männer aus der Opposition in der Deutschen Nationalversammlung gewählt: Fetzer, Kolb, Löwe und Mammen gleich auf der Frankfurter Abgeordnetenversammlung; Berger, Christmann und G. Tafel wurden im Frühjahr 1864 in das Exekutivorgan der deutschen Einigungsbewegung kooptiert. Zum Abschluß der Frankfurter Dezemberversammlung brachte Kolb, der später in den Vorstand des 36er-Ausschusses gewählt wurde, einen Antrag ein, der die »baldigste« Einberufung einer »allgemeinen Volksvertretung« für die deutsche Nation forderte und einstimmig angenommen wurde.¹⁸

Auch in den deutschen Parlamenten wurde, soweit sie im November/Dezember 1863 tagten, die Schleswig-Holstein-Frage diskutiert. Wohl nirgendwo geschah dies in solcher Breite wie in Sachsen, wo Franz August Mammen die treibende Kraft war. Er stellte die Anträge in der Schleswig-Holstein-Frage und war der Berichterstatter der eigens eingerichteten außerordentlichen Deputation. Sein Engagements im sächsischen Landtag wurde auf der Frankfurter Abgeordnetenversammlung mit seiner Wahl in den 36er-Ausschuß honoriert. Mammen gelangte von weitgehender Zustimmung zur Politik der sächsischen Regierung Beust zu einer immer kritischeren Haltung. Immer häufiger warf er ihr Unentschiedenheit, Verschleierungstaktik und ihren fehlenden Willen vor, auf nationalistische Mobilisierung zu setzen. Gleichzeitig verschärfte sich sein Ton gegen die Großmächte. Diese Veränderung ist typisch für die steigende Frustration derjenigen, die zur Erringung der nationalen Einheit auf Politik von unten setzten. Zwar hatten die Demokraten von Anfang an die Situation des Herbstes 1863, die vom preußischen Verfassungskonflikt, einer an deutschen Fragen kaum interessierten österreichischen Regierung und der Uneinigkeit der Staaten des Dritten Deutschlands geprägt wurde, als denkbar ungünstig für durchschlagende Erfolge in der nationalen Frage bewertet. Doch dann hatten die großen Mobilisierungserfolge der Solidaritätsbewegung ihren Glauben an die Macht der öffentlichen Meinung stimuliert und Hoffnungen geweckt, daß die mittelstaatlichen Regierungen und vielleicht auch die Großmächte zu einer entschlossenen Deutschlandpolitik bewegt werden könnten.

Ähnlich wie die württembergische Kammer, jedoch ganz anders als die Parlamente der beiden Großmächte, faßte der sächsische Landtag um die Jahreswende 1863/64 in der Schleswig-Holstein-Frage einstimmige Beschlüsse von einiger politischer Substanz. Dies wurde möglich, weil die sächsische Regierung sich ebenso wie die Mehrheit der Bundesstaaten im Einklang mit der Schleswig-Holstein-Bewegung befand und die eigenmäch-

¹⁸ AT III, S. 37f. und 50f. (36er-Ausschuß); Beobachter 25. 12. 1863 (Aufruf vom 22. 12.); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 328f. und 454f. In seiner Tabelle fehlen E. Wiggers sowie die vier österreichischen Mitglieder des Ausschusses, die allerdings nie an den Sitzungen teilnahmen. Zu Kolbs Aktivitäten in der Schleswig-Holstein-Frage vgl. auch Bayr. LT 5. 5. 1865, S. 136f., 2. 6. 1865, S. 284f.

tige Politik der Großmächte scharf kritisierte. Alle Fraktionen sowie die Erste Kammer in Sachsen und auch die ernannten Abgeordneten in Württemberg unterstützten wie ihre Regierungen die Ansprüche Friedrich v. Augustenburgs und die Durchführung der Bundesexekution gegen Dänemark »durch Truppen bundestreuer deutscher Regierungen«. Die Kritik an der »bundeswidrigen« Politik der deutschen Großmächten richtete sich dabei ausschließlich gegen deren »volksferne« Regierungen. Mit den Bevölkerungen und ihren politischen Vertretern fühlten sich die mittelstaatlichen Kammern einig. Sie gingen Anfang 1864 davon aus, »das Recht« durchsetzen zu können – »mit Österreich und Preußen trotz der Regierungen von Österreich und Preußen«. ¹⁹

Carl Vogt in Genf mokierte sich über den Harmonismus der führenden Liberalen in den Mittelstaaten und fand mit dem analytischen Scharfblick des Außenstehenden dafür das anschauliche Bild, »die Bewegung, die im Jahre 1848 an den Thronen stehen blieb, arbeitet jetzt hinter den Thronen, sucht dieselben vorwärts zu schieben«. Die Opposition bejubele jede nationalistische Äußerungen der Monarchen und wünsche »nichts mehr, als mit den Fürsten und ihren Ministern im Einverständnis zu handeln«. Als extremstes Beispiel hierfür erschien ihm Sachsen, wo Ministerpräsident v. Beust, der »Mann der starren Reaktion«, der »pflichtgetreue Knappe Österreichs« von der Nationalbewegung gefeiert wurde. Insbesondere attackierte er die parlamentarische Opposition in den Mittelstaaten: »Glättung der inneren Zwistigkeiten, Zufriedenheit mit der Regierung in dem Augenblicke, wo sich diese der nationalen Sache anschließt«. Gleichwohl gab sich selbst Vogt der Hoffnung hin, die Mittelstaaten könnten angesichts der »Arroganz«, mit der die Großmächte sie behandelt hätten, »ihr Heil« im Schulter-schluß mit der Einigungsbewegung suchen. ²⁰ Dazu fehlte jedoch seitens der Fürsten und Regierungen die Bereitschaft.

Als dies immer deutlicher wurde, schlugen auch die Liberalen im sächsischen Landtag kritischere Töne an. Die Abgeordneten verlangten in einer von Mammen formulierten und begründeten Interpellation vom 3. März 1864 von der Regierung Aufschluß darüber, wie die zahlreichen einstimmigen Parlamentsbeschlüsse am Bundestag umgesetzt, warum die Erbfolgefra-

¹⁹ Sächs. LT 11.12.1863, S. 45 ff.; 16.12.1863, S. 155 f.; 17.12.1863, S. 194 ff.; 29.1.1864, S. 436 ff. (Zitate: S. 441 und 455). Neben Mammen saß im 11. ordentlichen Landtag, der von November 1863 bis August 1864 tagte, mit Johann Bernhard Eisenstück nur noch ein weiteres Mitglied der Nationalversammlungsopposition. Zur öffentlichen Diskussion in Sachsen im einzelnen: H. JORDAN, 1918, S. 100 ff. Er zitiert (S. 102) einen Leitartikel aus Biedermanns DAZ vom 11.1.1864, in dem es heißt: »Bismarck und Reichberg sind Feinde jeder Volksregierung und wollen den Bund zwischen den Mittelstaaten und dem Volk sprengen.« Siehe auch A. NEEMANN, 1999, S. 442 ff. Vgl. Württ. LT, 10. und 31.12.1863, 10. und 13.2.1864: der Landtag versuchte, auf die Regierung Druck zur Anerkennung Friedrich v. Augustenburgs auszuüben. Immerhin sagte diese sich von den Londoner Abkommen los. Zur Reichsratsdebatte im Januar 1864 s. o. Anm. 6.

²⁰ C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 58 f. Das Vorwort der Broschüre ist auf den März 1864 datiert. Vgl. H. JORDAN, 1918, S. 109.

gen noch immer nicht zugunsten Friedrichs v. Augustenburgs entschieden und die Truppen der »bundestreuen Staaten« nicht mobilisiert worden seien. Gleichzeitig griff Mammen auf einem anderen, mit der Schleswig-Holstein-Frage eng verbundenen Gebiet die Regierung Beust an, nämlich wegen der restriktiven Vereinsgesetze, die die paramilitärische Ertüchtigung in Turn- und Schützenvereinen behinderten. Die Regierung mißtraue »immer noch [...] dem Volk«, obwohl die nationalistische Bewegung nicht mehr revolutionär sei. Fortschritte blieben aus durch »die Schwäche, die Unentschlossenheit, die Rath- und Thatlosigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten«, die nicht offen mit der Einigungsbewegung kooperieren wolle und auf Geheimdiplomatie und Kabinettpolitik setze. Nicht nur der sächsischen Regierungspolitik stand Mammen zunehmend kritisch gegenüber, sondern auch dem »preußischen Volk«. Es sei ein schwerer Fehler der Mittelstaaten gewesen, die militärischen Aktionen den Großmächten zu überlassen, denn der »Theil des preußischen Volkes«, der Hegemonie in Deutschland anstrebe, erhalte »neue Nahrung jetzt dadurch, daß die preußischen Waffen Erfolge erringen, während die Truppen der übrigen deutschen Staaten ruhig zusehen müssen«. Daß die Preußen den Krieg gegen Dänemark allein führten, erzeuge die Erwartung, auch die Erfolge allein verbuchen zu können.²¹

Diese veränderte Sicht spiegelte sich auch in einer erneuten Fraktionsbildung innerhalb der sächsischen Schleswig-Holstein-Bewegung wider. Im Frühjahr 1864 entstand eine großpreußische Strömung, an deren Spitze Biedermann trat. Für sie wogen Bismarcks Führungsstärke und die in Dänemark erwiesene Schlagkraft der preußischen Armee die liberalen Defizite der preußischen Politik auf. Hinzu kam, wie bei den demokratischen Föderalisten, Enttäuschung über die Handlungsunfähigkeit der Mittelstaaten. Erneut wurde eine deutschlandpolitische Idee der Achtundvierziger aufgrund der Machtverhältnisse ad acta gelegt: »Die Logik der Ereignisse« arbeite für »Preußen-Österreich«, schrieb Biedermann am 23. Januar 1864 in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« und rechnete nach dem »entscheidenden Sieg« in Dänemark mit einer Abwendung Preußens von den Londoner Abkommen. Damit trat die strategische Differenz innerhalb der Schleswig-Holstein-Bewegung offen zu Tage: Verfolgte die preußische Regierung die deutschlandpolitischen Ziele der Nationalbewegung, oder bedurfte es dafür weiterhin öffentlichen Drucks und des Sturzes Bismarcks? Auch der demokratische Föderalist Mammen schätzte die Bereitschaft der Österreicher, für deutsche nationale Interessen einzutreten, die Biedermann in immer schärferem Ton bestritt, wesentlich skeptischer ein als die der Preußen. So vermutete er nach den Monaten der verbalen Einigungseuphorie nun, daß den Großmächten »ein Plan zur Theilung Deutschlands fertig vorliegt« und den Deutschen ein Schicksal wie den Polen als Spielball wider-

²¹ Sächs. LT 3. 3. 1864, S. 885 ff., Zitat: S. 888 (Mammens Rede wurde auch als Extrabeilage von Biedermanns DAZ am 5. 3. 1864 abgedruckt); 29. 2. 1864, S. 842 f.

streitender Großmachtinteressen drohte. Mammen stellte sich nun auch im Landtag hinter die Forderungen der Nationalbewegung nach Berufung eines »deutschen Parlaments«. Mit solchen Forderungen konnte er nicht mehr auf Übereinstimmung mit der Regierung oder auf Einstimmigkeit im Landtag hoffen: Die Zeit der Samthandschuhe und der Konvergenz zwischen den verschiedenen liberalen und demokratischen Strömungen war vorbei.²²

Im preußischen Abgeordnetenhaus war der strategische Zwiespalt der Linken im Verhältnis zur Regierung Bismarck bereits früher aufgebrochen. Sie fand dort nie zu einer geschlossenen Linie, und einstimmige Beschlüsse waren wegen der stärkeren parteipolitischen Polarisierung ohnehin undenkbar. Auch in Preußen wurden die Differenzen durch Politiker aus der Paulskirchenlinken verkörpert. Die Demokraten Jacoby oder Temme, die erst 1863 wieder ins Abgeordnetenhaus eingezogen waren, standen gegen die stärker auf Politik von oben setzende Mehrheit der Fortschrittsfraktion um Löwe und die anderen Parteiführer. Temme und Jacoby blieben bei der strikten Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der Regierung Bismarck. Sie stimmten deshalb sogar mit der Rechten gegen eine Resolution, die die Anerkennung Friedrichs v. Augustenburgs durch die preußische Regierung forderte. Sie kritisierten in diesem Zusammenhang auch, daß den Herzogtümern unter Umgehung eines »alten ständischen Rechts, [...] sich ihren Fürsten selbst zu wählen«, der Augustenburger oktroyiert werde.²³

Die Demokraten lehnten jede ausländische Einmischung in deutsche Angelegenheiten ab, da die europäischen Mächte »immer auf Zersplitterung und Untergang Deutschlands spekuliert« hätten, und gaben sich insbesondere scharf antifranzösisch. Ihr Programm war es, zunächst einen parlamentarisch-demokratischen Nationalstaat zu schaffen, um dann alle verlorenen »deutschen« Territorien, insbesondere Elsaß und Lothringen, in dieses »Reich« zu integrieren. Sie schürten Emotionen und operierten dabei mit dem Konstrukt einer verletzten »Volksehre«. Zur Realisierung ihrer expansiven territorialen Ziele nahmen sie einen europäischen Krieg, insbesondere gegen den »Reichsfeind« Frankreich in Kauf, sofern es sich nicht um einen

²² Biedermann zit. nach J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 259f.; Sächs. LT 3. 3. 1864, S. 890 (Mammen). Vgl. auch AFC 22. 4. 1864.

²³ HdA 1. 12. 1863, S. 216ff. (Temme); 2. 12. 1863 (Jacoby; auch in: DERS., Schriften, 1872, S. 216ff.). Auch C. VOGT, Andeutungen, 1864, S. 19ff., desavouierte den in der liberalen Öffentlichkeit hochgelobten Friedrich v. Augustenburg als korrupten Feudalisten. Ähnl. C. Schüler an Venedey 14. 1. 1864 (BA 90 Ve 1/48): »Wie gehen doch die Angelegenheiten so furchtbar schlecht. [...] Die deutsche Demokratie klammert sich an die Legitimität eines Fürsten, dagegen die legitimen Mächte Österreich und Preußen geben die Legitimität dieses Fürsten Preis u[nd] machen gemeine Sache mit dem Straßenpöbel von Copenhagen [...].« C. MAYER, Denkbequemlichkeit, 1864, verwahrte sich gegen solche Polemik: »Wir sind heutigen Tags für den Augustenburger, weil er die Volksstimme auf seiner Seite hat. Damit jedoch haben wir noch nicht im Entferntesten einer legitimen Schwärmerei gehuldigt, die das Recht der Fürsten über das der Völker stellt.«

»dynastischen Krieg« wie 1866 und 1870, sondern um einen nationalen Einigungskrieg handelte.

Während eine nationaldemokratische Minderheit jede Zusammenarbeit mit der preußischen Regierung verweigerte, bis diese zum verfassungsmäßigen Regime zurückkehren würde, befand sich die Mehrheit der Fortschrittfraktion mitten im Prozeß einer strategischen Neuorientierung. Anders als noch ein Jahr zuvor in der Polenfrage sah sie es nun nicht mehr als Widerspruch zu ihrer, aus dem Verfassungskonflikt herrührenden Ablehnung der Regierung Bismarck an, wenn das Parlament die Regierung aufforderte, ihre Schleswig-Holstein-Politik zu ändern. Die Fraktionsführung bedauerte den Bruch mit den Demokraten, den Löwe zwar langfristig für unvermeidlich, aber zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht für nötig hielt: Zunächst habe man noch »große Aufgaben miteinander zu erfüllen«. Gegen die Vorstellung, zunächst eine demokratische Verfassung zu schaffen und danach die »deutschen« Gebiete dem neuen Reich anzuschließen, setzte Löwe »die Nationalität« nun absolut. Es sei für »das Volk« besser, »unter einer Deutschen Regierung mit Feudalismus regiert« zu werden als unter einer dänischen »nach freiheitlichen Prinzipien«. Denn es sei »trotz allen politischen Unglücks für das einzelne Individuum ein unschätzbare Segen, ein Deutscher zu sein; [...] die Summe der Freiheit auf allen Gebieten zusammen genommen, der menschlichen Schönheit, die auf diesem Boden, Deutschland genannt, vorhanden ist, ist größer als in irgend einem andern Theile der Erde«, meinte Löwe und ließ damit erkennen, daß er im Vergleich zur nationalen Einheit die politische Verfassung als zweitrangig ansah. Es war danach nur konsequent, wenn er multinationale Staaten wie Dänemark oder Österreich grundsätzlich ablehnte. Er hielt sie unter liberalen Verhältnissen für schwache Staaten, da die Interessen verschiedener Völker notwendigerweise divergieren müßten. Und es war ebenso folgerichtig, wenn Löwe Bismarck erneut eine anationale, »russische« Politik und in diesem Zusammenhang vor allem den Boykott der Bundesreformbestrebungen und des Fürstentags vorwarf, da diese Haltung die Aufgabe der preußischen »Führerschaft« bei der deutschen Einigung bedeute. In seiner Rede auf der Abgeordnetenversammlung vom Dezember 1863 zog Löwe explizit die Konsequenzen aus dieser Bewertung des Bismarck-Regimes: nicht von Preußen sei die Führung bei der nationalen Einigung zu erwarten, sondern von dem autonom agierenden Bürgertum und den liberalen mittelstaatlichen Regierungen.

Löwe mokierte sich erneut über Bismarcks berühmten Ausspruch, die großen politischen Fragen würden »durch Eisen und Blut« entschieden: Dies sei doch nur eine »Redensart«, solange Preußen nicht bereit sei, »in eine Bundesreform zu willigen, wenn dabei [...] die Stärke und damit die Sicherheit nach außen in einer unzweifelhaften Weise gestärkt« würden. Nicht nur die Nationaldemokraten, auch die Mehrheitsströmung der Fortschrittspartei emotionalisierte den Konflikt um Schleswig-Holstein. Löwe und die anderen Mehrheitsführer waren nur insofern pragmatischer, als sie mehr politische Optionen offenhalten und sich deshalb nicht öffentlich auf

politische Prinzipien festlegen wollten. So deutete Löwe bereits im Dezember 1863 im Abgeordnetenhaus an, daß die Fortschrittspartei sich auch mit einer Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen abfinden könnte, was der Beschlußlage der Nationalbewegung glatt zuwiderlief und erst im Jahre 1864 langsam mehrheitsfähig wurde.²⁴

Der radikale und der Mehrheitsflügel der Fortschrittsfraktion hatten trotz der offen ausgetragenen strategischen Differenzen noch viele Gemeinsamkeiten: Sie wandten sich gegen ausländischen Einfluß auf nationale Fragen; sie strebten einen mächtigen Nationalstaat an; sie waren zu dem dazu notwendigen Krieg bereit, der allerdings – anders als für Bismarck – »kein preußischer«, sondern ein »Deutscher Krieg« sein sollte; und sie betrieben die emotionale und militaristische Aufladung des Nationalismus in der Öffentlichkeit. Die Hauptdifferenz bestand darüber, ob das Regime Bismarck stürzen müsse, bevor die Einigung vorangetrieben werden konnte, oder ob eine auf die Schleswig-Holstein-Politik begrenzte Kooperation erlaubt sei. Löwe baute den Demokraten, mit deren Wortführern er aus Paulskirchen- und Emigrationszeiten eng befreundet war, am Ende seiner großen Rede vom 18. Dezember 1863 eine Brücke der Verständigung und betonte noch einmal, worin die ganze Fortschrittsfraktion übereinstimmte: »Wenn Sie wirklich die Besorgniß haben, daß uns ein Krieg bevorsteht – und ich glaube auch, daß Sie Recht haben [...], dann ist diejenige Politik geboten, daß Sie nicht den Strom nationaler Bewegung jetzt abdämmen, sondern daß sie ihn stärker und stärker werden lassen, [...] dann müssen Sie dem Volke den kategorischen Imperativ, den ein freier Mann gegen sich anwendet, stellen [...]: »Du mußt Deine Pflicht thun.« [...] Wir werden diese schlechte Regierung los werden mit dem ersten Stoß eines wirklichen Sturmes. Wenn dann der große Krieg kommen soll, dann wird sich das Volk triumphierend erheben (Bravo).« Der »große Krieg« sollte also die Lösung nicht nur der nationalen Frage, sondern auch des preußischen Verfassungskonfliktes bringen. Im letzten, erneut von »Bravo«-Rufen begleiteten Satz benannte Löwe allerdings noch einmal den Kern der Differenzen innerhalb der preußischen Fortschrittspartei und der Nationalbewegung: »Die Freiheit nach innen halten wir hoch, aber vor Allem die Unabhängigkeit nach außen!«²⁵ Seit durch Bismarcks zuspitzende Politik neben dem ungelösten Verfassungskonflikt auch ein Nationalkrieg um Schleswig-Holstein auf der Tagesordnung stand, war die Linke zu einer Entscheidung in der seit 1848 akuten Frage gezwun-

²⁴ HdA 1. 12. 1863, S. 226 ff. Vgl. auch HdA 12. 1. 1864, S. 657, wo Löwe seiner »Liebe für die [preußische] Armee Ausdruck gab«, und 22. 1. 1864, S. 859 ff. Prophezeiung des Bruchs innerhalb der Fortschrittspartei zwischen Demokraten und Liberalen auch: HdA 22. 1. 1864, S. 863. Zur Diskussion innerhalb des preußischen Liberalismus um die Annexion Schleswig-Holsteins vgl. C. JANSEN, Theodor Mommsen, 1995, S. 41 ff. Antifranzösische Tiraden auch bei M. MOHL, Zur Lage Deutschlands, 1863.

²⁵ HdA 18. 12. 1863, S. 489 ff. Auch für Rödinger, einen großpreußischen Demokraten aus Württemberg (vgl. F. RÖDINGER, Bericht, 1866), war die Nationalität »Fleisch und Blut des Staates« (DERS., Gesetze, 1864, S. 261).

gen, ob die innere Freiheit oder aber die nationale Einheit politisch Vorrang haben sollte.

Die Paulskirchenlinke stimmte am 2. Dezember 1863 zum ersten Mal seit ihrem Wiedereintritt ins Abgeordnetenhaus in einer deutschlandpolitischen Frage nicht geschlossen ab: Bresgen, Caspers und Temme und andere Demokraten wie Waldeck (am 18. Dezember, als sich dieselbe Konstellation wiederholte, auch Jacoby) sprachen sich zusammen mit der politischen Rechten gegen eine Adresse aus, in der »sämtliche Deutsche Staaten« – also auch die preußische Regierung – aufgefordert wurden, die »Rechte« Friedrichs v. Augustenburgs durchzusetzen; Becker, Böcking, Köhler, Leue, Löwe und Ziegert stimmten ihr zu.²⁶ Die gemeinsame Gegnerschaft zur Regierung Bismarck und die gemeinsamen Kämpfe der Konfliktzeit reichten nicht mehr aus, um die Fortschrittsfraktion zusammenzuhalten.

2. Die fehlgeschlagene Konstituierung des Dritten Deutschland

Nach dem Beschluß des Deutschen Bundes vom 7. Dezember 1863, die im Oktober beschlossene Exekution gegen Dänemark militärisch durchzusetzen, und nach der Besetzung Holsteins und Lauenburgs durch ein von Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover gestelltes Heer gab es im Bundestag Streit über das weitere Vorgehen. Mehrfach überstimmten dabei diejenigen Mittel- und Kleinstaaten, die eine augustenburgische Herrschaft über Holstein und Schleswig durchsetzen wollten, die Großmächte, die weiterhin nur auf die Erfüllung der Londoner Abkommen von 1851/52 pochten. Schließlich sagten sich Österreich und Preußen am 14. Januar 1864 von den Bundesbeschlüssen los und führten »als europäische Großmächte« eine »Pfandbesetzung« Schleswigs durch, um Dänemark zur Einhaltung der Londoner Abkommen zu zwingen. Dieses »bundeswidrige« Verhalten steigerte zunächst die Empörung in der Nationalbewegung. Angesichts der Uneinigkeit der Bundestagsmehrheit und der Unfähigkeit des Dritten Deutschlands, sich gegen die Großmächte durchzusetzen, angesichts der Uneinigkeit in der Schleswig-Holstein-Bewegung und ihrer Unfähigkeit, gesellschaftliche Gegenmacht zur Befreiung der Herzogtümer aufzubauen, sowie angesichts der Siege der preußischen Armee resignierten viele demokratische Föderalisten, und vor allem großpreußische Demokraten näherten sich der Politik Bismarcks an. Da ein baldiger Sturz des preußischen Mini-

²⁶ HdA 2. 12. 1863, S. 279ff.; 18. 12. 1863, S. 509ff. Die fundamentaloppositionelle Linke wollte in einer mehrheitlich abgelehnten Resolution lediglich feststellen lassen, daß die Anerkennung des dänischen Königs als schleswig-holsteinischer Herzog nicht »im Interesse Deutschlands und Preußens« liege. Zu seinen erfolglosen Bemühungen, eine »äußerste Linke«, also »die Linke von 1848 oder auch nur von 1849« im preußischen Abgeordnetenhaus von 1863 »wieder herzustellen«: J. D. TEMME, *Erinnerungen*, 1996, S. 288ff.

sterpräsidenten nach seinem Erfolg gegen Dänemark immer unwahrscheinlicher wurde, kam eine realistische Einigungspolitik künftig an ihm nicht mehr vorbei. Ein Indiz für das Abebben der Schleswig-Holstein-Begeisterung in der Bevölkerung nach dem Sieg der Großmächte war der deutliche Rückgang der Spendeneingänge im Rahmen der Selbstbesteuerungskampagne.¹

In die Phase der hellen Empörung über die Großmächte gehört der Aufruf des 36er-Ausschusses vom 24. Januar 1864. Da Preußen und Österreich »den Anspruch verwirkt haben, die Großmächte Deutschlands zu heißen,« müßten nun die Mittelstaaten, auf deren Seite »das gute Recht« und »der Wille der Nation« stünden, »handeln«, oder »das Volk« werde »früher oder später« zur »Selbsthilfe« greifen. »Keine Regierung wird fernerhin Anspruch haben auf die Achtung und das Vertrauen des Volkes, die nicht der Sache der Herzogthümer, d. h. der Sache Deutschlands, *ihre ganze Wehrkraft ohne Rückhalt zur Verfügung stellt.*« Der Ausschuß setzte auf die Macht der öffentlichen Meinung und forderte alle Deutschen zu rückhaltlosem Engagement auf: »Macht die Politik, das Geschäft Eurer Mußestunden, zur täglichen Berufsarbeit, verbreitet die Bewegung über Stadt und Land, über alle Classen der Gesellschaft!« Ausdrücklich distanzierte er sich jedoch von revolutionären Absichten. Auch ein Aufruf zu zivilem Ungehorsam als Protest gegen das Vorgehen der Großmächte, etwa zur Steuerverweigerung in Preußen, fehlte. Der 36er-Ausschuß wußte, daß es dafür keine gesellschaftliche Basis gab. So beschränkten sich seine Aktionsvorschläge auf Massenpetitionen, Anklagen gegen »pflichtvergessene Minister«, die Verweigerung von Anleihen zur Kriegsfinanzierung der Großmächte in den Parlamenten, Selbstbesteuerung zugunsten der augustenburgischen Regierung und die Stellung von Waffen und Freiwilligen.²

Doch der 36er-Ausschuß konnte seinen Anspruch, die Schleswig-Holstein-Bewegung anzuführen, in keiner Phase realisieren. Dies hatte im wesentlichen drei Gründe: Erstens erlaubte es die vom Nationalverein vorgeprägte Organisationsstruktur der Bewegung zwar, bei den Regierungen und in den Parlamenten der wichtigen Einzelstaaten lobbyistisch tätig zu werden. Es handelte sich aber nicht um eine schlagkräftige Massenorganisation, da die zahlreichen Schleswig-Holstein-Vereine keineswegs so homogen waren, wie die Zentrale es sich vorstellte. Sie ließen sich nicht im gewünschten Maße zielgerichtet in Bewegung setzen. Die Solidaritätsbewe-

¹ E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 465 ff.; H. v. SYBEL, Bd. III, 1892, S. 203 ff.; AFC 22. 3., I. 7. 1864 u. ö.; AT IV, S. 15 und 27 f. (Spendenaufkommen); J. DAEBEL, 1969, S. 196; H. JORDAN, 1918, S. 102 ff.

² Beobachter 28. 1. 1864, auch in: E. R. HUBER, Dokumente, 1978, S. 196 f.; auch das HdA hatte am 22. 1. 1864 in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution »feierlich« gegen das Verhalten der Regierung protestiert; vgl. auch RR 28. 1. 1864, S. 1956 ff.: Grundsatzrede Giskras. Zum Hintergrund: AT IV, S. 10 ff.; J. DAEBEL, 1969, S. 132 ff., der die lächerlichen Züge insbesondere der militärischen Seite der Bewegung anschaulich schildert; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 346 f.

gung war keine wohlorganisierte Partei, sondern der heterogene Ausdruck spontaner Empörung, der die immensen regionalen Unterschiede in der politischen Kultur des Deutschen Bundes spiegelte. Zweitens standen die mittelstaatlichen Regierungen, die die Ansprüche des Augustenburgers unterstützten, und erst recht die Großmächte einer wohlorganisierten Schleswig-Holstein-Solidarität ablehnend gegenüber und wandten auf sie die reaktionären Vereinsgesetze an, die überregionale Organisationen verboten. Dies galt vor allem für Initiativen, die auf die Rekrutierung oder Ausbildung von paramilitärischen Verbänden zielten. Drittens hatte der 36er-Ausschuß zwar die Deutschen aufgerufen, »Politik zum Beruf« zu machen. Nicht einmal seine eigenen Mitglieder konnten jedoch wegen des Zwangs zur Erwerbstätigkeit, oder weil sie als Multifunktionäre bereits überlastet waren, diesem vollmundigen Anspruch genügen und sich mit aller Kraft der Schleswig-Holstein-Bewegung zur Verfügung stellen. In den ersten zehn Monaten seines Bestehens versammelte sich der Ausschuß nur viermal, eine Reihe seiner Mitglieder (darunter sämtliche Österreicher) erschien nie. Alle Arbeit blieb an den rund um Frankfurt lebenden sieben Vorstandsmitgliedern hängen, zu denen kein Preuße gehörte, was die notwendige Koordination mit der Opposition im wichtigsten Bundesstaat erschwerte.

Die mangelnde Unterstützung der Schleswig-Holstein-Bewegung durch die mittelstaatlichen Regierungen zeigte darüber hinaus, daß sie ebenso wie die Großmächte den Bruch im Deutschen Bund nicht vertiefen wollten und der 36er-Ausschuß mit seiner offensiven Strategie auf verlorenem Posten stand. Eine Bereitschaft zur Durchsetzung der Erbansprüche Friedrichs v. Augustenburgs, zur staatlichen Konstituierung eines neuen Mittelstaats und erst recht zu einem engen Zusammenschluß des Dritten Deutschland war bei den Mittelstaaten nicht vorhanden. Karl Jansen hat zu Recht festgestellt, daß deren konfliktscheues Verhalten auf dem Höhepunkt der Schleswig-Holstein-Krise »die eigene Ohnmacht wenig verhüllte«.³

Das Scheitern der Konstituierung des Dritten Deutschland läßt sich auch an Löwes Reden im preußischen Abgeordnetenhaus ablesen. Noch voller Empörung über die Politik der Großmächte meinte er Mitte Dezember 1863, nun biete sich eine »günstige Gelegenheit, die Trias endlich einmal ins Leben zu führen«. Sie berge in sich zwar die Gefahr eines neuen, von Frankreich abhängigen Rheinbundes. »Weil wir in so großer Noth sind,« schien ihm diese bisher strikt abgelehnte Option »in diesem Augenblick doch« akzeptabel. »Es ist jetzt eine Möglichkeit, daß Deutschland in dem Bereiche der Mittelstaaten liegt. Aber es liegt nur in dem Falle [...] dort, daß

³ Ebd., S. 334 ff.; K. JANSEN/K. SAMWER, 1897, S. 212 ff. (Zitat: S. 216). Eine eindrucksvolle (und trotz mancher Übertreibung der Erfolge insgesamt durchaus selbstkritische) Dokumentation des eigenen Scheiterns stellt der Rechenschaftsbericht von Ausschuß und geschäftsleitender Kommission vor der Versammlung deutscher Landtagsabgeordneter am 1. 10. 1865 in Frankfurt dar (AT IV, S. 10–26, insb. S. 13 f.: Repression durch die mittelstaatlichen Regierungen). Er enthält auch die wichtigsten Aufrufe des Ausschusses.

die Mittelstaaten Deutschland aus Schleswig-Holstein holen. [...] In Schleswig-Holstein liegt die Deutsche Zukunft. Wenn sich jetzt die bestehenden Regierungen als ohnmächtig oder böswillig hinstellen, [...] wird die Nation das in das große Rechnungsbuch tragen.« Abgesehen von seiner spezifischen Sicht auf die Geschichte als Weltgericht, analysierte Löwe damit präzise, warum in der Schleswig-Holstein-Krise um die Jahreswende 1863/64 die einzig denkbare Chance für eine staatliche Konstituierung des Dritten Deutschlands lag und verpaßt wurde: Bis in die großpreußische Linke hinein war die Empörung über die anationalen Großmächte so groß, daß eine entschlossene Politik der Mittelstaaten mit einer gemeinsamen Militärintervention in Schleswig oder der Bildung gemeinsamer politischer Institutionen als ein Ausweg aus der deutschlandpolitischen Perspektivlosigkeit begriffen worden wäre. Aber zu entschlossenem gemeinsamen Handeln fehlten den Mittelstaaten alle Voraussetzungen, so daß Löwe einen Monat später bereits feststellte: »Die mittelstaatliche Gruppe an der Arbeit« zu sehen, mache ebenso wie »ein Blick auf die Karte« deutlich, welche Schwierigkeiten sie hätten, »wenn sie Preußen und Österreich entgegentreten wollen«. Sie könnten dies nur mit dem Rückhalt einer anderen europäischen Macht, also Frankreichs, riskieren. Insofern sei jede Politik, die die Mittelstaaten Preußen entfremde, unverantwortlich.⁴ Hatte Löwe den Mittelstaaten im Dezember 1863 noch eine entschlossene, eigenständige Politik zuge-
traut, die die preußische Regierung zu einem Einschwenken auf die liberal-nationalistischen Linie hätte bewegen können, so sah er im Januar 1864 das Dritte Deutschland in seiner Handlungsunfähigkeit nur mehr als gefährliches Einfallstor französischer Spaltungsgelüste.

Friedrich v. Augustenburg war aufgrund seiner Machtlosigkeit darauf angewiesen, zwischen den ihn unterstützenden Staaten und den seine Ansprüche zurückweisenden Großmächten zu lavieren. Aus diesem Grund verhielt er sich der Solidaritätsbewegung gegenüber reserviert. Löwe und andere großpreußische Demokraten bezeichneten ihn deshalb nach einer Unterredung als »feige Erbärmlichkeit«. Auch die Person des Herzogs war also nicht dazu angetan, die Erwartungen zu stützen, daß durch die Gründung eines liberalen Musterstaates ein Fanal für die Nationalstaatsgründung durch das Dritte Deutschland gesetzt werden könnte. Allenfalls ein entschlossenes Setzen auf die nationalrevolutionäre Karte, mit der aber nicht einmal die demokratische Strömung spielte, hätte die Situation grundsätzlich zuungunsten der preußischen Regierung verändern können.⁵

⁴ HdA 18. 12. 1863, S. 494; 22. 1. 1864, S. 863; im Rückblick: 1. 6. 1865, S. 1847. W. LÖWE'S frühere Ablehnung eines „Rheinbundes“: Preußens Beruf, 1862, S. 172f. Vgl. zu den Chancen einer Politik des Dritten Deutschland gegen die Großmächte auch J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, 1866, S. 199ff.; J. DAEBEL, 1969, S. 176.

⁵ A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 340ff. (Löwe-Zitat: S. 347); Radikale gegen Revolution: Fetzer an Venedey 27. 9. 1865 (BA 90 Ve 1/16). Für die Zwickmühle, in der sich Friedrich v. Augustenburg zwischen liberaler Bewegung und Abhängigkeit von den

Der supranationale Föderalist und Ex-Minister Oscar v. Wydenbrugk gehörte als einziger aus der Paulskirchenlinken zur Regierungsmannschaft Friedrich v. Augustenburgs. In seiner Funktion als Wiener Gesandter des Herzogs konnte er dessen Scheitern aus der Nähe verfolgen. Seine Berichte an den Herzog und kommentierte Abschriften von ihnen an Carl Alexander von Sachsen-Weimar⁶ liefern ein minutiöses Bild von Wydenbrugks diplomatischen Bemühungen und der mit ihnen verbundenen Hoffnungen und Enttäuschungen, die Anfang Dezember 1863 begannen und bis Ende August 1866 andauerten.⁷ Wydenbrugk bekämpfte in Wien mit großer Energie die anationale Politik der Großmächte, die, solange sie eine gemeinsame Schleswig-Holstein-Politik verfolgten, die augustenburgischen Ansprüche nicht anerkannten. Mit ihrer militärischen Intervention wollten Preußen und Österreich lediglich den status quo ante wiederherstellen, also die Zugehörigkeit *beider* Herzogtümer zum Deutschen Bund. An der Herrschaft des dänischen Königs wollten sie im Gegensatz zur Nationalbewegung nichts ändern!

Wydenbrugks Berichte spiegeln die Schwäche des Dritten Deutschland, auf das sich die Hoffnungen der augustenburgischen Partei in erster Linie richteten: *Es wurde in Wien ebensowenig ernstgenommen wie Mehrheitsbeschlüsse des Bundestags.* Das Einlenken der meisten Mittelstaaten bei der Bundestagssitzung am 3. März 1864, nachdem sich die Großmächte seit dem 14. Januar permanent über Bundesbeschlüsse hinweggesetzt hatten, zeigte in aller Deutlichkeit, daß das Dritte Deutschland keinen Machtfaktor darstellte, der seine politischen oder Rechtsauffassungen gegen die Großmächte durchsetzen konnte. Insofern standen die Chancen schlecht für den Wiener Gesandten des Augustenburgers, der vornehmlich auf Rechtsgutachten zur Erbfolgefrage und die »großen Principien« des Deutschen Bundes verweisen sowie für einen ehrenhaften Umgang mit dem Herzog plädieren konnte. Die einzige Möglichkeit, die Machtposition Friedrichs zu verbessern, sah v. Wydenbrugk darin, daß auch die Mittelstaaten zur kriegführenden Partei würden, damit sie auch am Friedensschluß gleichberechtigt beteiligt wären.

Großmächten befand, aufschlußreich: Wydenbrugk an Carl Alexander 2. 4. 1864, Bl. 115 (THStA (HA) A XXVI/1273).

⁶ Da er sich als sächsisch-weimarerischer Beamter im Ruhestand weiterhin in einem Dienstverhältnis zu Großherzog Carl August befand, bat er diesen nicht nur um Genehmigung seiner inoffiziellen diplomatischen Tätigkeit, sondern berichtete ihm auch fortlaufend über seine Mission. Diese doppelte Loyalität Wydenbrugks war insofern unproblematisch, als Carl Alexander zu den entschiedensten Unterstützern Friedrich v. Augustenburgs und der Errichtung eines liberalen Mittelstaates in Schleswig-Holstein zählte.

⁷ THStA (HA) A XXVI/1273. Das umfangreiche Material (rund 400 Bl.) sowie die Konzepte im Wydenbrugk-NL (BA FN 16/II) lassen sich unter den hier interessierenden Fragestellungen nur ansatzweise verwerten. Es bietet detailreiche, bis heute von der Forschung nicht genutzte Hintergrundinformationen zum Verlauf des Schleswig-Holstein-Konflikts. Das folgende basiert hauptsächlich auf den Berichten vom 10. 1. – 19. 3. 1864. Ende der Tätigkeit: Wydenbrugk an Lorentzen 23. 8. 1866 (BA FN 16/II). Vgl. außerdem E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 415 f.

Gelang dies nicht, so war in v. Wydenbrugks Augen die »Mediatisierung« des Dritten Deutschland unvermeidlich. Er prophezeite damit bereits Anfang 1864 die 1866 einsetzende Entwicklung. Erst als das preußisch-österreichische Kondominium über Holstein und Schleswig auseinanderbrach, erzielte v. Wydenbrugks Gesandtschaft Erfolge. Zu den bedeutendsten gehörte Anfang 1865 die Anerkennung des augustinburgischen Thronfolgers durch die Wiener Regierung.

Wydenbrugks Gesandtschaftsberichte zeigen, daß die herzogliche Regierung trotz ihrer Propaganda, die die Unteilbarkeit Schleswig-Holsteins gebetsmühlenartig wiederholte, durchaus zu territorialen Zugeständnissen bereit war. Sie verlangte neben Holstein nur den »größeren Theil von Schleswig«, sah also die von den Westmächten ins Spiel gebrachte Teilung nach ethnischen Kriterien oder durch eine Volksabstimmung als akzeptabel an. Ansonsten fällt an den Berichten auf, daß der Reformvereinsfunktionär v. Wydenbrugk dem Wiener Regierungssystem immer ungeduldiger und kritischer gegenübertrat, während anerkennende Bemerkungen über v. Bismarck und dessen Politik zunahmen. Sie sei »relativ besser«, aber nicht »aus national-deutschen oder spezifisch schleswig-holstein'schen oder legitimmonarchischen Motiven« des Ministerpräsidenten, »sondern weil ihm die Schwierigkeiten, die er sich durch seine innere Politik [...] geschaffen, vielleicht auch (nach dem nun einmal begonnenen Kampfe) sein Temperament eine politische Retirade etwas schwieriger machen«.⁸ Diese Sicht eines Insiders auf den preußischen Ministerpräsidenten, der häufig als souveräner und charismatischer Lenker des Geschehens charakterisiert wird, als Getriebenen, der aufgrund seiner ersten politischen Entscheidungen und seines Temperaments nicht mehr nachgeben konnte, aber keineswegs zielgerichtet eine bestimmte Politik verfolgte, verdient es, festgehalten zu werden. Zudem verweist sie wiederum auf den Zusammenhang zwischen deutschlandpolitischem Zeithorizont und der Option für die Einbeziehung Österreichs. Selbst ein zutiefst großdeutsch geprägter Mann wie v. Wydenbrugk begann, an der Immobilität des Wiener Regimes und seiner Unfähigkeit zu politischen Richtungsentscheidungen zu verzweifeln, und brachte nicht mehr die Geduld auf, die notwendig war, wenn man auf dessen Entscheidungen angewiesen war.

Als in der preußischen liberalen Öffentlichkeit immer häufiger die Anexion Schlesiens und Holsteins gefordert wurde, trug v. Wydenbrugks Arbeit Früchte. Österreich unterstützte nun die Ansprüche des Augustenburgers und die Errichtung eines neuen Mittelstaats. »Einstimmig«, so berichtete v. Wydenbrugk im März 1864 über konspirative Kanäle nach Kiel, seien nach einer gemeinsamen Beratung der hochkonservativen österreichischen Außenminister Graf Rechberg und »alle seine Räte« für »entschiedenere Beschlüsse in der Schleswig-Holstein'schen Frage und zwar im deutsch-nationalen Sinne« gewesen: »Man will sich ohne Weiteres für die vollständi-

⁸ Bericht Wydenbrugks vom 19. 3. 1864, THStA (HA) A XXVI/1273, Bl. 98.

ge Trennung der Herzogtümer von Dänemark und zwar unter seiner Augustenburg'schen Dynastie [...] aussprechen.« Überraschenderweise ging auch Bismarck auf diese Forderung ein, und beide Großmächte schlugen am 28. Mai auf der Londoner Friedenskonferenz eine derartige Lösung vor. Bereits am 26. Mai hatte v. Rechberg v. Wydenbrugk einbestellt und ihm offiziell eröffnet, Österreich unterstütze Herzog Friedrichs Ansprüche, wenn dieser keine Hoheitsrechte an Preußen abtrete. Mit dieser Botschaft reiste v. Wydenbrugk sofort nach Kiel. Um die Details der Errichtung des schleswig-holsteinischen Staates zu besprechen, zu denen aus Bismarcks Sicht jedoch gehörte, daß der Herzog dem preußischen Militär Häfen und Festungen zur Verfügung stellte, also Einschränkungen seiner Souveränität zuließ, wurde Herzog Friedrich nach Berlin zitiert. Vor dem Hintergrund der Erfolge seines Wiener Gesandten und wohl auch aufgrund von dessen selbstbewußt-triumphierender Sicht der Dinge verhielt sich Friedrich bei dem Berliner Treffen mit Bismarck taktisch ungeschickt: Mit der überschätzten österreichischen Rückendeckung vermeintlich in einer Position der Stärke, gab er Preußen in keinem entscheidenden Punkt nach, sondern verwies – ganz Liberaler – auf die notwendige Zustimmung des Landesparlaments. Daraufhin ließ Bismarck den Augustenburger fallen und denunzierte ihn in Wien als Mann mit »demokratischen Ambitionen«.⁹ In der Folge setzte Bismarck auf die Annexion der Herzogtümer. Die von der Schleswig-Holstein-Bewegung angestrebte mittelstaatliche Lösung war gescheitert.

Nachdem die Konstituierung des Dritten Deutschland im Winter 1863/64 nicht versucht worden war, schied – nach der supranational-föderalistischen Option, die am Widerstand der Einigungsbewegung und Bismarcks gegen den österreichischen Bundesreformvorschlag gescheitert war – ein weiterer, innerhalb der Paulskirchenlinken favorisierter Wege zur Herstellung eines einigen, freien und mächtigen »Deutschland« aus. Die Ursachen für das Scheitern der demokratisch-föderalistischen Option eines allmählichen, von den liberalen Staaten des Dritten Deutschland ausgehenden Zusammenschlusses lagen hauptsächlich in den tiefliegenden Interessengegensätzen der Mittelstaaten untereinander sowie zwischen diesen und der ihrerseits heterogenen Nationalbewegung. Die Politik der minderen Mächte im Deutschen Bund folgte nicht den nationalistischen Paradigmen, sondern war allein bestimmt von der Tendenz politischer Strukturen zur Selbsterhaltung.

⁹ THStA (HA) A XXVI/1273, Bl. 160 (Bericht vom 23. 5. 1864). Vgl. auch ebd., Bl. 160 ff., 163 ff. (Bericht vom 8. 6. 1864) und 169 ff. (Bericht vom 3. 7. 1864); [M. Mohl:] Korrespondenz aus Süddeutschland, AAZ 26. 5. 1864; H. FRIEDJUNG, Kampf, Bd. II, 1916, S. 94 ff.; K. JANSEN/K. SAMWER, 1897, S. 736 ff. (Referat des Herzogs Friedrich über seine Unterredung mit Bismarck am 1. 6. 1864); O. v. BISMARCK, Bd. III/1, 1966, S. 300 ff. Vgl. J. DAEBEL, 1969, S. 204 f.

Der freiwillige Souveränitätsverzicht von Monarchen gehörte nicht zum politisch Machbaren im Deutschen Bund der 1860er Jahre.

Die Idee einer freiheitlichen Konstituierung des Dritten Deutschland fand zwar erst *seit* 1864 größere öffentliche und politisch organisierte Unterstützung. Aber angesichts der fehlenden Voraussetzungen für eine neue Revolution und der Interessengegensätze der Mittelstaaten fehlte solchen Vorschlägen seit dem Einlenken der Mittelstaaten im März 1864 jede Realisierungswahrscheinlichkeit. Die Agitation für einen allmählichen, föderalen Zusammenschluß des Dritten Deutschland diente danach allein der Polarisierung im innerliberalen Parteibildungsprozeß. Er konnte nur mehr ein langfristiges politisches Ziel sein. Zudem gerieten solche begrenzten und allmählichen Lösungen in immer stärkeren Widerspruch zum nationalistischen Zeitgeist, der *möglichst schnell* ein großes und mächtiges Deutschland zu realisieren wünschte.

Neben der Möglichkeit, den Deutschen Bund so zu lassen, wie er war, lagen damit seit Frühjahr 1864 nur noch dualistische Lösungen der deutschen Fragen im Bereich des politisch Realisierbaren – also ein Kondominium beider Großmächte oder die Aufteilung Deutschlands unter ihnen. Angesichts der enttäuschten Hoffnungen, daß Österreich und Preußen bald zu liberalen Staaten werden könnten, wurde damit die Verwirklichung der Ideen von 1848 unwahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund wurde die ohnehin formelhafte Einheit der bürgerlichen Linken noch brüchiger.

Die Spaltung der Einigungsbewegung 1864/65

Da sich die mittelstaatlichen Regierungen als unfähig erwiesen, die deutsche Einigung voranzubringen, unterstützte eine wachsende Zahl großpreussischer Demokraten in der Schleswig-Holstein-Bewegung die erfolgreiche Politik Bismarcks. Ihrer Ansicht nach sollte in Schleswig und Holstein nicht mehr durch die Schaffung eines liberalen Musterstaats das Dritte Deutschland gestärkt werden, sondern es sollte nun durch den Anschluß der Herzogtümer an Preußen in einem gänzlich anderen Sinne ein Präzedenzfall für die deutsche Einigung geschaffen werden, für die nur mehr der Weg der Annexion durch die norddeutsche Großmacht realisierbar erschien.

1. Der demokratische Föderalismus auf dem Weg zur »Partei«

Da es ihre antipreußischen Ressentiments den meisten demokratischen Föderalisten verbot, aus den Erfahrungen des Winters 1863/64 dieselbe Konsequenz zu ziehen wie ihre großpreussischen Genossen, hielten sie an der Idee der allmählichen, vom Dritten Deutschland ausgehenden bundesstaatlichen Einigung fest. Angesichts der »rathlosen Schwäche«¹ der mittelstaatlichen Regierungen versuchten sie, den öffentlichen Druck zu erhöhen. Sie wollten durch verstärkte Agitation und festere Organisation die Schleswig-Holstein-Begeisterung und die Empörung über die anationale Politik der Großmächte in gesellschaftliche Gegenmacht umwandeln.

Die demokratischen Föderalisten erhielten dabei intellektuelle und publizistische Unterstützung durch Carl Vogt, der mit einer einflußreichen und von den meisten deutschen Staaten polizeilich verfolgten Broschüre »Andeutungen zur gegenwärtigen Lage« seine Abkehr von putschistischen oder bonapartistischen Lösungen kundtat. Sein Übergang von der autoritär-revolutionären Haltung zum demokratischen Föderalismus lief ebenso gegen den allgemeinen Trend im Liberalismus wie sein in derselben Broschüre zum Ausdruck kommender Antimilitarismus. In der erneuten Zusammenarbeit der deutschen Großmächte in der Schleswig-Holstein-Politik trotz ihrer gegensätzlichen Positionen in der Bundesreformfrage sah Vogt eine

¹ So charakterisierte der 36er-Ausschuß die Haltung der mittelstaatlichen Regierungen (AT IV, S. 18). Ähnl. aus großpreussischer Warte: Sybel an Baumgarten 9. 5. 1864 (J. HEYDERHOFF, 1925, S. 222 f.).

grundsätzliche Bedrohung von Zivilität und Freiheit. »Die relativ freieren, kleineren Staaten« drohten »in große Militärmächte umgeschmolzen« zu werden, »in denen kein anderes Recht mehr gilt, als dasjenige des Eisens, keine andere Freiheit als die des Säbels«. Dadurch seien der »Kern Deutschlands, die Mittelstaaten mit ihrer freiheitlichen Bevölkerung und ihren freiheitlichen Institutionen« gefährdet. Ihnen drohe die Mediatisierung unter den Militärmonarchien Österreich und Preußen. Vogt erkannte die Deformation von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, die von einer Unterordnung unter die von feudalen und militärischen Strukturen geprägten Großmächte ausging.

Der befürchteten autoritären Militarisierung der Gesellschaft setzte Vogt das Schweizer Modell der allgemeinen Wehrpflicht bei einem schwachen stehenden Heer entgegen. Um ein zivilisiertes und demokratisches Deutschland schaffen zu können, müsse die österreichische »Militärmacht« zerschlagen, die preußische neutralisiert und die Unterordnung des Dritten Deutschland unter die »Militärmonarchien« verhindert werden. In dem bevorstehenden »allgemeinen Krieg« müsse die deutsche Einigungsbewegung sich um einer freiheitlichen Zukunft willen auf die Seite der west- und nord-europäischen Nationalstaaten gegen die anationalen Mächte Rußland, Österreich und Preußen stellen.² In Vogts Broschüre war die spätere Kritik der demokratischen Föderalisten, insbesondere in den Reihen der Demokratischen Volkspartei, am »preußischen Militarismus« bereits in allen wesentlichen Zügen angelegt.

Vogts deutschlandpolitische Vorstellungen zielten auf eine schwache Zentralgewalt. Sie stellten gewissermaßen die demokratisch-zivile, vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgehende Variante der Bruck-Schwarzenbergschen Mitteleuropapläne dar: »Als nächstes Ziel jeder freisinnigen europäischen Politik schwebt mir stets ein Deutschland vor, geeinigt durch eine Bundesstaats-Verfassung, ähnlich derjenigen der Schweiz, fortlebend in seinen einzelnen historischen und stammlichen Theilen, das einerseits Belgien, Holland und Skandinavien, andererseits der Schweiz und Italien die Hand reicht, das über keine nichtdeutschen Völker herrscht, kein Bundesglied mit außerdeutschen Besitzungen duldet und den Frieden Europa's durch seine ruhige Macht und innere Entwicklung sichert.«³ Vogts Visionen waren keine biedermeierlichen Idyllen, sondern zielten auf eine freiheitliche Großmacht, deren politische Leitwerte Zivilität, wirtschaftlicher Wohlstand

² C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, insb. S. 3 ff. und 61. Ähnl. etwas später auch Vogts Freund C. MAYER, *Hegemonomanie*, 1864, S. 554. Auch Jacoby hielt angesichts der Entwicklung in Preußen 1864 die »Kleinstaaten in Deutschland« für »das Asyl der Freiheit« (E. SILBERNER, *Jacoby*, 1976, S. 325) und zitierte damit eine These seines Parlamentsgenossen F. SCHUSELKA VON 1849 (Interim, S. 19 f.). Zu Vogts Motivation vgl. seine Briefe an Hartmann 21. 1. 1864 (SLB Wien) und Carlo Matteucci 12. 1. 1864 (P. GUICHONNET, 1958, S. 128).

³ C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 3 ff.

und Friedenserhaltung waren. Vogt nahm dabei eine transnationale, europäische Perspektive ein.

Dennoch war die Schleswig-Holstein-Frage, die den Anlaß seiner Überlegungen bildete, für Vogt einzig eine Frage der »Nationalität«. Er destruierte in der für ihn typischen analytischen, aber auch polemischen Schärfe diejenigen Argumentationen, die den Konflikt mit Dänemark zu einer Frage der Freiheit stilisierten: die dänische Verfassung sei freier als die, die von Friedrich v. Augustenburg zu erwarten sei. Ebenso wenig handele es sich um eine Frage der Einheit: Deutschland erhalte einen Fürsten mehr; und auch nicht um eine Machtfrage: »die Handvoll Schleswiger« sei irrelevant. Für Vogt handelte es sich »ganz einfach darum, ob ein deutscher Volksstamm unter dänischer Herrschaft stehen oder sich in freier Selbstbestimmung von dieser lossagen soll«. Entsprechend schlug er bereits Anfang 1864 – ebenso wie ein Jahr später, bei den Friedensverhandlungen die Westmächte – vor, die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland durch Volksabstimmungen festzulegen. Auch für Vogt war jedoch Nationalität keine Kategorie, die einer bewußten politischen Entscheidung zugänglich war. Sie gehörte vielmehr zu den naturhaft-emotionalen Komponenten menschlichen Wesens. Die ethnische Zusammengehörigkeit bestimme gar politische Entscheidungen: »Unsere Abstammung, unser ganzes innerstes Wesen, unsere Vergangenheit und unsere Zukunft legen uns die Pflicht auf, für die Deutschen in Schleswig-Holstein alle unsere Kräfte anzuspornen.« Vogt erkannte, daß sich sein Begriff von Nationalität einem rationalen Diskurs entzog, hielt aber dennoch daran fest. Für den monistischen Materialisten war Nationalität eine objektiv bestimmbare, letztlich physiologische Tatsache. Jedenfalls erschien ihm sein Verständnis des Begriffes »Nationalität« unstrittig, es bedurfte keiner weiteren Begründung.⁴ Für Vogt hatte die Staatsbildung zwar auf der Basis der menschlichen Grundeigenschaft der Nationalität zu erfolgen. Aber daneben maß er historisch-politischen Kriterien eine hohe Bedeutung zu.⁵ Da Vogt Nationalität für eine physiologische Basiskonstante hielt, bestand in seinem Konzept zugleich nicht die Notwendigkeit, sie ideologisch aufzuladen. Nationszugehörigkeit begründete für ihn nicht Höher- oder Minderwertigkeit. Deshalb plädierte er auf der Basis gemeinsamer politischer Werte für eine transnationale Kooperation. Nationale Einheit war kein absoluter Wert für ihn und nationale Selbstbestimmung nur erstrebenswert, wenn politische Mindeststandards erfüllt waren.

⁴ Ebd., insb. S. 28f. und 32. Selbst Wuttke gestand in einem Vortrag vor der Naturforschenden Gesellschaft in Altenburg am 3. März 1864 (StA Dresden, NL Wuttke/24, 15. Kapsel) die Freiheitlichkeit der dänischen Verfassung zu.

⁵ Allerdings trennte Vogt nicht klar zwischen Stammesunterschieden innerhalb der deutschen »Nation« und der gemeinsamen Nationalität. Hier mischen sich in dem nach eigenen Angaben spontan, in kurzer Zeit geschriebenen Text ältere landespatriotische und moderne nationalistische Vorstellungen.

Durch den »Sonderbund« der beiden Großmächte, der »grimmigsten Feinde Deutschlands«, die sich über korrekt zustandegekommene Bundesbeschlüsse hinweggesetzt hatten, war nach Vogts Ansicht der Deutsche Bund »gesprengt«. Somit seien die deutschen Staaten frei, sich zu einem neuen »Bund [...] zur Wahrung ihrer Selbständigkeit und zur Vertheidigung ihres Gebietes« zusammenzuschließen oder auch in ein Bündnisverhältnis mit der Schweizer Eidgenossenschaft einzutreten. Die aufgrund ihrer außerdeutschen Besitzungen notwendigerweise anationalen Großmächte hatten sich nach Vogts Einschätzung vor allem gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verbündet. Ihre Kooperation sei zur Bekämpfung des polnischen Aufstandes wiederbelebt worden und richte sich außer gegen die Dänen auch »gegen den deutschen Volksgeist in Waffen«. Nach einem Triumph über Dänemark werde Bismarck nicht einmal zum Mittel des Staatsstrechs greifen müssen, sondern könne angesichts des vergossenen Blutes preussischer Soldaten ein Entgegenkommen im Verfassungskonflikt einfordern oder der Abgeordnetenhausmehrheit mangelnden Einsatz für Preußens Größe vorhalten. Der Augustenburger werde sich seine Erbansprüche gegen Geld abhandeln lassen, so daß Preußen Schleswig-Holstein annektieren könne.⁶ Vogt antizipierte damit außerordentlich präzise die Entwicklung nach dem Ende des dänischen Krieges und die Spaltung der Opposition durch die Bismarcksche Einigungspolitik, wenn sie auch etwas langsamer verlief, als von ihm angenommen.

Die Einigungsbewegung mußte Vogt zufolge bei den Mittelstaaten ansetzen, die politisch schwach und deshalb durch öffentlichen Druck zu beeinflussen seien. Vogt begründete seine Wendung vom Unitarismus zum Föderalismus realpolitisch: »Einem einigen Deutschland, wie es sein sollte, gegenüber, sind die deutschen Mittel- und Kleinstaaten mit ihrem Großmannsthum, ihrer Souverainität, ihrer Kleinlichkeit in Auffassung und Behandlung jeder Frage ein Gräuel, eine Unmöglichkeit.« Aber gegenüber dem »zwiespältigen Deutschland«, das die beiden Großmächte nach Vogts Ansicht dies- und jenseits der Mainlinie schaffen wollten, sei »die jetzige Existenz der Mittel- und Kleinstaaten ein Segen, eine Wohlthat, eine Garantie der nationalen Fortdauer«. Dies waren sie für Vogt vor allem als Refugien für Freiheit und Zivilität.

Vogt gestand auch den von Preußen und Österreich unterworfenen Völkern die Schaffung von Nationalstaaten zu. Nur wenn die Großmächte ihre außerdeutschen Provinzen in die Freiheit entließen, beendeten sie ihre Komplizenschaft mit dem Vielvölkerreich Rußland und ermöglichten eine Staatsbildung auf dem Boden des Nationalitätsprinzips.⁷ Vogt rechnete je-

⁶ C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 33, 37 und 53f. Ähnl. Hartmann an Bamberger 24. 5. 1864 (SLB Wien).

⁷ C. VOGT, *Andeutungen*, 1864, S. 58 und 62 ff. (auch zum folgenden). Vogt schrieb immer nur von der Aufgabe der »außerdeutschen Gebiete« und erwähnte im Zusammenhang mit Preußen ausdrücklich Polen (»Seitdem Preußen polnische Besitzungen hat, wird es

doch nicht mit einer neuen europäischen Revolution, und da er ausdrücklich den Anspruch erhob, einen realistischen Weg zur »Einheit auf freiheitlicher Grundlage« anzugeben, schlug er nach der faktischen Auflösung des Deutschen Bundes durch die Großmächte den süddeutschen Staaten Baden, Württemberg und Bayern einen eigenen, liberalen »Sonderbund« vor. Dieser sollte ein einheitliches Heer, ein gemeinsames Parlament, eine für Außenpolitik und Kriegführung zuständige Zentralgewalt haben und »jedem den Beitritt unter denselben Bedingungen« offenlassen. Vogt erwartete, »daß dieser Sonderbund [...] ein ungeheueres moralisches Gewicht [...], ein unwiderstehlicher Magnet in Deutschland« sein werde. Vogt schreckte nicht vor dem Tabu zurück, daß ein solcher Staatenbund sich womöglich gegen die reaktionären Großmächte mit Frankreich verbünden müsse, auch wenn er prinzipiell eine neutrale Haltung nach dem Vorbild der Schweiz oder Belgiens empfahl.

Für Vogt waren Nationalitätsprinzip und Selbstbestimmungsrecht der Völker identisch und mit einer liberal-demokratischen Verfassung unabdingbar verbunden: »Die Machtstellung eines Volkes ist gewiß ein großes Ding, aber nicht das größte. Das erste und höchste ist doch das Glück im Innern, freie Verfassung, Möglichkeit der freien Bethätigung jeder Fähigkeit.«⁸ Der demokratische Föderalismus sah die Anlehnung an eine der deutschen Großmächte nur dann als akzeptabel an, wenn diese sich von ihrer anationalen und zugleich illiberalen Politik lösen und ihre außerdeutschen Territorien aufgeben würde. Nachdem sich die Hoffnungen auf durchgreifende Reformen in Preußen und Österreich und ihr Einschwenken in eine nationalistische Deutschlandpolitik als Illusionen erwiesen hatten, war den demokratischen Föderalisten ein kleineres, aber freiheitliches Deutschland lieber als eine Mediatisierung des Dritten Deutschland unter einer der Militärmonarchien bzw. die Aufteilung desselben zwischen beiden. Die zweite Gefahr schien 1864 angesichts der Kooperation Österreichs und Preußens in der Schleswig-Holstein-Politik besonders akut. Auch wenn die demokratischen Föderalisten Nationalität ethnisch definierten, gehörten für sie auch die universalistischen Prinzipien »Freiheit« und »Demokratie« zur nationalen Selbstbestimmung. In dieser spezifischen Widersprüchlichkeit lag ein wesentlicher Unterschied zu großpreußischen Demokraten, für die sich die Völker ihre je eigene Form von Freiheit aus ihrer Nationalität heraus schaffen mußten und die deshalb die Westorientierung

von Rußland am Gängelband geführt; seitdem Österreich existiert, hat es Deutschland zu Gunsten seiner außerdeutschen Provinzen im Unglücke verlassen oder in's Unglück geführt«). Vogt befürwortete die Schaffung eines polnischen, ungarischen und italienischen Nationalstaats. Von den Böhmen, deren Länder ja anders als das preußische Polen zum »Deutschen« Bund gehörten, und den kleineren slawischen Völkern sprach er bezeichnenderweise nicht. Es bleibt also offen, ob Vogt auch für die Aufgabe von Bundesterritorium auf der Basis des Nationalitätsprinzips war.

⁸ Ebd., S. 92.

der demokratischen Föderalisten sowie deren Übernahme der Ideen von 1789 ablehnten.⁹

Auch viele demokratische Föderalisten gingen in ihrer Sympathie für den westlichen Nationalismus im Sinne der Ideen von 1789 nicht so weit wie Vogt¹⁰ und sahen in Frankreich, zumal unter der bonapartistischen Militärmonarchie, nach wie vor eine Bedrohung für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Sie strebten deshalb ein Militärbündnis des Dritten Deutschland mit den deutschen Großmächten an. Zu den prominenten Vertretern dieser Mittellinie gehörte Vogts permanenter Antipode Jakob Venedey. Dennoch waren sich beide in den Grundfragen des Jahres 1864 einig: Zugehörigkeit Schleswig-Holsteins zu »Deutschland«, ethnische Definition der Nationalität¹¹ und strikte Ablehnung der Politik Österreichs und Preußens. Auch Venedeys Prognose ähnelte der Vogts: Wenn es den Mittelstaaten nicht gelinge, der Bismarckschen Politik Einhalt zu gebieten, so werde es zum »Bundeskrieg« kommen, zum Krieg gegen alle, die sich dem preußischen Herrschaftsanspruch widersetzen. Aber während Vogt in den europäischen Nationalstaaten Italien, Frankreich, Großbritannien und Schweden die Hauptverbündeten und in den mittel- und osteuropäischen Reichen die Gegner des deutschen Nationalismus sah, waren für Venedey alle fünf europäischen Großmächte Gegner der deutschen Einigung. Während Vogt für eine Kooperation der relativ liberalen süddeutschen Staaten plädierte und die Regierungen mit öffentlichem Druck dazu veranlassen wollte, erwartete Venedey alles Heil von einem neuen Nationalparlament, das nötigenfalls gegen den Willen der mittelstaatlichen Regierungen einberufen werden sollte.

In seiner Begeisterung über die Mobilisierungserfolge der Schleswig-Holstein-Komitees setzte Venedey weiterhin auf »Volkspolitik«, also auf Politik von unten und damit letztlich auf eine neue Revolution. Allerdings mußte er die »unbegreiflich[e]« Tatsache konstatieren, daß das preußische Volk und das Abgeordnetenhaus sich Bismarcks »Spiel mit ihrem Heiligsten [dem Nationalwillen] gefallen« ließen und im Verfassungskonflikt nicht zu schärferen Mitteln des Widerstands, etwa zum Steuerboykott, gegriffen wurde. Insbesondere in Preußen, dessen Regierung gegen Bundesbeschlüsse verstieß, sollten Venedey zufolge die Massen gegen die Regierung mobilisiert werden. Er setzte also im Gegensatz zu Vogt nicht auf einen bundesstaatli-

⁹ Vgl. etwa L. BAMBERGER, Schriften, Bd. I, 1898, S. 133 und 189.

¹⁰ C. MAYER, Osterversammlungen, 1864, S. 310, attestierte Napoleon ähnlich wie Vogt, »der einzige Machthaber« zu sein, »der das Recht der Herzogthümer, der das Interesse Deutschlands gegen Preußen und Österreich, den sogenannten »deutschen« Großmächten, vor Europa vertritt – gleichviel aus welchen Gründen«. Ähnl. Hartmann an Bamberg 24. 5. 1864 (SLB Wien) und der 36er-Ausschuß in seinem Rechenschaftsbericht (AT IV, S. 21).

¹¹ In einer Formulierung Venedeys wird die Aporie solcher ethnischer Definitionen deutlich: Man müsse »die *deutschen* Schleswig-Holsteiner, *soweit sie deutsch sind*, [...] befreien« (J. VENEDEY, Rettung, 1864, S. 7).

chen Zusammenschluß ohne die Großmächte, sondern hielt nach wie vor den Übergang Preußens zum Liberalismus für unabdingbar, wonach es sich an die Spitze der Einigungsbewegung stellen sollte: »Das ganze Volk in Preußen haßt diese Politik, dieses Regiment, und – *schweigt*. Denn wenn es den Mund öffnete und spräche, so würde das genügen. Wenn die Millionen in Preußen [...] in die Straße herabstiegen und sprächen, so würde dem Worte von Millionen kein Widerstand geboten werden. [...] Vielleicht würde ›Junker Bismarck‹ das Volk dann mit Kartätschen auseinandertreiben lassen – desto besser, dann würde er in jedem Getödteten einen Märtyrer erwecken, dessen Blut nicht trocken werden würde, bis ›Junker Bismarck‹ vom Schauplatz seines Übermuthes hinabgetrieben wäre.« Venedeys Volksmystik und sein Glaube an eine Geburt der deutschen Einheit aus einer blutigen Revolution oder einem Einigungskrieg sollte seine Zuhörer und Leser darüber hinwegtäuschen, daß für eine Realisierung des von ihm entworfenen Szenarios kaum Anhaltspunkte vorhanden waren.

Venedey kritisierte scharf die Mehrheitsströmung in der preußischen Fortschrittspartei, weil sie auf der Suche nach einem Ausweg aus der Pattsituation des Verfassungskonflikts »mit Herrn v. Bismarck verhandelte, als ob nichts vorgefallen« sei, und stellte sich damit auf den Standpunkt der Demokraten Jacoby und Temme. Daß dieser Radikalismus nicht auf einer nüchternen Bewertung der Machtverhältnisse, sondern auf dem ungebrochenen Glauben an den Sieg der »richtigen« eigenen Sache basierte, machen die religiösen Schlußformeln von Venedeys Schleswig-Holstein-Reden besonders deutlich: »Gebe Gott, daß diese Wahrheit endlich von Volk und Fürsten erkannt [...] werde!« bzw. »Gott mit Deutschland und hoch das deutsche Parlament über alle Volksstämme und alle Fürsten Deutschlands.«¹² Es liegt ein spürbarer Realitätsverlust in den Ausführungen der führenden »Volkspolitiker«. Trotz der nicht revolutionären Stimmung in den deutschen Staaten, die sich in Wahlergebnissen und bei politischen Kundgebungen dokumentierte, beharrten sie darauf, »die Wahrheit« zu kennen, und riefen aufgrund dessen zu einer zahlreiche Opfer riskierenden Politik auf.

2. Die drei Kulturen des Liberalismus

Zu Ostern 1864 veranstalteten Nationalverein und 36er-Ausschuß, der sich als »das Centralorgan der deutschen Fortschrittspartei«¹, also als Führungsorgan der gesamten freiheitlichen und nationalistischen Bewegung verstand, Kundgebungen in ganz Deutschland. Dort sollten Resolutionen verabschiedet werden, die sich gegen den Krieg der Großmächte in Dänemark wandten, für das Recht der Herzogtümer eintraten, »eng miteinander verbunden,

¹² J. VENEDÉY, Gründung, 1864, insb. S. 10 (Zitat); DERS., Rettung, 1864.

¹ Fetzer an Venedey 28. 10. 1864 (BA 90 Ve 1/16).

von Dänemark vollständig getrennt, unter ihrem eigenen Fürsten zu leben«, und die Wahl eines Nationalparlaments zur Regelung der deutschen Fragen forderten. Anlaß für diesen Versuch, die Mobilisierung zu verstärken, war, daß die deutschen Großmächte zwar bei Kriegsbeginn die Londoner Abkommen für gegenstandslos erklärt hatten, aber nach wie vor nicht bereit waren, Friedrich v. Augustenburg als Herrscher über Schleswig und Holstein einzusetzen. Anstatt die deutschen Regierungen unter öffentlichen Druck zu setzen, dokumentierten die Osterversammlungen, daß die Mobilisierungsfähigkeit der Nationalbewegung abnahm. Dies zeigten nicht nur die Teilnehmerzahlen, sondern auch die ritualisierten Abläufe, die wenig Lebendigkeit vermittelten, sowie von fortschreitender Spaltung zeugten. Nur wenige Versammlungen verabschiedeten die vom 36er-Ausschuß vorgeschlagene Resolution unverändert. Vielmehr versuchten unterschiedlichste regionale und lokale Initiativen, die Versammlungen für ihre Ziele im Rahmen des sich beschleunigenden Parteibildungsprozesses zu nutzen.

In Württemberg erzielte die entstehende Demokratische Volkspartei² ihren ersten großen Erfolg, indem sie auf 34 von 54 Osterversammlungen im Lande eine eigene Resolution durchbrachte. Sie bekannte sich darin weiterhin zu Herzog Friedrich und forderte einen Zusammenschluß der liberalen Klein- und Mittelstaaten zu einem Staatenbund mit Volksheer, Parlament und Zentralgewalt. Die Resolution des 36er-Ausschusses, die den glücklosen Thronprätendenten nicht mehr erwähnte, wurde in Württemberg nur von wenigen Versammlungen verabschiedet. Die Redner der Demokratischen Volkspartei und ihr Organ »Der Beobachter« warfen dem Ausschuß zu große Kompromißbereitschaft gegenüber der preußischen Regierung und die mangelnde Präzision ihrer Forderungen vor. In Preußen setzte sich allgemein eine Resolution des Zentralwahlkomitees der Fortschrittspartei durch, dem Löwe angehörte, der auch die zentrale Berliner Osterversammlung leitete. Diese Resolution vertrat ebenfalls nicht mehr die Ansprüche des Augustenburgers und erkannte die militärischen Verdienste der Großmächte ausdrücklich an, war also noch stärker als der Vorschlag des 36er-Ausschusses ein Indiz für die Annäherung von Teilen der großpreußischen Linken an Bismarcks Politik. In den badischen Osterversammlungen schließlich wurden von Venedey formulierte Ergänzungen zur Resolution des 36er-Ausschusses verabschiedet, die sich gegen jegliche Einmischung von außen in den »innern Zwist« der Deutschen wandten.³

² Als Initialzündung für die Entstehung einer organisierten »Volkspartei« kann das von Eckardt initiierte Treffen der »Freunde vom 18. Oktober« in Karlsruhe am 19. 1. 1864 angesehen werden, an dem aus den Reihen der Paulskirchenlinken wohl nur Venedey teilnahm. Vgl. J. DAEBEL, *Bewegung*, 1969, S. 186; A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 361; LPG I, S. 504 ff.; G. RUNGE, 1970.

³ Vgl. H. ROSENBERG, *Publizistik*, 1935, S. 765 (Resolutionsvorschlag des 36er-Ausschusses, der nach Ansicht des Ausschußmitgliedes Fetzer (an Venedey 8. 4. 1864, BA 90 Ve 1/16) »nach dem Phrasenreichthum zu schließen« von Brater formuliert worden sei; *Beobachter* 23. 3. 1864 (Resolution der Demokratischen Volkspartei); C. MAYER, *Osterversamm-*

Die in der Schleswig-Holstein-Bewegung noch einmal erreichte Aktions-einheit der Paulskirchenlinken wie der gesamten Einigungsbewegung erwies sich im April 1864 endgültig als Formelkompromiß. Bei den Oster-versammlungen traten die großen Unterschiede in der freiheitlich-nationalistischen Opposition deutlich zutage. Außerdem zeigte sich ein ausgeprägter Antizentralismus. Trotz der gerade von der Paulskirchenlinken immer wieder beschworenen Notwendigkeit der Eintracht beharrten die regionalen und lokalen politischen Kulturen auf ihrer Eigenständigkeit. Oft waren es dieselben Männer, die die Einheit des Liberalismus forderten und die vom 36er-Ausschuß oder vom Wahlkomitee der preußischen Fortschrittspartei vorgegebenen Resolutionen durch eigenwillige Veränderungen variierten. Die alten Kämpen von 1848 verfügten vor Ort über genügend Ansehen und Charisma, um ihre jeweiligen Vorstellungen durchzusetzen. Erst der weitere Parteibildungsprozeß führte zu größerer Einheitlichkeit, die dann aber nicht mehr das gesamte oppositionelle Spektrum, sondern nurmehr das jeweilige Parteilieu umfaßte. Vorreiter der beginnenden innerliberalen Parteibildung wie Carl Mayer wandten sich bereits Anfang 1864 vom Einheitskult ab und sahen in ihm nun – in Umkehr ihrer eigenen früheren Agitation – einen Trick der großpreußischen Mehrheit in der Nationalbewegung, um das Entstehen neuer politischer Parteien zu erschweren: »Einmüthigkeit, um Gottes willen Einmüthigkeit« sei der »Bettelmanns-spruch«, »der lakirte Wiegengaul, auf dem der Gothaer in den Kampf reitet«.⁴

lungen, 1864; DERS., Leitartikel, in: Beobachter 7.4.1864; BLHA 12872, Bl. 106ff. (Polizeibericht über die Berliner Gründonnerstagsversammlung); T. PAUR, Vortrag 18.6.1864; J. VENEDEY, Freiburger Zusätze, 1864; AT IV, S. 19f.; AFC 1. und 4.4.1864 (Gesamtüberblick und detaillierte Teilnehmerzahlen); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 350ff. (S. 352: Resolutionsentwurf der preußischen Fortschrittspartei); G. RUNGE, 1970, S. 33ff.; T. PARENT, 1982, S. 244.

⁴ C. MAYER, Osterversammlungen, 1864, S. 309; ähnl. DERS., Hegemonomanie, 1864; DERS., Antrag der Linken, 1867. Hartmann, der auch in Stuttgart lebte, war begeistert darüber, wie Mayer in Stuttgart »doch etwas Leben macht und die Philister gräulich ärgert. Da kommen so ein Paar Flüchtlinge und stören die Philister in Brauung ihres liberalen Breis und greifen selbst die Abgeordneten der Linken an! Man ist mehr entrüstet als über Bismarck, aber die Zeitung [der »Beobachter«] gewinnt Abonnenten. Ich thu manchmal auch meinen Senft dazu, [...]« (an Bamberger 7.3.[1864] = SLB Wien 45438). Hingegen verteidigte Fetzer als Mitglied des 36er-Ausschusses weiterhin vehement die Notwendigkeit innerliberaler Einheit. Er schrieb an Venedey (8.4.1864, BA 90 Ve 1/16): »Es war zwar immerhin gut, daß unsere jungen Heißsporne, der kleine [Carl] Mayer u. Genossen, der Partei ihre Sporen in die Weichen setzten; damit aber zu debutiren, daß sie den gemäßigeren Theil der Fortschrittspartei [...] mit aller Gewalt aus den Reihen treiben, arbeiten sie nur den Feinden der nationalen Sache in die Hände. Wir können einmal nicht siegen, wenn die Parteien des Volkes sich bekämpfen und nicht vielmehr in geschlossenen Reihen auf den Feind losgehen.« Am 13.2.1864 setzten sich die Paulskirchenlinken Federer, Fetzer, Murschel und G. Tafel als Mitglieder des Stuttgarter Schleswig-Holstein-Comités gegen Angriffe des »Beobachters« zur Wehr (Beobachter 17.2.1864); Reaktion hierauf: C. MAYER, Noch ein Wort, 1864.

Der Paradigmawechsel der 1850er Jahre in der bürgerlichen Linken hin zum Realismus und zur Realpolitik hatte vorübergehend zu einer breiten Zusammenarbeit der liberalen und demokratischen Kräfte geführt. Die in dieser Phase entstandenen Organisationen wie die Fortschrittsparteien, der Abgeordnetentag, die Schleswig-Holstein-Komitees, die Turn- und Schützenvereine und in geringerem Maße auch der Nationalverein waren von der programmatischen Idee geprägt, nur die Kooperation der gesamten bürgerlichen Opposition könne die nationale Einheit bringen. Dennoch verfolgten die Führungsgruppen bzw. die Fraktionen, die sich in der Führung bildeten, unter der gemeinsamen nationalistischen und freiheitlichen Programmatik zugleich spezifische Ziele ihrer jeweiligen Strömung. Am erfolgreichsten waren darin die großpreussischen Richtungen, aber auch die supranationalen Föderalisten betrieben eine klare Fraktionsbildung, soweit sie in den gemeinsamen Organisationen überhaupt mitarbeiteten. Die demokratischen Föderalisten hingegen, die sich 1864 als erste von der Beschwörung einer Einheit des freiheitlich-nationalistischen Spektrums abwandten, hatten bis dahin am stärksten eine integrative Funktion übernommen.

Im preussischen Verfassungskonflikt und in der Schleswig-Holstein-Frage hatte sich gezeigt, daß auch im Bürgertum breit verankerte Organisationen und große Wahlerfolge nicht zwingend zum politischen Erfolg führten. Desgleichen hatte das realpolitische Paradigma in Aporien geführt: was für eine Politik auf den gegebenen Tatsachen aufbauend gemacht werden sollte, ließ sich nicht aus den Tatsachen deduzieren. Hier gaben individuelle Wertentscheidungen und Mentalitätsunterschiede den Ausschlag, die in die zunehmende Fraktionsbildung mündeten. Außerdem war die realpolitische Wende eine Folge der liberalen Niederlagen seit 1849 gewesen. Mit den überwältigenden politischen Erfolgen der frühen 1860er Jahre gewann aufgrund des Glaubens an den unvermeidlichen Erfolg der eigenen Sache auch wieder eine selbstbewußte Verweigerung der Tatsachenorientierung an Einfluß. Alle diese Faktoren bestimmten die Köpfe des demokratischen Föderalismus 1864, eine eigene Parteigründung voranzutreiben.

In ihrer Uneinigkeit spiegelte die Schleswig-Holstein-Bewegung die Dreigeteiltheit des Bundesgebietes wider, der eine triadische Lösung der deutschen Frage entsprochen hätte: In Österreich existierte nie eine Solidaritätsbewegung mit den norddeutschen Herzogtümern. Die Unterstützung beschränkte sich auf einzelne prominente Politiker, die großenteils in der Paulskirche gesessen hatten und daher über starke Bindungen zur außerösterreichischen Opposition verfügten und innerhalb der politischen Elite der Habsburgermonarchie noch am ehesten gesamtdeutsch orientiert waren. In Preußen war die Schleswig-Holstein-Bewegung seit dem Bruch der Großmächte mit dem Deutschen Bund stark rückläufig bzw. verfolgte nicht mehr die politischen Ziele, die der 36er-Ausschuß vorgab. Entsprechend nahmen die Delegierten aus den Großstaaten an den Sitzungen des 36er-Ausschusses nie (die Österreicher) oder nur selten (die Preußen) teil. Seit

Anfang 1864 wurde außerdem in der preußischen Linken zunehmend die Forderung laut, die Hohenzollernmonarchie solle die Herzogtümer anneklieren. Dies war nicht zuletzt ein Reflex auf die erwiesene Handlungsunfähigkeit des Dritten Deutschland, angesichts derer es aus einer machtorientierten Perspektive keinen Sinn machte, einen weiteren Mittelstaat zu schaffen. In Anknüpfung an unitarische Tendenzen der Revolutionszeit sollte die Annexion Schleswig-Holsteins deshalb den Anfang vom Ende der Kleinstaaterei darstellen. Aus den Reihen der Paulskirchenlinken gehörten zu den prominenten Vertretern dieser Linie Ludwig Bamberger und Arnold Ruge, zeitweise auch Wilhelm Löwe. Für sie führte, wie es Biefang formuliert hat, »über die Schaltstelle des Annexionismus einer der Wege vom entschiedenen Republikanismus der Revolutionsjahre bis in das Umfeld der nationalliberalen Partei«. ⁵ Die Kleinstaaterei galt diesen Demokraten als Hindernis des ökonomischen Fortschritts, den sie für den wichtigsten Motor des gesellschaftlichen Fortschritts hin zu Liberalität und Demokratie ansahen. Nur ein ökonomisch moderner und weltweit operierender Staat konnte in ihren Augen ein politisches Bewußtsein und eine politische Elite hervorbringen, die modern, großzügig und global dachte.

Angesichts der geringen Mobilisierung in Österreich und des zunehmenden Annexionismus in Preußen wurde das Programm der Errichtung eines neuen liberalen Mittelstaates unter Herzog Friedrich fast nur noch im Dritten Deutschland vertreten. Dort stieß der 36er-Ausschuß noch bis in den Sommer 1864 hinein auf breite und wohlorganisierte Resonanz. Die politische Dreiteilung Deutschlands im Jahre 1864 läßt sich auch an der Zustimmung zur gemeinsamen, massenhaften »Rechtsverwahrung« der deutschen Landtagsabgeordneten ablesen, die – obwohl von Heinrich v. Sybel, also einem preußischen Mitglied des 36er-Ausschusses formuliert – auf die größte Resonanz in den Klein- und Mittelstaaten stießen, wo 84,4 % der Abgeordneten sie unterzeichneten – im Gegensatz zu Preußen und den österreichischen Bundesterritorien, wo dieses nur 53,4 % bzw. 7,6 % der Landtagsabgeordneten taten. Noch krasser waren die Unterschiede drei Monate später, als der 36er-Ausschuß die Schleswig-Holstein-Vereine gegen die Kabinettpolitik der Großmächte protestieren ließ, die nach dem ersten Waffenstillstand im dänischen Krieg auf einer neuen Londoner Konferenz eine Lösung der Schleswig-Holstein-Frage, darunter auch die Teilung Schlesiens diskutierten. Von den einlaufenden Erklärungen, die sich »gegen jede nicht durch den ausgesprochenen Volkswillen sanktionierte Theilung« aussprachen, kamen 318 (91,6 %) aus den Mittel- und Kleinstaaten, 29 (8,4 %) aus Preußen und keine aus Österreich. ⁶

⁵ A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 360; J. DAEBEL, 1969, S. 181. Vgl. auch HdA 1. 12. 1863, S. 230 (Löwe); C. JANSEN, *Theodor Mommsen*, 1995, S. 41 ff.

⁶ »Rechtsverwahrung«: AFC 26. 4. – 10. 5. 1864; AT IV, S. 20; Text: J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 306 f.; AT IV, S. 21: Protest vom Sommer 1864. Der Bevölkerungsanteil der drei Teile des Deutschen Bundes betrug 1865: Drittes Deutschland 19 Mio (40 %), Preußen

Angesichts dieser Dreiteilung der politischen Kultur überrascht es nicht, daß triadische Lösungen für die deutsche Frage 1864 bis 1866 und dann noch einmal 1867 bis 1870, als die demokratischen Föderalisten die Bildung eines unabhängigen Süddeutschen Bundes propagierten, in der öffentlichen Diskussion Konjunktur hatten. Nach dem Scheitern der Bundesreform suchten die großdeutsch orientierten Kräfte nach neuen Möglichkeiten, wie Österreich Teil eines künftigen deutschen Staatsverbandes bleiben könnte und eine großpreußische Lösung zu verhindern sei.⁷ Außerdem setzten die demokratischen Föderalisten, die sich seit 1864, ausgehend von Württemberg und Sachsen, außerhalb der Fortschrittsparteien als Demokratische Volksparteien organisierten, weiterhin auf den allmählichen Zusammenschluß der liberalen deutschen Staaten. Obwohl die Konstituierung des Dritten Deutschland 1863/64 im Zuge einer Bundesreform oder während des Schleswig-Holstein-Konflikts verpaßt worden war, bestand das Deutschland außerhalb der Großmächte in Form spezifischer Gemeinsamkeiten der politischen Kultur und Tradition. Es fehlte in den Mittelstaaten jedoch an übereinstimmenden ökonomischen und politischen Interessen und insofern an relevanten Interessengruppen und Regierungspolitikern, die Initiativen ergriffen, die zu einem Zusammenwachsen ihrer Länder hätten führen können. Sie neigten eher dazu, sich an eine der Großmächte anzulehnen. Ökonomisch wurde mit der Erneuerung des Zollvereins unter Ausschluß Österreichs im Oktober 1864 eine weitere Weiche für eine großpreußische Lösung gestellt. Außerdem war, außer wenn ein Fürstenhaus ausstarb, nirgends die Bereitschaft erkennbar, freiwillig auf klein- oder mittelstaatliche Souveränität zu verzichten. Erst die Einigungskriege von 1866 und 1870 schufen die Voraussetzungen zur Mediatisierung der Klein- und Mittelstaaten. Schließlich wirkte die von der großpreußischen Seite sorgsam gepflegte Negativtradition des von Frankreich abhängigen Rheinbundes in Verbindung mit den scheinbaren Parallelen zwischen der Politik des ersten und des dritten Napoleon abschreckend.

Obwohl die Realisierungschancen der verschiedenen Triasideen also nach 1864 gering waren, wurden sie nie derart breit diskutiert und stießen auf derart große Zustimmung wie in den Jahren 1864 bis 1866. Der Aufbau eines demokratisch-föderalistischen Dritten Deutschland wurde seit 1864 eine zentrale Forderung der Demokratischen Volkspartei. In Württemberg war diese Partei am besten organisiert; an ihrer Spitze stand der Paulskirchendemokrat Carl Mayer. Ihre politischen Erfolge übertrafen die der preußenfreundlichen liberalen Konkurrenz (»Deutsche Partei«) bei weitem, und sie wurde bei den Zollparlaments- und Landtagswahlen von 1868 zur stärksten politischen Kraft. In den übrigen süddeutschen Staaten sowie in Sachsen, Thüringen und Berlin verzeichnete sie ebenfalls Organisations- und

14,8 Mio (31 %), Österreich 13,9 Mio (29 %) (s. T. NIPPERDEY, 1983, S. 103); J. DAEBEL, 1969, S. 98 und 228 ff. Vgl. A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 350 ff.

⁷ Vgl. etwa J. FRÖBEL, Schmerlings Rücktritt, 1865.

Wahlerfolge, die aber wegen der weniger entwickelten und deshalb schlechter überschaubaren parteipolitischen Verhältnisse nicht exakt zu beziffern sind. Die Volkspartei konnte vorübergehend eine der beiden überregionalen Arbeiterorganisationen, Bebels VDAV (Vereinstag/Verband Deutscher Arbeitervereine), an sich binden und errang mit der Mobilisierung gegen den preußisch-deutschen Krieg 1866 ihren überregional am meisten beachteten politischen Erfolg. Aus den Reihen der Paulskirchenlinken gehörten zur Demokratischen Volkspartei: in Württemberg Carl Mayer, Ferdinand Nägele und Gottlob Tafel, während sich Carl August Fetzer, Friedrich Rödinger und Friedrich Theodor Vischer der Deutschen Partei anschlossen; in Bayern die Pfälzer Georg Friedrich Kolb und Franz Tafel, zeitweise auch Rudolph Christmann und Philipp Umscheiden, sowie der Franke Nikolaus Titus; in Baden Jakob Venedey; in Preußen Johann Jacoby; in Sachsen und Thüringen die VDAV-Mitglieder Ludwig Reinhard und Emil Adolph Roßmäßler sowie Christian Schüler, Otto Leonhard Heubner, Wilhelm Michael Schaffrath und Franz Wigard.⁸

Insgesamt war die Konstituierung des demokratischen Föderalismus als selbständige politische Partei ein Indiz für dessen sinkenden Einfluß. Da sie

⁸ Vgl. G. RUNGE, 1970, insb. S. 141 ff.; H. BÖHME, 1968, S. 75 ff. (R. Weber); D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus und Demokratie*, 1974, S. 335 ff. und 410 ff.; C. MAYER, *Comité*, 1864; *Beobachter* 13. 12. und 30. 12. 1864 (Landesversammlung in Eßlingen); F. NÄGELE, *Bericht*, 1866; C. Schüler an Venedey 26. 10. 1867 (BA 90 Ve 1/48); Volkspartei in Thüringen; K. STOLL, 1932, S. 47 f.; N. M. HOPE, 1973, S. 223 ff. (hessische Staaten); T. SCHIEDER, *Kleindeutsche Partei*, 1936 (Bayern). Die Erfolge der Demokratischen Volkspartei sind schwer zu beziffern, weil nur die württembergische Partei erforscht ist. Für Hessen liegt immerhin die auf die Parteiführer begrenzte Untersuchung von N. M. HOPE (1973) vor. L. GALL, *Liberalismus als regierende Partei*, 1968, insb. S. 200, nannte bereits 1968 die badische Volkspartei ein Forschungsdesiderat. Daran hat sich nichts geändert, und dasselbe gilt für die Volksparteien in Bayern, Sachsen (hierzu demn. immerhin K. RUDOLPH, 2000), den thüringischen Staaten und Berlin.

Vischer hatte an sich größte Sympathien für die Triaslösung, hielt sie aber für gescheitert, weil es in den beiden Großmächten an Nationalgefühl fehle (DERS., *Kritische Gänge*, 1920, S. 281 f.). In der Folge wurde er zum Anhänger der großpreußischen Lösung (vgl. ebd., S. 285 u. ö.). Dieser Richtungswechsel war von einem mehr als sechsjährigen Schweigen zu politischen Fragen begleitet (März 1864 bis August 1870). Über *Mohls* eigenwillige Stellung zwischen den Parteien vgl. *Beobachter* 12. 2. 1865 und J. WESTERMAYER, 1998.

Rödinger gehörte wie *Fetzer* zum linken Flügel der Deutschen Partei. Beide hielten an der Reichsverfassung als Basis einer kleindeutschen Staatsbildung fest. Vgl. F. RÖDINGER, *Gesetze*, 1864, S. 286 und 294 ff.; DERS., *Bericht*, 1866; *Württ. LT* 10. 10. 1866 ff.; *Fetzer* an Venedey 29. 7. 1864 (BA 90 Ve 1/16); C. A. FETZER/J. HÖLDER/A. SEEGER, 1864; C. MAYER, *Schon wieder*, 1865. Vgl. auch G. Tafel, [Stellungnahme zum Verkauf des »Beobachter« an C. Mayer] 12. 10. 1864 (*Württ. LB* fol. 880/VI, 4); *Beobachter* 13. 12. 1864. Moritz Hartmann charakterisierte Bamberger gegenüber die Neugründung einer Zeitung durch die Deutsche Partei als »über alle Vorstellung jämmerlich, klein, lokal, persönlich [...]. Ich hätte solche Beschränktheit, solchen Partikularismus, so engen Horizont heut zu Tage für unmöglich gehalten. [...] Die ganze Geschichte läuft darauf hinaus, daß man eine Zeitung gründet, weil sich Männer wie Hölder nicht sagen lassen können, daß sie »Vertrauenspeck« ums Herz haben« (26. 12. 1864; SLB Wien).

sich in der Einigungsbewegung nicht mehr durchsetzen konnten, plädierte eine zunehmende Zahl von Demokraten dafür, eine Partei zu bilden, die – wie es Christian Schüler formuliert hat – »den rettenden Gedanken wahr und klar ausspricht ohne Concessionen und Compromisse, und dadurch eine bessere Zukunft in den Gemüthern des Volks vorbereitet, wenn sie nicht jetzt unmittelbar einen Boden zum agiren findet«. ⁹ Der Verzicht auf kurzfristigen politischen Erfolg, der nur mit Konzessionen erkaufte werden konnte, die als unzumutbar empfunden wurden, bedeutete die Absage an das Paradigma der Realpolitik. Zugleich lag in der Gründung einer Partei mit klar umrissenem Programm und in einer offensiven Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern auch innerhalb der Opposition, in der Überwindung des Dogmas von der notwendigen inneren Einheit der gesamten »Fortschrittspartei« aber auch ein Moment des politischen Realismus. Denn der Einheitskult hatte zuletzt nur noch Formelkompromisse hervorgebracht und zu politischer Handlungsunfähigkeit geführt. ¹⁰

Zu den »Formeln«, die es nach Ansicht der Volkspartei-Gründer zu überwinden galt, weil sie nur den Schein von Einigkeit vorgaukeln würden, gehörte auch die Forderung nach Inkraftsetzung der Reichsverfassung. Mayer wollte nun die Verfassungsgebung allein in die Macht eines künftigen Nationalparlaments legen: »Wir Demokraten sind im Jahr 49 für die Reichsverfassung eingestanden, obwohl sie nicht nach unserm Geschmack war, und haben dadurch bewiesen, daß wir uns auf »politischem Gebiet« der Majorität unterordnen.« Nachdem Preußen jedoch mehrfach erklärt habe, daß diese Verfassung nicht die Basis einer Reichsgründung sein könne, »ist es ein absolut formalistischer und durchaus unfruchtbarer Standpunct, an einem Entwurfe festzuhalten, dessen Ausführung nicht einmal zur Zeit seiner Entstehens möglich war, und den ein neues Parlament in der Oberhauptsfrage gewiß nicht bestätigen würde.« ¹¹

Mayer griff in seiner Agitation für einen Zusammenschluß der liberalen Mittelstaaten einerseits auf das verbreitete Ideologem zurück, das Dritte Deutschland sei das »deutsche« (Nägele), während Österreich und Preußen ihre Entstehung aus Kolonialstaaten im slawischen Osten nicht verleugnen könnten. Andererseits hob er die liberalen politischen Institutionen, die ökonomische Prosperität und die »blühende[n] Finanzen« hervor, die das Dritte Deutschland von den wegen ihrer stehenden Heere hochverschuldeten Großmächten unterscheidet, sowie die militärische Stärke einer Vereinigung der Mittel- und Kleinstaaten mit allgemeiner Wehrpflicht und einem

⁹ C. Schüler an Venedey 30. 1. 1864 (BA 90 Ve 1/48). Vgl. dass. 27. 12. 1864.

¹⁰ Vgl. hierzu etwa die Auseinandersetzung Mayers mit Kolb, der aufgrund seiner Position als Mitglied der geschäftsführenden Kommission des 36er-Ausschusses in seinen Kommentaren in der FfZ stärker am Kult der Einheit festhielt: Mayer wollte hingegen nun »die Volkspartei zur Sammlung blasen« und »Scheidung des alten unklaren politischen Durcheinanders« (C. MAYER, Keine Phrasen, 1864).

¹¹ C. MAYER, Comité, 1864. Diese Position teilte auch C. Schüler. Vgl. C. MAYER, Bericht, 1864, S. 1037.

Milizsystem. Gegen den Vorwurf, ein solcher Zusammenschluß müsse ein neuer Rheinbund werden, also in Abhängigkeit von Frankreich geraten, wehrten sich die demokratischen Föderalisten mit dem Argument, daß ein Bundesstaat mit Parlament, Exekutive und gemeinsamer Armee den besten Schutz gegen äußere Bevormundung biete.

Die zentrale Formel des demokratischen Föderalismus blieb die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, die für die Vordenker der Demokratischen Volkspartei wie Mayer und Vogt mit der Verwirklichung des Nationalitätsprinzips identisch war. Hingegen standen die Großmächte für Gewalt: »Ein Deutschland von Preußen oder Österreich erwarten, heißt die Heilung bei der Krankheit suchen; und in Deutschlands inneren Angelegenheiten an die Macht appellieren, heißt zum Verräther am höchsten Gute, an der Freiheit werden.« Auch in Schleswig und Holstein hielten die demokratischen Föderalisten die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Bewohner »für den einzigen Weg zu einer den Interessen Deutschlands entsprechenden Lösung«. Während die Machtpolitik der Großmächte, die von großen Teilen der Schleswig-Holstein-Bewegung akzeptiert wurde, nur zur Ablösung der dänischen Diktatur durch eine deutsche Militärdiktatur führte, plädierte die Volkspartei für einen selbständigen, parlamentarisch-demokratisch verfaßten Staat mit Herzog Friedrich als Oberhaupt. Ihre Forderungen nach demokratischen Verhältnissen galten ebenso der künftigen Gestalt Deutschlands wie den Verfassungen der Einzelstaaten und erstreckten sich auch auf die Parteistruktur. Eine reine »Notabeln-«, also Honoratiorenorganisation wurde abgelehnt und die in dem relativ kompakten und durch Eisenbahnen erschlossenen Württemberg bestehende Tradition eines demokratischen Parteiaufbaus mit regelmäßigen Landesmitgliederversammlungen ausgebaut.¹²

Fröbel, der nach dem Scheitern seines Bundesreformprojekts die österreichische Politik deutlich kritisierte, setzte nun ebenfalls auf eine triadische Lösung der deutschen Frage. In seiner »Theorie der Politik« beschrieb er Anfang 1864 frei von jenen taktischen Hintergedanken, die die Interpretation seiner Tagesschriften so schwierig machen, die verzweifelten Wendungen der deutschen Einigungsbewegung in ihrem Bemühen, eine den europä-

¹² C. MAYER, Programm, 1864; DERS., Mittel, 1864; DERS., Leitartikel, in: Beobachter 2. 3. und 28. 4. 1864; DERS., Aufhebung, 1864; DERS., Parlament, 1864; DERS., Späte Einsicht, 1864; DERS., Einheit, 1864; DERS., Particularismus, 1864; F. NÄGELE, Konflikt, 1864; C. VOGT, Andeutungen, 1864, S. 6; L. Sonnemann an C. Vogt 24. 12[?]. 1864 (BPU 2191, Bl. 333). Ideologem vom »wahren und ächten Deutschland«, dem »Mutterstaat« von Österreich und Preußen auch bei Kolatschek (an Planck 18. 4. 1861, WüLaBi fol. 1016/61, Nr. 156) und J. FRÖBEL, Theorie der Politik, Bd. II, 1861, S. 287; DERS., Österreich, Preußen, 1864, sowie in anderen Texten C. MAYERS (z. B. Österreich, 1866) und weiterer Demokraten (z. B. Rödinger im Württ. LT 4. und 6. 6. 1866). Zur Struktur der Volkspartei: H. BRANDT, 1987, S. 722 f.; G. RUNGE, 1970, insb. S. 112 ff. Sie betont den parlamentsunabhängigen Charakter der Volkspartei und nennt sie eine Mitgliederpartei; S. NA'AMAN, Nationalverein, 1987, S. 269.

schen Machtverhältnissen kompatible, realpolitische Lösung für die deutschen Fragen zu finden: »Das deutsche Volk [ist] von der Hoffnung auf Preußen zur Hoffnung auf Österreich, von der Hoffnung auf Österreich zur Hoffnung auf die Mittelstaaten getrieben worden. [...] Die allgemeine deutsche Republik [hat] der Reichsverfassung von 1849 mit dem großdeutschen Kaiserthume unter Preußen, dieses dem kleindeutschen Programm mit preußischer Hegemonie, letzteres der großdeutschen Bundesreform mit der österreichischen Hegemonie, diese Bundesreform der vereinten Mainlinienpolitik beider Großstaaten weichen müssen; und die deutsche Nation hat alle wesentlichen Metamorphosen durchlaufen[,] deren die deutsche Frage fähig ist.« 1864/65 plädierte Fröbel ebenso wie Vogt und die demokratischen Föderalisten für eine Kooperation des Dritten Deutschland mit den Westmächten, da »die beiden deutschen Großmächte mit Rußland gemeinsam ihre eigenen undeutschen Wege gehen« und dem »deutschen Mutterland« nun sogar das »widernatürliche Schicksal« drohe, von Preußen und Österreich, also »von seinen Kolonien erobert zu werden«. Fröbel ging so weit zu behaupten: »Ohne Frankreich [...] wäre Deutschland schon zwischen Österreich und Preußen getheilt. Ohne Frankreich wäre auch die Sache der Elbherzogtümer eine hoffnungslose gewesen [...]. Gegen solche entscheidenden Dienste, welche Frankreich dem Lebensinteresse Deutschlands leistet, verschwindet die abgedroschene Drohung mit der Rheingränze.« Im Gegenteil seien die westrheinischen Gebiete durch die großpreußische Politik weit eher gefährdet als durch eine Triaslösung: Denn Bismarck müsse Napoleon irgendeine Kompensation für dessen Stillhalten beim Entstehen eines starken deutschen Staates anbieten. Da werde Bismarck die Abtretung einiger »unpreußischer Landstriche und Höhenzüge [...] am linken Rheinufer« nicht schwerfallen – eine Einschätzung, die im Grundsatz richtig war, wie die Überlegungen Bismarcks im Vorfeld des Krieges von 1866 zeigen, Teile des Saargebietes einschließlich Saarbrückens und der umliegenden Gruben als »Kompensation« für französische Neutralität abzutreten.¹³

Die auf den gemeinsamen Wurzeln in der demokratischen Bewegung von 1848/49 beruhende Übereinstimmung zwischen einem österreichfreundlichen Befürworter eines supranationalen Staatenbundes wie Fröbel und einem österreichfeindlichen demokratischen Föderalisten wie Vogt ist frappierend: Beide hatten auf die durchgreifende Liberalisierung einer der

¹³ J. FRÖBEL, *Theorie der Politik*, Bd. II, 1864, S. 286 f. (Zitate); DERS., *Österreich, Preußen, 1864*; DERS., *Freunde Deutschlands, 1864* (Zitat); DERS., *Deutsche Nationalpolitik, 1864*; DERS., *Frankreich, 1866*; DERS., *Kleine politische Schriften*, Bd. II, 1866, S. 183 ff.; DERS., *Föderativsystem, 1866*, S. 4666; DERS., *Österreich, Deutschland, 1867*, S. 1513. Ähnl. Wuttke an Paur 30. 11. 1864 (AkadW/151) unter ausdrücklichem Bezug auf C. VOGT, *Andeutungen, 1864*. Vgl. O. v. BISMARCK, *Bd. III, 1966*, S. 696 ff. Fröbels Artikel des Jahres 1864 sind auch vor dem Hintergrund seines Interesses zu sehen, eine innerösterreichische Machtverschiebung herbeizuführen, nämlich eine Kaltstellung des hochkonservativen Außenministers Rechberg, der für die Zusammenarbeit mit dem Bismarck-Regime stand. Vgl. hierzu J. FRÖBEL, *Ministerwechsel, 1864*.

deutschen Großmächte gesetzt, die dann die Führung bei der Nationalstaatsbildung übernehmen sollte. Angesichts des Scheiterns dieser Hoffnungen plädierten nun beide für das begrenzte Projekt eines Zusammenschlusses der deutschen Staaten mit einer liberalen Tradition und zugleich für deren politische Westbindung. Beide Strömungen standen damit gegen diejenige Tendenz, die sich in der großpreußischen Linken durchzusetzen begann: nationale Einheit um jeden Preis unter preußischer Führung. Hingegen beharrten die demokratisch-föderalistische und die supranationale Linke darauf, daß liberale Mindeststandards erfüllt sein mußten. Sie waren im Gegenzug bereit, auf die Integrität des »deutschen« Territoriums mindestens einstweilen zu verzichten und sogar das nationalistische Tabu zu brechen, die Einigungsbewegung dürfe nicht mit außerdeutschen Mächten paktieren. Ebenso wie den Vorwurf, Napoleon zuzuarbeiten, kehrten die Anhänger eines Zusammenschlusses des Dritten Deutschland den Partikularismusvorwurf um und bezeichneten ihrerseits die großpreußische Richtung als »preußischen Particularismus«, der die übrigen Deutschen in »politische Hörigkeit« bringen wolle. Preußen verkörperte für die Kritiker der großpreußischen Lösung keineswegs, wie es die verbreitete linkshegelianische Geschichtsideologie nahelegte, ein besonderes, liberales Prinzip, sondern das »Evangelium des Faustrechts«. Überzeugt von der höheren Allgemeinheit ihres Standpunkts und in Anspielung auf Friedrich Wilhelms IV. Versprechungen aus dem Jahre 1848 forderten die demokratischen Föderalisten aus dem Dritten Deutschland die Preußen auf, »das zu werden, was wir schon lange sind – Deutsche«. ¹⁴

Der Unterschied zwischen den verschiedenen Befürwortern eines bundesstaatlichen Zusammenschlusses der Mittel- und Kleinstaaten lag weiterhin in der Frage, wer Träger der Einigung sein sollte: Fröbel vertraute nur mehr auf Politik von oben setzte deshalb auf die vorhandenen Regierungen, insbesondere auf die leitenden Minister v. Beust in Sachsen und v. Dalwigk in Hessen-Darmstadt sowie auf die württembergische Regierung. ¹⁵ Im Oktober 1864 versuchte er, die graue Eminenz am Münchener Hof, den Kabinettssekretär v. Pfistermeister davon zu überzeugen, daß Bayern sich im bevorstehenden europäischen Krieg »an die Spitze einer militärischen Einigung der reindeutschen Staaten zu stellen [hat], womit allein verhindert werden kann[,] daß diese Staaten entweder zwischen Österreich und Preußen zerrieben oder vom Auslande gegen deutsche Interessen benutzt werden«. ¹⁶

¹⁴ C. MAYER, *Particularismus*, 1864. Ähnl. J. VENEDEY, *Grundübel*, 1864, S. 6.

¹⁵ Von einer Sondierungsreise berichtete er Schmerling (21.–23.9.1864, BA FSg. 1/73, Bd. XI, S. 60), daß in Württemberg sowohl die Regierung als auch die Vertreter sämtlicher Parlamentsfraktionen eine Triaslösung wollten. Die Ernennung v. Varnbülers kurz nach seinem Besuch zum württembergischen Minister empfand Fröbel als herben Rückschlag für die Triaslösung, da er »sich immer mehr mit der Bismarckschen Politik identifiziert«. Insofern führte er den Ministerwechsel auch auf »russischen Einfluß« zurück!

¹⁶ Fröbel an v. Pfistermeister 4. 10. 1864 (StabiM, Pfistermeisteriana III).

Bayern sollte also dasselbe tun, was die großpreußisch-gouvernementale Linke von der preußischen Regierung erwarteten.

Die demokratischen Föderalisten setzten hingegen auf Massenmobilisierung, um in möglichst vielen Staaten liberale Regierungen durchzusetzen, die auf eine allmähliche Vereinigung hinarbeiten würden. In denjenigen Staaten, in denen die Demokratische Volkspartei politisch handlungsfähig und in den Landtagen vertreten war, also in Süddeutschland, Hessen, Sachsen sowie einigen mitteldeutschen Kleinstaaten, waren ihre zentralen innenpolitischen Anliegen: allgemeines Wahlrecht, Ersetzung der stehenden Heere durch ein Milizsystem, rechtsstaatliche Verwaltungen und Gemeindeordnungen. Deutschlandpolitisch vertraten die meisten Volksparteiler den Zusammenschluß der Mittel- und Kleinstaaten zu einem Bundesstaat mit gemeinsamer Armee, Parlament und einer für die Außenpolitik und die Kriegführung zuständigen Exekutive. Für ihr Fernziel, die Auflösung der beiden Großmächte, setzten sie auf die »moralische Eroberung« durch ein liberales und föderal geeintes Drittes Deutschland und infolgedessen auf ein Erstarken föderalistischer Strömungen in Preußen und Österreich.¹⁷

Im Parteibildungsprozeß der Jahre 1864/65 mußte der 36er-Ausschuß, der weiterhin das Zentralorgan der bürgerlichen Linken sein wollte, zwischen alle Stühle geraten, zumal die politische Entwicklung an der Schleswig-Holstein-Bewegung vorbeilief, der es nicht gelungen war, die Kriegführung und – nach dem Sieg über Dänemark – die Friedensverhandlungen nennenswert zu beeinflussen. Der Ausschuß konnte sich, insbesondere nachdem der Austritt des prominenten preußischen Fortschrittspolitikers Karl Twesten die Brüchigkeit des Konsenses innerhalb der Bewegung gezeigt hatte, nicht die scharfe Kritik der demokratischen Föderalisten an der eigenmächtigen Politik der Großmächte zueigen machen. Er suchte deshalb nach Kompromissen zwischen der Nationalbewegung in Preußen und der im Dritten Deutschland. Die Folge war, daß die demokratisch-föderalistische Linke dem 36er-Ausschuß Leisetreteri den Regierungen, insbesondere den Großmächten gegenüber vorwarf, die großpreußische Linke ihm dagegen eine antipreußische Stoßrichtung attestierte. Zugleich entfernte sich die Diskussion in der preußischen Öffentlichkeit mehr und mehr von dem Kompromiß der Abgeordnetenversammlung vom Dezember 1863, auf dessen Basis der Ausschuß gewählt worden war. Die Stimmen, die eine Annexion der Herzogtümer durch Preußen wollten und deren strategische Bedeutung betonten, gewannen an Bedeutung.¹⁸

¹⁷ Vgl. exemplarisch für Württemberg und Bayern: *Beobachter* 11. 3., 1. 4. (Zitat), 21. 6. und 21. – 24. 12. 1865; *Württ. LT* 4. 4. 1865; *Bayr. LT* 26. 4. 1865; C. MAYER, *Verhandlung*, 1865.

¹⁸ »Der *Beobachter*« berichtete am 2. 11. 1864, eine Versammlung in Berlin habe sich auf Antrag Löwes dafür ausgesprochen, »daß die militärische und diplomatische Führung der Herzogthümer der preußischen Regierung übertragen werde[,] und der Beisatz, insolange eine deutsche Centralgewalt nicht bestehe, gewährt keine Beruhigung; im Gegentheil[,] der Beschluß zeigt, daß Löwe und Genossen die preußische Regierung auch als künftige Trägerin der deutschen Centralgewalt ansehen«; weitere Versammlungen in

Der 36er-Ausschuß war in dieser Situation nicht in der Lage, eine politische Bewegung zusammenzuhalten, die in doppelter Hinsicht in drei heterogene Strömungen zerfiel: einerseits in die drei Teilgebiete des Deutschen Bundes, andererseits in die drei politischen Richtungen demokratischer Föderalismus, großpreußische Demokratie und autoritäre Großpreußen. 1865 analysierte Fetzer: »Woran der Ausschuß leidet, ist nicht Kraft- und Muthlosigkeit [...], sondern die Unmöglichkeit der ihm gestellten Aufgabe.« Ein zentrales, unregelmäßig tagendes Gremium aus Politikern, die bereits durch Beruf und Abgeordnetenmandat überlastet waren und über keinen Apparat verfügten, konnte in einer Phase sich beschleunigender Parteibildung der heterogenen Bewegung keine Richtung geben und Schlagkraft verleihen. Der 36er-Ausschuß, in dem es zudem keine charismatische Führerfigur gab, war von der Abgeordnetenversammlung, die ihn im Dezember 1863 eingesetzt hatte, mit Aufgaben und Erwartungen überfrachtet worden, die auf eine Revolution von oben hinausliefen. Fetzer nahm die Arbeit des Ausschusses mit folgenden Argumenten gegen einen kritischen Artikel Venedeys in Schutz: »Die Bildung eines schleswig-holsteinischen Volksheeres insbesondere konnte er nur vorbereiten, nicht selbst beginnen. Aber auch wenn der Ausschuß [...] wirklich als revolutionäres Comité hätte handeln können und wollen, so hätte er [...] wahrscheinlich noch viel weniger, als in der That der Fall war, erzielt. Es ist ein ungeheurer Irrthum, [...] wenn ein Volk meint, irgend ein [...] gewählter Ausschuß, und bestände derselbe aus den begabtesten entschlossensten Kräften, könne an seiner Stelle eine Revolution machen oder sie selbst nur weiter führen. Eine Revolution kann stets nur das Volk selbst machen.«¹⁹

War in Württemberg die Spaltung der liberalen Einigungsbewegung bereits im Frühsommer 1864 vollzogen, so brachen die Widersprüche zwischen Großpreußen und demokratisch-föderalistischer Volkspartei im Nationalverein auf der 5. Generalversammlung am 31. Oktober und 1. November 1864 offen auf. Eine wachsende Fraktion aus Befürwortern einer großpreußisch-autoritären Politik verlangte die Rückkehr zum Gründungsprogramm »deutscher Bundesstaat unter preußischer Führung«, also die Abschwächung des Bekenntnisses zur Reichsverfassung, das im Zeichen des preußischen Verfassungskonfliktes 1862 von den Demokraten im Verein präzisiert worden war, und eine unumwundene Anerkennung der preußischen Führungsrolle. Auf der Generalversammlung vertrat Biedermann die

Norddeutschland hätten Ähnliches beschlossen. Löwe distanzierte sich später – angesichts der fortdauernden Konfrontationspolitik Bismarcks der Einigungsbewegung gegenüber – wieder vom Annexionismus. Vgl. HdA 13. 6. 1865, S. 2119 ff., und Kap. XIX. 2.

¹⁹ C. MAYER, Keine Phrasen, 1864; DERS., Späte Einsicht, 1864; H. Wuttke, Vortrag vor der Naturforschenden Gesellschaft in Altenburg am 3. März 1864 (StA Dresden, NL Wuttke/24, 15. Kapsel); Fetzer an Venedey 12. 9., 26. 10. 1864, 22. (Zitate), und 27. 9. 1865 (BA 90 Ve 1/16); J. VENEDÉY, Grundübel, 1864, S. 30f.; Sybel an Gneist 9. 2., Twesten an Lipke 20. 3. und Unruh an Sybel 5. 4. 1864 (alles in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 217f.); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 348.

se Forderungen; ebenso wie die übrigen Befürworter einer Unterwerfung unter die Führung Preußens kam er aus einem Mittelstaat.²⁰ Für die Entstehungsgeschichte des Nationalliberalismus ist es typisch, daß die Propagandisten großpreussisch-autoritärer Politik in der Regel keine Preußen waren.²¹ Die in der Fortschrittspartei engagierten preußischen Liberalen konnten nicht so unumwunden eine preußische Führung bei der nationalen Einigung fordern, solange das Ministerium Bismarck amtierte, das die liberale Opposition immer schärfer verfolgte und beispielsweise durch die Preßordonnanz vom Juli 1863 die Verbreitung der Wochenschrift des Nationalvereins unterbunden hatte. Innerhalb der Einigungsbewegung plädierten zunächst nicht-preußische Liberale, von denen auffallend viele Demokraten gewesen waren, für eine großpreussische Machtpolitik. Voller Ungeduld wegen der Langsamkeit der deutschlandpolitischen Entwicklung, erwarteten sie vom Anschluß an das militärisch und ökonomisch potente Preußen eine Dynamisierung. Vor dem Hintergrund eines linearen Fortschrittsglaubens sahen sie in der Beschleunigung der politischen und ökonomischen Entwicklung die sicherste Garantie einer Liberalisierung von Staat und Gesellschaft.²²

Biedermanns Rede bei der Generalversammlung des Nationalvereins, in der er für einen nationalliberalen Richtungswechsel plädierte, enthielt trotz mancher Polemik gegen Bismarck viel Anerkennung für die preußische Diplomatie, also für die von der Einigungsbewegung zuvor immer attackierte »Kabinettpolitik«. Aus Biedermanns, stark von einer borussischen Geschichtsmystik geprägter Sicht war »im Staat Preußen etwas, was sich selbst und was Deutschland nicht untreu werden kann,« das unabhängig von der Regierung vom König und der Militärpartei repräsentiert wurde. So sei Bismarck »als willenloses Werkzeug zu dem Ziele gekommen, das das nationale ist.«²³ In einer hegelianischen Argumentationsfigur hielten Karl Biedermann, Arnold Ruge und andere Befürworter großpreussischer Machtpolitik den Staat und dessen »Geist« oder »Wesen« für eine autonome Kraft, gegen die einzelne Politiker letztlich machtlos seien.²⁴ Biedermann kam den Demokraten im Verein verbal weit entgegen, aber sein Antrag zielte präzise in

²⁰ Vgl. K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, S. 248 ff.; J. JACOBY, *Briefwechsel*, 1978, S. 312; A. RUGE, *Jahrbuch*, 1865, S. 18; DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 306 f. Zur Haltung der großpreussischen Demokraten im Nationalverein exemplarisch: T. PAUR, Vortrag 8. d. Mts., 1864.

²¹ Diese These bereits bei H. ONCKEN, *Ludwig Bamberger*, 1914; neuerdings auch bei A. BIEFANG, *National-preußisch*, 1997, insb. S. 383.

²² Exemplarisch habe ich diesen Typus anhand der Biographie Bambergers charakterisiert in: S. FREITAG, 1998, S. 200 ff. Vgl. auch F. RÖDINGER, *Organisation*, 1866.

²³ NV V, S. 9 und 12 ff. (auch zum folgenden); C. MAYER, Bericht, 1864, S. 1041 f., hielt Biedermann für unaufrichtig und unterstellte ihm weitergehende als die bei der Generalversammlung geäußerten Absichten. Ähnl. S. NA'AMAN, *Nationalverein*, 1987, S. 198. Vgl. R. WEBER, 1962, S. 155 f.; H. JORDAN, 1918, S. 111 f.

²⁴ Vgl. das Ruge-Zitat in Kap. XIII, Anm. 9; DERS., *Krieg*, S. 3. Zu Ruges Sicht auf Bismarck als Werkzeug der Geschichte vgl. Kap. XX.2.

die ihren Zielen entgegengesetzte Richtung: Er wandte sich gegen ein souveränes Nationalparlament für den künftigen deutschen Staat und wollte ein Aufgehen Deutschlands in Preußen.

Gegen solche Tendenzen zur Unterstützung der Bismarckschen Politik begannen sich die demokratischen Föderalisten im Nationalverein zu organisieren, die überwiegend erst eingetreten waren, nachdem sich die Generalversammlung von 1862 zur Reichsverfassung bekannt hatte. Am Vortag der Generalversammlung von 1864 fand ein Fraktionstreffen der Vereinslinken (»Freunde des 18. Oktober«) statt, unter dessen 60 Teilnehmern aus den Reihen der Paulskirchenlinken mindestens Carl Mayer und Christian Schüler waren. Das Treffen diente vornehmlich einer ersten Koordination. Man wurde sich nicht über vieles einig, wohl aber über die Abkehr vom Kult der Reichsverfassung. Während die Vereinsrechte wie Biedermann für die Abkehr von der Reichsverfassung war, um der preußischen Regierung mehr Spielraum für ihren Weg zur deutschen Einheit zu verschaffen, tat die Linke dasselbe, weil die Reichsverfassung zu einer preußischen Vorherrschaft in »Deutschland« führen mußte, die die Linke inzwischen, nach dem Verfassungskonflikt, nicht mehr wollte.²⁵

Nach der fünften Generalversammlung nahmen die demokratischen Föderalisten aus der Paulskirchenlinken die zunehmende Kompromißbereitschaft der Bismarck-Regierung gegenüber zum Anlaß für öffentliche Klagen über die Degeneration des Nationalvereins und forderten dessen Auflösung. Polemiken von Carl Mayer und Venedey verdeutlichen, in welchem Maße die Politik Bismarcks den in Süddeutschland vorhandenen Preußenhaß geschürt hatte. Mayer unterstellte anlässlich der Eröffnung der Generalversammlung der preußischen Linken Doppelzüngigkeit: »Die preußische Fraktion der deutschen Fortschrittspartei und des Nationalvereins hört nicht auf[,] gegen die Person des Herrn v. Bismarck zu donnern, aber die Erfolge seiner gewaltthätigen[,] spezifisch preußischen Politik nimmt sie nützlich an.« Letztlich erblicke »sie ganz wie Bismarck in der Vergrößerung der Macht Preußens auf Kosten des übrigen Deutschland die einzig richtige Lösung der deutschen Frage« und wolle Schleswig-Holstein annektieren. Das Protokoll der Generalversammlung liefert keine Belege für die Unterstellungen Mayers, und auch Biedermanns Antrag war mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden, da sich die anderen Befürworter einer großpreußischen Revolution von oben, die im Vereinsvorstand ähnliche Positionen vertreten hatten, in der Generalversammlung bedeckt hielten.²⁶

²⁵ C. MAYER, Bericht, 1864, S. 1037f. und 1045. Vgl. R. WEBER, Demokraten, 1962, S. 151 ff., mit starker Tendenz gegen die württembergische Demokratische Volkspartei.

²⁶ C. MAYER, Leitartikel, in: Beobachter 2. 11. 1864. Vgl. J. VENEDY, Grundübel, 1864. Venedeys Argumentation war mit den üblichen Ingredienzien (Volkskult, Xenophobie, Befürwortung eines Einigungskrieges) versehen, auf die hier jedoch nicht erneut eingegangen zu werden braucht.

Nachdem es der Schleswig-Holstein-Bewegung nicht gelungen war, die Regierungen des Dritten Deutschland dazu zu bringen, gegen den Willen der Großmächte aus den Herzogtümern einen liberalen Mittelstaat zu machen, war der demokratische Föderalismus als kurz- oder mittelfristige deutschlandpolitische Strategie gescheitert. Zu den Realitäten, an denen diese Option zerschellt war, gehörte neben der fehlenden Bereitschaft der Staaten des Dritten Deutschland, auf Teile ihrer Souveränität zu verzichten, die fehlende Aktionsbereitschaft der Bevölkerung.

Die demokratischen Föderalisten setzten mit dem Aufbau einer eigenen Partei und kompromißloser ideologischer Agitation nun auf eine langfristige Strategie. Christian Schüler notierte Ende September 1864: »Ich halte die gegenwärtige Lage für ganz rath- und trostlos, es ist nicht zu verkennen, daß die Sache des Militärdespotismus einen entscheidenden Sieg errungen hat. Das Trostlose dabei aber ist die gänzliche Gleichgültigkeit und Rathlosigkeit des Volkes, welches sich resignirt in Alles findet, was von oben her mit ihm vorgenommen wird, und welches nicht weiß, was es selbst will.« Das Hauptproblem sah Schüler in der erfolgreichen Einschüchterung der Opposition in Preußen durch Bismarck. Selbst wenn dort die Repression weiter verschärft würde, werde sich nicht »eine Hand für die Sache der Freiheit erheben«. ²⁷ Da die demokratischen Föderalisten weiterhin von der Richtigkeit ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen überzeugt waren, sie jedoch einstweilen nicht für realisierbar hielten, setzten sie auf Organisierung und langfristige Überzeugungsarbeit, um auf künftige Realisierungschancen für ihre Vorstellungen möglichst gut vorbereitet zu sein. Dies war im wesentlichen das Programm der Demokratischen Volkspartei.

3. Exkurs: Die Paulskirchenlinke in den Arbeiterorganisationen

Die Formel »sociale Demokratie« ist in der Paulskirchenlinken von Ruge, Jacoby oder Ludwig Simon schon früh verwandt worden, um die Forderungen nach einer über das Bürgertum hinausgehenden Partizipation und nach staatlicher Intervention zur Lösung der »sozialen Frage« begrifflich zu fassen.¹ Zugleich hatten die Demokraten, die in der Paulskirche gesessen hatten, immer im Konflikt mit der klassenkämpferischen, von Marx und Engels bestimmten Richtung gelegen, die seit dem Kommunistischen Manifest die entstehende Arbeiterklasse als antagonistische Opponentin der Bourgeoisie begriff. Prominente Vertreter der Paulskirchenlinken hatten bereits in den frühen 1850er Jahren die autoritäre Strategie der Kommunisten kritisiert,

²⁷ C. Schüler an Venedey 25. 9. 1864 (BA 90 Ve 1/48).

¹ A. RUGE, Gründung, 1849, S. 33 ff.; L. SIMON, Stimmrecht, 1851, S. 165; C. NAUWERCK, Gegenwart, 1850; DERS., Soziale Frage, 1857.

die die Notwendigkeit einer Diktatur des Proletariats behaupteten.² Bei der Nationalversammlungsopposition wie in der bürgerlichen Linken insgesamt herrschten harmonistische, von der Utopie einer egalitären Bürgergesellschaft geprägte Vorstellungen vor: Die Emanzipation der unterbürgerlichen Schichten und Staatsinterventionen zu ihren Gunsten sollten immer zu ihrer Verbürgerlichung führen.

Mitte 1857 entwickelte der Berliner Paulskirchenlinke Karl Nauwerck in einem Grundsatzbeitrag für »Das Jahrhundert« zukunftsweisende sozialpolitische Konzepte und plädierte für die Einführung einer staatlichen Sozialversicherung. Seiner Ansicht nach konnte bereits die Verwirklichung liberaler Grundprinzipien wie Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Schutz des Eigentums, Ablehnung von Schutzzöllen und des Zunftzwangs einen großen Teil der sozialen Probleme lösen. Neben dieser »negativen« Sozialpolitik, die Hindernisse der Chancengleichheit für alle wegräume, müsse der sozial-demokratische Staat, der Nauwerck vorschwebte, auch »positive Heilmittel des Elends oder direkte Hebel und Fördernisse sozialen Glücks« einsetzen. Anknüpfend an die Selbsthilfevereine, die sich gegenseitig in Notlagen unterstützten, plädierte Nauwerck für eine staatliche Pflichtversicherung »gegen Erwerbsnoth«, also Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit. Soweit die eingezahlten Beiträge die entstehenden Kosten nicht decken würden, sollten die Mittel durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden. Kulturoptimistisch, wie die bürgerliche Linke war, antizipierte Nauwerck eine Gesellschaft, die in der Lage sein werde, »alle ihre Mitglieder gegen Noth und Mangel zu versichern und ihnen alle irdisch möglichen Bedingungen eines lebenswürdigen Lebens zu bieten«.³

Die Beschäftigung mit der »sozialen Frage« und mit der noch marginalen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung war innerhalb der Paulskirchenlinken jedoch immer die Sache einer Minderheit. Das Scheitern der Revolution, der realpolitische Paradigmawechsel sowie teilweise ihr eigener sozialer Aufstieg führten bei einer Reihe von Demokraten zu einer bürgerlichen Verengung ihrer Wahrnehmung. Dies gilt etwa für Ludwig Bamberger, Carl Giskra oder Julius Fröbel, die zu Vertretern manchesterliberaler und sozialdarwinistischer Positionen wurden.⁴

² Vgl. L. SIMON, *Stimmrecht*, 1851, S. 162 f. und 172; Löwes bedeutende Rede für die Aufhebung des Koalitionsverbots: HdA 14. 2. 1865, S. 152 ff.; E. SILBERNER, 1976, S. 267; M. L. WEBER, 1987, S. 33. Vgl. allgemein zur »bürgerlich-liberalen Arbeiter- und Sozialpolitik« T. OFFERMANN, 1979, S. 188 ff. und 229 ff.

³ C. NAUWERCK, *Soziale Frage*, 1857.

⁴ Vgl. etwa C. GISKRA, *Wahlrede*, o.J., S. 4; R. CHARMATZ, *Giskra*, 1949, S. 81 und 89 f.: Giskra verbot gar als Innenminister alle sozialdemokratischen Organisationen; BAMBERGER, *Des Michael Pro Schriftenwechsel*, 1860, S. 151; J. FRÖBEL, *Theorie der Politik*, Bd. II, 1864, S. 216 f.; ders. an C. Wagner 10. 12. 1867 (StabiM); SP 11. 12. 1867, 26. 1. 1868 und 8. 10. 1868; J. N. BERGER, *Zur Lösung*, 1861, S. 17; M. RUSTIGE, o.J., S. 8; O. v. WYDENBRUCK, *Associationsgeist*, 1863.

Diejenigen, die sich weiter für Sozialpolitik, Koalitionsrecht und andere Ziele der Arbeiterbewegung einsetzten, taten dies fast ausschließlich innerhalb der von Liberalen zur Organisierung der Arbeiter und zur Lösung der sozialen Frage gegründeten Vereine und Verbände, die mit paternalistischem Gestus die Verbürgerlichung der Arbeiter fördern wollten.⁵ Karl Biedermann, Otto Leonhard Heubner, Carl August Fetzer, Gottlob Tafel, Moritz Hartmann, Jakob Venedey, Johann Jacoby, Wilhelm Löwe, Bruno Hildebrand und Ludwig Reinhard hielten Vorträge, waren führende Mitglieder und Organisatoren oder wirkten als Berater oder Funktionäre in der seit 1863 zum VDAV zusammengeschlossenen Arbeiter- und Handwerkerbewegung. Georg Friedrich Kolb half als führender demokratischer Sozialpolitiker im Landtag, die bayrische Sozialgesetzgebung der Jahre 1868/69 durchzusetzen; Karol Libelt warb im Rahmen der polnischen Nationalbewegung für die Genossenschaftsidee.⁶

Neben dem Mecklenburger Ludwig Reinhard, der eine Zeitlang als bezahlter Funktionär des VDAV in Coburg arbeitete, war der suspendierte Professor Emil Adolph Roßmäßler am stärksten in der liberalen Arbeiterbewegung engagiert. Ganz im Sinne des Verbürgerlichungsparadigmas war die Arbeiterbildung sein Hauptanliegen. Er reiste als Agitator durch das Land und setzte sich, u. a. auf dem zweiten Abgeordnetentag, für den Druck und die Verbreitung leicht verständlicher »Arbeiterliteratur« ein. Roßmäßler ging es dabei allein um *politische* Bildung, durch die die Partizipationsmöglichkeiten der Arbeiter verbessert werden sollten. Er wandte sich damit an eine bildungshungrige und politisch interessierte Elite innerhalb der Arbeiterschaft.

Aufgrund von Differenzen mit Bebel, dessen Vorstellungen ihm zu unpolitisch waren, schied Roßmäßler aus dem Leipziger »Gewerblichen Bildungsverein« aus und gründete zusammen mit seinem Paulskirchengenossen Heinrich Wuttke und anderen führenden Leipziger Demokraten einen eigenen Verein »Vorwärts«, der zwar »ein politischer, aber keineswegs ein sozialistischer Arbeiterverein« (Offermann) war. Die Ziele dieses Vereins propagierte Roßmäßler u. a. am 18. November 1862 in einer Massenversammlung mit einer Rede, die unter dem Titel »Ein Wort an die Arbeiter« vom Leipziger »Central-Comité zur Berufung eines Allgemeinen Deut-

⁵ W. SCHULZ-BODMER, *Rettung*, 1859, S. 3; Ziegert, *HdA* 15. 2. 1865, S. 187; Fröbel nannte das napoleonische Regime 1861 ein »social-demokratisches Kaiserthum« (J. FRÖBEL, *Kleine politische Schriften*, Bd. II, 1866, S. 21); J. VENEDEY, *Arbeiterbewegung*, 1869; insb. S. 8 ff. und 15 ff.; DERS., *Arbeitervereinstag*, 1868; M. Simon an Venedey 23. 11. 1868 (Ba 90 Ve 1/50): beide gegen SPD; Fehrenbach an Venedey 9. 2. 1869 (ebd./14); R. FUCHS, 1970, S. 169 f.; R. J. BAZILLION, 1989, S. 360, 366 und 368 f. (Biedermann).

⁶ BLHA 12193; Beobachter 1863, S. 543; LPG IV, 253 ff. (Fricke); E. SILBERNER, 1976, S. 295 ff. und 383 ff.; K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, Bd. II, S. 210 ff.; K. LIBELT, 1868; F. J. BAUER, 1991, S. 170 f. (Hildebrand); K. MEINEL, 1928, S. 285; O. WITTNER, Bd. II, 1907, S. 547; J. VENEDEY, *Arbeiterbewegung*, 1869; DERS., *Arbeitervereinstag*, 1868.

schen Arbeiter-Congresses« als Programm verbreitet wurde. In diesem Text werden Roßmüllers Etatismus, sein paternalistischer und sozialintegrierender Ansatz, der die Arbeiterbewegung als »Theil der bürgerlichen Gesellschaft« begriff, deutlich, den die in der liberalen Arbeitervereinsbewegung engagierten Mitglieder der Paulskirchenlinken, aber auch der führende preußische Sozialpolitiker Schulze-Delitzsch teilten. Die Arbeiterbewegung wurde von diesen Demokraten als Arbeiterbildungsbewegung verstanden, die sich politisch eng an die Fortschrittspartei anlehnen sollte. Aufgrund ihres Fortschrittsglaubens, den Roßmüller u. a. dadurch bestätigt sah, daß in Preußen »die besitzende Klasse« von der Reaktion zur Fortschrittspartei übergegangen sei, erwartete die sozialpolitisch engagierte Paulskirchenlinke eine Lösung der sozialen Frage durch guten Willen, durch wechselseitiges Entgegenkommen von Unternehmern und Arbeitern und durch sozialpolitische Staatsintervention. Um diesen allmählichen Fortschritt nicht zu gefährden, legte Roßmüller der Arbeiterbewegung eine Behutsamkeit nahe, die an die gescheiterte »Nicht drängen!«-Taktik der Liberalen in der preußischen »Neuen Ära« erinnert: Die Arbeiter sollten besonnen bleiben und auf Radikalität und politische Selbständigkeit verzichten, um die Besitzenden nicht auf die Seite der Reaktion zurückzutreiben.⁷

Roßmüllers Rede »Ein Wort an die Arbeiter« stand im Zusammenhang der Verhandlungen des Leipziger »Central-Comités« mit dem Nationalverein über eine Vollmitgliedschaft von Arbeitern. Schulze-Delitzsch hatte ihnen in paternalistischem Ton lediglich angeboten, »geistige Mitglieder, Ehrenmitglieder« des Vereins zu werden. Roßmüller machte nun mit seinem Appell zur taktischen Besonnenheit den Versuch, die Zurücksetzung abzumildern, die in der Behandlung der Arbeiterbewegung durch den Nationalverein lag, der sie nur als jederzeit mobilisierbare Hilfstruppe ohne Mitbestimmungsrechte ansah. Indem das Leipziger Komitee Roßmüllers Rede als Programmschrift für den geplanten Arbeiterkongreß verbreitete, vermied es zwar einstweilen den Bruch mit dem Nationalverein als Spitzenorganisation der Einigungsbewegung, beharrte aber zugleich auf der Einberufung des Kongresses, von dem der Nationalverein die Entstehung einer eigenständigen Arbeiterpartei befürchtete und den er deshalb verhindern wollte.

Schulze-Delitzsch und die Nationalvereinsführung machten ihren Einfluß dahin geltend, daß zahlreiche liberale Arbeitervereine ihre Teilnahme am Leipziger Kongreß absagten. Diese Sabotage führte zu einer Radikalisierung der Leipziger, die nach dem Scheitern ihrer Kongreßpläne sich an Lassalle wandten, der ihnen zur organisatorischen Trennung vom Nationalver-

⁷ AT II, S. 83 f.; Württ. LB fol. 880 (Antrag); E. A. ROSSMÜLLER, *Arbeiter*, 1863; DERS., *Mein Leben*, 1874, S. 378 ff. Ähnl. auch Löwe, HdA 14. 1. 1865, S. 153 ff., und 17. 3. 1865, S. 596; Kolb, Bayr. LT 16. 3. 1867, S. 373 ff. (auch in: *Beobachter* 21. – 22. 3. 1867). Vgl. K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, Bd. II, S. 211 ff.; B. BURGEMEISTER, 1958, S. 41 ff.; T. OFFERMANN, 1979, S. 280 ff., 373 ff. und 396 ff.; H. ZWAHR, 1978, S. 297 ff.

ein riet und für die Konstituierung autonomer Arbeitervereine als »selbständige politische Partei« plädierte. Über diese Fragen spaltete sich das Leipziger Komitee. Roßmäßler, der die Idee des Klassenkampfes ablehnte und an den sozialharmonischen Ideen der bürgerlichen Linken festhielt, kehrte mit einer Minderheit in den Bebelschen Bildungsverein zurück. An diesem Austritt der bürgerlich-demokratischen Gallionsfiguren konnte auch Lassalle nichts mehr ändern, obwohl er bei seiner Rede am 16. April 1863 auf einer Arbeiterversammlung im Leipzig »Odeon« vor mehr als 2000 Teilnehmern ausdrücklich um den beliebten Arbeiteragitator Roßmäßler warb und die Differenzen zwischen dessen Programm und den eigenen Vorstellungen als rein taktische bezeichnete.

Anlässlich der Gründung des ADAV am 23. Mai 1863, ebenfalls in Leipzig, machte Roßmäßler einen letzten Versuch, mit Hilfe des Einheitsparadigmas die Abspaltung der Arbeiter von der bürgerlichen Linken zu verhindern und rief zu einer Gegenversammlung am 29. Mai auf: Gerade weil man sich über das »Hauptziel«, das allgemeine Wahlrecht, einig sei, müsse man »im Innersten empört« sein über die von Lassalle und seinen Anhängern »in die Reihen der Arbeiter geworfene Entzweiung, die versuchte Losreißung derselben von der allgemeinen deutschen Fortschrittspartei, und die Geringschätzung, mit welcher die Lassalle'sche Partei von der wirtschaftlichen Selbsthilfe und von den Bildungsbestrebungen der Arbeiter spricht.« Roßmäßler unterstellte den Lassalleanern »Hintergedanken«, nämlich durch die Spaltung der Fortschrittspartei der Reaktion zuzuarbeiten. Die Gegenversammlung bestätigte Roßmäßlers politisches Programm, das aus drei Punkten bestand: »1. Erringung der dem Arbeiterstande noch mangelnden bürgerlichen und politischen Rechte«, 2. wirtschaftliche Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Basis und 3. Bildungsarbeit. Roßmäßler wurde als Leipziger Delegierter (ebenso wie sein Paulskirchengenosse Ludwig Reinhard als Coburger Delegierter) zum »Vereinstag Deutscher Arbeiter« gesandt, der am 7. Juni 1863 in Frankfurt zusammenkam und einen Verband (VDAV) gründete, der ein demokratisches Gegengewicht zu Lassalles ADAV bilden sollte. Dort wurde ihm als ehemaligem Paulskirchenabgeordneten, langjährigem Arbeiteragitator und wohl nicht zuletzt als Renegat der Lassalleanischen Richtung sogar die Präsidentschaft des VDAV angeboten, die er allerdings u.a. aus Altersgründen ablehnte.⁸

⁸ S. NA'AMAN, Konstituierung, 1975, S. 445 (Schulze-Zitat); F. LASSALLE, Gesamtwerk, o.J., S. 1–39 (Offenes Antwortschreiben); E. A. ROSSMÄSSLER, Mein Leben, 1874, S. 403 ff. (Zitate); Wuttke, AAZ S. 22. und 23.4.1863; DERS., Ferdinand Lassalle, 1864, S. 4037 f. und 4053; B. BURGEMEISTER, 1958, S. 46 ff.; S. NA'AMAN, Nationalverein, 1987, S. 142 ff.; T. OFFERMANN, 1979, S. 256 ff., 449 ff., 466 f. und 489 ff. Vgl. R. WEBER, 1962, S. 211 f.; DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 226 ff.; H. ZWAHR, 1978, S. 297 ff.

Auch die späteren sozialpolitischen Interventionen von Paulskirchenlinken in den Landtagen – etwa Löwes und Ziegerts in Preußen – folgten dem liberalen Verbürgerlichungs- und Selbsthilfeprogramm. War erst vollkommene rechtliche Gleichstellung (insb. Koalitionsrecht) und Freizügigkeit für die Arbeiter durchgesetzt, so würden sich alle anderen

Die Ausnahme unter den mit der Arbeiterbewegung sympathisierenden Oppositionellen aus der Deutschen Nationalversammlung war Heinrich Wuttke.⁹ Als großdeutscher Demokrat konnte er sich mit dem vom Nationalverein beeinflussten Leipziger Arbeiterverein nicht anfreunden und wurde so zum Anhänger Lassalles, den er hauptsächlich wegen dessen großdeutscher Orientierung und realpolitischer Strategie schätzte. Letztlich handelte es sich bei dieser Anhängerschaft um ein großes Mißverständnis, da sich Wuttkes demokratischer Föderalismus kaum mit dem großdeutsch-autoritären Unitarismus Lassalles vereinbaren ließ. Wuttke, der Lassalle wahrscheinlich im Juni 1862 persönlich kennengelernt hatte, setzte große Hoffnungen auf diesen »Gelehrten, der in die Mitte der Arbeiter getreten war«, seine außergewöhnliche Rednergabe und eine von ihm geführte großdeutsche Volkspartei. Er sah darin nicht zuletzt für sich selbst neue politische Möglichkeiten, nachdem sich der Reformverein als reaktionäre Veranstaltung erwiesen hatte. So sandte Wuttke dem Leipziger »Central-Comité«, begeistert von Lassalles Rede am 16. April 1863, eine Zustimmungserklärung, die Lassalle in den Anhang der schriftlichen Fassung der Rede aufnahm, um die Unterstützung durch einen prominenten sächsischen Achtundvierziger zu dokumentieren. Die kurze Erklärung bestand aus drei Teilen: Wuttke distanzierte sich von der Fortschrittspartei, deren Weg »der des Heils nicht ist«, unterstützte Lassalles Forderung, daß »an Stelle des Arbeitslohns der Arbeitsertrag« treten müsse, und trat für die Gründung von Genossenschaften ein.

Wuttkes Hauptmotiv für die Mitarbeit im ADAV, an dessen Gründungsversammlung er als Delegierter der Leipziger Arbeiter teilnahm, dürfte darin bestanden haben, der in Sachsen erfolgreichen kleindeutschen Arbeiteragitation, aus der der VDAV hervorging, eine großdeutsche Alternative entgegenzusetzen. In einem, nach der ADAV-Gründung verfaßten Brief an Lassalle riet er diesem – ganz ähnlich wie Roßmäßler im Vorfeld der VDAV-Gründung – seine Agitation sprachlich zu mäßigen, insbesondere den Begriff »Bourgeoisie« fallenzulassen, um den Mittelstand nicht vor den Kopf zu stoßen. Roßmäßler nahm damit die für die Paulskirchenlinke typische Rolle eines Mahners zur Einheit ein. Wuttkes Aktivitäten im ADAV beschränkten sich auf einige Vorträge. Die Mitgliederentwicklung enttäuschte jedoch seine sanguinischen Erwartungen, so daß er sich bald einem neuen, erfolgversprechenderen Feld, der Schleswig-Holstein-Bewegung zuwandte. Als dann Lassalle, an dessen Person Wuttkes Sympathien für den ADAV vornehmlich hingen, nach einem Duell starb, verfaßte er einen ausführlichen

sozialen Probleme in ihren Augen von selbst durch den steigenden Wohlstand lösen (vgl. etwa HdA 14./15. 2. 1865, S. 152 ff.: Löwe, Ziegert; 10. 6. 1865, S. 2025 f.: Ziegert).

⁹ Friedrich Martiny, der andere Paulskirchenlinke, der zu den Lassalleanern stieß, war nach seinem Ausscheiden aus dem preußischen Abgeordnetenhaus der Bevollmächtigte des ADAV für Ostpreußen (H. BEST/W. WEEGE, 1996, S. 229). Lassalle dankte ihm und Wuttke in seiner Ronsdorfer Rede (22. 5. 1864; F. LASSALLE, Briefe und Schriften, Bd. VI, 1925, S. 284). Vgl. auch T. OFFERMANN, 1979, S. 373 ff.

Nachruf für die Augsburger Allgemeine. Die Bindungen Wuttkes zum ADAV nahmen ab, auch weil die Leipziger Universität drohte, den Professor disziplinarisch zu verfolgen, und beschränkten sich auf gelegentliche Beiträge im Zentralorgan »Social-Democrat«. Dennoch dürfte Wuttke, der als Ordinarius Historische Hilfswissenschaften an der Universität Leipzig lehrte, der erste beamtete deutsche Intellektuelle gewesen sein, der aktives Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation war.¹⁰

Wuttkes Nachruf auf Lassalle veröffentlichte die Augsburger Allgemeine mit einer Distanzierung von der »allzu warmen Theilnahme für Lassalles Wirksamkeit in der Arbeiterfrage« und mit kritischen Fußnoten. Wuttke nahm den sinnlosen Tod Lassalles zum Anlaß für eine Abrechnung mit dem »Wahnsinn des Duells«, das er als ein Indiz für die ungebrochene, aufgrund der Entwicklung in Preußen sogar zunehmende Macht feudalistischer Prinzipien hielt, in denen er noch vor dem Klerikalismus das Haupthindernis für die Demokratisierung Deutschlands sah. Er nutzte diese allgemeine Anklage zugleich zum Kampf gegen die preußische Fortschrittspartei, aus deren Reihen Twesten 1861 eine Duellforderung des Chefs des Militärkabinetts angenommen hatte und damit ein »schlechtes Beispiel gegeben« habe, »das seine Partei in ihrer Verblendung gar noch beklatschte«.¹¹

Gerade von denjenigen innerhalb der Paulskirchenlinken, die für die Schattenseiten von Industrialisierung und Modernisierung, also für die »soziale

¹⁰ Wuttke, AAZ 22., 23. und 26.4.1863; DERS., Ferdinand Lassalle, 1864, S. 4037; ders. an Lassalle 7.6.1863 (F. LASSALLE, Briefe und Schriften, Bd. V, 1925, S. 179); Lassalle an Rodbertus 26.5.1863 (ebd., Bd. VI, 1925, S. 357); H. WUTTKE, Offener Brief 1865; J. MÜLLER, Das politische Wirken, 1960, S. 125 ff. und 154. Zu Wuttkes deutschlandpolitischen Auffassungen vgl. H. WUTTKE, Parteien, 1865. Alle nachweisbaren Aktivitäten Wuttkes sind bei J. MÜLLER, Das politische Wirken Wuttkes, 1960, S. 138 ff., akribisch aufgelistet; nur der Nachruf auf Lassalle ist ihm entgangen. 1866 war Wuttke als Kandidat des ADAV für die Wahl zum norddeutschen Reichstag im Gespräch, hatte sich jedoch bereits politisch zu weit von den Lassalleanern entfernt und plädierte für Wahlboykott (ebd., S. 173 ff.). Die SPD widmete Wuttke 1876 einen aner kennend-schmeichelhaften Nachruf (Der Volksstaat 30.6.1876; vgl. ebd., S. 182).

¹¹ Positiv verwies Wuttke hingegen auf die Jakobiner, die »politischen Persönlichkeiten das Duelliren untersagten«. H. WUTTKE, Ferdinand Lassalle, 1864, insb. S. 4021 (Zitate); ders. an Lassalle 21.10.1862 (F. LASSALLE, Briefe und Schriften, Bd. V, 1925, S. 55). Zu Twesten: U. FREVERT, Ehrenmänner, 1995, S. 207 f. und 234.

Erst am Ende seines Lebens fand Anfang 1870 auch der Nestor der preußischen Demokratie, Johann Jacoby zur Arbeiterbewegung – aus Enttäuschung über die mangelnde Distanz der bürgerlichen Linken zum preußischen Regime. Er stieß auf heftigen Widerspruch gerade der Lassalleaner, da er für Schulze-Delitzsch's Genossenschaftsidee plädierte (Schriften, Bd. II, 1872, S. 345 ff.), wenn er auch die Notwendigkeit der Staatsintervention im Gegensatz zu Schulzes Glauben an die Selbsthilfe betonte (E. SILBERNER, 1976, S. 422 f.). Im April 1872 trat Jacoby sogar der SDAP bei (blieb jedoch zugleich Mitglied der Demokratischen Volkspartei), weniger aus innerer Übereinstimmung mit deren Programm, sondern um seinem schärfsten Protest gegen das autoritäre Regime des Deutschen Reichs und gegen Verfolgung der Sozialdemokratie Ausdruck zu verleihen (ebd. S. 492 ff.).

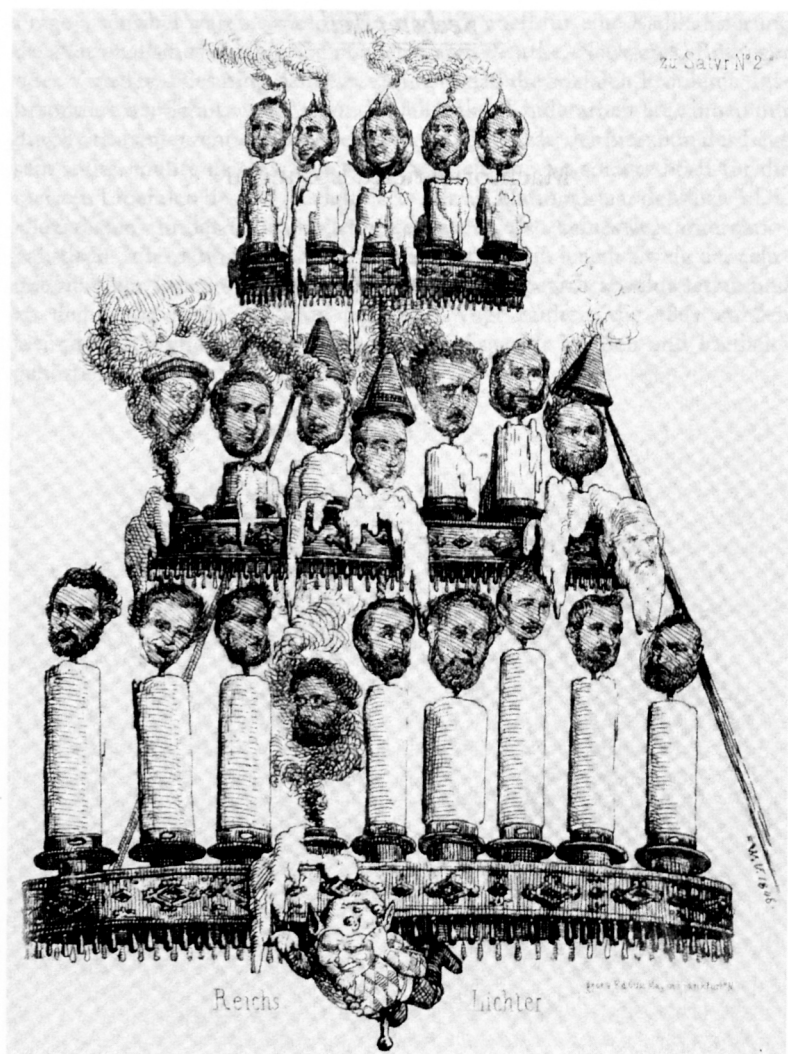
Frage«, sensibel waren, waren viele zugleich auch für eine Radikalisierung des Nationalismus anfällig. Zu nennen wären Wuttke, Nauwerck, Rödinger oder Venedey. Dies hing damit zusammen, daß die sozialen Probleme, insbesondere der Schutz vor Armut, Unfallrisiko, Kinderarbeit etc., ihnen nur durch Staatsintervention lösbar erschienen. Ein Staat, der hierzu in der Lage sein sollte, mußte mächtig sein, und zugleich war ein solcher Staat für die meisten Liberalen des 19. Jahrhunderts nur als Nationalstaat denkbar.¹² Die »Sozialisten« in der Paulskirchenlinken waren also keineswegs internationalistisch. Internationalistisches Denken war eher in jenem Zweig der acht- und vierziger Linken vertreten, der den Freiheitsbegriff absolut setzte und zu dem etwa Ludwig Simon und Carl Vogt zählten, die 1865 zu den Gründungsmitgliedern der pazifistischen »Liga für Frieden und Freiheit« gehörten.¹³

¹² Etwa: F. RÖDINGER, *Gesetze*, 1864, S. 260f. Vgl. K. EDER, 1991, S. 277ff.

¹³ Dazu ausführlich W. H. v. D. LINDEN, 1987, S. 675 ff.; K. HOLL, 1988, S. 35 ff.

Sechster Teil

Machtorientierte Lösungen



Reichs-Lichter (Federlithographie von Wilhelm Völker, 1848)

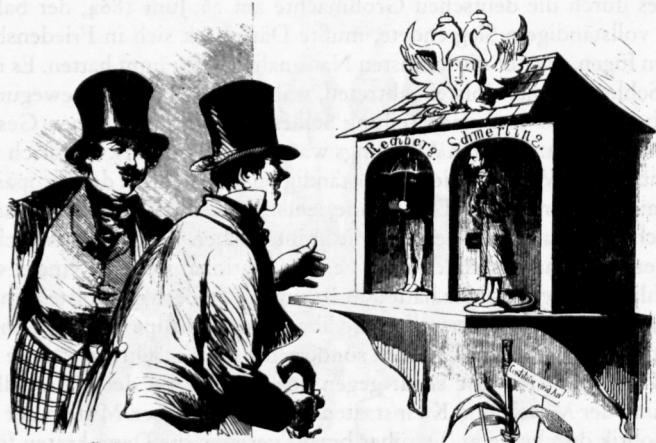
Auf dieser, antiparlamentarischen Karikatur sind prominente Paulskirchenabgeordnete als qualmende, weit herunter gebrannte Kerzen dargestellt, deren Zeit abgelaufen sei und die gelöscht werden sollten. Zu erkennen sind in der untersten Reihe etwa die Linken Wilhelm Zimmermann (2. v.l.), Ludwig Simon (Mitte) oder Arnold Ruge (3. v.r.); das Wachs des in der mittleren Reihe rechts außen abgebildeten Alexander v. Soiron bildet das Gesicht des »Turnvaters« Friedrich Ludwig Jahn.

Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz und der Wiederaufnahme des Krieges durch die deutschen Großmächte am 26. Juni 1864, der bald mit deren vollständigem Sieg endete, mußte Dänemark sich in Friedensbedingungen fügen, die nur die kühnsten Nationalisten erträumt hatten. Es mußte ganz Schleswig und Holstein abtreten, während die Nationalbewegung zuvor überwiegend von einer Teilung Schlesiws nach ethnischen Gesichtspunkten ausgegangen war. Allerdings war neben Dänemark Friedrich v. Augustenburg der Verlierer dieses vollständig mit den Mitteln der europäischen Großmächte, Krieg und Diplomatie, entschiedenen Konflikts: Dänemark trat Schleswig und Holstein an die militärischen Sieger, Österreich und Preußen, ab. Damit standen die liberalen Nationalisten vor einem widersprüchlichen Ergebnis: Sie hatten in Bezug auf Schleswig-Holstein ihre nationalistischen Ziele vollständig, ihre liberalen überhaupt nicht erreicht, und sie hatten sie nicht selbst erreicht, sondern die Großmächte hatten sie gegen den Willen und teilweise sogar gegen den Widerstand der Nationalbewegung und der Mittel- und Kleinstaaten mit den verhaßten Mitteln der Kabinettpolitik durchgesetzt. Darüber hinaus gerieten die Demokraten föderalistischer wie großpreußischer Couleur in eine vertrackte Situation, da sie die Institutionen des Deutschen Bundes, die sie immer für Instrumente der Reaktion gehalten hatten, nun gegen die Großmächte verteidigten.

Auf der 6. Generalversammlung des Nationalvereins im Oktober 1865 formulierte Wilhelm Löwe das Dilemma der Demokraten: Es seien 1864 zwar »werthvolle Resultate« erreicht worden, »wenn auch nur solche, die unsere Gegner uns verschafft haben«, und bei denen »durch bundesrechtswidriges, einseitiges Vorgehen von Preußen und Österreich [...] der Bund bei Seite geschoben und mindestens schwer geschädigt ist«. Die Linke habe »nun doch gewiß kein Interesse daran, den Bund wieder lebendig zu machen«. Aber auch der andere Machtfaktor, auf den sie politisch gesetzt hatte, hatte sich als zu schwach erwiesen. Löwe konstatierte, »daß die Mittelstaaten keine *reelle Macht* für die nationalpolitische Entwicklung in Deutschland haben«.¹ Vor diesem Scherbenhaufen der deutschlandpolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Linken gingen die Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein und im preußischen Verfassungskonflikt weiter. Durch die entschiedene, die inneren Widersprüche der Opposition ausnutzende Politik der Bismarck-Regierung kulminierten sowohl der Nations- als auch der Parteibildungsprozeß in den Jahren 1865 bis 1867 im preußisch-deutschen Krieg von 1866, in der Gründung des Norddeutschen Bundes und in der Abspaltung einer eigenständigen Nationalliberalen Partei von der Fortschrittspartei.

¹ NV VI, S. 13. Vgl. die exemplarischen Äußerungen der beiden, aus der Paulskirchenlinken stammenden liberalen Wortführer im österreichischen und preußischen Parlament: Giskra, RR 2. 12. 1864, S. 125; Löwe, HdA 17. 3. 1865, S. 595.

Oesterreichisch-meteorologisch-ministerielles Wetterhäuschen.



Haji, was meinst du? Werden wir schön Wetter behalten?
 — 3 mein', Franzl, 's kommt nur drauf an, welches von die zwei Mannere oben ist.

Drei Phasen der Wahlfrage.



1849.

Wieder Wählen!



1850.

Wieder Wählen!



1863.

Wiederwählen!

Zwei Karikaturen aus dem »Kladderadatsch« vom 15. September 1861 (»Wetterhäuschen«) bzw. vom 18. Oktober 1863 (»Wahlfrage«)

In der oberen Zeichnung wird die wetterwendische Verfassungs- und Deutschlandpolitik der Wiener Regierung aufs Korn genommen, die, wenn sich der Altliberale Anton v. Schmerling durchsetzte, liberaler ausfiel, als wenn Außenminister Johann v. Rechberg die Oberhand behielt. Die unteren drei Zeichnungen karikierten die Wandlungen der politischen Linken in Preußen – vom Wahlsieg im Januar/Februar 1849 über die Aufgabe des Wahlboykotts 1859 bis zur Vertrauenswerbung im Wahlmarathon des Jahres 1862/63.

1865 – das Jahr der Weichenstellungen

Nach dem faktischen Scheitern der supranationalen und der demokratisch-föderalistischen Deutschlandpläne, blieben drei Optionen in der Diskussion: die beiden großpreußischen Varianten und die partikularistische. Von den großpreußischen Strömungen in der deutschen Linken bekam die autoritär-gouvernementale immer mehr Zulauf. Auch prominente Demokraten waren nun bereit, die preußische Armee und die Bismarcksche Diplomatie als diejenigen Kräfte anzuerkennen, die die nationale Einigung wenigstens bis zur Mainlinie verwirklichen könnten. Sie propagierten nun verstärkt die Vorstellung, daß die Einheit eines großen und mächtigen Staatsgebildes die beste Voraussetzung für die weitere wirtschaftliche und politische Liberalisierung biete. Bis zum Epochenjahr 1866 kann jedoch von einer Bismarck-Begeisterung nicht die Rede sein, und auch danach blieb die Zusammenarbeit mit der preußischen Regierung selbstbewußt. Man betrachtete den Ministerpräsidenten in erster Linie als Wegbereiter der eigenen Vorstellungen.

Bis 1866 blieb die Mehrzahl der großpreußischen Linken dem demokratischen Grundsatz treu, demzufolge die Liberalisierung Preußens, also vor allem ein Nachgeben der Regierung im Verfassungskonflikt, die Voraussetzung dafür sei, daß die Hohenzollern-Monarchie ihrer »deutschen Berufung« genügen und die Unterstützung durch die Nationalbewegung erwarten konnte. Erneut setzten damit viele aus der demokratischen Tradition von 1848/49 kommende Politiker auf eine Option, die durch die weitere Entwicklung obsolet wurde. Ohne sich mit der Politik des »Junkers« und Verfassungsbrechers Bismarck identifizieren zu können, waren sie doch durch dessen immer neue, teilweise mit liberalen Mitteln und Ideologemen operierende Schachzüge ständig gezwungen, zu reagieren und weiter von ihren Grundsätzen einer rechtlichen, vom Parlament mitbestimmten Politik abzurücken. Ohne die Rückendeckung einer Massenbewegung wie 1848/49 und gegen die entschlossene und geschickte Regierung gelang es ihnen nie wieder, in die Offensive zu kommen.

Die meisten demokratischen Föderalisten, soweit sie nicht ins großpreußische Lager wechselten – also vor allem die Männer der Demokratischen Volkspartei in Süd- und Mitteldeutschland, gingen seit Mitte 1864 de facto, seltener auch erklärtermaßen zu partikularistischen Positionen über. Sie sahen nur mehr eine langfristige Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu realisieren, und wollten einstweilen unter dem Dach des Deutschen Bundes die innere Liberalisierung der Einzelstaaten vorantreiben. Hauptsächlich außer-

halb des späteren Reichsgebietes entstand außerdem in der Paulskirchenopposition wie in der bürgerlichen Linken eine kleine, aber in mancher Hinsicht in das späte 20. Jahrhundert vorausweisende, demokratisch-kosmopolitische Strömung. Sie träumte von der Gründung Vereinigter Staaten von Europa nach dem Vorbild der USA – eine Vorstellung, die damals kaum realisierbar war. Ihre Ideen von der Lösung internationaler Konflikte durch Schiedsgerichtsbarkeit und einen Völkerbund, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, sind jedoch als Vorläufer des Organisatorischen Pazifismus von Bedeutung.

1. Der österreichische Verfassungskonflikt

Angesichts der Vielzahl ungelöster Probleme der Habsburgermonarchie vergrößerte sich die Distanz der deutsch-österreichischen Linken zu ihren Gesinnungsgenossen im restlichen Bundesgebiet immer mehr. Es kam einerseits zu einem Streit um die Kompetenzen von Regierung und Parlament, der den Konflikten im Dritten Deutschland in den frühen 1850er Jahren und in Preußen in den 1860ern ähnelt. Andererseits blieb die ungarische Frage ein drängendes, ungelöstes Problem, und auch bei den übrigen nicht-deutschen Völkern wuchsen Selbstbewußtsein, Nationalismus und Autonomiebestrebungen. Die großösterreichische Linke war vollauf mit diesen internen Konflikten des Kaiserstaates beschäftigt, die Ende 1865 in der Aufhebung der Verfassung von 1860/61 gipfelten, und spielte fortan deutschlandpolitisch keine Rolle mehr.

In der zweiten Sitzungsperiode des österreichischen Reichsrats (1863/64) kam es im Abgeordnetenhaus zu einer fraktionellen Neugruppierung. Die meisten Großösterreicher und ein Teil der gemäßigt-liberalen Mehrheitspartei (Unionisten) bildeten einen »Club der Linken«, der – wenn auch grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit – in die Opposition ging. Ihm gehörten aus der Paulskirchenlinken Carl Giskra, Ignatz Kuranda und der neugewählte Johann Nepomuk Berger an. Die Reichsratslinke vertrat ein liberal-konstitutionelles Reformprogramm: Gewährung der bürgerlichen und politischen Grundrechte, Beseitigung der Standesprivilegien, Reduktion der Steuerlast und rechtsstaatliche Verwaltung; auch die Gleichberechtigung der Konfessionen und Nationalitäten stand auf ihrem Programm. Dennoch waren die Reden der Abgeordneten der Reichsratslinken weiterhin vom kulturellen Überlegenheitsdünkel des deutsch-österreichischen Bürgertums geprägt. In die zweite Reichsratsperiode fiel auch der Austritt der Tschechen, der einen weiteren Bedeutungs- und Legitimationsverlust dieses nun ganz von den deutschsprachigen Abgeordneten dominierten »Rumpfparlaments« bedeutete.

In der dritten Session (1864/65) führte der wachsende Unwillen der liberalen Opposition über die Immobilität der Regierung, die Reformvorhaben

immer wieder blockierte, entsprechende Parlamentsbeschlüsse ignorierte und weder mit der Lösung der Nationalitätenkonflikte noch mit der Konsolidierung des Staatshaushalts voran kam, zu einem Konflikt um die Bewilligung des Militäretats, der trotz der weitaus größeren Kompromißbereitschaft beider Seiten an den preußischen Verfassungskonflikt erinnert. Obwohl die Regierung, an deren Spitze de facto nach wie vor Anton v. Schmerling stand, seit 1861 häufig mit Hilfe ihres Notverordnungsrechts und immer wieder auch ohne rechtlich tragfähige Begründung am Parlament vorbeiregiert hatte, hatte sie doch – darin bestand ein grundlegender Unterschied zum Bismarck-Regime – regelmäßig bekundet, daß sie sich an Parlamentsbeschlüsse gebunden fühle. Die Abgeordnetenhausmehrheit hatte diese konstitutionelle Grundhaltung dankbar anerkannt, obwohl die Verfassungswirklichkeit im Österreich der Jahre 1861 bis 1865, als v. Schmerling den Kurs bestimmte, nur als scheinkonstitutionell zu bezeichnen ist.

Ende November 1864 brachen jedoch beide Seiten mit dieser Tradition eines im Grundsatz reibungslosen Zusammenspiels zwischen einer den liberalen Forderungen gegenüber offenen Regierung und »Seiner Majestät getreuer Opposition«, wie sich die Abgeordnetenhausmehrheit ohne Ironie nannte. Die Linke bediente sich nun auch in Österreich der Nadelstichtaktik, die ihre Genossen in den scheinkonstitutionellen Systemen Süddeutschlands seit den 1850er Jahren angewandt hatten, ohne jedoch zu der Fundamentalopposition überzugehen, die die offenen Verfassungskonflikte der frühen fünfziger Jahre und in Preußen seit 1862 charakterisierte. Die Reichsratslinke wies mit Interpellationen auf die liberalen Defizite der Regierungspolitik hin und protestierte gegen deren rein repressive Nationalitätenpolitik vor allem in Galizien und Venetien. Sie brachte Gesetze etwa zur Begrenzung des Notverordnungsrechts und zur Ministerverantwortlichkeit durch, deren Nicht-Umsetzung sie dann wiederum mit parlamentarischen Anfragen offenlegte, und verlangte die Vorlage des mit Dänemark geschlossenen Friedensvertrages. Kurz gesagt: sie enlarvte das Regime v. Schmerling nun systematisch als »scheinkonstitutionell«. Die sechs Veteranen der Paulskirchenlinken im Abgeordnetenhaus (Berger, Demel, Giskra, Kuranda, Riehl und van der Straß) unterstützten in der Regel diese oppositionellen Initiativen. In der Deutschlandpolitik sprach sich die Mehrheit gegen das enge Bündnis mit Preußen aus, in dem Österreich nur ausgenutzt werde, ohne seine Interessen durchsetzen zu können. Nachdem sie den Außenministerwechsel von Johann Bernhard v. Rechberg zu Alexander v. Mensdorff-Pouilly zunächst begrüßt hatte, zeigte sich die Linke bald enttäuscht, daß der Wechsel nicht zu einer Wende in neuralgischen deutschlandpolitischen Fragen wie dem Bündnis mit dem Dritten Deutschland oder der Garantie des schleswig-holsteinischen Selbstbestimmungsrechts geführt hatte.

Im Frühjahr 1865 spitzte sich der Konflikt weiter zu. Ein Symptom dafür war, daß die Abgeordneten Kuranda, Berger und Giskra ihre Situation mehrfach mit der der Liberalen im preußischen Verfassungskonflikt ver-

glichen. Die Parallelen waren offensichtlich: v. Schmerling verfolgte wie v. Bismarck systematisch die Presse wegen kritischer Berichterstattung; im Mai reduzierte das Abgeordnetenhaus den Militärhaushalt drastisch; und eine Einigung über das Budget war wegen der energischen Sparforderungen des Parlaments nicht mehr möglich. Seitdem die Abgeordnetenmehrheit zu einem scharfen Oppositionskurs übergegangen war, geriet v. Schmerling mehr und mehr zwischen die Fronten: Schon länger erschien er dem Kaiser und den Hochkonservativen nicht mehr als der geeignete Mann, um das »Reichsproblem«, die ungarische Frage, zu lösen. Nachdem er nun nicht einmal mehr die ihm zuge dachte Funktion erfüllte, die deutsch-liberale Opposition zu befriedigen, und sich das Abgeordnetenhaus mehr und mehr als Hemmschuh (statt als Transmissionsriemen) der kaiserlichen Politik erwies, nahm die Bereitschaft des Hofes deutlich ab, das Experiment der von Schmerling inspirierten Februarverfassung fortzuführen. Als schließlich der Ungarnbesuch des Kaisers deutlich machte, daß sich die magyarische Opposition hinter v. Schmerlings Rücken mit den Hochkonservativen am Wiener Hof arrangierte, um die zentralistische Februarverfassung aufzuheben, bat dieser um seine Entlassung.

Das Parlament erzielte zwar einen letzten Sieg dadurch, daß der Kaiser die Herabsetzung des Militäretats auf den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Betrag befahl. Aber auf längere Sicht hatten sich die Liberalen im österreichischen Verfassungskonflikt genauso wenig durchsetzen können wie in Preußen: Von der neuen, hochkonservativen Adelsregierung Belcredi war eine Realisierung der bürgerlich-liberalen Ziele der Abgeordnetenhausmehrheit noch weit weniger zu erwarten als von ihrer Vorgängerin. Am 20. September 1865 hob der Kaiser die am Widerstand der nichtdeutschen Völker gescheiterte Februarverfassung auf.¹ Mit der Sistierung der Verfassung, der Aufhebung des gesamtstaatlichen Parlaments und der Rückkehr zum Absolutismus verlor Österreich fast alle Sympathien derjenigen Libe-

¹ Vgl. RR 28. 11. (Schmerling), 2. 12. 1864 (Giskra und Kuranda gegen Rechberg und gegen das Bündnis mit Preußen), 19. 1. (Interpellation wegen Galizienpolitik), 9. und 18. 3., insb. S. 679 ff. (Begründung Bergers für einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des Notverordnungsparagraphen 13), 29. 3. (Generalabrechnung Giskras mit der Regierung Schmerling), 2. 5. (Giskra zum Etat des Kriegsministers) und 14. 6. 1865 (Annahme des Gesetzes über § 13); Vergleiche mit dem preußischen Konflikt: 2. 12. 1864, S. 133 (Kuranda), 18. 3. 1865, S. 685 f. (Berger), und 2. 5. 1865, S. 1426 (Giskra). Umgekehrt parallelisierten auch preußische Demokraten wie Löwe ihren Kampf gegen die verfassungsbrechende Regierung Bismarck mit der Sistierung der österreichischen Verfassung (Wahlrede 14. 5. 1866). Ähnl. bereits Temme am 25. 6. 1865: »Die Politik? Wie jammervoll ist sie! In der preußischen Kammer nur der Muth [...] der Passivität. In Österreich das Zurückweichen der Muthigen! So läßt Österreich sich bereits aus Deutschland hinausschmeißen, und in Preußen das Volk sich immer mehr knechten, daß es zuletzt sogar das Gefühl seiner Knechtschaft verlieren wird« (SLB Dortmund 9653). Zum Hintergrund: P. M. JUDSON, 1996, S. 105 ff.; G. KOLMER, 1902, S. 133–201; H. FRIEDJUNG, Kampf, Bd. I, ¹⁰1916, S. 131 ff.; E. SOMOGYI, 1983, S. 29 ff.; RR 28. 1. 1864, S. 1978, wo sich Berger noch ausdrücklich von jeder »Conflictspolitik« distanzierte.

ralen außerhalb seiner Grenzen, die in der Habsburgermonarchie seit 1861 einen Bündnispartner und ein Gegengewicht zum illiberalen Preußen gesehen hatten. Ein Hauptnutznießer des Abbruchs des österreichischen konstitutionellen Experiments war somit die preußische Regierung.

Bei allen prinzipiellen Unterschieden zwischen dem Vielvölkerstaat Österreich mit seinen eklatanten ökonomischen und finanziellen Problemen und Preußen lassen sich doch einige Parallelen im gescheiterten Kampf der Parlamentsmehrheiten um die Liberalisierung und letztlich um ein konstitutionelles Regime ausmachen. Sobald die Liberalen ihre der schein-konstitutionellen Regierung gegenüber wohlwollende Haltung aufgrund enttäuschter Erwartungen aufgaben und zu einem entschiedenen Oppositionskurs übergingen, kam es zum gleichen Ablauf: die gemäßigten Regierungen wurden durch hochkonservative ersetzt, die Verfassung ignoriert bzw. offiziell aufgehoben. Das Budgetrecht, das von den brüskierten Parlamentsmehrheiten nunmehr als Hauptdruckmittel eingesetzt wurde, erwies sich als stumpfe Waffe, da die Monarchen und ihre Regierungen sich im Konfliktfall darüber hinwegsetzten. Dasselbe galt für die übrigen verfassungsmäßigen Rechte der Legislative, solange die Liberalen nicht über außerparlamentarische Druckmittel verfügten, die aber seit 1848/49, wegen der fehlenden Bereitschaft zu einer neuen Revolution, nicht mehr existierten. Auch das ungarische Beispiel, wo die Liberalen mit dem Boykott der scheinkonstitutionellen Zugeständnisse, auf die die deutschen Liberalen in Österreich ebenso wie ihre Genossen in Preußen bereitwillig eingegangen waren, mittelfristig wesentlich erfolgreicher waren, deutet darauf hin, daß der Versuch, in Preußen oder Österreich allein mit den von oben zugestandenen Machtmitteln eine liberal-konstitutionelle Regierungsweise durchsetzen zu wollen, in eine Sackgasse führte.

Fröbel, der als Mitarbeiter und zeitweiliger Agent v. Schmerlings die Politik der Reichsratslinken, die zu dessen Sturz führte, kritisch kommentierte, sah hingegen in der Entwicklung ein Symptom für einen Grundfehler der deutschen Opposition: ihren »unpractischen Radicalismus«, d. h. ihre zu geringe Kompromißfähigkeit und zu starke Orientierung an Prinzipien. Nach dem Scheitern der Bundesreform rechnete auch Fröbel nur noch mit langfristigen Veränderungen: die Phase »politischen Experimentirens«, die er selbst maßgeblich mitangestoßen hatte, sei zu Ende. Notwendig war in seinen Augen zunächst eine Periode politischer Reflexion und Diskussion, in der sich Österreich über seine »Mission« klar werden müsse. In Annäherung an demokratisch-föderalistische Positionen entwickelte Fröbel eine europäische Utopie, in deren Realisierung er auch die einzige Perspektive für die Habsburgermonarchie sah: im beginnenden »Zeitalter der Weltmächte« habe Europa nur eine Chance, sich zwischen den USA und Rußland zu behaupten, wenn es sich über eine »handelspolitische« Vereinigung, die Entwicklung eines gemeinsamen Völkerrechts und die Schaffung friedlicher Konfliktregelungsmechanismen zum »geschlossenen System« einer »großen europäischen Eidgenossenschaft« wandle. Österreich war in

Fröbels Augen die »Werkstätte«, in der die Methoden multinationalen, großräumigen Zusammenlebens »ausgearbeitet« würden. Seine Utopie war trotz ihre klaren Blicks für langfristige Trends weit von den politischen Möglichkeiten im Österreich der 1860er Jahre entfernt. Jedenfalls bedeutete sie eine grundsätzliche Kritik des Schmerlingschen Zentralismus. Nur ein föderales System weise die Zähigkeit und Biegsamkeit auf, die notwendig sei, um einen Vielvölkerstaat zusammenzuhalten. Fröbel verwies auf die historischen Beispiele des antiken Griechenland, der Schweiz und der USA und prophezeite Österreich den sicheren Zerfall in einzelne Nationalstaaten, wenn es am Zentralismus festhielt.²

2. Einheit durch Freiheit oder Freiheit durch Einheit?

In der seit 1848 auf der Tagesordnung stehenden Gretchenfrage der bürgerlichen Linken, in der in den Jahren 1865 bis 1867 für fast hundert Jahre die Weichen gestellt wurden, bestand die Alternative darin, ob die nationale Einigung durch die vorausgehende Liberalisierung und Demokratisierung der deutschen Einzelstaaten zu erreichen sei oder ob erst ein Nationalstaat als mächtiger und großer Verband eine freiheitliche Verfassung möglich machte. In beiden Richtungen gab es eine weitere, zur ersten in gewisser Hinsicht parallele Differenz dahingehend, ob Reformen primär den politischen Bereich betreffen, also auf eine Garantie der Grundrechte, allgemeines Wahlrecht und parlamentarische Regierungsbildung usw. zielen sollten, oder ob es primär um eine wirtschaftliche Liberalisierung mit Freizügigkeit, Freihandel, Koalitionsrecht usw. gehen sollte. Die zweite, eher wirtschaftsliberale Richtung sah – ähnlich wie im Falle der Herstellung nationaler Einheit – die ungehemmte wirtschaftliche Betätigung als Weg zu allgemeinem Wohlstand und allgemeiner Verbürgerlichung und darin die Voraussetzung für die Wahrnehmung politischer Rechte. Sie wollte also nicht nur über Einheit zur Freiheit, sondern auch über wirtschaftliche Liberalisierung zu politischer Freiheit gelangen. In der Paulskirche hatte die Linke einen Primat der Durchsetzung der politischen Freiheiten gesehen. Im Kontext des Bekenntnisses zur Realpolitik und zu einer zunehmend materialistischen Weltanschauung hatten sich allerdings die Tendenzen verstärkt, die stärker auf positive politische Auswirkungen wirtschaftlicher Liberalisierung und eines mächtigen Nationalstaats setzten.

Seit dem Friedensschluß von Wien im Oktober 1864 ließ sich die deutschlandpolitische Alternative so formulieren: Erhaltung des Status quo und

² J. FRÖBEL, *Kleine Politische Schriften*, Bd. II, 1866, S. 325 ff. und 353 ff., insb. S. 348, 357, 364 ff. und 370 f. (Zitate); *Kommentierung der österreichischen Entwicklung des Jahres 1865*: J. FRÖBEL, *Ministerium*, 1865; DERS., *Korrespondenz* 23.9.1865; DERS., *Verfassungskrisis*, 1865.

längerfristige Arbeit an den inneren Verhältnissen der Einzelstaaten oder kurzfristige Veränderung, also Überwindung des von den Großmächten Anfang 1864 faktisch aufgekündigten Deutschen Bundes mit Hilfe der preußischen Militärmacht. Politiker aus den preußenfreundlichen Fraktionen der Opposition plädierten zunehmend für die zweite Möglichkeit. Hingegen orientierten sich die Süddeutschen und Österreicher, ausgehend von antipreußischen Ressentiments, aber auch aufgrund einer gelasseneren politischen Mentalität, eher auf langfristige Veränderungen. Sie wollten zunächst die inneren Verhältnisse in ihren jeweiligen Staaten verbessern und diese dann zu einem freiheitlichen Bundesstaat zusammenschließen. Bei der Adreßdebatte im November 1864, einer der wenigen Gelegenheiten, da im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats deutschlandpolitische Fragen diskutiert wurden, vertrat Berger diese Auffassung: Er lehnte das Bündnis der deutschen Großmächte ebenso ab wie jede Kooperation mit Rußland, da beides zurück in die reaktionären Zeiten der Heiligen Allianz führe. Österreich hatte in den Augen der deutschsprachigen Liberalen »nur Einen wahren Bundesgenossen, [...] das nichtpreußische Deutschland«. Aber als Realist und Befürworter der Erhaltung des österreichischen Gesamtstaates wollte er, daß Österreich sich »weit mehr als auf alle Bundesgenossenschaften« auf »die eigene Kraft« stütze. Berger münzte unter großem Beifall und Bravorufen die Parole der italienischen Nationalbewegung auf den großösterreichischen Nationalismus um: »Austria farà da se«. Österreich muß sich aus sich selbst wieder zur Kraft und Macht erraffen.« Dies konnte aber für den Demokraten Berger nur auf freiheitlichem Wege gelingen. »In der verhängnißvollen Decade von 1849–1859« habe sich die Idee zentralistischer Reform von oben als Illusion erwiesen und gezeigt, »daß es die Freiheit ist, die zur Einheit führt«. In diesem Sinne war der Fröbelsche Bundesreformvorschlag für Berger ein Ausdruck der Politik eines »neuen«, liberalen Österreich, der mit Preußen gemeinsam durchgeführte Bundesbruch vom Januar 1864 hingegen die Wiederkehr des »alten«.¹

Ein Indiz für die wachsende Kompromißbereitschaft in der norddeutsch-großpreußischen Bewegung dem Bismarck-Regime gegenüber war die in der Öffentlichkeit immer häufiger geäußerte Forderung nach Annexion Schleswig-Holsteins, wie sie etwa von dem Nationalliberalen Heinrich v. Treitschke, dem Achtundvierziger Theodor Mommsen und vom rechten Flügel des Nationalvereins erhoben wurde. Mit seinen »Februarbedingungen« stellte Bismarck Anfang 1865 klar, unter welchen Konditionen Preußen die nach wie vor von der großen Mehrheit in der organisierten Schleswig-Holstein-Bewegung unterstützte Forderung nach Bildung eines neuen Mittelstaates erfüllen werde. Bismarcks Bedingungen waren so formuliert, daß sie für die außerpreußischen Liberalen, die die abflauende Solidaritätsbewegung hauptsächlich trugen, unannehmbar waren, der preußische Ministerpräsident aber gleichwohl als verhandlungsbereit erschien. Zugleich

¹ RR 29. 11. 1864, S. 74 f.

sollte der Vorschlag, der auf ein semi-autonomes Schleswig-Holstein unter preußischer Militärhoheit hinauslief, die Spaltung verschärfen zwischen dem großpreußischen Flügel der Einigungsbewegung, der einen Machtzuwachs der Hohenzollernmonarchie befürwortete, und den Föderalisten.²

Zunächst ging diese Taktik Bismarcks nicht auf. Die organisierte Nationalbewegung überbrückte ihre inneren Gegensätze durch neue Kompromisse: In der Schleswig-Holstein-Bewegung behielt die Richtung die Oberhand, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Bewohner der Herzogtümer bestand. Dies lag nicht zuletzt an der Verbitterung über die Kabinettpolitik der Großmächte, die sich auf dem Weg zum Krieg gegen Dänemark und nun bei den Friedensverhandlungen unbeeindruckt von den Forderungen der nationalistischen Bewegung zeigten. In den süddeutschen Landtagen, der süddeutschen und österreichischen Presse wurde die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen – wie von Bismarck erwartet – scharf abgelehnt. Aber auch der zum großpreußischen Nationalvereinsflügel gehörende Karl Biedermann wies die rein machtpolitischen, Recht und Tradition mißachtenden Argumente der Annexionsbefürworter empört zurück, obwohl er sich mit den Februarbedingungen einverstanden erklärte.³ Ebenso behielten die Gegner der Annexion und einer Zusammenarbeit mit Bismarck 1865 noch die Oberhand im preußischen Abgeordnetenhaus. Auch die Teilnehmer eines hochkarätigen Treffens von Vertretern des 36er-Ausschusses (darunter Franz August Mammen), der nationalistischen Organisationen in Schleswig und Holstein sowie der preußischen Fortschrittspartei beharrten Ende März 1865 mehrheitlich auf der Bildung eines selbständigen Staates unter Friedrich v. Augustenburg. Sie kamen der preußischen Regierung allerdings bei den militärpolitischen »Februarbedingungen« entgegen, wohl um die annexionistischen Tendenzen in den eigenen Reihen ruhigzustellen.⁴

Im Abgeordnetenhaus brachen die deutschlandpolitischen Differenzen innerhalb der Fortschrittsfraktion 1865 nicht mehr offen auf. Löwe, der sich 1864 noch annexionsbereit gezeigt hatte, sprach sich im Juni 1865 wie bei den Koordinierungsgesprächen im März verabredet, wieder eindeutig für das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner, für eine bundesstaatliche Lösung der deutschen Fragen und für einen friedlichen, nicht revolutionären Weg dorthin aus (»Wir wollen die Einheit nicht um jeden Preis«). Er führte dabei ein bemerkenswertes machtpolitisches Argument ins Feld,

² O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 473 ff. Vgl. H. v. TREITSCHKE, Lösung, 1865, insb. S. 170 f. und 186 f.; C. JANSEN, Theodor Mommsen, 1995, S. 43 ff.; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 372 f.

³ Beobachter 25. 2. 1865 (Leitartikel, ev. von C. Mayer); Württ. LT 22. 3. 1865; C. MAYER, Theilung, 1865; J. FRÖBEL, Schleswig-holsteinische Sache, 1866; K. BIEDERMANN, Hr. v. Treitschke, 1865; H. v. TREITSCHKE, Biedermann, 1865. Vgl. H. Jordan, 1918, S. 117.

⁴ A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 373 f.; Theodor Mommsen (an Tycho Mommsen 8. 4. 1865) bezeichnete diese Zusammenkunft als »naive Konferenz der Herren süddeutscher und schleswig-holsteinischer Partikularisten mit den Spitzen des Berliner Gutmütigkeits-Fortschritts«. Zit. nach C. JANSEN, Theodor Mommsen, 1995, S. 46.

das Rückschlüsse auf seine Prioritäten zuläßt: Er stellte dem durch die Annexion Schleswig-Holsteins erzielbaren Bevölkerungsgewinn von »nicht einmal 900000 Menschen« entgegen, daß Preußens Bevölkerung jährlich »beinahe um eine Million« wachse. Man müsse nur »zurückkehren auf die Wege, die unser Staat leider im Jahre 1849 verlassen hat, [...] zur allgemeinen Gewerbefreiheit, zur Freizügigkeit«. Wenn man dann noch weitere, das Wachstum der großen Städte behindernde Regelungen abschaffe und »wenn es auf die Machtvermehrung durch die Größe der Bevölkerung ankommt, so können Sie auf diesem Wege viel schneller das Ziel Ihrer Wünsche erlangen als durch irgend eine Eroberung«. ⁵ Löwe hielt damit den Annexionsbefürwortern das für eine wachsende Zahl der Großpreußen typische Argument entgegen, daß die wirtschaftliche Liberalisierung und Modernisierung der entscheidende Motor sowohl für einen Machtzuwachs Preußens als auch für dessen freiheitliche Entwicklung sei. Archaische Vorgehensweisen wie die militärische Eroberung waren in den Augen dieser achtundvierziger Demokraten, die zu Wirtschaftsliberalen wurden, nur mehr von untergeordneter Bedeutung.

Wenn auch noch nicht in ihren öffentlichen Äußerungen, so ist doch in den Korrespondenzen einiger großpreußischer Demokraten bereits 1865 das Abrücken vom Programm der Bildung eines neuen Mittelstaates zugunsten der möglichst weitgehenden Angliederung deutscher Territorien an Preußen zu beobachten. Die früheste Äußerung in dieser Richtung findet sich innerhalb der Paulskirchenlinken nicht bei einem späteren Nationalliberalen, sondern bei dem Demokraten Max Simon aus Breslau (einem Vetter Heinrich Simons und Fanny Lewalds). »Der Imperialismus, welcher jetzt die europäische Welt beherrscht, scheint bestimmt zu sein, den Acker zu pflügen, zu eggen und zu düngen, auf welchem die deutsche Freiheit und Einigkeit wachse«, schrieb er an seinen Freund Jakob Venedey. »Ich bin nach wie vor Annexionist, und halte dafür, daß, wie einmal die Macht- und Bildungsverhältnisse liegen, das nationale Bewußtsein zunächst in die höheren Regionen kommen muß, bevor es auf der breiten Grundlage Früchte tragen wird. Dazu ist die Annexions-Politik vortrefflich, und der Moment muß doch kommen, wo die Herren von Oben an das Volk appelliren müssen.« ⁶ Max Simon knüpfte damit an den demokratischen Unitarismus der Revolutionszeit an. Ähnlich wie er argumentierten auch die prominenteren Annexionsbefürworter aus der Paulskirchenlinken, Ludwig Bamberger und Arnold Ruge: Aufgrund der unterentwickelten politischen Kultur der Deutschen sei zunächst die Schaffung eines mächtigen Nationalstaats notwendig. Auf diesem großzügig umgepflügten »Acker« werde sich dann auch die »deutsche Freiheit« entwickeln. Außerdem spekulierten sie darauf, daß eine preußische Expansion innerhalb des Bundesgebietes zu einem europäischen

⁵ HdA I. 6. 1865, S. 1843 ff., und 13. 6. 1865, S. 2119 ff.

⁶ M. Simon an Venedey 26. 9. 1865 (BA 90 Ve 1/50). Simon hatte drei Jahre zuvor noch die »Einheit des verfassungstreuen Liberalismus« propagiert (HdA 4. 7. 1862, S. 459).

Krieg führen werde – und damit zu der Situation, in der »die Herren von Oben an das Volk appellieren«, d. h. im Gegenzug für die Teilnahme an einem Nationalkrieg demokratische Zugeständnisse machen müßten.

Um die Triebkräfte freiheitlicher und emanzipatorischer Politik und letztlich um unterschiedliche politische Zeithorizonte ging es auch in einer Kontroverse, die enge Freunde aus Paulskirche und Exil, nämlich Ludwig Simon, Carl Mayer, Georg Friedrich Kolb, Wilhelm Löwe und Ludwig Bamberger im Sommer und Herbst 1865 öffentlich austrugen. Sie zeigt außerdem, wie die deutschlandpolitische Epochenwende von 1866 auch lang erprobte politische Gemeinsamkeiten zerbrach. Ludwig Simon zählte zur kleinen Gruppe kosmopolitischer Demokraten, Mayer und Kolb bekannten sich zum demokratischen Föderalismus, der einen Hauptströmung der bürgerlichen Linken Mitte der 1860er Jahre, Löwe und Bamberger dagegen zu der anderen, großpreußischen Haupttrichtung, wobei Löwe die klassische, demokratische, Bamberger die seit 1864 an Einfluß gewinnende autoritär-revolutionäre Strömung repräsentiert.

Ausgangspunkt der Kontroverse waren zwei Reden, die Simon und Bamberger am 27. Mai 1865 beim »deutschen Turnfest« in Paris hielten, wo als dritter Redner mit Gottfried Kinkel ein weiterer, prominenter Achtundvierziger auftrat. Simon hatte dort so sehr die »wunderbare Gleichheit«, die die französische Gesellschaft bestimme, gepriesen, daß selbst Mayer glaubte, den Lesern des Parteiorgans der Demokratischen Volkspartei in Württemberg den Text nicht ohne Kommentierung zumuten zu können. Simon sei »durch ein sechzehnjähriges Exil bis zur Verbitterung scharf geworden« und stecke immer noch in »seinem rostigen achtundvierziger Harnisch«. In einer Zeit wachsender Franzosenfurcht und zunehmender Forderungen nach der Rückgewinnung des Elsasses und Lothringens setzte Simon der durch Halbherzigkeit und das Fortbestehen von allerlei Standesprivilegien gekennzeichneten »deutschen Freiheit« die Ideen von 1789 entgegen. Er rechtfertigte, »daß Frankreich von Zeit zu Zeit seine Freiheit opfert, um sich in Einheit und Kraft zusammenzufassen und den Rückschritt der Welt zu verhindern«. Diese Propaganda für Frankreich als Sitz des welthistorischen Fortschritts, die auch die Unterdrückung der Freiheit durch das bonapartistische Regime rechtfertigte, führte dazu, daß die liberale preußische Presse Simon einmal mehr unterstellte, im Sold Napoleons zu stehen. Aber Simons Hymnen gingen auch seinen demokratisch-föderalistischen Gesinnungsgenossen zu weit, deren Presse gerade Mitte der 1860er Jahre voll war von Gründen, warum keinesfalls die Freiheit der Einheit untergeordnet werden dürfe. Ähnlich wie der »Beobachter« monierte auch Georg Friedrich Kolb in der »Neuen Frankfurter Zeitung«, Simon habe wohl »der Glanz des Großen den Blick für das Wahre getrübt«. Spätestens Simons Rechtfertigung gegen die massive Kritik an seinen Ausführungen macht die Relativität der von vielen führenden Demokraten vertretenen politischen Prinzipien deutlich. Simon verwies auf den politisch-taktischen Hintergrund seiner Äuße-

rungen: seine in Paris lebenden Landsleute auf Vorzüge der französischen und Defizite der deutschen Gesellschaft aufmerksam zu machen, ihnen zu sagen, »was ihnen fehlt, nicht was sie haben, um ihnen zu nützen, statt ihnen zu schmeicheln«.7

Auch den Abdruck der Rede Bambergers leitete Mayer im »Beobachter« mit einer Vorbemerkung ein, die die Differenzen zwischen den verschiedenen nationalistischen Parteien deutlich markierte. Mayer bezeichnete den Gegensatz zwischen Bamberger, den er einen »Unitarier und Centralisten« nannte, und der eigenen Position als ebenso »unversöhnlich« wie »den von 1793« zwischen Jakobinern und Girondisten. Während er sich selbst damit als gemäßigten Republikaner charakterisierte, deutete er zugleich an, daß in seinem Freund Bamberger ein potentieller deutscher Robespierre stecke. Mayer begriff somit die Spaltung der Demokraten von 1848/49 bereits in derselben Weise, die hier in die Begriffe »demokratische Föderalisten« und »autoritäre Revolutionäre« gefaßt wird. Zutiefst davon überzeugt, daß die deutschen Staaten zunächst liberalisiert und erst dann vereinigt werden müßten, fürchtete Mayer jedoch nicht, daß es in Deutschland je zu einer unitarischen Diktatur kommen werde. Denn »wenn dereinst einmal auf dem Boden der Freiheit um deren Form gestritten werden kann, so wird sich deren Wesen so festgestellt haben, daß der Sieg des Föderalismus zum Voraus entschieden ist«. Auch Bamberger setzte sich in seiner Turnfestrede für eine Fortsetzung der deutsch-französischen Aussöhnung ein, nahm jedoch eine grundlegend andere Haltung als Ludwig Simon ein, indem er nicht den Deutschen Frankreich als Vorbild vorhielt, sondern versuchte, französische Ängste vor Deutschland zu zerstreuen, die daraus resultierten, daß »die inhalts- und wesenslosen Formeln vom ›Blut und Eisen‹« als Indizien einer künftigen Bedrohung Frankreichs durch Deutschland allzu ernstgenommen würden. In dieser Rede begann Bamberger sein 1868 mit der Aufsatzserie »Monsieur de Bismarck« fortgesetztes Vorhaben, im Nachbarland die Angst vor dem preußischen Ministerpräsidenten und künftigen Bundeskanzler zu zerstreuen.

In seiner pathetischen, teilweise mit alttestamentarischen Formeln operierenden Sprache kam Bamberger dem herrschenden nationalistischen Zeitgeist weitaus stärker entgegen als Simon mit seinem frankophil-internationalistischen Kult der Ideen von 1789. Bamberger vertrat vehement das nationale Selbstbestimmungsrecht und feierte die in Frankreich mißtrauisch registrierte Eroberung Schleswig-Holsteins. Unter Verweis auf den amerikanischen Bürgerkrieg, der in der liberalen Kontroverse um Föderalismus oder Unitarismus Mitte der 1860er Jahre von beiden Seiten als Argument ins Feld geführt wurde und den Bamberger als Sieg des unitarischen Nordens über den »partikularistischen« Süden interpretierte, folgerte er: »Auch das

⁷ L. SIMON, Rede Turnfest, 1865; DERS., Aus einem Brief, 1865; C. MAYER, Ludwig Simons Rede, 1865; G. F. KOLB, Zu Ludwig Simons Rede, 1865. Vgl. C. JANSEN, Bild der Französischen Revolution, 1998.

Heil Deutschlands kann nur erstehen [...] unter dem Zeichen eines wahrhaft streng geeinigten Deutschlands, ohne föderalistische Halbheit [...]. Das Vaterland ist unerbittlich, wie der Gott der Bibel; es ist das Einzig Eine und Untheilbare, und es spricht zu dir wie Er: [...] keine anderen Götter sollst du haben neben mir!«⁸

Der Rede Bambergers hatte Mayer nur deshalb im Parteiorgan der Demokratischen Volkspartei so breiten Raum gegeben, um daran eine ebenso ausführliche Kritik anzuschließen, in der er die deutsche politische Landschaft als Vier-Parteien-System beschrieb: Auf der einen Seite stünden die vom Status quo ausgehenden Kräfte, geschieden in »Partikularisten«, die alle bestehenden deutschen Staaten erhalten, und »Gothaer«, die möglichst viele von ihnen »der Pickelhaube des preußischen Cäsarismus« unterwerfen wollten. Auf der anderen Seite sah Mayer die »nach einer Wiedergeburt der deutschen Nation ringenden« Kräfte. In dieser zweiten Gruppe unterschied er »revolutionäre Centralisten und Unitarier« wie Bamberger und die demokratischen Föderalisten, die »die beiden Großmächte [...] im Sinne germanischer Freiheit negiren und in der vorläufigen Coalition der Klein- und Mittelstaaten [...] einen Hebel [...] zur Herbeiführung eines demokratischen und natürlich gegliederten, wirklichen Bundesstaates anstreben«. Mayer distanzierte sich damit von den Triasideen Fröbels, die von manchen deutschen Regierungen geteilt wurden, und war im Überschwang der Mobilisierungserfolge der württembergischen Volkspartei davon überzeugt, daß auf dem Wege des allmählichen Zusammenschlusses die Verhältnisse in Deutschland revolutioniert werden könnten. Mayer beschwor deshalb die »revolutionären Unitarier«, »nicht noch tiefer [...] in die Genossenschaft mit den Bestrebungen der cäsaristischen Partei hineinzugerathen«.

Mayers Einschätzung, man könne die großpreußischen Demokraten in größerer Zahl ins föderalistische Lager herüberziehen, erwies sich als unzutreffend. Während sein Programm, das auf eine Neugliederung des gesamten Bundesgebietes hinauslief, allenfalls langfristig realisierbar war, übte die risikofreudige Politik der Regierung Bismarck gerade deswegen so großen Reiz auf Mayers Ex-Genossen aus, da sie eine grundlegende Änderung der Verhältnisse in Deutschland kurzfristig zu realisieren versprach. Mayers Kritik an Bamberger folgte einem ähnlichen Muster wie die an Ludwig Simon. Sie erklärte die Differenzen innerhalb der achtundvierziger Linken vornehmlich biographisch, und ihr lag die Vorstellung zugrunde, derzufolge alle Nationen einen je eigenen Weg zu gehen hätten. In den Augen der demokratischen Föderalisten Mayer, Kolb usw. waren die Anschauungen sowohl von Simon als auch von Bamberger »durch langen Aufenthalt im Mittelpunkt [...] der »großen Nation« verblendet«: Simon übertrug in ihren

⁸ L. BAMBERGER, Rede, 1865. Zu Bambergers »Monsieur de Bismarck« vgl. M. L. WEBER, 1987, S. 119ff. Den amerikanischen Bürgerkrieg verwendete auch Mayer in seiner Entgegnung als Argument: C. MAYER, Ludwig Bamberger's Rede, 1865. Vgl. außerdem R. ULLNER, 1965, S. 93ff.

Augen die Ideen von 1789 ebenso schematisch auf Deutschland wie Bamberger den zentralistischen Einheitsstaat, der nach Ansicht der demokratischen Föderalisten der »germanischen Freiheit« widersprechende Staatsform war. Auch die italienische Befreiung, für die sich Bamberger begeistert hatte und bei der »der Gegensatz gegen die Fremdherrschaft mit sich brachte, daß die Nationalisierung mehr betont werden mußte als die Freiheit«, sei kein »empfehlenswerthes Muster für andere Völker«.

Mayers Glaube an die »germanische« Idee der Freiheit oder – modern gesprochen – an einen deutschen Sonderweg äußerte sich auch darin, daß er gegen Bambergers alttestamentarische Phrasen nicht nur leichte Ironie setzte, sondern als ernstgemeintes Argument hinzufügte: »Dem semitisch-zeilotischen Monotheismus« sei »die germanische Weltanschauung« vorzuziehen, »welche in dem freien Zusammenspiel der Naturgesetze und der von ihnen geregelten Kräfte ihr Höchstes verehrt«. Angesichts der deutschlandpolitischen Zuspitzung setzten die verschiedenen Fraktionen der Paulskirchenlinken auf unterschiedliche Formen der Emotionalisierung des Nationalismus und seine Verwandlung in eine Ersatzreligion: entweder auf die religiöse Aufladung à la Bamberger, der sich wie die Nationalisten West-, Süd- und Nordeuropas biblischer Vorstellungen bediente, oder auf die Anknüpfung an autochthone, mystische Vorstellungen vom Germanentum.⁹ Es ist außerordentlich charakteristisch für die weitere Entwicklung der deutschen Ideologie, daß in der Paulskirchenlinken der Rekurs auf das Germanentum zuerst bei Demokraten und Republikanern nachzuweisen ist. Der deutsche Radikalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war keineswegs universalistisch ausgerichtet; seine Wurzeln lagen nicht nur in den Ideen von 1789, sondern auch in einer politisierten Romantik. Zwar gab es innerhalb des demokratischen Föderalismus eine kosmopolitische Strömung; aus der Paulskirchenlinken sind ihr Ludwig Simon¹⁰, Carl Vogt und Jodokus Temme zuzurechnen. Aber generell ist ein Eintreten für politisch-ideologische Westbindung eher bei der großpreußisch-autoritären Strömung, die auf den Weg über die Einheit zur Freiheit setzten, zu finden als bei den demokratischen Föderalisten. Die Annahme, der Nationalstaat schaffe die besten Voraussetzungen für eine liberale Verfassung, resultierte ja auch vornehmlich aus einer Analyse der historischen Entwicklung in Großbritannien und Frankreich.

⁹ C. MAYER, Ludwig Bambergers Rede, 1865. Zum Syndrom der »deutschen Freiheit«, das sich bei vielen Paulskirchenlinken findet, so z. B. bei W. LÖWE (HdA 14.2.1865, S. 155 ff.) oder J. VENEDEY (Treitschke, 1866, S. 23 u. ö.), nach wie vor grundlegend: L. KRIEGER, 1957.

¹⁰ L. Simon hielt Bamberger, als dieser 1867 wieder einmal geschrieben hatte, das Vaterland wolle keine Götter über sich, lakonisch entgegen: »Ich habe noch einen drüber, die Menschheit. Warum sollte sonst nicht die Commune, die Provinz, der Einzelstaat ebenfalls sagen: »Du sollst keinen Gott neben mir haben!« (8. 2. 1867; BA 90 Ba 3/181).

Als die Großmächte mit dem Gasteiner Abkommen vom August 1865 noch einmal einen Modus für die gemeinsame Verwaltung der eroberten Herzogtümer ausgehandelt hatten, sah die Einigungsbewegung darin ein klassisches Beispiel für die rücksichtslose Kabinettspolitik und den »Länderschacher« der Großmächte, die den Willen des »Volkes« ignoriere. Das Abkommen trennte die »op ewig ungedeelten« Herzogtümer: Holstein kam unter österreichische, Schleswig sowie Lauenburg (gegen Zahlung von 2,5 Mio dänischen Talern an Österreich) unter preußische Verwaltung. Friedrich v. Augustenburg wurde endgültig ausmanövriert. Die Empörung blieb jedoch weitgehend auf die Presse und die oppositionellen Aktivisten beschränkt. Mayer analysierte im »Beobachter« das Gasteiner Abkommen als Anfang der Aufteilung Deutschlands zwischen den Großmächten und sagte bereits einen Krieg Preußens im Bündnis mit Napoleon voraus, der Österreich aus dem Deutschen Bund herausdrängen werde. In diesem Artikel bediente sich Mayer erstmals der Dämonisierung Bismarcks, um die antipreußischen Ressentiments in der Demokratischen Volkspartei zu schüren. Mayer rief »jeden einzelnen erwachsenen Mann« auf, »sich an den gemeinschaftlichen Vorbereithungen des gerechten Widerstandes zu betheiligen«. Er setzte jedoch nicht auf kurzfristige Mobilisierung. Die Konsequenz aus den Niederlagen der demokratischen Einigungsbewegung seit 1848 müsse eine verbesserte Organisation sein, weshalb flächendeckend »Volksvereine« gegründet werden sollten. Mayer endete pathetisch: »Laßt uns keine lauen Bürger sein, damit wir keine Lauenburger werden!«¹¹

Nicht nur in Württemberg bedeutete das Gasteiner Abkommen einen starken Impuls für den Ausbau der Demokratischen Volkspartei. Jedoch bereits beim ersten überregionalen Treffen der Volkspartei in Darmstadt am 18. September 1865, von dessen 40 Teilnehmern mit Mayer, Roßmähler und Wuttke mindestens drei der Paulskirchenlinken angehörten¹², zeigte sich die begrenzte politische Mobilisierungsfähigkeit der demokratischen Föderalisten außerhalb der Hochburgen des bürgerlich-republikanischen Radikalismus in Südwestdeutschland, Franken, Thüringen, Sachsen und Berlin. Außerdem brachen politische Gegensätze auf, die Mayer und der in Darmstadt nicht anwesende Kolb in einer Pressefehde austrugen. Die Württemberger beharrten auf ihrem Programm einer deutschen Eidgenossenschaft, zu der sich die liberalen Staaten nach dem Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise zusammenschließen sollten. Der Kopf der Demokratischen Volkspartei in Baden, Ludwig Eckardt, Georg Friedrich Kolb u. a. hingegen stellten bis zur Klärung der deutschlandpolitischen Situation die Organisierung an sich in den Mittelpunkt. Sie sprachen sich ge-

¹¹ C. MAYER, *Theilung*, 1865; G. F. KOLB, Leitartikel, in: *FfZ* 1.9.1865; ähnl. etwas später auch L. SIMON, *An den letzten Präsidenten*, 1865. Vgl. G. RUNGE, 1970, S. 42 ff. Zu den Reaktionen auf das Gasteiner Abkommen: Fetzer an Venedey 22.9.1865 (BA 90 Ve 1/16); H. JORDAN, 1918, S. 120f.

¹² Jacoby konnte wegen eines Gefängnisaufenthalts nicht kommen.

gen programmatische Festlegungen aus, die über das allgemeine Ziel eines demokratisch regierten Bundesstaates hinausgingen. Mehr Gewicht als diesen eher nebulösen Gegensätzen ist der Eitelkeit der einzelnen regionalen Parteiführer beizumessen, die sich im verletzenden Ton der Auseinandersetzung äußerte. Hinzu kam das strukturelle Grundproblem der Volkspartei, daß eine konsequent demokratisch-föderalistische Partei kaum eine schlagkräftige, zentral geführte Organisation aufbauen konnte.¹³

In diesem Kontext verstärkten sich sowohl auf der großpreussischen als auch auf der föderalistischen Seite Tendenzen, die die Formelkompromisse ablehnten, auf denen der Nationalverein basierte, der durch die fortschreitende Parteibildung weitgehend paralytisch war. Wie sein Freund Jakob Venedey im Jahr zuvor plädierte nun auch Carl August Fetzer, der im 36er-Ausschuß reiche Erfahrung mit den Versuchen des Nationalvereins gesammelt hatte, die Einigungsbewegung im großpreussischen Sinne zu steuern, klipp und klar für die »Auflösung des Nationalvereins«. Er sah keinen Sinn mehr in der Zusammenarbeit mit den Großpreußen, mit denen »sich der ächte Föderalist nie verständigen kann«, und plädierte nun für »eine richtige, offene, ehrliche Parteibildung«.

Dabei dachte der spätere Nationalliberale Fetzer 1865 noch an eine »demokratische« Partei, die »die bundesstaatliche Einheit [...] so versteht, daß kein Staat von vornherein eine Präponderanz über die anderen haben, sondern das Schwergewicht in das Parlament [...] und die von demselben abhängige Centralgewalt verlegt seyn soll, was nie geschehen wird, wenn die deutsche Einheit im Wege der Aufsaugung oder eigentlich [...] eines Helotenthums, bei welchem die Bundesgenossen nur Pflichten und keine parlamentarischen Rechte erhalten, erfolgen soll«. Fetzer plädierte für einen Mittelweg zwischen dem Radikalismus der Demokratischen Volkspartei, die unter der Führung von Carl Mayer bereits 18 Monate zuvor aus der oppositionellen Einheitsfront ausgeschert war, deren Preußenhaß Fetzer aber ablehnte, und der Unterwerfung unter die preussische Macht.

Als Fetzer zusammen mit Julius Hölder im Herbst 1865 mit einer, gegen die Volkspartei gerichteten Parteigründung an die Öffentlichkeit trat, waren seine Vorstellungen deutlich pragmatischer geworden. Er hatte sich den württembergischen Großpreußen um Hölder angenähert. Für die neue Partei sollte »die Einheit des deutschen Vaterlandes [...] über jeder Frage der ihm zu gebenden Verfassungsform« stehen. Das von der Demokratischen Volkspartei propagierte Prinzip »Freiheit über Einheit« kehrten Fetzer und Hölder damit um. Sie wollten vor allem die Entstehung einer Grenze an der

¹³ C. MAYER, Verständigung, 1865; G. F. KOLB [?], FfZ 25. 10. 1865, S. 2 f. Vgl. S. NA'AMAN, Nationalverein, 1987, S. 244 ff., mit einer detaillierten Analyse des Scheiterns der Gründung einer bundesweiten Volkspartei. R. WEBER, 1962, S. 217 ff., konstruiert einen allzu simplen Gegensatz zwischen den »antirevolutionären« württembergischen Demokraten und den »Revolutionären« um Eckardt und Ludwig Büchner, dem schon das von ihm selbst ausgebreitete Material teilweise widerspricht; A. BIEFANG, Preußisches Bürgertum, 1994, S. 379 f.; G. MAYER, 1969, S. 22.

Mainlinie, also eine Staatsgründung unter preußischer Führung ohne Süddeutschland verhindern. Dazu waren sie – ebenso wie entsprechende Initiativen in Baden, Hessen und Bayern – Preußen gegenüber zu erheblichen verfassungspolitischen Zugeständnissen bereit.¹⁴

Auch die Befürworter einer Annexion Schleswig-Holsteins und der nationalstaatlichen Revolution von oben planten die Gründung einer eigenen, »spezifisch preußischen Partei«. Zu den Sympathisanten solcher Bestrebungen zählten in der Paulskirchenlinken neben Max Simon vor allem die noch im Exil lebenden Ludwig Bamberger und Arnold Ruge. Für die gesamte Paulskirchenlinke galt jedoch, daß sie, wo auch immer sie sich an Partei- oder Organisationsgründungen beteiligte, wenigstens verbal an den Forderungen nach verfassungsmäßigen Freiheitsgarantien und demokratischer Selbstbestimmung des deutschen Volkes festhielt.

3. Das Scheitern einer großpreußisch-demokratischen Politik

Bei der Sitzung des 36er-Ausschusses am 3. September 1865 plädierten die vier anwesenden Mitglieder der Paulskirchenlinken (Fetzer, Kolb, Mammen und G. Tafel) gegen den Rat der großpreußischen Häupter der Einigungsbewegung für eine Einberufung der Versammlung deutscher Landtagsabgeordneter, um gegen das Gasteiner Abkommen zu protestieren, obwohl klar war, daß aus Preußen und Österreich nur wenige Parlamentarier kommen würden. Den demokratischen Föderalisten war es wichtiger, eindeutig Position zu beziehen und Solidarität mit den Bewohnern Schlesiens und Holsteins zu üben, die sich der neuen Fremdherrschaft widersetzen, als die formelle Einheit der nationalistischen Bewegung durch die Vermeidung strittiger Themen zu erhalten.

Vor dem Hintergrund fortschreitender Spaltung entlang der Frage, ob die nationale Einigung oder Liberalisierung und Demokratisierung Vorrang haben müsse, und unter zunehmendem politischen Druck der Großmächte trat am 1. Oktober 1865 die Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen zusammen. Beinahe wäre sie von den militärisch-monarchischen Regimes in Berlin und Wien verboten worden, die seit ihrer in Gastein besiegelten, erneuten Zusammenarbeit wieder schärfer gegen ihre Kritiker vorgingen. Möglicherweise hätte eine Unterdrückung der Abgeordnetenversammlung zu einem Schulterschuß der Opposition geführt. Bismarck setzte jedoch mit dem Argument, der Abgeordnetentag werde ein »voraus-

¹⁴ C. A. FETZER/J. HÖLDER, 1866; Fetzer an Venedey 29. 6. (Zitate) und 27. 9. 1865 (BA 90 Ve 1/16); A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 375 f. Zu Fetzers Initiative, eine Mittelpartei zu bilden, vgl. C. MAYER, 29. Oktober, 1865; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974 S. 329 f. Ähnl. in Bayern Umbscheiden: Bayr. LT 30. 8. 1866, S. 147.

sichtliche[s] fiasco« erleiden, einen einstweiligen Verzicht auf eine offene und massive Verfolgung der Nationalbewegung durch. In der Tat machte die Versammlung die Krise der freiheitlich-nationalistischen Organisationen deutlich. Statt, wie im Dezember 1863, 490 waren jetzt nur 271 Mitglieder deutscher Landesvertretungen angereist. Die Zahl der anwesenden Männer aus der Paulskirchenlinken war von 13 auf 10 weniger stark zurückgegangen. Jedoch ergriff keiner von ihnen das Wort.¹

Der Absagebrief des großpreußischen Paulskirchenabgeordneten Friedrich Siegmund Jucho macht deutlich, warum viele Abgeordnete der Versammlung fernblieben. Er fand einen Abgeordnetentag sinnlos, der »sich darauf beschränkt, Beschlüsse zu fassen und Resolutionen der Welt zu verkünden. Sie werden nicht beachtet werden, und je schärfer und entschiedener sie lauten, um so nachtheiliger wird ihre Erfolglosigkeit auf Ansehen und Einfluß der Volksvertretungen wirken. Will man sich bei tapferen Worten nicht begnügen, so muß man Stützen haben, auf die man sich verlassen kann. Die Volksstimmung, der natürlichste Halt einer Abgeordnetenversammlung, gewährt bei den sehr getheilten Ansichten, welche in den verschiedenen Theilen Deutschlands über die [...] zu verhandelnden Fragen herrschen – der deutlichste Beweis hierfür liegt in dem voraussichtlichen Ausbleiben aller österreichischen und fast aller preußischen Abgeordneten – zur Zeit keine Stütze. [...] Im Ausland, in Paris oder London, aber können und werden *deutsche* Volksvertreter ihre Stütze nicht suchen. Was bleibt übrig? Die sehr zweifelhafte Macht der s. g. Mittelstaaten, deren Unfähigkeit erst vor anderthalb Jahren klar zu Tage getreten ist. Meiner bescheiden Ansicht nach werden die deutschen Interessen durch nichts mehr gefährdet und geschädigt, als durch die Politik dieser Staaten, und ich halte es für weit gerechtfertigter, trotz Bismarck mit Preußen zu gehen.«²

Das Dilemma der bürgerlichen Linken, das Jucho beschrieb, bestand einerseits in ihrer Uneinigkeit in allen deutschlandpolitischen Fragen, ander-

¹ Anwesend waren die Pfälzer Christmann, Kolb, F. Tafel und Umscheiden, die Württemberger Fetzer, Nägele und G. Tafel, Hoffmann aus Sachsen-Meiningen, Mammen aus Sachsen und Grumbrecht aus Hannover (AT IV, S. 3 ff.); E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 511 f.; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 381 (Bismarck-Zitat); zur zunehmenden Repression in Preußen 1865 vgl. T. PARENT, 1982, S. 285 ff. (Unterdrückung des Kölner Abgeordnetenfestes). Wenn Krautkrämer (G. F. KOLB, Lebenserinnerungen, 1976, S. 23) behauptet, Kolb sei auf dem Abgeordnetentag im Oktober 1865 »wortführend« gewesen, so ist davon jedenfalls kein Satz in das offizielle Protokoll eingegangen!

² Jucho an S. Müller o. D. [Sept. 1865] (SUBF Ms.Ff. FS. Jucho A.1). Mit seinem Verweis, ein deutscher Abgeordneter dürfe sich nicht auf London oder Paris stützen, war Jucho der Bismarckschen Propaganda aufgesessen. Bismarck hatte im September die Sprachregelung an die Presse gegeben, »die Unterstützung, welche die Nationalbewegung [...] bei ihrer Beurteilung des Vertrags von Gastein durch die englische und französische Regierung erführe, zeige, was man von Kräften zu halten habe, die sich vom Ausland abhängig zu machen bereit seien« (L. GALL, Bismarck, 1993 S. 341; O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 595).

rerseits darin, daß sie auf keine wichtige deutsche Regierung maßgeblichen Einfluß hatte. Daraus zogen die demokratischen Föderalisten, die von dem Abgeordnetentag eine Bestätigung der Schleswig-Holstein-Politik des 36er-Ausschusses und eine Verurteilung der Eigenmächtigkeiten Preußens und Österreichs erwarteten und die Diskussion bestimmten, die Konsequenz, einen Massenanhang zu organisieren und durch Reformpolitik in den Einzelstaaten sowie durch deutschlandpolitische Demonstrationen und Resolutionen Stimmung gegen die Militärmonarchien zu machen. Diejenigen, die wie Jucho »trotz Bismarck mit Preußen gehen« wollten, versuchten einerseits weiterhin, Bismarck zu stürzen, rieten aber, in der Deutschlandpolitik und konkret in der Frage der Annexion Schleswig-Holsteins eine klare Festlegung zu vermeiden und die weitere Entwicklung abzuwarten.

Der Versuch Biedermanns, einen Kompromißantrag für den Abgeordnetentag auf der Basis der Bismarckschen Februarforderungen zu formulieren, war an diesen inneren Gegensätzen und insbesondere am Widerstand des 36er-Ausschusses gescheitert.³ Daraufhin beschlossen auf Biedermanns Initiative hin fünfzehn preußische Fortschrittsabgeordnete mit einer ähnlichen Begründung wie Jucho, nicht an der Abgeordnetenversammlung teilzunehmen: Es werde dort nur »die Spaltung der liberalen deutschen Partei« dokumentiert und allenfalls eine Resolution beschlossen werden, die weder die Preußen noch die Süddeutschen bei ihren Regierungen durchsetzen könnten, schrieb Schulze-Delitzsch an Biedermann. Nur Löwe, der Mitglied des 36er-Ausschusses war, und Zabel, der leitende Redakteur der National-Zeitung, wollten nach Frankfurt fahren. Sie blieben nach der Mehrheitsentscheidung aber ebenfalls zu Hause.⁴

Die Uneinigkeit im Vorfeld und das Fernbleiben der großpreußischen Linken nahmen der Abgeordnetenversammlung vom 1. Oktober 1865 den Charakter eines Ersatzparlaments oder auch nur eines Forums der gesamten Einigungsbewegung. Dies gehörte ebenso zu den Ursachen für das Schweigen der anwesenden Veteranen aus der Nationalversammlungsoption wie die straffe Tagungsregie und der starre Ablauf, der für offene Debatten kaum Platz ließ. Hinzu kam eine gewisse Ratlosigkeit über das weitere politische Vorgehen, der Fetzer, der als Mitglied des 36er-Ausschusses zum inneren Kreis der Nationalbewegung gehörte, in seinen Briefen Ausdruck

³ Biedermann hatte seine Argumente für einen inneren Ausgleich der Einigungsbewegung auch in einer Artikelserie in der DAZ (5.-27.9.1865) ausführlichst vorgebracht. Vgl. H. JORDAN, 1918, S. 121 f.

⁴ K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, Bd. II, S. 248 ff. (Zitat: S. 254); ebd. S. 261 ff. zu seiner allmählichen Annäherung an die Annexionisten im Laufe des Jahres 1866; Löwe an Paur 25.9.1865 (AkadW/120). Zur Leipziger Diskussion im 36er-Ausschuß, der mit 14:5 Stimmen (also in Abwesenheit der Hälfte seiner Mitglieder) den Abgeordnetentag einberief: Fetzer an Venedey 22.9.1865 (BA 90 Ve 1/16). Vgl. J. HEYDERHOFF, 1925, S. 253 ff.; A. BIEFANG, *Politisches Bürgertum*, 1994, S. 376 ff. Fetzers Darstellung läßt sich mit der Biefangs von einer knappen (er vermutet: 10:9) Entscheidung für die Einberufung des Abgeordnetentages nicht in Übereinstimmung bringen.

verlieh: Einerseits sei eine Protestresolution gegen das Gasteiner Abkommen nicht mehr als »bloße Worte«. Andererseits bedürften die Bewohner der Herzogtümer, die sich gegen die »Vergewaltigung« durch die deutschen Großmächte wehrten, jeder »moralischen Unterstützung«. Die Wirkung eines Appells der Abgeordneten wollte Fetzer dadurch erhöhen, daß zugleich »in ergreifender Rede allem Volke zum Bewußtseyn gebracht würde, daß die gesetzlichen Mittel, worüber der [36er-]Ausschuß zu verfügen hatte, erschöpft sind und derselbe ebendeshalb sein Mandat niederlegen würde.« Die Selbstauflösung sollte ein letzter Appell an die Öffentlichkeit sein, ohne daß jedoch Hoffnung bestand, daraus werde eine erfolversprechende politische Initiative erwachsen.

Die Uneinigkeit der Linken im Jahr der deutschlandpolitischen Weichenstellungen und die Unmöglichkeit, selbst unter den alten Parlamentsgenossen durch rationale Diskussion zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen, führten bei Fetzer zu einem resignativen Fazit. An Venedey, der am demokratischen Föderalismus festhielt, während Fetzer sich dem großpreussischen Lager näherte, schrieb er: »Wie schwer muß es seyn, sich über die deutsche Frage zu verständigen, wenn Freunde, die einander wohlwollen und die dasselbe Ziel mit den wesentlich gleichen Mitteln erstreben, so viele Worte nöthig haben, um sich zu verstehen.«⁵ Das Scheitern der Verständigung innerhalb der bürgerlichen Linken über zentrale politische Anliegen erklärt einerseits die abnehmende Attraktivität von Versammlungen, die den Anspruch erhoben, man könne durch Diskussion zu rationalen Lösungen gelangen. Andererseits erhöhte es die Anziehungskraft von Vorgehensweisen, die Lösungen autoritär herbeiführten.

Unmittelbar nach dem Abgeordnetentag griff der sächsische Paulskirchendemokrat Wilhelm Michael Schaffrath, der ohne Landtagsmandat zur Frankfurter Versammlung nicht zugelassen war, die preussischen Fortschrittsabgeordneten, die abgesagt hatten, in einem Offenen Brief frontal an. Aus ihrem Entschluß spreche die »echt preussische Manier, die [...] partikularistisch und allweise über die Majorität sich erhebt«. Deshalb sei die großpreussische Lösung im übrigen Deutschland so unbeliebt. Die preussische Linke verhalte sich innerhalb der Einigungsbewegung ebenso wie »Ihr Herr v. Bismarck« dem preussischen Abgeordnetenhaus oder dem »schleswig-holsteinischen Volke« gegenüber, da sie, um nicht »majorisiert« zu werden, der Abgeordnetenversammlung ferngeblieben sei. Schaffrath empfand den Boykott der Großpreußen als aggressiv-destruktiven Akt, als »hegemonisches Wegbleiben«, das die Einigungsbewegung spalte und den Bruch zwischen Norden und Süden unheilbar erweiteren. Er verlangte, die Preußen müßten sich wie alle deutschen Staatsvölker Mehrheitsbeschlüssen beugen,

⁵ Fetzer an Venedey 22. und 27.9.1865 (BA 90 Ve 1/16). Ähnl. C. Schüler an Venedey 24.9.1865 (ebd./48); F. NÄGELE, Bericht, 1866: »Der letzte Abgeordnetentag kam mir vor wie die Trauerfeier bei dem Leichenbegängniß irgend eines entfernteren Verwandten, der nach jahrelangem Leiden unrettbar sterben mußte.«

denn »auf dem Abgeordnetentage« würden »nicht stockpreußische oder großpreußische, wohl aber deutsche Beschlüsse« gefaßt: »Kein Deutscher will ein ›Deutschland ohne Preußen‹, aber es will auch kein Deutscher ein Aufgehen Deutschlands in Preußen.« Solange die preußische Linke »partikular-preußische, nicht deutsche, nicht gemeinsame Politik mit uns« treibe, sei ein Sieg über »das Unrecht« weder im preußischen Verfassungskonflikt noch in der Deutschlandpolitik möglich. Für Schaffrath war die Herstellung rechtlicher Verhältnisse eindeutig höherwertig als der Machtzuwachs, den die faktische Annexion Schlesiens und Lauenburgs für Preußen bedeutete: »Für das Linsengericht eines kleinen äußeren Machtzuwachses darf man nicht zum Unrecht schweigen und ruhig zusehen, wie das Recht anderer gebrochen wird.«⁶ Schaffrath vertrat mit seinem Offenen Brief nach wie eine demokratische »Volkspolitik«. Die Anhänger solcher diskursiv-parlamentarischer Strategien verloren jedoch an Einfluß angesichts der Mächtokonstellation und des Drängens der meisten Oppositionellen auf eine *rasche* Lösung der deutschen Fragen. Dies läßt sich am Umschwenken der großpreußischen Demokraten im Herbst 1865 anschaulich verfolgen.

Wilhelm Löwe nahm innerhalb der Nationalbewegung lange eine vermittelnde Position ein, da er hoffte, daß ein Sieg im preußischen Verfassungskonflikt erneut eine gemeinsame Deutschlandpolitik der bürgerlichen Linken auf der Basis der Reichsverfassung von 1849 ermöglichen werde. Noch im September 1865 hatte er für eine Teilnahme der Preußen an der Abgeordnetenversammlung plädiert, um die Einheit des Nationalismus mit einem weiteren Formelkompromiß über den Winter zu retten. Da aber die demokratisch-föderalistische Seite ebenso wie die meisten Führer der preußischen Fortschrittspartei – unter Verweis auf die Stimmung in der Wählerschaft – auf Konfrontation setzte, war Löwes vermittelnde Position, die Schulze-Delitzsch und Franz Duncker unterstützten, nicht länger tragfähig. Nach dem Boykott der Abgeordnetenversammlung durch die Großpreußen drohte nämlich am 29. Oktober 1865 auch dem Nationalverein auf seiner 6. Generalversammlung der offene Bruch. Die meisten preußischen Politiker wollten wiederum nicht nach Frankfurt fahren, um sich nicht als Annexionisten anprangern zu lassen. In einer Besprechung der Berliner Vereinsmitglieder am 24. Oktober legte Löwe deshalb eine Resolution vor, die den Kompromiß zwischen Fortschrittspartei und Schleswig-Holstein-Bewegung vom März endgültig ad acta legte. Auch Löwe vollzog damit einen Schritt hin zum Arrangement mit der Bismarckschen Machtpolitik, die die Überwindung der 1849 wiederhergestellten europäischen Ordnung von 1815 versprach: Er sprach nun von einer »tatsächlichen Annullierung des Deutschen Bundes«. »Die Gewalt der historischen Thatsachen« habe die Politik erneut auf den »preußischen Beruf« verwiesen. Preußen habe demnach das Recht, in Schleswig-Holstein »diejenigen Rechte in Anspruch zu

⁶ Schaffrath an Twesten I. 10. 1865 (in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 257 ff.).

nehmen, welche nach der Reichsverfassung der definitiven Zentralgewalt übertragen« würden.

Löwes Resolution gewährleistete einerseits die Teilnahme der preußischen Mitglieder an der Generalversammlung. Andererseits versuchte sie, ein »Recht« Preußens, die Herzogtümer zu annektieren, auf zweifache Weise zu begründe, um damit eine sowohl mindestens für einen Teil der Föderalisten und der Verteidiger des Selbstbestimmungsrechtes der Herzogtümer wie auch für die Großpreußen akzeptable Formel zu finden. Einerseits leitete die Resolution das Annexions»recht« aus der Macht des Faktischen ab, andererseits aus angeblich in der Reichsverfassung von 1849 festgelegten Vorrechten der Zentralgewalt. Daß es sich bei diesem Kompromißversuch um nicht mehr als eine Formel handelte, zeigt ein Blick in die Paulskirchenverfassung, die keineswegs zuließ, daß die »Reichsgewalt« Souveränitätsrechte eines Bundesstaates usurpierte. In einer polemischen Reaktion wies Ludwig Simon Löwe zudem darauf hin, daß nach § 190 das Oberhaupt erst handlungsbefugt sei, wenn es einen Eid auf die Reichsverfassung geleistet hatte.⁷

Auch die Resolution, die der Ausschuß des Nationalvereins der Generalversammlung vorlegte, trug Löwes Handschrift, der mit Brater und Metz der dreiköpfigen Endredaktion angehörte. Sie kam den süddeutschen Föderalisten stärker als das Berliner Papier entgegen. Löwes pro-preußisches Argument war nun präziser bestimmt (»Bei dem Mangel einer deutschen Centralgewalt kann nur Preußen zur Zeit die Vertheidigung der deutschen Küsten und Grenzen im Norden wirksam und nachhaltig durchführen«) und die Kritik am Gasteiner Abkommen der Großmächte (»Vergewaltigung durch deutsche Bundesgenossen«) mit Schärfe formuliert. Ansonsten wurden die bekannten Forderungen des Vereinsprogramms wiederholt, zu denen gehörte, daß »der baldige Sieg eines wahrhaft freisinnigen und nationalen Systems in Preußen die erste Bedingung« einer Lösung der deutschen Frage sei.

Auf der Generalversammlung vertrat Venedey die demokratisch-föderalistische Opposition gegen diesen Antrag, der Bismarck und den Annexionisten gegenüber zwar kompromißbereit war, sich ihnen aber keineswegs unterwarf. Venedey warf der Führung vor, trotz anderslautender Beschlußlage sowohl »die Tätigkeit des Vereins den Bestrebungen der Anhänger preußischer Gewaltsobherrschaft über halb Deutschland zuzulenken« als auch »der ›Machtpolitik‹ in Preußen Vorschub« zu leisten. Er beantragte, »die sogenannte ›Realpolitik‹, die in diese Bahn hineingelenkt, in Zukunft den ›Realpolitikern, den Diplomaten und Machtwaltern«, zu überlassen »und dagegen alle Mittel, über welche der Nationalverein gebieten kann, zum Rechtsschutz der deutschen Gesamtnation und zur Durchführung

⁷ BLHA 9541, Bl. 180ff.; NV VI, S. 11; L. SIMON, An den letzten Präsidenten, 1865. Vgl. A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 384 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 269 ff. (beide auch zum folgenden); E. R. HUBER, Dokumente, Bd. I, 1978, S. 376 ff.

eines volksthümlichen Wehrsystems für ganz Deutschland« zu verwenden. Dieser rein provokative Antrag ohne jede Durchsetzungschance fand nicht einmal die für seine Diskussion im Plenum erforderliche Unterstützung.⁸ Er zeigt jedoch, daß die demokratischen Föderalisten mittlerweile auch das Programm des politischen Realismus als ideologischen Rattenfängertrick betrachteten und zu einer Fundamentalopposition übergegangen waren, die auf einen nur verbal radikalen Attentismus hinauslief.⁹ Indem insbesondere Bismarck von dieser Richtung stereotyp als »reiner Ausdruck des preußischen Junkerthums« (L. Simon) abgestempelt wurde, war sie nicht in der Lage, die Formverwandlung von Teilen der preußischen Rechten zum Nationalkonservatismus, die seit 1848 vonstatten ging, zu bemerken und darauf politisch zu reagieren. Der Rückzug der demokratischen Föderalisten aus der aktiven Deutschlandpolitik ging häufig einher mit einem demokratischen Militarismus, der für die nächste Revolution und für kommende Nationalkriege die männliche Bevölkerung und insbesondere die Jugend paramilitärisch ausbilden und mit Waffen versorgen wollte.¹⁰

Löwe verteidigte den Ausschußantrag im Plenum gegen eine starke Opposition, die die volksparteiliche Linie vertrat, der sich nach dem Scheitern seines Antrags auch Venedey anschloß. Weniger sektiererisch als dieser bestritt die Nationalvereinsopposition, die noch auf keiner Generalversammlung so stark vertreten war und schließlich nur knapp unterlag, Preußen jedes Recht, »Befugnisse einer deutschen Centralgewalt auch nur vorläufig und in beschränktem Umfange« zu übernehmen. Die Vereinsführung solle jeglichen Partikularismus und »die antinationalen Bestrebungen Preußens und Österreichs unbedingt bekämpfen« und vorrangig die Einberufung eines deutschen Parlaments betreiben. Die Opposition vertrat dieselbe Linie wie im preußischen Abgeordnetenhaus die Radikalen um Johann Jacoby, Franz Joseph Bresgen oder Jodokus Temme. Löwe hielt der demokratisch-föderalistischen Richtung vor, daß ihre Forderungen nur durch eine Revolution zu verwirklichen seien. »Die Nation« habe jedoch während des Schleswig-Holstein-Konfliktes »durch ihre Stimmung und Haltung erklärt, daß sie in diesem Augenblick keine Revolution machen will«. Er verwies darüber hinaus unter Anspielung auf seine Funktion als Präsident des Rumpfparlaments auf die Erfahrung der Paulskirche: Ein Parlament zu berufen, das »sich erst die Macht verschaffen, also selbst die Revolution ma-

⁸ NV VI, S. 4 (Resolution) und 10 (Venedey), seine Anträge auch in der FfZ 28. 10. 1865.

⁹ L. SIMON, An den letzten Präsidenten, 1865: »Haben wir nun auf die erhsehnte Einheit schon so lange gewartet, so hat's damit gerade jetzt auch keine so entsetzliche Eile.« Nach einem Sieg der Freiheit lasse »sich mit großen Mitteln in einem Schlag Dasjenige erreichen, wozu der Nationalverein jetzt mit den kleinen Mitteln des Herrn v. Bismarck einen kläglichen Anfang zu machen gedenkt«. Ähnl. C. MAYER, Thüre, 1866.

¹⁰ L. SIMON, An den letzten Präsidenten, 1865; J. VENEDY, Südbund, 1867, S. 12 f. Vgl. zum preußischen »Nationalkonservatismus«, den etwa v. Radowitz, v. Bunsen oder Bethmann-Hollweg aber auch L. v. Ranke vertraten: E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. II, ³1988, S. 342 ff.

chen soll«, sei sinnlos und werde letztlich nur »das parlamentarische System überhaupt discreditieren«. Es liegt nahe, daß Löwe hier implizit das Scheitern des 36er-Ausschusses reflektierte, der in ähnlicher Weise überfordert worden war.

Löwe verwies auch darauf, daß bereits die Erfahrung der Machtlosigkeit des Abgeordnetenhauses im preußischen Verfassungskonflikt für das Ansehen der Parlamente verheerend sei: »Es ist ein entsittlichendes Schauspiel, wenn das, was Sie für Recht halten, von der Macht mit Füßen getreten wird, zu sehen, wie über ohnmächtige Proteste die Macht unbesorgt hinwegschreitet.« Erst wenn das konstitutionelle System in den Einzelstaaten durchgesetzt worden sei, könne »eine Versammlung wirklich als deutsches Parlament wirken«. Diese langfristige Perspektive, wie eine Aufwertung der Parlamente in den Einzelstaaten und im künftigen Nationalstaat zu erreichen sei, änderte für Löwe aber nichts daran, daß man, wenn es um den Schutz Schlesiens und Holsteins ging, auf die preußische Regierung setzen müsse, da Preußen dazu »durch seine geographische Lage, durch seine Machtverhältnisse, allein im Stande ist«. Dies galt in den Augen der Nationalvereinsmehrheit unabhängig davon, welche Regierung in Preußen herrschte. »Daß wir dem Staat dies Recht überweisen, das verändert den Kampf im Innern dieses Staates nicht.« Löwe argumentierte wie im Vorjahr gegen Jacoby und den volksparteilichen Radikalismus im preußischen Abgeordnetenhaus. Löwe sah nach den Erfahrungen von 1849 und 1863/64 in den Mittelstaaten oder der Selbstorganisation des »Volkes« keine Alternative zum Schutz durch die preußische Armee. Er schätzte die Gefahr gering, daß eine Annäherung der Opposition an die Regierung in einer Einzelfrage sie im prinzipiellen Streit des Verfassungskonflikts schwächen werde oder daß die mit Unterstützung der Opposition errungenen außenpolitischen Erfolge die ganze Kräftekonstellation verändern könnten. Venedey entgegnete Löwe, jede Unterstützung Bismarcks sei »Wind in seine Orgel« und desavouiere die Opposition grundsätzlich. Während Löwe sich ausdrücklich zur Realpolitik bekannte, hielt die föderalistische Opposition vom Standpunkt nationaler und individueller »Ehre« aus jedes Zugeständnis an Bismarck für »eine Schmach«. ¹¹

Die weitere Entwicklung gab der Opposition recht. Die preußische Opposition fand kein Mittel, um die Pattsituation im Verfassungskonflikt zu überwinden. Je länger diese dauerte und je erfolgreicher gleichzeitig Bismarcks Deutschlandpolitik war, desto mehr schwammen ihr in der öffentlichen Meinung und mehr noch in der Wählerschaft die Felle davon. Insofern hatte der von Löwe entworfene Formelkompromiß vom Oktober 1865

¹¹ NV VI, S. 8 f. (Oppositionsantrag, vertreten durch Bürgers), 11 ff. (Löwe) und 20 (Venedey). Zu Löwes Argumentation vgl. auch die in Kap. XVIII.2 zit. Analyse Fetzers zum Dilemma des 36er-Ausschusses. Radikale Kritik an der Vereinsführung kam auch aus der unter Führung Nauwercks stehenden Schweizer Sektion: Nauwerck an Nagel 4. 3. 1866 (BA FSg. 1/228); C. NAUWERCK, Lückenbüßer, 1866.

zwar die Einheit des Nationalvereins gerettet, machte aber dennoch das Scheitern der großpreußisch-demokratischen Deutschlandpolitik deutlich. Auf einen tendenziell revolutionären Massendruck wollte die Fortschrittspartei nicht setzen und konnte es angesichts der politischen Stimmung auch nicht. Nachdem ihre Führer sich im Verfassungskonflikt auf schärfste Opposition gegen das Bismarck-Regime festgelegt hatten, konnte sie ebensowenig unverblümt die großpreußische Machtpolitik der Regierung unterstützen. Diese Option eröffnete sich erst 1866 nach weiteren Zugeständnissen und Erfolgen Bismarcks, die in der Übernahme des Wahlgesetzes von 1849 und in der Bitte um Indemnität einerseits sowie im Sieg im preußisch-deutschen Krieg und der Realisierung des Nationalstaats andererseits bestanden. Selbst dann konnten es nur Vertreter des gouvernemental orientierten Flügels der Fortschrittspartei mit ihrem Gewissen vereinbaren, dem einmal eingenommenen, fundamentaloppositionellen Standpunkt untreu zu werden.

Mit dem polemischen Scharfblick des politischen Gegners konstatierte auch Carl Mayer nach der 6. Generalversammlung das Scheitern der großpreußisch-demokratischen Richtung, die den Nationalverein seit seiner Gründung maßgeblich bestimmt hatte. Mayer sah, daß für sie »die Bildung eines fortschrittlichen, den sogenannten deutschen Beruf Preußens begreifenden Ministeriums in Berlin eine wahre Lebensbedingung« darstellte, ein Ministerium Bismarck jedoch »geradezu tödtlich« war. Nur eine liberale Regierung in Berlin hätte die starken antipreußischen und partikularistischen Ressentiments im Liberalismus der Mittel- und Kleinstaaten überwinden können. Mayer, der selbst 1862/63 große Hoffnungen in den Nationalverein gesetzt hatte, goß nun seinen Spott aus über »die Realpolitiker, welche der deutschen Demokratie die Verfolgung utopischer Ziele zum Vorwurfe zu machen pflegen, die reale Macht des in seiner Dynastie, in seinem Junkerthum und seinem Heere verkörperten spezifischen Preußenthums aber unterschätzt« hätten.

Für die demokratischen Föderalisten hatte sich »Realpolitik« als Illusion erwiesen. In ihren Augen lief sie, solange »das Volk« nicht über eine schlagkräftige Organisation verfügte, darauf hinaus, daß man den Mächtigen nachgab, ohne eigene Vorstellungen durchsetzen zu können. Bis also die Voraussetzungen für eine wirkliche Realpolitik gegeben waren, zog die Demokratische Volkspartei eine prinzipientreue Fundamentalopposition vor. Die Ablehnung einer Einigung durch ein Preußen sei zwar partikularistisch. Aber es handele sich dabei, so argumentierte Ludwig Simon, um einen »Partikularismus des gesunden Menschenverstandes, der natürlichen Menschenwürde«. Mayer hielt der »kurzsichtigen« Politik des Nationalvereins ein langfristiges Programm der Gelassenheit entgegen: »Wir Idealpolitiker [verfolgen] unser Ziel eines freien deutschen Föderativstaates mit den Fürsten oder ohne sie, indem wir die Hindernisse zu beseitigen suchen, welche in den Einzelstaaten den demokratischen und nationalen Fortschritt hemmen. Unser Weg ist der Weg der Freiheit, nicht der Gewalt [...]. Wenn

auch der Weg der Freiheit nach Jahren erst zum Ziele führt [...], wir harren unserer Zeit und können im Dienste der Freiheit und des Volkes des Guten genug thun, ob wir selbst auch das letzte Ziel nicht mehr erreichen.«¹²

In dieser Gelassenheit, lieber noch lange auf eine nachhaltig tragfähige Lösung zu warten, sogar auf die Gefahr hin, sie selbst nicht mehr zu erleben, als mit den falschen Partnern zu paktieren, sowie in der Ablehnung des Dogmas, daß nur ein Machtstaat Freiheit garantieren könne,¹³ lagen die entscheidenden Mentalitätsunterschiede zwischen den demokratischen Föderalisten und denjenigen, die die für eine militärisch-großpreußische Lösung günstige Konstellation der Jahre 1864 bis 1866 entschlossen nutzen wollten. Diese Richtung, die sich in der bürgerlichen Linken mehrheitlich durchsetzte, wurde von einer nervösen, geradezu revolutionären Ungeduld getrieben. Ihr kam es vor allem darauf an, *rasch* einen machtvollen Nationalstaat zu gründen. Die Solidität des entstehenden Gebildes ergab sich für sie aus seiner militärischen und ökonomischen Potenz, seine innere Ausgestaltung war in ihren Augen eine spätere Sorge, schienen ihnen jedoch in einem großen und mächtigen Staat leichter möglich als in einem kleinen. Nach dem Scheitern des supranationalen Föderalismus (1863), des demokratischen Föderalismus (1864) und schließlich der großpreußischen Demokratie (1865) gab es Ende 1865 realistischerweise nur mehr die Alternative: Unterstützung der Bismarckschen Machtpolitik oder einzelstaatliche, partikularistische Reformpolitik auf der Basis des deutschlandpolitischen Status quo.

¹² C. MAYER, 29. Oktober, 1865; L. SIMON, An den letzten Präsidenten, 1865.

¹³ Vgl. hierzu Kap. XVIII.1, Anm. 2 sowie L. SIMON, An den letzten Präsidenten, 1865: »Ich habe den Gedanken der Trias stets von mir gewiesen, weil mir der schwache Partikularismus von 34 Staaten lieber ist als der starke von drei concentrirten Gruppen.« Für die Haltung der großpreußischen Richtung eindrucksvoll: F. W. A. GRUMBRECHT, 1866.

Die Entscheidung zwischen Österreich und Preußen

Auch nach dem Arrangement von Gastein hielt durch die Aktivitäten des 36er-Ausschusses der Druck der Nationalbewegung zur Konstituierung eines liberalen Mittelstaats in Schleswig-Holstein an. Seit die kaiserliche Regierung aufgrund der unausgesetzten Bemühungen v. Wydenbrugks in Wien solche Bestrebungen wieder zu unterstützen begann, wurde Bismarck klar, daß auch mit der neuen, hochkonservativen österreichischen Regierung Belcredi das von ihm angestrebte Arrangement in der deutschen Frage nicht möglich sein würde, das auf eine uneingeschränkte Vorherrschaft Preußens bis zur Mainlinie hinauslief. Seit wann er den Krieg gegen Österreich systematisch vorbereitet hat, ist in der Forschung strittig und kann hier nicht geklärt werden.¹

Der über die preußisch-österreichischen Beziehungen ungewöhnlich gut informierte Julius Fröbel hatte bereits um die Jahreswende 1864/65 in »Briefe[n] über deutsche Nationalangelegenheiten« in der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« dargelegt, wie die deutsche Frage nach dem Scheitern der Bundesreform und angesichts der Unfähigkeit der Mittelstaaten, zu einem eigenständigen deutschlandpolitischen Faktor zu werden, friedlich gelöst werden könnte: Seine Grundannahme war, daß Preußen den Zusammenschluß des gesamten Dritten Deutschland aus strategischen Gründen nur in äußerster Not akzeptieren werde, für Österreich aber ein geschlossenes, von Preußen kontrolliertes Territorium keinen entscheidenden strategischen Nachteil darstelle. Preußen sollte deshalb mit Hannover, Oldenburg, Schleswig, Holstein, den Hansestädten und Mecklenburg einen »norddeutschen Bundesstaat« bilden, während sich die übrigen Staaten des Dritten Deutschland (also Bayern, Württemberg, Baden, die drei Hessen, Sachsen und die thüringischen Staaten) zu einer »mittel- und westdeutschen Union« zusammenschließen sollten. Um diese Lösung zu realisieren, müsse Preußen aber auf jegliche Annexionen verzichten. »Um mehr zu erlangen, müßte Preußen den Weg der Gewalt betreten, [...] an dessen Ende für Preußen ein ungewisses Schicksal liegen würde.«² Offenbar waren jedoch beide Groß-

¹ L. GALL, Bismarck, 1980, S. 341 ff.; O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 590f.; H. FRIEDJUNG, Kampf, Bd. I, 1916, S. 141 ff.; W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993, S. 165 ff. Abweichend neuerdings A. KAERNBACH, 1991, S. 220f., der Bismarck bis in den April 1866 hinein die Absicht unterstellt, eine Bundesreform friedlich mit Österreich vereinbaren zu wollen.

² J. FRÖBEL, Kleine politische Schriften, Bd. II, 1866, S. 227 ff. (Zitat: S. 232). Der Artikel erschien am 15. 2. 1865; Fröbel brachte den Vorschlag in der Woche, in der die Entscheidungen der Kabinette in Ofen und Berlin über den Krieg fielen, noch einmal ins Spiel

mächte nicht in der Lage, sich auf diese realistisch erscheinende Kompromißlinie einzulassen. Weder wollte Österreich seinen Einfluß in ganz Deutschland aufgeben, die Mainlinie als Grenze des Wiener Einflußbereiches akzeptieren und beharrte deshalb trotz der ungünstigen strategischen Situation auf seiner Hoheit über Holstein; noch war Preußen bereit, einer dualistischen Lösung bei Fortbestehen des Deutschen Bundes zuzustimmen. Auf dem österreichischen Ministerrat am 21. Februar 1866 in Ofen und dem preußischen Kronrat eine Woche später wurden nach dem Scheitern eines friedlichen Ausgleichs die Weichen endgültig in Richtung Krieg gestellt.³

1. In Erwartung des »Bruderkriegs«

Auch wenn manche Kommentatoren – innerhalb der Paulskirchenlinken etwa Heinrich Wuttke und die meisten Österreicher¹ – mit einem deutschen »Bürgerkrieg« (Wuttke) bereits rechneten, seit Bismarck in der Schleswig-Holstein-Krise bewiesen hatte, daß er sich über Bundesbeschlüsse rücksichtslos hinwegsetzte und die preußische Militärmacht tatsächlich zur Durchsetzung seiner Deutschlandpolitik benutzen wollte, so verbreitete sich die Kriegsfurcht doch erst seit April 1866. Für die überwiegende Mehrheit der Nationalbewegung war es trotz mancher Tiraden gegen die Habsburgermonarchie bis kurz vor Kriegsausbruch ein Tabu, daß die Mächte des Deutschen Bundes gegeneinander Krieg führen könnten – noch dazu im Bündnis mit fremden Mächten, wie es Bismarck mit Italien bei Rückendekung durch Frankreich gegen Österreich tat. Wilhelm Löwe vertrat im Abgeordnetenhaus eine Position, der innerhalb der Paulskirchenlinken wie in der Einigungsbewegung insgesamt nur extreme Österreichhasser wie Ruge widersprochen hätten: »So eifrig ich die Vergrößerung der Macht in der Hand Preußens vertrete, so tief ich überzeugt bin, daß [...] nur von Preußen aus der wahre Bundesstaat Deutschland hergestellt werden kann, so sehr verdamme ich die Meinung, daß wir [...] das bundesstaatliche Verhältniß mit der Gewalt unserer Waffen herstellen sollen. Ich verlange eben von der Regierung, wenn sie das bundesstaatliche Verhältniß herstellen will, daß sie die in der Natur der Dinge liegenden Wege verfolgt und daß sie nicht glaubt,

(J. FRÖBEL, Schleswig-holsteinische Sache, 1866). Ob er von den Diplomaten ernsthaft erwogen wurde, ist unbekannt.

³ O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 650f. und 681 (Kriegsziele Bismarcks); QdPÖ V, S. 202 ff.; AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK PREUSSENS, 1933, Bd. VI, S. 611 ff.

¹ Vgl. Wuttke an Paur 30. 11. 1864 (AkadW/151); RR 2. 12. 1864, S. 126 (Giskra) und 130 ff. (Kuranda) – Kuranda unterließ dabei die bezeichnende, im Protokoll nicht korrigierte Fehlleistung, Preußen an einer Stelle als »Feind« zu bezeichnen, an der er eigentlich »Freund« hatte sagen wollen (S. 132); Berger und Kuranda in der Schleswig-Holstein-Debatte des österreichischen Reichsrats im Januar 1864, zit. bei G. KOLMER, 1902, S. 148.

nur mit der Gewalt könne so etwas gemacht werden.«² Die Mehrheit sowohl der österreichfreundlichen als auch der großpreußischen Paulskirchenlinken rechnete zwar mit der Notwendigkeit eines Nationalkriegs gegen Frankreich zur Erlangung der deutschen Einheit. Den innerdeutschen Ausgleich hielt sie dagegen auf friedlichem Wege für möglich. Entsprechend einhellig setzte sie sich zunächst, als die Kriegsgefahr akut wurde, für eine Vermeidung des »Bruderkriegs« ein. Ruge befand sich allein auf weiter Flur, wenn er – zudem nicht öffentlich – von einem kosmopolitischen Standpunkt aus dagegen polemisierte, daß »selbst die doctrinären Republikaner gegen den »Bruderkrieg« schreien, als wenn nicht jeder Krieg ein Bruderkrieg wäre, weil ja doch die Menschen und nicht »die Deutschen unsre Prieder« sind.«³

Während allerdings die vornehmlich süddeutschen demokratischen Föderalisten ihre eindeutige Position der Kriegsverhinderung und dann der Abwehr des preußischen Bundesbruchs der Öffentlichkeit leicht vermitteln konnten, da sie sich im Einklang mit verbreiteten antipreußischen und allgemeinen Ressentiments gegen Fremdherrschaft befanden,⁴ war die Lage

² HdA 1.6.1865, S. 1843. Ähnl. ders., HdA 23.5.1865, S. 1636ff.; K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, Bd. II, S. 260f. und 268ff. Wie sehr die öffentliche Meinung auf Kriegsvermeidung orientiert war, läßt sich daran ablesen, daß Ruge seiner Freude über den bevorstehenden Krieg nicht öffentlich, sondern nur in Briefen an seine engsten Vertrauten (wie seinen Sohn) Ausdruck verlieh (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 271ff.). M. Simon behauptete 1868, er habe bereits im April 1866 in Breslau eine kriegsbefürwortende Adresse an die preußische Regierung durchgesetzt (an Venedey 2.4.1868; BA 90 Ve 1/50). Diese war jedoch nicht aufzufinden; es spricht einiges dafür, daß sie erst unmittelbar vor Kriegsbeginn beschlossen wurde, als solche Adressen an der Tagesordnung waren.

³ An Richard Ruge 21.5.1866 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 270). Dass. 7.6.1866: »[...] als ob die Österreicher, die Haynaus, die Benedeks, die Radetzky's und die Habsburger mehr unsre Brüder wären als Garibaldi und seine Freischaren« (ebd., S. 271) Vgl. K. BIEDERMANN, *Friedenspartei*, 1866..

⁴ Vgl. exemplarisch die von Franz Tafel formulierte Resolution einer für den 6.5.1866 geplanten Versammlung anlässlich des 50-jährigen Anschlusses der Pfalz an Bayern:

»1. Die vaterlandsverräterische Annexions-Politik der preußischen Regierung bedroht uns mit einem Bürgerkriege, welcher die Einmischung des Auslandes, den Untergang der Freiheit und des Wohlstandes für die deutsche Nation zur Folge haben würde. Wir erheben uns mit dem deutschen Volke gegen diese Politik und rufen ihr unser »Halt« entgegen.

2. Wir erklären es als unsere, als des deutschen Volkes heiligste Pflicht, alle Kraft daran zu setzen, daß der drohende Bürgerkrieg mit seinen entsetzlichen Folgen verhindert und die Anerkennung der Selbstbestimmungsrechtes der Elberzogtümer bewirkt werde.

3. Wir fordern von der Regierung, daß sie, auf das Volk sich stützend und im Verein mit den bundestreuen Ländern[,] alle Mittel aufbiete, jedem Gewaltangriff, von welcher Seite er drohe, vorzubeugen und, wenn die Berufung auf die Forderungen des Rechtes sich fruchtlos erweisen sollte, den bundesbrüchigen Angreifer niederzuschlagen. [...]

5. Gewähr für eine würdige Zukunft Deutschlands gibt nur ein deutsches Parlament, ausgestattet mit den Befugnissen, wie sie der Vertretung einer freien Nation geziemen – zur Seite eine auf gleichen Principien beruhende Centralgewalt« (F. Tafel an Kolb 16.4.1866, BA FN 9).

»Der Beobachter« (22.3.1866) machte in einem von C. Mayer oder Haußmann verfaßten Leitartikel die preußische Fortschrittspartei und den Nationalverein für die Kriegsgefahr

der großpreussischen Demokraten weitaus komplizierter. Dies galt insbesondere, seitdem Bismarck am 9. April 1866 – einen Tag nach Abschluß des geheimen antiösterreichischen Bündnisvertrages mit Italien – beim Deutschen Bund eine Reforminitiative hatte einbringen lassen, die das Ende der 1815 vom Wiener Kongreß festgelegten und 1851 wiederhergestellten Bundesverfassung herbeiführte. Bismarck verlangte, die preussische Forderung von 1863 radikalisiert, nicht mehr nur eine direkt gewählte Volksvertretung, die an Bundesangelegenheiten »beschließend« mitwirken solle, sondern ein nach dem Wahlgesetz von 1849 gewähltes Parlament. Er machte sich also eine zentrale Forderung der Demokraten zueigen. Bis zum Zusammentritt des Parlaments sollten sich die Regierungen über einen Verfassungsentwurf verständigen, der der Volksvertretung zur Beratung vorgelegt werden sollte. Bismarcks Erlasse an seine Diplomaten und sein Verfassungsentwurf vom Juni 1866 zeigen allerdings, daß er nicht nur mit dem allgemeinen Wahlrecht ein konservatives Parlament schaffen wollte, sondern daß dessen Kompetenzen auch äußerst begrenzt sein sollten: zunächst sollte es mit den deutschen Regierungen die neue Bundesverfassung vereinbaren, später vor allem zoll-, handels- und rechtspolitische Kompetenzen übernehmen.⁵

Insofern war das Mißtrauen berechtigt, das die großpreussischen Demokraten dem Bismarckschen Reformvorschlag entgegenbrachten, obwohl ihnen keine Details bekannt waren. »Die königlichen Reformvorlagen werden heute ebenso mißtrauisch empfangen wie vor zwei Jahren die kaiserlichen.« Mit dieser Bewertung stellte etwa Ludwig Bamberger den Bismarckschen Vorschlag auf eine Stufe mit der von Julius Fröbel konzipierten Wiener Bundesreforminitiative. Beide hatten in Bambergers Augen einen rein demagogischen Charakter, da sie von reaktionären Regierungen ausgingen. »Hat man auch nicht gelernt, sich die rechte Verfassung zu erobern, so hat man doch gelernt, Gnadengeschenken zu mißtrauen.« Auch für Carl August Fetzer sollte der »Bismarcksche Parlamentsvorschlag« allein »die Einmütigkeit und damit die Kraft des Volkes zersplittern, die Parteien gegeneinander in's Feld führen oder auch Gruppenbildungen nach Ländern befördern.« Fetzer vermutete, daß Bismarcks Vorstellungen von einem Parlament schwerlich mit denen der politischen Linken übereinstimmen könnten. Er unterstellte zu Recht, Bismarck wolle nur »ein Parlament mit hohem Census für das passive Wahlrecht und ohne Diäten für die Abgeordneten«, das also die Wählbarkeit des Kleinbürgertums und der unterbürgerlichen Schichten mindestens stark einschränken oder durch kurze Sessionen nur

verantwortlich. Vgl. auch den Aufruf der württembergischen Volkspartei: Beobachter 4. 4. 1866; C. MAYER, Keinen Mann, 1866; J. FRÖBEL, Österreich und der deutsche Bund, 1866. Zum Gesamtzusammenhang: R. WEBER, Demokraten, 1962, S. 237 ff.

⁵ E. R. HUBER, Dokumente, Bd. II, 1978, S. 158 (preussische Note vom 22. 9. 1863), 223 ff. (Bundesreformenentwurf vom 9. 4. 1866) und 234 ff. (Verfassungsvorschlag vom 10. 6. 1866); O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 671 ff., 697 f. und 724 ff.; A. KAERNBACH, 1991, S. 221.

geringen politischen Einfluß ausüben konnte. Paur wies »auf den seltsamen Kontrast« hin, »daß dasselbe Ministerium Bismarck, welches der preußischen Volksvertretung die wichtigsten parlamentarischen Rechte bestreitet, nun der deutschen Nation ein Parlament auf breitester Grundlage anbietet.«⁶

Die Vorschläge Bismarcks wurden von den Paulskirchenlinken wie von der liberalen Öffentlichkeit insgesamt mit Skepsis und Mißtrauen aufgenommen und als »bloßer Schachzug gegen Österreich« angesehen. Der Rücktritt Bismarcks bzw. mindestens sein Nachgeben im Verfassungskonflikt und die Konstituierung eines selbständigen Schleswig-Holstein waren für die meisten von ihnen weiterhin Voraussetzungen, um »die Gesammtheit der deutschen Volksstämme durch das Band des Gesetzes zu einem mächtigen, selbständigen, innerlich freien Ganzen zu vereinigen«. Nur so könne auch der drohende Krieg verhindert werden. In Sachsen war die starke Lassalleanische Arbeiterbewegung im Prinzip für die Annahme der Bismarckschen Bundesreformvorschläge, während die Demokratische Volkspartei ihnen aus Mißtrauen gegen die Person des preußischen Ministerpräsidenten skeptisch gegenüberstand. Die zur Parteiführung gehörenden Paulskirchenlinken Schaffrath und Wigard wollten zunächst genauere Informationen über die preußischen Vorschläge haben.⁷ Selbst der Großpreuße Karl Biedermann konnte sich in seinen Leitartikeln in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« nicht vorstellen, daß Bismarck einem Nationalparlament nennenswerte Befugnisse einräumen werde. Ein »norddeutscher Staatenkomplex, der von Preußen kommandirt und exploitirt wird, ohne ein selbständiges nationales Leben zu haben«, konnte in Biedermanns Augen nicht der Kern eines deutschen Nationalstaats sein. Auch die später nationalliberale, großpreußische Linke sah also noch kurz vor dem preußisch-deutschen Krieg Bismarck als vollkommen ungeeignet an, den revolutionären Akt der Nationalstaatsgründung zu initiieren. Als er sich in der nächsten Wochen davon überzeugte, daß es dem preußischen Ministerpräsident mit einer revolutionären Politik von oben ernst sei und dieser sich mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht tatsächlich einen Teil der Forderungen von 1848 zueigen gemacht hatte, war dies für Biedermann ein Beweis für die Richtigkeit seiner Überzeugung von der Unausweichlichkeit des Sieges der nationalde-

⁶ L. BAMBERGER, Über Rom und Paris, 1866, S. 3; Fetzer an Venedey 14. 4. 1866 (BA 90 Ve 1/16); T. PAUR, Vortrag 20. 4. 1866. Daß Fetzer, der gerade von einer Sitzung des 36er-Ausschusses zurückgekehrt war, Bismarck präzise die Vorstellung unterstellt, die er später mit großem politischen Aufwand für den Norddeutschen und den Deutschen Reichstag durchgesetzt hat, läßt darauf schließen, daß die preußischen Mitglieder des Ausschusses bereits von den Verfassungsplänen Bismarcks erfahren hatten und Fetzer durch sie so gut informiert war. Vgl. zur Diätenregelung in den Verfassungen von 1867 und 1871: C. JANSEN, Selbstbewußtes oder gefügiges Parlament, 1999, S. 49 ff.

⁷ R. FUCHS, 1970, S. 170 ff.; H. JORDAN, 1918, S. 129 ff. Vgl. auch C. MAYER, Thüre, 1866; K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, Bd. II, S. 265 ff. (mit Zitaten aus seinen DAZ-Artikeln vom April 1866).

mokratischen Ideen. Ebenso wie Arnold Ruge und andere spätere Unterstützer der Bismarckschen Reichsgründungspolitik aus den Reihen der Paulskirchenlinken war sich Biedermann sicher: Bismarck war, weil die Achtundvierziger den objektiven historischen Fortschritt vertraten, stärker auf diese zugegangen, als sie sich dem Ministerpräsidenten angenähert hatten.⁸

Der Berliner Nationalverein sprach sich in einer von Wilhelm Löwe mitverfaßten Resolution, die von einer fast 4000-köpfigen Mitgliederversammlung am 11. April beschlossen wurde, zwar grundsätzlich für einen »militärischen und maritimen Anschluß« Schleswig-Holsteins an Preußen aus, also in etwa für Bismarcks Februarforderungen des Vorjahres, und unterstützte im Prinzip auch Preußens Bundesreformsantrag. Sie distanzierte sich jedoch unmißverständlich von der »gewaltsamen Annexion der Herzogtümer« und forderte eine Rückkehr zu konstitutioneller Regierungsweise und den »Ausbau der verfassungsmäßigen Freiheiten« als Voraussetzungen für jede Bundesreform unter preußischer Führung. Dies war ein erneutes, unverhülltes Mißtrauensvotum gegen das Bismarck-Regime. Zugleich jedoch begab sich die preußische Nationalvereins- und Fortschrittsparteiführung in einen Spagat im Verhältnis zu Bismarck, der kaum über längere Zeit durchzuhalten war und in den sie Bismarck mindestens seit 1865 hineinzu-maßnahmen versucht hatte: scharfe Distanzierung von seiner Innenpolitik bei Zustimmung zu seinen deutschlandpolitischen Zielen. Diese Ambivalenz entsprach zwar der ehrlichen Haltung der großpreußischen Demokraten wie Löwe, Theodor Paur oder Max Simon, war aber in der Öffentlichkeit schwer darzustellen und brachte die Partei sowohl im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen als auch für künftige Auseinandersetzungen mit Bismarck in eine taktisch ungünstige Position.⁹

In Fundamentalopposition zur Bismarck-Regierung verharnte in Preußen nur der kleine demokratisch-volksparteiliche Flügel der Fortschrittspartei. In einer von Johann Jacoby verfaßten, u. a. in seiner Heimatstadt Königsberg und in seinem Berliner Wahlbezirk (Stadtteile Berlin, Neu-Cölln und Luisenstadt) verabschiedeten Resolution meldete sich diese radikale Strömung zu Wort. Übereinstimmung mit der Partei- und Nationalvereinsführung bestand nur darin, daß Bismarck zunächst im Verfassungskonflikt nachgeben müsse, bevor Preußen Initiativen zur nationalen Einigung ergreifen dürfe. Ansonsten schlugen die preußischen Radikalen einen wesentlich

⁸ DAZ, April 1866, insb. 7.4.1866, zit. nach H. JORDAN, 1918, S. 129f. und 132ff.

⁹ VZ 13.4.1866 bzw. NZ Nr. 169, 12.4.1866; H. ONCKEN, Rudolf v. Bennigsen, Bd. I, 1910, S. 693; O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 537ff. (Angebot Löwe gegenüber, außenpolitisch zusammenzuarbeiten). Vgl. auch N. SÜSSMILCH, 1977, S. 477ff.; Ausschußsitzung des Nationalvereins 13.5.1866 und die dort verabschiedete Resolution (DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 383 und 387ff.): gegen eine Kooperation mit der Bismarck-Regierung selbst im Kriegsfall, Skepsis dem Bundesreformvorschlag gegenüber; Baumgarten an Sybel 15.5.1866 (in: J. HEYDERHOFF, 1925, S. 288f.); wütende Reaktion auf die Ablehnung des Bismarckschen Vorschlags durch den Nationalverein, die in die Formulierung seiner liberalen Selbstkritik mündete (H. BAUMGARTEN, 1974 [1866]).

schärferen Ton als die Parteiführung an. Sie erklärten »jeden Krieg, der anderes bezweckt als Verteidigung des Vaterlandes« für »unberechtigt und unsittlich«. Insbesondere sei »ein Krieg Preußens gegen Österreich [...] der Wohlfahrt ebenso sehr wie dem Recht zuwider.« Sowohl »die Einigung des deutschen Vaterlandes« als auch die Lösung der Schleswig-Holstein-Frage seien nur auf dem »Wege [...] der Freiheit« zu erreichen.¹⁰ Wo die Parteiführung vor eindeutigen Formulierungen zurückschreckte, um ihre heterogene Basis zusammenzuhalten, wurden die Radikalen explizit: gegen den Krieg und für eine demokratische Lösung der deutschen Fragen. Auf der Strecke blieb dabei allerdings die mittelfristige Realisierbarkeit ihres Forderungskatalogs.

Zur Beratung der Bismarckschen Reformvorschläge wurde innerhalb der Einigungsbewegung auf den 20. Mai 1866 ein Abgeordnetentag in Frankfurt einberufen. Einige der Initiatoren strebten dabei eine »positive Agitation« für die preußische Initiative an, und auch Bismarck suchte im April und Mai direkt oder über seine Agenten das Gespräch mit Führern der großpreußischen Opposition. Der 36er-Ausschuß, an dessen Spitze mit Georg Friedrich Kolb und Sigmund Müller antipreußische demokratische Föderalisten standen, wollte die im Rahmen der Schleswig-Holstein-Bewegung gegründete, stärker auf Distanz zum Nationalverein bedachte »Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen« zusammenrufen. Es setzten sich jedoch die preußischen Abgeordneten durch, die unter Führung von Schulze-Delitzsch und Löwe auf der Berufung des ursprünglichen, auch ehemalige Abgeordnete zulassenden »Abgeordnetentages« beharrten, da nicht die schleswig-holsteinische, sondern die deutsche Frage behandelt werden sollte. Damit wollten sie, wie Löwe und Schulze schrieben, dem »wahnsinnigen Kolb«, der mit seiner »Neuen Frankfurter Zeitung« immer stärker auf einen grundsätzlich antipreußischen Kurs einschwenkte, die Agitation erschweren.¹¹

Diese Niederlage der demokratischen Föderalisten im Vorfeld des Abgeordnetentages führte zum Fernbleiben vieler ihrer Anhänger. Carl Mayer und Georg Friedrich Kolb riefen zusammen mit anderen Köpfen der Demokratischen Volkspartei wie August Bebel, Gustav Struve, Amand Goegg und August Röckel sogar zu einer »Volksversammlung« als Gegenveranstal-

¹⁰ J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 368 f.; FfZ 8. 5. 1866, 1. Bl. Auch Wuttke identifizierte sich mit Jacobys Resolution (J. MÜLLER, Das politische Wirken, 1960, S. 159). Jacoby erkannte die Regierung in keiner Weise als legitim an und sprach im Abgeordnetenhaus (12. 6. 1865, S. 2056; J. JACOBY, Schriften, Bd. II, 1872, S. 276) von »wahrhafte[r] Minister-Anarchie«. Im Frühjahr 1866 plädierte er aus dem Gefängnis für eine Verschärfung des Oppositionskurses im Abgeordnetenhaus mit »Budgetverwerfung und Steuerverweigerung! Es muß endlich durch die Tat offenbar werden, ob das preußische Volk seit 1848 etwas gelernt hat« (an Löwe 22. 2. 1866, in: J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 361. Ähnl. ebd., S. 362 f., an Lewald und Stahr).

¹¹ A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 394 ff.; Schulze/Löwe an Nagel 9. 5. 1866, zit. nach ebd., S. 398.

tung zum Abgeordnetentag am selben Tag und ebenfalls in Frankfurt auf. Sie sollte »der wahren Meinung des deutschen Volkes [...] zu einem deutlichen Ausdruck verhelfen«, wie Mayers »Beobachter« agitierte. Den Abgeordnetentag diffamierte das Blatt hingegen als »die große Kriegsmaschine des Nationalvereins«, die »auf den Plan geschoben« werde, »um noch einmal die öffentliche Meinung in Deutschland zu verwirren und in versteckter Weise den Bismarckschen Plänen Vorschub zu leisten«. Diesem sektiererischen Kurs, der aus prinzipiellem Preußenhaß sämtliche Verständigungsmöglichkeiten mit der Opposition in Preußen abschnitt, folgten jedoch nicht alle demokratischen Föderalisten.

Acht Mitglieder der Paulskirchenlinken, die überwiegend der demokratisch-föderalistischen Richtung zuzurechnen sind¹², nahmen am Abgeordnetentag teil. Christian Heldmann und Jakob Venedey verlangten in eigenen Anträgen eine gegen die Kabinettpolitik aller deutschen Mächte gerichtete Antikriegsagitation, was auch Franz Jakob Wigard unterstützte. In einem »feierlichen Aufruf« sollte »diejenige deutsche Regierung, die zuerst tatsächlich den Krieg durch Überschreitung der Grenze des deutschen Nachbarlandes [...] beginnt, für den Feind der deutschen Nation« erklärt werden. »Das Volk« solle den »inneren Krieg durch activen und passiven Widerstand unmöglich machen« und die deutschen Fragen durch ein demokratisch gewähltes Parlament notfalls ohne die Regierungen lösen. Der Abgeordnetentag solle sich deshalb – wie die Frankfurter Abgeordnetenversammlung vom 31. März 1848 – zum Vorparlament erklären und die Wahl einer neuen Nationalversammlung vorbereiten. Dieser Vorschlag, der von dem in der Paulskirchenlinken verbreiteten Wunsch geprägt war, daß sich noch einmal die Konstellation von 1848 ergebe und man sie klüger nutzte, war offenbar sogar den in Frankfurt anwesenden Radikalen zu realitätsfern und erhielt deshalb nicht die für eine Beratung im Plenum erforderliche Unterstützung. Allerdings führte das mehrheitlich aus Anhängern des Nationalvereins bestehende Präsidium die Veranstaltung mit härtesten Bandagen und zahlreichen unfairen Tricks. Venedey protestierte, daß die Unterstützungsfrage für seine Anträge gestellt wurde, ohne diese zu verlesen, so daß ihr Inhalt vielen Abstimmenden nicht bekannt war. Auf der von heftigen Kontroversen geprägten Versammlung führten die Intrigen des Nationalvereins im Vorfeld und die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Volkspartei, die sich sowohl in ihrer Kompromißunfähigkeit nach innen als auch in ihrer ungeschickten Taktik auf dem Abgeordnetentag äußerte, schließlich zur Verabschiedung der formelhaften Ausschußesresolution. Sie verurteilte zwar »den drohenden Krieg als einen nur dynastischen Zwecken dienenden Kabinettskrieg«, verzichtete jedoch im Gegensatz zum unterlegenen Antrag darauf, die Bismarcksche Schleswig-Holstein-Politik als Ursache für die Zuspitzung des innerdeutschen Konflikts zu benennen und blieb trotz ihres radikalen Tons

¹² Cnyrim, Dietzsch, Heldmann, Hehner, Jucho, G. Tafel, Venedey und Wigard (AT V, S. 3 ff.).

politisch so allgemein, daß die preußische Seite mit dem Ergebnis über Er-
warten zufrieden war. Aus Protest gegen die Politik des Nationalvereins
sprach sich nun auch Wigard für dessen Auflösung aus; Schaffrath trat mit
einer öffentlichen Erklärung aus.¹³

Wie die Resolution des Abgeordnetentags und ebenso eine Wahlrede
Löwes in der Woche zuvor zeigen, lehnte die großpreußische Linke den ihr
unvermeidlich erscheinenden Krieg zur Beendigung des preußisch-österrei-
chischen Dualismus und zur Einigung (Nord-)Deutschlands durch Annexi-
onen nicht mehr grundsätzlich ab, sondern nur noch, daß er als Kabinetts-
krieg geführt wurde, wogegen sie die diffuse, demokratische Vorstellung
vom »Volkskrieg« setzte. Die großpreußische Linke verband ihre Un-
terstützung für den preußisch-deutschen Krieg mit weitgehenden Demo-
kritisierungsforderungen und versuchte, die Kriegssituation, in der die Re-
gierung besonders auf Popularität angewiesen war, zur »Umänderung der
Verfassungsverhältnisse« zu nutzen. Für Löwe konnte »das eigentliche Ziel«
nur die »Herstellung eines Reiches deutscher Nation«, gefolgt von der »Be-
rufung eines deutschen Parlaments« und der »Proclamirung der Reichsver-
fassung« sein.¹⁴ Für diesen Positionswechsel hin zu einer kritischen Un-
terstützung der Kriegspolitik der Regierung dürfte ausschlaggebend
gewesen sein, daß die Fortschrittspartei sich seit der Auflösung des Abge-
ordnetenhauses am 9. Mai im Wahlkampf befand. Sie mußte deshalb in be-
sonderem Maße auf die Stimmung in der Wählerschaft Rücksicht nehmen
und wollte die drohende Parteispaltung unbedingt vermeiden. Diese zeich-
nete sich ab, da der nationalliberale Flügel bereits mit eigenen Resolutionen
an die Öffentlichkeit trat.

Das Parlament erneut vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen auf einen
Zeitpunkt anzusetzen, an dem sich Preußen absehbar im Krieg befinden
würde, war ein ebenso geschickter wie brutaler Schachzug Bismarcks. Er
ermöglichte es ihm nicht nur, den Wahlkampf der Fortschrittspartei polizei-
lich mehr als je zuvor zu behindern. Realistisch spekulierend, die Liberalen
würden sich an die Konvention gebunden fühlen, während eines Krieges
innere Auseinandersetzungen einzustellen, drängte Bismarck die Liberalen
weiter in die Defensive und machte ihnen nur durch Formeln kaschierten
Richtungsstreit öffentlich sichtbar. Alles zusammen war mitursächlich für

¹³ Beobachter 26. 5. 1866; AT V, S. 10ff. (Anträge Venedey und Heldmann), S. 18 (Aus-
schußantrag; auch in: DEUTSCHER NATIONALVEREIN, 1995, S. 384) und S. 22; zu Wigard
und Schaffrath: H. JORDAN, 1918, S. 152f.; R. FUCHS, 1970, S. 173. Zur Taktik der Op-
position auf dem Abgeordnetentag: A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 404f.
Befriedigung bei preußischen Offiziellen und Politikern: E. ENGELBERG, Bismarck, 1991,
S. 496; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 406; T. SCHIEDER, Kleindeutsche
Partei, 1936, S. 104ff. (mit deutlich borussischer Tendenz).

¹⁴ W. LÖWE, Wahlrede 14. 5. 1866; DERS., Wahlrede 3. 6. 1866; weitere Belege: N. SÜS-
MILCH, 1977, S. 484f. Zum Hintergrund: L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien,
1878, S. 72f.

die erste Wahlniederlage der Fortschrittspartei, die zugleich ihr Ende als liberale Einheitspartei bedeutete.¹⁵

Kolbs und Mayers Gegenveranstaltung zum Frankfurter Abgeordneten-tag, auf der außer ihnen aus der Paulskirchenlinken Wuttke eine wichtige Rolle im Hintergrund spielte, hatte die antipreußische Tendenz, die sich auf dem Abgeordnetentag nicht hatte durchsetzen können. Kolb erinnerte an das »wirkliche Parlament«, das sich fast auf den Tag 18 Jahre zuvor an derselben Stelle versammelt habe. Für das Scheitern der Paulskirche machte er die Befürworter des preußischen Erbkaisertums verantwortlich. Statt der Anlehnung an Preußen plädierte Kolb für eine politische Westorientierung: die Franzosen, Schweizer und Nordamerikaner lieferten »leuchtende Beispiele«, was eine Nation vermöge, die sich selbst vertraue. Ziel der Redner war eine »deutsche Eidgenossenschaft«, also eine Lösung ohne die deutschen Großmächte bzw. unter der utopischen Voraussetzung ihrer Auflösung in Einzelstaaten. Mayer nannte »die Volksbewaffnung« als »das einzige Mittel, durch welches wir aus der gegenwärtigen Noth, die unser Volk mit Untergang bedroht, herauszukommen vermögen«. Man setzte einen 12-köpfigen Ausschuß ein, dem neben Mayer und Kolb auch Bebel, Goegg und die anderen prominenten Teilnehmer und Versammlungsredner angehörten – fast alle waren führende Demokraten von 1848/49 – und der ein Programm für eine länderübergreifende Volkspartei ausarbeiten sollte. Die verabschiedeten Resolutionen bekräftigten neben den bekannten demokratischen und föderalistischen Grundsätzen, daß die preußische Regierung mit »ihrer Vergewaltigungspolitik« in Schleswig-Holstein für den drohenden Krieg verantwortlich sei: »Gegen diesen Frevel ist der bewaffnete Widerstand Deutschlands geboten. Neutralität wäre Feigheit oder Verrath.« Politisch korrekt, aber in der gegebenen Situation nicht eben realistisch war es, daß die Versammlung sich nicht nur von der »Vergrößerungssucht Preußens« distanzierte, sondern auch nicht Gefahr laufen wollte, »an der Seite Österreichs« zu siegen. Deshalb müsse eine ausschließlich »nationale«, nicht-dynastische Politik verfolgt werden.¹⁶ Mit diesem anspruchsvollen, konsequent demokratischen Programm, das unter den gegebenen Verhältnissen selbst in ihren süddeutschen Hochburgen nicht durchgesetzt werden konnte, zog sich die Demokratische Volkspartei in eine gesinnungsethische Protesthaltung zurück, die ihrer seit 1864 verfolgten, nur mehr langfristigen Zielsetzung entsprach.

¹⁵ L. PARISIUS, Fortschrittspartei, 1879, S. 74 f. Daß die Abgeordnetenwahlen just an dem Tag (3.7.1866) stattfanden, an dem die entscheidende Schlacht des preußisch-deutschen Kriegs im böhmischen Königgrätz geführt wurde, war nur ein Zufall, der – zumal der Ausgang der Schlacht noch nicht bekannt war – den Wahlausgang nicht beeinflusste.

¹⁶ Reden der »Volksversammlung« vom 20. 5. 1866, zit. nach Beobachter 26. und 27. 5. 1866; Programm: ebd. 5.6.1866; J. MÜLLER, Das politische Wirken, 1960, S. 161 f. Ähnl. C. MAYER, Österreich, 1866. Hartmann äußerte sich Bamberger gegenüber positiv über den Tenor der Reden auf der »Volksversammlung« und kritisch über den Abgeordnetentag (o. D. [= 21. 5. 1866]; SLB Wien 45 408).

In den außerordentlichen Sessionen der Kammern, in denen Mitglieder der Paulskirchenlinken saßen, die das volksparteiliche Programm vertraten, also in Württemberg, Sachsen und Bayern, blieben sie mit den von der Frankfurter »Volksversammlung« beschlossenen Positionen weitgehend isoliert. Die Regierungen erhielten breite Mehrheiten für ihre Anträge auf Kriegskredite und damit für ihren Kriegseintritt an der Seite Österreichs zur Erhaltung des Deutschen Bundes. Eine große Rolle spielte dabei die verbreitete Erwartung eines österreichischen Sieges, der zum Sturz Bismarcks führen und aus der Sicht der Liberalen und Demokraten im Dritten Deutschland neue deutschlandpolitische Handlungsspielräume eröffnen würde.

Im württembergischen Landtag agitierte Moriz Mohl, von einem geradezu paranoiden Preußenhaß getrieben, für den Krieg. Hingegen vertraten Carl August Fetzer, Ferdinand Nägele, Friedrich Rödinger und Gottlob Tafel mit unterschiedlichen Nuancen das Programm der Volkspartei: Die liberalen deutschen Staaten (das »reine Deutschland«) sollten, möglichst unter Schaffung eines Milizsystems, d. h. bei großangelegter militärischer Mobilisierung, eine Position der »bewaffneten Neutralität« einnehmen, also keine der beiden Großmächte unterstützen, und gleichzeitig gemeinsame Institutionen (Parlament, Armee und Zentralgewalt) aufbauen. Ein Antrag Rödingers, die Kriegskredite solange zu verweigern, bis ein nach dem Wahlgesetz von 1849 gewähltes Parlament als Souverän der »reindeutschen Staaten unter dem Banner des deutschen Rechts« legitime Entscheidungen treffen könne, erhielt nur drei Stimmen (außer Rödingers die Tafels und Hopfs, eines ehemaligen Redakteurs des »Beobachters«). Fetzer und Nägele erschien dieser Beschluß weltfremd; auch einen eigenen Antrag, der dem Venedeys beim Abgeordnetentag ähnelte, zog Fetzer wegen mangelnder Erfolgsaussichten zurück.

Die klare Ablehnung aller abweichenden Anträge in der Debatte über die Kriegskredite und die fast einstimmige Unterstützung der proösterreichischen Politik in den süddeutschen Kammern waren in hohem Maße von einer Burgfriedensmentalität geprägt, derzufolge es in einer Situation unmittelbarer Kriegsgefahr die vordringliche Aufgabe der Abgeordneten war, sich als Repräsentanten des Volkes hinter die Regierung zu stellen. Dies wurde zwei Tage später in einer Debatte der Stuttgarter Kammer über den Antrag des neben Mayer wichtigsten deutschlandpolitischen Kommentators des »Beobachters«, Ludwig Österlen, deutlich. Die Regierung sollte aufgefordert werden, sich für »eine engere Verbindung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten«, gestützt auf ein gemeinsames Parlament, einzusetzen. Diese äußerst moderate Fassung des volksparteilichen Ansinnens, ein föderalistisches Deutschland durch allmählichen, freiwilligen Zusammenschluß zu gründen, fand immerhin 35 von 86 Stimmen im Landtag (darunter die Nägeles, Rödingers und Tafels). Fetzer lehnte den Antrag aus zwei Gründen ab: Einerseits halte er an der Idee der nationalen Einheit fest; der Weg dorthin führe aber »weder über Berlin noch über Wien, er geht durch

kein Trias- oder Sonderparlament, er geht einzig und allein durch ein constituierendes Parlament für ganz Deutschland«. Andererseits werde das vorgeschlagene Parlament »ein machtloses Schwätzerparlament sein, wie noch nie eines in der Weltgeschichte existirt hat«, wenn ihm nicht von vorneherein »wesentliche Souveränitätsrechte« übertragen würden. Damit wies er auf die seit 1848 erkennbare Schwachstelle des deutschlandpolitischen Programms der demokratischen Föderalisten hin: eine Bereitschaft, auf Teile ihrer Souveränität zugunsten eines Bundesstaates zu verzichten, war bei den deutschen Staaten nicht zu erkennen.¹⁷

An der fehlenden Bereitschaft der Regierungen, auf die gut gemeinten, aber von keiner durchsetzungsfähigen politischen Kraft getragenen Appelle der Linken einzugehen, scheiterte auch Franz August Mammens Versuch, die sächsische Regierung dazu zu bewegen, noch im Mai nach dem Gesetz vom 27. März 1849 Wahlen zu einer Nationalvertretung auszuschreiben, die allein kompetent sei, die deutschen Fragen zu entscheiden. Er machte sich damit die in der Volkspartei diskutierte, auch von Mayer vertretene Strategie zueigen, das Parlamentsangebot Bismarcks zu »überbieten«. Mindestens in Leipzig und Dresden, den Hochburgen von Volkspartei und beginnender Arbeiterbewegung, wurden Forderungen nach Volksbewaffnung zum Widerstand gegen Preußen und nach einer demokratischen Lösung der deutschen Fragen in Massenversammlungen unterstützt, die von Bebel, Liebknecht, Wuttke und Wigard einberufen und geleitet wurden. Wegen der Kürze der Zeit bis zum Kriegsbeginn und des Ausbleibens einer revolutionären Bewegung hatten sie jedoch keine praktisch-politische Auswirkungen mehr.¹⁸ Die „Friedenspartei“ der Großpreußen um Biedermann und Joseph fand jedenfalls im Vergleich zu den Resolutionen der Volkspartei deutlich weniger Resonanz für ihr Werben um Annahme des Bismarckschen Bundesreformvorschlags.¹⁹ Wenn jedoch weder die Bismarckschen noch die

¹⁷ Württ. LT 4.-6.6.1866, insb. S. 22 ff. (Rödinger), S. 32 f. (der spätere Nationalliberale Fetzer, der hier – wenn auch mit gewissen Vorbehalten – ebenfalls noch für den Zusammenschluß des Dritten Deutschland plädierte), S. 42 ff. (Mohl), S. 64 f. (Nägele), S. 66 ff. (G. Tafel), S. 70 (Abstimmung), S. 101 ff. (Antrag Österlen). Auf Antrag Fetzers forderte der Landtag mit großer Mehrheit (und den Stimmen aller Paulskirchenlinken) die Regierung auf, in der nächsten Session ein Gesetz vorzulegen, daß den »Grundrechten der Deutschen«, die in Württemberg 1849 in Kraft gesetzt, aber nach dem Staatsreich v. Lindens (vgl. Kap. IX.2) aufgehoben worden waren, wieder rechtliche Geltung verschaffte (ebd., S. 119 ff., Beil. 7 und 8). Zum Hintergrund vgl. H. BRANDT, 1987, S. 740 ff.; Kommentierung durch J. FRÖBEL, Kammerverhandlungen, 1866.

¹⁸ F. v. MAMMEN, Mammen, 1935, S. 314 ff.; C. MAYER, Thüre, 1866; R. FUCHS, 1970, S. 174 ff.; J. MÜLLER, Das politische Wirken, 1960, S. 163 ff.; H. JORDAN, 1918, S. 138 ff. Noch hilfloser als die Appelle der Demokratischen Volkspartei wirken entsprechende Resolutionen aus dem Exil, etwa die von den Paulskirchenlinken Nauwerck und Temme getragenen »Beschlüsse deutscher Republikaner in der Schweiz« (in: Der deutsche Eidgenosse 15.6.1866) oder Nauwercks Aufruf »Macht Euch wehrhaft!«.

¹⁹ K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, Bd. II, S. 266 ff. Biedermann und die von ihm geführte großpreußische Opposition stand wie ihre Freunde in Bayern und Württem-

von Massenversammlungen getragenen volksparteilichen Forderungen nach Berufung eines deutschen Parlaments die Regierungen unter hinreichenden Druck zu setzen vermochten, wie gering waren dann die Realisierungschancen weitergehender Projekte wie einer neuen Nationalversammlung oder einer Bundeszentralgewalt?

Die Linke im bayrischen Landtag, zu der die Pfälzer Paulskirchenabgeordneten Rudolph Christmann, Georg Friedrich Kolb, Franz Tafel und Philipp Umscheiden zählten, verständigte sich in einer Fraktionssitzung Ende Mai auf eine Unterstützung der Regierung im Kriegsfall. Diesen wollte man nicht nur bei einem Angriff auf bayrisches Territorium, sondern bereits bei einem preußischen Einmarsch in das österreichisch verwaltete Holstein als gegeben ansehen. Aus ähnlichen Gründen wie in Preußen und Württemberg näherte sich auch in Bayern die Opposition einschließlich der preußenfreundlichen Abgeordneten der Regierung an, sobald der Krieg unvermeidlich schien. Diese Burgfriedensmentalität war in hohem Maße einer entsprechenden Haltung in der liberalen Wählerschaft geschuldet. In den Bevölkerungen war der einzelstaatliche Patriotismus tiefer verwurzelt als ein nationalistisches Zusammengehörigkeitsgefühl aller »Deutschen«. Beim Zusammentritt der bayrischen Kammer war der Kriegsfall in der Definition der Linken bereits gegeben, da Preußen am 5. Juni die Okkupation Holsteins angekündigt hatte. Die Opposition bewilligte also die Kriegskredite. In der folgenden Adreßdebatte vertrat Umscheiden das deutschlandpolitische Programm des demokratischen Föderalismus. Er begründete ebenso wie Kolb, der ähnliche Positionen bereits in seinen Kommentaren in der »Neuen Frankfurter Zeitung« formuliert hatte, die Notwendigkeit des Zusammenschlusses des Dritten Deutschland gegen die beiden Großmächte vor allem mit den in der Öffentlichkeit kolportierten Befürchtungen, Bismarck habe sich die französische Neutralität im preußisch-deutschen Krieg durch territoriale Zugeständnisse erkaufte. Nur ein süd- und mitteldeutscher Bundesstaat konnte seiner Ansicht nach die territoriale Integrität der beteiligten Staaten wirksam garantieren: gegen Frankreich wie gegen Preußen, dessen »Staatsgedanke« Umscheiden zufolge auf die Annexion immer mehr deutscher Territorien abziele. Und schließlich werde nur die Konstituierung des Dritten Deutschland die Rivalität zwischen Preußen und Österreich beseitigen, weil ihnen dann »das Objekt fehlt, nach welchem beide greifen«.

Die Angst vor französischen Annexionen ging so weit, daß die radikale pfälzische Linke, vertreten durch die drei ehemaligen Paulskirchenabgeordneten Kolb, Umscheiden und Franz Tafel, sich sogar für den Fortbestand des verhaßten Deutschen Bundes aussprach: Sie weigerten sich, eine Erklärung der übrigen Linken im bayrischen Landtag (also der in rechtsrheinischen Wahlkreisen gewählten) zu unterzeichnen, die die Zustimmung zu den Kriegskrediten mit der Forderung verband, nach Wiederherstellung des

berg in der Kriegssituation hinter der Regierung Beust (R. J. BAZILLION, 1989, S. 337f.); DAZ 20. 4. 1866; K. BIEDERMANN, Friedenspartei, 1866.

Friedens auf einer Reform der Bundesverfassung im Sinne der preußischen Vorschläge zu bestehen. Zur Ironie der Geschichte gehört es, daß Österreich, die reaktionäre Großmacht, auf die die Pfälzer Paulskirchenlinke als Schutz gegen französische Begehrlichkeiten setzte, diesen im österreichisch-französischen Geheimvertrag vom 12. Juni 1866 weiter entgegenkam, als es Bismarck je getan hatte.²⁰

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß sich die Linke in allen deutschen Staaten in burgfriedensähnliche Arrangements einbinden ließ und Kritik an den Regierungen stark einschränkte. In Preußen war diese Zurückhaltung am deutlichsten verbunden mit dem Versuch, die aus dem Verfassungskonflikt resultierenden innenpolitischen Forderungen durchzusetzen. Die Fortschrittspartei unterstützte zwar prinzipiell den Versuch, den preußisch-österreichischen Dualismus endlich, und sei es durch Krieg, zu überwinden und damit den Weg freizumachen für eine großpreußische Lösung der deutschen Frage. Sie hielt aber an der Forderung nach dem Rücktritt des Ministeriums Bismarck fest. Ein Bismarckkult, wie er 1867 in Teilen der Paulskirchenlinken und darüber hinaus im Liberalismus ausbrach, existierte vor dem Krieg in keiner Weise.²¹ In Süddeutschland oder in Österreich stand die Opposition in weitaus größerer Geschlossenheit hinter den Regierungen als in Preußen, wo die Fortschrittspartei immer wieder auf die Kriegsschuld der Regierung hinwies. Diese kritische Haltung der Öffentlichkeit stand im Einklang mit dem teilweise offenen Widerstand vor allem in der katholischen Bevölkerung gegen den »Bruderkrieg«, den die Regierung Bismarck gegen die bundestreuen Staaten anzettelte.²²

²⁰ Bayr. LT 8.-9. 6. 1866, insb. S. 26 ff. (Umscheiden) und 45 (Kolb); T. SCHIEDER, Klein-deutsche Partei, 1936, S. 109 ff., unterstellt, die »kleindeutschen« bayrischen Abgeordneten hätten im Landtag mit der Unterstützung der Regierung nicht ihre wahre Meinung geäußert. Dabei schlugen gerade sie die schärfsten Töne gegen Bismarck an. Es läge näher, die Wende der großpreußischen bayrischen Abgeordneten mit Enttäuschung über Bismarcks undiplomatisches Vorgehen zu erklären. Zum Hintergrund: E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte III, 1988, S. 529 ff. und 539 f. Darüber, daß die föderalistische Linke schließlich 1866 den Deutschen Bund verteidigte, mokierten sich die Befürworter einer großpreußischen Lösung; etwa Fetzer, Württ. LT 10. 10. 1866, S. 88.

²¹ Bamberger machte 1868 sein Bismarck-Buch mit der Reminiszenz daran auf (S. 1 f.), wieviele »ehrliche« Männer – nämlich seine Genossen aus der Paulskirchenlinken, vielleicht auch er selbst – mit dem Attentat Ferdinand Cohens, der ein Stiefsohn des Achtundvierzigers Karl Blind war, auf Bismarck sympathisiert hätten. Hartmanns spontane Reaktion auf das Attentat bestätigt dies: »Die ärgsten Philister werden förmliche Republikaner, weil Einer [Bismarck] die Welt so ins Unglück zu stürzen vermöge[,] und die moralischsten Personen beten Blind als erhabnen Martyrer [an]. Noch nie habe ich die Menschheit bei einem Attentat und über einen Attentäter so einstimmig gesehen. [...] Sein [Blinds] Porträt wird zu 10000 verkauft« (an Hartmann 15. 5. 1866; SLB Wien). Vgl. auch Der deutsche Eidgenosse 15. 6. 1866; K. H. HÖFELE, 1966, S. 399.

²² Vgl. Aufruf des Zentralkomitees (unterzeichnet von Löwe, Schulze-Delitzsch, Parisius, Langerhans, v. Hennig, F. Duncker und Siemens): BVZ 8. 6. 1866; L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 75 f.; W. LÖWE, Wahlrede 8. 6. 1866; K. H. HÖFELE, 1966, S. 400 f.

In Wien hingegen wurde von der deutsch-liberalen öffentlichen Meinung für den Krieg mobilisiert – von der extrem preußenfeindlichen »Neuen Freien Presse«, die nach der österreichischen Niederlage die Paulskirchendemokraten Moritz Hartmann und Jakob Venedey in ihre Dienste nahm, bis zur gemäßigten »Ostdeutschen Post« Ignatz Kurandas. Zu den ersten Kriegszielen der deutsch-österreichischen Liberalen gehörte der Sturz Bismarcks, der für die Zuspitzung des preußisch-deutschen Gegensatzes verantwortlich gemacht wurde. Man gab sich sogar Hoffnungen hin, daß die preußischen Liberalen Bismarck bei Kriegsbeginn stürzen würden.

Je näher der Krieg rückte, desto mehr fügten sich die verschiedenen Fraktionen der bürgerlichen Linken in das mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln des öffentlichen Protests Unabwendbare. Der Krieg wurde sogar zunehmend als Gelegenheit gesehen, endlich die anstehenden deutschen Fragen zu lösen, die sich auf dem diplomatischen Wege der Bundesreform als ebenso unlösbar erwiesen hatten wie auf demokratischem. Jede Richtung hoffte unmittelbar vor Kriegsbeginn gewissermaßen auf einen Schiedsspruch der Geschichte zu ihren Gunsten. Letzte Appelle sollten die öffentliche Meinung und die maßgeblichen Politiker beeinflussen, aber letztlich waren die Mitglieder der Paulskirchenlinken als Publizisten und Parlamentarier im Juni und Juli 1866 zum Abwarten und Zuschauen verurteilt.²³

Die antipreußische Linke war zutiefst von der militärischen Überlegenheit der bundestreuen Seite überzeugt, zumal sie sich »im Recht« wähnte. Sie rechnete mit einer Niederlage Preußens und damit mit dem Sieg des Liberalismus in ganz Deutschland. Der immer wohl informierte und politisch inzwischen äußerst gemäßigte Fröbel ließ sich gar zu einem an 1848/49 erinnernden Überschwang hinreißen, in dem er die Sache, für die er sich jetzt begeisterte, mit den alten Symbolen verband. Am 25. Juni 1866, also zehn Tage nach der preußischen Kriegserklärung machte er sich in einem Brief an Max v. Gagern bereits Gedanken über die Friedensverhandlungen nach dem erwarteten Sieg über Preußen: Mit Rücksicht auf das Ausland solle sich Österreich beim Friedensschluß nicht von der antipreußischen öffentlichen Meinung beeinflussen lassen, zurückhaltend taktieren, keine Hegemonie, sondern eine Triaslösung anstreben (»Es wäre sehr zu bedauern, wenn die gelegentlichen Drohworte der »Neuen Freien Presse« und anderer Blätter mehr wären als Bramarbasaden kannegießender Redakteure«). Fröbel endete: »Heute nacht wird Hohenzollern von Bundestruppen unter schwarzrothgoldenen Farben besetzt, und morgen früh weht das deutsche Reichsbanner auf dem Schlosse zu Sigmaringen!«²⁴

²³ Vgl. J. FRÖBEL, Österreich und der deutsche Bund, 1866; C. MAYER, Schwarz-roth-gold, 1866; G. F. KOLB/A. RÖCKEL, 5.7.1866; Bamberger an Hartmann 20.6.1866 (SLB Wien).

²⁴ Fröbel an M. v. Gagern o. D. [= 25.6.1866] (BA FN 7 VIII/17); H. FRIEDJUNG, Kampf, Bd. I, 1916, S. 282 ff.; E. SOMOGYI, 1983, S. 56; E. ENGELBERG, Bismarck, 1991, S. 492; H. JORDAN, 1918, S. 172. Zum österreichischen militärischen Überlegenheitsgefühl: RR 6.5.1865, S. 1581 u. ö. (Giskra); Wydenbrug an v. d. Decken 16.5.1866, wo Wyden-

2. Der preußisch-deutsche Krieg als Zäsur für die bürgerliche Linke

Der innerdeutsche Krieg als elementares Ereignis, das zur Entscheidung für eine der beiden Seiten zwang, polarisierte die ohnehin politisch divergierende Paulskirchenlinke weiter und führte zu zahlreichen persönlichen Zerwürfnissen.¹ Besonders eindrucksvoll ist für diesen Zeitraum der dicht überlieferte Briefwechsel Moritz Hartmanns, vor allem der mit Ludwig Bamberger. Beide standen auf verschiedenen Seiten: der in Stuttgart lebende Hartmann als demokratischer Föderalist auf der des Deutschen Bundes; Bamberger hingegen hoffte auf den Durchbruch zur nationalen Einheit durch eine Revolution von oben, zu deren Voraussetzungen die Zerschlagung des Deutschen Bundes gehörte. Zumindest diese erwartete er von Bismarck und der preußischen Armee. Die Brisanz des Freundeskonflikts wurde dadurch erhöht, daß Hartmann aus dem Teil Böhmens stammte, in dem sich die blutigsten Schlachten abspielten. Innerhalb der Paulskirchenlinken wurden nur von ihm, aus emotionaler Betroffenheit heraus, die für die damalige Zeit ungewöhnlich hohen Verluste thematisiert, die durch die Modernisierung und Technisierung der Kriegsführung verursacht wurden, wozu vor allem das auf preußischer Seite erstmals eingesetzte Zündnadelgewehr gehörte. Doch obwohl Hartmann mit den Opfern dieses Krieges litt und über dessen Sinnlosigkeit sowie die Zerstörung seiner Heimat trauerte, überwältigte ihn gelegentlich die alte, revolutionäre Hoffnung auf den alles umstürzenden »Volkskrieg«. Wenn Preußen zusammen mit Italien vom begrenzten dynastischen zum entschlossenen Nationalkrieg übergehen würde, wäre »ihnen ganz Europa dankbar« und werde sich »im Laufe von 14 Tagen

brügk auch bereits für den Fall eines Sieges Preußens die Annexion Hannovers voraussetzte (BA FN 16/I); K. H. HÖFELE, 1966, S. 402. Zur gedämpften Stimmung in Berlin etwa: Ziegler an Rodbertus 18. 5. 1866 (in: L. DEHIO, Demokraten, 1927, S. 249 f.). Nach der Niederlage erklärte Fröbel seine Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse mit mangelndem militärischen Engagement der süddeutschen Staaten, deren Regierungen sämtlich »von geheimem Einverständnis mit Preußen beherrscht« gewesen seien (an Wydenbrugk 14. 10. 1866; BA FN 16/I).

¹ Zerwürfnis Hartmanns mit Heinrich Bernhard Oppenheim: Bamberger-Hartmann-Briefwechsel 7., 18. und 22. 8. 1866 sowie Hartmann an Schlesinger 30. 8. 1866 (M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 152); Zerwürfnis Bambergers mit Ludwig Simon: Bamberger-Hartmann-Briefwechsel 11. 7., o. D. [= 9. 10. 1866; 45 890] und 29. 12. 1866, 14. 1., 12., 19. 2. und 6. 3. 1867 (SLB Wien). Ruge nannte »die Revolutionärs, die sich jetzt nicht mit der Revolution [von 1866] verbünden wollen, weil Bismarck es thut, Philister und Narren« (an Richard Ruge 7. 6. 1866, in: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 271). Wie tief die persönlichen Verletzungen waren, zu welchen Unterstellungen und Verleumdungen gegriffen wurde, verdeutlichen die Briefe mehr noch als die öffentlichen Äußerungen. Bamberger schrieb etwa an Ruge über Ludwig Simon (6. 10. 1866, in: ebd., S. 280): »Der sitzt nun einmal bis aller Tage Ende auf dem letzten Ausschußbericht seines Stuttgarter Parlaments und ist über das erste Lallen dieser 48er Zeit nie hinausgekommen. Die reine Scholastik.« Die Kritik schloß Zweifel an der Männlichkeit der Kontrahenten ein: diese »keuschen Josephs« würden »sich zu ewiger Unfruchtbarkeit verdammen«.

ganz Deutschland auf P[reußen]s Seite einigen.« Aber solchen »heroischen Muth« traute Hartmann dem preußischen Regime nicht zu. Selbst für den in seiner Grundhaltung pazifistischen Hartmann galt also: Hätte der Krieg die Heraufkunft eines gesamtdeutschen Nationalstaats gefördert, so wäre dies alle Opfer wert gewesen.

Die demokratischen Föderalisten erhofften neben einer Niederlage auch, daß mit diesem Krieg möglichst viele Dynastien stürzten und damit die Ära der Kabinettskriege zuende gehe. Ihr Eintreten für Österreich und den Deutschen Bund war taktisch bedingt. So resultierte Hartmanns Ekel vornehmlich daraus, daß der opferreiche Krieg nicht um die seiner Ansicht nach historisch anstehende Frage der demokratischen Nationalstaatsbildung ging, sondern daß zwei Militärmonarchien ihn führten, von denen die eine so wenig Sympathien beanspruchen konnte wie die andere. Rückblickend analysierte Hartmann seinen Zustand: »Ich war richtig und wahrhaftig seelenkrank [...]. Nie habe ich eine schlimmere Zeit als die meine durchgemacht und hätte es länger gedauert, ich weiß nicht, wie weit es mich geführt hätte. Aber neben der großen historischen Ungeheuerlichkeit war der Anblick der täglichen Privatgemeinheit auch so grauenhaft, daß man sich selber hätte ausspucken mögen. Ich schätze Dich glücklich, das Schauspiel nicht mit angesehen zu haben.«² Die Empörung über ein Ereignis, das für die sensibleren Köpfe der Paulskirchenlinken zutiefst ihren Glauben an den historischen Fortschritt infragestellte, stürzte Hartmann in Weltekel und die tiefste Depression seines Lebens.

Bamberger in Paris blieb teils wegen seiner größeren Distanz zum Geschehen, hauptsächlich aber wohl aus Temperamentsgründen, und weil sich die Geschehnisse in sein großpreußisch-machtpolitisches Geschichtsbild leichter positiv integrieren ließen, ungleich distanzierter und kühler. Er berichtete nur über »Unmuth an den deutschen Vorgängen, der Nothwendigkeit[,] davon zu reden, und der Unlust[,] es zu thun.« Seine Briefe gingen in dieser Phase der langjährigen, intensiven Korrespondenz mit Hartmann in ihrer abwägenden, politisch rasonnierenden Nüchternheit an der Aufgewühltheit des Freundes vorbei. Ihre mit dem Krieg von 1866 beginnende Entfremdung hat nicht allein im engeren Sinne politische Ursachen, sondern

² Hartmann an Bamberger 20. 6. 1866 (auch in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 147f.; dort falsch datiert), 9. 7. 1866 (ebd., S. 149f.) und 18. 8. 1866. Die Schlacht von Königgrätz sei »eine der furchtbarsten, großartigsten – größer als Waterloo«. Die neuen preußischen Zündnadelgewehre »sollen in der That furchtbar sein! In den ersten Gefechten und Schlachten sind die Preußen nach den ersten Dechargen selbst entsetzt zurückgewichen vor dem Haufen von Leichen, die, nachdem sich der Pulverdampf verzogen, vor ihnen lagen. Dies ist buchstäblich wahr. – Die Deroute bei Königgrätz war nach langem und verbissenem Kampf eine der schrecklichsten in der Geschichte. In ihrem Entsetzen warfen sich Tausende in die Elbe und ertranken« (dass., 9. 7. 1866; alles: SLB Wien). Ein Appell zum Volkskrieg, zur Umkehr der Waffen gegen Militärs, Aristokratie und die Regierungen ist auch Hartmanns Gedicht »1866« (M. HARTMANN, Werke, Bd. II, 1874, S. 438f.). Vgl. auch Hartmann an Schlesinger 30. 8. 1866 und an F. Hiller 31. 8. 1866 (in: M. HARTMANN, Briefe, 1921, S. 151ff.).

basierte mehr noch auf den hinter allen politischen Wertentscheidungen liegenden emotionalen Differenzen. Diese in der existentiellen Krise des innerdeutschen Krieges zwischen Hartmann und Bamberger aufbrechenden Differenzen verweisen auf einen wichtigen Faktor, der bestimmte, wer sich mit der deutschlandpolitischen Entwicklung in den Jahren 1863 bis 1867 abfand und wer sie ablehnte: Die Empörung bei Hartmann entsprang einem zutiefst idealistischen Glauben an einen historischen Fortschritt, der durch die bewußten Worte und Taten heroischer Einzelner als Führer ihrer »Völker« zu einem harmonischen und gerechten Zusammenleben in einem nach den großen Nationalkulturen geordneten Europa führen werde. Bei Bamberger resultierte sein Sich-Abfinden mit der jeweils gegebenen Situation aus einem stärkeren Bewußtsein dafür, daß materielle Triebkräfte die gesellschaftliche Entwicklung mitbestimmen und deshalb politisches Handeln häufig von den Akteuren nicht intendierte Folgen hat.

Auch Bamberger war sich deshalb zunächst keineswegs sicher, daß dieser Krieg die Einigung Deutschlands in seinem Sinne voranbringen werde. »In jedem andren Land würde ich mir denken: *wie* es auch geht, es muß nach dieser Katastrophe weiser und vernünftiger werden, als vorher, aber zum deutschen Volk habe ich auch nicht mehr das leiseste Zutrauen.« Bamberger hatte sich zwar vom demokratischen Vertrauen auf das Volk und eine Politik von unten abgewandt. Aber auch bei ihm finden sich bis in die Kriegstage hinein immer wieder Argumentationsweisen, die einem idealistisch-nationalistischen Geschichtsbild entsprangen, das die europäischen Mächtekonstellationen und die Mechanismen der Machtpolitik ignorierte. So empörte er sich in seinen Briefen aus der Kriegszeit am meisten darüber, daß aufgrund geheimer Zusagen der kriegführenden Mächte dem napoleonischen Frankreich bei den Friedensverhandlungen eine Schlüsselrolle zukam, aus der heraus es die Abtretung westrheinischer Gebiete forderte. Es war für die gesamte deutsche Linke noch immer ein Tabu, mit einer auswärtigen Macht zur Lösung der nationalen Frage zu paktieren. Die Schuld an der leidigen Schlüsselrolle Napoleons gab Bamberger sowohl den demokratischen Föderalisten, die eine Rheinbund-Politik betreiben würden, als auch »der unseligen Junkerpolitik« Bismarcks, die statt auf das Volk auf die traditionelle europäische Diplomatie setze.³

Arnold Ruge überzeugte im Verein mit dem schnellen Sieg Preußens Bamberger endgültig von der Richtigkeit einer autoritär-revolutionären Strategie, deren erstes Werkzeug Bismarck sein sollte. Bereits seit Mai 1866, also

³ Bamberger an Hartmann 27. 6. und 11. 7. 1866 (SLB Wien). In der Anbahnung der preußisch-österreichischen Friedensverhandlungen spielte Giskra, der Bismarck als energischer Brünner Bürgermeister aufgefallen (und vielleicht auch als Paulskirchenlinker bekannt) war, eine nicht ganz geklärte Rolle: im Auftrag Bismarcks sollte er in Wien günstige Bedingungen anbieten, falls Österreich auf eine Vermittlung Napoleons verzichtete (H. POLLAK, Bd. I, 1898, S. 166 ff.; D. HAINTZ, 1963, S. 66).

nach Bismarcks Vorschlag, zur Mitwirkung an der Revision der Bundesverfassung ein Parlament nach dem demokratischen Wahlrecht von 1849 berufen zu lassen, suchte Ruge das Bündnis mit dem preußischen Ministerpräsidenten zur Revolutionierung der Verhältnisse im Deutschen Bund im Sinne der Ideen von 1848. In einem Brief attestierte er ihm, »endlich einen richtigen Schachzug gethan« zu haben, indem er »den Krieg gegen Österreich mit Italien« vorbereite. Der entscheidende Schritt, mit dem Bismarck in Ruges Augen zu den »Ergebnisse[n] von 1848 zurück« kam, war seine Wendung gegen den Fortbestand des Deutschen Bundes, der als Vereinigung von Monarchen ohne Beteiligung des »Volkes« für den Nationaldemokraten Ruge obsolet war.⁴ In Anknüpfung an seine seit 1859, soweit die preußische Zensur es zugelassen hatte, öffentlich vertretenen antiösterreichisch-unitarischen Positionen erklärte er dem Ministerpräsidenten: »Der Krieg zur Ausschließung Österreichs aus Deutschland und aus Italien ist der größte Freiheitskrieg, den Mitteleuropa führen kann«. Aber Preußen müsse dafür sorgen, daß es »das außerösterreichische Deutschland *allein* besitzen« werde. An die liberale Öffentlichkeit appellierte er entsprechend in einem Manifest »An die deutsche Nation«, das er Anfang Juli 1866 in allen liberalen Zeitungen Preußens publizierte und außerdem 100 000-fach drucken ließ: »Schreit nicht gegen Großpreußen. [...] Großpreußen hört auf, Preußen zu sein, und wird Deutschland. Großpreußen, wenn nur groß genug, ist Deutschland.«⁵

Von diesem Standpunkt aus kritisierte Ruge Bismarcks Vorschläge als zu föderalistisch, da sie die innerdeutsche Staatsgrenzen nicht in Frage stellten. Er empfahl außerdem zur Vermeidung langwieriger Verfassungsdiskussionen wie 1848/49 eine Orientierung am britischen Vorbild, das er allerdings um parlamentarisch-demokratische Elemente ergänzt sehen wollte. Da Preußen »das außerösterreichische Deutschland allein besitzen«, also annectieren sollte, solle kein Bundesstaat und damit auch kein Parlament neben dem preußischen geschaffen werden: »Gehn Sie kühn auf die National-Versammlung in Berlin zurück«, schrieb Ruge am 3. Mai an Bismarck, »directe allgemeine Wahl; jährliches Parlament – ohne Oberhaus. Keine weitere Constitution als jährliche Gesetzgebung durch diesen Körper, wobei sich die Genehmigung durch die Krone (die Minister als Organ der Mehrheit) von selbst versteht.« Diese Ordnung sollte mithilfe des »Volks«,

⁴ Ruge an Bismarck 3. 5. 1866; Ruge an den Herausgeber des »Morning Star« ca. 26. 6. 1866 (beides in: A. RUGE, *An's Volk*, 1869, S. 1 und 6f.).

⁵ Ruge an Bismarck 3. 5. 1866 (ebd., S. 1 f.); ähnl. ders. an Richard Ruge 21. 5. 1866 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 270); DERS., *Nation*, 1866, S. 6. Über die Reaktionen der »orthodoxen Revolutionäre« (Bamberger) L. Simon, F. Freiligrath, L. Blanc und G. Kinkel sowie im Großherzogtum Baden: Ruge an Bamberger 21. 9., 31. 10. und 16. 11. 1866 (BA 90 Ba 3/117). Die antiösterreichischen Tiraden waren bei Ruge wie bei der ganzen Hegelschen Linken (z. B. Marx und Engels) immer auch antislawisch konnotiert: »Das slavische Gesindel, die Böhmen und Mähren, sollten wir [Österreich] lassen« (A. RUGE, *An's Volk*, 1869, S. 18).

also militärisch gegen die übrigen deutschen Fürsten durchgesetzt werden. Die abschließenden Worte in Ruges Brief zeigen deutlich, daß seine Initiative weder opportunistisch noch realpolitisch war: »Was ich Ihnen schreibe, ist wahr. Wenn Sie es einsehen, ist es so gut, als wenn Sie es erfunden hätten. [...] Ihre Kanonen werden nur treffen, wenn Sie sie mit Ideen laden.«

Ruge hielt an der Attitüde des Weltweisen und an seinem hegelianischen Glauben an die Geschichte fest, deren Gesetze er, der Philosoph, kannte und dem Politiker zur Ausführung anheimgab. Diese Haltung ließ sich schwerlich mit dem politischen Denken und Handeln in einem preußischen Ministerium vereinbaren. Hierin lag zusammen mit der ungebrochenen Radikalität von Ruges politischen Vorstellungen die Hauptursache, warum trotz seiner unermüdlichen Initiativen keine wirkliche Kooperation mit Bismarck oder einem anderen Kabinettsmitglied zustandekam.⁶ Es spricht vieles dafür, daß sich beide Seiten wechselseitig als nützliche Idioten ansahen: Ruge verbreitete seine, die preußische Kriegführung aus einer unerwarteten Richtung unterstützenden Argumente in hohen Auflagen. Er sah in Bismarck das unbewußte Organ des Weltgeistes⁷, den Ausführer seiner eigenen Ideen, mit denen er seit 1848 der geschichtlichen »Wahrheit« zum Durchbruch verhelfen wollte. Die preußische Zensur ließ den politischen Philosophen gewähren, und Bismarck verfolgte eine großpreußische Machtpolitik unbeeinflusst von Hegelscher Dialektik und Ruges philosophischen Rechtfertigungen.⁸

Welche Wirkung Ruges Brief vom 3. Mai hatte, läßt sich nicht im einzelnen zeigen. Seine Initiative dürfte aber dazu beigetragen haben, daß Max Duncker, ein früherer konstitutioneller Paulskirchenabgeordneter, den Ruge bereits 1859 zu beeinflussen versucht hatte, und Robert v. Keudell im Auftrag Bismarcks im Vorfeld und während des Krieges von 1866 Kontakte zu führenden Oppositionellen knüpften. Im Krieg gegen den Deutschen Bund und Österreich suchten Bismarck und seine Mitarbeiter die Zusammenarbeit mit der großpreußischen Linken. Sie wollten damit den nach wie vor großen politischen Nimbus des Einigungsversuchs von 1848/49 zur Erhöhung ihrer eigenen politischen Legitimität nutzen und die Erinnerung an die anationale Tradition der preußischen Politik überdecken. Hierzu dienten nicht nur die Übernahme des Wahlgesetzes von 1849, sondern auch zwei Initiativen, die u. a. darauf abzielten, die Abgeordneten des Stuttgarter

⁶ Ruge an Bismarck 3. 5. 1866 (ebd., S. 1 f.); ähnl. ders. an R. Ruge 21. 5. 1866 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 270). Vgl. auch S. WALTER, 1995, S. 372 ff. (wegen weitgehender Unkenntnis der einschlägigen historischen Literatur und z. T. mangelnder Quellenkritik allerdings etwas naiv).

⁷ Ruge war überzeugt (an Bamberger 21. 9. 1866), »daß Preußen fortan genöthigt ist[,] mit dem Volk und mit der Freiheit[,] d. h. geradezu gegen seine bisherigen Allianzen und ihre barbarische und reactionäre Politik zu gehen« (BA 90 Ba 3/117).

⁸ In einem weiteren Brief an Bismarck (7. 7. 1866) schrieb Ruge: »Sie haben den ›halben Hochverrath‹ ausgeführt, den mir der Herr v. Gagern 1848 in der Paulskirche vorwarf« (A. RUGE, Volk, S. 18). Er legte ihm auch die Hegelsche Dialektik ans Herz.

Rumpfparlaments oder prominente Liberale zusammenzurufen, damit sie als neues Vorparlament die großpreußische Einigung unterstützten.

Die erste Initiative ging von dem schlesischen Paulskirchendemokraten Oscar v. Reichenbach aus, der 1866 aus dem Londoner Exil zurückgekehrt war, wo er mit Ruge in den frühen 1850er Jahren im »Europäischen Zentralkomitee der Demokratie« zusammengearbeitet hatte. Er hatte der preußischen Regierung angeboten, nach dem Vorbild der antiösterreichischen Aktivitäten von Achtundvierzigern in Ungarn subversive politische Aktionen in den süddeutschen Staaten auszulösen. In zwei Briefen hat er seinem Auftraggeber, Bismarcks Mitarbeiter Robert v. Keudell, über die Aktivitäten in Frankfurt und Baden berichtet. Er knüpfte nach eigenen Angaben Kontakte zu preußenfreundlichen Politikern wie Mathy und Lamey, veranlaßte Resolutionen, die badischen Truppen zurückzurufen und ähnliche Maßnahmen zur Schwächung von Preußens Gegnern. Zu den Aktionen, die v. Reichenbach detailliert beschrieb, gehörte ein Besuch bei Kolb in der Redaktion der »Frankfurter Zeitung«, die daraufhin angeblich einen Aufruf an die Mitglieder des Rumpfparlaments druckte, sich am 8. Juli in Frankfurt einzufinden. Auf diesen Appell, der wegen der Kurzfristigkeit der ganzen Initiative und der durch den Krieg gestörten Verkehrsverbindungen von vorneherein kaum Erfolgsaussichten hatte, erschien lediglich Jakob Venedey, den v. Reichenbach dazu bewegt haben will, zur Rückkehr der badischen Truppen in die Kasernen aufzurufen. Von den württembergischen Rumpfparlamentariern (also Fetzer, G. Tafel, Rödinger, Römer etc.) erhielt Reichenbach eine Absage, da ein solches Treffen derzeit unsinnig sei. Schließlich versprach ihm Adolph Kolatschek, in Wien für eine Beendigung des Krieges und den Rückzug Österreichs aus dem Deutschen Bund zu wirken.⁹ Wenn auch v. Reichenbachs Mission eher zu den skurrilen Episoden des Krieges gehört und durch den unerwartet schnellen militärischen Erfolg Preußens überflüssig wurde, so zeigt sie doch, wie weitgehend das Ministerium Bismarck die Kooperation mit ehemaligen politischen Gegnern suchte. Es knüpfte dabei nicht nur an deren politische Leistungen wie Wahlgesetz und Reichsverfassung von 1849 an; es benutzte nicht nur den Nimbus der

⁹ L. DEHIO, Beiträge, 1934, S. 155 ff., wo auch die beiden Briefe Reichenbachs an Keudell (GStA Rep. 92 NL Keudell 10) mit kleinen Lesefehlern abgedruckt sind. Leider sind die in den Briefen erwähnten Anlagen, die Aufschluß über seine Kontakte und insbesondere den angeblichen Aufruf an die Rumpfparlamentarier geben könnten, nicht überliefert. Der (L. DEHIO, Beiträge, 1934, S. 161) erwähnte österreichische Rumpfparlamentarier »K.« läßt sich aufgrund der Angaben v. Reichenbachs als Kolatschek identifizieren. O. BECKER, Ringen, 1958, S. 162, vermutet, v. Reichenbach habe den Kontakt Ruges zum Bismarck-Ministerium hergestellt; die Briefe Ruges sprechen dafür, daß es umgekehrt war. Zu v. Reichenbach auch: H. NATHAN, Reichenbach, 1915, S. 89. Zum gescheiterten Versuch Bismarcks, die preußischen Demokraten in größerer Zahl zur Unterstützung des preußisch-deutschen Krieges zu bewegen, vgl. L. DEHIO, Demokratie, 1927. Zu Ruges Kontakten mit der preußischen Führung im Jahre 1859 und zu seinem bereits damals vertretenen Konzept der Einigung durch Annexion s. Kap. XIII.2.

Revolution und der Revolutionäre¹⁰; es war auch bereit, an die spezifischen symbolischen Formen der Achtundvierziger anzuknüpfen.

Dies belegt auch die zweite Initiative der Bismarck-Regierung, eine Lieblingsidee der Paulskirchenlinken, nämlich ein neues Vorparlament, zu realisieren: Der preußische Innenminister Friedrich zu Eulenburg, der eine entsprechende Initiative des Berliner Oberbürgermeisters an Bismarck weitergeleitet hatte, wurde am 7. Juli von diesem beauftragt, in Verhandlungen mit führenden großpreussischen Liberalen die Berufung eines Vorparlaments vorzubereiten, das vor allem das vom Verfassungs- und Bundesbrecher Bismarck vorgesehene Nationalparlament legitimieren und damit die Wahlbeteiligung erhöhen sollte. Auch der König hatte sich Anfang Juli »ungeachtet der gehegten Besorgnisse über eine zu liberale Färbung« für die Berufung eines Vorparlaments ausgesprochen. Zu Eulenburg verhandelte am 16. Juli 1866 mit fünf nichtpreussischen, norddeutschen Führern des Nationalvereins, die ihrerseits eine ähnliche Initiative gestartet hatten, darunter aus der Paulskirchenlinken Karl Biedermann und August Grumbrecht (außerdem Rudolph v. Bennigsen, Friedrich Oetker und Johannes Miquel).

Eine Einigung kam jedoch nicht zustande, da außer Grumbrecht und Miquel, die ähnlich wie Ruge den Nationalstaat durch preussische Annexionen schaffen wollten, die Angesprochenen sich nicht vor den Karren der preussischen Regierung spannen lassen wollten und ein von dieser initiiertes Vorparlament als dysfunktional ansahen. Hinzu kam, daß zu Eulenburg zu denjenigen Kabinettsmitgliedern zählte, die Bismarcks konzilianten Kurs den Liberalen gegenüber, wozu neben der Vorparlamentsinitiative die seit Ende Mai mit Karl Twesten und anderen geführten Verhandlungen über eine Indemnitätsvorlage gehörte, immer wieder hintertrieben.¹¹ Beide Initiativen zeigen jedenfalls, daß sich auch gouvernemental orientierte Linksliberale wie Biedermann nicht einfach für die Ziele Bismarcks instrumentalisieren ließen. Auch für sie stellte ein Nachgeben im Verfassungskonflikt die Voraussetzung für eine Kooperation mit der preussischen Regierung dar. In dieser frühen Phase, vor dem Sieg im preussisch-deutschen Krieg, waren nur diejenigen Kräfte in der Einigungsbewegung zur Zusammenarbeit mit Bismarck bereit, die den Nationalstaat durch preussische Annexionen gründen wollten.

¹⁰ Im August ließ Bismarck der russischen Regierung drohen: »Pression des Auslandes wird uns zur Proclamierung der deutschen Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben« (Telegramm an Manteuffel-Petersburg, 11. 8. 1866, in: O. v. BISMARCK, Bd. III, 1966, S. 797). Vgl. auch Bismarcks Gespräch mit Karl Schurz am 28. 1. 1868 (DASS., Bd. IV, 1968, S. 219).

¹¹ L. DEHIO, Beiträge, 1934, S. 149 ff.; M. Duncker an Grumbrecht 11. 7. 1866 (M. DUNCKER, Briefwechsel, 1923, S. 420 ff.); H. ONCKEN, Rudolf v. Bennigsen, Bd. I, 1910, S. 742; A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1994, S. 409 ff.; E. ENGELBERG, Bismarck, 1991, S. 527 ff. Biedermann erwähnt diese Verhandlungen nicht in seinen Erinnerungen; ebenso wenig die beiden, allzu eng an Biedermanns Selbstdarstellung angelehnten Biographien (J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972; R. BAZILLON, 1989).

Ruge war ein solcher Annexionist. Sein Sohn Richard versuchte im Sommer 1866, die Chancen seines Vaters auf eine Stellung in der preußischen Administration auszuloten. Nach einer Audienz des Sohnes bei v. Keudell legte Arnold Ruge sein Konzept eines großpreußischen Deutschland in einer Denkschrift »Unsere innere und äußere Politik« nieder. Spätestens danach dürften seine Chancen auf eine Stellung im Regierungsstab auf null gesunken sein. Ruge plädierte nämlich für eine entschiedene Abkehr von den »alten Stützen« der äußeren und inneren Politik, also von Rußland und Österreich bzw. von Polizei, Pietismus und aristokratischem Militärgeist. Preußen weise einen großen Rückstand in seiner politischen Entwicklung auf und müsse in einer nachholenden Modernisierung mit den westeuropäischen Nationalstaaten gleichziehen. Diese eindeutige ideologische und politische Westorientierung sollte im Prinzip auch für die Bündnispolitik des preußisch-deutschen Einheitsstaates gelten.

Ruge sah zwar, wie fast die gesamte liberale Öffentlichkeit, und angesichts der unverhohlenen Gebietsansprüche zu Recht, in Frankreich einen Rivalen des neuen Deutschland – jedoch nicht aus einer historisch oder ethnisch begründeten »Erbfeindschaft« heraus, sondern wegen der Gegensätzlichkeit der politischen Systeme. Denn das »unfreie« System des »Bonapartismus« war in Ruges Augen »mit der politischen Entwicklung der [französischen] Nation im Widerspruch, also eine geschichtlich nicht berechnete Existenz«. Die idealen Bündnispartner für Deutschland sah er in Italien und in den USA sowie in den »germanischen Seemächten« Holland und Dänemark, die nach der deutschen Einigung »nothwendig nach Deutschland gravitiren« müßten, da sie keine »wirklichen Nationen«, sondern »bloß Ausläufer mit verselbständigtem Dialekt« seien. Sobald es zum Krieg mit dem napoleonischen Frankreich komme, womit Ruge – wie große Teile der liberalen Öffentlichkeit – in Kürze rechnete, werde »die Wiederherstellung der Republik in Frankreich durch Deutschland und Nordamerika, die Rettung [...] der normalen Entwicklung des 19. Jahrhunderts,« zur Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Diese, in ihrem globalen Denkansatz an Fröbel erinnernde, prinzipiell westorientierte Bündnisperspektive für Deutschland hatte eine antirussische und antiosmanische Kehrseite: Langfristig sollte »dem Hinauswerfen der Österreicher aus Deutschland u. Italien auch das Hinauswerfen der Barbaren aus Europa« folgen, indem »die Russen aus der Ostsee und aus Polen, u. die Türken aus Europa u. von den Küsten Kleinasiens vertrieben« würden.

War schon Ruges außenpolitisches Programm an den Ideen der französischen Revolution orientiert und zwischen den Zeilen so zu verstehen, daß auch Deutschland eine Republik werden sollte, die Ruge die »normale Entwicklung des 19. Jahrhunderts« nannte, so war der innenpolitische Teil seiner Denkschrift unvereinbar mit der Politik der Bismarck-Regierung sowohl vor als auch nach 1866. Vehement plädierte er für Presse- und Meinungsfreiheit (»nicht Polizeidiener, sondern Politiker sind in die Versammlungen zu schicken«). Der zentrale Überwachungsapparat sollte auf-

gelöst, die Polizei allein auf Gemeindeebene organisiert und für »Gemeindezwecke« eingesetzt werden. Weiterhin sollten die Privilegien der Armee wie das Waffentragen außer Dienst und »der Gebrauch der Waffen gegen Unbewaffnete« ebenso abgeschafft werden wie die parlamentarische Mittelebene der Länder- und preußischen Provinzialparlamente sowie die gutherrschaftlichen Privilegien des Adels. In anderen Publikationen forderte Ruge die Parlamentarisierung des preußisch-deutschen Einheitsstaates: Wahl der Minister durch das Parlament, volles Budgetrecht und Abschaffung des Herrenhauses.¹²

Erst einige Wochen nach Kriegsende und unter dem Einfluß von Ruge, der ihm seine Publikationen regelmäßig sandte, begann auch Bamberger, den preußisch-deutschen Krieg und damit auch Bismarck in einem positiven Licht zu sehen. An Hartmann schrieb er Ende August: »Ich kann mich aber dem Gedanken nicht verschließen, daß wir trotz Allem einen sehr wichtigen Fortschritt gemacht haben.« Schon allein wegen der Annexion von Hannover, Kurhessen und Frankfurt willen sei er bereit, »Bismarck alles Andre [zu] vergeben.« Wenige Tage später bekannte er: »Ich bin schon ganz borusifiziert.« Er bekannte sich auch öffentlich, in »Glaubensartikeln« in der Düsseldorfer »Rheinischen Zeitung«¹³, zu seinem Meinungsumschwung. Mit Lust und großer Energie griff er in die politischen Debatten ein und sah wieder eine politische Perspektive für sich in Deutschland, während Hartmann – wie die meisten demokratischen Föderalisten – noch gelähmt war. Vehement trat er dafür ein, sich mit den durch den Sieg Bismarck-Preußens gegebenen Verhältnissen abzufinden und kritisierte den andauernden Widerstand der demokratischen Föderalisten als »Philistertum im Löwenpelz der Demokratie.«

So scharf Bamberger in seinen politischen Pamphleten, aber auch in seinen Briefen, die Preußenfeindschaft und die Verweigerungshaltung der Demokratischen Volkspartei geißelte, litt er doch unter der Entfremdung von den alten Freunden und Kampfgenossen. Wenigstens Hartmanns Freundschaft wollte er keinesfalls wegen politischer Differenzen verlieren. Bamberger warb um dessen Zuneigung und bat um ehrliche Kritik: »Erhalte

¹² Ruge an Bismarck 7.7. und 30.11.1866 (A. RUGE, *An's Volk*, 1869, S. 18 ff.); A. RUGE, *Politik*, 1866, insb. S. 87 ff. (Zitate) (GStA Rep. 92 NL R. v. Keudell/11, überarbeitete und erweiterte Fassung in: A. RUGE, *An's Volk*, 1869, S. 47 ff.; Zitate: S. 71, 66 und 69); an Keudell 20.9.1866 (GStA Rep. 92 NL R. v. Keudell/11); an R. Ruge 28.8.1866 (A. RUGE, *Briefwechsel*, 1886, S. 278 f.); an Bamberger 31.10.1866 (BA 90 Ba 3/117). Eine betont populäre Version seiner unitarischen Ideen publizierte Ruge im Herbst 1866 (A. RUGE, *Aufruf*, 1866). Die Broschüre erschien bei Jonas in Berlin, da F. Duncker sich weigerte, sie zu drucken, weil er gegen den Einheitsstaat war. Vgl. auch K. Libelt, *HdA* 11.9.1866, S. 291; L. BAMBERGER, *An die Wähler*, 1866.

¹³ 22. August bis Ende Oktober 1866, anschließend unter dem Titel »Alte Parteien – neue Zustände« selbständig publiziert. Vgl. L. BAMBERGER, *Gesammelte Schriften*, Bd. III, 1895, S. 297 ff.

mir nur, ich flehe darum, die Aufrichtigkeit deiner Kritik. [...] ich befehle dir: cheer up! Nur nicht in Wüsten fliehen!«¹⁴ Es ging 1866 wie bei der realpolitischen Wende der 1850er Jahre nicht um einen Bruch mit den früheren Genossen und Idealen, sondern zunächst nur um eine neue Strategie bei weitgehender Konstanz der Ziele. Erst aus der weiteren politischen Entwicklung folgte allmählich auch eine Veränderung der Ziele und aus der Schärfe der weiteren Auseinandersetzung in manchen Fällen der persönliche Bruch.

Bambergers »Glaubensartikel« aus dem Herbst 1866 – sein Durchbruch zum kritischen Parteigänger Bismarcks, der er für zehn Jahre blieb – sind auch als Versuch zu lesen, die alten Freunde aus Revolution und Exil behutsam von der Richtigkeit seines Strategiewechsels zu überzeugen, der in seinen Augen kein Gesinnungswandel war. Gleich im ersten Satz der Artikelserie beanspruchte er, am Beispiel der »Notwendigkeit des Anschlusses« Deutschlands an Preußen »dem viel- und übelberufenen Wort der vollendeten Thatsache¹⁵ seinen wahren Wert [zu]zumessen«. Er wollte eine Realpolitik¹⁶ skizzieren und exponierte zugleich als Subthema die Auseinandersetzung mit seinen Genossen von 1848/49 um den Vorwurf des Opportunismus: »Der Eine denkt, ein Parteiprogramm sei ein ewig Unantastbares, ein unveränderlicher Ausfluß heiliger Überzeugungssätze. Der Andere umgekehrt setzt über Alles die Macht der positiven Umstände und das Leben über das Prinzip.«¹⁷ Bamberger erkannte an, daß »moralischer

¹⁴ Bamberger an Hartmann 22. 8. und 16. 9. 1866 (SLB Wien). Vgl. Bamberger an Ruge 6. 10. 1866; Ruge an Brückmann 1. 4. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 280ff. bzw. 295).

¹⁵ J. VENEDEY, Treitschke, 1866, S. 20, etwa sah das Beschwören von »faits-accomplis« als »von Paris nach Deutschland eingeführt[en]« »Götzen«. Hingegen argumentierten Umscheiden (Bayr. LT 30. 8. 1866, S. 146f.), A. GRUMBRECHT (Betrachtungen, 1866, insb. S. 3) und F. SCHÜTZ, 9. 1. 1867 ähnl. wie Bamberger. Vgl. auch DERS., Luxemburg, 1867.

¹⁶ L. BAMBERGER, Gesammelte Schriften, Bd. III, 1895, S. 298f. Der Begriff »Realpolitik[er]« kommt in dem Text übrigens nur einmal vor (S. 298) – negativ konnotiert zur Charakterisierung des »Royalismus und Loyalismus unserer jüngsten historischen Schule«, also der »für Macht und Zucht schwärmenden« Treitschke, Droysen, M. Duncker, Sybel usw., die »den altherkömmlichen naiven Servilismus des Professorenthums in ein regelrechtes, aber temperirtes System gebracht« hätten. Dies ist ein weiterer Beleg für den politischen Wandel, den der Begriff in der bürgerlichen Linken von einem positiv konnotierten Kampfbegriff gegen die Konstitutionellen zu einer negativ konnotierten Bezeichnung für den Opportunismus, den sie den Konstitutionellen vorwarf, durchgemacht hatte.

¹⁷ L. BAMBERGER, Gesammelte Schriften, Bd. III, 1895, S. 297. Der zweite Artikel – fast einen Monat nach dem ersten geschrieben (vgl. Bamberger an Hartmann 16. 9. 1866; SLB Wien) – begann mit einer ähnlich persönlichen Exposition: »Zürnende Stimmen, warnende und klagende Stimmen, Scheidebriefe von alten Freunden und Schmähbriefe von unbekannter Hand, das ist jetzt für unser Einen das tägliche Brot« (ebd., S. 303). Auch C. MAYER (Ludwig Bamberger, 22. 9. 1866) als einer der Adressaten faßte Bambergers Aufsatzserie als öffentliche Auseinandersetzung mit den Genossen und Ideen von 1848 auf. Ähnl. wie Bamberger argumentierte Fetzer: Württ. LT 10. 10. 1866, S. 88. Op-

Unmöglichkeit [...] Thür und Thor« geöffnet würden, »wenn das Bekenntnis der vollendeten Thatsache zur Staatsreligion erhoben wird«. Er bekannte sich zu einem »demokratischen Standpunkt«, von dem aus Preußen nach wie vor »beinahe in allen Lebensfragen unser unerbittlicher Gegner« sei, und definierte seinen geschichtsphilosophischen Standpunkt zwischen dem Dogmatismus der »Wegleugnung des Geschehenden« und der »Lakaienphilosophie, die alles Geschehende vernünftigt und ehrwürdig findet«.

Bamberger ging es politisch vor allem darum, die Gründung eines Südbundes zu verhindern. »Wer jetzt noch für ein selbständiges süddeutsches Staatensystem arbeiten will, der arbeitet für die Zurückführung der Habsburger und des Dualismus.« Bamberger war damit ein prominenter Vertreter der Strömung im süddeutschen Liberalismus, die nach dem Krieg 1866 einen möglichst raschen Anschluß ihrer Länder an den neuen Bundesstaat wünschte und zu denen aus der Paulskirchenlinken diejenigen gehörten, die sich 1867 der nationalliberalen Partei anschlossen. In Bayern, wo die große Mehrheit der Kammerlinken einen Aufruf gegen »die Zerreißung Deutschlands nach Nord und Süd« unterzeichnete, plädierten etwa Christmann und Umscheiden, in Württemberg Fetzer und Rödinger für eine schnelle Einigung unter preußischer Führung.¹⁸ Dabei stand für sie alle nicht die Frage »Föderation oder Einheitsstaat?« im Mittelpunkt, sondern sie akzeptierten lediglich die eingetretene Entwicklung. Bamberger etwa schrieb: »Hätten die Ereignisse eine Föderativrepublik gebracht, wir hätten sie herzlich willkommen geheißen.« Aber im Sommer 1866 stand diese Option nicht auf der Tagesordnung, und Bamberger glaubte, daß der Anschluß an die preußische Monarchie den Deutschen den ersehnten »Platz an der Sonne« eher bringen werde als ein »deutscher Bundeseinheitsstaat aus dreißig legitimen Fürsten und obersten Kriegsherren«.¹⁹

Bamberger gestand in seiner Artikelserie zu, daß eine kleindeutsche Lösung längst ohne Krieg möglich gewesen wäre, wenn Preußen liberal, also »ein Staat gewesen wäre, in welchem die öffentliche Meinung geachtet und getreu nach dem bestehenden Rechte regiert worden wäre«. Die Wiederherstellung der »bürgerlichen Freiheit« und der verfassungsmäßigen Regierung sowie ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz stellten für ihn Voraussetzungen für eine Versöhnung zwischen Bismarck und der bürgerli-

portunismusverdacht gegen die Großpreußen seitens der demokratischen Föderalisten: J. VENEDEY, Treitschke, 1866, S. 7; C. MAYER, Ludwig Bamberger, 22. 9. 1866; M. HARTMANN, Übersicht, 9., 23. 1. und 26. 7. 1867. Seine Haltung zu Bismarck und den Opportunismusverdacht reflektiert auch K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, Bd. II, S. 261 ff.

¹⁸ L. BAMBERGER, Gesammelte Schriften, Bd. III, 1895, S. 302; Württ. LT 10. 10. 1866, S. 76 und 87 ff. (Fetzer), sowie 12. 10. 1866, S. 157 f. (Fetzer und Rödinger); Erklärung der »vereinigte[n] Linken in der bayer. Kammer«: MNN 29. 8. 1866; die Paulskirchenlinken Kolb und F. Tafel unterzeichneten diese Erklärung nicht; vgl. T. SCHIEDER, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 129 f.; Bayr. LT 23. 1. 1867, S. 183 ff. (Umscheiden); L. BAMBERGER, An die Wähler, 1866.

¹⁹ L. BAMBERGER, Gesammelte Schriften, Bd. III, 1895, S. 300 ff. und 309.

chen Opposition dar. Wie Ruge machte er dies jedoch nicht zur Bedingung für den Anschluß möglichst aller deutschen Staaten an Preußen. War jetzt dafür die Gelegenheit günstig, so mußte sie ohne Vorbedingungen genutzt werden. Demokratische Föderalisten wie Venedey kritisierten an dieser Haltung den »Vertrauensdusel«, für einen Anschluß an Preußen einzutreten, bevor dieses zum Rechts- und Verfassungsstaat geworden sei.²⁰ Bambergers Hauptargument, warum die süddeutschen Staaten das Risiko des Anschlusses an Preußen ohne Garantie seiner Liberalisierung eingehen sollten, war geschichtsphilosophischer Art – wie Ruge war er also nicht in erster Linie Pragmatiker: Er baute »auf eine Entwicklung, die im Laufe der zehn letzten Jahre« – also seit dem Krimkrieg – »vier der finstersten Mächte unrettbar in den Abgrund gestürzt hat: den [russischen] Kaiser Nikolaus, das Haus Habsburg, die weltliche Macht des Papstes und die amerikanische Sklaverei.«²¹ Die historische Entwicklung bestätigte seinen Glauben an den Fortschritt, und die Einigung durch Bismarck-Preußen war lediglich ein Schritt voran in einer als gesetzmäßig empfundenen Entwicklung, an deren Ende für Bamberger ebenso wie für Ruge der »Freistaat«, also die Republik stehen würde. Geschickt formulierte Bamberger, »der Umfang der Preßfreiheit« in Preußen erlaube ihm nicht, »näher auf diese Dinge einzugehen«. So mußte er sich nicht konkreter festlegen.²²

Bamberger ließ keine Unklarheit darüber aufkommen, daß in der Staatsform, die er anstrebte und die er als »Parlamentarismus« bezeichnete, der Volksvertretung eine Machtposition eingeräumt werden sollte, die weit über die des preußischen Abgeordnetenhauses und des späteren Reichstags hinausging. Sie sollte nicht nur »aus Volkswahlen hervorgegangen«, sondern auch »der eigentliche Quell aller Gesetzgebung« sein. Dem »Cäsarismus« mit seiner »Koketterie mit den sozialen Fragen«, also der Regierungsweise eines auf Populismus und Plebiszite gestützten Diktators, erteilte Bamberger ebenfalls eine klare Absage, vor allem da er eine »Verachtung des freisinnigen Bürgertums« bedeute.²³ Während viele demokratische Föderalisten, aber auch Marx und Engels das Bismarck-Regime als »cäsaristisch« bezeichneten, betonte Bamberger, daß man es in Preußen nicht wie in Frankreich mit der modernen Herrschaftsform des »Cäsarismus« zu tun

²⁰ Ebd., S. 300f.; J. VENEDEY, Treitschke, 1866, S. 23. Venedey formulierte dies ethnisch-nationalistisch: Preußen müsse zunächst »deutsch« werden. »Die unerläßlichen Mittel hierzu sind: Deutsche Herrscherweise, deutsches Recht, deutsche Freiheit, deutsche Volksselbstherrschaft [deutschtümelnd für »Demokratie«], deutsche Gesamtregierung«.

²¹ L. BAMBERGER, Gesammelte Schriften, Bd. III, 1895, S. 306f. Ebenso: A. RUGE, An's Volk, 1869, S. 42f.; DERS., Krieg, 1867, S. 5: »Alle Kriege vom Krimkriege an schlugen für die Freiheit aus, sogar die Attentate auf Rom, Mexiko, Domingo, Chili und Peru, ja sogar das Attentat Brasiliens auf Paraguay. Wie sollte nun wohl ein Attentat auf Deutschland und seine Unificierung gelingen? Nimmermehr!«

²² L. BAMBERGER, Gesammelte Schriften, Bd. III, 1895, S. 308.

²³ Ebd., S. 329 und 334 ff. (auch das folgende Zitat). Hier deutet sich zugleich bereits Bambergers manchesterliberale Indifferenz der sozialen Frage gegenüber an.

habe, sondern mit dem »alten, harten, unliebenswürdigen Militärstaat, dem bemoosten Legitimus, dem zähen Kastengeist«, den es nunmehr zu bekämpfen gelte. Bamberger machte sich also keine Illusionen über die politischen und gesellschaftlichen Zustände in Preußen. Dem Rat getreu, den er Hartmann gegeben hatte (»Nicht in Wüsten fliehen!«), war er jedoch bereit, sich auf den mühsamen politischen Kampf um die Liberalisierung Preußens einzulassen, weil er die neuen Gegebenheiten und die gesamte historische Situation hierfür als günstig ansah. Zu Recht hatte allerdings bereits Venedey darauf hingewiesen, daß die »windige Hoffnung« auf eine Reform Preußens mit Realpolitik nichts zu tun habe.²⁴ Sie basierte vielmehr auf dem geschichtsphilosophisch begründeten Glauben an die Unaufhaltsamkeit liberalen Fortschritts und war damit nicht weniger idealistisch als die Gegenposition!

Die demokratischen Föderalisten in den mit Österreich verbündeten Staaten waren zunächst vom Ausgang des Krieges überrascht und reagierten mit Trotz und Verbitterung. Nachdem die Niederlage offenkundig war, schrieb Carl Mayer im »Beobachter« noch ganz im Stil der Aufrufe zu Volkskrieg und Widerstand, die er zuvor publiziert hatte, es werde »nicht mit Bismarck paktirt«, mußte dann aber doch einsehen: »Daß das Unrecht siege, zu verhindern, dazu sind wir zu schwach.« Daran sei »die Unfähigkeit der Mittelstaatsregierungen« schuld, die nicht, wie von der Demokratischen Volkspartei immer wieder gefordert, das Volk bewaffnet hatten. Trotzig erklärte Mayer den preußischen Sieg für einen »vorübergehenden Erfolg«: »Verschlingen kann er [Bismarck] uns, aber verdauen nicht.« Im Juli 1866 dekretierte Mayer, der 18 Monate später den erfolgreichen Wahlkampf der württembergischen Volkspartei für das Zollparlament organisierte, kategorisch: »Schwaben wird niemals Männer in ein deutsches Parlament senden, das [...] nicht auch Österreicher enthält.«

Venedeys erste Reaktion auf die Niederlage bestand in einer pazifistischen Broschüre »Ave Caesar, imperator, morituri te salutant!«, in der er die Sinnlosigkeit des Krieges von 1866 dadurch charakterisierte, daß er ihn mit Gladiatorenkämpfen gleichsetzte. »Der Genius der Menschheit, der Geist der Humanität« lehre jedoch, »daß es andere Mittel gibt, als »Blut und Eisen«, als die gezogene Kanone und das Zündnadelgewehr«, um die Nation in Freiheit zu einen.²⁵ Die am Ende jedes Abschnittes stehenden bitter-ironischen Huldigungen an den »Caesar« (in lateinischer Schrift) changierten zwischen Anspielungen auf beide politischen Systeme, die im demokratisch-föderalistischen Lager mit diesem Ausdruck charakterisiert wurden: das französische und das preußische.²⁶ Einerseits war für Venedey

²⁴ J. VENEDEY, Treitschke, 1866, S. 23.

²⁵ C. MAYER, Bismarck, 1866; J. VENEDEY, Ave Caesar, 1866.

²⁶ Beliebte war bei den Gegnern Bismarcks auch der Vergleich mit Napoleon und/oder Caesar. Vgl. etwa J. FRÖBEL, Allmähliche Wandlung, 1864; H. AHRENS, Zur sächsischen

fatal, daß Napoleon gelassen zuschauen konnte, wie die Deutschen sich gegenseitig abschlachteten. Spätestens mit der letzten Huldigung »Heil dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands, Heil Cäsar [nun in Frakturschrift] dir!« machte Venedey andererseits durch die Verwendung der preußischen Hymne und die Schreibweise deutlich, daß Deutschland nun infolge des Kriegsausgangs vom preußischen »Cäsarismus« beherrscht werde.

Nachdem die demokratischen Föderalisten wieder aus ihrer Depression und rein defensiven Haltung, die sich in der Gleichsetzung mit todgeweihten Gladiatoren spiegelten, herausgefunden hatten, setzten sie auf die Konstituierung eines Südbundes aus Bayern, Württemberg, Baden und dem nicht zum Norddeutschen Bund gehörenden Teil Hessens. Bereits Ende Juli 1866 hatte der provisorische Ausschuß der Demokratischen Volkspartei, an dessen Spitze Kolb und Röckel standen, einer Aufforderung nord- und miteldeutscher Landtagsabgeordneter, daß Süddeutschland sich dem neuen Bundesstaat anschließen solle, trotzig entgegnet: »Wollen unsere Gegner ein Großpreußen und nicht Deutschland, [...] dann sind sie es, die uns [...] zu der Rettung des deutschen und freiheitlichen Gedankens in einem süddeutschen Bunde zwingen, der – mit Parlament und Zentralgewalt ausgerüstet, auf die Grundrechte und eine, der schweizerischen nachgebildete Heeresverfassung gebaut – nimmermehr ein Rheinbund würde, nimmermehr an Frankreich sich anlehnte, das deutsche Banner vielmehr so hoch hielte, daß wir der Rückkehr der abgefallenen Brüder ruhig entgegensehen könnten.« Im Prager Frieden vom 23. August 1866 war auf Druck Napoleons festgelegt worden, daß die nicht in den Norddeutschen Bund integrierten Staaten zu einem »Verein« von »internationale[r] unabhängige[r] Existenz« zusammentreten könnten. Es liegt eine Ironie der Geschichte darin, daß die Deutschlandpolitik der Volkspartei hauptsächlich auf dieser Bestimmung basierte, die der französische Kaiser durchgesetzt hatte, den sie heftiger bekämpft hatte als die großpreußische Linke. Die Notwendigkeit eines Südbundes begründete Venedey ähnlich wie der Aufruf der Volkspartei als Chance zur Rettung der nationaldemokratischen Ideen vor der Übermacht Preußens: Im Südbund liege »ein ganz anderer Kern der *Einheit des ganzen Deutschland* als in dem Nordbund der »Krone« Preußens und des Ministeriums Bismarck. Der Südbund kann *deutsch* sein, der Nordbund wird nur *preußisch* sein; der Südbund kann *deutsches Volksthum* zur Grundlage haben, der Nordbund wurzelt in *preußischer Junkeranmaßung*.« Der Bismarckschen »Revolution von oben« setzte Venedey in seinem, u. a. von Hartmann gelobten Plädoyer einen demokratischen Südbund als Kern eines wahren, demokratischen Nationalstaats entgegen.²⁷ Die Südbund-Idee

Frage, 1866; F. GRUMBRECHT, Betrachtungen, 1866, S. 3 f. Zur analytischen Untauglichkeit dieser Analogie: H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 1374.

²⁷ G. F. KOLB/A. RÖCKEL, 22. 7. 1866; H. v. SYBEL, Bd. V, 1892, S. 362 f.; E. R. HUBER, Dokumente, Bd. II, 1978, S. 250; J. VENEDY, Treitschke, 1866, S. 28 f.; Hartmann an Bamberger 22. 10. 1866 (SLB Wien). Venedey führte seine in der Treitschke-Schrift skizzier-

knüpfte damit an die demokratisch-föderalistischen Vorstellungen vom allmählichen freiwilligen Zusammenschluß des Dritten Deutschland an. Auch sie wurde jedoch nie populär, und bereits im August 1866 war ihr faktisch jede Realisierungsmöglichkeit entzogen, da alle süddeutschen Staaten in Geheimverträgen mit Preußen auf die Bildung eines Südbundes verzichtet hatten. Die Gegensätze zwischen den vier Monarchen waren zu groß, um sich zu einem handlungsfähigen Bund zusammenzuschließen. Sie vertrauten lieber auf Militärallianzen mit Preußen.²⁸

Die demokratischen Föderalisten spitzten den Gegensatz zwischen Süd- und Nordbund auf die Formel »freiheitlicher Föderativstaat oder «säsaristisch«-militaristischer Einheitsstaat« zu. In einem Schlüsselartikel baute Carl Mayer – an den französischen Publizisten Seinguerlet anknüpfend, der Deutschland vor der Alternative »republikanisch oder säsarisch« sah – diese Frontstellung auf und sah den Gegensatz exemplarisch in der Paulskirchenlinken verkörpert: Die Unitarier kämen von »den Bänken der äußersten Linken im Frankfurter Parlament«; den demokratischen Föderalismus sah Mayer hingegen als ein Produkt der 1850er Jahre, als »Opposition gegen das Streben, Europa in vier oder fünf großen Gruppen zu organisieren«. Politisch-ideengeschichtlich entstammten für Mayer die Unitarier, als deren »bedeutendste Namen« Mayer »Bamberger, Herwegh, Kapp, Oppenheim, Ruge und Rüstow« nannte, der französischen Revolution. Die Föderalisten hingegen würden von den Grundsätzen ausgehen, »auf welchen die Republik der Vereinigten Staaten beruht.« Dem unitarischen Nationalismus stellte Mayer die supranationale Idee der europäischen Einheit nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber.

Dem Glauben der Anhänger der großpreußischen Staatsgründung, daß ein großer Staat bessere Chancen für liberale Reformen biete, begegneten die Föderalisten mit Skepsis. Solange Preußen nicht liberal war, meinte Mayer, demonstrativ partikularistisch »behalten wir doch vorerst lieber, was wir an Freiheit in unseren Kleinstaaten haben; Bamberger mag das von seinem großen Babylon [Paris] aus für noch so unbedeutend und krähwinklerisch ansehen, wir erfreuen uns dieses Besitzes, denn er reicht eben hin, um unsere Kinder zu Bürgern eines künftigen großen und freien Deutschlands und zu Feinden jedes Cäsars zu erziehen.« Neben der längerfristigen politischen Perspektive der Föderalisten sprach Mayer hier einen Zusammenhang

ten Ideen im November 1866 in einer eigenen Broschüre aus (J. VENEDEY, *Der Südbund*, 1867). »Der Beobachter« veröffentlichte am 18. 9. 1866 Ludwig Eckardts Entwurf einer »Bundesverfassung für Süddeutschland«. Zum Südbund auch: M. MOHL, *Mahnruf*, 1867; E. R. HUBER, *Verfassungsgeschichte*, Bd. III, 1988, S. 681 ff. Die Südbund-Idee wurde von ihren Propagatoren aus der Paulskirchenlinken im Laufe des Jahres noch mehrfach – jedoch ohne nennenswerte Resonanz – aufgegriffen: vgl. M. HARTMANN, *Übersicht* 23. I. und 17. 5. 1867; D. JUNGHANNS/J. VENEDEY, 1867.

²⁸ Vgl. zur Aussichtslosigkeit der Südbund-Idee auch die originellen Überlegungen in: J. FRÖBEL, *Entweder – oder*, 1866.

zwischen politischer Orientierung und Lebenslauf an: Die Befürworter der großpreußischen Lösung hatten ihre politisch prägenden Exilerfahrungen häufiger in den imperialistischen Großstaaten Westeuropas gemacht (Bamberger, Ruge, Löwe usw.), während ihre Gegner meistens in der Schweiz gelebt hatten und von der dortigen politischen Kultur geprägt waren (Mayer, Hartmann, Venedey, Vogt usw.).²⁹

Von allen Fraktionen der bürgerlichen Linken war für den fundamental-oppositionellen Flügel der preußischen Fortschrittspartei die Bewertung des Kriegsausgangs am kompliziertesten. In einer fulminanten Rede erkannte Johann Jacoby im Abgeordnetenhaus zwar unumwunden »die heldenmütige Tapferkeit wie die Großartigkeit der kriegerischen Erfolge« an. Dennoch gereiche dieser Krieg, so meinte er unter wütenden Protesten der Konservativen, »gegen Deutsche geführt, im Bunde mit einer fremdländischen Macht, [...] dem Preußischen Volke weder zu Ehre noch dem gesamten Deutschen Vaterlande zum Heile«. Der Friedensschluß mit »Zwangserwerb Deutschen Ländergebiets, die Ausbreitung des Militärstaats Preußen über ganz Norddeutschland« diene nur der Stärkung preußischer Hausmacht, »vom Deutschen Standpunkte, d.i. vom Standpunkte der Freiheit aus«, könne sie jedoch »nicht als ein glückverheißendes Ereigniß« begrüßt werden. Jacoby registrierte einen bedrohlichen Umschwung der öffentlichen Meinung: »Macht« und abermals »Macht« – das ist die Tagesparole; wer von Recht, Sittlichkeit, Freiheit spricht, wird als »Idealpolitiker« [...] entweder ausgelacht oder bemitleidet.«³⁰ Auf alle, welche die sich aus dem Krieg ergebende staatliche Neuordnung rundweg ablehnten, weil sie die Einheit als freiwilligen, demokratisch fundierten Zusammenschluß wollten, machte Jacobys Rede großen Eindruck. Breite öffentliche Zustimmung zeigte sich in zahlreichen Briefen und Unterstützungsadressen von Volks- und Arbeitervereinen, die allerdings bis auf eine des Berliner Arbeitervereins nicht aus Preußen kamen. Kolb knüpfte im bayrischen Landtag ausdrücklich an Jacobys Rede an: die Hegemonie eines Staates sei »das Grab jeder Freiheit«, deshalb werde auch er – wie in all den Jahren des Kampfes »für Freiheit und Recht« – »die Freiheit der Macht gegenüber nie und nimmer aufgeben«. Wuttke plädierte für das bereits im Kampf gegen die nachmärzliche Reaktion angewandte Instrument des Wahlboykotts bei den bevorstehenden Wahlen zum norddeutschen Reichstag.³¹

²⁹ C. MAYER, »Republikanisch oder cäsarisch«, 1869 (außerdem assoziierte er die Föderalisten mit der »Arbeiterklasse«, die sich in Berlin hinter Jacoby gestellt habe, während das Großbürgertum für den Einheitsstaat eintrete); DERS., Ludwig Bamberger, 22. 9. 1866; G. F. KOLB/A. RÖCKEL, 22. 7. 1866. Vgl. auch Bamberger an Hartmann 22. 12. 1866 (SLB Wien). Bei J. FRÖBEL, Großdeuschthum, 1866, lautete das Gegensatzpaar »Föderalismus« – »Cäsarismus«.

³⁰ HdA 23, 8. 1866, S. 73 f.; Jacoby an Stahr 7. 8. 1866 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 387).

³¹ Allein der Jacoby-Briefwechsel enthält fünfzehn Unterstützungsadressen von Volks- und Arbeitervereinen sowie eine Reihe positiver brieflicher Reaktionen (J. JACOBY,

Im Gegensatz zum flüssigeren Weltbild derjenigen, die nun versuchten, die preußische Machtpolitik in freiheitlich-demokratischer Richtung zu beeinflussen, waren für die Fundamentalopposition »Freiheit« und »Recht« absolute Werte. Während die von der Hegelschen Dialektik geprägten Großpreußen Bamberger, Löwe, Ruge usw. ebenso wie Marx und Engels versuchten, in den sich ständig wandelnden Machtverhältnissen die Ansatzpunkte für Veränderungen und die jeweiligen Bündnispartner permanent neu zu bestimmen, also beweglich zu bleiben, war die Vorstellung der demokratischen Fundamentalopposition eher starr: in Konstellationen wie 1849/50 oder 1866/67 blieb ihnen nur der Boykott – alles Andere erschien als Verrat an den absoluten Werten »Freiheit« und »Recht«. Ruge ironisierte diese prinzipienfeste Haltung treffend am Beispiel Ferdinand Freiligraths, der gesagt hatte, »er wolle nicht durch den Teufel [Bismarck] in den Himmel [deutsche Einheit] kommen«. Ruge kommentierte, da sehe man, wie wenig die demokratischen Föderalisten sich aus dem Himmel machten.³² Es wäre dennoch vorschnell, diese gesinnungsethische Haltung unpolitisch zu nennen, denn die meisten Radikalen blieben auch nach 1866 politisch präsent. Sie übernahmen als Mahner in Öffentlichkeit und Parlament eine wichtige politische Rolle. Die weitere historische Entwicklung hat ihnen in vielem rechtgegeben und läßt eher den Optimismus der Nationalliberalen idealistisch und unpolitisch erscheinen.

Fröbel war neben Ruge der zweite Intellektuelle in den Reihen der Paulskirchenlinken, der sowohl machtpolitisch als auch in globalen Dimensionen dachte. Obwohl ebenfalls aus der linkshegelianischen Denkschule kommend, war er lange Zeit Ruges Antipode gewesen. Er befand sich aber seit dem Scheitern seines Bundesreformprojekts auf dem Weg ins großpreußische Lager und betonte bereits kurz nach Kriegsende die positiven Effekte des preußischen Sieges. In einem Kommentar für die Augsburger Allgemeine war er am 11. August 1866 der Erste innerhalb der Paulskirchenlinken und einer der ersten Publizisten überhaupt, der die später so häufig aufgegriffene Formel prägte, der Krieg von 1866 sei die Fortsetzung der Revolution der Jahrhundertmitte »von oben« und »in disziplinierter Form«. Nachdem die Dinge einmal so weit gekommen« seien, könne man »nur wünschen, daß sie vollends zu Ende geführt«, d. h. das ganze außerösterreichische Deutschland unter preußischer Führung geeint werde. In Fröbels

Briefwechsel, 1978, S. 391–402; ebenso: »Der deutsche Eidgenosse« 15.2.1867, S. 329; Bayr. LT 30.8.1866, S. 143 (Kolb), während Umbscheiden (S. 148 f.) die nationalliberale Gegenposition vertrat; J. MÜLLER, Das politische Wirken, 1960, S. 172. Ähnl. wie Kolb und Wuttke auch L. SIMON, Irrthum, 1867.

³² Ruge an Bamberger 21.9.1866 (BA 90 Ba 3/117). J. FRÖBEL, Parteien, 1866, argumentierte wie Bamberger und Ruge: »Mit dem Moralisieren über eine gewissenlose Politik, mit den Protesten gegen verhasste und verhängnisvolle Thatsachen, mit dem Festhalten am Princip und mit der Hoffnung auf eine ungewisse Zukunft ist dem Vaterland nicht gedient.«

Augen hatte durch den Krieg nicht nur die großdeutsche, sondern auch die Triaslösung ihre »thatsächliche« Grundlage verloren: »Der Wunsch nach Selbständigkeit einer [...] süddeutschen Staatengruppe kann nur noch im Lichte eines wenn auch mehrfach gerechtfertigten Separatismus erscheinen«. Langfristig gab Fröbel, der wie Ruge (als Hegelianer) an die Anziehungskraft der großen Staaten glaubte, solchen Bestrebungen keine Chance, sich im Zentrum Europas zwischen widerstreitenden Großmachtinteressen zu behaupten. Weil die Triasidee »nicht zur rechten Zeit aus freien Stücken und eignem politischen Verstand« realisiert worden sei, gebe es jetzt nur noch die Alternative Südbund unter französischer Vorherrschaft oder Annexion durch Preußen.³³

Wie Bamberger vertrat Fröbel eine verantwortungsethische Position und hielt seinen weniger wendigen Anhängern vor, unbedingte Prinzipienfestigkeit bedeute »auf Politik [zu] verzichten. Die Principien werden auf diese Art zu Glaubensbekenntnissen, die Politik wird zur Religion. Damit ist der Welt jedoch wenig gedient.«³⁴ Fröbel befand sich schließlich in völliger Übereinstimmung mit seinen einstigen Antipoden Ruge und Bamberger, wenn er, an alle Linksliberalen und Demokraten gewandt, betonte, daß Bismarcks Politik »der Freiheit Deutschlands Dienste von hohem Werthe leistet«, da sie wie »die große französische Revolution« den Legitimus bekämpfe, nämlich Österreich und den Deutschen Bund. Fröbel schrieb sich nun seine ganze Enttäuschung über die »legitimistische Verstocktheit« der »Machthaber in Wien« von der Seele, an der seine Bundesreforminitiative gescheitert war, die »der gewaltsamen Umwälzung vorbeugen wollte, die nun eingetreten ist«. Man meint fast, Ruge zu lesen, wenn Fröbel nun über Österreich schrieb: »Dieses System, mit welchem der auf Kraft und Leistung gegründete preußische Absolutismus nichts zu thun hat, muß vernichtet werden[,] wenn dem Fortschritte der Welt überall Bahn gebrochen werden soll, und indem Preußen ihm in Österreich eine schwere Niederlage beigebracht hat, hat es der Freiheit einen Dienst geleistet, so wenig dieß in der bewußten Absicht preußischer Machthaber gelegen haben mag.« Abschließend warnte Fröbel Preußen vor Annexionen innerhalb Deutschlands und plädierte für eine föderalistische Verfassung.³⁵ Hierin lag weiterhin eine

³³ J. FRÖBEL, *Eroberung*, 1866; DERS., *Entweder – oder*, 1866. Vgl. DERS., *Korrespondenz* 6.9.1866;

³⁴ J. FRÖBEL, *Eroberung*, 1866. Bezogen auf den württembergischen Landtagsabgeordneten der Demokratischen Volkspartei und ehemaligen Reichsregenten August Becher schrieb Fröbel wenig später: *Den »Idealpolitikern« fehle »die Einsicht, daß die Wirklichkeit einen permanenten Nothzustand darstellt, dessen einzelnen Forderungen zuvorzukommen die Aufgabe der Politik ist«* (DERS., *Entweder – oder*, 1866).

³⁵ J. FRÖBEL, *Eroberung*, 1866. Vgl. auch J. FRÖBELS selbstkritischen, im selben Zusammenhang geschriebenen Artikel »Das Großdeutschthum und die Reaction« (1866), in dem er seine großdeutsche Idee noch einmal ausführlich gegen die »legitimistische Reaction« Wiener Prägung abgrenzte. Fröbel unterstrich hier die Wertgeleitetheit seiner politischen Vorstellungen und grenzte sich gegen reinen Pragmatismus ab.

grundsätzliche Differenz mit Ruge und Bamberger, den beiden Vordenkern des Bündnisses der Demokratie mit der großpreußischen Machtpolitik zur Vollendung der Revolution von 1848/49: Fröbel blieb Reformler und deshalb auch 1866 Föderalist, obwohl er wie Ruge und Bamberger die Macht des Legitimus durch die sofortige Schaffung einer deutschen Großmacht unter Führung Bismarcks schwächen wollte und, anders als die demokratischen Föderalisten, die Liberalisierung Preußens nicht als Voraussetzung für die Vereinigung ansah, sondern sie als Folge derselben erhoffte.

Als Fröbel sah, daß Bismarck mit dem Prager Frieden und der Verfassung des Norddeutschen Bundes auf größtmögliche preußische Machterweiterung und damit auf einen schlecht ausbalancierten Bundesstaat zielte, schlug die Hoffnung, die er auf den entstehenden Staat gesetzt hatte, rasch in Enttäuschung um. Auch andere Befürworter der großpreußischen Staatsgründung wie der württembergische Nationalliberale Fetzer wurden nie zu Unitariern, da der Föderalismus »allein dem Genius und der Geschichte des deutschen Volkes, seiner Freiheitsliebe«, entspreche. Eine unitarische oder illiberale Nationalstaatsgründung werde, wie Fetzer im württembergischen Landtag im Oktober 1866 prophetisch verkündete, »die deutsche Frage nicht zur Ruhe und zum Abschluß gelangen« lassen.³⁶ Schon Ende 1866 ging Fröbel wieder auf Distanz zu Bismarcks Staatsgründung³⁷, während Fetzer, Ruge und Bamberger sie trotz mancherlei Kritik noch grundsätzlich unterstützten. Alle drei wandten sich jedoch in den folgenden zehn Jahren – enttäuscht über die Illiberalität des Norddeutschen Bundes sowie später des Deutschen Reichs und die Reformunwilligkeit seiner politischen Führung – wieder von Bismarck und den Nationalliberalen ab, während Fröbel nach der Reichsgründung endgültig seinen Frieden mit dem großpreußischen Deutschland machte.³⁸

Am längsten in verbitterter Negation gegenüber dem Kriegsausgang von 1866 verblieben die demokratischen Föderalisten in Österreich, die an der großdeutschen Idee festhielten. Ihre Haltung kommt exemplarisch in einer großen Rede Kurandas im niederösterreichischen Landtag zum Ausdruck. Bismarck dämonisierend, beklagte er das Schicksal Österreichs, das sich immer wieder »verblutet« habe, »um die Herrschaft Fremder von Deutschland abzuwenden«, und nun nach der »blutigen Völkertragödie [...] von König-

³⁶ Württ. LT 10. 10. 1866, S. 89; Fetzer an Hölder 10. 7. 1866 (Württ. LB fol. 880/VII). Ähnl. in Sachsen: H. AHRENS, Zur sächsischen Frage, 1866; F. A. MAMMEN, Sächs. LT 28. 11. 1866 (zit. nach: F. v. MAMMEN, 1935, S. 321 f.).

³⁷ Fröbel an Wydenbrugk 14. 10. 1866 (BA FN 16/1); J. FRÖBEL, Österreich und der norddeutsche Bund, 1867. J. FRÖBELS Artikelserie »Österreich, Deutschland und Europa« vom März/April 1867 markiert dann bereits seine Resignation über die Chancenlosigkeit des Föderalismus bei einem politisch sowenig »begabten und rührigen Volk« wie den Deutschen und damit den Beginn seines Weges zum endgültigen Frieden mit Bismarck-Deutschland.

³⁸ Vgl. etwa A. an R. Ruge 4. 3. 1867 (in: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 292 f.); zu Fröbels Weg nach 1870 vgl. J. FRÖBEL, Lebenslauf, Bd. II, 1891.

grätz« durch »einen übermüthigen Sieger aus Deutschland ausgewiesen« werde »wie ein Fremder«. Kuranda erinnerte daran, daß die österreichischen Liberalen seit Ende 1863 vor dem Bündnis mit Bismarck gewarnt hatten, durch das die Habsburgermonarchie gegen vitale eigene Interessen geholfen hatte, den Deutschen Bund zu zerschlagen, der »durch seine Existenz zwischen den Staaten 50 Jahre lang den Frieden erhalten konnte«. Kuranda erwähnte nicht die politische Erstarrung und die Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, die der Preis für diesen äußeren Frieden zwischen 1815 und 1866 gewesen waren. Nach der Zerstörung des Bundes und der Entfesselung des Nationalismus sah er eine Phase europäischer Kriege kommen, an deren Ende der Zerfall Österreichs stehen werde.

Die einst so loyalen Liberalen waren seit dem österreichischen Systemwechsel vom Scheinkonstitutionalismus zum erneuten Absolutismus in die Opposition gewechselt. Durch den verlorenen Krieg sahen sie sich in ihrer Ablehnung der konservativ-föderalistischen Regierung bestätigt, die den Krieg gegen Preußen nicht verhindert, die Verfassung aufgehoben hatte und die nicht-deutschen Nationalitäten politisch bevorzugte. Der Kaiser reagierte auf die verzweifelte innere und finanzielle Lage der Habsburgermonarchie am Ende des Jahres 1866 mit einem erneuten Systemwechsel. Er ermöglichte den Ausgleich mit Ungarn und führte zu einer neuen, dualistischen Verfassung für den Kaiserstaat, die – wie Berger und Schuselka bereits 1861 gefordert hatten – für Ungarn die Gültigkeit der Verfassungsgesetze von 1848 anerkannte. In der cisleithanischen Reichshälfte wurde gar eine deutschliberale Regierung berufen, in der die Führer der Parlamentsmehrheit, darunter die Paulskirchendemokraten Giskra und Berger, Minister wurden.³⁹

³⁹ I. KURANDA, Rede am 27. 11. 1866. Mit ähnl. Tendenz heute noch: H. RUMPLER, »Es ist ein Kampf«, 1993. Zum Hintergrund: P. M. JUDSON, 1996, S. 117 ff.; F. SCHÜTZ, 1909; H. POLLAK, 1898; R. A. KANN, 1990, S. 303 ff.; E. SOMOGYI, 1983, S. 77 ff.; E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 608 ff.; S. P. SCHEICHL/E. BRIX, 1999, S. 78 f. Vgl. kritisch zur Ernennung seiner Ex-Genossen zu Ministern: M. HARTMANN, Übersicht 7. 6. 1867.

Die Epochenwende von 1866/67

Der Krieg vom Sommer 1866 wurde bereits von zeitgenössischen Kommentatoren als das einschneidendste deutschlandpolitische Ereignis seit 1849 und von allen liberalen Fraktionen als »Revolution« und vielfach als Fortsetzung des 1848/49 gescheiterten Einigungswerks gedeutet. Die geschichtsphilosophisch begründete Erwartung eines von den Deutschen bestimmten Zeitalters führte zugleich zu der Annahme, man habe es mit einem Ereignis von europäischem Rang zu tun: Diese »deutsche Revolution« von oben werde die kommende Epoche prägen wie die französische die vorangegangene.¹ Solche Erwartungen führten auf großpreußischer Seite zu einem grundlegenden Wandel der Bewertung Bismarcks, bei den demokratischen Föderalisten hingegen zu tiefer Enttäuschung.

1. Auf dem Weg zur Nationalliberalen Partei

Der 3. Juli 1866, mit dem Sieg der preußischen Armee bei Königgrätz und der Konservativen in den preußischen Abgeordnetenwahlen, verschoß die politischen Kräfteverhältnisse entscheidend zugunsten Bismarcks. Die Fortschrittspartei war mit ihrer radikalen, auf Ablösung des Ministeriums Bismarck zielenden Opposition gescheitert. Sie hatte die Wähler mehrfach aufgefordert, Abgeordnete zu entsenden, die bereit wären, durch eine Verschärfung des Verfassungskonflikts eine Entscheidung herbeizuführen, und war damit in unerwartet wenigen Wahlkreisen erfolgreich gewesen. Statt wie im September 1863 253 Mandate, erhielten Fortschrittspartei und linkes Zentrum nur noch 148. Hingegen gewannen die Konservativen mehr als 100 Sitze hinzu (142 statt 38). Das Ausmaß der Verluste für die politische Linke erlaubt es nicht, diese allein auf die Behinderungen seitens der Regierung und ihren Druck auf Wähler und Kandidaten zurückzuführen. Kritiker des fundamentaloppositionellen Kurses der Parteiführung wie Ludwig Bamber-

¹ H. AHRENS, Zur sächsischen Frage, 1866. Der Rechtsphilosoph sah seine Zeit außerdem als den »Anfang der größten Umgestaltung, welche Deutschland seit tausend Jahren erleben wird«. 1866 als Epochenwechsel oder »Revolution« außerdem bei: C. MAYER, Schwarz-roth-gold, 1866; Arnold an Richard Ruge 7.6.1866 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 271); J. FRÖBEL, Eroberung, 1866: »Die 1848 und 1849 von unten nicht durchgeführte Revolution ist 1866 von oben fortgeführt worden«; J. VENEDEY, Treitschke, 1866, S. 29: »Revolution von Oben«; M. HARTMANN, Übersicht 2. 1. 1867 u. ö.

ger waren überzeugt, daß diese die »Meinung des Volks« falsch einschätzte. Die Wähler wären der Partei bei einer Verschärfung des Verfassungskonflikts, insbesondere einer Steuerverweigerungskampagne erst recht nicht gefolgt.¹ Die Fortschrittspartei hatte in den fünf Jahren ihres Bestehens trotz permanenter Verfolgung Sieg um Sieg errungen, was eine Ursache des in der Partei verbreiteten Gefühls war, sich im festen Bunde mit dem historischen Fortschritt zu befinden. Für sie bedeutete die Niederlage von 1866 einen Schock, der den ohnehin brüchig gewordenen innerparteilichen Zusammenhalt endgültig zerreißen ließ.² Diese äußerst ungünstige strategische Ausgangssituation muß bei der Beurteilung der Reaktion auf die Bismarcksche Indemnitätsvorlage berücksichtigt werden.

Die Regierung legte dem neuen Abgeordnetenhaus zu Beginn seiner Sitzungen einen Gesetzentwurf vor, der ihr für das verfassungswidrige, budgetlose Regime seit 1862 Indemnität erteilte. Seit Ende Mai hatte Bismarck mit führenden Liberalen über die Rückkehr zu einer verfassungsgemäßen Feststellung des Haushalts und die nachträgliche Entlastung seiner Regierung durch ein solches Gesetz verhandelt. Was er nun durch König Wilhelm anbieten ließ, war jedoch deutlich weniger als das, was der Verhandlungsführer der Liberalen, Karl Twesten, vor den folgenreichen Entscheidungen des 3. Juli als Minimalforderung aufgestellt hatte: Zwar erkannten der König und die Regierung das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses ausdrücklich an, erklärten aber nicht, wie Twesten verlangt hatte, daß künftig »nicht mehr ohne Budget regiert, nichts gegen Streichungen des Abgeordnetenhauses ausgegeben werden solle«. Bismarcks Einbringungsrede trug noch stärker als Thronrede und Gesetzesbegründung die herablassende Attitüde eines großzügigen Siegers zur Schau, in der von der Rechtswidrigkeit des eigenen Verhaltens keine Rede war.³

Bereits in der Adreßdebatte wies Johann Jacoby die Indemnitätsvorlage als inakzeptabel zurück: Indemnität könne nur »für einzelne ungesetzliche Maßregeln der Regierung« erteilt werden, jedoch nicht »für ein Jahre lang

¹ Wahlergebnis: L. PARISIUS, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 68 f. und 77; H. A. WINKLER, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 91 f.; L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 310. Mangels neuerer Wahlforschungen zu den Abgeordnetenhauswahlen vor 1867 sind die Verschiebungen bei den absoluten Stimmzahlen nicht bekannt (N. SÜSMILCH, 1977, S. 487, berichtet auch hier – ohne Zahlenangaben – von einem erheblichen Rückgang). Exakte Zahlen wären aber erforderlich, um zu beurteilen, ob dem Erdrutsch bei der Mandatsverteilung ein ebensolcher in den Wahlergebnissen vor Ort (die Urwahlen fanden im Juni statt, sind also nicht mit den militärischen Erfolgen zu erklären) entsprach. Das Mehrheitswahlrecht konnte auch dazu führen, daß relativ geringe Stimmenverluste erdrutschartige Mandatsverluste zur Folge hatten.

² Rückblickend (1869) schätzte auch die preußische politische Polizei die Niederlage von 1866 als das Ende der FP als wirksame Opposition ein: BLHA 12193, Bl. 379 und 386.

³ HdA 1866–67, Beil. 16; Twestens Protokoll seiner Besprechung mit Bismarck am 29. 5. 1866 und sein von Bismarck erbetener Formulierungsvorschlag für den entsprechenden Passus der Thronrede vom 3. 6. 1866 (J. HEYDERHOFF, 1925, S. 498); HdA 5. 8. 1866, S. 1 f. (Thronrede), 1. 9. 1866, S. 173 f. (Bismarck-Rede).

fortgeführtes, verfassungswidriges, budgetloses *Regierungs-System* [...], zumal wenn die *Träger* dieses Systems nach wie vor im Rathe der Krone [sitzen] und nicht einmal eine Bürgschaft geboten wird, welche die *Wiederkehr* der budgetlosen Staatswirthschaft zur Unmöglichkeit macht.«⁴ Jacoby hielt also an den Forderungen der Fortschrittspartei aus der Zeit vor Krieg und Wahlniederlage fest. Jacoby und mit ihm ein großer Teil der Fraktion weigerten sich, die inzwischen eingetretenen Veränderungen auf der Machtebene bei der Bewältigung des Grundsatzkonflikts um den fortgesetzten Verfassungsbruch der Regierung zu berücksichtigen und beharrten auf ihrem absoluten Rechtsstandpunkt.

Hingegen stellte sich Bamberger in einem Zeitungskommentar auf den Standpunkt politischer Durchsetzbarkeit *nach* den Ereignissen des 3. Juli und fand deshalb, die Indemnität sei »kein Geschenk des Hauses an die Regierung, sie ist ein Geschenk der Regierung an das Haus. [...] Die tatsächliche Übermacht der Regierung über die Legislatur« in Preußen liefere den einzig »richtigen Maßstab für die Bedeutung der Indemnität.« Die Regierung Bismarck war nach dem Krieg in keiner Weise zu Nachgiebigkeit gezwungen. Hätte sie noch weniger angeboten, so hätte das Abgeordnetenhaus nur ablehnen können, was Jacoby und andere auch in der gegebenen Situation für die einzig ehrenhafte Reaktion hielten. Vom Ehrenstandpunkt aus war das konsequent, aber die liberale Opposition, die nicht einmal mehr über die Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügte, war nicht in der Lage mehr durchzusetzen als das, was ihr die Regierung Bismarck freiwillig anbot.

Bamberger ging in seiner schonungslosen Analyse, die er im Sommer 1866 nicht publizieren konnte, weil keine liberale Zeitung sie drucken wollte, noch einen Schritt weiter. Nachdem die Fortschrittspartei mit ihrer Fundamentalopposition gescheitert war, fand Bamberger es »an der Zeit, daß das deutsche Volk der preußischen Kammer eine Indemnität votire«, sie also von ihren politischen Fehlern entlaste. Ähnlich argumentierte auch Wilhelm Löwe in der Kammerdebatte über die Indemnitätsvorlage: Unter den gegebenen Verhältnissen sei er als preußischer Abgeordneter (»machtlos, wie ich bin«) »zu der Geduld verurtheilt, noch länger zu warten« auf die Realisierung der berechtigten Forderungen der Fortschrittspartei und insbesondere auf ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, das »das natürliche Korrelat« zum Indemnitätsgesetz sei. Löwe verzichtete, anders als Jacoby, Franz Josef Bresgen und Jacob Philipp Caspers darauf, seine persönliche Ehre durch kompromißloses Beharren auf einem absoluten Rechtsstandpunkt zu wahren. Zur Begründung hob Löwe vor allem auf die andauernde Bedrohung Preußens durch das Ausland, also Frankreich, ab. In einer solchen Situation sei Einigkeit wichtig; er warnte jedoch die Regierung weiterhin vor innerdeutschen Annexionen und vor einer Fortsetzung des pseudokonstitutio-

⁴ HdA 23.8.1866, S. 74; Jacoby an F. Lewald 4.9.1866 (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 396). Vgl. H. A. WINKLER, *Preußischer Liberalismus*, 1964, S. 100f.

nellen Regierungssystems, da der entstehende Nationalstaat unter diesen Bedingungen keinen Bestand haben werde.⁵

Zwischen diesen Polen bewegte sich das Verhalten der Paulskirchenlinken in der Indemnitätsfrage: Wahren des Ehren- und Rechtsstandpunktes oder Zustimmung, durch die eine einvernehmliche Atmosphäre geschaffen werden sollte, in der die Regierung dem machtlosen Parlament eventuell bei anderen Reformforderungen entgegenkäme. Letztlich war die Entscheidung wiederum eine Frage des politischen Temperaments: Glaubte man, die Regierung Bismarck werde – freiwillig, oder weil sie sich den historischen Notwendigkeiten nicht entgegenstellen konnte – Zugeständnisse machen? Oder sah man die Chance der Liberalisierung und Demokratisierung Preußens erst nach dem Abtritt dieser Regierung, und das hieß: nach dem Wahlergebnis vom Juli erst langfristig, unter grundlegend veränderten politischen Konstellationen? Von den sechs noch im preußischen Abgeordnetenhaus sitzenden Mitgliedern der Paulskirchenlinken stimmten drei (Libelt, Löwe und Paur) für und drei (Bresgen, Caspers und Jacoby) gegen das Indemnitätsgesetz, das mit 230:75 Stimmen angenommen wurde.⁶

Die nächste Zerreißprobe für die Linke im preußischen Abgeordnetenhaus bildeten die Debatten über die Annexion der besiegten deutschen Staaten Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt und über das Wahlgesetz zum Norddeutschen Reichstag. Löwe versuchte, die fraktionsinternen Gegensätze herunterzuspielen, und vertrat als großpreussischer Demokrat eine Mittlerposition zwischen den nationalliberalen Annexionisten und den demokratischen Annexionsgegnern. Wie 1864 mußte er anerkennen, daß wichtige Ziele der großpreussischen Einigungsbewegung wie der Ausschluß Österreichs aus Deutschland, der Sturz der besonders verhaßten Dynastien in Hannover und Kurhessen, die Schaffung einer Legislative und Exekutive über den Einzelstaaten erreicht worden waren. Aber sie waren nicht durch die Nationalisten und nicht auf dem von ihnen favorisierten Wege, »nach einem großen Kriege mit dem Auslande und nach einer großen Volksbewegung« verwirklicht worden. »Die Sache *hat sich* in einer ganz anderen Weise *gemacht*, als wir vorher geglaubt haben«, sagte Löwe im Abgeordnetenhaus. Schon die Formulierung zeigt, daß er die Urheberschaft für diese Erfolge nicht allein bei der Bismarck-Regierung sah. Löwe warf Bismarck eine halbherzige Politik vor: Entweder hätte er den Deutschen Bund nicht auflösen, sondern nur im Sinne seiner Vorschläge vom Frühjahr umgestalten sollen. Oder er hätte konsequent antidynastisch den Krieg über die Mainlinie hinaus bis zum Zusammenbruch auch der süddeutschen Monarchien fortsetzen sollen. Obwohl Löwe »die Macht unseres Staates, und die Macht unserer Armee« als die für den Sieg über Österreich und seine Verbündeten entscheidenden Faktoren anerkannte, beharrte er darauf, daß ohne die »geistige

⁵ L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 310ff.

⁶ HdA I. 9. 1866, S. 167ff. (Löwe); 3. 9. 1866, S. 205ff. (Abstimmungsergebnis); vgl. auch ebd. die Abstimmungs-Motivierung durch Bresgen.

Vorarbeit« der Nationalisten der Erfolg nicht möglich gewesen wäre. Denn Fortschritte bei der deutschen Einigung seien seit 1848 ohne Mobilisierung der öffentlichen Meinung nicht mehr zu erzielen. In einer Rede vor Berliner Arbeitern prägte Löwe für ihren Einfluß auf die Nationalstaatsbildung die Formel von der »negativen Macht der Opposition«: »Wenn sie auch nicht Alles hindern kann, so kann sie doch Vieles mildern.« Löwe sah deshalb die nationalistische Opposition als moralische Siegerin: sie habe »für ihr Programm Jahre lang« gearbeitet, die Regierung führe es nun aus.⁷

Nachdem seit der Niederlage vom Juli gemeinsame Wahlerfolge als Kitt fortgefallen waren, der die Fortschrittfraktion trotz der seit Ende 1863 immer wieder aufbrechenden tiefen inneren Gegensätze zusammengehalten hatten, kam es im Herbst 1866 zur eigenständigen Parteibildung der Nationalliberalen. Die Entstehung der nationalliberalen Partei bedeutete personell und programmatisch eine tiefe Zäsur in der Geschichte des deutschen Liberalismus und der bürgerlichen Opposition. Sie markierte das Ende des Versuchs zur Zusammenarbeit der gesamten bürgerlichen Linken, die vom Märzverein bis zum Nationalverein und den Fortschrittsparteien die nachrevolutionäre Epoche gekennzeichnet hatte. Große Teile des Liberalismus begannen – abgesehen von den Intermezzos der Märzregierungen und nach dem Vorspiel in Baden – zum ersten Mal in der deutschen Geschichte, sich mit einer Regierung und einem Staat zu identifizieren. Dies in Verbindung mit der realpolitischen Ideologie, der Macht- und Mittelstandsorientierung, die die Leitbegriffe »Recht« und »Volk« ablösten, führte zum Versuch, statt der gesamten bürgerlichen Opposition nun eine möglichst breite politische Mitte zusammenzubringen. Trotz dieser neuen Züge stand die Nationalliberale Partei doch in mancher Hinsicht in ideologischer Kontinuität zur Achtundvierziger Revolution. Dies galt insbesondere für den Nationalismus, zu dessen Verbreitung in der zuvor anationalen politischen Rechten die neue Partei erheblich beigetragen hat. In ihrem, im Juni 1867 beschlossenen Grundsatzprogramm findet sich jedenfalls gleich zu Beginn die Zielformel, die seit 1848 zum deutschlandpolitischen Konsens der bürgerlichen Linken gehört hatte: »die Einheit Deutschlands zu Macht und Freiheit herzustellen«.⁸

Die Entwicklung bis zur offenen Spaltung des Liberalismus hatte sich vor Preußen bereits in Sachsen abgespielt. Die Auseinandersetzungen kulminierten dort bereits Mitte August, und Sachsen, das weit mehr als der Hohenzollernstaat eine Hochburg der Liberalen und Demokraten war, wurde zum Vorreiter der Entstehung der Nationalliberalen Partei. Dieser Vorgang ist hier von größerer Bedeutung als die Vorgänge in Preußen, weil sämtliche liberalen Fraktionen in Sachsen von seit 1848 tätigen Politikern geführt wur-

⁷ HdA 7. und 11.9.1866, S. 262 f. (Zitat) bzw. 300 ff.; W. LÖWE, Rede Arbeiterverein, 3. 11. 1866 (Zitat). Ähnl. W. LÖWE, Tonhallenrede, 1867; A. GRUMBRECHT, Betrachtungen, 1866, S. 3 f.

⁸ Vgl. H. SCHULZE, 1997, S. 169.

den, die fast alle zur Paulskirchenlinken gehört hatten: Joseph repräsentierte die Richtung, die den Anschluß an Preußen wünschte und publizistisch auch von Treitschke vertreten wurde; Biedermann stand für eine vermittelnde, »deutschbundesstaatliche« Linie; Roßmäßler, Schaffrath und Wigard repräsentierten die demokratisch-föderalistische, antipreußische Richtung.⁹ Ein Faktor, der den innerliberalen Konflikt in Sachsen besonders schnell eskalieren ließ, war die nach der Niederlage drohende Annexion durch Preußen, die alle liberalen Politiker zu einer klaren Entscheidung über die Zukunft des Landes zwang. Die Friedensverhandlungen gestalteten sich mit Sachsen von allen 1866 unterlegenen Staaten am schwierigsten und zogen sich bis zum 21. Oktober 1866 hin.

In dieser Zeit versuchten die verschiedenen Fraktionen der sächsischen Opposition, durch öffentlichen Druck die Entscheidungen über die Zukunft des Königreichs zu beeinflussen. Eine von Biedermann zur Diskussion eines gemeinsamen Vorgehens einberufene liberale Landesversammlung, die nach großen Schwierigkeiten mit der Polizei schließlich am 26. August 1866 stattfand, wurde von den demokratischen Föderalisten boykottiert, da ihre Vertreter nur in geringer Zahl eingeladen worden waren – dafür jedoch zahlreiche Konservative. In diesem Bemühen um Zusammenarbeit mit den Konservativen bei Ausschluß eines Teiles der bürgerlichen Linken zeigte sich die neue Bündnispolitik des einladenden Komitees, an dessen Spitze Biedermann stand: Sie wollte nicht mehr die Einheit der bürgerlichen Linken herstellen, wie es das Grundprinzip der Fortschrittsparteien gewesen war, sondern öffnete sich für die geplante Gründung einer »liberal-nationalen Partei« zum gemäßigten (konstitutionellen) Konservativismus hin. Roßmäßler, Schaffrath und Wigard erklärten daraufhin in der Presse: »Die Demokratie Sachsens – allerdings mit wenigen Ausnahmen zu der Biedermann-Josephschen Landesversammlung gar nicht eingeladen – wird sich [...] nicht stellen [...], sondern wie immer ihren eigenen Weg gehen.« Die Demokraten sollten sich »von dem Wort Landesversammlung nicht verwirren lassen.«¹⁰ Die Kommunikationsfäden zwischen den früheren Genossen waren seit längerem dünn, und die Demokraten in Sachsen zogen sich nun

⁹ Vgl. die u. a. von Schaffrath, Wigard und dem »sächsischen Turnvater« und Paulskirchenlinken Otto Leonhard Heubner unterzeichnete Dresdner Resolution, die erneut eine Nationalstaatsgründung auf der Basis der Reichsverfassung und einer neuen Nationalversammlung forderte (Mitteldeutsche Volkszeitung 25. 7. 1866, zit. bei R. FUCHS, 1970, S. 248 f.). Zum folgenden detailliert auch H. JORDAN, 1918, S. 179 ff. und 213 f. Zum Hintergrund vgl. S. WEICHLEIN, 1997.

¹⁰ J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 275 ff.; K. BIEDERMANN, Mein Leben, 1886, Bd. II, S. 286 ff.; Mitteldeutsche Volkszeitung 2. (»deutschbundesstaatlich«) und 15. 8. 1866 (Erklärung der Demokraten), zit. nach J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 275 f. Der auf einer Landesversammlung der Demokraten am 19. 8. 1866 in Chemnitz gegründeten Sächsischen Volkspartei traten Wigard (R. FUCHS, 1970, S. 177 f.) und wohl auch Schaffrath zwar nicht bei, arbeiteten mit ihr aber eng zusammen und vertraten deutschlandpolitisch dieselbe Linie. In Preußen fand Löwe noch nach der Entstehung der national-liberalen Fraktion eine solche »neue Parteibildung« überflüssig (W. LÖWE, Rede

wie ihre Genossen in Preußen und die Volksparteiler in Württemberg auf eine gesinnungsethische Verweigerungshaltung zurück. In der Ständeversammlung stellten sie weiterhin Anträge auf die Aufhebung der im Staatsstreich von 1850 geschaffenen Institutionen und Neuwahl des Landtags nach dem Wahlgesetz von 1848, ohne damit jedoch über die demokratische Minderheit, die etwa ein Viertel der Abgeordneten stellte, hinaus auf Zustimmung zu stoßen. An der von gemäßigten Liberalen initiierten Reform des sächsischen Wahlrechts, die bei einem niedrigen Zensus zu einem fast allgemeinen, gleichen und direkten Männerwahlrecht führte, beteiligte sich die Linke wegen ihrer prinzipiellen Opposition gegen den Verfassungsoktroi nicht.¹¹

Biedermann, der seit dem unerwarteten Ausgang des Krieges für einen möglichst engen Anschluß an Preußen eintrat, aber diesen Kurs in Sachsen für nicht durchsetzbar hielt, lavierte sowohl vor als auch während der Landesversammlung vom 26. August 1866. An Treitschke, mit dem er sich im Jahr zuvor noch eine Kontroverse über die Frage geliefert hatte, ob ein Nationalstaat unter preußischer Führung durch Annexion oder durch bundesstaatlichen Zusammenschluß gegründet werden sollte, schrieb er nun: »Die Hauptsache – für das Ganze, für Deutschland – ist und bleibt mir, daß Preußen unerschütterlich auf Abtretung derjenigen Souveränitätsrechte seitens Sachsen besteht, deren Fortführung [...] höchste Gefahr für Deutschland wäre«. Biedermann plädierte dafür, den Gedanken der Annexion nicht öffentlich auszusprechen, da »die Zahl der Gegner der Annexion z. Z. noch die unvergleichlich größere ist«: »Dieses Wort würde uns in Sachsen gewiß höchst unbequem, mir vor allem und meinen Gesinnungsgenossen wahrscheinlich verhängnisvoll werden und jedenfalls mich noch einmal ins Exil treiben.«¹²

Die liberale Landesversammlung verabschiedete entsprechend dieser Taktik eine von Biedermann eingebrachte und begründete Resolution, die einen vorsichtigen, bundesstaatlichen Standpunkt vertrat und damit sowohl konservativen Legitimisten, die für einen Fortbestand der sächsischen Dynastie eintraten, entgegenkam als auch den antipreußischen Ressentiments der anwesenden Demokraten. Die Versammlung wählte ein Komitee, das den Aufbau der nationalliberalen Partei in Sachsen organisierte, deren Vorsitzender Biedermann bis 1876 blieb. Die neue Partei forderte in der Resolution der Landesversammlung, daß Sachsen »alle nothwendig gemeinsamen Angelegenheiten, insbesondere des Verkehrswesens, die Gesetzgebung und beziehentliche Verwaltung an die Organe des Bundes, Centralgewalt und Parlament, übertragen« und »seine Militärhoheit und seine

Arbeiterverein, 4. 11. 1866). Vgl. zur Sächsischen Volkspartei neuerdings: K. RUDOLPH, 2000.

¹¹ Vgl. H. JORDAN, 1918, S. 225 f.

¹² Biedermann an Treitschke 30. 8. 1866 (NL Treitschke, StabiO), zit. nach J. MÜLLER, Karl Biedermann, 1972, S. 279.

diplomatische Vertretung an die Krone Preußens abtreten« sollte.¹³ Das war mehr als das, was der ursprüngliche preußische Entwurf dem Bund an Kompetenzen zugestehen wollte, und entsprach dem, was die Liberalen in den Verfassungsberatungen des konstituierenden Reichstags durchsetzten.

In einem Leitartikel der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« sprach Biedermann, der spiritus rector der neuen Partei, bereits drei Tage nach deren Gründung von »der Geburt oder Wiedergeburt einer liberal-nationalen Partei in Sachsen«. Er stellte sie in die Kontinuität der breiten liberal-demokratischen Koalition, die 1849 die kleindeutsche Reichsverfassung akzeptiert hatte und thematisierte zugleich die Kränkung, die für alle Achtundvierziger darin bestand, durch Bismarck und seine militärischen Erfolge »von plangebenden Werkmeistern zu bloß mitausführenden Gehilfen sich herabstimmen, einen Verfassungszustand mehr oder weniger fertig annehmen und gutheißen zu sollen, statt ihn nach der eigenen Theorie sich auf- und auszubauen«. Es gehörte viel Pragmatismus dazu, diesen Rollenwechsel mitzumachen. Aber wie Bamberger distanzierte sich Biedermann von dem Vorwurf, ein blinder Anhänger der Machtpolitik und des Erfolgs zu sein. Auch er betonte die Wertgeleitetheit derjenigen Achtundvierziger, die die großpreußisch-autoritäre Staatsgründung unterstützten.¹⁴

In den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag im Februar 1867 zeigte sich dann, wie berechtigt Biedermanns Skepsis hinsichtlich der Resonanz seiner nationalliberalen Positionen in der sächsischen Öffentlichkeit war. Erst nach mehreren Versammlungen, bei denen die Köpfe der sächsischen Demokraten Schaffrath, Wigard und Roßmäßler massiv *für* eine Wahlbeteiligung plädiert hatten, konnte sich diese Position, die auch von den Führern der Arbeiterbewegung geteilt wurde, gegen eine starke fundamental-oppositionelle Strömung durchsetzen, die die Wahlen boykottieren wollte. Die Nationalliberalen, die sich in Sachsen anfangs »Freisinnig-deutsche Partei« nannten und damit die Fremdwörter »national« und »liberal« aus dem Parteinamen verbannten, stellten überhaupt nur in wenigen Wahlkreisen Kandidaten auf und unterstützten ansonsten die Vorschläge der Fortschrittspartei, so daß Wigard und Schaffrath mit großer Mehrheit gewählt wurden.¹⁵ Im Reichstag gehörten diese von der gesamten sächsischen Linken bis in die

¹³ Zit. nach K. BIEDERMANN, *Mein Leben*, 1886, Bd. II, S. 287; H. JORDAN, 1918, S. 181 ff. Der Begriff »nationalliberal« war wie »Fortschrittspartei« eine bereits länger gebräuchliche Selbstbezeichnung im Rahmen des liberalen Nationalismus. Vgl. DJ 11 (1864), S. 284; W. LÖWE, *Rede Arbeiterverein*, 3. 11. 1866.

¹⁴ DAZ 29. 8. 1866, zit. nach H. JORDAN, 1918, S. 184 f. Akzeptiert hatten die Reichsverfassung in der Paulskirche über die knappe Mehrheit, die sie verabschiedet hatte, hinaus diejenigen Teile der demokratischen Opposition, die nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. der feierlichen Erklärung über die Unveränderlichkeit der Verfassung zugestimmt und damit die Initialzündung zur Reichsverfassungskampagne der Linken gegeben hatten. Vgl. StB, S. 6110 f. (Sitzung vom 4. 4. 1849), sowie die folgenden Sitzungen der Deutschen Nationalversammlung.

¹⁵ H. JORDAN, 1918, S. 186 f. und 229 f.; J. RETALLACK, *Saxon*, 1997, insb. S. 48 f.: nicht gewählt wurden: Joseph in Leipzig-Land (WK 13) für die Nationalliberalen, Schaffrath

Arbeiterbewegung hinein unterstützten Abgeordneten zur radikalen Opposition und stimmten gegen die Bundesverfassung. In Sachsen wurden überhaupt nur Gegner der Bismarckschen Reichsgründung gewählt: vierzehn Konservative, sieben Linksliberale und zwei Volksparteiler.

Das sächsische Beispiel läßt sich für die Hochburgen der Paulskirchenlinken verallgemeinern: Die Veteranen aus der Opposition in der Frankfurter Nationalversammlung waren an der Gründung der Nationalliberalen Partei nur in geringem Maße beteiligt, deren Führungskader sich vornehmlich aus der jüngeren, in der Reaktionsära sozialisierten Politikergeneration und in der älteren Generation aus den gemäßigten Achtundvierzigern rekrutierten. Entsprechend stieß die Nationalliberale Partei in den ersten Jahren ihres Bestehens in den Hochburgen der achtundvierziger Linken nur auf geringe Resonanz, während sie ihre Mandate in Regionen gewann, in denen die Linke bereits 1848/49 schwach gewesen war: in Hannover, Nassau, dem ehemaligen Kurfürstentum Hessen etc. Bis auf die großpreußisch-machtorientierte Strömung blieb die achtundvierziger Linke zunächst der Fortschrittspartei und der Demokratischen Volkspartei treu, deren Wahlchancen allerdings abseits ihrer Hochburgen durch die Spaltung des Liberalismus und das seit 1866 veränderte politische Klima stark sanken.

Während die Nationalliberalen sich nach und nach in allen Staaten des ehemaligen Deutschen Bundes (außer Österreich) selbständig organisierte, gelang der Zusammenschluß der demokratischen Föderalisten in *einer* Partei nur in Ausnahmefällen wie in Württemberg. Dies schwächte von vorneherein die Durchsetzungsfähigkeit der Demokraten und hatte verschiedene Ursachen: Einerseits ging der Zerfall der Fortschrittsparteien einher mit der Konstituierung der Arbeiterbewegung als selbständige, vom Liberalismus unabhängige, bald zu einem scharfen, klassenkämpferischen Konfrontationskurs übergehende Partei. Andererseits führten unklare Perspektiven und Sektierertum zu vielfältigen Streitigkeiten innerhalb der »Volkspartei«, so daß die entstehenden Landesorganisationen nie das gesamte Spektrum integrieren konnten. In manchen Staaten – insbesondere in Preußen und Sachsen – bestand die Fortschrittspartei zudem trotz der Abspaltungen nach rechts (Nationalliberale) und links (Volkspartei) fort, so daß links vom Nationalliberalismus drei Parteien entstanden, nämlich Volkspartei, Rest-Fortschrittspartei und die ihrerseits zunächst gespaltene Arbeiterbewegung.

Letztlich bedeutete der Zerfall der liberalen Einigungsbewegung – und zwar mehr noch die Auflösung des Nationalvereins als die Zersplitterung der Fortschrittspartei – einen entscheidenden Rückschlag für die Entstehung eines politisch organisierten Bürgertums in Deutschland. War der Nationalverein – wie bereits 1849 der Centralmärzverein – eine breit organisierte Mitgliederpartei, so bedeutete die Bildung der Nationalliberalen Partei einen Rückfall in die ältere Form der nur in den Wahlkämpfen akti-

(Dresdner Neustadt) für die Fortschrittspartei und Wuttke, der in beiden Leipziger Wahlkreisen für Volks- und Fortschrittspartei kandidiert hatte.

vierten Komiteepartei, die aufgrund ihres Gouvernentalismus ohne Organisation auszukommen meinte. Die Demokratischen Volksparteien waren zwar der Form nach moderne Mitgliederparteien und verfügten stärker als der Nationalverein bereits über ein hohes Maß an innerverbandlicher Demokratie. Wegen ihres föderalistischen Programms und ihrer stark regionalistischen Ausrichtung kam es jedoch nie zu einer wirksamen überregionalen Koordination. Zudem schmälerte die Entstehung einer eigenständigen Arbeiterbewegung seit Ende der 1870er Jahre die soziale Basis der Volksparteien entscheidend.¹⁶

2. Um die Gründung des Norddeutschen Bundes

Für die Nationalbewegung war von Anfang an klar, daß der Norddeutsche Bund nur eine transitorische Lösung der deutschen Frage bieten durfte.¹ Ebenso klar war aber auch, daß die Staatsgründung von 1866/67 den Anfang zur Bildung eines Nationalstaats nach westlichem Muster darstellte und supranationale Lösungsvorschläge gescheitert waren. Auch insofern markierte der Krieg von 1866 eine Epochenscheide in der deutschen Geschichte: das Ende des im Vergleich zu Westeuropa besonderen Weges deutscher Staatsgeschichte, der von staaten-, eigentlich: monarchenbündischen Strukturen geprägt war, die zwar von »deutscher« Kultur und deutschsprachigen Eliten beherrscht und zusammengehalten wurden, aber in denen Ethnizität nie die Legitimationsgrundlage bildete.

Die Einigungsbewegung feierte diese Abkehr vom Modell des Staatenbundes als Erfolg und Beginn einer höheren Stufe von Staatlichkeit; zugleich reagierten die von der Nationalstaatsgründung betroffenen ethnischen Minderheiten auf diese grundsätzliche Veränderung der staatlichen Legitimationsgrundlage. Exemplarisch belegt dies eine Initiative Karol Libelts im preußischen Abgeordnetenhaus. Als Demokrat und Hegelschüler ähnlich denkend wie Ruge unterstützte er demonstrativ im Namen der »Polnischen Bevölkerung sowohl im Preußischen Staat als auch außerhalb desselben« die

¹⁶ Vgl. hierzu A. BIEFANG, Politisches Bürgertum, 1997; G. RUNGE, 1970; G. MAYER, 1969; R. WEBER, 1962; C. MAYER, November-Programm, 1866; DERS., Herrn Hering, 6. 6. 1867 und 18. 5. 1867; DERS., Fortschrittspartei, 1867; G. TAFEL et al., November-Programm, 1866; L. SIMON, Irrthum, 1867; M. HARTMANN, Übersicht, 21. 6. 1867. In Sachsen entstanden 1866/67 aus dem Schoß der Fortschrittspartei sogar vier Parteien: neben den Nationalliberalen (Biedermann, Joseph) und der weiterbestehenden Fortschrittspartei (Schaffrath) die sozialdemokratische Volkspartei (Roßmäßler, Bebel) und eine Demokratische Partei, an deren Spitze Wigard und O. L. Heubner standen. Die Zersplitterung der Linken wurde vervollständigt durch eine starke Lassalleianische Gruppierung. Vgl. R. FUCHS, 1970, S. 186 ff.

¹ I. KURANDA, Rede am 27. 11. 1866; M. HARTMANN, Übersicht, 16. 1. 1867; F. SCHÜTZ, 8. 1. 1867; L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 7.

»Rekonstruktion[!] eines freien, kräftigen, einheitlichen Deutschlands«, weil »durch die Anerkennung der nationalen Grundlage jeder neuen Staatenbildung auch die Lösung der Polnischen Frage« näher rücke. Libelt stellte den modernen Nationalstaaten die älteren, multiethnischen, auf dynastischen und historisch gewachsenen Verbindungen beruhenden Staatsgebilde wie den Deutschen Bund, Österreich oder Preußen gegenüber und wies darauf hin, daß die bei den polnischen Teilungen erworbenen Provinzen auch insofern ein besonderes Gebiet darstellten, als sie nie zum Deutschen Bund gehört hatten. Vor diesem Hintergrund verwahrte sich Libelt gegen die Inkorporierung der ehemals polnischen Gebiete in den neuen deutschen Staat und damit auch gegen das Wahlrecht der Polen zum Norddeutschen Reichstag. Da das Abgeordnetenhaus zur Regelung preußischer Fragen weiterbestehen werde, sei »kaum zu begreifen«, warum das »fremdartige polnische Element« in ein Parlament zur Regelung »rein Deutsche[r] Fragen« »hineingezogen« werde. In Libelts Augen hatten sich die preußischen *Polen* »durch die treue Erfüllung des Fahneneides, durch das so reichlich vergossene Blut unserer Landsleute auf den böhmischen Schlachtfeldern« vielmehr »das Anrecht erworben, daß ihre nationalen Bedürfnisse ebenso befriedigt würden wie die der preußischen *Deutschen*. Zur Begründung zitierte er die nationalistischen Begründungsformeln vom »natürlichen Recht eines jeden Volkes« auf Selbstbestimmung, die sich nun auch Bismarck zueigen gemacht hatte.²

Bei den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag am 12. Februar 1867 wurde erstmals bundesweit das Wahlgesetz von 1849 angewandt – ein später Erfolg der Deutschen Nationalversammlung! Während des Wahlkampfes traten die Richtungskonflikte innerhalb der Opposition in den Hintergrund. Allenfalls in den Hochburgen der bürgerlichen Linken existierten bereits getrennte Organisationen der aus dem Zerfall der Fortschrittspartei hervorgegangenen Richtungen, zumal sich die Nationalliberalen ohnehin gegen einen formellen Parteiverband entschieden. Das Mehrheitswahlrecht zwang zudem zu Absprachen, um sich gegen konservative oder katholische Kandidaten durchzusetzen.³

Der Bruch zwischen der Fortschritts- und der Volkspartei war in den wenigen Zentren innerhalb des Norddeutschen Bundes, in denen diese existierte, fortgeschrittener und deutlicher sichtbar als der mit den Nationalliberalen, da die prominenten Führer und die Lokalvereine der Volkspartei zum Wahlboykott aufriefen. Eine Reihe von Politikern aus der Paulskirchenlinken wie Johann Jacoby, Emil Adolph Roßmäßler, Jodokus Temme oder Franz Joseph Bresgen lehnten es öffentlich ab, für den Norddeutschen Reichstag zu kandidieren. Jacoby, der Angebote aus Breslau und Berlin erhalten hatte, sah als »Zweck des von dem Ministerium Bismarck berufenen

² HdA 11.9.1866, S. 291 ff. (Libelt-Rede), und 12.9.1866, S. 340 ff. »feierlichster« Protest der polnischen Fraktion gegen das Wahlgesetz zum Norddeutschen Reichstag.

³ Vgl. hierzu und insgesamt zu den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag die genaue Analyse von K. E. POLLMANN, 1985, S. 93–154.

›Parlaments‹ nur die ›Bildung eines norddeutschen Sonderbundes unter preußischer Militärherrschaft‹, der ›der Einheit wie der Freiheit des deutschen Vaterlandes gleich sehr zum Schaden gereicht‹. Ohne seiner ›politischen Vergangenheit untreu zu werden‹, könne er ›ein Mandat für das sogenannte ›Parlament‹ nicht annehmen‹. Im Zentrum der fundamental-oppositionellen Agitation der Demokratischen Volkspartei stand die Unvollständigkeit des neuen Staatsgebildes – ›Der Beobachter‹ nannte den Reichstag das ›norddeutsche Rumpfparlament‹ – und seine autoritär-militaristische Prägung. Vor diesem Hintergrund wurde bei den demokratischen Föderalisten die Annahme eines Mandats besonders für ehemalige Paulskirchenabgeordnete als ehrenrührig angesehen. Roßmäßler verwies darauf, daß die Mitgliedschaft in der deutschen Nationalversammlung für alle Abgeordnete, die bis zum Ende in Stuttgart ausgehalten hatten, ›unerloschen‹ sei. ›Man kann aber nicht zu gleicher Zeit Mitglied dieser constituierenden deutschen Nationalversammlung und eines vereinbarenden preußisch-kleindeutschen Reichstags sein‹, dessen ›Hauptaufgabe‹ es sein werde, ›der vollzogenen Vergewaltigung deutscher Gebietsheile eine formell legale Basis zu geben‹.⁴ In ihrem heroischen Selbstbewußtsein empfanden viele Mitglieder der Paulskirchenlinken den Norddeutschen Reichstag als minderwertig.

Während die prominenten Köpfe der Volkspartei wie Jacoby in Preußen, Heinrich Wuttke und Roßmäßler in Sachsen, Carl Mayer in Württemberg oder Georg Friedrich Kolb in Bayern sich in den Landtagen oder in den anderen öffentlichen Auseinandersetzungen zu Antipoden Bismarcks und der Gründung des Norddeutschen Bundes aufwarfen, nahmen viele, die nicht so exponiert waren, vermittelnde Positionen ein. Sie fragten sich, wie es nun politisch weitergehen konnte. Dies führte entweder in die politische Resignation oder in den Versuch, neue Kompromisse und sinnvolle Betätigungsfelder zu finden. So arbeitete Kolb jenseits der großen deutschlandpolitischen Konflikte 1867/68 engagiert an der bayrischen Sozialgesetzgebung mit. Christian Schüler, der Verfasser des Eisenacher Gründungsprogramms des Nationalvereins, wollte gegen die Entscheidung der organisierten Demokraten den Norddeutschen Reichstag ›als Kampfplatz für unsere Ideen benutzen‹. Er glaubte sogar, es könne bald ›der einzige Ort‹ sein, ›wo man seine Gedanken wird aussprechen dürfen‹, denn er erwartete Einschränkungen der Meinungsfreiheit wie in Preußen auch in den übrigen Bundesstaaten. Schüler wandte sich auch gegen die Südbund-Idee und den Föderalismus, den die meisten Gegner des Norddeutschen Bundes propagierten: ›Wäre Deutschland nur ein Einheitsstaat! Statt des

⁴ J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 410ff., insb. Jacoby an M. Simon 12. 1. 1867 und an P. Langerhans 18. 1. 1867 sowie Bresgen an Jacoby 23. 1. 1867; E. A. ROSMÄßLER, Ablehnung, 1867; Beobachter 8. 2. 1867 (Temme) und 1. 3. 1867 (›Rumpfparlament‹); Beilage zu Beobachter Nr. 36/1867: Agitation für Wahlboykott. Vgl. L. Simon an Bamberger 8. 2. 1867 (BA 90 Ba 3/181).

Föderalismus bin ich für den Individualismus, ich lege Werth auf die Freiheit der Person, nicht auf die Selbständigkeit der Einzelstaaten, und einen Föderalismus monarchischer Einzelstaaten«. Schüler kritisierte damit, daß die meisten Führer der Volkspartei de facto für den status quo in Süddeutschland eintraten, weil ihre weitergehenden Vorschläge revolutionär waren oder weil sie aus Preußenhaß in Partikularismus zurückfielen. Schüler stand in dieser Beziehung der Ruge-Bambergerschen Richtung, die eine freiheitliche Entwicklung nur von einem großen, möglichst mächtigen Staat erwartete, näher als seinen demokratisch-föderalistischen Freunden.⁵

Wie große Teile der preußischen Achtundvierziger plädierten auch Jakob Venedey und Max Simon dafür, den Norddeutschen Bund innerhalb seiner Institutionen zu bekämpfen und hinsichtlich seiner territorialen und demokratischen Unvollständigkeit zu verbessern. Venedey erwiderte einem preußischen Wahlkomitee, das ihm eine Kandidatur antrug, er sei als Nicht-Preuße nicht wählbar, halte es aber für die »Pflicht« jedes Demokraten, von der parlamentarischen Tribüne »den Kampf Mann gegen Mann, Auge in Auge gegen die in Preußen, von Bismarck bis Twesten herab, herrschende Caricatur der Ehre, der Vaterlandsliebe, der Christlichkeit, der Sittlichkeit, der Wahrheit und Treue [...] auf[z]unehmen [...], die unsere fünfzigjährige Arbeit für Freiheit und Einheit in die den Geist der Freiheit tödtende Einheit der kulturvernichtenden Soldatenherrschaft hineingeschwindelt hat. Schmollend nebenan stehen bleiben[,] scheint mir nachgerade unbegreiflich, unpractisch«. In Breslau fiel im Wahlverein der Fortschrittspartei die politische Richtungsentscheidung zwischen zwei Mitgliedern der Paulskirchenlinken, Jacoby, der sich im Verlauf der Diskussion endgültig auf Wahlboykott festlegte, und Max Simon, der für eine konstruktive Mitarbeit der Linken im Norddeutschen Reichstag plädierte. Mehrheitlich beschloß der Wahlverein ein Programm, das für Jacoby inakzeptabel war. Der Breslauer Abgeordnete sollte »die Idee eines Norddeutschen Bundes akzeptieren« und für dessen »liberale Grundlage«, für die Beibehaltung des demokratischen Wahlrechts, und für einen baldigen Beitritt Süddeutschlands eintreten.⁶

Mitte November bildete sich in Berlin unter dem Vorsitz der Integrationsfigur Wilhelm Löwe ein überparteiliches, liberales Zentralwahlkomitee. Löwe war nicht nur als vermittelnde Persönlichkeit in der auseinanderfallenden Partei zur Gallionsfigur für den Wahlkampf prädestiniert, sondern auch weil er als letzter Präsident der Nationalversammlung die Kontinuität zur Revolution von 1848/49 repräsentierte, deren Wahlrecht nun erstmals

⁵ C. Schüler an Venedey 10.9.1866 (BA 90 Ve 1/48).

⁶ J. VENEDEY, Brief, 1867; J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 412 f. (Auseinandersetzung Jacoby-Simon) und S. 657 f. (Resolution des Breslauer Wahlvereins der Fortschrittspartei). Vgl. auch M. Simons Briefe aus dem Norddeutschen Reichstag an seine Frau (BA FSg. 1/174), die belegen, daß er sich im Parlament immer mehr von der fundamental-oppositionellen Linken entfernte (insb. 4. – 23. 3. 1867).

zur Anwendung kam und deren Werk nach dem Krieg vollendet werden sollte. Die Flügelkämpfe wurden im Aufruf des Wahlkomitees nur indirekt angesprochen. Sie kamen vor allem in dessen Kürze und inhaltlicher Unbestimmtheit zum Ausdruck. Immerhin wurde unmißverständlich Kritik an der Regierung Bismarck geübt, der es trotz der jahrelangen Vorarbeit der »nationalen Partei« nicht gelungen sei, »den berechtigten Anspruch der ganzen deutschen Nation auf Einigung zu verwirklichen«. Dies lag ganz auf Löwes Linie, der bereits im September der Regierung im Abgeordnetenhaus vorgeworfen hatte, daß sie die Einigung nur halbherzig betrieben habe und an der Mainlinie stehengeblieben war. Mit der alten Paulskirchen-Formel forderte der noch einmal gesamtliberale Wahlauf Ruf, der Norddeutsche Reichstag solle »die Einheit, die Freiheit und die Größe unseres Vaterlandes« mehren. Deshalb sollte der Norddeutsche Bund möglichst bald »zum Gesamtstaat deutscher Nation erweitert« werden. Für das Parlament wurden »in Bezug auf Budget und Gesetzgebung des neuen Bundes entscheidende Befugnisse« verlangt. Außerdem sollten durch ein gemeinsames und einheitliches deutsches Bürgerrecht Freizügigkeit gewährleistet sowie alle lokalen und regionalen Angelegenheiten an Selbstverwaltungskörper übertragen werden.⁷

Das Komitee rief für den 17. Dezember zu einer zentralen Wahlkundgebung mit Löwe und anderen prominenten Rednern auf. Vor den 5 000 Teilnehmern wie auch in dem Flugblatt, das die Reden sowie die verabschiedete Resolution in hoher Auflage verbreitete, wurde Löwe als »der letzte Präsident der Deutschen Nationalversammlung« vorgestellt. Daß es sich bei seiner Präsidentschaft nur um die letzte, radikale Phase des Rumpfparlaments handelte, wurde geflissentlich verschwiegen, weil es in die integrative Strategie und die Stilisierung Löwes zum Staatsmann nicht gepaßt hätte. Löwe betonte in seiner Rede zwar, daß »die Nation« die Erfolge des Jahres 1866 »nicht aus ihrer eigenen Macht erlangt« habe, versuchte aber nun, die Parteibasis zu mobilisieren, »nach allen Kräften zum Besten des Vaterlandes beizutragen.« Dazu müßten »die Bürger sich frei vereinigen und in voller Freiheit [...] ihren Willen kundgeben«. Der Vorreiter sollte dabei Berlin als »die Hauptstadt des neuen Deutschland« sein, das »aus dem Blute der Schlachtfelder« hervorgegangen sei, nun aber »durch die Freiheit wachsen und gedeihen will, um ein einiges und großes Ganzes zu werden«. Löwe negierte keineswegs die militärische Basis des neuen Deutschland, das – wie es die großpreussische Nationalbewegung gewollt hatte – durch »Blut und Eisen« geschaffen worden war. Aber er hielt dennoch mit Kritik an der undemokratischen Form der Staatsgründung nicht zurück. Das »aus dem Blute der Schlachtfelder« Hervorgegangene mußte sich in den Augen der großpreussischen Demokraten durch Volksbeteiligung erst zu dem erstrebten bürgerlich-parlamentarischen Nationalstaat entwickeln. Die auf der Berliner Kundgebung verabschiedete Resolution ging über die vorsichtige

⁷ BVZ 20. II. 1866.

Linie des Wahlaufrufs insofern hinaus, als sie »von dem Parlamente ein energisches Eintreten für die von der Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a.M. verkündeten Grundrechte« und für die Beibehaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts verlangte.⁸

Vor dem Hintergrund ihrer an 1848 anknüpfenden Wahlkampfstrategie, das Volk für eine Durchsetzung der uneingelösten Freiheitsforderungen auf parlamentarischem Wege zu mobilisieren, lag es nahe, emigrierte Achtundvierziger um publizistische Unterstützung zu bitten. Dabei kamen auch mehrere Paulskirchenabgeordnete zu Wort. Bamberger vertrat in verschiedenen Flugschriften die Losung »Durch Einheit zur Freiheit!« Seinen demokratisch-föderalistischen Gegnern warf er dabei Dogmatismus vor. Sie stellten utopische Forderungen auf und hätten keinen realistischen Politikentwurf: »Wer uns heute [...] nur mit allgemeinen Betheuerungen nachweisen kann, wie er der Freiheit eine Gasse machen wolle, der störe und verwirre uns nicht in dem großen elementaren Werk der eben zu gründenden *Einheit*.« In organischen Metaphern, die außer ihrer emotionalen Emphase keinen Erklärungswert besitzen, versuchte er, den Eigenwert nationaler Einheit zu verdeutlichen und wandte sich damit implizit gegen die rational-aufklärerische Tradition der demokratischen Linken: Die Einheit sei »das Dasein, das Wesen, das Fundament eines Volkes, das Zusammenwirken seiner Kräfte und der Strom seines Lebens, das Ineinandergreifen seiner Glieder und das Zusammenfließen seiner Säfte; die Verbindung zwischen Kopf und Leib, zwischen Arm und Gehirn«. Bamberger plädierte auch hier dafür, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden, ohne jedoch die Illiberalität Preußens zu verleugnen. An die fundamentaloppositionelle Linke appellierte er: »Wollt Ihr frei werden, so helft Preußen frei machen. Alles Andere ist verlorene Mühe. Und um an Preußens Befreiung mitzuarbeiten, dazu müßt Ihr in die Gemeinschaft des Bundes mit ihm eintreten [...]. Reichet jetzt den andern Deutschen Eure Hand, Eure Kraft und Euren Willen und vermehrt ihren Widerstand gegen den einzig und allein mächtigen Absolutismus, gegen den, welcher auf Preußen lastet!« In einem weiteren, vom Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei bundesweit verbreiteten Flugblatt »Stimme aus der Fremde«, das im Ton populärer gehalten war, suchte er die Wähler zu mobilisieren, indem er von Paris aus davor warnte, daß die Franzosen eine geringe Wahlbeteiligung als Zeichen der Uneinigkeit und Schwäche verstehen würden.⁹

Unter Verweis auf seine Mitstreiter aus der Mainzer Demokratie von 1848/49, Franz Zitz und Friedrich Schütz, sowie auf weitere prominente Achtundvierziger vertrat Bamberger die Überzeugung, daß die Ziele der

⁸ W. LÖWE, Wahlrede 17. 12. 1866.

⁹ L. BAMBERGER, An die Wähler, 1866; DERS., In Sachen Demokratie, 10. 1. 1867, S. 4, und 27. 1. 1867, S. 1. Vgl. Bamberger an Ruge 12. 12. 1866 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 281): die Auflage des Aufrufs lag Mitte Dezember bereits bei 30 000; »Stimme aus der Fremde«, in: L. BAMBERGER, Schriften, Bd. IV, 1896, S. 3 ff.

Revolution nun am besten durch eine konstruktive Mitarbeit in den Institutionen des Norddeutschen Bundes weiterverfolgt werden könnten.¹⁰ Schütz meldete sich auch selbst aus New York zu Wort und bedauerte wie die Führer der Fortschrittspartei, daß der Krieg gegen Österreich nicht den »Charakter eines Nationalkampfes« angenommen und zur völligen Einigung geführt hatte. Er gab, anders als die Demokraten, die nun Bismarck Halbherzigkeit vorwarfen, den »liberalen Kammerrednern in Berlin und im Allgemeinen« eine Mitschuld daran, weil sie den Krieg nicht gewollt hatten. Selbst wenn »in Deutschland eine Periode der preußischen Diktatur, der Herrschaft eines aufgeklärten Despotismus« bevorstehe, hielt Schütz dies für besser für »die Freiheit« als eine »Fortdauer des Bundestagsregimes«. Weitaus radikaler als Bamberger glaubte er: »Aus der Einheit Deutschland geht sicherer, vollständiger die Volksregierung hervor als aus all' den Stürmen in den Biergläsern unserer Duodezfürstenthümer«. Die »Concentrirung der jetzt zerstreuten freiheitlichen Elemente« werde im Staatsleben eines einigen Deutschland »eine ganz andere Macht [...] bilden« als zuvor. Insofern hänge es »nur von dem deutschen Volke ab, ob die Einigung Deutschlands durch den preußischen Monarchismus zu einer Diktatur führen werde«. Gegen »den innigen Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund« gebe es keine »auf Thatsachen sich stützenden« Vernunftgründe, nur Gefühlsargumente. Diese sollten die Demokraten nun überwinden, um dann »aus der Hohenzollern-Monarchenpolitik eine deutsche Nationalpolitik zu machen.«¹¹ Nachdem Schütz den demokratischen Föderalisten das Fehlen rationaler Argumente vorgehalten hatte, war er allerdings seinerseits nicht in der Lage, seine von Ruge, Bamberger u. a. geteilte Auffassung rational zu begründen, daß die preußische Dominanz sowie Größe und Macht des künftigen Staates eine freiheitliche Entwicklung garantieren werde. Daß diese Hoffnung dennoch so verbreitet war, verweist auf die enorme Anziehungskraft des Fortschrittsglaubens im 19. Jahrhundert.

Auch Arnold Ruge faßte in einem Offenen Brief seine Position in populärer Form zusammen und wurde ausführlich von der liberalen Presse zitiert: Bismarck habe die Zeichen der Zeit erkannt und mit dem Kampf gegen Österreich das historisch Notwendige getan. Seine »Politik ist richtig von preußisch-dynastischen und eben so sehr vom national-deutschen Gesichtspuncte aus.« Unter Verweis auf die parallele Entwicklung in Italien erklärte Ruge, in Deutschland würden ebensowenig wie dort »die Republikaner [...] die Einheit machen«; wie Italien durch Piemont, so müsse Deutschland durch Preußen geeint werden.¹² Für die äußere Herstellung der Einheit wur-

¹⁰ L. BAMBERGER, In Sachen Demokratie, 10. 1. 1867, S. 3f., und 27. 1. 1867, S. 3.

¹¹ F. SCHÜTZ, 1867. Auch Schütz gelangte seit 1869, als er als US-Konsul in Rotterdam lebte, zu einer kritischeren Bewertung der Reichsgründung und näherte sich wie Jacoby sozialdemokratischen Positionen an: vgl. M. KÖHLER, 1998.

¹² A. RUGE, Offener Brief, 1867.

de damit ein entschlossen handelnder Staatsmann zuständig. Die Entscheidung jedoch, ob die weitere Entwicklung Deutschlands im »preußisch-dynastischen« oder im »national-deutschen« Sinne verlief, lag beim »Volk« – in dessen Wahlentscheidung und in weiterem politischen Engagement.

Carl Mayer kommentierte von Württemberg aus die liberale Wahlagitation und setzte sich besonders mit seinen ehemaligen Genossen aus der Paulskirchenlinken auseinander. Aus demokratisch-föderalistischem Blickwinkel setzte er gegen Bambergers Plädoyer für Mitarbeit am neuen Deutschland auf der Basis von Nüchternheit und Realismus neben larmoyanten Verratsvorwürfen vor allem das Argument der fehlenden Stabilität eines zu schnell errichteten Staates: Bismarcks Werk werde »so wenig bestehen, als das des großen Napoleon, weil eines so wenig, als das andere auf dem Grunde des Rechts und der Selbstbestimmung der Völker erbaut ist«. ¹³ Letztlich stand Geschichtsphilosophie gegen Geschichtsphilosophie, junghegelianischer Fortschrittsglaube gegen eine demokratisch erneuerte Naturrechtsidee. Beide Seiten befanden sich jenseits rationaler Argumente auf dem Feld vorpolitischer Wertentscheidungen: Glaube an die historische Sendung Preußens stand dabei gegen demokratischen Fundamentalismus, ¹⁴ das Plädoyer für entschlossenes, risikobereites Handeln in einer günstig erscheinenden Situation gegen die Überzeugung, daß solide Staatsgebäude langsam wachsen mußten. Diese gegensätzlichen Wertentscheidungen innerhalb der Linken schlossen eine Wiederannäherung im rationalen Diskurs aus. Erst als eine der beiden Seiten an ihren Grundüberzeugungen zu zweifeln begann, nämlich die großpreußisch-autoritäre an der Reformfähigkeit der preußischen Führung, schwächten sich die Gegensätze seit Mitte der 1870er Jahre wieder ab.

Aus dem großpreußisch-autoritären Blickwinkel des Jahres 1867 zogen die demokratischen Föderalisten »gegen die Logik der Geschichte zu Felde«: »Die Opposition, die Erfolg haben will, muß sich denen nicht widersetzen, die ihre Gedanken ausführen, wenn sie ein halbes Jahrhundert diese Gedanken auf allen Gassen gepredigt und sie endlich auch in die höchsten Köpfe hineingetrieben hat; sie muß sich die Ausführung gefallen lassen u[nd] nun weitere Gedanken ergreifen, die wieder zu verwirklichen sind.« So lautete in Ruges Formulierung der Grundgedanke der Richtung, die die

¹³ C. MAYER, Ludwig Bamberger, 8. 12. 1866. Ähnl. Hartmann an Bamberger 20. 12. [?] 66 (SLB Wien, Nr. 45434); L. SIMON, Deutschland und Frankreich, 1867; DERS., Irrthum, 1867. Simon als im Ausland Lebender sah die begrenzten Möglichkeiten der Demokratischen Volkspartei klarer.

¹⁴ Die Beteiligten selbst spürten die religiösen Züge ihres Grundsatzstreits: Mayer kündigte im »Beobachter« einen Mitstreiter gegen Bamberger als »Julius Frese, die Geißel der Apostaten« an (C. MAYER, Ludwig Bamberger, 8. 12. 1866); Bamberger nannte, nachdem der Streit auf Frankreich übergreifen hatte, den Pariser Publizisten Seinguerlet den »Nuntius Meyerle's [Carl Mayers] bei Nefftzer's [Herausgeber der Pariser Zeitung »Les Temps«] Heiligem Stuhl« (an Hartmann 22. 12. 1866; SLB Wien). Vgl. auch L. BAMBERGER, Antwort, 1866; C. MAYER, Ludwig Bamberger, 23. 12. 1866.

Gründung des Norddeutschen Bundes als zuträglich für die Realisierung der Ideen von 1848 ansah. Ihrem dialektischen Geschichtsverständnis zufolge mußten die radikalen Intellektuellen die notwendige politische Entwicklung durch ihre Ideen vorantreiben. Dies konnte jedoch nicht aus einer fundamentaloppositionellen Haltung heraus geschehen, sondern nur indem sie sich auf die gegebenen Verhältnisse einließen und versuchten, Entscheidungen der Mächtigen zu beeinflussen. Opposition gegen die Gründung des Norddeutschen Bundes war hingegen für Ruge »keine Politik«, sondern eine Flucht »in den Schmollwinkel«. ¹⁵

Den Hintergrund für die Bereitschaft großer Teile der großpreussischen Linken, die Gründung des Norddeutschen Bundes trotz seiner demokratischen und liberalen Defizite zu unterstützen, bildete ihr Glaube, daß die objektive historische Entwicklung, »die Logik der Thatsachen«, wie Bamberger es nannte, die Mängel mittelfristig beheben werde. Ruge war überzeugt, »daß Preußen genöthigt [ist,] sich aufs Volk und auf die Freiheit zu stützen« und darum die Entwicklung zur republikanischen Staatsform fördern mußte, auch wenn die preußische Staatsführung andere politische Ziele verfolgte. Der Zwang zu demokratischen Zugeständnissen werde, das war Ruges Erwartung, aus der zugespitzten Konfrontation zwischen dem von Preußen geführten Deutschland und der französischen Militärmonarchie entstehen. Ein Krieg gegen Frankreich konnte nach allgemeiner Ansicht in der nationalistischen Linken nur als Volkskrieg geführt werden. Von jeder Mobilisierung des Nationalgefühls erwarteten sie eine Förderung der Fundamentalpolitisierung, so daß als Gegenleistung für die Opfer im bevorstehenden Krieg mit Frankreich die Demokratisierung des Norddeutschen Bundes unvermeidlich sein werde. Darüber hinaus führte Ruge gegen die Fundamentalopposition das geschichtsphilosophische Argument ins Feld, »daß der Sieg des Nordens über den Süden bei uns ganz ähnlich wie in den Vereinigten Staaten [...] auch den Sieg *unsres* ganzen geistigen und socialen Inhalts über die Vielherrschaft vieler Souveräne (gegen die Nation) und über elendes Pfaffenregiment (das in Wien und München gipfelt) bedeutete.« Der preußische Sieg war für die großpreussische Linke keine Niederlage der

¹⁵ Bamberger an Ruge 6. 10., 12. 12. 1866 und Mitte Mai 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 280ff. und 300); Ruge an Bamberger 12. 12. 1866 (BA 90 Ba 3/117), 19. 5 und 6. 6. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 303 und 307). Vgl. auch Ruge an Brückmann 2. 1. 1867 (ebd., S. 286). L. SIMON, Irrthum, 1867, machte ebenfalls eine Auflistung der beiden Richtungen unter den »früheren politischen Gesinnungsgenossen«: auf seiner Seite sah er aus der Paulskirchenlinken Jacoby, Hartmann, Kolb, Culmann, auf der anderen Ruge und Löwe. Seiner Enttäuschung über Simon gab Bamberger auch Hartmann gegenüber Ausdruck (12. 2. 1867; ein Simon verteidigender Gegenbrief Hartmanns datiert vom 19. 2. 1867; SLB Wien). Bamberger suchte nach der Verabschiedung der Norddeutschen Verfassung die öffentliche Auseinandersetzung mit Jacoby – beide hatten sich ein freundschaftliches Verhältnis bewahrt. Er regte einen offenen Briefwechsel an, der jedoch – obwohl Jacoby bereit war – nicht zustande kam (J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 423ff. und 435).

Freiheit, denn die unterlegenen deutschen Staaten waren in ihren Augen keineswegs freiheitlich. Er bedeutete aber auch noch keinen Sieg für die Freiheit, denn – so wiederum Ruge – »die Freiheit werde nie durch Armeen gegründet oder erobert. Sie wird durch das Volk im Parlament gegründet. Diese Gründung ist jetzt offen. In Wahrheit, die Bewegung von 1848 ist wieder eröffnet.« Hier lag eine entscheidende Differenz zwischen Ruge und vielen anderen Apologeten Bismarcks, zu denen nun auch Fröbel zählte: Diese sahen Bismarck als Vollender der Revolution von 1848/49, jener betrachtete ihn nur als denjenigen, der unwillentlich die Voraussetzungen zu ihrer Fortsetzung geschaffen hatte, die nun jedoch allein Sache »des Volkes« war. Hieraus folgte aber auch, daß sich Ruge, Bamberger und die anderen, hegelianisch geprägten Machtpolitiker keineswegs prinzipiell hinter Bismarck und seine Politik stellten. Nur solange er die ihrer Ansicht nach »richtigen« Entwicklungen förderte, unterstützten sie ihn.¹⁶

In einem Brief Ruges an Kuno Fischer kündigte sich bereits Ende 1866 die Abkühlung der Bismarck-Begeisterung nach nicht einmal neun Monaten an. Ruge als Vordenker antizipierte hier die Enttäuschung, die bei den meisten Achtundvierzigern, die seit 1866 für ein Unterstützung Bismarcks plädierten, in den kommenden Jahren wieder zur Abkehr von seiner Politik führte. Es sei zwar viel erreicht, aber es sei »kaum [...] die Hälfte, denn es fehlt an der Volksbeteiligung. Der Geist ist nicht so weit entwickelt, als es 1848 den Anschein hatte: denn wollte 1848 der König nicht, so will jetzt das Volk nicht.« Mit diesem Eingeständnis, das Ruge vorerst nur dem Fachkollegen gegenüber machte, fiel der archimedische Punkt seiner These, daß die Vollendung der Revolution nun möglich sei. Aus dieser Erkenntnis folgten die seit der Jahreswende immer kritischere Bewertung der preußischen Entwicklung wie auch Ruges Entscheidung, doch nicht nach Berlin zu gehen, sondern mit einem Hauskauf in Brighton die Weichen für ein Bleiben im Exil zu stellen. Nachdem auch der Versuch gescheitert war, die nationaldemokratische Zeitung »Reform« wiederzubeleben, dachte Ruge zwar noch einmal gemeinsam mit Bamberger und Vogt über eine Kandidatur der intellektuellen Köpfe der großpreußisch-unitarischen Paulskirchenlinken zum Norddeutschen Reichstag nach, zweifelte aber, daß er irgendwo aufgestellt werde. Zugleich jedoch schraubte er seine politischen Erwartungen deutlich zurück: »Ich unterschätze die Gelegenheit nicht, aber ich glaube, ich würde sie überschätzen, wenn ich mir einbildete, wir könnten dort [im Reichstag] eine Mehrheit gewinnen, um [...] Preußen sowohl als den Süden vorwärts zu treiben. Und getrieben müßten Beide werden.« Die rasanten Veränderungen, die sich mit dem Herauswurf Österreichs und der Übernahme der Führung in der Nationalstaatsbildung durch einen entschlosse-

¹⁶ Ruge an Brückmann 2. I. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 285). Ähnl. L. BAMBERGER, Herr von Bismarck, 1868, S. 107ff. Vgl. DERS., Luxemburg, 1867; DERS., In Sachen Demokratie, 1867, S. 7f., sowie G. SCHMIDT, Politischer Liberalismus, 1973, S. 237.

nen Politiker anbahnten, schienen die Realisierungschancen der Ideen von 1848 zu verbessern. In der kurzen Phase ihrer Euphorie über diese Aussichten hatten Bamberger, Ruge und Vogt mit dem Gedanken gespielt, als Repräsentanten des realpolitisch geläuterten demokratischen Unitarismus in den konstituierenden Reichstag einzuziehen, den sie damit als legitimen Nachfolger der Frankfurter Nationalversammlung anerkannten. »Sie müssen in den Reichstag und ich auch«, schrieb Vogt an Bamberger. »Wir haben das Zeug dazu. [...] Wir wissen doch jetzt mehr von der Welt als alle diese Gagerns in nord- und süddeutschen Gewändern[,] und das sollten wir suchen[,] zur Geltung zu bringen.«¹⁷ Wiederum blitzte hier das spezifische Sendungsbewußtsein der Paulskirchenlinken auf. Daß Vogt ihre besondere politische Qualifikation darin sah, »mehr von der Welt gesehen« zu haben als die Politiker, die nach 1849 in Deutschland gelebt hatten, unterstreicht die Westorientierung der realpolitischen Linken, die die Modernisierung Deutschlands nach westlichem Muster vorantreiben wollte. Mit Bamberger machte nur einer der drei, der am besten auf ein Leben als Berufspolitiker vorbereitet war, diese Idee wahr – Ruge und Vogt blieben bei der Publizistik.

Ruges ganze Enttäuschung über das fehlende Interesse der Preußen, 1867 das Erbe von 1848 in seinem Sinne als bürgerliche politische Emanzipation zu vollenden, brach aus ihm heraus, als er erfuhr, daß der Berliner Wahlbezirk, in dem er sich Chancen auf eine Kandidatur ausgerechnet hatte, seinen politischen Antipoden Jacoby aufgestellt hatte: Dies zeige »die völlige politische Unmündigkeit der Leute«. Ruge verglich die »Verbohrtheit« von Jacoby und der demokratischen Fundamentalopposition, die die veränderten Machtverhältnisse in Preußen und Deutschland ignorierten, als habe der Krieg von 1866 nicht stattgefunden, mit der des Papstes, »der den 30-jährigen Krieg nicht anerkannte«. Ruge versteig sich in seiner Enttäuschung gar in den Wunsch, daß eher als sein früherer Fraktionskollege Jacoby dessen hochkonservativer Gegenkandidat, General Moltke, die Wahlen gewinnen müsse. Immer mehr gelangte er zu der Überzeugung, daß das deutsche Volk überall noch »völlig unpolitisch, ganz antiunionistisch« sei: »obgleich es nun nur zu beschließen braucht, daß es Ein Staat sein will, so weist es die Gelegenheit von sich und beschließt in tausend Krähwinkel-Versammlungen, daß es im Separatismus bleiben will.« Ruge war jedoch nicht weniger prinzipientreu als Jacoby und hielt dogmatisch daran fest, daß die »Staats-einheit Deutschlands [...] durchs Volk (demokratisch)« gegründet werden mußte. Von den führenden Politikern konnten nur die Impulse ausgehen, die Volksbewegungen auslösten. Letztlich blieb auch ihm nach seinem fulminanten publizistischen Großeinsatz des Jahres 1866 nichts übrig, als abzuwarten, wie sich »Deutschland im langen Lauf der Zeit zu einem freien

¹⁷ Ruge an Fischer 18. 12. 1866 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 282); C. Vogt an Bamberger 28. 4. 1867 (BA 90 Ba 3/210).

Staate ausbildet.«¹⁸ Das war weit weniger, als er im Frühjahr 1866 gehofft hatte. Und wenn Ruge auch nie daran zweifelte, daß die Auflösung des Bundes und vor allem der Ausschluß Österreichs einen großen Fortschritt bedeuteten, so befand er sich mit seinem Hoffen auf langfristige Besserung durch politische Reifung der Deutschen doch 1867 in einer sehr ähnlichen, abwartenden und nicht mehr aktiv eingreifenden Haltung wie die von ihm so scharf kritisierten Demokraten in der Volkspartei, die auf politische Bildung und Parteiaufbau setzten.¹⁹

3. Verfassungskompromiß im Zeichen des Burgfriedens

Im konstituierenden Norddeutschen Reichstag war die Paulskirchenlinke nur mit sechs der 297 Abgeordneten vertreten. Dies hatte verschiedene Ursachen: den Wahlboykott der Fundamentaloppositionellen, den allmählichen Generationswechsel, der durch die Erfolge der Nationalliberalen, die eine Partei der nachwachsenden Politikergeneration waren, beschleunigt wurde, und schließlich die Tatsache, daß die meisten Hochburgen der bürgerlichen Linken nicht zum Norddeutschen Bund gehörten. In der ersten demokratisch gewählten Volksvertretung seit 1849 saß aus der Nationalversammlungsopposition nur ein Preuße, nämlich Max Simon aus Breslau (FP), außerdem die Hannoveraner August Grumbrecht (NP) und Heinrich Zachariä (Welfe), Julius Hoffmann aus Sachsen-Meiningen (NP) und die beiden sächsischen Demokraten (FP) Wilhelm Michael Schaffrath und Franz Jacob Wigard. Sie alle spielten in den siebenwöchigen Beratungen keine bedeutende Rolle. Wilhelm Löwe war sowohl bei der Hauptwahl in seinem Abgeordnetenhauswahlkreis Bochum/Dortmund als auch bei einer Nachwahl in Kassel dem nationalliberalen Trend zum Opfer gefallen und Bismarck-treuen Kandidaten unterlegen. Das Angebot Franz Dunckers, sein Mandat in einem der sicheren Berliner Fortschrittswahlkreise niederzulegen, damit Löwe dort bei der Nachwahl kandidieren könne, weil die

¹⁸ Ruge an Bamberger 10. 1. 1867 (BA 90 Ba 3/117); an R. Ruge 22. 1. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 288 f.); an Brückmann 23. 1. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 289 f.). Ende Januar empörte sich Ruge auch Bamberger gegenüber über Jacoby: »Der Krieg wird völlig *ignorirt*, der [Verfassungs-]Conflict soll da fortgehen, wo er vor dem Krieg geblieben war. Und das nennen die Herren Politik! Das Unglaubliche ist geschehen, die äußerste Rechte hat gehandelt, wie die äußerste Linke es verlangt [...]; und nun gründet Joh. Jacobi, tribunus plebis [...], ein Blatt [»Die Zukunft«] gegen alles[,] was verlangt und erfüllt worden ist!! Gegen die Dummheit giebt es keinen Sieg; denn sie sieht ihn nicht« (30. 1. 1867; BA 90 Ba 3/117); Ruge an Freiligrath 17. 6. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 308): »Die Zukunft« interessiere sich nur für Vergangenes. Vgl. auch Ruges Offene Briefe an Bismarck vom August 1867 (A. RUGE, An's Volk, 1869, S. 32).

¹⁹ Vgl. neben Kap. XVIII.1: J. JACOBY, Schriften, 1872, S. 322 ff.

Parteiführung ihn unbedingt bei den Verfassungsberatungen dabei haben wollte, lehnte Löwe aus Stolz ab.¹

Der Verfassung des Norddeutschen Bundes, die mit 230 gegen 53 Stimmen des Zentrums, der ethnischen Minderheiten und der meisten Demokraten angenommen wurde, stimmten Simon, Grumbrecht, Hoffmann und Zachariä zu. Für Simon war dabei gerade die »unförmliche Gestaltung« des Verfassungsentwurfs »mit seinem teils unvollständigen, teils unzureichenden, teils den Einzelverfassungen gegenüber bedenklichen Inhalte« ein Argument zuzustimmen, obwohl zentrale liberale Forderungen nicht hatten durchgesetzt werden können.² Simon erschien es angemessen, daß ein transitorisches Gebilde wie der Norddeutsche Bund eine unvollständige und aus liberaler Sicht unbefriedigende Verfassung habe, damit nach dem Beitritt der liberalen süddeutschen Staaten eine Revision vorgenommen werden müsse, für die er durch den Zuwachs an liberalem Wählerpotential und nach Überwindung des kriegsbedingten Rückschlags für die Liberalen günstigere Mehrheitsverhältnisse erwartete.

Aus der Paulskirchenlinken hatte nur Oscar v. Reichenbach die Möglichkeit, die Verfassungsgebung des Deutschen Bundes direkt zu beeinflussen, da Bismarck ihn ebenso wie eine Reihe anderer Persönlichkeiten aus unterschiedlichen politischen Lagern um einen Entwurf gebeten hatte. Reichenbach legte eine bundesstaatliche Verfassung vor, die hinreichend flexibel sein sollte, um nach und nach und ohne großen Umbau sämtliche ehemaligen Bundesterritorien einschließlich der österreichischen integrieren zu können. Er setzte dabei auf die unwiderstehliche Anziehungskraft einer liberalen Verfassung und eines mächtigen Staates. Die Vorstellung vom Norddeutschen Bund als transitorischem Gebilde prägte somit neben nationaldemokratischen Ideen Reichenbachs Entwurf, demzufolge die entscheidenden Kompetenzen bei der Bundeszentralgewalt liegen sollten. Bismarck übernahm jedoch so gut wie nichts davon in seinen Putbuser Verfassungsentwurf, der die Grundlage der weiteren Beratungen bildete. Reichenbach sah das Problem des preußisch-deutschen Dualismus, des Übergewichtes des mit Abstand größten und mächtigsten Staates, das die Entstehung eines Bundesstaates unmöglich machte. Er wollte es radikal, durch die Auflösung Preußens in seine Provinzen, lösen. Auch das preußische Abgeordnetenhaus sollte abgeschafft werden, seine Kompetenzen entweder an den Bund oder die Provinziallandtage fallen. »Nicht Preußen als solches«, sondern nur der preußische Monarch als erblicher »König der (Nord)Deutschen und in

¹ K. E. POLLMANN, 1985, S. 135, 148 und 167. M. HARTMANN (Übersicht, 7. 3. 1867) mokierte sich über Löwes Wahlniederlagen und bediente sich dabei Ressentiments gegen Berufspolitiker (vgl. Kap. VI.3, Anm. 5). Neben Löwe fehlten der Fortschrittspartei im Reichstag die prominenten Demokraten Leopold v. Hoverbeck und Rudolf Virchow. Zum Hintergrund: E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte Bd. II, 1988, S. 649 ff.; H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 301 ff.

² R. FUCHS, 1970, S. 182 ff.; RT 16. 4. 1867, S. 729; M. Simon an seine Frau 15. 3. 1867 (BA FSg. 1/174).

Preußen« sollte an der Spitze des deutschen Nationalstaates stehen. Die Regierung sollte aus verantwortlichen Ministern bestehen, für deren Wahl v. Reichenbach einen originellen Kompromiß zwischen parlamentarischem und konstitutionellem Prinzip vorschlug: Sie mußten nicht nur im Volkshaus des Parlaments eine Mehrheit finden, sondern außerdem ebenso wie Generäle und Admiräle, vom »Fürstentag«, einer Art Oberhaus, das von den deutschen Fürsten beschiedt werden sollte, bestätigt werden. Neben diesen eigenständigen Ideen lehnte sich Reichenbachs Entwurf eng an die Reichsverfassung von 1849 an, aus der er auch die Grundrechte der Deutschen übernahm.³

Diejenigen aus der Paulskirchenlinken, die für einen Boykott der Wahlen zum Norddeutschen Reichstag eingetreten oder als Süddeutsche oder Österreicher keine Bürger des entstehenden Staates waren, kommentierten die Verfassungsberatungen von außen mit größerer Härte, als ihre im Reichstag sitzenden Ex-Genossen. Moritz Hartmann charakterisierte die Verfassung in der Augsburger »Allgemeinen Zeitung« wegen der fehlenden Ministerverantwortlichkeit, der Verweigerung von Abgeordnetendiäten und der unzureichenden Kontrolle über das Militärbudget, also wegen der insgesamt schwachen Stellung der Volksvertretung als »schön verkleidete[n] Absolutismus und nackte[n] Militarismus« und nannte den neuen Reichstag ein »Telegraphen- und Straßenbauparlament«.⁴

Während der Verfassungsberatungen war der Streit über den Status des ehemaligen Bundesstaates Luxemburg, den Frankreich als Kompensation für seine Zustimmung zur Einigung Deutschlands annektieren wollte, bis zu Kriegsdrohungen zwischen Preußen und Frankreich eskaliert. Die Paulskirchenlinke repräsentierte auch in dieser Frage, die im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Rivalität zwischen Frankreich und dem großpreußischen Deutschland besondere Bedeutung hatte, die unterschiedlichen ideologischen und strategischen Richtungen innerhalb der bürgerlichen Linken. Ideologisch ging es in der Luxemburg-Krise vor allem um den Primat ethnischer oder politischer Argumente, um die Alternative »Volks-« oder Machtpolitik sowie um die Konsequenzen, die sich aus der preußischen Führungsrolle bei der deutschen Einigung ergaben.

Bereits im Januar 1867 hatte Ludwig Bamberger in einem Offenen Brief an den französischen Demokraten Eduard Quinet vor einem Krieg zwischen den beiden Nachbarstaaten gewarnt. Dessen Ergebnis »wäre nicht die Niederlage des Einen oder des Anderen: es wäre der Selbstmord des Fortschritts«. Für die modernistische Linke, die Anhänger der Ideen von 1789 und Befürworter einer Westorientierung Deutschlands *durch* die Entwicklung zum Nationalstaat, die 1866/67 die Bismarcksche Einigungspolitik prinzipiell unterstützten, zählten Deutsche und Franzosen zu den Trägern des Fortschritts, zu den »civilisirten Nationen«, die, wie Ruge

³ O. BECKER, 1958, S. 221 f.

⁴ M. HARTMANN, Übersicht, 20. 4. 1867.

formulierte, »den Barbaren«, also Slawen und Osmanen in Europa, »die Waffen aus der Hand schlagen müßten«. Ein »Bürgerkrieg zwischen Galliern und Germanen« war also aus dieser Sicht eine Auseinandersetzung, die den Westen schwächen und »die Barbaren« stärken mußte. »Nicht Krieg und Soldatenherrschaft braucht Europa«, meinte Bamberger, »sondern Einverständnis der Völker untereinander und bürgerliche Freiheit.« Während Bismarck und einige führende Nationalliberale wie v. Bennigsen die Kriegsgefahr im Frühjahr 1867 nutzten, um die Debatten über die Bundesverfassung abzukürzen, kam sie Bamberger zu diesem Zeitpunkt besonders ungelegen. Ein Krieg nütze nur zur »Unification Deutschland«, die aber bereits gewährleistet sei. Die Erringung der Freiheit hingegen, die weiterhin nötig sei, werde durch ihn »zurückgeworfen«. Nur in Verfassungsberatungen ohne Zeitdruck und äußere Bedrohung konnten sich nach Bambergers Ansicht die freiheitlichen soweit gegen die autoritären Kräfte durchsetzen, wie es zur Schaffung einer dauerhaften institutionellen Basis für einen bürgerlichen Nationalstaat notwendig war. Deutschland konnte den politisch-mentalenen Rückstand gegenüber den westlichen Nationalstaaten nur durch eine eigene, vollendete bürgerliche Revolution aufholen. Gegen das berechtigte Überlegenheitsgefühl der Franzosen helfe, so wiederum Ruge, »nur das realisirte 1848, die Wiederherstellung unserer politischen Ehre«.⁵

Die westorientierte und zugleich großpreußische Linke war frei von nationaler Hybris. Sie sah nicht in Nachbarvölkern, sondern, wie Bamberger schrieb, im »Soldatengeist« den »Erbfeind«: »Nicht eher bricht der Tag der Freiheit auf dem Festlande an, als bis die Leidenschaften und Vorurtheile überwunden sind, mit welchen der angeerbte Soldatenstaat den neu aufkommenden Bürgerstaat an den Schweif seines Pferdes gebunden«. Diese modernistische Linke vertrat ein Programm der Verbürgerlichung Deutschlands und des Bruchs mit den soldatisch-aristokratischen Traditionen, welches in der Kontinuität zur Revolution von 1848/49 stand. Diese Strömung wandte sich gegen den obrigkeitstaatlichen Militarismus, war jedoch keineswegs pazifistisch eingestellt. Sie sah Kriege gegen eine Militärmonarchie wie die napoleonische sogar als fast unvermeidlich an, billigte sie jedoch nicht aus Haß gegen ein anderes Volk, sondern aus rationalen Gründen – »ohne die Hilfsmittel blinder Leidenschaft«. Gegebenenfalls müsse man »mit Trauer der Nothwendigkeit eines Völkerkriegs ins Auge schauen«. Strittig war innerhalb dieser Richtung allerdings, ob, was Vogt seit 1864 vertrat und worin er sich mit den demokratischen Föderalisten einig wußte, Preußen und an seiner Spitze die Regierung Bismarck der »verkörperte Sol-

⁵ L. BAMBERGER, Offener Brief Quinet, 1867; DERS., Luxemburg, 1867; ders. an Ruge 12. 4. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 296); Ruge an Bamberger 19. 5. 1867 (ebd., S. 303); A. RUGE, Krieg, 1867, S. 8. Vgl. auch Bamberger an Ruge 12. 4. 1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 296); L. BAMBERGER, Herr von Bismarck, 1868; ebenso: W. LÖWE, Tonhallenrede, 1867. Zum Hintergrund E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, 1988, S. 693 ff.; W. J. MOMMSEN, Ringen, 1993, S. 189 ff.

datengeist« war und insofern »vergiftend auf ganz Deutschland« wirkte oder ob Bismarck zu jenen Teilen der Eliten zählte, mit dem zusammen die Linke die Liberalisierung Preußens und damit die Bändigung des »Erbfeindes« Militarismus erreichen könne.⁶

Gegen diese um Rationalität bemühte Sicht auf das Verhältnis zu Frankreich sowie eine noch marginale pazifistische Strömung⁷ standen im Frühjahr 1867 heftige Tiraden prominenter demokratischer Föderalisten wie Moritz Hartmanns in seinen Leitartikeln für die Wochenausgabe der Augsburger Allgemeinen. Auf die historische »große Schmach« fortlaufender Abtretungen »vom Reichskörper« verweisend, zu denen er insbesondere Elsaß und Lothringen zählte, erregte sich Hartmann: »Die Auslieferung der deutschen Festung, Stadt und Land Luxemburg [...] ist eine hundert- und tausendfache Unmöglichkeit« und »nichts anders als nationaler Selbstmord«. Denn Bismarck wisse, daß Napoleon nach dem »gereichten Finger bald die ganze Hand und den Arm«, nämlich nach dem »kleinen Luxemburg das ganze Rheinland« fordern werde. Hartmann stilisierte den Luxemburg-Konflikt zur Prinzipienfrage: »Es handelt sich um eine nationale Angelegenheit, und jedes Zurückweichen auf diesem Gebiet [...] ist ein Schlag ins Gesicht der Nation, erschüttert und schwächt sie in ihrem ganzen moralischen und politischen Wesen [...]. Jedes Kind weiß, daß die Rheinprovinzen und die nationale Kraft, Würde und Ehre auf dem Spiele stehen. Wir können nicht länger das Spielzeug sein.« Wenn Hartmann vom Standpunkt nationaler »Ehre« aus argumentierte, so saß er der Bismarckschen Propaganda auf, obwohl seine Erregung sich hauptsächlich gegen den preußischen Ministerpräsidenten richtete. Denn neben der allgemeinen Anfälligkeit der demokratischen Föderalisten für eine in doppeltem Sinne, nämlich ethnisch und populistisch, volksbezogene Argumentation, neben diesem allgemeinen Hang zum ethnisch fundierten Nationalismus empörte Hartmann die Möglichkeit einer Abtretung Luxemburgs an Frankreich, weil sie die verhaßte, alte, undemokratische Kabinettpolitik symbolisierte. Weil Napoleon während des Krieges gegen Österreich zu Preußen gehalten hatte, konnte er jetzt Kompensationen auf »deutschem« Gebiet erwarten, und Bismarck mußte sie ihm – so Hartmanns Perspektive im Frühjahr 1867 – gewähren. Dabei schwang wieder einmal der Glaube an einen Nationalkrieg mit: hätte Bismarck für die deutsche Einigung wirklich auf »das Volk« gesetzt, wäre er nicht in solche Kalamitäten geraten.⁸

Die politische Konstellation von 1867 und der Ausblick auf das Kaiserreich von 1871 verbieten schematische Vereinfachungen: Die demokratisch-

⁶ C. Vogt an Bamberger 28. 4. und 27. 5. 1867 (BA 90 Ba 3/210); L. BAMBERGER, Bedeutung des Friedenswerks, 1867.

⁷ L. SIMON, Neutralisation, 1867; Landes-Comité der [württembergischen] Volkspartei: Für den Frieden! (in: Beobachter 12. 5. 1867).

⁸ M. HARTMANN, Übersicht, 4., 13. und 20. 4. 1867. Argumentation Bismarcks nach E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. II, 1988, S. 699f.

föderalistische Fraktion war stärker nationalchauvinistisch, antifranzösisch eingestellt. Sie wünschte eine Grenzziehung für den künftigen deutschen Staat nach ethnischen Gesichtspunkten. Die der preußischen Führung kompromißbereit gegenüberstehende Linke hingegen bezog sich stärker auf die Ideen von 1789 und orientierte sich am westlich-kapitalistischen Modell. Sie warb deshalb für deutsch-französische Verständigung. Beiden Positionen gemeinsam war, daß sie von einem bürgerlich-liberalen, nationalstaatlich strukturierten Europa das Ende der aktuellen zwischenstaatlichen Konflikte erwarteten. Nur die Geburtsfehler des noch unfertigen deutschen Nationalstaats, darunter seine »cäsaristisch«-militaristische Struktur, dem auf der anderen Seite des Rheins eine populistische Militärmonarchie gegenüberstand, verursachten aus der Sicht der bürgerlichen Linken die deutsch-französischen Konflikte. Unter liberalen Regierungen schienen sie ihnen leicht lösbar.

War es der Bismarck-Regierung während der Verfassungsberatungen im Norddeutschen Reichstag gelungen, mithilfe der Luxemburg-Krise Zeitdruck und eine Burgfriedensmentalität zu erzeugen, in der innere Differenzen zurückzustellen und Einigkeit zu zeigen sei, so funktionierte diese Strategie nicht mehr, nachdem der deutsch-französische Krieg nicht zuletzt wegen des heftigen Widerspruchs in der Öffentlichkeit noch einmal verhindert worden war. Da die Bundesverfassung in das einzelstaatliche Verfassungsrecht eingriff, mußte sie auch in den Landtagen jeweils mit verfassungsändernder Mehrheit angenommen werden, was in den Monaten Mai und Juni 1867 erneut zu einer breiten Diskussion führte. Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde die Verfassung mit 226:91 Stimmen angenommen. Anders als bei der Indemnitätsabstimmung und auch anders als im Norddeutschen Reichstag stimmten jedoch sämtliche sechs Abgeordneten aus der Paulskirchenlinken gegen die Verfassung. Die Ursache dafür ist einerseits darin zu suchen, daß es sich bei der Verfassung um eine grundlegende Weichenstellung und nicht um eine Einzelfrage wie die Indemnität für das verfassungslose Regime handelte. Andererseits war die Linke zunehmend enttäuscht von der Politik der Regierung Bismarck seit dem Ende des Krieges, wozu insbesondere deren häufig drohende und die Opposition unter Druck setzende Vorgehensweise in den Verfassungsberatungen des Reichstag beigetragen hatte.

In einer gemeinsamen Erklärung hatten 66 Abgeordnete der jetzt wieder geschlossen auftretenden Opposition bereits vor der ersten Lesung ihre Einwände gegen die norddeutsche Verfassung zusammengefaßt: Sie falle noch hinter die Rechte zurück, die dem preußischen Volk in der Verfassung von 1850 gewährt wurden. Die Erklärung, die als paradigmatische Positionsbestimmung der großpreußischen Demokratie angesehen werden kann, beharrte zur Empörung süddeutsch-föderalistischer Genossen ausdrücklich auf dem »Beruf Preußens zur Centralgewalt in Deutschland«. Dieses Recht »zur Führung Deutschlands« verpflichtete aber nach Ansicht der Opposition im Abgeordnetenhaus zum Einsatz Preußens für »Erhaltung und Fort-

bildung der bestehenden Rechte und Freiheiten«. Die neue Verfassung erfülle jedoch nicht einmal die Mindestbedingungen eines konstitutionellen Bundesstaates mit verantwortlichem Ministerium. Die meisten Mängel sah die Erklärung der großpreußischen Demokraten auf den, seit dem preußischen Verfassungskonflikt neuralgischen Gebieten der Militärverfassung und des Heeresbudgets. Sie monierte besonders, daß der König von Preußen als Bundesoberhaupt, anders als nach der preußischen Verfassung, ohne Gegenzeichnung durch sein Ministerium den Kriegszustand ausrufen konnte, daß die Dienstzeit im stehenden Heer ohne Rücksicht auf die gesetzliche Regelung in Preußen von fünf auf sieben Jahre erhöht worden und vor allem daß der Militäretat faktisch der parlamentarischen Kontrolle entzogen war, indem die Präsenzstärke an die Einwohnerzahl gekoppelt und das Budget durch eine Prokopfpauschale vorab in der Verfassung festgelegt war, also vom Reichstag nur mit Zweidrittelmehrheit abzuändern war. Derartige Regelungen gehörten nach Meinung der Abgeordnetenhauslinken »überhaupt nicht [...] in eine Verfassung«. Im Gegensatz zu diesen, die parlamentarischen Kompetenzen einschränkenden Detailregelungen im Militärbereich seien weder die bürgerlichen Grundrechte – nicht einmal in der begrenzten Form der preußischen Verfassung – noch ein Verfassungseid für den König, die Bundesratsgesandten, die Abgeordneten und die Beamten verankert. Zwar begrüßte die preußische Opposition die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, wies jedoch darauf hin, daß die Verweigerung von Diäten einen Zensus hinsichtlich des passiven Wahlrechts bedeute, der »die Zusammensetzung und die Wirksamkeit des Reichstags in hohem Maße beeinträchtigen wird«. Die zahlreichen Restriktionen der Bundesverfassung gegenüber der preußischen, so schlossen die Abgeordneten, würden den »so notwendigen Ausbau der preußischen Verfassung in weite Ferne zurückdrängen« und »die Einigung Deutschlands eher hindern als fördern.«⁹

Als Rückschritt hinter »die wesentlichen konstitutionellen Rechte des Preußischen Volkes« verwarf Jacoby auch im Plenum die Verfassung, die für ihn außerdem die Teilung Deutschlands verschärfte. Jacoby bekannte sich ausdrücklich zu einer Politik, die es ablehnte, »den Thatsachen unbedingt Rechnung zu tragen«. Er fand sich nicht ab mit der Herstellung der

⁹ Antrag zur Schlußberatung, HdA 1867, Beil. 9; auch als Massenpetition (BLHA 15535, Bl. 48rf.) sowie in der Presse (etwa in: Rheinische Zeitung 7.5.1867; Beobachter 9.5.1867) veröffentlicht. Ähnl. T. PAUR, Aus dem Abgeordnetenhaus 14.5.1867; W. LÖWE, Tonhallenrede, 1867. Diese äußerst kritische Sicht auf die norddeutsche Verfassung ist insofern bemerkenswert, als die Geschichtswissenschaft heute – von E. H. HUBER (Verfassungsgeschichte, Bd. II, 1988, S. 653 ff.) bis H.-U. WEHLER (Bd. III, 1995, S. 303 ff.) – die Verfassungsberatungen des Norddeutschen Reichstags als Erfolg der Liberalen ansieht.

Empörung über die großpreußische Attitüde des Antrags: C. MAYER, Antrag der Linken, 1867. Er machte die großpreußische Fraktion innerhalb der Linken sogar für den »deutschen Bruderkampf« von 1866 und einen bevorstehenden »europäischen Völkerkrieg« verantwortlich und mahnte sie in einem langen Selbstzitat, »der Macht« »das Recht« entgegenzustellen. Ähnl. M. HARTMANN, Übersicht 11.5.1867.

deutschen Einheit durch das preußische Militär, die nicht zu der erstrebten »nationalen Macht und Ehre« führe, und warnte davor, durch die Annahme der Bundesverfassung, konstitutionelle Rechte und Freiheiten einem »Trugbilde nationaler Ehre zu opfern«. Jacoby fürchtete, ein »unter preußischer Militairherrschaft« vereinter deutscher Staat werde »eine beständige Gefahr für die Nachbarvölker« sein und bedeute den »Beginn einer Kriegsepoche« für Europa.¹⁰

Im Gegensatz zu Jacoby, der bei seiner fundamentaloppositionellen, »Recht« gegen »Macht« und »Volkspolitik« gegen »Militairherrschaft« stehenden Argumentation geblieben war, mußte Löwe, stellvertretend für diejenigen Fortschrittsabgeordneten, die der Indemnitätsvorlage zugestimmt hatten, aber die Verfassung ablehnten, diesen scheinbaren Widerspruch näher begründen: Beim Indemnitätsbeschluß und bei der Zustimmung zur Diätenlosigkeit des Norddeutschen Reichstags habe es sich um begrenzte Zugeständnisse mit überschaubaren Konsequenzen gehandelt, hier gehe es jedoch um eine langfristig wirksame Richtungsentscheidung. Wie Jacoby hob Löwe darauf ab, daß die Verfassung keine stabile Grundlage für einen künftigen deutschen Staat darstelle. Ihn beunruhigte jedoch nicht so sehr, daß der neue Staat auf der militärischen Macht Preußens basierte, sondern daß die Verfassung zu sehr auf die aktuelle Situation und auf die Persönlichkeit Bismarcks zugeschnitten war. Sie war ihm zu wenig bundesstaatlich und zu wenig parlamentarisch. Wenn »der Mann, auf den diese Verfassung berechnet ist«, nicht mehr da sei, werde in dem Norddeutschen Fürstenbund der Partikularismus Oberhand gewinnen. Außerdem monierte auch Löwe die mangelnde parlamentarische Kontrolle über das Militär und die Regierung. Im Gegensatz zu seinem Parteifreund Max Simon im Reichstag, der gerade aus der Unfertigkeit des Verfassungswerks, das unter den gegebenen Machtverhältnissen nicht wesentlich anders durchzusetzen sei, einen Reformdruck resultieren sah, der es erlauben werde, bald eine besseres zu schaffen, sah Löwe die Norddeutschen Bundesverfassung als verhängnisvolle Weichenstellung. Die starke Stellung der »Einzelfürsten«, der »Militair-Absolutismus«, also die geringen Kontrollmöglichkeiten des Parlaments über militärische Fragen und Ausgaben, sowie die schwache Stellung des Parlaments würden langfristig festgeschrieben und eine Revision werde sehr schwer werden.¹¹

Neben der Kritik an der Schwäche des Parlaments und dem Übergewicht von Militär und Fürsten zweifelte die Paulskirchenlinke vor allem an der Haltbarkeit des »in aller Eile zusammengezimmerten Gerüsts« für den

¹⁰ HdA 6. 5. 1867, S. 46 (= J. JACOBY, Schriften, 1872, S. 315 ff.); zur Resonanz: DERS., Briefwechsel, 1978, S. 426 und 428; Mayer druckte die Rede auch im »Beobachter« (10. 5. 1867) nach. Vgl. auch Jacoby an Lewald und Stahr 3. 5. 1867 (in: J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 426).

¹¹ HdA 8. 5. 1867, S. 83 ff. Paur motivierte seine Ablehnung damit, daß er als Unterzeichner der Reichsverfassung von 1849 dieser nach »Art und Tendenz« »total verschiedenen« Konstitution nicht zustimmen könne (T. PAUR, Aus dem Abgeordnetenhaus 4. 6. 1867).

Norddeutschen Bund, »dessen Material, Konstruktion und Festigkeit den gerechtesten Bedenken unterliegen« (Paur). Die Veteranen aus der Deutschen Nationalversammlung fürchteten bereits hellsehtig, daß die innere Unausgewogenheit der Staatsgründung die leitenden Männer zu einer außenpolitischen Risikopolitik zwingen könnte, um von inneren Problemen durch äußere Erfolge abzulenken und immer wieder jene Burgfriedensmentalität zu erzeugen, die politische Differenzen kaschieren konnte und bei der Durchsetzung der Bundesverfassung so hilfreich gewesen war. »Bismarck selbst täuscht sich wohl schwerlich über die Lebensunfähigkeit seines Norddeutschen Bundes; eben deshalb treibt er vor allem zum Kriege mit Frankreich,« urteilte Jacoby. Hartmann sah in der »Augsburger Allgemeinen« einen strukturellen Zusammenhang zwischen der Entstehungsgeschichte des Bundesstaats und seiner künftigen Rolle: »Die Welt« würde nicht von Deutschland bedroht, »wenn die sog. deutsche Einheit, anstatt mit dem Zündnadelgewehr, mit der Freiheit gemacht worden wäre. [...] Diejenigen, die die Thatsachen mit Anbetung aufgenommen, müssen sich jetzt auch die Logik der Thatsachen gefallen lassen [...], daß Eroberung Eroberung, Krieg Krieg gebiert, daß zwei Cäsarismen nicht nebeneinander bestehen können«. Und Ruge warnte Bismarck in Offenen Briefen vom August 1867, nur eine Abkehr von der reaktionären Innenpolitik »des Bruchs mit dem Geiste und der Bewegung von 1848« werde den neuen Staat zu einer haltbaren Gründung machen und ihn vor der Rache »des erzürnten Weltgeistes« bewahren.¹²

Außer den unbedingten Befürwortern des Prinzips, daß die Erringung partieller nationaler Einheit in jedem Fall ein Schritt in die richtige Richtung sei, meldeten die Politiker der bürgerlichen Linken massive Zweifel an der Haltbarkeit der Bismarckschen Staatskonstruktion an. Die Geschwindigkeit ihrer Errichtung, ihre Gründung auf das Militär und ihr Zuschnitt auf die Persönlichkeit des preußischen Ministerpräsidenten bei gleichzeitiger Absa-

¹² T. PAUR, Aus dem Abgeordnetenhaus, 7. 5. 1867; Jacoby an Lewald und Stahr 3. 5. 1867 (in: J. JACOBY, Briefwechsel, 1978, S. 426); M. HARTMANN, Übersicht, 27. 4. 1867. Hartmann betonte dort auch den Zeitfaktor: »Allerdings wäre der Staat [...] nicht so schnell fertig geworden, wenn er nur mit der Freiheit anstatt mit der Zündnadel gegen unsere Zerrissenheit, gegen unsere verrotteten [...] Zustände ins Feld gezogen wäre, aber der Krieg, den er so geführt hätte, würde nicht schon im nächsten Frühling wieder einen Krieg nothwendig gemacht haben.« Bamberger kritisierte scharf, daß durch den von Bismarck wegen der Luxemburg-Krise erzeugten und von den Nationalliberalen akzeptierten Zeitdruck eine ruhige Verfassungsberatung verhindert worden sei (Luxemburg). Wydenbrugk analysierte die Bundesverfassung für Friedrich v. Augustenburg (Konzept vom 26. 2. 1867; BA FN 16/1) und kam zu dem Ergebnis, sie könne »weder die Männer der formellen[,] von der Gewalt zertretenen Rechts [...] noch jene[,] welchen Deutschland im Ganzen kein laues Wort ist, noch die Freunde staatsbürgerlicher Freiheit[,] wohl aber die Masse jener spezifischen Großpreußen befriedigen, denen vor der preußische[n] Machtvergrößerung selbst die Freiheitsfrage in den Hintergrund tritt. Die neue Ordnung der Dinge wird mehr mechanisch zusammengefügt als von einer inneren organischen Kraft belebt und zusammengehalten werden.«

ge an das Prinzip der Gewaltenteilung und einer schwachen Stellung des Reichstags waren die Gründe, aus denen heraus sie die Norddeutsche Verfassung für untauglich hielten. Die Kritik reichte bis in die Reihen derjenigen, die noch 1866 die Bismarcks Politik begrüßt hatten, jetzt aber über dessen fortdauernden Antikonstitutionalismus, der sich in den Verfassungsberatungen gezeigt hatte, enttäuscht waren. Da sie mit solchen Zweifeln jedoch nur auf geringe öffentliche Resonanz stießen, sahen die in die Jahre gekommenen Achtundvierziger keine andere Möglichkeit, als sich mit dem enttäuschenden Ergebnis des preußisch-deutschen Krieges unter mehr oder minder lautem Protest abzufinden.

Aus österreichfreundlicher, staatenbündischer Perspektive verfaßte v. Wydenbrugk eine Expertise für Friedrich v. Augustenburg. Selbst unter Annahme einer für Preußen ungünstigen Entwicklung, einer Niederlage im erwarteten Krieg mit Frankreich bei wohlwollender Neutralität oder aktiver Teilnahme Österreichs, kam er zu einem negativen Ergebnis. Nachdem er eine »Restaurationspolitik« und die Rückkehr zum Deutschen Bund, wie er bis 1866 bestanden hatte, als unpraktikabel und nicht erstrebenswert verworfen hatte, erwartete er auch von der Möglichkeit, daß Österreich nach einer Verkleinerung Preußens »im großdeutschen Sinne Preußens Rolle in ganz Deutschland [...] in aufrichtigerem föderativen und zugleich nationalen Geiste« übernehme, keine Lösung, weil »ein besiegtes und gedemüthigtes Preußen« immer auf eine Revision sinnen werde. Wenn man nicht wolle, daß die »Gesamtverbindung« unter den Deutschen sich »fortschreitend auflösen« oder daß ausländische Mächte in Deutschland dominanten Einfluß erhalten sollten, so Wydenbrugks etwas verklausuliertes Resumee, müsse man den status quo akzeptieren.¹³

Auch unter denjenigen Mitgliedern der Paulskirchenlinken, die für eine westorientierte, nationalistisch-bürgerliche Staatsgründung mit politischer statt ethnischer Fundierung und für die Abkehr von der Idee eines deutschen Sonderweg eintraten, verbreitete sich zunehmend Ernüchterung, da die Entwicklung des neuen Nationalstaats nicht in die gewünschte Richtung lief. Ruge reagierte mit der für die Paulskirchenlinke typischen Haltung – normativ und elitär: »Hätten wir viele Leute von Deiner politischen Gesundheit«, schrieb er an Bamberger, »was könnten wir jetzt nicht leisten!« Ruge zog aus dem Befund mangelnder politischer Reife und dem geringen Interesse an der Verbürgerlichung und Demokratisierung des Norddeutschen Bundes die Konsequenz, in England zu bleiben. Diejenigen, die sich auf die praktische Umsetzung ihrer Vorstellungen im entstehenden Nationalstaat einließen, wie Bamberger, der 1867 nach Deutschland zurückkehrte, oder Löwe, der bereits seit einigen Jahren an vorderster parlamentarischer Front tätig war, versuchten, die Bundesverfassung zu ergänzen. Da sie nach den Erfahrungen des Verfassungskonflikts auf dem Gebiet der Militärkontrolle

¹³ Wydenbrugk an Friedrich v. Augustenburg 23. 5. 1867 (BA FN 16/I). Ähnl. J. FRÖBEL, SP, 31. 12. 1867 und 3. 1. 1868.

vorerst wenig Chancen sahen, legten sie den Schwerpunkt zunächst auf die Verankerung bürgerlicher Grundrechte wie der Freizügigkeit, Gewerbe-, Presse- und Meinungsfreiheit sowie rechtsstaatlicher Prinzipien.¹⁴

Das Ergebnis des Krieges von 1866 war eine Dreiteilung Deutschlands, die allerdings kaum Gemeinsamkeiten mit den triadischen Ideen aus den Reihen der Paulskirchenlinken aufwies. Denn die drei Teile waren nicht freundschaftlich verbündet und in keiner Weise gleich. Österreich stand außerhalb und war hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Es sann, wie sich 1870 zeigte, nicht auf Revision der Entscheidung in Deutschland und spielte als Faktor einer gesamtdeutschen Politik nie wieder eine Rolle. Preußen war infolge seiner Annexionen übermächtig; und das Dritte Deutschland war noch schwächer und heterogener als vor 1866. Es wäre als »Südbund« zwar ökonomisch und politisch durchaus überlebensfähig, jedoch nicht überlebenswillig gewesen.

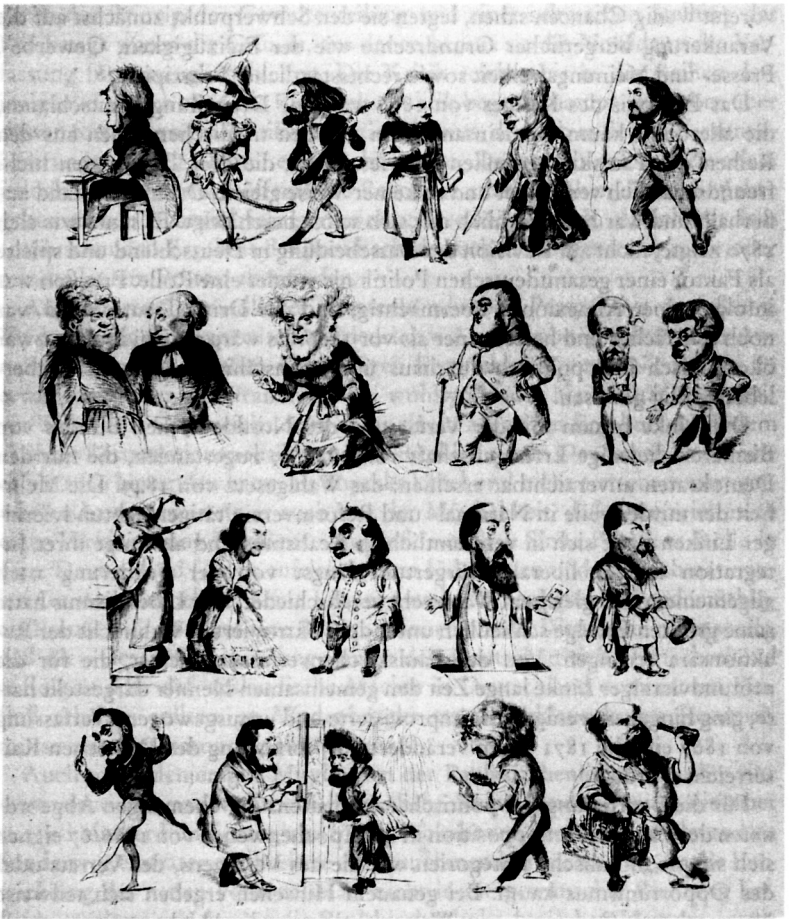
Die Linke bekam mit der Verfassung des Norddeutschen Bundes von Bismarck diejenige Errungenschaft von 1848/49 zugestanden, die nur den Demokraten unverzichtbar erschien: das Wahlgesetz von 1849. Die Mehrheit der mittlerweile in National- und Reformverein tätigen achtundvierziger Linken hatte sich in vermeintlichem Realismus und als Folge ihrer Integration in das liberale Bürgertum längst von der Forderung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht verabschiedet. Der Liberalismus hatte seine größten Erfolge schließlich unter dem oktroyierten Wahlrecht der Reaktionsära errungen. Von der Paulskirchenverfassung selbst, die für die achtundvierziger Linke lange Zeit den gemeinsamen Nenner dargestellt hatte, ging hingegen wenig in die improvisierte und unausgewogene Verfassung von 1867 ein, die 1871 kaum verändert zur Verfassung des Deutschen Kaiserreichs wurde.

Für die Beurteilung des politischen Verhaltens der ehemaligen Abgeordneten der Paulskirchenopposition in der Epochenwende von 1866/67 eignen sich simple moralische Kategorien wie die des Versagens, des Verrats oder des Opportunismus kaum. Bei genauem Hinsehen ergeben sich teilweise überraschende Gemengelagen: Westorientierung, die Ablehnung eines deutschen Sonderwegs und Antimilitarismus finden sich eher bei den Unterstützern Bismarcks,¹⁵ während die demokratischen Föderalisten häufig aus einem ethnisch begründeten Nationalismus heraus an die Notwendigkeit eines spezifisch deutschen Wegs zur Freiheit glaubten.¹⁶

¹⁴ Vgl. neben den oben angeführten Belegen: Ruge an Bamberger 13.4.1867 (A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 297); W. LÖWE, Tonhallenrede, 1867; ders., Rede im Dorotheenstädtischen Bezirksverein der Fortschrittspartei (Polizeibericht; BLHA 11377, Bl. 55 ff.).

¹⁵ Vgl. außer den bereits angeführten Belegen auch Ruge an Brückmann 1.4.1867 (in: A. RUGE, Briefwechsel, 1886, S. 295); Bamberger an Ruge, Mai 1867 (ebd., S. 299); L. BAMBERGER, Schriften, Bd. III, 1895, S. 299 f. und 307.

¹⁶ J. VENEDEY, Treitschke, 1866, S. 7, etwa nannte sich einen »Legitimisten des Rechts und des Volkstums«.



Theater in Frankfurt (Radierung von Friedrich Pecht, 1848)

Prominente Paulskirchenabgeordnete werden Rollen am Frankfurter Theater zugeschrieben, da – wie es im Begleittext von Robert Heller, einem Redakteur der liberalen *Deutschen Zeitung*, heißt – dessen Fortbestehen gefährdet sei und man deshalb erwäge, »daß die Nationalversammlung selbst das Theater übernehme; und das hier mitgetheilte Verzeichniß liefert wenigstens den Nachweis reicher und mannigfacher dramatischer Kräfte, die sich inmitten der Versammlung befinden. Der Entwurf der Besetzung der verschiedenen Rollen und Fächer lautet also: (1) Directeur und Dramaturg: Heinrich v. Gagern, (2) Erste Helden und Liebhaber: v. Boddien, (3) keine Helden, aber zweite Liebhaber: Moritz Hartmann, (4) edle Väter, heroische Greise: v. Radowitz, (5) Polternde Alte: Welcker, (6) Naturburschen: Vogt von Gießen, (7,8) Intriganten: Blum u. v. Itzstein, (9) zärtliche Mütter: Mittermaier, (10–12) Komische Gestalten, Provinzial- und Dialektrollen: v. Vincke, Roßmäßler, Zimmermann aus Stuttgart, (13) Gelehrte Hanswürste: Ruge, (14) Anstandsdamen: Biedermann, (15) Pächter: Graf Schwerin, (16) Stimmen aus dem Grabe, Gespenstererscheinungen: Nauwerck, (17) Hausknechte: Schlöffel, (18) Ballettmeister: Wurm, (19,20) Logenschliesser: v. Möring u. Jucho, (21) Theaterfriseur: Moritz Mohl, (22) die Besorgung des Buffets hat Hr. v. Soiron übernommen.

Zusammenfassung

Die Mitglieder der Nationalversammlungsopposition waren in relativ jungen Jahren durch die Revolution, also durch politischen Druck von unten, teilweise innerhalb von Wochen in eine neuartige, nämlich demokratisch legitimierte Elite aufgestiegen. Nach der Niederschlagung der Revolution bekamen viele von ihnen die bereits für die Gegenelite des Vormärz typischen Konsequenzen zu spüren: Ihre bürgerlichen Karrieren, an deren Anfang sie 1848 großenteils gestanden hatten, brachen wegen ihrer exponierten Rolle in der Revolution ab. Mehr als die Hälfte der oppositionellen Paulskirchenabgeordneten war von der nachmärzlichen Repressionswelle in Form von Verurteilungen, Dienstentlassungen usw. unmittelbar betroffen; mehr als ein Drittel ging vorübergehend oder endgültig außer Landes. Dieses Generationsschicksal prägte auch ihre politische Haltung. Die systematische Verfolgung verstärkte einerseits das Bewußtsein, einer Gegenelite anzugehören. Da sie ihre bürgerliche Zukunft für ihr politisches Engagement aufs Spiel gesetzt hatten, sahen sie sich einerseits als vorbildliche Vertreter der Ideen von 1848, als Helden, die Anspruch auf besondere Anerkennung und eine politische Führungsrolle hatten, wenn künftig die Ziele der Revolution, also die Erhöhung der deutschen Macht durch staatliche Einigung, liberale und demokratische Reformen, verwirklicht würden. Andererseits haftete ihnen wegen des Scheiterns der Revolution zeitlebens der Makel an, als politische Führer versagt zu haben. Sie fühlten sie sich durch diese Niederlage in ihrer Ehre gekränkt. Ein wesentlicher Antrieb ihres weiteren Engagements war es, diese Scharte auszuweiten.

Die gemeinsamen prägenden Erfahrungen in Revolution und Nationalversammlung und das Generationsschicksal der Verfolgung und Ausgrenzung ließen zahlreiche langdauernde Freundschaften und vielfältige Kommunikationsnetze entstehen, die auch die Entfernung zwischen den im Deutschen Bund Lebenden und den Emigranten zu überbrücken vermochten. Ihr Selbstbewußtsein als einzige demokratisch legitimierte Gegenelite auf Bundesebene hielt viele Männer aus der Paulskirchenlinken auch fortan in der nationalen Politik und ließ die meisten in Europa gebliebenen Emigranten weiterhin mit dem Blick nach Deutschland leben. Nach der Lockerung der Repression oder nach dem Ende ihrer Emigration kehrten viele Veteranen von 1848/49 in die deutsche Politik zurück. Ihr Nimbus als Helden der Revolution und Opfer der Reaktion sowie die Unterdrückung gesellschaftlicher politischer Organisation in den 1850er Jahren, die das Nachwachsen einer neuen politischen Elite blockierte, erleichterten es ihnen erheblich, bald wieder überregionale Bedeutung auf der Bühne zu erlangen, die sie 1849 vorübergehend hatten verlassen müssen.



Das Ministerium der Zukunft (Radierung von Friedrich Pecht, 1848)

Die Bildlegenden lauten: [Ludwig] Simon v. Trier, *Friedensrichter u. Vorstand der Fortifications-Commission*; H. [Carl] Vogt, *Minister d. Cultus*; H. [Wilhelm Michael] Schaffrath, *Ceremonienmeister*; [Arnold] Ruge, *Minister des Aeußersten*; M[oritz] Hartmann, *Minister d. Innersten*; [Franz] Zitz, *Kriegs-Minister*; [Friedrich Wilhelm] Schlöffel, *Minist. d. Gerechtigkeit*; [Adam] v. Itzstein, *wirkl. geheimer Rath*; [Carl] Nauwer[c]k, *Bewässerungs-Inspector*; [Adolf] Wiesner, *Ob. Interpellationsrath am peincl. Höramt u. wirkl. Mitglied d. Commission für Volksbelustigung*, [Adolf] Rösler v. Oels, *Kammersänger u. Vorstand der Höbern Töchterschulen*; [Emil Adolph] Rossmässler, *Professor d. Dialektik*; [Dominicus] Kuenzer, *Bierschröter*; [Wilhelm] Zimmermann v. Stuttgart, *Oberster d. Mohren u. Verschnittnen*; [Franz Jacob] Wigard, *Stimme des Volkes*

Infolge ihres politischen Engagements war der Lebensweg vieler Mitglieder der Paulskirchenlinken geprägt von regionaler und familiärer Entwurzelung. Eine neue, politische Heimat fanden sie zunächst in der Nationalversammlung im engen Kontakt zu Gesinnungsgenossen aus allen Teilen des Deutschen Bundes und in den folgenden Jahren vielfach im Ausland, wodurch sie einen ungewöhnlich weiten Horizont gewannen. Beruflich waren viele von ihnen im literarischen und journalistischen Bereich tätig. Die Tatsache, daß ihr Leben in so hohem Maße durch ihr politisches Engagement bestimmt war, versuchten verschiedene Politiker aus der Paulskirchenlinken positiv zu wenden: sie gehörten damit zu den ersten in den Staaten des Deutschen Bundes, die versuchten, nicht allein *für*, sondern auch *von* der Politik zu leben.

In der bis Ende 1851 dauernden Übergangsphase zwischen der Revolution und dem endgültigen Sieg der Reaktion zeigten sich jedoch auch bereits tiefe Risse innerhalb der Paulskirchenlinken. Die wichtigste Trennlinie verlief zunächst zwischen den Emigranten und denjenigen, die in den Staaten des Deutschen Bundes geblieben waren. Ohnehin zählten die Emigranten im allgemeinen zu den Radikaleren; sie waren meist wegen ihrer Beteiligung an den Aufstandsversuchen der Reichsverfassungskampagne geflohen. Die Gegensätze verschärften sich noch, da die im Bundesgebiet Gebliebenen häufig versuchten soweit es möglich war, Reformpolitik fortzusetzen oder wenigstens einzelne Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Sie beteiligten sich dazu vielfach über den Sieg der Reaktion hinaus als Landtagsabgeordnete und auf anderen Ebenen am politischen Leben. Dies wurde von den Emigranten, deren Ansichten sich teilweise im Exil weiter radikalisierten und die überwiegend auf den raschen Ausbruch einer zweiten Revolution hofften, als Feigheit, Opportunismus oder gar Verrat angesehen.

Auch innerhalb des Deutschen Bundes zeigten sich regional unterschiedliche Entwicklungen. In Österreich war bereits während des Übergangs zum Neoabsolutismus jegliches parlamentarische Leben unterbunden worden; auch eine oppositionelle Publizistik war seit der Auflösung des Kremser Reichstags Anfang März 1849 kaum noch existent. In Baden zerstückte die preußische Armee die revolutionäre Bewegung so vollständig, daß sämtliche Mitglieder der Paulskirchenlinken emigrieren mußten und nie wieder in wichtige politische Positionen zurückkehrten. In Sachsen, wo ebenfalls die preußische Armee interveniert hatte, und auch in Preußen selbst reagierte die Linke auf die 1849/50 oktroyierten Verfassungen und Wahlgesetze mit einem zehn Jahre und länger durchgehaltenen Wahl- und Parlamentsboykott. Hingegen entschied sich die bürgerliche Linke in ihren übrigen Hochburgen, also vor allem in Württemberg, aber auch im Großherzogtum Hessen und in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten, die parlamentarische Bühne für den Widerstand gegen die Reaktion zu nutzen. Dasselbe gilt für Bayern, den einzigen größeren deutschen Staat, in dem es im Rahmen der nachmärzlichen Reaktion zu keinem Verfassungsoktroi

gekommen ist. Hier spielte die Linke allerdings, abgesehen von der Pfalz, nur eine Nebenrolle.

In den süd- und mitteldeutschen Verfassungsstaaten begann in den frühen 1850er Jahren ein Prozeß politischen Umdenkens. Ursächlich dafür war neben der Kontinuität parlamentarischer Opposition die Tatsache, daß hier die Reaktion nie so scharf gewesen ist wie in Preußen, Österreich und den Aufstandsgebieten von 1849. Die neuen politischen Ideen, die sich unter dem Schlagwort »Realpolitik« zusammenfassen lassen, brachten die Linke seit Mitte der 1850er Jahre langsam aus der Defensive heraus. Der neue politische Realismus hatte drei wesentliche Komponenten: Erstens akzeptierte die Linke nach dem Ende aller Hoffnungen auf eine zweite Revolution die gegebenen Tatsachen, also insbesondere die reaktionären Verfassungs- und Wahlrechtsoktrois. Sie entschied sich damit zweitens grundsätzlich für eine reformerische Vorgehensweise und nahm Abschied von der Idee, ihre Ziele auf revolutionärem Wege durchzusetzen. Drittens versuchte sie zunächst in den Staaten des süddeutschen Konstitutionalismus, seit Ende der 1850er Jahre aber auch in Preußen, Österreich und schließlich Sachsen, die Möglichkeiten auszuloten, wie sie unter den herrschenden Verhältnissen die politischen Ziele der Revolution weiterverfolgen konnte. Denn die Reaktion seit 1849 bedeutete ja keineswegs eine Rückkehr zu den Verhältnissen des Vormärz. Die Revolution hatte zu irreversiblen Veränderungen im allgemeinen politischen Bewußtsein, zur Fundamentalpolitisierung, zur massenhaften Verbreitung eines nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls und zu einer weniger statischen politischen Mentalität, aber auch zu wesentlichen rechtlichen und ökonomischen Modernisierungen geführt. Den Hintergrund für die Wende von Teilen der bürgerlichen Linken zur »Realpolitik« bildete ein allgemeiner, bereits im Vormärz beginnender Paradigmawechsel hin zum Materialismus und zum Empirismus, in dessen Folge die Naturwissenschaften und die Geschichte die Philosophie als Leitdisziplinen zur Konstituierung politischer und allgemeiner Welterklärungsmodelle ablösten.

Vom Krimkrieg, dem ersten Krieg zwischen den europäischen Großmächten seit 1812, gingen seit 1855 in mehrfacher Hinsicht Impulse für die Wiederbelebung der deutschlandpolitischen Diskussionen innerhalb der Linken aus. Erstens endete dieser Krieg mit einer Niederlage Rußlands, das in der Reaktionsära von der Opposition teils zu Recht, teils in verschwörungstheoretischer Übersteigerung als treibende Kraft hinter den deutschen Regierungen angesehen wurde. Zweitens befand sich Österreich in diesem Konflikt – anders als Preußen – auf einer Seite mit dem liberalen Großbritannien. Dies nährte Hoffnungen auf eine Abkehr der Habsburgermonarchie von der strikten Repressionspolitik und markiert den Beginn einer bis zum Scheitern der Bundesreform auf dem Fürstentag von 1863 reichenden Welle liberaler Hoffnungen, die sich auf Österreich richteten. Drittens lenkte der Krimkrieg die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß Verschiebungen in der europäischen Mächtekonstellation, wie sie auch eine deutsche

Nationalstaatsgründung darstellte, kaum ohne einen europäischen Krieg zu erreichen waren.

Seit Mitte der 1850er Jahre kam es zu klandestinen und zunächst auf einen engen Kreis beschränkten Versuchen, liberale Politik überregional zu koordinieren und wieder deutschlandpolitische Debatten zu führen. Ein Symptom dieser Reorganisation des Liberalismus war die Entstehung neuer öffentlicher Diskussionsforen – 1856 beginnend mit der Zeitschrift »Das Jahrhundert«. Ein zweiter wichtiger Impuls für die Belebung der deutschlandpolitischen Diskussion und das Wiedererstehen einer an 1848 anknüpfenden liberalen Einigungsbewegung ging von der italienischen Nationalstaatsgründung aus. Die Debatte um die Konsequenzen aus der italienischen Einigung unter dem Schutz Napoleons III. machte zahlreiche Verwerfungen innerhalb der bürgerlichen Linken deutlich, die sich auch durch die folgenden deutschlandpolitischen Kontroversen zogen. In dieser Debatte übernahmen die ehemaligen Oppositionellen aus der Frankfurter Nationalversammlung erstmals seit 1849, z. T. noch vom Ausland aus, die Rolle von Meinungsführern.

Dabei prallten gegensätzliche deutschlandpolitische Modelle aufeinander, um die sich die Hauptströmungen innerhalb der bürgerlichen Linken gruppieren lassen: Erstens die in südwestdeutschen, republikanischen Traditionen wurzelnde Vorstellung eines allmählichen, föderativen Zusammenschlusses nach Schweizer Vorbild zu einem Bundesstaat mit gemeinsamem Parlament, gemeinsamer Milizarmee und gemeinsamer Außenpolitik, aber einem hohen Maß an innerer Autonomie für die beteiligten Staaten. Diese Einheitsidee maß dem mit der Staatsbildung angestrebten Machtzuwachs im Zweifelsfall weniger Gewicht zu als der Freiwilligkeit und Friedlichkeit des Zusammenschlusses. Die übrigen deutschlandpolitischen Modelle hielten hingegen nur große und mächtige Staaten für langfristig existenzfähig und sahen in ihnen auch die besten Garanten einer freiheitlichen inneren Entwicklung. Wie im Frankfurter Verfassungskompromiß vorgesehen, sollte deshalb möglichst das ganze außerösterreichische »Deutschland« vereinigt werden und der preußische Monarch an der Spitze des neuen Staates stehen. Die Befürworter dieser großpreußischen Ideen waren außerdem bereit, auf dem Weg zur deutschen Staatsgründung einen weiteren europäischen Krieg in Kauf zu nehmen.

Die großpreußischen Vorstellungen über den Weg zur deutschen Einheit zerfielen in zwei Tendenzen, von denen die erste gegenüber der zweiten nach den beiden siegreichen preußischen Einigungskriegen von 1864 und 1866 stark an Bedeutung verlor. Ursprünglich dominierte eine demokratisch-unitarische Richtung, die nach einer Liberalisierung Preußens aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeiten oder des politischen Drucks durch die Einigungsbewegung den Anschluß weiterer deutscher Staaten erwartete oder diesen durch Annexionen erzwingen wollte. Da sich diese Vorstellungen wegen der ausbleibenden Reformen in Preußen in ihrer Grundannahme als realitätsfern erwiesen, Bismarck mit seiner riskanten, militärischen Vor-

gehensweise hingegen greifbare Erfolge erzielte, gingen wachsende Teile der bürgerlichen Linken seit 1864 auf die gouvernemental-autoritäre Strategie einer Politik von oben über und unterstützten die militärisch-machtpolitische Einigungsstrategie Bismarcks. Dabei wurden die Liberalisierungs- und Demokratisierungsforderungen, also die freiheitlichen Komponenten der Ideen von 1848, einstweilen zurückgestellt. Weitaus seltener als in der jüngeren Generation war dieser Umschwung bei den Veteranen der Paulskirchenlinken zu beobachten. Viele großpreussische Demokraten aus ihren Reihen distanzieren sich später von der Staatsgründung, die 1867/71 realisiert wurde.

Das vierte deutschlandpolitische Modell, das seit Ende der 1850er Jahre von einer österreichfreundlichen Minderheit innerhalb der Linken diskutiert wurde, zielte auf die Bildung eines mächtigen, supranationalen Staatenbundes möglichst unter Einschluß beider deutscher Großmächte, jedenfalls aber unter Einschluß *ganz* Österreichs. Das Zentrum dieses mitteleuropäischen Reiches sollte Wien sein, und es sollte möglichst den ganzen »deutschen« Kulturraum, also das gesamte deutsche Siedlungsgebiet vom Unterlauf der Donau bis zur Nordsee, umfassen. Diese ausgreifende kontinentale Basis sollte Deutschland eine künftige Weltmachtstellung ermöglichen. Solche supranational-föderalistischen Pläne hatten eine offen antislawische Stoßrichtung.

Diese vier deutschlandpolitischen Modelle, die seit Ende der 1850er Jahre öffentlich diskutiert wurden, setzen zu ihrer Durchsetzung auf jeweils unterschiedliche Akteure. Sie stehen zugleich für eine unterschiedlich ausgeprägte Staatsfixierung. Die demokratisch-föderalistische Vorstellung eines allmählichen Zusammenschlusses sah die liberalen Staaten Süddeutschlands und ihr stark von sozialharmonischen Vorstellungen geprägtes Bürgertum als Motoren und peilte zunächst eine Föderation des Dritten Deutschland ohne die beiden Großmächte an. Ebenso wie die großpreussische Variante in ihrer ursprünglichen, demokratisch-unitarischen Version setzten die demokratischen Föderalisten in hohem Maße auf Liberalismus und Nationalismus als gesellschaftliche Kräfte, die die als Voraussetzung der Nationalstaatsbildung angesehene Reform der Einzelstaaten vorantreiben und den notwendigen Druck auf die Regierungen ausüben sollten. Diese beiden Einigungsmodelle verfügten sowohl in der Paulskirchenlinken als auch in der Nationalbewegung insgesamt über den größten Anhang. Die anderen beiden Modelle, also das großpreussisch-autoritäre und das supranational-föderalistische, setzten hingegen auf Politik von oben, also auf die Durchsetzung ihrer Vorstellungen mit Hilfe einer der beiden Großmächte. Sie rechneten weniger auf die Einsicht der gesellschaftlichen Eliten und eine politische Bewegung als auf die Beeinflussung von Administrationen und Regierungen.

Seit Mitte der 1850er Jahre zeigte sich zunehmend, daß unter den durch die europäischen Revolutionen von 1848/49 veränderten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen eine reaktionäre, neoabsolutistische oder scheinkonstitutionelle Politik nicht durchzuhalten war, die auf die

öffentliche Meinung und die gesellschaftlichen Kräfte keine Rücksicht nahm, sondern sich einzig auf den staatlichen Repressionsapparat stützte. Daraufhin fanden in einer Reihe wichtiger Staaten wie Preußen, Baden, Bayern und Österreich Regierungs- oder gar Systemwechsel hin zu gemäßigt konservativen oder liberal-konstitutionellen Regimen statt. Damit verbesserten sich die Bedingungen für eine Reorganisation der Linken deutlich: Zensur- und andere polizeiliche Bestimmungen wurden weniger streng ausgelegt; seit 1858 konnten die Liberalen aufgrund des Scheiterns der Reaktion eindrucksvolle Wahl- und Organisationserfolge erzielen. Zugleich erlitten in dieser Zeit jedoch nacheinander die verschiedenen deutschlandpolitischen Modelle Schiffbruch, die unter Mitwirkung von Politikern aus der Paulskirchenlinken entwickelt worden waren.

Beim Frankfurter Fürstentag im August 1863 schlug der von Julius Fröbel erdachte und inszenierte Plan fehl, durch einen engeren Zusammenschluß des Deutschen Bundes einen ersten Schritt zur Schaffung eines supranationalen Staatenbundes in Mitteleuropa zu realisieren. Fröbels Reformvorschlag tangierte den staatenbündischen und legitimistischen Charakter des Bundes nicht im Kern, kam der Nationalbewegung aber durch die Schaffung einer Nationalvertretung und einer gemeinsamen Exekutive entgegen. Er scheiterte am entschiedenen Widerstand sowohl der liberalen Einigungsbewegung, in der supranationale Tendenzen nur eine marginale Rolle spielten, als auch des preußischen Ministerpräsidenten v. Bismarck.

Anfang 1864 erwies sich dann in der Schleswig-Holstein-Krise auch die von den demokratischen Föderalisten favorisierte Idee eines allmählichen Zusammenschlusses des Dritten Deutschland als illusorisch. Die Mittelstaaten fanden nicht zu einer gemeinsamen Politik gegen die Großmächte, obwohl diese den Deutschen Bund faktisch aufgekündigt hatten und obwohl eine Konstituierung des Dritten Deutschland bei großen Teilen der wohlorganisierten Schleswig-Holstein-Bewegung auf begeisterte Zustimmung rechnen konnte. Wenn das Dritte Deutschland nicht einmal in dieser Lage gemeinsam mit der Nationalbewegung zu handeln bereit war, so war die Vorstellung von einer Nationalstaatsgründung, in deren Verlauf die Staaten freiwillig Teile ihrer Souveränität an die Bundesgewalt abgaben, erst recht utopisch.

Schließlich scheiterte im Jahre 1865 auch die großpreußisch-demokratische Konzeption der nationalen Einigung. Denn trotz der großen politischen Erfolge der Fortschrittspartei konnten im preußischen Verfassungskonflikt die Prinzipien des Konstitutionalismus nicht gegen Regierung und Krone durchgesetzt werden, was für die großpreußischen Demokraten aber die notwendige Voraussetzung einer Nationalstaatsgründung unter preußischer Führung war. Ein immer größerer Teil der großpreußischen Linken schwenkte in dieser Situation auf einen autoritären Kurs ein, wollte nun im Bündnis mit Bismarck die deutsche Einigung auch um den Preis starker Abstriche bei seinen Freiheitsforderungen und Verfassungsplänen erlangen. Der großpreußisch-demokratische Nationalismus war aufgrund

dieser Abspaltungen als gesellschaftliche Bewegung nicht mehr wirkungsvoll.

Die Nationalstaatsgründung von 1867/71 lag dann jenseits der in der liberalen Öffentlichkeit seit 1849 diskutierten Alternativen: sie war weder ein großpreußischer Einheitsstaat noch eine bundesstaatliche Lösung im Sinne der Reichsverfassung von 1849. Vielmehr war sie als Fürstenbund ein Gebilde, das keine der politischen Strömungen in der bürgerlichen Linken gewollt hatte, da sie seit den Revolutionen von 1848/49 eine Nationalstaatsgründung ohne demokratische Legitimation (und sei sie so zweifelhaft wie in Italien) nicht mehr für möglich hielten.

Die Epoche zwischen Revolution und Reichsgründung läßt sich in deutschlandpolitischer und liberalismusgeschichtlicher Perspektive in folgende Phasen gliedern: 1849 bis 1851 waren Übergangsjahre, in denen aus zeitgenössischer Sicht das Schicksal der europäischen Revolutionen noch unentschieden war. In diesen Jahren wurde der Ausbruch einer zweiten Revolution, in verschiedenen deutschen Staaten aber auch die Fortsetzung einer liberalen Reformpolitik durch gemeinsames, kompromißbereites Handeln von Regierung und Parlamentsmehrheit für möglich gehalten. Somit bestanden die politischen Konstellationen der Revolutionszeit in den Köpfen vieler Achtundvierziger noch einige Zeit über 1849 hinaus fort. Erst nach dem »Bundesreaktionsbeschuß« vom 23. August 1851 und dem Staatsstreich Napoleons III. in Frankreich hatte im ganzen Deutschen Bund die Reaktion gesiegt. Gleichwohl hatte dieser Sieg auch weiterhin sehr unterschiedliche politische Auswirkungen.

In der Reaktionsära, die im allgemeinen von 1852 bis 1858 andauerte, bahnte sich, zunächst weitgehend unter Ausschluß der von politischer Repression reglementierten Öffentlichkeit, ein folgenreicher Wandlungsprozeß innerhalb der Opposition an: die Wende zur »Realpolitik«. Seit dem Krimkrieg begann sich die deutschlandpolitische Erstarrung spürbar zu lösen. Diese »realpolitische« Wende eines einflußreichen Teils der politischen Elite war Teil eines breiten Mentalitätswandels in der nachrevolutionären Epoche, der jedoch keineswegs geradlinig in die Unterstützung der Bismarckschen Reichsgründung führte. Vielmehr erschienen während langer Phasen der nachrevolutionären Epoche die Alternativen zu einer autoritär-militärischen großpreußischen Politik den europäischen Machtverhältnissen weitaus angemessener. Sie schienen auch für die Zeitgenossen eher zur Nationalstaatsgründung zu führen als der seit 1865 tatsächlich eingeschlagene Weg.

In der Phase der Reorganisation der liberal-nationalistischen Opposition von 1859 bis 1863 richteten sich die Hoffnungen zunächst auf das Preußen der »Neuen Ära«; seit der Blockade der Reformansätze im Verfassungskonflikt und dem Übergang Österreichs zum Scheinkonstitutionalismus weckte die Habsburgermonarchie vorübergehend Hoffnungen auf eine großdeutsch-liberale Lösung. Die politischen Erfolge der bürgerlichen Linken und der von ihr getragenen Einigungsbewegung brachten jedoch insbeson-

dere in den beiden Großmächten keineswegs wachsenden Einfluß auf die Regierungspolitik. Vielmehr zeigte die Regierung Bismarck der freiheitlichen und nationalistischen Opposition in Preußen die Grenzen ihrer rechtlichen und demokratischen Strategie auf, die seit der Niederlage von 1849 eine Revolution nicht mehr ernsthaft ins Kalkül zog.

Die Erfahrung der Machtlosigkeit gegen Bismarck und den König führten die preußische Linke teilweise zurück zu einer fundamentaloppositionellen Haltung, derzufolge die »realpolitische« Strategie nur den Herrschenden nutzte und keine Reformchancen eröffnete. Nachdem in der Schleswig-Holstein-Krise auch die Konstituierung des Dritten Deutschland gescheitert war, und nach den Erfolgen des preußischen Militärs im deutsch-dänischen Krieg brach die liberale Einigungsbewegung auseinander. Die Erwartungen des großpreußischen Flügels richteten sich nun zunehmend auf eine Nationalstaatsgründung durch das preußische Militär, während die demokratischen Föderalisten sich zu Verteidigern des bundespolitischen Status quo entwickelten. Sie setzten auf langfristige, von den Einzelstaaten ausgehende Veränderungen, auf flächendeckende Organisation und systematische politische Bildung; sie zogen einstweilen den Erhalt des Deutschen Bundes einem Nationalstaat unter Vorherrschaft des preußischen »Cäsarismus« und »Militarismus« vor. Auch in Preußen betrachtete die liberale Opposition im Abgeordnetenhaus bis zum Beginn des Krieges von 1866 mehrheitlich ein Nachgeben der Regierung im Verfassungskonflikt als notwendige Voraussetzung für eine deutsche Einigung unter preußischer Führung. Erst die Niederlage Österreichs und seiner Verbündeten stellte die Weichen für die Nationalstaatsgründung in der 1867 bis 1870 realisierten Form und besiegelte die Niederlage der Fortschrittspartei im preußischen Verfassungskonflikt sowie schließlich die Parteispaltung.

Fragt man nach Alternativen zu dieser Entwicklung, die zur Gründung des Kaiserreichs mit seiner militärisch-autoritär geprägten Verfassung führten, so lassen sich aus der Perspektive einer politischen Geschichte des deutschen Liberalismus vor allem drei Momente nennen, in denen entschlossenes Handeln in eine andere Richtung zu anderen Weichenstellungen hätte führen können. In all diesen Situationen kamen entscheidende Impulse von Mitgliedern der Paulskirchenlinken: 1859 forderten der großpreußische Flügel der Nationalbewegung, insbesondere Carl Vogt und Karl Biedermann, die preußische Regierung solle die Verwicklung Österreichs im italienischen Krieg zu einer Einigungsinitiative, eventuell gar einem Annexionskrieg in Norddeutschland nutzen. Hätte die Regierung der »Neuen Ära« diese Linie verfolgt und dabei der wiederentstehenden Nationalbewegung einige verfassungspolitische Zugeständnisse gemacht, so wäre die Gründung eines Norddeutschen Bundes bereits 1860 und mit einer weniger durch die Verwerfungen des Verfassungskonfliktes geprägten Verfassung denkbar gewesen. Sodann eröffnete die von Fröbel konzipierte Bundesreforminitiative der Wiener Regierung auf dem Frankfurter Fürstentag 1863 die Chance einer Erneuerung des Deutschen Bundes mit einigen konstitutionellen Ele-

menten und einer deutlichen Aufwertung des Dritten Deutschland. Dieser mögliche Beginn einer Bundesreformära wurde von der antiösterreichischen Führung der Nationalbewegung und dem preußischen Ministerpräsidenten erfolgreich hintertrieben. Schließlich gab es nach der faktischen Aufkündigung des Deutschen Bundes Anfang 1864 eine günstige Konstellation für die selbständige Konstituierung des Dritten Deutschland, wenn die mittelstaatlichen Regierungen bereit gewesen wären, sich auf die Schleswig-Holstein-Bewegung zu stützen. Gegenseitiges Mißtrauen und mangelnde Entscheidungsfähigkeit der Mittelstaaten verhinderten jedoch – wie bei den Würzburger Konferenzen zur Bundesreform in den Jahren 1859 bis 1861 und nach dem Frankfurter Fürstentag, so auch 1864 – eine Politik des Dritten Deutschland gegen die Großmächte, die auf die begeisterte Zustimmung großer Teile der Nationalbewegung hätte rechnen können.

Zwei Hauptursachen lassen sich dafür benennen, daß in den genannten Situationen keine wirkungsvollen Schritte unternommen wurden, aus denen eine andere als die großpreußisch-autoritäre Nationalstaatsgründung hätte resultieren können: Einerseits hing die achtundvierziger Linke in ihrer überwiegenden Mehrheit dem Traum einer Wiederholbarkeit der breiten Mobilisierung, die ihr in den Jahren 1848/49 gelungen war, nach und erwartete die entscheidenden Impulse auch für die äußere Nationsbildung von gesellschaftlichen Bewegungen. »1848« blieb jedoch ein singuläres Ereignis in der europäischen Geschichte. Andererseits gab es auf der Seite des Dritten Deutschland keinen einflußreichen und risikobereiten Politiker wie Bismarck, der in einem der Momente, in denen die Weichen anders hätten gestellt werden können, die Initiative ergriff. Trotz dieser objektiven Gründe dürfen die Zufälligkeiten, die den tatsächlichen Verlauf der Reichsgründung ermöglichten, nicht unterschätzt werden. Wenn die Heeresgruppe des Kronprinzen noch etwas später in Königgrätz eingetroffen wäre und deshalb Österreich gesiegt hätte, wären die Weichen ebenfalls in eine andere Richtung gestellt gewesen ...¹

In den zwei Jahrzehnten der nachrevolutionären Epoche haben die oppositionellen Paulskirchenabgeordneten in hoher Zahl ihr nationalpolitisches Engagement fortgesetzt. In der Gründungsphase des Deutschen Reichs befanden sie sich in einer Vielzahl politisch wichtiger Funktionen im ganzen Gebiet des Deutschen Bundes. Sie waren Redakteure oder politische Kolumnisten großer Zeitungen. Johann Nepomuk Berger und Carl Giskra wurden in Österreich 1867 in das liberale »Bürgerministerium« berufen, das für die Habsburgermonarchie einen Neuanfang nach der Katastrophe von 1866 bedeuten sollte. Ludwig Bamberger und Oscar v. Reichenbach gehörten zum Beraterstab Bismarcks. Viele andere hatten Schlüsselrollen in den liberalen Fraktionen der wichtigsten Länderparlamente inne, am zahl-

¹ Vgl. hierzu die einschlägigen Darstellungen, etwa H. FRIEDJUNG, *Kampf*, Bd. II, 101916, S. 331 ff. und 640ff.; H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 294 f.; K.-H. HÖFELE, 1966, S. 394.

reichsten in Sachsen und Württemberg, aber auch in Preußen und Bayern. In den ersten Reichstag des Deutschen Reichs wurden neun Veteranen aus der Paulskirchenlinken gewählt, in den zweiten acht. Also saß, obwohl sie mittlerweile zur älteren Generation gehörten, immerhin jeder zehnte Oppositionsabgeordnete aus der Nationalversammlung von 1848/49, der noch im Gebiet des neuen Reichs lebte, auch in der neuen Nationalvertretung.² Trotz dieses fortdauernden politischen Einflusses und Erfolges der Paulskirchenlinken wird man feststellen müssen, daß ihr politisches Projekt, Deutschland in Freiheit und von »unten« her zu einen und dadurch mächtig zu machen, gescheitert ist.

Zum Jahreswechsel 1870/71, also unmittelbar vor der feierlichen Proklamation des Deutschen Kaiserreichs, beschrieb Christian Schüler dieses Scheitern und versuchte, es mit dem gewandelten Zeitgeist zu erklären: »Ich bin einer der eifrigsten Verfechter des nationalen Princips [...] gewesen, zugleich habe ich fest an den demokratischen Grundsätzen gehalten; ich habe [...] diese beiden Richtungen [...] für nothwendig zusammengehörig gehalten. Heutzutage aber wird man, wenn man Demokrat ist, für einen Vaterlandsfeind, u[nd] wenn man Nationaler u[nd] Unitarier ist, für einen Freiheitsfeind und Demokratenhasser erklärt. [...] Der Grund liegt gewiß in den Ereignissen, in dem Preußischen Verfahren. Preußen hat auf sehr undemokratische Art Einheit zu Wege gebracht, eine Einheit, die eigentlich nur eine Herrschaft des Einen über das Andere ist [...], das hat die Begriffe verwirrt; es hat verursacht, daß theils die Einheit selbst der Demokratie verdächtig geworden ist und von ihr mit Militärherrschaft, Säbelregiment und Centralisation verwechselt wird, u[nd] theils, daß die s[o] g[enannten] Nationalen glauben, Jeder, welcher gegen die Preuß[ische] Militärherrschaft spricht, sei ein Feind der Einheit selbst, ja ein Feind seines Vaterlands. Ich bin von jeher der Meinung gewesen, die Einheit Deutschlands sei nicht weniger dazu nothwendig, die Freiheit und Gleichheit im Innern herzustellen u[nd] zu sichern, als dazu, unserm Vaterland Macht u[nd] Ansehen nach außen zu verschaffen.«³

Schüler formulierte hier noch einmal das politische Programm der Linken von 1848: nationaler Machtstaat und Demokratie; deutsche Einheit zur Si-

² 1871: Bamberger (Hessen/NL), Biedermann (Sachsen/NL), Frisch (Württemberg/NL), Grumbrecht (Preußen/NL), Hausmann (Preußen/FP), Löwe (Preußen/FP), M. Mohl (Württemberg/bkF), Schaffrath (Sachsen/FP) und Wigard (Sachsen/FP).

1874: außer den wiedergewählten Bamberger, Frisch, Grumbrecht, Hausmann und Löwe: Jacoby (Sachsen/SAP), A. Schmidt (Sachsen-Weimar/NL) und E. Zimmermann (Preußen/FP). Der sächsische Landtag in den Jahren 1869/70 soll »nochmals Arena der alten Achtundvierziger« gewesen sein (R. FUCHS, 1970, S. 191). 1871 gewannen die Liberalen die Mehrheit und der Paulskirchendemokrat W. M. Schaffrath wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt. Vgl. außerdem Anm. 18 zur Einleitung.

³ C. Schüler an Venedey 30. 12. 1870 (BA 90 Ve 1/48). Schüler hatte bereits in seiner brillanten Analyse von 1859 (DERS., Betrachtungen, 1859) auf die fast unlösbaren Probleme im Zusammenhang mit einer großpreußischen Staatsgründung hingewiesen. Vgl. Kap. XIII.2.

cherung von Freiheit und Gleichheit nach innen und von Macht und Ansehen nach außen. Aber dieses Programm hatte sich angesichts der inneren deutschen wie der äußeren europäischen Machtkonstellationen als utopisch erwiesen. Nachdem sich keines der spezifischen, aus den Reihen der oppositionellen Paulskirchenabgeordneten hervorgegangenen Lösungsmodelle hatte durchsetzen können, erschien seit 1866, als die Vorgehensweise der preußischen Regierung wenigstens »Einheit« und »Macht« realisierte, die Freiheitskomponente weiten Teilen der öffentlichen Meinung als unvereinbar mit dem Ziel der nationalen Einheit.

Der politische Paradigmawechsel, den Teile der bürgerlichen Linken im Deutschen Bund nach der Niederlage der Revolution vollzogen, war zunächst, unter den Bedingungen politischer Repression, eng mit dem Bemühen um die Einheit des Liberalismus verbunden, die die Voraussetzung für die liberale Einigung Deutschlands sei. Diese Kooperationsbereitschaft, die die ersten politischen Organisationen nach dem Ende der Reaktionsära kennzeichnete, war allerdings nur um den Preis von ideologischen Formelkompromissen zu erzielen und damit von Anfang an brüchig. In der Phase politischer Reorganisation, also in Süddeutschland seit 1855, in Preußen seit Ende 1858, in Österreich seit Anfang 1861, hielt der Erfolg die gesamtliberalen Organisationen zusammen. In den Wahlkämpfen gab es in der Regel eine klare Konfrontation zwischen einem liberalen oder demokratischen Oppositionellen, der gewissermaßen die gesellschaftlichen Kräfte vertrat, und einem konservativen Gouvernementalen, der die Staatsmacht repräsentierte. Als Konsequenz aus der Niederlage von 1849, die auf die Uneinigkeit der Revolutionäre zurückgeführt wurde, wurde »Einheit«/»Einigkeit« zum ideologischen Leitbegriff für die bürgerliche Linke. Obwohl im Verlauf der Revolution bereits die modernen Klassegegensätze aufgebrochen waren, hielten die Liberalen mit jenem Leitbild der Einigkeit des »deutschen Volkes« überwiegend an älteren, harmonistischen Zielvorstellungen fest, die dem vormärzlichen Ideal der egalitären Bürgergesellschaft⁴ verwandt waren. Ähnliches gilt auch für die Lösung der deutschen Fragen. Denn daß die Staaten und ihre Herrscher durch gesellschaftlichen Druck zur Aufgabe von Souveränität zugunsten eines deutschen Gesamtstaats gezwungen werden konnten, worauf die deutschlandpolitischen Modelle der bürgerlichen Linken letztlich hinausliefen, war nach den Erfahrungen von 1848/49 sehr unwahrscheinlich.

Durch Formelkompromisse und die Ideologisierung von »Einheit« wurde der Gegensatz überdeckt zwischen denjenigen Teilen der Linken, die die Wendung von demokratischer zu autoritärer Politik und von der Rechts- zur Machtorientierung vollzogen hatten, um schneller zur nationalstaatlichen Einheit zu gelangen, und denjenigen, die sich eher in eine gesinnungsethische Fundamentalopposition begaben, als auf einen Teil der Trias »Einheit, Macht und Freiheit« zu verzichten, und daher an der demokratischen

⁴ Vgl. L. GALL, Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«, 1975.

Strategie der Politik von unten festhielten. Diese politische, strategische, aber auch mentale Differenz mußte aufbrechen, sobald die Linke wieder in die Offensive kam. Als mehr und mehr Regierungen Teile des oppositionellen Forderungskatalogs übernahmen und das nationalistische Einigungsprogramm von 1848 mindestens partiell realisierbar erschien, spaltete sich die Linke über die Frage, ob die Ideen von 1848 als ein unauflösbares Bündel aus Liberalisierungs- und Demokratisierungsforderungen sowie dem Streben nach deutscher Einheit und Weltgeltung anzusehen seien oder ob dieses Programm schrittweise nach der Formel »durch Einheit zur Freiheit« verwirklicht werden konnte. Wiederum ist zu betonen, daß diese Formel keineswegs mit einer Unterstützung der großpreußisch-militärischen Reichsgründung à la Bismarck gleichzusetzen ist, vielmehr ebenso im Lager der preußenfeindlichen supranationalen Föderalisten formuliert wurde.

In Preußen wurde die Spaltung der bürgerlichen Linken durch den äußeren Druck des Verfassungskonflikts verzögert und in den Mittelstaaten durch den Schleswig-Holstein-Konflikt vorübergehend wieder rückgängig gemacht. Insgesamt jedoch resultierten aus dem Festhalten großer Teile der Paulskirchenlinken an der Idee der Einheit des oppositionellen Liberalismus in einer Zeit, in der die Entstehung eines politischen Massenmarkts die Parteibildung beschleunigte, ihr Bedeutungsverlust und die Realitätsferne mancher politischer Vorstellungen. Vor 1866 wandten sich nur die führenden Intellektuellen aus der Paulskirchenlinken wie Julius Fröbel, Arnold Ruge, Ludwig Bamberger und Carl Mayer vom Kult der innerliberalen Einheit ab und begrüßten es als notwendigen Schritt auf dem Weg zu einer modernen politischen Kultur, daß sich entlang antagonistischer Interessen und Vorstellungen unterschiedliche Parteien bildeten.

Trotz aller Einigkeitsrhetorik ist die Geschichte der Paulskirchenlinken wie die Geschichte der bürgerlichen Linken insgesamt eine Geschichte der Diffusion und der politischen Differenzierung. Von den zwölf Politikern aus der Paulskirchenlinken, die 1871 und 1874 in den Reichstag gewählt wurden, vertraten je fünf die beiden großen Parteien des Bürgertums, die Nationalliberale und die (Rest-)Fortschrittspartei, einer war Sozialdemokrat und einer fraktionslos. Dies entsprach dem Zahlenverhältnis, in dem sich die Parteimitgliedschaften und -sympathien innerhalb der Paulskirchenlinken verteilten.⁵

⁵ Eine wegen der schlechten biographischen Erforschung der Paulskirchenlinken mit manchen Vorbehalten zu versiehende Zuordnung für das Ende des Untersuchungszeitraums (1866/67) sieht so aus: *Nationalliberale*: Bamberger, Biedermann, Fetzer, Frisch, Grumbrecht, Gulden, Hildebrand, J. Hoffmann, Joseph, Jucho, Makowiczka, Nicol, v. Reichenbach, Rödinger, Ruge, A. Schmidt, Schütz, Umscheiden, Vischer; auf dem Weg zum Nationalliberalismus, ohne sich bereits offen dazu zu bekennen: Fröbel, v. Wydenbrugg; in Österreich vertrat ähnl. Positionen: Giskra (*insgesamt 22*)
Partikularisten: Mohl (Württemberg), Zachariä (Welfe) (2); *Pole*: Libelt (1)
Fortschrittspartei: Bresgen, Caspers, Freudentheil, Hausmann, Heldmann, O. L. Heubner, Leue, Löwe, Mammen, Nauwerck, Paur, Schaffrath, M. Simon, Temme, Vogt, Wi-

Trotz dieses Diffusionsprozesses begriffen sich fast alle aus der Paulskirchenlinken kommenden Politiker immer als Achtundvierziger und verstanden ihre jeweiligen politischen Optionen als zeitgemäße Fortsetzung der Ideen von 1848 und ihrer Arbeit in der Paulskirche. Das Ausmaß der Auseinanderentwicklung bei gleichzeitiger Behauptung politischer Konsequenz zeigte sich beispielhaft, als der mittlerweile nationalliberale Friedrich Siegmund Jucho Anfang 1870 das von den Nationalversammlungsabgeordneten unterzeichnete Original der Frankfurter Reichsverfassung dem Präsidenten des Norddeutschen Reichstags übergab. Die Bismarck- und Reichsgründungsgegner, öffentlich lautstark vertreten von Georg Friedrich Kolbs »Frankfurter Zeitung«, reagierten empört. Besonders erregte sie, daß Jucho den Norddeutschen Reichstag in seinem Begleitbrief auf eine Ebene mit der Deutschen Nationalversammlung stellte. Die »Frankfurter Zeitung« fand, es liege eine »fürchterliche Ironie« darin, daß ein »verlorener Sohn von 1849 [...] dem nordbündlerischen Reichstage die grundrechtliche magna charta der deutschen Nation« überreiche, nachdem er geholfen habe, sowohl die Nation als auch ihre magna charta zu »zerreißen«. Die Originalausfertigung der 1849er Verfassung stellte die Reliquie eines Kultes innerhalb der Linken der 1860er Jahre dar, um deren Besitz beide Seiten mit emotionsgeladenen Argumenten rangen, weil sie symbolisch den Anspruch legitimierte, das Werk der Paulskirche zu vollenden. In seiner Reaktion auf die Angriffe der Bismarckgegner nahm Jucho die ausgrenzende Zuschreibung der Demokraten als »vaterlandslos« vor, die auf künftige Konflikte zwischen dem Nationalliberalismus und der Linken vorauswies.⁶ Wenn denjenigen, die in der Stunde der nationalen Einigung an den demokratischen und emanzipatorischen Zielen der Revolution festhielten, vorgeworfen wurde, damit die Einheit aufs Spiel zu setzen, worüber auch Schüler geklagt hatte, so machte das deutlich, daß seit 1866 die Ideen von 1848 – Einheit, Macht und Freiheit – im herrschenden politischen Diskurs als miteinander unvereinbar angesehen wurden.

Abschließend seien einige wesentliche Ergebnisse der Beschäftigung mit der bürgerlichen Linken in der nachrevolutionären Epoche thesenhaft zuge-spitzt:

gard, Zell, Ziegert, E. Zimmermann. In Österreich vertraten ähnl. politische Positionen: Berger, Kolatschek, Kuranda, Schuselka (23).

Demokratische Volkspartei: Culmann, Hartmann, Junghanns, Kolb, C. Mayer, Nägele, C. Schüler, L. Simon, F. Tafel, G. Tafel, Titus, Venedey (12).

Sozialdemokratie (Abgrenzung zur Volkspartei fließend): Jacoby, Martiny, Reinhard, Roßmäßler, Wuttke (5). Die unter den demokratischen Föderalisten relativ starke Demokratische Volkspartei war in Sachsen und Preußen großenteils in der Sozialdemokratie aufgegangen. In ihren übrigen Hochburgen, in Süddeutschland gelang es ihr wegen des Mehrheitswahlrechts nur selten, Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden (1881–87 saß Mayer für sie in Berlin).

⁶ Jucho an E. Simson 10. 3. 1870; S. JUCHO, Erklärung, 1870; FZ 26. 3. 1870; S. JUCHO, Antwort, 1870 (alles: BA FSg. 1/116). Vgl. Kap. II.

1. Jenseits sonstiger politischer Differenzen verstanden sich die Mitglieder der Paulskirchenlinken als dezidiert bürgerliche Politiker. Äußerungen, wie sie sich bei Heinrich v. Treitschke oder in Hermann Baumgartens berühmter »Selbstkritik des Liberalismus« finden, daß die Aristokratie »der eigentliche politische Stand« sei, waren ihnen fremd. Für Ludwig Bamberger war der Wunsch v. Treitschkes, den preußisch-deutschen Nationalstaat zu gründen, ohne einen »Stein zu verwenden, welcher dem Geschlecht von 1789 gedient«, Ausdruck des »Gothaertums«, von dem sich die Paulskirchenlinke immer distanziert hat. Selbst für die späteren Nationalliberalen in der achtundvierziger Linken war 1789 »die größte That der Weltgeschichte«, da sie »auf immer alle Herrenrechte, alles Eigenthum an Menschen und alle Geburtsprivilegien an der Wurzel gefällt hatte«. Wenn sie mit Bismarck kooperierten, waren Bamberger und Ruge, aber auch die weniger Prominenten wie Max Simon immer davon überzeugt, daß sie ihn für ihre eigenen, bürgerlichen Ziele instrumentalisierten. Als führende Repräsentanten der deutschen bürgerlichen Revolution vollzogen sie nie den Kotau vor der Aristokratie wie manche aus dem gemäßigten Liberalismus oder aus der nachgewachsenen Politikergeneration stammende Nationalliberale. Sie waren damit auch immun gegen die Übernahme aristokratischer oder militärischer Verhaltensnormen, also für die »Feudalisierung«, die Teile des deutschen Bürgertums im Kaiserreich deformiert haben sollen.⁷

2. In der bürgerlichen Linken stellte die demokratisch-föderalistische Idee eines allmählichen Zusammenschlusses der liberalen deutschen Staaten zu einem Bund deutscher Länder die einflußreichste Alternative zur großpreußischen Lösung dar. Das demokratisch-föderalistische Modell trat auf der Linken die Nachfolge der großdeutschen Idee aus der Paulskirche an, indem dem Bund liberaler deutscher Staaten nach und nach alle Territorien des Deutschen Bundes beitreten konnten. Indem jedoch eine konstitutionelle Regierungsweise zur Beitrittsvoraussetzung gemacht wurde, war eine Verwirklichung der großdeutschen Idee auf diese Weise nur langfristig vorstellbar.

3. Durch politische Initiativen der jeweiligen bürgerlichen Linken und den Basisprozeß der Fundamentalpolitisierung wurde seit 1848/49 in immer größeren Teilen Mitteleuropas der Nationalismus von einer Intellektuellenidee zur dominanten gesellschaftlichen Kraft. Die schier unaufhaltsame Dynamik der Nationalismen bestimmte die europäische Politik seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auch die Paulskirchenlinke trug durch ihren

⁷ L. BAMBERGER, Über Rom und Paris, 1866, insb. S. 5 (Zitat), 9 (»ein gesundes Hirn [kann] unmöglich auf den Einfall gerathen, der Junkerwelt einen sogenannten organischen Platz in dem Wachstum des deutschen Volkes anzuweisen«), 35 (»jeder Fortschritt [ist] gleichbedeutend mit Bekämpfung aller Aristokratie«) und 51. Vgl. H. v. TREITSCHKE, Bonapartismus, 1865; DERS., Gleichheit, 1929; H. BAUMGARTEN, 1974, S. 42; M. L. WEBER, 1987, S. 103 ff.; zur Feudalisierungsthese: H.-U. WEHLER, Bd. III, 1995, S. 466 und 718 ff.

Kult der Einheit maßgeblich dazu bei, daß die einzelstaatlichen Patriotismen dauerhaft durch einen »deutschen« Nationalismus ersetzt wurden.

4. Gerade die Linke war nach der Erfahrung der Revolution, deren Scheitern vielfach auf das Fehlen militärischer Macht zurückgeführt wurde, militaristisch. Die Differenz zwischen der bürgerlichen Opposition und der preußischen Regierung betraf nicht die Tatsache, daß politische Entscheidungen durch »Blut und Eisen« fielen, sondern die Struktur der Armee: Sollte es sich um eine Volksmiliz auf der Basis einer allgemeinen, in der Schule beginnenden paramilitärischen Ausbildung, einer allgemeinen Wehrpflicht ohne Ausnahmen und einer allgemeinen, *bürgerlichen* Militarisierung der Gesellschaft handeln? Oder sollte das stehende, um Wehrpflichtige vornehmlich aus den unterprivilegierten Gesellschaftsschichten ergänzte Heer, wie es die absolutistischen Staaten nicht zuletzt zur Beherrschung der Gesellschaft geschaffen hatten, beibehalten werden? Die militärpolitischen Positionen, die innerhalb der Paulskirchenlinken vertreten wurden und die sich als bürgerlich-nationaldemokratischer Militarismus charakterisieren lassen, unterstreichen die Ergebnisse der neuesten Forschungen zur Schützen- und Turnerbewegung.⁸ Die Militarisierung der politischen Kultur des Kaiserreichs ist nicht nur als Anpassungsprozeß des Bürgertums an einen adlig-militärischen Wertekanon zu sehen, sondern hat mindestens ebenso kräftige und genuine Wurzeln im bürgerlichen Männlichkeits- und Selbstständigkeitsideal sowie im demokratischen Staatsverständnis.

5. Die bürgerliche Linke im Deutschen Bund machte nicht nur die Erfahrung, daß die von manchen erwartete zweite Revolution ausblieb und die meisten Reformen zurückgenommen wurden. Die Linke erfuhr gleichzeitig im Krimkrieg, im italienischen, im deutsch-dänischen und im preußisch-deutschen Krieg, daß nur Kriege die europäischen Verhältnisse spürbar in Bewegung versetzten, während dies den gesellschaftlichen Kräften nach 1848 nicht wieder gelang. Obwohl jedenfalls der Krimkrieg und der preußisch-deutsche Konflikt von 1866 die Schrecken moderner Kriegführung sichtbar machten, erschienen Kriege allen, die eine baldige Umwälzung der Verhältnisse im Deutschen Bund ersehnten, als legitimes Mittel der Politik. Als es trotz der Wahl- und Organisationserfolge der liberalen und demokratischen Bewegung keine Fortschritte auf dem Weg zur nationalen Einheit gab, wuchs in großen Teilen der Linken die Ungeduld. Immer mehr Hoffnungen richteten sich auf den Krieg als Motor des historischen Fortschritts. Zwar stammte mit Wilhelm Schulz-Bodmer ein Vorläufer des Organisatorischen Pazifismus aus der Paulskirchenlinken. Eine relevante pazifistische Strömung ist aber erst am Ende des Untersuchungszeitraums erkennbar, als Ludwig Simon, Carl Vogt, Johann Jacoby und Nikolaus Titus sich in der auf einem europäischen Friedenskongreß in Genf gegründeten Internationalen Liga für Frieden und Freiheit engagierten.

⁸ D. KLENKE, 1995; S. GOLTERMANN, 1998.

6. Im demokratischen Nationalismus schieden sich spätestens 1848 die Vertreter einer ethnischen Begründung von Volks- und Nationszugehörigkeit von denen, die diese Begriffe politisch definierten. »Das Volk« als Souverän in den Mittelpunkt der Staatsordnung zu stellen, wie es die bürgerliche Linke tat, warf unmittelbar das Problem der Zugehörigkeitskriterien auf. Wegen der fehlenden gesamtstaatlichen Tradition und der daraus resultierenden Strittigkeit der Grenzen »Deutschlands«, die vor allem im andauernden Nationalitätenkonflikt in Schleswig und Holstein augenfällig wurde, tendierte gerade die bürgerliche Linke zunehmend zu einer ethnischen Definition der deutschen Nation. Dies bedeutete eine folgenreiche Abkehr vom universalistischen politischen Denken. Fremdenfeindliche, nationalchauvinistische und tendenziell rassistische Argumentationen waren damit mindestens seit 1848 dem deutschen Nationalismus inhärent. Irredentismus, also die Forderung nach Angliederung bereits seit langem abgetrennter Gebiete, in denen jedoch »Deutsche« lebten, war wie in Italien auch im Deutschen Bund eine zuerst auf der politischen Linken erhobene Forderung, die sich hier vor allem auf das Elsaß und Lothringen bezog. Die verbreitete Unterscheidung eines »linken« von einem »rechten« Nationalismus oder eines toleranten Patriotismus von einem aggressiven Nationalismus erscheint deshalb unsinnig. Vielmehr war auch der demokratische Nationalismus von Anfang an janusköpfig: emanzipatorische Partizipationsforderungen gingen immer mit aggressiver und xenophober Ausgrenzung einher.⁹

7. Soweit Teile der Linken nach 1849 an supranationalen Modellen festhielten, vor den Gefahren des Nationalismus warnten oder sich gegen die ethnische Fundierung des Nationsbegriffes wandten, hatten sie keine Chance gegen den ganz Europa erfassenden »Zwang zur Nationalisierung«. ¹⁰ Erst am Ende des 19. Jahrhunderts stießen supranationale oder demokratisch-internationalistische Ideen, die teilweise an kosmopolitische Traditionen des Vormärz anknüpften, in Europa wieder auf größere Resonanz. Julius Fröbel, der immer ein Gegner der ethnisch fundierten Staatsbildung blieb, aber die unwiderstehliche Dynamik des Nationalismus anerkannte, hat 1867 versucht, den Zusammenhang zwischen den illiberalen politischen Verhältnissen in Mitteleuropa und der Durchschlagskraft des Nationalismus zu erklären. Er vertrat eine seinerzeit fast überall abgelehnte Nationalitätsdefinition, die sich erst am Ende des Jahrhunderts der Austromarxismus auf die Fahnen schrieb: »Die Nationalität hängt einzig und allein vom freien Willen ab. Zu einer Nationalität gehören schlechterdings nur die[,] welche dazu gehören wollen. Die Nationalität ist, kurz gesagt, die Volkssouveränität im Völkerrechte. Dieser demokratische Ursprung ist das Geheimniß der Macht[,] welche durch das sogenannte Nationalitätsprincip ausgeübt wird.

⁹ Vgl. O. DANN, 1996; H. A. WINKLER, Vom linken zum rechten Nationalismus, 1978; kritisch dazu: B. VOGEL, 1992; D. LANGEWIESCHE, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, 1994.

¹⁰ Ebd., S. 6.

Die Nationalitätspolitik ist der Kampf gegen den völkerrechtlichen Legitimus, gegen die Staatenbildung nach dynastischen Connivenzen und Machtverhältnissen.«¹¹ Fröbel konnte als Beleg für seine These, daß dort, wo demokratische Verhältnisse herrschten, der Nationalismus nicht ethnisch begründet wurde und Nationalitätengegensätze nicht dieselbe Dynamik entwickelten wie in fast ganz Kontinentaleuropa, auf die Schweiz und die USA verweisen. Der von Fröbel formulierte Zusammenhang hat sich seitdem immer wieder bestätigt.

8. Es ist ein charakteristischer Mangel der oppositionellen politischen Kultur in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, daß öffentliche politische Auseinandersetzungen mit offenem Ausgang weitgehend vermieden wurden. Nur im Ausnahmefall waren die Organisationen der bürgerlichen Linken demokratisch strukturiert. In der Regel bestimmte jedoch eine kleine Führungsgruppe durch eine ausgeklügelte Regie den Ablauf und die Ergebnisse öffentlicher politischer Versammlungen. Dissens und grundsätzliche Kritik sollten, soweit sie nicht zu integrieren waren, durch diese Regie mundtot gemacht werden. Entsprechendes gilt für die wenig pluralistische Presse. Da offene Diskussionen vermieden wurden, waren rationale Lösungen und Kompromisse in politischen Konflikten nur schwer zu finden. Dieses Verhalten der jeweiligen Führungsgruppen resultierte aus deren Avantgardebewußtsein, politische Wahrheit und objektive historische Entwicklungstendenzen erkannt zu haben und daraus die richtigen Strategien ableiten zu können. Diese Attitüde, zu politischer Führerschaft aufgrund von Vorbildung, Erfahrung oder Prädestination bestimmt zu sein, spiegelte sich ebenso in dem in der Paulskirchenlinken verbreiteten Heroismus und Einzelkämpferkult wie in ihrer Geringschätzung von Humor und ihrem fast vollständigen Mangel an Selbstironie.

9. Innerhalb der Paulskirchenlinken wie in der bürgerlichen Linken der nachrevolutionären Epoche insgesamt bestimmten Unterschiede der Mentalität und des Temperaments in hohem Maße die politischen Grundentscheidungen – etwa die zwischen verschiedenen deutschlandpolitischen Optionen. Hierbei können zwei Mentalitäten idealtypisch unterschieden werden: ein risikobereiter Dezisionismus und eine zögernde Haltung, die häufig in politischen Attentismus mündete. Hinter der risikobereiten Haltung stand der fortschrittsgläubige Optimismus, der die Tendenz der historischen Entwicklung zu kennen meinte und deshalb Wagnisse einzugehen bereit war, wenn sie Schritte in die »richtige« Richtung zu sein schienen. Diese Mentalität, die in der bürgerlichen Linken der 1860er Jahre vorherrschte, konnte sich bestätigt fühlen durch die ungeheuren ökonomischen Veränderungen und Produktivitätssteigerungen, die die Ausbreitung des Kapitalismus mit sich brachte. Die Gegenposition bestand in einer Skepsis, die nach der Nachhaltigkeit von Veränderungen fragte und für einen lang-

¹¹ J. FRÖBEL, Österreich, Deutschland, 1867, S. 1513.

samen und vorsichtigen, aber dafür möglichst soliden Wandel plädierte, wodurch jedoch unter Umständen günstige Gelegenheiten verpaßt wurden. Ein Mangel an Gelassenheit stand in einer Reihe von Konflikten innerhalb der Paulskirchenlinken gegen die Auffassung, daß dauerhafte Lösungen nicht durch überstürztes Handeln zu erreichen seien. Diese Temperamentsunterschiede charakterisierten den Gegensatz zwischen den Emigranten und der parlamentarischen Linken in den frühen 1850er Jahren, den Konflikt zwischen den österreichischen und großpreußischen Liberalen vor dem ersten Abgeordnetentag oder den Streit um die Unterstützung der Bismarckschen Reichsgründungspolitik. Weniger politische Nervosität und mehr Zutrauen, daß sich viele Probleme mit der Zeit selbst erledigen, mehr Mißtrauen gegen Lösungen, die aufgrund von Augenblickskonstellationen aus dem Boden gestampft wurden, sowie ein Bewußtsein dafür, daß manche Lösungen katastrophalere Folgen haben als die zuvor bestehenden Probleme, hätten vielleicht zu einer nachhaltigeren Lösung für die deutschen Fragen führen können, als sie 1867/71 erreicht wurde.

Eine verbreitete These der bismarckfreundlichen Geschichtsschreibung besagt, daß die Zerstörung des Deutschen Bundes von 1866 zwar nach den damaligen bundesrechtlichen Normen illegal (also revolutionär) war, aber »das ›höhere Recht‹, nämlich die Legitimität, auf ihrer Seite hatte«, da – wie Ernst Rudolf Huber argumentiert hat – »die mündig gewordene, nämlich vom Willen zur Einheit und Freiheit bestimmte Nation [...] dem Gesamtvolk eine verlässlichere Garantie eines zeitgemäßen Rechts-, Kultur- und Sozialzustands dargeboten« habe als »die fortdauernde partikularstaatliche Teilung«. ¹² Solche Sätze lassen sich wissenschaftlich nicht beweisen und sind Ausdruck subjektiver politischer Überzeugungen. Der Verweis auf die Schweiz und andere kleine Staaten Europas sowie die deutsche Geschichte seit 1867 liefert allerdings einige Argumente für die Behauptung, daß die deutsche Frage nicht so dringend einer Lösung bedurft hätte, wie es den am westeuropäischen Nationalstaat orientierten liberalen Unterstützern Bismarcks schien.

10. Die Reichsgründung von 1867/71 war jedenfalls nicht der Ausfluß einer rational abwägenden »Realpolitik«, sondern basierte auf dem nationalistischen und modernisierungstheoretischen Glauben, daß der Nationalstaat der beste Garant politischer und wirtschaftlicher Entwicklung sei. Gerade von den Unterstützern dieser Annahme aus den Reihen der Paulskirchenlinken hielten viele den Nationalstaat für eine notwendige historische Entwicklungsstufe und für einen Motor der inneren Liberalisierung. Aus den äußeren Umständen der Reichsgründung resultierten jedoch, anders als ihre fortschrittsgläubigen Befürworter angenommen hatten, anhaltende europäische Spannungen und der Zwang zu imperialistischer »Risikopolitik«, um von inneren Konflikten abzulenken, die unlösbar waren im Rahmen der unausgewogenen Verfassung von 1867, die 1871 fast unverändert zur

¹² E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. III, ³1988, S. 554.

Reichsverfassung wurde. »Wir bezahlen, was wir gewonnen, und zumal die Art, wie wir es gewonnen, mit den entsprechenden Nachteilen«, schrieb Bamberger 1880 in seiner berühmten Broschüre »Die Sezession«, die den Ausstieg der Linken aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion begründete. Anlaß war die Wiederholung der politischen Konstellation des preußischen Verfassungskonflikts, die den Linksliberalen deutlich machte, daß ihr zwanzigjähriges Ringen um die Unterstellung des Militärs unter das parlamentarische Budgetrecht und damit um die Kontrolle eines der zentralen Instrumente des Machtstaats durch eine politisch-gesellschaftliche Institution erfolglos gewesen war. Bamberger gestand mit seiner Analyse das Scheitern des Bündnisses eines Teils der großpreußischen Linken mit dem Machtpolitiker Bismarck ein und plädierte nun wiederum für die Bildung einer »liberalen Gesamtpartei«. Sie sollte im politischen System des Deutschen Reichs die Rolle der entschiedenen, auf grundlegende Reformen drängenden Opposition übernehmen¹³, sich also wiederum um die Realisierung des Gesamtpakets der Ideen von 1848 bemühen, um Einheit, Macht *und* Freiheit.

Die bürgerliche Linke von 1848/49, so läßt sich zusammenfassen, war weder weltfremd noch machtfern. Trotz der systematischen Verfolgung in der Reaktionsära und trotz eines bedeutenden personellen Aderlasses durch die Emigration wurde sie seit ihrer Abkehr von der Idee einer zweiten Revolution, nach der Aufgabe des Politikboykotts in Preußen und Sachsen und infolge der stärkeren Machtorientierung seit ihrer realpolitischen Wende wieder zu einer bestimmenden politischen Kraft. Ihre erfolgreiche Formverwandlung aus sich selbst, aus der Kritik der Fehler von 1848/49 heraus und ihre Anerkennung der veränderten Realitäten sprechen dagegen, für die Zeit bis 1867 von einem Niedergang des deutschen Liberalismus zu sprechen. Es ist zu simpel, in der Revolution von 1848/49 den gescheiterten Anlauf der Linken zu sehen, in der Reichsgründung hingegen allein den Erfolg des gemäßigten Liberalismus oder gar des genialen Staatsmannes Bismarck. Die bürgerliche Linke hat vielmehr nach ihrer Niederlage, soweit es der Deutsche Bund und die einzelstaatliche Reaktion zuließen, kontinuierlich politisch weitergearbeitet. Wesentliche politisch-ideologische Veränderungen, die für die nachrevolutionäre Epoche charakteristisch sind, wurzeln in den Traditionen der achtundvierziger Linken. Hierzu gehören nicht nur das Wachhalten der Liberalisierungs- und Demokratisierungsforderungen von 1848, zu denen der Grundrecht katalog, das demokratische Wahlrecht, die Aufwertung der Legislative im konstitutionellen System und das Beharren auf einer direkt gewählten Nationalvertretung zählen. Zu den spezifischen Beiträgen der bürgerlichen Linken zur deutschen Politik der 1850er und 1860er Jahre gehören vielmehr auch das irredentistische Beharren auf einer Integration Schlesiens und Holsteins in den künftigen Natio-

¹³ L. BAMBERGER, Schriften, Bd. V, 1897, insb. S. 58 und 73.

nalstaat, die zunehmend ethnische Definition der deutschen Nation und infolgedessen die Forderung nach der Rückgewinnung von Territorien wie das Elsaß, die seit langem zu anderen Staaten gehörten, sowie schließlich der bürgerlich-nationaldemokratische Militarismus. In all diesen Punkten drückten die bürgerliche Linke und an ihrer Spitze ihre Repräsentanten aus der Deutschen Nationalversammlung den Entwicklungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Stempel auf: Deutschland wurde als Verfassungsstaat vereinigt; die Londoner Abkommen wurden überwunden und Schleswig und Holstein dem neuen Nationalstaat einverleibt; das von der Paulskirche verabschiedete Wahlgesetz trat 1867 in Kraft; und ein Nationalparlament wurde in der Bundes- bzw. Reichsverfassung als Machtfaktor fest etabliert.

Trotz dieser Erfolge wird man die Ideen der Linken von 1848 insgesamt als gescheitert ansehen müssen: Das Deutsche Reich entsprach zwar in seinem territorialen Umfang dem Frankfurter Verfassungskompromiß und befriedigte darüber hinaus die irredentistische Forderung nach der Rückeroberung des Elsasses und Lothringens. Aber es war nicht die in der Verfassung von 1849 konzipierte konstitutionelle Monarchie mit einem weitreichenden Grundrechtekanon und wurde erst recht nicht den weitergehenden Demokratisierungsforderungen des republikanischen Radikalismus in der Paulskirche gerecht. Wir wissen heute: Ein zugleich freiheitlicher und machtvoller Nationalstaat war im Bündnis mit den alten Eliten Preußens nicht zu schaffen. Daß relevante Teile der bürgerlichen Linken die großpreußisch-autoritäre Staatsgründung unterstützten und weitergehende, freiheitliche und emanzipatorische Ziele einstweilen zurückstellten, resultierte neben ihrer politischen Ungeduld vor allem aus ihrem Fortschrittsglauben: Da sie glaubten, ihre Ideen würden sich ohnehin durchsetzen, weil sie »richtig« seien und im Einklang mit der objektiven historischen Entwicklung ständen, schien ihnen mit der Überwindung der Erstarrung des Deutschen Bundes durch einen dynamischen Nationalstaat der alles weitere präjudizierende Schritt in die bürgerliche Moderne bereits getan. Die spätere Entwicklung hat denjenigen, die Zweifel an diesem geschichtsphilosophisch begründeten Fortschrittsglauben anmeldeten, in mancher Hinsicht recht gegeben. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sich die gesinnungsethisch argumentierende Opposition gegen Bismarck und die Reichsgründung aus demselben Glauben heraus politischen Kompromissen verweigerte. Auch sie war nämlich zutiefst davon überzeugt, daß das von ihr für »richtig« Gehaltene sich ohnehin durchsetzen werde.

In der politischen Polarisierung, die die Bismarcksche Reichsgründung für die bürgerliche Linke bedeutete, und in der folgenden Ausgrenzung der »Reichsfeinde« im Zuge der »inneren Reichsgründung« verschwand der demokratisch-republikanische Radikalismus als eigenständige politische Strömung. Für die politisch-kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich war dies außerordentlich folgenreich. Bevor es infolge der Bismarckschen Reichsgründung zur »Trennung der proletarischen von

der bürgerlichen Demokratie« (Gustav Mayer) kam, vertraten der aus der achtundvierziger Linken entstandene demokratisch-republikanische Radikalismus und die Demokratischen Volksparteien ein freiheitliches und sozialemanzipatorisches Programm. Der »social-democratische« Flügel der bürgerlichen Linken, in dessen Fußstapfen die Volksparteien der 1860er Jahre traten, wollte – anders als die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei – keine bürgerlichen Klassenparteien sein, sondern vertrat ein an älteren sozialharmonischen Vorstellungen orientiertes, klassenübergreifendes Programm. Er wollte die entstehende Arbeiterbewegung, die noch weitgehend sozialpartnerschaftlich ausgerichtet war, integrieren und nicht nur – wie die Fortschrittspartei – paternalistisch als Stimmvieh benutzen. Dieses klassenübergreifende Programm der »social-democratischen« bürgerlichen Linken und der Demokratischen Volksparteien, das aus der Paulskirchenlinken Ludwig Simon, Carl Mayer oder Arnold Ruge vertraten, wies über das Parteienspektrum des Kaiserreichs weit hinaus auf die Volksparteien, die die deutsche Mittelstandsgesellschaft nach 1945 zu einem Erfolg werden ließen und schließlich eine nachhaltige Lösung der deutschen Frage ermöglicht haben.¹⁴

¹⁴ Vgl. G. MAYER, 1969; K. RUDOLPH, 2000, der allerdings übersieht, daß diese klassenübergreifende Programmatik in den 1860er und 1870er Jahren auf wenig Resonanz stieß. Zum »social-democratischen« Programm von Teilen der bürgerlichen Linken vgl. Kap. VIII.1 sowie J. P. EICHMEIER, 1968, S. 136 ff.

Anhang

Tabelle 13: Mandate ehemaliger linker Paulskirchenabgeordneter im Reichstag und in den Parlamenten der deutschen Staaten seit 1849

Achleitner	LT Oberösterreich 1849-67
Backhaus	LT Waldeck-Pyrmont 1849-51 (Präsident)
Bamberger	RT 1868-93 (NP/LV/DFr)
C. Becker	LT Preußen 1862-6 (linkes Centrum)
Berger	RR 1863-70, LT Niederö 1861-70 (deutschlib.)
Biedermann	RT 1871-4, LT Sachsen 49-60, 69-76 (NP)
Böcking	LT Preußen 1862-6 (linkes Centrum)
Bogen	LT Ghz Hessen 1850-3 (Linke)
Bresgen	LT Preußen 1862-7 (FP)
Caspers	LT Preußen 1862-7 (FP)
Christmann	LT Bayern 1863-7 (Linke)
Demel	RR und LT Hzt. Schlesien 1861-92 (altlib.)
Eisenstuck	LT Sachsen 1866-8 (FP)
Enders	LT Sachsen-Weimar 1849-??
Fetzer	LT Württemberg 1849-68, 1870-6 (seit '66 NP)
Freudentheil	LT Hannover 1849-52
Frisch	RT 1871-7 (NP)
Giskra	RR und LT Mähren 1861-7, RR 1873-9 (liberal)
Groß	RR 1867-73, 1879-85, LT Böhmen 1867-75
Grumbrecht	RT 1867-78, LT Preußen 1867-70, 1879-82 (NP)
Hausmann	RT 1871-78, Herrenhaus Preußen 1866-89 (FP)
Hehner	LT Preußen 1870-72 (FP)
O. L. Heubner	LT Sachsen 1868-9 (FP)
Hildebrand	LT Kurhessen 1849-50, Sachsen-Weimar 1864-6
J. Hoffmann	RT 1867-71 (NP)
Hofmann	LT Ghz Hessen 1851-66 (konstitutionell)
Jacoby	RT 1874 (SAP), LT Preußen 1863-70 (FP)
Joseph	LT Sachsen 1849-50
Jucho	LT Frankfurt 1850-65
Käfferlein	LT Bayern 1855-61
Köhler	LT Preußen 1862-6 (FP)
Kolb	RT 1868-9 (bkF), LT Bayern 1849-53, 1863-71
Kudlich	LT Hzt. Schlesien 1870-76
Kuranda	RR und LT Niederösterreich 1861-84
Laschan	LT Krain 1871-82
Leue	LT Preußen 1849-50, 1862-6 (FP)
Libelt	LT Preußen 1859-70 (polnische Fraktion)
Löwe	RT 1867-81, LT Preußen 1863-86 (FP/bkF)
Makowiczka	LT Bayern 1869-73 (liberal)
Mammen	RT 1867-68, LT Sachsen 1849-50, 1863-8 (FP)
Martiny	LT Preußen 1862-63 (FP)
C. Mayer	RT 1881-87, LT Württemb 1868-70, 1877-82 (VP)
T. Mayer	LT Bayern 1850-3 (Linke)
Metzler	LT Sachsen 1849-?
Mölling	LT Oldenburg 1849-58 (demokratische Linke)

M. Mohl	RT 1868–71 (bkF), LT Württ. 1851–87 (Linke)
Mohr	LT Ghz Hessen 1849–56, 1862–5 (Linke/FP)
D. E. Müller	LT Bayern 1856–61 (liberal)
L. Müller	LT Sachsen-Meiningen 1850–?
Mulley	LT Steiermark 1861–7
Murschel	LT Württemberg 1856–61 (oppositionell)
Nägele	LT Württemberg 1849–50, 1863–70 (oppositionell)
Nagel	LT Württemberg 1851–61 (oppositionell)
Paur	LT Preußen 1862–79 (FP)
Pfahler	LT Württemberg 1849–50 (oppositionell)
Prato	RR 1873–5, LT Tirol 1870–5 (liberal)
Prinzinger	LT Salzburg 1867–8
Rée	LT Baden 1867–8
Reinhard	LT Mecklenburg 1850–3
Rheinwald	LT Württemberg 1849–50 (oppositionell)
Riehl	RR und LT Niederösterreich 1861–70
Riesser	LT Hamburg 1859–62
Rödinger	LT Württemberg 1849–68 (oppositionell)
Schaffrath	RT 1867–9, 71–4, 78–9, LT Sachsen 1871–5 (FP)
Ad. Schmidt	RT 1874–76 (NP)
Schoder	LT Württemberg 1849–52 (oppositionell)
Schott	LT Württemberg 1850 (oppositionell)
Schröder	LT Reuß ältere Linie 1849–51
C. Schüller	LT Sachsen-Weimar 1849–50 (Demokrat)
Schuselka	LT Niederösterreich 1861–5 (deutsch-liberal)
P. Schwarzenberg	RT 1880–4 (FP)
M. Simon	RT 1867, LT Preußen 1862 (FP)
Stöcker	LT Bayern 1849–52 (Linke)
v. d. Straß	RR 1861–73, LT Mähren 1861–80
Stremayr	RR 1869–80, LT Steiermark 1861–1904
F. Tafel	LT Bayern 1849–56, 1863–9 (Linke)
G. Tafel	RT 1868–71, LT Württemb. 1849–55, 1864–8 (VP)
Temme	LT Preußen 1863–4 (FP)
Ulrich	LT Mähren 1861–79
Umscheiden	LT Bayern 1859–70 (oppositionell)
Watzdorf	LT Sachsen 1849–50 (liberal)
Weigle	LT Württemberg 1850
Wigard	RT 1867–74, LT Sachsen 1850, 1869–72 (FP)
v. Wydenbrugk	LT Sachsen-Weimar 1849–54
Zachariä	RT 1867 (Welfe), Herrenhaus Preußen 1868–75
Ziegert	LT Preußen 1862–6 (linkes Centrum)
E. Zimmermann	RT 1874–80, LT Preußen 1877–80 (FP)
W. Zimmermann	LT Württemberg 1849–53 (Linke)

Abkürzungen: s. Abkürzungsverzeichnis sowie:

DFr = Deutschfreisinnige Partei; Ghz = Großherzogtum; Hzt. = Herzogtum; LK = Landeskollegium; LT = Landtag; LV = Liberale Vereinigung; RT = Zollparlament, Norddeutscher bzw. Deutscher Reichstag; SAP = Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Quelle: H. BEST/W. WEEGE, 1996, sowie ergänzende eigene Recherchen.

Tabelle 14: Umrechnungskurse der wichtigsten Währungen 1850–1875

	M	T	fl (Ö)	fl (S)
Mark (Währung seit 1871/73)	1	0,33	0,5	0,58
Taler	3	1	1,5	1,75
österreichische Gulden	2	0,67	1	1,17
süddeutsche (niederländische) Gulden	1,7	0,57	0,86	1
Schweizer Franken (seit 1865 wie ffr)	–	0,385	0,58	0,67
französische Francs	0,8	0,27	0,4	0,47
britisches Pfund	20,77	6,9	10,4	12,1
US-Dollar	4,2	1,4	2,1	2,45

Quelle: R.KLIMPERT, 1896.

Tabelle 15: Die Abgeordneten der Linken in der Deutschen Nationalversammlung (akademischer Grad und Berufsfeldzugehörigkeit jeweils beim Eintritt in die Nationalversammlung)

Name	Akad. Grad	Berufsfeld	Wahlkreis	Staat	Fraktion(en)
Achleitner	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Ried/Innkreis	Ö/Oberöster.	Wh
Ahrens	Prof. Dr.	Lehrberufe	Holle	Hannover	Wh
Anderson	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Beeskow	Pr/Brandenb.	Wh
Archer	Dr. iur.	Justiz/Verwaltung	Graz	Ö/Steiermark	Wh
Backhaus	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Waldeck	Waldeck	WH
Bauernschmid		Justiz/Verwaltung	Klosterneuburg	Ö/Niederöst.	DH
Baur		Justiz/Verwaltung	Hechingen	Hohenzoll.	Wh
Becker	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Schönecken	Pr/Rheinland	WH
Berger	Dr. iur.	Lehrberufe	Mähr. Schönbg	Ö/Mähren	Do
Berkmann	theol. Exam.	Klerus	Kirchheimbol.	Bayern/Pfalz	Do
Bermbach	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Siegburg	Pr/Rheinland	DH
Biedermann	Prof.Dr.phil.	Lehrberufe	Zwickau	Sachsen	WH/ AH/NH
Blum		Marg. Intelligenz	Leipzig	Sachsen	DH
Blumenstetter	theol. Exam.	Klerus	Hechingen	Hohenzollern	Wh
Blumröder, G. v.	Dr. med.	Justiz/Verwaltung	Wunsiedel	Bayern/Obfr.	Wh
Blumröder, J. A.	theol. Exam.	Justiz/Verwaltung	Sondershausen	Schwarzburg	Wh
Böcking		Wirtschaftsbürgert.	Simmern	Pr/Rheinland	WH
Boczek	Dr. iur.	Justiz/Verwaltung	Brünn/Tisch- nowitz	Ö/Mähren	Do
Bogen	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Erbach	Ghzt. Hessen	DH
Brentano	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Engen	Baden	DH/Do
Bresgen	jur. Examen	Gutsbesitzer	Mayen	Pr/Rheinland	WH
Brunck		Gutsbesitzer	Bingen	Ghzt. Hessen	Do
Caspers		Wirtschaftsbürgert.	Koblenz	Pr/Rheinland	Wh
Christ	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Emmendingen	Baden	DH
Christmann	jur. Examen	Gutsbesitzer	Neustadt a. H.	Bayern/Pfalz	DH
Claussen	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Heide	Holstein	Wh
Cnyrim	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Ziegenhain	Kurhessen	WH
Cropp	jur. Examen	Freie Berufe	Kniphausen	Oldenburg	WH
Culmann	jur. Examen	Wirtschaftsbürgert.	Landau	Bayern/Pfalz	Do
Damm	th.+ phil.Ex.	Lehrberufe	Tauberbisch.	Baden	Do
Demel	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Teschen	Ö/Schlesien	DH

Name	Akad. Grad	Berufsfeld	Wahlkreis	Staat	Fraktion(en)
Dewes		Unterbürgerliche	Merzig	Pr/Rheinland	Do
Dham	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Meschede	Pr/Westfalen	WH
Dieskau	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Döbeln	Sachsen	DH/NH
Dietsch	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Schwarzenberg	Sachsen	Do
Dietsch	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Saar	Pr/Rheinland	DH
Drechsler	Dr. jur.	Freie Berufe	Parchim	Meck-Schwer	WH
Eckert	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Bromberg	Pr/Posen	Wh
Eisenmann	Dr. med.	Marg. Intelligenz	Würzburg	Bayern/Untfr.	CP
Eisenstuck		Wirtschaftsbürgert.	Chemnitz	Sachsen	DH/NH
Enders	Dr. med.	Gutsbesitzer	Eisenach	Sa-Weimar	bkF
Engel, C. A.	jur. Examen	Wirtschaftsbürgert.	Altona	Holstein	Wh
Erbe	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Freiberg	Sachsen	Do
Esterle	Dr. med.	Freie Berufe	Trient	Ö/Tirol	DH/NH
Fallmerayer	Prof. Dr.	Lehrberufe	München II	Bayern/Obby.	WH
Federer		Wirtschaftsbürgert.	Stuttgart	Württemberg	Wh
Fehrenbach	phil.+jur.Ex.	Freie Berufe	Schopfheim	Baden	Do
Fetzer	jur. Examen	Freie Berufe	Leonberg	Württemberg	DH
Förster, J. A.	jur. + ök.Ex.	Justiz/Verwaltung	Gelnhausen	Kurhessen	DH
Freese	Prof. Dr.	Lehrberufe	Stargard	Pr/Pommern	Wh
Freudentheil	Dr. iur.	Justiz/Verwaltung	Stade	Hannover	DH/WH
Frisch	Prof. Dr.	Lehrberufe	Oberndorf	Württemberg	CP/DH
Fröbel	Prof. Dr.	Lehrberufe	Hirschberg	Reuß	Do
Gazoletti	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Rovereto	Ö/Tirol	bkF
Geigel	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Kitzingen	Bayern/Untfr.	Wh
Gerlach	Dr. phil.	Lehrberufe	Tilsit	Pr/Preußen	Wh
Giskra	Dr. ph.+ jur.	Lehrberufe	Trübau	Ö/Mähren	WH
Gladis	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Trebnitz	Pr/Schlesien	bkF
Glaß	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Landau	Bayern/Pfalz	Wh
Gold	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Krain	Ö/Kärnt.-Kr.	bkF
Goltz, A. W.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Brieg	Pr/Schlesien	Wh
Gottschalk		Wirtschaftsbürgert.	Schönau	Baden	bkF
Gravenhorst	Prof. Dr.	Lehrberufe	Harburg	Hannover	Wh
Gritzner	Bergassessor	Justiz/Verwaltung	St. Andrä	Ö/Kärnt.-Kr.	Do
Groß, G. R.	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Bunzlau	Ö/Böhmen	WH
Grubert	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Gleiwitz	Pr/Schlesien	Do
Grumbrecht	jur. Examen	Freie Berufe	Lüchow	Hannover	WH
Gulden	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Homburg/Saar	Bayern/Pfalz	DH
Günther	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Glauchau	Sachsen	Do
Hagen	Prof. Dr.	Lehrberufe	Heidelberg	Baden	DH/Do
Haggenmüller	Prof. Dr.	Marg. Intelligenz	Kempton	Bayern/Schw.	WH/WH
Hallbauer	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Meißen	Sachsen	DH/WH
Hartmann, M.	phil. Examen	Marg. Intelligenz	Leitmeritz	Ö/Böhmen	Do
Haßler	Dr. phil.	Lehrberufe	Ulm	Württemberg	Wh
Hausmann		Wirtschaftsbürgert.	Brandenburg	Pr/Brandenb.	Wh
Hedrich		Marg. Intelligenz	Teplitz	Ö/Böhmen	Do
Hehner	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Königstein	Nassau	Wh
Heisterbergk	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Rochlitz	Sachsen	DH
Helbig	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Rochlitz	Sachsen	bkF
Heldmann	Dr. med.	Freie Berufe	Nidda	Ghzt. Hessen	DH
Hensel, A. E.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Zittau	Sachsen	DH
Hensel, F. Th.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Dresden-Neust.	Sachsen	DH

Name	Akad. Grad	Berufsfeld	Wahlkreis	Staat	Fraktion(en)
Hentges		Unterbürgerliche	Heilbronn	Württemberg	DH/Do
Heubner, E. L.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Frauenstein	Sachsen	DH
Heubner, O. L.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Zschopau	Sachsen	DH
Hildebrand	Prof. Dr.	Lehrberufe	Marburg	Kurhe	DH/Wh
Hoffbauer	Dr. med.	Freie Berufe	Nordhausen	Pr/Sachsen	Do
Hoffmann, A.		Unterbürgerliche	Zittau	Sachsen	DH
Hoffmann, J. C.	Bergw.Exam	Gutsbesitzer	Meiningen	Sachsen-Mei.	DH
Hofmann	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Friedberg	Ghzt. Hessen	Wh
Hohlfeld		Wirtschaftsbürgert.	Löbau	Sachsen	bkF
Hönniger	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Rudolstadt	Schwarzburg	DH/Do
Huber	Dr. med.	Freie Berufe	Budweis	Ö/Böhmen	Wh
Itzstein	jur. Examen	Gutsbesitzer	Bretten	Baden	DH
Jacoby	Dr. med.	Freie Berufe	Berlin	Pr/Brandenb.	DH
Jeitteles	Prof.Dr.	Lehrberufe	Olmütz	Ö/Mähren	bkF
Johannes		Wirtschaftsbürgert.	Meiningen	Sachsen-Mei.	WH
Jopp		Gutsbesitzer	Enzersdorf	Ö/Niederöst.	Do
Jordan, J. L.		Wirtschaftsbürgert.	Tetschen	Ö/Böhmen	bkF
Joseph	Dr. jur.	Gutsbesitzer	Freiberg	Sachsen	Do
Jucho	Dr. jur.	Anwalt, Notar		Frankfurt/M.	Wh
Junghanns	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Waibstadt	Baden	Do
Käfferlein	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Bayreuth	Bayern/Obfr.	WH
Kaiser	phil.Examen	Lehrberufe	Liechtenstein	Liechtenstein	Wh
Kämmel	phil.Exam.	Lehrberufe	Zittau	Sachsen	bkF
Kapp	Prof. Dr.	Marg. Intelligenz	Tauberbisch.	Baden	Do
Kierulff	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Rostock	Meck-Schwer	WH
Klett	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Heilbronn	Württemberg	bkF
Köhler	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Wanzleben	Pr/Sachsen	Do/WH
Kolatschek	Prof.Dr.	Lehrberufe	Ostrau	Ö/Schlesien	Do
Kolb		Marg. Intelligenz	Speyer	Bayern/Pfalz	DH/NH
Kotschy	theo.+ph.Ex	Marg. Intelligenz	Teschen, Bielitz	Ö/Schlesien	DH
Kudlich	ph.+ jur. Ex.	Wirtschaftsbürgert.	Bennisch	Ö/Schlesien	DH
Kuenzer	theol.Exam	Klerus	Achern	Baden	Do
Kuranda	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Teplitz	Ö/Böhmen	bkF
Langbein	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Grimma	Sachsen	DH
Laschan		Justiz/Verwaltung	Krain, Neust.	Ö/ Kärnt.-Kr.	bkF
Leue	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Salzwedel	Pr/Sachsen	WH
Levysohn	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Grünberg	Pr/Schlesien	DH
Libelt	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Samter	Pr/Posen	Do
Löwe	Dr. med.	Freie Berufe	Calbe	Pr/Sachsen	DH/NH
Makowiczka	Prof. Dr.	Lehrberufe	Saaz, Komotau	Ö/Böhmen	WH
Mammen		Wirtschaftsbürgert.	Plauen	Sachsen	DH/NH
Mandrella		Justiz/Verwaltung	Groß-Strehlitz	Pr/Schlesien	DH
Mareck (Marek)	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Lichtenwald	Ö/Steiermark	DH/Do
Marsilli	jur.Examen	Wirtschaftsbürgert.	Riva	Ö/Tirol	bkF
Martiny	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Schlochau	Pr/Preußen	Do
Mayer, C.	jur. Examen	Wirtschaftsbürgert.	Esslingen	Württemberg	bkF
Mayer, T.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Memmingen	Bayern/Schw.	Wh
Mayfeld	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Waidhofen	Ö/Niederöst.	WH
Melly	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Horn	Ö/Niederöst.	Wh
Metzler	jur.Examen	Justiz/Verwaltung	Zschopau	Sachsen	bkF
Meyer, J. C.	phil.Examen	Lehrberufe	Liegnitz	Pr/Schlesien	Do

Name	Akad. Grad	Berufsfeld	Wahlkreis	Staat	Fraktion(en)
Mez		Wirtschaftsbürgert.	Villingen	Baden	bkF
Minkus		Unterbürgerliche	Rosenberg	Pr/Schlesien	DH
Mohl, M.	swiss.Exam.	Marg. Intelligenz	Heidenheim	Württemberg	bkF
Mohr	Dr. jur.	Gutsbesitzer	Worms	Ghzt. Hessen	Do
Möller	jur.Examen	Unterbürgerliche	Reichenberg	Ö/Böhmen	WH
Mölling	jur.Examen	Justiz/Verwaltung	Oldenburg	Oldenburg	DH/NH
Mosing	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	St. Pölten	Ö/Niederöst.	NH
Müller, D. E.	Dr. phil.	Wirtschaftsbürgert.	Aschaffenburg	Bayern/Untfr.	Wh
Müller, L.	jur. Examen	Wirtschaftsbürgert.	Sonneberg	Sachsen-Mei.	WH
Mulley	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Cilli	Ö/Steiermark	bkF
Murschel	jur. Examen	Freie Berufe	Balingen	Württemberg	Wh
Mylius	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Geldern	Pr/Rheinland	bkF
Nagel, J. F.	jur.Examen	Freie Berufe	Balingen	Württemberg	DH
Nägele		Unterbürgerliche	Backnang	Württemberg	DH
Nauwerck	PD Dr. phil	Marg. Intelligenz	Berlin	Pr/Brandenb.	DH
Neugebauer, H.	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Buchau	Ö/Böhmen	WH
Nicol	Dr. jur.	Freie Berufe	Hamel	Hannover	Wh
Pattai (Pattei)	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Steinstätten	Ö/Steiermark	DH
Paur, T.	Dr. phil.	Lehrberufe	Grottkau	Pr/Schlesien	Wh
Peter	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Konstanz	Baden	Do
Pfahler	Priesterw.	Klerus	Ravensburg	Württemberg	DH
Plaß	th.+phil. Ex.	Lehrberufe	Neuhaus	Hannover	WH
Prato	Prof. Dr.	Lehrberufe	Rovereto	Ö/Tirol	DH
Prinzinger	Dr. jur	Justiz/Verwaltung	St. Pölten	Ö/Niederöst.	Wh
Rank	ph.+ jur. Ex.	Marg. Intelligenz	Bischofsteinitz	Ö/Böhmen	DH
Rappard	jur. Examen	Gutsbesitzer	Angermünde	Pr/Brandenb.	Wh
Raus	Dr. med.	Freie Berufe	Kromau	Ö/Mähren	DH
Raveaux		Marg. Intelligenz	Köln	Pr/Rheinland	DH/WH/ Wh
Reden	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Clausthal	Hannover	DH/Wh
Rée (Rèè, Reé)	jur.+ ph. Ex.	Freie Berufe	Offenburg	Baden	Do
Reh	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Offenbach	Ghzt. Hessen	DH/WH/ Wh/NH
Reichard	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Kirchheimbol.	Bayern/Pfalz	Do
Reichenbach	phil.Examen	Gutsbesitzer	Oppeln	Pr/Schlesien	DH
Reinhard	theol. Exam.	Lehrberufe	Boizenburg	Meck-Schwer	Do/DH
Reinstein	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Naumburg	Pr/Sachsen	Do
Reitter		Justiz/Verwaltung	Leipa	Ö/Böhmen	Wh
Rheinwald	Prof. Dr.	Lehrberufe	Spaichingen	Württemberg	DH/NH
Richter	jur. Examen	Freie Berufe	Lahr	Baden	Do
Riehl	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Zwettl	Ö/Niederöst.	Wh
Riesser	Dr. jur.	Freie Berufe	Lauenburg	Lauenburg	WH/ AH/NH
Ritter		Gutsbesitzer	Kaiserslautern	Bayern/Pfalz	bkF
Rödenbeck	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Grünberg	Pr/Schlesien	bkF
Rödinger	jur. Examen	Freie Berufe	Oeringen	Württemberg	DH
Rösler	phil.Examen	Lehrberufe	Oels	Pr/Schlesien	DH
Roßmäßler	Prof.Dr.zool.	Lehrberufe	Pirna	Sachsen	DH/NH
Ruge	PD Dr.phil	Marg. Intelligenz	Breslau	Pr/Schlesien	Do
Rühl	jur. Examen	Wirtschaftsbürgert.	Hanau	Kurhessen	Do
Sachs		Wirtschaftsbürgert.	Mannheim	Baden	DH

Name	Akad. Grad	Berufsfeld	Wahlkreis	Staat	Fraktion(en)
Schaffrath	PD Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Stolpen	Sachsen	DH/Do
Scharre	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Hayn	Sachsen	DH
Schenck	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Rennerod	Nassau	bkF
Scherpenzeel- Heusch		Gutsbesitzer	Roermond	Limburg	WH
Schieder Mayer	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Vöcklabruck	Ö/ Niederöst.	bkF
Schilling	Dr. med.	Freie Berufe	Wien	Ö/Niederöst.	DH/WH
Schlöffel	naturw. Ex.	Wirtschaftsbürgert.	Hirschberg	Pr/Schlesien	DH/Do
Schlutter	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Altenburg B	Sa-Altenburg	Do
Schmidt, A. W.	Prof. Dr. phil.	Lehrberufe	Berlin-Altkölln	Pr/Brandenb.	WH
Schmidt, E. F.	theol. Exam.	Klerus	Löwenberg	Pr/Schlesien	Do
Schmidt, J. T.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Grimma	Sachsen	Do
Schmitt	jur+phExam	Marg. Intelligenz	Kaiserslautern	Bayern/Pfalz	DH/Do
Schneider, J.	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Olmütz, Müglitz	Ö/Mähren	WH
Schnieber	Dr. med.	Freie Berufe	Görlitz	Pr/Schlesien	bkF
Schoder	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Besigheim	Württemberg	WH/WH
Schott	Prof. Dr.	Justiz/Verwaltung	Böblingen	Württemberg	DH/WH
Schröder	Dr. med.	Freie Berufe	Greiz	Reuß	DH
Schüler, F.	jur. Examen	Gutsbesitzer	Lauterecken	Bayern/Pfalz	Do
Schüler, G. C.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Jena	Sa-Weimar	DH
Schulz, F. G.	theol. Exam.	Lehrberufe	Limburg	Nassau	Wh
Schulz-Bodmer	Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Darmstadt	Ghzt. Hessen	Wh
Schuselka	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Klosterneuburg	Ö/Niederöst.	Do
Schütz	PD Dr. phil.	Marg. Intelligenz	Bingen	Ghzt. Hessen	Do
Schwarzen- berg, J. D.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Kassel	Kurhessen	Wh
Schwarzen- berg, P. G.	Dr. rer. nat.	Wirtschaftsbürgert.	Melsungen	Kurhessen	Wh
Simon, H.	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Magdeburg	Pr/Sachsen	DH/ WH/WH
Simon, L.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Trier	Pr/Rheinland	DH/Do
Simon, M.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Steinau	Pr/Schlesien	Wh
Spatz	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Frankenthal	Bayern/Pfalz	DH
Spißler	theol. Exam.	Klerus	Sigmaringen	Hohenzollern	bkF
Stark	phil. Examen	Marg. Intelligenz	Krumnau	Ö/Böhmen	bkF
Stöcker		Unterbürgerliche	Erlangen	Bayern/Mittfr	WH
Stockinger	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Günzburg	Bayern/Schw.	Wh
Strache		Wirtschaftsbürgert.	Tetschen	Ö/Böhmen	bkF
Straß	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Tetschen, Bielitz	Ö/Schlesien	bkF
Stremayr	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Kindberg	Ö/Steiermark	WH
Tafel, F.	theol. Exam	Klerus	Zweibrücken	Bayern/Pfalz	DH/NH
Tafel, G.	jur. Examen	Freie Berufe	Welzheim	Württemberg	DH
Temme	Dr. jur.	OLG-Direktor	Neuß	Pr/Rheinland	Wh
Thieme	Lehrerexam.	Marg. Intelligenz	Hirschberg	Reuß	Do/DH
Thüssing	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Lengerich	Pr/We	DH
Titus	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Bamberg	Bayern/Obfr.	DH/Do
Trabert	theol. Exam.	Klerus	Görlitz	Pr/Schlesien	DH
Trampusch	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Weidenau	Ö/Schlesien	DH
Trützschler	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Ölsnitz	Sachsen	DH/Do
Tzschucke	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Meißen	Sachsen	DH/Do

Name	Akad. Grad	Berufsfeld	Wahlkreis	Staat	Fraktion(en)
Uhland	Prof. Dr.	Marg. Intelligenz	Rottenburg	Württemberg	bkF
Ulrich	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Znaim I	Ö/Mähren	Wh
Umscheiden	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Bergzabern	Bayern/Pfalz	NH
Venedey	jur. Examen	Marg. Intelligenz	Homburg	Hessen-Hom.	DH/Wh
Vettorazzi	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Trient, Levico	Ö/Tirol	DH
Vischer	Prof.Dr.theol	Lehrberufe	Reutlingen	Württemberg	WH/Wh
Vogel, E. E.	philExamen	Lehrberufe	Guben	Pr/Brandenb.	Wh
Vogel, Ed.	Apotheker	Freie Berufe	Waldenburg	Pr/Schlesien	DH
Vogt	Prof. Dr.	Lehrberufe	Gießen	Ghzt. Hessen	DH/Do
Vonbun		Justiz/Verwaltung	Feldkirch	Ö/Tirol	bkF
Wagner, C. S.	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Steyr	Ö/Oberösterr.	Wh
Waldburg-Zeil		Gutsbesitzer	Biberach	Württemberg	bkF
Watzdorf	jur. Examen	Gutsbesitzer	Annaberg	Sachsen	DH
Wedekind	jur.Examen	Justiz/Verwaltung	Sulingen	Hannover	CP/WH
Weigle		Wirtschaftsbürgert.	Ludwigsburg	Württemberg	DH
Weißborn	th.+ph.Exam	Lehrberufe	Eisenach	Sa-Weimar	WH
Welter		Gutsbesitzer	Merzig	Pr/Rheinland	DH
Werner	jur. Examen	Freie Berufe	Offenburg	Baden	Do
Wesendonck	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Düsseldorf	Pr/Rheinland	DH/Do
Wiesner	Dr. jur.	Marg. Intelligenz	Feldberg	Ö/Niederöst.	DH/Do
Wigard	jur. Examen	Lehrberufe	Dresden	Sachsen	DH
Wirth	Dr. jur.	Marg. Intelligenz	Hirschberg	Reuß	DH
Wöhler		Justiz/Verwaltung	Wismar	Meck-Schwer	DH
Wolff	phil.Examen	Marg. Intelligenz	Neumarkt	Pr/Schlesien	Do
Würth, O. C.	Dr. jur.	Freie Berufe	Sigmaringen	Hohenzollern	DH/Do
Wuttke	Prof.Dr.phil.	Lehrberufe	Leipzig	Sachsen	WH
Wydenbrugk	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Weimar	Sa-Weimar	WH
Zachariä	Prof. Dr. jur.	Lehrberufe	Göttingen	Hannover	CP/NH
Zell	jur. Examen	Justiz/Verwaltung	Bernkastel	Pr/Rheinland	WH
Ziegert	Dr. phil.	Justiz/Verwaltung	Minden	Pr/Westfalen	WH
Zimmer	Dr. med.	Freie Berufe	?	Ö/Böhmen?	bkF
Zimmermann, E.	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Luckau	Pr/Brandenb.	Do/DH?
Zimmermann, W.	Dr. Dr.	Lehrberufe.	Schwäb. Hall	Württemberg	DH/Do
Zitz	Dr. jur.	Justiz/Verwaltung	Mainz	Ghzt. Hessen	DH/Do

Quellen: H. BEST/W. WEEGE, 1996; Einzelfunde.

Abkürzungen (Fraktionen s. a. Abkürzungsverzeichnis, S. 629):

Brandenb.	Provinz Brandenburg	Obby.	Provinz Oberbayern
CP	Casino-Partei	Obfr.	Provinz Oberfranken
Ex./Exam.	Examen	Ö	Österreich
Ghzt.	Großherzogtum	Pr	Preußen
jur.	juristisch	Sa	Sachsen
Kärtl.-Kr.	Kärnten und Krain	Sachsen-Mei.	Sachsen-Meiningen
Marg. Intelligenz	Marginalisierte Intelligenz	Schw. th.	Provinz Schwaben theologisch
Meck-Schwer	Mecklenburg-Schwerin	Untfr.	Unterfranken
Mittfr	Mittelfranken		
Niederöst.	Niederösterreich		
Oberöst.	Oberösterreich		

Zuordnung der Berufe der Abgeordneten und ihrer Väter zu den Berufsfeldern (die Berufsangaben folgen im allgemeinen H. BEST/W. WEEGE, 1996):

Klerus: Archidiakon, Kaplan, Oberkonsistorialpräsident, Pastor, Pfarrer, Pfarrsubstitut, Prediger.

Lehrberufe: Akademieprofessor, Assistent an Ritterakademie, außerordentlicher Professor, Gymnasialdirektor, -lehrer, -professor und -konrektor, Lehrer, Oberlehrer, öffentlicher Supplent für Staatswissenschaften, ordentlicher Universitätsprofessor, Professor, (Ober-)Realschulprofessor, Rektor, Schulmeister, Volksschulrektor.

Marginalisierte Intelligenz: Buchhändler, Doktorand, Herausgeber und Redakteur, Journalist, Kandidat der Rechtswissenschaft, Kandidat der Theologie, Knabenpräzeptor, Organist und Komponist, Praktikant an der Universitätsbibliothek, Privatdozent, Privatgelehrter, Privatlehrer, Privatmann und Etatsrat a. D., Publizist, Redakteur, Schriftsteller, Schriftsteller und Journalist, Verlagsbuchhändler und Publizist.

Freie Berufe: Apotheker, Assistenzarzt, Arzt, Chirurg, Gerichtsarzt, Hofsänger sowie Advokat, Anwalt, Notar und Rechtsanwalt, sofern diese in den jeweiligen Herkunftsländern freie Berufe waren.

Justiz und Verwaltung: Amtsassessor, -verwalter, Appellationsgerichtsassessor, -prokurator, -rat, Assessor, Beamter in der Österreichischen Nationalbank, Bergerichtsassessor, -richter, Bezirkskommissär, Bürgermeister, Fiskalamtspraktikant, fürstlicher Administrator, fürstlicher Kommissionssekretär, Generalpostdirektionsrat, Generalakziseninspektor und Stadtschreiber, Gerichtsarzt, -direktor, -halter, gräflicher Kammerrat, Hofbibliothekssekretär, Hofgerichtsdirektor, -rat, Hofrat, Hofsekretär, juristischer Stadtrat, Justizamtmann, -direktor, -kommissar, -rat, Kammergerichtsassessor, Kammerrat, Kassenrendant, Klosteramtmann, Konzeptspraktikant, Kreisamtmann, -kommissär, Kriegskommissar, Landesadvokat, Landrat, Landgerichtsassessor, Landrichter, Land- und Stadtgerichtsdirektor, -rat, Landschaftsmandatar, Landvogt, mährisch-schlesischer öffentlicher Agent, Minister, Oberamtmann, Oberamtsverweser, Oberappellationsgerichtsrat, Oberfinanzrat, Oberlandesgerichtsassessor, -direktor, -rat, Obervogt, Postrevisor, Präfekturrat, Prokurator, Rat, Regierungsrat, Rentmeister, Richter, Schulthe(i)ß, Sekretär des provisorischen Bürgerausschusses, Senatspräsident am Appellationsgerichtshof, Staatsanwalt, Staatsprokuratorssubstitut, Stadtbaumeister, -hauptmann, -richter, Steuerrekifikationskommissar, Steuer- und Lotteriedirektor, Syndikus (nur in Österreich), Zivilrichter, sowie Advokat, Advokaturkonzipient, Anwalt, Notar, Rechtsanwalt und -konsulent, sofern diese in den jeweiligen Herkunftsländern keine freien Berufe waren.

Offiziere: Hauptmann, Offizier, Regimentsarzt, Rittmeister.

Gutsbesitz: Gutsbesitzer, -pächter, Kammergutsbesitzer, Rittergutsbesitzer, Standesherr, Weingut(s)besitzer.

Wirtschaftsbürgertum: Bankier, Besitzer Baumwollspinnerei, Brauereibesitzer, -direktor, Buchdruckereibesitzer, Damastwebereibesitzer, Eisenhändler und Weingutsbesitzer, Eisenhammerbesitzer, Fabrikant, Fabrikbesitzer, Großkaufmann, Gutsverwalter, Hauptgesellschafter, Kaufmann, Kaufmann und Inhaber einer Tuchhandlung, Kaufmann und Rentier, Lohngereibeisitzer, Teilhaber (von Fabriken), Textilkaufmann, Ziegeleibesitzer.

Unterbürgerliche Schichten: Altwarenhändler, Anspanner, Bäckermeister, Bankbeamter, Bauer, Baumeister, Bediensteter, Bierbrauer, Buchbinder, Buchdrucker, Dorfschullehrer und Weber, Fabrikaufseher, Färber, Faßbinder, Feldwebel, Friseurmeister, Fuhrmann, Gärtner, (Gast)Wirt, Gelegenheitsarbeiter, Gerbermeister, Gerichtspfleger, Handelsmann, Hauptzollamtskontrolleur, Hofbeständer, Hofbuchdruckereifaktor, Hutmacher, Justizamtmann, Kassierer, Kleinbauer, Konditor, Krämer, Kreisamtmann, Kunst- und Hausdekoremaler, Korporal, Kupferstecher, Lackierer, Landgerichtskanzlist, Landwirt, Leinweber, Magazin- und Fourageverwalter, Müller, Nadlermeister, Nagelschmied, Oberamtsgerichtsdienner, Postner, Posthalter, -revisor, -stallmei-

ster, Regierungsregistrator, Rotgerber, Schlossermeister, Schneidermeister, Schnittwarenhändler, Schreiber, Schuhmacher(meister), Spediteur und Kaufmann, Tabakfabrikant und Ackersmann, Tagelöhner, Theatermusiker, Tischler(meister), Universitätssekretär, Unterbeamter, Viertellöhner, Weinhändler, Winzer.

Verzeichnis der Abkürzungen

ADB	Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1875–1912, Bd.
AkadW	Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Akademie-Archiv, NL Paur
APP	Archiwum Panstwowe Poznan
AT	Verhandlungen des Congresses deutscher Abgeordneter bzw. Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen 1862–66 (Numerierung s. Literaturverzeichnis)
BA	Bundesarchiv Berlin (früher Potsdam)
BA FSg.	Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt/M., Sammlung
Bayr. LT	Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der bayrischen Kammer der Abgeordneten 1849–71
bkF	bei keiner Fraktion
BJ	Biblioteka Jagiellonska Kraków, Handschriftenabteilung
BLHA	Brandenburgische Landeshauptarchiv Potsdam, Bestand Pr. Br. Rep. 30C (Polizeipräsident Berlin)
BP	Brentano Family Papers (Chicago Historical Society)
BPU	Bibliothèque publique et universitaire Genève, Handschriftenabteilung Manuscript No.
DH	Fraktion Deutscher Hof
DLA	Deutsches Literaturarchiv Marbach
Do	Fraktion Donnersberg
DuQ	Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, Heidelberg
FDH	Freies Deutsches Hochstift Frankfurt/M., Bibliothek
fl	Gulden
ffr	französische Francs
FP	Fortschrittspartei
GGr	Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, 7 Bde., Stuttgart 1972–92
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
HA	Hausarchiv
HdA	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten 1859–67
Heid.Hs.	Universitätsbibliothek Heidelberg, Handschriftenabteilung
Hess. LT	Verhandlungen der 2. Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen 1850–66
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart, NL Haußmann Q 1/2 Bü 101
LC	Library of Congress, Washington D.C., Manuscript Section/Hamilton Fish Collection
LPG	Lexikon zur Parteiengeschichte, 4 Bde., Köln 1987
MEW	Karl Marx/Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1956 ff., Bd.
NA	National Archives, Washington D.C.
NDB	Neue Deutsche Biographie, Berlin 1953 ff.
NL	Nachlaß

NL Näf	Kantonsbibliothek (Vadiana) St. Gallen, Werner Näf-Nachlaß, »Flüchtlingsschrank«.
NP	Nationalliberale Partei
NV	Verhandlungen der ... Generalversammlung des deutschen Nationalvereins (Angabe der laufenden Nummer als römische Zahl)
QdPÖ	Heinrich v. Srbik/Oskar Schmidt (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859-66, 5 Bde., Oldenburg 1934-38
r	Rückseite
RR	Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates, Wien 1861-67
RT	Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags des Norddeutschen Bundes/des Deutschen Reichs
Sächs. LT	Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreich Sachsen 1849-73
säLB	Sächsische Landesbibliothek Dresden, Handschriftenabteilung
SFr	Schweizer Franken
Sg.	Sammlung
SLB	Stadt- und Landesbibliothek
StA	Stadtarchiv
StabiM	Bayrische Staatsbibliothek München, Handschriftenabteilung
StabiO	Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin, Haus 1, Handschriftenabteilung (seit 1999 auch in Haus 2)
StabiW	Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz Berlin, Haus 2, Handschriftenabteilung
StB	Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redaktionskonferenz und in deren Auftrag von Franz Wigard, 9 Bde., Frankfurt/M. 1848-49
SUBF	Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/M., Handschriftenabteilung
T.	(Reichs)Taler
THStA	Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
UBT	Universitätsbibliothek Tübingen, Handschriftenabteilung
ULB	Universitäts- und Landesbibliothek Bonn, Handschriftenabteilung
VDAV	Vereinstag bzw. Verband Deutscher Arbeitervereine
VP	(Demokratische) Volkspartei
Wh	Fraktion Westendhall
WH	Fraktion Württemberger Hof
Württ. LB	Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Handschriftenabteilung, Cod.hist.
Württ. LT	Verhandlungen der verfassungsberatenden Landesversammlung für Württemberg bzw. der württembergischen Kammer der Abgeordneten 1850-74

Zeitschriften/Zeitungen

AAZ	Allgemeine Zeitung, Augsburg 1849–1875
AAZ-W	Allgemeine Zeitung, Augsburg, Wochenausgabe 1867
AFC	Autographische Frankfurter Correspondenz 11. 3.–30. 9. 1864 (Heid.Hs.)
Beobachter	Der Beobachter. Ein Volksblatt aus Schwaben, Stuttgart 1849–1871
BldZ	Blätter der Zeit, Braunschweig 1849–55
BVZ	Urwähler-Zeitung; seit 5. 4. 1853 Volks-Zeitung, Berlin
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung, Leipzig
DJ	Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur, Berlin 1(1861)–13(1864)
DMo	Deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben. Hrsg. von Adolph Kolatschek, Stuttgart (Jg. 1850)/Bremen (Jg. 1851)
DMu	Deutsches Museum. Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben. Hrsg. von Robert Prutz, Leipzig 1851–1867
DSt	Demokratische Studien. Hrsg. von Ludwig Walesrode, Hamburg 1860 und 1861
FfZ	Frankfurter Handelszeitung (1856–59)/Neue Frankfurter Zeitung (1859–66)/Frankfurter Zeitung (seit 1866)
FPZ	Frankfurter Postzeitung
GA	Görlitzer Anzeiger
GG	Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft
HZ	Historische Zeitschrift
ISZ	Illinois Staats-Zeitung, Chicago 1862–67 (Newberry Library Chicago)
Jh	Das Jahrhundert. Zeitschrift für Politik und Literatur, Hamburg 1856–1859
Köln. Z	Kölnische Zeitung
LT	Leipziger Tageblatt
MNN	Neueste Nachrichten aus dem Gebiete der Politik, München
NZ	Nationalzeitung, Berlin
OP	Ost-Deutsche Post, Wien
SHC	Schweizer Handels-Courier, Biel 1858–71
SP	Süddeutsche Presse. Hrsg. v. Julius Fröbel, München 1867–71
StdZ	Stimmen der Zeit. Monatsschrift für Politik und Literatur, Hrsg. v. Adolph Kolatschek, Gotha/Leipzig/Heidelberg/Wien 1858–1862
VossZ	Königlich Privilegierte [Vossische] Berlinische Zeitung

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen

Akademie der Wissenschaften Berlin-Brandenburg, Berlin (AkadW)
NL Theodor Paur

Archiwum Panstwowe, Poznan (APP)
Oberpräsidium der Provinz Posen – 290 (Polizeipräsidium)
Akten 499, 510–517, 4197–4200, 4793, 5099–5101

Bayrische Staatsbibliothek, München (StabiM), Handschriftenabteilung
Autographensammlung: Briefe von Hartmann, Kolb, Löwe, Temme und v. Wydenbrugk
Pettenkoferiana II.2: Briefe von C. Vogt
E. Petzetiana V: Briefe von Venedey
G. C. Petzetiana IX: Briefe von Wuttke
Pfistermeisteriana: Briefe von Fröbel

Biblioteka Jagiellonska, Kraków (BJ), Handschriftenabteilung
Bestände der ehemaligen preußischen Staatsbibliothek:
Briefe von Bamberger, Hartmann, Kolatschek, Löwe, Ruge, L. Simon, Temme, Venedey, Vischer, C. Vogt, Wuttke und E. Zimmermann

Bibliothèque publique et universitaire, Genf, Handschriftenabteilung (BPU)
NL Carl Vogt

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA)
Pr. Br. Rep. 30 Berlin C (Polizeipräsidium), Tit. 94 und 95, Akten 8921, 9540–1, 9551, 9811, 10443, 10877, 11000, 11377, 11949, 12054, 12058, 12151–2, 12154/1–12155/1, 12162–4, 12192–5, 12252, 12528, 12576–8, 12800–1, 12843, 12872, 13702, 13704–5, 13831–2, 13835–6, 13914–5, 14041, 14379, 14602, 14629, 14801, 15129, 15334–5, 15337–8, 15341–2, 15412, 15515–6, 15531–8; Verfolgtenskartei

Bundesarchiv, Berlin (früher Potsdam) (BA)
61 Na 2 Deutscher Nationalverein (einzelne Briefe)
90 Ba 3 NL L. Bamberger
90 Be 5 NL R. v. Bennigsen (einzelne Briefe)
90 Ma 3 NL C. Mayer
90 Ve 1 NL J. Venedey

Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt (BA F)
Nachlässe: FN 6 (Francke); FN 7/V (H. v. Gagern), 35, 42, 47, 50, 82, 129, 161;
FN 7/VIII (M. v. Gagern), 17, 19, 25; FN 9 (G. F. Kolb) FN16 (v. Wydenbrugk)

Sg. 1/12 (A. Schott), 14 (F. Zell), 17 (Itzstein), 18 (Reinstein), 39 (F. Tafel), 73 (Schmerling), 87 (Fetzer), 111 (Hildebrand), 116 (Jucho), 139 (Mittermaier), 155 (T. Reh), 174 (M. Simon), 179 (Stremayr), 181 (G. Tafel), 182 (Tellkamp), 184 (Venedey), 189 (Watzdorf), 192 (Welcker), 196 (Wuttke), 218 (L. Simon), 220 (Schaffrath), 228 (F. Streit), 233 (C. Vogt)

Sg. 1/Einzelstücke 261, 262, 282, 310

Sg. 5/6

Chicago Historical Society

Brentano Family Papers (BP)

Ernst Schmidt Papers

Georg Schneider Papers

Deutsches Literaturarchiv, Marbach (DLA)

Honorarabrechnungsexemplar der »Augsburger Allgemeinen« (AAZ) 1849–1875

Honorarbuch der »Augsburger Allgemeinen« (AAZ) 1863–1871

A: Auerbach Z 3022, 3023/1, 3262, 3397, 3598, 3664/1–5, 3745

A: Mayer d. J. (Teil-NL)

A: Mayer d. Ä. 53.686d, 53.725

A: Notter (Briefwechsel mit Paur, Venedey und Vischer)

A: Uhland (Briefwechsel mit Jucho, Kolatschek, Löwe, Paur, Venedey und Vischer)

A: Vischer (Teil-NL)

A: W. Zimmermann (NL)

Cotta Br. (einzelne Briefe)

Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt/M. (FDH)

Bestände zu Kolatschek und Wuttke

Geheimes Staatsarchiv, Berlin (GStA)

Rep. 77: Personenkartei

Rep. 90a: A.VIII.1.a)1, c) und d)3.

Rep. 92 (Nachlässe): Droysen; M. Duncker 110; Falk; Forckenbeck A6, B2, B9 und B10; Hansemann; R. v. Keudell; Twesten; Rodbertus A7; Waldeck 32; Wehrenpfennig;

Zitelmann 99

Rep. 169: C1/C7, T2 und T8; C4/9a.; C52; C60; C80 2a.

Hauptstaatsarchiv, Stuttgart (HStAS)

NL Conrad Haußmann, Büschel 101

Humboldt-Universität, Berlin, Handschriftenabteilung

Briefe von Bamberger, Fröbel und Löwe

Kantonsbibliothek Vadiana, St. Gallen

NL Näf: Materialien zur Geschichte deutscher Flüchtlinge und des Flüchtlingswesens in der Schweiz

Library of Congress (LC), Washington D.C., Manuscript Collection

Hamilton Fish Collection

Friedrich Kapp Collection

National Archives (NA), Washington D.C.

Diplomatic Records,

Consular Despatches T 232 (Rotterdam 1870-79) und T 383 (Dresden 1872-1885)

Newberry Library, Chicago/Ill.

Illinois Staats-Zeitung (ISZ) 1862-1867

Sächsische Landesbibliothek, Dresden (säLB)

Emma Wuttke-Biller, Autobiographie (1903-1913)

Schweizerische Landesbibliothek, Bern

Schweizerischer Handels-Courier. Biel, 1858-1871

Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, Berlin (Stabi)

Handschriftenabteilungen: Briefe von Bamberger, Brentano, Fröbel, Hartmann, Jacoby, Löwe, Roßmäßler, Ruge, Schuselka, L. Simon, G. Tafel, Temme, Venedey, Wuttke

Zeitungssammlung: Görlitzer Anzeiger (GA) 1865-71

Stadtarchiv (StA), Dresden

NL Heinrich Wuttke

Stadtarchiv (StA), Leipzig

einzelne Ausgaben Leipziger Tageszeitungen

Stadtbibliothek, Bielefeld, Handschriftenabteilung

H Br 9: Briefe Temmes

Stadt- und Landesbibliothek (SLB), Dortmund, Handschriftenabteilung

Briefe von Ruge und Temme

Stadt- und Landesbibliothek (SLB) Wien, Handschriftenabteilung

Briefnachlaß Moritz Hartmann

Stadt- und Universitätsbibliothek, Frankfurt/M. (SUBF), Handschriftenabteilung

NL Gutzkow: Briefwechsel mit Venedey und Wuttke; NL Jucho;

außerdem: Briefe von Brentano, Fetzer, Hartmann, Löwe, Ruge, Schaffrath, Schuselka, L. Simon, Temme, Venedey, Wuttke, v. Wydenbrug und E. Zimmermann

Stadt- und Universitätsbibliothek, Hamburg, Handschriftenabteilung

NL Martens Nr. 136, 313-4, 425-7, 429-31, 433-42 und 451

Thüringisches Hauptstaatsarchiv, Weimar (THStA)

Hausarchiv: A XXVI (Carl Alexander 1818-1901), 1273. Briefwechsel mit v. Wydenbrug

NL C. B. v. Watzdorf 34, 66a und 72 (alles Briefwechsel v. Watzdorf u. v. Wydenbrug); 123, 127

Universitätsbibliothek, Göttingen, Handschriftenabteilung

Briefe von Hartmann, G. F. Kolb und C. Vogt

Universitätsbibliothek, Heidelberg, Handschriftenabteilung (Heid.Hs.)

Autographische Frankfurter Correspondenz, März-September 1864

NL Fischer: Briefe von Hartmann, Ruge, Stremayr und Vischer; NL Gervinus: Briefe von Fröbel und Ruge; NL Häuser: Briefe von Ruge; NL Hettner: Briefe von Vischer und Vogt;

NL Mittermaier: Briefe von Kolb, Löwe, Makowiczka, Stemayr, Temme, Venedey und v. Wydenbrugk

Universitätsbibliothek, Münster, Handschriftenabteilung

Briefe von Bamberger und Temme

Universitätsbibliothek, Tübingen (UBT), Handschriftenabteilung

NL Friedrich Theodor Vischer; außerdem: Briefe von Fetzer, Fröbel, Kolatschek, C. Mayer, Ruge, Venedey, Vischer, C. Vogt und v. Wydenbrugk
Der Beobachter, Stuttgart 1849-1871

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn (ULB), Handschriftenabteilung

NL Kinkel: Briefe von Bamberger, Fröbel, Hartmann, Ruge und Temme
Autographensammlung: Briefe von Venedey und Vogt

Württembergische Landesbibliothek Stuttgart, Handschriftenabteilung (Württ. LB)

NL Julius Hölder

B. Gedruckte Quellen und Literatur

1. Zeitgenössische Publikationen, Editionen, Bibliographien

Es werden nur diejenigen Titel angeführt, die im Text oder in den Anmerkungen zitiert wurden. Unter diesen werden allerdings auch kleinere Texte einzeln angeführt, da es sich dabei häufig um anonyme oder lediglich mit Siglen gezeichnete Zeitungsartikel handelt, von denen viele hier erstmals Autoren zugeordnet werden konnten. Die Autorennamen stehen in eckigen Klammern [], wenn die Zuordnung aufgrund indirekter Hinweise (Stileigentümlichkeiten, inhaltliche Übereinstimmung mit anderen Texten etc.) erfolgte. Sie wurden außerdem mit ? versehen, wenn die Zuordnung unsicher ist. Texte, die in Editionen und Sammelwerken enthalten sind, werden in der Regel nur nach diesen, meist leichter zugänglichen Ausgaben zitiert. In Zitaten werden Hervorhebungen im Original durch *kursive Schrift* wiedergegeben.

Ahrens, Heinrich: Die organische Staatslehre auf philosophisch-anthropologisch Grundlage, Band I, Wien 1850.

Ahrens, Heinrich: Die Rechtsphilosophie oder das Naturrecht, auf philosophisch-anthropologischer Grundlage, 4. Aufl., Wien 1852.

Ahrens, Heinrich: Art. Freiheit, Freiheitsrechte, in: Deutsches Staats-Wörterbuch, hrsg. von Johann Caspar Bluntschli und Karl Brater, Band 3, Stuttgart 1858, S. 730-45.

Ahrens, Heinrich: Fichte's politische Lehre in ihrer wissenschaftlichen, culturgeschichtlichen und allgemeinen nationalen Bedeutung. Festrede zur Fichtefeier der Universität Leipzig, Leipzig 1862.

Ahrens, Heinrich: Zur sächsischen Frage, AAZ 16.9. 1866.

Akten zur Auswärtigen Politik Preußens 1858-1871, Oldenburg 1933.

Bamberger, Ludwig: Gesammelte Schriften. 5 Bände, Berlin 1895-98.

Bamberger, Ludwig: Lettre sur l'unité allemande et le Parlement de Erfurth, La Voix du Peuple, Paris, 4. und 11. 3. 1850.

Bamberger, Ludwig: Offener Brief an Herrn Julius Fröbel, in: Heinrich Bernhard Oppenheim: Deutschlands Noth und Ärzte, Berlin 1859, S. 51-63.

Bamberger, Ludwig: Vorwort, DSt 1860, S. 1-6.

Bamberger, Ludwig: Des Michael Pro Schriftenwechsel mit Thomas Contra aus dem Jahre 1859, ebd., S. 147-202 (auch in: GS III).

Bamberger, Ludwig: Für den Nationalverein, BVZ 19. 2. 1860 (falsch datiert in: GS IV, S. 58 ff.).

Bamberger, Ludwig: Über die Grenzen des Humors in der Politik, DJ 6/1863, S. 175-90 (auch in: GS III).

Bamberger, Ludwig: Rede, gehalten am Schlusse des ersten allgemeinen deutschen Turnfestes in Paris, Beobachter 1.-2. 7. 1865.

Bamberger, Ludwig: Über Rom und Paris nach Gotha oder die Wege des Herrn v. Treitschke, Stuttgart 1866.

Bamberger, Ludwig: An die Wähler Rheinessen's von einem alten Freunde, Mainz o. J. [1866].

Bamberger, Ludwig: [Antwort an Seinguerlet], Le Temps, Paris 20. 12. 1866, Beobachter 23. 12. 1866.

Bamberger, Ludwig: In Sachen Demokratie der Stadt Mainz contra Ludwig Bamberger und Genossen, Beil. zur Mainzer Zeitung 10. und 27. 1. 1867.

- Bamberger, Ludwig: [Offener Brief an Eduard Quinet/Zur Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen], Kölnische Zeitung 29. 1. 1867.
- Bamberger, Ludwig: Luxemburg oder Die Logik der Thatsachen, in: Mainzer Zeitung 10. 4. 1867; Teilabdruck: Die Zukunft 16. 4. 1867.
- Bamberger, Ludwig: Die Bedeutung des Friedenswerks, Mainzer Zeitung 16. 5. 67.
- Bamberger, Ludwig: Herr von Bismarck [zuerst, seit Februar 1868 unter dem Titel »Monsieur de Bismarck« in der Revue moderne]. Von dem Verfasser durchgesehen und bis auf die neueste Zeit fortgesetzt. Als Einleitung: Deutschland, Frankreich und die Revolution, Breslau 1868.
- Bamberger, Ludwig: Erinnerungen, hrsg. von Paul Nathan, Berlin 1899.
- Bauer, Edgar: Konfidentenberichte über die europäische Emigration in London 1852–1861, hrsg. von Erik Gamby, Trier 1989
- Baumgarten, Hermann: Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik (ursprgl. in: Preußische Jahrbücher 18 (1866)), hrsg. von Adolf Birke, Frankfurt/M. 1974.
- Berger, Johann Nepomuk: [Wahlrede], Vorstadt-Zeitung, Wien 15. 3. 61, vgl. Die Presse, Wien 15. 3. 61, S. 4, und OP 15. 3. 61, S. 2.
- Berger, Johann Nepomuk: Zur Lösung der österreichischen Verfassungsfrage, Wien 1861.
- Aus Dr. Johann Nepomuk Bergers Nachlasse, Wien 1879.
- Bernatzik, Edmund (Hrsg.): Die österreichischen Verfassungsgesetze, 2. Aufl., Wien 1911.
- Bernstein, Aaron: Die Jahre der Reaktion, Berlin 1881.
- Biedermann, Karl: Fünfzig Jahre im Dienst des nationalen Gedankens. Aufsätze und Reden, Breslau 1892.
- Biedermann, Karl: Die Wiedereinberufung der alten Stände in Sachsen, aus dem Gesichtspunkte des Rechts und der Politik beleuchtet, Leipzig 1850.
- Biedermann, Karl (Hrsg.): Germania. Die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutschen Nation, Leipzig 1851–52.
- Biedermann, Karl (Hrsg.): Deutsche Annalen zur Kenntniß der Gegenwart und Erinnerung an die Vergangenheit, Leipzig 1853.
- Biedermann, Karl: Ein Wort in eigener Sache, Leipzig 1854.
- Biedermann, Karl: Frauenbrevier. Kulturgeschichtliche Vorlesungen für Frauen, Leipzig 1856.
- Biedermann, Karl: Die Regentschaft in Preußen, DAZ 18. – 22. 9. 1858.
- Biedermann, Karl: Die preußischen Wahlen und die Gothaer, DAZ 15. 10. 1858.
- Biedermann, Karl: Was man von der Regierung Preußens erwartet, DAZ 17. 11. 1858.
- Biedermann, Karl: Vertrauen erweckt wieder Vertrauen, DAZ 23. 11. 1858.
- Biedermann, Karl: Die Demokratie in Preußen, DAZ 27. 11. 1858.
- Biedermann, Karl: Das Programm der neuen Regierung Preußens, DAZ 9. 12. 1858.
- Biedermann, Karl: Preußens auswärtige Politik und seine Stellung zu Österreich, DAZ 10. 12. 1858.
- Biedermann, Karl: Heute und vor zehn Jahren, DAZ 1. 1. 1859.
- Biedermann, Karl: Zur Situation, DAZ 9. – 11. 1. 1859.
- Biedermann, Karl: Nothwendige Verständigung, DAZ 20. 1. 1859.
- Biedermann, Karl: Eine Mahnung an Preußens Volksvertretung, DAZ 10. 2. 1859.
- Biedermann, Karl: Die Situation, Deutschland und Preußen, DAZ 23. – 25. 3. 1859.
- Biedermann, Karl: Was uns noth thut, DAZ 6. 4. 1859.
- Biedermann, Karl: Ein Wort zur Verständigung, DAZ 15. 4. 1859.
- Biedermann, Karl: Das russisch-französische Bündniß, DAZ 4. 5. 1859.
- Biedermann, Karl: Österreich und die deutschen Mittelstaaten, DAZ 24. 5. 1859.

- Biedermann, Karl: Die nationale Politik der Mittelstaaten, DAZ 26. 5. 1859.
- Biedermann, Karl: Die Anträge auf eine deutsche Volksvertretung beim Bunde, DAZ 27. 5. 1859.
- Biedermann, Karl: Neue Vermittelungen, DAZ 11. 6. 1859.
- Biedermann, Karl: Die deutsche Frage und die Demokratie, DAZ 23. 6. 1859.
- Biedermann, Karl: Vor oder nach dem Kriege? DAZ 5.-6. 7. 1859.
- Biedermann, Karl: Der Waffenstillstand, DAZ 10. 7. 1859.
- Biedermann, Karl: Preußen und die Nation, DAZ 15. 7. 1859.
- Biedermann, Karl: Trotz alledem! DAZ 17. 7. 1859.
- Biedermann, Karl: Preußen und Deutschland, DAZ 22. 7. 1859.
- Biedermann, Karl: Art. Demokratie, Demokratisches Princip, in: Staats-Lexikon, 3. Aufl., Band 4, Leipzig 1860, S. 344-59.
- Biedermann, Karl: Die Savoyer Frage. Denkschrift an Preußens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten, 2. Aufl. Weimar 1860 (auch in: ders.: Fünfzig Jahre, S. 94-108).
- Biedermann, Karl: Rück- und Vorblicke, DAZ 1. 1. 1861.
- Biedermann, Karl: Die neuen österreichischen Verfassungsgesetze, DAZ 16. 3. 1861.
- Biedermann, Karl: Art. Landtag, in: Staats-Lexikon, 3. Aufl., Leipzig 1864, S. 405-31.
- Biedermann, Karl: Hr. v. Treitschke und die Annexionsfrage, DAZ 19.-21. 2. 1865.
- Biedermann, Karl: Die sächsische Friedenspartei, DAZ 12. 5. 1866.
- Biedermann, Karl: Art. Verein, Vereinswesen, Vereinsrecht, in: Staats-Lexikon, 3. Aufl., Band 14, Leipzig 1866, S. 355-70.
- Biedermann, Karl: Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, 2 Bände, Breslau 1886.
- Bismarck, Otto v.: Werke in Auswahl. 8 Bände. »Jahrhundertausgabe zum 23. September 1862«, Darmstadt 1962-83.
- Blum, Hans: Die Todtenfeier eines deutschen Flüchtlings, in: Gartenlaube 1862, S. 731-36.
- Blum, Hans: Robert Blum, Leipzig 1878.
- Blum, Hans: Lebenserinnerungen, 2 Bände, Berlin 1907/1908.
- Braun, Karl: Ein württembergischer Staatsmann, in: Ders.: Bilder aus der deutschen Kleinstaaterie, Band 3, 3. Aufl., Hannover 1881, S. 213-40.
- Brentano, Lorenz: [Erklärung vom 1. 7. 1849], in: Ludwig Häusser: Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution, Heidelberg 1851, S. 636-43.
- Brentano, Lorenz: Die letzten Zuckungen der badischen Revolution, National-Zeitung, o. O., o. D. [ca. 1892] (NL Brentano, Chicago Historical Society, box 2, folder 14).
- Bucher, Lothar: Der Parlamentarismus, wie er ist, Berlin 1855.
- Dehio, Ludwig: Die preußische Demokratie und der Krieg von 1866. Aus dem Briefwechsel von Karl Rodbertus mit Franz Ziegler, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 39 (1927), S. 229-59.
- Dehio, Ludwig: Beiträge zu Bismarcks Politik im Sommer 1866 unter Benutzung der Papiere Robert von Keudells, ebd. 46 (1934), S. 147-65.
- Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Hrsg. von Friedrich Curtius, 2 Bände, Stuttgart 1907.
- Der Deutsche Nationalverein 1859-1867: Vorstands- und Ausschußprotokolle. Bearb. von Andreas Biefang, Düsseldorf 1995.
- Deutscher Zeitungskatalog für das Jahr 1853. Verzeichnis von 2.270 in Deutschland und den angrenzenden Ländern in deutscher Sprache erscheinenden periodischen Schriften, Leipzig 1853.
- Dass. Leipzig 1856.

- Dass. Leipzig 1861.
 Dass. Leipzig 1865.
 Deutsches Staats-Wörterbuch, hrsg. von Johann Caspar Bluntschli und Karl Brater, Stuttgart 1858.
 Dokumente aus geheimen Archiven, Band 5: Die Polizeikonferenzen deutscher Staaten 1851-1866. Präliminardokumente, Protokolle und Anlagen. Eingeleitet und bearb. von Friedrich Beck und Walter Schmidt, Weimar 1993.
 Droysen, Johann Gustav: Briefwechsel. Hrsg. von Rudolf Huebner, Band 1, Reprint Osnabrück 1967 (München 1929).
 Droysen, Johann Gustav: Zur Charakteristik der europäischen Krisis, in: ders.: Politische Schriften, hrsg. von Felix Gilbert, München 1933, S. 307-342.
 Duncker, Max: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Hrsg. von Johannes Schultze, Stuttgart 1923.
 Eisenstuck, Bernhard: Die materielle Einigung Deutschlands und die Gegenrevolution, DMO 1850/II, S. 167-83.
 Eisenstuck, Bernhard: Das Reichscommissariat in der bairischen Rheinpfalz im Mai 1849, DMO 1851/I, S. 249-71.
 Engelberg, Ernst (Hrsg.): Im Widerstreit um die Reichsgründung. Eine Quellensammlung zur Klassenauseinandersetzung in der deutschen Geschichte von 1849 bis 1871, Berlin 1970.
 Faber, Karl-Georg: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Eine kritische Bibliographie, 2 Bände, Düsseldorf 1963.
 Fallmerayer, Jakob Philipp: Gesammelte Werke. Hrsg. von Georg Martin Thomas, 2. Band: Politische und Kulturhistorische Aufsätze, Leipzig 1861.
 Fetzer, Carl August: Beiträge zu einer Volkspolitik. In Streiflichtern über das Mißlingen der deutschen Volkserhebung von 1848, DMO 1851/III, 342-57 und /IV, S. 24-30.
 Fetzer, Carl August: Venedey's Geschichte des deutschen Volkes, Beobachter 18.-24. 12. 1853 und 25. 9.-3. 10. 1857.
 Fetzer, Carl August: Zur Bundesreform, Beobachter 20. 10., 8. und 23. 12. 1857.
 Fetzer, Carl August: Rede in der Kammer gegen die Exigenz der Gesandtschaftskosten, Beobachter 14. 9. 1858 (Württ. LT 26. 8. 1858).
 Fetzer, Carl August: Rede in der Kammer über die Preßverhältnisse in Württemberg, Beobachter 27. 10. 1858.
 Fetzer, Carl August: Vor dem Sturme (Gedicht), Beobachter 13. 5. 1859.
 Fetzer, Carl August: Fürs Vaterland. 25 geharnischte Sonette. Geschrieben im August 1859, Beobachter 19.-23. 11. 1859.
 Fetzer, Carl August: Die deutsche Reform, Beobachter 19. 8.-3. 9. 1862.
 Fetzer, Carl August: Reichsverfassung oder Bundestag? Beobachter 11. 11. 1862.
 Fetzer, Carl August: Für Schleswig-Holstein! Beobachter 3. 1. 1863.
 Fetzer, Carl August: Zur deutschen Verfassungsfrage, Beobachter 20. 9.-3. 10. 1863.
 Fetzer, Carl August/Julius Hölder/Adolf Seeger: Zur Abwehr, Beobachter 20. 12. 1864.
 Fetzer, Carl August/Julius Hölder: [Leserbrief], Beobachter 2. 2. 1866.
 Fröbel, Julius: Kleine Politische Schriften, 2 Bände, Stuttgart 1866.
 Fröbel, Julius: Die Bildung und die Revolution [Abschiedsbrief an seine Wähler], Beobachter 7. 11. 1849.
 Fröbel, Julius: Die deutsche Auswanderung und ihre kulturhistorische Bedeutung (Auszüge), Beobachter 17. 9. und 27. 10. 1858.
 Fröbel, Julius: Deutschland und die Demokratie, AAZ 16. 10. und 13. 11. 1859.

- Fröbel, Julius: Weltlage und deutsche National-Angelegenheiten (= Rez. C. Frantz, Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht), StdZ 1860, S. 449–60.
- Fröbel, Julius: An die Redaction der »Neuen Frankfurter Zeitung«, StdZ 1861/I, S. 613–6.
- Fröbel, Julius: Theorie der Politik als Ergebnis einer erneuerten Prüfung demokratischer Lehrmeinungen, Band 1. Neudruck der Ausgabe Wien 1861 mit einer Einleitung von Rainer Koch, Band 2, Wien 1864, beides: Aalen 1975.
- Fröbel, Julius: Die deutschen Reformprojecte, AAZ 20. 11. 1861.
- Fröbel, Julius: [Kommentar], Der Botschafter, Wien 3. 3. 1862.
- Fröbel, Julius: [Kommentar], Der Botschafter, Wien 4. 9. 1862.
- Fröbel, Julius: Die Bundesreform und das constitutionelle Princip, AAZ 9. 8. 1863.
- Fröbel, Julius: Die Erbfolge in Schleswig-Holstein und der Bund, AAZ 1. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Die gemeinsame Verwaltung in den Elbherzogtümern, AAZ 3. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Österreich, Preußen und der deutsche Bund, AAZ 6. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Die Freunde Deutschlands im englischen Parlament und die Stellung Frankreichs, AAZ 11. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Die falschen Depeschen, AAZ 12. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Die deutsche Nationalpolitik im Verhältnis zum Ausland, AAZ 21. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Hr. v. Bismarck in Wien, AAZ 28. 7. 1864.
- Fröbel, Julius: Die Bestrebungen Österreichs, Preußens und des übrigen Deutschlands, AAZ 8. 8. 1864.
- Fröbel, Julius: Föderalismus oder Hegemonie, AAZ 10. 10. 1864.
- Fröbel, Julius: Die allmähliche Wandlung in Österreich, AAZ 14. 10. 1864.
- Fröbel, Julius: System in Österreich, AAZ 26. 10. 1864.
- Fröbel, Julius: Der Ministerwechsel in Österreich, AAZ 30. 10. 1864.
- Fröbel, Julius: Das Ministerium und die Opposition in Österreich, AAZ 19. – 20. 2. 1865.
- Fröbel, Julius: Hrn. v. Schmerlings Rücktritt und Österreichs Stellung zu Preußen, AAZ 7. 7. 1865.
- Fröbel, Julius: [Korrespondenz aus Wien] AAZ 23. 9. 1865.
- Fröbel, Julius: Zur Verfassungskrisis in Österreich, AAZ 3. 10. 1865.
- Fröbel, Julius: [Korrespondenz aus Wien] AAZ 5. 10. 1865.
- Fröbel, Julius: Die deutsche Politik Österreichs, AAZ 31. 10. 1865.
- Fröbel, Julius: Die neue Verwaltung in Österreich, AAZ 13. 11. 1865.
- Fröbel, Julius: Die schleswig-holsteinische Sache als europäische Angelegenheit, AAZ 27. 2. 1866.
- Fröbel, Julius: Frankreich und Deutschland, AAZ 3. 5. 1866.
- Fröbel, Julius: Die jüngsten Kammerverhandlungen in Württemberg, AAZ 8. 6. 1866.
- Fröbel, Julius: Österreich und der deutsche Bund, AAZ 12. 6. 1866.
- Fröbel, Julius: Eroberung oder nationale Umwälzung, AAZ 11. 8. 1866.
- Fröbel, Julius: Das Großdeutschthum und die Reaction, AAZ 5. 9. 1866.
- Fröbel, Julius: [Korrespondenz aus Stuttgart], AAZ 6. 9. 1866.
- Fröbel, Julius: Die Parteien zwischen Gegenwart und Zukunft, AAZ 7. 9. 1866.
- Fröbel, Julius: Entweder – oder, AAZ 13. 9. 1866.
- Fröbel, Julius: [Korrespondenz aus Stuttgart], AAZ 6. 10. 1866.
- Fröbel, Julius: Das deutsche und das europäische Föderativsystem, AAZ 12. – 20. 10. 1866.
- Fröbel, Julius: Überschätzung und Unterschätzung des Erfolgs, AAZ 23. 10. 1866.
- Fröbel, Julius: Österreich und der norddeutsche Bund, AAZ 25. 2. 1867.

- Fröbel, Julius: Österreich, Deutschland und Europa, AAZ 26. 3.-4. 7. 67.
- Fröbel, Julius: [Leitartikel, jeweils ohne Titel und ungezeichnet; 2-5 pro Woche], SP 30. 9. 1867-1. 1. 1871 (in den Fußnoten jeweils Datum angegeben).
- Fröbel, Julius: Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen, Bekenntnisse, 2 Bände, Stuttgart 1890-91.
- Giskra, Carl: Wahlrede für die Landtags-Candidatur des II. Bezirks in Brünn im Augarten-Saale am 21. März 1861, Brünn o. J.
- G[rumbrecht, Friedrich Wilhelm August:] [Korrespondenz aus]Lüneburg, in: Zeitung für Norddeutschland 3. 1. 1855.
- [Grumbrecht, Friedrich Wilhelm August:] Politische Betrachtungen für die Gegenwart und die nächste Zukunft von einem alten (nicht Alt-)Liberalen, Bremen 1866.
- Hagen, Karl: Zur vergleichenden Staatskunde, DMO 1850/III, S. 1-18, 169-81 und 356-366.
- Hagen, Karl: Ein paar Worte über Österreichs Politik, DMu 1851, S. 524-29.
- Hartmann, Moritz: Gesammelte Werke, 10 Bände, Stuttgart 1874.
- Hartmann, Moritz: Briefe. Ausgewählt und eingeleitet von Rudolf Wolkan, Wien 1921.
- Hartmann, Moritz: Der Krieg und die stehenden Heere, Jh. 1856, S. 44-49.
- Hartmann, Moritz: Ein Brief aus Italien an den Verfasser des »Juchhe nach Italia!«, DSt 1860, S. 231-88.
- Hartmann, Moritz: Übersicht [=unregelmäßige, ungezeichnete Leitartikel], AAZ-W 2. 1.-1. 11. 1867 (in den Fußnoten jeweils Datum angegeben).
- [Herzen, Alexander:] Omnia mea mecum porto. Eine freundschaftliche Admonition, DMO 1850/III, S. 224-43.
- Herzen, Alexander: Erinnerungen, Band 2, Berlin 1907.
- Heyderhoff, Julius (Hrsg.): Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859-1870. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer, Reprint Osnabrück 1967 (Bonn 1925).
- Hildebrandt, Gunther (Hrsg.): Opposition in der Paulskirche. Reden, Briefe und Berichte kleinbürgerlich-demokratischer Parlamentarier 1848/49, Berlin 1981.
- Hildebrandt, Gunther (Hrsg.): Die Paulskirche. Parlament in der Revolution, Berlin 1986.
- Höbel, Lothar (Hrsg.): Der Vater der Verfassung. Aus den Denkwürdigkeiten Anton Ritter v. Schmerlings, Wien 1993.
- Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, 3. Aufl., Band I und II, Stuttgart 1978.
- In memoriam Lorenz Brentano, Chicago o. J. [1891].
- Jacoby, Johann: Briefwechsel 1816-1849. Hrsg. und erläutert von Edmund Silberner, Hannover 1974.
- Jacoby, Johann: Briefwechsel 1850-1877. Hrsg. und erläutert von Edmund Silberner, Bonn 1978.
- Jacoby, Johann: Gesammelte Schriften und Reden, 2. Theil, Hamburg 1872.
- Jacoby, Johann: Die Grundsätze der Preussischen Demokratie. Zwei Reden in der Königsberger Urwähler-Versammlung am 10. und 11. November 1858, Berlin 1859 (auch in: GS II, S. 96-108).
- Jacoby, Johann: Mahnruf an Preußens Vertreter, Danziger Zeitung 11. 1. 1861, Königsberger Telegraph 12. 1. 1861, VossZ 17. 1. 1861, BVZ 17. 1. 1861 (auch in: Jacoby, Briefwechsel II, 132 f.; GS II, S. 142-44).

- Jacoby, Johann: Rede des Abgeordneten Dr. Johann Jacoby gehalten in der Wahlmännerversammlung des II. Berliner Wahlbezirks am 13. November 1863. Leipzig 1863 (auch in: GS II, S. 205–15).
- Jacoby, Johann: Heinrich Simon. Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, 2. Aufl., Berlin 1865.
- J[oseph], [Hermann]: Zuruf aus Deutschland, Österreichische Zeitung 5. 3. 1861.
- [Joseph, Hermann: Korrespondenz aus Leipzig/Auszug aus einem Privatbrief], SHC 22. 5. 1859.
- Jucho, Siegfried: [Erklärung zur Übergabe der Reichsverfassung an den Norddeutschen Reichstag], Frankfurter Tageblatt und Handelseourier 19. 3. 1870.
- Jucho, Siegfried: [Antwort auf Vorwürfe der Frankfurter Zeitung], ebd. 31. 3. 1870 (Abschriften von beiden Artikeln in: BA FSg. 1/116).
- Junghanns, Damian, Jakob Venedey u. a.: Denkschrift an die Regierungen und das Volk unserer Südstaaten, Beobachter 14. 8. 1867.
- Kinkel, Gottfried: Moriz Hartmann, AAZ 22.–28. 12. 1875.
- Körner, Hermann Joseph Aloys: Lebenskämpfe in der Alten und Neuen Welt, Band 2., Zürich 1866.
- Kolatschek, Adolph: Prospect »Deutsche Monatsschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und Leben«, Stuttgart 1849 (u. a. in BAP 90 Ve 1/30).
- Kolatschek, Adolph: Das ganze Deutschland soll es sein. Ein Programm, Beobachter 12./13. 10. 1859 (zuerst in: StdZ).
- Kolatschek, Adolph: Die Juchheisten, StdZ 1860/IV, S. 28–44.
- Kolatschek, Adolph: Zur Abfertigung, Kölnische Zeitung 17. 10. 1860.
- Kolatschek, Adolph: Die Aufgabe der deutschen Monarchie in der Gegenwart, AAZ 13. 2. 1861.
- Kolatschek, Adolph: [Korrespondenz aus Wien], AAZ 13. 3. 1861
- [Adolph Kolatschek:] Das Octoberdiplom und die Februarverfassung, StdZ 1861/II, S. 894–99.
- Kolatschek, Adolph: Die Union Ungarns mit Österreich und Deutschland, StdZ 1861/II, S. 930–44.
- [Kolatschek, Adolph?:] Deutschland und Österreich, StdZ 1861/IV, S. 561–69.
- [Kolatschek, Adolph: Korrespondenz aus Wien], AAZ 12. 12. 1863.
- [Kolatschek, Adolph: Korrespondenz aus Wien], AAZ 23. 1. 1864.
- Kolatschek, Adolph: Die Stellung der Frauen in Amerika. Ein Vortrag, Wien 1864.
- Kolb, Georg Friedrich: Die baierischen Landtage von 1849 und 1850, DMO 1850/II, S. 329–43.
- Kolb, Georg Friedrich: Auch ein Wort zur Neuenburger Frage, Jh 1856, S. 204–8.
- Kolb, Georg Friedrich: Ein deutsches Land (Brief aus Rheinbayern), Jh 1856, S. 229–32.
- Kolb, Georg Friedrich: Wohin sind wir gekommen seit 1849? Jh 1857, S. 201–5.
- Kolb, Georg Friedrich: Stehende Heere und Volkswehr, Jh 1857, S. 225–7.
- Kolb, Georg Friedrich: Italienische Zustände, Jh 1857, S. 369–74 u. 393–7.
- Kolb, Georg Friedrich: Die Italiener und ihre Ankläger, Jh 1857, S. 537–43.
- Kolb, Georg Friedrich: Soziale Umgestaltungen, Jh 1857, S. 585–90.
- Kolb, Georg Friedrich: Die Schweiz in ihren bürgerlichen und politischen Zuständen, ihren finanziellen, militärischen, Gewerbs- und Handelsverhältnissen, 2. Aufl., Zürich 1858, Auszüge in: Beobachter 24. 3. 1864.
- Kolb, Georg Friedrich: Art. Baiern, in: Staats-Lexikon, 3. Aufl., Band 2, Leipzig 1858, S. 250–262.

- [Kolb, Georg Friedrich, unter dem Pseudonym F. K. Broch:] Italien und die jetzige politische Lage des übrigen Europa. Einleitung in die Geschichte Italiens vom Beginne der ersten französischen Revolution bis zur neuesten Zeit. Zürich 1859.
- Kolb, Georg Friedrich: [Redaktionsprogramm], FfZ 18.9.1859 (zit. nach FfZ 21.8.1863).
- Kolb, Georg Friedrich: [unregelmäßige ungezeichnete Leitartikel ohne Titel, in der Regel mit der Sigle *], FfZ seit September 1859 (in den Fußnoten jeweils Datum angegeben).
- ... b [= Kolb, Georg Friedrich]: Aus Deutschland, SHC 23.1.1860.
- Kolb, Georg Friedrich: Die Nachteile des stehende Heerwesens und die Nothwendigkeit der Ausbildung eines Volkswehrsystems, Leipzig 1862.
- Kolb, Georg Friedrich/Sigmund Müller: Bericht über die Sitzung des [36er-]Ausschusses der Versammlung von Mitgliedern deutscher Landesvertretungen, Frankfurt/M. 1864, auch in: Beobachter 25.10.1864.
- Kolb, Georg Friedrich: Die geschäftsleitende Commission an die Schleswigholsteinischen Vereine und Hilfsausschüsse, Frankfurt/M. 1864.
- Kolb, Georg Friedrich: [Kommentar zu Ludwig Simons Rede auf dem deutschen Turnfest in Paris], in: FfZ, zit. nach: Beobachter 3.6.1865.
- Kolb, Georg Friedrich/August Röckel: An das deutsche Volk, FfZ 5.7.1866; Beobachter 6.7.1866.
- Kolb, Georg Friedrich/August Röckel: An das deutsche Volk, Beobachter 22.7.1866.
- Kolb, Georg Friedrich: Culturgeschichte der Menschheit. Eine allgemeine Weltgeschichte nach den Bedürfnissen der Jetztzeit, Band 2, Leipzig 1870.
- Kolb, Georg Friedrich: Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808–1884. Hrsg. von Ludwig Merckle, Freiburg 1976.
- [Kuranda, Ignatz:] [Leitartikel], OP 9.3.1861.
- Kuranda, Ignatz: 1848 – 1861, OP 14.3.1861.
- Kuranda, Ignatz: [Wahlrede], OP 18.3.1861, vgl. Die Presse, Wien 17.3.1861, 2.
- Kuranda, Ignatz: [Leitartikel], OP 22.3.1861.
- Kuranda, Ignatz: [Rede am 27. 11. 1866 im niederösterreichischen Landtag], Beobachter 2.12.1866.
- [Kurz, Hermann:] Der Friede und Deutschland, Beobachter 26.1.1856.
- Kurz, Hermann: Deutschland, wo und wie? Beobachter 8.4.–12.6.1856.
- Kurz, Hermann: Rückblicke, Beobachter 24.–28.5.1856.
- Kurz, Hermann: Der Augenblick für Deutschland, Beobachter 24.–26.2.1857.
- Kurz, Hermann: Die österreichische Presse in Sachen der Herzogthümer, Beobachter 28.3.1857.
- Kurz, Hermann: Deutschland, Beobachter 14.–17.11.1857.
- Kurz, Hermann: Der neue »Rheinbund«, Beobachter 19.–21.11.1857.
- Kurz, Hermann: Der »schwäbische Bund«, Beobachter 3. und 4.12.1857.
- Kurz, Hermann: Die Tagesfragen und die deutsche Frage, Beobachter 3. und 5.1.1858.
- Lassalle, Ferdinand: Gesamtwerk. Hrsg. von Erich Blum, Band 1, Leipzig o.J.
- Lassalle, Ferdinand: Nachgelassene Briefe und Schriften. Hrsg. von Gustav Mayer, 5. und 6. Band, Stuttgart 1925.
- Le Mang, Richard: Der Deutsche Nationalverein, Berlin 1909.
- Leue, Friedrich Gottfried: Die Regentschaftsfrage, Beobachter 25.9.1858 (Nachdruck aus der Kölnischen Zeitung).
- Leue, Friedrich Gottfried: Preußen und Österreich gegen Frankreich, Leipzig 1859.
- Libelt, Karol: Koalicya Kapitalu i Pracy, Poznan 1868.

- L[öher], Fr[anz] v.: Oskar v. Wydenbrugg, AAZ 21.-22. 7. 1876.
- Löwe, Wilhelm: Preußens Beruf in der deutschen Sache, DJ 1862/II, S. 169-90.
- Löwe, Wilhelm: Fichte's politische Bedeutung, in: Die Fichte-Feier der Berliner Mitglieder des National-Vereins. 19. Mai 1862. Ein Erinnerungsblatt, Berlin 1862, S. 27-46.
- Löwe, Wilhelm: [Wahlrede 14. 5.], NZ Nr. 222, 16. 5. 1866; BVZ 17. 5. 1866.
- Löwe, Wilhelm: [Wahlrede in Dortmund 3. 6.], NZ ca. 5. 6. 1866 (Exemplar in: BLHA 11377, Bl. 56).
- Löwe, Wilhelm: Rede des Abg. Dr. Loewe-Calbe im berliner Arbeiterverein, VZ 3.-4. 11. 1866.
- Löwe, Wilhelm: Vorlesung über den Freiherrn v. Stein [im Berliner Handwerker-Verein], VZ 17. 11. 1866.
- Löwe, Wilhelm: [Wahlrede 17. 12.], in: Ludolf Parisius (Hrsg.): Flugblatt Nr. 6 [der preußischen FP]. Erste große Volksversammlung betreffend die Wahlen zum Norddeutschen Parlament gehalten in Berlin am 17. Dezember 1866, Berlin o. J. (Exemplar in: BLHA 15534).
- Löwe, Wilhelm: [Tonhallenrede], VossZ 29. 8. 1867 (Hauptblatt und Erste Beilage).
- Löwe, Wilhelm/Ludolf Parisius für das Central-Wahl-Comité [der preußischen FP]: Flugblatt Nr. 18. Der Wahltag und was wir noch dafür zu thun haben, Berlin o. J. [1867].
- Marx, Karl: Herr Vogt. London 1860, in: MEW 14, S. 381-686.
- Marx, Karl/Friedrich Engels: Die großen Männer des Exils (1852, damals unveröffentlicht), in: MEW 8, S. 233-335.
- Mayer, Carl: An die württembergischen Demokraten, Beobachter 1850, S. 648.
- Mayer, Carl: Eine Festfahrt zu Heinrich Simon's Denkmal, DJ 1863/I, S. 296-321.
- Mayer, Carl: Einfache Stoßseufzer eines friedfertigen Deutschen, Schweizer Handels-Courier, Biel 11. 2. 1863.
- Mayer, Carl: Die Abgeordnetenversammlung in Frankfurt, Beobachter 24. 12. 1863.
- Mayer, Carl: Beim Redaktionswechsel, Beobachter 10. 2. 1864.
- Mayer, Carl: [gelegentlich Leitartikel ohne Titel], Beobachter seit Februar 1864 (in den Fußnoten jeweils Datum angegeben).
- Mayer, Carl: Noch ein Wort von Seiten der Redaktion, Beobachter 17./18. 2. 1864.
- Mayer, Carl: Zum Programm der deutschen Volkspartei, Beobachter 24. 2. 1864.
- Mayer, Carl: Die Mittel der Mittelstaaten, Beobachter 25. 2. 1864.
- Mayer, Carl: Keine Phrasen mehr! Beobachter 3. 3. 64.
- Mayer, Carl: Die Aufhebung der Parteifusion, Beobachter 8. 3. 1864.
- Mayer, Carl: Das Parlament, Beobachter 12. 3. 1864.
- [Mayer, Carl?:] Die Osterversammlungen und der Centralausschuß, Beobachter 5. 4. 1864.
- [Mayer, Carl:] Denkbequemlichkeit, Beobachter 14. 4. 1864.
- Mayer, Carl: Das Comité der Landesversammlung vom 8. Mai, Beobachter 25. 5. 1864.
- Mayer, Carl: Immer wieder von der allgemeinen Volkswehr, Beobachter 26. 5. 1864.
- Mayer, Carl: Die Sprengung des Zollvereins, Beobachter 27. 5. 1864.
- Mayer, Carl: Resolute oder Resolutionspolitik? Beobachter 15. 6. 1864.
- [Mayer, Carl?:] Die Hegemonomanie, Beobachter 17. 6. 1864.
- Mayer, Carl: Späte Einsicht, Beobachter 18. 8. 1864.
- Mayer, Carl: Einheit und Freiheit, Beobachter 20. 8. 1864.
- Mayer, Carl: Der schwäbische Particularismus, Beobachter 2. 9. 1864.

- [Mayer, Carl:] Bericht der Redaction über die Versammlung in Eisenach, Beobachter 5.-10. 11. 1864.
- [Mayer, Carl?:] Schon wieder die »Schwäbische Zeitung«, Beobachter 10. 3. 1865.
- Mayer, Carl: Die Verhandlung über die Fetzersche Motion, Beobachter 7. 4. 1865.
- [Mayer, Carl:] Ludwig Simons Rede beim deutschen Turnfest in Paris, Beobachter 3. 6. 1865.
- Mayer, Carl: Über Ludwig Bamberger's Rede, Beobachter 4.-5. 7. 1865.
- Mayer, Carl: Das Bremer Schützenfest, Beobachter 19.-30. 7. 1865.
- [Mayer, Carl:] Die deutschen Nationalfeste, Beobachter 3. 8. 1865.
- [Mayer, Carl?:] Die Theilung Deutschlands, Beobachter 26. 8. 1865.
- [Mayer, Carl:] Zur Verständigung, Beobachter 27. 10. 1865.
- [Mayer, Carl?:] Nach dem 29. Oktober, Beobachter 8. 11. 1865.
- [Mayer, Carl:] Eine Thüre geht auf, Beobachter 14. 4. 1866.
- [Mayer, Carl?:] Keinen Mann und keinen Gulden! Beobachter 9. 5. 1866.
- Mayer, Carl: Weder mit Österreich, noch mit Preußen, nur mit der Freiheit, Beobachter 12. 5. 1866.
- [Mayer, Carl:] Schwarz-roth-gold, Beobachter 24. 6. 1866.
- [Mayer, Carl?:] Es wird nicht mit Bismarck paktirt, Beobachter 20. 7. 1866.
- [Mayer, Carl:] »Republikanisch oder Cäsarisch«, Beobachter 11. 9. 1866.
- Mayer, Carl: Ludwig Bamberger, Beobachter 22. 9. 1866.
- [Mayer, Carl:] Das am 11. November in Stuttgart beschlossene Programm, Beobachter 28. 11. 1866.
- Mayer, Carl: Ludwig Bamberger, Beobachter 8. 12. 1866.
- [Mayer, Carl?:] Noch einmal Ludwig Bamberger, Beobachter 23. 12. 1866.
- Mayer, Carl: 1866, Beobachter 1. 1. 1867.
- [Mayer, Carl?:] Der Antrag der Linken im preußischen Abgeordnetenhaus, Beobachter 10. 5. 1867.
- Mayer, Carl: Herr Hering, Advocat in Eisenach, Vicepräsident des Landtags in Weimar, Beobachter 18. 5. 1867.
- Mayer, Carl: Herr Hering, Beobachter 6. 6. 1867.
- [Mayer, Carl:] Die große deutsche Fortschrittspartei, Beobachter 12. 6. 1867.
- Mayer, Carl: Rede bei der Märzfeier in Frankfurt, Beobachter 4. 3. 1873.
- Mayer, Carl: Stuttgarter Klatsch, in: Die Wage. Wochenblatt für Politik und Literatur, Jg. 2 (1874), S. 202-8, S. 216-24, S. 233-5.
- Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtags im Königreich Sachsen, 2. Kammer, Dresden 1849-73 (Sächs. LT).
- [Mohl, Moriz:] An das württembergische Volk, Beobachter (Beil.) 12. 7. 1849.
- [Mohl, Moriz:] Korrespondenz aus dem südwestlichen Deutschland, AAZ 8. 4. 1859, S. 1582.
- [Mohl, Moriz:] Die Bundesreform, AAZ 19. 9. 1862, S. 4333 f.
- [Mohl, Moriz:] Der Zollverein, AAZ 23. 10. 1862, S. 4886.
- [Mohl, Moriz:] Der Zollverein, AAZ 2. 1. 1863, S. 18 f.
- [Mohl, Moriz:] Zur Lage Deutschlands, AAZ 1. 5. 1863, S. 1997 f.
- [Mohl, Moriz:] Zur Einigung mit Österreich, AAZ 17. 7. 1863, S. 3273 f.
- [Mohl, Moriz:] Zur Lage des Vaterlandes, AAZ 27. 7. 1863, S. 3441 f.
- [Mohl, Moriz:] Deutschlands Lage, AAZ 13. 4. 1864, S. 1677 f.
- [Mohl, Moriz:] Was jetzt in der Zollsache? AAZ 12. 6. 1864, S. 2657 f.
- Mohl, Moriz: Die Zukunft Süddeutschlands, Stuttgart 1866.
- Mohl, Moriz, Mahnruf zur Bewahrung Süddeutschlands vor den äußersten Gefahren, Stuttgart 1867.

- Na'aman, Shlomo: Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63, Assen 1975.
- Näf, Werner: Nach der deutschen Revolution von 1848/49. Briefe von Ludwig Pfau und Carl Vogt aus dem Exil, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, Jg. 12 (1932), S. 166–209.
- Näf, Werner: Abrechnung mit der deutschen Revolution von 1848/49 (Aufzeichnungen Carl Vogts), in: Ders. (Hrsg.): Deutschland und die Schweiz in ihren kulturellen und politischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Bern 1936, S. 193–219.
- Nägele, Ferdinand: Unser Standpunkt in der deutschen Sache, Beobachter 13. 10. 1849.
- Nägele, Ferdinand: Zur deutschen Frage, Beobachter 30. – 31. 1. 1861.
- Nägele, Ferdinand: Ein Versuch zur Verständigung über Nationalverein und Handelsvertrag, Beobachter 20. 1. 1863.
- Nägele, Ferdinand: [Zum Schleswig-Holstein-Konflikt], in: Murrthalbote 15. 4. 1864, Auszüge: Beobachter 28. 4. 1864.
- Bericht des Abgeordneten Nägele über sein Verhalten auf dem letzten Landtage, Beobachter 17. – 21. 2. 1866.
- Nägele, Ferdinand: Entgegnung I.-IV., Beobachter 30. 1. – 5. 2. 1869.
- Ein Namensverzeichnis, Jh 1857, H. 46–52.
- Nauwerck, Carl: Die deutsche Reichsverfassung, verglichen mit der schweizerischen und amerikanischen Bundesverfassung und mit der sogenannten Dreikönigs-Verfassung, DMO 1850/I, S. 26–46.
- Nauwerck, Carl: Schicksale deutscher Volksvertreter, DMO 1850/III und IV; BldZ 9. 10. 1850.
- Nauwerck, Carl: Die Gegenwart im Lichte der menschlichen Entwicklungsgesetze, DMO 1850/III, S. 345–356.
- Nauwerck, Carl: (Rez.) Das Erfurter Parlament und der Berliner Fürsten-Congreß. Von A. L. v. Rochau und G. Oelsner-Monmerqué, Leipzig 1850, DMO 1851/I, S. 380–88.
- Nauwerck, Carl: Die soziale Frage und der Staat als Versicherungsanstalt, Jh 1857, S. 609–17.
- Nauwerck, Carl: Ein Wort aus Zürich, in: Der deutsche Eidgenosse, 15. 8. 1865.
- Nauwerck, Carl: Ein Lückenbüßer, ebd. 15. 6. 1866.
- [Nauwerck, Carl u. a. ?:] Macht Euch wehrhaft. Von Freunden deutscher Freiheit und Einheit in der Schweiz, Zürich o. J. [1867] (1 Ex. in BA 90 Ve 1/37).
- Das Ober- und Unterhaus der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz, in: Der Leuchtturm 5 (1850), S. 603–10.
- Paur, Theodor: Was die Wortführer des deutschen Volkes nicht vergessen sollten! Von einem Mitunterzeichner der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849, Görlitz 1860.
- Paur, Theodor: Ein Wort über offene und geheime Wahl-Abstimmung, GA 10. 3. 1861.
- Paur, Theodor: [Vortrag vor einer Wählerversammlung in Görlitz zur Schleswig-Holstein-Frage am 31. 3. 64], GA ca. 5. 4. 1864, S. 463.
- Paur, Theodor: [Vortrag vor dem National-Verein zu Görlitz am 18. 6. 1864], GA ca. 23. 6. 1864, S. 874 (Manuskript: AkadW/21).
- Der Vortrag des Dr. Paur in der hiesigen National-Vereins-Sitzung vom 8. d. Mts., GA 14. 10. 1864.

- Paur, Theodor: Ursprung, Licht- und Schattenseiten der preußischen Verfassung, VossZ [?] ca. 5. 12. 1864 und 8. 1. 1865 (ein Exemplar in: AkadW/21, Bl. 14 ff.).
- Die Ansprache des Abgeordneten Dr. Paur am 5. Januar an seine Wähler, GA 8. 1. 1865.
- [Paur, Theodor:] Die Generalversammlung des Nationalvereins, GA 11. 11. 1865.
- Paur, Theodor: [Vortrag vor dem National-Verein zu Görlitz], GA 25. 4. 1866.
- Paur, Theodor: Aus dem Abgeordnetenhaus, GA 15., 22. und 29. 1., 5. und 10. 2., 7. und 14. 5., 4. 6., 26. 11., 3., 10. und 18. 12. 1867, 4., 21. und 28. 1., 4., 11. und 18. 2., 4. 3., 10., 17. und 24. 11., 1., 8., 15. und 22. 12. 1868, 18. und 26. 1., 1., 8. und 16. 2. 1870, 10. und 18. 1., 15. und 23. 2., 5., 12. und 21. 12. 1871.
- Preußische Zustände. Von einem Parlamentsmitglied, DMO 1850/I, S. 209–22.
- Raveaux, Franz: Brief eines deutschen Demokraten über französische Zustände, DMO 1851/I, S. 92–108.
- Reinstein, August: (Rez.) Grundzüge eines deutschen Strafverfahrens von J. D. H. Temme, DMO 1850/I, S. 285–88.
- Riehl, Wilhelm Heinrich: Die bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 1851.
- Riesser, Gabriel: Gesammelte Schriften. Hrsg. im Auftrag des Comité der Riesser-Stiftung von Meyer Isler, Band I und IV, Frankfurt/M. 1867/68.
- Rochau, Ludwig August v.: Grundsätze der Realpolitik. Hrsg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler. Berlin 1972 (1. Teil: 1853, 2. Teil: 1869).
- Rodbertus, Johann Karl: Gesammelte Werke und Briefe, Band 1, 2. Osnabrück 1971.
- R[ödinger], F[riedrich]: Das Wetterleuchten, Beobachter 28. 1.–1. 2. 1859.
- Rödinger, Friedrich: Die Königswahl (Gedicht), Beobachter 10. 11. 1859.
- Rödinger, Friedrich: Die Gesetze der Bewegung im Staatsleben, Stuttgart 1864.
- Rödinger, Friedrich: Über die Organisation in Württemberg, Beobachter 3.–5. 4. 1866.
- Rödinger, Friedrich: [Bericht über seine Abgeordnetentätigkeit], Hohenloher Bote, auszugsweise in: Beobachter 14.–15. 11. 66.
- R[oesler], A[dolph]: Rückblick auf die Linke in der Reichsversammlung, in: Beobachter 21. 8. 1849.
- Rosenberg, Hans: Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie, 2 Bände, München 1935.
- Rosenberg, Hans: Honoratiorenpolitiker und »großdeutsche« Sammlungsbestrebungen im Reichsgründungsjahrzehnt, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19 (1970), S. 155–233.
- Roßmäßler, Emil Adolf: Mein Leben und Streben im Verkehr mit der Natur und dem Volke. Nach dem Tode des Verfassers hrsg. von Karl Ruß, Hannover 1874.
- Roßmäßler, Emil Adolf: Aus der Heimath. [Sonderausgabe zum Frankfurter Schützenfest 1862], zit. nach: Ders., Mein Leben, S. 365–76.
- Roßmäßler, Emil Adolf: Ein Wort an die deutschen Arbeiter. Berlin 1863, Auszüge: Beobachter 16. 1. 1863.
- Roßmäßler, Emil Adolf: Antrag an den deutschen Abgeordnetentag zu Frankfurt/M. im August 1863 (u. a. Würt. LB fol. 880).
- Roßmäßler, Emil Adolf: Unsere Lage. Ein ernstes Wort an das deutsche Volk und dessen Fürsten, 2. Aufl., Leipzig 1866.
- Roßmäßler, Emil Adolf: Ablehnung einer Candidatur für das »norddeutsche Parlament«, Coburger Tagblatt 8. 1. 1867.
- Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825–1880. Hrsg. von Paul Nerrlich, Band 2: 1848–1880, Berlin 1886.

- Ruge, Arnold: An's Volk und an Politiker. Zur Förderung des Umschwungs seit 1866, Berlin 1869 (Sammlung).
- Ruge, Arnold: Die Gründung der Demokratie in Deutschland oder der Volksstaat und der social-demokratische Freistaat, Leipzig 1849.
- Ruge, Arnold: Rede gesprochen am 13. März in Freemasons Tavern, in: Tages-Chronik Bremen, 18. 4. 1851.
- Ruge, Arnold: Vertraulicher Brief an die Verbrecher in Deutschland. o. O. [1851] (BLHA 12528, Bl. 117f.).
- Ruge, Arnold: Nach dem Kriege, vor der Entscheidung I.-V., in: Jh 1856, S. 177-179, 201-203 und 225-229; Jh 1857, S. 1-6 und 25-33.
- Ruge, Arnold: Zur Verständigung über England und die Schweiz, DMu 1857/II, S. 1-9 und 48-55.
- Ruge, Arnold: Das niedere Volk oder die Masse. Eine Ehrenrettung, Jh 1859, S. 74-78 und 87-91.
- Ruge, Arnold: Die Nothwendigkeit, neue Parteien zu bilden: 1. Die Partei der Staatseinheit mit Preußen; 2. Die Partei der Selbstregierung, Jh 1859, S. 129-36.
- Ruge, Arnold: Deutschland und Österreich, Jh 1859, S. 211-14.
- Ruge, Arnold: Die Freiheit der Hauptvölker. Ein Vademecum für ihre Verehrer I.-IV., DMu 1859, S. 482-94, 545-54, 686-98 und 725-36.
- Ruge, Arnold: Der demokratische Rückschlag in der Entwicklung, DMu 1859, S. 857-66.
- Ruge, Arnold: Die Amnestie, DMu 10/II (1860), S. 21-25.
- Ruge, Arnold: Die drei Völker und die Legitimität oder Die Italiener, die Ungarn und die Deutschen beim Sturze Österreichs, London 1860.
- Ruge, Arnold: Was wir brauchen. Ein Memento mori für das Preußen des Staatsstreichs (Fortsetzung der Schrift: die 3 Völker und die Legitimität), Bremen 1861.
- Ruge, Arnold: Der asiatische Geist in seiner Herrschaft über Europa, DSt 1861, S. 81-92.
- Ruge, Arnold: »Habent sua fata libelli.« Die rückläufige und die rechtläufige Bewegung. Elbing o. J. [1862] (ursprgl. FfZ Anfang November 1862; nachgedruckt in: Beobachter 8. 11. 1862; SHC 12. und 13. 11. 1862).
- Ruge, Arnold: Jahrbuch des Volks, Hamburg 1865.
- Ruge, Arnold: An die deutsche Nation. Manifest. Hamburg 1866 (zuerst in: NZ, Nachdruck u. a. in: Staatsbürger-Zeitung 6. 7. 1866).
- Ruge, Arnold: Aufruf zur Einheit, Berlin 1866.
- Ruge, Arnold: Unsere innere und äußere Politik. Ein Entwurf der neuen Lage (Denkschrift für Robert v. Keudell, September 1866, GStA Rep. 92 NL R. v. Keudell/11), revidierte Fassung vom September 1868 in: Ders., Ans Volk und an Politiker, S. 47-83.
- Ruge, Arnold: [Offener Brief an die Deutschamerikaner], Kölnische Zeitung 14. 1. 1867.
- Ruge, Arnold: Der Krieg und die Entwaffnung, Berlin 1867.
- Ruge, Arnold: Wanderbuch 1825-1873. Ausgabe für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Leipzig 1874.
- Schaffrath, Wilhelm Michael: Rechenschaftsbericht des Abg. Dr. Schaffrath über die Jahre 1848 und 1849, in: Zeitung für das Meißener Hochland, 12.-26. 1. 1850 (auch in: BA FSg. 220).
- Schaffrath, Wilhelm u. a.: Programm der Freunde der Freiheit in Sachsen. Juni 1859, SHC 14. 7. 59; New Yorker Demokrat. Wöchentliche Ausgabe (1 Ex. in: BLHA 13836, 15f.).

- Das Schicksal der Mitglieder des Rumpfparlaments, Beobachter 16. 9. 1851.
- Schmidt, Adolf: Elsaß und Lothringen. Nachweis, wie diese Provinzen dem deutschen Reiche verloren gingen, Leipzig 1859.
- Schmidt, Adolf: Preußens Deutsche Politik. 1785. 1806. 1849. 1866. Umgearb. und bis auf die Gegenwart fortgeführte 3. Aufl., Leipzig 1867.
- Schüler, Gottlieb Christian: Betrachtungen über die anzustrebende Einheit Deutschlands, Berlin 1859.
- Schüler, Gottlieb Christian: An die Männer der göppinger Versammlung, Beobachter 19. 1. 1860.
- Schütz, Friedrich: Ein Schreiben über die jetzigen Zustände Deutschlands, Mainzer Zeitung 8.-9. 1. 1867 (von Herrn Dr. Manfred Köhler, Frankfurt/M., freundlicherweise zur Verfügung gestellt).
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Deutschlands gegenwärtige politische Lage und die nächste Aufgabe der demokratischen Partei, Frankfurt/M. 1849.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Die ungarische und die deutsche Revolution, DMO 1850/IV, S. 276-92 und S. 344-67.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: (Rez.) Nachgelassene Schriften von G. Büchner, Frankfurt/M. 1850, DMO 1851/I, S. 210-33.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Der Froschmäusekrieg zwischen den Pedanten des Glaubens und Unglaubens. Mit einer Zueignung an Professor Karl Vogt, Leipzig 1856.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Art. Anarchie/Nachtrag im Rückblick auf die Ereignisse des letzten Jahrzehnds, in: Staats-Lexikon, 3. Aufl., Band 1, Leipzig 1856, S. 497-502.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Art. Communismus, in: Staats-Lexikon, 3. Aufl., Band 3, Leipzig 1859, S. 589-624.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Art. Communismus und Socialismus seit 1848, ebd., S. 624-689.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Die Rettung der Gesellschaft aus den Gefahren der Militärherrschaft. Eine Untersuchung auf geschichtlicher und statistischer Grundlage über die finanziellen und volkswirthschaftlich, die politischen und socialen Einflüsse des Heerwesens, Leipzig 1859.
- Schulz-Bodmer, Wilhelm: Entwaffnung oder Krieg. Eine Denkschrift für den Italienischen Congreß. Zugleich ein Nachtrag zu der Schrift: Die Rettung der Gesellschaft aus den Gefahren der Militärherrschaft, Leipzig 1859.
- Schuselka, Franz: Das Interim, die kleinen deutschen Staaten und die deutsche Freiheit, Wien 1849.
- Schuselka, Franz: Das provisorische Österreich, Leipzig 1850.
- Schuselka, Franz: Völker-Einigung. Ein Beitrag zur Versöhnung der Nationalitäten Österreichs, Leipzig 1851.
- Schuselka, Franz: Orient und Occident, AAZ 16. u. 22. 4. 1854.
- Schuselka, Franz: Die Revision der Karte von Österreich, AAZ 1. 6. 1854.
- Schuselka, Franz: Österreich und die Donaufürstenthümer, AAZ 19. 7. 1854.
- Schuselka, Franz: Preußen als Großmacht und die Nondum meridies-Politik, Leipzig 1855.
- Schuselka, Franz: [Wahlrede], Die Presse, Wien 14. 3. 1861, vgl. OP 15. 3. 1861, S. 3.
- Schuselka, Franz: Österreich und Ungarn, Wien 1861.
- Schuselka, Franz: Deutschland und die Deutsch-Österreicher, in: Die Reform 1862, S. 1025-30.
- Schuselka, Franz: [Eine Stimme aus Österreich für unmittelbare Volkswahlen zum deutschen Parlament], Beobachter 13. 9. 1863 (ursprgl. in: Reform. Wien).

- Siemann, Wolfram: Der »Polizeiverein deutscher Staaten«. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49, Tübingen 1983.
- Simon, Heinrich: Die Natur, der Mensch, die sociale Republik, DMO 1851/II, S. 362–66.
- Simon, Heinrich: Don Quixote der Legitimität oder Deutschlands Befreier, Zürich 1859.
- Simon, Heinrich: Soll die Militairlast in Preußen erhöht werden? Berlin 1860.
- Simon, Ludwig: Ein Wort des Rechts für alle Reichsverfassungs-Kämpfer, an die deutschen Geschwornen, Frankfurt/M. 1849.
- Simon, Ludwig: Zur Kritik des deutschen Parlaments und dessen Kritik, DMO 1850/I, S. 443–76, DMO 1850/II, S. 78–103.
- Simon, Ludwig: Das Untergangstum, DMO 1850/IV, S. 325–31.
- Simon, Ludwig: Confessionen und Concessionen, DMO 1851/I, S. 194–6, DMO 1851/II, S. 31–39.
- Simon, Ludwig: Das allgemeine Stimmrecht und die Arbeiterdictatur, DMO 1851/I, S. 401–14, DMO 1851/II, S. 161–75 u. 279–91.
- Simon, Ludwig: [Brief aus Lausanne], Trier'sche Zeitung 16.1.1851; BldZ 31.1.–5.2.1851.
- Simon, Ludwig: Aus dem Exil, 2 Bände, Gießen 1855.
- [Simon, Ludwig (Hrsg.):] Leben und Wirken Sr. Majestät Friedrich Wilhelm des Vierten, König von Preußen. Erster Theil. Reden und Trinksprüche Sr. Majestät, Leipzig 1855.
- Simon, Ludwig: Deutschland und seine beiden Großmächte, DSt 1860, S. 203–30.
- Simon, Ludwig: Heinrich Simon, Beobachter 26.8.1860.
- Simon, Ludwig: Der preussische Constitutionalismus, DSt 1861, S. 1–33.
- Simon, Ludwig: Meine Desertion. Ein Zeitbild im Rahmen des preussischen Gottesgnadentums, Frankfurt/M. 1862 (Teilabdruck: Beobachter 21.–26.3.1862).
- Simon, Ludwig: Rede beim deutschen Turnfest in Paris, Beobachter 3.6.1865.
- Aus einem Brief von Ludwig Simon, Beobachter 4.6.1865.
- Simon, Ludwig: [An den letzten Präsidenten der ersten deutschen National-Versammlung, Herrn Dr. Löwe von Calbe in Berlin], Beobachter und FfZ 14.11.1865, Frankfurter Journal 15.11.1865.
- Simon, Ludwig: Deutschland und Frankreich, Beobachter 3.2.1867.
- Simon, Ludwig: Ein erfreulicher Irrthum, Beobachter 7.2.1867.
- Simon, Ludwig: Die Neutralisation Luxemburgs, Beobachter 2.5.1867.
- Simon, Ludwig: Politisches und internationales Recht. Die elsässisch-lothringische Frage. Bericht an die Friedens- und Freiheits-Liga auf deren Lausanner Kongreß erstattet am 29.9.1871, Bern 1871.
- Sommaruga, Franz v.: Johann Nepomuk Berger, in: ADB 2, München 1875, S. 377–380.
- Srbik, Heinrich v./Oskar Schmidt (Hrsg.): Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–66, 5 Bände, Oldenburg 1934–38.
- Staats-Lexikon, hrsg. von Karl v. Rotteck u. Karl Welcker, 2. Aufl., Altona 1835 ff.; 3. Aufl., Leipzig 1856 ff.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des preußischen Hauses der Abgeordneten, Berlin 1859–70 (HdA).
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags des Norddeutschen Bundes/des Deutschen Reichs, Berlin 1867–71 (RT).
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der bayrischen Kammer der Abgeordneten, München 1849–71 (Bayr. LT).

- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main. Hrsg. auf Beschluß der Nationalversammlung durch die Redaktionskonferenz und in deren Auftrag von Franz Wigard, 9 Bände, Frankfurt/M. 1848–49 (StB).
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Deutschen Parlaments zu Erfurt, Band 1: Volkshaus, Erfurt 1850.
- Tafel, Gottlob u. a.: An die Volkspartei, Beobachter 21. 6. 1865.
- Tafel, Gottlob: Das am 11. November in Stuttgart beschlossene Programm, Beobachter 28. 11. 1866.
- Temme, Jodokus D. H.: Die Prozesse gegen Jodocus Temme, Braunschweig 1851.
- Temme, Jodokus: Archiv für die strafrechtlichen Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe Deutschlands 3 (1856).
- Temme, Jodokus: Erinnerungen. Hrsg. von Stephan Born, Leipzig 1883 (hier benutzt: die Neuausgabe unter dem Titel: Augenzeugenberichte der deutschen Revolution 1848/49: ein preußischer Richter als Vorkämpfer der Demokratie. Neu hrsg. und mit einem Anhang versehen von Michael Hettinger, Darmstadt 1996).
- Titus, Nikolaus: Erklärung, in: Volksfreund für das Mittlere Deutschland 2. 11. 1859, Beobachter 15. 11. 1859.
- Titus, Nikolaus: Ein Nachruf an Dr. Martin Mohr, in: Der Deutsche Eidgenosse, Nr. 5/1865, S. 128–9.
- Treitschke, Heinrich v.: Die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, Berlin 1865 (ursprgl. in: Preußische Jahrbücher 15 (1865)).
- Treitschke, Heinrich v.: Der Bonapartismus, ebd. 16 (1865), S. 197–252.
- Treitschke, Heinrich v.: Herr Biedermann und die Annexion, in: Die Grenzboten 24 (1865), S. 394–98.
- Treitschke, Heinrich v.: Die Zukunft der norddeutschen Mittelstaaten, Berlin 1866 (zit. nach: ders.: Aufsätze, Reden und Briefe. Hrsg. von Karl Martin Schiller, Meersburg 1929, S. 289–311).
- Treitschke, Heinrich v.: Die schöne Gleichheit der Franzosen. Nachschrift für Herrn Ludwig Bamberg und Herrn H. B. Oppenheim, ebd., S. 381–3.
- Uhland, Ludwig: Briefwechsel, Band III und IV. Hrsg. von Otto Günther, Stuttgart 1914 und 1916.
- Umscheiden, Philipp Friedrich: Die bayerische Pfalz, AAZ 15. 4. 1860.
- Venedey, Jakob: Die Diplomatie in der schleswig-holstein'schen Frage, DMo 1850/I (hier benutzt: Sonderdruck aus BAP 90 Ve 1/110).
- Venedey, Jakob: Sollen die deutschen Demokraten sich an den Wahlen nach Erfurt und an dem »Erfurter Parlamente« beteiligen? in: Frankfurter Journal 16. 1. 1850.
- Venedey, Jakob: Geschichte des deutschen Volkes, 4 Bände, Berlin 1853–62.
- Venedey, Jakob: Die Nichtsthun-Politik, Schweizerische National-Zeitung 15. 5. 1855.
- [Venedey, Jakob:] Das Radetzky-Album, Zeitung für Norddeutschland, Nr. 1797, 21. 5. 1855.
- Venedey, Jakob: Die »Culturanarchie« Ludwig Simons, Beobachter 20. 2. 1856.
- Venedey, Jakob: Der neue Rheinbund, Beobachter 29. 11. 1857.
- Venedey, Jakob: Die Stellung Deutschlands zur italienischen Frage, in: Zeitung für Norddeutschland 30. 5. 1859, VossZ 1. 6. 1859, AAZ 7. 6. 1859 u.ö.
- Venedey, Jakob: Der italienische Krieg und die deutsche Volkspolitik. An Preußens Volk, Hannover 1859.
- Venedey, Jakob: [Erklärung an den Vorstand der Junggermanischen Gesellschaft], BVZ zwischen 16. 8. und 1. 9. 1859 (BLHA 13915, 42).

- Venedey, Jakob: Pro domo in pro patria, gegen Karl Vogt, Freiburg 1860.
- Venedey, Jakob: [Aufruf zum Besuch des Abgeordnetentages], ursprgl. in: Frankfurter Journal, AAZ 27. 9. 1862, Süddeutsche Zeitung 28. 9. 62.
- Venedey, Jakob: An das deutsche Volk, Beobachter 5. 3. 1863.
- Venedey, Jakob: Die Polenfrage vor dem preußischen Abgeordnetenhaus. Zürich 1863 (vgl. BLHA 14602).
- Venedey, Jakob: Rettung aus den »einfach anarchischen« Zuständen des deutschen Bundes. Eine Schleswig-Holstein-Rede, Müllheim 1864.
- Venedey, Jakob: Rede bei der Gründung des Schleswig-Holstein-Vereins im Weilerthal, Müllheim 1864.
- Venedey, Jakob: Rede zur Begründung der Freiburger Zusätze zu den Frankfurter Vorschlägen für die Ostermontag-Versammlungen, Karlsruhe 1864.
- Venedey, Jakob: Das Grundübel im National-Verein, Freiburg 1864.
- Venedey, Jakob: An Prof. Heinrich v. Treitschke, Mannheim 1866.
- Venedey, Jakob: Ave Caesar, imperator, Morituri te salutant! Müllheim 1866.
- Venedey, Jakob: Der Südbund, Mannheim 1867.
- Venedey, Jakob: [Brief über eine Kandidatur zum Norddeutschen Reichstag], Wiener Presse 7. 2. 1867.
- Venedey, Jakob: Der Nürnberger Arbeitervereinstag und das Programm der IAA, Mannheim 1868.
- Venedey, Jakob: Die Arbeiterbewegung nach ihren Hauptrichtungen, Mannheim [1869].
- Venedey, Jakob: Die »nationale« Lüge vom Bunde der Demokraten und Ultramontanen, in: Neue Badische Landeszeitung 18. 5. 1869.
- Venedey, Jakob: Das Frankfurter Parlament. Vortrag, VossZ 15. 12. 1869 und BLHA 13915, Bl. 46 ff. (Polizeibericht).
- Venedey, Jakob: Die Friedensheulerei während des Krieges, BVZ 14. 1. 1871.
- Verhandlungen der ersten [zweiten/dritten/vierten/fünften/sechsten/siebten und letzten] Generalversammlung des deutschen Nationalvereins am 3./4./5. September 1860 [in Heidelberg am 23. und 24. August 1861/in Coburg am 6. und 7. Oktober 1862/in Leipzig am 16. Oktober 1863/in Eisenach, am 31. Oktober und 1. November 1864/in Frankfurt a.M. am 29. Oktober 1865/in Cassel am 11. November 1867], Coburg 1860–67 (= NV I–VII).
- Verhandlungen der Landesversammlung von Angehörigen der deutschen Fortschrittspartei in Württemberg zu Eßlingen am 14. Dezember 1862, Stuttgart 1863.
- Verhandlungen der verfassungsberatenden Landesversammlung für Württemberg, Stuttgart 1849–50 (= Württ. LT).
- Verhandlungen der württembergischen Kammer der Abgeordneten, Stuttgart 1850–74 (= Württ. LT).
- Verhandlungen der 2. Kammer der Landstände des Großherzogtums Hessen, Darmstadt 1850–66 (= Hess. LT).
- Verhandlungen des Congresses deutscher Abgeordneter in Weimar am 28. und 29. September 1862, Weimar 1862 (= AT I).
- Verhandlungen des zweiten Congresses deutscher Abgeordneter in Frankfurt a.M. am 21. und 22. August 1863, Frankfurt/M. 1862 (= AT II).
- Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen in Frankfurt a.M., 21. Dezember 1863, Frankfurt/M. o.J. (= AT III).
- Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen in Frankfurt a.M., 1. Oktober 1865, Frankfurt/M. o.J. (= AT IV).

- Verhandlungen des dritten Congresses deutscher Abgeordneter am 20. Mai 1866 zu Frankfurt am Main, Frankfurt/M. o.J. (= AT V).
- Vischer, Friedrich Theodor: Kritische Gänge, 2. vermehrte Aufl., 3. Band, Berlin 1920 (Sammlung).
- Vischer, Friedrich Theodor: Die politische Lage vom deutschen Standpunkt, AAZ 7./8.7. 1859 (zunächst in: Zeitung für Norddeutschland; auch in: Ders.: Kritische Gänge, 2. vermehrte Aufl., 3. Band, S. 127-37).
- Vischer, Friedrich Theodor: Die Gefahr Deutschlands, in: AAZ 2./3.8. 1859 (auch in: Ders.: Kritische Gänge, 2. vermehrte Aufl., 3. Band, 138 ff.).
- Vischer, Friedrich Theodor: Frisch gewagt! Ein Versuch, zur Vereinigung der politischen Parteien in Deutschland zu wirken. Nördlingen 1863.
- Vischer, Friedrich Theodor: [Wahlrede Dezember 1870.] Stuttgart 1870 (auch in: Ders.: Kritische Gänge, 2. vermehrte Aufl., 3. Band, S. 461-77).
- [Vischer, Friedrich Theodor:] Briefwechsel zwischen Strauß und Vischer. Hrsg. von Adolf Rapp, 2. Band: 1851-1873, Stuttgart 1953.
- Vogt, Carl: Die Aufgabe der Opposition in unserer Zeit, Gießen 1849.
- Vogt, Carl: Blicke in schweizerische Verhältnisse, DMO 1850/I, S. 65-84.
- Vogt, Carl: Untersuchungen über Thierstaaten I-VI, DMO 1850/I, S. 116-31 und 432-43, DMO 1850/II, S. 69-78, 225-35 und 366-75, sowie DMO 1850/IV, S. 17-38 (auch als selbständige Monographie, Frankfurt/M. 1851, erschienen).
- Vogt, Carl: Offener Brief an Herrn Professor Beseler, Mitglied der Zweiten Kammer in Berlin, Beobachter 9. 2. 1850.
- Vogt, Carl: Physiologische Briefe für Gebildete aller Stände, 2. vermehrte und verbesserte Aufl., Gießen 1854.
- Vogt, Carl: Köhlerglaube und Wissenschaft. Eine Streitschrift gegen Hofrath Rudolph Wagner in Göttingen, Gießen 1855.
- Vogt, Carl: [Korrespondenz aus Bern], Beobachter 8./9. 1. 1857.
- Vogt, Carl: Studien zur gegenwärtigen Lage Europas, Genf 1859.
- Vogt, Carl: An die Redaktion der Volks-Zeitung, in: BVZ 31. 5. 1859, VossZ 1. 6. 1859, Beobachter 4. 6. 1859.
- Vogt, Carl: Erklärung, in: SHC 16. 6. 1859, wiederabgedruckt in: Ders., Mein Prozeß (Anhang), S. 20ff.
- [Vogt, Carl:] Venedey, SHC 14. 7. 1859.
- Vogt, Carl: Mein Prozeß gegen die Allgemeine Zeitung. Stenographischer Bericht, Dokumente und Erläuterungen, Genf 1859.
- Vogt, Carl: [Ein Schreiben über den Beitritt zum Nationalverein], Beobachter 15. 11. 1862.
- Vogt, Carl: Andeutungen zur gegenwärtigen Lage, Frankfurt/M. 1864, (Auszüge: SHC 25. 4.-8. 5. 1864; Beobachter 1.-5. 5. 1864).
- Vogt, Carl: Politische Briefe an Friedrich Kolb. Biel 1870 (ursprünglich in: Wiener Tagespresse, Nachdruck: SHC 20. 10.-21. 11. 1870).
- Wesendock, Hugo: Erinnerungen an die Jahre 1848, New York 1898.
- Wuttke, Heinrich: Einiges über Österreichs Stellung zu Deutschland, LT 26. 8. 1849.
- Wuttke, Heinrich: Gegen Herrn K. R., LT 2. 9. 1849.
- Wuttke, Heinrich: Nachtrag zu dem Aufsätze: »Einiges über Österreichs Stellung«, LT 10. 9. 1849.
- Wuttke, Heinrich: Der Stand der deutschen Verfassungsfrage, Leipzig 1850.
- Wuttke, Heinrich: Das Leipziger Schlachtfeld, AAZ 17. 10. 1861.
- Wuttke, Heinrich: [Korrespondenz aus Leipzig], AAZ 3. 12. 1861.
- Wuttke, Heinrich: [Aus Ostpreußen], AAZ 7. 7. 1862.

- Wuttke, Heinrich: [Korrespondenz aus Leipzig], AAZ 16. 10. 1862.
- Wuttke, Heinrich: Pro Patria. Delegierte, Parlament und Reichsverfassung, Leipzig 1863.
- Wuttke, Heinrich: [Korrespondenz aus Leipzig], AAZ 22. 4. 1863.
- Wuttke, Heinrich: [Korrespondenz aus Leipzig], AAZ 23. 4. 1863.
- Wuttke, Heinrich: [Offener Brief an das Leipziger Comité zur Gründung eines deutschen Arbeitervereins], AAZ 26. 4. 63, auch in: Ferdinand Lassalle, Zur Arbeiterfrage, Leipzig 1863, 23.
- Wuttke, Heinrich: Die polnische Frage und ihre Lösung, AAZ 12./13. 6. 1863.
- Die Völkerschlacht bei Leipzig erzählt von Heinrich Wuttke, Berlin 1863.
- Wuttke, Heinrich: [Bericht über die Leipziger Generalversammlung des Nationalvereins], AAZ 18. 10. 1863.
- Wuttke, Heinrich: Ferdinand Lassalle, AAZ 4. - 6. 9. 64.
- Wuttke, Heinrich: Die Parteien in der deutschen Frage, Der Social-Demokrat, Berlin 18. - 22. 1. 1865.
- Wuttke, Heinrich: Heckscher, der Reichsminister. Ein Nekrolog, AAZ 4. - 7. 7. 1865.
- Wuttke, Heinrich: [Offener Brief an die Arbeiter-Versammlung in der Berliner »Alhambra«], Der Social-Demokrat, Berlin 7. 11. 1865.
- Wuttke, Heinrich: Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung, Hamburg 1866, 3. Aufl., Leipzig 1875.
- Wuttke, Heinrich: Heinrich Wuttke, in: Ergänzungsblätter zur Kenntnis der Gegenwart 1868/III, 143 ff.
- Wydenbrugk, Oscar v.: Die Umbildung des Feudalstaates in den modernen Staat an dem Beispiel Frankreichs in allgemeinen Umrissen entwickelt, München 1861.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Wo stehen wir? AAZ 13./14. 3. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Flugschriftenliteratur, AAZ 6. - 10. 6. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die Stellung der großdeutschen Partei zu der projectirten Versammlung deutscher Abgeordneten, AAZ 21. 6. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die großdeutsche Versammlung zu Frankfurt a.M., AAZ 21. 9. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Weimar - Coburg - Frankfurt, AAZ 18. 10. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Der »deutsche Reformverein«, die »Neue Preußische Zeitung« und die »Presse«, AAZ 10. 11. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Heinrich v. Gagern, AAZ 14. 11. 1862.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die Bildung des deutschen Bundes und die späteren Reformversuche, AAZ 24. 1. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Wohin steuert Preußen? (Bundestagsabstimmung vom 22. Januar), AAZ 29./30. 1. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die preußisch-polnisch europäische Verwicklung im Zusammenhang mit den deutschen Dingen, AAZ 4. 3. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die großen Werke des Associationsgeistes zur Linderung des menschlichen Elends, AAZ 8. - 9. 3. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die polnische Verwicklung und ihre Rückwirkung auf die Stellung der europäischen Großstaaten, AAZ 25. - 26. 3. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die bayerischen Landtagswahlen und die deutsche Frage, AAZ 25. 3. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die europäische Situation, AAZ 9. - 16. 5. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Österreich und die deutsche Bundesreform, AAZ 21. 6. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Der Fürstentag in Frankfurt, AAZ 11. 8. 1863.

- Wydenbrugk, Oskar v.: Der Inhalt der vom Kaiser von Österreich vorgelegten deutschen Verfassungsreform, AAZ 22. 8. – 1. 9. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die preußische und die deutsche Krisis, AAZ 9. – 10. 9. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Analyse der badischen Schlußerklärung vom 1. September, AAZ 13. – 14. 9. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Preußens Entschlüsse gegenüber der Reformacte, AAZ 28. – 29. 9. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Deutsche und preußische Reformgedanken, AAZ 6. 10. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die aus den Beschlüssen der Fürstenversammlung hervorgegangenen Abänderungen der Reformacte, AAZ 11. – 12. 10. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Die europäische Situation und die deutsche Frage, AAZ 10. – 11. 11. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: [Korrespondenz aus Frankfurt/M.] AAZ 27. 11. 1863.
- Wydenbrugk, Oskar v.: Zur schleswig-holsteinischen Frage, AAZ 29. 11. – 1. 12. 1863.
- Zachariä, Heinrich Albert: Die Rechtswidrigkeit der versuchten Reaktivierung der im Jahre 1848 aufgehobenen Bundesversammlung, Göttingen 1850.
- [Zachariä, Heinrich Albert:] Die Reform der deutschen Bundesverfassung auf der Basis des Bestehenden und ohne Ausschluß von Österreich. Von einem norddeutschen Publicisten, Erlangen 1859.
- Zimmermann, Wilhelm Balthasar: Geschichte der Jahre 1840 bis 1860. Zugleich eine unentbehrliche Fortsetzung zu allen Auflagen von Karl v. Rottecks Allgemeiner Weltgeschichte für alle Stände, Stuttgart 1861.

2. Sekundärliteratur

- Anderson, Eugene N.: The Social and Political Conflict in Prussia, 1858–1864, New York 1968.
- Ashton, Rosemary: Little Germany. Exile and Asylum in Victorian England, Oxford 1986.
- Austersen, Roy A.: Felix Schwarzenberg: »Realpolitiker« or Metternichian? The Evidence of the Dresden Conference, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 30 (1977), S. 97–118.
- Baske, Siegfried: Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches, Berlin 1963.
- Bauer, Franz J.: Bürgerwege und Bürgerwelten. Familienbiographische Untersuchungen zum deutschen Bürgertum im 19. Jahrhundert, Göttingen 1991.
- Bauer, Sonja-Maria: Die Verfassunggebende Versammlung in der badischen Revolution von 1849. Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1991.
- Baumgart, Franzjörg: Die verdrängte Revolution. Darstellung und Bewertung der Revolution von 1848 in der deutschen Geschichtsschreibung vor dem Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1976.
- Bazillion, Richard J.: Modernizing Germany: Karl Biedermann's career in the Kingdom of Saxony, New York 1989.
- Becker, Otto: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung. Hrsg. und ergänzt von Alexander Scharff, Heidelberg 1958.
- Behrend-Rosenfeld, Elsbeth: Die politischen Ideen Oskar v. Wydenbrugks nach seinen Schriften und seiner Tätigkeit, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde 33 (1922/24), S. 105–37, dass. 34 (1926), S. 140–72 und 185–225.

- Bernhard, Ludwig: Die Polenfrage. Der Nationalitätenkampf der Polen in Preußen, 3. Aufl., München 1920.
- Best, Heinrich: Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990.
- Best, Heinrich/Wilhelm Weege: Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996.
- Biefang, Andreas: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994.
- Biefang, Andreas: National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867, in: GG 23 (1997), S. 360–383.
- Blasius, Dirk: Friedrich Wilhelm IV. 1759–1861. Psychopathologie und Geschichte, Göttingen 1992.
- Böhme, Helmut (Hrsg.): Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, Köln 1968.
- Böse, Heinz-Günther: Ludwig Simon von Trier (1819–1872). Leben und Anschauungen eines rheinischen Achtundvierzigers. Diss. Universität Mainz 1950.
- Botzenhart, Manfred: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850, Düsseldorf 1977.
- Boyer, John W.: Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897, Chicago 1981.
- Brancaforte, Charlotte L. (Hrsg.): The German forty-eighters in the United States, New York 1989.
- Brandt, Harm-Hinrich: Der österreichische Neoabsolutismus: Staatsfinanzen und Politik 1848–1860, Göttingen 1978.
- Brandt, Hartwig: Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987.
- Breilly, John: Nationalism and the State. Second Edition, Chicago 1994.
- Bröker, Werner: Politische Motive naturwissenschaftlicher Argumentation gegen Religion und Kirche im 19. Jahrhundert. Dargestellt am »Materialisten« Karl Vogt (1817–1895), Münster 1973.
- Bruckmüller, Ernst: Ein »deutsches« Bürgertum? Zu Fragen nationaler Differenzierung der bürgerlichen Schichten in der Habsburgermonarchie vom Vormärz bis um 1860, in: GG 16 (1990), S. 343–54.
- Bruckmüller, Ernst: Wiener Bürger: Selbstverständnis und Kultur des Wiener Bürgertum vom Vormärz bis zum Fin de Siècle, in: Hannes Stekl/Peter Urbanitsch/Ernst Bruckmüller/Hans Heiss (Hrsg.): »Durch Arbeit, Besitz, Wissen und Gerechtigkeit«. Bürgertum in der Habsburgermonarchie, Band II, Wien 1992, S. 43–68.
- Bublies-Godau, Birgit: Geliebte, Gatten und Gefährten. Selbstverständnis und politisches Handeln von Ehepaaren in der deutschen Revolution von 1848/49, in: GWU 49 (1998), S. 283–96.
- Buchner, Rudolf: Die deutsch-französische Tragödie 1848–1864. Politische Beziehungen und psychologisches Verhältnis, Würzburg 1965.
- Bürki, Fritz: Die deutschen politischen Flüchtlinge in Bern 1849/50, in: Neues Berner Taschenbuch 38 (1932), S. 58–89.
- Burg, Peter: Die Triaspolitik im Deutschen Bund. Das Problem einer partnerschaftlichen Mitwirkung und eigenständigen Entwicklung des Dritten Deutschland, in: Helmut Rumpler (Hrsg.): Deutscher Bund und deutsche Frage S. 1815–66. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, Wien 1990, S. 136–61.

- Burgemeister, Burghard: Emil Adolf Roßmäßler – ein demokratischer Pädagoge 1806–1867, Diss. Humboldt-Universität Berlin [1958].
- Bußmann, Walter: Zwischen Revolution und Reichsgründung. Die politische Vorstellungswelt von Ludwig Bamberg, in: Walther Hubatsch (Hrsg.): Schicksalswege deutscher Vergangenheit, Düsseldorf 1950, S. 203–31.
- Bußmann, Walter: Treitschke. Sein Welt- und Geschichtsbild, 2. Aufl., Göttingen 1981.
- Charmatz, Richard: Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1895, 3. Aufl., 2 Bände, Leipzig 1918.
- Charmatz, Richard: Eine Säule des Liberalismus. Dr. Karl Giskra, in: ders.: Lebensbilder aus der Geschichte Österreichs, Wien 1949, S. 77–94.
- Collini, Stefan: Public Moralists. Political Thought and Intellectual Life in Britain 1850–1930, Oxford 1991.
- Daebel, Joachim: Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64. Diss. Universität Köln 1969.
- Dann, Otto: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990, 3. Aufl., München 1996.
- Davies, Norman: God's Playground. A History of Poland, vol. II: 1795 to the Present, New York 1982.
- Degen, Heinz: Vor hundert Jahren: Die Naturforscherversammlung zu Göttingen und der Materialismusstreit, in: Naturwissenschaftliche Rundschau Jg. 1954, S. 271–77.
- Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten. Hrsg. von Manfred Asendorf und Rolf v. Bockel, Stuttgart 1997.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Der Ordnungszwang des Staatensystems: Zu den Mitteleuropa-Konzepten in der österreichisch-preußischen Rivalität 1849–1851, in: Adolf M. Birke/Günther Heydemann (Hrsg.): Die Herausforderung des europäischen Staatensystems, Göttingen 1989, S. 119–40.
- Dowe, Dieter: Die erste sozialistische Tageszeitung in Deutschland. Der Weg der »Trierschen Zeitung« vom Liberalismus über den »wahren Sozialismus« zum Anarchismus (1840–1851), in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 55–107.
- Drascek, Daniel (Hrsg.): Jakob Philipp Fallmerayer im Räderwerk der bayerischen Verwaltung: die Fallmerayer-Akten des Staatsministeriums des Innern im Bayerischen Hauptstaatsarchiv u. a. Aktenbestände, München 1993.
- Düding, Dieter: Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847): Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1983.
- Dühr, Elisabeth (Hrsg.): »Der schlimmste Punkt in der Provinz«. Demokratische Revolution 1848/49 in Trier und Umgebung. Katalog-Handbuch, Trier 1998.
- Eder, Klaus: Geschichte als Lernprozeß? Zur Pathogenese politischer Modernität in Deutschland, Frankfurt/M. 1991.
- Eichmeier, Jens Peter: Anfänge liberaler Parteibildung (1847 bis 1854), Phil. Diss. Göttingen 1968.
- Eley, Geoff: Deutsche Geschichte und die Widersprüche der Moderne, in: Frank Bajohr, Werner Johe/Uwe Lohalm (Hrsg.): Zivilisation und Barbarei. Detlef Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, S. 30–65.
- Engehausen, Frank/Armin Kohnle (Hrsg.): Gelehrte in der Revolution: Heidelberger Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung 1848/49; Georg Gottfried Gervinus, Robert v. Mohl, Gustav Höfken, Karl Mittermaier, Karl Theodor Welcker, Karl Hagen, Christian Kapp, Ubstadt-Weiher 1998.

- Engelberg, Ernst: Bismarck. Urprenuß und Reichsgründer, München 1991.
- Eyck, Frank: The Frankfurt Parliament 1848-1849, London 1968.
- Faber, Karl-Georg: Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, HZ 203 (1966), S. 1-45.
- Fehrenbach, Elisabeth: Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815-1871, München 1992.
- Fenske, Hans: Der Liberalismus in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 2 (1989), S. 49-68.
- Fesser, Gerd: Zur Struktur und politischen Konzeption der Deutschen Fortschrittspartei in der Konfliktzeit, in: Helmut Bleiber (Hrsg.): Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789-1871. Berlin 1977, S. 457-74.
- François, Etienne/Hannes Siegrist/Jakob Vogel: Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich; 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995.
- Franz, Georg: Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der Habsburgischen Monarchie, München 1955.
- Freitag, Sabine (Hrsg.): Die 48er. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998.
- Frevert, Ute: Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft, München 1995.
- Frevert, Ute: Militär und Gesellschaft, München 1997.
- Fricke, Dieter (Hrsg.): Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in Deutschland 1830 bis 1945, Köln 1981.
- Friedjung, Heinrich: Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866, 2 Bände, 10. Aufl., Stuttgart 1916.
- Friedjung, Heinrich: Österreich von 1848 bis 1860, 2 Bände, 4. Aufl., Stuttgart 1918.
- Frölich, Jürgen: Die Berliner »Volks-Zeitung« 1853 bis 1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen »Reaktion« und »Revolution von oben«, Frankfurt/M. 1990.
- Fuchs, Ruth: Franz Jacob Wigard. Ein Beitrag zur Geschichte der kleinbürgerlichen Demokratie im 19. Jahrhundert, Diss. Universität Leipzig 1970.
- Gall, Lothar: Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968.
- Gall, Lothar: Zur Frage der Annexion von Elsaß und Lothringen 1870, HZ 206 (1968), S. 265-326.
- Gall, Lothar: Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft« (1975), in: ders. (Hrsg.): Liberalismus, 3. erw. Aufl., Königstein 1985, S. 162-186.
- Gall, Lothar: Liberalismus und Nationalstaat. Der deutsche Liberalismus und die Reichsgründung, in: Helmut Berding u. a. (Hrsg.): Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat, München 1978, S. 287-300.
- Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär (1980). Korr. Ausgabe, Frankfurt/M. 1993.
- Gall, Lothar: Europa auf dem Weg in die Moderne 1850-1950, 2. Aufl., München 1989.
- Gall, Lothar/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995.
- Gentzen, Felix-Heinrich: Großpolen im Januaraufstand. Das Großherzogtum Posen 1858-1864, Berlin 1958.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung. Hrsg. vom Verlag der Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M. 1906.
- Goltermann, Svenja: Körper der Nation. Habitusformierung und die Politik des Turnens 1860-1890, Göttingen 1998.

- Goschler, Constantin: Rudolf Virchow als politischer Gelehrter: naturwissenschaftlicher Professorenliberalismus? in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 9 (1997), S. 53–82.
- Gotthardt, Christian: Industrialisierung, bürgerliche Politik und proletarische Autonomie. Voraussetzungen und Varianten sozialistischer Klassenorganisation in Nordwestdeutschland 1863 bis 1875, Bonn 1992.
- Grab, Walter: Ein Mann, der Marx Ideen gab. Wilhelm Schulz, Weggefährte Büchners, Demokrat der Paulskirche. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1979.
- Greizer, Hans v.: Franz Raveaux in den Jahren 1848 bis 1851 (Beiträge zu einer Biographie), in: Werner Näf (Hrsg.): Deutschland und die Schweiz in ihren kulturellen und politischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Bern 1936, S. 145–192.
- Grot, Zdzislaw (Hrsg.): Karol Libelt 1807–1875, Poznan 1976.
- Grünthal, Günther: Parlamentarismus in Preußen 1848/49–1857/58. Preußischer Konstitutionalismus – Parlament und Regierung in der Reaktionsära, Düsseldorf 1982.
- Gruner, Wolf D.: Die deutsche Frage in Europa 1800 bis 1990, München 1993.
- Guichonnet, Paul: Carl Vogt et l'Italie, in: Atti del 37° Congresso di Storia del Risorgimento italiano, Rom 1958, S. 119–131.
- Haan, Heiner: Die Gesellschaftstheorie Georg Friedrich Kolbs, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.): Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 74–94.
- Hachtmann, Rüdiger: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution, Bonn 1997.
- Haintz, Dieter: Carl Giskra – ein Lebensbild. Diss. Universität Wien 1963.
- Hardtwig, Wolfgang: Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, HZ 231 (1980), S. 265–324.
- Hauser, Andrea: »Ein Frauenbild im großen Styl«. Vischers Männerphantasien, in: Auch einer. Friedrich Theodor Vischer zum 100. Todestag. Katalog zur Ausstellung des Städtischen Museums Ludwigsburg, Ludwigsburg 1987, S. 142–54.
- Herrmann, Hans-Walter (Hrsg.): Zwischen demokratischem Aufbegehren und industrieller Revolution: August Ferdinand Culmann (1804–1891), Sigmaringen 1993.
- Hettinger, Michael: J. D. H. Temme (1798–1881) – nicht nur ein Juristenleben, in: Norbert Brieskorn u. a. (Hrsg.): Vom mittelalterlichen Recht zur neuzeitlichen Rechtswissenschaft, Paderborn 1994, S. 335–64.
- Hirschmann, Elise: Carl Vogt als Politiker, Diss. Universität Frankfurt/M. 1925.
- Höfele, Karl Heinrich: Königgrätz und die Deutschen, in: GWU 17 (1966), S. 393–416.
- Hoensch, Jörg K.: Geschichte Polens, 2. Aufl., Stuttgart 1990.
- Holl, Karl: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.
- Hope, Nicholas Martin: The Alternative to German Unification. The anti-prussian Party in Frankfurt, Nassau, and the two Hesses 1859–1867, Wiesbaden 1973.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band I, 2. verbess. Aufl. Stuttgart 1990; Band II–III, 3. überarb. Aufl., Stuttgart 1988.
- Jansen, Christian: »... wünschte, ein Bürger zu sein.« Theodor Mommsen und die deutsche Politik in der ersten Hälfte der Sechziger Jahre, in: Ders./Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Gesellschaft und Politik im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995, S. 29–49.

- Jansen, Christian: Selbstbewußtes oder gefügiges Parlament? Abgeordnetendiäten und Berufspolitiker in den deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts, in: GG 25 (1999), S. 33–65.
- Jansen, Christian: Das Bild der Französischen Revolution im deutschen Liberalismus der 1850er und 1860er Jahre, in: Gudrun Gersmann/Hubertus Kohle (Hrsg.): Frankreich 1850–70: Das Second Empire und die Revolution, Wiesbaden 1998, S. 175–187.
- Jansen, Christian: Paulskirchenabgeordneter, Sächsisch-Weimarer Minister und Gesandter bei der provisorischen Zentralgewalt: Oscar v. Wydenbrugk in der Revolution von 1848/49, in: Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen, H. 13, Weimar 1998, S. 177–203.
- Jansen, Christian: Demokrat und Kosmopolit. Der politische Weg des Trierer Paulskirchenabgeordneten Ludwig Simon (1819–1872) gegen den Strom des nationalistischen 19. Jahrhunderts, in: Guido Müller (Hrsg.): Aachen, die westlichen Rheinland und die Revolutionen von 1848/49, Aachen 1999.
- Jansen, Christian/Thomas Mergel (Hrsg.): Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung, Göttingen 1998.
- Jansen, Karl/Karl Samwer: Schleswig-Holsteins Befreiung, Wiesbaden 1897.
- John, Michael: Associational Life and the Development of Liberalism in Hanover, 1848–66, in: Konrad Jarasch/Larry E. Jones: In Search of a liberal Germany, New York 1990, S. 161–85.
- Jordan, Herbert: Die öffentliche Meinung in Sachsen 1864–66. Aus seinem Nachlaß hrsg., z. T. überarbeitet von Johannes Hohlfeld, Kamenz 1918.
- Judson, Pieter M.: Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian empire, 1848–1914, Ann Arbor 1996.
- Jung, G.: Der weimarerische Märzminister v. Wydenbrugk und die deutschen Einigungsbestrebungen, in: Thüringen. Eine Monatsschrift für alte und neue Kultur, Neustadt (Orla), 5 (1930), S. 212–218.
- Jung, Johannes: Karl Vogts Weltanschauung. Ein Beitrag zur Geschichte des Materialismus im 19. Jahrhundert, Paderborn 1915.
- Kaehler, Siegfried A.: Realpolitik zur Zeit des Krimkrieges – eine Säkularbetrachtung, in: HZ 174 (1952), S. 417–478.
- Kaernbach, Andreas: Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Zur Kontinuität der Politik Bismarcks und Preußens in der deutschen Frage, Göttingen 1991.
- Kann, Robert A.: Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918, Wien 1990.
- Katzenstein, Peter J.: Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815, Berkeley 1976.
- Kelsch, Wolfgang: Ludwig Bamberger als Politiker, Berlin 1933.
- Kentenich, Gottfried: Aus den nachgelassenen Papieren eines vergessenen Frankfurter Parlamentariers, in: Neue Heidelberger Jahrbücher XIV (1906), S. 187–214.
- Klenke, Dietmar: Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität, in: GWU 45 (1994), S. 207–223.
- Klenke, Dietmar: Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sängers, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege, HZ 260 (1995), S. 395–448.
- Klimpert, Richard: Lexikon der Münzen, Maße, Gewichte, Zählarten und Zeitgrößen aller Länder der Erde, Berlin 1896.
- Koch, Rainer: Demokratie und Staat bei Julius Fröbel 1805–1893. Liberales Denken zwischen Naturrecht und Sozialdarwinismus, Wiesbaden 1978.

- Koch, Rainer: Einleitung zum Neudruck (1975), in: Julius Fröbel, *Theorie der Politik*, S. 5*-26*.
- Köhler, Manfred: Schütz, Friedrich Jacob, unveröff. MS, Frankfurt/M. 1997 (für: Helmut Reinalter (Hrsg.): *Biographisches Lexikon zur Geschichte der demokratischen und liberalen Bewegungen in Mitteleuropa 1800-1850*).
- Kohnen, Richard: *Pressepolitik des Deutschen Bundes. Methoden staatlicher Pressepolitik nach der Revolution von 1848*, Tübingen 1995.
- Kolmer, Gustav: *Parlament und Verfassung in Österreich. Erster Band 1848-1869*, Wien 1902.
- Koselleck, Reinhart: Fortschritt, in: GGr II (1975), S. 351-423.
- Koselleck, Reinhart/Fritz Gschnitzer/Karl Friedrich Werner/Bernd Schönemann: Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: GGr VII (1995), S. 141-431.
- Kranke, Kurt: Ein Ärgernis für den Sachsenkönig. Der revolutionäre Demokrat Dr. Wilhelm Schaffrath, in: *Sächsische Zeitung*, Dresden, 7. 2. 1983.
- Kraushaar, Wolfgang: Realpolitik als Ideologie. Von Ludwig August v. Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, 3 (1988), H. 3, S. 79-137.
- Krautkrämer, Elmar: Georg Friedrich Kolb (1808-1884). Würdigung seines journalistischen und parlamentarischen Wirkens im Vormärz und in der deutschen Revolution, Meisenheim 1959.
- Krieger, Leonard: *The German Idea of Freedom. History of a Political Tradition*, Chicago 1957.
- Kühne, Thomas: *Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten*, Düsseldorf 1994.
- Laer, Hermann v.: *Industrialisierung und Qualität der Arbeit. Eine bildungsökonomische Untersuchung für das 19. Jahrhundert*, New York 1977.
- Langewiesche, Dieter: *Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung*, Düsseldorf 1974.
- Langewiesche, Dieter (Hrsg.): *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Göttingen 1988.
- Langewiesche, Dieter: *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988.
- Langewiesche, Dieter: *Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung im Mitteleuropa im 19. Jahrhundert*, GWU 42 (1991), S. 754-66.
- Langewiesche, Dieter: *Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte*, HZ 254 (1992), S. 341-81.
- Langewiesche, Dieter: *Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression*, Bonn 1994 (= Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, H. 6).
- Langewiesche, Dieter: *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, NPL 40 (1995), S. 190-236.
- Lees, Andrew: *Revolution and Reflection. Intellectual Change in Germany during the 1850s*, Den Haag 1974.
- L'Huillier, Fernand: *La Crise franco-allemande de 1859-1860*, in: *Bulletin de la Faculté des Lettres de Strasbourg* 33 (1954/55), S. 191-207, S. 223-242 und S. 264-284.
- Linden, W. H. van der: *The International Peace Movement 1815-1874*, Amsterdam 1987.
- Lipgens, Walter: *Bismarck, die öffentliche Meinung und die Annexion von Elsaß und Lothringen 1870*, HZ 199 (1964), S. 31-112.

- Lutz, Heinrich/Heinrich Rumpler (Hrsg.): Österreich und die deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert, München 1982.
- Männer der Revolution von 1848. Hrsg. vom Arbeitskreis Vorgeschichte und Geschichte der Revolution von 1848/49, Berlin 1970.
- Mammen, Franz v.: Franz August Mammen in Plauen. Leben und Wirken eines sächsischen Industriellen, Dresden 1935.
- Mann, Bernhard: Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975.
- Mann, Bernhard: Ferdinand Nägele (1808–1879), in: Stadtverfassung, Verfassungsstaat, Pressepolitik. Festschrift für Eberhard Naujoks, Sigmaringen 1980, S. 349–358.
- Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, in: Ders.: Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt/M. 1969, S. 108–178.
- Mayer, Manfred: Freiheit und Macht. Studien zum Nationalismus süddeutscher, insbesondere badischer Liberaler 1830–1848, Frankfurt/M. 1994.
- Meinel, Kurt: Otto Leonhard Heubner. Sein Leben, seine turngeschichtliche und politische Bedeutung, Dresden 1928.
- Menzinger, Rosemarie: Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg, Stuttgart 1969.
- Mergel, Thomas: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914, Göttingen 1994.
- Mögle-Hofacker, Franz: Zur Entwicklung des Parlamentarismus in Württemberg. Der »Parlamentarismus der Krone« unter König Wilhelm I, Stuttgart 1981.
- Molisch, Paul: Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie, Jena 1926.
- Mommsen, Hans: Arbeiterbewegung und nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979.
- Mommsen, Hans: Nation und Nationalismus in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland, Band 2, Göttingen 1986, S. 162–183.
- Mommsen, Wilhelm: Föderalismus und Unitarismus, Laupheim 1954.
- Mommsen, Wilhelm: Zur Beurteilung des politischen und sozialen Denkens im 19. Jahrhundert, in: Ders.: Stein – Ranke – Bismarck. Ein Beitrag zur politischen und sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts, München 1954, S. 255–297.
- Mommsen, Wilhelm: Julius Fröbel. Wirrnis und Weitsicht, HZ 182 (1956), S. 497–532.
- Mommsen, Wolfgang J.: Der deutsche Liberalismus zwischen »klassenloser Bürgergesellschaft« und »Organisiertem Kapitalismus«, GG 4 (1978), S. 77–90.
- Mommsen, Wolfgang J.: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto v. Bismarck 1850 bis 1890, Berlin 1993.
- Mommsen, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt/M. 1998.
- Mühlpfordt, Günther: Karl Hagen. Ein progressiver Historiker im Vormärz und der radikalen Revolution, in: Jahrbuch für Geschichte 20 (1980), S. 63–101.
- Müller, Joachim: Der Historiker Johann Heinrich Wuttke als Politiker, in: Karl Marx Universität Leipzig 1409–1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte, Band 1, Leipzig 1959, S. 328–342.

- Müller, Joachim: Das politische Wirken Heinrich Wuttkes (1818–1876), Diss. Universität Leipzig 1960.
- Müller, Joachim: Karl Biedermann und die preußische Hegemonie in Deutschland. Vom Liberalismus zum Bonapartismus, Diss. B Universität Leipzig 1972.
- Na'aman, Shlomo: Der Deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, Düsseldorf 1987.
- Nathan, Helene: Graf Oskar Reichenbach, ein Vorkämpfer für deutsche Einheit und Freiheit, in: Zeitschrift des Vereins für die Geschichte Schlesiens, Jg. 49 (1915), S. 73–90.
- Neemann, Andreas: Parlamentarismus im Königreich Sachsen während der Reaktionszeit 1849 bis 1866, Phil. Diss. Tübingen 1999.
- Neher, Walter: Arnold Ruge als Politiker und politischer Schriftsteller. Ein Beitrag zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Heidelberg 1933.
- Nicholls, David: The New Liberalism – after Chartism, in: Social History 21 (1996), S. 330–340.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866, München 1983.
- Nolte, Paul: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800–1850. Tradition – Radikalismus – Republik, Göttingen 1994.
- O'Boyle, Leonore: The Democratic Left in Germany, 1848, in: Journal of Modern History 33 (1961), S. 374–383.
- Offermann, Toni: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979.
- Oncken, Hermann: Ludwig Bamberger, in: Ders.: Historisch-politische Aufsätze und Reden, Band 2, Stuttgart 1914, S. 225–61.
- Oncken, Hermann: Rudolf v. Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, 2 Bände, Stuttgart 1910.
- Paletschek, Sylvia: Frauen und Dissens: Frauen im Deutschkatholizismus und in den freien Gemeinden 1841–1852, Göttingen 1990.
- Parent, Thomas: »Passiver Widerstand« im preußischen Verfassungskonflikt. Die Kölner Abgeordnetenfesten, Köln 1982.
- Parisius, Ludolf: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, Berlin 1878.
- Parisius, Ludolf: Die Deutsche Fortschrittspartei von 1861 bis 1878. Eine geschichtlichen Skizze, Berlin 1879.
- Parisius, Ludolf: Leopold Freiherr von Hoverbeck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte, 3 Bände, Berlin 1897–1900.
- Paul, Ina Ulrike: Die bayerische Trias-Politik in der Regierungszeit König Max II., in: König Max II. von Bayern 1848–1864. Hrsg. von Haus der bayerischen Geschichte, Rosenheim 1988.
- Pflanze, Otto: Bismarck. Der Reichsgründer, München 1997.
- Pohl, Karl Heinrich: »Einig«, »kraftvoll«, »machtbewußt«. Überlegungen zu einer Geschichte des deutschen Liberalismus aus regionaler Perspektive, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 7 (1994), S. 61–80.
- Pollak, Heinrich: Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten, 3 Bände, Wien 1898.
- Pollmann, Klaus Erich: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985.
- Pont, Jean-Claude/Daniele Bui/Francoise Dubosson/Jan Lacki (Hrsg.): Carl Vogt (1817–1895). Science, philosophie et politique, Chêne-Bourg 1998.

- Portner, Ernst: Die Einigung Italiens im Urteil liberaler deutscher Zeitgenossen, Bonn 1959.
- Real, Willy: Zur Geschichte der Bundesreformbestrebungen in den Jahren 1859–1862, DuQ 4 (1963), S. 152–254.
- Real, Willy: Der Deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Lübeck 1966.
- Real, Willy: Pfingstversammlung und Abgeordnetentag (1862). Eine Studie zur Geschichte der politischen Willensbildung in der Ära der Reichsgründung, DuQ 8 (1970), S. 163–235.
- Reiter, Herbert: Politisches Asyl im 19. Jahrhundert. Die deutschen Flüchtlinge des Vormärz und der Revolution von 1848/49 in Europa und den USA, Berlin 1992.
- Requate, Jörg: Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995.
- Retallack, James: »Why Can't a Saxon be More Like a Prussian?« Regional Identities and the Birth of Modern Political Culture in Germany, 1866–67, in: Canadian Journal of History XXXII (1997), S. 26–55.
- Reuleaux, Christian: Das Erfurter Parlament von 1850. Der Versuch einer deutschen Einigung durch Preußen. Diss. Universität Mainz 1953.
- Riall, Lucy: The Italian Risorgimento. State, society and unification, London 1994.
- Ritter, Gerhard A.: Die deutschen Parteien 1830–1914, Göttingen 1985.
- Rosa, Hartmut: Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie: Der Beitrag der »Cambridge School« zur Metatheorie, in: Politische Vierteljahresschrift 35 (1994), S. 197–223.
- Rosenberg, Hans: Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972.
- Rothfels, Hans: 1848 – one hundred years after, in: Journal of Modern History, XX (1948), S. 291–319.
- Rudolph, Karsten: On the disappearance of a Political Party in German History: The Saxon People's Party, 1866–1869, in: James Retallack (Hrsg.): Saxony in German History, Ann Arbor 2000.
- Ruggiero, Guido de: Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930.
- Rumpler, Helmut (Hrsg.): Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866, Wien 1990.
- Rumpler, Helmut (Hrsg.): »Es ist ein Kampf auf Leben und Tod, der noch lange nicht aus ist«. Bismarcks Erfolgspolitik und das deutsch-österreichische Problem, Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung 101 (1993), S. 37–67.
- Runge, Gerlinde: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871, Stuttgart 1970.
- Rupieper, Hermann-Josef: Die Polizei und die Fahndungen anlässlich der deutschen Revolution von 1848/49, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977), S. 328–55.
- Rustige, Margarete: Lebensgeschichte von Carl Mayer. Manuskript o. O., o. J. (NL Näf 51/6).
- Scheichl, Sigurd Paul/Emil Brix (Hrsg.): »Dürfen's denn das?« Die fortdauernde Frage zum Jahr 1848, Wien 1999.
- Schenk, Georg: Konrad Dietrich Haßler. Schulmann, Sprach- und Geschichtsforscher, Politiker, Landeskonservator 1803–1873, in: Lebensbilder aus Schwaben und Franken, Band 10, Stuttgart 1996, S. 361–74.

- Schieder, Theodor: Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863–1871, München 1936.
- Schieder, Theodor: Idee und Gestalt des übernationalen Staates seit dem 19. Jahrhundert, HZ 184 (1956), S. 336–66.
- Schieder, Theodor: Das Italienbild der deutschen Einheitsbewegung, in: Ders.: Begegnungen mit der Geschichte, Göttingen 1962, S. 210–35.
- Schieder, Theodor: Die mittleren Staaten im System der großen Mächte, HZ 232 (1981), S. 583–604.
- Schieder, Theodor: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, 2. Aufl., Göttingen 1992.
- Schieder, Wolfgang: Das Scheitern des bürgerlichen Radikalismus und die sozialistische Parteibildung in Deutschland, in: Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Königstein 1974, S. 17–34.
- Schlawe, Fritz: Friedrich Theodor Vischer, Stuttgart 1959.
- Schmidt, Gustav: Die Nationalliberalen – eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870–1878, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 208–223.
- Schmidt, Gustav: Politischer Liberalismus, »Landed Interests« und Organisierte Arbeiterschaft, 1850–1880, in: Lothar Gall (Hrsg.): Liberalismus, 3. Aufl., Königstein 1985, S. 232–253.
- Schmidt, Siegfried: Der Hallgarten-Kreis 1839–47. Zur Genese des bürgerlichen Parteiwesens im Vormärz 1839–47, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena 13 (1964), S. 221–28.
- Schmidt, Siegfried: Thesen zum Liberalismus vor 1866, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 17 (1966), S. 3–17.
- Schmidt, Siegfried: Der sogenannte »klassische Liberalismus« und das Verhältnis zwischen Liberalismus und bürgerlichem Demokratismus im 19. Jahrhundert in Deutschland, ebd. 18 (1967), S. 8–18.
- Schnabel, Franz: Das Problem Bismarck, in: Ders., Abhandlungen und Vorträge 1914–1965, Freiburg 1970, S. 196–216.
- Schoeps, Julius H.: »Der Kosmos«. Ein Wochenblatt der bürgerlich-demokratischen Emigration in London im Frühjahr 1851, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 5 (1976), S. 211–26.
- Schütz, Friedrich: Werden und Wirken des Bürgerministeriums, Leipzig 1909.
- Schuler, Dietmar: Staat, Gesellschaft und »deutsche Frage« bei Julius Fröbel (1805–1893). Studien zu Ursprung und historischer Entwicklung des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, Diss. Universität Innsbruck 1984.
- Schuler, Dietmar: Julius Fröbel (1805–1893). Ein Leben zwischen liberalem Anspruch und nationaler »Realpolitik«, in: Innsbrucker Historische Studien 7/8 (1985), S. 179–261 (= Auszug aus: Ders., Staat).
- Schulze, Hagen: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, München 1997.
- Schwarz, Max: Mdr. Biographisches Handbuch des Reichstags, Hannover 1965.
- Seliger, Maren/Karl Ucakar: Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932, Wien 1984.
- Sheehan, James: German Liberalism in the Nineteenth Century, Chicago 1978.
- Sheehan, James: German History 1770–1866, Oxford 1989.
- Sheehan, James: Der Ausklang des alten Reiches: Deutschland seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur gescheiterten Revolution 1763 bis 1850, Berlin 1994.

- Siemann, Wolfram: »Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung«. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985.
- Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt/M. 1985.
- Siemann, Wolfram: Ideenschmuggel. Probleme der Meinungskontrolle und das Los deutscher Zensoren im 19. Jahrhundert, HZ 245 (1987), S. 71–106.
- Siemann, Wolfram: Von der offenen zur mittelbaren Kontrolle. Der Wandel in der deutschen Preßgesetzgebung und Zensurpraxis im 19. Jahrhundert, in: Herbert Georg Göpfert/Erdmann Weyrauch (Hrsg.): »Unmoralisch an sich«. Zensur im 18. und 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1988, S. 293–308.
- Siemann, Wolfram: Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Frankfurt/M. 1990.
- Siemann, Wolfram: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871, München 1995.
- Silberner, Edmund: Johann Jacoby. Politiker und Mensch, Bonn 1976.
- Smith, Helmut Walser: German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics, 1870–1914, Princeton 1994.
- Somogyi, Eva: Vom Zentralismus zum Dualismus. Der Weg der deutschösterreichischen Liberalen zum Ausgleich von 1867, Wiesbaden 1983.
- Sperber, Jonathan: The European Revolutions, 1848–1851, 2. Aufl., Cambridge 1995.
- Spindler, Max: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, 2 Bände, München 1978.
- Stoll, Karl: Die Politische Stellung der Frankfurter Zeitung in den Jahren 1859–1871, Frankfurt/M. 1932 (gekürzte Veröffentlichung einer Frankfurter Diss. von 1922).
- Studt, Christoph: Lothar Bucher (1817–1892). Ein politisches Leben zwischen Revolution und Staatsdienst, Göttingen 1992.
- Süßmilch, Nadja: Die Position der Deutschen Fortschrittspartei im preußisch-österreichischen Krieg 1866, in: Helmut Bleiber (Hrsg.): Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin 1977, S. 475–97.
- Sybel, Heinrich v.: Die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsakten, 4. rev. Aufl., 7 Bände, München 1890–95.
- Taschenberg, Otto: Das Leben und die Schriften Carl Vogts, in: Leopoldina. Halle, H. 56 (1920), 10ff., S. 18–24, S. 51–54 und S. 72 ff.
- Thomas, Michael: Das 50. Jubiläum der Jenaer Burschenschaftsgründung im August 1865. Burschenschaften und Revolution »von oben«, in: Helmut Asmus (Hrsg.): Studentische Burschenschaften und bürgerliche Umwälzung: zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes, Berlin 1992, S. 263–76.
- Thurnher, Eugen: Jakob Philipp Fallmerayers Krisenjahre 1846 bis 1854. Wien 1987 (= Sitzungsberichte der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, 494. Band).
- Tonndorf, Thorsten: Die wahl- und sozialpolitische Zusammensetzung der sächsischen Paulskirchenvertreter, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 773–94.
- Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich: zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik, Wien 1985.
- Ullner, Rudolf: Die Idee des Föderalismus im Jahrzehnt der deutschen Einigungskriege dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des Modells der amerikanischen Verfassung für das deutsche politische Denken, Lübeck 1965.
- Valentin, Veit: Geschichte der deutschen Revolution von 1848–1849, 2 Bände, Reprint Köln 1977 (Berlin 1930/31).

- Vogel, Barbara: Vom linken zum rechten Nationalismus. Bemerkungen zu einer Forschungsthese, in: Bernd Jürgen Wendt (Hrsg.): Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen. Nationale Identität und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1992, S. 97–110.
- Vogt, William: *La vie d'un homme*. Carl Vogt, 2. Aufl., Paris 1896.
- Walter, Stephan: Demokratisches Denken zwischen Hegel und Marx. Die politische Philosophie Arnold Ruges. Eine Studie zur Geschichte der Demokratie in Deutschland, Düsseldorf 1995.
- Wandruszka, Adam: Großdeutsche und kleindeutsche Ideologie 1840–1871, in: Robert A. Kann/Friedrich E. Prinz (Hrsg.): Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien 1980, S. 110–42.
- Wandruszka, Adam/Peter Urbanitsch: Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1989.
- Wawro, Geoffrey: The Habsburg Flucht nach vorne in 1866. Domestic political origins of the Austro-Prussian War, in: *International History Review* XVII (1995), S. 221–40.
- Weber, Marie-Lise: Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987.
- Weber, Max: Politik als Beruf, in: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann, 4. Aufl., Tübingen 1980, S. 505–60.
- Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1980.
- Weber, Rolf: Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung vor 1863–1866, Berlin 1962.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Band II, München 1987; Band III, München 1995.
- Weichlein, Siegfried: Sachsen zwischen Landesbewußtsein und Nationsbildung 1866–1867, in: Simone Lässig u. a. (Hrsg.): *Sachsen im Kaiserreich*, Dresden 1997, S. 241–270.
- Weiß, Barbara: Das Stuttgarter Rumpfparlament. Das Tagebuch von Emil Adolf Roßmäßler und das Selbstverständnis der Abgeordneten, Stuttgart 1999.
- Westermayer, Jörg: *Politik als Beruf. Der Parlamentarier Moriz Mohl (1802–1888)*, Düsseldorf 1998.
- Westphal, Otto: *Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Eine Untersuchung über die Preußischen Jahrbücher und den konstitutionellen Liberalismus in Deutschland von 1858 bis 1863*, Reprint Aalen 1964 (München 1919).
- Westphal, Otto: *Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848–1918*, München 1930.
- Wettengel, Michael: Parteien und Politiker in der Revolution von 1848/49, in: *Mitteilungen aus dem Bundesarchiv* 2 (1994), S. 116–25.
- Willms, Johannes: *Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte 1789–1914*, Frankfurt/M. 1985.
- Winkler, Heinrich August: *Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–66*, Tübingen 1964.
- Winkler, Heinrich August: *Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79*, GG 4 (1978), S. 5–28.
- Winterhager, Friedrich: *Wilhelm Zimmermann. Ein schwäbischer Pfarrer als Historiker des Bauernkriegs*, Würzburg 1986.
- Wittkau-Horgby, Annette: *Materialismus. Entstehung und Wirkung in den Wissenschaften des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1998.

- Wittner, Otto: Moritz Hartmanns Leben und Werke. Ein Beitrag zur politischen und literarischen Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, 2 Bände, Prag 1906/7.
- Witzmann, Georg: Die Gothaer Nachversammlung zum Frankfurter Parlament im Jahre 1849, Gotha 1917.
- Wolkan, Rudolf: Moritz Hartmann als Politiker, Neue Freie Presse, Wien ca. 10. 11. 1921.
- Wollstein, Günter: Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.
- Wollstein, Günter: Die Oktoberdebatte der Paulskirche: Das Votum für Deutschland und Österreich, in: Rudolf Jaworski/Robert Luft (Hrsg.): 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, S. 279–302.
- Wurzbach, Constant v.: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, 60 Bände, Wien 1856–1923.
- Zucker, Stanley: Ludwig Bamberger. German liberal politician and social critic 1823–1899, Pittsburg 1975.
- Zwahr, Hartmut: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin 1978.

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

a) Abbildungen

1. Die Zeitungsleser (»Die 1848er«), Ausschnitt; unbekannter Künstler, Öl auf Leinwand, um 1850 Umschlag
Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg
2. Mitglieder der Linken des ersten Deutschen Reichstags in Frankfurt a. M.; Wilhelm Völker, Lithographie, 1849 6
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
3. Deputirte der deutschen Nationalversammlung (Fraction der Linken) 1848 u. 49; Schwabe (keine näheren Angaben bekannt), Kreidelithographie, geschabt 34
Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg
4. Märzvereinsversammlung im Gasthause zum Wolfseck zu Frankfurt a. M.; Illustrierte Zeitung, Leipzig 9. 6. 1849, Holzstich 166
Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg
5. Die deutsche Parlamenten Waage; Monogrammist AS. N., Kreidelithographie, Mannheim: Verlag der Expedition der Carricaturen 1848 169
Staatsbibliothek Bamberg
6. Vorstand der Deutschen Nationalversammlung; Illustrierte Zeitung, Leipzig 19. 8. 1848, Holzstich 254
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
7. Die Männer des Volkes; C. Koch, Lithographie 316
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
8. Die Linke in der Frankfurter Nationalversammlung; Illustrierte Zeitung, Leipzig 25. 11. 1848, Holzstich 318
Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin
9. Bilder aus Frankfurt, N° 11; Ernst Schalck, Lithographie, Frankfurt/M.: Verlag Gustav May, Ende 1849/Anfang 1850 322
Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg
10. Das politische Sonnenmikroskop vergrößert 1,600000 mal; Philipp Veit, ursprgl. Bleistiftzeichnung, von Christoph Becker auf Stein übertragen, Kreidelithographie, Frankfurt/M.: Verlag J. A. Wagner 1848 412
Staatsbibliothek Bamberg
11. Reichs-Lichter; Wilhelm Völker, Federlithographie, 1848 502
Stadtarchiv Trier
12. Zwei Karikaturen aus dem »Kladderadatsch« (oben: 15. 9. 1861, unten: 18. 10. 1863) 504
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

13. Theater in Frankfurt; Friedrich Pecht, Radierung aus der Reihe »Aetz-Bilder aus Frankfurt a. M.«, Leipzig: Verlag Louis Rocca 1848 596
Germanisches Nationalmuseum, Nürnberg
14. Das Ministerium der Zukunft; Friedrich Pecht, Radierung aus der Reihe »Aetz-Bilder aus Frankfurt a. M.«, Leipzig: Verlag Louis Rocca 1848 598
Stadtarchiv Trier

b) Tabellen

1. Erfolge der Linken bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung nach Staaten und Regionen	40
2. Religiöses Bekenntnis der Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung im Vergleich zur Bevölkerung im Deutschen Bund	42
3. Die Fraktionen der Linken nach Herkunftsstaaten und -regionen	43
4. Alter der Abgeordneten	46
5. Bildungsabschlüsse der Abgeordneten	47
6. Berufszugehörigkeit der Abgeordneten	51
7. Berufszugehörigkeit der Abgeordneten und ihrer Väter	53
8. Politische Verfolgung der Paulskirchenlinken seit 1849	56
9. Das Ausmaß der politischen Verfolgung nach Herkunftsstaaten	65
10. Politisch verfolgte Abgeordnete nach letzter Fraktionszugehörigkeit	66
11. Emigrierte Abgeordnete nach Fraktionen	72
12. Politische Richtungen innerhalb der deutschen bürgerlichen Linken seit Mitte der 1850er Jahre	251
13. Mandate ehemaliger linker Paulskirchenabgeordneter im Reichstag und in den Parlamenten der deutschen Staaten seit 1849	619
14. Umrechnungskurse der wichtigsten Währungen 1850 - 1875	621
15. Die Abgeordneten der Linken in der Deutschen Nationalversammlung	621

Register

Tabellen werden in den Registern nicht berücksichtigt; Fußnoten nur dann, wenn dort wesentliche ergänzende Informationen zu einer Person bzw. zu einer Sache zu finden sind. Verweise auf die Fußnoten werden *kursiv* gesetzt, wenn derselbe Begriff/dieselbe Person nicht auf derselben Seite zu finden ist.

a) Personenregister

Mitglieder von regierenden Fürstenhäusern werden unter ihren Vornamen angeführt.

- Ahrens, Heinrich 100, 122, 383, 404 f.
Alvensleben, Gustav v. 424, 445
Anderson, Ferdinand 224
Arndt, Ernst Moritz 239
Auerbach, Berthold 62
Auerswald, Rudolf v. 160
- Baare, Louis 70
Bach, Alexander 364
Backhaus, Hermann 224
Bamberger, Anna (geb. Belmont) 88, 93, 118
Bamberger, Ludwig 15, 17, 71, 74, 77–80, 86, 88 f., 93, 95, 97, 101, 102, 105 f., 117 f., 126 f., 130, 133, 140 f., 144 ff., 154 f., 159, 162, 187, 238–242, 247, 271, 285, 304, 310 f., 323, 331, 342, 346, 351, 356 f., 382, 409 f., 418, 428, 482, 494, 513–517, 520, 533, 539, 543, 545 ff., 553 f., 556 f., 559–563, 565, 567, 572, 577, 581–588, 593, 594, 605, 606, 608, 610, 615
Bassermann, Friedrich Daniel
Bauer, Joseph 361
Baumgarten, Hermann 388, 610
Bebel, August 27, 495, 497, 536, 539, 541
Becher, August 95, 117, 266, 282, 562
Becker, Christoph 223 f., 355, 382, 398, 438, 464
Becker, Hermann Heinrich 390
Becker, Johann Philipp 81
Beckerath, Hermann v. 223
Behrens, Julius 110
Beidtel, Carl 366
Belcredi, Richard Graf 508, 530
Bennigsen, Rudolf v. 337, 347, 388, 439, 551, 588
- Berg, Philipp v. 416
Berger, Johann Nepomuk 17, 47, 100, 157, 359, 361 ff., 367, 373 f., 376, 391 ff., 395 f., 404, 424, 449, 451, 458, 506 f., 511, 564, 605, 609
Bermbach, Adolf 403, 438
Bernstein, Aaron 104, 199
Bernstoff, Albrecht Graf v. 419 f.
Beseler, Georg 240
Best, Heinrich 37, 48 ff.
Beust, Friedrich v. 206, 210, 343, 357, 363, 413, 419, 458 ff., 488
Biedermann, Karl 17, 66, 73, 122 f., 132 f., 140, 141, 157, 159, 177, 204–209, 223, 224, 254, 263, 290 f., 292, 312 ff., 324, 327, 334, 336 f., 342, 346, 387, 398, 405, 438, 440, 451, 459, 460, 490 ff., 495, 512, 522, 534 f., 541, 551, 570 f., 596, 604, 606, 608
Biefang, Andreas 19, 336, 437, 482
Biegeleben, Ludwig v. 418
Bismarck, Otto v. 22, 27, 32, 105, 125, 131, 135, 138–141, 147, 215, 226, 250, 274, 277, 303, 306, 309, 323, 348, 356 f., 380, 383, 386 f., 394, 400, 403, 408, 413, 417, 420, 423 f., 427–431, 434, 437, 441, 444–448, 459, 460–464, 469 f., 475, 477 ff., 480, 488, 490, 491 f., 503, 505, 507 f., 511 f., 515 f., 518, 520, 522–528, 530 f., 533–538, 541 ff., 545, 547–554, 557, 561–568, 573, 575, 577 f., 580 f., 583, 585–588, 590, 592 f., 595, 601, 603 ff., 610, 615 f.
Blanc, Louis 303, 548
Blind, Karl 143, 185, 543
Blum, Jenny 116

- Blum, Robert 6, 34, 38, 46f., 53, 166, 316, 318, 412, 596
- Bluntschli, Johann Kaspar 387f., 392f., 396
- Bodmer, Kitty 121
- Böcking, Adolf 224, 225, 355, 382, 398, 438, 455, 464
- Börne, Ludwig 88
- Bogen, Johann 210f., 213
- Born, Stephan 86, 106
- Borries, Wilhelm Graf v. 344
- Bonaparte, Charles-Louis-Napoléon s. Napoleon III.
- Bonaparte, Napoleon-Joseph-Charles-Paul s. Jérôme
- Brater, Karl 388, 479
- Bratianu, Ion 187
- Brentano, Lorenz 6, 34, 46, 63, 71, 76, 86, 100, 127, 140, 154, 161, 185, 412
- Bresgen, Franz Joseph 355, 438, 446, 464, 526, 567f., 575, 608
- Brestel, Rudolf 361
- Bruck, Karl Ludwig v. 168, 230, 364, 413, 417
- Brüggemann, Karl Heinrich 267
- Bucher, Lothar 267, 269, 331, 395, 416
- Büchner, Ludwig 257
- Bunsen, Christian Carl Josias v. 190, 300
- Busch, Moritz 134, 310
- Carl Alexander v. Sachsen-Weimar 233, 468
- Caspar, Karl Ernst Heinrich 268
- Caspers, Philipp Jacob 355, 438, 446, 464, 567f., 608
- Caspary, Wilhelm 99, 101, 316
- Cavour, Camillo Conte Benso di 98
- Christ, Joseph Anton 406
- Christian IX., König von Dänemark 450, 468
- Christmann, Rudolf 77, 80, 335, 389, 390, 403, 408, 453, 455f., 458, 521, 542, 555
- Cnyrim, Adolph 224, 438
- Cobden, Richard 349
- Cohen, Ferdinand 543
- Comte, Auguste 260
- Culmann, August Ferdinand 71, 77, 119, 609
- Dahlmann, Friedrich Christoph 15, 223, 240
- Dalwigk, Reinhard v. 210f., 488
- Damm, Carl 63, 71, 78, 100
- Darasz, Albert 187
- Darwin, Charles 258
- Demel, Johann Nepomuk 367, 391, 507
- Dieskau, Julius 46f., 204, 260
- Dietsch, Carl Theodor 38, 438, 439
- Diezel, Gustav 265, 276, 278
- Droysen, Johann Gustav 15, 122, 262f.
- Du Mont, Joseph 267
- Duncker, Franz 128f.
- Duncker, Max 300, 302, 337, 524, 543, 585
- Duvernoy, Gustav Heinrich 229
- Eckardt, Ludwig 479, 518, 559
- Eckert, Ernst 224
- Eisenmann, Johann Gottfried 36, 52f.
- Eisenstuck, Jakob Bernhard 6, 34, 76, 207, 459
- Enders, Philipp 398, 438
- Engel, Arnold 337, 391
- Engels, Friedrich 78, 188, 193, 295, 556, 561
- Ernst II. August Karl Johann Leopold Alexander Eduard, Herzog v. Sachsen-Coburg-Gotha 437
- d'Ester, Karl 86, 316
- Eulenberg, Friedrich v. 551
- Fallmerayer, Jakob Philipp 121, 154, 267
- Fazy, James 92, 142
- Federer, Friedrich 66, 222, 224, 480
- Fehrenbach, Salomon 438
- Ferdinand, Kaiser v. Österreich 373
- Fetzer, Carl August 17, 25, 110, 124, 156, 163, 199f., 213, 215f., 218, 228, 254, 266, 275, 284-87, 292, 306, 314, 329, 335, 351, 398, 421, 422, 429, 438ff., 449f., 452ff., 455, 458, 479f., 484, 490, 495, 519f., 521, 522, 533, 540, 541, 550, 555, 563, 608
- Feuerbach, Ludwig 256
- Fichte, Johann Gottlieb 239, 278, 383f.
- Fickler, Josef 86
- Fischer, Kuno 583
- Förster, Johann Adam 62, 391
- Follen, Karl 78

- Francke, Karl 240
 Franz Joseph, Kaiser v. Österreich 168,
 441, 508, 564
 Frederik VII., König v. Dänemark 284,
 444, 450
 Freese, Carl 100, 102, 107, 123
 Freiligrath, Ferdinand 140, 142, 316, 548,
 561
 Freudentheil, Gottlieb Wilhelm 45,
 223 f., 334, 608
 Freytag, Gustav 310, 388
 Friedrich Christian August, Prinz von
 Schleswig-Holstein-Augustenburg
 140, 444, 450, 452 f., 455 f., 460 f., 464,
 466 ff., 470, 474 f., 479, 482, 486, 503,
 512, 518, 594
 Friedrich II., König von Preußen 61, 68,
 278, 309
 Friedrich III. Wilhelm Nikolaus Karl,
 Kronprinz von Preußen 382, 386,
 605
 Friedrich Wilhelm III., König von Preu-
 ßen 385
 Friedrich Wilhelm IV., König von
 Preußen 61, 169, 190, 193, 195, 205 f.,
 224, 226 f., 269, 273, 275, 321, 353, 413,
 488
 Fries, Hugo 388
 Frisch, Christian 66, 229, 335, 438, 606,
 608
 Fröbel, Julius 6, 17, 34, 53, 101, 104, 127,
 134, 136 ff., 139, 146 f., 153, 158, 166,
 184, 187, 194, 239, 250, 278, 280 f., 285,
 309 ff., 316, 320, 323, 329 ff., 350, 357,
 371, 373, 386, 391-395, 404, 414-420,
 423, 431 f., 434 f., 437, 441 ff., 486 f.,
 494, 509 f., 516, 530, 533, 544, 545, 552,
 561, 563, 583, 602, 604, 608, 612

 Gärtner, Marie 83
 Gager, Heinrich v. 15, 244, 254, 267 f.,
 291, 307, 419, 435, 584, 596
 Gager, Max v. 15, 401, 544
 Garibaldi, Giuseppe 428 f.
 Gerstenberg, Isidor 115
 Gervinus, Georg Gottfried 104, 268
 Giskra, Carl 6, 17, 34, 139, 151, 159, 359,
 363-374, 391, 427, 449, 451, 494,
 506 f., 547, 564, 605, 608
 Goegg, Amand 536, 539

 Goluchowski, Agenor Graf v. 320
 Gravenhorst, Carl Theodor 224, 335
 Grebing, Helga 28
 Greiner, Theodor Ludwig 81, 174
 Grumbrecht, August 100, 124, 223 f.,
 266, 334, 398, 401, 438, 521, 551, 585 f.,
 606, 608
 Groß, Gustav 391
 Günther, Johann Georg 80
 Gulden, Gustav 66, 609

 Haeckel, Ernst 120, 257
 Hagen, Adolf 381, 391
 Hagen, Karl 6, 34, 79, 102, 121, 154, 172,
 241, 257
 Hagenmüller, Johann Baptist 391
 Hallbauer, Gustav Moritz 224
 Hardenberg, Karl August Graf v. 226,
 278
 Hartmann, Ludo Moritz 137
 Hartmann, Moritz 17, 47, 53, 71 f., 77,
 80, 85-88, 92, 93, 99, 102, 104, 106,
 120, 125-130, 132, 135, 137 f., 144 f.,
 147, 162, 184, 318, 323, 480, 495, 539,
 543, 544-547, 553, 557 f., 560, 587,
 589, 593, 596, 609
 Hassenpflug, Ludwig v. 168
 Haug, Ernst v. 189
 Hausmann, Heinrich 224, 606, 608
 Haußmann, Julius 532
 Haym, Rudolf 15
 Hecker, Friedrich 47, 169, 316
 Hedrich, Franz 53, 172
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 192,
 383, 549
 s. a. Hegelianismus
 Hehner, Carl Philipp 438, 537
 Heine, Heinrich 88
 Heinzen, Karl 100
 Heisterbergk, Franz Maximilian 100,
 204
 Heldmann, Christian 124, 210 f., 334,
 389, 390, 403, 438, 537, 608
 Heller, Hermann 137
 Hennig, Julius v. 543
 Hensel, Adolph 47, 207
 Hentges, Ludwig (Louis) 318
 Herder, Johann Gottfried 241
 Herwegh, Emma 94, 96 f.
 Herwegh, Georg 559

- Herzen, Alexander 179–182
 Heubner, Otto Leonhard 47, 100, 316,
 484, 570, 608
 Hildebrand, Bruno 46, 62, 79, 80, 93, 97,
 121 f., 229, 306, 391, 452, 495, 608
 Hillebrand, Julius 79
 Höfken, Gustav 230
 Hölder, Julius 163, 265, 388, 450, 484,
 519
 Hönniger, Friedrich 62, 391
 Hoffbauer, Friedrich Wilhelm 96
 Hoffmann, Julius 225, 334, 398 f., 438,
 455, 521, 585 f., 608
 Hofmann, Gustav 203, 211, 213 f., 224,
 283, 438, 455
 Hohenlohe-Ingelfingen, Adolf Fürst zu
 420
 Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton
 Fürst zu 319, 420
 Hopf, Franz 540
 Hoverbeck, Leopold v. 388, 586
 Huber, Ernst Rudolf 614
 Humboldt, Alexander v. 61

 Itzstein, Johann Adam v. 6, 34, 46, 68,
 94 f., 110, 166, 318, 596

 Jacoby, Johann 17, 22, 34, 46, 61 f., 80, 95,
 100 f., 102, 104, 106, 124, 146, 154, 158,
 163, 175, 194, 198 f., 255, 267 ff., 316,
 321, 325 ff., 334, 345, 353 ff., 362, 378,
 380, 382, 391, 403, 438, 452, 461, 464,
 473, 478, 484, 493, 495, 518, 526 f., 535,
 560, 565, 567 f., 575 ff., 580, 584, 585,
 591, 593, 609, 611
 Jahn, Friedrich Ludwig 239, 502
 Jansen, Carl 466
 Jaup, Carl 210
 Jérôme, genannt Plon-Plon, Prinz von
 Frankreich (Napoléon-Joseph-Char-
 les-Paul Bonaparte) 120
 Johannes, Werner 224
 Joseph, Hermann 47, 80, 203, 204–207,
 302, 334, 338, 359, 370, 391, 398, 399 f.,
 405, 437 f., 450, 541, 570, 608
 Jucho, Friedrich Siegmund 46, 66, 69,
 100, 124, 224, 254, 269, 322, 398, 438,
 452, 455, 521, 537, 596, 608, 609
 Jungmanns, Franz 63, 76, 100, 609

 Kafferlein, Johann 124
 Kämmel, Heinrich Julius 204
 Kaiser, Ignatz 367, 391 f.
 Kaiser, Peter 80
 Kann, Robert A. 320
 Kapp, Christian 53, 133, 417, 559
 Karlen, Johann 94
 Keil, Ernst 67, 86
 Keller, Gottfried 106
 Kerckhoff, Wilhelm 267
 Keudell, Robert v. 550, 552
 Kierulff, Johann Friedrich 100, 224, 225
 Kinkel, Gottfried 111, 189, 316, 514, 548
 Kinkel, Johanna 94, 111
 Klapka, Georg 92, 290
 Klett, August 66
 Köhler, Carl Heinrich 355, 382, 464
 Kolatschek, Adolph 17, 70, 77, 95 f.,
 101 f., 127, 132 ff., 144, 172–175, 178 f.,
 296, 311, 323, 342, 344, 359, 361, 391 f.,
 416 f., 419, 443, 486, 550, 609
 Kolb, Georg Friedrich 6, 17, 34, 46, 53,
 79, 97, 103, 107, 132 f., 135, 140, 219,
 221, 228, 235, 306, 389, 390, 403, 408,
 450, 453, 455 f., 458, 484, 485, 495, 514,
 516, 518, 520, 521, 536, 539, 542, 550,
 555, 558, 560, 576, 609
 Kossuth, Lajos 240, 277
 Kraiss, F. A. 127
 Kruse, Heinrich 267
 Kudlich, Hermann 53, 86, 87, 95
 Kuenzer, Domenikus 66
 Kuranda, Ignatz 17, 126, 136, 359, 361,
 367, 369 f., 373 f., 391, 506 f., 544, 563,
 609
 Kurz, Hermann 283–287

 Ladendorf, August v. 110
 Lamey, August 320, 550
 Langbein, Carl Ludwig 66
 Langewiesche, Dieter 269
 Lassalle, Ferdinand 133, 496–499, 534
 Ledru-Rollin, Alexandre 187, 191
 Leopold I., König von Belgien 292
 Lette, Adolf 337
 Leue, Friedrich Gottfried 224, 294, 355,
 379 f., 438, 446, 464, 608
 Levysohn, Friedrich Wilhelm 61, 438
 Lewald, Fanny 93, 102, 103, 513

- Libelt, Karol 166, 316, 333 f., 355, 426,
 447, 495, 568, 575, 608
 Liebknecht, Wilhelm 143, 541
 Linden, Joseph v. 215, 218, 266, 541
 Lipke, Gustav 99, 104
 Löwe, Eveline (geb. Baare) 70
 Löwe (-Calbe), Wilhelm 6, 17, 22, 25, 34,
 61, 70, 76, 78 f., 80, 82, 84, 86, 89, 92 f.,
 95, 101 f., 104, 107, 110, 141, 146, 147,
 154, 159, 172, 183, 187, 189, 269, 323,
 355, 379-386, 389 ff., 398, 403, 418,
 426, 437 f., 440, 445 f., 455, 456 ff.,
 461-464, 466 f., 479, 482, 489 f., 495,
 497, 503, 508, 512 ff., 517, 520, 522,
 524-527, 535 f., 538, 543, 559, 561,
 567 ff., 577 f., 585 f., 592, 594, 606,
 608
 Ludwig II., König v. Bayern 423

 Makowiczka, Franz 121 f., 224, 452, 608
 Mammen, Franz August 47, 203, 204 f.,
 209, 228, 236, 405, 455 f., 458-461,
 512, 520, 521, 541, 608
 Mann, Bernhard 20
 Manteuffel, Otto Theodor Freiherr v.
 67 f., 99, 278, 319, 333
 Mareck, Titus Alois 100
 Martiny, Karl Friedrich 100, 355, 392,
 498, 609
 Marx, Karl 78, 127, 139, 143, 188, 193,
 556, 561
 Mathy, Karl 46, 224, 550
 Maximilian II., König v. Bayern 219 f.,
 423
 Mayer, Carl 17, 71, 79, 80, 82 ff., 92, 93,
 98 f., 101 f., 105, 106, 110, 113, 119,
 123 f., 135, 1141, 146, 162, 164, 176 f.,
 183 f., 191 f., 200, 202, 216, 255, 298,
 335, 389 f., 428 f., 455, 461, 473, 477,
 480, 483 ff., 486, 492, 514-519, 528,
 532, 536 f., 539 ff., 557, 559, 576, 581,
 609, 617
 Mayer, Gustav 617
 Mayer, Thomas 219
 Mazzini, Giuseppe 187 ff., 240, 303
 Megerle v. Mühlfeld, Eugen 361, 367,
 391, 451
 Mensdorff-Pouilly, Alexander v. 507
 Mevissen, Gustav 223
 Meyer, Jürgen Bona 258

 Miquel, Johannes 551
 Mittermaier, Carl 104, 596
 Möring, Carl 254, 596
 Mohl, Moriz 53, 107, 151, 153, 200, 201,
 213, 215-217, 275 ff., 294, 311, 350,
 404, 408, 455, 457, 484, 540, 596, 606,
 608
 Mohr, Martin 164, 203, 210-214, 282 f.,
 318, 391, 403, 438, 439, 455
 Moleschott, Jakob 79
 Mölling, Friedrich 391
 Moltke, Hellmuth v. 584
 Mommsen, Theodor 79, 352, 511
 Mommsen, Wolfgang J. 163, 352
 Müller, Ludwig (Louis) 334, 399, 438
 Müller, Sigmund 269, 536
 Murschel, Wilhelm 306, 335, 438, 480
 Mylius, Everhard v. 224

 Nägele, Ferdinand 146, 200, 266, 335,
 438, 455, 484, 521, 540, 609
 Nagel, Johann Friedrich 124, 213, 217 f.
 Napoleon I., Kaiser von Frankreich 122,
 280, 477, 483, 487 f., 581
 Napoleon III. (Charles-Louis-Napoléon
 Bonaparte), Kaiser von Frankreich 75,
 98, 141-144, 170, 260, 272, 276, 288 ff.,
 292-295, 299, 301, 303 f., 306, 308,
 312 f., 320, 337, 339, 349, 425, 430, 436,
 446, 449 f., 514, 518, 547, 558, 588 f.,
 600, 603
 Naumann, Friedrich 53, 250
 Nauwerck, Karl 6, 34, 80, 93, 94-97, 99,
 102, 105, 106, 110, 117, 119, 133, 162,
 176, 180-182, 184, 187, 278, 306, 334,
 391, 429, 452, 494, 500, 527, 541, 596,
 608
 Nicol, Günther 124, 224, 334, 608

 Österlen, Ludwig 540
 Oetker, Friedrich 551
 Oettingen-Wallerstein, Ludwig v. 220
 Offermann, Toni 495
 Oppenheim, Heinrich-Bernhard 97, 126,
 133 f., 342, 545, 559
 Orsini, Felice 98
 Ossenbrüggen, Eduard 79

 Pagenstecher, Alexander 267
 Parisius, Ludolf 543

- Paur, Theodor 64, 326, 333, 335, 355,
 381, 385, 398, 426, 438, 446, 534 f., 568,
 592, 593, 608
 Peter, Joseph 6, 34, 46, 71, 76, 106
 Pettenkofer, Max v. 119
 Pfau, Ludwig 126
 Pfistermeister, Franz Seraph v. 488
 Pfordten, Ludwig Freiherr v. d. 219 f.,
 282, 320
 Pillersdorf, Franz Xaver 361
 Pläß, Christian Heinrich 224
 Plessen, Wilhelm August v. 217
 Probst, Rudolf 395
 Prutz, Robert 133

 Quinet, Eduard 587

 Radowitz, Joseph v. 224, 419, 596
 Rainer, Erzherzog von Österreich 320
 Rank, Joseph 47, 391
 Rappard, Conrad v. 71, 79, 93, 101–104,
 107, 110, 118 f., 269, 391
 Raveaux, Franz 6, 34, 53, 76, 94, 110,
 116, 117, 183, 194
 Rechbauer, Karl 396
 Rechberg, Johann Bernhard Graf v. 418,
 451, 459, 469 f., 487, 504, 507
 Redlich, Joseph 363
 Reh, Theodor Ludwig 124, 211, 213 f.,
 224, 225, 227 f., 234
 Reichard, Joseph Martin 76, 100
 Reichenbach, Oscar Graf v. 61, 71 f., 78,
 93, 103, 107, 115, 140, 187, 189, 316,
 550, 586 f., 608
 Reinhard, Ernst Ludwig 389, 390 f., 403,
 438, 484, 495, 497, 609
 Reinstein, August 63, 66, 79, 81, 83, 86,
 92, 95 f., 99, 101–104, 110, 113, 117,
 123, 161, 176, 184, 276, 305, 327
 Reiter, Heinrich 336, 389
 Rheinwald, Carl Friedrich 438
 Riehl, Anton 263, 367, 370, 455, 507
 Riehl, Wilhelm Heinrich 50, 263
 Riesser, Gabriel 100, 124, 177, 224, 225 f.,
 312, 314, 334, 336 f., 346, 422
 Robespierre, Maximilien de 515
 Rochau, Ludwig August v. 122, 137, 246,
 248, 260–264, 310, 330
 Rodbertus, Karl 104, 268, 316, 416
 Röckel, August 536, 558

 Rödiger, Achilles 92
 Rödinger, Friedrich 93, 101, 106, 112,
 115, 124, 163, 200 f., 203, 213, 215 ff.,
 218, 275 f., 290 f., 438, 484, 486, 500,
 540, 550, 555, 608
 Römer, Friedrich 229, 550
 Rösler, Adolf 6, 34, 166, 318, 412
 Roggenbach, Franz v. 320
 Ronge, Johannes 188 f.
 Roon, Albrecht 351
 Rosenberg, Hans 27, 418
 Roßmäßler, Emil Adolph 17, 25, 64,
 122 f., 166, 308, 318, 335, 389 ff., 403,
 438, 439 f., 448 f., 484, 495 ff., 518, 570,
 575 f., 596, 609
 Rühl, August 6, 34, 66, 96, 166, 254, 318
 Rüstow, Wilhelm 559
 Ruge, Agnes (geb. Nietzsche) 70
 Ruge, Arnold 6, 17, 34, 53, 70, 72, 78, 89,
 97, 101, 105, 110, 119, 124 f., 127 f.,
 133, 140, 144, 153, 157, 159, 161, 164,
 176, 183–193, 196, 240, 247, 261, 271,
 277–280, 285, 290, 295 f., 300, 302,
 310, 313, 316, 318, 323, 328, 336, 342,
 346, 354, 364, 382 f., 412, 427, 482, 491,
 493, 502, 513, 520, 531 f., 545, 547 ff.,
 551 ff., 559 f., 561 ff., 574, 577, 580 f.,
 583 ff., 587, 593, 596, 608, 610, 617
 Ruhwandl, Joseph 254

 Sachs, Wilhelm 78, 95, 110, 438
 Schäffle, Albert 137
 Schaffrath, Wilhelm Michael 6, 34, 46 f.,
 103, 107, 124, 194, 207, 302, 318, 334,
 338, 397, 398, 401, 404 f., 438, 449 f.,
 453, 484, 523 f., 534, 538, 570, 572, 585,
 606, 608
 Schiller, Friedrich 383
 Schöffel, Friedrich Wilhelm 6, 34, 71,
 76, 80, 100
 Schlütter, Friedrich Ernst 78
 Schmerling, Anton v. 15, 320, 323, 330,
 358, 361, 390, 395, 400, 404, 413 f.,
 418 f., 448, 488, 504, 507–510
 Schmidt, Adolf 79, 121, 350, 608
 Schmidt, Friedrich 80
 Schmidt, Julius 207
 Schoder, Adolph 6, 34, 112, 115, 200,
 203, 215–218, 228
 Schott, Albert 6, 66, 103, 306

- Schott, Sigmund 265, 388, 395
 Schraps, Heinrich 405
 Schröder, Ferdinand 66
 Schüler, Christian 6, 34, 64, 231, 334,
 338-341, 345, 391, 398, 400f., 438,
 439, 449, 452ff., 461, 484f., 492f.,
 576f., 606, 609
 Schüler, Ernst 120
 Schüler, Friedrich 77, 219, 254
 Schütz, Jacob Friedrich 76, 140, 188f.,
 579f., 608
 Schulz, Friedrich 66, 123, 403, 404
 Schulz-Bodmer, Wilhelm 17, 53, 96, 111,
 121, 153, 176, 183, 186, 190, 211f., 234,
 238, 240, 242, 259, 271, 293, 306, 349,
 611
 Schulze-Delitzsch, Hermann 199, 337,
 457, 496, 522, 524, 536, 543
 Schuselka, Franz 6, 17, 34, 53, 192, 237f.,
 261, 272ff., 279, 285, 311, 318, 323,
 359, 361, 363, 367, 370, 372f., 376,
 391f., 396, 404, 473, 609
 Schwarzenberg, Philipp 62, 93, 106, 222,
 223f., 268, 283, 364, 403, 413, 417,
 473
 Seeger, Adolf 450
 Seinguerlet, Eugène 559
 Siemens, Werner 543
 Simon, Heinrich 6, 34, 53, 79f., 83, 85,
 92f., 95, 97, 101f., 105f., 117., 152,
 155, 158, 160f., 166, 194, 255, 269, 271,
 301f., 344f., 352f., 403, 421, 513
 Simon, Ludwig 6, 17, 34, 67, 72, 77, 80,
 82-86, 88, 91f., 93, 95, 97, 99, 101ff.,
 110-114, 117f., 128f., 133, 141, 146,
 159, 162, 166, 172, 175f., 181-184, 189,
 193ff., 239, 258ff., 267, 316, 318, 323,
 339, 342, 391, 398, 493, 500, 502,
 514-517, 525, 528, 545, 548, 609, 611,
 617
 Simon, Max 43, 102, 107, 110, 266, 326,
 355, 379, 382, 384f., 438, 513, 520, 532,
 535, 577, 585f., 592, 608, 610
 Simson, Eduard 69, 254
 Soiron, Alexander v. 254, 502, 596
 Sommaruga, Franz v. 361
 Souchay, Eduard 69
 Spatz, Carl Alexander 6, 34
 Stadion, Franz Seraph Graf v. 364
 Stahr, Adolf 102
 Stein, Heinrich Freiherr vom und zum
 226, 278
 Stieger, Johann 367
 Straß, Carl van der 367, 370, 451, 507
 Struve, Gustav 151, 154, 189, 536
 Sybel, Heinrich v. 482
 Szábel, Balthasar 367
 Tafel, Franz 219f., 228, 408, 455, 484,
 521, 532, 537, 542, 555, 609
 Tafel, Gottlob 6, 17, 34, 93, 102, 106f.,
 110, 112, 115, 200, 202, 213, 215f., 266,
 275, 282f., 294, 335, 345, 389, 390, 403,
 421, 438, 449, 458, 480, 484, 495, 520,
 521, 540, 550, 609
 Temme, Jodokus 6, 34, 61, 68, 97, 103,
 106, 110, 115, 121, 132, 306, 316, 355,
 380, 391, 403, 438, 461, 464, 478, 508,
 517, 526, 541, 575, 608
 Temme, Julie 68, 79, 102
 Thieme, Friedrich August 86, 184, 194
 Tieck, Ludwig 61
 Titus, Nikolaus 86, 124, 164, 318, 334,
 338, 341, 403, 609, 611
 Treitschke, Heinrich v. 137, 296, 511,
 570f., 610
 Trendelenburg, Louise 93, 102
 Trützschler, Wilhelm Adolf v. 6, 34, 100,
 316
 Twesten, Karl 99, 104, 489, 499, 551, 566,
 577
 Tzschucke, Carl Hugo 207
 Uhland, Ludwig 53, 61f., 83, 92, 103,
 110, 215, 229f., 267
 Umscheiden, Philipp 80, 324, 401, 408,
 450, 453, 484, 521, 542, 561, 608
 Unruh, Viktor v. 105, 316
 Valentin, Veit 19
 Varnbüler, Friedrich Karl Freiherr v. 283,
 488
 Varnhagen van Ense, Karl August 104,
 193
 Venedey, Henriette (geb. Obermüller)
 93, 129
 Venedey, Jacob 6, 17, 25, 34, 53, 79f., 93,
 99, 107, 122, 128f., 143, 144, 155-159,
 166, 176, 178f., 199, 231, 240ff., 266f.,
 276, 284, 286f., 301ff., 305f., 311, 318,

- 328, 334, 336, 339, 342, 351, 397, 398, 400f., 426f., 430, 438ff., 448f., 454, 456, 477ff., 484, 490, 492, 495, 500, 517, 519, 523, 525, 527, 537, 540, 544, 550, 556ff., 560, 577, 609
- Vincke, Georg Freiherr v. 351, 377, 381, 596
- Virchow, Rudolf
- Vischer, Friedrich Theodor 17, 79, 83, 121, 146, 159, 225f., 306, 308, 328, 391, 404, 435f., 456, 484, 608
- Vittorio Emanuele II., König von Sardinien, seit 1861 von Italien 288, 303
- Völk, Josef 393
- Vogt, Carl 6, 17, 34, 76, 78–82, 85f., 92, 93, 95, 97, 99ff., 104f., 108, 113, 117, 119ff., 126, 128, 141–146, 162, 164, 166, 176f., 183f., 186f., 210ff., 234f., 239, 247, 257, 259, 262, 269, 290, 295–299, 301–306, 310, 313, 316, 318, 346, 391, 398, 403, 412, 429, 461, 472–479, 486f., 500, 517, 560, 583f., 588, 596, 604, 608, 611
- Vogt, Luise 78
- Vogt, Wilhelm 78, 113
- Wagner, Rudolph 259
- Waitz, Georg 240
- Waldeck, Benedikt 104, 316, 464
- Waldeck, Eduard 110
- Walesrode, Ludwig 133
- Watzdorf, Friedrich Heinrich Otto v. 46, 204
- Weber, Max 69, 145, 147
- Weege, Wilhelm 37
- Weißborn, Wilhelm 223f., 225
- Welcker, Karl 15, 46, 267, 439, 596
- Werner, Maximilian 71, 80
- Wesendonck, Hugo 6, 34, 72, 78, 106, 166, 316, 318
- Westphalen, Ferdinand Otto Wilhelm v. 104
- Weyermann, Albrecht 113
- Wiesner, Adolf 71, 76, 80, 82, 86, 95, 99, 102, 117
- Wigand, Otto 128
- Wigard, Franz Jakob 6, 17, 26, 34, 95, 107, 116, 124, 128, 186, 188, 194, 204, 206, 209, 228, 335, 398, 401, 405, 438, 451, 484, 534, 537f., 541, 570, 572, 585, 606, 608f.
- Wigard, Marie 93, 116
- Wilhelm I., König von Württemberg 160, 215, 268, 286, 423
- Wilhelm I., König von Preußen 67f., 160, 215, 269, 273, 313, 319, 321, 352f., 356f., 381f., 408, 436, 441, 447, 551, 566
- Windthorst, Ludwig 395
- Wirth, Johann Georg August 6, 34
- Wislicenus, Gustav Adolf 106
- Wittmann, hess. Landtagsabgeordneter 213
- Wolff, Wilhelm 53, 76, 78
- Wrangel, Friedrich Heinrich Ernst Graf v. 278
- Würth, Otto 80, 85, 102, 106
- Wuttke, Heinrich 17, 64, 100, 101, 123, 127f., 132, 236, 383, 395, 404, 427, 440, 450f., 453f., 456, 474, 487, 495, 498ff., 518, 531, 536, 539, 541, 560, 576, 609
- Wuttke-Biller, Emma 93
- Wydenbrugk, Oscar v. 46, 64, 100, 101, 127, 129, 139f., 223, 224, 225, 231ff., 263, 311, 325, 386, 395, 416, 419, 421, 431f., 443, 449f., 453, 468ff., 530, 593, 594, 608
- Zabel, Friedrich 522
- Zachariä, Heinrich 123, 224, 416, 585f., 608
- Zell, Friedrich 102, 198, 223, 224, 609
- Ziegert, August Hermann 224, 334, 355, 464, 497, 609
- Ziegler, Franz 104, 316
- Zimmermann (Ehefrau v. Eduard Z.) 103
- Zimmermann, Eduard 61, 71, 78, 93, 105, 107, 117, 449, 609
- Zimmermann, Wilhelm 6, 34, 63f., 200, 213, 217, 292, 318, 502, 596
- Zitz, Franz 6, 34, 71, 86, 166, 318, 412, 579
- Zschinsky, Ferdinand 206

b) Sachregister

Nicht verzeichnet wurden Begriffe, die nur in einem Kapitel oder Unterkapitel vorkommen und über das Inhaltsverzeichnis leicht aufzufinden sind, Ortsnamen sowie die fast auf jeder Seite auftauchenden Begriffe

- 1848,
- Achtundvierziger,
- bürgerliche Linke,
- Demokraten, Demokratie,
- Deutsche/Frankfurter Nationalversammlung,
- Deutscher Bund,
- Liberale, Liberalismus,
- Linksliberale, Linksliberalismus,
- Nationalbewegung, Einigungsbewegung,
- Paulskirche,
- Paulskirchenlinke,
- Preußen,
- Österreich,
- Reaktion,
- Revolution.

- Abgeordnetentag, Abgeordnetenversammlung 24, 155, 335, 387 f., 393-404, 406, 408, 418, 420 ff., 431-443, 448 ff., 453, 456 ff., 462, 466, 481, 489 f., 495, 520-524, 537-540
- »Allgemeine Zeitung«. Augsburg 127, 133, 135, 138, 143, 259, 301, 306, 308, 325, 344, 419, 499, 530, 561, 587
- Amnestie 160 f, 204 f., 214, 220
- Annexionismus (Nationalstaatsgründung durch militärisch erzwungene Annexionen) 244, 274, 289, 298-315, 327, 347, 422, 463, 469 f., 482, 489, 511 ff., 524, 530, 532, 538, 551 f., 562, 567, 570 f., 595, 600, 604
- Antisemitismus 86 f., 360
- Arbeiterbewegung, Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV), Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) 449, 484, 493-500, 534, 541, 560, 572 ff., 617
- Aufklärung 176, 240, 366
- Australien 75
- autoritäre Revolutionäre s. großpreussisch-gouvernementale Linke
- Baden 39, 43 f., 46, 50, 63, 65, 67, 72, 111, 116, 197, 214, 238, 282, 315, 320, 384, 435, 448, 476, 479, 484, 520, 530, 550, 558, 598, 602
- Bayern 42, 44, 50, 62, 65, 121, 139, 197, 203, 219 ff., 238, 282, 319, 423, 434, 476, 484, 488 f., 495, 520, 530, 540, 542, 555, 558, 560, 576, 598, 602, 606
- Franken 221, 518
- Pfalz 24, 39, 45, 65, 67, 72, 214, 219 ff., 450, 484
- Belgien 75 f., 226, 273, 312, 473, 476
- »Der Beobachter«. Stuttgart 119, 133, 135, 267, 283, 286, 291, 298, 301, 325, 343, 422, 479, 514 f., 537, 540, 557, 576
- Böhmen und Mähren, Tschechen, Tschechei 39, 41, 44, 192 f., 239, 245, 297, 360, 367 ff., 374, 506, 545, 575
- »Der Botschafter«. Wien 134, 323, 443
- Brandenburg 44, 50
- Braunschweig (Herzogtum) 197
- Bürgerlichkeit, Verbürgerlichung 160, 494 f., 497, 556, 610 f.
- Bundesakte, Wiener Schlußakte von 1815 435, 533
- Bundesreform 272, 343, 357, 370, 375, 388, 392 ff., 400, 403, 407, 409, 413-443, 448 f., 462, 483, 486 f., 509, 511, 533, 541, 544, 561 f., 599, 604 f.
- Bundestag 68, 206, 212, 236, 416, 435, 459, 464, 468, 580

- Centralmärzverein 35 ff., 100, 109, 222, 569, 573
- Dänemark, deutsch-dänischer Krieg 116, 168, 192, 240, 242, 245, 289, 333, 356, 444 f., 448, 453, 455 f., 459 f., 462, 464 f., 470, 474 f., 478 f., 482, 486, 489, 503, 507, 512, 552, 604, 611
- demokratischer Föderalismus, demokratische Föderalisten 201, 249, 289 ff., 293 f., 302-310, 339, 343, 346, 356, 363-376, 383, 387, 392, 401 f., 405, 407, 420 ff., 426-431, 438-441, 445, 449 ff., 453 ff., 460, 464, 470, 481, 483 f., 486-490, 492 f., 498, 503, 505, 509, 514 f., 517, 520, 522 f., 525 f., 528 f., 532, 537, 539, 541 f., 545 ff., 553, 556-559, 561, 563, 565, 570, 576 f., 579 ff., 588 ff., 595, 600-604, 610
- »Demokratische Studien«. Hamburg 133, 302, 323 f.
- Demokratische Volkspartei s. Volkspartei
- deutsch-dänischer Krieg s. Dänemark
- »Deutsche Allgemeine Zeitung«. Leipzig 132, 134 f., 324, 336, 460, 534, 572
- »Deutsche Annalen«. Leipzig 263
- »Deutsche Jahrbücher«. Berlin 127, 323 f.
- »Deutsche Monatsschrift«. Stuttgart/Bremen 95 ff., 127, 132, 134, 172-175, 182-184, 240, 257
- »Deutsches Museum«. Leipzig 133
- Deutsche Partei (Württemberg) 483
- Deutsches Reich s. Reichsgründung
- Deutsche Union, Unionsverfassung 109, 168, 175, 178, 198 f., 204 ff., 210, 222-229, 233-236, 238, 247, 272, 336 f., 419
- »Deutsche Zeitung aus Böhmen«. Prag 121
- Deutschkatholiken, Deutschkatholizismus 188
- Diäten 95, 108, 111, 116 f., 228, 434, 533, 587, 591 f.
- Dogmatismus, Doktrinarismus 182, 256, 264, 270, 309, 421, 440, 555, 579, 584
- Dresdner Konferenzen (1850/51) 413
- Drittes Deutschland 135, 187, 201, 225, 236-238, 250, 259, 274 f., 281, 284 ff., 311, 320, 371, 402, 416, 418, 423, 434, 444, 458, 464-471, 476 f., 482 f., 485, 487 ff., 493, 507, 530, 540, 542, 559, 595, 601 f., 604 f.
- Ehefrauen der Abgeordneten 92 f.
- Ehrgefühl 84, 143, 158, 161 f., 179, 195, 212, 235, 527, 567, 577, 588 f., 592
- »Einheit«, »Einigkeit«, »Eintracht«, »Einheitskult« 22, 25, 31 f., 174-177, 233, 238, 261, 282, 289 f., 298, 313, 378 ff., 399, 402, 407, 409, 436, 449, 456 f., 460, 464, 4474, 480, 497 f., 505, 510 f., 513 f., 517, 519, 576 f., 579 f., 607 f., 611
- s. a. Nationsbildung
- Einheitsstaat s. Unitarismus
- Einigungskrieg 175, 284, 294, 297, 305 f., 308, 349, 353, 394, 397, 418, 430, 446 f., 462 f., 478, 545, 611
- Elsaß, Lothringen 109, 164, 245, 312, 350, 371, 452, 461, 514, 589, 612, 616
- Erfurter Parlament 212
- Ethnisierung der Nation 240 ff., 297 f., 425, 447, 476 f., 574 f., 612 f., 616
- europäisches Denken 273, 281, 293, 473 f., 506, 509, 559
- Europäisches Zentralkomitee der Demokratie 81 f., 187 ff., 191, 193, 240, 277, 550
- Februarverfassung 367, 369, 372 f., 375, 404, 508
- Föderalismus 97, 101, 135, 137, 234, 237, 243 f., 255, 279, 281, 284 f., 323, 342 f., 410, 476 f., 512
- s. a. demokratischer bzw. supranationaler Föderalismus
- Fortschrittsglaube 31, 150, 154, 164, 178, 180 f., 183, 191, 249, 256, 258, 264, 272, 359, 379, 382, 427, 429, 482, 491, 496, 514, 562, 566, 580 f., 587, 613-616
- Fortschrittspartei 96, 104, 134, 174, 251 f., 258, 270, 321, 323, 329, 345, 352, 354 f., 368, 377-385, 387, 403, 405 f., 425 f., 441, 445 f., 457, 461, 463 f., 478 f., 481, 483, 485, 489, 491 f., 496-499, 503, 512, 524, 528, 532, 535, 538 f., 543, 560, 565 ff., 572 f., 575, 577, 579 f., 586, 602, 608, 617

- Franken s. Bayern
 Frankfurt (Freie Stadt) 269
 Frankfurter Fürstentag 414, 418,
 431-443, 449, 462, 599, 602
 »Frankfurter Zeitung«, »Neue Frank-
 furter Zeitung« 135, 140, 342 f., 514,
 542, 550, 609
 Frankreich, Franzosen 39, 41 f., 48, 75,
 77, 98, 100, 115, 118, 142 f., 159, 170,
 183, 191 f., 195, 237, 244, 246, 255, 260,
 262, 271 ff., 275 f., 280, 284, 288,
 290-296, 299, 301 ff., 305, 307-310,
 312 f., 330, 332, 350 f., 354, 356, 364,
 371, 408, 424, 428 ff., 432, 461, 466 f.,
 476 f., 483, 486 f., 514 f., 517, 531, 539,
 542 f., 547, 552, 556, 558, 562, 565, 567,
 579, 584, 592, 603
 französische Revolution s. »Ideen von
 1789«
 »Freiheit«, Forderungen nach politi-
 scher und wirtschaftlicher Liberalisie-
 rung 22, 25, 31 f., 104, 174, 180 f., 184,
 189, 195, 208, 232 ff., 237, 260 f., 269,
 273, 275, 280, 290, 295, 297, 307, 312,
 314, 338 f., 341, 348, 355, 359, 365,
 382 f., 415, 431, 436, 446, 449, 462 ff.,
 475 f., 486, 493, 500, 505, 509 ff., 513 f.,
 517, 519, 528, 535, 555, 559 f., 562, 568,
 576 f., 579 f., 583, 593, 595, 600 ff.,
 606 ff., 614
 »Freya«. Stuttgart 126 f.
 Fundamentalopposition 178 f., 228, 267,
 269, 276, 290, 326, 328, 354, 356, 386,
 431, 446, 507, 526, 528, 535, 560 f., 565,
 567, 572, 576, 579, 582, 584 f., 604, 607
 Galizien 507
 gemäßigte Liberale s. Konstitutionalis-
 mus, Konstitutionelle
 Germanenkult 415, 517
 Gleichheit 180, 184, 348
 Gothaer Versammlung, »Gothaertum«
 36, 175, 198, 204, 212, 222-227, 268 f.,
 303, 328, 339, 341, 355, 370, 454, 480,
 516, 610
 »Die Grenzboten«. Leipzig 134, 310
 Großbritannien, Briten, England, Eng-
 länder 75 ff., 89, 115, 183, 186 f., 192 f.,
 226, 244, 271, 273, 276, 280, 303, 330,
 349, 354, 356, 371, 410, 432, 477, 517,
 548, 594, 599
 großdeutsche Ideen 174, 205, 230, 236,
 245, 277, 279, 295, 304, 308, 321, 342,
 347, 359, 363, 370-375, 388, 393 ff.,
 397, 401, 404 f., 408, 421, 428, 435, 451,
 469, 483, 487, 498, 562 f., 594, 603, 610
 großpreussische Demokraten, großpreu-
 ßische Demokratie 140, 243 ff., 249 ff.,
 271, 279, 284, 289 f., 296 f., 302, 304,
 306-309, 315, 339, 354, 370, 382 f.,
 388, 397, 402, 415, 420, 422, 427, 432,
 436 f., 441, 443 f., 451, 453, 457, 460,
 464, 467, 483, 487, 490, 503, 512 ff.,
 519 f., 524, 528 f., 533, 535, 548 f., 551,
 568, 578, 590 f., 600-603
 großpreussisch-gouvernementale, groß-
 preussisch-autoritäre Linke, autoritäre
 Revolutionäre 32, 243 ff., 247 f., 250 f.,
 289 ff., 295, 297, 302, 310, 313, 346,
 409, 517, 520, 532, 543, 572 f., 581, 601
 großösterreichische Ideen, Großöster-
 reicher 30, 251, 311, 362-376, 388,
 392 f., 396 f., 408, 432, 443, 455, 506,
 511
 Grundrechte, Bürgerrechte, Menschen-
 rechte 175, 177, 206, 211, 213, 218 f.,
 223, 226, 228, 240, 248, 256, 265, 343,
 358, 361, 367, 510, 579, 591, 595, 615
 Hallgartenkreis 46 f., 103
 »Hallische Jahrbücher« 125, 185
 Hannover 42, 44, 50, 72, 197, 266, 302,
 464, 530, 553, 568, 573
 Hansestädte 50, 173, 197, 260, 530
 Hegelianismus, Junghegelianismus 83,
 97, 137, 185, 187, 192, 241, 249, 333,
 354, 410, 425, 488, 491, 549, 561 f., 574,
 581, 583
 s. a. Hegel, Georg Wilhelm Friedrich
 Heilige Allianz 271, 511
 Hessen-Darmstadt, Großherzogtum
 Hessen 39 f., 44, 62, 65, 71 f., 168, 197,
 210-214, 228, 238, 282, 488 f., 520,
 530, 558, 598
 Hessen-Nassau 282, 530, 568, 573
 Holstein s. Schleswig und Holstein
 Holland s. Niederlande
 Honoratiorenpolitiker, Honoratioren-
 partei 64, 147 f., 150, 486

- »Ideen von 1789«, französische Revolution 28, 98, 240, 329, 353, 414, 514 f., 517, 552, 559, 562, 587, 590, 610
 »Ideen von 1848« 25, 150, 154, 175 f., 226, 232, 248 f., 264, 267, 477, 534, 548, 555, 582, 584, 597, 601, 609
 Indemnitätsvorlage 566 ff., 592
 Individualismus 179, 181 f.
 Internationalismus s. Kosmopolitismus
 Irland 280, 371
 Italien 98, 100, 106, 126, 141 ff., 167, 181, 192, 239, 244, 279, 288–315, 321, 336, 347, 355, 365, 368, 374, 420, 423, 428, 473, 477, 511, 517, 531, 533, 545, 548, 552, 580, 600, 603 f., 612
 »Das Jahrhundert«. Hamburg 133, 277, 295, 323, 494, 600
 Jugoslawien 297
 Kapitalismus 247
 »Kladderadatsch«. Berlin 409
 Klassenkampf 175, 493, 497
 kleindeutsche Ideen 236, 243, 276, 340, 398–403
 »Kölnische Zeitung« 126, 133, 138
 Kommunisten, Kommunismus 80 f., 91, 97 f., 141, 174, 493
 Konservative, Konservativismus, Legitimus, politische Rechte 15 f., 147, 203 ff., 214, 219, 222 f., 262 f., 266, 271 ff., 283, 294, 319 ff., 326, 331, 357, 379, 382, 386, 417, 431, 464, 508 f., 526, 530, 562 ff., 565, 570 f., 573, 602, 607, 613
 Konstitutionalismus, Konstitutionelle, gemäßigte Liberale 15 f., 35, 39, 96, 104, 155, 175, 190, 197, 199, 206, 214 f., 217 f., 222 ff., 226 f., 240, 244, 247, 249, 251, 256, 260–267, 270, 282, 287, 300, 310, 326 f., 330, 334, 338, 342, 346, 357 f., 368, 384, 387, 395, 400, 509, 527, 549, 554, 587, 602, 610, 615
 Kosmopolitismus, Internationalismus 191, 500, 514 f., 517, 532, 612
 »Der Kosmos«. London 184
 Krimkrieg 190, 270–282, 284, 288 f., 291, 293, 295, 313, 323, 327, 339, 413, 424, 430, 556, 599, 603, 611
 Kroatien, Kroaten 297, 365
 Kurhessen 44, 67, 168, 209, 211, 236, 260, 272, 346, 553, 568
 Lauenburg 284, 464, 524
 Liberalisierung s. »Freiheit«
 Limburg (Herzogtum) 84
 Luxemburg 284, 587, 589 f.
 Legitimus s. Konservativismus
 Linksradikale, Linksradikalismus s. revolutionäre, außerparlamentarische Linke
 Londoner Abkommen (1851/52) 445, 448, 460, 464, 479, 616
 Lothringen s. Elsaß
 »Macht« als Wert, Machtorientierung 22, 25, 32, 261 f., 272, 276, 282, 284, 289, 307, 309 f., 312 f., 329, 332, 339 f., 350 f., 3354, 415, 433, 436, 445, 474, 476, 482, 486, 512, 531, 560 f., 569, 572, 583, 587, 606
 Mähren s. Böhmen und Mähren
 Männlichkeit 158 ff., 162, 199, 295, 348, 356, 611, 613
 Märzverein s. Centralmärzverein
 Magyaren s. Ungarn
 Mainlinie 530 f., 578
 Materialismus 257 ff., 474, 510, 599
 Mecklenburg 50, 62, 67, 260, 530
 Militär, Soldaten, Armee 153, 159, 161, 180, 183, 193, 256, 276, 293, 326, 340, 352 f., 377, 385, 442, 460, 464 ff., 470, 491, 508, 511, 546, 552 f., 557, 576, 582, 591 ff., 604
 Militarismus 28, 306, 351 ff., 463, 526, 577, 587 f., 604, 606, 611, 616
 Milizen, Milizgedanke 244, 293, 307, 348 f., 352 f., 377, 486, 489, 526, 540, 600, 611
 Ministerverantwortlichkeit, Ministeranklage 168, 214, 361, 364, 368, 378, 384, 465, 507, 555, 567, 587, 591
 Monarchie 15, 176, 183, 208 f., 222, 227, 234 f., 244 f., 280, 303, 373, 377, 384, 423, 441, 470
 Nationalismus 28, 31 f., 78, 83, 89, 94, 144, 159, 180, 189, 191 f., 223, 236, 239, 245 f., 261, 268, 272, 275, 278, 284 f., 287, 291 f., 296, 300, 303, 305 f., 313,

- 332, 334, 348 ff., 353, 355 f., 365, 369, 371, 375, 379, 383, 397, 409, 414, 423, 425, 429, 443, 450, 453, 457 ff., 464, 477, 488, 500, 503, 506, 511, 514 f., 524, 532, 559, 564, 569, 577, 582, 595, 610–614
- Nationalität (als ethnisches, kulturelles oder politisches Konstrukt), »Volksgeist«, »Volkscharakter« 158, 238–242, 277, 298, 301, 310, 311, 346, 371, 383, 433, 441, 462, 474 ff., 612 f.
- Nationalliberale, Nationalliberalismus 13, 107, 137, 223 f., 245, 247, 251 f., 260, 264, 482, 491, 503, 511, 519, 534, 538, 555, 561, 563, 565, 568 f., 571 ff., 575, 585, 588, 608 ff., 615, 617
- Nationalstaatsgründung s. Nationsbildung
- Nationalverein 24, 94, 96, 161, 225, 245, 251, 261, 268 f., 282, 284, 302, 312, 314, 319, 334, 336, 338, 342–347, 357, 379, 382 f., 387 ff., 396 ff., 400, 402 f., 406–409, 414, 420 ff., 427 ff., 433, 439 f., 444, 449, 452 f., 457, 465, 478, 481, 490 ff., 496, 498, 503, 511 f., 519, 524–528, 532, 535, 537 f., 548 f., 551, 568, 578, 590 f.
- »Nationalzeitung«. Berlin 133, 143, 266, 324, 522
- Nationsbildung, nationale Einigung, Nationalstaatsgründung 13, 16, 21, 28, 163, 205, 225, 236, 239, 249, 277 f., 292, 298, 301, 327, 329 ff., 334, 338, 340 f., 344, 346 ff., 350 f., 354, 361, 369, 382, 414, 423, 446, 462, 467, 488, 540, 571 s. a. Reichsgründung von 1867/71
- Naturalisierung von Politik 517, 579
- »Neue Ära« 68, 71, 160, 270, 277, 321, 328, 353, 355 f., 377, 382, 385, 451, 496, 604
- »Neue Freie Presse«. Wien 127, 129, 544
- »Neue Oderzeitung«. Breslau 132
- »Die neue Schweiz« 302
- Niederlande 192, 273, 356, 473, 552
- Niederösterreich 360 f., 364, 367
- Nizza (Grafschaft) 288, 312
- Norddeutscher Bund 222, 503, 558, 563, 574, 576 ff., 580, 582, 585 f., 593 ff., 604
- Norddeutsche, Norddeutschland 96 ff., 288, 302 f., 312, 511, 515, 585
- Oldenburg (Großherzogtum) 42, 44, 197, 530
- Opferkult 178 f., 181
- österreichisch-italienischer Krieg (1859) 289–311
- »Ostdeutsche Post«. Wien 126, 135, 323, 370, 544
- Osmanisches Reich, Osmanen, Türken 270 f., 273, 276, 552, 588
- Parlamentarismus, parlamentarisches Prinzip 80 f., 185, 205 ff., 214 ff., 234, 247 f., 267, 315, 326, 331, 368, 433, 446, 486, 527, 553, 556, 578, 587, 592
- Parlamentsboykott s. Wahlboykott
- Partikularismus, Partikularisten 16, 30, 204, 212, 231, 235, 240, 246, 251, 274, 308, 313, 392, 402, 417, 443, 455, 457, 488, 505, 516, 523 f., 526, 528, 559, 577, 592
- Pazifismus, Antimilitarismus 293, 301, 349, 500, 506, 546, 557, 588 f., 611
- Piemont s. Sardinien-Piemont
- Pfalz s. Bayern
- Pflicht, Pflichtethik, Pflichtenkanon 155 f., 162, 179, 208, 216, 463
- Polen, Polenfrage 191 f., 240, 244 f., 276, 279, 289, 297, 368 f., 374, 424–432, 446, 460, 462, 475, 574 f.
- politische Polizei 71, 80, 93, 96, 101, 103 f., 109 f., 114 f., 125, 131, 143, 161, 170, 179, 183, 187, 190, 193 f., 232, 256, 267 ff., 282, 295, 297, 552, 602
- politischer Katholizismus 16, 334
- polnischer Aufstand (1863) 427 f., 444, 475
- Posen (Großherzogtum, preußische Provinz) 41, 333, 426, 439
- preußisch-deutscher Krieg 534, 538, 544–564, 611
- »Preußische Jahrbücher«. Berlin 127, 134
- Rassengedanke s. Ethnisierung der Nation bzw. Nationalität
- realpolitisches Denken, »Realpolitik« 23, 32, 218, 250, 256–265, 269 ff., 272, 276, 278, 287, 296 f., 300, 309, 311, 315, 325, 330 f., 346, 355, 367, 373, 395, 401, 406 f., 409, 415, 420, 422, 427, 436, 440,

- 443, 446, 454, 457, 475, 481, 485, 494, 498, 510, 525, 527ff., 549, 554, 557, 569, 579, 584, 592, 599, 603f., 614f.
- »Die Reform«. Berlin 323
- Reformverein 24, 137, 388, 395, 404f., 407, 414, 419, 433, 443, 449, 453, 455, 457, 469, 498
- Reichsgründung von 1867/71 13, 23f., 29, 107, 141, 243, 296, 306, 445, 503, 535, 563, 572-575, 589, 603-606, 608, 614-617
- Reichskasse, Reichsvermögen, Reichsschatz 84, 95, 116f.
- Reichsrat (Österreich) 451, 453, 455, 506, 508, 511
- Reichstag (seit 1867) 23, 25, 69, 560, 572, 575-578, 583, 587, 590ff., 594, 606, 609
- Reichsverfassung von 1849, Reichsverfassungskampagne 69, 74, 109, 112, 116, 142, 171f., 175, 200, 206, 210, 213f., 219, 222ff., 227f., 234f., 248, 301f., 309, 312, 336, 344f., 347, 389, 401f., 406, 420, 422, 435f., 440f., 485, 487, 490, 492, 524f., 550, 570, 572, 587, 595, 600, 603, 609, 616
- religiöse Rhetorik 178, 188f., 240
- Republik, Republikanismus 16, 25, 96f., 107, 133, 144, 177, 181, 191f., 227, 234, 244, 280, 301, 342, 482, 515, 517, 532, 552, 556, 580, 582, 598, 600, 616
- revolutionäre, außerparlamentarische Linke, Linksradikale, Linksradikalismus 43, 76, 80f., 86, 96f., 100, 174, 205, 221, 311
- Revolutionserwartung 83, 95, 103, 152, 164, 171, 176ff., 183, 190f., 193, 197, 199, 201f., 205, 209, 228, 236, 242, 258, 260, 268, 271, 277, 298, 394, 403, 456, 598, 603, 615
- »Revue Moderne«. Paris 141
- »Rheinische Zeitung«. Düsseldorf 553
- Rheinprovinz 44, 225
- »Romanen«. 415
- Romantik 517
- Rumänien 297
- Russen, Rußland 192, 242, 246, 270f., 275f., 279ff., 305, 310, 313, 330, 424, 428, 430, 432, 436, 446, 487, 511, 552, 599
- Saargebiet 487
- Sachsen 24, 39f., 44, 46, 50, 62-65, 67f., 72, 116, 135, 168, 185ff., 197, 203-206, 208ff., 214, 223, 229, 252, 260, 263, 266, 302, 400, 405f., 413, 419, 450, 458f., 464, 484, 488f., 530, 540f., 569-573, 576, 598f., 606, 615
- Sachsen-Coburg-Gotha 39f., 282
- Sardinien-Piemont (Königreich) 142, 240, 288ff., 294, 299, 307, 309
- Savoyen 288, 312
- Schlesien (österreichisches Herzogtum, preußische Provinz) 39, 41, 44
- Schleswig und Holstein, Schleswig-Holstein-Bewegung 41, 112, 116, 167f., 236, 240, 242, 245, 263, 268, 272, 284, 311, 333f., 346, 356, 426, 443-470, 474f., 477, 479f., 481f., 486, 489f., 492f., 498, 503, 507, 512f., 515, 520, 522ff., 526f., 530f., 534f., 537, 539, 542, 602, 604f., 612, 616
- Schützen-, Turnerbewegung, paramilitärische Verbände, Schützenfeste 389, 460, 481, 611
- Schweden 192, 477
- Schweiz 74-87, 94, 105, 108, 112-115, 117, 119f., 192f., 235, 237f., 245, 255f., 269, 273, 291, 324, 349, 353, 403, 423, 473, 475f., 510, 539, 558, 600, 613
- »Schweizer Handels-Courier«. Biel 126, 138, 403
- Sektierertum 106, 179, 188, 196, 537
- Selbstbestimmungsrecht der Völker 244, 272, 289-299, 309, 329, 349, 371, 420, 425, 427, 430f., 473-476, 486, 512, 515, 575, 581
- Selbstverständnis der Abgeordneten 83ff., 91f., 94, 106, 108, 125, 129, 138, 149-164, 191, 217, 399
- Sendungsbewußtsein 27, 155, 191
- Skandinavien 473
- Slawen, Antislawismus 238, 241, 273, 277, 279, 311, 363, 415, 588, 601
- Slowenien 245
- »soziale Demokratie«, Sozialdemokratie, Sozialismus 13, 30, 80ff., 97f., 107, 132, 174, 180f., 184, 193f., 252, 263f., 405, 493, 608, 617
- Soldaten s. Militär
- soziale Frage 15, 262, 493-500, 556

- Sozialismus s. »sociale Demokratie«
- Spanien 192
- »Speyrer Zeitung« 132
- »Staatslexikon« (Rotteck/Welcker) 156
- Steuerboykott, Steuerverweigerung 206,
208, 465, 477, 566
- »Stimmen der Zeit«. Wien 70, 127, 133 f.,
144, 311, 323, 342
- »Süddeutsche Presse«. München 136,
138 f.
- Süddeutsche, Süddeutschland, Südbund
96, 98, 136, 140, 201, 205, 225, 229,
252, 260, 263, 270, 272, 302, 308, 314,
341, 345, 450, 476 f., 483, 489, 492, 507,
511 f., 515, 520, 522, 525, 543, 550, 555,
558, 562, 568, 576 f., 580, 583, 586, 590,
595, 607
- Südtirol 245
- Südwestdeutschland 46, 74, 167, 198, 287
- supranationale Ideen, supranationaler
Föderalismus 138, 168, 225, 230, 238,
243, 245 f., 250 f., 272 ff., 281, 285,
289 f., 294, 305, 311, 323, 325,
329–331, 370 f., 373 f., 395 ff., 404, 409,
414, 416 f., 421, 427, 431–443, 449,
468, 470, 481, 487 f., 505, 529, 574,
601 f., 608, 612
- Thüringische Staaten 230 f., 255, 282,
483 f., 530
- Triasidee 274, 282–287, 308, 311, 340,
418, 433, 466, 481, 483, 486 f., 516, 540,
544, 562, 595
- Trentino 245
- Tschechen, Tschechei s. Böhmen und
Mähren
- Türkei, Türken s. Osmanisches Reich
- Turnvereine, Turnbewegung s.
Schützen-, Turnerbewegung
- Ungarn, Magyaren 167, 181, 192, 239 f.,
242, 277, 297, 347, 364 f., 368, 374,
416 f., 427, 506, 508 f., 550, 564
- Unionsverfassung s. Deutsche Union
- Unitarismus, Einheitsstaat, Zentralismus
234, 237, 255, 282–287, 300, 310, 330,
342, 355, 368, 405, 417, 421, 475, 482,
498, 510 f., 513, 515 ff., 559, 563, 576,
584, 606
- USA, Nordamerika, Amerikaner 75,
100, 119, 180, 231, 237, 245, 255, 280,
291, 310, 330, 349, 423, 506, 510, 539,
552, 559, 613
- Unterstützungskomitees 109 f., 116, 184
- »Urwähler-Zeitung« s. »Volks-Zeitung«
- Venetien 321, 507
- Verfassungskonflikte 32, 200, 203–221,
260, 266, 321, 386, 426, 458, 477, 481,
490, 492, 507 f., 524, 527 f., 535, 543,
565 f., 591, 594, 602 ff., 608, 615
- »Volksgeist«, »Volkscharakter« s. Natio-
nalität
- Volkskult 179, 181, 182, 311, 427, 478
- Volkspartei, Demokratische Volkspartei
107, 109 f., 111, 116, 164, 174, 200 f.,
215 f., 234, 252, 479, 483, 489 f., 493,
505, 514, 516, 519, 528, 534, 537,
539 ff., 553, 557, 562, 570 f., 573–577,
585, 617
- »Volkspolitik«, »Politik von unten«,
durch Massenmobilisierung 231, 234,
246–250, 265, 448 f., 454, 477 f., 524,
608
- Volkssouveränität, Souveränität der Na-
tionalversammlung 15 f., 35, 186, 235,
247, 416, 613
- »Volks-Zeitung« (»Urwähler-Zeitung«),
Berlin 133, 266, 301, 324
- Vormärz 14 f., 30, 45, 47, 73, 75, 77, 94,
156, 204, 248, 287, 597, 599
- »Vossische Zeitung«. Berlin 143, 301
- Wahlboykott, Parlamentsboykott 41, 96,
177, 198–203, 209, 211 ff., 222, 225,
229, 260, 266 f., 269 f., 287, 303, 319,
321, 324 f., 337, 356, 400, 572, 5575,
577, 585, 587, 598, 615
- Wahlrecht, Wahlgesetze 175–178, 184,
186, 198 ff., 202 f., 205, 211–214, 216,
218, 221, 223, 224, 225, 228, 232, 234,
247 f., 255, 265, 287, 326, 343, 360 f.,
364, 378 f., 401, 405 f., 417, 438, 442,
454, 489, 497, 510, 528, 533 f., 540 f.,
548 ff., 568, 571, 575, 577, 579, 591,
615
- »Weimarer Zeitung« 122, 132
- »Weltpolitik«, globale politische Orien-
tierung 281, 297, 310 f.

- Werterelativismus 180f.
 Westeuropa, Westmächte, Westorientierung, westliche Werte 31, 271, 273, 275f., 281, 367, 369, 421, 424, 469, 474, 476, 487f., 517, 539, 552, 560, 574, 584, 587f., 594f.
 Westpreußen
 Widerstand, Widerstandsrecht 177, 206–209, 212, 346, 537
 Wiedereinberufung der Nationalversammlung, Wahl einer neuen Nationalversammlung 106, 210, 227, 477, 541
 Württemberg 24, 39f., 44, 50, 63, 68, 72, 98, 115, 140, 151, 168, 173, 182, 197, 199f., 202f., 213, 214–219, 228, 234f., 238, 265, 270, 275, 282, 287f., 306, 314f., 378, 406, 423, 457ff., 476, 479, 483f., 486, 490, 516, 530, 540, 542, 550, 558, 563, 571, 576, 581, 598, 606
 Würzburger Koalition, Würzburger Konferenzen (1859–1864) 413, 419, 423, 605
 Xenophobie, Fremdenfeindlichkeit 241, 258, 612
 »Zeitung für Norddeutschland«. Hannover 143, 302
 Zollverein, Zollparlament 107, 230, 286, 401, 408, 423, 483, 557

Bibliografische Information

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



EX OFFICINA

2005

Satz

Linotype Stempel Garamond

Satzweise Föhren

Papier ©

Geese Hamburg

Druck

Verlagsdruckerei Schmidt

Neustadt/Aisch

Printed in Germany